Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Tagesordnung öffentlicher Teil

Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig - Hybridsitzung -

Sitzung: **Dienstag, 21.03.2023, 11:00 Uhr**

Raum, Ort: **Stadthalle Braunschweig, Großer Saal, St. Leonhard 14, 38102 Braunschweig**

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung der Sitzung	
2.	Mandatsverzicht des Ratsherrn Dr. Bernhard Piest zum 01.04.2023 sowie Feststellung des Sitzverlustes gemäß § 52 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)	**23-20836**
3.	Ablauf der Beratungen für die Haushaltssatzung 2023/2024	**23-20842**
4.	Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 14.02.2023	
5.	Mitteilungen	
6.	Anträge	
6.1.	Haushaltszuständigkeit des Rates beachten - Bildung von Haushaltsausgaberesten erst nach vorangegangenem Ratsbeschluss Antrag der Gruppe Die FRAKTION. BS	**22-20255**
6.1.1.	Haushaltszuständigkeit des Rates beachten - Bildung von Haushaltsausgaberesten erst nach vorangegangenem Ratsbeschluss Antrag 22-20255 der Gruppe Die FRAKTION. BS zur Ratssitzung am 14. Februar 2023 Stellungnahme der Verwaltung	**22-20255-01**
6.1.2.	Änderungsantrag Vorlage - 22-20255 Haushaltszuständigkeit des Rates beachten - Bildung von Haushaltsausgaberesten erst nach vorangegangenem Ratsbeschluss Änderungsantrag der Gruppe Die FRAKTION. BS	**23-20648**
6.2.	Einrichtung eines Jugendbüros und Gründung eines Jugendparlamentes Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Gruppe Die FRAKTION. BS und BIBS-Fraktion	**23-20692-01**
6.2.1.	Einrichtung eines Jugendbüros und Gründung eines Jugendparlamentes Änderungsantrag zum Antrag 23-20692 Änderungsantrag der CDU-Fraktion	**23-20692-02**
7.	Berufungen in das Ehrenbeamtenverhältnis	**23-20756**
8.	Vertretende der Stadt in der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Großraum Braunschweig	**23-20831**
9.	Bestellung von städtischen Vertretern in Aufsichtsräten und Gesellschafterversammlungen städtischer Beteiligungen	**23-20824**

10.	Grundsatzbeschluss: Planungen für die kombinierte Errichtung der Städtischen Musikschule Braunschweig und eines Konzerthauses	**23-20743**
10.1.	Grundsatzbeschluss: Planungen für die kombinierte Errichtung der Städtischen Musikschule Braunschweig und eines Konzerthauses Änderungsantrag zur Vorlage 23-20743 Änderungsantrag der CDU-Fraktion	**23-20743-04**
10.2.	Grundsatzbeschluss: Planungen für die kombinierte Errichtung der Städtischen Musikschule Braunschweig und eines Konzerthauses Antrag / Anfrage zur Vorlage 23-20743 Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN	**23-20743-05**
11.	Entwicklung Großer Hof	**23-20569**
11.1.	Entwicklung Großer Hof Antrag / Anfrage zur Vorlage 23-20569 Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN	**23-20569-01**
12.	23-20805 Haushaltssatzung 2023/2024 der Stadt Braunschweig	
13.	Doppelhaushalt 2023/2024 Konzept zur Erstellung eines Zwischenberichtes	**23-20787**
14.	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	**23-20554**
15.	Anpassung der Angebote im Kindertagesstätten- und Schulkindbetreuungsbereich zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2023/2024	**23-20577**
16.	Festsetzung von Teilnahmeentgelten für die geplanten Ferienfreizeiten des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie in den Oster-, Sommer- und Herbstferien 2023, in den Weihnachtsferien 2023/2024 sowie für die Familienfreizeit 2023	**23-20585**
17.	Grundsatzentscheidung "Öffentliche Beleuchtung und Verkehrsmanagement": Nachfolgeregelung ab 2026	**23-20566**
18.	Erneute Satzungsbeschlüsse für die Bebauungspläne IN 235 "Wallring-Ost", IN 234 "Wallring-Nord"und IN 232 "Steinweg" im ergänzenden Verfahren gemäß § 214 Abs. 4 BauGB und rückwirkende Inkraftsetzung Satzungsbeschluss	**23-20495**
19.	Anfragen	
19.1.	Nachhaltige Beschaffung und Vergabe Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN	**23-20851**
19.2.	Wie geht es weiter am Nibelungenplatz? Anfrage der AfD-Fraktion	**23-20854**

Braunschweig, den 10. März 2023

Absender:
Fraktion BIBS im Rat der Stadt

23-20863
Anfrage (öffentlich)

Betreff:
Dringlichkeitsanfrage: Letztes Großkaufhaus in Braunschweig schließt - Auswirkungen auf Beschäftigte, städtische Finanzen und Leerstände

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	13.03.2023

Beratungsfolge:		*Status*
Rat der Stadt Braunschweig (zur Beantwortung)	21.03.2023	Ö

Sachverhalt:
In der Online-Ausgabe der Braunschweiger Zeitung vom 13. März ist in einem Artikel zu lesen, dass die etwa 150 Beschäftigten von Galeria Karstadt am frühen Nachmittag von der Schließung des letzten Kaufhauses in Braunschweig erfuhren. In der kurz danach veröffentlichten Pressemitteilung der Stadt wird Oberbürgermeister Dr. Kornblum unter anderem wie folgt zitiert:

"Für die Einkaufsstadt Braunschweig, für unsere Innenstadt und insbesondere für die vielen Beschäftigten bedeutet diese traurige Nachricht einen drastischen Einschnitt. Der Verlust dieses zentralen Ankers unserer Innenstadt so kurz nach der Schließung der Häuser am Bohlweg und am Gewandhaus macht deutlich, wie dynamisch der Strukturwandel im Handel und in den Innenstädten voranschreitet."

Da viele Mitarbeiter*innen bereits seit Jahren oder sogar Jahrzehnten im betreffenden Kaufhaus angestellt sind, ist es aus unserer Sicht unerlässlich, dass sich die Stadt für diese langjährig in Braunschweig Beschäftigten einsetzt.

Außerdem sollte sich die Stadt unserer Ansicht nach natürlich auch auf die zu erwartenden negativen finanziellen Folgen der geplanten Schließung vorbereiten, da mit dem Wegfall von nicht unerheblichen Gewerbesteuer- sowie Lohnsteuereinnahmen zu rechnen ist.

In der gleichen Pressemitteilung äußerte sich der OB auch zu einer möglichen Nachnutzung des Gebäudes:

"Die Volksbank BraWo als Eigentümerin der Immobilie steht nun vor der Herausforderung, mögliche Nachnutzungsszenarien zu entwickeln und diese zentrale Innenstadt-Immobilie zukunftsfähig aufzustellen. Wie bisher steht die Stadt für Gespräche über bauliche Anpassungen jederzeit zur Verfügung [...] Wir werden die Eigentümer der leerstehenden Kaufhäuser und der Burgpassage, den Arbeitsausschuss Innenstadt und die IHK Braunschweig kurzfristig zum Gespräch einladen, um konkrete Entwicklungsmöglichkeiten zu besprechen."

Um weitere längerfristige Leerstände von Großimmobilien in der Braunschweiger Innenstadt zu verhindern (z. B. Horten-Bau und Karstadt am Gewandhaus), hoffen wir, dass sich die Stadt mit mehr Nachdruck auch für zeitnahe kreative Lösungen bei der Nachnutzung einsetzen wird. Die Gespräche über den bisherigen vergleichbaren Leerstand im Horten-Bau der gleichen Eigentümerin - der Volksbank BraWo - haben bislang leider auch noch nicht zu greifbaren Ergebnissen führen können.

1. Wie plant die Stadt, sich für die Menschen einzusetzen, die ihren Arbeitsplatz durch die Schließung verlieren?

2. In welcher Höhe rechnet die Stadt mit negativen Auswirkungen auf die städtischen Finanzen, weil Steuerausfälle (vor allem bei der Gewerbesteuer) zu erwarten sein werden?

3. Mit welchen konkreten Ideen für die Nachnutzung des Gebäudes wird die Stadt in die angekündigten Gespräche gehen?

[1] https://www.braunschweiger-zeitung.de/braunschweig/article237879375/Entscheidung-erwartet-bleibt-Galeria-in-Braunschweig.html

[2] Pressemitteilung der Stadt vom 13.03.2023: OB Dr. Kornblum: 'Schließung des letzten Braunschweiger Galeria Warenhauses ist eine Zäsur.'

Anlagen:
keine

Absender:
Gruppe Die FRAKTION. BS im Rat der Stadt

23-20880
Antrag (öffentlich)

Betreff:
Dringlichkeitsantrag Galeria Arbeitsplätze retten

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	16.03.2023

Beratungsfolge:		*Status*
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	21.03.2023	Ö

Beschlussvorschlag:
Die Stadt Braunschweig beteiligt sich an den Nachverhandlungen zwischen dem Galeria-Konzern und der Volksbank BraWo als Vermieterin. Zum Erhalt des Standortes Braunschweig und der 185 Arbeitsplätze soll die Stadt Braunschweig sich zusätzlich über die von der Vermieterin zugesagten 10 Mio. Euro an der Sanierung des Kaufhauses beteiligen. Diese Beteiligung kann über einen Teilerwerb der Immobilie und der damit einhergehenden Refinanzierung über Mieteinnahmen oder über andere geeignete Maßnahmen erfolgen.

Sachverhalt:
In der Braunschweiger Zeitung vom 15. März erklärt der Betriebsratsvorsitzende von Galeria, Stefan Nagelschmidt, dass es noch die Möglichkeit gebe, die drohende Schließung des Galeria-Hauses und den damit einhergehenden Verlust von 185 Arbeitsplätzen abzuwenden. Konkret spricht er an, dass die Vermieterin einen 30%tigen Mietnachlass und eine Investitionszusage über 10 Mio. Euro abgegeben habe. Dies reiche möglicherweise nicht aus und daher forderte er eine Beteiligung der Stadt.

Auch die Geschäftsleitung von Galeria stellt eine Rücknahme der Schließungspläne in Aussicht. Beim NDR heißt es dazu am 14.03.:
"Die Filiale in Braunschweig erwirtschafte zwar ein positives Filialergebnis, leider würden in der Filiale aber sehr hohe Kosten für die Instandhaltung bevorstehen, schrieb ein Galeria-Sprecher am Dienstag auf Anfrage des NDR. Diese Kosten müssten von Galeria als Mieter getragen werden, könnten jedoch "auch durch ein positives operatives Geschäft nicht erwirtschaftet werden", heißt es in der Stellungnahme weiter. Daher habe man sich für eine Schließung des Standorts entschieden. Der Sprecher stellte in Aussicht, dass es zu einer Neubewertung der Situation kommen könne, sollten sich "signifikante Änderungen ergeben".

Der vorliegende Antrag stellt durchaus keine einfache Entscheidung dar. Wie so oft sind Gewinne privat und Verluste öffentlich. Der eigentliche Profiteur der staatlichen und kommunalen Hilfe ist der Österreicher Rene Benko, dessen Vermögen auf 5,6 Milliarden Dollar geschätzt wird.

Aber die Stadt hat hier nur die Wahl zwischen zwei negativen Möglichkeiten: Auf der einen Seite der Verlust von Arbeitsplätzen, der Verlust des wichtigsten Ankermieters in der Innenstadt und damit einer massiven Verödung (u.a. mögliche Probleme für P&C mit gleicher Kundschaft und Nicht-Realisierung der Burggasse), auf der anderen Seite die finanzielle Unterstützung eines Milliardärs.

Der Verlust des Galeria-Hauses ist für uns die deutlich negativere Variante und daher schlagen wir vor, dass die Stadt alles dafür tut, die Schließung zu verhindern. Ein Brief an die Galeria-Geschäftsleitung und allgemeine Gesprächsrunden sind deutlich zu wenig.

Anlagen:
keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

23-20880-01
Stellungnahme
öffentlich

Betreff:
Dringlichkeitsantrag Galeria Arbeitsplätze retten

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VI 0800 Stabsstelle Wirtschaftsdezernat	20.03.2023

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Rat der Stadt Braunschweig (zur Kenntnis)	21.03.2023	Ö

Sachverhalt:

Zum Dringlichkeitsantrag der Gruppe Die FRAKTION. BS im Rat der Stadt Braunschweig nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Die Verwaltung teilt die Einschätzung, dass die Schließung des Karstadt-Warenhauses in der Schuhstraße eine Zäsur für die Braunschweiger Innenstadt und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wäre. Sie wird die ihr verfügbaren Möglichkeiten für eine mögliche Lösung nutzen.

Bereits seit Bekanntwerden der erneuten Insolvenz von Galeria Karstadt Kaufhof steht die Verwaltung im Kontakt mit dem Konzern und der Volksbank als Immobilieneigentümerin und Vermieterin. So wurde bspw. mit einem Letter of Intent an Galeria angeboten, zur geplanten Fortführung im neuen Konzept einen Beitrag zu leisten und Teilflächen mit städtischen Angeboten zu bespielen.

Die Verwaltung macht sich natürlich weiterhin für den Erhalt des Standorts stark und hat den Verhandlungspartnern angeboten, die weiteren Verhandlungen eng zu begleiten und zu unterstützen, wo sie dies im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten einer Kommune kann. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass hierfür die einvernehmliche Bereitschaft auf Seiten der Verhandlungspartner vorhanden sein muss, da es sich um eine privatrechtliche Vertragssituation handelt, auf die die Kommune keinen oder nur äußerst begrenzten Einfluss hat. Die Verwaltung führt auch Gespräche mit der Arbeitnehmervertretung und ver.di sowie der Agentur für Arbeit und weiteren Arbeitsmarktakteuren.

Es muss deutlich darauf hingewiesen werden, dass einer Unterstützung durch die Stadt Grenzen gesetzt sind. Einschlägig sind beispielsweise das Vergaberecht, Beihilfevorschriften der EU und das Wettbewerbsrecht. Selbstverständlich lotet die Stadtverwaltung alle rechtlichen Möglichkeiten aus, um eine bestmögliche Lösung unter den gegebenen Umständen herbeizuführen.

Weil der genaue Stand der Verhandlungen und auch die ungeklärten Punkte nicht im Detail bekannt sind, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch keine konkrete Aussage zu geeigneten Unterstützungsmaßnahmen getroffen werden. Ziel ist es, bei dieser dynamischen Entwicklung möglichst bedarfsgenaue und vor allem rechtlich einwandfreie Lösungen unter Einbeziehung aller betroffenen Akteure und deren fachliche Kompetenz zu entwickeln und umzusetzen.

Eine frühzeitige Festlegung möglicher Handlungsoptionen durch einen Ratsbeschluss sieht die Verwaltung aus den genannten Gründen daher als nicht zielführend an.

Leppa

Anlage/n:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

23-20836
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Mandatsverzicht des Ratsherrn Dr. Bernhard Piest zum 01.04.2023 sowie Feststellung des Sitzverlustes gemäß § 52 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat I 0100 Steuerungsdienst	08.03.2023

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	21.03.2023	Ö

Beschluss:
Gemäß § 52 Abs. 2 NKomVG wird festgestellt, dass die Voraussetzungen nach § 52 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 NKomVG für den Sitzverlust des Ratsherrn Dr. Bernhard Piest zum 01.04.2023 aufgrund seiner schriftlichen Verzichtserklärung vom 16.02.2023 vorliegen.

Sachverhalt:
Ratsherr Dr. Bernhard Piest hat mit Schreiben vom 16.02.2023 erklärt, dass er sein Mandat als Ratsherr im Rat der Stadt Braunschweig zum 01.04.2023 niederlegt.

Der Mandatsverzicht nach § 52 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 NKomVG ist jederzeit, auch mit Wirkung zu einem späteren Zeitpunkt, möglich.

Gemäß § 52 Abs. 2 NKomVG stellt der Rat zu Beginn der nächsten Sitzung fest, ob die Voraussetzungen für den Sitzverlust vorliegen.

Dr. Kornblum

Anlage/n:
keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

23-20842
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Ablauf der Beratungen für die Haushaltssatzung 2023/2024

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	09.03.2023

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	21.03.2023	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	21.03.2023	Ö

Beschluss:

„Für die Beratungen über die Haushaltssatzung 2023/2024 wird das in der Vorlage in den Ziffern 1 und 2 beschriebene Verfahren festgelegt."

Sachverhalt:

1. Die Beschlussfassung des Rates über die Haushaltssatzung 2023/2024 erfolgt in der Sitzung am 21. März 2023. Für den Ablauf der Beratungen wird die folgende Verfahrensregelung der letzten Jahre vorgeschlagen:

1.1 Der Rat berät auf der Grundlage der Beratungsergebnisse des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung entsprechend der Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses in der Sitzung am 21. März 2023 die Haushaltssatzung 2023/2024.

1.2 Zu Beginn der Beratungen unterrichtet Erster Stadtrat Geiger als Berichterstatter den Rat über die haushalts- und finanzwirtschaftliche Situation der Stadt auf der Grundlage der Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung und des Verwaltungsausschusses.

1.3 Die folgende Aussprache soll sich auf die Darstellung politischer Schwerpunkte beschränken. Auf eine Diskussion in der Reihenfolge der Teilhaushalte wird verzichtet.

1.4 Änderungsanträge zum Haushalt sollten in der Haushaltslesung des Rates nur noch dann gestellt werden, wenn sie entsprechende Deckungsvorschläge enthalten.

1.5 Nach Abschluss der Aussprache und einer evtl. kurzen Sitzungspause geben die Fraktionen und Gruppen in der Reihenfolge

Gruppe Direkte Demokraten,
AfD-Fraktion,
BIBS-Fraktion,
FDP-Fraktion,
Gruppe Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt und Die PARTEI
CDU-Fraktion,
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
SPD-Fraktion

ihre Abschlusserklärungen zur Haushaltssatzung 2023/2024 ab.

Anschließend folgt die Schlusserklärung des Vertreters der Verwaltung.

Danach erfolgt die endgültige Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2023/2024, über die finanzunwirksamen Anträge zum Haushalt 2023/2024 sowie über ggf. weitere Punkte der Beschlussvorlage jeweils in der Fassung der Empfehlungen des Verwaltungsausschusses unter Berücksichtigung der während der Haushaltslesung angenommenen Anträge.

2. Die geltenden Festlegungen zur Redezeit ergeben sich aus § 36 der Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss, die Ausschüsse und die Stadtbezirksräte der Stadt Braunschweig in der Fassung vom 16. November 2021.

2.1 Im Rahmen der unter Ziffer 1.3 genannten Aussprache gilt die allgemeine Regelung über die Redezeit gemäß § 36 Abs. 1 der o. g. Geschäftsordnung. Hiernach beträgt die Redezeit für die erste Rednerin / den ersten Redner einer Fraktion / Gruppe höchstens 5 Minuten. Für jede weitere Rednerin/jeden weiteren Redner einer Fraktion / Gruppe beträgt die Redezeit höchstens 3 Minuten.

Als Gesamtredezeit steht den Fraktionen und Gruppen

- bis einschließlich 4 Mitgliedern 8 Minuten,
- bis einschließlich 12 Mitgliedern 14 Minuten
- und darüber hinaus 17 Minuten zu.

Die Gesamtredezeit darf nicht überschritten werden. Abweichungen hiervon kann der Ratsvorsitzende gemäß § 36 Abs. 2 der Geschäftsordnung in Ausnahmefällen gestatten.

2.2 Für die Abschlusserklärungen im Rahmen der Haushaltsberatung im Rat stehen den Fraktionen und Gruppen nach § 36 Abs. 3 Satz 1 der o. g. Geschäftsordnung

- bis einschl. 10 Mitgliedern 15 Minuten
- und darüber hinaus 20 Minuten zur Verfügung.

2.3 Nach § 36 Abs. 6 der Geschäftsordnung kann der Rat auf Empfehlung des Ältestenrates im Einzelfall von diesen Regelungen abweichen.

3. Eine Verlängerung der Redezeit für die finanzpolitischen Sprecher der Fraktionen und Gruppen im Rahmen der Aussprache zum Haushalt 2023/2024 von 5 auf 10 Minuten wäre gemäß § 36 Abs. 3 Satz 2 der Geschäftsordnung vom Rat zu Beginn der Ratssitzung zu beschließen.

Geiger

Anlage/n:

keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

23-20871
Mitteilung
öffentlich

Betreff:
Fraktionsvorsitz der BIBS-Fraktion

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat I 0100 Steuerungsdienst	15.03.2023

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Rat der Stadt Braunschweig (zur Kenntnis)	21.03.2023	Ö

Sachverhalt:
Nach § 4 Abs. 2 der Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss, die Ausschüsse und die Stadtbezirksräte der Stadt Braunschweig (GO) sind die Bildung und Auflösung einer Fraktion oder Gruppe, ihre Bezeichnung, der Name der/des Vorsitzenden und der Mitglieder sowie Veränderungen innerhalb der Fraktion oder Gruppe dem Oberbürgermeister unverzüglich mitzuteilen, der seinerseits den Rat unterrichtet.

Nach der mir zugegangenen Mitteilung liegen ab 01.04.2023 folgende Änderungen hinsichtlich des Fraktionsvorsitzes der BIBS-Fraktion vor:

BIBS-Fraktion
Vorsitzende: Ratsfrau Bianca Braunschweig
Stellvertretende Vorsitzende: Ratsfrau Silke Arning

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Dr. Kornblum

Anlage/n:
keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

23-20889
Mitteilung
öffentlich

Betreff:
Handlungs- und Investitionspaket: Bildungs- und Arbeitsort Innenstadt

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat I 0100 Steuerungsdienst	20.03.2023

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Rat der Stadt Braunschweig (zur Kenntnis)	21.03.2023	Ö

Sachverhalt:

Ausgangssituation
Die Innenstadt des Oberzentrums Braunschweig ist seit jeher ein Ort des Handels, aber darüber hinaus multifunktional geprägt. Diese Nutzungsmischung umfasst das Wohnen, fast 15.000 Menschen wohnen innerhalb der Okerumflut. Kulturelle Einrichtungen, Schulen und alle Formen von Dienstleistungen werden angeboten. Diese Mischung ist neben den hochwertigen öffentlichen Räumen ein großer Standortvorteil der Braunschweiger Innenstadt, die auch touristischer Anziehungspunkt ist. Von dem geplanten Konzerthaus und der Stadthallensanierung werden weitere touristische Effekte ausgehen, die zusätzliche Frequenzen auch für die Innenstadt bedeuten.

Seit Jahren funktioniert die Innenstadtentwicklung in Braunschweig im engen Dialog zwischen Verwaltung, Stadtmarketing und den weiteren Akteuren. Mit Blick auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie hat die Stadt Braunschweig mit der Braunschweig Zukunft GmbH den Innenstadt Dialog ins Leben gerufen. Seit über zwei Jahren lädt die Stadt in diesem Rahmen zum Austausch ein, die Formate reichen von der digitalen Beteiligungsplattform über gemeinsame Arbeitsrunden bis zum öffentlichen Dialogforum. So konnten wesentliche Impulse für eine positive Innenstadtentwicklung gegeben werden. Durch die erfolgreiche Bewerbung um die Landesförderungen in den Programmen „Perspektive Innenstadt“ und „Resiliente Innenstädte“ konnten insgesamt Projektmittel in Höhe von rund 12 Mio. Euro gesichert werden.

Aktuell weist insbesondere der Kernbereich der Haupteinkaufslagen aber starke Veränderungen im Nutzungsmix auf, der Rückzug der Handelsnutzungen und die Zunahme von Gastronomie und Dienstleistungen kennzeichnen den Wandel der letzten Jahre. Zahlreiche Immobilieneigentümer haben in der Folge neue Nutzungskonzepte und Vermietungsstrategien entwickelt. Neben Einzelvermietungen im Bereich der in die zentralen Lagen zurückkehrenden Nahversorgung ist z. B. die weitreichende Änderung des Nutzungskonzeptes des Gebäudes der Öffentlichen an der Friedrich-Wilhelm-Straße auffällig. Dort hat die Eigentümerin eine gemischte Nutzung aus Gastronomie, Veranstaltungsräumen, Coworking und Büronutzung etabliert. Die Volksbank entwickelt das Schlosscarree indes als Gesundheitsstandort weiter. Die Verwaltung hat die Investoren und die Projekte insbesondere baurechtlich eng begleitet.

In jüngster Zeit sieht sich die Stadt allerdings mit großflächigen Leerständen über mehrere Jahre ohne absehbare Zwischenbespielung und mit noch weitgehend unklaren

Nachnutzungskonzepten konfrontiert. Die aktuell bekanntgegebene Absicht, auch Karstadt an der Schuhstraße zu schließen, verschärft diese Situation. Negative Auswirkungen drohen nicht nur für die Nachbarschaft, sondern aufgrund der Präsenz der Immobilien für die gesamte Innenstadtentwicklung. Deshalb ist die Verwaltung – neben der Anstrengung den Standort Schuhstraße zu erhalten – auch gefordert, mit eigenen Möglichkeiten und Aktivitäten zur Revitalisierung dieser großformatigen Leerstände beizutragen.

Grundlage ISEK und Innenstadtstrategie
Das 2018 vom Rat beschlossene ISEK formuliert die grundsätzlichen Ziele der Stadt für die Entwicklung der Innenstadt. Die Innenstadt wird darin als das „Herz Braunschweigs“ beschrieben. Neben der Sicherung des Handels werden im ISEK auch städtebauliche stadtgestalterische und auch stadtklimatische Ziele formuliert.

Darüber hinaus wurden in den letzten Jahren konkrete neue baurechtliche Rahmenbedingungen geschaffen und das Zentrenkonzept zur Steuerung der Handelsnutzungen, das sich seit Jahren bewährt hat, aktualisiert. Im Jahr 2022 wurde die von der Wirtschaftsförderung mit breiter Beteiligung erarbeitete Innenstadtstrategie beschlossen. Diese zeigt unter dem Titel „Die vielfältige Innenstadt. Ein Ort für alle.“ den Weg auf, welche Funktionen und welche Nutzungen die Innenstadt in Zukunft prägen sollen. Sie ist damit auch Orientierungsrahmen sowie Vorgabe für die weitere Innenstadtentwicklung.

Die Innenstadtstrategie sieht als zentralen Handlungsbedarf die Funktionen „Bildungs- und Arbeitsplatz Innenstadt“:

Künftig ist die Funktion der Innenstadt als Arbeitsort und Ort der Bildung zu berücksichtigen. Der Großteil der Wirtschaftsunternehmen und die Hochschulen sind außerhalb der Innenstadt angesiedelt. Hier böten sich mit der Technischen Universität, der Hochschule für Bildende Künste und weiteren Forschungs- und Bildungseinrichtungen (Braunschweig ist mit einer überdurchschnittlich hohen Wissenschaftlerdichte eine der forschungsintensivsten Regionen in Europa) sowie als Standort diverser Unternehmen und Akteur:innen der Kreativwirtschaft große Potenziale, um die Innenstadt als attraktiven Arbeits- und Bildungsort zu positionieren. Wissensbasierte Betriebe sind in der Innenstadt derzeit nicht ausreichend sichtbar. Fortschrittliche und moderne Arbeitsplätze mit neuen, digitalen und kreativen Formen der Arbeit erfordern einfach zugängliche und moderne Infrastrukturen und Räumlichkeiten, die bisher in der Innenstadt zu wenig ausgebaut und sichtbar sind. Dies ist bereits in der Studie „Kreative Orte und Räume, Kultur- und Kreativwirtschaft in Braunschweig“ (2020) angemerkt. In gleichem Maße müssen Ansiedlungen des Handwerks und der Kreativwirtschaft ermöglicht werden. Hindernisse, z. B. aufgrund zu hoher Mieten, gilt es zu überwinden. Innovative Ansätze, die die Forschung, moderne und traditionelle Arbeitswelten vereinen, müssen in der Innenstadt geschaffen und gestärkt werden.“ (Innenstadtstrategie der Stadt Braunschweig, www.braunschweig.de/innenstadtentwicklung)

In der Folge dieser Ausführungen definiert die Strategie als eines von drei Handlungsfeldern den Ansatz „Die Innenstadt als multifunktionaler Erlebnisraum“ (ökonomischer Ort). Einer der Schwerpunkte ist dort die Schaffung von Bildungsangeboten sowie sozialen Betreuungs- und Integrationsangeboten mit Zugang für alle Menschen. Hier gibt es auch einen Bezug zum dritten Handlungsfeld mit sozialem Fokus: „Die Innenstadt als identitätsstiftender Kommunikations- und Begegnungsraum“.

Handlungs- und Investitionspaket für den Bildungs- und Arbeitsort Innenstadt

Vor dem Hintergrund der Entwicklungen im Immobilienbereich und auf Basis der abgestimmten Innenstadtstrategie wird die Stadtverwaltung ein Handlungs- und Investitionspaket für den Bildungsort Innenstadt auf den Weg bringen. Die Stadt selbst ist Trägerin zahlreicher Bildungseinrichtungen und von daher prädestiniert im Zusammenspiel mit den Investitionen der anderen Eigentümer und Nutzer so zusätzliche Frequenz in die Innenstadt zu bringen und damit Verantwortung für die Zukunftsfähigkeit der (Innen)Stadt zu übernehmen.

Bildung und Integration sind vor dem Hintergrund des eklatanten Fachkräftemangels wichtige Aufgaben für die Zukunftsfähigkeit von Stadt, Unternehmen und Gesellschaft. Gerade in Zeiten der Digitalisierung und neuer Arbeits- und Lernformen funktionieren diese dann gut, wenn differenzierte Präsenzangebote an attraktiven Kommunikations- und Begegnungsräumen geschaffen werden. Die Adressierung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen und Bildungsformen bietet die Chance, die Angebote sichtbarer und durch ein attraktives Umfeld interessanter zu machen, die niedrigschwellige Zugänglichkeit zu erhöhen, an diesen Orten neue Begegnungen zu stiften und letztlich einen starken sozialen Ort zur Schaffung von Gemeinschaftsgefühl für die Stadt zu erreichen. Die Integration von Ateliers, Depots und Ausstellungsräumen schlägt den Bogen zur kulturellen Bildung.

Insbesondere im Bereich der Schulen, Berufsschulen und Hochschulen werden so auch junge Menschen aus Stadt und Region in die Innenstadt gelenkt, die tradierten Verhaltensmustern zum Einkauf und Bummeln in der Innenstadt eher nicht zugeneigt sein dürften. Die Bindung an den Stadtraum Innenstadt bietet dabei nachhaltige Chancen für andere auch tagsüber geöffnete, gewerbliche Nutzungen, eine Win-Win-Situation entsteht durch diese zusätzliche Funktionsstärkung der Innenstadt.

Folgende Projekte, die in der Verwaltung bereits konzeptionell vorbereitet werden, in der politischen Beratung waren bzw. konkret in Umsetzungsplanung sind, sollen auf die Innenstadt fokussiert werden, wenn geeignete Grundstücke für eigene Entwicklungen zur Verfügung stehen:

- **Erweiterung des Gymnasiums Kleine Burg**
  Das Gymnasium Kleine Burg hat u. a. durch die Rückkehr zu G9 einen hohen zusätzlichen Raumbedarf, der auf dem engen, innerstädtischen Schulgrundstück nicht abgedeckt werden kann. Das Ziel einer Aufgabe der Außenstelle in der Leopoldstraße erhöhen den Bedarf, der durch einen Erweiterungsbau in möglichst unmittelbarer Nähe abgedeckt werden soll. Eine Markterkundung hat hierzu erste Ansätze ergeben, die jetzt unter Beachtung vergaberechtlicher Grundsätze zu konkretisieren sind. Derzeit wird mit Hochdruck ein Teilnahmewettbewerb vorbereitet.

- **Umzug der BBS Johannes-Selenka-Schule**
  Die BBS Johannes-Selenka-Schule am Inselwall weist einen Sanierungsbedarf von rd. 16,75 Mio. € auf. Eine Sanierung ist in Planung. Auch für die Außenstellen an der Hochstraße und der Hamburger Straße besteht trotz erfolgter Brandschutzsanierung noch weiterer Sanierungsbedarf. Durch eine Zusammenlegung der Standorte könnten sich Synergieeffekte ergeben. Für die Schule könnte ein Umzug in andere Räumlichkeiten inklusive der Integration der Standorte pädagogische, schulorganisatorische und bauliche Möglichkeiten eröffnen, die in den aktuell genutzten Gebäuden nicht realisierbar sind. Die weiteren Planungen werden im engen Austausch zwischen Schule und Stadtverwaltung erfolgen. Sollten die weiteren Planungen ein Aussetzen der bereits geplanten Sanierungen erfordern, wird

der Schule zugesichert, dass daraus keine Verzögerung der avisierten Fertigstellung folgt.

- **Volkshochschule**
  Die dezentral angemieteten Raumkapazitäten könnten an einem Standort in der Innenstadt zusammengeführt werden. Ebenso könnte das Haus der Familie an neuem Standort in der Innenstadt weiterentwickelt werden.

- **Ateliers**
  Die Hochschule für Bildende Künste Braunschweig (HBK) ist die einzige staatliche Kunsthochschule Niedersachsens und ist dabei Ort für ein kreatives Milieu. Den Studierenden wird eine immer größere – nicht mehr nur rein wirtschaftlich betrachtete - aktivierende Bedeutung im Stadtentwicklungsprozess beigemessen. Allerdings ziehen viele hier ausgebildete Künstler:innen (Studiengang 2022: 41 Diplomand:innen) nach dem Studium weg, weil sie keine Ateliers oder Arbeitsräume anmieten können. Einer Umfrage des Bundesverbandes Bund Bildender Künstler (BBK) aus 2020 zufolge, wurde mit fast 95% „angemessener Atelierraum“ als wichtigster Einflussfaktor für die künstlerische Tätigkeit identifiziert ebenso wie die Nähe zu anderen Kreativen**.**

  In diesem Kontext hat die Stadt das sog. Atelierförderprogramm – auf der Grundlage von Befragungen in Kooperation mit der HBK sowie unter Auswertung von Studien, aufgelegt, das den städtischen Gremien bereits vorgelegen und Zustimmung erfahren hat.

  Eine Phalanx von Ateliers könnte in einem der aufgelassenen Kaufhauskomplexe integriert werden.

- **Studentisches Wohnen**
  Braunschweig verfügt nicht nur nicht über ausreichende Fläche für Ateliers, sondern es mangelt auch an bezahlbarem Wohnraum für studentisches Wohnen. Denkbar wäre vor diesem Hintergrund auch die Integration von ausreichend Wohnraum in der Immobilie. In der Kombination von Wohnen und Arbeiten (Ateliers) wäre ein solcher Ansatz erstmals denk- und umsetzbar.

- **TU und HBK**
  Die Technische Universität Braunschweig ebenso wie die HBK begrüßen den konzeptionellen Ansatz der Zusammenführung unterschiedlichster gesellschaftlicher Gruppierungen, wie er im Strategiekonzept Innenstadt postuliert ist, sowohl studentisches Wohnen zu ermöglichen als auch Orte der Arbeit zu integrieren.
  Die TU, ebenso wie die HBK benötigen kontinuierlich Lehr- und Lernräume; auch diese könnten in der Kubatur integriert werden.
  Darüber hinaus verfolgt die TU das Ziel einer Wissenschaftsgalerie (Arbeitstitel), die die hochkomplexen Forschungsschwerpunkte der TU und ihrer Fakultäten im Zentrum der Stadt abbildet und sowohl für Bürgerinnen und Bürger aber auch für Gäste der Stadt nachvollziehbar werden lässt. Hier treffen sich die Intentionen von TU und HBK, die das Ziel intensiverer Begegnungen mit der Stadtgesellschaft verfolgen. In der Nutzung der Immobilie entstünde kreatives Milieu für Startups, ebenso wie für eine künstlerische Karriere.

- **Verlagerung der "halle267 - städtische galerie braunschweig"**
  Die Kulturverwaltung würde die Städtische Galerie „Halle 267“ an der Hamburger Straße aufgeben und mit den dann weitaus größeren und attraktiveren Räumlichkeiten in der Innenstadt die Möglichkeit haben, der HBK und ihren Studierenden Ausstellungsflächen anzubieten. Die städtische Galerie an der Hamburger Straße hat sich inzwischen kuratorisch einen Namen gemacht, ein Umzug würde der Qualität keinen Abbruch tun – im Gegenteil. Erstmals stellt die Stadt einen Direktor oder Direktorin für die Leitung die Städtischen Galerie ein, sodass das Profil deutlich geschärft werden kann. Noch wesentlicher aber ist das Potenzial der Hochschule im Hinblick auf ihre Studierenden und Absolventinnen und Absolventen. Um nachgerade die Absolventen in der Stadt zu halten, muss die Stadt - wie immer wieder gefordert - Atelierflächen bereitstellen. Daran fehlt es seit Jahrzehnten, um kreative Kräfte in der Stadt zu halten. Andere Städte wenden sich mit solchen Angeboten zielgereichtet an die Absolvent:innen.

- **Ausstellungsräume für das Museum für Photographie**
  Die Ausstellungsmöglichkeiten für das Museum für Photographie sind aufgrund der Unterbringung in den städtischen Torhäusern an der Helmstedter Straße seit jeher begrenzt bis komplett eingeschränkt. Seit Jahren sucht das Museum mit Hilfe der Stadt nach einem neuen zeitgemäßen Domizil. Das Museum zählt zu den erfolgreichsten Museen dieser Art, bleibt jedoch kontinuierlich unter seinen Möglichkeiten. Die Ausstellungen des Museums bilden ein eigenes Genre ab und das Museum stellt das ganze Jahr über Fotografien aus; eine Doppelnutzung der Galerieflächen ist daher ausgeschlossen; das Museum braucht eigene Flächen, die es kontinuierlich bespielen kann.

- **(Schau) Depots der Museen**
  Das **Städtische Museum** am Löwenwall hat seine Sammlungsbestände zurzeit unter sehr beengten Raumverhältnissen an 5 verschiedenen Stellen im Stadtgebiet gelagert, so dass die dauerhafte Aufbewahrung der Kunst- und Kulturobjekte nicht den notwendigen, allgemein als Standard geltenden musealen Anforderungen entspricht. Der Bedarf an zusätzlicher Depotfläche wurde in den letzten Jahren wiederholt thematisiert.

  Die Depots des **Naturhistorischen Museums** sind an 6 Stellen in unterschiedlichen Immobilien über das Stadtgebiet verteilt. Mit dem Direktor des Museums, Dr. Mike Reich sollte dahingehend das Gespräch gesucht werden, ob eine gemeinsame Nutzung mit dem Städtischen Museum eines Depots denkbar ist. Im Ergebnis könnte ein Schaudepot eingerichtet werden mit den Restaurierungswerkstätten, die für die interessierte Öffentlichkeit zugänglich sind.

  Das **Museum für Photographie** ebenso wie das **Schlossmuseum** haben das gleiche Problem fehlenden Depotraums.

Zentrenkonzept für frequenzstarke Nutzungen

Künftig soll bei der Stadtentwicklung noch stärker als bisher das Ziel verfolgt werden, frequenzstarke Nutzungen gerade im Bereich der Bildung und der Kultur in die zentrale Innenstadt zu verlagern. So könnten bei der Entwicklung großer Leerstände Nutzungspotenziale entstehen und die Innenstadt könnte in ihrer Funktion als zentraler sozialer und demokratischer Ort von Stadt und Region ebenso wie als gut frequentierten Standort für gewerbliche Angebote gestärkt werden. zu stärken. Dies ist auch deshalb folgerichtig, weil die gesamte Verkehrsinfrastruktur, insbesondere die für die nachhaltigen

Verkehrsträger neu geplante bzw. geschaffene, eine optimale Erreichbarkeit dieses Standortes für alle sicherstellt. Ergänzend zum Zentrenkonzept Einzelhandel entsteht so ein neuer Handlungsgrundsatz, der insbesondere für von der Stadt verantwortete Einrichtungen mit Frequenzwirkung eine Fokussierung auf die Innenstadt vorsieht. Dies kann nicht als Ausschließlichkeitsprinzip Anwendung finden, soll aber bei künftigen Investitions- und Ansiedlungsentscheidungen Grundsatz sein. Diese Zielrichtung empfiehlt auch das Zentrenkonzept selbst, in dem es zur Stärkung der Innenstadt heißt: „Nutzungsmischung/Stärkung weiterer Funktionen für hohe Frequenz zum Beispiel mit Freizeitangeboten, Gastronomie, Kultur, Bildung, öffentliche Einrichtungen, Wohnen, Dienstleistungen, Handwerk.

Nachhaltige und städtebaulich hochwertige Entwicklung

Bei der Entwicklung potenzieller Standorte in der Innenstadt sollen die grundsätzlichen Ziele wie sie im ISEK formuliert wurden selbstverständlich Berücksichtigung finden. Die Stadt wird daher ggf. auch im Zusammenspiel mit privaten Eigentümer*innen darauf drängen, dass zu einer konkreten städtebaulichen bzw. architektonischen Ausformulierung einzelner Standorte – gerade im Bereich der großen Leerstände - Wettbewerbe durchgeführt werden. In den Auslobungen können dann die grundsätzlichen Ziele wie z.B. Nachhaltigkeit, Klimaschutz, Nutzungsmischung und Aufenthaltsqualität verankert werden. Neben den beschriebenen Themen Bildung und Kultur soll dabei auch das innerstädtische Wohnen eine Rolle spielen. Eine flächendeckende Wohnnutzung wird immer stärker ein wesentliches Element für eine lebendige und attraktive Innenstadt werden, Braunschweig hat hier schon eine gute Ausgangsbasis.

Nachhaltige Stadtentwicklung und Kommunalfinanzen

Gemischte Objektentwicklungen mit Privaten (mit anschließendem Kauf oder großflächiger Anmietung durch die Stadt) unterliegen strikten Regeln des Vergabe-, Beihilfe- und Wettbewerbsrechtes mit teils langwierigen, bis zu europaweiten Ausschreibungsverfahren. Diese Ausschreibungen sind nicht auf einzelne Grundstücke zu begrenzen und deshalb für eine zielgerichtete Entwicklung spezifischer Standorte im komplexen System Innenstadt mit seinen unterschiedlichen Lagequalitäten in der Regel nicht geeignet. Die Stadt kann nur dann uneingeschränkt handeln und eine nachhaltige Entwicklung für die Bürgerschaft sicherstellen, wenn Sie auf eigenem Grund und Boden tätig wird. Dies ist auch zur Sicherstellung entsprechender Vermögenswerte für nachhaltige Kommunalfinanzen notwendig und sinnvoll. Im Gegenzug sollen Bestandsstandorte nach Prüfung alternativer Bedarfe verkauft werden, um Finanzierungsanteile für den städtischen Haushalt zu erreichen. Zudem sollen Förderprogramme für Innenstadtimmobilien und -nutzungen ausgeschöpft werden.

Die Verwaltung wird deshalb zur Schaffung von neuen Raumangeboten für Bildungseinrichtungen Gespräche mit Eigentümern großflächiger Leerstände in der Innenstadt führen und unter der Voraussetzung aktuell marktgerechter und für die geplanten Nutzungen tragbarer Angebote geeignete Flächen erwerben und entwickeln. Die Grundlage hierfür bildet das ebenfalls im letzten Jahr vom Rat beschlossene Baulandmodell Gewerbe, das mit Blick auf die baurechtliche Einstufung der Nutzung auch für Bildungseinrichtungen in der Innenstadt anwendbar ist. Demnach soll ein Schwerpunkt auf der Innenentwicklung liegen, um möglichst flächenschonend vorzugehen. Zudem soll durch den verstärkten Ankauf von Flächen wie beim Wohnbauland das Ziel einer stärkeren Bodenbevorratung für Gewerbezwecke erreicht werden. Mit dem Beschluss wurde ausdrücklich das Erreichen von mehr Flexibilität und Spielräume für die Stadt verfolgt.

Die oben für die Umsetzung benannten Projekte wurden ins Auge gefasst, da sie in der Verwaltung konzeptionell vorbereitet und in den Ratsgremien grundsätzlich beraten sind. Ein entscheidendes Kriterium für die Umsetzung wird die finanzielle Machbarkeit sein. Hierfür

werden sich bereits vorhandene Mitteleinplanungen im Haushalt positiv auswirken, ebenso wie zukünftige Kosteneinsparungen bspw. durch den Entfall bisheriger Mietzahlungen oder erwartete Deckungsbeiträge. Die Beratung und Beschlussfassung in den Fachausschüssen des Rates erfolgt im weiteren Verfahren bei Vorliegen konkreter Angebote.

Dr. Kornblum

Anlage/n:
keine

Absender:
Gruppe Die FRAKTION. BS im Rat der Stadt

22-20255
Antrag (öffentlich)

Betreff:
Haushaltszuständigkeit des Rates beachten - Bildung von Haushaltsausgaberesten erst nach vorangegangenem Ratsbeschluss

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	21.12.2022

Beratungsfolge:		*Status*
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)	02.02.2023	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	07.02.2023	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	14.02.2023	Ö

Beschlussvorschlag:
Der Rat möge beschließen:
1. Die Verwaltung teilt dem Rat bis zu seiner Sitzung am 21.03.2023 mit, welche Haushaltsausgabereste in den Jahren 2021 und 2022 gebildet wurden.
2. Ab 2023 erfolgt die Bildung von Haushaltsausgaberesten nur nach entsprechendem Ratsbeschluss über die einzelnen Positionen.
3. Über die im Doppelhaushalt 2023/2024 vorgesehenen neuen Haushaltsausgabereste ist bis zur Ratssitzung bzw. in der Ratssitzung am 21.03.2023 eine Beschlussfassung der entsprechenden Ratsgremien herbeizuführen.

Sachverhalt:
Im § 58 (1) NKomVG heißt es: "Die Vertretung beschließt ausschließlich über die Haushaltssatzung." Diese Vorgabe wurde von der Verwaltung in den letzten Jahren in großem Umfang nicht beachtet, indem die Entscheidung, welche Haushaltsbeschlüsse des Rates im jeweiligen Jahr umgesetzt werden und welche nicht, ohne Beteiligung des Rates erfolgte. Bis Ende 2022 belaufen sich nicht umgesetzte Ratsbeschlüsse (Haushaltsausgabereste) auf 279,2 Mio. Euro. Die einzelnen Haushaltsausgabereste werden dem Rat derzeit mit zweijährigem Verzug im Rahmen des Jahresabschlusses mitgeteilt. Obwohl die Haushaltszuständigkeit ausschließlich beim Rat liegt, wird dieser an keiner Stelle über die Bildung der einzelnen Reste beteiligt. Beim letzten Haushalt, für den ein Jahresabschluss vorliegt (2020), wurde vom Rat beschlossen, dass die Verwaltung einen Abbau der Haushaltsausgabereste um 1,1 Mio. Euro vornehmen soll. Stattdessen wurden 41,8 Mio. Euro neue Reste aufgebaut. Der vorliegende Antrag zielt darauf ab, dass zukünftig die Haushaltszuständigkeit des Rates beachtet wird und die Haushaltsreste entsprechend einem vorangegangenen Ratsbeschluss gebildet werden.

Anlagen:
keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

22-20255-01
Stellungnahme
öffentlich

Betreff:
Haushaltszuständigkeit des Rates beachten - Bildung von Haushaltsausgaberesten erst nach vorangegangenem Ratsbeschluss
Antrag 22-20255 der Gruppe Die FRAKTION. BS zur Ratssitzung am 14. Februar 2023

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	01.02.2023

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)	02.02.2023	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	07.02.2023	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	14.02.2023	Ö

Sachverhalt:

Zu dem Antrag der Gruppe Die Fraktion. - Die Linke., Volt und Die Partei vom 21.12.2022 (DS 22-20255) nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Haushaltsreste entstehen bei einer Unterschreitung der Ausgabeermächtigungen des Haushaltsplans im Rahmen der Bewirtschaftung. Gem. § 20 KomHKVO besteht die Möglichkeit, Haushaltsreste in das folgende Haushaltsjahr zu übertragen und damit die Ausgabeermächtigung in diesem Planjahr zu erhöhen. Dabei wird unterschieden in Reste für Investitionsauszahlungen (§ 20 Abs. 1 KomHKVO) und Aufwandsreste (§ 20 Abs. 2 KomHKVO).

Nach § 20 Abs. 5 Satz 1 KomHKVO dürfen die Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen nur in der erforderlichen Höhe übertragen werden. Im Kommentar Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen in Niedersachsen (Lasar / Grommas / Goldbach / Zähle / Diekhaus / Hankel, 4. Auflage) wird hierzu erläutert, dass die Übertragbarkeit von Ansätzen keinen Automatismus bedeute. Auch bei Investitionen würden nicht immer alle nicht ausgeschöpften Auszahlungsermächtigungen noch im Folgejahr benötigt. Insbesondere die Übertragbarkeit kraft Gesetz bedeute nicht, dass die am Jahresende nicht in Anspruch genommenen Ermächtigungen automatisch vorgetragen werden. Soll die rechtliche Möglichkeit der Übertragbarkeit tatsächlich umgesetzt werden, sei die Übertragung vielmehr in jedem Einzelfall formell zu veranlassen.

Nach § 20 Abs. 1 KomHKVO bleiben die Ermächtigungen für Auszahlungen für Investitionen bis zur Abwicklung der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar, wenn mit der Investition oder Investitionsförderungsmaßnahme vor Ablauf des übernächsten Haushaltsjahres begonnen wird. Für Aufwandsreste ist in § 20 Abs. 1 KomHKVO bestimmt, dass sie bis längstens ein Jahr nach Schluss des Haushaltsjahres verfügbar bleiben. Die Übertragung von Haushaltsresten ist im Zusammenhang mit der Erstellung des Jahresabschlusses zu sehen und nicht gesetzlicher Bestandteil der Haushaltsplanung.

Nach den beschriebenen Rechtsvorschriften ist es zwar der Rat, der letztlich im Rahmen des Beschlusses über den Jahresabschluss die Übertragung von Haushaltsresten bestätigt.

Diese Funktion kann er aber erst ausüben, wenn der Jahresabschluss erstellt und seine Vollständigkeit und Richtigkeit durch den Oberbürgermeister festgestellt wurde. Bei den weiteren Arbeiten zur Erstellung des Jahresabschlusses (Bildung von Rückstellungen etc.) ergeben sich erfahrungsgemäß noch Wechselwirkungen zu den Haushaltsresten. Die - aus der Sicht der Verwaltung - endgültigen Haushaltsreste stehen damit erst zum Ende der Jahresabschlussaufstellung fest.

Dies gilt z. B. für die Reste aus dem Haushaltsjahr 2021; der Jahresabschluss 2021 befindet sich noch in der Bearbeitung. Für das Haushaltsjahr 2022 sind die Haushaltsreste noch zu bestimmen. Dies wird nicht kurzfristig möglich sein, insbesondere, weil noch bis zum 27.01.2023 Kassenanordnungen für das Haushaltsjahr 2022 möglich waren. Aus verschiedensten Gründen (Pandemie und Krieg in der Ukraine, aber auch die erstmalige Erstellung eines Doppelhaushalts) dauern die Abschlussarbeiten noch an. Eine abschließende Bearbeitung der Haushaltsreste wird daher nicht bis zur Ratssitzung am 21.03.2023 erfolgen können.

Die Beschlusspunkte Nr. 1 und Nr. 2 wären demnach aus der Sicht der Verwaltung nicht umsetzbar. Zumindest besteht kein wirklicher Handlungsspielraum der Gremien, die Bestätigung der Haushaltsreste vorzuziehen, da diese Bestätigung erst nach den letzten Jahresabschlusstätigkeiten möglich ist, was für die Fortführung von Maßnahmen zu spät wäre.

Zum Beschlusspunkt Nr. 3 wird angemerkt, dass im Antrag zwar zutreffend dargestellt ist, dass der Rat gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 9 NKomVG über die Haushaltssatzung beschließt. Die Übertragung von Haushaltsresten ist aber kein Bestandteil der Haushaltsplanung.

Dennoch besteht eine indirekte Einflussmöglichkeit des Rates auf die Priorisierung wie folgt:

Wenn übertragene Haushaltsreste absehbar nicht im Rahmen der gesetzlichen Fristen in Anspruch genommen werden können, kommt grundsätzlich auch eine Neuveranschlagung der Ansätze in Betracht. Der Rat hat dabei die Möglichkeit, seine Absicht zur Umsetzung der Maßnahme zu unterstreichen oder die Neuveranschlagung bewusst abzulehnen und damit Prioritäten zugunsten anderer Maßnahmen zu setzen.

Eine Annahme des Antrages kann seitens der Verwaltung aus den vorgenannten Gründen und den sich daraus ergebenden Verzögerungen nicht empfohlen werden.

Geiger

Anlage/n:

keine

Absender:
Gruppe Die FRAKTION. BS im Rat der Stadt

23-20648
Antrag (öffentlich)

Betreff:
Änderungsantrag Vorlage - 22-20255 Haushaltszuständigkeit des Rates beachten - Bildung von Haushaltsausgaberesten erst nach vorangegangenem Ratsbeschluss

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	13.02.2023

Beratungsfolge:		*Status*
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	14.02.2023	Ö

Beschlussvorschlag:
Der Rat möge beschließen:

1. ~~Die Verwaltung~~ **Gem. § 58 (4) NKomVG (Auskunfts- und Informationsrecht des Rates)** teilt **die Verwaltung** dem Rat bis zu seiner Sitzung am 21.03.2023 mit, welche Haushaltsausgabereste ~~in den Jahren~~ 2021 ~~und 2022~~ gebildet wurden.

2. Ab 2023 erfolgt die Bildung von Haushaltsausgaberesten nach ~~entsprechendem Ratsbeschluss über die einzelnen Positionen.~~ **vorangegangener Information über die einzelnen Haushaltsreste an den Rat.**

3. Über die im Doppelhaushalt 2023/2024 vorgesehenen neuen Haushaltsausgabereste ist bis zur Ratssitzung bzw. in der Ratssitzung am 21.03.2023 eine ~~Beschlussfassung~~ **Information** der entsprechenden Ratsgremien herbeizuführen.

4. Die Verwaltung wird aufgefordert, den Jahresabschluss innerhalb der in § 129 (1) NKomVG vorgesehenen Fristen zu erstellen.

Sachverhalt:

1. Die Kommunalverfassung (NKomVG) enthält keine ausdrücklichen Regelungen zur Bildung von Haushaltsresten oder der Übertragung von Aufwands- und Auszahlungsermächtigungen.

2. Die NKomVG ist kein abschließendes (und damit ausschließendes) Regelwerk. Dem Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung folgend, beinhaltet die NKomVG Mindestnormen, Gebote und Verbote, lässt aber auch Raum für die Auslegung. Populär formuliert: Die kommunalen Gremien haben in den Bereichen Ermessen, die nicht unter Verbote fallen und bei denen die Mindestnormen beachtet werden.

3. Die Ermessensausübung bedürfen der Her- und Ableitung sowie Abwägung. Dabei können auch kausale Rechtsregelungen das Ermessen begründen.

4. Die NKomVG regelt die ausschließliche Zuständigkeit des Stadtrates für den Haushalt. Die Haushaltsgrundsätze umfassen u.a. das Jährlichkeitsprinzip. Hinsichtlich des Jährlichkeitsprinzips gibt es „Öffnungsklauseln“, u.a. die Übertragbarkeit von Aufwendungen und Auszahlungen oder die Option der Verpflichtungsermächtigungen. Die NKomVG normiert auch, dass der Oberbürgermeister die Beschlüsse des Stadtrates vollzieht und der

Stadtrat, die Fraktionen und Mitglieder des Stadtrates diesen Vollzug überwachen und hier auch ein Informations- und Akteneinsichtsrecht besteht.

5. § 129 NKomVG bestimmt, dass der Jahresabschluss innerhalb von drei Monaten nach Ende des Haushaltsjahres aufzustellen ist; der konsolidierte Gesamtabschluss soll innerhalb von neun Monaten nach Ende des Haushaltsjahres aufgestellt werden. Die Hauptverwaltungsbeamtin oder der Hauptverwaltungsbeamte stellt jeweils die Vollständigkeit und Richtigkeit der Abschlüsse fest und legt sie der Vertretung unverzüglich mit dem jeweiligen Schlussbericht der Rechnungsprüfung und mit einer eigenen Stellungnahme zu diesem Bericht vor. Die Vertretung beschließt über den Jahresabschluss und die Entlastung der Hauptverwaltungsbeamtin oder des Hauptverwaltungsbeamten sowie über den konsolidierten Gesamtabschluss bis spätestens zum 31. Dezember des Jahres, das auf das Haushaltsjahr folgt.

6. Das Verfahren zur Bildung von Haushaltsresten (Übertragung) ist im § 20 KomHKVO geregelt. Nach Abs. 5, 2 Satz, 1 Halbsatz sind die Gründe für die Übertragung im Rechenschaftsbericht darzulegen. Was dabei unter „Rechenschaftsbericht“ zu verstehen ist, lässt die KomHKVO offen.

Es ist aber bei konservativer Auslegung zu unterstellen, dass damit die Jahresrechnung nach § 129 NKomVG gemeint ist. Die Jahresrechnung ist bis 31. März des Folgejahres zu erstellen. Die Vorlage an den Stadtrat erfolgt aber erst gemeinsam mit dem Schlussbericht der Rechnungsprüfung bis spätestens 31. Dezember des Folgejahres. Diese zeitlich nachgelagerte Begründung der Bildung von Haushaltsresten lässt aber eine praxistaugliche Kontrolle und Steuerung des Stadtrates nicht zu.

7. Nach § 129 Abs. 1 letzter Satz NKomVG verbleibt dem Rat nur, die Entlastung zu verweigert oder diese mit Einschränkungen auszusprechen. Die Verweigerung der Entlastung oder Entlastung mit Einschränkungen muss begründet werden. Das Gesetz beinhaltet aber keinerlei Rechtsfolgen der Verweigerung oder der Entlastung mit Einschränkungen. Eine wirksame demokratische Kontrolle und Steuerung sind somit über diese gesetzlichen Instrumente kaum möglich. Die Begründungspflicht für die Bildung von Haushaltsresten (Übertragungen) werden somit zu einer wirkungslosen Formalität.

8. Eine Begründungspflicht als Norm ist nur unter der Maßgabe wirksam, dass der Rat aktiv an der Bildung der Haushaltsreste zu beteiligen ist.

9. Das Auskunfts- und Informationsrecht des Rates, der Fraktionen und einzelner Stadträte nach § 58 Abs. 4 NKomVG eröffnet im Übrigen bereits vor der Vorlage der geprüften Jahresrechnung den „Zugang“ zu den gebildeten Haushaltsresten.

10. Die Vorgabe des § 20 Abs. 5 Satz 1, 1. Halbsatz KomHKVO lässt sich auch dahingehend auslegen, dass die Begründung der Restbildung im Rechenschaftsbericht als Mindestnormierung zu verstehen ist. Also, wenn der Rat keine Forderung nach der Beteiligung bei der Restebildung verlangt, ist abschließend im Rechenschaftsbericht die Restebildung (Übertragung) zu begründen.

Mit dieser Mindestnormierung ist aber nicht ausgeschlossen, dass der Rat im Zusammenhang mit der Erstellung des Jahresabschlusses bei der Bildung der Haushaltsreste beteiligt wird, insbesondere dann, wenn dies der Rat begehrt. Diese Beteiligung macht auch deshalb Sinn, weil dadurch das Entlastungsverfahren bei der geprüften Jahresrechnung nicht unnötig „belastet“ wird.

11. Diese Ratsbeteiligung bei der Bildung der Haushaltsreste ist aber auch materiell-rechtlich begründet. Die Bildung von Haushaltsresten (Übertragung) ist eine Abweichung vom Jährlichkeitsprinzip nach § 112 Abs. 4 NKomVG. Die gebildeten Haushaltsreste sind der finanziellen Disposition des Rates für die folgenden Haushaltsjahre entzogen. Haushaltsreste sollten die Ausnahme bilden.

Der jetzige Umfang der Haushaltsreste von rund 280 Mio. EUR deutet darauf hin, dass der Tatbestand der Ausnahme nicht mehr erkennbar ist.

Bei Investitionen, die absehbar im laufenden Haushaltsjahr nicht kassenwirksam umgesetzt werden können, steht das Instrument der Verpflichtungsermächtigung zur Verfügung. Dies würde eher den Haushaltsgrundsätzen der Wahrheit und Klarheit sowie dem Kassenwirksamkeitsprinzip entsprechen.

12. Durch die Beteiligung des Rates wird die Zuständigkeitskompetenz des Bürgermeisters für den Haushaltsvollzug nicht unzulässig begrenzt. Auch beim Vollzug des Haushaltes sind die Haushaltsgrundsätze der Wahrheit, Klarheit, Jährlichkeit und Kassenwirksamkeit einzuhalten. Bei der Ratsbeteiligung hat der Oberbürgermeister die Option der Begründung der Bildung der Haushaltsreste.

Sollte der Rat die Bildung eines Haushaltsrestes ablehnen und dadurch der Stadt ein Schaden drohen, verfügt der Oberbürgermeister über das Instrument der Beanstandung.

Fazit:

- Die Bildung von Haushaltsresten ist wegen der Abweichung vom Jährlichkeitsprinzip die Ausnahme.

- Bei Investitionen, die über mehrere Jahre kassenwirksam werden, ist das Instrument der Verpflichtungsermächtigungen anzuwenden.

- Die Beteiligung des Rates bei der Bildung von Haushaltsreste ist nach den Vorgaben der NKomVG nicht ausgeschlossen (kein Verbot).

- Die Regelung in § 20 KomHKVO ist eine Mindestnorm, wonach letztlich (spätestens) im Rechenschaftsbericht die Bildung der Haushaltsreste zu begründen ist.

- Dies schließt nicht aus, dass bereits während der Erstellung der Jahresrechnung der Rat bei der Bildung der Haushaltsreste beteiligt werden kann - gegebenenfalls über die Informationsrechte nach § 58 Abs. 4 NKomVG.

- Die Zuständigkeit des Oberbürgermeisters für den Haushaltsvollzug wird durch eine Beteiligung des Rates bei der Bildung der Haushaltsreste nicht unzulässig beschränkt. Dem Oberbürgermeister steht in dem Zusammenhang das Instrument der Beanstandung zur Verfügung.

Weiter wird auf die Praxis der Stadt Göttingen verwiesen. Grundlage ist ein vom Rat einstimmig beschlossener Antrag von B90 / Die Grünen.
https://www.goettingen.de/allris/to020.asp?TOLFDNR=59450

Auf Grundlage des Ratsbeschlusses erfolgt dann in jeder Haushaltsberatung die Unterrichtung des Rates
https://ratsinfo.goettingen.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=22222

Anlagen:
keine

23-20692-01
Antrag (öffentlich)

Absender:
SPD-Fraktion im Rat der Stadt / Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im Rat der Stadt / Gruppe Die FRAKTION. BS im Rat der Stadt / Fraktion BIBS im Rat der Stadt

Betreff:
Einrichtung eines Jugendbüros und Gründung eines Jugendparlamentes

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	28.02.2023

Beratungsfolge:		*Status*
Jugendhilfeausschuss (Vorberatung)	01.03.2023	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	14.03.2023	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	21.03.2023	Ö

Beschlussvorschlag:
Die Verwaltung wird gebeten, bis zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 26.04.2023 einen Beschlussvorschlag für die Errichtung eines Jugendbüros und die Gründung eines Jugendparlaments in Braunschweig zu erarbeiten. Die bereits im Haushalt für 2023/2024 hinterlegten Mittel des Programms „Resiliente Innenstädte“ für die Einrichtung eines Familiencafés und einer „Beteiligungsetage für Kinder und Jugendliche“ sollen für eine „Beteiligungsetage“ umgewidmet werden. Die Beschlussfassung der Umwidmung erfolgt durch den Rat.

Die Beschlussvorlage soll dabei insbesondere folgende Maßnahmen enthalten:

1. Einrichtung von 2,5 Stellen für die organisatorische Begleitung und fachliche Unterstützung des Jugendbüros und des Jugendparlaments;

2. Beratung der bereits bestehenden AG Jugendparlament bei den Gründungsformalitäten (Satzung, Geschäfts-/Wahlordnung etc.);

3. Einstellung eines jährlichen Budgets von 25.000 € für das Jugendparlament (freie Projektplanung) und von 50.000 € für das Jugendbüro (Beteiligungsaktionen/-projekte);

4. Suche und Bereitstellung geeigneter Räumlichkeiten in der Innenstadt für das Jugendbüro und das Jugendparlament;

5. Einstellung von weiteren notwendigen Finanz- und Sachmitteln für die Organisationsstrukturen des Jugendparlaments (Bereitstellung von Mobiliar, Bereitstellung einer digitalen Infrastruktur für Homepage, Videokonferenzen etc.);

6. Prüfung der rechtlichen Einbettung eines vom Jugendbüro unabhängigen Jugendparlaments unter Beachtung der Bestimmungen des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes inkl. Umsetzungsvorschlag (Prüfung Rede-/Antragsrecht im Rat sowie in den Fachausschüssen);

Grundsätzlich sollen die Erstellung der Beschlussvorlage und der gesamte Prozess der Implementierung eines Jugendparlaments in enger Abstimmung mit den Jugendlichen der bereits bestehenden AG Jugendparlament (u. a. Stadtschüler*innenrat und If A Bird)

erfolgen. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Wünsche und Vorgaben der AG Jugendparlament angemessen berücksichtigt werden.

Sachverhalt:
Grundlage für diesen Antrag sind die Ergebnisse der dreiteiligen Workshop-Reihe zur Kinder- und Jugendbeteiligung am 28.06.2022, 26.11.2022 und 21.01.2023 sowie die entsprechende Mitteilung außerhalb von Sitzungen vom 09.02.2023 (Vorlage 23-20617).

Die vorliegenden Ergebnisse machen deutlich, dass bei den Kindern und Jugendlichen in Braunschweig der Wunsch nach einer größeren Beteiligung an den Entscheidungsprozessen in der Stadt besteht. Neben der Gründung eines Jugendparlaments kann diesem Wunsch auch durch die Einrichtung eines Jugendbüros, in dem – neben dem Jugendparlament – noch weitere Akteur*innen der Jugendarbeit angesiedelt sind, Rechnung getragen werden. Für das Jugendbüro sollen passende Räumlichkeiten in der Innenstadt angestrebt werden.

Im Übrigen wird auf den in Vorlage 23-20692 dargestellten Sachverhalt verwiesen.

Anlagen:
keine

Absender:
CDU-Fraktion im Rat der Stadt

23-20692-02
Antrag (öffentlich)

Betreff:
Einrichtung eines Jugendbüros und Gründung eines Jugendparlamentes Änderungsantrag zum Antrag 23-20692

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	01.03.2023

Beratungsfolge:		*Status*
Jugendhilfeausschuss (Vorberatung)	01.03.2023	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	14.03.2023	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	21.03.2023	Ö

Beschlussvorschlag:
Der vorliegende interfraktionelle Antrag 23-20692-01 wird in Bezug auf die für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 26. April 2023 zu erstellende Beschlussvorlage in Punkt 1 folgendermaßen geändert:

1. **Haushaltsneutrale Bereitstellung von bis zu** 2,5 Stellen **aus dem Dezernat V** für die organisatorische Begleitung und fachliche Unterstützung des Jugendbüros und des Jugendparlaments;

Sachverhalt:
Die Begründung erfolgt bei Bedarf mündlich.

Anlagen:
keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

23-20756
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Berufungen in das Ehrenbeamtenverhältnis

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat II 10 Fachbereich Zentrale Dienste	23.02.2023

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)	02.03.2023	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	14.03.2023	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	21.03.2023	Ö

Beschluss:

Die nachstehend aufgeführten Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen:

Funktion	Name, Vorname
Stadtbrandmeister	Schönbach, Ingo
1. Stellvertretender Stadtbrandmeister	Kadereit, Stephan

Sachverhalt:

Die Versammlung der Ortsbrandmeisterinnen und Ortsbrandmeister und ihrer Stellvertreterinnen und Stellvertreter der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig hat vorgeschlagen, Herrn Schönbach und Herrn Kadereit für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis als Stadtbrandmeister bzw. als 1. Stellvertretenden Stadtbrandmeister zu berufen.

Die für die Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis geforderten fachlichen und beamtenrechtlichen Voraussetzungen werden erfüllt.

Die Zuständigkeit des Rates ergibt sich aus § 20 Abs. 4 des Nieders. Brandschutzgesetzes.

Dr. Pollmann

Anlage/n:
Keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

23-20831
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Vertretende der Stadt in der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Großraum Braunschweig

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat II 10 Fachbereich Zentrale Dienste	09.03.2023

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	14.03.2023	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	21.03.2023	Ö

Beschluss:

Als Nachfolgerin für Frau Kathrin Karola Viergutz als Vertreterin der Stadt Braunschweig in der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Großraum Braunschweig wird Frau Émilie Rothe gewählt.

Sachverhalt:

Der Rat der Stadt Braunschweig hat in seiner Sitzung am 16. November 2021 auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90 – DIE GRÜNEN Frau Kathrin Karola Viergutz als eine von 16 Vertreterinnen und Vertretern der Stadt Braunschweig in die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Großraum Braunschweig (zuvor Zweckverband Großraum Braunschweig) gewählt.

Mit Schreiben vom 28. Februar 2023 teilt die Fraktion mit, dass als Nachfolgerin der aus dem Rat ausgeschiedenen Frau Kathrin Karola Viergutz

Frau Émilie Rothe

benannt wird.

Dr. Pollmann

Anlage/n:

keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

23-20824
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Bestellung von städtischen Vertretern in Aufsichtsräten und Gesellschafterversammlungen städtischer Beteiligungen

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	04.03.2023

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	14.03.2023	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	21.03.2023	Ö

Beschluss:

„1. Braunschweiger Verkehrs-GmbH - Aufsichtsrat

Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH werden angewiesen, die Geschäftsführung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH zu veranlassen, alle Maßnahmen zu ergreifen,

Herr Ratsherr Burkhard Plinke
(Vorschlagsrecht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

von der Gesellschafterversammlung zum Aufsichtsratsmitglied der Braunschweiger Verkehrs-GmbH wählen zu lassen.

2. Braunschweig Zukunft GmbH - Gesellschafterversammlung

Frau Kathrin Karola Viergutz wird aus der Gesellschafterversammlung der Braunschweig Zukunft GmbH abberufen und

Herr Ratsherr Rochus Jonas

zum Stellvertreter von Frau Ratsfrau Susanne Hahn als Vertreterin der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Braunschweig Zukunft GmbH gewählt.“

Sachverhalt:

Zum 1. Februar 2023 ist Frau Ratsfrau Kathrin Karola Viergutz auf eigenen Wunsch aus dem Rat der Stadt Braunschweig ausgeschieden. Ihre Mitgliedschaft im Rat endete durch den feststellenden Beschluss des Rates in seiner Sitzung am 14. Februar 2023 (DS 23-20524). Über die Nachfolge wurde in selbiger Sitzung beschlossen.

In diesem Zusammenhang soll auch die Neubesetzung der bisher von Frau Viergutz wahrgenommenen Mandate im Aufsichtsrat der Braunschweiger Verkehrs-GmbH und in der Gesellschafterversammlung der Braunschweig Zukunft GmbH erfolgen.

Zu 1.)

Zurzeit gehört Frau Viergutz dem Aufsichtsrat der Braunschweiger Verkehrs-GmbH (BSVG) an. Sie wurde aufgrund des Beschlusses des Rates vom 16. November 2021 und eines entsprechenden Anweisungsbeschlusses an die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG) von der Gesellschafterversammlung der BSVG zum Aufsichtsratsmitglied der BSVG gewählt.

Das Aufsichtsratsmandat bei der BSVG endet gemäß § 9 des Gesellschaftsvertrages mit dem Ausscheiden aus dem Rat.

Die Gesellschafterin Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH hat das Recht, der Gesellschafterversammlung sechs Personen, welche zuvor von dem Rat der Stadt Braunschweig benannt werden, zur Wahl in den Aufsichtsrat vorzuschlagen.

Das Vorschlagsrecht für die Neubesetzung des genannten Mandates der BSVG obliegt der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die jeweilige Neubesetzung durch die im Beschlussvorschlag genannte Person entspricht dem Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Zu 2.)

Frau Viergutz wurde durch Ratsbeschluss vom 16. November 2021 als Stellvertreterin der Vertreterin der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Braunschweig Zukunft GmbH gewählt.

Die Vertreterinnen und Vertreter in den Gesellschafterversammlungen der städtischen Gesellschaften und Beteiligungen werden durch den jeweiligen Entsendebeschluss des Rates auf unbestimmte Zeit berufen. Bis zu ihrer Abberufung durch den Rat sind sie die entsandten Vertreter der Stadt in der jeweiligen Gesellschafterversammlung. Aus diesem Grund ist vor der neuen Entsendung zunächst die Abberufung von Frau Viergutz als Stellvertreterin in der Gesellschafterversammlung der Braunschweig Zukunft GmbH vorzunehmen.

Die Stadt Braunschweig ist an der Braunschweig Zukunft GmbH in Höhe von 51,15 % beteiligt. Gemäß § 10 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages entsendet jede Gesellschafterin einen Vertreter/in in die Gesellschafterversammlung.

Demgemäß erfolgt eine Wahl gem. § 67 NKomVG. Daneben hat der Rat eine Stellvertretung des/der Vertreter/in gewählt. Der bisherige Vorschlag erfolgte durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die nunmehr Herrn Ratsherr Rochus Jonas zur Wahl als Stellvertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung vorschlägt.

Geiger

Anlage/n:
keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

23-20743
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Grundsatzbeschluss: Planungen für die kombinierte Errichtung der Städtischen Musikschule Braunschweig und eines Konzerthauses

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat IV 41 Fachbereich Kultur und Wissenschaft	21.02.2023

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 130 Mitte (Vorberatung)	28.02.2023	Ö
Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (Vorberatung)	08.03.2023	Ö
Ausschuss für Planung und Hochbau (Vorberatung)	08.03.2023	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	14.03.2023	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	21.03.2023	Ö

Beschluss:

1. Die Planung für die bauliche Neuerrichtung der Städtischen Musikschule Braunschweig erfolgt auf der Grundlage des im Jahr 2019 beschlossenen Zukunftskonzepts „Die Städtische Musikschule auf dem Weg zum `Zentrum für Musik´“ (Drs. Nr. 19-10104-01).
2. Die Planung eines Konzerthauses mit 1.000 Sitzplätzen erfolgt auf Basis der Untersuchung der kulturellen Infrastrukturanalyse des Büros actori sowie der Machbarkeitsstudie des Büros Prof. Jörg Friedrich | Studio PFP GmbH.
3. Städtische Musikschule und Konzerthaus sollen eine synergetische und bauliche Einheit an einem Standort bilden. Das Konzerthaus und dessen 1.000-Sitzplatz-Konzertsaal soll multifunktional und mit dem 199-Sitzplatz-Konzert- und Probensaal der Städtischen Musikschule baulich kombiniert geplant werden.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, ein künstlerisches Konzept bzw. Veranstaltungskonzept zu entwickeln, dass sowohl die Diversität der Bevölkerungsstruktur als auch die Kombinationspotentiale mit der Städtischen Musikschule im Sinne eines Zentrums der Musik für Alle reflektiert.
5. In das weitere Bauleitplanverfahren für das Bahnhofsquartier (Anlage 1) wird der Standort für ein Konzerthaus kombiniert mit der räumlichen Unterbringung der Städtischen Musikschule integriert.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, die für eine finale Umsetzungsentscheidung erforderlichen baulichen Untersuchungen umgehend auszulösen. Die Vorgaben des B-Planentwurfes sind dabei zu berücksichtigen.
7. Der finale Umsetzungsbeschluss für die kombinierte Errichtung von Konzerthaus und der Städtischen Musikschule (inkl. eines Konzert- und Probensaals mit 199 Sitzplätzen) ist im Jahr 2025, mit belastbaren Aussagen zum erforderlichen Investitionsvolumen, vorzulegen. In diesem Rahmen ist auch festzulegen, ob und ggf. in welchem Maße eine alternative Finanzierungsvariante (ÖPP, Einbindung von Spenden oder sonstigen Drittmitteln, Realisierung z.B. durch eine Stiftung) verfolgt werden soll.
8. Die Verwaltung trägt Sorge dafür, dass ein architektonischer Wettbewerb für die kombinierte Errichtung von Städtischer Musikschule und Konzerthaus folgende Parameter beinhaltet:
   - am neu zu gestaltenden städtischen Eingangstor Viewegs Garten – in direkter Sichtachse des zentralen Ausgangs des Hauptbahnhofs – eine wegweisende Architektur zu generieren,

- die Architektur nimmt die Bezüge zum Gesamtensemble der historischen Parkanlage Viewegs Garten sowie des neuen Bahnhofsquartiers auf und leistet einen Beitrag zu dessen weiterer städtebaulichen Aufwertung,
- Orientierung an Nachhaltigkeit in Baustoffen, Berücksichtigung modernster Umweltstandards bei der Klimatisierung bzw. Gebäudekühlung sowie der Energieversorgung,
- die Architektur wird den Anforderungen zur Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel gerecht,
- Berücksichtigung kulturpolitisch aktueller Diskurse; beispielsweise baulich als „Dritter Ort“ fungieren zu können.

9. Für die Ausschreibung, u.a. von Planungsleistungen, sollen der Referenznachweis erfolgreicher Umsetzungen von Konzerthausprojekten zentrale Kriterien sein.
10. Für die Planung zur Errichtung der Städtischen Musikschule und eines Konzerthauses stehen derzeit Haushaltsmittel von 500.000 € vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Genehmigungen zum Haushalt 2023 zur Verfügung. Die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Umsetzung der Maßnahme und den lfd. Betrieb steht unter dem Vorbehalt der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt Braunschweig und den Finanzierungsalternativen.

Sachverhalt:

Bisheriger Sachstand

Der VA hat im Jahr 2019 das "Zukunftskonzept für die Städtische Musikschule für ein `Zentrum der Musik´" beschlossen (Drs. Nr. 19-10104-01). Mit diesem Beschluss wurde der Verwaltung der Auftrag erteilt, auf Basis des inhaltlichen Konzeptes „Die Städtische Musikschule auf dem Weg zum `Zentrum der Musik´“ die finanziellen und räumlichen Planungen voranzutreiben und dem Rat konkrete Realisierungsvorschläge zur Beschlussfassung vorzulegen. Wesentlicher Konzeptinhalt sind die Zusammenlegung der derzeitigen drei Musikschulstandorte an einem Standort und der Bau eines Konzert- und Probensaals für die Musikschule mit 199 Sitzplätzen.

Vor dem Hintergrund der Prüfungen für diesen Konzert- und Probensaal hat die Verwaltung eigene Erkenntnisse und die Vorschläge Externer aufgegriffen, die eine grundsätzliche Lücke in der kulturellen Infrastruktur für ein Konzerthaus mit 1.000 Sitzplätzen in der Stadt Braunschweig auswiesen. *Der politische Auftrag aus Drs. Nr. 19-10104-01 wurde daher durch die Verwaltung erweitert um die Prüfungen, ob es sowohl inhaltlich als auch baulich zielführend ist, im Rahmen der Umsetzung des Musikschulkonzepts, auch diesen Lückenschluss als Projektbestandteil zu integrieren.* Über dieses Vorgehen wurde mit der Mitteilung Drs. Nr. 20-13708 informiert.

II. Inhaltlicher Ausgangspunkt Kulturhauptstadtbewerbung 2004: Konzerthaus

Die im Jahr 2004 durch die politischen Gremien beschlossene Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas 2010 beinhaltete bereits die Idee eines Festspielhauses für (Neue) Musik als Konzertsaal des 21. Jahrhunderts in Braunschweig:

„[…] Das geplante Festspielhaus ist als idealer Konzertsaal für herkömmliche Aufführungen konzipiert, aber auch als ein einzigartiger Aufführungsort für die räumlichen und akustischen Erfordernisse Neuer Musik. Zugleich ist es multimediales Zentrum für grenzüberschreitende Ausstellungen und Installationen von Musik über Bildende Kunst bis hin zu Film und Fotografie. Das Haus bietet nicht nur vielfach größen-variable Proben- und Aufführungsorte für den Konzertbetrieb, sondern auch für die musikpädagogischen Institutionen Braunschweigs. Es ist auch Spielstätte für Musiktheater, Tanz und Theaterformen. […]“ Bewerbungsschrift Stadt Braunschweig, S. 64

Auch beinahe 20 Jahre später besteht auch heute aus kulturfachlicher Sicht kein Zweifel an der Notwendigkeit eines Konzertsaales.

III. Grundsatzprüfungen für eine Konzerthausrealisierung

1. Marktanalyse: Analyse zur Bestätigung des infrastrukturellen Bedarfs für ein Konzerthaus

Da der Bau eines Konzerthauses unter einer Vielzahl von Aspekten zu erörtern ist, hat die Verwaltung ein Gutachten ausgeschrieben, um unter anderem die unter I. dargestellten verwaltungsseitigen Erkenntnisse zur kulturellen Infrastrukturlücke zu überprüfen. Ebenso sollten der Aspekt zur Marktnachfrage für ein Konzerthaus mit 1.000 Sitzplätzen sowie die wirtschaftlichen Folgewirkungen überprüft werden. Nach erfolgter Ausschreibung für das externe Gutachten wurde das Büro actori aus München mit dieser Prüfung beauftragt. Hierüber wurde mit Drs. Nr. 21-17063 informiert.

Das Prüfergebnis bestätigt nicht nur eine entsprechende Lücke in der kulturellen Infrastruktur der Stadt Braunschweig, sondern belegt auch eine entsprechende potenzielle Marktnachfrage für den Betrieb eines Konzerthauses: *„[…] Die im Rahmen der Bedarfs- und Potenzialanalyse durchgeführten Analysen belegen, dass angebots- und nachfrageseitig ausreichend Bedarf für ein Konzerthaus in Braunschweig vorhanden sind. […]“*
Die Studie kommt bezüglich des Verhältnisses eines Konzerthauses zur Stadthalle zusätzlich zu dem Ergebnis, dass *[…] die schon dichte Stadthallen-Belegung keinesfalls weitere Veranstaltungspotenziale im Bereich Klassik/ Musik bedienen kann, da dispositorische Grenzen erreicht scheinen. Eine Parallelität beider Projekte ist daher aus externer Sicht inhaltlich und strategisch zu verargumentieren. […]“.*

Die Gutachtenergebnisse sind in einer zusammengefassten Darstellung in ***Anlage 2*** beigefügt. Das vollständige actori-Gutachten wurde am 16.02.23 durch das Büro actori im Rahmen einer gemeinsamen Informationsveranstaltung den Ausschüssen für Kultur und Wissenschaft, Planung und Hochbau sowie dem Stadtbezirksrat Mitte vorgestellt und mit der Mitteilung außerhalb von Sitzungen Drs. Nr. 23-20610 versandt.

Vor dem Hintergrund der nachgewiesenen Infrastrukturlücke und der entsprechenden Marktnachfrage spricht sich die Verwaltung für die Errichtung eines Konzerthauses mit 1.000 Sitzplätzen aus, um den Kulturstandort Braunschweig zu stärken, dessen ungenutzte Potenziale zu heben und hierdurch die Funktion der Stadt Braunschweig als Oberzentrum auszubauen.

2. Standortprüfung

Wie in verschiedenen Sitzungen des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft seit dem Jahr 2020 durch die Verwaltung kommuniziert, lag die größte Hürde für die Umsetzung darin, einen Standort für die Gebäuderealisierung von Konzerthaus und Musikschulneubau, zu finden.
Um die Tauglichkeit von letztlich vier Potenzialstandorten abschließend zu eruieren, wurde beim Hamburger Büro Prof. Jörg Friedrich | Studio PFP GmbH eine Standortanalyse in Auftrag gegeben. Das vollständige Gutachten wurde am 16.02.23 durch das Studio PFP im Rahmen der o.g. Informationsveranstaltung (siehe III.1) vorgestellt und mit der Mitteilung außerhalb von Sitzungen Drs. Nr. 23-20610 versandt.

Zusammenfassung der Ergebnisse der PFP Machbarkeitsstudie:

In dieser Machbarkeitsstudie wurden die Standorte
- Stadthalle
- ehemals Karstadt am Gewandhaus
- Großer Hof und
- Bahnhofsquartier

vergleichend untersucht.

Ziel der Untersuchung war, ein tragfähiges städtebauliches Konzept für ein Konzerthaus mit 1.000 Sitzplätzen in Kombination mit der räumlichen Unterbringung der Städtischen Musikschule zu erhalten. Die Machbarkeit sollte im Lichte der kulturfachlichen Anforderungen, des Städtebaus und Denkmalschutzes, des Klimas und des Schallschutzes, des Verkehrs und sonstiger Nutzungskonflikte sowie der Wirtschaftlichkeit untersucht werden.

Aufbau der Machbarkeitsstudie:
Die Machbarkeitsstudie ist wie folgt aufgebaut:
- Vergleichende Analyse von vier Innenstadt- bzw. innenstadtnahen Standorten
- Aufstellung von Raumprogrammen für die Nutzungen
- Entwicklung von räumlichen Standortkonzepten
- Bewertung der Standortkonzepte
- Standortvorschlag des Gutachters

Es wurde für jeden Standort untersucht, ob beide Einrichtungen dort räumlich gemeinsam entwickelt werden können oder ob eine räumlich getrennte Unterbringung der beiden Einrichtungen notwendig ist.

Raumprogramme:
Das Büro PFP hat aus den Erfahrungen anderer Projekte für das Konzerthausprojekt in Braunschweig eine Bruttogeschossfläche incl. aller notwendiger Funktionsräume von annähernd 8.400 m² errechnet sowie für die Räumlichkeiten der Städtischen Musikschule annähernd 4.900 m².

Ergebnisse Stärken/Chancen - Schwächen/Risiko – Analyse:

Stadthalle

Stärken und Chancen:
- gute Erreichbarkeit/Lage: unmittelbare Nähe zum Hauptbahnhof
- administrative Synergien zwischen Stadthalle, Konzerthaus und Städtischer Musikschule

Schwächen und Risiken:
- stark eingeschränktes Baufeld durch Vorgaben der Denkmalpflege (Gefahr: Verbau der denkmalgeschützten Stadthallenfassade, Überhöhung)
- unvorteilhafte Geometrie und eingeschränkte Gebäudetiefe für Konzertsäle
- durch einen Anbau ggf. funktionale Einschränkungen bei der Stadthalle
- fehlende Nähe zum Stadtzentrum

Ehemals Karstadt am Gewandhaus

Stärken und Chancen:
- gute Erreichbarkeit/Lage: zentral in der Innenstadt
- Umnutzung eines leerstehenden Gebäudes
- Stärkung und Revitalisierung der westlichen Innenstadt

Schwächen und Risiken:
- große Eingriffe in baulichen Bestand notwendig/Unwägbarkeiten (Statik/Baustoffe)
- Immobilie nicht im Eigentum der Stadt
- Ggf. Urheberrechtsproblematik bei Fassadeneingriff
- Lärmimmissionen (nächtlicher Lieferverkehr und Besucher*innen)
- Erhebliche Einschränkungen der Nutzungszeiten aufgrund von Lärmemissionen

Großer Hof

Stärken und Chancen:
- Erreichbarkeit/Lage: Randlage Innenstadt
- Flexible Nutzung des Baufeldes

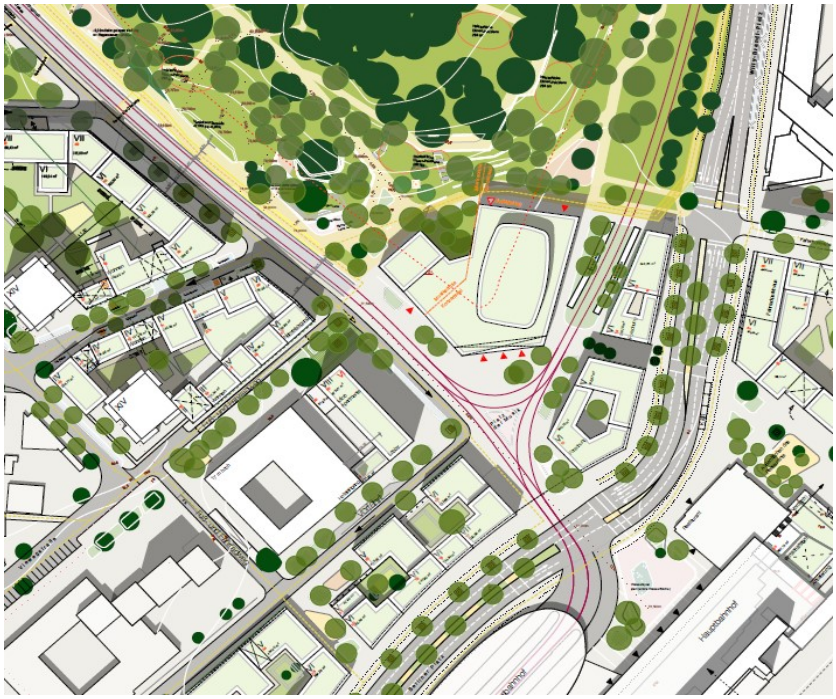
Schwächen und Risiken:
- Erreichbarkeit/Lage: Wohn-/ Mischgebiet
- Lärmimmissionen (nächtlicher Lieferverkehr und Besucher*innen)
- Erhebliche Einschränkungen der Nutzungszeiten aufgrund von Lärmemissionen
- städtebaulicher Maßstabsbruch zu umliegenden Bebauung

Bahnhofsquartier / Viewegs Garten

Stärken und Chancen:
- Erreichbarkeit/Lage: unmittelbare Nähe zum Hauptbahnhof und zur Stadthalle
- bisher unbebauter Standort, kein Nutzungskonflikt mit benachbarter Bebauung
- Teil einer neuen Quartiersentwicklung
- Errichtung eines identitätsstiftenden Gebäudes am Stadteingang
- Schaffung eines stadtplanerisch guten Übergangs vom Bahnhofsplatz zu Viewegs Garten

Schwächen und Risiken:

- Erreichbarkeit/Lage: außerhalb des Stadtzentrums
- Abweichung vom ursprünglichen städtebaulich Entwurf
- ggf. zusätzliche Aufwendungen für Bauwerksgründung wegen Körperschallbelastung Stadtbahn



Standortvorschlag des Gutachters:
Die Auswertung auf Basis der Bewertungskriterien hat folgende Reihenfolge für die vier Standorte ergeben:

1. Bahnhofsquartier (37 Punkte)
2. Großer Hof (28 Punkte)
3. ehemals Karstadt am Gewandhaus (10 Punkte)
4. Stadthalle (1 Punkte)

Die vollständigen Bewertungskriterien können der mit Drs. Nr. 23-20610 versandten Machbarkeitsstudie von PFP entnommen werden.

Die Standorte an der Stadthalle und am Gewandhaus scheiden nach der Bewertungsmethode als ungeeignet aus.
Der Standort „Großer Hof“ wäre nur unter großen Nutzungseinschränkungen machbar. Er überzeugt zwar durch sein großes städtebauliches Entwicklungspotenzial, weist jedoch in den Belangen des Immissionsschutzes unauflösbare Defizite auf.

Der Gutachter empfiehlt auf Basis der Bewertungskriterien und der Bewertung mit 37 Punkten das <u>Bahnhofsquartier</u> / Viewegs Garten als Standort für ein Konzerthaus kombiniert mit der Unterbringung der Städtischen Musikschule:

- *Insbesondere die Belange des Immissionsschutzes lassen sich für einen 24/7 Betrieb uneingeschränkt erfüllen.*
- *Der Anlieferverkehr ist an dieser Stelle ganztägig gewährleistet, ohne dabei anliegende Nutzungen zu beeinträchtigen.*
- *Die Maßstäblichkeit der Quartiersentwicklung erlaubt die Einfügung der großen Kubatur, die für Konzerthaus und Musikschule notwendig ist, ohne nahegelegene Denkmäler zu beeinträchtigen oder mit dem städtebaulichen Maßstab zu brechen.*
- *Der Standort ermöglicht dem Konzerthaus als identitätsstiftendes Bauwerk für die Stadt Braunschweig aufzutreten.*

- *Das Raumprogramm für Konzerthaus und Musikschule lässt sich an diesem Standort erfüllen, ohne die Funktionalität zu beeinträchtigen.*
- *Die schwierige Immissionsschutzproblematik kann hier gelöst werden und begünstigt die gewünschte Präsenz im Stadtraum.*
- *Die Erreichbarkeit auch aus der Region ist mit klimafreundlichen Verkehrsmitteln uneingeschränkt möglich.*

IV. Kombination von Konzerthaus und Musikschule

Die actori-Marktanalyse plädiert dafür, im Rahmen der Entscheidung für eine Konzerthauserrichtung, die Kombinationslösung mit der Städtischen Musikschule in die engere Auswahl zu nehmen: *„[…] In der Verknüpfung von Konzerthaus und Musikschule liegt auch ein inhaltliches Potenzial, mit der Chance, in Braunschweig ein Leuchtturm-Projekt umzusetzen. Durch einen gemeinsamen Standort mit kurzen Wegen und engen Austauschmöglichkeiten von Konzerthaus und Musikschule kann der Musik-und Kulturstandort Braunschweig nachhaltig gestärkt werden. […]“*

Die Studie des *Büros actori* führt überdies aus, dass insbesondere in der Kombination beider Projekte großes inhaltliches und räumliches Potenzial liegen könnte. Als zentraler Aspekt ist die Kombination der beiden Saalmodule zu benennen, die eine Kapazitätserweiterung des großen Konzertsaals auf bis zu 1.200 Sitzplätze zuließe. Eine Marktnachfrage würde auch für diese Kapazität gegeben sein.
Das *Büro actori* legt zu den Potenzialen der Kombination weitergehend dar: *„[…] Durch einen gemeinsamen Standort mit kurzen Wegen und engen Austauschmöglichkeiten von Konzerthaus und Musikschule kann der Musik- und Kulturstandort Braunschweig nachhaltig gestärkt werden. Beispiele zeigen, dass die Verknüpfung unterschiedlicher, aber im Kern verbundener Nutzungen ein häufiges Mittel ist, um Kooperation und Schlagkraft zu steigern. Insbesondere werden damit auch Zielstellungen wie Öffnung, Ganztagsbelebung und Niedrigschwelligkeit adressiert.“ […] „Durch die Verbindung von Konzerthäusern mit Musikschulen können neue Formate geschaffen und die Kulturlandschaft gestärkt werden […]“*

Um die kulturfachliche und musikpädagogische Perspektive zu erweitern wurde der (Bundes)Verband deutscher Musikschulen (VdM) um eine Bewertung der Kombinationsidee einer kommunalen Musikschule und eines Konzerthauses gebeten. Der *Bundesgeschäftsführer des VdM Matthias Pannes* schreibt hierzu:
„Die Realisierung eines Zentrums für Musik, in dem die Einrichtungen der professionellen Musikpraxis und der musikalischen Bildung mit ihren jeweiligen Kompetenzen im Zusammenwirken neue Perspektiven eröffnen und in dieser Bündelung einen Mehrwert sowohl für Nutzerinnen und Nutzer der Angebote als auch für die Bevölkerung insgesamt schaffen, ist für ein vitales und zukunftsorientiertes Musikleben einer Kommune als musikkultureller Identifikationsort und im Sinne eines Gesamtkonzeptes wegweisend. Ein solches Zentrum bildet einen spannenden Ort lebendigen Austauschs, in dem neue Dimensionen von musikalischem Lernen, Kooperationen, Musikvermittlung, attraktiven Veranstaltungen, kreativen Projekten und kultureller Begegnung erschlossen und innovative Konzepte und Formate entwickelt werden können. Ein solches Zentrum für Musik würde bundesweite Ausstrahlung und Anziehungskraft mit sich bringen. Die zentrale Lage des „Zentrums für Musik“ bietet dabei beste Erreichbarkeit ebenso für das Veranstaltungspublikum des Staatsorchesters wie für die Schülerschaft der Musikschule und leistet damit einen Beitrag zur Nachhaltigkeit und Zugangsoffenheit. Ein solches Zentrum würde das Musikleben von Braunschweig insgesamt bereichern – wo künstlerische Exzellenz und musikalisches Lernen in der Kommunalen Bildungslandschaft sich gleichermaßen entfalten und verstärken können.“

Eine kulturfachliche externe Bewertung des Kombinationsprojektes wurde zudem erbeten von *Prof. Christian Höppner, Generalsekretär des Deutschen Musikrates*:
„Der Deutsche Musikrat unterstützt nachdrücklich die geplante Konzeption eines Musikschulneubaus und Neubaus eines Konzerthauses in Braunschweig an einem

gemeinsamen Standort. Dieses ‚Zentrum für Musik' ist ein Zukunftsmodell mit bundesweiter Ausstrahlung, wie es in ähnlicher Weise bereits andernorts verwirklicht wird. Der Bau würde zur kulturellen Belebung der Innenstadtgegend rund um den Braunschweiger Hauptbahnhof beitragen, vor allem aber auch einen großen gesellschaftlichen Mehrwert mit sich bringen: Denn Musikalische Bildung als eine prägende Basis für die individuelle wie auch gesellschaftliche Entwicklung der nachwachsenden Generationen und die professionelle Musikpraxis müssen vernetzt gedacht werden, um sich gegenseitig unmittelbar inspirieren und befruchten zu können. Ein gemeinsamer Standort für diese so grundlegenden Bereiche des Musiklebens ist eine große Chance, die auf keinen Fall vergeben werden darf."

Die Verwaltung teilt die o.a. musikfachliche Einschätzung und schließt sich den Vorschlägen der actori-Studie an. Es wird daher die inhaltliche und bauliche Kombination der Projekte Konzerthausbau und bauliche Neuerrichtung der Städtischen Musikschule Braunschweig vorgeschlagen.

Es wird unter Zugrundelegung der Gutachten (PFP und actori) vorgeschlagen, entsprechend der Gutachterempfehlung, den Standort Viewegs Garten (Anlage 1) für ein Konzerthaus kombiniert mit der Unterbringung der Städtischen Musikschule in die weitere Bauleitplanung für das neue Bahnhofsquartier zu integrieren.

V. Grundsätzliche Zielstellung: Ein Konzerthaus als städtebaulicher, architektonischer und umwelttechnischer Leuchtturm

In konsequenter Fortführung der städtischen Planungen aus der Bewerbung um den Titel „Kulturhauptstadt Europas 2010", aus dem Jahre 2004 schlägt die Verwaltung vor, dass die Konkretisierung der Konzerthausidee mit folgender grundsätzlicher Zielstellung vorangetrieben werden sollte:

Die Planungen des Konzerthauses sollten sich neben der Multifunktionalität des Baukörpers und insb. des Konzertsaals, an qualitativ hochwertigen Konzerthäusern ausrichten. Zudem sollten aktuelle kulturpolitische Themenstellungen wie u.a. „Dritter Ort" integriert werden.

Zu den Visionen des Konzerthauses schreibt die Studie von actori*: „[…] Megatrends wie Gesellschaftlicher Wandel, Nachhaltigkeit und Digitalisierung beeinflussen eine zukunftsgerichtete Aufstellung von Kulturimmobilien. So führt eine Alterung und Diversifizierung der Gesellschaft dazu, dass Aspekte wie Inklusion, Öffnung und Niederschwelligkeit von Kultur bedeutender werden.* ***Nachhaltigkeit im Bau und Betrieb gewinnt dabei zunehmend an Bedeutung.*** *Beides ist bei der weiteren Planung bzw. einem evtl. späteren Wettbewerb zu berücksichtigen." […] „Landmark-Architektur zieht viele Besuchende an, so strahlen architektonische Merkmale eines Konzerthauses weit über regionale und nationale Grenzen hinaus. Aber auch ein kontextgebundenes Alleinstellungsmerkmal kann zum Erfolg führen, wie das Beispiel Bochum zeigt. […]"*
Neben den *städtebaulichen Potenzialen* im Rahmen der Planungen zum Bahnhofsquartier bietet das Konzerthaus daher die Chance *wegweisende moderne Architektur* nach Braunschweig, an dessen Eingangstor Hauptbahnhof, zu holen. Zudem sollten mittels einer **nachhaltigen Architektur**, modernste Umweltstandards z.B. bei der Klimatisierung bzw. Gebäudekühlung sowie der Energieversorgung, etc. integriert werden. Diese bauliche Umsetzungsqualität könnte neben der Etablierung einer für ein Oberzentrum einschlägigen kulturellen Infrastruktur auch stilbildend für bauliche Entwicklungen anderer Großstädte sein. Die Planung bezieht das Umfeld des Standortes, insbesondere den angrenzenden Bereich des Viewegs Gartens, mit in die Überlegungen ein. Eine hohe städtebauliche und landschaftsplanerische Qualität des Umfeldes dient nicht nur der Attraktivitätssteigerung des neu entstehenden Gebäudes, sondern entspricht auch der Bedeutung des Viewegs Gartens für die Stadt Braunschweig.

In der ***Anlage 3*** befinden sich einige bauliche **Beispiele**, die **exemplarisch das Nachhaltigkeitspotenzial** für ein zukunftsweisendes Konzerthaus darstellen. Dabei müssen sich sowohl die Architekturplanungen als auch o.a. dargestellten Nachhaltigkeitserwägungen in den städtebaulichen Kontext einfügen.

VI. Fahrplan zur kombinierten Umsetzung von Konzerthaus und Städtischer Musikschule

Die Verwaltung kommt grundsätzlich zu dem Ergebnis, dass sich, zum derzeit noch sehr frühen Planungszeitpunkt, ein Fahrplan für die erforderlichen nächsten Schritte nur bedingt belastbar und nur sehr grob darstellen lässt.
Es wird daher eine *schrittweise und aufeinander aufbauende Prüfungs- und Planungsfolge* vorgeschlagen. Hierdurch kann am zuverlässigsten gewährleistet werden, dass die Erfordernisse eines solchen heterogenen und komplexen Bauvorhabens in sachgerechten Bahnen erfolgen kann. Insbesondere im Verlauf der Realisierung aufgetretene Problemstellungen anderer Großbauprojekte in Deutschland sollten als Erfahrungswerte herangezogen werden, um nicht durch unrealistische Zeit- und Finanzierungsfestlegungen unsachgemäße Parameter zu setzen, die in der Planungs- und Realisierungsphase zu baulichen und finanziellen Negativkonsequenzen führen.

Ein zentraler nächster Schritt muss daher aus Sicht der Verwaltung die Ermittlung eines belastbaren Kostenrahmens sein. Dieser kann allerdings nicht kursorisch aus vergleichbaren Konzerthausprojekten abgeleitet werden. Hiergegen sprechen zunächst schon die Baupreisentwicklungen, die eine Vergleichbarkeit seriös nicht zulassen. Des Weiteren hat jeder Baugrund und jede bauliche Umgebung eigene Voraussetzungen und Problemlagen. Überdies müssen die finanziellen Folgewirkungen einer nachhaltigen und klimagerechten Architektur berechnet werden. Auch die baulichen Folgerungen aus der Multifunktionalität und der Kombination mit der Städtischen Musikschule müssen zunächst ermittelt werden.
Zur Darstellung eines belastbaren Kostenvolumens schlägt die Verwaltung daher vor, die fachlich erforderlichen Begutachtungen prioritär vorzunehmen und hieraus konkrete Ableitungen für den finalen politischen Umsetzungsbeschluss und die Haushaltsmitteleinstellung ab dem HH 2025 ff zu entwickeln.

Für die Verwaltung steht aber fest, dass der Bau von Konzerthaus und Musikschule finanzielle Mittel in ganz erheblicher Größenordnung binden wird. Aufgrund der ohnehin angespannten Haushaltslage wird die Verwaltung für dieses wegweisende Projekt intensiv alternative Finanzierungsmöglichkeiten prüfen. Denkbar sind neben öffentlich-privaten Partnerschaften gerade wegen der kulturellen Bedeutung auch die Finanzierung durch Spenden oder sonstige Drittmittel. Auch eine Stiftungslösung wie seinerzeit bei der Errichtung der VW-Halle ist nicht ausgeschlossen. Konkrete Prüfungen in dieser Hinsicht können jedoch erst nach Vorliegen eines möglichen Kostenrahmens vorgenommen werden.

Folgender baulicher Grundsatzfahrplan wird daher vorgeschlagen:

1. Aufstellung des Bebauungsplans

Kursorisch lassen sich folgende Aussagen für die erforderliche Bauleitplanung treffen:
Der B-Plan für das Bahnhofsquartier könnte Ende des Jahres 2025 Rechtskraft erreichen, unter der Voraussetzung, dass der hochbauliche Wettbewerb Ende des Jahres 2024 wie vorgesehen finalisiert wird.

2. Hochbauplanung & Architekturwettbewerb

Auf der Basis des Bebauungsplanes bzw. unter Berücksichtigung der vom Bauleitplanverfahren vorgegebenen Rahmenbedingungen müssen folgende nächste Schritte für die schrittweise Annäherung an einen hochbaulichen Entwurf beschritten werden:

Um den Architekturwettbewerb Ende des Jahres 2024 abschließen zu können, muss die Vorbereitung Anfang des Jahres 2024 beginnen. Zuvor wird die Ausschreibung der Wettbewerbsbetreuung bereits im Jahr 2023 abzuschließen sein.

3. Ermittlung Investitionsvolumen

Aus den in den beiden vorherigen Punkten (VI. 1.+2.) aufgezeigten städtebaulichen und hochbaulichen Planungserfordernissen folgt, dass ein Raumprogrammbeschluss bis Ende des Jahres 2023 erforderlich ist. Insbesondere das Raumprogramm für das Konzerthaus muss auf der Basis der bisherigen Annahmen in der PFP-Studie in einem nächsten Schritt baufachlich belastbar geplant werden. Eine Konkretisierung des Investitionsvolumens wäre für den Haushalt 2025 ff. vorzusehen. Die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Umsetzung der Maßnahme und den lfd. Betrieb steht unter dem Vorbehalt der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt Braunschweig und den Finanzierungsalternativen.

4. Start der hochbaulichen Realisierung/ Umbau der technischen Infrastruktur

Basierend auf den o.a. dargestellten Parametern und Voraussetzungen (VI. 1.-3.) kommt die Verwaltung zu der Annahme, dass eine bauliche Realisierung potenziell ab dem Jahr 2026 vorbereitet werden könnte. Parallel zur Ausschreibung der baulichen Leistungen für das Konzerthaus müssen in einem Zeitraum von zwei bis drei Jahren Planung und Bau der technischen Infrastruktur (Verkehrswege und Leitungen) im öffentlichen Raum erfolgen.

Die potenzielle Zeitachse für die einzelnen Realisierungsschritte wird auf der Basis der aktuellen Annahmen und Erkenntnisse in ***Anlage 4*** visualisiert.

5. Qualitätserfordernisse für die Planungsgutachten

Für alle Konkretisierungsphasen (Kostenermittlung, Planung und bauliche Realisierung, o.ä.) sollten nur Unternehmen beauftragt werden, welche über einschlägige Erfahrungen im Bau von Konzerthäusern verfügen, um sicherzustellen, dass alle erforderlichen Facetten, die die Qualität eines modernen und zukunftsweisenden Konzerthauses ausmachen, planerisch abgebildet werden. Diese Unternehmen sollten erfolgreiche Umsetzungen von Konzerthausprojekten vorweisen können, die den Kostenrahmen eingehalten haben (Referenznachweis). Die Ausschreibungskriterien für die Planungsleistungen sollten daher nicht die Angebotshöhe, sondern zuvorderst diese o.g. Qualitätsparameter zur Grundlage der Beauftragung machen.

VII. Finanzierung der Analysen und Planungen

Vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Genehmigungen zum Haushalt 2023 stehen 500.000€ an Planungsmitteln für die Umsetzung des Musikschulkonzeptes zur Verfügung (Projekt 3E.210022). Die Verwaltung schlägt vor, diesen Mittelansatz auch für die kombinierte Konzerthausplanung zu verwenden.
Es ist nicht auszuschließen, dass die Angebote des Marktes zu den erforderlichen Ausschreibungen der Gutachten oder unvorhersehbare Gutachtenerfordernisse dieses Planungsmittelvolumen überschreiten könnten.

VIII. Weitere Planungen der Verwaltung zum „Großen Hof“

Aufgrund der hiermit vorgeschlagenen baulichen Errichtung von Konzerthaus und Städtischer Musikschule im Bahnhofsquartier / Viewegs Garten kann der bisher hierfür optionierte „Große Hof“ freigegeben werden.
Für die neuen Planungen zum Grundstück „Großer Hof“, wird auf die gesonderte Beschlussvorlage Drs. Nr. 23-20569 verwiesen.

Dr. Hesse

Anlage/n:

Anlage 1 - Lageplan Bahnhofsquartier Viewegs Garten
Anlage 2 - Bedarfs- und Potenzialanalyse für ein großes Konzerthaus in der Stadt Braunschweig
Anlage 3 - Nachhaltige Kulturbauten
Anlage 4 - Zeitplanung für die Errichtung eines Konzerthauses und den Neubau der Städtischen Musikschule im Bahnhofsquartier

BAHNHOFSQUARTIER BRAUNSCHWEIG
WELP KLITZING Architekten
& hochC Landschaftsarchitekten

actori

Bedarfs- und Potenzialanalyse für ein großes Konzerthaus in der Stadt Braunschweig

Zusammenfassung der Kernergebnisse

München, 09.02.2023

actori

Inhaltsverzeichnis

A. Projektvorgehen 3

B. Ausgangssituation für ein Konzerthaus 4

C. Entwicklungen im Konzerthausmarkt 5

D. Wettbewerbssituation 6

D.1 Konzerthäuser in Norddeutschland 6

D.2 Konzerthaus-Situation in Städten vergleichbarer Größenordnung 7

D.3 Veranstaltungsstätten in Braunschweig 8

E. Nutzenden- und Besuchspotenzial 8

E.1 Nachfrage potenzieller Nutzender 9

E.2 Besuchs- und Marktpotenzial 10

F. Nutzungspotenziale eines Konzerthauses in Braunschweig 11

F.1 Das Konzerthaus als zeitgemäße Infrastruktur 11

F.2 Anforderungen an den Konzertsaal 11

F.3 Raum- und Funktionsplanung 12

F.4 Ein-Standort-Konzept Musikschule 13

G. Führungs- und Geschäftsmodell 13

H. Träger- und Betreibermodell 15

I. Betriebswirtschaftliche Auswirkungen 16

I.1 Business Case 17

I.2 Finanzierungsstrukturen von Konzerthäusern 18

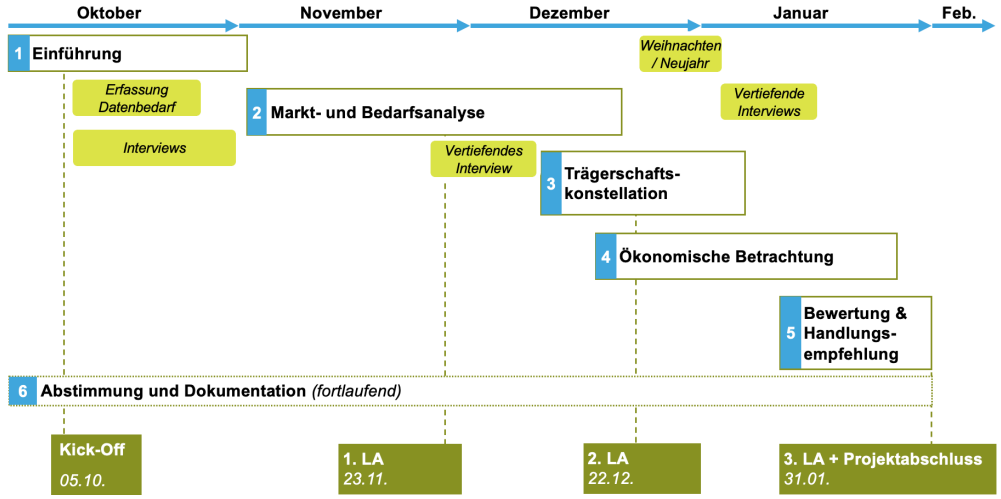
I.3 Sekundäre Effekte 19

J. Hinweise zum weiteren Projektverlauf 19

actori

A. Projektvorgehen

Die Bedarfs- und Potenzialanalyse für ein großes Konzerthaus Braunschweig wurde von der Stadt Braunschweig beauftragt und von der Kulturberatung actori GmbH im Zeitraum von Oktober 2022 bis Ende Januar 2023 durchgeführt. Zentrales Ziel der Untersuchung ist die Bewertung der Fragestellung, inwieweit die Stadt Braunschweig ein großes Konzerthaus benötigt, und wenn ja, welche Potenziale und Anforderungen für solch ein Projekt berücksichtigt werden sollten.



Daten- und Informationsbestand

Die Untersuchung baut auf einem umfangreichen Daten- und Informationsbestand auf: Dazu wurden vom Auftraggeber verschiedene Daten und Informationen, wie die Raum- und Funktionsplanung zu Konzerthaus und Musikschule sowie Vorüberlegungen zur Kapazität des Konzerthauses (1.000 PAX), zur Verfügung gestellt. Des Weiteren wurden über 20 Interviews mit internen und externen Stakeholder/-innen geführt. Zusätzlich wurden auch externe Daten und Informationen hinzugezogen. Hierfür hat actori auf bereits bestehende Untersuchungen und Studien sowie einen internen actori-Datenbestand, der auf langjähriger Erfahrung in den entsprechenden Bereichen basiert, zurückgegriffen. Es wurden insgesamt knapp 30 Vergleichsprojekte, auf die für das Projekt in Braunschweig relevanten Aspekte hin, analysiert, um Schlussfolgerungen für den zukünftigen Betrieb eines Konzerthauses zu ziehen.

Projektverlauf

Nach Aufnahme der Ausgangssituation durch Interviews und weiteren zur Verfügung gestellten Dokumenten analysierte actori in einem ersten Schritt die Entwicklungen im Konzerthausmarkt. Dabei wurden Trends und Anforderungen an eine zeitgemäße Konzerthaus-Infrastruktur untersucht.

Gleichzeitig wurde auch die Wettbewerbssituation im Konzerthausmarkt in den Blick genommen, insbesondere die Konzerthaus-Situation in Städten vergleichbarer Größenordnung sowie die Situation der Veranstaltungsstätten in Braunschweig und Umgebung.

Um die Nachfrage für ein potenzielles Konzerthaus zu ermitteln, wurden Besuchs- und Marktpotenzial bewertet und darauf aufbauend die Nutzungspotenziale für ein Konzerthaus-Projekt identifiziert. Dies umfasst die Bewertung formulierter Anforderungen an einen Konzertsaal, die Raum- und Funktionsplanung sowie das Ein-Standort-Konzept Musikschule. In einem weiteren Schritt hat actori die Möglichkeiten für ein Führungs- und Geschäftsmodell sowie ein Träger- und Betreibermodell untersucht und verschiedene Modelle mit ihren Auswirkungen bewertet. Abschließend wurden auch die betriebswirtschaftlichen Auswirkungen durch einen Business Case und eine Berechnung der Umwegrentabilität ermittelt. Die hier vorliegende Zusammenfassung umfasst die zentralen Ergebnisse der Untersuchungen; vertiefende Details, Grundlagen der Analysen und ggf. relevante Annahmen für einzelne Berechnungen sind dem umfassenden Abschlussbericht zu entnehmen.

B. Ausgangssituation für ein Konzerthaus

Die Stadt Braunschweig ist mit ihrem umfassenden Kulturangebot, das alle künstlerischen Sparten umfasst, kultureller Mittelpunkt der Region. Umfragen zeigen, dass Musik und Konzerte zum präferierten Kulturangebot der Bürger/-innen gehören.[1]

Für ein Konzerthausprojekt sind angebotsseitig zahlreiche potenzielle Nutzende vorhanden, die sich über unterschiedliche Genres der Musik verteilen. Hierzu gehören zentrale Akteur/-innen wie das Staatsorchester Braunschweig und die überregional aktiven privaten Veranstaltenden (z. B.

[1] Stadt Braunschweig, Fachbereich Kultur und Wissenschaft Bürgerumfrage zum Kulturangebot, 2020.

undercover, applaus-kulturproduktionen, Konzertdirektion Walter E. Schmidt) sowie eine große „freie“ und „Laien-Musikszene“. In den Interviews wurde das Konzerthaus-Projekt über die unterschiedlichen Gruppen potenzieller Nutzender hinweg positiv bewertet.

Mit dem ISEK und den Leitlinien zur Kulturentwicklung gibt es auch strategische Anknüpfungspunkte, die auf ein Konzerthaus-Projekt einzahlen: Die Bedeutung von Kultur als Kernbestandteil der Stadtentwicklung, priorisierte Themenfelder wie die Bewahrung und Förderung von Qualität und Vielfalt sowie das infrastrukturelle Defizit im Bereich von Musikschule und Konzerten können mit einem solchen Projekt bedient werden.

Stadthalle Braunschweig

Neben der Musikschule ist zudem die Situation der Stadthalle Braunschweig in den Blick zu nehmen: Unabhängig vom nicht bekannten Abschluss des Sanierungsprojektes entspricht die anvisierte und in den politischen Beschlüssen formulierte stärkere Ausrichtung in Richtung Tagungs- und Kongressnutzung nicht den formulierten Bedarfen seitens potenzieller Nutzender. Zugleich zeigt ein Blick auf die Veranstaltungszahlen aus Vor-Corona-Jahren, dass die schon dichte Stadthallen-Belegung keinesfalls weitere Veranstaltungspotenziale im Bereich Klassik/ Musik bedienen kann, da dispositorische Grenzen erreicht scheinen. Eine Parallelität beider Projekte ist daher aus externer Sicht – ohne die Bewertung der finanziellen Machbarkeiten – inhaltlich und strategisch zu verargumentieren.

C. Entwicklungen im Konzerthausmarkt

Der Markt für Musikveranstaltungen ist in Deutschland bis 2017 kontinuierlich gestiegen. Diese Entwicklung ist vor allem auf die klassische Musik (+30% Umsatzsteigerung) und die U-Musik (+80% Umsatzsteigerung) zurückzuführen.[2] Nach der Covid-19-Pandemie erwarten Studien eine Erholung des Veranstaltungsmarktes bis 2024.[3]
Die aktuellen Auslastungsschwierigkeiten der Branche sind auf ein Überangebot (aufgrund von während der Pandemie verschobenen Veranstaltungen) und Vermarktungsherausforderungen zurückzuführen. Neben der grundsätzlich positiven Marktentwicklung lässt sich insbesondere bei der Altersmischung von Klassikhörer/-innen nicht feststellen, dass jüngere Menschen die „Klassik“ oder angrenzende Musikbereiche verlassen.

[2] GFK Konsumstudie des Veranstaltungsmarktes 2007-2018.
[3] EITW, 2022; PwC, 2021. Anm.: Studien berücksichtigen keine aktuellen Geschehnisse wie Energiekrise.

actori

Erfolgsfaktoren

Für den Besuch eines Konzerthauses ist die Akustik Hauptgrund (52%) und sollte daher essenzieller Bestandteil einer Planung sein. Zudem spielen v. a. die Aspekte Atmosphäre, Programm und Intimität eine zentrale Rolle.

Außerdem zeigen bekannte Beispiele, dass die Architektur eines Konzerthauses Erfolgsfaktor sein kann: Landmark-Architektur zieht viele Besuchende an, so strahlen architektonische Merkmale eines Konzerthauses weit über regionale und nationale Grenzen hinaus. Aber auch ein kontextgebundendes Alleinstellungsmerkmal kann zum Erfolg führen, wie das Beispiel Bochum zeigt.

D. Wettbewerbssituation

Um Potenziale für ein Konzerthaus bestimmen zu können, hat actori den Wettbewerb in den Blick genommen. Dabei wurde die Konzerthaus-Situation in Norddeutschland und die in Städten vergleichbarer Größenordnung untersucht, um bereits vorhandene Kulturinstitutionen und ihre Ausgestaltung zu identifizieren. Außerdem wurden Veranstaltungsstätten in Braunschweig und Umgebung auf ihr Programm und ihre Ausrichtung analysiert, um zu überprüfen, ob eine Lücke für die Nutzung von klassischer Musik besteht.

Anzumerken ist, dass der Markt für Konzerthäuser unterschiedliche Typologien von Konzerthäusern kennt. Diese unterscheiden sich im Grad der Spezialisierung auf Musik und Veranstaltungen, akustischen Rahmenbedingungen und der Öffnung für Nutzungen anderer Ausprägung wie Tagungen und Kongresse. Die Abgrenzungen sind dabei nicht immer trennscharf, beeinflussen aber die Ausgestaltung einer Infrastruktur und des Betriebsmodells nachhaltig.
Vor dem Hintergrund der Ausgangssituation ist für Braunschweig ein Fokus auf reine Konzerthausmodelle wie Dortmund oder Bochum sinnvoll. Bei den vorgenommenen Analysen wurde sich deshalb auf diese Modelle – im Folgenden als „Konzerthäuser im engeren Sinn“ bezeichnet – fokussiert.

D.1 Konzerthäuser in Norddeutschland

Richtet man den Fokus auf das weitere Braunschweiger Umfeld lässt sich lediglich in Bielefeld ein Konzertsaal im engeren Sinn identifizieren.

actori

Bei allen anderen für Klassik genutzten Veranstaltungsstätten handelt es sich um Theater- oder Multifunktionssäle.

Ein Konzerthaus-Projekt in Braunschweig bietet damit ein gewisses Potenzial für ein Alleinstellungsmerkmal. Zudem bestehen erhöhte Chancen, auch Angebote in Braunschweig, die bislang aufgrund unzureichender Infrastrukturen nicht möglich waren, durchzuführen. Im weiteren Umfeld sind neben Bielefeld in Bremen, Hamburg, Berlin/ Potsdam oder Frankfurt am Main nächste Konzerthaus-Standorte.

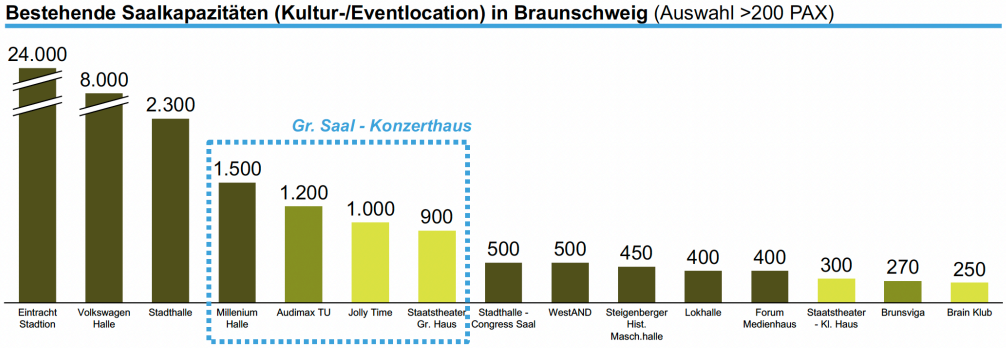
D.2 Konzerthaus-Situation in Städten vergleichbarer Größenordnung

Von 35 betrachteten deutschen Städten zwischen 180.000 und 620.000 Einwohnenden besitzen 13 ein Konzerthaus (im engeren Sinne). Dabei variiert die Einwohnendenzahl dieser Städte stark. Die meisten dieser Konzerthäuser (92%) beinhalten einen großen Saal mit mehr als 1.000 Plätzen, 46% der Häuser für mehr als 1.600 Personen. Häufig findet sich auch ein zusätzlicher kleiner Saal mit mehr als 200 Plätzen. Die Größe des kleinen Saals variiert jedoch. Das Projekt in Braunschweig läge mit einer Saalgröße von 1.000-1.200

im Durchschnitt der anderen Konzerthäuser im Vergleich zu den Einwohnenden im 30 Minuten-Isochron.

D.3 Veranstaltungsstätten in Braunschweig

Die Veranstaltungsstätten in Braunschweig selbst sind vor allem auf eine Nutzung für U-Musik oder für eine gemischte Nutzung ausgelegt. Mit Blick auf bestehende Saalkapazitäten von Braunschweiger Veranstaltungsstätten, in der sich der große Saal des geplanten Konzerthauses bewegt (900 - 1.500), ist lediglich das Große Haus des Staatstheaters grundsätzlich für klassische Veranstaltungen geeignet. Jedoch ist das Staatstheater Braunschweig für die darstellenden Künste gebaut (und kein Konzertsaal) und hat zudem nur sehr begrenzt freie Kapazitäten. Weitere vorhandene Veranstaltungsstätten mit klassischem Repertoire bieten keinen wirklichen Ersatz für einen Konzertsaal. Akustik, geplante Ausrichtung sowie Platzkapazität sind Gründe, warum z. B. die Stadthalle den Bedarf nicht decken kann. Die diversen Kirchen in Braunschweig sind akustisch nur bedingt für Orchesterkonzerte geeignet und Veranstaltende sind mit hohen Kosten konfrontiert aufgrund fehlender Ausstattung.



Vorhandene Veranstaltungsstätten in Braunschweig mit klassischem Repertoire bieten keinen Ersatz für einen Konzertsaal und es zeigt sich eine deutliche Lücke. Davon ausgehend ist auch eine Konkurrenzsituation für andere Veranstaltungsstätten nicht zu erwarten. Die VW-Halle ist auf Events ausgerichtet und bietet eine vielfach größere Personenkapazität, so dass es zu keinen Überschneidungen kommt. Das Staatstheater ist für den darstellenden Betrieb ausgerichtet und es gibt bereits jetzt dispositorische Engpässe und die Stadthalle Braunschweig ist derzeit nicht benutzbar und soll zukünftig auf das Tagungs- und Kongressgeschäft ausgerichtet werden.

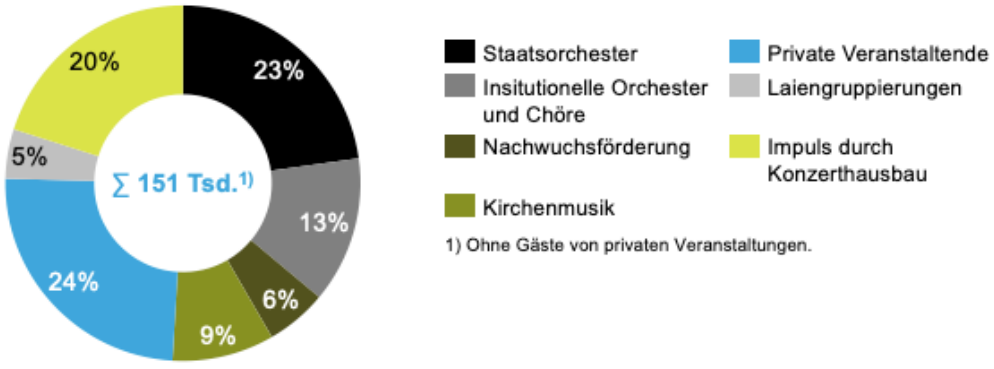
E. Nutzenden- und Besuchspotenzial

Von zentraler Bedeutung sind angebots- und nachfragebewertende Analysen, um zu bestimmen, ob Bedarf und Potenzial für einen Konzertsaal in Braunschweig existieren. Anhand von Interviews mit potenziellen Nutzenden und einer detaillierten Marktbetrachtung wurden eine mögliche Belegung und Auslastung eines großen Konzertsaals konkretisiert. Diese Analyse wurde mit

anderen Konzerthausprojekten und deren Programmzusammensetzungen abgeglichen. Zur Nachfragebewertung wurde das Besuchspotenzial anhand der Einwohnenden berechnet, zudem die bisherige Marktabschöpfung im (Klassik-)Veranstaltungsmarkt errechnet und mögliche Wachstumspotenziale abgeleitet.

E.1 Nachfrage potenzieller Nutzender

Anhand der Angaben potenzieller Nutzender in den Interviews ergeben sich ca. 148 verifizierte Veranstaltungen; diese sichern eine gute Belegung des Konzerthauses. Bei der Ermittlung dieser Zahl wurde berücksichtigt, dass manche Veranstaltende einen Bedarf nach einer Verkleinerung des Saals haben; Vorbild war dabei für viele das Konzerthaus Dortmund.
Erfahrungsgemäß erfolgt eine weitere Belegung des Saals durch nicht-öffentliche Veranstaltungen im Rahmen einer Vermietung. Weitere Impulse entstehen in der Regel durch den Bau eines Konzerthauses, so dass die Veranstaltungszahl weiter steigt. Künstler/-innen(-Gruppen), die bislang nicht in Braunschweig aufgetreten sind, werden angezogen, Tourneen um einen Stopp in Braunschweig ergänzt.
Unter Berücksichtigung dieser Veranstaltungen ergibt sich eine realistische Belegung eines Konzerthauses an rd. 189 Tagen; das entspricht bei Berücksichtigung von Schließzeiten, Pausen und Proben einer Auslastung des großen Saals von rund 69%. Im Vergleich mit anderen Konzerthäusern ist dies als eine gute Nachfragebasis zu bewerten. Weiteres Potenzial an Besuchenden kann – entsprechende Finanzierung vorausgesetzt – über ein eigenes künstlerisches Programm adressiert und gehoben werden. Aus heutiger Sicht ist aufgrund der diversen Nutzenden von einem vielfältigen Programm hinsichtlich der Zusammensetzung musikalischer Genres auszugehen, das deutlich über die häufig mit Konzerthäusern verbundene „Beschränkung“ auf Klassik hinausgeht.

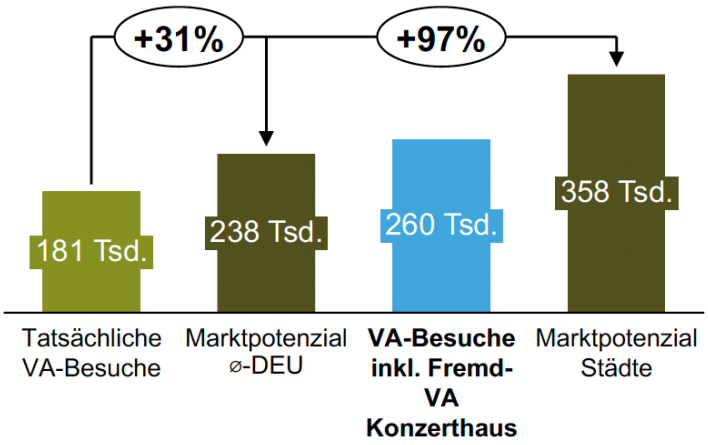


Durch das Veranstaltungsprogramm des großen Saals sind unter Berücksichtigung von Kapazität und Auslastung rd. 151 Tsd. Besuche zu erwarten (vgl. Konzerthaus Dortmund, rd. 190.000 Besuchende, Anneliese Brost Musikforum Ruhr rd. 80.000 Besuchende p. a.). Andere Konzerthäuser

zeigen, dass auch abseits des großen Saals ein vielfältiges Veranstaltungsprogramm in Konzerthäusern stattfindet. Das Projekt in Braunschweig hat hierbei Potenzial aufgrund einer möglichen Standortverbindung mit der Musikschule: Zum einem wäre damit ein weiterer kleiner Saal nutz- und vermarktbar, zum anderen bieten Foyer und Musikvermittlungsflächen weitere Möglichkeiten, Menschen in ein Konzerthaus zu ziehen. Erste Schätzungen gehen von rd. 15-20 Tsd. Besuchen zusätzlich aus (abhängig von Ausgestaltung der Angebote und Kooperation).

E.2 Besuchs- und Marktpotenzial

Kontextualisiert man die Besuchserwartung mit dem im Umfeld Braunschweigs existierenden Potenzial, bestätigt sich die mögliche Nachfrage nach einem Konzerthaus: Innerhalb des 60 Minuten-Isochrons um Braunschweig liegen große Städte mit eigenem klassischen Kulturangebot. Unter Berücksichtigung der Sogwirkung dieser Städte bleibt für Braunschweig ein Potenzial von rd. 391 Tsd. Menschen, die offen sind für den Besuch von Angeboten eines künftigen Konzerthauses. Somit ist in Braunschweig und Umland grundsätzlich ein großes Besuchendenpotenzial hinsichtlich der Einwohnenden für (klassische) Konzerte vorhanden. Vor allem, wenn man davon ausgeht, dass einige Menschen auch mehrmals jährlich Veranstaltungen besuchen.



Auch eine Analyse der Marktabschöpfung bestätigt die positiven Aussichten: Hochrechnungen ergeben für den Klassikbereich im 30 Minuten-Isochron aktuell einen Ticketabsatz von rd. 181 Tsd. Besuchen. Setzt man diese Anzahl von existierenden Veranstaltungsbesuchen ins Verhältnis zum Bundesdurchschnitt, wird ersichtlich, dass ein Marktpotenzial von mindestens 31% nicht abgeschöpft ist. Erwartungsgemäß liegt das Marktpotenzial für Städte nochmals höher (Faktor: 1,5, somit 358 Tsd. Besuche). Auch unter Berücksichtigung der Veranstaltungszahlen in einem Konzerthaus wären noch nicht alle Besuchspotenziale im städtischen Klassikmarkt abgeschöpft. Es muss daher sogar davon ausgegangen werden, dass weitere klassische Veranstaltungen Erfolgschancen hätten. Eine Möglichkeit, dem

entgegenzukommen wäre bspw. ein eigens kuratiertes Programm eines Konzerthausbetreibers in einem Festivalformat.

F. Nutzungspotenziale eines Konzerthauses in Braunschweig

Um die Nutzungspotenziale eines Konzerthauses in Braunschweig näher bestimmen zu können, hat actori die Trends und Entwicklungen analysiert sowie Anforderungen an ein Konzerthaus aus den Interviews mit internen und externen Stakeholder/-innen mit einer Benchmark-Analyse abgeglichen und daraus Empfehlungen abgeleitet. Dabei wurde auch die bestehende Raum- und Funktionsplanung auf Auffälligkeiten untersucht. Insbesondere für das Ein-Standort-Konzept Musikschule wurden Synergiepotenziale und Chancen identifiziert.

F.1 Das Konzerthaus als zeitgemäße Infrastruktur

Die Folgen sogenannter Megatrends erfordern eine Anpassung und Weiterentwicklung von kulturellen Angeboten und Infrastrukturen – mit direkten Konsequenzen für eine zukunftsgerichtete Aufstellung von Kulturimmobilien. Beispielhaft seien benannt: Digitalisierung von Infrastruktur und Angeboten erfordert technische Ausstattung und Kompetenzen. Die Öffnung von Kulturimmobilien hin zu einem „Dritten Ort“ macht andere Formen von Architektur und Angebotsgestaltung (z. B. Ganztagsbespielung) nötig. Die Anforderungen von bzw. der nach Teilhabe immer diverserer Zielgruppen benötigt Flächen für Bildung und Vermittlung wie auch neue Musikformate. All dies stellt Anforderungen an Flexibilität und Modularität. Um Menschen weiterhin für kulturelle Angebote zu begeistern, ist es erforderlich, dass Entscheidungen über kulturelle Infrastrukturen nicht losgelöst davon betrachtet werden. Es erfordert vielmehr zeitgemäße, flexible Infrastrukturen, die Aspekte wie Digitalisierung, Nachhaltigkeit und „Dritte Orte“ bzw. Beteiligung abbilden können. Bezogen auf Braunschweig kann dazu das Zusammenwirken von Musikschule und Konzerthaus ein hilfreicher und erfolgversprechender Aspekt für ein Konzerthaus-Projekt sein.

F.2 Anforderungen an den Konzertsaal

Konzertsäle folgen meist dem Schuhschachtel- oder dem Weinberg-Prinzip. Das Weinberg-Prinzip findet sich bei den betrachteten Konzerthäusern ausschließlich bei Konzertsälen mit einer Kapazität von mehr als 1.800 Personen. Bei Sälen im Schuhschachtel-Prinzip zeigt sich, dass 80% entweder zwei oder drei Ebenen haben. Im Parkett befinden sich rd. 50-60% der Sitzplätze. Bei einem Konzerthaus von 1.000-1.200 Personen, wie in Braunschweig angedacht, sollten daher ca. 500-600 Personen im Parkett Platz finden. Für Braunschweig ist grundsätzlich das Schuhschachtel-Prinzip mit mehreren Ebenen relevant.

Für Braunschweig halten potenzielle Nutzende eine flexible Nutzbarkeit des Hauses für sehr wichtig. Stakeholder/-innen haben darüber hinaus unterschiedliche Anforderungen an die Gesamtkapazität und Verkleinerbarkeit des Saals. Es gibt Beispiele für Modularität bei Bestuhlungsvarianten, diese sind aber selten. Die variablen Bestuhlungsmöglichkeiten finden sich bei Konzertsälen mit ergänzenden Nutzungen, da diese Flexibilität für andere Veranstaltungsarten relevant ist. Mit Blick auf die Gesamtkapazität zeigen Analysen ein sinnvolles Spektrum von 1.000-1.200 Plätzen. Durch die Möglichkeit einer Verkleinerung und damit einer Flexibilität in der Kapazität wird dies unterstützt. Eine Verkleinerbarkeit auf 500-800 Plätze ist aus Marktsicht zu empfehlen.

Mit Blick auf die Ausstattung besitzt mehr als die Hälfte der untersuchten Konzerthäuser eine Orgel. Es ist deshalb zu überprüfen, ob auch andere Veranstaltende neben der Kirche eine Orgel benötigen. Licht- und Tontechnik gehören neben einer modularen Bühne zur Pflichtausstattung eines modernen Hauses. Auch Videotechnik ist im Hinblick auf neue Formate mitzudenken. Eine akustische Veränderbarkeit des Saals (auch im Hinblick auf eine Verkleinerbarkeit oder für unterschiedliche Formate) muss im Planungsprozess konkretisiert werden.

F.3 Raum- und Funktionsplanung

Mit rd. 4.600 m^2 Nutzfläche wäre das Konzerthaus Braunschweig verglichen mit den anderen Häusern ein kleines Konzerthaus, wenn man den Anteil der Musikschule (40% Gesamt-Nutzfläche) exkludiert. Derzeit sind neben der Musikschule keine weiteren Räume für zusätzliche Nutzungen, wie z. B. Musikvermittlung und Gastronomie eingeplant.
Mit Blick auf andere Konzerthäuser steht in Braunschweig sowohl anteilig als auch absolut wenig Fläche für Verwaltung zur Verfügung. Hierfür sind bislang 170m^2 vorgesehen. Die Flächen der anderen Bereiche sind erwartungsgemäß. Lediglich der Backstage-Bereich ist großzügig geplant, aber nicht unrealistisch. Erfahrungen aus anderen Konzerthaus-Projekten zeigen zudem, dass dieser Bereich häufig zu knapp geplant wird.

Anhand von Benchmarks, Trends und Best Practices sowie formulierten Anforderungen aus den Interviews lässt sich für ein potenzielles Konzerthaus in Braunschweig ein Bedarf an weiteren Nutzungen, wie Gastronomie, Flächen für Vermittlung oder Proberäume identifizieren. Daher empfiehlt actori im Rahmen der weiteren Projektkonkretisierung zunächst einen Abgleich der eingeplanten Flächen mit den Nutzendengruppen (bspw. dem Staatsorchester), um so die bestehende Raum- und Funktionsplanung weiter zu optimieren.
Zudem sollten Entscheidungen bzgl. der Ausgestaltung konzeptioneller Art getroffen werden, die Auswirkungen auf die Berücksichtigung weiterer

Nutzungen haben. Eine Machbarkeit der zusätzlichen Flächenbedarfe an den Standorten ist zu überprüfen.

F.4 Ein-Standort-Konzept Musikschule

Die Verknüpfung von Konzerthaus und Musikschule bietet aus externer Sicht eine große Chance in Braunschweig ein Leuchtturm-Projekt umzusetzen. Synergien zeigen sich sowohl in inhaltlichen, aber auch in infrastrukturellen und betrieblichen Aspekten. Beispiele wie in Bochum, Ventspils oder Enschede zeigen, dass die Verknüpfung unterschiedlicher, aber im Kern verbundener Nutzungen, ein häufiges Mittel ist, um Kooperation und Schlagkraft zu steigern. Insbesondere gilt dies im Hinblick auf Zielstellungen wie Öffnung, Ganztagsbelebung oder Niedrigschwelligkeit einer Kultureinrichtung. Durch einen gemeinsamen Standort mit kurzen Wegen und engen Austauschmöglichkeiten von Konzerthaus und Musikschule kann der Musik- und Kulturstandort Braunschweig nachhaltig gestärkt werden.

G. Führungs- und Geschäftsmodell

Neben inhaltlichen und baulichen Aspekten sind auch betriebliche Belange in den Blick zu nehmen. Zwischen den verschiedenen Bereichen bestehen zudem Interdependenzen. Die Wahl von Führungs- und Geschäftsmodell hat große Auswirkungen auf die Ausrichtung eines Konzerthauses. Zum einen hängt von dem Modell die künstlerische Profilierung ab, zum anderen hat die Wahl auch einen Effekt auf den finanziellen Zuschussbedarf des Kulturbetriebs. Eine Entscheidung ist sinnvollerweise nur unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten und der vorhandenen Akteure und Akteurinnen sowie deren Anforderungen zu treffen.

Aus Marktrecherchen ergeben sich drei mögliche Führungsmodelle für ein Konzerthaus: Ein Vermietungsmodell mit dem primären Ziel der Saalvermietung und hoher Auslastung, ein Intendanzmodell mit vorrangiger Profilierung des Konzerthauses über das künstlerische Programm und ein Kooperationsmodell, welches die Aspekte künstlerische Profilierung und Wirtschaftlichkeit zusammenführt.

Vermietungsmodell

Der Fokus eines Vermietungsmodells liegt vor allem auf der Wirtschaftlichkeit mit Augenmerk auf eine hohe Auslastung. Es bestehen wenig bis gar keine Kriterien z. B. im Hinblick auf den künstlerischen Anspruch der potenziellen Veranstaltenden. Zudem existiert in der Regel kein Budget für die Bereitstellung von eigenen Angeboten. Für Braunschweig wäre dieses Modell aufgrund der hohen Nachfrage potenzieller Nutzender grundsätzlich realisierbar. Auch die Zusammenarbeit mit einem/ einer Ankernutzer/-in wie dem Staatsorchester wäre grundsätzlich realisierbar. Risiken bestehen lediglich hinsichtlich der

künstlerische Profilierung des Hauses, da eine entsprechend geführte Veranstaltungsstätte gänzlich abhängig von den im Markt aktiven Akteur/-innen ist.

Intendanzmodell

Das in vielen Konzerthäusern verbreitete Modell eines Intendanz-geführten Hauses priorisiert die künstlerische Programmgestaltung und Positionierung als wichtigsten Punkt. Die Wirtschaftlichkeit ist im Vergleich zu den anderen Modellen untergeordnet: Das bedeutet allerdings, dass ein höheres Budget erforderlich ist, um es zu bespielen, da der Spielplan in der Regel eine deutlich höhere Quote an Eigenveranstaltungen und zusätzlichen Formaten umfasst. Benötigt wird hierfür eine künstlerische Führung, welche die programmatische Ausrichtung festlegt. Aufgrund der vergleichsweise höheren finanziellen Belastung, der großen Nachfrage potenzieller Nutzender und der Existenz von Akteur/-innen wie dem Staatsorchester (und dem damit verbundenen Potenzial für künstlerische Profilierung) scheint die Etablierung eines solchen Modell nicht erforderlich.

Kooperationsmodell

Vermehrt entwickelt sich in den letzten Jahren ein Modell, das die Stärken von Vermietungs- und Intendanzmodell zu verbinden versucht: das Kooperationsmodell. Ziel dieses Ansatzes ist es, zum einen künstlerische Profilierung durch gezielte Angebote zu ermöglichen (z. B. in Bereichen, die nicht durch den Markt bereitgestellt werden oder Leitlinien der Angebotszusammensetzung des Konzerthauses), zum anderen aber die unabhängigen Angebote am Markt (in diesem Fall beispielsweise die privaten Veranstaltenden und das Staatsorchester) in Kooperation mit in das Konzerthausprogramm einzubinden. Dies verhindert zum einen kannibalisierende Effekte, ermöglicht aber trotzdem dem Haus ein eigenständiges Profil und programmatische Sichtbarkeit, wie sie für eine Spezialimmobilie wie ein Konzerthaus hilfreich ist, zu geben.

Führungsmodell für Braunschweig

Vor dem Hintergrund des Braunschweiger Marktes empfiehlt sich aus externer Sicht die Wahl eines Kooperationsmodells, da es die Gegebenheiten dieses Marktes im Besonderen berücksichtigt: Ein breites, qualitativ hochwertiges Spektrum an potenziellen Nutzenden, die mit einem Konzerthausbaus ihre Aktivitäten weiter entwickeln können, ist vorhanden. Gleichzeitig wäre aber auch die Möglichkeit gegeben, durch einzelne Aktivitäten (z. B. in Form eines Festivals oder durch vermittelnde Angebote) auch inhaltliche Impulse setzen zu können. Werden für die weitere Umsetzung lediglich die wirtschaftlichen Folgen betrachtet, so ist das Vermietungsmodell zu priorisieren.

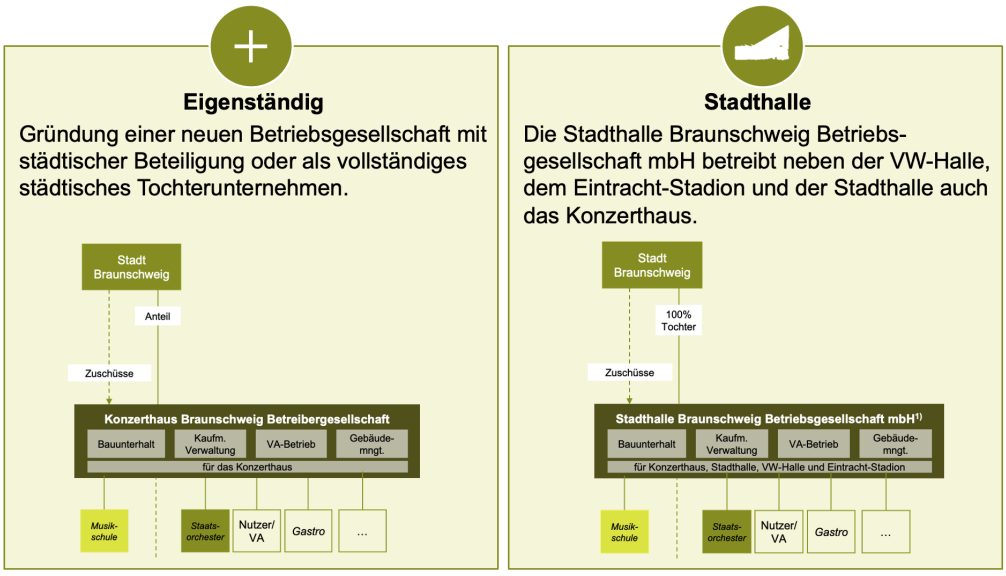
actori

H. Träger- und Betreibermodell

Neben dem Führungsmodell wurden zudem für den Betrieb eines Konzerthauses Optionen eines Träger- und Betreibermodells sowie deren Vor- und Nachteile betrachtet. Die Entscheidung korreliert mit der Wahl des Führungs- und Geschäftsmodells. Wirkungskraft und Entscheidungsfreiheit in den Aufgabenstellungen sowie Ressourceneinsparung durch Nutzung von Synergien sind Aspekte, die bei der Betrachtung zu berücksichtigen sind. Hinsichtlich des Betriebs stellt sich zudem die Frage nach der Einbindung von strategischen Partner/-innen wie der Musikschule oder dem Staatstheater/-orchester.

Leitplanken der Betrachtung

Die Überlegungen zu Träger- und Betreibermodell erfolgten in einem bestimmten Betrachtungsrahmen. Eigentumsverhältnisse des Gebäudes wurden nach Rücksprache ausgeklammert. Außerdem wurden auf Basis von einer Vergleichsanalyse Modelle einer privaten Trägerschaft (Realisierungswahrscheinlichkeit nicht vorhanden) sowie Betreibermodelle unter Anbindung von Staatstheater (aufgrund der Beteiligung des Landes Niedersachsen) oder Musikschule (nach Rücksprache) nicht berücksichtigt. Für Braunschweig wurden demnach zwei mögliche Optionen analysiert: die Gründung einer eigenständigen Betreibergesellschaft oder die Angliederung des Betriebs an die bereits bestehende Stadthallen Betriebsgesellschaft mbH.



Eigenständige Betreibergesellschaft

Durch einen Blick auf den Konzerthausmarkt wird deutlich, dass eigenständige Betreibergesellschaften verbreitet sind. Für Braunschweig wäre das Konzerthaus als vollständiges städtisches Tochterunternehmen oder zumindest mit städtischer Beteiligung geführt. Bei diesem Betreibermodell wären alle

Führungsmodelle möglich. Dabei sind Nutzende wie das Staatsorchester Geschäftspartner/-innen der Betreibergesellschaft.
Eine hohe Wirkungskraft möglicher Aufgabenstellungen, jedoch auch mehr Aufwand im Aufbau der Gesellschaft und ihrer Strukturen sind gegeben.

Angliederung an die Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH

Bei einer Angliederung des Betriebs an die Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH wäre der Gründungsaufwand reduziert. Die Stadthallen Betreibergesellschaft ist ein vollständiges Tochterunternehmen der Stadt und könnte neben der VW-Halle, dem Eintracht-Stadion und der Stadthalle auch das Konzerthaus betreiben. Mit höherer Wahrscheinlichkeit ließe sich das Konzerthaus in diesem Falle aber nur als Vermietungsmodell betreiben, die Chance einer eigenständigen künstlerischen Positionierung wie bei anderen Konzerthäusern wären reduziert. Aufgrund mangelnder künstlerischer Kompetenzen im Stadthallen-Betrieb müssten zumindest entsprechende Kompetenzen entwickelt und aufgebaut werden. Synergien können bei der Angliederung an die Stadthalle in übergreifengenden Tätigkeiten, wie z. B. Finanzen, Buchhaltung oder technischen Bereichen entstehen. Diese wurden im Rahmen der Untersuchung nicht analysiert, da der Stadthallen-Betrieb nicht näher bewertet wurde.

Anbindung wichtiger Stakeholder/-innen

Im Hinblick auf die Musikschule empfiehlt sich – bei Umsetzung eines Ein-Standort-Konzeptes – die Anbindung in einem Mietverhältnis, bei dem im Bereich des Facility Managements und Gebäudebetriebs Synergien entstehen können. Zur Bündelung der Aufgaben würde eine Verortung des Gebäudeunterhalts bei einer Konzerthaus Bertreibergesellschaft (eigenständig oder Angliederung an Stadthalle) erfolgen. Die Nutzungsbeziehungen bspw. in Bezug auf Gestaltung der Räume und gegenseitigem Zugriff auf die (Veranstaltungs-)Räumlichkeiten ist im weiteren Planungsprozess noch zu konkretisieren.
Interviews mit dem Staatstheater/-orchester konnte entnommen werden, dass der Wunsch nach Zusammenarbeit und Austausch (auch in den Bereichen Vermittlung oder Programm durch Entwicklung eines Festivals) sowie eine langfristige Kooperation vorhanden ist. Das Staatsorchester wünscht sich als Ankernutzer ein Erstzugriffsrecht mit frühzeitiger Terminierung und Stadthallen-Konditionen.

I. Betriebswirtschaftliche Auswirkungen

Auf Basis der erarbeiteten Analysen und Ergebnisse wurden von actori die betriebswirtschaftlichen Aspekte betrachtet. Dazu wurde in einem Business Case die Wirtschaftlichkeit eines Konzerthauses berechnet, um Kosten und Erlöse zu identifizieren. Der Blick auf Finanzierungsstrukturen anderer Konzerthäuser, in Bau und Betrieb, diente dazu Marktrealitäten zu

verdeutlichen. In einem weiteren Abschnitt wurden die Auswirkungen und sekundären Effekte eines Konzerthausprojektes auf die Region modelliert.

I.1 Business Case

Bei dem vorliegenden Geschäftsmodell handelt es sich um eine grobe Modellkalkulation, die im Zuge weiterer Planungsschritte weiter detailliert werden muss. Die belastbaren Modellrechnungen gehen von einem eingeschwungen Zustand auf Basis heutiger Marktkenntnisse und abgestimmter Annahmen aus. Eine Anlaufkurve ist nicht berücksichtigt, ebenso werden die eigentumsbezogenen Aspekte wie kaufmännisches Gebäudemanagement, der große Bauunterhalt und ein eventueller Gastronomiebetrieb ausgeklammert.

Vermietungsmodell

Eine Kalkulation auf Basis eines Vermietungsmodells zeigt in der Summe einen jährlichen Finanzierungsbedarf für den Betrieb von ca. 1,2 Mio. EUR. Die Einnahmen ergeben sich aus der Vermietung des Konzertsaales (868 TEUR) sowie die Vermietung der Musikschulflächen. Diese beinhaltet bislang eine anhand der Flächen orientierte Kostenumlage. Entsprechend entfallen Personalkosten (für COO, Gebäudemgmt. und EDV), Betriebskosten sowie Hausbewirtschaftung anteilig auf die Musikschule und ergeben so eine Umlage von 403 TEUR. Zusätzlich werden Sponsoring Einnahmen von 50 TEUR angenommen.

∑ **Erträge** [in TEUR]	**1.377**	**100%**
I Konzertbetrieb	**868**	**63%**
Konzertsaal	726	53%
Verkleinerter Konzertsaal	131	10%
Foyer + sonst. Räumlichkeiten	11	1%
II Sonstige Veranstaltungen	**56**	**4%**
III Sponsoring	**50**	**4%**
IV Kostenumlage Musikschule	**403**	**29%**

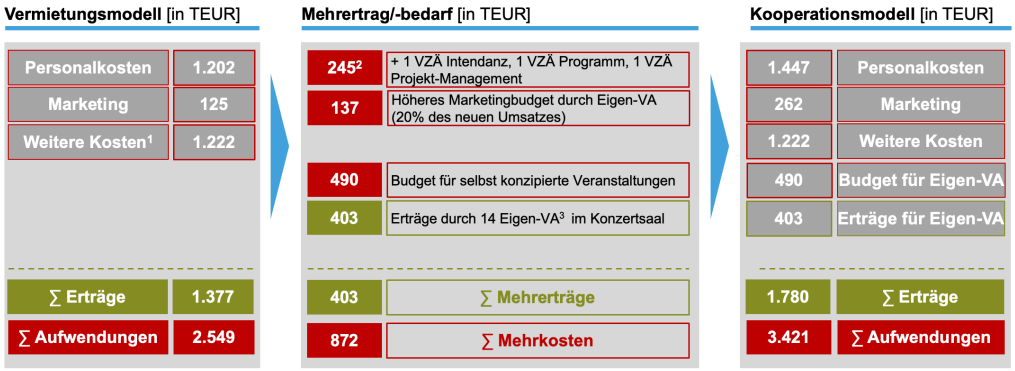
∑ **Aufwendungen** [in TEUR]	**2.549**	**100%**
I Personalkosten	**1.202**	**47%**
II Betriebskosten	**661**	**26%**
II Marketing & Vertrieb	**125**	**5%**
IV Education	**100**	**4%**
V Sonst. betrieblicher Aufwand	**221**	**9%**
VI Hausbewirtschaftung	**240**	**9%**

Auf der Seite der Aufwendungen ist der Personalbereich, insbesondere der Bereich Technik, am kostenintensivsten. Auf Basis der Raum- und Funktionsplanung sowie VA-Portfolios und Benchmark-Analysen wird ein Personalbedarf von 18 VZÄ angenommen. Die Betriebskosten (661 TEUR) werden maßgeblich durch den Konzertsaal, den Backstagebereich und die Musikschule beeinflusst. Es werden Ausgaben von 125 TEUR für Marketing, 240 TEUR für Hausbewirtschaftung und 221 TEUR für sonstige betriebliche Aufwände prognostiziert. Für ein Education-Programm wird, neben 2 VZÄ und 250 qm Fläche, ein Budget von 100 TEUR angenommen.

actori

Kooperationsmodell

Eine Entscheidung für ein Kooperationsmodell bedeutet Mehraufwand im Bereich Personal, Marketing und Budget für eigene Veranstaltungen. Dies führt zu einer Finanzierungslücke von rd. 1,6 Mio. EUR (+33% Deckungslücke gegenüber Vermietungsmodell). Zusätzliches Personal mit 3 VZÄ (Intendanz, Programm und Projektmanagement) ein höheres Marketingbudget für die Eigenvermarktung und Budget für die Eigenveranstaltungen (490 TEUR) stehen den Einnahmen durch ein mögliches zweiwöchiges Festival (403 TEUR) gegenüber.



Stellhebel der Ausgestaltung

Verschiedene Faktoren und Stellhebel beeinflussen den vorrangegangenen Business Case durch Ausgestaltung und Synergiepotenziale. Dazu gehören v. a. die technische Komplexität, der fremd- oder eigengeführte Gastronomiebetrieb, die eigenständige oder fremdorganisierte Festivalgestaltung, das Träger- und Betriebsmodell sowie die Anzahl und das Verhältnis der Nutzenden.

I.2 Finanzierungsstrukturen von Konzerthäusern

Drei mögliche Finanzierungsquellen für den Bau lassen sich grundsätzlich aus Marktrecherchen ableiten: Öffentliche Zuwendungen sind direkte Mittel aus öffentlicher Hand z. B. von EU, Bund, Kommune. Öffentliche Förderprogramme sind indirekte Mittel aus öffentlicher Hand, die an Förderzyklen gebunden sind, und private Finanzmittel (z. B. Spenden, Sponsoring) stammen von Unternehmen, Stiftungen oder Privatpersonen.

Diese drei Finanzierungsquellen spielen, neben den Eigeneinnahmen, auch für den laufenden Betrieb eine wesentliche Rolle. Zusätzliche Unterstützung können Spenden- bzw. Spendenkampagnen bieten. Die Benchmark-Analysen zeigen, dass ohne eine Finanzierung aus öffentlicher Hand ein Konzerthaus nur schwer realisiert werden kann. Dies betrifft sowohl den Bau als auch den Betrieb.

actori

I.3 Sekundäre Effekte

Konzerthausprojekte wie z. B. in Bochum und Dortmund haben nachweislich nachhaltige und positive Entwicklungen für den Standort erzeugt. Die Effekte reichen dabei von städtischen bis hin zu standort- und quartiersbezogenen Impulsen. Vergleichsuntersuchungen belegen einen wirtschaftlichen Effekt durch eine Kulturinstitution: Dabei lassen sich direkte und indirekte Effekte entlang der Wirtschaft nachweisen. Dazu hat actori eine Messung der Umwegrentabilität zur Berechnung der Sekundären Effekte durchgeführt.
Die Musterkalkulation basiert auf den Berechnungen des Business Case für das Vermietungsmodell und dem sich ergebenden Zuschussbedarf (1,2 Mio. EUR). Insgesamt belaufen sich die Sekundäreffekte auf rund 4,6 Mio. Euro. Sie sind damit ca. 4-fach höher als die von der Stadt Braunschweig voraussichtlich investierten Ressourcen.

Berechnung Sekundäreffekte [in TEUR]

Direkte Effekte	1	Besuchseffekte	2.688
	2	Auftragseffekte	35
	3	Personaleffekte	251
Indirekte Effekte	4	Multiplikatoreffekte	1.488
	5	Steuerliche Rückflüsse	101
		Gesamteffekte	**4.563**
		Zuschuss der Stadt Braunschweig	*1.172*
		Rentabilitätsfaktor	**3,89**

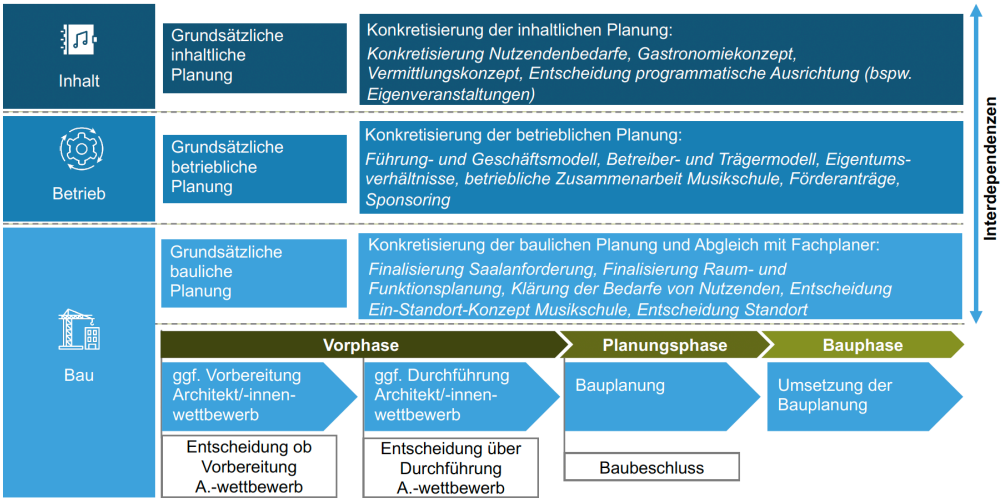
Grundsätzlich kann eine Unterscheidung erfolgen in direkte Effekte, die Ausgabeneffekte durch lokale, regionale und überregionale Besuchende (2.688 TEUR), Mitarbeitende mit Wohnsitz in Braunschweig (251 TEUR) und die Vergabe von Aufträgen des Konzerthaus (35 TEUR) umfassen. Zu den indirekten zählen Effekte durch Zulieferungen und Dienstleistungen an Unternehmen (1.488 TEUR), die von direkten Effekten profitieren sowie steuerliche Rückflüsse (101 TEUR).

J. Hinweise zum weiteren Projektverlauf

Zur erfolgreichen Weiterführung des Konzerthaus-Vorhabens empfiehlt actori zunächst eine inhaltliche, betriebliche und bauliche Konkretisierung verschiedener Aspekte vorzunehmen. Diese Bereiche stehen in Wechselwirkung zueinander und sollten gesamt betrachtet werden, bevor man in die Bauphase und deren konkreter Vorbereitung übergeht. Programmatische Ausrichtung, Vermittlungskonzept und weitere Zusatznutzungen haben Auswirkungen auf Betrieb und Bau. Aufgrund von Interdependenzen der verschiedenen Bereiche sollte eine Entscheidungsfindung alles mit in den Blick

actori

nehmen. Aus betrieblicher Sicht sind im weiteren Planungsprozess v. a. die Rollen und Beziehungen der verschiedenen Akteure und Akteurinnen zu konkretisieren, speziell der Laienszene und Musiker/-innen mit Migrationshintergrund. Darüber hinaus zählen Eigentumsverhältnisse, Führungs- und Geschäftsmodell, Träger- und Betreibermodell sowie die Rolle von Staatstheater/-orchester, Musikschule sowie der Veranstalter/-innen. Auch können Sponsoring-Tätigkeiten und Fördermöglichkeiten vorausgeplant werden. Bauliche Planungen sollten v. a. hinsichtlich Raum- und Funktionsplanung, Standort und Ein-Standort-Konzept Musikschule konkretisiert werden. Die Projekte in Bochum und Dortmund geben diesbezüglich konkrete Hinweise, die in den Entscheidungsprozess einfließen sollten. Z. B. kann durch eine Einbindung der Nutzenden im Planungsprozess eine bauliche Nachbesserung vermieden werden.
Risiken durch aktuelle weltpolitische Geschehnisse, Finanzierung und Governance, Planung und Vergabe sowie Realisierung von Bau und Nutzungen sind in den Planungen zu berücksichtigen. Die Planung von Steuerungshebeln bereits im Vorfeld sind lohnend.



Konzerthäuser mit nachhaltigen Elementen
Beispiele

La Seine Musicale, Paris (2017, Shigeru Ban & Jean de Gastines)
Bild: https://www.stuttgarter-nachrichten.de/media.media.df1b0160-d160-438e-8fee-7f9bd6160044.original1024.jpg

Einsatz nachwachsender Rohstoffe: 700m³ Holzbalken
- 800m² großes Photovoltaik-Segel, das sich mit der Sonne bewegt und so gleichzeitig Schatten spendet
- Enge Nutzungs-Verzahnung des großen Kulturzentrums
- 7000m² mit natürlicher Vegetation begrünte öffentliche Dachgarten

Harpa Concert Hall, Reykjavik (2011, Henning Larsen)
Bild: https://nordregio.org/wp-content/uploads/2018/06/498.089.jpg

- Doppelschalige Südfassade absorbiert überschüssige Wärme und schützt vor Einstrahlung
- Integrierte Arbeitsplätze energieeffizient über das Gebäude verteilt
- Energieversorgung durch Erdwärme und Wasserkraft
- Strategische Umverteilung von Luft- und Wärmeflüssen im Gebäude
- Zusätzliche Nutzung als Gemeindezentrum und Touristenattraktion

Konzerthaus Blaibach (2014, Peter Haimerl)
Bild: https://kulturgranit.de/wp-content/uploads/Konzerthaus_2_Haus.jpg

- Beleuchtung ausschließlich durch modernste LED-Technologie
- Eingesetzter Beton fungiert als tragende Struktur, Klangabsorber und ist offengelegt, so dass viel Material eingespart werden kann
- Heizung, Beleuchtung und akustische Elemente sind in den Beton integriert und reduzieren so die Substanz
- Glasschaumschotterbeton wurde mit Hilfe von Wasserkraftstrom aus recycelten Glasflaschen hergestellt und hat hervorragende Wärmedämmeigenschaften
- Die Granitbruchsteine der Außenhülle stammen aus einem Steinbruch in unmittelbarer Nähe

Temporärer Gasteig HP8, München (2021, GMP)
Bild: https://www.gmp.de/images/3585_2110xx_HGE70_EP04086_0041.jpg?w=828

- effektive, nachhaltige Modulbauweise mit kurzer Bau- und Rückbauzeit
- Einsatz marktüblicher Systeme, die kreislaufgerecht sind
- Einbau in bestehende Struktur
- Leicht umnutzbares Stecksystem aus Vollholz-Elementen
- Bereich zwischen Saal und Fassade dient als akustischer und klimatischer Puffer
- Angliederung anderer Nutzung, somit ressourcenbündelnd
- Gebäudehülle und Innenteil getrennt, daher einfacher Um- oder Rückbau

La Llotja Theater, Lleida, Spanien (2010, Mecanoo)
Bild: https://www.mecanoo.nl/Portals/_default/Mecanoo/PRProjects/45/20200324-140117.jpg

- Schattenspendende Auskragung bietet Schutz vor Witterung
- Photovoltaikanlage
- Wärmespeicher
- Begrüntes Dach isoliert Innenräume, reduziert Wärmeinseleffekt und minimiert Regenwasserabfluss
- Skulpturale Oberlichter reduzieren durch Tageslichteinfall den Energieverbrauch

TheatreSquared, Fayetteville, AR, USA (2020, Marvel Architects)
Bild: https://images.squarespace-cdn.com/content/v1/55b79869e4b00871cfc23a9c/1614525983170-1HBJSYFGD5E4W2PTZSYM/SEI20200623_0013_highres.jpg?format=2500w

- Die die Säle ummantelnden, strukturell und akustisch unabhängigen Betonboxen dienen als Schalltrenner, Klanggestalter, tragende Struktur, Isolierung sowie Verkleidung in beide Richtungen und minimieren so den Materialeinsatz
- Verzicht auf Farbanstriche
- Materialien werden größtenteils im Rohzustand und aus der Umgebung verwendet
- Baumaterialien wie die Verschalung der Betonumhüllung wurden zum Innenausbau genutzt, Künstlerunterkünfte aus wiederverwendeten Ziegeln errichtet
- Bäume wurden vor Baubeginn geborgen und zu Möbeln verarbeitet
- Lüftungssystem in ansteuerbare Zonen unterteilt, die sich an Nutzung anpassen lassen und den sonst üblich hohen Ressourcenverbrauch hier minimieren

St Ann's Warehouse, Brooklyn, New York (Marvel Architects)
Bild: https://stannswarehouse.org/wp-content/uploads/2014/08/tobaccowarehouse_1200x525.jpg

- Umnutzung eines Bestandsgebäudes spart Ressourcen
- Hohe Flexibilität im Inneren ermöglicht Nutzungsdichte und vermeidet Leerstände durch vielseitige Verwendungsmöglichkeiten
- Gläsernes Ziegelgewölbe sorgt für viel Tageslicht im Innenraum

Brooklyn Steel, Green Roof, Concert Venue (2017, HLW)
Bild: https://www.hlw.design/wp-content/uploads/2018/11/Brooklyn-Steel-Green-Roof-BK-NY-0052-1-Web.jpg

- Bestandsgebäude mit industrieller und roher Qualität, das durch den Einsatz neuer, polierter Materialien kontrastiert und auf eine neue Nutzung angepasst wurde
- Flexible Nutzung des Gebäudes für Konzerte, Veranstaltungen und als Versammlungsort
- Begrüntes Dach, welches sowohl der Schalldämmung als auch als innenstädtischer Lebensraum für Bienen, Schmetterlinge und andere Insekten dient und die städtische Bienenzuchtgenossenschaft beheimatet

Shenzhen Opera House, China (Wettbewerbsentwurf, Studio Seilern Architects)
Bild: https://i0.wp.com/www.studioseilern.com/wp-content/uploads/2022/01/AP_SSSOP-2-2020.jpg?w=1600&ssl=1

- Künstlicher, erhöhter See um das Gebäude dient dem Abfangen von Regenwasser, minimiert das Überschwemmungsrisiko und speichert im Rahmen des Regenwasser-Recycling-Systems Wasser zur Wiederverwertung
- Oberfläche des Sees kühlt durch Verdunstungskühlung die Umgebung, dient als Wärmespeicher und reduziert als Element der Niedrigenergie-Kühlstrategie die Emissionen

Weitere Gebäudebeispiele mit nachhaltigen Elementen
(Andere Nutzungsformen)

TU Delft Library, Niederlande (1998, Mecanoo)
Bild: https://www.mecanoo.nl/Portals/_default/Mecanoo/PRProjects/27/20200324-113624.jpg

- Öffentlich begehbares Gründach dient als Park, zur Kühlung/Dämmung des Gebäudes und kontrolliert Regenwasserabfluss
- Kegel fungiert als zentrale Tageslichtquelle und verteilt durch reflektierende Oberfläche und den unterliegenden Säulenwald das Licht in der Haupthalle und den angrenzenden Räumlichkeiten

Powerhouse Brattorkaia, Trondheim, Norwegen (2019, Snøhetta)
Bild: https://snohetta.com/uploads/images/097ff5c7910c83bc2779d47733bd432d_2048w.jpg

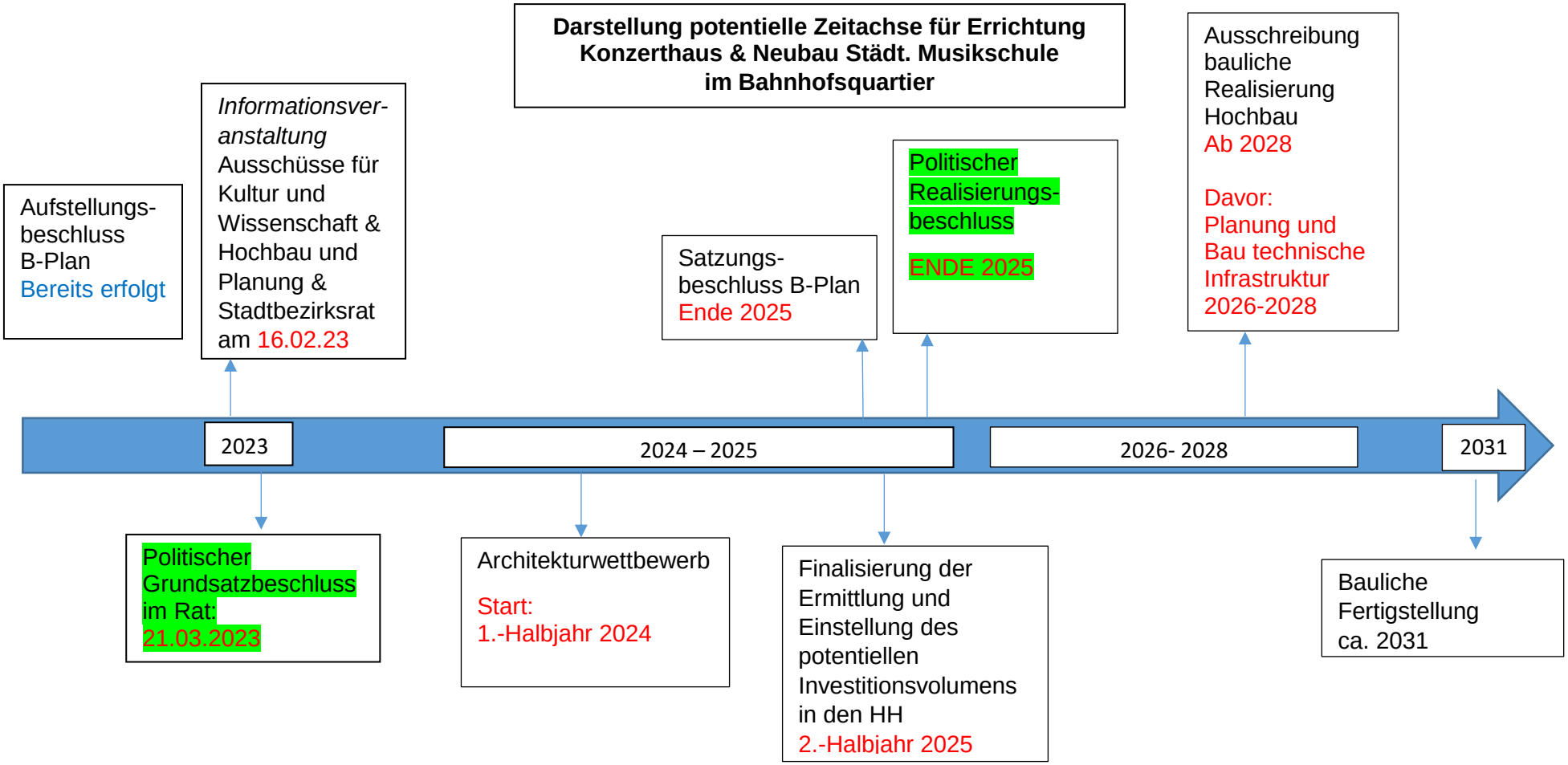
- Das energiepositive Gebäude ist mit 3.000m² Solarzellen umhüllt und versorgt sich selbst und die Umgebung mit grüner Energie
- Dachschräge an maximale Effektivität der Photovoltaik angepasst
- Designmantra „Form folgt Funktion“ wird zu „Form folgt Umwelt“
- Effiziente Isolierung und intelligentes Belüftungssystem
- Emissionsarme Betonstruktur, die die Gebäudetemperatur mit Hilfe thermischer Masse reguliert

Denver Museum of Modern Art, USA (2007, David Adjaye)
Bild: https://www.adjaye.com/wp-content/uploads/2020/07/MCA_N55_medium.jpg

- Zweischalige Fassade aus getöntem Glas und wabenartigem, recyceltem Verbundmaterial dämmt effizient und lässt Umgebungslicht in das Gebäude
- Kühlt mit 100% Außenluft und durch Wärmeableitung an die Außenfläche
- Baumaterial, Möbel, Einrichtungsgegenstände und Geräte bestehen zu mehr als 20% aus recycelten Materialien
- Dachgarten isoliert und kühlt das Gebäude, vergrößert die städtische Grünfläche und absorbiert und bindet Niederschläge

KfW Westarkade, Frankfurt (2010, Sauerbruch Hutton)
Bild: https://www.sauerbruchhutton.de/cache/images/media/projekte/kfw/1400-kfw_2640.jpg

- Die doppelschalige Winddruckfassade weist hohe Dämmwerte auf und bietet eine natürliche, witterungsunabhängige Belüftung, sowie effizienten Sonnenschutz
- Eines der ersten Bürohochhäuser weltweit, die mit weniger als 100kWh/m² Primärenergie pro Jahr betrieben werden


Darstellung potentielle Zeitachse für Errichtung Konzerthaus & Neubau Städt. Musikschule im Bahnhofsquartier
Aufstellungs-beschluss B-Plan Bereits erfolgt
Informationsver-anstaltung Ausschüsse für Kultur und Wissenschaft & Hochbau und Planung & Stadtbezirksrat am 16.02.23
Satzungs-beschluss B-Plan Ende 2025
Politischer Realisierungs-beschluss
ENDE 2025
Ausschreibung bauliche Realisierung Hochbau Ab 2028
Davor: Planung und Bau technische Infrastruktur 2026-2028
2023
2024 – 2025
2026- 2028
2031
Politischer Grundsatzbeschluss im Rat: 21.03.2023
Architekturwettbewerb
Start: 1.-Halbjahr 2024
Finalisierung der Ermittlung und Einstellung des potentiellen Investitionsvolumens in den HH 2.-Halbjahr 2025
Bauliche Fertigstellung ca. 2031

Absender:
CDU-Fraktion im Rat der Stadt

23-20743-04
Antrag (öffentlich)

Betreff:
Grundsatzbeschluss: Planungen für die kombinierte Errichtung der Städtischen Musikschule Braunschweig und eines Konzerthauses Änderungsantrag zur Vorlage 23-20743

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	06.03.2023

Beratungsfolge:		*Status*
Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (Vorberatung)	08.03.2023	Ö
Ausschuss für Planung und Hochbau (Vorberatung)	08.03.2023	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	14.03.2023	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	21.03.2023	Ö

Beschlussvorschlag:
A. Der Neubau der Städtischen Musikschule mit dem 199-Sitzplatz-Konzert- und Probensaal erfolgt auf Grundlage des im Jahr 2019 beschlossenen Zukunftskonzeptes „Die Städtische Musikschule auf dem Weg zum ‚Zentrum für Musik'" (Drs. Nr. 19-10104-01) auf dem Gelände des Großen Hofes.

B. Zur Stärkung der Innenstadt und zur Integration des Magniviertels hierin soll das Konzerthaus mit 1.000 Sitzplätzen im Gebäude des ehemaligen Galeria Karstadt Kaufhof (Horten-Gebäude) errichtet werden. Die Verwaltung nimmt dazu umgehend Gespräche mit der Immobilieneigentümerin auf.

Gemeinsam soll ein architektonischer Wettbewerb ausgelobt werden, dessen Ziel u. a. eine transparente und offene Fassade mit Blick vom Bohlweg bis ins Magniviertel sein soll. Denkbar ist in diesem Zusammenhang sowohl ein Umbau des existierenden Gebäudes als auch ein Rück- mit späterem Neubau eines Konzerthauses. Auch eine Integration der Städtischen Musikschule (für den Fall, dass der Standort Großer Hof nicht realisierbar sein sollte) sollte vorgesehen werden. Auf jeden Fall ist zur Stärkung der Städtischen Musikschule vertraglich sicherzustellen, dass dieser ein verlässliches Terminkontingent im Konzerthaus zusteht (z.B. zur Durchführung der Musikschultage).

C. Die Verwaltung legt dem Rat schnellstmöglich und als Grundlage für weitere Arbeitsaufträge einen Kosten- und Finanzierungsplan sowie einen Umsetzungsplan mit Meilensteinen – für deren Erarbeitung vorrangig auf externen Sachverstand zurückgegriffen wird – vor.

Im Rahmen der Planungen für den Neubau der Städtischen Musikschule auf dem Großen Hof wird die Integration des Atelier-Förderprogramms in Form einer baulichen Kombination von Musikschule und Atelierhaus geprüft.

Sachverhalt:
Wir begrüßen die Initiative für ein Konzerthaus und den dringend benötigten Neubau der Städtischen Musikschule grundsätzlich sehr. Allerdings sehen wir diese kulturellen Leuchttürme nicht zwingend im Bahnhofsquartier und auch nicht unbedingt in einem kombinierten Baukörper – denn es bestehen deutliche Optimierungsmöglichkeiten. Unsere Innenstadt hat nicht erst seit Corona große Probleme. Deshalb muss, sobald sich die Möglichkeit ergibt, ein Standort in der Innenstadt immer prioritär behandelt werden. Das war

im bisherigen Innenstadtdialog auch stets die Position der Verwaltung. Zudem fehlt ein veritabler Kosten- und Finanzierungsplan für den jetzt vorliegenden Beschlussvorschlag.

Bevor ein Votum über das vorgeschlagene geplante Konzerthaus mit integrierter Städtischer Musikschule am Viewegs Garten konkret besprochen werden kann, muss die Verwaltung zunächst dezidiert ermitteln, was das kosten und wie das finanziert werden soll. Inzwischen kursieren viele Zahlen in der öffentlichen Debatte. Der Rat braucht aber belastbare Aussagen, für eine fundierte Auseinandersetzung. Besonders vor dem Hintergrund der ohnehin angespannten Finanzlage der Stadt mit perspektivisch prognostizierten Schulden in Höhe von 1.000.000.000 Euro und den gegenwärtig dramatisch steigenden Baukosten. Erst in der letzten Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben am 3. März hatte die Verwaltung in Form einer Mitteilung über die Entwicklung in den letzten Jahren berichtet (vgl. DS.-Nr. 23-20682).

Der Standort am Bahnhof, außerhalb der Innenstadt, stößt auch in der öffentlichen Debatte nicht auf ungeteilte Zustimmung. Seit Jahren wird ein breiter Innstadtdialog geführt, in dem ausgelotet wird, wie die Innenstadt wieder stärker belebt werden kann. Der von der Verwaltung favorisierte Standort führt eben nicht zu einer Belebung der Innenstadt, sondern zieht sie förmlich weg. Deshalb favorisiert unter anderem auch der Arbeitsausschuss Innenstadt in einer aktuellen Pressemitteilung den von uns vorgeschlagenen Standort im Gebäude des ehemaligen Galeria Karstadt Kaufhof (vgl. https://aai-bs.de/allgemein/pressemitteilung-arbeitsausschuss-innenstadt-braunschweig-e-v-begruesst-das-haus-der-musik/; zuletzt abgerufen am 6. März um 16.50 Uhr) und andere Stellungnahmen (u. a. der IHK) treffen zum Standort bewusst keine Aussage.

Vorstellbar wäre ein Umbau des existierenden Gebäudes oder auch ein Rück- mit späterem Neubau eines Konzerthauses. In entsprechenden Gesprächen mit der Immobilieneigentümerin und über einen architektonischen Wettbewerb soll die beste Lösung für die Unterbringung des Konzerthauses, aber auch die seit Langem erwartete Verbindung vom Magniviertel mit der Innenstadt gefunden werden. Für eine transparente und offene Fassade mit Blick vom Bohlweg bis ins Magniviertel können sicherlich auch die Studierenden der HBK einen wichtigen Beitrag leisten.

Der schwierige bauliche Zustand der Musikschule ist seit Jahren bekannt. Wir wollen deshalb, dass der Neubau auf jeden Fall realisiert wird, damit auch kommenden Generationen von Schülerinnen und Schülern der Zugang zur Musik ermöglicht wird. Die Städtische Musikschule, die bislang auf drei Standorte verteilt ist, kann also einen Neubau auf dem Gelände des Großen Hofs (ehemalige Markthalle) und somit ebenfalls in der Innenstadt erhalten. Im Zuge des Neubaus sollte das vorliegende Atelier-Förderprogramm in Form einer baulichen Kombination von Musikschule und Atelierhaus umgesetzt werden, um den Kunst- und Kulturstandort Braunschweig weiter zu stärken. Die hierfür notwendigen finanziellen Mittel sind eine zielführende Investition in die Innenstadtbelebung und sind mit einem potenziellen Investorenmodell für das Konzerthaus weitaus weniger herausfordernd für den städtischen Haushalt.

Anlagen:
keine

Absender:
Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im Rat der Stadt

23-20743-05
Antrag (öffentlich)

Betreff:
Grundsatzbeschluss: Planungen für die kombinierte Errichtung der Städtischen Musikschule Braunschweig und eines Konzerthauses Antrag / Anfrage zur Vorlage 23-20743

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	06.03.2023

Beratungsfolge:		*Status*
Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (Vorberatung)	08.03.2023	Ö
Ausschuss für Planung und Hochbau (Vorberatung)	08.03.2023	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	14.03.2023	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	21.03.2023	Ö

Beschlussvorschlag:
Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert
(Ergänzungen und Änderungen sind in **fett** eingefügt)

Beschluss:
1. Die Planung für die bauliche Neuerrichtung der Städtischen Musikschule Braunschweig erfolgt auf der Grundlage des im Jahr 2019 beschlossenen Zukunftskonzepts „Die Städtische Musikschule auf dem Weg zum `Zentrum für Musik´“ (Drs. Nr. 19-10104-01).

2. Die Planung eines Konzerthauses mit 1.000 Sitzplätzen erfolgt auf Basis der Untersuchung der kulturellen Infrastrukturanalyse des Büros actori sowie der Machbarkeitsstudie des Büros Prof. Jörg Friedrich | Studio PFP GmbH.

3. Städtische Musikschule und Konzerthaus sollen eine synergetische und bauliche Einheit an einem Standort bilden. Das Konzerthaus und dessen 1.000-Sitzplatz-Konzertsaal soll multifunktional und mit dem 199-Sitzplatz-Konzert- und Probensaal der Städtischen Musikschule baulich kombiniert geplant werden.

4. Es soll ein Zentrum für Musik entstehen, dass ein kultureller Bildungs- und Veranstaltungsort für Alle ist. Die Zusammenarbeit von städtischer Musikschule und professionell tätigen Musiker*innen wie dem Orchester des Staatstheaters soll nicht nur durch die Nutzung eines gemeinsamen Ortes, sondern auch durch gemeinsame Projekte ermöglicht werden. Es soll ein Begegnungs- und Kommunikationsort im Sinne eines Dritten Ortes entstehen, der ganztägig geöffnet und für alle zugänglich ist. Dabei ist auf Teilhabemöglichkeiten für alle Bevölkerungsschichten im Sinne der Diversität der Bevölkerungsstruktur zu achten. Die Verwaltung wird beauftragt, die grundlegenden Beschlüsse und Untersuchungen der Punkte 1 und 2 unter Beachtung des Konzeptes „Zentrum der Musik für Alle“ weiter zu entwickeln. Dazu soll das bisherige Raumkonzept, das künstlerische Konzept, Veranstaltungskonzept und die Trägerstruktur (z. B. Kooperations- statt Vermietungsmodell) noch einmal überarbeitet werden. Insbesondere müssen entsprechende Begegnungs- und Probenräume (Dritter Ort) mit eingeplant werden. Die Verwaltung wird beauftragt, ein überarbeitetes Konzept im Laufe des weiteren Planungsprozesses rechtzeitig vorzulegen.

5. In das weitere Bauleitplanverfahren für das Bahnhofsquartier (Anlage 1) wird der Standort für ein Konzerthaus kombiniert mit der räumlichen Unterbringung der

Städtischen Musikschule integriert.

6. Die Verwaltung wird beauftragt, die für eine finale Umsetzungsentscheidung erforderlichen baulichen Untersuchungen umgehend auszulösen. Die Vorgaben des B-Planentwurfes sind dabei zu berücksichtigen.
Die städtebauliche Integration des Gebäudes soll insbesondere im Hinblick auf zukünftige Sichtachsen und die entstehenden Freiräume im Zuge der B-Plan-Erstellung sichergestellt werden.

7. Der finale Umsetzungsbeschluss für die kombinierte Errichtung von Konzerthaus und der Städtischen Musikschule (inkl. eines Konzert- und Probensaals mit 199 Sitzplätzen) ist im Jahr 2025, mit belastbaren Aussagen zum erforderlichen Investitionsvolumen **und den voraussichtlich zusätzlichen jährlichen Betriebskosten inkl. der Instandhaltungskosten und der Zinsbelastung vorzulegen.** In diesem Rahmen ist auch festzulegen, ob und ggf. in welchem Maße eine alternative Finanzierungsvariante (ÖPP, Einbindung von Spenden oder sonstigen Drittmitteln, Realisierung z. B. durch eine Stiftung) verfolgt werden soll**. Insgesamt ist zu klären, wie hoch die Investitionskosten und die anfallenden Betriebskosten für die Auswirkungen auf den städtischen Haushalt geschätzt werden.**

8. Die Verwaltung trägt Sorge dafür, dass ein architektonischer Wettbewerb für die kombinierte Errichtung von Städtischer Musikschule und Konzerthaus folgende Parameter beinhaltet:
- am neu zu gestaltenden städtischen Eingangstor Viewegs Garten – in direkter Sichtachse des zentralen Ausgangs des Hauptbahnhofs – eine wegweisende Architektur zu generieren.
- die Architektur nimmt die Bezüge zum Gesamtensemble der historischen Parkanlage Viewegs Garten sowie des neuen Bahnhofsquartiers auf und leistet einen Beitrag zu dessen weiterer städtebaulichen Aufwertung,
- Orientierung an Nachhaltigkeit in Baustoffen, Berücksichtigung modernster Umweltstandards bei der Klimatisierung bzw. Gebäudekühlung sowie der Energieversorgung,
- die Architektur wird den Anforderungen zur Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel gerecht,
- **Orientierung und Zertifizierung nach dem Standard Gold der DGNB (Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen)**
- Berücksichtigung kulturpolitisch aktueller Diskurse; beispielsweise baulich als „Dritter Ort“ fungieren zu können.

9. Für die Ausschreibung, u. a. von Planungsleistungen, sollen der Referenznachweis erfolgreicher Umsetzungen von Konzerthausprojekten zentrale Kriterien sein.

10. Für die Planung zur Errichtung der Städtischen Musikschule und eines Konzerthauses stehen derzeit Haushaltsmittel von 500.000 € vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Genehmigungen zum Haushalt 2023 zur Verfügung. Die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Umsetzung der Maßnahme und den lfd. Betrieb steht unter dem Vorbehalt der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt Braunschweig und den Finanzierungsalternativen. **Die Entscheidung zur Umsetzung wird unter dem Aspekt gefällt, dass einseitig keine Schieflage zwischen den zeitlich umsetzbaren Bau- und Sanierungsvorhaben in anderen Bereichen entsteht.**
Dies gilt auch für den Aspekt der laufenden Betriebskosten.

11. Für den Fall, dass das Zentrum für Musik mit großem Konzertsaal nicht umgesetzt werden kann, soll prioritär die Musikschule mit kleinem Saal zeitnah verwirklicht werden. Eventuell notwendige Planungen werden rechtzeitig aufgenommen. Dem Rat wird halbjährlich über den Zwischenstand inklusive der Finanzierungsmöglichkeiten berichtet.

Sachverhalt:
Begründung erfolgt mündlich.

Anlagen:
keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

23-20743-08
Mitteilung
öffentlich

Betreff:
Grundsatzbeschluss: Planungen für die kombinierte Errichtung der Städtischen Musikschule Braunschweig und eines Konzerthauses

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat IV 41 Fachbereich Kultur und Wissenschaft	15.03.2023

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Rat der Stadt Braunschweig (zur Kenntnis)	21.03.2023	Ö

Sachverhalt:

Ergänzend zu der Beschlussvorlage "Grundsatzbeschluss: Planungen für die kombinierte Errichtung der Städtischen Musikschule Braunschweig und eines Konzerthauses" (DS Nr. 23-20743) und der Mitteilung außerhalb von Sitzungen "Ergebnisse der Machbarkeitsstudie für den Neubau der Städtischen Musikschule und der Planung eines Konzerthauses sowie der Bedarfs- und Potenzialanalyse für ein Konzerthaus mit 1.000 Sitzplätzen" (DS Nr. 23-20610) wird ein im Nachgang der Gutachtenvorstellung am 16. Februar 2023 von der Verwaltung beim Büro actori erbetenes, zusätzliches Informationsmodul der "Bedarfs- und Potenzialanalyse für ein großes Konzerthaus mit 1.000 Plätzen" zu den Auswirkungen des Baus eines Konzerthauses auf Stadtmarketing und Tourismus in Braunschweig übermittelt.

In dieser zusätzlichen Analyse werden die positiven Folgewirkungen einer derartigen Ergänzung der kulturellen Infrastruktur der Stadt Braunschweig, insbesondere noch einmal fokussiert auf die u.a. innenstadtrelevanten Tourismus- und Marketingeffekte, herausgearbeitet.

Zusammengefasst sind u.a. folgende zentrale Effekte aufgeführt:

- Aufgrund einer noch nicht vollständigen Marktabschöpfung ist eine Frequenzbelebung allein schon für das Klassiksegment zu erwarten.
- Erfahrungswerte zeigen, dass rund 10 % der Konzerthausbesuchenden nationale und internationale Gäste sind. Somit erarbeitet ein Konzerthaus zusätzliche Tourismuspotentiale.
- Andere untersuchte Konzerthausprojekte zeigen, dass ein derartiger Kulturleuchtturm qualitative positive Auswirkungen haben wird, die den Standort generell aufwerten. Dies sind beispielhaft:
    - positive wirtschaftliche Impulse,
    - Verbesserung des kulturellen Images der Kommune,
    - Erzeugung zusätzlicher kultureller Impulse und Synergien,
    - größere Medienresonanz aufgrund des Konzerthausprogramms führt zu einer Bekanntheitssteigerung der Standortkommune,
    - die Strahlkraft eines derartigen Leuchtturmprojektes kann generell die Standortattraktivität erhöhen,
    - Steigerung der Tourismuszahlen,
    - Stärkung der regionalen Wirtschaft durch Kaufkraftsteigerung und Multiplikatoreneffekte,
    - die infrastrukturelle Weiterentwicklung kann eine Marktentwicklung auslösen, die vorher so nicht erkennbar ist.

Zur besseren Lesbarkeit sind der Studienergänzung zusätzlich die dort benannten Seiten der Ausgangsanalyse des Büros actori (S. 177, 178, 183) beigefügt.

Dr. Hesse

Anlage/n:
Ergänzung zu Tourismus- und Stadtmarketing-Effekten. Markt- und Potenzialanalyse Konzerthaus Braunschweig (actori GmbH)
Auszug (S. 177, 178, 183) der Markt- und Potenzialanalyse Konzerthaus Braunschweig (actori GmbH)

actori

Ergänzung zu Tourismus- und Stadtmarketing-Effekten

Markt- und Potenzialanalyse Konzerthaus Braunschweig
Stand: 2023-03-13

Besuchs- und Tourismuseffekte

Eine Analyse der Marktabschöpfung bestätigt positive Aussichten: Hochrechnungen ergeben für den Klassikbereich im 30 Minuten-Isochron von Braunschweig aktuell einen Ticketabsatz von rd. 181 Tsd. Besuchen. Setzt man diese Anzahl von existierenden Veranstaltungsbesuchen ins Verhältnis zum Bundesdurchschnitt, wird ersichtlich, dass ein Marktpotenzial von mindestens 31% nicht abgeschöpft ist. Erwartungsgemäß liegt das Marktpotenzial für Städte nochmals höher (Faktor: 1,5, somit 358 Tsd. Besuche). Auch unter Berücksichtigung der Veranstaltungszahlen in einem Konzerthaus wären noch nicht alle Besuchspotenziale im Klassikmarkt abgeschöpft. Es muss daher sogar davon ausgegangen werden, dass weitere klassische Veranstaltungen Erfolgschancen hätten.

Bezogen auf die Tourismuseffekte gehen wir auf Basis von Vergleichsanalysen davon aus, dass rund 10% der Besuchenden des Konzerthauses nationale oder internationale Gäste sind. Es ist dabei wichtig zu berücksichtigen, dass dieser Wert auf Basis von Vergleichszahlen anderer Konzerthäuser zustande gekommen ist; die Vergleichswerte schwanken je nach Konzerthaus zwischen 5 und 20% Tourist/-innenanteil an Konzerthaus-Besuchenden. Programmgestaltung und Architektur können die Effekte stark beeinflussen. Die Umwegrentabilitätsberechnungen im Gutachten berücksichtigen die angenommenen touristischen Effekte entsprechend. Siehe dazu die Seiten 177, 178 und 183 der Abschlussunterlage.

Stadtmarketing-Effekte

Bezüglich der Stadtmarketing-Effekte lässt sich das schwieriger quantifizieren. Allerdings zeigen andere Konzerthausprojekte qualitativ positive Auswirkungen. So bestätigten die Interviews in Dortmund und Bochum positive Wirkungen auf Quartiers- und Stadtentwicklung sowie überregionale Wahrnehmung der Städte. Außergewöhnlich gute Beispiele für eine positive Auswirkung auf das Stadtmarketing sind die Konzerthaus-Projekte in Luzern, Blaibach und Hamburg, wenngleich dabei auch die besonderen Rahmenbedingungen (Lage am See in Luzern – Außergewöhnlichkeit der ländlichen Lage und scharfe Positionierung in Blaibach – Landmark-Effekt und Plaza mit Hafenblick in Hamburg) eine besondere Rolle spielen.

International bekanntestes Beispiel der Stadtmarketing-Effekte eines Kulturbaus ist sicher das Guggenheim-Museum in Bilbao. Mit der Eröffnung 1997 wurde ein kontinuierlicher Touristenzustrom und eine starke Veränderung der Außenwahrnehmung erreicht. Man muss allerdings einschränkend

berücksichtigen, dass die positiven Effekte in jedem Fall stark von Architektur und inhaltlicher Ausgestaltung abhängen. In vielen Fällen führt ein Verweis auf Beispiele wie Bilbao oder Elbphilharmonie auch zu einer Debatte über Kosten eines Bauprojektes.

Beispiele

1) Anneliese Brost Musikforum:

- Am Vorhaben gab es zunächst Kritik und ein Bürgerbegehren gegen den Bau, welches gescheitert ist. Das Konzept wurde angepasst und dies erhöhte die Akzeptanz.
- **Über 14 Mio. EUR** wurden durch 20.000 Spender/-innen und Stifter/-innen aufgebracht und beim Eröffnungswochenende kamen mehr als 37.000 Menschen zum „Bürger/-innenfest".
- Durch das Anneliese Brost Musikforum Ruhr hat sich die **Zahl der Konzerte der Bochumer Symphoniker (BoSy) erhöht**.
- Das Forum gehört zu den bekanntesten Bochumer Bauten und gewann mehrere Architekturpreise.
- Das Musikforum ist Teil und wichtiger Baustein des neu entstehenden Viktoria-Quartiers, das als künftig **kulturell-kreatives Viertel** der Stadt geplant ist.
- Zudem hat das Musikforum einen **positiven Wirtschaftsfaktor** und großen kulturellen Wert für Bochum.

2) Konzerthaus Dortmund:

- Das Konzerthaus Dortmund gehört mittlerweile zu den **wichtigsten Konzerthäusern** in Deutschland und hat das **kulturelle Image** der Stadt verbessert.
- Auch wenn der Bau zunächst umstritten war, wird das Konzerthaus nun gut angenommen. Dies hat auch mit der **offenen Ausrichtung** und der **großen Bandbreite** des Programms zu tun.
- Das Konzerthaus brachte viele **Synergieeffekte** mit sich:
  - Ansiedlung der Chor-Akademie
  - Bau des Orchesterzentrums NRW (Anziehungspunkt für Studierende)
  - Höherwertige Gastronomieangebote
  - Bau von Appartements für Studierende

3) Kultur- und Kongresszentrum Luzern (KKL):

<u>Primäre Effekte</u>

- Luzern als **Kulturstandort** wurde gestärkt u. a. durch die Zusammenarbeit mit dem Lucerne Festival.
- **Das KKL ist Attraktionspunkt** für die Tourismusdestination Luzern und brachte einen **Imagegewinn** für die Region Luzern.
- Durch ein breites Echo in den Medien kam es zu einer **Bekanntheitssteigerung.**

- **Die große Strahlkraft** des KKL sorgte zudem für eine Verbesserung der **Standortattraktivität.**

Sekundäre Effekte

- Das KKL bringt einen bedeutenden **Wirtschaftsfaktor als** Dienstleistungsunternehmen und wichtige/-r **Arbeitgebender** in Luzern.
- Auswertige Gäste und Besuchende von Veranstaltungen steigern die **regionale Kaufkraft.**
- Außerdem gibt es zusätzliche **Multiplikatoreffekte** und **regionale Unternehmen** werden gestärkt.

4) Konzerthaus Blaibach:

- Blaibach im Bayerischen Wald befindet sich in einer eher strukturschwachen Gegend.
- Das Dorf hat 2.000 Einwohnende, der Konzertsaal bietet Platz für 200 Personen.
- Zunächst gab es **Widerstand im Ort** gegen das Konzerthaus, jedoch entwickelte sich das Projekt positiv.
- Der Bau gewann verschiedene Architekturpreise und ist bekannt für seine gute Akustik.
- Das Konzerthaus sorgte für eine **Bekanntheitssteigerung** und eine **kulturelle Belebung** der Region, es ist Besuchsmagnet und belebte das Dorf wieder.
- Seit der Konzerthauseröffnung 2014 sind die **Tourismuszahlen deutlich gestiegen**, Menschen aus ganz Deutschland reisen in die Oberpfalz, um die Akustik des Kulturbaus zu erleben.
- Zudem regte es eine **neue Wertschöpfungskette** an und viele Einwohnende profitieren von dem Projekt.
- **Nationale und internationale Künstler/-innen und Ensembles** werden durch das Konzerthaus angezogen, die Vorstellungen sind gut ausgelastet.

5) Elbphilharmonie

- Der Bau der Elbphilharmonie hat in Hamburg einen deutlich **positiven Effekt** auf die Anzahl der Veranstaltungen in der Stadt ausgelöst.
- Das ist passiert, obwohl der Saal der Elbphilharmonie (2.100 Plätze) dem Saal der Laeiszhalle (2.025 Plätze) von der Kapazität her sehr ähnlich ist.
- Die **infrastrukturelle Weiterentwicklung** hat eine **Marktentwicklung** ausgelöst, die vorher so nicht erkennbar.
- Statt einer Kannibalisierung der beiden Locations konnte eine **Steigerung für beide Häuser** erreicht werden.
- Dieser Effekt hat sich auch in Braunschweig durch die **Volkswagen-Halle** ergeben. Seit der Eröffnung 2000 sind die **Angebote** im Pop-/Rock-Bereich stark **gestiegen**.

6) Bilbao-Effekt

- Vor dem Bau des Guggenheim-Museums galt Bilbao als eine heruntergekommene Industriestadt im Niedergang mit **hoher Arbeitslosigkeit**.
- Die Stadtverwaltung entschied sich jedoch, ein Museum zu bauen, um die Stadt zu **revitalisieren** und sie als **kulturelles Zentrum** und als Touristenziel zu positionieren.
- Das Guggenheim-Museum, das vom Architekten Frank Gehry entworfen wurde, war ein **architektonisches Meisterwerk** und zog schnell **internationale Aufmerksamkeit** auf sich.
- Es wurde zu einem **Wahrzeichen** der Stadt und zog Touristinnen und Touristen sowie Kunstliebhaber/-innen aus der **ganzen Welt** an.
- Der Bau des Museums hatte jedoch auch andere Auswirkungen auf die Stadt: Es wurde ein **neuer Stadtteil** namens "Abandoibarra" um das Museum herum entwickelt, der zu einem wichtigen **Geschäftsviertel** wurde und viele Arbeitsplätze schuf.
- Die Renovierung und Neugestaltung der Stadtteile rund um das Museum trugen auch dazu bei, die **Attraktivität** der Stadt als Wohn- und Geschäftsstandort zu erhöhen.
- Infolge des Bilbao-Effekts stieg die Anzahl der **Touristinnen und Touristen in Bilbao** in den ersten fünf Jahren nach der Eröffnung des Museums um das **Fünffache** und die **Wertschöpfung** des **Tourismussektors vervierfachte** sich.
- Bilbao wurde zu einem **Symbol** für die **Transformation** einer ehemals heruntergekommenen Stadt in eine aufstrebende Metropole.

Quellen:

- *https://www.deutschlandfunk.de/blaibacher-konzerthaus-hochkultur-im-hinterland-100.html*
- *https://www.bayerische-staatszeitung.de/staatszeitung/leben-in-bayern/detailansicht-leben-in-bayern/artikel/2000-einwohner-und-ein-konzerthaus.html#topPosition*
- *https://www.goethe.de/de/kul/ges/eu2/rhr/20941352.html*
- *https://www.zeit.de/entdecken/2018-02/bilbao-effekt-guggenheim-architektur-wolfsburg-phaeno*
- *actori Abschlussbericht „Markt- und Potenzialanalyse für ein großes Konzerthaus in Braunschweig“*

Die Besuchendeneffekte kommen durch den Konsum der für die Konzerte nach Braunschweig reisenden Zuschauenden zustande

1 BESUCHENDENEFFEKTE

Berechnung Besuchendeneffekte

	Besucher [in Tausend]	Ausgaben [in EUR]	Summe [in TEUR]
Braunschweig	116	18	**2.093**
Niedersachsen	23	37	**855**
National & International	16	301	**4.667**
Effektanteil (40%)			**3.046**
1 Besuchendeneffekte (ohne MWSt.)			**2.688**

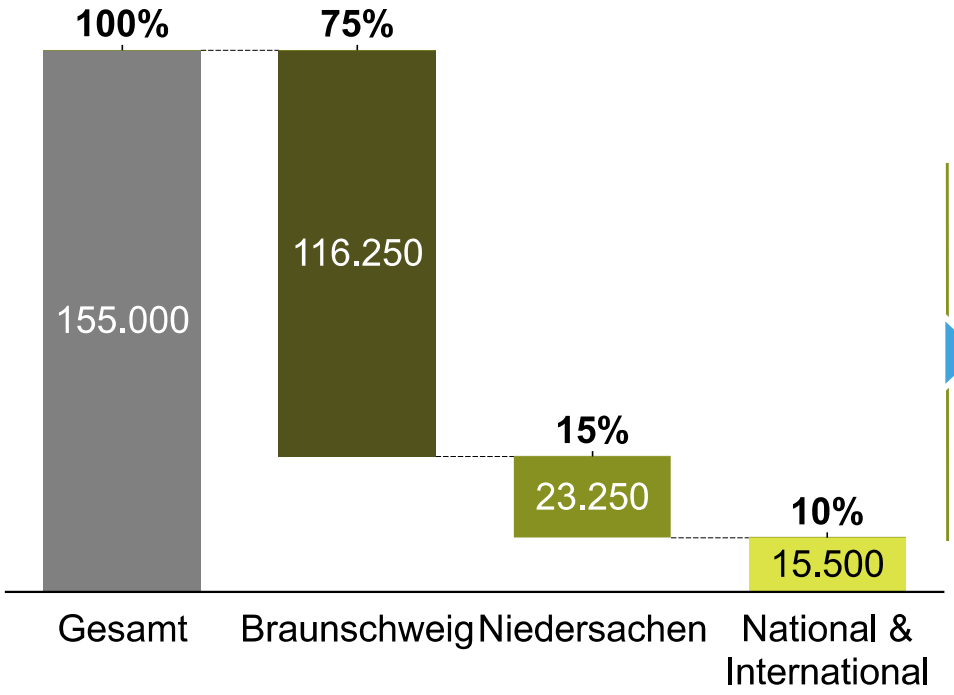
- Die Berechnung der Besuchenden-effekte erfolgt auf einer marktüblichen Segmentierung der Besuchenden nach Herkunft.
- Für Besuche von außerhalb Braunschweigs (inkl. Landkreis) wurde zwischen Tagestouristen und Übernachtungsbesuchenden unterschieden und zusätzlich durchschnittliche Übernachtungskosten und Dauer des Aufenthalts definiert.
- Da nicht auszugehen ist, dass alle Besuchenden ausschließlich aufgrund eines Konzerthauses kommen, wird ein Anteil von 40% angenommen.
- Über den Konsum der Besuchenden fließen der lokalen Hotellerie, Gastronomie und dem Einzelhandel rund 2,7 Mio. EUR zu.

Anmerkung: Werte zu Darstellungszwecken gerundet 2) durchschntl. Umsatzsteuersatz von 11,6% laut Angabe Statistisches Bundesamt. Quelle: dwif, 2019.

Für die Analyse spielt die Zusammensetzung der Konzertbesuchenden nach lokaler Herkunft eine entscheidenden Rolle

1 BESUCHENDENEFFEKTE

Herkunft Besuchende Konzerthaus [in %]



Für die Kalkulation wird von einer marktüblichen Verteilung der Besuchenden ausgegangen:

- 75% der Besuchenden des Konzerthauses kommen aus der Stadt Braunschweig und dem angrenzenden Landkreis.
- Weitere 15% kommen aus Niedersachsen.
- Etwa 10% der Besuchenden sind überregionale Gäste aus dem übrigen Bundesgebiet oder dem Ausland.

Anmerkung: alle Werte zu Darstellungszwecken gerundet. Quelle: Annahmen actori auf marktüblicher Basis.

Für die Studie wurden Multiplikatoreffekte für Besuchenden-, Personal- und Auftragseffekten berücksichtigt

4 MULTIPLIKATOREFFEKTE

Berechnung Multiplikatoreffekte [in TEUR]

Besuchendeneffekte	**3.046**
Personal- und Auftragseffekte	**325**
Mehrwertsteuersatz	13,30%
Besuchendeneffekte ohne MWSt.	**2.688**
Personal- und Auftragseffekte ohne MWSt.	**287**
Besuchendeneffekte * Tourismusmultiplikator	**1.344**
Tourismusmultiplikator = 0,5	
Induzierte Ausgaben	**143**
Faktor auf Personal- und Auftragseffekte = 0,5	
4 Mulitplikatoreffekt	**1.488**

- Zur Berechnung der Multiplikatoreffekte spielen die Besuchenden sowie Personal- und Auftragseffekte eine wesentliche Rolle.
- Bei einem Tourismusmultiplikator von 0,5 kann somit von 1,3 Mio. EUR Effekt ausgegangen werden.
- Für die Personal- und Auftragseffekte kann ebenfalls von einem Faktor 0,5 ausgegangen werden, der zu 0,14 Mio. EUR Rückflüssen führt.
- Kumuliert erzeugen die Ausgaben in den nachfolgenden Wirtschaftsstufen Multiplikatoreffekte in Höhe von 1,5 Mio. EUR.

Quelle: actori-Database, Statistisches Bundesamt, IHK-Bonn.

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

23-20569
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Entwicklung Großer Hof

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat III 61 Fachbereich Stadtplanung und Geoinformation	21.02.2023

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 130 Mitte (Anhörung)	28.02.2023	Ö
Ausschuss für Planung und Hochbau (Vorberatung)	08.03.2023	Ö
Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (Vorberatung)	08.03.2023	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	14.03.2023	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	21.03.2023	Ö

Beschluss:

Für den im Betrachtungsraum dargestellten Bereich „Großer Hof“ (Anlage 1) wird nach Erstellung eines Nutzungsprofils ein städtebaulicher Wettbewerb durchgeführt.

Sachverhalt:

1. Beschlusskompetenz
Die Beschlusskompetenz ergibt sich aus § 58 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG. Danach beschließt der Rat über die grundlegenden Ziele der Entwicklung der Kommune.

2. Ausgangslage
Der Bereich *Großer Hof* steht seit geraumer Zeit im Zentrum verschiedenster Diskussionen einer zukünftigen Entwicklung. Er ist Teil des mittelalterlichen Stadtgefüges der Weichbilder *Neustadt* und *Hagen*, in unmittelbarer Nähe zu den Großkirchen *St. Andreas* und *St. Katharinen*. Die dortigen Schulen *Kielhornschule* und *Helene-Engelbrecht-Schule* stehen leer bzw. sind baulich abgängig, was Nachfolgeüberlegungen angeregt hat. Zu einer möglichen Nachnutzung der Schulgrundstücke zusammen mit dem mindergenutzten Grundstück der ehemaligen Markthalle wurden in der Vergangenheit schon verschiedenen Nachnutzungs-Varianten untersucht.

Im Jahr 2019 fielen die politischen Entscheidungen, die Helene-Engelbrecht-Schule auf das Grundstück der BBS 2 an der Salzdahlumer Straße zu verlagern und die 6. IGS auf dem Gelände der heutigen Tunicahalle zu entwickeln. Auch die Realisierung einer zentralen städtischen Musikschule, eines Konzertsaales, einer kleinen zweizügigen Innenstadt-Grundschule und einer Kita wurde in verschiedenen Kombinationen ergänzt um Wohnen untersucht.

Dem Rat wird zu dieser Sitzung in einer separaten Vorlage die räumliche Zusammenlegung einer Konzerthalle mit der Städtischen Musikschule im Bahnhofsquartier zur Erörterung und Beschlussfassung vorgeschlagen. Damit eröffnet sich die Möglichkeit, in der Innenstadt am Großen Hof ein größeres Stadtentwicklungsprojekt mit nachfragegerechter Wohnraumbereitstellung in verschiedenen Varianten, mit einer Kindertagesstätte und sozial- bzw. gemeinbedarfsorientierten Einrichtungen zu realisieren. In Anbetracht der stadtklimatischen Situation ist an diesem Standort auch ein Pocketpark mit

Wasserelementen vorstellbar. Auch besteht die Chance, durch die Stärkung der Nahmobilität – insbesondere für Gemeinbedarfsnutzungen oder Kita, die Entsiegelung und Begrünung der öffentlichen Räume eine hohe Aufenthalts- und Lebensqualität im Quartier zu erreichen. Dafür werden die aus heutiger Sicht durch den ruhenden Verkehr mindergenutzten öffentlichen Freiräume auch unter stadtklimatischen Aspekten neu und kindgerecht gestaltet und qualifiziert.
Eine Innenstadt-Grundschule wird an diesem Standort nicht mehr benötigt.

3. Ausblick
Die Einrichtung einer innerstädtischen Kita und weiteren Gemeinbedarfseinrichtungen wie z.B. Selbsthilfe und Beratungsstellen, Kulturvereine, Tauschbörsen in diesem Bereich führen zu einer angemessenen Ergänzung der vorhandenen Nutzungen und zu einer Belebung der Braunschweiger Innenstadt.

Wohnen trägt - auch außerhalb der Geschäftszeiten - ebenfalls maßgeblich zur Belebung der Innenstadtquartiere bei. Insofern ist es wünschenswert, die Wohnnutzung in der Innenstadt zu bewahren und weiterzuentwickeln. In Anbetracht der zentralen und dennoch relativ ruhigen, geschützten Lage und mit Blick auf die umgebende Nutzung könnten auf den städtischen Grundstücken gemeinschaftliche Wohnformen in Mehrfamilienhäusern in einer angemessenen Dichte in der Stadt der kurzen Wege entstehen – nachhaltig und autoarm.

Nach einer Abstimmung der letztendlich angestrebten Nutzungsmischung mit den politischen Gremien soll ein städtebaulicher Wettbewerb ausgelobt werden, der dann die Grundlage für die städtebauliche Entwicklung und den voraussichtlich erforderlichen Bebauungsplan bildet.

Aus städtebaulicher Sicht bzw. auch mit Blick auf dringend erforderliche künftige Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel ist es notwendig, für die hier zukünftige bauliche Entwicklung in zentraler Lage der Stadt einen klimaökologischen Ausgleich herzustellen, die öffentlichen Bereiche aufzuwerten, den ruhenden Verkehr neu zu ordnen und die Aufenthaltsqualität zu verbessern. Mit der Anlage eines Pocketparks kann dieses Ziel weiter verfolgt werden, es werden zugleich ergänzende Nutzungsmöglichkeiten für soziale Einrichtungen oder Gemeinbedarfsnutzungen geschaffen. Wasserspielelemente tragen zusätzlich zur mikroklimatischen Verbesserung bei. Dafür sollte der Betrachtungsraum auf ein größeres Gebiet ausgedehnt werden, das dann auch Vernetzungsfunktionen und weitere Freiraumqualitäten abbildet.

Grundsätzlich sollen bei der weiteren Entwicklung folgende Aspekte beachtet werden:

- Nutzungen: Ermittlung und Unterbringung erforderlicher Nutzungen und Bauvolumina, möglichst flächenschonende Stapelung und Nutzung von Dachflächen, Sicherung der Grundversorgung

- Städtebau: Verträglichkeit der Bauvolumina im Umfeld (Maßstäblichkeit, Körnigkeit, Gebäudehöhen) und Potenzial zur Weiterentwicklung des Stadtgrundrisses, Berücksichtigung und Herausbildung von Sichtachsen

- Freiraum: Qualifizierung und Aufwertung der öffentlichen Flächen z. B. Pocketpark, Erleben von Wasser (verrohrte Oker), Erhalt des wertvollen Baumbestandes, Schaffung von Retentions-, Aufenthalts- und Spielflächen, Weiterentwicklung von grünen Trittsteinen zwischen dem Wallring und der Innenstadt

- Mobilität: Priorisierung der Nahmobilität, wohnverträgliche Erschließung, Nutzung der historischen Wegeverbindungen, insbesondere zu Fuß und mit dem Fahrrad, gute fußläufige Anbindung an die ÖPNV-Angebote, Nutzung der Lagegunst als autoarmes Wohnquartier, Reduzierung des Stellplatzschlüssels für Pkws, hochwertige Stellplatzangebote für Fahrräder, Ordnung der Lieferverkehre

- Immissionsschutz: insbes. Schallschutz zur Sicherung gesunder Wohn- und

Arbeitsverhältnisse

- Denkmalschutz: Berücksichtigung des Umgebungsanspruchs der St. Andreaskirche und der Liberei

4. Entscheidungsvorschlag
Es wird vorgeschlagen, in einem ersten Schritt das zukünftige Nutzungsprofil und die Auslobungsunterlagen zu erstellen und mit den politischen Entscheidungsträgern abzustimmen. Im Anschluss wird ein städtebaulicher Wettbewerb ausgelobt, um zur Qualitätssicherung alternative städtebauliche Vorschläge für die weitere Entwicklung zu erhalten.

Leuer

Anlage/n:
Anlage 1: Großer Hof, Betrachtungsraum

Stadt Braunschweig

Großer Hof

Betrachtungsraum

Maßstab 1:2000

Stadtgrundkarte [1] der Stadt Braunschweig, erstellt auf Grundlage der Liegenschaftskarte [2]

[1] © Stadt Braunschweig Abteilung Geoinformation

[2] © LGLN

Absender:
Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im Rat der Stadt

23-20569-01
Antrag (öffentlich)

Betreff:
Entwicklung Großer Hof
Antrag / Anfrage zur Vorlage 23-20569

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	06.03.2023

Beratungsfolge:		*Status*
Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (Vorberatung)	08.03.2023	Ö
Ausschuss für Planung und Hochbau (Vorberatung)	08.03.2023	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	14.03.2023	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	21.03.2023	Ö

Beschlussvorschlag:
Der Beschlussvorschlag wird um folgenden Satz ergänzt:

Das Nutzungsprofil soll neben sozial- bzw. gemeinbedarfsorientierten Einrichtungen auch kulturelle Einrichtungen mit berücksichtigen.

Sachverhalt:
Begründung erfolgt mündlich.

Anlagen:
keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

23-20805
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Haushaltssatzung 2023/2024 der Stadt Braunschweig

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	15.03.2023

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	21.03.2023	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	21.03.2023	Ö

Beschluss:

1. Der am 09.03.2023 eingegangene Antrag FWE198 (Keine globalen Minderausgaben) wird abgelehnt.

2. Der Anpassung der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Anlage 2.5.2.2) an die in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung am 02.03.2023 getroffenen Beschlussempfehlungen bezüglich der Investitionstätigkeit wird zugestimmt.

3. Die Haushaltssatzung 2023 / 2024 (Anlage 1) mit

   a) dem Doppelhaushaltsplan 2023/2024 einschließlich Stellenplan und Investitionsprogramm 2022 - 2027

   b) den Haushaltsplänen 2023/2024 einschließlich Stellenübersichten und Investitionsprogrammen 2022 - 2027 für

      - die Sonderrechnung Fachbereich 65 - Hochbau und Gebäudemanagement

      - die Sonderrechnung Stadtentwässerung und

      - die Sonderrechnung Abfallwirtschaft

   c) dem Haushaltsplan 2023/2024 des Sondervermögens „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig" in der gegenüber dem Haushaltsentwurf 2023/2024 unveränderten Fassung

   wird entsprechend den Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung sowie den während der Sitzung des Verwaltungsausschusses gefassten Empfehlungen zusammen mit den während der Haushaltslesung angenommenen Anträgen und Ansatzveränderungen beschlossen.

4. Die finanzunwirksamen Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte werden entsprechend den Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung und den während der Sitzung gefassten Empfehlungen des Verwaltungsausschusses zusammen mit den während der Haushaltslesung angenommenen Anträgen beschlossen.

5. Die Verwaltung wird ermächtigt, die sich aus den vorstehenden Beschlusspunkten und der Aufteilung der Personalaufwendungen ergebenden Veränderungen in der Endausfertigung des Haushaltsplanes 2023/2024 auf die Teilhaushalte einschließlich der Produktdarstellung zu übertragen."

Sachverhalt:

1. Haushaltsentwurf 2023/2024 als Ausgangspunkt

Mit einer Mitteilung außerhalb von Sitzungen vom 15. September 2022 (Drucks.-Nr.: 22-19611) hat die Verwaltung den **Entwurf des Doppelhaushalts 2023/2024 sowie den Entwurf des Investitionsprogramms - IP - 2022 - 2027** vorgelegt. Auf die darin enthaltenen Erläuterungen zu den Eckpunkten der seinerzeitigen Planung, u. a. auf die vorgenommene Reduzierung der Überplanungen, wird Bezug genommen.

Der Haushaltsentwurf 2023/2024 schließt mit folgenden Ergebnissen ab (ohne prognostizierte Haushaltsresteentwicklung, auf die zukünftig in den Gesamtdarstellungen Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt verzichtet wird):

in Mio. €	**2023**	**2024**	**2025**	**2026**	**2027**
Jahresergebnis Ergebnis-HH	-31,3	-51,9	-53,8	-56,1	-58,4
Stand der Überschuss-rücklagen am Jahresende	241,9	190,0	136,2	80,0	21,6
Gesonderter Passivposten gem. § 182 Abs. 4 NKomVG	-91,3	-91,3	-85,4	-79,6	-73,7
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	+1,1	-3,1	-0,9	-0,6	-0,8
Bestand an Zahlungsmitteln am Jahresende	101,2	77,8	50,9	21,0	-12,4

Der § 182 NKomVG (gesonderter Passivposten) wurde mit einem Gesetz vom 22.09.2022 um einen neuen Abs. 5 ergänzt. Hiernach sind die Regelungen des § 182 Abs. 4 NKomVG bis zum 30. Juni 2024 auch zur Bewältigung der Folgen des Krieges in der Ukraine entsprechend anzuwenden.

Nach einem ergänzenden Erlass des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport vom 13.12.2022

- müssen die entstandenen Fehlbeträge des ordentlichen und außerordentlichen Ergebnisses der Haushaltsjahre 2022 - 2025 in der Bilanz gesondert auf der Passivseite ausgewiesen werden.

- beginnt die 30-Jahres-Frist zur Deckung der in den Haushaltsjahren 2022 bis 2025 entstandenen Fehlbeträge mit Ablauf des Haushaltsjahres 2025.

Der Haushaltsentwurf 2023/2024 würde sich somit unter Berücksichtigung der Neuregelung des § 182 NKomVG wie folgt darstellen:

in Mio. €	**2023**	**2024**	**2025**	**2026**	**2027**
Stand der Überschuss-rücklagen am Jahresende	241,9	241,9	241,9	185,8	127,3
Gesonderter Passivposten gem. § 182 Abs. 4 NKomVG	-91,3	-143,2	-191,2	-185,3	-179,4

Hierbei wurde ein Abbau des Passivpostens ab dem Jahr 2025 um rund 5,9 Mio. € jährlich berücksichtigt.

In den Zahlen waren die im nachfolgenden Abschnitt 2 genannten planerischen Maßnahmen der Verwaltung enthalten, um den Haushalt realistischer zu planen und eine Überplanung zu vermeiden.

2. Allgemeine Rahmenbedingungen der Haushaltsplanung

Oberstes Ziel der Haushaltsplanung zum Entwurf des Doppelhaushalts 2023/2024 war, im Hinblick auf die Haushaltsgenehmigung durch die Kommunalaufsicht trotz der schwierigen Rahmenbedingungen eine solide Planung vorzulegen.

Hierfür ist an der Haushaltsplanung intensiv gearbeitet worden, um den sich verschlechternden Rahmenbedingungen aufgrund der Inflation, hohen Energiekosten sowie Baupreissteigerungen begegnen zu können. So wurde in einem ersten Schritt ein großer Teil der Mehrbedarfsanmeldungen der städtischen Org.-Einheiten zum Haushalt 2023/2024 abgelehnt bzw. wurden an zusätzliche Mittelbedarfe strenge Bewertungskriterien angelegt, um somit die bestehenden Überplanungen hinaus weiter zurückführen zu können. Neben der Reduzierung von vorhandenen Überplanungen in einzelnen Budgets sind zur Haushaltsverbesserung zusätzlich globale Minderausgaben ohne Zuordnung zu einzelnen Teilhaushalten in den Jahren 2023 und 2024 von 16,0 Mio. € bzw. 11,0 Mio. € in der Planung berücksichtigt, die im Rahmen der Bewirtschaftung realisiert werden sollen.

Da die im Investitionsprogramm - IP - des FB 65 enthaltenen Maßnahmen mit den vorhandenen Ressourcen nicht umgesetzt werden konnten, war der Umfang des IP im Zeitraum von 2023 - 2027 verringert worden.

Jedoch haben sich die planerischen Rahmenbedingungen nach Erstellung des Haushaltsentwurfs weiter wesentlich verschlechtert und mussten im Rahmen der weiteren Planungsphase ergebnisbelastend berücksichtigt werden. Es ergibt sich eine den Zielen des Haushaltsentwurfs widerstrebende gegenläufige Planung mit insbesondere folgenden Haushaltsbelastungen in den Jahren 2023 und 2024:

- Weitere Deckungsreserve: 10,0 Mio. € bzw. 17,0 Mio. € für Inflation und Energiepreissteigerungen
- Personalaufwandssteigerungen: rund 9,0 Mio. € bzw. 39,6 Mio. €
- Erhöhte Verlustausgleichszahlungen für die städtischen Gesellschaften: jeweils 34,0 Mio. €, insbesondere für die Städtisches Klinikum gGmbH
- Flüchtlingsunterbringung: 12,0 Mio. € bzw. 9,3 Mio. €.

Diese von der Verwaltung nicht beeinflussbaren Rahmenbedingungen belasten die Planung erheblich und können auch nicht mit globalen Minderausgaben in entsprechender Höhe kompensiert werden. Sie wirken somit den gesetzten Zielen zur Haushaltskonsolidierung entgegen.

3. Fachausschussempfehlungen zum Haushaltsplanentwurf 2023/2024

Der Verwaltungsentwurf sowie die Anträge der Fraktionen des Rates und der Stadtbezirksräte zum Doppelhaushalt 2023/2024 und zum Investitionsprogramm 2022 - 2027 sowie die Ansatzveränderungen der Verwaltung sind durch die Ausschüsse beraten worden. Die Empfehlungen der Ausschüsse hierzu sowie die nach den Ausschussberatungen, aber vor der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung (FPDA) am 02.03.2023 eingereichten Anträge der Fraktionen, die Ansatzveränderungen und die haushaltsneutralen Umsetzungen und Haushaltsvermerke sind dem FPDA zu dieser Sitzung vorgelegt worden.

4. Beschlussempfehlungen des FPDA

4.1 FPDA-Sitzung am 02.03.2023

Der FPDA hat in seiner Sitzung am 02.03.2023 die bis dahin vorliegenden Ansatzveränderungen, finanzwirksamen Haushaltsanträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte, Stellenplananträge sowie finanzunwirksamen Anträge beraten. Die Beschlussempfehlungen sind insgesamt in den Anlagen 2.1 bis 2.5 dieser Vorlage dargestellt. Der FPDA hat am Ende seiner Beratungen dem nachstehenden Beschlussvorschlag mit 7 Ja- und 3 Nein-Stimmen sowie einer Enthaltung zugestimmt.

Beschluss:

„Zur Vorbereitung der Haushaltslesung des Rates am 21.03.2023 wird der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung um folgende Beschlussempfehlung gebeten:

1. Der **Verwaltungsentwurf** der Haushaltssatzung 2023/2024 nach dem derzeitigen Stand mit

a) dem Doppelhaushalt 2023/2024 einschließlich Stellenplan und Investitionsprogramm 2022 - 2027

b) den Haushaltsplänen 2023/2024 einschließlich Stellenübersichten und Investitionsprogrammen 2022 - 2027 für

- die Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement
- die Sonderrechnung Stadtentwässerung und
- die Sonderrechnung Abfallwirtschaft

c) dem Haushaltsplan 2023/2024 des Sondervermögens „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig" in der gegenüber dem Haushaltsentwurf 2023/2024 unveränderten Fassung

wird beschlossen, soweit sich nicht aus den nachfolgenden Beschlusspunkten eine andere Empfehlung ergibt.

2. Die finanzunwirksamen Anträge der **Fraktionen** werden entsprechend den Empfehlungen der Fachausschüsse oder nach Maßgabe der Einzelabstimmung beschlossen (Anlage 2).

3. Die finanzwirksamen Anträge der **Fraktionen** einschließlich der Anträge der **Stadtbezirksräte** werden entsprechend den Empfehlungen der Fachausschüsse oder nach Maßgabe der Einzelabstimmung beschlossen (Anlagen 4.1 und 5.1).

4. Die Ansatzveränderungen der **Verwaltung** werden entsprechend den Verwaltungsempfehlungen oder nach Maßgabe der Einzelabstimmung beschlossen (Anlagen 4.2, 5.2.1, 5.2.2, 5.2.3 sowie 7 und 8).

5. Die haushaltsneutralen Umsetzungen und die Haushaltsvermerke der **Verwaltung** (Anlagen 4.3, 5.3 und 5.4) sowie die Änderungen an Wesentlichen Produkten und Maßnahmen (Anlage 3) werden entsprechend den Verwaltungsempfehlungen oder nach Maßgabe der Einzelabstimmung beschlossen.

6. Die Verwaltung wird ermächtigt, die sich aus den vorstehenden Beschlusspunkten und der Aufteilung der Personalaufwendungen ergebenden Veränderungen in die Endausfertigung des Haushaltsplanes 2023/2024 auf die Teilhaushalte einschließlich der Produktdarstellung zu übertragen."

4.2 FPDA-Sitzung am 14.03.2023

Zu dieser Sitzung sind erforderlich gewordene Ergänzungen zur bisherigen Beschlusslage vorgelegt worden (s. Drucks.-Nr.: 23-20846). Diese Beschlussempfehlungen sind in die Anlagen 2.4.1, 6, 7 und 8 dieser Vorlage aufgenommen worden. Der FPDA ist gebeten worden, zu den in der Vorlage enthaltenen Punkten den nachstehend genannten Beschluss zu fassen.

Beschluss:

„Die in der FPDA-Sitzung am 02.03.2023 getroffenen Beschlussempfehlungen werden ergänzt um die Abstimmungsergebnisse zu den nachfolgend aufgeführten und in den Anlagen dargestellten Sachverhalten:

1. den Antrag FWE 193 - Institut für persönliche Hilfen - (Anlage 4.1),

2. die aktualisierten bzw. ergänzten Haushaltsvermerken im Kernhaushalt (Anlage 4.4),

3. die Ansatzveränderungen der Verwaltung zum Finanzhaushalt und zum Investitionsprogramm 2022 – 2027 der Sonderrechnungen Abfallwirtschaft (Anlage 7) und Stadtentwässerung (Anlage 8),

4. die Ansatzveränderungen der Verwaltung zum Ergebnishaushalt sowie zum Investitionsprogramm 2022 – 2027 der Sonderrechnung Fachbereich 65 Gebäudemanagement und Referat 0650 Hochbau (Anlage 10).

Mit diesen Ergänzungen wird der Haushalt 2023/2024 dem VA bzw. dem Rat zur Beschlussfassung in den Sitzungen am 21.03.2023 empfohlen."

Der FPDA ist der Beschlussempfehlung gefolgt. In der betreffenden FPDA-Vorlage wurde dargelegt, dass die sich aus dem Antrag FWE 193 ergebenden finanziellen Auswirkungen bereits in den mit der 3. Ergänzung zur Haushaltsvorlage (DS-Nr. 23-20653-03) dargestellten Gesamtergebnissen eingerechnet gewesen wären. Dies hat sich nachträglich als unzutreffend herausgestellt. In den in den Abschnitten 6.4 und 6.5 dieser Vorlage aufgeführten Ergebnissen sind sie aber enthalten.

5. Hinweise

5.1 Nach der Sitzung des FPDA am 02.03.2023 und der Erstellung der Beschlussvorlage für die FPDA-Sitzung am 14.03.2023 hat sich noch folgende Veränderung ergeben:

Die Gruppe Die FRAKTION. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI hat am 09.03.2023 einen Antrag zum Ergebnishaushalt (FWE 198) gestellt, der darauf abzielt, die im Entwurf des Doppelhaushalts 2023/2024 eingeplanten globalen Minderausgaben von 16,0 Mio. € in 2023 bzw. 11,0 Mio. € in 2024 nicht zu berücksichtigen.

Hierzu wird auf die Antwort der Verwaltung vom 27.02.2023 auf die Anfrage A 176 zur Globalen Minderausgabe verwiesen, die in der Anlage 2.1 beigefügt ist. Im vorstehenden Beschlussvorschlag wird aus den in der Antwort dargelegten Gründen die Ablehnung des Antrags vorgeschlagen. Sofern die Annahme des Antrages beabsichtigt ist, wäre der Beschlusstext in der Sitzung entsprechend anzupassen.

Der Antrag ist als Anlage 0 beigefügt. Die Abstimmung über diesen Antrag ist über den vorstehenden Beschlusspunkt 1. vorgesehen. In den nachstehenden Ergebnisdarstellungen ist dieser Antrag bisher nicht eingerechnet worden. Im Falle der Annahme würden sich die dargestellten Jahresergebnisse und die Salden aus laufender Verwaltungstätigkeit 2023 und 2024 um 16,0 Mio. € bzw. 11,0 Mio. € verschlechtern. Der Bestand des gesonderten Passivpostens würde sich insgesamt um 27,0 Mio. € erhöhen, der Bestand an liquiden Mitteln entsprechend verringern.

5.2 Der FPDA hat in seiner Sitzung am 02.03.2023 Veränderungen an der Einplanung der Investitionstätigkeit beschlossen, insbesondere das Vorziehen von Investitionen von 2027 nach 2026. Dies machte Verschiebungen auch an den Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Kreditaufnahmen) erforderlich. Die Zustimmung zu diesen in der Anlage 2.5.2.2 dargestellten Veränderungen wird unter dem Beschlusspunkt 2 erbeten. In der im Abschnitt 6.3 enthaltenen Tabelle über die voraussichtliche Entwicklung der Kreditaufnahmen und der ordentlichen Tilgung sind die Veränderungen bereits berücksichtigt.

6. Ergebnisse des Haushaltsplans 2023/2024 unter Berücksichtigung der Beschlussempfehlungen des FPDA

6.1 Ergebnishaushalt (ohne Investitionsmanagement - IM -)

6.1.1 Ansatzveränderungen

Um die mit dem Haushaltsentwurf begonnenen Bemühungen zum Abbau der Überplanung nicht aufzuzehren, mussten Abstriche in Kauf genommen werden und an eine zusätzliche Einplanung strenge Maßstäbe angelegt werden. Berücksichtigt wurde dabei u. a. unter dem Aspekt der Krisenbewältigung im Wesentlichen Folgendes:

- Ergebnisse der Steuerschätzung
- Personalkostensteigerungen
- Energiekostensteigerungen
- Kosten der Unterbringung und Betreuung Geflüchteter
- Maßnahmen des Klimaschutzes
- Fördermaßnahmen zum Erhalt der Innenstadtattraktivität
- Verlustausgleiche für städtische Gesellschaften
- Zinsanpassungen

Die über den Entwurf hinausgehenden Energiekostensteigerungen sowie die übrigen inflationsbedingten Mehraufwendungen sollen pauschal über Deckungsreserven abgesichert werden. Hierfür sind jeweils 10 Mio. € in den Jahren 2023 und 2024 eingeplant.

Hervorzuheben wäre folgendes:

6.1.1.1 Allgemeine Finanzwirtschaft – Steuern und allgemeine Deckungsreserve

Bei der **Gewerbesteuer** wird nach den Steuerschätzdaten nach einer positiven Entwicklung im vergangenen Jahr auch im Jahr 2023 und den Folgejahren mit einer Aufwärtsentwicklung gerechnet. Hierbei steht jedoch die Entwicklung bei den regionalen Steuerzahlern im Vordergrund. Aufgrund von für das Jahr 2023 angekündigten einmaligen Nachzahlungen für länger zurückliegende Jahre wird für 2023 nach dem derzeitigen Sachstand ein Aufkommen in Höhe von 230,0 Mio. € erwartet, was Mehrerträge von 40,0 Mio. € gegenüber der bisherigen Einplanung zur Folge hat. Im Jahr 2024 ergeben sich dementsprechend wieder deutlich geringere Erwartungen. Es wird ein Aufkommen in Höhe von 205,0 Mio. € prognostiziert. In den Planungsjahren 2025 bis 2027 werden Erträge in Höhe von 210,0 Mio. €, 215,0 Mio. € bzw. 220,0 Mio. € erwartet.

Nach den regionalisierten Ergebnissen der Herbst-Steuerschätzung 2022 ergeben sich beim **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer** im Jahr 2023 bedingt durch die Berücksichtigung zu erwartender Steuerrechtsänderungen Mindererträge gegenüber der Entwurfsplanung in Höhe von 1,8 Mio. €, es werden Erträge in Höhe von 155,8 Mio. € erwartet. Für 2024 wird von Erträgen in Höhe von 167,0 Mio. € ausgegangen, so dass sich Mehrerträge in Höhe von rd. 0,8 Mio. € ergeben. Für die Jahre 2025 bis 2027 werden Mehrerträge in Höhe von 3,4 Mio. €, 3,1 Mio. € bzw. 12,2 Mio. € gegenüber der Entwurfsplanung prognostiziert.

Beim **Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer** werden sich für 2023 bei Erträgen in Höhe von 33,4 Mio. € Minderträge in Höhe von rd. 0,5 Mio. € ergeben. Im Jahr 2024 ergeben sich dagegen Mehrerträge in gleicher Höhe, die Veranschlagung beträgt dann 35,1 Mio. €. Für die Folgejahre ab 2025 ergeben sich Mehrerträge zwischen 1,0 Mio. € und 1,8 Mio. €.

Nach den vorläufigen Berechnungsgrundlagen für den kommunalen Finanzausgleich ergeben sich für das Jahr 2023 Schlüsselzuweisungen in Höhe von 153,6 Mio. €, was eine Verbesserung um rund 3,9 Mio. € gegenüber der Entwurfsplanung bedeutet. Für das Jahr 2024 wird von Schlüsselzuweisungen in Höhe von 156,0 Mio. € ausgegangen (+5,3 Mio. €). Für die Planungsjahre 2025 bis 2027 ergeben sich Verbesserungen in Höhe von 7,8 Mio. €, 14,8 Mio. € bzw. 20,8 Mio. € gegenüber den ursprünglichen Prognosen.

Neben diesen Mehrerträgen ergeben sich Anpassungen bei den **Zinsveranschlagungen**. Erhebliche Auswirkungen haben die gestiegenen Zinssätze am Kapitalmarkt. Weiterhin mussten aufgrund der vorgesehenen Mehrbedarfe bei der Investitionstätigkeit in den Jahren 2023 bis 2026 die Kreditaufnahmen an den sich ergebenden Saldo aus der Investitionstätigkeit angepasst werden. Veränderungen bei den Kreditaufnahmen zur Weitergabe an städt. Gesellschaften aus der sog. Experimentierklausel wirken sich auf die Zinserträge (Erstattungen der Gesellschaften) im Teilhaushalt FB 20, der entsprechende Zinsaufwand (Zahlungen an Banken) im Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft aus.

In diesem Teilhaushalt sind zudem Deckungsreserven gemäß § 13 Abs. 2 KomHKVO zur Deckung über- und außerplanmäßiger Aufwendungen in Höhe von 10,0 Mio. € im Jahr 2023 bzw. von 17,0 Mio. € im Jahr 2024 vorgesehen. Hiermit sollen in beiden Planjahren in Höhe von jeweils 5 Mio. € erwartete Energiekostensteigerungen sowie inflationsbedingte Mehraufwendungen gedeckt werden. Zudem wurden für das Jahr 2024 zur Flexibilisierung der Bewirtschaftung weitere 2,0 Mio. € zum Ausgleich für Aufwendungen im Ergebnishaushalt und 5,0 Mio. € für erwartete Kostenerhöhungen und inflationsbedingte Kostensteigerungen bei Aufwandsmaßnahmen des IM vorgesehen.

Die Ansätze der Deckungsreserven sollen mit einem Haushaltsvermerk versehen werden, mit dem sie nachrangig gestellt werden und wonach sie nur in Anspruch genommen werden dürfen, wenn andere Deckungsmöglichkeiten ausgeschlossen sind.

6.1.1.2 Personal- und Versorgungsaufwendungen

Der Personalaufwand beträgt für das Jahr 2023 rd. 256,25 Mio. €, für das Jahr 2024 rd. 310,33 Mio. € und für das Jahr 2025 rd. 292,27 Mio. €.

Dieser Personalaufwand berücksichtigt die Stellenschaffungen zu den Stellenplänen 2023 und 2024 (siehe Abschnitt 9) sowie eine erwartete Steigerung der Besoldung für Beamte, Anwärter und Versorgungsempfänger ab Januar 2024 um 6,0 %. Im Tarifbereich wurde für das Jahr 2023 ebenfalls eine Steigerung um 6,0 % und für das Jahr 2024 eine Steigerung um 2,0 % jeweils ab Januar berücksichtigt.

Bei den laufenden Tarifverhandlungen wurde das jüngste Arbeitgeberangebot von den Gewerkschaften abgelehnt. Dieses hätte gegenüber den vorgenannten Steigerungssätzen zu einem geringeren Personalaufwand als eingeplant geführt.

Ein neues Arbeitgeberangebot bzw. ein Abschluss der laufenden Tarifverhandlungen wird frühestens zur dritten Verhandlungsrunde am 27./28.03.2023 erwartet und damit erst nach der Lesung des Doppelhaushalts 2023/2024.

Die im FPDA am 02.03.2023 angenommenen Tarif- und Besoldungssteigerungen werden daher unverändert in den Doppelhaushalt 2023/2024 übernommen.

Durch die Stellenschaffungen aufgrund von Fraktionsanträgen kommen außerdem grds. weitere rd. 0,10 Mio. € für das Jahr 2023, rd. 0,39 Mio. € für das Jahr 2024 und rd. 0,40 Mio. € für das Jahr 2025 beim Personalaufwand dazu.

Für die 2,50 Stellenschaffungen im Fachbereich 51 (Fraktionsantrag SP 197) wird jedoch eine Gegenfinanzierung aus dem Förderprogramm „Resiliente Innenstädte“ erfolgen (2023: rd. 0,05 Mio. €, 2024: rd. 0,19 Mio. € und 2025 rd. 0,19 Mio. €), sofern dem noch einzureichenden Projektförderantrag stattgegeben wird.

6.1.1.3 Verlustausgleiche für städtische Gesellschaften

Die wichtigste Änderung betrifft die Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH. Nach dem vom FPDA in seiner Sitzung am 07.09.2022 gefassten Anweisungsbeschluss zum Wirtschaftsplan 2023 an die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Gesellschaft (Drucks.-Nr.: 22-20021) wurde eine Erhöhung des städtischen Betriebsmittelzuschusses in Höhe von rund 29,6 Mio. € in 2023 bzw. von rund 21,8 Mio. € im Jahr 2024 erforderlich. Hiermit soll eine Schwächung der Eigenkapitalbasis der Gesellschaft vermieden werden sowie eine sachgerechte Zuführung von Liquidität erfolgen.

6.1.1.4 FB 50 – Betrieb von Flüchtlingsunterkünften / Mehraufwendungen für Unterkunft und Heizung

Erhebliche Haushaltsbelastungen im Ergebnis- und Finanzplanungszeitraum 2023 - 2027 ergeben sich hier aus folgenden Gründen:

- Kosten für den Betrieb von Flüchtlingsunterkünften (insbesondere Weiternutzung Vienna-Hotel). Zusätzliche Erstattungen durch Bund und Land zeichnen sich ab. Beträge stehen noch nicht fest. Dementsprechend sind Erträge hierfür nicht eingeplant.

- Aufgrund der gestiegenen Anzahl von Bedarfsgemeinschaften sowie steigender Kosten bzw. noch erwarteter Energiepreiserhöhungen ist mit deutlichen Mehraufwendungen für Unterkunft und Heizung zu rechnen.

6.1.1.5 Stabsstelle 0800 - Wirtschaftsdezernat - Förderprogramm „Resiliente Innenstädte“

Zum Erhalt der Attraktivität der Braunschweiger Innenstadt beteiligt sich die Stadt an diesem Förderprogramm. Der Eigenanteil beträgt 60 % der förderfähigen Kosten, eine Förderung erfolgt somit in Höhe von 40 %. Das belegte Projektvolumen beträgt rund 10,4 Mio. €, unter Berücksichtigung der Landesförderung in Höhe von rund 4,1 Mio. € verbleibt ein von der Stadt zu finanzierender Eigenanteil von rund 6,3 Mio. €. (Ein Aufwandsanteil von 0,9 Mio. € ist nicht im Kernhaushalt, sondern in den Wirtschaftsplänen der Braunschweig Zukunft GmbH bzw. der Braunschweig Stadtmarketing-GmbH ausgewiesen.) Die Ansätze werden zunächst zentral im Ergebnishaushalt veranschlagt, um eine Finanzierung der einzelnen Projekte sicherzustellen. Eine finale Zuordnung der Mittel zu den einzelnen Maßnahmen erfolgt im Rahmen der Bewirtschaftung. Ergänzend wird ein Haushaltsvermerk angebracht. Mit dem Fraktionsantrag FWE 195 sind zusätzliche - nicht förderfähige - Aufwendungen vorgesehen.

Hinsichtlich weiterer Ansatzveränderungen wird auf die Anlage 2.4.2 hingewiesen.

6.1.2 Fraktionsanträge

Sämtliche im FPDA angenommenen Fraktionsanträge zum Ergebnishauhalt führen zu Ergebnisverschlechterungen. Sie beinhalten Leistungsausweitungen bzw. Ansatzerhöhungen. Deckungsvorschläge wurden nicht genannt.

Hinsichtlich Einzelheiten wird auf die Anlage 2.4.1 hingewiesen.

6.2 Investitionsmanagement (IM)

6.2.1 Investitionsmanagement für 2023 und 2024 – ergebniswirksam

6.2.1.1 Ansatzveränderungen für 2023 und 2024

Das IM beinhaltet auch Aufwandsmaßnahmen (z. B. Festwertbeschaffungen, Vorplanungen, Instandhaltungsmaßnahmen), die sich nicht nur auf den Finanzhaushalt, sondern auch auf den Ergebnishaushalt auswirken. Für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 ergibt sich aufgrund der Ansatzveränderungen der Verwaltung folgende Ergebnis**belastung** (+) / Ergebnis**entlastung** (-):

Veränderungen durch:	**2023**	**2024**
Ergebniswirksame Ansatzveränderungen im IM	+10.144,800 €	+12.958.300 €

Insgesamt würde sich der Ergebnishaushalt um rd. 10,1 Mio. € für 2023 und um rd. 13,0 Mio. € für 2024 verschlechtern. Diese Veränderungen sind insbesondere auf den Hochbaubereich (neue Projektanforderungen, Anpassung der Finanzraten vorhandener Projekte an den aktuellen Finanzbedarf) zurückzuführen.

Ein Teil der Mehraufwendungen resultiert aus der Herrichtung von Büroräumlichkeiten für die städtischen Organisationseinheiten, die im Rahmen der Sanierung des Rathauses ausziehen müssen. Hierbei handelt es sich beispielsweise um Sanierungsmaßnahmen am Gebäude Ägidienmarkt 6 und am Gebäude Auguststraße 9 - 11.

Die Baupreissteigerungen haben dazu geführt, dass bisher eingeplante Finanzmittel für Bauprojekte nicht ausreichen werden und Mehrkosten einzuplanen sind (z. B. Brandschutzmaßnahme RS Georg-Eckert-Str., Einrichtung Ganztagsbetrieb GS Bültenweg).

Ein erheblicher Finanzbedarf für Sanierungen hat sich u. a. für die Tiefgarage Packhof und für das Städtische Stadion ergeben. Diese Mehrkosten wurden ebenfalls als Ansatzveränderungen berücksichtigt.

Für Klimaschutzmaßnahmen an städtischen Gebäuden erfolgte ebenfalls eine erhebliche Mittelaufstockung (z. B. GS Hondelage und GS Veltenhof).

Daneben werden auch im Rahmen der Neubauten von Flüchtlingsunterkünften anteilige Aufwendungen anfallen (z. B. für Mobiliar), die ab 2023 zusätzlich eingeplant worden sind.

Die Stadthallensanierung soll in den Jahren 2023 und 2024 vorbereitet werden und in die Umsetzung starten. Um handlungsfähig zu sein, sind erste Finanzraten für Planung und Bau für die Jahre 2023 - 2025 vorgesehen worden. Anteilig handelt es sich hierbei auch um Aufwandspositionen.

Für die Feuerwehr ist das Budget für laufende Instandhaltungen entsprechend eines geltend gemachten Bedarfs erhöht worden.

Zu berücksichtigen ist weiterhin, dass in den Jahren 2023 und 2024 die Planung des Digitalen Zwillings vom Fachbereich Stadtplanung und Geoinformation vorangetrieben werden soll. Hierfür sind erste Planungsraten eingeplant worden.

Darüber hinaus sind Haushaltsmittel für die Entschlammung des Südteichs eingeplant worden.

Die Anträge, die nachträglich eingegangen sind und lediglich im FPDA beraten wurden, sind entsprechend mit „NEU“ in den Beratungsunterlagen gekennzeichnet worden.

Aus der Anlage 2.5.2.1 sind die Veränderungen im Einzelnen ersichtlich.

6.2.1.2 Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte für 2023 und 2024

Die bisherige Beschlusslage zu den Anträgen der Fraktionen und den Vorschlägen der Stadtbezirksräte führt für 2023 und 2024 im IM saldiert zu folgenden Veränderungen gegenüber dem Entwurf des Ergebnishaushaltes 2023 und 2024 ((Belastung (+) / Entlastung (-)).:

Ergebniswirksame Veränderungen durch:	**2023**	**2024**
a) die Anträge der Fraktionen	+316.900 €	+249.200 €
b) die Anträge der Stadtbezirksräte	0 €	0 €
Veränderungen gesamt	**+316.900 €**	**+249.200 €**

Aus den Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte würde sich eine ergebniswirksame Belastung im IM in Höhe von **rd. 0,3 Mio. € im Jahr 2023 bzw. von rd. 0,2 Mio. € im Jahr 2024** ergeben.

Die Änderungsanträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte sind in der Anlage 2.5.1 zusammengestellt.

6.2.2 Investitionsmanagement für 2023 und 2024 – investiv

6.2.2.1 Ansatzveränderungen für 2023 und 2024

Die Ansatzveränderungen der Verwaltung für investive Maßnahmen wirken sich **für 2023 und 2024** saldiert im Einzelnen wie folgt aus ((Belastung (+) / Entlastung (-)):

Veränderungen durch:	**2023**	**2024**
Investive Ansatzveränderungen im IM (ohne "Experimentierklausel")	+12.593.900 €	+22.327.700 €
Investive Ansatzveränderungen im IM ("Experimentierklausel")	+60.552.600 €	+182.191.500 €
Gesamt	**+73.146.500 €**	**+204.519.200 €**

Den investiven Ein- und Auszahlungen durch die sog. Experimentierklausel stehen entsprechende Einnahmen durch Kreditaufnahmen und Zins- und Tilgungsleistungen gegenüber.

Zu den Details der sog. Experimentierklausel wird auf Ziffer 6.3 verwiesen.

Insgesamt ergeben sich durch die Ansatzveränderungen ohne die Experimentierklausel **zusätzliche Belastungen** des Finanzhaushalts in Höhe von rd. **12,6 Mio. € für 2023 und rd. 22,3 Mio. € für 2024**.

Wie bereits unter Ziffer 6.2.1.1. dargestellt, haben sich die finanziellen Belastungen insbesondere aus dem Hochbaubereich ergeben. Es sind neue Projekte eingeplant und die Finanzraten für vorhandene Projekte aktualisiert worden.

Im Wesentlichen sind die zusätzlichen Investitionsbedarfe auf die Einplanung erster Finanzraten für die Planung und Umsetzung der Sanierung der Stadthalle zurückzuführen. Die geplante Schaffung von Flüchtlingsunterkünften durch Kauf bzw. Neubauten hat ebenfalls dazu beigetragen, dass in der Planung ein erheblicher Finanzbedarf entstanden ist.

Daneben sind erhebliche Mehrkosten bei den Baumaßnahmen, die im Rahmen „Alternativer Beschaffung“ umgesetzt werden sollen, zu verzeichnen. Hierbei handelt es sich u. a. um den Erweiterungsbau des Gymnasiums Ricarda-Huch-Schule und den Neubau der Helene-Engelbrecht-Schule.

Das gegenüber dem Entwurf eingeplante Vorziehen des Neubaus des Jugendzentrums B 58 hat zu weiteren Belastungen des Finanzhaushaltes ab 2023 geführt.

Der Tiefbaubereich hat Mehrkosten bei der Sanierung der Innenstadtwehre und bei diversen Straßenbaumaßnahmen gemeldet (z. B. Ausbau Leonhardstraße).

Die Anträge, die nachträglich eingegangen sind und lediglich im FPDA beraten wurden, sind entsprechend mit „NEU“ in den Beratungsunterlagen gekennzeichnet worden.

Im Übrigen wird auf die in der Anlage 2.5.2.1 aufgeführten Sachverhalte hingewiesen.

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen** verändert sich durch die Ansatzveränderungen gegenüber dem Verwaltungsentwurf wie folgt:

VE	**2023**	**2024**
Haushaltsentwurf 2023 ff.	91.556.000 €	277.719.800 €
Haushalt 2023 ff.	169.373.000 €	340.742.900 €
Veränderungen	**+77.817.000 €**	**+63.023.100 €**

6.2.2.2 Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Die bisherige Beschlusslage zu von den Fraktionen gestellten Anträgen und zu den Vorschlägen der Stadtbezirksräte für die **Investitionen** führt in 2023 und 2024 zu folgenden Veränderungen ((Belastung (+) / Entlastung (-)):

Veränderungen durch	**2023**	**2024**
a) die Anträge der Fraktionen	+180.000 €	+230.000 €
b) die Anträge der Stadtbezirksräte	0 €	0 €
Gesamtsummen	**+180.000 €**	**+230.000 €**

Die finanzielle Belastung aus der Investitionstätigkeit würde sich somit um **rd. 0,2 Mio. € für 2023 und rd. 0,2 Mio. € für 2024** erhöhen.

Es wird hinsichtlich der Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte auf die Anlage 2.5.1 verwiesen.

Durch die einberechneten Fraktions- und Stadtbezirksratsanträge ergibt sich keine Veränderung der Verpflichtungsermächtigungen für 2023 und für 2024.

Unter Berücksichtigung der Ansatzveränderungen und der Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte verändert sich der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen damit in 2023 auf 169.373.000 € und in 2024 auf 340.742.900 €.**

6.2.3 Investitionsprogramm - IP- 2025 - 2027

6.2.3.1 Ansatzveränderungen

Das IP würde sich gegenüber dem Haushaltsplanentwurf aufgrund der Ansatzveränderungen in den Planungsjahren 2025 – 2027 saldiert um folgende Beträge verändern (Belastung (+) / Entlastung (-)). Zu den Veränderungen 2023 und 2024 wird auf Ziffer 6.2.1.1 und 6.2.2.1 verwiesen:

	Planungsjahr		
	2025	**2026**	**2027**
	- € -	**- € -**	**- € -**
Ansatzveränderungen	**+94.417.900**	**+124.684.000**	**-15.073,600**
davon ergebniswirksam	+20.503.700	+22.944.000	+7.017.100
davon werterhöhend	+73.914.200	+101.740.000	-22.090.700

Für die Haushaltsjahre 2025 und 2026 hat sich insbesondere belastend ergeben, dass für die Sanierung der Stadthalle zusätzliche Finanzraten vorgesehen sind.

Auch die Aufnahme von Finanzraten für die Neubauten von Flüchtlingsunterkünften als auch die von den Gremien geforderte Planung einer Zwei-Fach-Sporthalle anstelle einer Ein-Fach-Sporthalle der GS Veltenhof hat zur Ausweitung des Finanzrahmens geführt.

Daneben sind, wie bereits dargestellt, erhebliche Mehrkosten bei den Baumaßnahmen, die im Rahmen „Alternativer Beschaffung“ umgesetzt werden sollen, zu verzeichnen. Hierbei handelt es sich u. a. um den Erweiterungsbau des Gymnasiums Ricarda-Huch-Schule und den Neubau der 6. IGS. Zusätzlich wurden Finanzraten für Sanierungsmaßnahmen an Schulen im Rahmen einer „Alternativen Beschaffung“ angemeldet. Es sind für vier Schulen entsprechende Haushaltsmittel vorgesehen worden (z. B. GS Rühme).

Die Entlastung für 2027 ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass für den Neubau der 6. IGS, die in "Alternativer Beschaffung" umgesetzt werden soll, die für 2027 eingeplante Finanzrate vorzuziehen ist. Zusätzlich hat sich eine finanzielle Entlastung für die Umsetzung des Teilprojektes Stadtbahnausbau Volkmarode ergeben.

Im Übrigen wird auf die in der Anlage 2.5.2.1 aufgeführten Sachverhalte hingewiesen.

6.2.3.2 Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Das IP würde sich gegenüber dem Verwaltungsentwurf unter Berücksichtigung der Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte in den **Jahren 2025 - 2027** um folgende Beträge verändern (Belastung (+) / Entlastung (-)). Zu den Veränderungen 2023 und 2024 s. 6.2.1.2 und 6.2.2.2.

	Planungsjahr		
	2025	2026	2027
	- € -	- € -	- € -
Veränderungen im Investitionsprogramm durch die Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte	**-59.100**	**0**	**0**
davon ergebniswirksam	+55.900	0	0
davon werterhöhend	-115.000	0	0

Die Änderungsanträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte sind in der Anlage 2.5.1 zusammengestellt.

Die haushaltsneutralen Umsetzungen des IM sind in der Anlage 2.5.3 enthalten.

6.3 Finanzhaushalt - Finanzierungstätigkeit

Im Haushaltsentwurf 2023/2024 sind für Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen der Kernverwaltung Kreditaufnahmen in Höhe von 63,5 Mio. € für 2023 bzw. von rund 108,0 Mio. € für 2024 eingeplant. Darüber hinaus waren unter Inanspruchnahme der sog. Experimentierklausel gemäß § 181 Abs. 1 NKomVG zusätzliche Kreditaufnahmen für Investitionsmaßnahmen städtischer Gesellschaften in Höhe von 89,5 Mio. € in 2023 vorgesehen.

Nach der aktuellen Planung erhöhen sich die Kreditaufnahmen der Kernverwaltung auf 73,4 Mio. € im Jahr 2023 bzw. auf rund 121,7 Mio. € im Jahr 2024. Auch wurden die Ansätze der Kredite für die sog. Experimentierklausel entsprechend den Wirtschaftsplanungen 2023 ff. für die teilnehmenden städtischen Gesellschaften auf 152,6 Mio. € im Jahr 2023 erhöht. Diese Anpassungen sind in den unter Ziffer 6.4 dargestellten Haushaltsergebnissen berücksichtigt.

Obwohl noch nicht feststeht, dass die sog. Experimentierklausel, die derzeit nach den gesetzlichen Regelungen bis zum Jahr 2023 befristet ist, auch nach dem Jahr 2023 genutzt werden kann, ist vorsorglich eine entsprechende Ermächtigung für das Jahr 2024 in Höhe von rund 190,4 Mio. € vorgesehen. Ansonsten hätte sie bei Fortgeltung entweder nicht genutzt werden können oder es wäre eine Nachtragshaushaltssatzung erforderlich. Beide Fälle sollten vermieden werden.

Die Ermächtigungen verteilen sich wie folgt auf die Gesellschaften:

Gesellschaft	2023	2024
	Mio. €	Mio. €
Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH	106,7	126,6
Braunschweiger Verkehrs-GmbH	23,9	43,6
Struktur-Förderung Braunschweig GmbH	10,0	10,0
Nibelungen-Wohnbau-GmbH	9,0	6,0
Stadthalle Braunschweig Betriebs-GmbH	3,0	2,0
Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH	0,0	2,2
Gesamt:	**152,6**	**190,4**

Die in den Haushaltsplänen 2021 (90,0 Mio. €) und 2022 (rund 52,0 Mio. €) veranschlagten Kreditermächtigungen für Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen der Kernverwaltung in Höhe von insgesamt rund 142,0 Mio. € wurden bisher nicht in Anspruch genommen.

Die Kreditermächtigung gilt gemäß § 120 Abs. 3 NKomVG bis zum Ende des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres und darüber hinaus bis zum Wirksamwerden der Haushaltssatzung für das übernächste Haushaltsjahr. D. h. die Kreditermächtigung 2021 gilt bis zum Wirksamwerden der Haushaltssatzung 2023 (voraussichtlich im Sommer 2023). Da die Haushaltssatzung 2024 - bedingt durch den Doppelhaushalt 2023/2024 - bereits am 1. Januar 2024 wirksam wird, verfällt zu diesem Zeitpunkt die ggf. noch nicht ausgeschöpfte Kreditermächtigung 2022.

Daher sind diese beiden Ermächtigungen in der folgenden Übersicht ebenfalls als Kreditaufnahmen im Jahr 2023 enthalten. Die in der nachfolgenden Tabelle für das Jahr 2022 dargestellte Kreditaufnahme in Höhe von 40,0 Mio. € erfolgte unter Inanspruchnahme eines entsprechenden Haushaltsrests aus der Kreditermächtigung 2020.

Darüber hinaus wurde die Kreditermächtigung aus der sog. Experimentierklausel aus dem Jahr 2022 in Höhe von rund 95,0 Mio. € bisher lediglich in Höhe von rund 30,1 Mio. € in Anspruch genommen. Der Restbetrag von rund 64,9 Mio. € steht somit noch im Jahr 2023 zur Verfügung und ist in der folgenden Übersicht ebenfalls als Kreditaufnahme im Jahr 2023 dargestellt.

Die nachstehende Tabelle zeigt die voraussichtliche Entwicklung der Kreditaufnahmen und der ordentlichen Tilgung unter Berücksichtigung der Ansatzveränderungen. Hierbei sind auch die voraussichtlichen Tilgungsleistungen aus erfolgten und geplanten Kreditaufnahmen gemäß der sog. Experimentierklausel berücksichtigt.

Ein Großteil der geplanten vorsorglichen Ermächtigungen im Rahmen der sog. Experimentierklausel für die Jahre 2023 und 2024 mit 106,7 bzw. 126,6 Mio. € entfällt auf Baumaßnahmen der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH (SKBS). Ursächlich hierfür ist eine in der Summe nicht auskömmliche Investitionskostenförderung des Landes. Hierzu haben die Verwaltung und die Geschäftsführung von SKBS mehrfach in den politischen Gremien berichtet. Versuche, beim Fördermittelgeber eine höhere Investitionskostenförderung zu erreichen (u. a. auch für eingetretene Baukostensteigerungen) blieben bisher erfolglos. Um den Baufortschritt nicht zu gefährden, musste daher eine entsprechende Kreditfinanzierung eingeplant werden. Diese ist jedoch gegenüber höheren erforderlichen Fördermitteln nachrangig.

Jahr	**Mit "Experimentierklausel"**			**Ohne "Experimentierklausel"**		
	Kredit-aufnahmen	Ordentliche Tilgung	Stand am 31.12.	Kredit-aufnahmen	Ordentliche Tilgung	Stand am 31.12.
	Mio. €	**Mio. €**	**Mio. €**	**Mio. €**	**Mio. €**	**Mio. €**
2021	0,0	6,7	218,9	0,0	6,7	128,5
2022	167,3	10,2	376,0	40,0	6,8	161,7
2023	433,0	15,9	793,1	215,4	7,4	369,7
2024	312,1	28,2	1.077,0	121,7	12,3	479,1
2025	178,0	38,3	1216,7	178,0	14,8	642,3
2026	226,0	41,8	1400,9	226,0	18,3	850,0
2027	85,0	48,0	1437,9	85,0	24,5	910,5

Der FPDA hat in seiner Sitzung am 02.03.2023 Veränderungen an der Einplanung der Investitionstätigkeit beschlossen (siehe auch Abschnitt 5.2). Die sich daraus ergebenen Anpassungen an den Kreditaufnahmen sind in den vorgenannten Beträgen bereits berücksichtigt.

Die Verbindlichkeiten aus vorhandenen kreditähnlichen Rechtsgeschäften entwickeln sich wie folgt rückläufig:

Jahr	Zugang	Abgang	Stand am 31.12.
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
2021	-	3,4	69,8
2022	-	3,6	66,2
2023		3,7	62,5
2024	-	3,8	58,7
2025	-	4,0	54,7
2026		4,1	50,6
2027		4,3	46,3

Zu den Zinsanpassungen wird auf die Anlage 2.4.2 verwiesen. In den Anlagen 2.5.2.2 (Ansatzveränderungen Finanzhaushalt) und 2.5.2.3 (Ansatzveränderungen Experimentierklausel) sind alle Änderungen zusammengefasst dargestellt.

6.4 Finanzielle Gesamtauswirkungen nach den Beratungen im FPDA

Unter Berücksichtigung der Abstimmungsergebnisse im FPDA am 02.03.2023 und am 14.03.2023 sowie der Abstimmungsergebnisse über die vorstehenden Beschlusspunkte 1 und 2 verändern sich die Gesamtwerte des Doppelhaushalts 2023/2024 wie nachstehend beschrieben (in Klammern Werte des Haushaltsentwurfs 2023/2024).

In den Beträgen zu den Überschussrücklagen und dem gesonderten Passivposten nach § 182 Abs. 4 Satz 1 Ziffer 1 i. V. mit Abs. 5 NKomVG ist bereits ein vorläufiges Jahresergebnis 2022 mit einem Fehlbetrag von 5,0 Mio. € einberechnet.

Damit stellt sich der Haushalt 2023/2024 wie folgt dar:

in Mio. €	**2023**	**2024**	**2025**	**2026**	**2027**
Jahresergebnis	-64,3 (-31,3)	-163,1 (-51,9)	-90,5 (-53,8)	-83,3 (-56,1)	-60,3 (-58,4)
Stand der Überschuss-rücklagen am Jahresende	241,9 (241,9)	241,9 (241,9)	241,9 (241,9)	158,6 (185,8)	98,3 (127,3)
Gesonderter Passivposten gem. § 182 Abs. 4 NKomVG	-69,3 (-91,3)	-232,5 (-143,2)	-322,9 (-191,2)	-322,9 (-185,3)	-322,9 (-179,4)

Die Klammerzahlen zeigen den Stand zum Haushaltsentwurf 2023/2024.

Bezüglich des gesonderten Passivpostens gem. § 182 Abs. 4 NKomVG wurde entsprechend des unter Ziff. 3 erwähnten Erlasses ein Aufbau bis zum Jahr 2025 in der Planung berücksichtigt. Im Entwurf war auf Grundlage der seinerzeit bekannten Informationen nur ein Aufbau bis zum Jahr 2023 berücksichtigt.

Ein Abbau des gesonderten Passivpostens ist dabei - abweichend vom Haushaltsentwurf - im Zeitraum der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung nicht mehr berücksichtigt.

in Mio. €	**2023**	**2024**	**2025**	**2026**	**2027**
Bestand an Zahlungs-mitteln am Ende des Haushaltsjahres	101,9 (101,2)	-21,4 (77,8)	-104,7 (50,9)	-181,7 (21,0)	-239,4 (-12,4)

Die Klammerzahlen zeigen den Stand zum Haushaltsentwurf 2023/2024.

Im Bestand an Zahlungsmitteln ist bereits ein vorläufiger Ist-Stand für das Haushaltsjahr 2022 von 152,6 Mio. € berücksichtigt. Mit dem Haushaltsentwurf 2023/2024 war ein Betrag von 71,1 Mio. € prognostiziert worden. Dieses verbesserte Finanzhaushaltsergebnis führt zwar am Anfang des Planungszeitraums zu einer deutlichen Verbesserung der Liquidität gegenüber dem Haushaltsentwurf 2023/2024, diese wird planerisch jedoch im Laufe des Planungszeitraums aufgezehrt. Bereits ab 2024 ist der Liquiditätsstand negativ. Am Ende des Jahres 2027 würde er mit einem vorläufigen Stand von -239,4 Mio. € erwartet. Gegenüber dem Haushaltsentwurf ist eine drastische Verschlechterung zu verzeichnen. Grund ist insbesondere die weitere Belastung des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit. Die wesentlichen Ursachen hierfür ergeben sich aus den unter Ziff. 2 genannten veränderten Rahmenbedingungen sowie den unter Ziff. 6 genannten ergebniswirksamen Veränderungen.

Für den Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit ergeben sich folgende Veränderungen:

in Mio. €	**2023**	**2024**	**2025**	**2026**	**2027**
Aktueller Stand	**-33,9**	**-94,0**	**-44,1**	**-34,5**	**-9,4**
Stand Haushaltsentwurf	+1,1	-3,1	-0,9	-0,6	-0,8

7. Bewertung

Im Rahmen der Genehmigung des Haushalts 2022 hat die Kommunalaufsicht verschiedene kritische Anmerkungen gemacht. Um die gesetzlich vorgeschriebene dauernde Leistungsfähigkeit (§ 23 KomHKVO) nachhaltig zukünftig sicherzustellen, wurde neben dem Ziel des Haushaltsausgleichs u. a. auch auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit so hoch zu gestalten, dass daraus mindestens die ordentlichen Tilgungen der aufgenommenen Kredite getragen werden können, damit nicht mittelfristig ein schwer wieder abzubauender Sockelbetrag an Liquiditätskrediten entsteht. Hierzu sollte eine realistischere Haushaltsplanung (u. a. Reduzierung der Soll-/Ist-Differenz) vorgenommen werden. Darüber hinaus sei eine strukturelle Verbesserung des Haushalts anzustreben, soweit diese zur weiteren Haushaltsverbesserung erforderlich ist. Auf diese Zielsetzung sollte beginnend mit der Haushaltsplanung 2023/2024 hingearbeitet werden. Auf die Ausführungen unter Ziff. 2 wird verwiesen.

Der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit ist abhängig von den Jahresergebnissen im Ergebnishaushalt, soweit sie zahlungswirksam sind. Die Tilgungen der Kredite sind planerisch weitgehend nicht möglich, da die negativen Salden aus laufender Verwaltungstätigkeit höher sind als die Tilgungsraten.

Die Jahresergebnisse des Ergebnishaushalts sind in allen Jahren negativ, was grundsätzlich zu einem Abschmelzen der Überschussrücklagen führt. Zwar bleiben die Überschussrücklagen während der Geltung des § 182 Abs. 4 NKomVG (gesonderter Passivposten) unverändert, sofern nicht Überschüsse erzielt werden. Ohne diese Sonderregelung wären die Überschussrücklagen aber bereits im Jahr 2025 aufgezehrt.

Wie unter Ziffer 6.4 dargestellt, wird der Finanzmittelbestand planerisch im Laufe des Planungszeitraums vollständig abgeschmolzen. Es besteht bei einer Umsetzung der Planung weiterhin das Risiko, dass die Zahlungsfähigkeit der Stadt nur durch die Inanspruchnahme von Liquiditätskrediten in erheblichem Umfang ermöglicht werden könnte. Gleichzeitig wäre die Tilgung dieser Liquiditätskredite nicht gewährleistet.

Gründe für diese Situation sind u. a. kommunal nicht beeinflussbare Ereignisse, insbesondere die Kriegshandlungen in der Ukraine mit Fluchtbewegungen und Inflation. Diese Negativentwicklungen sind weitaus stärker als die Auswirkungen der begonnenen Maßnahmen zum Abbau der Überplanung. Auf die Ausführungen unter Ziffer 2 wird verwiesen.

Zum Haushalt 2019 hat der Rat den finanzwirksamen Antrag zur nachhaltigen strategischen Haushaltssteuerung (FWE 163) beschlossen. Nach Ziffer 1 dieses weiterhin bestehenden Ratsauftrags soll bis zum Ende der aktuellen Kommunalwahlperiode (im Jahr 2026) ein dauerhafter Haushaltsausgleich erreicht werden, der ohne Rückgriff auf die Überschussrücklagen auskommt. Die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung zum Haushalt 2023/2024 umfasst bereits das Zieljahr 2026. Für dieses Jahr wird nach aktuellem Stand ein Verlust von rd. 83,3 Mio. € erwartet (siehe Ziffer 6.4). Auch die übrigen Planjahre des Haushaltsentwurfs schließen mit erheblichen Verlusten ab. Die Verfolgung dieses Ziels wird weiterhin als notwendig erachtet. Es lässt sich in Anbetracht der derzeit bestehenden planerischen Rahmenbedingungen allerdings nicht erreichen. Es ist auch nicht absehbar, dass sich dies bis zur Erstellung eines Haushaltsplans für das Planjahr 2026 ohne drastische Einschnitte ändern ließe.

8. Sonstige Änderungen

8.1 Änderung der Produktdarstellungen und der Teilhaushaltsergebnisse

Bei den Wesentlichen Produkten wurden einige Kennzahlen angepasst und eine Maßnahme neu aufgenommen - siehe Anlage 2.3.

Die Beschlussempfehlungen des FPDA, die vorliegenden Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte, die von der Verwaltung dargelegten Ansatzveränderungen und später die endgültigen Beschlüsse des Rates zum Haushalt 2023/2024 haben auch (redaktionelle) Auswirkungen auf die Teilhaushalte und auf die Produkte. Sie führen in den Teilhaushalten zu einer Änderung der dargestellten Haushaltsansätze und somit auch zu anderen Ergebnissen der Teilhaushalte im Vergleich zum Haushaltsplanentwurf. Sie haben ferner Änderungen der Produkterträge und Produktaufwendungen zur Folge. Aus technischen Gründen sind diese Auswirkungen auf die Teilhaushalte sowie auf die Produkterträge und Produktaufwendungen erst nach der Beschlussfassung durch den Rat darstellbar. Die endgültige Darstellung der Teilhaushalte sowie der Produktplanbeträge kann daher erst in der Endausfertigung des Haushaltsplanes abgebildet werden.

Dies gilt entsprechend für die Aufteilung des Personalaufwandes auf die Teilhaushalte bzw. zwischen den Teilhaushalten. Hierdurch ergeben sich u. a. durch die Auflösung der Personalkostendeckungsreserve noch Verschiebungen, die erst in der Endausfertigung des Haushaltsplanes abgebildet werden können.

9. Stellenplan

9.1 Stellenplan 2023

Im Verwaltungsentwurf vom September 2022 waren zum Stellenplan 2023 rd. 96 Stellenschaffungen und rd. 6 Stellenwegfälle in der Gesamtverwaltung vorgesehen.

Danach haben sich durch die Beratung der Stellenpläne in der Dezernentensitzung am 01.12.2022 noch gravierende Änderungen ergeben, über die Anfang Januar 2023 mit einer weiteren Mitteilung außerhalb von Sitzungen (DS 22-20283) als Vorbereitung für die Sitzung des Ausschusses für FPDA informiert wurde. Darin waren für den Stellenplan 2023 rd. 188 Stellenschaffungen und rd. 16 Stellenwegfälle vorgesehen.

Zur Sitzung des FPDA am 02.03.2023 wurden von der Verwaltung aufgrund von weiteren erforderlichen Aufgabenveränderungen insgesamt rd. 193 Stellenschaffungen und rd. 18 Stellenwegfälle vorschlagen. Rd. 27 Stellenschaffungen sind zumindest anteilig gegenfinanziert und rd. 10,50 Stellenschaffungen erfolgen im Bereich der Sonderrechnungen (Ref. 0650, Ref. 0660, FB 65).

Nach der Beratung der Verwaltungsvorlage sowie der Fraktionsanträge zum Stellenplan 2023 und der daraus resultierenden **Beschlussempfehlung aus dem FPDA** sind folgende weitere Stellenschaffungen aufgenommen worden:

- 0,50 Stelle im Fachbereich 40 Schule für ein Förderprojekt zur vielfältigen demokratischen politischen Bildung der Braunschweiger Schüler*innen (mit kw 2025)-Vermerk)
- 1,00 Stelle im Fachbereich 41 Kultur und Wissenschaft für die Koordination des Kulturentwicklungsprozesses (KultEP)
- 2,50 Stellen im Fachbereich 51 Kinder, Jugend und Familie für die Einrichtung eines Jugendbüros und Gründung eines Jugendparlamentes (mit kw 4)-Vermerk und Sperrvermerk)
- 1,00 Stelle im Fachbereich 67 Stadtgrün und Sport im Referat 0670 Sportreferat für eine sportpädagogische Fachkraft

Somit enthält der Stellenplan 2023 nun insgesamt rd. 198 Stellenschaffungen in der Gesamtverwaltung.

Die Schwerpunkte der vorgeschlagenen Stellenschaffungen stellen sich wie folgt dar:

- Wohngeldreform zum 01.01.2023 (27,00 Stellen im Fachbereich 50)
- Unterbringung und Leistungsgewährung für Geflüchtete (rd. 17,00 Stellen im Fachbereich 50)
- Angebotsverbesserung und Personalausstattung im Bereich Kindertagesstätten (rd. 19,00 Stellen im Fachbereich 51)
- Personalbedarfsbemessung nach INSO im Bereich Allgemeine Erziehungshilfe, Pflegekinderdienst und Eingliederungshilfe (rd. 13,00 Stellen im Fachbereich 51)
- Schulkindbetreuung und Schulsozialarbeit (rd. 12,50 Stellen im Fachbereich 51)
- Baulandmodell Wohnen und Gewerbe (insgesamt 11,50 Stellen)
- Klimaschutzkonzept IKSK 2.0 (rd. 11,00 Stellen)
- Ausländerangelegenheiten (insgesamt 8,50 Stellen im Fachbereich 32)

Den rd. 198 Stellenschaffungen stehen rd. 18 Stellenwegfälle gegenüber. Die Stellenwegfälle sind überwiegend durch die Realisierung von kw-Vermerken sowie Aufgabenrückgänge begründet und verteilen sich auf verschiedene Bereiche der Verwaltung.

9.2 Stellenplan 2024

Im Verwaltungsentwurf vom September 2022 waren zum Stellenplan 2024 rd. 28 Stellenschaffungen und rd. 8 Stellenwegfälle in der Gesamtverwaltung vorgesehen.

Danach haben sich durch die Beratung der Stellenpläne in der Dezernentensitzung am
01.12.2022 noch gravierende Änderungen ergeben, über die Anfang Januar 2023 mit einer weiteren Mitteilung außerhalb von Sitzungen (DS 22-20283) als Vorbereitung für die Sitzung des Ausschusses für FPDA informiert wurde. Darin waren für den Stellenplan 2024 rd. 55 Stellenschaffungen und rd. 9 Stellenwegfälle vorgesehen.

Zur Sitzung des FPDA am 02.03.2023 wurden von der Verwaltung aufgrund von weiteren erforderlichen Aufgabenveränderungen insgesamt rd. 58 Stellenschaffungen und rd. 9 Stellenwegfälle vorschlagen. Rd. 23 Stellenschaffungen sind zumindest anteilig gegenfinanziert und rd. 4,00 Stellenschaffungen erfolgen im Bereich der Sonderrechnungen (Ref. 0650, FB 65).

Nach der Beratung der Verwaltungsvorlage zum Stellenplan 2024 und der daraus resultierenden **Beschlussempfehlung aus dem FPDA** sind keine weiteren Anpassungen erfolgt.

Der Stellenplan 2024 enthält daher rd. 58 Stellenschaffungen in der Gesamtverwaltung.

Die Schwerpunkte der vorgeschlagenen Stellenschaffungen stellen sich wie folgt dar:

- Unterbringung und Leistungsgewährung für Geflüchtete (insgesamt 13,00 Stellen im Fachbereich 50)
- Voraussichtliche Personalneubemessung durch Gutachter im Bereich Einsatzkräfte und Disponenten in der Leitstelle (insgesamt 25,00 Stellen im Fachbereich 37)
- Schulkindbetreuung und Schulsozialarbeit (insgesamt 5,50 Stellen im Fachbereich 51)
- Klimaschutzkonzept IKSK 2.0 (insgesamt 5,00 Stellen)

Den rd. 58 Stellenschaffungen stehen rd. 9 Stellenwegfälle gegenüber. Die Stellenwegfälle sind überwiegend durch die Realisierung von kw-Vermerken sowie Aufgabenrückgänge begründet und verteilen sich auf verschiedene Bereiche der Verwaltung.

Die Veränderungen im Stellenplan 2023 und im Stellenplan 2024 sowie der förmliche Stellenplan 2023 und der förmliche Stellenplan 2024 sind als Anlage 5 beigefügt.

10. Sonderrechnung Abfallwirtschaft

In der Sonderrechnung Abfallwirtschaft sind aufgrund des Beschlusses des Bundestages zur Einführung der CO2-Steuer für Abfallverbrennungsanlagen ab dem Jahr 2024 erhöhte Aufwendungen für die Verbrennung des Restabfalls zu berücksichtigen. Zudem wurden einige weitere Aufwandspositionen an den Stand der Gebührenkalkulation 2023 angepasst und die erforderlichen Gebühreneinnahmen auf die Veränderungen abgestimmt.

Darüber hinaus sind aufgrund der aktuellen Entwicklungen am Zinsmarkt ab 2023 wieder Zinserträge berücksichtigt, die in entsprechender Höhe der Rückstellung Deponierekultivierung zugeführt werden sollen.

Die Anpassungen haben auf die Jahresergebnisse nur geringfügige Auswirkungen. Die Änderungen wurden in der Sitzung des FPDA am 02.03.2023 einstimmig angenommen.

Abgesehen davon wird bei dem Ansatz für die Rückzahlungsbeträge aus konzerninternen Ausleihungen berücksichtigt, dass inzwischen zwei Ausleihungen für einen längeren Zeitraum erfolgt sind.

Die Änderungen sind in den Anlagen 6.1 und 6.2 dargestellt.

11. Sonderrechnung Stadtentwässerung

In der Sonderrechnung Stadtentwässerung sind aufgrund der aktuellen Zinsentwicklung höhere Aufwendungen für die an die SE|BS zu zahlenden Kapitalkostenentgelte zu berücksichtigen. Zudem wurden einige weitere Aufwandspositionen an den Stand der Gebührenkalkulation 2023 angepasst und die erforderlichen Gebühreneinnahmen auf die Veränderungen abgestimmt. Darüber hinaus sind aufgrund der aktuellen Entwicklungen am Zinsmarkt ab 2023 wieder Zinserträge berücksichtigt. Auch diese Ansatzveränderungen der Verwaltung sind im FPDA am 02.03.2023 zur Annahme empfohlen worden.

Im Zusammenhang mit der im Jahr 2020 beschlossenen Ergänzungs- und Klarstellungsvereinbarung zum Abwasserentsorgungsvertrag (AEV) war angedacht, die über das bisherige Planbudget hinausgehenden zusätzlichen Investitionen und die besonderen Investitionen zukünftig in der Sonderrechnung Stadtentwässerung zu bilanzieren und durch diese zu finanzieren. Die Verwaltung hat nunmehr wie angekündigt die fachliche und rechtliche Umsetzbarkeit sowie die Wirtschaftlichkeit der Übernahme des Anlagevermögens unter Einbindung eines Fachgutachters überprüft. Zum Ergebnis wird auf die Mitteilung 22-20224 verwiesen. Dadurch haben sich Anpassungen bei den Abschreibungen und Zinsen einerseits und bei den an die SE|BS zu zahlenden Kapitalkostenentgelten und bei zukünftigen Gebühreneinnahmen andererseits ergeben, die zusätzlich zu den bereits im AMTA dargestellten und dort zur Annahme empfohlenen Ansatzveränderungen zu berücksichtigen sind. Eine Auswirkung auf die bereits beschlossene Gebühren-kalkulation 2023 ergibt sich dadurch nicht, da die dort berücksichtigten kalkulatorischen Abschreibungen und Zinsen für das zu übernehmende Anlage-vermögen durch die an die SE|BS zu zahlenden Kapitalkostenentgelte ersetzt werden.

Die Anpassungen führen insgesamt im Jahr 2023 zu einer Ergebnisverschlechterung von 81.600 € und im Jahr 2024 zu einer Ergebnisverbesserung von 285.400 €. Damit ergibt sich in beiden Jahren ein Überschuss in Höhe von rd. 3,3 Mio. €. Die Änderungen sind in der Anlage 7.1 dargestellt.

Abgesehen davon werden die aufgrund der Entscheidung zu den Investitionen im Bereich des Kanalvermögens nötigen Ansatzveränderungen bei den Baumaßnahmen und der Finanzierung der Baumaßnahmen sowie die aufgrund der gesamten Ansatzveränderungen nötigen Anpassungen bei den möglichen konzerninternen Ausleihungen und deren Rückzahlungen berücksichtigt. Diese Ansatzveränderungen sind im Gesamt-Finanzhaushalt des als Anlage 7.2. beigefügten aktualisierten Entwurfs für den Doppelhaushalt 2023/2024 der Sonderrechnung eingearbeitet.

Da das von der SE|BS errichtete Anlagevermögen nicht anteilig in die Sonderrechnung übernommen werden soll, waren auch wesentliche Teile des Vorberichts und des Investitionsprogramms gegenüber dem Entwurfsstand anzupassen. Die Aktualisierungen sind ebenfalls aus dem beigefügten Entwurf für den Doppelhaushalt 2023/2024 der Sonderrechnung Stadtentwässerung ersichtlich.

12. Sonderrechnung FB 65 Gebäudemanagement und Referat 0650 Hochbau

Im Zusammenhang mit den gestiegenen Energiekosten entstehen bei der Sonderrechnung neben den Mehraufwendungen auch entsprechende Mehrerträge. Die Ansatzveränderungen der Sonderrechnung sind in der Sitzung des APH am 24.01.2023 bzw. im FPDA am 14.03.2023 angenommen worden.

Zudem sollte der Jahresabschluss 2021 der Sonderrechnung nachgereicht werden. Dieser ist jedoch noch nicht abschließend festgestellt, sodass gemäß § 1 Abs. 2 Ziffer 8 KomHKVO der Jahresabschluss 2020 beigefügt wird (Anlage 8.2).

13. Pensionsfonds

Durch Beschluss des Rates vom 5. Oktober 1999 wurde der rechtlich unselbständige „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig“ mit Wirkung vom 1. Januar 2000 errichtet. Es handelt sich hierbei um ein Sondervermögen nach § 130 Abs. 1 Nr. 5 des NKomVG, für das ein besonderer Haushaltsplan aufgestellt werden kann. Gemäß § 6 der am gleichen Tage vom Rat beschlossenen Satzung zur Errichtung und Verwaltung des Pensionsfonds ist für jedes Jahr ein Haushaltsplan aufzustellen.

Gegenüber dem in Abschnitt XIII. des Haushaltsplanentwurfs 2023/2024 dargestellten Haushaltsplan 2023/2024 für das Sondervermögen „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig“ ergeben sich keine Veränderungen. Somit ist dieser gemäß § 130 Abs. 4 NKomVG anstelle einer Haushaltssatzung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Entsprechend dem Ratsbeschluss über die Änderung der Satzung zur Errichtung und Verwaltung des "Pensionsfonds der Stadt Braunschweig Satzung vom 29.03.2022 sind die Zuführungen zum Sondervermögen ab dem Jahr 2022 vollständig eingestellt worden. Dies gilt auch für empfangene Abfindungsleistungen nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag. Für zu leistende Abfindungszahlungen bei Dienstherrenwechseln sowie zur Kompensation der dauerhaft steigenden Versorgungsaufwendungen werden nunmehr bis auf Weiteres jährlich pauschal 2,5 Mio. € aus dem Sondervermögen entnommen und dem Kernhaushalt zuführt.

14. Beteiligungsbericht

Nach § 1 Abs. 2 Ziff. 10 KomHKVO ist der „Bericht der Gemeinde über die Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts und ihre Beteiligungen daran sowie über ihre kommunalen Anstalten (Beteiligungsbericht)“ eine Anlage zum Haushaltsplan. Der Beteiligungsbericht 2023 für die städtischen Gesellschaften ist als Anlage 9 beigefügt, der sich fortan auf die berichtspflichtigen Inhalte konzentrieren wird. Ab dem Haushaltsjahr 2015 enthielt der Beteiligungsbericht auch Angaben zu den „sonstigen Aufgabenträgern“, da die damalige Rechtslage die Ergänzung des Konsolidierungsberichtes des kommunalen Gesamtabschlusses um den Beteiligungsbericht vorsah und ein vollumfänglicher Konsolidierungsbericht seitens der Verwaltung angestrebt wurde. Die aktuelle Rechtslage sieht diese Pflicht jedoch nicht länger vor, wodurch ein Erfordernis zur Darstellung der „sonstigen Aufgabenträgern” im Beteiligungsbericht nicht mehr gegeben ist (vgl. hierzu § 59 Abs. 1 Nr. 1 lit. b KomHKVO).

Geiger

Anlage/n:

Anlage 0	Nachversand von Anträgen
Anlage 1	Entwurf der Haushaltssatzung 2023/2024
Anlage 2.1	Beantwortung von Anfragen
Anlage 2.2	Finanzunwirksame Anträge
Anlage 2.3	Änderung der Produktdarstellungen
Anlage 2.4	Änderungslisten zum Haushaltsplanentwurf 2023/2024 - Ergebnishaushalt
Anlage 2.5	Änderungslisten zum Haushaltsplanentwurf 2023/2024 - Finanzhaushalt (inkl. IP)
Anlage 2.7	Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen
Anlage 3	Gesamtergebnishaushalt 2023/2024
Anlage 4	Gesamtfinanzhaushalt 2023/2024
Anlage 5	Stellenplan 2023/2024
Anlage 6	Sonderrechnung Abfallwirtschaft
Anlage 6.1	Ansatzveränderungen der Verwaltung / Ergebnishaushalt
Anlage 6.2	Ansatzveränderungen der Verwaltung / Finanzhaushalt und Investitionsprogramm 2022 - 2027
Anlage 7	Sonderrechnung Stadtentwässerung
Anlage 7.1	Ansatzveränderungen der Verwaltung / Ergebnishaushalt
Anlage 7.2	Ansatzveränderungen der Verwaltung / Finanzhaushalt und Investitionsprogramm 2022 - 2027
Anlage 7.3	Haushaltsplanentwurf 2023-2024
Anlage 8	Sonderrechnung FB 65 Gebäudemanagement und Referat 0650 Hochbau
Anlage 8.1	Ansatzveränderungen der Verwaltung
Anlage 8.2	Jahresabschluss 2020
Anlage 9	Beteiligungsbericht

Anlage 0

Anträge der Fraktionen und Ansatzveränderungen zur Einzelabstimmung

(Anträge bzw. Ansatzveränderungen,
für die keine Beschlussempfehlung
des Finanz- und Personalausschusses vorliegt)

Stand: 14. März 2023

- FWE 198 –

Die FRAKTION. - DIE LINKE, Volt, Die PARTEI

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit Allg. Finanzw. / FB 20
Produkt / Kostenart 1.61.6120.01 / 449120

ANTRAG ZUM ERGEBNISHAUSHALT 2023/2024

Überschrift
Keine Globalen Minderausgaben

Teilhaushalt: Allgemeine Finanzwirtschaft, Seite: 1041

☐ Ertrag ☒ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: Sonstige ordentliche Aufwendungen, Zeile: 19

Produktnummer: 1.61.6120.01

Produktbezeichnung: Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Der Antrag gilt:

☒ einmalig ☐ dauerhaft
☒ 2023 ☐ Ab 2023 ☐ für Jahre
☒ 2024 ☐ Ab 2024 ☐ für Jahre

Beantragter Veränderungsbetrag (+ / -)	für 2023	für/ab 2024
	+ 16.000.000 €	+ 11.000.000 €

Es wird zugleich folgende **Deckung** vorgeschlagen:

Teilhaushalt: _____, Seite: _____

☐ Ertrag ☐ Aufwand

Haushaltsansatzbezeichnung: _____, Zeile: _____

Produktnummer: _____

Produktbezeichnung: _____

Deckungsbetrag (+ / -)	für 2023	für/ab 2024
	€	€

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Begründung

Zur Anfrage A 176 unserer Fraktion ist eine Stellungnahme der Verwaltung erfolgt in der es u.a. heißt:

"Wie unter "zu 1." beschrieben, ist die Veranschlagung der globalen Minderausgaben vorerst ohne Zuordnung zu den übrigen Teilhaushalten oder Produkten erfolgt. Die Vorüberlegungen für die konkrete Umsetzung des Einsparziels sind noch nicht abgeschlossen. Favorisiert wird eine sogenannte Sachkostensperre. Danach werden noch zu ermittelnde Teilbeträge der im Haushaltsplan ausgewiesenen Sachaufwendungen in den einzelnen Teilhaushalten zurückgehalten. Bei der Ermittlung der Sperrvolumina würden nicht ausschließlich die Aufwandsansätze, sondern auch die Erträge berücksichtigt werden. Die Budgetbewirtschaftenden Organisationseinheiten würden gehalten sein, in eigener Verantwortung die verbleibenden Budget-Mittel unter Ausnutzung geeigneter Einsparmaßnahmen und über Prioritätensetzungen so einzusetzen, dass eine pflichtgemäße Aufgabenerfüllung gesichert bliebe. Eine Beibehaltung des bisherigen Umsetzungsstandards könnte aber ausdrücklich nicht zugesichert werden. In diesem Zusammenhang wird deutlich darauf hingewiesen, dass - losgelöst von der bisherigen Überplanung - die Umsetzungsstandards angesichts der veränderten Rahmenbedingungen hinterfragt werden sollten. Eine Sachkostensperre kann einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Haushaltsreste entstehen. Die Verwaltung wird den Rat zu gegebener Zeit darüber informieren, bei welchen Ansätzen die Einsparungen erbracht wurden."

Dass der Rat es der Verwaltung überlässt, Kürzungen in Höhe von 27 Mio. Euro vorzunehmen, ohne zu wissen, wo gekürzt wird, ist nicht akzeptabel. In der Stellungnahme der Verwaltung wird auch ausdrücklich erwähnt, dass die Beibehaltung bisheriger Umsetzungsstandards nicht zugesichert werden kann. Daraus wird deutlich, dass es sich nicht um überflüssige Planmittel, sondern um tatsächliche Kürzungen mit unbekanntem Ausgang handelt.

gez. Kai Tegethoff

Unterschrift

Anlage 1

Entwurf der Haushaltssatzung 2023/2024

Stand: 14. März 2023

Haushaltssatzung der Stadt Braunschweig für die Haushaltsjahre 2023 / 2024

Gemäß § 58 Abs. 1 Ziffer 9 in Verbindung mit § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) hat der Rat der Stadt Braunschweig in der Sitzung am 21. März 2023 folgende Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das jeweilige Haushaltsjahr wird

1. im **Ergebnishaushalt**
   mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

		2023	2024
1.1	der ordentlichen Erträge auf	**1.071.444.111 Euro**	**1.050.008.942 Euro**
1.2	der ordentlichen Aufwendungen auf	**1.135.633.349 Euro**	**1.213.028.458 Euro**
1.3	der außerordentlichen Erträge auf	**479.900 Euro**	**466.300 Euro**
1.4	der außerordentlichen Aufwendungen auf	**595.400 Euro**	**595.400 Euro**

2. im **Finanzhaushalt**
   mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

		2023	2024
2.1	der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**1.068.549.881 Euro**	**1.041.860.558 Euro**
2.2	der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**1.102.432.968 Euro**	**1.135.886.335 Euro**
2.3	der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	**25.566.500 Euro**	**32.610.500 Euro**
2.4	der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	**252.454.100 Euro**	**345.634.800 Euro**
2.5	der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	**226.000.000 Euro**	**312.000.000 Euro**
2.6	der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	**15.929.700 Euro**	**28.211.200 Euro**

festgesetzt.

Nachrichtlich: Gesamtbetrag		
- der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	**1.320.116.381 Euro**	**1.386.471.058 Euro**
- der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	**1.370.816.768 Euro**	**1.509.732.335 Euro**

§ 1 a

Der Haushaltsplan der Sonderrechnung des Fachbereichs 65 Gebäudemanagement und des Referats Hochbau für das jeweilige Haushaltsjahr wird

1. im **Ergebnishaushalt**
   mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

		2023	2024
1.1	der ordentlichen Erträge auf	**118.319.230 Euro**	**121.643.085 Euro**
1.2	der ordentlichen Aufwendungen auf	**119.268.730 Euro**	**122.811.485 Euro**
1.3	der außerordentlichen Erträge auf	**0 Euro**	**0 Euro**
1.4	der außerordentlichen Aufwendungen auf	**10.000 Euro**	**10.000 Euro**

2. im **Finanzhaushalt**
   mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

		2023	2024
2.1	der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**118.319.230 Euro**	**121.643.085 Euro**
2.2	der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**116.849.830 Euro**	**120.359.085 Euro**
2.3	der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	**0 Euro**	**0 Euro**
2.4	der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	**510.700 Euro**	**195.300 Euro**
2.5	der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	**0 Euro**	**0 Euro**
2.6	der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	**0 Euro**	**0 Euro**

festgesetzt.

Nachrichtlich: Gesamtbetrag		
- der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	**118.319.230 Euro**	**121.643.085 Euro**
- der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	**117.360.530 Euro**	**120.554.385 Euro**

Der Haushaltsplan der Sonderrechnung Stadtentwässerung für das jeweilige Haushaltsjahr wird

1. im **Ergebnishaushalt**
   mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

		2023	2024
1.1	der ordentlichen Erträge auf	**76.449.900 Euro**	**82.030.400 Euro**
1.2	der ordentlichen Aufwendungen auf	**72.960.400 Euro**	**78.535.600 Euro**
1.3	der außerordentlichen Erträge auf	**0 Euro**	**0 Euro**
1.4	der außerordentlichen Aufwendungen auf	**200.000 Euro**	**200.000 Euro**

2. im **Finanzhaushalt**
mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

		2023	2024
2.1	der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**63.831.200 Euro**	**69.166.400 Euro**
2.2	der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**67.014.000 Euro**	**72.512.100 Euro**
2.3	der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	**17.000.000 Euro**	**22.500.000 Euro**
2.4	der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	**22.706.000 Euro**	**18.806.000 Euro**
2.5	der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	**0 Euro**	**0 Euro**
2.6	der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	**205.900 Euro**	**205.900 Euro**

festgesetzt.

Nachrichtlich: Gesamtbetrag

- der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	**80.831.200 Euro**	**91.666.400 Euro**
- der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	**89.925.900 Euro**	**91.524.000 Euro**

Der Haushaltsplan der Sonderrechnung Abfallwirtschaft für das jeweilige Haushaltsjahr wird

1. im **Ergebnishaushalt**
mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

		2023	2024
1.1	der ordentlichen Erträge auf	**41.925.000 Euro**	**44.463.200 Euro**
1.2	der ordentlichen Aufwendungen auf	**42.333.200 Euro**	**44.853.000 Euro**
1.3	der außerordentlichen Erträge auf	**0 Euro**	**0 Euro**
1.4	der außerordentlichen Aufwendungen auf	**0 Euro**	**0 Euro**

2. im **Finanzhaushalt**
mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

		2023	2024
2.1	der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**40.764.200 Euro**	**42.283.200 Euro**
2.2	der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	**47.306.400 Euro**	**43.770.000 Euro**
2.3	der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	**19.335.600 Euro**	**12.835.600 Euro**
2.4	der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	**12.554.000 Euro**	**11.004.000 Euro**
2.5	der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	**27.000 Euro**	**0 Euro**
2.6	der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	**78.400 Euro**	**51.400 Euro**

festgesetzt.

Nachrichtlich: Gesamtbetrag

- der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	**60.126.800 Euro**	**55.118.800 Euro**
- der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	**59.938.800 Euro**	**54.825.400 Euro**

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen **Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen** (Kreditermächtigung) der **Stadt Braunschweig** wird für das

Haushaltsjahr 2023 auf **226.000.000 Euro** und für das

Haushaltsjahr 2024 auf **312.000.000 Euro** festgesetzt.

Für den **Kernhaushalt** der **Stadt Braunschweig** ergibt sich davon eine Kreditermächtigung für das

Haushaltsjahr 2023 in Höhe von **73.400.000 Euro** und für das

Haushaltsjahr 2024 in Höhe von **121.650.000 Euro**.

Für die **städtischen Gesellschaften** ergibt sich davon eine Kreditermächtigung für Investitionsmaßnahmen für das

Haushaltsjahr 2023 in Höhe von **152.600.000 Euro** und für das

Haushaltsjahr 2024 in Höhe von **190.350.000 Euro**

Die Weiterleitung erfolgt zu marktüblichen Konditionen. Etwaige Zinsaufschläge verbleiben bei der Kernverwaltung.

§ 2 a

Im Haushaltsplan der **Sonderrechnung des Fachbereichs Gebäudemanagement und des Referats Hochbau** wird eine **Kreditaufnahme für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen** nicht veranschlagt.

Im Haushaltsplan der **Sonderrechnung Stadtentwässerung** werden **Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen** nicht veranschlagt.

Im Haushaltsplan der **Sonderrechnung Abfallwirtschaft** werden Kredite für **Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen** nicht veranschlagt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der **Verpflichtungsermächtigungen** in der **Stadt Braunschweig** wird für das

Haushaltsjahr 2023 auf **169.373.000 Euro** und für das

Haushaltsjahr 2024 auf **340.742.900 Euro** festgesetzt.

§ 3 a

Im Haushaltsplan der **Sonderrechnung des Fachbereichs Gebäudemanagement und des Referats Hochbau** werden Verpflichtungsermächtigungen nicht veranschlagt.

Im Haushaltsplan der **Sonderrechnung Stadtentwässerung** werden Verpflichtungsermächtigungen nicht veranschlagt.

Im Haushaltsplan der **Sonderrechnung Abfallwirtschaft** werden Verpflichtungsermächtigungen nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem in den Haushaltsjahren 2023 und 2024 **Liquiditätskredite** zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird für das

Haushaltsjahr 2023 auf **150.000.000 Euro** und für das

Haushaltsjahr 2024 auf **150.000.000 Euro** festgesetzt.

Für die **städtischen Gesellschaften** wird der Höchstbetrag der Liquiditätskredite, der zur Vorfinanzierung von Investitionsmaßnahmen aufgenommen werden darf, für das

Haushaltsjahr 2023 in Höhe von **65.000.000 Euro** und für das

Haushaltsjahr 2024 in Höhe von **65.000.000 Euro** festgesetzt.

Die Weiterleitung erfolgt zu marktüblichen Konditionen. Etwaige Zinsaufschläge verbleiben bei der Kernverwaltung.

§ 4 a

In der **Sonderrechnung des Fachbereichs Gebäudemanagement und des Referats Hochbau** werden Liquiditätskredite nicht beansprucht.

Der Höchstbetrag, bis zu dem in den Haushaltsjahren 2023 und 2024 der **Sonderrechnung Stadtentwässerung** zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird für das

Haushaltsjahr 2023 auf **5.000.000 Euro** und für das

Haushaltsjahr 2024 auf **5.000.000 Euro** festgesetzt.

Der Höchstbetrag, bis zu dem in den Haushaltsjahren 2023 und 2024 der **Sonderrechnung Abfallwirtschaft** zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird für das

Haushaltsjahr 2023 auf **5.000.000 Euro** und für das

Haushaltsjahr 2024 auf **5.000.000 Euro** festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze (Hebesätze) für die Realsteuern werden für das jeweilige Haushaltsjahr wie folgt festgesetzt:

		2023	**2024**
1.	Grundsteuer		
1.1	für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A)	**320 v. H.**	**320 v. H.**
1.2	für die Grundstücke (Grundsteuer B)	**500 v. H.**	**500. v. H.**
2.	Gewerbesteuer	**450 v. H.**	**450 v. H.**

§ 6

Zur Unerheblichkeit bezüglich über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen und über- und außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen im Sinne des § 117 Abs. 1 NKomVG bzw. § 119 Abs. 5 NKomVG finden die Regelungen in lit. g) der Richtlinie des Rates gemäß § 58 Abs. 1 NKomVG zur Auslegung des Begriffs „Geschäfte der laufenden Verwaltung“ in der jeweils geltenden Fassung entsprechende Anwendung.

Ferner sind als **nicht erheblich** anzusehen, Beträge (unbegrenzt),

- die der Verrechnung zwischen den Teilhaushalten dienen,
- die wirtschaftlich durchlaufend sind,
- die auf Grund von Aufgabenverlagerungen und der Ausgliederung von Aufgaben aus dem Haushalt zu haushaltsneutralen Umsetzungen von Erträgen und Aufwendungen bzw. Einzahlungen und Auszahlungen zwischen den Teilhaushalten führen,
- die der Verwendung zweckgebundener Erträge und Einzahlungen dienen,
- die der Rückzahlung von Zuweisungen dienen,
- die zur Deckung von Kosten der Geldbeschaffung, zur Tilgung von Darlehen oder für abschlusstechnische Buchungen notwendig sind,
- die der Auflösung von Deckungsreserven dienen.

Braunschweig, den 21. März 2023

Der Oberbürgermeister

Siegel

_____

Dr. Kornblum

Anfragen/Anregungen

Stand: 10. März 2023

TOP 12

Die FRAKTION. - DIE LINKE, Volt, Die PARTEI
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit - / FB 20
Produkt

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2023/2024

Text:
1. Gibt es Haushaltseinnahmereste im Haushaltsplanentwurf 2023/2024? 2. Wenn ja, welche?

Begründung:

gez. Kai Tegethoff

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dez. VII
20.11

Datum: 22.02.2023

**Beantwortung der Anfrage Nr. A 001 der
Gruppe Die Fraktion. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI zum Haushalt 2023/2024**

Text:

1.Gibt es Haushaltseinnahmereste im Haushaltsplanentwurf 2023/2024?
2.Wenn ja, welche?

Begründung:

-

Antwort:

Die Übertragbarkeit von Haushaltsresten ist im § 20 KomHKVO geregelt. Sie bezieht sich ausschließlich auf Aufwendungen bzw. Auszahlungen.

Den Begriff "Haushaltseinnahmereste" kennt das niedersächsische Kommunalhaushaltsrecht nicht. Die Planung der Erträge bzw. Einzahlungen erfolgt nach den tatsächlichen Einnahmeerwartungen.

Haushaltsreste, also im Verlauf des Haushaltsjahres nicht abgeflossene Aufwendungen bzw. Auszahlungen, sind kein Bestandteil der Haushaltsplanung. Die prognostizierte Entwicklung der Haushaltsreste wurde bisher im Haushaltsplan der Stadt Braunschweig lediglich als ergänzende Information mitgeführt.

Zusammengefasst ist festzustellen, dass die erste gestellte Frage mit "nein" zu beantworten ist, eine Beantwortung der zweiten Frage sich damit erübrigt.

gez. Geiger

Unterschrift (Dez./FBL)

TOP 12

Die FRAKTION. - DIE LINKE, Volt, Die PARTEI

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
- / Ref. 0120
Produkt

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2023/2024

Text:
1. Sind im Haushalt Mittel für die Umsetzung der Handlungsempfehlungen, die derzeit im Rahmen der Erstellung des "Grundsatzkonzeptes Bürgerbeteiligung" erarbeitet werden, vorgesehen? 2. Wenn ja, für welche Bereiche und in welcher Höhe?

Begründung:
Am 15.02.2022 hat der Rat die Vorlage "Leitlinien und Grundsatzkonzept für Bürgerbeteiligung" beschlossen. Dazu hat sich ein Arbeitskreis gebildet, der im Zuge der Konzepterarbeitung Leitlinien, Standards und Handlungsempfehlungen erarbeiten soll. Es ist unklar, ob der weitere Prozess nach Erstellung des Grundsatzkonzeptes mit entsprechenden Haushaltsmitteln hinterlegt ist.

gez. Kai Tegethoff

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Ref. Stadtentwicklung, Statistik, Vorhabenplanung
0120.11

Datum: 11.01.2023

Beantwortung der Anfrage Nr. A002 der
Gruppe Die Fraktion. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI zum Haushalt 2023/2024

Text:

1. Sind im Haushalt Mittel für die Umsetzung der Handlungsempfehlungen, die derzeit im Rahmen der Erstellung des "Grundsatzkonzeptes Bürgerbeteiligung" erarbeitet werden, vorgesehen?

2. Wenn ja, für welche Bereiche und in welcher Höhe?

Begründung:

Am 15.02.2022 hat der Rat die Vorlage "Leitlinien und Grundsatzkonzept für Bürgerbeteiligung" beschlossen. Dazu hat sich ein Arbeitskreis gebildet, der im Zuge der Konzepterarbeitung Leitlinien, Standards und Handlungsempfehlungen erarbeiten soll. Es ist unklar, ob der weitere Prozess nach Erstellung des Grundstzkonzeptes mit entsprechenden Haushaltsmitteln hinterlegt ist.

Antwort:

1. Nach Erarbeitung und Beschluss des Grundsatzkonzeptes Bürgerbeteiligung in 2024 sind Maßnahmen so konkret, dass sie mit Haushaltsmitteln hinterlegt werden können. Die Maßnahmen werden auf Grundlage der Leitlinien für Bürgerbeteiligung erarbeitet. Noch ist offen, welche Maßnahmen im Grundsatzkonzept Bürgerbeteiligung vorgeschlagen und verankert werden. Deshalb wird es der Verwaltung erst in 2024 möglich sein, einzelne Maßnahmen mit Budget zu hinterlegen und in der Haushaltsplanung 2025 ff. zu berücksichtigen.

Davon unberührt werden etablierte Bürgerbeteiligungsverfahren wie etwa im Stadtbahnausbau oder zu städtebaulichen Planungsverfahren fortgesetzt und sind entsprechend in der Haushaltsplanung der einzelnen Projekte berücksichtigt. Entsprechend würden Budgets für die Beteiligung auch weiterhin in verschiedenen Haushaltstiteln verankert sein und abhängig von Projektständen und möglichen Fördermitteln in die Haushaltsplanung eingestellt.

2. Für erste fachbereichsübergreifende Maßnahmen sind 30.000 € im vorliegenden Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2024 im Budget des Referats Stadtentwicklung, Statistik, Vorhabenplanung eingestellt.

gez. Walther

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 003 -

SPD-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
40 / FB 40 (FB 10)
Produkt
4E.400004

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2023/2024

Text:
Digitalisierung in Grundschulen: Werden im Zuge des Ganztagsausbaus an Grundschulen die Gebäude mit der notwendigen Infrastruktur für ein WLAN-Netz auf Grundlage der Campus-Lösung ausgerüstet?

Begründung:
Im Haushaltsplanentwurf sind v. a. im Zuge des Ganztagsausbaus verschiedene Baumaßnahmen an städtischen Grundschulen hinterlegt. Gleichzeitig wird im Digitalisierungsplan der Stadt für die Schulen (vgl. Drs. 22-18080) angegeben, dass die Installation der für ein auskömmliches WLAN-Netz benötigten Komponenten (sogenannte Campus-Lösung) nur im Zuge ohnehin getätigter Baumaßnahmen erfolgt, um die Belastungen durch Bautätigkeiten im Schulbetrieb möglichst gering zu halten, auch wenn sich dies zuallererst nur auf die weiterführenden Schulen bezieht. Da trotzdem das mittelfristige Ziel ist, alle Braunschweiger Schulen (inklusive der Grundschulen) mit einem vollumfänglichen WLAN-Netz auszustatten, könnten die angedachten Baumaßnahmen für die Installation der Komponenten genutzt werden.

Gez. Christoph Bratmann

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dez. II
FB 40

Datum: 28.12.2022

Beantwortung der Anfrage Nr. A 003 der
SPD-Fraktion **zum Haushalt 2023/2024**

Text:

Digitalisierung in Grundschulen:

Werden im Zuge des Ganztagsausbaus an Grundschulen die Gebäude mit der notwendigen Infrastruktur für ein WLAN-Netz auf Grundlage der Campus-Lösung ausgerüstet?

Begründung:

Im Haushaltsplanentwurf sind v. a. im Zuge des Ganztagsausbaus verschiedene Baumaßnahmen an städtischen Grundschulen hinterlegt. Gleichzeitig wird im Digitalisierungsplan der Stadt für die Schulen (vgl. Drs. 22-18080) angegeben, dass die Installation der für ein auskömmliches WLAN-Netz benötigten Komponenten (sogenannte Campus-Lösung) nur im Zuge ohnehin getätigter Baumaßnahmen erfolgt, um die Belastungen durch Bautätigkeiten im Schulbetrieb möglichst gering zu halten, auch wenn sich dies zuallererst nur auf die weiterführenden Schulen bezieht. Da trotzdem das mittelfristige Ziel ist, alle Braunschweiger Schulen (inklusive der Grundschulen) mit einem vollumfänglichen WLAN-Netz auszustatten, könnten die angedachten Baumaßnahmen für die Installation der Komponenten genutzt werden.

Antwort:

Im Zuge des Ganztagsausbaus werden die vom Umbau betroffenen Gebäudeteile mit der notwendigen Infrastruktur für ein WLAN-Netz auf Grundlage der Campus-Lösung (gemäß 3. Fortschreibung des MEP) ausgerüstet. Sofern die Baumaßnahme nur einen Teil des Gebäudes betrifft, wird grundsätzlich die Modernisierung der Netze auf die weiteren unterrichtsrelevanten Räume in denselben Liegenschaften ausgeweitet, sofern dies wirtschaftlich sinnvoll erscheint und mit den vorhandenen Kapazitäten realisiert werden kann.

Alle Baumaßnahmen in Schulen werden auf mögliche Synergien mit offenen Bedarfen in den genannten Gewerken geprüft. Sofern Synergien bestehen, werden diese prioritär genutzt. Freie Kapazitäten werden ebenfalls genutzt, um Bedarfe in anderen Liegenschaften ohne absehbare Synergien (z. B. steht dort in den nächsten Jahren keine Sanierungsmaßnahme an) zu decken.

Die beschriebene Vorgehensweise soll ermöglichen, dass die begrenzten Kapazitäten der Planung, Beschaffung und Abnahme von Bauleistungen effizient eingesetzt und alle offenen Bedarfe an Modernisierung der Netze damit insgesamt möglichst frühzeitig abgeschlossen werden.

I. V.

Dr. Pollmann

Dezernent

- A 004 -

BIBS-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
40 und 51 / FB 40 (FB 51)
Produkt
Diverse

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2023/2024

Text:

In Braunschweig werden in den kommenden Jahren immer mehr Ganztagsbetreuungsplätze geschaffen. Geplant sind für 2023 5.256 und für 2024 5.456 Plätze für SchülerInnen in Schulen, KoGS und KTK. *1

Mit einer Erhöhung von Ganztagsbetreuungsplätzen geht natürlich auch ein Anstieg von Kindern, die auf eine Mittagessensversorgung angewiesen sind, einher. Es ist also zu erwarten, dass auch die geplanten Kosten hierfür ansteigen. Doch für die zusätzlichen eingeplanten Betreuungsplätze sind im Haushaltentwurf 2023/2024 keine erheblichen Mehraufwendungen in der gesamtstädtischen Essensversorgung eingeplant. *2
Auch die Erträge durch Essensentgelte sind für 2023 gleichbleibend eingeplant.

Wenn man dabei bedenkt, dass die Lebensmittelpreise konstant steigen, wirkt diese Senkung des Mittagessensbetrages widersprüchlich.

Laut Verbraucherzentrale sind die Lebensmittelpreise von 2021 auf 2022 um 18,7 Prozent gestiegen. *3
Ein Ende dieses Anstiegs scheint nicht in Sicht zu sein.

Zudem hat der Rat beschlossen, dass bei der Vergabe der Verpflegung für Schulen und Kitas zukünftig mehr auf Nachhaltigkeit und ökologische Erzeugung geachtet werden soll. *4
Diese sind erfahrungsgemäß teurer als konventionelle Lebensmittel.

Deshalb stellen wir folgende Fragen:

1) Wie kann die Stadt mit einem niedrigeren eingeplanten Budget pro Kopf eine Erhöhung der Standards bei der Qualität des Mittagessens gewährleisten?

2) An welcher Stelle sind im Haushaltsentwurf die Auswirkungen der Inflation bei der Kalkulation der Ausgaben für die Mittagessensversorgung eingeplant?

Quellen:

*1 Vgl. Haushaltsplanentwurf 2023/2024, 1.36.3650.03, S.739

*2 Vgl. Haushaltsplanentwurf 2023/2024, 1.36.3650.03, S.728

*3 Vgl. https://www.verbraucherzentrale.de/wissen/lebensmittel/lebensmittelproduktion/steigende-lebensmittelpreise-fakten-ursachen-tipps-71788

*4 Vgl. Ds.19-10280, 19-10465

Begründung:

-

Dr. Bernhard Piest

Unterschrift

Dez. II_Dez. V
FB 40 und 51

Datum: 13.01.2023

Beantwortung der Anfrage Nr. A 004 der
BIBS-Fraktion **zum Haushalt 2023/2024**

Text:

In Braunschweig werden in den kommenden Jahren immer mehr Ganztagsbetreuungsplätze geschaffen. Geplant sind für 2023 5.256 und für 2024 5.456 Plätze für SchülerInnen in Schulen, KoGS und KTK. *1

Mit einer Erhöhung von Ganztagsbetreuungsplätzen geht natürlich auch ein Anstieg von Kindern, die auf eine Mittagessensversorgung angewiesen sind, einher. Es ist also zu erwarten, dass auch die geplanten Kosten hierfür ansteigen. Doch für die zusätzlichen eingeplanten Betreuungsplätze sind im Haushaltentwurf 2023/2024 keine erheblichen Mehraufwendungen in der gesamtstädtischen Essensversorgung eingeplant. *2
Auch die Erträge durch Essensentgelte sind für 2023 gleichbleibend eingeplant.
Wenn man dabei bedenkt, dass die Lebensmittelpreise konstant steigen, wirkt diese Senkung des Mittagessensbetrages widersprüchlich.
Laut Verbraucherzentrale sind die Lebensmittelpreise von 2021 auf 2022 um 18,7 Prozent gestiegen. *3

Ein Ende dieses Anstiegs scheint nicht in Sicht zu sein.
Zudem hat der Rat beschlossen, dass bei der Vergabe der Verpflegung für Schulen und Kitas zukünftig mehr auf Nachhaltigkeit und ökologische Erzeugung geachtet werden soll. *4
Diese sind erfahrungsgemäß teurer als konventionelle Lebensmittel.

Deshalb stellen wir folgende Fragen:

1) Wie kann die Stadt mit einem niedrigeren eingeplanten Budget pro Kopf eine Erhöhung der Standards bei der Qualität des Mittagessens gewährleisten?

2) An welcher Stelle sind im Haushaltsentwurf die Auswirkungen der Inflation bei der Kalkulation der Ausgaben für die Mittagessensversorgung eingeplant?

Quellen:

*1 Vgl. Haushaltsplanentwurf 2023/2024, 1.36.3650.03, S.739
*2 Vgl. Haushaltsplanentwurf 2023/2024, 1.36.3650.03, S.728
*3 Vgl. https://www.verbraucherzentrale.de/wissen/lebensmittel/lebensmittelproduktion/steigende-lebensmittelpreise-fakten-ursachen-tipps-71788
*4 Vgl. Ds.19-10280, 19-10465

Begründung:

-

Antwort:

Im Rahmen des Ausbaus der Schulkindbetreuung ist geplant, bis 2026 jährlich 200 neue Plätze zu schaffen. Grundsätzlich liegt die Trägerschaft für neue Gruppen auf Basis des Subsidiaritätsprinzips vorrangig bei freien Trägern. Sofern die Stadtverwaltung trotz Nachrangigkeit die Trägerschaft übernehmen müsste, würden die zusätzlich erforderlichen Mittel dann unterjährig zusätzlich (ansatzerhöhend) zur Verfügung gestellt werden müssen.
Hinsichtlich der Aufwendungen für die Beschaffung von Lebensmitteln für die Essenversorgung in den städtischen Krippen- und Kindergartengruppen muss davon ausgegangen werden, dass unter Berücksichtigung der Rechnungsergebnisse der Jahre 2021 und 2022 und des zur Verfügung stehenden Budgets die erforderlichen Lebensmittelbeschaffungen vollzogen werden können. Zusätzlich ist darauf hinzuweisen, dass die Aufwendungen beim Produkt 1.36.3650.04 „Essenversorgung“ nicht nur „reine“ Lebensmittelkosten, sondern auch andere Positionen (z. B. Personalkosten) enthalten. Sofern die Essensversorgung in Ganztagsgrundschulen durchgeführt wird, erfolgt die Rechnungsstellung hierfür durch den jeweiligen Anbieter und deren Begleichung in der Regel direkt durch die Erziehungsberechtigten.

Aktuell wird die Mittagessenversorgung an rund der Hälfte der 70 Braunschweiger Schulen im Rahmen des Ganztags angeboten. Es ist beabsichtigt, alle Schulen sukzessive in den Ganztagsbetrieb zu überführen. Dazu wird derzeit ein Konzept für die Mittagessenversorgung erstellt. Bereits zur Formulierung der Leistungsbeschreibung für die Ausschreibung der Konzepterstellung ist ein breiter Beteiligungsprozess in Form eines Workshops am 19. Nov. 2022 durchgeführt worden mit den Schwerpunkten Wirtschaftlichkeit, Qualitätsanforderungen sowie Sozial- und Nachhaltigkeitskriterien. In den Jahren 2023 und 2024 werden weitere Schulen in den Ganztagesbetrieb überführt, allerdings mit unterschiedlicher Anzahl an notwendigen Mittagessen. Diese Schwankungen der Essensanzahl sind in der Kalkulation der benötigten Mittel ebenfalls berücksichtigt.

Es ist aus der Erfahrung heraus im Jahr 2023 eine Zunahme von ca. 450 Essen und im Jahre 2024 nochmals um beinahe 450 Essen zu erwarten. Hinzu kommt eine Steigerung Zug im Zug aus dem verzögerten Maßnahmenbeginn 2022 von nochmals ca. 400 Mittagessen. Bei der Preisgestaltung des Mittagessens ist von einem Essenspreis von mittlerer Qualität und Güte bei unterschiedlichem Angebot ausgegangen worden (3,50 €). Weitere den Preis bestimmende Faktoren können erst mit dem noch zu erstellenden Konzept in den kommenden Haushaltsjahren berücksichtigt werden.

Weitere Faktoren, die in der Mittelplanung in den o. g Jahren berücksichtigt worden sind, ist die aktuelle Inflationsrate von fast 10 % (Energiekosten, steigende Lebensmittelpreise), sowie der stufenweise steigende Mindestlohn.

Es ist bei der gegenwärtigen aktuellen politischen Weltlage davon auszugehen, dass der Verbraucherpreisindex für Deutschland, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die private Haushalte für Konsumzwecke kaufen, misst, zumindest in dem hier notwendigen Betrachtungszeitraum weiterhin steigend entwickelt.

Weiterhin als beeinflussender Faktor zu berücksichtigen ist eine steigende Anzahl von Schüler:innen bedingt durch die demografische Entwicklung, auch aufgrund vermehrter Bautätigkeit in Braunschweig. Zudem ist die Anzahl der Schüler:innen aufgrund der Flucht der Familien aus der Ukraine bisher schon angesteigen. Wie sich die Anzahl der ukrainischen Schüler:innen weiterhin entwickelt, ist aktuell nicht absehbar.

Vor diesem Hintergrund sind auf Basis des Haushaltsplans 2022 zusätzliche Haushaltsmittel für die Jahre 2023 und 2024 entsprechend eingeplant worden:

Haushaltsjahr 2023: + 600.000 € (Gesamtansatz: 2.500.000 €)

Haushaltsjahr 2024: + 1.000.000 € (Gesamtansatz: 2.900.000 €)

Diese Ansätze finden sich wieder im Haushaltsplanentwurf auf S. 553 unter Kostenart 427125 Lebensmittel.

I. V.

Dr. Pollmann

Mitzeichnung: M. Albinus

Dezernent

- A 005 -

BIBS-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
KuW / FB 41
Produkt
1.25.XXXX.04

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2023/2024

Text:

Im Haushaltsplanentwurf 2023/2024 wird im Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft im Bereich Kulturelle Veranstaltungen ein massiver Rückgang sowohl der Veranstaltungen und Projekte als auch der Raumvermietungen eingeplant. Nachdem im aktuellen Haushaltsjahr noch 401 Veranstaltungen und Projekte sowie 485 Raumvermietungen eingeplant waren, geht die Verwaltung für die nächsten beiden Jahre nur noch von jeweils 120 kulturellen Veranstaltungen und Projekten sowie nur noch von jeweils 50 Raumvermietungen aus.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wodurch begründet die Verwaltung den deutlichen Rückgang der geplanten kulturellen Veranstaltungen und Projekte sowie der Raumvermietungen in den nächsten beiden Jahren?

2. Sollen die bisherigen Veranstaltungen und Projekte von anderen Gesellschaften/Bereichen getragen werden oder sind grundsätzlich deutlich weniger kulturelle Veranstaltungen für 2023 und 2024 eingeplant?

Quelle: Haushaltsplanentwurf 2023/2024, Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft, Produkt 1.25.XXX.04 - Kulturelle Veranstaltungen, Produktkennzahl(en): Veranstaltungen/Projekte; Raumvermietungen, S. 625.

Begründung:

-

Dr. Bernhard Piest

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dez./Ref./FB 41
41.0

Datum: 04.01.2023

Beantwortung der Anfrage Nr. A 005 der
BIBS-Fraktion **zum Haushalt 2023/2024**

Text:

Im Haushaltsplanentwurf 2023/2024 wird im Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft im Bereich Kulturelle Veranstaltungen ein massiver Rückgang sowohl der Veranstaltungen und Projekte als auch der Raumvermietungen eingeplant. Nachdem im aktuellen Haushaltsjahr noch 401 Veranstaltungen und Projekte sowie 485 Raumvermietungen eingeplant waren, geht die Verwaltung für die nächsten beiden Jahre nur noch von jeweils 120 kulturellen Veranstaltungen und Projekten sowie nur noch von jeweils 50 Raumvermietungen aus.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wodurch begründet die Verwaltung den deutlichen Rückgang der geplanten kulturellen Veranstaltungen und Projekte sowie der Raumvermietungen in den nächsten beiden Jahren?

2. Sollen die bisherigen Veranstaltungen und Projekte von anderen Gesellschaften/Bereichen getragen werden oder sind grundsätzlich deutlich weniger kulturelle Veranstaltungen für 2023 und 2024 eingeplant?

Quelle: Haushaltsplanentwurf 2023/2024, Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft, Produkt 1.25.XXX.04 - Kulturelle Veranstaltungen, Produktkennzahl(en): Veranstaltungen/Projekte; Raumvermietungen, S. 625.

Begründung:

-

Antwort:

Zu 1.: Ein deutlicher Rückgang der geplanten kulturellen Veranstaltungen und Projekte sowie Raumvermietungen begründet sich in der Sanierung des Kulturpunkt West in den Jahren 2023 / 2024. Obwohl der Betrieb des Hauses nach Möglichkeit auch während der Sanierungsphase aufrecht erhalten wird, sind Betriebseinschränkungen einzuplanen. Zum Zeitpunkt der Mitteilung der Produktkennzahlen für den Haushalt 2023/ 2024 war eine Prognose aufgrund der sanierungsbedingten Betriebseinschränkungen nur schwer vorzunehmen.

Weiterhin ist eine Unstimmigkeit bei der Übertragung der Produktkennzahlen aufgetreten. Es sind nach Stand der Kennzahlenmeldungen im April 2022 293 Veranstaltungen und 185 Raumvermietungen im Jahr 2023 geplant. Für das Jahr 2024 sind 291 Veranstaltungen und 185 Raumvermietungen vorgesehen.

Zu 2.: Aufgrund der Sanierung des Kulturpunkt West sind grundsätzlich weniger kulturelle Veranstaltungen und Raumvermietungen für 2023 / 2024 eingeplant. Im Hinblick auf die zeitlichen, räumlichen und personellen Ressourcen ist eine Kompensation der im regulären Betrieb stattfindenden Veranstaltungen und Vermietungen in anderen Bereichen des FB 41 nicht möglich.

I. V.

Prof. Dr. Hesse

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 006 -

BIBS-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
KuW / FB 41
Produkt
1.25.2630.10

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2023/2024

Text:

Im Haushaltsplanentwurf 2023/2024 wird im Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft die zahlenmäßige Entwicklung der SchülerInnen dargestellt, die seit 2019 an der Musikalischen Ausbildung der städtischen Musikschule teilgenommen haben. Hierbei fällt auf, dass die Zahlen von 2019 (1.614) in den nächsten beiden Jahren coronabedingt deutlich heruntergingen (1.325 SchülerInnen sowohl in 2020 als auch in 2021), während die Verwaltung für das aktuelle Haushaltsjahr wieder von einem Anstieg der Schülerzahlen auf 1.500 ausgegangen ist. Demgegenüber wird für die nächsten beiden Haushaltsjahre wieder von einem Rückgang der Schülerzahlen bei der Musikalischen Ausbildung ausgegangen, nämlich von 1.400 Teilnehmenden jeweils in 2023 und 2024.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie hoch lagen die Zahlen der an der Musikalischen Ausbildung der Musikschule teilnehmenden SchülerInnen im Vergleich zum Plan 2022 tatsächlich in diesem Jahr?

2. Aus welchen Gründen geht die Verwaltung für die nächsten beiden Jahre wieder von rückläufigen´Schülerzahlen aus?

Quelle: Haushaltsplanentwurf 2023/2024, Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft, Produkt 1.25.2630.10 - Musikalische Ausbildung, Produktkennzahl(en): Schüler, S. 633.

Begründung:

-

Dr. Bernhard Piest

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dez./Ref./FB 41
41.2

Datum: 23.12.2022

Beantwortung der Anfrage Nr. A 006 der
BIBS-Fraktion **zum Haushalt 2023/2024**

Text:

Im Haushaltsplanentwurf 2023/2024 wird im Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft die zahlenmäßige Entwicklung der SchülerInnen dargestellt, die seit 2019 an der Musikalischen Ausbildung der städtischen Musikschule teilgenommen haben. Hierbei fällt auf, dass die Zahlen von 2019 (1.614) in den nächsten beiden Jahren coronabedingt deutlich herunter-gingen (1.325 SchülerInnen sowohl in 2020 als auch in 2021), während die Verwaltung für das aktuelle Haushaltsjahr wieder von einem Anstieg der Schülerzahlen auf 1.500 ausgegangen ist. Demgegenüber wird für die nächsten beiden Haushaltsjahre wieder von einem Rückgang der Schülerzahlen bei der Musikalischen Ausbildung ausgegangen, nämlich von 1.400 Teilnehmenden jeweils in 2023 und 2024.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie hoch lagen die Zahlen der an der Musikalischen Ausbildung der Musikschule teilnehmenden SchülerInnen im Vergleich zum Plan 2022 tatsächlich in diesem Jahr?

2. Aus welchen Gründen geht die Verwaltung für die nächsten beiden Jahre wieder von rückläufigen´Schülerzahlen aus?

Quelle: Haushaltsplanentwurf 2023/2024, Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft, Produkt 1.25.2630.10 - Musikalische Ausbildung, Produktkennzahl(en): Schüler, S. 633.

Begründung:

-

Antwort:

s. Anlage.

I. V.

Prof. Dr. Hesse

Unterschrift (Dez./FBL)

Anlage zu Stellungnahme (Anfrage A 006):

1. Wie hoch lagen die Zahlen der an der Musikalischen Ausbildung der Musikschule teilnehmenden SchülerInnen im Vergleich zum Plan 2022 tatsächlich in diesem Jahr?
Die SchülerInnenzahlen betrugen 1.544 (s. Tabelle).
Einige von den SchülerInnen belegen jährlich auch ein bis mehrere Fächer (s. Angaben zu Fächerbelegungen).

Jahr	SchülerInnenzahl insges. zum Stichtag 31. Dez.		Fächerbelegungen zum Stichtag 31. Dez.
	Plan	IST	
2018	1.600	1.695	2.003
2019	1.650	1.511	1.848
2020	1.600	1.252	1.512
2021	1.500	1.384	1.643
2022	1.500	1.544	1.795
2023	1.400	-	-
2024	1.400	-	-

2. Aus welchen Gründen geht die Verwaltung für die nächsten beiden Jahre wieder von rückläufigen Schülerzahlen aus?
Zum einen mussten die Zahlen für 2023 f. im April 2022 mitgeteilt werden, als noch nicht bekannt war, wie sich die Pandemie entwickeln würde. Daher hat die Musikschule eine konservative Prognose mitgeteilt. Zum Weiteren ist es für die Musikschule jährlich eine Herausforderung und ungewiss, ob sich bestehende Kooperationen mit Kitas und Schulen aufrechterhalten lassen, da die Finanzierung jährlich durch Fördermittel- und Spendenakquise zu organisieren ist.

Anmerkungen:

a) Die o.g. Einrichtungen sind durchaus zunehmend an einer Kooperation mit musikalischen Angeboten durch die Städtische Musikschule Braunschweig interessiert. Vor dem Hintergrund des umzusetzenden Ganztagsbetriebs von Schulen ab 2026 wird erwartet, dass diese Nachfrage steigen wird. Die Städtische Musikschule Braunschweig wird jedoch aufgrund ihres ausgeschöpften Stellenplans und mangelnden Kooperationsbudgets die Kooperationen nicht ausbauen können.

b) Die Nachfrage und die Beschulung in eigenen Gebäuden (sog. Kernbereich) wird weiterhin sehr gut angenommen. Es ist zudem ein Anstieg der Anmeldungen in der Musikalischen Früherziehung zu verzeichnen. Die Warteliste beträgt am 21.12.2022 ca. 800 Anmeldungen.

- A 007 -

FDP-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
Diverse / FB 41
Produkt
5S.410013

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2023/2024

Text:

Beabsichtigt die Stadtverwaltung, weiterhin am Konzept der Bücherschränke in der derzeitigen Form festzuhalten? Gibt es Bestrebungen, von den bisherigen Vorgaben abzuweichen und evtl. einfachere Lösungen, z.B. auch Einbauten durch private Dritte, zuzulassen?

Begründung:

2018 ist das Konzept zur stadtweiten Einführung von Bücherschränke (Drs.-Nr. 18-08216) beschlossen worden, das vorsieht, frei zugängliche Büchertauschschränke in einem einheitlichen Design im Stadtgebiet aufzustellen. Die Kosten von damals 3800€ sollen die Stadtbezirksräte aus ihrem Budget bestreiten.
Mittlerweile sind die Kosten auf 7500€ angestiegen (siehe kürzlicher Beschluss im SBR Östliches Ringgebiet). Das Konzept erlaubt aber keine kostengünstigen Eigenbau-Initiativen, ausrangierte Telefonzellen oder Kooperationen bspw. mit Berufsschulen.

Bücherzellen sind ein wertvoller Beitrag zu kultureller Teilhabe, durch sie sind Bildung und Literatur für jeden niedrigschwellig erhältlich. Ihr Aufbau sollte nicht an starren Vorgaben und dadurch hohen Preisen scheitern.

gez. Lehmann

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dez./Ref./FB 41
41.1

Datum: 03.01.2023

Beantwortung der Anfrage Nr. A 007 der
FDP-Fraktion **zum Haushalt 2023/2024**

Text:

Beabsichtigt die Stadtverwaltung, weiterhin am Konzept der Bücherschränke in der derzeitigen Form festzuhalten? Gibt es Bestrebungen, von den bisherigen Vorgaben abzuweichen und evtl. einfachere Lösungen, z.B. auch Einbauten durch private Dritte, zuzulassen?

Begründung:

2018 ist das Konzept zur stadtweiten Einführung von Bücherschränke (Drs.-Nr. 18-08216) beschlossen worden, das vorsieht, frei zugängliche Büchertauschschränke in einem einheitlichen Design im Stadtgebiet aufzustellen. Die Kosten von damals 3800€ sollen die Stadtbezirksräte aus ihrem Budget bestreiten.
Mittlerweile sind die Kosten auf 7500€ angestiegen (siehe kürzlicher Beschluss im SBR Östliches Ringgebiet). Das Konzept erlaubt aber keine kostengünstigen Eigenbau-Initiativen, ausrangierte Telefonzellen oder Kooperationen bspw. mit Berufsschulen. Bücherzellen sind ein wertvoller Beitrag zu kultureller Teilhabe, durch sie sind Bildung und Literatur für jeden niedrigschwellig erhältlich. Ihr Aufbau sollte nicht an starren Vorgaben und dadurch hohen Preisen scheitern.

Antwort:

Wie in der Anfrage dargestellt haben die politischen Gremien im Jahr 2018 dem Verfahrensvorschlag der Verwaltung zur Errichtung eines einheitlichen Bücherschrankmodells im gesamten öffentlichen Stadtraum aus stadtgestalterischen Gesichtspunkten zugestimmt. Die Produktionskosten des entwickelten Modells waren im Jahr 2018 im Vergleich zu anderen seinerzeit existierenden vorgefertigten Modellen günstiger als es der Kauf solcher Modelle gewesen wäre. Gleichzeitig bedeutete die Fertigung des zum Einsatz gelangenden "Braunschweiger" Modells auf der Grundlage entsprechender Konstruktions- und Sicherheitsprüfungen die Voraussetzung für die Übernahme der Verkehrssicherungspflicht durch die Verwaltung für sämtliche aufzustellenden Bücherschränke im öffenlichen Raum.

Dies vorausgeschickt nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:
Der Kalkulation für die Fertigungskosten eines Bücherschrankes lagen 2018 belastbare Ausschreibungsangaben zu Material - und Personalkosten zugrunde, die eine Gesamtkalkulation von rd. 3.800 € ergaben. In diese Kosten waren zukünftige Teuerungsraten nicht einkalkuliert.

Im Rahmen der aktuellen Ausschreibung aus dem Jahr 2022 für weitere Bücherschränke wurde eine leichte konstruktive Modifizierung der Schränke, die etwas größer und für Menschen mit Handycap teilweise leichter zugänglich geworden sind, einkalkuliert. Diese relativ überschaubaren Änderungen sind jedoch nicht der Hauptgrund für die sehr umfangreichen Preissteigerungen.

Hauptursache sind die Preissteigerungen im Bereich Stahl und Energie. Auch die

Produktionskosten für die eingebauten Glas-Bestandteile sind extrem gestiegen. Überdies sind Energie- und Personalkosten deutlich gestiegen, so dass es bei der Verarbeitung des Ausgangsproduktes zusätzliche Preissteigerungen gab. Das aktuelle Ausschreibungsergebnis liegt allein für den Metallbauer bei 5.200 € pro Bücherschrank. Hinzu kommen noch Kosten für Fundament, Pflasterarbeiten und anteilige Personalkosten für Errichtung.

Aus stadtgestalterischer Sicht ist es nach wie vor anzustreben, dass ein einheitliches, möglichst wertiges Design von Bücherschränken auf öffentlicher Fläche vorherrscht. "Eigenbau-Modelle" könnten ein solches einheitlicher Erscheinungsbild aller Voraussicht nach nicht garantieren, daher spricht sich die Verwaltung dagegen aus, ein anderes als das derzeit im Einsatz befindliche Modell im öffentlichen Raum aufzustellen.

Individuelle Eigenbaulösungen, die (oftmals zeitlich befristet) auf privater Fläche errichtet werden, existieren im Stadtraum und sind der Verwaltung bekannt. Sie stehen jedoch in privater Trägerschaft und Verantwortung, für sie gilt die Verkehrssicherungsübernahme durch die Verwaltung nicht.

I. V.

Prof. Dr. Hesse

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 008 -

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
51 / FB 51
Produkt
1.36.3650.01.06

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2023/2024

Text:

Kindertagespflege

Nach Planung der Stadt Braunschweig sollen 30 % der Betreuungsplätze für unter 3-jährige dauerhaft durch Kindertagespflege abgedeckt werden. Umso wichtiger ist es, angesichts des Fachkräftemangels die in der Kindertagespflege tätigen Personen (KTPPS) auch zu halten. Wesentlich dafür ist auch eine angemessene, leistungsgerechte und existenzsichere Bezahlung.

Kindertagespflege ist gesetzlich der Betreuung in Kindertagesstätten gleichgestellt, hat in den letzten Jahren auch durch das Niedersächsisches Gesetz über Kindertagesstätten und Kindertagespflege (NKitaG) eine Aufwertung erfahren. Gleichzeitig werden in diesem Gesetz auch höhere Anforderungen an Tagespflegepersonen mit einem zusätzlichen Leistungsaufwand außerhalb der eigentlichen Betreuungszeit gestellt (z. B. Elternarbeit, 24 Stunden verpflichtende Fortbildung pro Jahr). Bis zum heutigen Tag werden in Braunschweig im Gegensatz zu den meisten anderen Kommunen aber nur die reine Betreuungszeit und keine Ausfallzeiten für Urlaub oder Krankheit bzw. Fortbildungszeiten bezahlt. Braunschweig gehört nach unseren Recherchen damit zu der Minderheit von Kommunen in Deutschland, die noch keine Ausfallzeiten bezahlen.

Wir fragen deshalb die Verwaltung

1. Wieso erfolgt in Braunschweig im Gegensatz zu den meisten anderen Kommunen keine Bezahlung betreuungsfreier Zeiten? (Ausfallzeiten bezahlen z. B. Wolfenbüttel, Wolfsburg, Gifhorn, Helmstedt, Hildesheim, Göttingen bei durchaus vergleichbaren Stundensätzen für die Betreuung)

2. Wie hoch wäre der Finanzbedarf, wenn ab 2024 eine Dynamisierung der Leistungsentgelte erfolgen würde, wie es bei den Kitas üblich ist?

3. Nach dem NKitaG dürfen Großtagespflegestellen statt maximal 10 nur noch 8 Kinder betreuen, wenn mehr als 3 Kinder unter 2 Jahren sind. Da das oft der Regelfall ist, kommt die Neuregelung quasi einer bis zu 20-prozentigen Kürzung des Einkommens gleich. Ist geplant, diese Kürzung der Entgeltmöglichkeit aufzufangen?

Begründung:

erfolgt mündlich.

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

gez. Lisa-Marie Jalyschko, Helge Böttcher

Unterschrift

FB 51
51.4

Datum: 22.12.2022

Beantwortung der Anfrage Nr. A 008 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen **zum Haushalt 2023/2024**

Text:

Kindertagespflege

Nach Planung der Stadt Braunschweig sollen 30 % der Betreuungsplätze für unter 3-jährige dauerhaft durch Kindertagespflege abgedeckt werden. Umso wichtiger ist es, angesichts des Fachkräftemangels die in der Kindertagespflege tätigen Personen (KTPPS) auch zu halten. Wesentlich dafür ist auch eine angemessene, leistungsgerechte und existenzsichere Bezahlung.

Kindertagespflege ist gesetzlich der Betreuung in Kindertagesstätten gleichgestellt, hat in den letzten Jahren auch durch das Niedersächsisches Gesetz über Kindertagesstätten und Kindertagespflege (NKitaG) eine Aufwertung erfahren. Gleichzeitig werden in diesem Gesetz auch höhere Anforderungen an Tagespflegepersonen mit einem zusätzlichen Leistungsaufwand außerhalb der eigentlichen Betreuungszeit gestellt (z. B. Elternarbeit, 24 Stunden verpflichtende Fortbildung pro Jahr). Bis zum heutigen Tag werden in Braunschweig im Gegensatz zu den meisten anderen Kommunen aber nur die reine Betreuungszeit und keine Ausfallzeiten für Urlaub oder Krankheit bzw. Fortbildungszeiten bezahlt. Braunschweig gehört nach unseren Recherchen damit zu der Minderheit von Kommunen in Deutschland, die noch keine Ausfallzeiten bezahlen.

Wir fragen deshalb die Verwaltung

1. Wieso erfolgt in Braunschweig im Gegensatz zu den meisten anderen Kommunen keine Bezahlung betreuungsfreier Zeiten? (Ausfallzeiten bezahlen z. B. Wolfenbüttel, Wolfsburg, Gifhorn, Helmstedt, Hildesheim, Göttingen bei durchaus vergleichbaren Stundensätzen für die Betreuung)

2. Wie hoch wäre der Finanzbedarf, wenn ab 2024 eine Dynamisierung der Leistungsentgelte erfolgen würde, wie es bei den Kitas üblich ist?

3. Nach dem NKitaG dürfen Großtagespflegestellen statt maximal 10 nur noch 8 Kinder betreuen, wenn mehr als 3 Kinder unter 2 Jahren sind. Da das oft der Regelfall ist, kommt die Neuregelung quasi einer bis zu 20-prozentigen Kürzung des Einkommens gleich. Ist geplant, diese Kürzung der Entgeltmöglichkeit aufzufangen?

Begründung:

erfolgt mündlich.

Antwort:

Zu 1: In BS sind mit Ausnahme der im Haushalt von Eltern beschäftigten Kinderbetreuer/-innen alle Kindertagespflegepersonen (KTPP) selbständig. Es gehört zu den rechtlichen Kernmerkmalen der Selbständigkeit, dass nur die tatsächliche Leistung abgerechnet wird. Zudem haben sich die Kriterien der Scheinselbständigkeit in den letzten Jahren kontinuierlich weiterentwickelt/verschärft. Die Verwaltung bietet daher an, ggfs. erneut ein Statusfeststellungsverfahren bei der Deutschen Rentenversicherung unter Berücksichtigung von bezahltem Urlaub und Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall zu veranlassen.

Zu 2: Eine Dynamisierung der Leistungsentgelte ist von der Verwaltung für 2024 nicht vorgesehen. Mit der Anpassung der Leistungsentgelte ab 01.01.2023 durch den Ratsbeschluss DS 22-19983 wurde eine Steigerung für den Gesamtzeitraum 2023 bis 2024 eingepreist. Die nächste Steigerung sollte, vorbehaltich der Ergebnisse der Evaluation, frühestens ab 01.01.2025 erfolgen. Die Personalkostenanteile im Rahmen der Förderung der Kindertagesstätten freier Träger werden jährlich um den Prozentsatz, um den sich die Vergütungen im Erziehungsdienst nach TVöD verändern, dynamisiert. Bei einer angenommenen Tarifsteigerung von 4% ab dem 01.01.2024 würde eine entsprechende Dynamisierung des Betrages zur Anerkennung der Förderleistung gem. § 23 Abs. 2 Nr. 2 SGB VIII jährliche Mehrkosten von rd. 350.000 € bedeuten.

Zu 3: Es handelt sich um eine landesrechtliche Regelung. Die KTPP können eine Kürzung durch Berücksichtigung einer guten Altersdurchschmischung bei Aufnahme der Kinder eigenständig vermeiden.

Albinus

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 009 -

FDP-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
20(65) / FB 65 (FB 41)
Produkt
5E.210022

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2023/2024

Text:
Für die Planung eines Musikschulneubaus sind für die Jahre 2022 und 2023 jeweils 250.000 Euro im Haushalt zu finden. Welche Mittel sind für den Neubau selbst vorgesehen und wo ist diese Angabe im Haushalt zu finden?

Begründung:

gez. Lehmann

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dez. VIII
FB 65

Datum: 22.12.2022

Beantwortung der Anfrage Nr. A 009 der
FDP-Fraktion **zum Haushalt 2023/2024**

Text:

Für die Planung eines Musikschulneubaus sind für die Jahre 2022 und 2023 jeweils 250.000 Euro im Haushalt zu finden. Welche Mittel sind für den Neubau selbst vorgesehen und wo ist diese Angabe im Haushalt zu finden?

Begründung:

ohne

Antwort:

Die im Projekt 3E.210022 eingeplanten Haushaltsmittel werden eingesetzt, sobald ein geeigneter Standort für einen Neubau der städt. Musikschule gefunden ist.

Haushaltsmittel für die weitere Ausplanung und Durchführung des Neubaus werden von der Verwaltung eingeplant, sobald ein geeignetes Grundstück vorhanden ist und hierfür ein ausreichend detaillierter Projektentwicklungsstand vorliegt, welcher eine erste grobe Kostenannahme ermöglicht.

I. V.

Herlitschke

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 010 -

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
68 / FB 68
Produkt
1.56.5610.12

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2023/2024

Text:
Die Verwaltung wird gebeten, zur Haushaltssitzung des Umwelt- und Grünflächenausschusses am 25. Januar 2023 eine komplette Liste mir den in 2022 geföderten Maßnahmen aus dem Produkt "Förderung von Umweltorganisationen" (1.56.5610.12, "Ökotopf") vorzulegen.

Begründung:
Die Förderung von Umweltorganisationen und Verbänden ist ein wichtiger Baustein für die Erreichung der Ziele im Bereich Umwelt-, Klima- und Biodiversität in der Stadt Braunschweig. In den Jahren 2021 und 2022 standen hierfür jeweils 150.000 € zur Verfügung. Der Entwurf des Haushaltsplans der Jahre 2023 und 2024 sieht demgegenüber eine Reduzierung dieses Ansatzes vor. Unseren Informationen nach wurde der sog. Ökotopf in den Vorjahren ausgeschöpft. Dies spricht dagegen, die dort veranschlagten Mittel zu kürzen. Im Gegenteil wäre eine deutliche Erhöhung aus unserer Sicht geboten, um die wertvolle und zumeist ehrenamtliche Arbeit, die mit diesen Geldern unterstützt wird, zur Erreichung der Ziele in den oben genannten Feldern intensivieren zu können.

gez. Lisa-Marie Jalyschko, Helge Böttcher

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

FB 68 Datum: 11.01.2023
Abt./Stelle/Az.:

Beantwortung der Anfrage Nr. A_010 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen **zum Haushalt 2023/2024**

Text:

Die Verwaltung wird gebeten, zur Haushaltssitzung des Umwelt- und Grünflächenausschusses am 25. Januar 2023 eine komplette Liste mir den in 2022 geföderten Maßnahmen aus dem Produkt "Förderung von Umweltorganisationen" (1.56.5610.12, "Ökotopf") vorzulegen.

Begründung:

Die Förderung von Umweltorganisationen und Verbänden ist ein wichtiger Baustein für die Erreichung der Ziele im Bereich Umwelt-, Klima- und Biodiversität in der Stadt Braunschweig. In den Jahren 2021 und 2022 standen hierfür jeweils 150.000 € zur Verfügung. Der Entwurf des Haushaltsplans der Jahre 2023 und 2024 sieht demgegenüber eine Reduzierung dieses Ansatzes vor.
Unseren Informationen nach wurde der sog. Ökotopf in den Vorjahren ausgeschöpft. Dies spricht dagegen, die dort veranschlagten Mittel zu kürzen. Im Gegenteil wäre eine deutliche Erhöhung aus unserer Sicht geboten, um die wertvolle und zumeist ehrenamtliche Arbeit, die mit diesen Geldern unterstützt wird, zur Erreichung der Ziele in den oben genannten Feldern intensivieren zu können.

Antwort:

Mit der Anfrage A_010 zum Haushalt 2023/2024 hat die Fraktion Bündnis90/Die Grünen die Verwaltung gebeten, eine komplette Liste mit den in 2022 geförderten Maßnahmen aus dem Produkt "Förderung von Umweltorganisationen" (1.56.5610.12, "Ökotopf") vorzulegen.

Die entsprechende Liste ist als Anlage beigefügt.

Über die Förderrichtlinie für Gewässer- und Naturschutz sowie Klima (Ökotopf) wurden im Jahr 2022 Zuwendungen in Höhe von insgesamt 150.319,85 € bewilligt. Diese teilen sich auf in institutionelle Förderungen mit einer Förderhöhe von insgesamt 96.400 € und in Projektförderungen mit einer Förderhöhe von insgesamt 53.919,85 €.
Weiterhin entsprachen einige Förderanträge bzw. -anfragen nicht den Voraussetzungen der Richtlinie und waren dementsprechend abzulehnen.
Da die neuen Förderbedingungen und -möglichkeiten der im Jahr 2022 aktualisierten Förderrichtlinie, insbesondere die Erweiterung der berechtigten Antragsstellenden z.B. um Initiativen, etwas Zeit brauchten, um in der Öffentlichkeit präsent zu werden, wird ab dem Jahr 2023 mit einem erhöhten Förderantragsaufkommen gerechnet

Gekeler

Unterschrift (Dez./FBL)

Anlage zur Antwort auf Anfrage A_010

Bewilligte Zuwendungen im Rahmen der Förderrichtlinie für Gewässer- und Naturschutz sowie Klima (Ökotopf)

Zuwendungsempfänger	Zuwendungszweck	bewilligter Zuschuss	Antragstyp
Förderkreis Umwelt- und Naturschutz Hondelage e.V. (FUN)	Institutionelle Förderung (Optimierung Flächenpflege)	20.000,00 €	Institutionell
Förderkreis Umwelt- und Naturschutz Hondelage e.V. (FUN)	Institutionelle Förderung (Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung)	10.000,00 €	Institutionell
Umweltzentrum Braunschweig e.V.	Institutionelle Förderung (Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung)	8.000,00 €	Institutionell
Regionale Energie- und KlimaschutzAgentur e.V. (reka)	Institutionelle Förderung (Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung)	35.000,00 €	Institutionell
BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V.	Institutionelle Förderung (Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung)	18.000,00 €	Institutionell
Transition Town Braunschweig e. V.	Institutionelle Förderung (Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung)	5.400,00 €	Institutionell
Braunschweiger Forum	Herausgabe und Vertrieb der Druckausgabe "Fahrradprogramm 2022"	800,00 €	Projektantrag
Amphibienschutzgruppe	Nachpflanzung von 30 eingegangenen Obstbäumen auf der Streuobstwiese Sandkuhle Waller Weg und Veltenhof-Münzberg	2.370,00 €	Projektantrag
Braunschweigische Landschaft e.V.	Durchführung des Aktionstages "Natur zum Anfassen" am 22.05.2022 (inkl. Werbung und Material)	2.000,00 €	Projektantrag
BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V.	Handwerkzeuge (Akku-Schrauber und Akku-Bohrgerät inkl. Akku und Ladegeräte) für Biotoppflege	1.780,00 €	Projektantrag
BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V.	Anschaffung eines gebrauchten Transportfahrzeugs für die Biotoppflege	12.000,00 €	Projektantrag
Bürgerstiftung Braunschweig	Erstellung von Naturmappen für das Projekt "NaTourkids"	2.000,00 €	Projektantrag
Förderkreis Umwelt- und Naturschutz Hondelage e.V. (FUN)	Erarbeitung eines Pflege und Entwicklungsplans im Hondelager Urwald	5.000,00 €	Projektantrag
Förderkreis Umwelt- und Naturschutz Hondelage e.V. (FUN)	Anschaffung von verschiedenen Werkzeugen und Arbeitsgeräten für Biotoppflegearbeiten	4.960,00 €	Projektantrag
Förderkreis Umwelt- und Naturschutz Hondelage e.V. (FUN) - Waggum	Pflege des Biotops der ehemaligen Kläranlage Waggum - inkl. Beschaffung einer neuen Kettensäge	1.196,00 €	Projektantrag
Jägerschaft Braunschweig e.V.	Beschaffung Motorsäge inkl. Zubehör für Gehölzpflegemaßnahmen in Jagdbezirken im Gebiet der Jägerschaft Braunschweig	1.250,00 €	Projektantrag
NABU Landesverband Niedersachsen e. V.	Druck der 13. Ausgabe "AVES Braunschweig"	1.083,83 €	Projektantrag
Naturschutzgruppe Schuntersiedlung	Beschaffung eines Fledermaus-Detektors sowie Taschen- und Stirnlampen für Artenschutzmaßnahmen	500,00 €	Projektantrag
ökoscouts e.V.	Revitalisierung eines vorhandenen Teichs durch Ausbaggern im JugendUmweltPark	8.092,00 €	Projektantrag
Pro Natur Braunschweig Südwest e.V.	Maschinen- und Werkzeugausstattung für die Biotoppflege in Stiddien und Broitzem	3.490,00 €	Projektantrag
ProWabe e.V.	Errichtung Storchenhorst	948,02 €	Projektantrag
Regionale Energie- und KlimaschutzAgentur e.V. (reka)	Durchführung des "Apfeltags" am 25.09.2022 (inkl. Werbung und Material)	1.500,00 €	Projektantrag
Regionale Energie- und KlimaschutzAgentur e.V. (reka)	Vorbereitung und Durchführung der Gründungsveranstaltung eines Ernährungsrates für Braunschweig (inkl. Anschubfinanzierung zur Einstellung einer wiss. Hilfskraft)	4.950,00 €	Projektantrag
	Gesamtsumme	150.319,85 €	

- A 149 -

BIBS-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
0617 / Ref. 0617
Produkt
5E 00 NEU

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2023/2024

Text:

Im Teilhaushalt Ref. 0617 - Stadtgrün-Planung und Bau ´heißt es zu den Strategischen Zielen 2023-2027 unter Punkt 5: 'Bereitstellung von Kinder- und Jugendplätzen wie auch Neubau und grundlegende Umgestaltung von Außenanlagen an insbes. städtischen Schulen und Kitas als nutzerspezifische Angebote und Orte für Bewegung, Begegnung und Kommunikation in einem familienfreundlichen Braunschweig'. 1)

In den Erläuterungen zu den geplanten Baumaßnahmen findet sich allerdings nur eine Position zu Kinderplätzen ('Spielplatz Ölper / Neueinrichtung, 5E.000009) und gar keine Position zu Jugendplätzen. 2)

Vor diesem Hintergrund fragen wir:

Wo im Doppelhaushalt 2023/2024 finden sich die Investitionen in den Neubau von Kinder- und Jugendplätzen?

Quellen: 1) Haushaltsplanentwurf 2023/2024, Teilhaushalt Referat 0617, Stadtgrün-Planung und Bau, Strategische Ziele 2023-2027, Lfd. Nr. 5, S. 785.
2) Ebd., Erläuterungen zu Zeile 26 (Baumaßnahmen), S. 802.

Begründung:

-

Dr. Bernhard Piest

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Ref. 0617
0617

Datum: 16.01.2023

**Beantwortung der Anfrage Nr. A_149 der
BIBS-Fraktion zum Haushalt 2023/2024**

Text:

Im Teilhaushalt Ref. 0617 - Stadtgrün-Planung und Bau ´heißt es zu den Strategischen Zielen 2023-2027 unter Punkt 5: 'Bereitstellung von Kinder- und Jugendplätzen wie auch Neubau und grundlegende Umgestaltung von Außenanlagen an insbes. städtischen Schulen und Kitas als nutzerspezifische Angebote und Orte für Bewegung, Begegnung und Kommunikation in einem familienfreundlichen Braunschweig'. 1) In den Erläuterungen zu den geplanten Baumaßnahmen findet sich allerdings nur eine Position zu Kinderplätzen ('Spielplatz Ölper / Neueinrichtung, 5E.000009) und gar keine Position zu Jugendplätzen. 2) Vor diesem Hintergrund fragen wir: Wo im Doppelhaushalt 2023/2024 finden sich die Investitionen in den Neubau von Kinder- und Jugendplätzen?
Quellen: 1) Haushaltsplanentwurf 2023/2024, Teilhaushalt Referat 0617, Stadtgrün-Planung und Bau, Strategische Ziele 2023-2027, Lfd. Nr. 5, S. 785. 2) Ebd., Erläuterungen zu Zeile 26 (Baumaßnahmen), S. 802.

Begründung:

-

Antwort:

Im Teilhaushalt des Referates 0617, nach Umbenennung nunmehr das Referat für Grün- und Freiraumplanung, sind lediglich die Neubaumaßnahmen und grundlegende Sanierungen der genannten Kategorie ´Kinder- und Jugendspielflächen´ erfasst, die im eigenen Budget verortet worden sind. Als Einzelprojekt sind diese meist leicht auffindbar, da sie explizit benannt werden wie z.B. der ´Spielplatz Ölper´ (5E.000009) oder aber der unter der Projektbezeichnung ´Bolzplatz Franz-Rosenbruchweg´ (5E.000020) laufende ´Jugendplatz am Domagkweg´. Deren Realisierungen sind in den nächsten Jahren geplant.

Spiel- oder Jugendplätze, die im eigenen Budget über die Erstherstellung im Rahmen von Erschließungsgebieten auf Basis der Vorgaben der B-Pläne hergestellt werden, sind nicht explizit und eigenständig abgebildet, sondern werden unter dem Titel der jeweiligen Baugebiete subsummiert - zusammen mit der Herstellung der öffentlichen Grünflächen, des Verkehrsgrüns und Kompensationsmaßnahmen. Beispiele dafür sind das ´Baugebiet am Pfarrgarten´ oder ´Roselies-Süd`, in denen inzwischen bereits auch Kinderspielflächen und Jugendplätze realisiert worden sind.

Es tauchen zudem auch ganz andere Bezeichnungen auf, wie im Fall des Nordparks, der sich einschließlich eines größeren Jugend- und Kindespielplatzes zzt. noch in der Endherstellung befindet, jedoch unter dem Titel ´Baugebiet Taubenstr./Erschließung Bau´

(5E.000008) geführt wird, da es bei diesem Jugendplatz auch eine Kostenbeteiligung des Investors aus dem benannten Baugebiet gibt. Weiterhin ist über die Haushaltsstelle ´Emsviertel/Wohnumfeldverbesserung´ (5E.000013) die Sanierung eines Jugendplatzes für 2023/2024 geplant, der über diese Haushaltsstelle und unter zusätzlicher Inanspruchnahme von Fördermitteln finanziert wird.

Losgelöst davon liegt die Verantwortung und Federführung für die Herstellung und grundlegende Sanierung weiterer Spiel- und Jugendplätze, die nicht im eigenen Teilhaushalt auftauchen, gleichwohl beim Referat 0617. Das Referat 0617 übernimmt vielfältigste Dienstleisterfunktionen für andere Organisationseinheiten, beispielsweise auch unter Inanspruchnahme von Städtebaufördermitteln für die Städtebauförderung (Teilhaushalt FB 61). Hier sind für die kommenden Jahre im Bereich des Donauviertels zzt. ein Wasserbauspielplatz und die Ergänzung einer Freifläche im Bereich eines vorhandenen Grünzuges mit Spiel- und Aufenthaltsflächen geplant. Gleichzeitig läuft bereits die Vorbereitung unterschiedlichster Außenanlagen mit Kinderspiel im Rahmen der Städtebauförderung. Auch ist an der Lahnstraße gerade ein Jugendplatz in dem gleichen Kontext durch das Referat 0617 hergestellt worden.

Weitere Spiel- und Jugendplätze sind über die Zusammenarbeit mit unterschiedlichsten Investoren abgesichert. Während diese über städtebauliche Verträge verpflichtet sind, meist auch Spiel- und Jugendplätze zu realisieren, agiert das Referat 0617 in diesen Fällen als Projektsteuerer. Solche Verhältnisse gibt es auch zur Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH. Auch hier ist das Referat 0617 entweder projektsteuernd oder direkt tätig, ohne dass dies im eigenen Budget abgebildet ist. Aktuell wird hier im Zuge des Erschließungsgebietes ´Stöckheim-Süd´ durch das Referat 0617 ein Kindespielplatz geplant und im weiteren Verlauf in die Realisierung gebracht. Gleichzeitig gibt es Verpflichtungen für einen Jugendplatz an anderer Stelle.

Bezüglich der Schulaußenanlagen gibt es ein ähnliches Binnenverhältnis zum Referat 0650, über deren Budget sich beim Referat 0617 zzt. 25 Vorhaben zur Herstellung von Außenanlagen an Schulen und Kitas in unterschiedlichsten Planungsphasen befinden.

Lehrmann

_____

Unterschrift (Dez./FBL)

BIBS-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
20 (65) / FB 65 (FB 67)
Produkt
5E. 21 NEU

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2023/2024

Text:

Wann kommen die Schulhöfe mir hoher Sanierungspriorität dran?

Die Schulhofanalyse aus dem Jahr 2021 für die Stadt Braunschweig zeigt auf, dass Schulhöfe zeitgemäßer werden müssen.

Nicht nur steigende SchülerInnenzahlen, sondern auch die Ausweitung der Ganztagsbetreuung sorgen dafür, dass die Anforderungen an Schulhöfe steigen und diese künftig mehr Bewegungsräume, moderne Spielgeräte, Möglichkeiten zur kreativen Entfaltung und auch Ort der Ruhe aufweisen müssen. Auch die gesteigerte Nachfrage nach Spiel und Bewegung in fast allen Braunschweiger Bezirken und die damit verbundene mögliche Öffnung der Schulhöfe auch nach dem Unterricht sorgt dafür, dass viele Schulen in den kommenden Jahren saniert und neu gestaltet werden müssen, um den Bedürfnissen aller Kinder und Jugendlichen werden zu können.

Die Stadt Braunschweig hat zu diesem Zweck eine umfassende Schulhofanalyse in Auftrag gegeben, in der für jeden einzelnen Schulhof in Braunschweig der Sanierungs- und Entwicklungsbedarf identifiziert wird. Viele Schulhöfe in Braunschweig weisen dabei schon zahlreiche Qualitäten auf, die an zeitgemäße Schulgelände gestellt werden. An insgesamt acht Braunschweiger Schulen besteht jedoch erheblicher Verbesserungsbedarf, was die Ausstattung an Spiel-, Bewegungs- und Aufenthaltsqualitäten betrifft. Dazu zählen folgende Schulen: GS Isoldestraße, GS Melverode, GS Schunteraue, Realschule Georg-Eckert-Str., Gymansium Kleine Burg (Außenstelle Leopoldstr.), Wilhelm-Gymnasium (Hauptstelle und Außenstelle), sowie die BBS V (Außenstelle Leonhardstraße).

Die Schulhofanalyse ordnet alle aufgezählten Schulhöfe der ersten Sanierungspriorität zu und erkennt damit die Dinglichkeit der Sanierungen an. Darüber hinaus empfiehlt die Analyse alle empfohlenen Maßnahmen kurz- und mittelfristig bis 2024 umzusetzen.1

Für alle genannten Schulen lassen sich eingeplante Mittel im Haushaltsentwurf der Stadt Braunschweig für die Jahre 2023 und 2024 wiederfinden. So werden unter anderem für die verschiedenen Schulen Finanzmittel zur Erweiterung, zur Sanierung oder zur Einrichtung des Ganztagsbetriebs vorgesehen. Ob auch Mittel für die Sanierung der einzelnen Schulhöfe vorgesehen ist, bleibt in den einzelnen Positionen des Haushaltsentwurfs jedoch unklar.

Daher fragen wir:

1. Welche Mittel werden für welche Schulen zur Sanierung der Schulhöfe im Haushalt 2023/2024 eingeplant?

2. Bis wann sollen die acht aufgezählten Schulhöfe modernisiert werden?

3. Welche spezifischen Maßnahmen zur Verbesserung der Bewegungs- und Aufenthaltsqualität sollen nach den Empfehlungen der Schulhofanalyse umgesetzt werden?

1vgl. Stadt Braunschweig (2021): Schulhofanalye für die Stadt Braunschweig, Bestandsanalyse und Bewertung, S.415.

Begründung:
-

gez. Dr. Bernhard Piest

Unterschrift

Dez. VIII
FB 65/FB 67

Datum: 16.01.2023

Beantwortung der Anfrage Nr. A 150 der
BIBS-Fraktion **zum Haushalt 2023/2024**

Text:

Wann kommen die Schulhöfe mit hoher Sanierungspriorität dran?
Die Schulhofanalyse aus dem Jahr 2021 für die Stadt Braunschweig zeigt auf, dass Schulhöfe zeitgemäßer werden müssen.
…
Daher fragen wir:
1. Welche Mittel werden für welche Schulen zur Sanierung der Schulhöfe im Haushalt 2023/2024 eingeplant?
2. Bis wann sollen die acht aufgezählten Schulhöfe modernisiert werden?
3. Welche spezifischen Maßnahmen zur Verbesserung der Bewegungs- und Aufenthaltsqualität sollen nach den Empfehlungen der Schulhofanalyse umgesetzt werden?

Begründung:

ohne

Antwort:

Die Schulhofanalyse aus dem Jahr 2021 stellt die Sanierungsbedarfe und mögliche Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung der Braunschweiger Schulhöfe dar und ist damit eine wichtige Arbeitsgrundlage für die Verwaltung. Dennoch können die Ergebnisse nicht uneingeschränkt umgesetzt werden, sondern müssen aufgrund dynamischer Prozesse und veränderter Gegebenheiten (z.B. Zunahme der Schülerzahlen, Ausbau des Ganztagsbetriebes und damit einhergehender Notwendigkeit entsprechender Infrastruktur) immer wieder kritisch hinterfragt und angepasst werden. Die Ergebnisse sind somit als Vorschläge nicht aber als zwingende Handlungsanweisungen zu verstehen.
Dies vorangestellt beantwortet die Verwaltung die Anfrage wie folgt:

GS Isoldestraße: Die Schule wird erweitert und grundlegend saniert. Die Gesamtkosten betragen 14,5 Mio. € (vgl. Vorlagen 18-08201 und 21-16637). Von den Gesamtkosten entfallen rund 960.000 € auf die Außenanlagen. Beide Schulhofbereiche werden für die inklusive Nutzung hergerichtet und an den Erweiterungsbau angepasst. Die Schulhöfe werden im Rahmen der Gesamtmaßnahme voraussichtlich zu Ostern 2025 fertiggestellt.

GS Melverode: Die Schule wird für den Ganztagsbetrieb hergerichtet und anschließend saniert. Die Gesamtkosten betragen 15 Mio. € (vgl. Vorlage 21-17384). Hiervon entfallen rund 672.000 € auf die Außenanlagen. Während der in drei Bauabschnitte aufgeteilten Gesamtmaßnahme, die voraussichtlich 2027 fertiggestellt sein wird, müssen auf dem östlichen Schulhof Interimscontainer aufgestellt werden, weil es für den Bauablauf

erforderlich ist, ganze Gebäudeteile gleichzeitig zu sanieren und leerzuziehen.
Der Schulhof Süd wird im dritten Bauabschnitt (2025-2026) saniert. Der Schulhof Ost wird nach dem Rückbau der Container im Anschluss an die Gebäudesanierung voraussichtlich im Jahr 2027 fertiggestellt. Der nordöstliche Teil des Schulhofgeländes wird in dieser Maßnahme wegen des anstehenden Sporthallenneubaus nicht berücksichtigt. Im nordwestlichen Teil (Eingangsbereich) werden nur Instandhaltungsmaßnahmen durchgeführt. Die Grundleitungen werden im Zuge der Sanierung erneuert.

GS Schunteraue: An der Grundschule Schunteraue sind im Rahmen des Ausbaus des Ganztagsbetriebs umfangreiche Hochbau- und Erweiterungsmaßnahmen geplant. Weiterhin ist eine Prüfung der Grundleitungen im Bereich der bestehenden Gebäude erforderlich. Erst nach Abschluss dieser hoch- und tiefbaulichen Maßnahmen ist es sinnvoll den befestigten Schulhofbereich umzugestalten. Aussagen zur zeitlichen Umsetzung dieser Maßnahme können derzeit nicht getroffen werden, eine kurzfristige Umsetzung bis 2024 scheint jedoch nicht realisierbar.
Dies betrifft allerdings nicht den Ersatz und die Erneuerung der Großspielgeräte im hinteren Teil des Schulgrundstücks. Der Bedarf dieser Maßnahme wurde bereits festgestellt, allerdings in den letzten zwei Jahren zurückgestellt, da nicht bekannt war, in welchem Teil des Schulgrundstückes die oben beschriebene Hochbaumaßnahme ausgeführt werden sollte. Vorbehaltlich zur Verfügung stehender personeller Ressourcen könnte die Maßnahme für die Erneuerung der Spielgeräte im Verlauf des Jahres 2023 angestoßen werden.

RS Georg-Eckert-Straße: Die Schulhofanalyse weist für die Realschule Georg-Eckert-Straße keine dringenden Sanierungstätigkeiten im Außenbereich auf, obgleich der Schulhof für qualitative Aufwertungsmaßnahmen einen großen Bedarf aufweist. Es wird geprüft, inwieweit der Schulhof durch geeignete Maßnahmen aufgewertet werden kann. In Abhängigkeit zur Verfügung stehender Haushaltsmittel und Personals könnten mögliche Maßnahmen im Zeitraum 2023-2024 umgesetzt werden.

Gymnasium Kleine Burg (Außenstelle): Derzeit wird von der Verwaltung ein Raumprogramm sowohl für den Außenstandort als auch für den Hauptstandort erstellt. Nach Finalisierung des Raumprogramms kann eine Entscheidung über die Gestaltung und Sanierung der Schulhöfe getroffen werden. Aus diesem Grund sind derzeit keine umfassenden Aufwertungs- und Sanierungsmaßnahmen für diesen Schulhof geplant.

Wilhelm-Gymnasium: Der Schulhof des Wilhelm-Gymnasiums (Hauptstelle) wurde im letzten Jahr in Teilen neu asphaltiert und Unfallgefahren damit beseitigt. Zudem erhielt die Schule einen Bootsanleger inkl. der Erneuerung der Treppenanlage. Weiterhin wurde der Schulgarten umfangreich saniert und durch ein neues grünes Klassenzimmer zusätzlich aufgewertet. Weitere Maßnahmen sind zunächst nicht in Planung, da ein neues Gebäude auf dem Schulgelände entstehen soll. Die Gestaltung des anliegenden Schulhof- und Pausenbereiches wird sich daran anschließen.
Auf dem Schulhof der Außenstelle des Wilhelm-Gymnasiums wurde ebenfalls in großen Teilen neu asphaltiert, um akute Unfallgefahren zu beseitigen. Im Rahmen des Schulsanierungsprogramms wurden auf dem Schulhof Interimscontainer für den Unterricht aufgestellt. Im Nachgang des Sanierungsprogramms und Entfernung der Containeranlage soll auf dem Schulaußengelände eine 2-fach Sporthalle errichtet werden. Nach Abschluss dieser Maßnahme und nach Prüfung sowie ggf. Sanierung der Grundleitungen könnte eine Schulhofumgestaltung mit einer Verbesserung der Bewegungs- und Aufenthaltsqualität erfolgen. Ein Zeitpunkt zur Umsetzung kann jedoch derzeit nicht benannt werden.

BBS V (Außenstelle Leonhardtstraße): Die Außenstelle der BBS V in der Leonhardtstraße wird nach derzeitigem Stand als Schulstandort aufgegeben. Daher sind keine umfassenden Sanierungen, die über die Beseitigung von Unfallgefahren hinausgehen, geplant.

Die für die letztgenannten sechs Schulen in den folgenden Haushaltsjahren eingeplanten Mittel sind für dringende Brandschutzmaßnahmen, WC-Sanierungen, allgem. Gebäudesanierungen und Erweiterungen im Zusammenhang mit der Wiedereinführung des Abiturs nach 13 Schuljahren (G8/G9) vorgesehen.

I. V.

Herlitschke

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 176 -

Die FRAKTION. - DIE LINKE, Volt, Die PARTEI
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
Allg. Finanzwirtschaft / FB 20
Produkt
1.61.6120.01

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2023/2024

Text:
1. In welchen Teilhaushalten und in welcher Höhe werden für die Jahre 2023 und 2024 jeweils globale Minderausgaben von der Verwaltung vorgeschlagen? 2. Welche konkreten Bereiche sind davon betroffen?

Begründung:
Derzeit ist unklar, für welche Teilhaushalte & Fachbereiche und in jeweils welcher Höhe globale Minderausgaben von der Verwaltung vorgeschlagen werden. Lediglich die gesamte Höhe der globalen Minderausgaben, 16 Mio. € in 2023 und 11 Mio. € in 2024, wurde bisher bekannt. Die Betrachtung der Haushaltsplanungen für die vergangenen Jahre lässt allenfalls vage Vermutungen zu, in welchen Teilhaushalten & Fachbereichen diese globalen Minderausgaben eingeplant sein könnten. Zur qualifizierten Beurteilung der Auswirkungen der globalen Minderausgaben ist es notwendig zu verstehen, welche Teilhaushalte & Fachbereiche von den globalen Minderausgaben betroffen sein werden.

gez. Kai Tegethoff

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dez. VII
20.11

Datum: 27.02.2023

Beantwortung der Anfrage Nr. A 176 der
Gruppe Die Fraktion. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI zum Haushalt 2023/2024

Text:

1. In welchen Teilhaushalten und in welcher Höhe werden für die Jahre 2023 und 2024 jeweils globale Minderausgaben von der Verwaltung vorgeschlagen?

2. Welche konkreten Bereiche sind davon betroffen?

Begründung:

Derzeit ist unklar, für welche Teilhaushalte & Fachbereiche und in jeweils welcher Höhe globale Minderausgaben von der Verwaltung vorgeschlagen werden. Lediglich die gesamte Höhe der globalen Minderausgaben, 16 Mio. € in 2023 und 11 Mio. € in 2024, wurde bisher bekannt. Die Betrachtung der Haushaltsplanungen für die vergangenen Jahre lässt allenfalls vage Vermutungen zu, in welchen Teilhaushalten & Fachbereichen diese globalen Minderausgaben eingeplant sein könnten. Zur qualifizierten Beurteilung der Auswirkungen der globalen Minderausgaben ist es notwendig zu verstehen, welche Teilhaushalte & Fachbereiche von den globalen Minderausgaben betroffen sein werden.

Antwort:

Zur Verminderung der im Haushalt der Stadt Braunschweig bestehenden Überplanung sind mit dem Haushaltsentwurf 2023/2024 erste Maßnahmen umgesetzt worden. Diese ersten, in begrenzter Zeit möglichen Maßnahmen reichten jedoch nicht aus, um die seinerzeit angestrebte Ergebniswirkung zu erreichen. Deshalb wurde zusätzlich das Instrument der globalen Minderausgabe eingesetzt. Zu Einzelheiten nehme ich Bezug auf die Ausführungen unter Ziffer 2 des Begründungstextes der Beschlussvorlage Nr. 23-20653. Hierzu und auch zu den Besonderheiten der globalen Minderausgaben wird zudem auf die Textziffer 1 des Vorberichts zum Haushaltsentwurf 2023/2024, Untertextziffer 1.0 verwiesen. Dort steht u. a.:

"2. Vorerst ohne Zuordnung zu einzelnen Teilhaushalten oder Produkten wurden globale Minderausgaben im Haushaltsentwurf vorgesehen. Diese Maßnahme dient auch dem Ziel, das gesetzte Zwischenziel, im Finanzhaushalt positive Salden aus laufender Verwaltungstätigkeit in der Planung auszuweisen, zu erreichen. Spätestens im Rahmen der Bewirtschaftung der jeweiligen Haushaltsjahre müssen die globalen Minderausgaben durch konkrete Einsparungen oder Mehrerträge seitens der Budget-bewirtschaftenden Organisationseinheiten ersetzt werden."

Dies vorausgeschickt werden die Fragen wie folgt beantwortet:

Zu 1:

Im Entwurf des Doppelhaushalts 2023/2024 sind die im Begründungstext genannten globalen Minderausgaben im Teilhaushalt „Allgemeine Finanzwirtschaft“ beim Produkt 1.61.6120.01 - Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft - beim Sachkonto 449120 - Andere sonstige ordentliche Aufwendungen - in der gesamten Höhe von 16,0 Mio. € bzw.

11,0 Mio. € eingeplant.

Zu 2:

Dies ergibt sich erst im Rahmen der Bewirtschaftung des Haushaltsplans.

Wie unter "zu 1." beschrieben, ist die Veranschlagung der globalen Minderausgaben vorerst ohne Zuordnung zu den übrigen Teilhaushalten oder Produkten erfolgt.

Die Vorüberlegungen für die konkrete Umsetzung des Einsparziels sind noch nicht abgeschlossen. Favorisiert wird eine sogenannte Sachkostensperre. Danach werden noch zu ermittelnde Teilbeträge der im Haushaltsplan ausgewiesenen Sachaufwendungen in den einzelnen Teilhaushalten zurückgehalten. Bei der Ermittlung der Sperrvolumina würden nicht ausschließlich die Aufwandsansätze, sondern auch die Erträge berücksichtigt werden. Die Budget-bewirtschaftenden Organisationseinheiten würden gehalten sein, in eigener Verantwortung die verbleibenden Budget-Mittel unter Ausnutzung geeigneter Einsparmaßnahmen und über Prioritätensetzungen so einzusetzen, dass eine pflichtgemäße Aufgabenerfüllung gesichert bliebe. Eine Beibehaltung des bisherigen Umsetzungsstandards könnte aber ausdrücklich nicht zugesichert werden. In diesem Zusammenhang wird deutlich darauf hingewiesen, dass - losgelöst von der bisherigen Überplanung - die Umsetzungsstandards angesichts der veränderten Rahmenbedingungen hinterfragt werden sollten.

Eine Sachkostensperre kann einen Beitrag dazu leisten, dass weniger Haushaltsreste entstehen.

Die Verwaltung wird den Rat zu gegebener Zeit darüber informieren, bei welchen Ansätzen die Einsparungen erbracht wurden.

gez. Geiger

Unterschrift (Dez./FBL)

Finanz**un**wirksame Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2023/2024

Der FPDA hat über alle Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt.

Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich den Fachausschussempfehlungen an.

Abstimmungsergebnis: 10 / 0 / 1

Stand: 13. März 2023

FU 011 -

SPD-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
40 / FB 40
Produkt / Kostenart
1.25.2732.02 / 431810

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2023/2024

Überschrift
Arbeit und Leben

Beschlussvorschlag
Die der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben gewährte institutionelle Förderung wird dauerhaft inhaltlich ausgeweitet auf Schulabschlusskurse - also ohne Festlegung oder Beschränkung auf Hauptschulabschlusskurse (HSA-Kurse). Die Bezeichnung im Vorbericht des Haushalts beim Teilhaushalt 40 unter der Produktnummer 1.25.2732.02 wird dementsprechend geändert von "Arbeit u. Leben, HSA-Kurse" in "Arbeit und Leben - Nachträglicher Erwerb von Schulabschlüssen".

Begründung
Die Bildungsvereinigung Arbeit und Leben bietet seit 1978 Kurse zum Nachholen des externen Haupt- oder Realschulabschlusses an. Ein allgemeingültiger Schulabschluss stellt die Grundvoraussetzung für den erfolgreichen Einstieg in eine berufliche Aus- oder Weiterbildung dar. Jedes Jahr zum Schuljahresbeginn beginnen neue Kurse im zweiten Bildungsweg. Die Stadt Braunschweig fördert bereits seit mehreren Jahrzehnten die Hauptschulabschlusskurse (HSA-Kurse) von Arbeit und Leben. Für die meisten Ausbildungsplätze wird heutzutage mindestens ein Realschulabschluss verlangt. Dementsprechend hat sich der Schwerpunkt der Nachfrage nach Schulabschlusskursen bei Arbeit und Leben von HSA-Kursen auf Realschulabschlusskurse verlagert. Die Schulabschlusskurse von Arbeit und Leben stellen unverändert einen immens wichtigen Baustein des zweiten Bildungsweges dar. Daher soll die Zweckbindung der kommunalen Förderung ab 2023 entsprechend angepasst werden.

Gez. Christoph Bratmann

Unterschrift

FU 011 -

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
SchA am 27.01.2023	16	0	0	**X**	
FPDA am 02.03.2023				**X**	

- FU 012 -

Die FRAKTION. - DIE LINKE, Volt, Die PARTEI
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit 0500 / Sozialreferat
Produkt / Kostenart 1.31.3119.X0

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2023/2024

Überschrift
strategisches Ziel Sozialreferat ändern

Beschlussvorschlag
Das strategische Ziel 4 des Sozialreferates: Erstellung einer Integrierten Sozialberichterstattung zur Schaffung von datenbasierten Grundlagen zur Steuerung der kommunalen Sozialstrukturen wird folgendermaßen geändert: Erstellung einer jährlichen Integrierten Sozialberichterstattung zur Schaffung von datenbasierten Grundlagen zur Steuerung der kommunalen Sozialstrukturen.

Begründung
Seit Jahren erfolgt die Erstellung von Sozialdaten nur unregelmäßig. Das soll sich ändern.

gez. Kai Tegethoff

Unterschrift

- FU 012 -

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AfSG am 18.01.2023	1	9	0		**X**
FPDA am 02.03.2023					**X**

- FU 013 -

Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
50 / FB 50
Produkt
1.31.312X.XX

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2023/2024

Überschrift
Realistische Planung Bedarfsgemeinschaften

Beschlussvorschlag
Der Ansatz der Zahl der Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II wird nicht auf 9.670 abgesenkt, sondern bleibt bei 10.700, wie für das Jahr 2022 angenommen.

Begründung
Im Jahr 2009 gab es 13.380 Bedarfsgemeinschaften in Braunschweig. Ihre Zahl ist bis 2020 gesunken und lag in diesem Jahr bei rund 9.700. In 2020 kam es zu einem Wiederanstieg auf 10.052. Daher wurde die Zahl der Bedarfsgemeinschaften für die Haushalte 2021 mit 11.700 bzw. 2022 mit 10.700 angenommen. Dass im Entwurf die Zahl der Bedarfsgemeinschaften mit dem niedrigsten, jemals erreichten Wert geplant wird, erscheint insbesondere in der derzeitigen Krisensituation als sehr unrealistisch. Eine zu konservative Planung führt dazu, dass selbst die Umsetzung von Bundesgesetzen nur mit Qualitätsabstrichen zu gewährleisten ist. Die Vakanz vieler Stellen verstärkt das Problem. Daher sollte eine realistische Planung angewandt werden.

gez. Kai Tegethoff

Unterschrift

- FU 013 -

Dez./Ref./FB 50
Abt./Stelle/Az.:

Datum: 09.01.2023

Stellungnahme zum Antrag Nr. FU 013 **der**
Gruppe Die Fraktion. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI **zum Haushalt 2023/2024**

Text:

Realistische Planung Bedarfsgemeinschaften
Der Ansatz der Zahl der Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II wird nicht auf 9.670 abgesenkt, sondern bleibt bei 10.700, wie für das Jahr 2022 angenommen.

Begründung:

Im Jahr 2009 gab es 13.380 Bedarfsgemeinschaften in Braunschweig. Ihre Zahl ist bis 2020 gesunken und lag in diesem Jahr bei rund 9.700. In 2020 kam es zu einem Wiederanstieg auf 10.052. Daher wurde die Zahl der Bedarfsgemeinschaften für die Haushalte 2021 mit 11.700 bzw. 2022 mit 10.700 angenommen. Dass im Entwurf die Zahl der Bedarfsgemeinschaften mit dem niedrigsten, jemals erreichten Wert geplant wird, erscheint insbesondere in der derzeitigen Krisensituation als sehr unrealistisch. Eine zu konservative Planung führt dazu, dass selbst die Umsetzung von Bundesgesetzen nur mit Qualitätsabstrichen zu gewährleisten ist. Die Vakanz vieler Stellen verstärkt das Problem. Daher sollte eine realistische Planung angewandt werden.

Stellungnahme:

Im Rahmen der Ansatzänderungen der Verwaltung wurde eine Mittelaufstockung und Kennzahländerung für 10.427 Bedarfsgemeinschaften vorgesehen.

Nach der derzeit erkennbaren Entwicklung sind 10.427 Bedarfsgemeinschaften für 2023 und 2024 realistitisch.

Der finanzunwirksame Antrag 013 mit 10.700 Bedarfsgemeimschaften ist abzulehnen.

I. V.

Albinus

Unterschrift (Dez./FBL)

- FU 013 -

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AfSG am 18.01.2023					

Der Antrag hat sich erledigt durch den einstimmigen Beschluss zur Kennzahländerung des Wesentlichen Produkts 1.31.3121.10 - Leistungen für Unterkunft und Heizung - im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung.

- FU 014 -

Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
50 / FB 50
Produkt
1.31.31XX.X0

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2023/2024

Überschrift
Realistische Planung Geflüchtete

Beschlussvorschlag
Die Annahme der unterzubringenden Geflüchteten wird für 2023/2024 von den geplanten 820 bzw. 920 Personen auf 3.300 Personen angehoben.

Begründung
In 2016 wurde von einer jährlichen Zuweisung von 1.000 Geflüchteten ausgegangen. Bis 2019 sank die Annahme auf 400. Seitdem werden in der Planung zwar ansteigende Zahlen vermerkt - 2023: 820 und 2024: 920 -, tatsächlich sind diese Zahlen nicht realistisch. Mit der Mitteilung 22-19933 wurde von der Verwaltung mitgeteilt, dass sich die Zuweisung vervierfacht hätte. Dort heißt es: "Nach der zuletzt geltenden Verteilquote - Geltungsdauer vom 1. August 2021 bis Mitte drittes Quartal 2022 - wurden der Stadt Braunschweig seit Sommer 2021 ca. 60 Personen im Monat zugewiesen. Mit Erlass vom 27. September 2022 hat das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport (MI) zur Ausführung des niedersächsischen Aufnahmegesetzes neue Verteilquoten übersandt. Hiernach wird von einer zu verteilenden Personenzahl von insgesamt 70.000 Personen für einen voraussichtlichen Zeitraum von sechs Monaten ausgegangen. Der Festsetzung liegt die Prognose zugrunde, dass in den kommenden sechs Monaten die genannte Zahl an Geflüchteten in Niedersachsen erwartet wird. Für Braunschweig war zunächst eine Verteilquote von 1.636 Personen vorgesehen, die Berechnung wurde mit Schreiben vom 18. Oktober 2022 inzwischen leicht nach unten auf 1.535 Personen korrigiert. Dies würde rechnerisch eine Zuweisung von bis zu 59 Personen wöchentlich bedeuten und entspricht somit einer Vervierfachung der Zuweisungen seit Beginn des Ukrainekrieges im Vergleich zu den Zuweisungszahlen vor Kriegsbeginn." Vor diesem Hintergrund sollte auch die Haushaltsplanung die Realität abbilden.

gez. Kai Tegethoff

Unterschrift

- FU 014 -

Dez./Ref./FB 50
50.2

Datum: 04.01.2023

Stellungnahme zum Antrag Nr. FU 014 **der**
Gruppe Die Fraktion. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI **zum Haushalt 2023/2024**

Text:

Realistische Planung Geflüchtete

Begründung:

In 2016 wurde von einer jährlichen Zuweisung von 1.000 Geflüchteten ausgegangen. Bis 2019
sank die Annahme auf 400. Seitdem werden in der Planung zwar ansteigende Zahlen vermerkt - 2023: 820 und 2024: 920 -, tatsächlich sind diese Zahlen nicht realistisch.
Mit der Mitteilung 22-19933 wurde von der Verwaltung mitgeteilt, dass sich die Zuweisung vervierfacht hätte. Dort heißt es: "Nach der zuletzt geltenden Verteilquote - Geltungsdauer vom 1. August 2021 bis Mitte drittes Quartal 2022 - wurden der Stadt Braunschweig seit Sommer 2021 ca. 60 Personen im Monat zugewiesen. Mit Erlass vom 27. September 2022 hat
das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport (MI) zur Ausführung des niedersächsischen Aufnahmegesetzes neue Verteilquoten übersandt. Hiernach wird von einer
zu verteilenden Personenzahl von insgesamt 70.000 Personen für einen voraussichtlichen Zeitraum von sechs Monaten ausgegangen. Der Festsetzung liegt die Prognose zugrunde, dass in den kommenden sechs Monaten die genannte Zahl an Geflüchteten in Niedersachsen
erwartet wird. Für Braunschweig war zunächst eine Verteilquote von 1.636 Personen vorgesehen, die Berechnung wurde mit Schreiben vom 18. Oktober 2022 inzwischen leicht nach unten auf 1.535 Personen korrigiert. Dies würde rechnerisch eine Zuweisung von bis zu
59 Personen wöchentlich bedeuten und entspricht somit einer Vervierfachung der Zuweisungen seit Beginn des Ukrainekrieges im Vergleich zu den Zuweisungszahlen vor Kriegsbeginn."
Vor diesem Hintergrund sollte auch die Haushaltsplanung die Realität abbilden.

Stellungnahme:

Die aktuelle Verteilquote von 1656 Pesonen für den Zeitraum 27.09.2022 bis Ende des ersten Quartals 2023 wurde nach Mitteilung des MI bereits zu ca. einem Drittel erfüllt.

Somit besteht derzeit eine Restquote von ca. 1000 Personen.

Da Niedersachsen im Vergleich zu anderen Bundesländern bereits überproportional viele Kriegsvertriebene aus der Ukraine aufgenommen hat, erfolgen derzeit keine Zuweisungen aus diesem Personenkreis. Weiterhin zeigt sich, dass es trotz des Winters keinen erhöhten Zustrom von Kriegsvertriebenen ins Bundesgebiet gibt.

Im Rahmen der Haushaltsplanungen sind für die Jahre 2023 und 2024 insgesamt Zahlen für unterzubringende Geflüchtete in Höhe von 2300 Personen vorgesehen. Aufgrund der derzeitigen Lage und den Erfahrungen in den Jahren seit 2016 handelt es sich hier um eine realistische Einschätzung der zu erwartenden Zuweisungen.

Der Antrag ist daher abzulehnen.

Wählen Sie ein Element aus.

Klockgether

Unterschrift (Dez./FBL)

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AVI am 12.01.2023					
AfSG am 18.01.2023					

Der Antrag hat sich erledigt durch den einstimmigen Beschluss zur Kennzahländerung des Wesentlichen Produkts 1.31.31XX,X0 - Aufnahme, Betreuung und Integration von Geflüchteten - im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung.

- FU 015 -

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
50 / FB 50
Produkt
1.31.3154.20

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2023/2024

Überschrift
Wohnraummanagement

Beschlussvorschlag
Die Verwaltung wird beauftragt, Konzeptideen und weitere Instrumente zur Ausweitung des Wohnraummanagements in Braunschweig zu erarbeiten sowie notwendige Ressourcen dafür zu benennen und diese im AfSG und im APH zu präsentieren. Eine Zusammenarbeit mit den Wohnungsbaugenossenschaften ist dabei wünschenswert und in die Konzepterstellung ggf. mit einzubeziehen. Die Verwaltung wird zudem beauftragt, aufzuzeigen, welche zeitlichen und personellen Ressourcen für die Ausarbeitung des Konzeptes benötigt werden, und diese ggf. in den Haushalt 2023/2024 einzustellen.

Begründung
Zahlreiche Kommunen wie Leipzig, München und viele weitere dehnten in den vergangenen Jahren ihre Maßnahmen für ein aktives Wohnraummanagement aus. Es wurden u.a. Wohnungstauschbörsen, Wohnraumberatungsinitiativen sowie Fördermittel für Umzüge eingeführt. Ebenso gibt es mittlerweile einige privatwirtschaftliche Internetplattformen für Wohnungstauschinteressierte. Auch wenn viele Wohnungstausche auf diese Weise in die Wege geleitet werden konnten, zeigte sich in der Vergangenheit, dass die Knappheit von Tauschpartnern, die eine Verkleinerung anstreben, ein limitierender Faktor ist. Richtiger Weise wird im Bericht „Lebenswertes Braunschweig – Altenhilfe- und Pflegeplanung 2020 – 2035 Entwicklungsperspektiven für eine attraktive Stadt“, der auf den Interseiten der Stadt zu finden ist, der Bedarf an Wohnraummanagement an vielen Stellen benannt. Zusammengefasst stellt die Altenhilfe- und Pflegeplanung dar, dass mit Hilfe von Wohnungsmanagement und -beratung Bewohner:innen von zu großen und nicht barrierefreien Wohnungen andere Wohnmöglichkeiten aufgezeigt und vermittelt bekommen können. Durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine sind die Energiepreise in Deutschland um ein Vielfaches gestiegen. Aus diesem Grund stehen viele Menschen vor der Herausforderung, die Nebenkosten ihrer Wohnungen noch finanzieren zu können. Naturgemäß hängt die Höhe der Energiekosten mit der Größe des Wohnraumes zusammen. Es ist anzunehmen, dass dies zu vermehrten Bedarfen hin zur Wohnraumverkleinerung führen wird.

- FU 015 -

Umso wichtiger ist es, dass in Braunschweig ein Maßnahmenpool an Wohnungsberatung, -management und -tauschmöglichkeiten zur Verfügung steht. Dazu müssen bisherige Instrumente ausgebaut werden.

gez. Lisa-Marie Jalyschko, Helge Böttcher
Unterschrift

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
zum Antrag auf Passieren lassen					
AfSG am 18.01.2023	10	0	0		

Der Antrag FU 015 der Fraktion Bündnis90/Die Grünen wird nach interfraktionellen Gesprächen ersetzt durch den von der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gestellten Antrag FU 174.

- FU 174 -

SPD Fraktion und Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
50 / FB 50
Produkt
1.31.3154.20

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2023/2024

Überschrift
Wohnraummanagement

Beschlussvorschlag
Die Verwaltung wird beauftragt, eine Plattform für einen vermieter- und eigentümer-übergreifenden Wohnungstausch unter Berücksichtigung der bei den Wohnungsbau-genossenschaften vorhandenen Strukturen und Erfahrungen zu initiieren. Dabei soll mit den Wohnungsbaugenossenschaften zusammengearbeitet werden, um die dort vorhandenen Ressourcen zu bündeln und übergreifend nutzbar zu machen. Interessierte private Vermieter*innen, z.B. Hausverwaltungen etc. sollen perspektivisch ebenfalls integriert werden können. Eine Ausweitung auch auf Eigentumstausch, z.B. durch die Einbindung von Hausverwaltungen und Eigentümergemeinschaften, ist zu prüfen. Die Verwaltung wird zudem beauftragt, aufzuzeigen, welche zeitlichen und personellen Ressourcen für die Ausarbeitung eines solchen Konzeptes benötigt werden.

Begründung
Zahlreiche Kommunen wie Leipzig, München und viele weitere dehnten in den vergangenen Jahren ihre Maßnahmen für ein aktives Wohnraummanagement aus. Es wurden u.a. Wohnungstauschbörsen, Wohnraumberatungsinitiativen sowie Fördermittel für Umzüge eingeführt. Ebenso gibt es mittlerweile einige privatwirtschaftliche Internetplattformen für Wohnungstauschinteressierte. Auch wenn viele Wohnungstausche auf diese Weise in die Wege geleitet werden konnten, zeigte sich in der Vergangenheit, dass die Knappheit von Tauschpartnern, die eine Verkleinerung anstreben, ein limitierender Faktor ist. Richtiger Weise wird in „Lebenswertes Braunschweig – Altenhilfe- und Pflegeplanung 2020 – 2035 Entwicklungsperspektiven für eine attraktive Stadt“ der Bedarf an Wohnraummanagement an vielen Stellen benannt (Auszüge unten angehängt). https://www.braunschweig.de/politik_verwaltung/fb_institutionen/fachbereiche_referate/ref0500/ Altenhilfe_Pflegeplan_2030_Braunschweig_mitZF-10.11.2021.pdf Zusammengefasst stellt die Altenhilfe und Pflegeplanung dar, dass mit Hilfe von

Wohnungsmanagement und -beratung Bewohner:innen von zu großen und nicht barrierefreien Wohnungen andere Wohnmöglichkeiten aufgezeigt und vermittelt bekommen können. Durch den Angriffskrieg Russland auf die Ukraine, sind die

Energiepreise in Deutschland um ein Vielfaches gestiegen. Aus diesem Grund stehen viele Menschen vor der Herausforderung, die Nebenkosten ihrer Wohnungen noch finanzieren zu können. Naturgemäß hängt die Höhe der Energiekosten mit der Größe des Wohnraumes zusammen. Es ist anzunehmen, dass dies zu vermehrten Bedarfen hin zu Wohnraumverkleinerung führen wird.

Umso wichtiger ist es, dass in Braunschweig ein Maßnahmenpool an Wohnungsberatung, -management & Wohnungstauschmöglichkeiten zur Verfügung steht. Dazu müssen bisherige Instrumente ausgebaut werden.

Auszüge - Lebenswertes Braunschweig – Altenhilfe- und Pflegeplanung 2020 – 2035 Entwicklungsperspektiven für eine attraktive Stadt

• Im Bereich des Wohnens hat sich gezeigt, dass die Stadt Braunschweig zu den Vorreitern für Betreutes Wohnen zählt. Aber es gibt auch Senior*innen, die in Wohnungen leben, in denen die Kombination aus baulichen Barrieren und sinkender Mobilität die soziale Teilhabe behindert. Denn genau die Bewältigung kleiner Alltagshürden zeigt sich als große Lücke in der Versorgung. Dafür braucht es Unterstützungsangebote für Senior*innen im eigenen Zuhause und ein Wohnraummanagement. (Seite 46)

• Zum einen lässt sich beobachten, dass viele alte Wohnungen und Häuser nicht barrierearm sind und sich sehr schwer umbauen lassen. Dies führt dazu, dass Senior*innen in ihren Wohnungen „eingeschlossen“ werden und sozial isoliert leben, Hilfe und Unterstützung bei alltäglichen Besorgungen benötigen und in einigen Fällen sogar in eine stationäre Einrichtung umziehen müssen. (Seite 55)

• Dadurch steht einigen Personen zu viel Wohnraum zu Verfügung, welcher an anderer Stelle fehlt. Der verfügbare Wohnraum unterscheidet sich je nach Stadtgebiet enorm. Hier wünschen sich Einrichtungsleiter*innen, politische Vertreter*innen, Fachkräfte und Angehörige Unterstützung und Begleitung auf kommunaler Ebene: Bei der Planung, Finanzierung, Koordination sowie beim Ausbau und bei der Anpassung unterschiedlicher Standards, welche gerade noch in den verschiedenen Stadtteilen vorhanden sind. (Seite 55)

• Wohnraum für Senior*innen schaffen (Wohnen und Leben zu Hause) Wohnraummanagement durch die Stadt: Wohnungstausch (z. B. Senior*innen mit Familien) (Seite 107)

gez. Christoph Bratmann
gez. Lisa-Marie Jalyschko, Helge Böttcher
Unterschrift

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPDA am 02.03.2023	8	3	0	**X**	

- FU 156 -

SPD-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
61 / FB 61
Produkt

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2023/2024

Überschrift
Koordinierungsstelle Gemeinschaftliches Wohnen

Beschlussvorschlag
Die Stadt Braunschweig unterstützt Menschen, die gemeinsam mit anderen in unterschiedlichen Wohnformen leben möchten, bei der Suche nach solchen Möglichkeiten. Die Verwaltung ermittelt dazu den Bedarf an einer solchen Unterstützung und befragt z. B. das Netzwerk für gemeinsames Wohnen e. V. In einem weiteren Schritt stellt die Verwaltung dar, welche Angebote schon vorhanden sind und prüft, inwieweit diese ausgeweitet oder zusätzlich unterstützt und bekannt gemacht werden müssen.

Begründung
Immer mehr Menschen wünschen sich, nicht nur wenn sie älter werden, Wohnmöglichkeiten abseits des bisherigen Wohnangebots. Zudem steigen die Mieten in Städten wie Braunschweig ständig an, während gleichzeitig die Flächen für Neubauten nicht nur in Braunschweig begrenzt sind. Grundsätzlich ist es aus ökologischen Gründen wünschenswert, weniger Flächen zu bebauen und vorhandenen Wohnraum effektiver zu nutzen. Bei gemeinschaftlichen Wohnprojekten teilen sich die Bewohner*innen in der Regel Flächen und verbrauchen so pro Kopf weniger Fläche. Aufgrund des demographischen Wandels auf der einen Seite und Fachkräftemangel auf der anderen Seite bieten alternative Wohnformen, in denen Unterstützungen gemeinschaftlich organisiert werden ähnlich wie früher in Großfamilien, zudem eine Alternative, um dieser Herausforderung zu begegnen.

Gez. Christoph Bratmann

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Dez./Ref./FB FB 61
61.0

Datum: 20.01.2023

Stellungnahme zum Antrag Nr. FU 156 der
SPD-Fraktion **zum Haushalt 2023/2024**

Text:

Koordinierungsstelle Gemeinschaftliches Wohnen

Die Stadt Braunschweig unterstützt Menschen, die gemeinsam mit anderen in unterschiedlichen Wohnformen leben möchten, bei der Suche nach solchen Möglichkeiten. Die Verwaltung ermittelt dazu den Bedarf an einer solchen Unterstützung und befragt z. B. das Netzwerk für gemeinsames Wohnen e. V. In einem weiteren Schritt stellt die Verwaltung dar, welche Angebote schon vorhanden sind und prüft, inwieweit diese ausgeweitet oder zusätzlich unterstützt und bekannt gemacht werden müssen.

Begründung:

Immer mehr Menschen wünschen sich, nicht nur wenn sie älter werden, Wohnmöglichkeiten abseits des bisherigen Wohnangebots. Zudem steigen die Mieten in Städten wie Braunschweig ständig an, während gleichzeitig die Flächen für Neubauten nicht nur in Braunschweig begrenzt sind. Grundsätzlich ist es aus ökologischen Gründen wünschenswert, weniger Flächen zu bebauen und vorhandenen Wohnraum effektiver zu nutzen. Bei gemeinschaftlichen Wohnprojekten teilen sich die Bewohner*innen in der Regel Flächen und verbrauchen so pro Kopf weniger Fläche. Aufgrund des demographischen Wandels auf der einen Seite und Fachkräftemangel auf der anderen Seite bieten alternative Wohnformen, in denen Unterstützungen gemeinschaftlich organisiert werden ähnlich wie früher in Großfamilien, zudem eine Alternative, um dieser Herausforderung zu begegnen.

Stellungnahme:

Die Stadt hat mit Ratsbeschluss aus dem Jahr 2015, für jedes städtische Baugebiet ein Grundstück für diese Zielgruppe im Wege eines Anhandgabeverfahrens zur Verfügung zu stellen, die strategischen Weichen gestellt. In den Jahren 2020 und 2021 wurde durch die Stadt im Rahmen eines Pilotprojektes Beratungsleistung für gemeinschaftliche Wohngruppen bereitgestellt. Es gab letztlich nur wenige Gruppen, die Beratungsleistungen in Anspruch genommen haben. Die Verwaltung hat ein Anhandgabeverfahren konzipiert und in einem Fall auch erfolgreich durchgeführt. Die Umsetzung als Eigentumsmodell scheiterte jedoch an den sprunghaft gestiegenen Baukosten.

Im Baulandmodell ist das gemeinschaftliche Wohnen ebenfalls enthalten und die bisherige Vorgehensweise bestätigt worden. Es existiert ein privates Netzwerk für gemeinsames Wohnen in Braunschweig, das eine gute Anlaufstelle für Interessierte darstellt und als Wissenvermittlung gut funktioniert. Personelle Ressourcen stehen für diese Aufgabe in der Verwaltung nicht zur Verfügung.

Schmidbauer

Unterschrift (Dez./FBL)

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
APH am 24.01.2023	8	3	0	**X**	
FPDA am 02.03.2023				**X**	

- FU 016 -

Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit 51 / FB 51
Produkt / Kostenart 510-4101 / 442110

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2023/2024

Überschrift
Interrailtickets als Auszeichnung für ehrenamtliche Arbeit

Beschlussvorschlag
Die Verwaltung wird gebeten ein Konzept zu erstellen, nach dem eine bestimmte Zahl von Braunschweiger Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen, die besondere Leistungen (bspw. ehrenamtliche Arbeit) erbracht haben, geehrt werden, indem sie ein europäisches Interrailticket erhalten. Dieses Ticket sollte idealerweise mit unseren europäischen Partnerstädten in Verbindung gebracht werden und zusätzlich Leistungen für Unterkunft und Verpflegung beinhalten.

Begründung
Neben der Auszeichnung für ehrenamtliche Tätigkeit verfolgt der Antrag das Ziel, ein Kennenlernen unserer europäischen Partnerstädte über den Schüleraustausch hinaus zu ermöglichen.

gez. Kai Tegethoff

Unterschrift

- FU 016 -

FB 51
51.4

Datum: 22.12.2022

Stellungnahme zum Antrag Nr. FU 016 **der**
Gruppe Die Fraktion. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI **zum Haushalt 2023/2024**

Text:

Die Verwaltung wird gebeten ein Konzept zu erstellen, nach dem eine bestimmte Zahl von Braunschweiger Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen, die besondere Leistungen (bspw. ehrenamtliche Arbeit) erbracht haben, geehrt werden, indem sie ein europäisches Interrailticket erhalten. Dieses Ticket sollte idealerweise mit unseren europäischen Partnerstädten in Verbindung gebracht werden und zusätzlich Leistungen für Unterkunft und Verpflegung beinhalten.

Begründung:

Neben der Auszeichnung für ehrenamtliche Tätigkeit verfolgt der Antrag das Ziel, ein Kennenlernen unserer europäischen Partnerstädte über den Schüleraustausch hinaus zu ermöglichen.

Stellungnahme:

Zur Erstellung eines Konzeptes und zur vorgeschlagenen Ehrung fehlen in der Verwaltung die personellen und finanziellen Ressourcen.

Die Verwaltung begrüßt den Vorschlag, die ehrenamtliche Arbeit von jungen Menschen zu ehren und die europäischen Partnerstädte einzubinden. Innerhalb der EU hält die Stadt Braunschweig allerdings nach Ausscheiden von Großbritannien nur noch mit Frankreich (Nimes) eine Städtepartnerschaft.

Unabhängig vom Ehrenamt können sich 18jährige Jugendliche jährlich für das Programm DiscoverEU aus dem Förderprogramm Erasmus+ bewerben.

Albinus

Unterschrift (Dez./FBL)

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
JHA am 19.01.2023	0	13	1		**X**
FPDA am 02.03.2023					**X**

- FU 017 -

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
61 / FB 61
Produkt
Diverse

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2023/2024

Überschrift
Strategische Ziele FB 61 - Stadtplanung und Geoinformation

Beschlussvorschlag
1. Der bisherige Punkt 5. der strategischen Ziele des FB 61 wird künftig wie folgt gefasst: "Förderung der Baukultur unter Berücksichtigung der vergaberechtlichen Vorgabe "Qualität vor Preis", Erweiterung des Angebotes an zeitgemäßen Freizeit-, Sport- und Kulturstätten." 2. Als neuer laufender Punkt 5. wird eingefügt: „Verfolgung einer aktiven Flächenvorratspolitik zur langfristigen Sicherung der städtischen Handlungsfähigkeit im Hinblick auf eine sozial gerechte Stadtentwicklung, den Schutz des Klimas und die Förderung der Biodiversität.“ Die restlichen Punkte bleiben unverändert bestehen.

Begründung
Zu 1.: Die Förderung der Baukultur sollte primär nach Qualitätskriterien unter Berücksichtigung von Aspekten der Nachhaltigkeit erfolgen. Zu 2.: Mit dem im Mai 2022 beschlossenen Baulandmodell richtete die Stadt Braunschweig die Grundsätze ihres Umgangs mit Bauland und Planungsrechtschaffung neu aus. Die langfristige Handlungsfähigkeit der Stadt zur Sicherung einer gemeinwohlorientierten Entwicklung steht nun im Fokus. Diee Umsetzung bzw. Stützung dieser Grundsätze sollte auch zu den strategischen Zielen des Fachbereichs gehören.

gez. Lisa-Marie Jalyschko, Helge Böttcher

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

- FU 017 -

FB FB 61
61.0

Datum: 23.12.2022

Stellungnahme zum Antrag Nr. FU 017 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen **zum Haushalt 2023/2024**

Text:

Strategische Ziele FB 61 - Stadtplanung und Geoinformation

1. Der bisherige Punkt 5. der strategischen Ziele des FB 61 wird künftig wie folgt gefasst:

"Förderung der Baukultur unter Berücksichtigung der vergaberechtlichen Vorgabe "Qualität vor Preis", Erweiterung des Angebotes an zeitgemäßen Freizeit-, Sport- und Kulturstätten."

2. Als neuer laufender Punkt 5. wird eingefügt:

„Verfolgung einer aktiven Flächenvorratspolitik zur langfristigen Sicherung der städtischen Handlungsfähigkeit im Hinblick auf eine sozial gerechte Stadtentwicklung, den Schutz des

Begründung:

Zu 1.: Die Förderung der Baukultur sollte primär nach Qualitätskriterien unter Berücksichtigung von Aspekten der Nachhaltigkeit erfolgen.

Zu 2.: Mit dem im Mai 2022 beschlossenen Baulandmodell richtete die Stadt Braunschweig die Grundsätze ihres Umgangs mit Bauland und Planungsrechtschaffung neu aus. Die langfristige Handlungsfähigkeit der Stadt zur Sicherung einer gemeinwohlorientierten Entwicklung steht nun im Fokus. Diee Umsetzung bzw. Stützung dieser Grundsätze sollte auch zu den strategischen Zielen des Fachbereichs gehören.

- FU 017 -

Stellungnahme:

Nach Auffassung der Verwaltung des FB 61 bestehen gegen die beantragte Änderung bzw. Erweiterung des Strategischen Zieles keine grundsätzlichen Bedenken.
Im Hinblick auf die getroffene Beschlussfassung zum Baulandmodell wird von der Verwaltung ergänzend die nochmals folgende Änderung vorgeschlagen:

„Verfolgung einer aktiven Flächenvorratspolitik zur langfristigen Sicherung der städtischen Handlungsfähigkeit, auch im Hinblick auf eine sozial gerechte Stadtentwicklung, den Schutz des Klimas und die Förderung der Biodiversität.“

Das Baulandmodell richtet sich originär auf eine veränderte Bodenvorratspolitik. Dabei steht neben der eigentlichen Schaffung von Wohnraum v.a. auch die preisdämpfende Wirkung auf dem Bodenmarkt im Vordergrund. Nicht genannte, gleichwohl mit angestrebte Ziele sind als solches dann genannt. Um aber den Alleinstellungscharakter der genannten Ziele zu relativieren wird die eingefügte eine geringfügige Anpassung um das Wort "auch" hinter Handlungsfähigkeit vorgeschlagen.

Schmidbauer

Unterschrift (Dez./FBL)

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
zum Antrag auf Passieren lassen					
APH am 24.01.2023	11	0	0		

Der Antrag wurde ersetzt durch den gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen FU 175.

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

- FU 175 -

SPD Fraktion und Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
61 / FB 61
Produkt
Diverse

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2023/2024

Überschrift
Strategische Ziele FB 61 - Stadtplanung und Geoinformation

Beschlussvorschlag
Laufender Punkt 5 wird zu Punkt 6. Neuer laufender Punkt 6 wird wie folgt geändert: Förderung einer nachhaltigen und qualitätsorientierten Baukultur, Erweiterung des Angebotes an zeitgemäßen Freizeit-, Sport- und Kulturstätten. Neuer Punkt 5: Verfolgung einer Flächenvorratspolitik zur langfristigen Sicherung der städtischen Handlungsfähigkeit durch konsequente Umsetzung der Grundsatzbeschlüsse Wohnen und Gewerbe.

Begründung

gez. Christoph Bratmann,
gez. Lisa-Marie Jalyschko, Helge Böttcher

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

- FU 175 -

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPDA am 02.03.2023	8	3	0	**X**	

- FU 018 -

Die FRAKTION. - DIE LINKE, Volt, Die PARTEI
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
20 (65) / FB 65 (FB 40)
Produkt
4E.21XXXX

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2023/2024

Überschrift
Neue Wege bei Schulneubau- und Sanierung

Beschlussvorschlag
1.Die Verwaltung wird gebeten mit dem kommunalen Wohnungsunternehmen HOWOGE Kontakt aufzunehmen und anschließend eine Informationsveranstaltung zum Thema "Berliner Schulbauoffensive" in Braunschweig durchzuführen. 2.Anschließend soll geprüft werden, ob dem Beispiel des Landes Berlin gefolgt werden kann und im Rahmen einer ÖÖP-Partnerschaft zwischen der Stadt Braunschweig, der Nibelungen Wohnbau und der Strukturförderung Braunschweig, neue, effiziente und gleichzeitig demokratisch kontrollierbare Wege bei den Themen Schulneubau und Schulsanierung möglich sind.

Begründung
Auch das Land Berlin hat einen riesigen Sanierungsstau im Schulbereich, den weder das Land noch die Bezirke in akzeptablen Zeiträumen abstellen kann. In dieser Situation wurde der Schulneubau und die Schulsanierung auf eine der sechs kommunalen Wohnungsunternehmen Berlins übertragen. Für die Neubauten erhält die HOWOGE vom Land Berlin die Schulgrundstücke mit Erbbaurecht. Vereinfacht gesagt: Das Land behält das Grundstück, die HOWOGE bekommt das Recht, darauf zu bauen. Die neu gebauten Schulgebäude vermietet die HOWOGE an die Bezirke. Basis dafür ist eine Kostenmiete, die den Kapitaldienst (Zins und Tilgung), die Erbbauzinsen und geringe laufende Verwaltungskosten beinhaltet. Nach Ablauf der Mietzeit von mindestens 25 Jahren fallen die HOWOGE-Schulen an den Bezirk, und das Erbbaurecht läuft nach den vereinbarten 37 Jahren aus. Bei Sanierungen verhält es sich ähnlich: Die HOWOGE erhält Erbbaurechte an den Schulgrundstücken und erwirbt die Schulgebäude. Das entspricht dem üblichen Verfahren bei der Vergabe von Erbbaurechten: Wenn ein Erbbaurecht vergeben wird, gehen die bestehenden Gebäude in das Eigentum des Erbbaurechtnehmers über. Die HOWOGE übernimmt grundlegende Sanierungen, wobei sie die Ausgaben über Kredite finanziert. Anschließend vermietet sie die Schulen in saniertem Zustand an die Bezirke. Nach 37 Jahren und dem Auslaufen der Erbbaurechte fallen die Schulen dann an den Bezirk zurück. Dieses Verfahren bietet alle (vermeintlichen) Vorteile des PPP-Verfahrens, da es sich aber um ein öffentlich kontrolliertes Unternehmen handelt, wird das kommunale Hoheitsrecht nicht aufgegeben.

- FU 018 -

Bedingt durch die Neuausrichtung der SFB - in Verbindung mit der neuen Geschäftsführerin - ist bei der geplanten Sanierung der Stadthalle erkennbar, dass der ursprünglich gefasste PPP-Beschluss nicht weiter verfolgt wird. Dies sollte auch im Schulbereich versucht werden.

gez. Kai Tegethoff

Unterschrift

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
SchA am 27.01.2023	6	8	2		**X**
FPDA am 02.03.2023					**X**

- FU 019 -

Die FRAKTION. - DIE LINKE, Volt, Die PARTEI
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
20 / FB 65
Produkt / Kostenart
1.53.5380.01 / 332110

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2023/2024

Überschrift
Umsonst für Alle!

Beschlussvorschlag
Die Benutzung städtischer WC-Anlagen soll zukünftig kostenlos sein.

Begründung
Seit Jahren wird zurecht daraufhingewiesen, dass es eine große Ungerechtigkeit ist, wenn Frauen für die Benutzung öffentlicher WC-Anlagen zahlen müssen, Männer hingegen nicht. Auch in Braunschweig finden sich entsprechende Beispiele. Eine kostenlose WC-Anlage beendet diese Ungerechtigkeit und verstärkt die Attraktivität der Stadt Braunschweig. Es wird vermutet, dass der Verzicht auf WC-Gebühren nicht zu großen Einnahmeausfällen führt bzw. sogar haushaltsneutral ist, da die Kosten für die Unterhaltung der Münzautomaten entfallen.

gez. Kai Tegethoff

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

- FU 019 -

FB 65
65.3

Datum: 21.12.2022

Stellungnahme zum Antrag Nr. FU 019 **der**
Gruppe Die Fraktion. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI **zum Haushalt 2023/2024**

Text:

Umsonst für Alle!

Die Benutzung städtischer WC-Anlagen soll zukünftig kostenlos sein.

Begründung:

Seit Jahren wird zurecht daraufhingewiesen, dass es eine große Ungerechtigkeit ist, wenn Frauen für die Benutzung öffentlicher WC-Anlagen zahlen müssen, Männer hingegen nicht. Auch in Braunschweig finden sich entsprechende Beispiele. Eine kostenlose WC-Anlage beendet diese Ungerechtigkeit und verstärkt die Attraktivität der Stadt Braunschweig.

Es wird vermutet, dass der Verzicht auf WC-Gebühren nicht zu großen Einnahmeausfällen führt bzw. sogar haushaltsneutral ist, da die Kosten für die Unterhaltung der Münzautomaten entfallen.

Stellungnahme:

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag nicht zu beschließen. Die Umstellung der öffentlichen WC's auf freie Zugänglichkeit für alle ist nicht finanzunwirksam.

Für die Stadt würden Einnahmen von rund 12.000 € pro Jahr entfallen. Ein Aufwand in entsprechender Höhe kann nicht eingespart werden.

Die Leerung der Münzautomaten ist mit der wöchentlich durchzuführenden Inspektion der WC-Anlagen verbunden, so dass hierfür kein zusätzlicher Aufwand anfällt.

Es muss davon ausgegangen werden, dass bei grundsätzlicher Öffnung der WC-Anlagen Vandalismusschäden zunehmen und die WC-Anlagen, insbesondere in der kalten Jahreszeit, vermehrt für Übernachtungszwecke von Wohnungslosen aufgesucht werden.

In der Regel ist damit nicht nur ein erhöhter Instandhaltungsaufwand verbunden, sondern es entstehen auch Konfliktpotenzial sowie Ängste bei den eigentlichen Nutzern.

Eckermann

Unterschrift (Dez./FBL)

- FU 019 -

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
APH am 24.01.2023	1	9	1		**X**
FPDA am 02.03.2023					**X**

- FU 020 -

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
66 / FB 66
Produkt

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2023/2024

Überschrift
Eine Quartiersgarage inklusive Mobilitätshub für das Östliche Ringgebiet

Beschlussvorschlag
Die Verwaltung wird gebeten, im Östlichen Ringgebiet den Bau einer Quartiersgarage inklusive eines Mobilitätshubs zu prüfen und dem Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben im Laufe des Jahres 2023 die Ergebnisse vorzustellen.

Begründung
Im Östlichen Ringgebiet ist dringend eine Entlastung für den vorhandenen Parkdruck nötig – eine Quartiersgarage könnte diese bringen. Und mit dem ehemaligen Betriebshof des Fachbereichs Stadtgrün und Sport in der Herzogin-Elisabeth-Straße 38 steht möglicherweise bereits ein geeignetes Grundstück im städtischen Besitz zur Verfügung. Die Quartiersgarage sollte mindestens dreigeschossig geplant werden und bis 350 Pkw Platz bieten, Parkraum sollte nur den Anwohnerinnen und Anwohner mit Parkausweis ermöglicht werden. Zudem könnten in der Quartiersgarage ein Fahrrad- sowie Lastenfahrradverleih und eine Station für E-Scooter untergebracht werden. Diese könnten dann für die Wege zu den Wohnungen genutzt werden. Mit dem Projekt kann der Parkplatzsuchverkehr für Anwohnerinnen und Anwohner deutlich reduziert und damit das gesamte Östliche Ringgebiet entlastet werden. Dieses Projekt waäre damit ein Pilotprojekt und könnte nach der Realisierung und anschließender Auswertung auch für andere städtische Bereiche in Betracht gezogen werden.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

- FU 020 -

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AMTA am 26.01.2023	4	7	0		**X**
FPDA am 02.03.2023					**X**

- FU 021 -

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
66 / FB 66
Produkt

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2023/2024

Überschrift
Pilotprojekt zur City-Logistik

Beschlussvorschlag
Die Verwaltung wird gebeten, ausgehend von den Empfehlungen der Logistikstudie (DS.-Nr. 21-17473) ein Pilotporjekt zur City Logistik mit emissionsfreiem Antrieb, Einrichtung von Lieferzonen sowie von Micro Depots durchzuführen.

Begründung
Ende des vergangenen Jahres wurden die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses im Rahmen einer Mitteilung außerhalb von Sitzungen über die Ergebnisse der branchenübergreifenden Logistik- und Mobilitätsstudie für die Innenstadt (vgl. DS.-Nr. 21-17473) informiert – umgesetzt wurden die darin enthaltenen Empfehlungen bisher jedoch nicht. Da aber die Fragen nach einer Steigerung der Aufenthaltsqualität in unserer Stadt und zum Klimaschutz in den zurückliegenden Monaten noch einmal deutlich an Fahrt aufgenommen haben, sollte nun ein Pilotprojekt ins Leben gerufen werden. Dieses Pilotprojekt sollte, so steht es bereits im Antragstext, die Bereiche des emissionsfreien Antriebs, der Einrichtung von Lieferzonen und der Einrichtung von Micro Depots beinhalten. Die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses sind stets über den aktuellen Stand zur Umsetzung des Pilotprojektes auf dem Laufenden zu halten.

gez. Thorsten Köster

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

- FU 021 -

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
zum Antrag auf Passieren lassen					
AMTA am 26.01.2023	11	0	0		

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPDA am 02.03.2023	4	7	0		**X**

- FU 022 -

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
66 / FB 66
Produkt
Diverse

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2023/2024

Überschrift
Strategische Ziele 2023 - 2027 des Fachbereichs 66 Tiefbau und Verkehr

Beschlussvorschlag
Die strategischen Ziele des Fachbereichs 66 Tiefbau und Verkehr werden im Haushaltsplan 2023/2024 wie folgt geändert: „1. Verkehrsplanung: Nachhaltige und klimagerechte Mobilität steht im Fokus der Verkehrsplanung und ist abgebildet im Integrierten Klimaschutzkonzept (IKSK) und im Mobilitätsentwicklungsplan (MEP). Die Verkehrsverbindungen innerhalb Braunschweigs und mit der Region werden effizient gestaltet, um umweltbewusst alle Alltags- und Freizeitwege erledigen zu können. Die Verkehrsabläufe zur Sicherstellung bestmöglicher Mobilität mit geringstmöglicher Umweltbelastung werden verbessert durch Angebotsausweitung des ÖPNV sowie der Bedingungen für den Rad- und Fußverkehr. Barrierefreiheit, Bezahlbarkeit, soziale Teilhabe sowie die Reduzierung der Auswirkungen des motorisierten Individualverkehrs sind neben den ökologischen und ökonomischen Aspekten Planungsgrundlage für zukunftsfähige intermodale und multimodale Mobilitätsangebote. 2. Verkehrssicherheit: Mehr Sicherheit im Verkehr ist erreichbar durch eine sichere Straßen- und Kreuzungsgestaltung hinsichtlich Flächenaufteilung, Beschilderung, Markierung, Beleuchtung sowie Winterdienst. Weiteres Instrumentarium ist die Mitarbeit in der Unfallkommission der Polizeidirektion Braunschweig bei dem Gefahrenpunkte erkannt und entschärft werden, sowie die Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeirat und den Mobilitätsverbänden, um Lösungen auch aus Betroffenensicht zu erzielen.“ Die strategischen Ziele 3 bis 6 bleiben unverändert bestehen.

Begründung
Zu 1.: Um die ehrgeizigen Klimaschutzziele - Treibhausgasneutralität - so früh wie möglich, möglichst schon 2030 zu erreichen, wurde mit dem Ratsbeschluss zum IKSK 2.0 das Fundament aller weiteren Planungen und Maßnahmen für Braunschweig gelegt. Zu den Handlungsfeldern für Mobilität und Verkehr gehören die Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs, die Stärkung des ÖPNV sowie die Stärkung des nicht-motorisierten Verkehrs. Das THG-Minderungs-Potential wird als sehr hoch eingestuft. Die Verknüpfung mit den Zielszenarien und Maßnahmen des MEP, die derzeit noch erarbeitet und in 2023 beschlossen werden, ist festgeschrieben.

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Zu 2.: In der Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung (zu§1, VwV-StVO) wird „Vision Zero“ (keine Verkehrsunfälle mit Todesfolge oder schweren Personenschäden) als Ziel aller verkehrlichen Maßnahmen benannt. Um dieses Ziel gerade für zu Fußgehende und Radfahrende zu erreichen, sind die Gestaltung und die baulichen Rahmenbedingungen unerlässlich. Zu den Organisatorischen Voraussetzungen gehört auch die Reinigung und der Winterdienst auf den entsprechenden Flächen. Siehe auch Ratsbeschluss Ziele- und Maßnahmenkatalog "Radverkehr in Braunschweig" Ziel 5. Die Strategische Ziele 2023 – 2027 sind an diesen Grundlagen auszurichten.

gez. Lisa-Marie Jalyschko, Helge Böttcher

Unterschrift

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
zum Antrag auf Passieren lassen					
AMTA am 26.01.2023	11	0	0		

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPDA am 02.03.2023					
Ersetzt durch den finanzunwirksamen Antrag FU 177 der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.					

- FU 177 -

SPD-Fraktion
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
66 / FB 66
Produkt
Diverse

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2023/2024

Überschrift
FB 66 - Tiefbau und Verkehr: Strategische Ziele 2023 - 2027

Beschlussvorschlag
Die im Haushaltsplanentwurf für 2023/2024 auf Seite 862 genannten strategischen Ziele für den FB 66 - Tiefbau und Verkehr erhalten in den lfd. Nummern 1 und 2 folgende Fassung: 1. Verkehrsplanung: Nachhaltige und klimagerechte Mobilität stehen im Fokus der Verkehrsplanung und sind abgebildet im Integrierten Klimaschutzkonzept und im Mobilitätsentwicklungsplan. Die Verkehrsverbindungen innerhalb Braunschweigs und mit der Region werden effizient gestaltet, um umweltschonend alle Alltags- und Freizeitwege zurücklegen zu können und dabei bestmögliche Mobilität sicherzustellen. Dazu werden das Angebot des ÖPNV ausgeweitet und die Bedingungen für den Rad- und Fußverkehr verbessert. Barrierefreiheit, Bezahlbarkeit, soziale Teilhabe und weniger motorisierter Individualverkehr sind neben ökologischen und ökonomischen Aspekten Planungsgrundlage für zukunftsfähige intermodale und multimodale Mobilitätsangebote. 2. Verkehrssicherheit: Mehr Sicherheit im Verkehr ist erreichbar durch eine entsprechende Straßengestaltung und Flächenaufteilung einschließlich Beschilderung und Markierung. Weiterhin sollen durch die Mitarbeit in der Unfallkommission der Polizeidirektion Braunschweig Gefahrenpunkte erkannt und zum Beispiel mit Hilfe von Sicherheitsaudits entschärft werden.

Begründung
Dieser Antrag ersetzt den Antrag FU 022. Das kürzlich beschlossene Integrierte Klimaschutzkonzept IKSK und der in Aufstellung befindliche Mobilitätsentwicklungsplan sollten strategische Handlungsgrundlage sein. Die lfd. Nummern 3, 4, 5 und 6 bleiben unverändert.

Gez. Christoph Bratmann
Gez. Lisa-Marie Jalyschko und Helge Böttcher

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

- FU 177 -

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPDA am 02.03.2023	8	3	0	**X**	

- FU 023 -

SPD-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
67 / FB 67
Produkt
3E.67Neu

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2023/2024

Überschrift
Schaukelpark

Beschlussvorschlag
Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wo in Braunschweig ein Schaukelpark installiert werden kann.

Begründung
Schaukeln ist beliebt. Schaukelparks bieten für alle Menschen - egal ob klein oder groß, jung oder alt, mit und ohne Einschränkungen - entsprechende Schaukeln. Das Schaukeln fördert auch die Gesundheit, indem Stress abgebaut und gleichzeitig der Gleichgewichtssinn gefördert wird. Gute Laune bekommt jede/r auch dabei.

Gez. Christoph Bratmann

Unterschrift

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
UGA am 25.01.2023	4	6	1		**X**
FPDA am 02.03.2023					**X**

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

- FU 024 -

SPD-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
0600 / Ref. 0600
Produkt
5S.00 Neu

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2023/2024

Überschrift
Trinkbrunnen: Gesundheit im Einklang mit dem Klimaschutz

Beschlussvorschlag
Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wo weitere Trinkbrunnen in der Stadt (z. B. an größeren Spielplätzen) eingerichtet werden können.

Begründung
In den letzten Jahren sind in den Sommermonaten die Temperaturen enorm gestiegen. Nicht nur die Pflanzen, Bäume und Tiere leiden - auch die Menschen haben immer häufiger mit der Hitze zu kämpfen. Gerade bei Hitze soll viel getrunken werden. Aus diesem Grund sollten noch mehr Trinkbrunnen aufgestellt werden. Ein weiterer Aspekt ist, dass weniger Plastikmüll durch gekaufte Wasserflaschen entsteht.

Gez. Christoph Bratmann

Unterschrift

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
zum Antrag auf Passieren lassen					
APH am 24.01.2023	11	0	0		

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPDA am 02.03.2023					
Ersetzt durch den finanzunwirksamen Antrag FU 178 der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Gruppe Die Fraktion.BS und der BIBS-Fraktion.					

- FU 178 -

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

SPD-Fraktion
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Gruppe Die Fraktion.BS
BIBS-Fraktion

Antragsteller/in

Teilhaushalt / Org.-Einheit
0600 / Ref.0600
Produkt
5S.00 Neu

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2023/2024

Überschrift
Trinkwasserentnahmestellen für die Hitzevorsorge in Braunschweig

Beschlussvorschlag
Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, an welchen Stellen im Stadtgebiet Bedarf für eine Trinkwasserentnahme bestünde (hohe Frequenz an Fußgängern, spielenden Kindern etc.) und ggf. in Kooperation mit Dritten eine Trinkwsserentnahmestelle eingerichtet werden könnte. Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten, die für die jeweiligen Standorte passenden Formen der Wasserentnahme und die Kosten exemplarisch aufzuzeigen.

Begründung
Dieser Antrag ersetzt den Antrag FU 024 der SPD-Fraktion. In den letzten Jahren sind in den Sommermonaten die Temperaturen enorm gestiegen. Bei Hitze muss viel getrunken werden. Besonders vulnerable Gruppen (ältere Menschen, Kinder, Wohnungslose, Alkoholkranke und andere) sind gefährdet, Flüssigkeitsmangelzustände zu entwickeln. Aus diesem Grund sollte ausreichend freier Zugang zu Trinkwasser im öffentlichen Raum vorhanden sein. Die Stadt Wien verfügt beispielsweise über 1300 öffentliche Trinkwasserentnahmestellen. Wasserentnahmestellen können sowohl Trinkbrunnen als auch einfache Zapfstellen sein.

Gez. Christoph Bratmann
Gez. Lisa-Marie Jalyschko und Helge Böttcher
Gez. Kai Tegethoff
Gez. Dr. Bernhard Piest

Unterschrift

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

- FU 178 -

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPDA am 02.03.2023	11	0	0	**X**	

- FU 025 -

Die FRAKTION. - DIE LINKE, Volt, Die PARTEI
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit 67 / FB 67
Produkt / Kostenart Diverse

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2023/2024

Überschrift
Strategisches Ziel Stadtgrün und Sport ändern

Beschlussvorschlag
Das strategische Ziel 5 des FB 67: Sukzessive Umsetzung prioritärer Maßnahmen aus der Sportentwicklungsplanung wird folgendermaßen geändert: Vollständige Umsetzung der Maßnahmen aus der Sportentwicklungsplanung bis 2030.

Begründung
An der Erarbeitung der „Sportentwicklungsplanung Braunschweig – Masterplan Sport 2030“ waren von 2014 bis 2016 ca. 3.200 Braunschweigerinnen und Braunschweiger durch die Teilnahme an den Workshops und an der Fragebogenaktion beteiligt. Die daraus abgeleiteten Wünsche und Erwartungen statistisch repräsentativer Teile der Braunschweiger Bevölkerung waren die Basisinformationen für die nachgehende kooperative Planungsphase, an der eine Vielzahl von Expertinnen und Experten sowohl aus der Stadtverwaltung als auch aus Institutionen, Einrichtungen, Schulen, Kindertagesstätten, Sportvereinen und Sportverbänden beteiligt waren. Es handelt sich somit bei der Sportentwicklungsplanung für Braunschweig, die 2016 vom Rat beschlossen wurde, um ein Planwerk, das von Teilen der Braunschweiger Stadtgesellschaft mit geprägt und entworfen worden ist, deren Wünsche und Erwartungen aufgreift und beispielhaft den Gedanken der Bürgerbeteiligung sowie der partnerschaftlichen Kooperation zwischen Kommune und dem organisierten Sport widerspiegelt. Der vorliegende Masterplan Sport 2030 bildet somit die Grundlage für das Verwaltungshandeln bis 2030. Dass die Verwaltung nun selber entscheiden soll, welche Maßnahmen sie umsetzt und welche nicht, wird dem Beteiligungsverfahren nicht gerecht. Dass die Verwaltung nur sehr wenige Punkte des Masterplans umsetzen will (prioritär), ist nicht nachvollziehbar.

- FU 025 -

gez. Kai Tegethoff

Unterschrift

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
SpA am 24.01.2023	1	10	0		**X**
FPDA am 02.03.2023					**X**

- FU 026 -

Die FRAKTION. - DIE LINKE, Volt, Die PARTEI
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit Allg. Finanzw. / FB 20
Produkt / Kostenart 1.61.6110.01

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2023/2024

Überschrift
Konzept zur Harmonisierung von Grundsteuer (B) und Gewerbesteuer

Beschlussvorschlag
Die Verwaltung wird gebeten, ein Konzept zur Harmonisierung von Grundsteuer (B) und Gewerbesteuer zu erstellen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es sich bei der Gewerbesteuer um eine leistungsorientierte Steuer handelt, während die Grundsteuer eine Substanzsteuer ist.

Begründung
Bei der Gewerbesteuer handelt es sich um eine leistungsorientierte Steuer, die nur von den Leistungsstarken (nach Leistungsstärke bzw. Gewinn) gezahlt wird. Im Duchschnitt zahlen 85 % der Unternehmen überhaupt keine Gewerbesteuer. Die Grundsteuer hingegen muss von allen Einwohner:innen gleichermaßen gezahlt werden, sie wird auf die Mieten umgelegt und verteuert die Wohnkosten. Der Grundsteuerhebesatz liegt in Braunschweig mit 500 % derzeit deutlich über dem Hebesatz für die Gewerbesteuer mit 450%. Im Gegensatz zum Gewerbesteuerhebesatz, der seit über 20 Jahren gleich ist, wurde der Grundsteuerhebesatz in den letzten Jahren bereits zwei Mal angehoben. Eine Harmonisierung der beiden Hebesätze ist aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit geboten.

gez. Kai Tegethoff

Unterschrift

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
FPDA am 02.03.2023	1	10	0		**X**

Anlage 2.3

Änderung der Produktdarstellungen

Die Änderungen wurden im FPDA insgesamt abgestimmt.

Ergebnis: 11 / 0 / 0

Stand: 10. März 2023

Wesentliches Produkt

1.25.2XXX.04 - Kulturelle Veranstaltungen

Produktbeschreibung:

Konzeption, Organisation und Durchführung von kulturellen Veranstaltungen

Zum Produkt gehörende ***Leistungen****:*

1.25.2XXX.04.01 Eigenes Kulturangebot

Produktziele:

Sicherstellung eines allgemeinen Veranstaltungsangebotes im Rahmen der kulturpolitischen Zielsetzung des Oberzentrums Braunschweig

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2021 *) -Euro-	Ansatz 2022 -Euro-	**Ansatz 2023 -Euro-**	**Ansatz 2024 -Euro-**
Ordentliche Erträge					
	Entgelte	29.055	145.700	**130.300**	**130.300**
	Übrige ordentliche Erträge	63.351	86.252	**90.592**	**90.963**
12	**Summe ordentliche Erträge**	**92.406**	**231.952**	**220.892**	**221.263**
Ordentliche Aufwendungen					
13	Personalaufwendungen	430.142	1.421.664	**1.028.501**	**1.105.740**
14	Versorgungsaufwendungen		In Zeile 13 enthalten		
15	Aufw. für Sach- u. Dienstleistungen	590.246	1.053.152	**1.051.203**	**1.064.004**
16	Abschreibungen	1.060	46.859	**40.708**	**34.573**
17	Zinsen und ähnliche Aufw.	0	0	**0**	**0**
18	Transferaufwendungen	0	0	**0**	**0**
19	Sonstige ordentliche Aufw.	1.467	377.058	**386.598**	**407.729**
20	**Summe ordentliche Aufwend.**	**1.022.914**	**2.898.733**	**2.507.009**	**2.612.048**
21	**Ordentl. Ergebnis**	**-930.508**	**-2.666.781**	**-2.286.118**	**-2.390.784**
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen					
22	Außerordentliche Erträge	0	0	**0**	**0**
23	Außerordentliche Aufw.	0	378	**905**	**908**
24	**Außerordentl. Ergebnis**	**0**	**-378**	**-905**	**-908**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**-930.508**	**-2.667.159**	**-2.287.023**	**-2.391.692**
Erträge u. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen					
26	Erträge aus int. Leistungsbezieh.	0	0	**0**	**0**
27	Aufw. aus int. Leistungsbezieh.	3.057	151.692	**170.025**	**170.043**
28	Saldo aus int. Leistungsbezieh.	-3.057	-151.692	**-170.025**	**-170.043**
29	**Ergebnis** unter Berücksichtigung interner Leistungsbeziehungen (Zeilen 25 + 28) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**-933.565**	**-2.818.850**	**-2.457.048**	**-2.561.735**

Produktkennzahl(en):

	Ist 2019	Ist 2020	Ist 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Veranstaltungen/Projekte	497	245	240	401	293	291
Raumvermietungen	636	430	401	485	185	185

*) Buchungsstand; auf Produktebene insbesondere Einzelkosten.

Anpassung gegenüber dem Haushaltsentwurf:
Die Produktkennzahlen wurden für die Jahre 2023 und 2024 nach oben angepasst.
Eine Änderung der Finanzdaten erfolgt entsprechend den Ansatzveränderungen in der Endausfertigung des Haushaltsplans 2023/2024.

Wesentliches Produkt

1.31.3114 - Hilfen zur Gesundheit (5. Kap. SGB XII)

Produktbeschreibung:

- Übernahme der Kosten für ärztliche und zahnärztliche Behandlungen, Arzneimittel, Verbandmittel, Zahnersatz, Krankenhausbehandlungen, Erholungskuren und sonstige zur Genesung, Besserung oder Linderung der Krankheitsfolgen erforderlichen Leistungen nach § 47 ff. SGB XII für Personen, die keinen Schutz der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) haben, sowie u. a. zusätzliche finanzielle Leistungen außerhalb des GKV-Kataloges

- Übernahme der Kosten für Krankenbehandlungen für nicht Versicherungspflichtige gegen Kostenerstattung nach dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG) gemäß § 264 Abs. 7 SGB V

Produktziele:

Bewilligung von erforderlichen Leistungen im Krankheitsfall und im Rahmen der vorbeugenden Gesundheitshilfe entsprechend den Vorschriften der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)

Zum Produkt gehörende ***Leistungen****:*

1.31.3114.20	Hilfe bei Krankheit
1.31.3114.30	Hilfe zur Familienplanung
1.31.3114.40	Hilfe bei Schwanger- und Mutterschaft
1.31.3114.60	Übern. Krankenbeh. § 264 Abs.7 SGB V

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2021 *) -Euro-	Ansatz 2022 -Euro-	**Ansatz 2023 -Euro-**	**Ansatz 2024 -Euro-**
Ordentliche Erträge					
	Entgelte	0	0	**0**	**0**
	Übrige ordentliche Erträge	26.794	6	**30.000**	**30.000**
12	**Summe ordentliche Erträge**	**26.794**	**6**	**30.000**	**30.000**
Ordentliche Aufwendungen					
13	Personalaufwendungen	107.371	173.320	**158.498**	**185.004**
14	Versorgungsaufwendungen		In Zeile 13 enthalten		
15	Aufw. für Sach- u. Dienstleistungen	0	3.119	**3.450**	**3.647**
16	Abschreibungen	0	246	**162**	**88**
17	Zinsen und ähnliche Aufw.	0	0	**0**	**0**
18	Transferaufwendungen	61.544	73.000	**67.000**	**67.000**
19	Sonstige ordentliche Aufw.	1.409.189	1.612.424	**1.628.034**	**1.628.352**
20	**Summe ordentliche Aufwend.**	**1.578.103**	**1.862.110**	**1.857.143**	**1.884.091**
21	**Ordentl. Ergebnis**	**-1.551.310**	**-1.862.103**	**-1.827.143**	**-1.854.091**
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen					
22	Außerordentliche Erträge	0	0	**0**	**0**
23	Außerordentliche Aufw.	0	0	**0**	**0**
24	**Außerordentl. Ergebnis**	**0**	**0**	**0**	**0**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**-1.551.310**	**-1.862.103**	**-1.827.143**	**-1.854.091**
Erträge u. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen					
26	Erträge aus int. Leistungsbezieh.	0	0	**0**	**0**
27	Aufw. aus int. Leistungsbezieh.	0	14.044	**14.317**	**14.542**
28	Saldo aus int. Leistungsbezieh.	0	-14.044	**-14.317**	**-14.542**
29	**Ergebnis** unter Berücksichtigung interner Leistungsbeziehungen (Zeilen 25 + 28) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**-1.551.310**	**-1.876.148**	**-1.841.461**	**-1.868.633**

Produktkennzahl(en):

	Ist 2019	Ist 2020	Ist 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
GMG-Fallzahlen	350 **)	408 **)	178***)	175***)	480	480
davon Fälle nach SGB XII	214	188				
davon Fälle nach AsylbLG	136	220				

*) Buchungsstand; auf Produktebene insbesondere Einzelkosten.

**) bis Ist 2020 mit Leistungsberechtigten nach AsylbLG (ohne Kostenabbildung bei 1.31.3114)

***) ab Plan 2021 nur Fälle nach dem SGB XII

Anpassung gegenüber dem Haushaltsentwurf:
Die Produktkennzahl GMG-Fallzahlen wurde für die Jahre 2023 und 2024 etwas nach oben angepasst.
Eine Änderung der Finanzdaten erfolgt entsprechend den Ansatzveränderungen in der Endausfertigung des Haushaltsplans 2023/2023.

Wesentliches Produkt

1.31.3116 - Grundsicher. i. Alt. u. b. Erwerbsmind. (4. Kap. SGB XII)

Produktbeschreibung:

- Leistungen für Bürgerinnen und Bürger ab Beginn Altersrente
- dauerhaft voll Erwerbsgeminderte ab dem 18. Lebensjahr nach § 41 ff. SGB XII
- Personen in einer Werkstatt für behinderte Menschen, die den Eingangs- und Berufsbildungsbereich durchlaufen oder im Arbeitsbereich beschäftigt sind nach § 45 Nr. 3 SGB XII

Produktziele:

- Vermeidung / Verhinderung verschämter Altersarmut
- Rechtmäßige, bedarfsgerechte und zeitnahe Antragsbearbeitung

*Zum Produkt gehörende **Leistungen**:*

1.31.3116.10	GruSi außerhalb von Einrichtungen
1.31.3116.30	GruSi stationär

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2021 *) -Euro-	Ansatz 2022 -Euro-	**Ansatz 2023 -Euro-**	**Ansatz 2024 -Euro-**
Ordentliche Erträge					
	Entgelte	0	0	**0**	**0**
	Übrige ordentliche Erträge	31.973.776	32.400.109	**37.400.000**	**37.400.000**
12	**Summe ordentliche Erträge**	**31.973.776**	**32.400.109**	**37.400.000**	**37.400.000**
Ordentliche Aufwendungen					
13	Personalaufwendungen	1.965.035	2.954.215	**2.576.167**	**2.979.416**
14	Versorgungsaufwendungen		In Zeile 13 enthalten		
15	Aufw. für Sach- u. Dienstleistungen	0	53.459	**56.515**	**59.180**
16	Abschreibungen	22.129	4.016	**2.548**	**1.417**
17	Zinsen und ähnliche Aufw.	0	0	**0**	**0**
18	Transferaufwendungen	31.896.631	32.400.000	**37.400.000**	**37.400.000**
19	Sonstige ordentliche Aufw.	13.212	213.222	**223.825**	**228.351**
20	**Summe ordentliche Aufwend.**	**33.897.006**	**35.624.912**	**40.259.055**	**40.668.363**
21	**Ordentl. Ergebnis**	**-1.923.230**	**-3.224.804**	**-2.859.055**	**-3.268.363**
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen					
22	Außerordentliche Erträge	0	0	**0**	**0**
23	Außerordentliche Aufw.	0	0	**0**	**0**
24	**Außerordentl. Ergebnis**	**0**	**0**	**0**	**0**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**-1.923.230**	**-3.224.804**	**-2.859.055**	**-3.268.363**
Erträge u. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen					
26	Erträge aus int. Leistungsbezieh.	0	0	**0**	**0**
27	Aufw. aus int. Leistungsbezieh.	0	240.408	**234.046**	**235.221**
28	Saldo aus int. Leistungsbezieh.	0	-240.408	**-234.046**	**-235.221**
29	**Ergebnis** unter Berücksichtigung interner Leistungsbeziehungen (Zeilen 25 + 28) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**-1.923.230**	**-3.465.212**	**-3.093.101**	**-3.503.584**

Produktkennzahl(en):

	Ist 2019	Ist 2020	Ist 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Personen Grundsicherung a.v.E.	3.684	4.144	4.088	4.200	4.900	4.900

*) Buchungsstand; auf Produktebene insbesondere Einzelkosten.

Anpassung gegenüber dem Haushaltsentwurf:
Die Produktkennzahl Personen Grundsicherung a.v.E. wurde für die Jahre 2023 und 2024 etwas nach oben angepasst.
Eine Änderung der Finanzdaten erfolgt entsprechend den Ansatzveränderungen in der Endausfertigung des Haushaltsplans 2023/2024.

Wesentliches Produkt

1.31.3121.10 - Leistungen für Unterkunft und Heizung

Produktbeschreibung:

- Kosten der Unterkunft sowie für Heizung und Warmwasser nach § 22 Abs. 1 SGB II;
  Leistungsempfängerinnen und -empfänger nach dem SGB II haben zusätzlich zum Regelbedarf einen Anspruch auf die Übernahme der Kosten für Unterkunft sowie für Heizung und Warmwasser. Diese werden in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen übernommen, soweit diese angemessen sind.
- Mietkautionen, Umzugskosten, Wohnbeschaffungskosten nach § 22 Abs. 6 SGB II
- Wohnhilfen nach § 22 Abs. 8 SGB II
- Übernahme von Mietschulden als Darlehen, wenn sonst Wohnungslosigkeit einzutreten droht

Produktziele:

- Ziel ist es, Kosten der Unterkunft sowie für Heizung und Warmwasser nach dem SGB II als Stabilisator des Lebensumfeldes sicherzustellen, um die Eigenverantwortung von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und der Personen, welche mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft leben, zu stärken und so mit dazu beizutragen, dass sie über die weitergehenden Maßnahmen des SGB II ihren Lebensunterhalt wieder unabhängig aus eigenen Mitteln und Kräften bestreiten können
- Vermeidung von Wohnungslosigkeit

*Zum Produkt gehörende **Leistungen**:*

1.31.3121.10.01	Kosten der Unterkunft und Heizung
1.31.3121.10.02	Wohnhilfen
1.31.3121.10.03	Wohnhilfen / Mietschulden 50.12
1.31.3121.10.05	Kosten Unterkunft&Heizung ausw. Frauenh.

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2021 *) -Euro-	Ansatz 2022 -Euro-	**Ansatz 2023 -Euro-**	**Ansatz 2024 -Euro-**
Ordentliche Erträge					
	Entgelte	0	0	**0**	**0**
	Übrige ordentliche Erträge	39.239.830	39.544.400	**34.303.900**	**32.282.000**
12	**Summe ordentliche Erträge**	**39.239.830**	**39.544.400**	**34.303.900**	**32.282.000**
Ordentliche Aufwendungen					
13	Personalaufwendungen	468.055	578.515	**552.435**	**596.917**
14	Versorgungsaufwendungen		In Zeile 13 enthalten		
15	Aufw. für Sach- u. Dienstleistungen	0	11.018	**18.583**	**18.457**
16	Abschreibungen	47.203	1.094	**960**	**598**
17	Zinsen und ähnliche Aufw.	0	0	**0**	**0**
18	Transferaufwendungen	0	0	**0**	**0**
19	Sonstige ordentliche Aufw.	53.109.023	57.788.989	**52.587.827**	**52.588.486**
20	**Summe ordentliche Aufwend.**	**53.624.281**	**58.379.616**	**53.159.806**	**53.204.458**
21	**Ordentl. Ergebnis**	**-14.384.452**	**-18.835.216**	**-18.855.906**	**-20.922.458**
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen					
22	Außerordentliche Erträge	0	0	**0**	**0**
23	Außerordentliche Aufw.	0	0	**0**	**0**
24	**Außerordentl. Ergebnis**	**0**	**0**	**0**	**0**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**-14.384.452**	**-18.835.216**	**-18.855.906**	**-20.922.458**
Erträge u. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen					
26	Erträge aus int. Leistungsbezieh.	0	0	**0**	**0**
27	Aufw. aus int. Leistungsbezieh.	0	57.691	**63.950**	**61.576**
28	Saldo aus int. Leistungsbezieh.	0	-57.691	**-63.950**	**-61.576**
29	**Ergebnis** unter Berücksichtigung interner Leistungsbeziehungen (Zeilen 25 + 28) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**-14.384.452**	**-18.892.907**	**-18.919.856**	**-20.984.034**

Produktkennzahl(en):

	Ist 2019	Ist 2020	Ist 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Bedarfsgemeinschaften SGB II	10.059	10.073	10.072	10.700	10.427	10.427
davon im Fluchtkontext	- **)	- **)	- **)	350	350	350

*) Buchungsstand; auf Produktebene insbesondere Einzelkosten.

**) Daten über die Bedarfsgemeinschaften (BG) nach dem SGB II im Fluchtkontext sind für die Zeit bis 2021 nicht generierbar.
Die Zahlen für 2023 und 2024 sind analog 2022 fortgeschrieben, wenngleich die Gesamt-Planzahlen auf den derzeitigen Istzahlen (März 2022 bzw. Durchschnittswerte bis dahin) basieren und sich nicht explizit auf BG im Fluchtkontext beziehen.

Anpassung gegenüber dem Haushaltsentwurf:
Die Produktkennzahl Bedarfsgemeinschaften SGB II wurde für die Jahre 2023 und 2024 etwas nach oben angepasst.
Eine Änderung der Finanzdaten erfolgt entsprechend den Ansatzveränderungen in der Endausfertigung des Haushaltsplans 2023/2024.

Wesentliches Produkt

1.31.31XX.X0 - Aufnahme, Betreuung und Integration von Geflüchteten

Produktbeschreibung:

- Leistungen für Asylbewerber / Geflüchtete nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
- Unterbringung von Asylbewerbern / Geflüchteten
- soziale Betreuung und Beratung von Asylbewerbern / Geflüchteten
- Integration der Asylbewerber / Geflüchteten u. a. durch Spracherwerb, Beschäftigung und soziale Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

Produktziele:

- rechtmäßige, bedarfsgerechte und zeitnahe Antragsbearbeitung
- Bereitstellung von Unterkünften
- Bereitstellung von Mietwohnungen für besonders Schutzwürdige
- Integration der Asylbewerber / Geflüchteten u. a. durch Spracherwerb, Beschäftigung und soziale Teilhabe am gesellschaftlichen Leben

*Zum Produkt gehörende **Leistungen**:*

1.31.3130.10.01	AsylbLG-Hilfe zum Lebensunterhalt
1.31.3130.10.02	AsylbLG-Grundleistungen
1.31.3130.10.03	AsylbLG-Hilfe zur Gesundheit
1.31.3130.10.04	AsylbLG-Hilfe analog 5.-9. Kap. SGB XII
1.31.3130.10.05	AsylbLG-sonst. Leistungen öT -Sachleistg
1.31.3130.10.06	AsylbLG-sonst. Leistungen öT -Geldleistg
1.31.3130.10.07	AsylbLG-Grundleistung.öT -Sachleistungen
1.31.3130.10.08	AsylbLG-Grundleistung. öT-Wertgutscheine
1.31.3130.10.09	AsylbLG-Grundleist. öT-pers.Bedürf./Barb
1.31.3130.10.10	AsylbLG-Grundleistung. öT-Geldleistungen
1.31.3130.10.11	AsylbLG -Arbeitsgelegenheiten
1.31.3130.10.12	Bildungs- u. Teilhabepaket - § 2 AsylbLG
1.31.3130.10.13	Bildungs- u. Teilhabepaket - § 3 AsylbLG
1.31.3130.10.14	AsylbLG-Grundleist. öT-KDU Wohnungen § 3
1.31.3130.10.15	AsylbLG-Grundleist. öT-KDU Gem.-UK § 3
1.31.3119.10.04	Verwaltung v. Flüchtlingsangelegenheiten
1.31.3155.20.03	Flüchtlingsunterkunft Saarbrückener 23
1.31.3155.20.04	Flüchtlingsunterkünfte angemietete Wohn.
1.31.3155.20.XX	Dez. Wohnstandort - Bienrode bis Lamme
1.31.3517.30.01	Integration v. Gefl. - Koord. + Planung
1.31.3517.30.02	Integrationsförderung f. Geflüchtete
1.31.3517.30.03	institutionelle Förd. - Maßn. f. Gefl.
1.31.3517.30.04	Projektförderung - Maßn. f. Geflüchtete
1.31.3517.30.05	Förd. Ehrenamtl. Engagement f. Gefl.
1.31.3517.30.06	Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen FIM

Erträge und Aufwendungen		Ergebnis 2021 *) -Euro-	Ansatz 2022 -Euro-	**Ansatz 2023 -Euro-**	**Ansatz 2024 -Euro-**
Ordentliche Erträge					
	Entgelte	305.095	0	**300.000**	**300.000**
	Übrige ordentliche Erträge	8.576.359	9.231.181	**12.190.000**	**12.690.000**
12	**Summe ordentliche Erträge**	**8.881.453**	**9.231.181**	**12.490.000**	**12.990.000**
Ordentliche Aufwendungen					
13	Personalaufwendungen	1.340.684	3.124.728	**2.981.459**	**3.196.748**
14	Versorgungsaufwendungen		In Zeile 13 enthalten		
15	Aufw. für Sach- u. Dienstleistungen	2.463.551	3.146.121	**3.689.919**	**3.894.214**
16	Abschreibungen	106.133	149.274	**131.848**	**121.064**
17	Zinsen und ähnliche Aufw.	0	0	**0**	**0**
18	Transferaufwendungen	6.651.860	7.230.000	**8.670.000**	**8.967.000**
19	Sonstige ordentliche Aufw.	25.858	2.302.475	**3.385.931**	**3.484.051**
20	**Summe ordentliche Aufwend.**	**10.588.087**	**15.952.598**	**18.859.157**	**19.663.076**
21	**Ordentl. Ergebnis**	**-1.706.634**	**-6.721.417**	**-6.369.157**	**-6.673.076**
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen					
22	Außerordentliche Erträge	0	0	**0**	**0**
23	Außerordentliche Aufw.	0	0	**0**	**0**
24	**Außerordentl. Ergebnis**	**0**	**0**	**0**	**0**
25	**Jahresergebnis** (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**-1.706.634**	**-6.721.417**	**-6.369.157**	**-6.673.076**
Erträge u. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen					
26	Erträge aus int. Leistungsbezieh.	0	0	**0**	**0**
27	Aufw. aus int. Leistungsbezieh.	491	237.310	**241.500**	**241.507**
28	Saldo aus int. Leistungsbezieh.	-491	-237.310	**-241.500**	**-241.507**
29	**Ergebnis** unter Berücksichtigung interner Leistungsbeziehungen (Zeilen 25 + 28) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**-1.707.125**	**-6.958.727**	**-6.610.657**	**-6.914.584**

Produktkennzahl(en):

		Ist 2019	Ist 2020	Ist 2021	Plan 2022	Plan 2023	Plan 2024
Zugewiesene Geflüchtete im Leistungsbezug **)	Jahresdurchschnitt	494	606	749	800	1.100	1.200
Zugänge in den Leistungsbezug	Anzahl	446	579	614	800	860	860
Abgänge aus dem Leistungsbezug	Anzahl	383	408	488	650	560	760
Erstattungsfähige Personen **)	Jahresdurchschnitt	338	483	739	700	1.050	1.100

*) Buchungsstand; auf Produktebene insbesondere Einzelkosten.

**) Inkl. "Altfälle" bis 31.12.2015

Anpassung gegenüber dem Haushaltsentwurf:
Fast alle Produktkennzahlen für die Jahre 2023 und 2024 wurden nach oben angepasst. Lediglich die Kennzahl "Abgänge aus dem Leistungsbezug" hat sich für 2023 etwas verringert. Eine Änderung der Finanzdaten erfolgt entsprechend den Ansatzveränderungen in der Endausfertigung des Haushaltsplans 2023/2024.

Wesentliches Produkt 1.36.3650.03 - Betreuung von Schulkindern

Maßnahmen zur Zielerreichung:

Maßnahme: **Ausbau der Betreuung von Schulkindern bis zu einer Versorgungsquote von 80% zur Erfüllung des Rechtsanspruchs**

Nr.: **2**

Wirkung: Mit dem Ganztagsförderungsgesetz wird der verbindliche Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung eingeführt. Nach bisherigen Erkenntnissen liegt der Bedarf an Plätzen in der Schulkindbetreuung somit langfristig bei ca. 80%.

Betrifft Strat. Ziel Nr.: 3

Betrifft Produkt(e):

Finanzbedarf

Einz. / Ausz. f. Investitionen		Jährlicher Folgeaufwand	
Gesamt:	**1.862.000 €**	**Gesamt:**	**6.520.000 €**
Personal-auszahlungen.:	0 €	Personal-aufwendungen.:	110.000 €
Sach-auszahlungen.:	1.862.000 €	Abschrei-bungen:	0 €
		Übrige Sach-aufwendungen:	6.410.000 €
Einzahlungen:	0 €	Erträge:	0 €

Zielerreichung: (Kennzahl, Planwert) Ausbau der Schulkindbetreuung auf rd. 80%. Schaffung von rd. 1.200 Plätzen im Zeitraum von 2021 - 2026 durch eine Aufstockung von 200 Plätzen pro Jahr.

Maßnahmezeitraum: 2021 - 2026

Diese Maßnahme wird neu in den Haushalt aufgenommen

Anlage 2.4

Änderungslisten zum Haushaltsplanentwurf 2023/2024 – Ergebnishaushalt

Stand: 14. März 2023

Anlage 2.4.1

Ergebnishaushalt

Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Stand: 14. März 2023

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 7 / 0 / 1

Teilhaushalt					Veränderungen in €											
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto Art des Ertrages/Aufwands	Antragsteller Ausschuss	2023 Erträge	2023 Aufwendungen	2024 Erträge	2024 Aufwendungen	2025 Erträge	2025 Aufwendungen	2026 Erträge	2026 Aufwendungen	2027 Erträge	2027 Aufwendungen	Dauer	Anmerkungen
Fachbereich 10 - Zentrale Dienste					**0**	**+ 14.330**	**0**	**+ 14.330**	**0**	**+ 14.330**	**0**	**+ 14.330**	**0**	**+ 14.330**		
027	1.11.1145.01	Allg. Service- / Steuerungsunterstützung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	**Freiwilligen-Agentur** (Begründung s. Antrag)										dauerhaft	
						+ 14.330		+ 14.330		+ 14.330		+ 14.330		+ 14.330		
				FPDA	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*					
028	1.11.1145.01	Allg. Service- / Steuerungsunterstützung	Diverse Diverse	FDP	**Rathauskompass nur noch digital** Die im Rathauskompass enthaltenen Informationen lassen sich online deutlich besser aktuell halten, die Druckkosten für 7500 Stück à 76 Seiten Hochglanzbroschüre können eingespart werden.										dauerhaft	**Anm. der Verwaltung:** Der Druck der Broschüre erfolgt unentgeltlich. Im Gegenzug darf der beauftragte Verlag den Rathaus-Kompass vermarkten.
						-		-		-		-		-		
				FPDA	*Dafür:*	*-*	*Dagegen:*	*11*	*Enthaltung:*	*-*	*Abgelehnt*					
Fachbereich 32 - Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit					**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**		
162	1.12.1221.51	Tierschutz/Tiergesundheit	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	**Stadttiere Braunschweig e.V.** Um den Betrieb der Futterstellen und der geplanten vier Taubenschläge in der Braunschweiger Innenstadt an 365 Tagen im Jahr gewährleisten zu können, benötigt der Verein Stadttiere für 2023 eine leichte, für 2024 sogar eine deutliche Erhöhung der von der Stadt vorgenommenen Ansatzveränderung im Doppelhaushalt. Hiermit würde die Politik auch ein starkes Zeichen für die Priorisierung von Tierschutz und Tiergesundheit setzen. Die Einrichtung von überwachten und betreuten Taubenhäusern erfüllt einen doppelten Zweck. Einmal handelt es sich um die Einlösung des grundgesetzlich befestigten Gebotes eines Schutzes der Tiere. (GG Art. 20a). Zugleich wird damit eine Verschmutzung des öffentlichen Raumes und die Zerstörung von wertvollen, auch denkmalgeschützter Fassaden verhindert, zumindest so vermindert. Dabei kann dann die Sanierung und Reparatur der Gebäude am Ende weit teurer sein kann als die geordnete Regulierung des Taubenbestandes mit Hilfe der betreuten Taubenhäuser. Zu berücksichtigen ist auch das massive ehrenamtliche Engagement, das durch den Verein initiiert und koordiniert, für das öffentlich Wohl in das Projekt einfließt. Insoweit scheint uns der Wunsch des Vereins nach der erhöhten Unterstützung nachvollziehbar und gerechtfertigt.										2 Jahre	**Anm. der Verwaltung:** Im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung ist das Stadttaubenkonzept unter der lfd. Nr. 21 enthalten. Siehe: Anlage 2.4.2
						+ 1.800		+ 14.800								
				FPDA	*Dafür:*	*1*	*Dagegen:*	*10*	*Enthaltung:*	*-*	*Abgelehnt*					
Fachbereich 37 - Feuerwehr					**0**	**+ 28.700**	**0**	**+ 29.900**	**0**	**+ 31.100**	**0**	**+ 32.300**	**0**	**+ 33.500**		
029	370-0300	Zivil- und Katastrophenschutz	445810 Erstattung an übrige Bereiche	SPD	**Dynamisierung für Katastrophenschutzverbände** Die vom Rat am 15.02.2022 beschlossene Dynamisierung wird auch auf die Zuwendungen für die Katastrophenschutzverbände angewandt, beginnend mit dem Haushaltsjahr 2023. Zum Haushaltsjahr 2022 wurde beim FB 37 ein Budget in Höhe von 100.000 € für die Katastrophenschutzverbände eingerichtet. Diese Mittel sollen angesichts der Bedeutung der Arbeit der Katastrophenschutzverbände in demselben Maße dynamisiert werden wie die im Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) behandelten Zuschüsse.										dauerhaft	
						+ 1.200		+ 2.400		+ 3.600		+ 4.800		+ 6.000		
				AFKO	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*-*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*					
030	370-1100	Berufsfeuerwehr Hauptwache+Südwache	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	**Deutsche Lebensrettungsgesellschaft - Ortsgruppe Braunschweig e.V.** Der DLRG-Ortsgruppe Braunschweig wird dauerhaft eine institutionelle Förderung in Höhe von 27.500 € gewährt. Dazu werden in den Haushalt 2023 und in den Haushalt 2024 jeweils 27.500 € beim TH 37 eingestellt. (Begründung s. Antrag)										dauerhaft	
						+ 27.500		+ 27.500		+ 27.500		+ 27.500		+ 27.500		
				AFKO	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*-*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*	*Zu den Fraktionsanträgen zugunsten der DLRG erfolgte im Vorfeld eine interfraktionelle Einigung zur Höhe des zu gewährenden Zuschusses. Eine gesonderte Abstimmung zu den Anträgen 031 - 034 ist daher nicht erfolgt.*				

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 7 / 0 / 1

Teilhaushalt					Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto Art des Ertrages/Aufwands	Antragsteller Ausschuss	2023		2024		2025		2026		2027			
					Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
031	370-1100	Berufsfeuerwehr Hauptwache+Südwache	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	**Förderung der DLRG Ortsgruppe Braunschweig e.V.** Der DLRG Ortsgruppe Braunschweig e.V. sollen folgende Zuschüsse gewährt werden: - Für den Bereich der Schwimmausbildung jeweils 8.500 € für die Jahre 2023 und 2024. - Für den Einsatzbereich jeweils 19.000 € für die Jahre 2023 und 2024. Die Gesamtfördersumme beläuft sich also auf 27.500 € pro Jahr. Die Verwaltung wird gebeten, die hier beantragten Mittel den entsprechenden Teilhaushalten und Produkten des Haushaltsplans zuzuordnen. (Begründung s. Antrag)		+ 27.500		+ 27.500						2 Jahre	
				AFKO	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Bitte auswählen*	*s. Anmerkung zum Antrag FWE 030*				
032	370-1100	Berufsfeuerwehr Hauptwache+Südwache	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	CDU	**Zuschuss für die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft e.V.** Dauerhafte Anhebung des Zuschusses für die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft e.V. (DLRG) gemäß des bei der Verwaltung sowie den Fraktionen vorliegenden Zuschussantrages. Die Ortsgruppe Braunschweig der DLRG ist wichtiger Bestandteil des Katastrophenschutzes in unserer Stadt, wurde bislang aber nicht ausreichend bzw. bis vor kurzem gar nicht durch einen städtischen Zuschuss gefördert. Aufgrund bspw. steigender Eintrittspreise zur Durchführung von Schwimmkursen und der Notwendigkeit zur Beschaffung neuer Ausrüstung ist die Ausgabenseite zuletzt stark angewachsen. Durch Mitgliedsbeiträge, Gebühren für die Schwimmkurse etc. kann hier nicht gegengesteuert werden.		+ 27.500		+ 27.500		+ 27.500		+ 27.500		+ 27.500	dauerhaft	
				AFKO	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Bitte auswählen*	*s. Anmerkung zum Antrag FWE 030*				
033	370-1100	Berufsfeuerwehr Hauptwache+Südwache	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	**Anhebung Zuschuss DLRG** (Begründung s. Antrag)		+ 22.500		+ 22.500		+ 22.500		+ 22.500		+ 22.500	dauerhaft	
				AFKO	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Bitte auswählen*	*s. Anmerkung zum Antrag FWE 030*				
034	370-1100	Berufsfeuerwehr Hauptwache+Südwache	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	**Deutsche Lebensrettungsgesellschaft - Ortsgruppe Braunschweig e.V.** Gerade in den Zeiten der Corona-Epidemie wurde deutlich, wie wichtig es ist, dass möglichst alle Kinder, unabhängig von der finanziellen Situation ihrer Eltern, Schwimmen lernen können. Zusätzlich zu den Aufgaben lebensrettender Einsätze des DLRG in konkreten Gefahrensituationen, ist der Beitrag des DLRG für die Schwimmausbildung sowie für die Ausbildung des Lehr¬personals für das Schwimmen unverzichtbar. Die Fähigkeit des Schwimmens kann nicht nur das eigene Leben retten, sie ist Bestandteil einer Teilhabe am selbstbestimmten Leben in der Gesellschaft, auch zur Erfüllung des Inklusionsgebots leistet die DLRG damit einen entscheidenden Beitrag.		+ 27.500		+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000	dauerhaft	
				AFKO	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Bitte auswählen*	*s. Anmerkung zum Antrag FWE 030*				
Fachbereich 40 - Schule					**0**	**+ 206.200**	**0**	**+ 223.500**	**0**	**+ 223.500**	**0**	**+ 50.000**	**0**	**+ 50.000**		
179	1.21.2430.11	Schulentwicklung und -organisation	427110 Bes. Verwaltungs- und Betriebsaufwendg.	SPD / Bündnis 90/Die Grünen / BIBS	**Förderprojekt zur vielfältigen demokratischen politischen Bildung der Braunschweiger Schüler*innen** (Begründung s. Antrag)		+ 26.000		+ 43.300		+ 43.300				3 Jahre	**Anm.der Verwaltung:** Verweis auf SP 190 im Abschnitt "Anträge zum Stellenplan" am Ende dieser Liste
				FPDA	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	*0*	*Angenommen*					

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 7 / 0 / 1

Teilhaushalt					Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto	Antragsteller	2023		2024		2025		2026		2027			
			Art des Ertrages/Aufwands	Ausschuss	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
157	1.21.2430.11	Schulentwicklung und -organisation	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil.+Sonderv	SPD		+ 130.200		+ 130.200		+ 130.200					3 Jahre	**Mündliche Änderung des Antrages in der Sitzung des Schulausschusses am 27.01.2023 dahingehend, dass das Alpha-betisierungsangebot künftig mit zwei Kursen fortgeführt und bei den Vorbereitungskursen ein zusätzlicher Kurs angeboten wird.** Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor; siehe Anlage 2.7.
					Fortführung der Alphabetisierungskurse Für die Fortsetzung des Alphabetisierungsangebots wie unten beschrieben werden die erforderlichen Mittel für die 3 Jahre 2023 bis 2025 in den Haushalt eingestellt. (Begründung s. Antrag)											
				JHA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	-	*Aufgrund der kurzfristigen Einreichung des Antrages konnte keine Abstimmung im JHA erfolgen.*				
				SchA	*Dafür:*	*16*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*					
				FPDA	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*					
035	400-1099	Sammelkostenstelle für alle Schulen	424190 Sonst. Bewirtschaftungskosten	Die FRAKTION. BS		+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000	dauerhaft	
					Finanzierung kostenloser Menstruationsprodukte nach Ende der Pilotphase Der Rat hat am 15.02.2022 den Beschluss gefasst, dass an vier möglichst repräsentativen Schulen ein Pilotprojekt für kostenlose Periodenprodukte durchgeführt wird. Das Pilotprojekt endet zum Schuljahr 2022/2023, soll anschließend evaluiert werden und daraufhin soll der Rat über eine Ausweitung oder auch einen Abbruch des Angebotes entscheiden. Der Antrag dient zur finanziellen Grundlage einer möglichen Ausweitung.											
				SchA	*Dafür:*	*16*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*					
Kultur und Wissenschaft					**0**	**+ 451.340**	**0**	**+ 510.100**	**0**	**+ 489.500**	**0**	**+ 304.300**	**0**	**+ 309.700**		
180	Diverse	Diverse	427145 EDV-Kosten	SPD / Bündnis 90/Die Grünen		21.500		21.500		21.500		21.500		21.500	dauerhaft	**Anm. der Verwaltung:** Verweis auf die Stellungnahme der Verwaltung (vgl. DS.-Nr. 23-20330-02) zum Antrag FWI 118. Verweis auf FWI 118 Neu und FWI 185.
					Öffentliches WLAN in städtischen Kultureinrichtungen Für die öffentlich zugänglichen Räume der Stadtbibiliothek, des Städischen Museums und des Stadtarchivs soll ein öffentlich zugängliches, kostenfreies WLAN eingerichtet und betrieben werden. Laut Stellungnahme der Verwaltung (Vorlage 23-20330) werden für den Betrieb jährliche Kosten in Höhe von 21.000 € geschätzt.											
				FPDA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*0*	*Enthaltung:*	*0*	*Angenommen*	*Die Anträge FWE 180 und FWE 168 wurden gemeinsam abgestimmt.*				
168	Diverse	Diverse	427145 EDV-Kosten	CDU		21.500		21.500		21.500		21.500		21.500	dauerhaft	**Anm. der Verwaltung:** Verweis auf die Stellungnahme der Verwaltung (vgl. DS.-Nr. 23-20330-02) zum Antrag FWI 118. Verweis auf FWI 118 Neu und FWI 185.
					kostenloses WLAN in städt. Kultureinrichtungen Aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung (vgl. DS.-Nr. 23-20330-02) zum vorliegenden Antrag FWI 118 wird zum einen ein neuer Antrag zum Investitionsprogramm eingereicht und zum anderen dieser Antrag mit den in der angesprochenen Stellungnahme ermittelten Kosten für den dauerhaften Betrieb eines kostenlosen WLAN in den städtischen Kultureinrichtungen. Wie in 23-20330-02 angesprochen, soll die dauerhafte Veranschlagung der laufenden Kosten für den Betrieb bei der bedarfstragenden Organisationseinheit erfolgen.											
				FPDA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*0*	*Enthaltung:*	*0*	*Angenommen*	*Die Anträge FWE 180 und FWE 168 wurden gemeinsam abgestimmt.*				

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 7 / 0 / 1

Teilhaushalt					Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto Art des Ertrages/Aufwands	Antragsteller Ausschuss	2023		2024		2025		2026		2027			
					Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
036	1.25.2511.09	Kontinuitätsförderung Wissenschaft	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD		+ 30.200		+ 30.900		+ 31.600		+ 32.300		+ 33.000	dauerhaft	
				AfKW	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*	*Interfraktionelle Einigung auf Antrag FWE 036*				
037	1.25.2511.09	Kontinuitätsförderung Wissenschaft	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen		+ 34.600		+ 35.400		+ 36.200		+ 37.000		+ 37.800	dauerhaft	
				AfKW	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		-	*Erledigt durch interfraktionelle Einigung auf Antrag FWE 036*				
038	1.25.2511.09	Kontinuitätsförderung Wissenschaft	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS		+ 30.169		+ 33.239		+ 34.000		+ 34.800		+ 35.600	dauerhaft	
				AfKW	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		-	*Erledigt durch interfraktionelle Einigung auf Antrag FWE 036*				
191	1.25.2511.09	Kontinuitätsförderung Wissenschaft	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD / Bündnis 90/Die Grünen		+ 50.000		+ 51.100		+ 52.300		+ 53.500		+ 54.700	dauerhaft	
				FPDA	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	*0*	*Angenommen*					
039	1.25.2521.04	Präsentieren/Ausstellen	346110 Sonstige privatrechtl. Leistungsentgelte	Die FRAKTION. BS	*)		*)		*)		*)		*)		dauerhaft	*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte nicht ermittelt werden.
				AfKW	*Dafür:*	*1*	*Dagegen:*	*10*	*Enthaltung:*	*-*	*Abgelehnt*					
040	1.25.2522.04	Kulturelle Veranstaltungen Bildende Kuns	427140 Veranstaltungen	SPD		-		+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000	dauerhaft	
				AfKW	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*					

Arbeitskreis Andere Geschichte
Der Arbeitskreis Andere Geschichte e.V. macht sich in Braunschweig um Geschichtsforschung und -vermittlung sowie den Betrieb der Gedenkstätte KZ-Außenlager Braunschweig Schillstraße verdient. Für das Jahr 2023 sieht er sich mit Kostensteigerungen im Personalbereich konfrontiert. Zwei Mitarbeitende werden in den Entgeltgruppen höhergestuft, und Tarifsteigerungen für alle Personalstellen müssen umgesetzt werden. Außerdem wird der Tätigkeitsumfang der Geschäftsführerin als volle Stelle (39 Stunden) angesetzt, und ab September 2023 soll eine FSJ-Stelle besetzt werden zum Zweck einer kostengünstigen Personalaufstockung. Ebenso soll im Jahr 2023 veraltete Technik ersetzt und zusätzliche Arbeitsplatzausstattung (z. B. Schreibtisch) angeschafft werden. Zudem ist mit einer Steigerung der Betriebskosten zu rechnen. - Hinweis: Für 2024 wurde eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) angesetzt.

Arbeitskreis Andere Geschichte
Der Arbeitskreis Andere Geschichte benötigt die beantragte Erhöhung des Zuschusses, um den steigenden finanziellen Bedarf im Personalbereich, bei den Sachmitteln und den Betriebskosten decken zu können. Dies hat der Verein der Stadt Braunschweig (Kulturverwaltung) am 13. September 2022 schriftlich mitgeteilt und ausführlich erläutert.

Arbeitskreis Andere Geschichte e. V.
Der Arbeitskreis Andere Geschichte e. V. bringt Interessierte zusammen, die zur Braunschweiger Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert arbeiten. Der Verein ist außerdem Träger der Gedenkstätte KZ-Außenlager Braunschweig-Schillstraße, welche der zentrale Erinnerungsort im Erinnerungskonzept der Stadt Braunschweig ist. Die Gedenkstätte leistet vor allem für Schüler:innen umfangreiche Vermittlungsarbeit zur NS-Geschichte in der Region und sensibilisiert damit für die Themen Intoleranz, Diskriminierung, Repression und Gewalt. Der Verein möchte zukünftig unter anderem intensivere Workshops mit neuen Angeboten für verschiedene Zielgruppen anbieten sowie die Schnittstellen zur Forschung und Hochschullehre, auch im Zusammenhang mit dem Fach Kunst stärken. Hierfür benötigt er eine Erhöhung der städtischen Kontinuitätsförderung für die nächsten beiden Jahre.

Forum Industriekultur
Für den Verein Forum Industriekultur wird ab dem Haushaltsjahr 2023 eine dauerhafte Förderung in Höhe von 50.000 € mit der üblichen Dynamisierung gewährt. Der Verein Forum Industriekultur e. V. hat das Ziel, die Industriekultur sichtbar und erlebbar zu machen. Der junge Verein hat eine lange Geschichte und kann auf Veranstaltungsformate und Erfahrungen von fast 20 Jahren zurückgreifen. Mit der dauerhaften Förderung könnten das Veranstaltungsangebot ausgebaut und insbesondere für jüngere Menschen neue Angebote wie außerschulische Lernorte entwickelt und etabliert werden. Darüber hinaus ist geplant, verstärkt digitale Medien, Internet und filmische Dokumentationen zu nutzen. Der Verein ist hervorgegangen aus dem 2003 gegründeten Arbeitskreis Industriekultur, der seit 2020 Mitglied in der Braunschweigischen Landschaft ist. Wenn man für 2024 eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % gem. Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) ansetzt, wären 51.100 € für 2024 zu veranschlagen.

Kostenloser Zutritt zu Museen
Der Zugang zu städtischen Museen soll zukünftig kostenlos sein. Kultur ist kein Luxus, sondern ein Stück Lebensqualität, das für alle Menschen gleich erreichbar sein muss.

Veranstaltungsbudget halle267
(Begründung s. Antrag)

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 7 / 0 / 1

Teilhaushalt					Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto	Antragsteller	2023		2024		2025		2026		2027			
			Art des Ertrages/Aufwands	Ausschuss	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
041	1.25.2522.09	Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD		+ 18.900		+ 19.300		+ 19.800		+ 20.300		+ 20.800	dauerhaft	
					Kunstverein Braunschweig Der Kunstverein Braunschweig e.V. ist eine führende Institution im Bereich der Vermittlung internationaler und zeitgenössischer Kunst. Der Verein möchte nun das Personal um eine Volontariatsstelle oder eine Teilzeitstelle für Digitales und Social Media im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit ergänzen. Aufgrund der Dringlichkeit angesichts der Pandemie wurde die Stelle bereits ab April 2022 besetzt und wird vom Kunstverein bis Ende 2022 durch private Spenden finanziert. Die Aufwendungen für Digitales und Social Media sollen ab 2023 in die Kontinuitätsförderung aufgenommen werden. - Hinweis: Für 2024 wurde eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) angesetzt.									
				AfKW	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*-*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*	*Interfraktionelle Einigung auf Antrag FWE 041*				
042	1.25.2522.09	Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	CDU		+ 18.842		+ 17.764		+ 18.200		+ 18.600		+ 19.100	dauerhaft	Ab 2025 ist eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) berücksichtigt.
					Zuschuss für den Kunstverein Braunschweig Dauerhafte Anhebung des städtischen Zuschusses für den Kunstverein Braunschweig u.a. zur Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit gemäß des bei der Verwaltung sowie den Fraktionen vorliegenden Zuschussantrages.											
				AfKW	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		-	*Erledigt durch interfraktionelle Einigung auf Antrag FWE 041*				
043	1.25.2522.09	Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD		+ 9.140		+ 9.400		+ 9.700		+ 10.000		+ 10.300	dauerhaft	
					BSkunst.de, Alternativer Kunstverein Braunschweig e.V.i.G. Beginnend mit dem Haushaltsplan 2023 werden 9.140 Euro Kontinuitätsförderung für bskunst.de eingestellt. bskunst.de, Alternativer Kunstverein Braunschweig e.V.i.G., ist seit 2016 in Braunschweig aktiv und wurde bislang über Projektförderung unterstützt. Zur besseren Planungssicherheit für Ehrenamtspauschalen, Deckung der Fixkosten und Ausstellungsvergütungen soll anstelle einer Projektförderung eine Kontinuitätsförderung gewährt werden.									
				AfKW	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*	*Interfraktionelle Einigung auf Antrag FWE 043*				
044	1.25.2522.09	Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen		+ 9.140		+ 9.400		+ 9.700		+ 10.000		+ 10.300	dauerhaft	
					Kontinuitätsförderung für BS Kunst Der Alternative Kunstverein Braunschweig e. V. i. G. bskunst.de erhält ab dem kommenden Haushaltsjahr eine Kontinuitätsförderung in Höhe von zunächst 9.140 Euro. Zudem wird bskunst.de in die Zuschussliste aufgenommen und erhält eine eigene Kostenstelle. Dabei ist in den weiteren Haushaltsplänen auch bei bskunst.de die Dynamisierung zu berücksichtigen. (Begründung s. Antrag)											
				AfKW	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		-	*Erledigt durch interfraktionelle Einigung auf Antrag FWE 043*				
045	1.25.2522.09	Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS		+ 9.140		+ 9.400		+ 9.700		+ 10.000		+ 10.300	dauerhaft	Ab 2024 ist eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) berücksichtigt.
					Kontinuitätsförderung des Kunstvereins bskunst.de Dieser Verein leistet seit seiner Gründung sehr gute Arbeit und organisiert zahlreiche Austellungen und Projekte. Der Verein ist damit zu einer unverzichtbaren Institution der freien Kunstszene Braunschweigs geworden und bietet mit der Verröffentlichung der Arbeiten vielfältigen Kunstschaffenden eine offene Plattform. Nun benötigt der Verein zur besseren Planungssicherheit unter anderem für Ehrenamtspauschalen, Deckung der Fixkosten oder Ausstellungsvergütungen eine Kontinuitätsförderung in Höhe von jährlich 9.140 Euro.											
				AfKW	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		-	*Erledigt durch interfraktionelle Einigung auf Antrag FWE 043*				
046	1.25.2522.09	Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS		+ 9.140		+ 9.400		+ 9.700		+ 10.000		+ 10.300	5 Jahre	Ab 2024 ist eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) berücksichtigt.
					Bskunst.de fördern und Interessen von Braunschweiger KünstlerInnen stärken! Bskunst.de ist ein Kulturangebot des Alternativen Kunstvereins in Braunschweig und gestaltet seit 6 Jahren hochwertige Ausstellungen in der Stadt. Dabei wird auch Kulturschaffenden und KünstlerInnen ein Raum geboten, die sich außerhalb der etablierten und bekannten Kunstszene bewegen - ein großer Mehrwert für Braunschweig! Ein Projekt mit großer Strahlkraft sind die Ausstellungen in leerstehenden Braunschweiger Immobilien, die die Schaufenster der Stadt wieder beleben! Insgesamt konnte der Verein in 6 Jahren über 130 Ausstellungen organisieren und damit 150 Kulturschaffende unterstützen. Der Verein möchte künftig bessere Planungssicherheit erhalten, um Ehrenamtspauschalen, laufende Fixkosten oder auch Austellungsvergütungen bezahlen zu können. Die moderate Förderungssumme kann bskunst.de künftig in großem Maße bei seiner erfolgreichen Kulturarbeit in Braunschweig unterstützen!											
				AfKW	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		-	*Erledigt durch interfraktionelle Einigung auf Antrag FWE 043*				

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 7 / 0 / 1

Teilhaushalt					Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto Art des Ertrages/Aufwands	Antragsteller Ausschuss	2023		2024		2025		2026		2027			
					Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
SBR 01	1.25.2522.09	Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SBR 310		+ 9.140		+ 9.400		+ 9.700		+ 10.000		+ 10.300	dauerhaft	Ab 2024 ist eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) berücksichtigt.
					Anhebung der Kontinuitätsförderung des Kunstvereins e. V. i. G. bskunsst.de Dieser Verein leistete seit seiner Gründung sehr gute Arbeit und organisiert zahlreiche Austellungen und Projekte. Der Verein ist damit zu einer unverzichtbaren Institution der freien Kunstszene Braunschweigs geworden und bietet mit der Verröffentlichung der Arbeiten vielfälltigen Kunstschaffenden eine offene Plattform. Nun benötigt der Verein zur besseren Planungssicherheit unter anderem für Ehrenamtspauschalen, Deckung der Fixkosten oder Ausstellungsvergütungen eine Kontinuietätsförderung in Höhe von jährlich 9.140 Euro. Wenn eine Institution, die KünstlerInnen einen Plattform gibt und sie fördert, in unserem Bezirk entstanden ist, dann ist unsere Aufgabe diese Institution zu unterstützen. Deshalb beantragen wir, dass die Kontinuietätsförderung eingerichtet wird.											
				AfKW	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		-	*Erledigt durch interfraktionelle Einigung auf Antrag FWE 043*				
047	1.25.2522.09	Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen		+ 20.000		+ 20.500		+ 21.000		+ 21.500		+ 22.000	dauerhaft	
					Jugendkunstschule Buntich Die Jugendkunstschule Buntich benötigt die beantragte Erhöhung des Zuschusses, um die Honorarsätze für die freiberuflichen Dozent*innen auf ein angemessenes Niveau anheben zu können. Zudem möchte Buntich den gestiegenen Ansprüchen der Teilnehmer*innen an Ausstattung und Praxis entsprechen und die erheblichen Preissteigerungen bei Miet-, Energie- und Materialkosten auffangen können. Die Erhöhung soll zunächst für 2 Jahre vorgenommen werden, anschließend soll es eine Evaluation der konzeptionellen Neuausrichtung und Weiterentwicklung der Jugendkunstschule geben.											
				AfKW	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*	*Der Antrag wurde anschließend durch den Antrag FWE 181 ersetzt.*				
181	1.25.2522.09	Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD / Bündnis 90/Die Grünen		+ 12.400		+ 12.700		+ 13.000					3 Jahre	
					Jugendkunstschule Buntich Der Antrag ersetzt den Antrag FWE 047. Die Jugendkunstschule buntich wurde 1988 gegründet und bietet jährlich drei Programme mit zahlreichen Kursen und Projekten an, an denen ca. 1500 Schüler*innen teilnehmen. Hinzu kommen Kunst-Events, Kindergeburtstage, Schul- und Kita-Projekte sowie Kooperationen. Die Jugendkunstschule benötigt die beantragte Erhöhung der Zuwendung, um die Honorare der freiberuflichen Dozent*innen auf einen üblichen Stundensatz anzuheben. Damit verbunden ist eine konzeptionelle Weiterentwicklung der Schule. Die Erhöhung der Zuwendung ist zunächst für 3 Jahre befristet, da nach 2 Jahren eine Evaluation der konzeptionellen Neuausrichtung und Weiterentwicklung der Jugendkunstschule stattfinden soll. - Hinweis: Für 2024 wurde eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) angesetzt.											
				FPDA	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*0*	*Enthaltung:*	*3*	*Angenommen*	*Der Antrag ersetzt den Antrag FWE 047.*				
048	1.25.2522.09	Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS		+ 12.000		+ 8.100		+ 8.300		+ 8.500		+ 8.700	dauerhaft	Ab 2025 ist eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) berücksichtigt.
					Anhebung Zuschuss Jugendkunstschule buntich Braunschweig e.V. **(**Beschlusstext und Begründung s. Antrag)											
				AfKW	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*					
				FPDA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		-	*Erledigt durch interfraktionelle Einigung auf Antrag FWE 181*				
049	1.25.2522.09	Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS		+ 12.000		+ 8.100		+ 8.300		+ 8.500		+ 8.700	dauerhaft	Ab 2025 ist eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) berücksichtigt.
					Jugendkunstschule buntich e. V. Die Jugendkunstschule buntich e. V. wurde bereits 1988 gegründet und ist in Braunschweig eine Institution. Durchschnittlich nehmen jedes Jahr ca. 1.800 Schüler:innen an Projekten und Kursen der Jugendkunstschule teil. Dazu kommen noch etwa 400 Teilnehmer:innen in Schul- und KITA-Projekten, bei Kunst-Events, Kindergeburtstagen sowie in weiteren Kooperationen. Aufgrund der Anhebung der Honorarsätze für die freiberuflichen Dozent:innen auf ein angemessenes Niveau, der gestiegenen Ansprüche an Ausstattung und Praxis (die Kunstschulpraxis muss methodisch experimenteller und innovativer werden) sowie der durch Corona fast aufgebrauchten Rücklagen, benötigt der Verein eine leichte Erhöhung der städtischen Förderung.											
				AfKW	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*					
				FPDA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		-	*Erledigt durch interfraktionelle Einigung auf Antrag FWE 181*				

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 7 / 0 / 1

Teilhaushalt					Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
					2023		2024		2025		2026		2027			
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto Art des Ertrages/Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
SBR 02	1.25.2522.09	Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SBR 310		+ 12.000		+ 8.100		+ 8.300		+ 8.500		+ 8.700	dauerhaft	Ab 2025 ist eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) berücksichtigt.
				AfKW	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*					
				FPDA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Erledigt*	*Erledigt durch Annahme des Antrags FWE 181*				
050	1.25.2522.09	Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen		+ 19.000		+ 19.500		+ 20.000		+ 20.500		+ 21.000	dauerhaft	
				AfKW	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*	*Der Antrag wurde anschließend durch den Antrag FWE 182 ersetzt.*				
182	1.25.2522.09	Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD / Bündnis 90/Die Grünen		+ 17.600		+ 17.900		+ 18.300		+ 18.700		+ 19.200	dauerhaft	
				FPDA	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	*0*	*Angenommen*	*Der Antrag ersetzt den Antrag FWE 050.*				
051	1.25.2522.09	Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS		+ 17.600		+ 16.100		+ 16.500		+ 16.900		+ 17.300	dauerhaft	Ab 2025 ist eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) berücksichtigt.
				AfKW	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*					
				FPDA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Bitte auswählen*	*Erledigt durch interfraktionelle Einigung auf Antrag FWE 182*				
052	1.25.2522.09	Kontinuitätsförderung Bildende Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS		+ 17.600		+ 16.100		+ 16.500		+ 16.900		+ 17.300	dauerhaft	Ab 2025 ist eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) berücksichtigt.
				AfKW	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*					
				FPDA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Bitte auswählen*	*Erledigt durch interfraktionelle Einigung auf Antrag FWE 182*				

Anhebung Zuschuss buntich Jugendkunstschule Braunschweig e. V.
Die buntich Jugendkunstschule Braunschweig e.V. steht vor mehreren finanziellen Herausforderungen. So müssen z.B. die Honorarsätze für die freiberuflichen Dozent:innen auf ein angemessenes Niveau angehoben werden. Bereits im Januar 22 fand eine Erhöhung auf 25 Euro statt. Doch um die freiberuflich tätigen, qualifizierten Fachkräfte angemessen zu bezahlen und auch zukünftig an die Kunstschule zu binden, ist eine weitere Erhöhung auf 30 Euro ab Januar unabdingbar. Zusätzlich sieht sich buntich mit erheblichen Preissteigerungen konfrontiert. So stiegen die Mietkosten zum 1.8.22. Auch die Energiekosten und Materialkosten steigen kontinuierlich an und müssen aufgefangen werden, wobei die Rücklagen wegen Corona fas aufgebraucht sind. Da die Jugendkunstschule ein wichtiger Punkt der Braunschweiger Jugend- und Kulturförderung ist, ist es aus unserer Sicht dringend notwendig, den Zuschuss entsprechend des Antrages von buntich anzupassen.

Bund Bildender Künstler (BBK)
Die Erhöhung, um die der Bund Bildender Künstler (BBK) die Stadt Braunschweig bittet, ergibt sich insbesondere aus der Notwendigkeit, eine zusätzliche Verwaltungskraft und Unterstützung der Geschäftsführung anzustellen. Damit soll die chronische personelle Unterbesetzung etwas gemildert werden – momentan gibt es beim BBK nur eine Teilzeitstelle (30 Stunden) für eine Geschäftsführerin sowie 3 Minijobs für Aufsichtskräfte. Darunter leiden insbesondere die Öffentlichkeitsarbeit und die Social-Media-Aktivitäten des Kunsthauses.

Bund Bildender Künstler
Der Antrag ersetzt den Antrag FWE 050.
Der Bund Bildender Künstler (BBK) hat sich mit seinem Kunsthaus an der Humboldtstraße zu einem überregional bekannten Ausstellungsort entwickelt und als Anlaufstelle insbesondere für junge Künstler*innen der HBK etabliert. Mit seinem hochkarätigen Ausstellungs- und Kunstvermittlungsprogramm und dank der vielfältigen Vernetzungsarbeit ist der BBK eine unverzichtbare Bereicherung für die Stadt Braunschweig. Dies zeigten zuletzt Projekte wie JUSTAMENTE und "art to believe". Die beantragte Zuwendungserhöhung wird benötigt für eine zusätzliche Verwaltungskraft zur Unterstützung der Geschäftsführung in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Social Media und Ausstellungsorganisation; momentan gibt es beim BBK nur eine Teilzeitstelle (30 Stunden) für die Geschäftsführung sowie drei Minijobs für Aufsichtskräfte. - Hinweis: Für 2024 wurde eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) angesetzt.

Kontinuitätsförderung des Bundes Bildender Künstler (Kunsthaus BBK)
(Begründung s. Antrag)

Braunschweiger Bildende Künstlerinnen und Künstler (BBK) e. V.
Der Verein Braunschweiger Bildende Künstlerinnen und Künstler (BBK) beantragt für sein Kunsthaus im ehemaligen Zollhaus an der Humboldtstraße eine Erhöhung der Kontinuitätsförderung, um eine zusätzliche Verwaltungskraft und Unterstützung der Geschäftsführung im Bereich Öffentlichkeitsarbeit einzustellen. Das Kunsthaus wird für seine qualitativ hochwertigen Ausstellungen, seine hochkarätige und innovative Kunstvermittlung sowie als Schnittstelle zwischen den KünstlerInnen der Region und der kunstinteressierten Öffentlichkeit geschätzt. Seit einigen Jahren ist das Kunsthaus außerdem eine wichtige Anlaufstelle für junge Kunst-AbsolventInnen.

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 7 / 0 / 1

Teilhaushalt					Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto	Antragsteller	2023		2024		2025		2026		2027			
			Art des Ertrages/Aufwands	Ausschuss	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
053	1.25.2522.10	Projekt- u. Konz.-Förderung Bild. Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD / Bündnis 90/Die Grünen	**Atelierförderprogramm** Für die Etablierung eines Atelierförderprogramms auf der Grundlage des von der Verwaltung vorgelegten "Konzepts für ein Atelierförderprogramm" (Vorlage 22-19634) werden ab 2023 dauerhaft 50.000 € p. a. in den Haushalt eingestellt. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Ausschuss für Kultur und Wissenschaft über die weitere Entwicklung des Konzepts und seine Umsetzung zu berichten. (Begründung s. Antrag)										dauerhaft	Ab 2024 ist eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) berücksichtigt.
						+ 50.000		+ 51.100		+ 52.300		+ 53.500		+ 54.700		
				AfKW	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*Interfraktionelle Einigung auf Antrag FWE 053*				
054	1.25.2522.10	Projekt- u. Konz.-Förderung Bild. Kunst	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	**Atelierförderprogramm finanziell ausstatten** (Begründung s. Antrag)										dauerhaft	Ab 2024 ist eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) berücksichtigt.
						+ 100.000		+ 102.200		+ 104.500		+ 106.800		+ 109.200		
				AfKW	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		-	*Erledigt durch interfraktionelle Einigung auf Antrag FWE 053*				
055	1.25.2610.09	Kontinuitätsförderung Theater	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	**Theaterpädagogisches Zentrum (TPZ)** Das Theaterpädagogische Zentrum (TPZ) wird 2023 neue Räumlichkeiten im Quartier St. Leonhard beziehen, was lange angekündigt und vorbereitet war, aber auch mit höheren Mietkosten verbunden ist. Der Umzug bringt eine deutliche Verbesserung, da die bisherigen Räume nicht barrierefrei sind. Parallel ist der Bedarf an außer- und innerschulischen Beteiligungsangeboten gewachsen, weshalb das TPZ sein Angebot ausbauen und weiter professionalisieren möchte. Um der gewachsenen Breite an Aufgaben gerecht zu werden und um eine Professionalität in den Projekten zu gewährleisten, muss die Stundenanzahl der festen Mitarbeitenden in der Geschäftsstelle erhöht werden. - Hinweis: Für 2024 wurde eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) angesetzt.										dauerhaft	
						+ 41.600		+ 42.500		+ 43.500		+ 44.500		+ 45.500		
				AfKW	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*Interfraktionelle Einigung auf Antrag FWE 055*				
056	1.25.2610.09	Kontinuitätsförderung Theater	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	**Theaterpädagogisches Zentrum (TPZ)** Der Spielraum TPZ – das Theaterpädagogische Zentrum für Braunschweig und die Region – zieht demnächst in das „Quartier St. Leonhard“. Um die Arbeit an diesem neuen Standort zu erhalten und zu sichern, wird eine dauerhafte Erhöhung des Zuschusses benötigt. Der Umzug zieht höhere Mietkosten nach sich und der Spielraum TPZ muss sich auch konzeptionell und strukturell anders aufstellen. Daher soll die Stundenzahl der festen Mitarbeiter*innen der Geschäftsstelle insgesamt steigen.										dauerhaft	
						+ 42.500		+ 43.500		+ 44.500		+ 45.500		+ 46.500		
				AfKW	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		-	*Erledigt durch interfraktionelle Einigung auf Antrag FWE 055*				
057	1.25.2610.09	Kontinuitätsförderung Theater	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	**Anhebung Zuschuss Spielraum TPZ - Theaterpädagogisches Zentrum e. V.** (Begründung s. Antrag)										dauerhaft	Ab 2025 ist eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) berücksichtigt.
						+ 41.600		+ 40.700		+ 41.600		+ 42.500		+ 43.500		
				AfKW	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		-	*Erledigt durch interfraktionelle Einigung auf Antrag FWE 055*				
058	1.25.2610.09	Kontinuitätsförderung Theater	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	**Theaterpädagogisches Zentrum (TPZ)** Das Theaterpädagogische Zentrum (TPZ) in Braunschweig besteht seit dem Jahr 2013 und ist ein wichtiger Partner für Projekte der Kulturellen Bildung in Braunschweig. 40 theater- und kulturpädagogische Projekte werden bisher jährlich durchgeführt. Viele der Projekte fokussieren sich auf die Förderung von benachteiligten jungen Menschen und möchten Inklusion, Diversität, Intergenerationalität oder auch die Inter- und Transkultur stärken. Durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie besonders auf junge Menschen, wird das Angebot des TPZs stärker angefragt denn je. Um der Nachfrage gerecht zu werden, möchte das TPZ in neue Räumlichkeiten umziehen und sein Angebot konzeptionell und strukturell ausweiten und verbessern. Neben höheren Mietkosten für die neuen Räume steigen damit auch die Personalkosten, um die Angebote noch mehr professionalisieren zu können.										dauerhaft	Ab 2025 ist eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) berücksichtigt.
						+ 41.600		+ 40.700		+ 41.600		+ 42.500		+ 43.500		
				AfKW	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		-	*Erledigt durch interfraktionelle Einigung auf Antrag FWE 055*				

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 7 / 0 / 1

Teilhaushalt					Veränderungen in €											
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto Art des Ertrages/Aufwands	Antragsteller Ausschuss	2023 Erträge	2023 Aufwendungen	2024 Erträge	2024 Aufwendungen	2025 Erträge	2025 Aufwendungen	2026 Erträge	2026 Aufwendungen	2027 Erträge	2027 Aufwendungen	Dauer	Anmerkungen
059	1.25.2733.09	Kontinuitätsförderung Brunsviga/KufA	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	**Soziokulturelles Zentrum (KufA Haus)** (Begründung s. Antrag)										2 Jahre	
						+ 30.000		+ 30.000								
				AfKW	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*-*	*Enthaltung:*	*-*	*Passieren lassen*					
				FPDA	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*					
060	1.25.2733.09	Kontinuitätsförderung Brunsviga/KufA	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	**Kufa e. V. - Soziokulturelles Zentrum am Westbahnhof** Das Kufahaus ist schon im Jahr 2019 unter schwierigen Corona-Bedingungen gestartet, so dass das vielfältige Angebot auf Grund der Abstandsregeln und der Veranstaltungsbeschränkungen nur sehr eingeschränkt ausgeübt werden konnte, was nicht nur zu Mindereinnahmen führte. In der Folge, konnte sich das Kufahaus als Kommunikationszentrum auch weniger gut etablieren. Dazu kamen erhebliche Kostenerhöhungen. Der gestiegene Mindestlohn erhöhte die Personalkosten erheblich. In der Folge des Ukraine-Krieges erhöhten sich die Energiekosten und auch die Verzehrkosten erheblich, was nicht so einfach auf die Besucher und Verzehrkunden abgewälzt werden konnte.										dauerhaft	Ab 2025 ist eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) berücksichtigt.
						+ 30.000		+ 26.500		+ 27.100		+ 27.700		+ 28.300		
				AfKW	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*-*	*Enthaltung:*	*-*	*Passieren lassen*					
				FPDA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Bitte auswählen*	*Erledigt durch interfraktionelle Einigung auf Antrag FWE 059*				
SBR 03	1.25.2733.09	Kontinuitätsförderung Brunsviga/KufA	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SBR 310	Hiermit beantragen wir die von der **KufA e. V.** beantragte zusätzliche Förderung von 30.000 Euro für das Jahr 2023 in den Haushalt einzustellen.										einmalig	
						+ 30.000										
				AfKW	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*-*	*Enthaltung:*	*-*	*Passieren lassen*					
				FPDA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*-*	*Enthaltung:*	*-*	*Erledigt*	*… durch Annahme des Antrags FWE 059*				
061	1.25.2811.04	Eigene kult. Veranst. sonst. Kulturpfl.	427140 Veranstaltungen	SPD / Bündnis 90/Die Grünen	**Konzept zur Unterstützung der Tanzszene in Braunschweig** Für die Umsetzung des "Konzepts zur Unterstützung der Tanzszene in Braunschweig" (Vorlage 22-19638) werden vorerst für drei Jahre Mittel in den Haushalt eingestellt: 170.000 € für 2023, 173.700 € für 2024 und gem. Ratsbeschluss vom 15.02.2022 dynamisierte Mittel für 2025. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Ausschuss für Kultur und Wissenschaft über die weitere Entwicklung des Konzepts und seine Umsetzung zu berichten. (Begründung s. Antrag)										3 Jahre	
						+ 170.000		+ 173.700		+ 177.500						
				AfKW	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*	*Interfraktionelle Einigung auf Antrag FWE 061*				
062	1.25.2811.04	Eigene kult. Veranst. sonst. Kulturpfl.	427140 Veranstaltungen	Die FRAKTION. BS	**Konzept zur Unterstützung der Tanzszene finanziell ausstatten** (Beschlusstext und Begründung s. Antrag)										dauerhaft	
						+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000		
				AfKW	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*-*	*Erledigt durch interfraktionelle Einigung auf Antrag FWE 061*				

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 7 / 0 / 1

Teilhaushalt					Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto Art des Ertrages/Aufwands	Antragsteller Ausschuss	2023		2024		2025		2026		2027			
					Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
063	1.25.2811.13	Stadtteilkulturarbeit	Diverse	Die FRAKTION. BS	**Keine Kürzung der Stadtteilkulturarbeit** Unter dem Produkt 1.25.2811.13 ist für die Stadtteilkulturarbeit in 2022 noch ein Betrag von 132.480 € vorgesehen. Für 2023 und 2024 soll jeweils eine massive Kürzung auf dann nur noch 21.800 € stattfinden. Das wird abgelehnt.										dauerhaft	Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor; siehe Anlage 2.7.
						+ 110.680		+ 110.680		+ 110.680		+ 110.680		+ 110.680		
				AfKW	*Dafür:*	*1*	*Dagegen:*	*10*	*Enthaltung:*	*-*	*Abgelehnt*					
SBR 04	410-2230	Ortsbüchereien	Diverse	SBR 322	Der Stadtbezirksrat 322 beantragt, die **Ortsbücherei Wenden in die Dynamisierung** der städtischen Zuschüsse mit **aufzunehmen**										dauerhaft	*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte nicht ermittelt werden. **Anm. der Verwaltung:** Der Antrag ist insofern nicht gerechtfertigt, als ein „städtischer Zuschuss“ im Grunde nicht vorliegt. Die Mittel für Miete und Betriebskosten der Ortsbücherei Wenden sind im Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft berücksichtigt und werden für den HH 2023/2024 auf Grundlage der Kostensteigerungen erhöht.
						*)		*)		*)		*)		*)		
				AfKW	*Dafür:*	*-*	*Dagegen:*	*10*	*Enthaltung:*	*1*	*Abgelehnt*					
Fachbereich 50 - Soziales und Gesundheit					**0**	**+ 452.180**	**0**	**+ 623.380**	**0**	**+ 744.400**	**0**	**+ 721.400**	**0**	**+ 839.600**		
064	1.31.3118.90	Stationäre Pflege (§ 65 SGB XII)	433220 Sozialleistungen an natürl. Pers. iE üöT	Die FRAKTION. BS	**Keine Absenkung Ansatz stationäre Pflege nach SGB XII** Durch das "Angehörigen-Entlastungsgesetz" und eine zusätzliche Übernahme der Kosten durch die Pflegekassen findet durchaus eine Entlastung der pflegebedürftigen Menschen und ihrer Angehörigen statt und somit benötigen auch weniger Pflegebedürftige Sozialhilfe. Dieser Trend ist seit Mitte 2022 umgekehrt, da viele Pflegeeinrichtungen ihre Kosten erhöhen mussten. Daher erscheint eine Absenkung des Ansatzes nicht realistisch und die Beibehaltung des Ansetzes 2022 wird beantragt.										2 Jahre	Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor; siehe Anlage 2.7.
						+ 2.400.000		+ 2.400.000								
				AfSG	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Zurückgezogen*	*Der Antrag wurde aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung für erledigt erklärt.*				

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 7 / 0 / 1

Teilhaushalt					Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto	Antragsteller	2023		2024		2025		2026		2027			
			Art des Ertrages/Aufwands	Ausschuss	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
SBR 05	1.31.3151.20	Förderung der Altenpflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SBR 322	Der Stadtbezirksrat 322 beantragt, den **Heizkostenzuschuss für den Seniorenkreis Veltenhof** entsprechend der noch zu ermittelnden gestiegenen Verbrauchs-/Energiekosten zu erhöhen										dauerhaft	*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte nicht ermittelt werden. **Anm. der Verwaltung:** Der Seniorenkreis Veltenhof erhält regelmäßig eine Zuwendung in Höhe der Warmmiete (zuletzt: 3.067 €). Mehrkosten sind nicht bekannt bzw. können nicht ermittelt werden. Ggf. erfolgt die Gewährung des Zuschusses mit den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln.
						*)		*)		*)		*)		*)		
				AfSG	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		-	*Da der Antrag keinen Betrag enthält, wurde er für erledigt erklärt und es fand keine Abstimmung statt.*				
192	1.31.3151.20	Förderung der Altenpflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD / Bündnis 90/Die Grünen	**Begegnungszentrum Gliesmarode** Dem Sozialverband Deutschland (SoVD), Kreisverband Braunschweig wird für den Betrieb des Begegnungszentrums Gliesmarode eine jährliche Förderung mit der üblichen Dynamisierung gewährt. Für 2024 beträgt die Förderung 20.700 €, für 2023 anteilig für sechs Monate 6.700 € gem. dem vorgelegten Kosten- und Finsnzierungsplan. Die Stadt stellt dem SoVD die Räumlichkeiten des Begegnungszentrums zwar entgeltfrei zur Verfügung, ein weiterer Betrieb im bisherigen Umfang ist aufgrund der personellen Situation aber unmöglich weiter zu gewährleisten. Um die sehr erfolgreiche Arbeit des Begegnungszentrums Gliesmarode fortsetzen zu können, ist vielmehr eine angemessene Förderung im genannten Umfang erforderlich. Die Dynamisierung richtet sich nach dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494).										dauerhaft	
						+ 6.700		+ 20.700		+ 21.200		+ 21.700		+ 22.200		
				FPDA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*0*	*Enthaltung:*	*0*	*Angenommen*					
065	1.31.3157.10	Förderung von Frauenprojekten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	**Sichtbar. Fachzentrum gegen sexualisierte Gewalt e.V.** vorher: Frauen- und Mädchenberatung (Begründung s. Antrag)										dauerhaft	
						+ 106.800		+ 109.100		+ 111.500		+ 114.000		+ 116.500		
				AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*2*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*Die Anträge 065 - 068 wurden gemeinsam abgestimmt.*				
066	1.31.3157.10	Förderung von Frauenprojekten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	**Sichtbar. Fachzentrum gegen sexualisierte Gewalt** vorher: Frauen- und Mädchenberatung Sichtbar leistet als Fachzentrum wertvolle Arbeit gegen sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Frauen in Form von (Fach-)Beratung, psychosozialer Prozessbegleitung und zusätzlich nun auch Präventionsarbeit. Zudem wird das Angebot, welches sich bisher nur an Mädchen und Frauen richtete, künftig auch auf Jungen erweitert. Für die neuen Aufgaben im Präventionsbereich sowie für die Beratung und Begleitung von Jungen werden die zusätzlichen Mittel benötigt.										dauerhaft	
						+ 107.000		+ 109.400		+ 111.800		+ 114.300		+ 116.800		
				AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*2*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*Der Antrag wurde geändert auf: 2023: + 106.800 € und 2024: + 109.100 € Die Anträge 065 - 068 wurden gemeinsam abgestimmt.*				
067	1.31.3157.10	Förderung von Frauenprojekten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	**Anhebung Zuschuss Beratungsssstelle gegen sexualisierte Gewalt e. V.** (Begründung s. Antrag)										dauerhaft	Ab 2025 ist eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) berücksichtigt.
						+ 107.000		+ 101.000		+ 103.200		+ 105.500		+ 107.800		
				AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*2*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*Der Antrag wurde geändert auf: 2023: + 106.800 € und 2024: + 109.100 € Die Anträge 065 - 068 wurden gemeinsam abgestimmt.*				

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 7 / 0 / 1

Teilhaushalt					Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto	Antragsteller	2023		2024		2025		2026		2027			
			Art des Ertrages/Aufwands	Ausschuss	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
068	1.31.3157.10	Förderung von Frauenprojekten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS		+ 106.797		+ 100.997		+ 103.200		+ 105.500		+ 107.800	dauerhaft	Ab 2025 ist eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) berücksichtigt.
					Beratungsstelle gegen sexualisierte Gewalt an Frauen, Mädchen, Jungen e. V. Die Beratungsstelle gegen sexualisierte Gewalt an Frauen, Mädchen, Jungen e. V. ist eine spezialisierte Fachberatungsstelle, die seit mehreren Jahrzehnten gegen sexualisierte Gewalt in Kindheit, Jugend und im Erwachsenenalter arbeitet. Sie bietet betroffenen Frauen, Mädchen und seit 2022 auch Jungen sowie deren Angehörigen und Bezugspersonen Beratung an. Außerdem werden Fachkräfte, wie Lehrer:innen, Erzieher:innen und Sozailarbeiter:innen beraten, die sich Sorgen um ein Kind machen oder mehr Sicherheit im Umgang mit betroffenen Kindern bzw. Verdachtsfällen erlangen möchten. Ein weiterer entscheidender Schwerpunkt der Arbeit der Beratungsstelle liegt im Bereich der Prävention: Kinder und Jugendliche sollen hier geschützt und gestärkt sowie ihre Bezugspersonen und ihr Umfeld sensibilisiert werden. Durch eine Erweiterung der Präventionsworkshops, die Etablierung eines neuen Konzepts speziell für Jungen (hier besonders die Kosten der Vollzeitstelle für den Präventions- und Fortbildungsbereich) sowie gestiegene Personal- und Sachkosten benötigt der Verein eine Erhöhung der institutionellen Förderung.											
				AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*2*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*	*Der Antrag wurde geändert auf: 2023: + 106.800 € und 2024: + 109.100 €* *Die Anträge 065 - 068 wurden gemeinsam abgestimmt.*				
069	1.31.3157.10	Förderung von Frauenprojekten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD		+ 18.300		+ 18.700		+ 19.200		+ 19.700		+ 20.200	dauerhaft	
					Frauenberatungsstelle Die Frauenberatungsstelle, seit über 40 Jahren tätig, ist eine Anlaufstelle für alle Anliegen, die Frauen betreffen. Der Anteil der von Gewalt betroffenen Frauen steigt jährlich. Prävention und Beratung zum Thema häusliche Gewalt wird auch durch die Beratungs- und Interventionsstelle bei häuslicher Gewalt (BISS) geleistet, deren Trägerin die Frauenberatungsstelle ist. Um die steigenden Anfragen weiterhin professionell bewältigen zu können, wird eine Verwaltungskraft benötigt. Weiterhin sollen Öffentlichkeits- und Präventionsarbeit ausgebaut werden. - Hinweis: Für 2024 wurde eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) angesetzt.											
				AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*-*	*Enthaltung:*	*2*	*Angenommen*	*Die Anträge 069 - 072 wurden gemeinsam abgestimmt.*				
070	1.31.3157.10	Förderung von Frauenprojekten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen		+ 18.300		+ 18.700		+ 19.200		+ 19.700		+ 20.200	dauerhaft	
					Frauenberatungsstelle Die Frauenberatungsstelle leistet seit Jahren wertvolle Arbeit auf dem Gebiet der Beratung und Betreuung von Gewalt betroffener Frauen. Betroffene Frauen können sich an die Frauenberatungsstelle wenden und finden hier Unterstützung und Weitervermittlung (z. B. an Frauenhäuser). In den letzten Jahren ist aufgrund der Corona-Pandemie auch in diesem Gebiet leider ein starker Anstieg zu verzeichnen. Für die Frauenberatungsstelle ergibt sich ein erhöhter Verwaltungsaufwand, für welchen die zusätzlichen Mittel benötigt werden.											
				AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*-*	*Enthaltung:*	*2*	*Angenommen*	*Die Anträge 069 - 072 wurden gemeinsam abgestimmt.*				
071	1.31.3157.10	Förderung von Frauenprojekten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS		+ 18.300		+ 18.900		+ 19.400		+ 19.900		+ 20.400	dauerhaft	
					Anhebung Zuschuss Frauenberatungsstelle Die Frauenberatungsstelle ist seit über 40 Jahren Anlauf- und Clearingstelle für Frauen in allen Lebenslagen, insbesondere bei häuslicher Gewalt. Die Anzahl der ratsuchenden Frauen steigt stetig an. Zudem ist die Frauenberatungsstelle auch Trägerin der BISS (Beratungs- und Interventionsstelle bei häuslicher Gewalt). Im Jahr 2023 steigen die Personalkosten um über 9.000 Euro an. Dies kommt zum einen durch den Stufenaufstieg von drei Mitarbeiterinnen zustande. Zum anderen musste wegen des erheblich gestiegenen Verwaltungsaufwandes Mitte 2022 eine weitere Mitarbeiterin auf Minijob-Basis eingestellt werden. Ab 2023 müssen diese Kosten ganzjährig berücksichtigt werden. Durch den Umzug in andere Räumlichkeiten und die gestiegenen Energiekosten ist zusätzlich mit höheren Betriebskosten zu rechnen. Um diese Kosten zu decken, benötigt die Frauenberatungsstelle eine Anpassung des Zuschusses. Ohne diese Erhöhung käme es zu einer erheblichen Stunden- und damit Angebotskürzung.											
				AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*-*	*Enthaltung:*	*2*	*Angenommen*	*Der Antrag wurde geändert auf: 2024: + 18.700 €* *Die Anträge 069 - 072 wurden gemeinsam abgestimmt.*				
072	1.31.3157.10	Förderung von Frauenprojekten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS		+ 18.300		+ 18.900		+ 19.400		+ 19.900		+ 20.400	dauerhaft	
					Frauenberatungsstelle Seit über 40 Jahren ist die Frauenberatungsstelle Anlaufstelle für alle Anliegen von Frauen, besonders auch für von Gewalt betroffenen Frauen, deren Anteil fast jährlich steigt. Die Beratungsstelle bildet damit einen erheblichen Baustein hinsichtlich der Prävention und Beratung zum Thema häusliche Gewalt. Da in den letzten Jahren der Verwaltungsaufwand der Beratungsstelle immer weiter angestiegen ist, fehlt den BeraterInnen die hierfür aufzuwendende Zeit für ihre eigentliche Kernaufgabe, die Beratung. Aus diesem Grund sollte ab Oktober 2022 eine Verwaltungskraft mit 20 h wöchentlich eingestellt werden. Für diese zusätzlichen Personalkosten benötigt die Frauenberatungsstelle eine leichte Erhöhung der städtischen Förderung.											
				AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*-*	*Enthaltung:*	*2*	*Angenommen*	*Der Antrag wurde geändert auf: 2024: + 18.700 €* *Die Anträge 069 - 072 wurden gemeinsam abgestimmt.*				

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 7 / 0 / 1

Teilhaushalt					Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto	Antragsteller	2023		2024		2025		2026		2027			
			Art des Ertrages/Aufwands	Ausschuss	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
193	1.31.3430.10	Betreuungsleistungen	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	**Institut f. pers. Hilfen** (Begründung s. Antrag)	+ 135.100		+ 138.000		+ 141.000					3 Jahre	
				FPDA am 14.03.2023	*Dafür:*	*7*	*Dagegen:*	*-*	*Enthaltung:*	*3*	*Angenommen*					
073	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	**Täterberatung** Das Angebot der Täterberatungsstelle Häusliche Gewalt Braunschweig verfügt mit dem Täterinterventionsprogramm über einen wichtigen Präventionsbaustein im Kampf gegen häusliche Gewalt. Männer, die in der Beziehung gewalttätig geworden sind, können mit der Beratungsstelle Kontakt aufnehmen - entweder aus Eigeninitiative oder über die Ansprache von Polizei, Staatsanwaltschaft oder Familiengerichten. Angeboten werden mehrmonatige Trainingskurse zur Erhöhung kommunikativer und sozialer Kompetenzen. Forderungen der Istanbul-Konvention und der Landesaktionspläne werden mit diesem Angebot ebenfalls erfüllt. - Hinweis: Für 2024 wurde eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) angesetzt.	+ 4.900		+ 5.000		+ 5.200		+ 5.400		+ 5.600	dauerhaft	
				AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*2*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*	*Die Anträge 073 - 076 wurden gemeinsam abgestimmt.*				
074	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	**Täterberatung Häusliche Gewalt** Die Täterberatung Häusliche Gewalt leistet wichtige Präventionsarbeit im Kampf gegen häusliche Gewalt, die sich mit der Corona-Pandemie noch verstärkt hat. Damit werden Forderungen der Istanbul Konvention sowie der Landesaktionspläne erfüllt. Um die laufenden Kosten sowie Kostensteigerungen zu bewältigen, wird die Erhöhung des städtischen Zuschusses benötigt.	+ 4.900		+ 5.000		+ 5.200		+ 5.400		+ 5.600	dauerhaft	
				AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*2*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*	*Die Anträge 073 - 076 wurden gemeinsam abgestimmt.*				
075	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	**Anhebung Zuschuss Täterberatungsstelle** Die Überleitung der Fachkräfte in den TVöD, ein Beratungsaufkommen von 22 Stunden/Woche und erhöhte Raumkosten machen einen erhöhten Zuschuss erforderlich.	+ 4.900		+ 3.800		+ 3.900		+ 4.000		+ 4.100	dauerhaft	Ab 2025 ist eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) berücksichtigt.
				AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*2*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*	*Der Antrag wurde geändert auf: 2024: + 5.000 €* *Die Anträge 073 - 076 wurden gemeinsam abgestimmt.*				
076	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	**Mehr Förderung für die Täterberatung Häusliche Gewalt Braunschweig!** Die Täterberatung Häusliche Gewalt Braunschweig ist ein wichtiges Interventionsprogramm im Kampf gegen häusliche Gewalt. Hier können sich Menschen, die in der Partnerschaft gewalttätig geworden sind, Unterstützung suchen, um künftig Konflikte gewaltfrei lösen zu können. Somit wird Täterarbeit zum Opferschutz. Um die wichtige Arbeit der Täterberatung aufrecht erhalten zu können, soll die bisherige Förderung um 12,5 % steigen und beträgt für 2023 55.800 Euro. Ziel dieser Erhöhung ist es, dass die Angestellten der Täterberatung künftig eine Bezahlung nach TVÖD erhalten und die steigenden Energiepreise weiterhin gezahlt werden können. da der Verein für 2024 von weiteren tariflichen Steigerungen in Höhe von 10 % ausgeht, soll die Fördersumme für dieses Jahr auf 61.240 € steigen.	+ 4.900		+ 9.240		+ 9.500		+ 9.800		+ 10.100	dauerhaft	
				AfSG	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*2*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*	*Der Antrag wurde geändert auf: 2024: + 5.000 €* *Die Anträge 073 - 076 wurden gemeinsam abgestimmt.*				

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 7 / 0 / 1

Teilhaushalt					Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto Art des Ertrages/Aufwands	Antragsteller Ausschuss	2023		2024		2025		2026		2027			
					Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
077	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	**Quartiersbezogene Nachbarschaftzentren** (Beschlusstext und Begründung s. Antrag)	+ 214.200		+ 442.300		+ 684.700		+ 941.900		+ 1.214.400	dauerhaft	**Anm. der Verw.:** Die Beträge stellen den Mehrbedarf gegenüber der Ansatzveränderung der Verwaltung (Nr. 52) aufgrund des Ratsbeschlusses v. 22.08.2022 dar. Zusätzlich sind Mehrbedarfe in der Liste der finanzwirksamen Anträge zum IM enthalten (FWI 119).
				AfSG	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	*-*	*Enthaltung:*	*-*	*Passieren lassen*	*Der Antrag wurde anschließend durch den Antrag FWE 183 ersetzt.*				
183	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD / Bündnis 90/Die Grünen	**Quartiersbezogene Nachbarschaftzentren** Dieser Antrag ersetzt die Anträge FWE 077 und FWI 119. Der AfSG hat in seiner Sitzung am 18.01.2023 die Ansatzveränderung Nr. 52 der Verwaltung zur "Einrichtung von jährlich 2 weiteren Nachbarschaftzentren ab 2023 gemäß Ratsbeschluss vom September 2022" beschlossen. Die damit beschlossene Ansatzerhöhung soll durch diesen Antrag verdoppelt und für die Folgejahre dynamisiert werden. Damit ist gemäß den Leitlinien der Arbeitsgruppe zumindest eine Personalausstattung mit einer Vollzeitstelle (oder zwei Teilzeitstellen) für Koordinierung, Vernetzung und Quartiersarbeit sowie eine Teilzeitstelle für Verwaltungstätigkeiten umsetzbar. Für 2024 wurde eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) angesetzt.	+ 107.100		+ 223.500		+ 335.200		+ 446.900		+ 558.600	dauerhaft	**Anm. der Verw.:** Die Beträge stellen den Mehrbedarf gegenüber der Ansatzveränderung der Verwaltung (Nr. 53) aufgrund des Ratsbeschlusses v. 22.08.2022 dar.
				FPDA	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*	*Dieser Antrag ersetzt den Antrag FWE 077.*				
078	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	**Ausweitung des Familienzentrums in Broitzem in ein Nachbarschaftszentrum** Das Paritätische Familienzentrum in Broitzem wird seit zwei Jahren durch den Paritätischen Braunschweig betrieben und ist bisher mit seinen Angeboten vorrangig für Familien konzipiert. Durch die Erweiterung zu einem Nachbarschaftszentrum soll das soziale und kulturelle Miteinander generationsübergreifend gefördert und die Quartierarbeit gestärkt und mit Leben gefüllt. Die schon entstandenen Netzwerke sollen nun ausgeweitet und genutzt werden, um auch älteren Menschen oder z.B. Alleinerziehenden einen Raum für Austausch oder ein offenes Ohr für Probleme zu bieten. Geplant sind Spieleabende, Singen und Kaffeenachmittage.	+ 101.410		+ 105.917		+ 108.300		+ 110.700		+ 113.100	dauerhaft	Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor. Siehe: Anlage 2.7.
				AfSG	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Zurückgezogen*					
				JHA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Zurückgezogen*					
079	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	**Nachbarschaftszentrum Achilles Hof in Watenbüttel/Völkenrode enstehen lassen!** Eine bestehende Seniorenbegegnungsstätte in Watenbüttel soll künftig ein Nachbarschaftszentrum für alle Menschen im Quartier werden. Ziel ist es, das nachbarschaftliche Zusammenleben und die Selbsthilfe zu stärken, sowie einen Ort für die Partizipation der BürgerInnen zu schaffen. Bislang gibt es keinen generationsübergreifenden und interkulturellen Treffpunkt im Bezirk - das neue Nachbarschaftszentrum Achilles Hof soll hier Abhilfe schaffen. Eine Sozialpädagogik- und eine Verwaltungskraft sollen die nachbarschaftlichen Verknüpfungen organisieren. Neben den tagtäglichen Begegnungen sind auch Aktionen wie Quartiersspaziergänge und Bezirksfeste geplant. Darüber hinaus sollen die Räumlichkeiten des Zentrums von Initiativen und Vereinen aus dem Bezirk für ihre Zwecke genutzt werden dürfen. All dies sorgt dafür, dass der Achilles Hof eine große Bereicherung für den Bezirk sein wird.	+ 78.000		+ 78.500		+ 80.200		+ 82.000		+ 83.800	dauerhaft	Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor; siehe Anlage 2.7.
				AfSG	*Dafür:*	*-*	*Dagegen:*	*10*	*Enthaltung:*	*-*	*Abgelehnt*					

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 7 / 0 / 1

Teilhaushalt					Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto	Antragsteller	2023		2024		2025		2026		2027			
			Art des Ertrages/Aufwands	Ausschuss	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
080	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS		+ 92.610		+ 96.417		+ 98.500		+ 100.700		+ 102.900	dauerhaft	Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor; siehe Anlage 2.7.
					Nachbarschaftszentrum im Siegfriedviertel dringend benötigt Die Diakonische Gesellschaft Wohnen und Beraten will mit ihrem Kooperationspartner Lebenshilfe Braunschweig Siegfrieds Bürgerzentrum zu einem Nachbarschaftszentrum im Siegfriedviertel weiterentwickeln. So soll ein Treffpunkt für alle BürgerInnen entstehen, der das diskriminierungs- und gewaltfreie Miteinander aller BewohnerInnen des Stadtteils fördert, Einsamkeit reduziert, Begegnung und Teilhabe schafft und Beratung und Hilfestellungen bietet. Geplant ist eine Ausweitung des Programmes, welches durch die neue Stelle begleitet und betreut werden soll. Dazu gehören z.B. die Wiedereinführung eines interkulturerellen Frauenfrühstücks, Spiele- und Strickveranstaltungen, aber auch diverse Beratungsangebote. Der Bedarf in diesem Quartier für niedrigschwellige und kostengünstige Angebote ist sehr hoch und die BürgerInnenbeteiligung sowie bürgerschaftliches Engagement soll durch ein Nachbarschaftszentrum erhöht werden.											
				AfSG	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Zurückgezogen*					
081	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS		+ 38.331		+ 66.011		+ 67.500		+ 69.000		+ 70.500	dauerhaft	
					AWO Bezirksverband Braunschweig - Nachbarschaftsladen Heidberg Seit 2018 betreibt der AWO-Bezirksverband Braunschweig e. V. den Nachbarschaftsladen Heidberg. Ziel dieser wichtigen Quartiersarbeit ist die Förderung des friedlichen Miteinanders aller Bewohnergruppen im Braunschweiger Stadtteil Heidberg. Hierbei hat der Verein gerade die Bedarfe der dort lebenden Senior:innen im Blick und sorgt mit seiner Angebotsstruktur mit für die Integration von Geflüchteten und dauerhaft im Heidberg lebender Migrant:innen. Immer stärker in Anspruch genommen wird das Angebot der Sozialberatung vor Ort. Seit Kriegsbeginn in der Ukraine und der Aufnahme von dortigen Geflüchteten ist die Zahl der Ratsuchenden und der Beratungsgespräche deutlich gestiegen. Diese Entwicklung wird sich in absehbarer Zeit nicht ändern. Seit 5 Jahren ist eine über das sogenannte "Teilhabechancengesetz" durch die Arbeitverwaltung geförderte Verwaltungskraft im Nachbarschaftsladen Heidberg beschäftigt. Da diese Förderung ab 01.04.2023 wegfällt, wird eine Erhöhung der städtischen Förderung benötigt, um die etablierte Verwaltungskraft weiterbeschäftigen zu können.											
				AVI	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*					
				AfSG	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*					
				FPDA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Zurückgezogen*					
082	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS		+ 2.065		+ 3.223		+ 3.300		+ 3.400		+ 3.500	dauerhaft	
					Moderate Erhöhung der Förderung für das Mehrgenerationenhaus des Mütterzentrums. Seit über 18 Jahren ist das Mütterzentrum Braunschweig nun schon Träger des Mehrgenerationenhauses, welches ein wichtiger Treffpunkt im Westlichen Ringgebiet ist. Das Haus ist ein Ort der intergenerationellen und interkulturellen Begegnung und bildet damit eine wichtige Stütze im Quartier. Neben zahlreichen Service- und Bildungsangeboten und Gesprächskreisen ist das Herz des Mehrgenerationenhauses das Kontaktcafè. Dort wird Zugehörigkeit geschaffen und die BewohnerInnen des Bezirks leisten sich gegenseitig Hilfestellungen in allen Lebenslagen. Die moderate Erhöhung der Förderung unterstützt das Mehrgenerationenhaus bei seiner wichtigen Arbeit.											
				AfSG	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	*10*	*Enthaltung:*	-	*Abgelehnt*					
083	1.31.3517.20	Integration von Migranten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD		+ 880		+ 47.580		+ 48.700		+ 49.800		+ 50.900	dauerhaft	Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor. Siehe: Anlage 2.7.
					Frauen Bunt e.V. Der Verein Frauen BUNT e. V. widmet sich der Gleichberechtigung von Frauen und Männern, der Förderung von kultureller Toleranz und der Unterstützung von Geflüchteten und politisch oder religiös Verfolgten. Für das Jahr 2024 beantragt der Verein zwei neue halbe Stellen, da die ehrenamtlichen Kapazitäten für die Erledigung der erforderlichen sozialpädagogischen und verwaltungsanteiligen Aufgaben nicht mehr ausreichen. Die Zuwanderung weiterer weiblicher Geflüchteter verstärkt die Notwendigkeit entsprechender Angebote, und es besteht ein Bedarf der verschiedenen Zielgruppen nach Kontakten, Einzelfallhilfe und sprachlicher Förderung. Insbesondere Neuzuwanderinnen benötigen den Treffpunkt frauenBUNT mit niedrigschwelligen Angeboten. Kontinuierliche Ansprechpartnerinnen sind erforderlich, um die Erreichbarkeit und die Angebote für Frauen zu verstetigen.											
				AVI	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*Die Anträge 083 - 086 wurden gemeinsam abgestimmt.*				
084	1.31.3517.20	Integration von Migranten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen		+ 1.000		+ 48.000		+ 49.100		+ 50.200		+ 51.300	dauerhaft	Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor; siehe Anlage 2.7.
					Frauen BUNT e.V. Frauen BUNT nimmt derzeit für Frauen und Familien mit Fluchterfahrung umfängliche Aufgaben ehrenamtlich wahr. Aufgrund des anhaltenden Zuzugs von Menschen mit Fluchterfahrung kann diese Arbeit mittelfristig nicht mehr ehrenamtlich geleistet werden. Zur Aufrechterhaltung der Leistungen ist hauptamtliche Unterstützung im sozialpädagogischen sowie verwaltungstechnischen Bereich notwendig. Die Mittel sollen zur Finanzierung entsprechender Teilzeitstellen genutzt werden.											
				AVI	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*Der Antrag wurde geändert auf + 880 € für 2023 und 47.580 € für 2024 sowie für die Folgejahre dynamisch weiter aufsteigend.* *Die Anträge 083 - 086 wurden gemeinsam abgestimmt.*				

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 7 / 0 / 1

Teilhaushalt					Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto	Antragsteller	2023		2024		2025		2026		2027			
			Art des Ertrages/Aufwands	Ausschuss	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
085	1.31.3517.20	Integration von Migranten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS		+ 1.000		+ 48.000		+ 49.100		+ 50.200		+ 51.300	dauerhaft	Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor; siehe Anlage 2.7.
					Anhebung Zuschuss Frauen BUNT e.V. Der Verein Frauen BUNT e.V. bietet einen für Braunschweig wichtigen interkulturellen Lern- und Begegnungsort für Frauen. Angebote zu Bildung und Sprache, zu Gesundheit und Bewegung, zu Erziehung, Information und Beratung oder auch zur Existenzabsicherung unterstützen die Besucherinnen und die Gewährleistung einer Kinderbetreuung rundet das Angebot ab. Mit den beantragten Mitteln will der Verein hauptsächlich die Miet- und Betriebskosten für die Vereinsräume inkl. der Energiekosten decken. Da die Räumlichkeiten von Frauen BUNT über keine Außen- und Grünflächen verfügen, werden zusätzlich rund 1.000 Euro für die jährlichen Pacht- und Betriebskosten von zwei Kleingärten benötigt. Mit der Übernahme der beiden aneinander angrenzenden Kleingärten wurde ein Begegnungsort an der frischen Luft für die Frauen/Familien ermöglicht, was aufgrund oft beengter Wohnverhältnisse besondere Bedeutung hat. Ab 2024 sollen zwei Halbtagsstellen eingerichtet werden. Damit soll die bereits vorhandene Integrationsarbeit für Frauen mit Migrationshintergrund weiter verbessert werden.											
				AVI	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*	*Der Antrag wurde geändert auf + 880 € für 2023 und 47.580 € für 2024 sowie für die Folgejahre dynamisch weiter aufsteigend.* *Die Anträge 083 - 086 wurden gemeinsam abgestimmt.*				
086	1.31.3517.20	Integration von Migranten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS		+ 880		+ 47.580		+ 48.700		+ 49.800		+ 50.900	dauerhaft	Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor; siehe Anlage 2.7.
					Unterstützung und neue Orte der Begegnung für den Frauen BUNT e.V. Für das Jahr 2023 werden zusätzliche Mittel benötigt, um weiterhin Miete und Pacht für Räumlichkeiten und zwei Kleingärten zahlen zu können, die als Ort der Begegnung und für Veranstaltungen genutzt werden sollen. Ab 2024 steigt der Finanzbedarf des Vereins, da zwei Halbtagsstellen geschaffen werden sollen. Das große Aufgabenspektrum wird bislang vollständig ehrenamtlich betreut - dies ist bei der großen Nachfrage der Angebote künftig nicht mehr zu bewerkstelligen. Neben einer Verwaltungsstelle soll daher eine sozialpädagogische Stelle eingerichtet werden, die künftig als kontinuierliche Ansprechperson für die Frauen und Familien mit Fluchterfahrung, die sich an den Verein wenden, agieren soll. Darüber hinaus soll das Angebot des Vereins erweitert werden, um z.B. eine Einzelfallhilfe und Möglichkeiten zur sprachlichen Förderung.											
				AVI	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*	*Der Antrag wurde geändert auf + 880 € für 2023 und 47.580 € für 2024 sowie für die Folgejahre dynamisch weiter aufsteigend.* *Die Anträge 083 - 086 wurden gemeinsam abgestimmt.*				
087	1.31.3517.20	Integration von Migranten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD		+ 8.800		+ 8.900		+ 9.100		+ 9.300		+ 9.600	dauerhaft	
					Refugium Flüchtlingshilfe Seit 35 Jahren ist der Verein REFUGIUM Flüchtlingshilfe e. V. als unabhängiger und qualifizierter Träger der Migrationsarbeit und der Flüchtlingssozialarbeit in Braunschweig ansässig. Die Situation in Afghanistan und der Ukraine hat die Flüchtlingssituation in Braunschweig deutlich verschärft, wodurch der Bedarf an Beratung und Unterstützung seitens der Geflüchteten und Migrant*innen entsprechend angewachsen ist. Weiterhin ist der Verwaltungsaufwand gestiegen, da aufgrund geänderter Vorschriften des Landes zusätzliche Antrags- und Nachweisverfahren notwendig geworden sind. Ebenso müssen Stufensteigerungen und Gehaltsanpassungen im Rahmen der Personalkosten zunehmend vom Verein selbst aufgebracht werden. Eine Erhöhung der städtischen Förderung ist damit notwendig. - Hinweis: Für 2024 wurde eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) angesetzt.											
				AVI	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*	*Die Anträge 087 - 090 wurden gemeinsam abgestimmt.*				
088	1.31.3517.20	Integration von Migranten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen		+ 8.800		+ 9.000		+ 9.200		+ 9.400		+ 9.700	dauerhaft	
					Refugium Flüchtlingshilfe Das Refugium leistet wertvolle Arbeit im Bereich der Flüchtlingshilfe und Migrationsberatung und arbeitet eng mit anderen Institutionen und der Stadtverwaltung auf diesem Gebiet zusammen. Die Arbeit wird durch verschiedene Ebenen finanziert, u.a. vom Land Niedersachsen. Von Landesseite fallen jedoch Zuschüsse weg - um die Arbeit in gewohnter Qualität und in gewohntem Umfang fortsetzen zu können, werden die beantragten Mittel benötigt.											
				AVI	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*	*Der Antrag wurde geändert auf + 8.800 € für 2023, +8.900 € für 2024 und für die Folgejahre dynamisch weiter aufsteigend.* *Die Anträge 087 - 090 wurden gemeinsam abgestimmt.*				

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 7 / 0 / 1

Teilhaushalt					Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto	Antragsteller	2023		2024		2025		2026		2027			
			Art des Ertrages/Aufwands	Ausschuss	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
089	1.31.3517.20	Integration von Migranten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	**Anhebung Zuschuss REFUGIUM Flüchtlingshilfe e.V.** (Begründung s. Antrag)										dauerhaft	Ab 2025 ist eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) berücksichtigt.
						+ 8.800		+ 6.600		+ 6.800		+ 7.000		+ 7.200		
				AVI	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*	*Der Antrag wurde geändert auf + 8.800 € für 2023, +8.900 € für 2024 und für die Folgejahre dynamisch weiter aufsteigend. Die Anträge 087 - 090 wurden gemeinsam abgestimmt.*				
090	1.31.3517.20	Integration von Migranten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	**Moderate Erhöhung der Fördermittel für die Refugium Flüchtlingshilfe e.V.** Der Verein Refugium Flüchtlingshilfe e.V. ist ein unabhängiger und qualifizierter Träger der Migrationsarbeit sowie der Flüchtlingssozialarbeit in der Region. Der Verein arbeitet daran, sozialen und ethnischen Minderheiten die gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Aufgrund des großen Hilfebedarfs und der hohen Anzahl an Geflüchteten ist das Arbeitsaufkommen des Refugiums sehr hoch. Die Arbeit des Vereins ist nicht wegzudenken und erfüllt zentrale gesamtgesellschaftliche Aufgaben.										dauerhaft	Ab 2025 ist eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) berücksichtigt.
						+ 8.800		+ 6.600		+ 6.800		+ 7.000		+ 7.200		
				AVI	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*	*Der Antrag wurde geändert auf + 8.800 € für 2023, +8.900 € für 2024 und für die Folgejahre dynamisch weiter aufsteigend. Die Anträge 087 - 090 wurden gemeinsam abgestimmt.*				
091	1.31.3517.20	Integration von Migranten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	**TRIVT Welcome House (Begegnungsstätte Welcome House ART-Kurve)** Das Welcome House erbringt verschiedene Beratungs- und Betreuungsangebote mit dem Fokus auf Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte. Ein großes Ziel ist es, die verschiedenen Gruppen näher zusammenzubringen. Die Nachfrage nach den Angeboten steigt zunehmend in letzter Zeit. Einen Großteil der Finanzierung übernimmt die LAB Braunschweig, die den Antrag des Welcome Houses befürwortet. Die zusätzlich beantragten Mittel werden benötigt, um die notwendigen Personalkapazitäten für die Arbeit sicherzustellen.										dauerhaft	Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor; siehe Anlage 2.7.
						+ 5.000		+ 5.100		+ 5.400		+ 5.600		+ 5.800		
				AVI	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*	*Die Anträge FWE 091 - 093 und SBR 06 wurden gemeinsam abgestimmt. Der Antrag FWE 091 wurde im Zusammenhang mit der FPDA-Beratung für das Jahr 2024 geändert auf +5.100 € (vorher 5.200 €).*				
092	1.31.3517.20	Integration von Migranten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	**Anhebung Zuschuss Welcome House TRIVT e.V.** Das WELCOME HOUSE ist eine zuverlässige und niedrigschwellige Anlaufstelle für Geflüchtetete, ermöglicht einen interkulturellen Austausch im Stadtteil Kralenriede und bietet vielseitige Freizeitangebote, Informationsvermittlung und Beratungsangebote für die Menschen in der LAB. Der Bedarf zeigt sich an den hohen Besuchszahlen und der durch den Krieg in der Ukraine weiterhin steigenden Inanspruchnahme der Angebote. Zusätzliche Ausgaben für das Personal, Umbau von notwendigen Räumlichkeiten und Anschaffungen für die Freizeitangebote erhöhen den Zuschussbedarf nachvollziehbar und sind wichtig für die Weiterentwicklung des Hauses zu einem professionellen Begegnungszentrum. Spendeneinnahmen und die Förderung durch die LAB Niedersachsen können den Betrieb der Anlaufstelle nicht abdecken. Diese wertvolle Arbeit für die Menschen in der LAB und den Stadtteil Kralenriede sollte verstärkt gefördert werden.										dauerhaft	Ab 2025 ist eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) berücksichtigt. Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor; siehe Anlage 2.7.
						+ 5.000		+ 4.600		+ 4.700		+ 4.900		+ 5.100		
				AVI	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*	*Der Antrag wurde geändert auf +5.000 € in 2023, +5.100 € in 2024 und für die Folgejahre dynamisch weiter aufsteigend. Die Anträge 091 - 093 und SBR 06 wurden gemeinsam abgestimmt.*				

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 7 / 0 / 1

Teilhaushalt					Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto	Antragsteller	2023		2024		2025		2026		2027			
			Art des Ertrages/Aufwands	Ausschuss	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
093	1.31.3517.20	Integration von Migranten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	**Moderate Erhöhung der Fördermittel für das WELCOME House und die Fahrradwerkstatt des Vereins TRIVT e.V.** Das WELCOME House möchte sein Angebot ausweiten und benötigt deshalb eine geringe Aufstockung der Fördermittel. Das WELCOME House bietet viele wertvolle Angebote für Geflüchtete an und dient zudem als Begegnungsstätte für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund im Stadtteil Kralenriede. Dienstleistungen wie der stadtweit einmalige Überweisungsservice für Geflüchtete ohne Zugang zu einem eigenen Bankkonto, niedrigschwellige Sprachkurse in Zusammenarbeit mit den ansässigen Hochschulen und die Bereitstellung von qualifizierten Beratungs- und Betreuungsangeboten gehören zu den Leistungen, die das Welcome House für Geflüchtete anbietet. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt ist die sozialräumliche Arbeit im Stadtteil Kralenriede im Sinne einer Begegnungsstätte und eines Nachbarschaftszentrums für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Ein Großteil der Finanzierung der Personalkosten erfolgt durch die LAB Braunschweig.										dauerhaft	Ab 2025 ist eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) berücksichtigt. Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor; siehe Anlage 2.7.
						+ 5.000		+ 4.400		+ 4.500		+ 4.600		+ 4.700		
				AVI	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*	*Der Antrag wurde geändert auf +5.000 € in 2023, +5.100 € in 2024 und für die Folgejahre dynamisch weiter aufsteigend. Die Anträge 091 - 093 und SBR 06 wurden gemeinsam abgestimmt.*				
SBR 06	1.31.3517.20	Integration von Migranten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SBR 330	Der Zuschuss für den Verein **Welcome House TRIVT e.V.** wird für 2023 um 5.000 € und für 2024 um 4.600 € erhöht										2 Jahre	
						+ 5.000		+ 4.600								
				AVI	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*	*Der Antrag wurde geändert auf +5.000 € in 2023, +5.100 € in 2024 und für die Folgejahre dynamisch weiter aufsteigend. Die Anträge 091 - 093 und SBR 06 wurden gemeinsam abgestimmt.*				
094	1.31.3517.20	Integration von Migranten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS	**Anhebung Zuschuss Haus der Kulturen Braunschweig e. V.** Das Haus der Kulturen Braunschweig bietet niederschwellige Angebote, sowie gezielte Beratungen für Geflüchtete und Migrant:innen. Besonders ist auch die Vernetzung mit den zahlreichen stadt- und regionalweiten Akteur:innen. In Zukunft soll das kulturelle Programm ausgeweitet, Projektformate für mehr gesellschaftliche Teilhabe entwickelt und zusätzliche Projektstellen geschaffen werden. Dadurch erhöht sich ebenfalls der Umfang der Koordinations- und Verwaltungsarbeit. Das Haus der Kulturen leistet einen wichtigen Beitrag zur Braunschweiger Integrationspolitik. Die Ausweitung des Angebotes, insbesondere der Migrationsberatung und die Antirassismusarbeit, halten wir gerade in der aktuellen Situation für Schutzsuchende aus der Ukraine in Braunschweig für sehr wichtig. Zur Sicherstellung einer stabilen Struktur beantragen wir den Zuschuss für den Verein entsprechend anzupassen.										dauerhaft	Ab 2025 ist eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) berücksichtigt.
						+ 13.000		+ 9.500		+ 9.800		+ 10.100		+ 10.400		
				AVI	*Dafür:*	*1*	*Dagegen:*	*9*	*Enthaltung:*	*-*	*Abgelehnt*					
095	1.31.3517.20	Integration von Migranten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	**Haus der Kulturen** In einer zunehmend vernetzten Welt mit regelmäßigen Migrationsbewegungen werden der Respekt vor, die Auseinandersetzung mit und die Integration verschiedener Kulturen zunehmend zu einer notwendigen Aufgabe. Genau diese Aufgabe erfüllt das Haus der Kulturen in Braunschweig. Bedingt durch internationale Krisen wächst mit den erweiterten Aufgaben auch der Aufwand. Deshalb ist es plausibel, wenn eine Erhöhung der Mittel nicht allein der Dynamisierung dient, um den Wertausgleich zu sichern, sondern darüber hinaus im Haushalt von 2023 für die zusätzlichen Aufgaben um bis zu 10% wächst. Im Haushalt 2024 könnte dann wieder eine normale Dynamisierung anschließen.										dauerhaft	Ab 2025 ist eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) berücksichtigt.
						+ 12.640		+ 9.440		+ 9.700		+ 10.000		+ 10.300		
				AVI	*Dafür:*	*1*	*Dagegen:*	*9*	*Enthaltung:*	*-*	*Abgelehnt*					
SBR 07	1.31.3517.20	Integration von Migranten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SBR 330	Der Zuschuss für das **Haus der Kulturen Braunschweig e.V.** wird für 2023 um 12.627 € und für 2024 um 9.427 € erhöht.										2 Jahre	
						+ 12.627		+ 9.427								
				AVI	*Dafür:*	*1*	*Dagegen:*	*9*	*Enthaltung:*	*-*	*Abgelehnt*					

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 7 / 0 / 1

Teilhaushalt					Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto	Antragsteller	2023		2024		2025		2026		2027			
			Art des Ertrages/Aufwands	Ausschuss	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
194	1.31.3517.20	Integration von Migranten	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD / Bündnis 90/Die Grünen		+ 52.000		+ 40.000		+ 40.900		+ 41.800		+ 42.800	dauerhaft	Ab 2024 ist eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) berücksichtigt.
					Freie Ukraine e. V. Der Verein „Freie Ukraine Braunschweig e. V." beantragt eine institutionelle Förderung für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 zur Errichtung und zum Betrieb für ein „Deutsch-Ukrainisches Haus". Ziel des Deutsch-Ukrainischen Hauses ist, einen Versammlungsraum und ein Koordinationszentrum für humanitäre Hilfsprojekte, psychologische Hilfe und Integrationsunterstützung zu schaffen, sowie die Städtepartnerschaft mit Bila Tserkva tatkräftig zu unterstützen. Dafür beantragt der Verein „Freie Ukraine Braunschweig e. V." eine institutionelle Förderung im Haushaltsjahr 2023 von 52.000 € und für 2024 von 40.000 €. Einen wesentlichen Bestandteil dieser Förderung möchte der Verein für die Miete einer entsprechenden Immobilie sowie die Personalkosten für zwei Stellen (Mini-Jobs) verwenden. Über das Jahr 2024 hinaus bittet der Verein um eine Verstetigung und Inflationierung der Fördermittel.											
				FPDA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*0*	*Enthaltung:*	*0*	*Angenommen*					
096	1.31.3517.20	Integration von Migranten	Diverse	CDU		+ 30.000		+ 20.000							2 Jahre	
					Intensivierung von Deutsch-Sprachkursen Die Zahl der nach Braunschweig kommenden Flüchtlinge hat in den vergangenen Monaten wieder deutlich zugenommen. Dies ist vorrangig zum einen auf den völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und zum anderen auf ein Anwachsen der Geflüchtetenzahl über die so genannte Balkanroute zurückzuführen. Bekanntermaßen ist das Erlernen der deutschen Sprache ein wichtiger Bautein für das Gelingen der Integration. Deshalb sollten die Sprachkurse - zunächst in den kommenden zwei Jahren intensiviert werden. Dies gilt für solche bei Bildungsträgern und niederschwellig bei Vereinen gleichermaßen. Für die Erstellung eines Konzeptes zur bestmöglichen Umsetzung sind in 2023 10.000 Euro vorgeschlagen, für die Umsetzung in 2023 und 2024 dann jeweils 20.000 Euro.											
				AVI	*Dafür:*	*5*	*Dagegen:*	*6*	*Enthaltung:*	-	*Abgelehnt*					
169	1.41.4120.10	Betreuung von psychisch Kranken	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	CDU		+ 4.700		+ 4.800		+ 5.000					3 Jahre	
					Zuschuss für den Hausverein der Braunschweiger Guttempler Anhebung des Zuschusses für den Hausverein der Braunschweiger Guttempler aufgrund gestiegener Energiekosten für zunächst drei Jahre. Der Verein hat den Fraktionen am 15. Januar dieses Jahres einen entsprechenden Antrag auf Erhöhung der Pauschalförderung geschickt und dabei die Gründe dargelegt. Laut Haushaltsplanentwurf der Verwaltung soll den Guttemplern ein Zuschuss in Höhe von 6.400 Euro gewährt werden im Jahr 2023. Die angezeigte Steigerung bei den Energiekosten mit einer Jahreshöhe von rund 4.700 Euro ist im Verhältnis nicht unerheblich und lässt sich nicht durch andere Einsparungen realisieren. Sollte es nicht zu einer Zuschusserhöhung kommen, müsste das Guttemplerhaus an der Hamburger Straße vermutlich aufgegeben werden. Hinweis: Für 2024 wurde eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15. Februar 2022 (DS.-Nr. 21-17494) angesetzt.											
				FPDA	*Dafür:*	*4*	*Dagegen:*	*7*	*Enthaltung:*	-	*Abgelehnt*	*Der Antrag wurde geändert auf +4.700 € in 2023 und +4.800 € in 2024 (ab 2025 ff: 0 €). Die Anträge FWE 169, 166 und 165 wurden gemeinsam abgestimmt.*				
166	1.41.4120.10	Betreuung von psychisch Kranken	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS		+ 4.700		+ 4.700		+ 4.900		+ 5.100		+ 5.300	dauerhaft	Ab 2025 ist eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) berücksichtigt.
					Anhebung Zuschuss Guttempler Die Energiekosten haben sich für das Guttempler-Haus um 4.700 Euro erhöht. Diese Belastung kann vom Hausverein der Guttempler nicht getragen werden und stellt eine Existenzbedrohung dar.											
				FPDA	*Dafür:*	*4*	*Dagegen:*	*7*	*Enthaltung:*	-	*Abgelehnt*	*Der Antrag wurde geändert auf +4.700 € in 2023 und +4.800 € in 2024 (ab 2025 ff: 0 €). Die Anträge FWE 169, 166 und 165 wurden gemeinsam abgestimmt.*				

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 7 / 0 / 1

Teilhaushalt					Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto	Antragsteller	2023		2024		2025		2026		2027			
			Art des Ertrages/Aufwands	Ausschuss	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
165	1.41.4120.10	Betreuung von psychisch Kranken	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	**Erhöhung der Pauschalförderung für den Hausverein der Braunschweiger Guttempler e.V.** Die zusätzliche Unterstützung ist erforderlich wegen einer Abschlagserhöhung von BS-Energy für Strom und Gas von 4.700 € pro Jahr. Die Guttempler sind eine weltweite Organisation, die im Bereich der Suchthilfe tätig ist. Insbesondere werden Selbsthilfegruppen organisiert, die Alkoholkranke in der Vorsorge gegen Rückfälle unterstützen. In Braunschweig treffen sich zwei Gruppen an drei Wochentagen. Hinzu kommen Einzelgespräche. Zusätzlich finden in den Räumlichkeiten themenentsprechende Fortbildungen und Vernetzungsarbeit mit anderen Gruppen statt. Ohne diese Zusatzförderung wäre der Verein ab 2023 nicht mehr in der Lage, diese wichtige Sozialarbeit aufrecht zu erhalten.		+ 4.700		+ 4.700						2 Jahre	
				FPDA	*Dafür:*	*4*	*Dagegen:*	*7*	*Enthaltung:*	*-*	*Abgelehnt*	*Der Antrag wurde geändert auf +4.700 € in 2023 und +4.800 € in 2024 (ab 2025 ff: 0 €). Die Anträge FWE 169, 166 und 165 wurden gemeinsam abgestimmt.*				
097	1.41.4140.50	Zuwendungen und Zuschüsse Gesundh.förd.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	**Alzheimer-Gesellschaft** Die Alzheimer Gesellschaft Braunschweig e. V. ist seit 1998 aktiv und hat es sich als Selbsthilfevertretung zur Aufgabe gemacht, die Öffentlichkeit für Alzheimer zu sensibilisieren, z. B. durch regelmäßige Informationsveranstaltungen und die Braunschweiger Alzheimer-Tage. Auch werden Unterstützungsstrukturen aufgebaut. Dies und beispielsweise die Bereitstellung einer Büro- und Verwaltungsinfrastruktur wird durch ein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis und einen Vereinsraum sichergestellt. Mittlerweile leben in Braunschweig rund 5500 Menschen mit Demenz, und die Arbeit der Alzheimer-Gesellschaft wird zunehmend wichtiger. Allein aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden sind die anfallenden Aufgaben nicht mehr tragfähig zu gewährleisten. Der Alzheimer-Gesellschaft soll daher ein dauerhafter institutioneller Zuschuss gewährt werden: 6600 € für 2023 und 6800 € für 2024. - Hinweis: Für 2024 wurde eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) angesetzt.		+ 6.600		+ 6.800		+ 7.000		+ 7.200		+ 7.400	dauerhaft	
				AfSG	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	*-*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*	*Die Anträge 097 - 100 u. SBR 08 wurden gemeinsam abgestimmt.*				
098	1.41.4140.50	Zuwendungen und Zuschüsse Gesundh.förd.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	**Förderung der Alzheimer Gesellschaft Braunschweig e. V.** Ab dem kommenden Haushaltsjahr erhält die Alzheimer Gesellschaft BS e.V. eine institutionelle Förderung - 2023 in Höhe von 6.600 Euro, 2024 in Höhe von 7.000 Euro. Die Alzheimer Gesellschaft BS e.V. wird in die Zuschussliste aufgenommen und erhält eine eigene Kostenstelle. In den Haushaltsplänen 2025 / 2026 ff. ist auch bei der Alzheimer Gesellschaft BS e.V. die Dynamisierung zu berücksichtigen. (Begründung s. Antrag)		+ 6.600		+ 7.000		+ 7.200		+ 7.400		+ 7.600	dauerhaft	
				AfSG	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	*-*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*	*Der Antrag wurde geändert auf: 2024: + 6.800 €* *Die Anträge 097 - 100 u. SBR 08 wurden gemeinsam abgestimmt.*				
099	1.41.4140.50	Zuwendungen und Zuschüsse Gesundh.förd.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	CDU	**Zuschuss für die Alzheimer Gesellschaft** Erstmaliger städtischer Zuschuss für die Alzheimer Gesellschaft gemäß des bei der Verwaltung sowie den Fraktionen vorliegenden Zuschussantrages. Nicht zu letzt aufgrund des durch Antrag der CDU-Fraktion durchgeführten Dialogforums Demenz sind die Auswirkungen dieser schlimmen Krankheit in den Fokus der braunschweiger Öffentlichkeit gerückt. Um nun einen finanziellen Teil zur Umsetzung der Ergebnisse beizusteuern, soll eine dauerhafte Förderung der Alzheimer Gesellschaft gestartet werden.		+ 6.600		+ 7.000		+ 7.200		+ 7.400		+ 7.600	dauerhaft	
				AfSG	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	*-*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*	*Der Antrag wurde geändert auf: 2024: + 6.800 €* *Die Anträge 097 - 100 u. SBR 08 wurden gemeinsam abgestimmt.*				
100	1.41.4140.50	Zuwendungen und Zuschüsse Gesundh.förd.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	**Alzheimer Gesellschaft Braunschweig e. V.** Der Verein Alzheimer Gesellschaft Braunschweig existiert bereits seit 1998. Seitdem sind kontinuierlich Anzahl und Bedarfe von Menschen mit Demenz sowie ihrer Angehörigen gewachsen. Heute leben etwa 5.500 Menschen mit einer Demenz in Braunschweig. Der Verein versteht sich als Selbsthilfevertretung und hat es sich zur Aufgabe gemacht, für dieses Anliegen in der Öffentlichkeit zu sensibilisieren und den Aufbau von Unterstützungsstrukturen voranzutreiben. Mit regelmäßigen Informations- und Aufklärungsveranstaltungen, den Braunschweiger Alzheimertagen, einer Danke-Kampagne für Pflegende und zuletzt das "Rote Demenzsofa" bringt sich die Alzheimer Gesellschaft Braunschweig engagiert in diesen gesellschaftlichen Diskurs ein. Auch durch diese Öffentlichkeitsarbeit konnte sich Braunschweig als demenzfreundliche Kommune etablieren. Um diese wertvolle Arbeit weiter leisten zu können, benötigt der Verein für Personalkosten, Miete und Betriebskosten eine städtische Förderung.		+ 6.600		+ 7.000		+ 7.200		+ 7.400		+ 7.600	dauerhaft	
				AfSG	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	*-*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*	*Der Antrag wurde geändert auf: 2024: + 6.800 €* *Die Anträge 097 - 100 u. SBR 08 wurden gemeinsam abgestimmt.*				

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 7 / 0 / 1

Teilhaushalt					Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
					2023		2024		2025		2026		2027			
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto Art des Ertrages/Aufwands	Antragsteller Ausschuss	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
SBR 08	1.41.4140.50	Zuwendungen und Zuschüsse Gesundh.förd.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SBR 310	Hiermit beantragen wir die von der **Alzheimergesellschaft e. V. / Selbsthilfe Demenz /** Triftweg 73 beantragten Mittel in Höhe von Gesamtsumme 13.600 Euro (6.600 Euro für 2023 sowie 7.000 Euro für das Jahr 2024) in den Haushalt einzustellen.										2 Jahre	
						+ 6.600		+ 7.000								
				AfSG	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*Der Antrag wurde geändert auf: 2024: + 6.800 € Die Anträge 097 - 100 u. SBR 08 wurden gemeinsam abgestimmt.*				
Fachbereich 51 - Kinder, Jugend und Familie					**0**	**+ 110.000**	**0**	**+ 130.000**	**0**	**+ 120.000**	**0**	**+ 45.000**	**0**	**+ 45.000**		
158	1.36.3630.06.05	Son. Angebote d. Fam.-bildung/-beratung	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil.+Sonderv	SPD	**Rucksack-Projekt / Haus der Familie** (Begründung s. Antrag)										dauerhaft	
						+ 25.000		+ 45.000		+ 45.000		+ 45.000		+ 45.000		
				JHA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		-	*Aufgrund der kurzfristigen Einreichung des Antrages konnte keine Abstimmung im JHA erfolgen.*				
				FPDA	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*					
101	1.36.3630.06.05	Son. Angebote d. Fam.-bildung/-beratung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	**Über 35 Jahre Mütterzentrum Braunschweig - Förderung nun moderat erhöhen!** Seit über 35 Jahren ist das Mütterzentrum Braunschweig schon ein wichtiger Treffpunkt im Bezirk. Dort kommen Menschen aus dem Quartier zusammen, die Kontakte knüpfen möchten, einen Ort zur Erholung oder Alltagsberatung suchen oder einfach nur das täglich geöffnete Cafè besuchen möchte. Zudem gibt es vor allem für Familien kostengünstige Kleidung im Second-Hand-Shop des Mütterzentrums zu erwerben. Das Mütterzentrum ist zudem Kooperationspartnerin von zahlreichen Projekten, wie z.B. vielen Aktionen zusammen mit dem Büro für Migrationsfragen und in vielen Arbeitskreisen aktiv vertreten. Die moderate Erhöhung der Förderung für das Mütterzentrum unterstützt diese konstante Institution im Westlichen Ringgebiet.										dauerhaft	
						+ 945		+ 1.765		+ 1.900		+ 2.000		+ 2.100		
				JHA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Zurückgezogen*					
152	1.36.3630.16.04	Frühe Hilfen	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	**Der Weg e. V. / Kinderpaten** Der Verein Der Weg hat die Ratsfraktionen am 8. Dezember 2022 über die aktuell entstandene prekäre Finanzsituation bei seinem Resilienzprojekt KinderPaten informiert. KinderPaten ist ein ergänzendes Angebot des Vereins an die Kinder von Eltern, die von einer psychischen Erkrankung betroffen sind. Das Angebot wird von der Stadt Braunschweig seit ca. 10 Jahren mit 17.000 € pro Jahr aus dem Fördertopf „Frühe Hilfen“ bezuschusst. Zum Jahreswechsel hat der Hauptsponsor des Projekts - Eine Region für Kinder – leider seine Unterstützung beendet. Damit fällt für das Projekt KinderPaten eine Förderung in Höhe von 15.000 € jährlich kurzfristig weg. Die so entstandene Finanzierungslücke kann Der Weg laut seinem Schreiben vom 8. Dezember nicht komplett ausgleichen.										dauerhaft	
						+ 10.000		+ 10.000		+ 10.000		+ 10.000		+ 10.000		
				JHA	*Dafür:*	*14*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*					
				FPDA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		-	*Erledigt durch interfraktionelle Einigung auf Antrag FWE 160*				
160	1.36.3630.16.04	Frühe Hilfen	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	**Der Weg e.V. - Kinderpatenschaften** Der Verein Der Weg e.V. unterstützt Familien mit Kindern, in denen erwachsene Menschen von psychischen Erkrankungen betroffen sind, mit "Kinderpaten", welche die Kinder zuverlässig unterstützen (Schule, Kultur, Sport usw.), um Ihnen eine soziale Teilhabe zu ermöglichen und das kommunale Inklusionsgebot zu verwirklichen. Trotz der überwiegend ehrenamtlichen Unterstützung fallen jährliche Kosten von ca. 1.500 Euro pro Patenschaft an für Aufwandsentschädigungen, Schulungen von Paten, Beratungen und sonstigen Sachleistungen. Dabei handelt es sich derzeit um 22 Patenschaften (ca. 33.000 € jährlich), wobei acht weitere Familien eine Patenschaft beantragt hätten. Wenn dann wie hier eine jährliche Förderung von 15.000 Euro ausfällt, kann ein regelmäßiger Betrieb nur aufrecht erhalten und dem Inklusionsgebot Folge geleistet werden, wenn der Verlust zumindest zum großen Teil ausgeglichen wird. Hierfür beantragen wir eine Erhöhung der Transferaufwendung für das Produkt "Frühe Hilfen" für 2 Jahre um jährlich 10.000 Euro.										2 Jahre	
						+ 10.000		+ 10.000								
				JHA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		-	*Aufgrund der kurzfristigen Einreichung des Antrages konnte keine Abstimmung im JHA erfolgen.*				
				FPDA	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*					

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 7 / 0 / 1

Teilhaushalt					Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto Art des Ertrages/Aufwands	Antragsteller Ausschuss	2023		2024		2025		2026		2027			
					Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
195	1.36.3620.01.06	Beteiligungs- u. Spielplatzang.-heiten	427140 Veranstaltungen	SPD / Bündnis 90/Die Grünen / Die Fraktion. BS / BIBS	**Einrichtung eines Jugendbüros und Gründung eines Jugendparlamentes** Die Mittel dienen in Höhe von 25.000 € als jährliches Budget für das Jugendparlament (freie Projektplanung) und in Höhe von 50.000 € für das Jugendbüro (Beteiligungsaktionen/ -projekte). Da die Förderung aus dem Programm "Resiliente Innenstädte" zeitlich befristet ist, sind auch diese Mittel zunächst nur für den Förderzeitraum vorgesehen. Über eine Fortsetzung des über das Programm "Resiliente Innenstädte" geförderten Projekts hat der Rat zu entscheiden und dabei dann ggf. auch für die weitere Bereitstellung der Mittel zu sorgen. Im Übrigen wird auf die Vorlage 23-20692-01 verwiesen.		+ 75.000		+ 75.000		+ 75.000					3 Jahre	**Anm.der Verwaltung:** Es wird auf die Ansatzveränderung Nr. 69 hingewiesen. Ein Förderantrag für dieses konkrete Projekt ist noch nicht gestellt. Insofern steht die Förderung für das Projekt nicht fest. Die Verwendung der Sachmittel steht im Zusammenhang mit der tatsächlichen Besetzung der mit dem Antrag SP 197 beantragten Stellen.
				FPDA	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*0*	*Enthaltung:*	*3*	*Angenommen*					
Referat 0610 - Stadtbild und Denkmalpflege					**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**		
170	1.52.5231.07	Sonderaufgaben	443140 Prüfungs- und Beratungskosten	CDU	**Machbarkeitsstudie Wiederaufbau Ackerhofportal** (Begründung s. Antrag)		+ 50.000								einmalig	
				FPDA	*Dafür:*	*3*	*Dagegen:*	*8*	*Enthaltung:*	-	*Abgelehnt*					
Fachbereich 67 - Stadtgrün und Sport					**0**	**+ 79.500**	**0**	**+ 79.500**	**0**	**+ 79.500**	**0**	**+ 79.500**	**0**	**+ 79.500**		
102	1.42.4210.01	Sportförderung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	CDU	**Zuschuss für den Karnevalistischen Tanzsport Club Braunschweig e.V.** Einführung eines dauerhaften Zuschusses für den Karnevalistischen Tanzsport Club Braunschweig e.V. (KTC). Im KTC sind die Tänzerinnen und Tänzer der drei Braunschweiger Karnevalvereine (Mascheroder Karnevalgesellschaft - Rot-Weiß 1965 e.V., Karneval-Vereinigung der Rheinländer Braunschweig e.V. und Braunschweiger Karneval Gesellschaft von 1872 e.V.) im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung mit der Komitee Braunschweiger Karneval gGmbH organisiert, um die Angebote des Stadtsportbund, des Landessportbund Niedersachsen und anderer Sportorganisationen nutzen zu können. Im Gegenzug bietet der KTC Aus- und Weiterbildungen für die Trainerinnen und Trainer an und gewährleistet eine jugendgerechte Ausbildung in karnevalistischem Tanzsport. In den letzten Jahren konnte durch zahlreiche Sponsoren vor allem die Kostümierung der Garden und Solotänzerinnen kontinuierlich verbessert werden. Aufgrund des Wegfalls zahlreicher (städtischer) Trainingsmöglichkeiten müssen nun vermehrt private Liegenschaften angemietet werden, so dass ein dauerhafter Zuschuss die Trainingsbedingungen sicherstellen kann.		+ 30.000		+ 30.700		+ 31.400		+ 32.100		+ 32.800	dauerhaft	Ab 2024 ist eine Dynamisierung in Höhe von 2,16 % entsprechend dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Vorlage 21-17494) berücksichtigt.
				SpA	*Dafür:*	*4*	*Dagegen:*	*7*	*Enthaltung:*	-	*Abgelehnt*					
103	1.42.4210.01	Sportförderung	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	CDU	**Anhebung der Zuschüsse für Sportvereine aufgrund steigender Energiepreise** Aufgrund der (weiterhin) steigenden Energiepreise sollen die Zuschüsse für Vereine mit gemieteten, gepachteten und eigenen Sportanlagen für zunächst zwei Jahre um jeweils 60.000 Euro angehoben werden. Es muss verhindert werden, dass der ehrenamtlich organisierte Sport in unserer Stadt unverhältnismäßig unter den steigenden Energiepreise leidet bzw. einzelne Angebote möglicherweise komplett gestrichen werden.		+ 60.000		+ 60.000							2 Jahre	
				SpA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*					
				FPDA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Zurückgezogen*					

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 7 / 0 / 1

Teilhaushalt					Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto	Antragsteller	2023		2024		2025		2026		2027			
			Art des Ertrages/Aufwands	Ausschuss	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
104	1.55.5510.06.02	Verk/Pflege/Entw. Grünanl/Grünverbindg.	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil.+ Sonderv	SPD	**Stadtgarten Bebelhof - Urban Gardening** (Begründung s. Antrag)	+ 79.500		+ 79.500		+ 79.500		+ 79.500		+ 79.500	dauerhaft	
				UGA	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*					
105	1.55.5510.06.02	Verk/Pflege/Entw. Grünanl/Grünverbindg.	431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil.+ Sonderv	Bündnis 90/Die Grünen	**VHS Braunschweig - Stadtgarten Bebelhof** Zur Sicherung der Finanzierung des Stadtgarten Bebelhof sollen der VHS Mittel in der hier genannten Größenordnung für zunächst zwei Jahre zur Verfügung gestellt werden.	+ 79.500		+ 79.500							2 Jahre	
				UGA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Erledigt*	*Abstimmg entfallen, da Annahme FWE 104*				
Fachbereich 68 - Umwelt					**0**	**+ 90.000**	**0**	**+ 90.000**	**0**	**+ 80.000**	**0**	**+ 80.000**	**0**	**+ 80.000**		
106	1.56.5610.12	Förderung von Umweltorganisationen	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD	**Ökotopf** Der sogenannte Ökotopf umfasst die unter der Produktnummer 1.56.5610.12 zusammengefassten Förderungen von Umweltorganisationen. Die Förderung von Umweltorganisationen und -verbänden ist ein wichtiger Baustein für die Erreichung der Umwelt- und Klimaziele der Stadt Braunschweig. Der Ökotopf war in den Jahren 2021 und 2022 mit 150 T€ bzw. 170 T€ ausgestattet. Die Erhöhung des Ansatzes für die Förderung von Umweltorganisationen und -verbänden war allerdings auf diese zwei Haushaltsjahre beschränkt. Für die Projekt- und institutionelle Förderung weiterer als der explizit im Vorbericht genannten Umweltorganisationen und -verbände stehen daher nur noch 29.000 € zur Verfügung. Die Fördersumme des Ökotopfes wurde 2021 voll ausgeschöpft, für 2022 steht Anfang November 2022 noch ein Restbetrag von ca. 8500 € Euro zur Verfügung. Das heißt, dass die Ausstattung des Ökotopfes angemessen ist und nicht auf 120 T€ reduziert werden sollte, wie im Haushaltsplanentwurf vorgesehen.	~~+ 50.000~~		~~+ 50.000~~		~~+ 50.000~~		~~+ 50.000~~		~~+ 50.000~~	dauerhaft	
						+ 80.000		+ 80.000		+ 80.000		+ 80.000		+ 80.000		
				UGA	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*2*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*Antrag geändert auf 80.000 € dauerhaft*				
107	1.56.5610.12	Förderung von Umweltorganisationen	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Bündnis 90/Die Grünen	**Förderung von Umweltorganisationen ("Ökotopf")** Die Förderung von Umweltorganisationen und Verbänden ist ein wichtiger Baustein für die Erreichung der Ziele im Bereich Umwelt-, Klima- und Biodiversität in der Stadt Braunschweig. Der sog. Ökotopf war in den Jahren 2021 und 2022 mit jeweils 150 T€ ausgestattet. Die Fördersumme wurde 2021 voll ausgeschöpft. Ab dem Jahr 2023 werden im Haushaltsplan allerdings 50.000 € weniger eingeplant als in den Vorjahren. Da Umwelt- und Klimaschutzprojekte insgesamt an Wichtigkeit gewinnen und von gesamtgesellschaftlicher Relevanz sind, muss dieser Haushaltsansatz von vornherein umfänglicher ausgestattet werden. Die Ausstattungssumme soll daher auf 250.000 € angehoben werden. Diese Erhöhung sollte unter anderem für die Zuschüsse verwendet werden, die in diesem Jahr neu beantragt wurden. Dazu gehört z.B. der Antrag des FUN Hondelage auf eine Ausweitung der Umweltbildung sowie der Antrag der reka zur Betreuung des Ernährungsrats.	+ 150.000		+ 150.000		+ 150.000		+ 150.000		+ 150.000	dauerhaft	**Anm. der Verwaltung:** Der Antrag berücksichtigt bereits die Erhöhung der Zuschüsse an den FUN Hondelage (s. FWE 151) und an reka e. V. zur Betreuung des Ernährungsrats (s. FWE 110,167). Soweit der Antrag den Ernährungsrat betrifft, wäre das Produkt 1.56.5610.15 außerhalb des Ökotopfes betroffen. Ein Teilbetrag ist dem Antrag nicht zu entnehmen.
				UGA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Erledigt*	*Abstimmg entfallen, da Annahme FWE 106*				
108	1.56.5610.12	Förderung von Umweltorganisationen	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS	**Bessere Ausstattung des Ökotopfes (Fördertopf Umweltschutz) der Stadt Braunschweig** Der Umfang der Mittel entsprechend der neugefassten "Förderrichtlinie für Gewässer- und Naturschutz sowie Klima ('Ökotopf') wird für die nächsten beiden Jahre auf jeweils 200.000 € erhöht. (Begründung s. Antrag)	+ 80.000		+ 80.000							2 Jahre	
				UGA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Erledigt*	*Abstimmg entfallen, da Annahme FWE 106*				

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 7 / 0 / 1

Teilhaushalt					Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto	Antragsteller	2023		2024		2025		2026		2027			
			Art des Ertrages/Aufwands	Ausschuss	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
109	1.56.5610.12	Förderung von Umweltorganisationen	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS		+ 25.000		+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000	dauerhaft	
					Anhebung Zuschuss reka e.V. Mit dem Ziel der Stadt Braunschweig "Klimaneutralität möglichst bis 2023" und vor dem Hintergrund der Energiekrise, haben die Anfragen und Aktivitäten rund um den Klimaschutz bei reka stark zugenommen. Um die Fachkräfte optimal einsetzen zu können, müssen sie von Verwaltungsarbeiten freigehalten werden. Die Anhebung des Zuschusses dient zur Einführung einer professionellen Geschäftsführung, dem Einsetzen einer 20-Stunden-Stelle für Sekretariat/Buchhaltung und der Anmietung eines Büros.											
				UGA	*Dafür:*	*1*	*Dagegen:*	*9*	*Enthaltung:*	-	*Abgelehnt*					
151	1.56.5610.12	Förderung von Umweltorganisationen	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS		+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000		+ 50.000	dauerhaft	**Anm. der Verwaltung:** Auf die Anmerkung zum Antrag FWE 107 wird verwiesen.
					Förderkreis Umwelt- und Naturschutz Hondelage e.V. unterstützen (Begründung s. Antrag)											
				UGA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	*9*	*Enthaltung:*	*1*	*Abgelehnt*					
163	1.56.5610.12	Förderung von Umweltorganisationen	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS		+ 20.000		+ 23.000							2 Jahre	
					Projektförderung "Projektkosten zu Entwicklung von BürgerInnenunternehmen" Ökologische BürgerInnenunternehmen bringen Maßnahmen des Klimaschutzes voran (z. B. Windkraftanlagen). Diese BürgerInnenunternehmen haben deutliche Vorteile gegenüber Großinvestoren: Sie genießen in der Bevölkerung eine hohe Akzeptanz und unterstützen den regionalen Wirtschaftskreislauf. Das Braunschweiger Klimaschutzkonzept 2.0 gibt viele Anregungen für solche BürgerInnenunternehmen. MitarbeiterInnen der reka haben jahrelange Erfahrungen auf dem Gebiet der BürgerInnenunternehmen. In dem geplanten Projekt werden Konzepte entwickelt, Machbarkeitsstudien durchgeführt und Gründungen beraten und vorbereitet. Dazu wird Personal benötigt. Da je nach Sache verschiedene Kenntnisse erforderlich sind, werden externe Dienstleister beauftragt und keine feste Personalstelle beantragt. Die beantragten Mittel reichen für die Finanzierung von 20 Wochenstunden. Hinzu kommen Beträge für Büromaterial und anteilige Miete des Arbeitsplatzes.											
				FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	*11*	*Enthaltung:*	-	*Abgelehnt*					
164	1.56.5610.12	Förderung von Umweltorganisationen	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	BIBS		+ 27.000		+ 26.000							2 Jahre	
					Projektförderung "Finanzierungskonzepte für Klimaschutzmaßnahmen" Zur Erreichung des Zieles "Klimaneutralität 2030" ist die Stadt auf die Mithilfe von möglichst zahlreichen Vereinen und Initiativen aus der Zivilgesellschaft angewiesen. Im KSK 2.0 wird die Mitarbeit der reka z.B. bei "Kampagnen und Aktionen zur Bewusstseinsbildung für einen klimafreundlichen Alltag" (Maßnahme 5.2) oder beim "Erhalt und Stärkung von Windkraftanlagen" (Maßnahme 3.11) erwähnt. Für die Umsetzung ihrer Projektideen benötigen die Initiativen finanzielle Mittel. Diese Mittel müssen aus bundesweiten Fördermitteln beschafft werden. Sowohl Hilfen bei der Projektentwicklung als auch bei der Mittelbeschaffung können durch die Einrichtung einer Personalstelle mit 20 Wochenstunden geleistet werden. Hinzu kommen Beträge für Büromaterial und anteilige Miete des Arbeitsplatzes.											
				FPDA	*Dafür:*	-	*Dagegen:*	*11*	*Enthaltung:*	-	*Abgelehnt*					
110	1.56.5610.15	Klimaschutz	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Die FRAKTION. BS		+ 28.500		+ 25.500		+ 25.500		+ 25.500		+ 25.500	dauerhaft	**Anm. der Verwaltung:** Auf die Anmerkung zum Antrag FWE 107 wird verwiesen.
					Anhebung Zuschuss Ernährungsrat über reka e.V. Der Ernährungsrat spricht diejenigen in Braunschweig und Umgebung an, die sich für eine klimafreundlichere Ernährung und Lebensmittelproduktion einsetzen wollen. Bereits vier Arbeitsgruppen zu den Themen Lebensmittelabfälle, Schulverpflegung, Food-Hubs und Öffentlichkeitsarbeit/Organisation wurden gebildet. Weitere Arbeitsgruppen sollen initiiert werden. Mit rein ehrenamtlichem Engagement ist die Arbeit nicht zu bewältigen. Daher sollen diverse Aufgaben durch eine hauptamtliche Koordinierungsstelle unter dem Dach von reka umgesetzt werden.											
				UGA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Zurückgezogen*					

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 7 / 0 / 1

Teilhaushalt					Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto	Antragsteller	2023		2024		2025		2026		2027			
			Art des Ertrages/Aufwands	Ausschuss	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
167	1.56.5610.15	Klimaschutz		BIBS	**Koordinierungsstelle Ernährungsrat** Nachdem der Rat am 28.09.2021 die Gründung eines Ernährungsrats für Braunschweig beschlossen hat, benötigt der am 07.11.2022 gegründete Ernährungsrat für die Einrichtung einer Koordinierungsstelle (mit 20 Wochenstunden) eine erhöhte Projektförderung für die Jahre 2023 und 2024. Der Ernährungsrat hat eine basisdemokratische Struktur und spricht alle Bürger:innen und Akteure im Braunschweiger Land an, die sich in irgendeiner Form einbringen wollen, die Ernährung und Lebensmittelproduktion klimafreundlicher zu gestalten. Der leicht höhere Bedarf für 2023 liegt an Erstanschaffungen wie z. B. eines Laptops und der Entwicklung des Corporate Designs.										2 Jahre	**Anm. der Verwaltung:** Auf die Anmerkung zum Antrag FWE 107 wird verwiesen.
			431810 Zuschuss an übrige Bereiche			~~+ 28.500~~		~~+ 25.500~~								
						+ 10.000		+ 10.000								
				FPDA	*Dafür:*	*7*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	*1*	*Angenommen*	*Der Antrag wurde geändert auf: 2023: + 10.000 € und 2024: + 10.000 €*				
Stabsstelle 0800 - Wirtschaftsdezernat					**0**	**+ 105.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**		
111	1.57.5711.01	Steuerungsunterst. Wifö. und Stadtmark.		Bündnis 90/Die Grünen	**Erstellung eines Imagekonzeptes für die Stadt Braunschweig** Für die Erstellung eines Imagekonzepts für die Stadt Braunschweig werden insgesamt Mittel in Höhe von 150.000 € in den Haushalt eingestellt. Diese Mittel sollen in den Jahren 2023 und 2024 u.a. dafür verwendet werden, ein externes Fachbüro mit der Planung und Durchführung des Prozesses zur Erstellung dieses Konzeptes zu beauftragen. Der Wirtschaftsausschuss soll diesen Prozess eng begleiten und ist in die weiteren Schritte mit entsprechenden Beschlussvorlagen einzubeziehen. (Begründung s. Antrag)										einmalig	
			431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil.+ Sonderv			~~+ 150.000~~										
						+ 90.000										
				WA	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*1*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*	*Antrag geändert durch interfraktionellen Änderungsantrag von SPD u. Bündnis 90/Die Grünen*				
112	1.57.5711.01	Steuerungsunterst. Wifö. und Stadtmark.		Bündnis 90/Die Grünen	**Digitalisierung des Veranstaltungsmanagements beim Stadtmarketing** Für die Entwicklung einer Anwendung zur digitalen Planung von Veranstaltungen im öffentlichen Raum werden dem Stadtmarketing Braunschweig einmalig 15.000 € zur Verfügung gestellt. Die Entwicklung dieser Anwendung soll möglichst mit wichtigen Veranstaltern abgestimmt werden, um deren Bedarfe in diese Anwendung einfließen lassen zu können. (Begründung s. Antrag)										einmalig	
			431510 Zuschuss an verb.Untern.,Beteil.+ Sonderv			+ 15.000										
				WA	*Dafür:*	*6*	*Dagegen:*	*-*	*Enthaltung:*	*3*	*Angenommen*					
113	1.57.5711.01	Steuerungsunterst. Wifö. und Stadtmark.		CDU	**Förderung der Gemeinschaft Next.Loop** (Begründung s. Antrag)										3 Jahre	
			431810 Zuschuss an übrige Bereiche			+ 30.000		+ 30.000		+ 30.000						
				WA	*Dafür:*	*2*	*Dagegen:*	*6*	*Enthaltung:*	*1*	*Abgelehnt*					

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 7 / 0 / 1

Teilhaushalt					Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto Art des Ertrages/Aufwands	Antragsteller Ausschuss	2023		2024		2025		2026		2027			
					Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
Allgemeine Finanzwirtschaft					**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**		
198	1.61.6120.01	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	449120 andere sonst. ordentl. Aufwendungen	Die FRAKTION. BS	**Keine Globalen Minderausgaben** (Begründung s. Antrag)										für 2 Jahre	
						+ 16.000.000		+ 11.000.000								
					Dafür:		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Bitte auswählen*					
Diverse Teilhaushalte					**0**	**+ 100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**		
196	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	SPD / Bündnis 90/Die Grünen /	**Einrichtung eines Härtefallfonds Energiekosten** Im Haushaltsplan werden für das Haushaltsjahr 2023 einmalig Mittel in Höhe von 100.000 € für einen Härtefallfonds eingestellt mit dem Zweck, diejenigen Einrichtungen, Vereine usw. in Braunschweig von den gestiegenen Energiekosten zu entlasten, die geltend machen können, dass sie erhebliche Mehrkosten durch den Preisanstieg in Folge des unrechtmäßigen Angriffs Russland auf die Ukraine zu verzeichnen haben und Förderungen aus Bundes- oder Landesmitteln nicht in Anspruch nehmen können. (Begründung s. Antrag)										einmalig	**Anm. der Verwaltung:** Verweis auf die Ansatzveränderungen (lfd. Nr. 86) und die Stellungnahme zum FWE 171 (Siehe Anlage 2.7) Eine konkrete Aufteilung auf Teilhaushalte und Produkte ist nicht möglich. Auf den Haushaltsvermerk (Ergänzungsvorlage) wird hingewiesen.
						+ 100.000										
				FPDA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*0*	*Enthaltung:*	*0*	*Angenommen*					
171	Diverse	Diverse	Diverse Diverse	CDU	**Ausgleich für gestiegene Energiepreise** Die Verwaltung wird gebeten feszustellen, welche Empfänger städtischer Zuschüsse aufgrund gestiegener Energiekosten zusätzliche Belastungen zu erwarten haben, die nicht durch andere Anträge zum Doppelhaushalt 2023/24 oder Förderprogramme von Land und Bund ausgeglichen werden. Die entsprechend ermittelten finanziellen Bedarfe sind haushaltsneutral oder über- und außerplanmäßig für die Jahre 2023 und 2024 bereitzustellen. (Begründung s. Antrag)											*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte nicht ermittelt werden. Es liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor. Siehe: Anlage 2.7.
						*)		*)		*)				*)		
				FPDA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Zurückgezogen*					

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 7 / 0 / 1

Teilhaushalt					Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto	Antragsteller	2023		2024		2025		2026		2027			
			Art des Ertrages/Aufwands	Ausschuss	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
Anträge zum Stellenplan																
Diverse Teilhaushalte					**0**	**+ 51.200**	**0**	**+ 204.600**	**0**	**+ 208.692**	**0**	**+ 172.602**	**0**	**+ 176.054**		
Diverse Teilhaushalte																
140				Die FRAKTION. BS	**Sicherheit als kommunale Pflichtaufgabe** Beginnend ab 2023 wird jährlich eine bedarfsgerechte Anzahl von Stellen für die Sicherheit in Sozial- und Kultureinrichtungen geschaffen. Dazu sollen auch entsprechende Ausbildungskapazitäten geschaffen werden. Nach Auslaufen der Verträge mit privaten Sicherheitsfirmen soll die Aufgabe mit eigenem Personal erfüllt werden. (Begründung s. Antrag)										dauerhaft	*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte nicht ermittelt werden. **Anm. der Verwaltung:** Stellenwert wäre EGr. 3 TVöD, EGr. 5 TVöD nicht einschlägig. Schaffung einer eigenen Org.-Einheit für 90 Stellen sowie weitere Personal- und Sachkosten (Ausbildung, Koordinierung und Betreuung, Arbeitsplätze, Fahrzeuge, Dienstkleidung etc.) erforderlich. Bedarf für Sicherheitspersonal von vielen unterschiedlichen Faktoren abhängig und schwer planbar. Vergabe flexibler und nach überschlägiger Betrachtung auch wirtschaftlicher. Mindestlohn ist Kriterium der Vergabe, damit Dumpinglöhne ausgeschlossen.
						*)		*)		*)		*)		*)		
				FPDA	*Dafür:*	*1*	*Dagegen:*	*10*	*Enthaltung:*	-	*Abgelehnt*					
Teilhaushalt Fachbereich 40 - Schule																
190				SPD / Bündnis 90/Die Grünen / BIBS	**Förderprojekt zur vielfältigen demokratischen politischen Bildung der Braunschweiger Schüler*innen** (Beschlusssvorschlag und Begründung s. Antrag)										3 Jahre	**Anm.der Verwaltung:** Verweis auf Antrag zum Ergebnishaushalt (FWE 179)
						9.700		+ 38.700		+ 39.474						
				FPDA	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*					

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 7 / 0 / 1

Teilhaushalt					Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto	Antragsteller	2023		2024		2025		2026		2027			
			Art des Ertrages/Aufwands	Ausschuss	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
Kultur und Wissenschaft																
141				SPD / Bündnis 90/Die Grünen	**Wissenschaftliche Sachbearbeitung zur Koordination des KultEP** Im Fachbereich 41 wird für die Umsetzung der vielfältigen kulturpolitischen Fragestellungen und zur Umsetzung der Ergebnisse des Kulturentwicklungsprozesses dauerhaft eine nach Entgeltgruppe 13 dotierte Stelle für eine*n wiss. Sachbearbeiter*in geschaffen. (Begründung s. Antrag)										dauerhaft	**Anm.der Verwaltung:** Für die Schaffung einer Stelle der EGr. 13 TVöD würden insgesamt zusätzliche Personalkosten i. H. v. ca. 89.100 € jährlich (2023 anteilig ca. 22.300 € für 3 Monate) anfallen.
						22.300		+ 89.100		+ 90.882		+ 92.700		+ 94.554		
				AfKW	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	*-*	*Angenommen*					
Fachbereich 51 - Kinder, Jugend und Familie																
197				SPD / Bündnis 90/Die Grünen / Die Fraktion. BS / BIBS	**Einrichtung eines Jugendbüros und Gründung eines Jugendparlamentes** Beim FB 51 werden 2 Stellen S 15 und eine halbe Stelle E 11 (T 19,5) geschaffen, die mit einem kw 4)-Vermerk und einem Sperrvermerk versehen werden. Zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses liegt der Antrag "Einrichtung eines Jugendbüros und Gründung eines Jugendparlamentes" (Vorlage 23-20692-01) der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und BIBS sowie der Gruppe Die Fraktion. BS vor, der wiederum auf eine Mitteilung außerhalb von Sitzungen (Vorlage 23-20617) zurück geht. Der vorliegende Stellenplanantrag greift das Anliegen auf Schaffung von 2,5 Stellen aus dem genannten Antrag auf, damit die Stellen noch rechtzeitig bis zur Beschlussfassung am 21. März in den Stellenplan aufgenommen werden können. Die Stellenbeschreibung geht bereits ansatzweise aus den genannten Vorlagen hervor. Die Stellen sollen im Rahmen des Förderprogramms "Resiliente Innenstädte" finanziert werden (vgl. Vorlage 22-18302-01), daher der kw 4)-Vermerk. Die erforderlichen (Eigen-) Mittel sind im Haushaltsplan 2023/2024 zunächst zentral im Teil-Ergebnishaushalt der Stabsstelle 0800 veranschlagt und werden gem. Haushaltsvermerk "Mittelbindung für das Förderprogramm Resiliente Innenstädte" den einzelnen Projekten im Rahmen der Bewirtschaftung zugeordnet. Da die Genehmigung des Fördermittelgebers noch nicht vorliegt, erfolgt die Stellenschaffung zunächst mit einem Sperrvermerk.											**Anm. der Verwaltung:** Verweis auf den Antrag FWE 195 einschließlich der dortigen Anm. d. Verw.; Auch die Stellen sollen im Rahmen des Förderprogramms "Resiliente Innenstädte" finanziert werden. Insoweit ist auch ihre Finanzierung abhängig von der tatsächlichen Förderung des Projektes. Die Personalkosten würden in den Jahren 2023 bis 2025 wie folgt anfallen: 46.700 €, 185.700 €, 189.400 €, bei einer Fortsetzung für 2026 193.200 € und für 2027 197.000 €.
				FPDA	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*0*	*Enthaltung:*	*3*	*Angenommen*					

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 7 / 0 / 1

Teilhaushalt					Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto	Antragsteller	2023		2024		2025		2026		2027			
			Art des Ertrages/Aufwands	Ausschuss	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
Teilhaushalt Fachbereich 66 - Tiefbau und Verkehr																
142				Bündnis 90/Die Grünen	**Radverkehr: Schaffung von 4,25 Stellen im FB 66** Im Fachbereich 66 Tiefbau und Verkehr sollen für die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Ziele- und Maßnahmenkatalog "Radverkehr in Braunschweig" 4,25 Stellen aus der Stellenreserve entnommen und möglichst schnell ausgeschrieben werden. Ziel ist eine Besetzung der Stellen möglichst früh im Jahr 2023, idealerweise noch vor Ablauf des 2. Quartals. Sollte sich zum Ende dieser Frist abzeichnen, dass die Stellen nicht besetzt werden können, sollen die Mittel kapitalisiert und z.B. für externe Auftragsvergaben genutzt werden können. (Begründung s. Antrag)										dauerhaft	**Anm. der Verwaltung:** Vorgesehen ist die Schaffung von 3,25 Stellen für Radverkehrsmaßnahmen im FB 66 (damit insgesamt 11,00 Stellenschaffungen für Radverkehr). Freigabe aus Stellenreserve möglich, dadurch zusätzliche Personalkosten in 2023 (ca. 61.100 €). Sollte außerdem 1,00 weitere Stelle über die im Jahr 2023 vorgeschlagenen 3,25 Stellen hinaus geschaffen werden, würden zusätzliche Kosten für 2023 i. H. v. ca. 38.700 € (bei vorzeitiger Freigabe aus der Stellenreserve) und für 2024 i. H. v. ca. 77.400 € anfallen. Alternativ wäre eine Verwendung der kapitalisierten Haushaltsmittel für externe Auftragsvergaben möglich.
						99.800		+ 77.400		+ 78.948		+ 80.527		+ 82.137		
				AMTA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*					
				FPDA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Zurückgezogen*	*Im Vorfeld des FPDA zurückgezogen*				
Teilhaushalt Referat 0617 - Grün- und Freiraumplanung																
143				Bündnis 90/Die Grünen	**Stadtbahnausbau: Entnahme einer Stelle im Ref. 0617 aus der Stellenreserve** Die im Stellenplan vorgesehene Stelle zur Begleitung des Stadtbahnausbaus im Ref. 0617 wird aus der Stellenreserve entnommen, um eine Besetzung dieser Stelle noch vor Inkraftreten des Haushalts 2024/2024 vornehmen zu können. Dank eines Hinweises der Verwaltung wurde deutlich, dass die im Antrag SP 143 beantragte Stelle bereits im Stellenplan des Ref. 0617 vorgesehen ist. Dieser Antrag ersetzt den Antrag SP 143 und soll klarstellen, dass keine zweite Stelle zur Begleitung des Stadtbahnausbaus im Ref. 0617 beantragt wird. Wichtig ist allerdings eine schnelle Besetzung dieser Stelle, die mit der Entnahme aus der Stellenreserve ermöglicht werden kann.										dauerhaft	**Anm. der Verwaltung:** Eine Freigabe dieser Stelle aus der Stellenreserve 2022 ist grundsätzlich möglich. Durch eine vorzeitige Freigabe und Besetzung würden Personalkosten für ca. 3 weitere Monate in 2023 anfallen (ca. 19.300 €).
						19.300		0		0		0		0		
				UGA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*	*Blockabstimmung mit SP 147 und 148*				
				FPDA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Zurückgezogen*	*Im Vorfeld des FPDA zurückgezogen*				

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 7 / 0 / 1

Teilhaushalt					Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto	Antragsteller	2023		2024		2025		2026		2027			
			Art des Ertrages/Aufwands	Ausschuss	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
Teilhaushalt FB 67 - Stadtgrün und Sport																
144				CDU	**Streichung des kw-Vermerks der Stelle 06331** Der kw-Vermerk an der Stelle 06331 (Sachbearbeiter/in Förderprogramm Dach-, Fassaden-, Innenhof- und Vorgartenbegrünung) wird gestrichen. (Begründung s. Antrag)										dauerhaft	**Anm. der Verwaltung:** Die Verwaltung hatte im Verwaltungsentwurf zum Stellenplan 2024 vom September 2022 die Änderung des kw 2024)-Vermerks in einen kw 5)-Vermerk (Stellenwegfall bei Aufgabenminderung) vorgesehen. Der Stellenbedarf ist abhängig von der weiteren Bereitstellung der Haushaltsmittel für die Förderprogramme. Bislang sind Haushaltsmittel bis 2025 dafür vorgesehen, solange besteht auch der Bedarf für diese Stelle. Der kw 5)-Vermerk ist daher zielgerichtet. Abhängig von der Bereitstellung von Fördermitteln ab 2026 würden auch Personalkosten i. H. v. ca. 77.400 € jährlich weiterhin anfallen.
						0		0		0		+ 77.400		+ 78.948		
				UGA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Passieren lassen*	*Einstimmig, Blockabstimmung mit SP 145*				
				FPDA	*Dafür:*	*4*	*Dagegen:*	*7*	*Enthaltung:*	-	*Abgelehnt*					

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 7 / 0 / 1

Teilhaushalt					Veränderungen in €													
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto	Antragsteller	2023		2024		2025		2026		2027		Dauer	Anmerkungen
			Art des Ertrages/Aufwands	Ausschuss	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
145				Bündnis 90/Die Grünen	**Stelle „Förderprogramm Dach-, Fassaden-, Innenhof- und Vorgartenbegrünung“** Bei der Stelle „Sachbearbeiter/in Förderprogramm Dach-, Fassaden-, Innenhof- und Vorgartenbegrünung“ (Stellenplannummer 06331 im Stellenplan 2024) wird der kw-Vermerk gestrichen. (Begründung s. Antrag)										dauerhaft	**Anm. der Verwaltung:** Auf die Anmerkung zum Antrag SP 144 zum StPl 2023 wird verwiesen.
						0		0		0		+ 77.400		+ 78.948		
				UGA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Passieren lassen*	*Einstimmig, Blockabstimmung mit SP 144*				
				FPDA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Zurückgezogen*	*Im Vorfeld des FPDA zurückgezogen*				
146				Bündnis 90/Die Grünen	**Schaffung der Stelle einer sportpädagogischen Fachkraft im Referat 0670** Im Referat 0670 ist die Stelle einer sportpädagogischen Fachkraft neu zu schaffen. Diese Stelle soll als Vollzeitstelle ausgestaltet werden. Zum Aufgabengebiet soll u.a. gehören: • Ausbau und Verstetigung der Zusammenarbeit sowie die Vernetzung der für Sport und Bewegung in Braunschweig relevanten Gruppen und Institutionen. • Intensivierung der Kooperation zwischen Trägern des Sports sowie Kindertagesstätten und Schulen. • Unterstützung und Initiierung von öffentlichen sportlichen Angeboten und Events. • Entwicklung von niederschwelligen, interkulturellen und sportartübergreifende Sport- und Bewegungsformen für Kinder und Jugendliche in Braunschweig. • Qualifizierte Öffentlichkeitsarbeit zur Bedeutung von Bewegung und Sport sowie Information über die vorhandenen Sportstätten und Sportangebote. (Begründung s. Antrag)										dauerhaft	**Anm. der Verwaltung:** Bei der Schaffung einer Stelle der EGr. 10 TVöD würden insgesamt zusätzliche Personalkosten i. H. v. ca. 76.800 € jährlich (2023 anteilig ca. 19.200 € für 3 Monate) anfallen.
						+ 19.200		+ 76.800		+ 78.336		+ 79.903		+ 81.501		
				SpA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*					
				FPDA	*Dafür:*	*8*	*Dagegen:*	*3*	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*					

Teilhaushalt FB 68 - Umwelt

147				Bündnis 90/Die Grünen	**Schaffung einer vollen Stelle für die Sachbearbeitung Buchungswesen im FB 68** U.a. zur Bearbeitung des Förderprogramms regenerative Energien und der Anträge von Umweltorganitionen auf städtische Förderung ist im FB 68 eine Stelle für die Sachbearbeitung des Buchungswesens neu zu schaffen. Diese Stelle ist als Vollzeitstelle anzusetzen und zunächst aus der Stellenreserve zu entnehmen, um eine schnelle Besetzung zu ermöglichen. (Begründung s. Antrag)										dauerhaft	**Anm. der Verwaltung:** Die Bearbeitung der Förderanträge erfolgt innerhalb der Verwaltungsabteilung des Fachbereichs 68 Umwelt. Für die Schaffung einer zusätzlichen Stelle der EGr. 7 TVöD würden insgesamt zusätzliche Personalkosten i. H. v. ca. 52.600 € jährlich (2023 anteilig 26.300 € für 6 Monate bei vorzeitiger Freigabe) anfallen. Eine Freigabe dieser Stelle aus der Stellenreserve 2022 ist grundsätzlich möglich.
						+ 26.300		+ 52.600		+ 53.652		+ 54.725		+ 55.820		
				UGA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Passieren lassen*	*Blockabstimmung mit SP 143 und 148*				
				FPDA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Zurückgezogen*					

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte

Der FPDA hat über die Anträge, die nicht einzeln aufgerufen wurden, insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 7 / 0 / 1

Teilhaushalt					Veränderungen in €										Dauer	Anmerkungen
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto Art des Ertrages/Aufwands	Antragsteller Ausschuss	2023		2024		2025		2026		2027			
					Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen		
148				Bündnis 90/Die Grünen	**Entnahme von 2,75 Stellen für Klimaschutz (68.3) aus der Stellenreserve** Im Stellenplan 2023 für den FB 68 Umwelt ist vorgesehen, in der Abteilung 68.3 Umweltplanung und Umweltdaten 2,75 Stellen für Aufgaben im Zusammenhang mit Klimaschutz zu schaffen. Diese Stellen sollen zunächst aus der Stellenreserve entnommen werden, um eine schnelle Besetzung deutlich vor der Genehmigung des Haushalts durch das Land Niedersachen, ermöglichen zu können. (Begründung s. Antrag)										dauerhaft	**Anm. der Verwaltung:** Eine Freigabe dieser 2,75 Stellen aus der Stellenreserve 2022 ist grundsätzlich möglich. Durch eine vorzeitige Freigabe und Besetzung würden Personalkosten für ca. 3 weitere Monate in 2023 anfallen (ca. 53.200 €).
						53.200										
				UGA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	*-*	*Enthaltung:*	*-*	*Passieren lassen*	*Blockabstimmung mit SP 143 und 147*				
				FPDA	*Dafür:*		*Dagegen:*		*Enthaltung:*		*Zurückgezogen*	*Im Vorfeld des FPDA zurückgezogen*				

Anlage 2.4.2

Ergebnishaushalt

Ansatzveränderungen der Verwaltung

Stand: 13. März 2023

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Der FPDA hat über die Ansatzveränderungen mit den lfd. Nr. 85, 86 und 87 insgesamt abgestimmt: Gesamtergebnis 11 / 0 / 0 - Angenommen
Der FPDA hat über alle weiteren Ansatzveränderungen insgesamt abgestimmt: Gesamtergebnis 10 / 0 / 1 - Angenommen

Teilhaushalt				Veränderungen in €												Dauer
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto Art des Ertrags/Aufwands	2023		2024		2025		2026		2027				
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
Verwaltungsführung				**0**	**+ 20.000**	**0**	**+ 20.000**	**0**	**+ 20.000**	**0**	**+ 20.000**	**0**	**+ 20.000**			
1	1.11.1115.01	Verwaltungsführung	427130 Repräsentationsaufwendungen	**Höhere Anzahl an Veranstaltungen** mit deutlich erhöhtem Aufwand + 20.000		+ 20.000		+ 20.000		+ 20.000		+ 20.000				dauerhaft
0100 - Büro des Oberbürgermeisters				**0**	**+ 100.000**	**0**	**+ 100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**			
2	1.11.1116.10	Städtepartnerschaften/Intern. Beziehungen	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Erhöhung aufgrund des Ratsbeschlusses 22-19958 vom 22.11.2022 zur **Solidaritätspartnerschaft mit der Stadt Bila Tserkva/Ukraine** + 100.000		+ 100.000										2 Jahre
Fachbereich 01 - Dezernatsplanung, Recht und Stadtbezirksräte				**0**	**+ 3.040**	**0**	**+ 3.200**	**0**	**+ 100**	**0**	**+ 100**	**0**	**+ 100**			
3	1.12.1210.01	Statistik	445518 Erstatt. an Gebäudeman.-Betriebsko. kalt	Erhöhung des Aufwands nach **Anpassungsmeldung des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement** + 100		+ 100		+ 100		+ 100		+ 100				dauerhaft
			445517 Erstatt. an Gebäudeman.-Betriebsko. warm		+ 2.940		+ 3.100									
Fachbereich 20 - Finanzen				**+ 2.112.000**	**+ 34.258.400**	**+ 9.405.200**	**+ 34.201.600**	**+ 19.829.800**	**+ 7.935.600**	**+ 18.926.896**	**+ 9.786.600**	**+ 17.031.888**	**+ 11.290.200**			
4	1.11.1160.41	Debitorenbuchhaltung	427190 Sonstige Sachaufwendungen	**Leerung der Parkscheinautomaten** - Die Aufgabe soll **künftig durch ein Dienstleistungsunternehmen** wahrgenommen werden. Die Mehraufwendungen werden aufgrund der vorliegenden Ausschreibungsergebnisse erforderlich. + 140.000		+ 150.000										2 Jahre
5	1.11.1160.41	Debitorenbuchhaltung	443146 Bankgebühren und Zahlungsverkehr	Ausweitung der PayPal-Anwendung - Da beabsicht ist, die **PayPal**-Abzuwicklung auch **für das OWI-Verfahren** anzubieten und das Bezahlsystem auf weitere Verfahren auszuweiten, sind entsprechend höhere Gebühren zu entrichten. + 20.000		+ 20.000										2 Jahre
6	1.11.1165.21	Verw.städt.Grundvermögen, Fremdanmietung	445710 Erstattung an private Unt./ PPP Schulen und Kitas	Reinigungskosten - Seit dem 01.10.2022 gilt ein **neuer Tarifvertrag im Reinigungsgewerbe**, der die Kosten um 12,55 % anhebt. + 11.200		+ 11.900		+ 12.400		+ 12.900		+ 13.400				dauerhaft
7	1.11.1166.01	Grundstücksgesellschaft Braunschweig GmbH	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	Anpassung der Veranschlagung auf Basis des Wirtschaftsplans 2023 der **Grundstücksgesellschaft Braunschweig GmbH** - 773.000		+ 776.000		- 273.000		+ 727.000		- 273.000				dauerhaft

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Der FPDA hat über die Ansatzveränderungen mit den lfd. Nr. 85, 86 und 87 insgesamt abgestimmt: Gesamtergebnis 11 / 0 / 0 - Angenommen
Der FPDA hat über alle weiteren Ansatzveränderungen insgesamt abgestimmt: Gesamtergebnis 10 / 0 / 1 - Angenommen

Teilhaushalt				Veränderungen in €										
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto Art des Ertrags/Aufwands	2023		2024		2025		2026		2027		Dauer
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
8	1.25.2710.01	Volkshochschulen	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	Anpassung der Veranschlagung auf Basis des Wirtschaftsplans 2023 der **Volkshochschule/Haus der Familie**										dauerhaft
					+ 117.200		+ 348.000		+ 514.200		+ 514.200		+ 514.200	
9	1.41.4110.01	Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	Anpassung der Veranschlagung auf Basis des Wirtschaftsplans 2023 der **Städtisches Klinikum BS gGmbH**										2 Jahre
					+ 29.583.000		+ 21.754.000							
10	1.42.4242.01	Eintracht-Stadion BgA	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	Anpassung der Veranschlagung auf Basis des Wirtschaftsplans 2023 der **Stadthalle Braunscheig Betriebs-GmbH (Betriebsteil Eintracht-Stadion)**										dauerhaft
					+ 10.300		+ 3.500		+ 6.400		+ 6.200		+ 5.200	
11	1..42.4242.02	Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	Anpassung der Veranschlagung auf Basis des Wirtschaftsplans 2023 der **Stadtbad Braunschweig Sport- und Freizeit-GmbH**										dauerhaft
					+ 101.300		+ 111.600		+ 86.300		+ 87.700		+ 95.100	
12	1.54.5461.01	Parkhäuser (Verpachtung) BgA	341110 Mieten und Pachten	**Mindererträge Tiefgaragen** - Die Preissteigerungen für Energie können als Bewirtschaftungskosten von den Einnahmen abgesetzt werden und verringern somit den städtischen Anteil am Betriebsergebnis. Zudem ist derzeit nicht absehbar, ob sich der coronabedingte Rückgang wieder aufholen lässt.										2 Jahre
				- 300.000		- 300.000								
13	1.54.5480.01	Flughafen BS-WOB GmbH	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	Anpassung der Veranschlagung auf Basis des Wirtschaftsplans 2023 der **Flughafen Braunschweig-Wolfsburg-GmbH**										dauerhaft
					+ 300		+ 470.200		+ 419.200		+ 328.900		+ 231.500	
14	1.57.5712.01	Braunschweig Stadtmarketing GmbH	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	Anpassung der Veranschlagung auf Basis des Wirtschaftsplans 2023 der **BS Stadtmarketing-GmbH**										dauerhaft
					+ 4.000		+ 186.300		+ 725.400		+ 676.400		+ 746.600	
15	1.57.5712.01	Braunschweig Zukunft GmbH	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	Anpassung der Veranschlagung auf Basis des Wirtschaftsplans 2023 der **BS Zukunft-GmbH**										dauerhaft
					+ 535.300		+ 693.400		+ 748.200		+ 821.000		+ 766.700	
16	1.57.5712.01	Struktur-Förderung Braunschweig GmbH	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	Anpassung der Veranschlagung auf Basis des Wirtschaftsplans 2023 der **Struktur-Förderung Braunschweig-GmbH**										dauerhaft
					+ 1.453.800		+ 1.446.000		+ 1.342.700		+ 1.296.400		+ 1.260.600	
17	1.57.5731.05	Stadthalle/Volkswagen-Halle	431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	Anpassung der Veranschlagung auf Basis des Wirtschaftsplans 2023 der **Stadthalle Braunschweig Betriebs-GmbH (Betriebsteil Volkswagen-Halle)**										dauerhaft
					+ 57.000		+ 64.700		+ 63.800		+ 39.900		+ 68.900	

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Der FPDA hat über die Ansatzveränderungen mit den lfd. Nr. 85, 86 und 87 insgesamt abgestimmt: Gesamtergebnis 11 / 0 / 0 - Angenommen
Der FPDA hat über alle weiteren Ansatzveränderungen insgesamt abgestimmt: Gesamtergebnis 10 / 0 / 1 - Angenommen

Teilhaushalt				Veränderungen in €										
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto Art des Ertrags/Aufwands	2023		2024		2025		2026		2027		Dauer
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
18	1.57.5731.08	Stadt BS Beteiligungs-Gesellschaft mbH	Anpassung der Veranschlagung auf Basis des Wirtschaftsplans 2023 der **Stadt BS Beteiligungs-Gesellschaft mbH**											dauerhaft
			431510 Zuschuss an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen		+ 2.998.000		+ 8.166.000		+ 4.290.000		+ 5.276.000		+ 7.861.000	
19	1.57.5731.08	Sonst. Wirtschaftliche Unternehmen/Entschädigungszahlung Nord/LB Staatsvertrag	**Anpassung** an die Zahlung 2022											dauerhaft
			314610 Zuschuss von Sonderrechnung	+ 195.000		+ 195.000		+ 194.600		+ 194.196		+ 193.788		
20	Diverse	Diverse	Durch die Aktualisierungen bei der Aufnahme von **Krediten** im Rahmen der **Experimentierklausel** (s. Sachkonto 692735, Finanzhaushalt, TH Allgemeine Finanzwirtschaft) ergeben sich entsprechend höhere Erstattungsleistungen von Seiten der Konzerngesellschaften, an die Kreditausleihungen erfolgt sind. Der Anstieg der Erträge ist durch die Ausweitung der durch die Stadt im Rahmen der Experimentierklausel aufgenommenen Kredite bedingt.											dauerhaft
			361515 Zinsertrag von verb. Unt., Beteilg., Sonderverm./ Experimentierklausel	+ 2.217.000		+ 9.510.200		+ 19.635.200		+ 18.732.700		+ 16.838.100		
Fachbereich 32 - Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit				**+ 360.000**	**+ 591.200**	**+ 350.000**	**+ 581.200**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
21	1.12.1221.51	Tierschutz/ Tiergesundheit	**Stadttaubenkonzept** - Der Rat der Stadt hat am 24.05.2022 die Umsetzung des sog. Stadttaubenkonzepts in der Stadt Braunschweig beschlossen. Danach ist vorgesehen, die Betreuung und Pflege der zu errichtenden Taubenschläge an den Verein Stadttiere Braunschweig e. V. zu übertragen. Vom Verein wurde hierfür eine institutionelle Förderung von vorerst 81.200 € jährlich beantragt.											2 Jahre
			431810 Zuschuss an übrige Bereiche		+ 81.200		+ 81.200							
22	320-4110	Bürgerservice	Bundesdruckerei **(Personalausweise und Reisepässe)** - Mehrbedarf aufgrund der Zunahme von Anträgen sowie einer Preiserhöhung der Bundesdruckerei. Hierbei wird mindestens von einer gleichbleibenden Entwicklung der Antragszahlen des Jahres 2022 in den Folgejahren ausgegangen. Den Mehraufwendungen stehen Mehrerträge in gleicher Höhe gegenüber.											2 Jahre
			443175 Sonstige Geschäftsaufwendungen		+ 360.000		+ 350.000							
			331110 Verwaltungsgebühren	+ 360.000		+ 350.000								
23	320-4200	Ausländerangelegenheiten	**Bundesdruckerei (Aufenthaltstitel)** - Die an die Bundesdruckerei zu zahlenden Aufwendungen für Aufenthaltstitel sind aufgrund der Zunahme der Zahl der Antragstellerinnen und Antragsteller (insbesondere aus der **Ukraine**) sowie einer Preiserhöhung der Bundesdruckerei gestiegen. Der Umfang der erwarteten Mehraufwendungen ergibt sich aus der Hochrechnung des Jahres 2022.											2 Jahre
			443175 Sonstige Geschäftsaufwendungen		+ 150.000		+ 150.000							
Fachbereich 37 - Feuerwehr				**+ 689.500**	**+ 1.096.900**	**+ 649.500**	**+ 1.210.600**	**+ 649.500**	**+ 1.135.600**	**+ 649.500**	**+ 1.135.600**	**+ 649.500**	**+ 1.135.600**	
24	1.12.1260.12	Gefahrenvorbeugung Berufsfeuerwehr	Mehrerträge bei der **Konzessionsabgabe für Brandmeldeanlagen** auf der Grundlage der bestehenden Gestattungsverträge											dauerhaft
			348710 Erstattung von privaten Unternehmen	+ 76.900		+ 76.900		+ 76.900		+ 76.900		+ 76.900		
			AFKO	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				
25	1.12.1260.14	Service	**Ausbildung für Dritte** - Nach pandemiebedingter Reduzierung wurde das Angebot für die Ausbildung Dritter wieder erhöht. Die Mehrerträge basieren auf den bereits vorliegenden Anmeldungen für die Jahre 2023 und 2024.											dauerhaft
			346110 Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	+ 112.600		+ 72.600		+ 72.600		+ 72.600		+ 72.600		
			AFKO	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Der FPDA hat über die Ansatzveränderungen mit den lfd. Nr. 85, 86 und 87 insgesamt abgestimmt: Gesamtergebnis 11 / 0 / 0 - Angenommen
Der FPDA hat über alle weiteren Ansatzveränderungen insgesamt abgestimmt: Gesamtergebnis 10 / 0 / 1 - Angenommen

Teilhaushalt				Veränderungen in €											
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto	2023		2024		2025		2026		2027		Dauer
			Art des Ertrags/Aufwands	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
26	1.12.1270.12	Notarzteinsatz		**Übertragung der Aufgabe zur Gestellung von Notärztinnen und Notärzten an die Stadtisches Klinikum gGmbH (SKBS)** - Die Stadt Braunschweig als Trägerin des Rettungsdienstes plant, dem SKBS als Beauftragtem im Rettungsdienst die Wahrnehmung ärztlicher Aufgaben (insbes. Notarztgestellung, Leitende Notärzte, Begleittransporte) zu übertragen. Im Rahmen der Übertragung auf das SKBS sind Erstattungsleistungen für die Aufgabenwahrnehmung zu bezahlen. Die Kostenberechnungen basieren auf dem Tarifvertrag des SKBS. Das SKBS hat entsprechende Beträge im Rahmen seiner Wirtschaftsplanung berücksichtigt.										dauerhaft
			442910 Aufwand Rechte + Dienste, vermischte Ausgaben		+ 401.100		+ 494.600		+ 494.600		+ 494.600		+ 494.600	
			AFKO	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				
27	1.12.1270.11	Notfallrettung		**Rettungsdienst** - Die Haushaltsanmeldungen zum Doppelhaushalt 2023/2024 basierten zum Teil auf prozentual gesteigerten Werten des Jahres 2021. Auf der Grundlage zwischenzeitlich vorliegender Plankostenanmeldung der Hilfsorganisationen ist eine Aktualisierung der Ertragserwartung erforderlich. Saldiert ergeben sich im Bereich Rettungsdienst Haushaltsverbesserungen von 93.000 € im Jahr 2023 bzw. von 83.700 € im Jahr 2024.										dauerhaft
			332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	+ 1.126.200		+ 1.126.200		+ 1.126.200		+ 1.126.200		+ 1.126.200		
			445810 Erstattung an übrige Bereiche		+ 1.317.800		+ 1.348.000		+ 1.348.000		+ 1.348.000		+ 1.348.000	
			AFKO	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				
28	1.12.1270.12	Notarzteinsatz		**Rettungsdienst** - Die Haushaltsanmeldungen zum Doppelhaushalt 2023/2024 basierten zum Teil auf prozentual gesteigerten Werten des Jahres 2021. Auf der Grundlage zwischenzeitlich vorliegender Plankostenanmeldung der Hilfsorganisationen ist eine Aktualisierung der Ertragserwartung erforderlich. Saldiert ergeben sich im Bereich Rettungsdienst Haushaltsverbesserungen von 93.000 € im Jahr 2023 bzw. von 83.700 € im Jahr 2024.										dauerhaft
			332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	+ 636.900		+ 636.900		+ 636.900		+ 636.900		+ 636.900		
			AFKO	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				
29	1.12.1270.13	Krankentransport		**Rettungsdienst** - Die Haushaltsanmeldungen zum Doppelhaushalt 2023/2024 basierten zum Teil auf prozentual gesteigerten Werten des Jahres 2021. Auf der Grundlage zwischenzeitlich vorliegender Plankostenanmeldung der Hilfsorganisationen ist eine Aktualisierung der Ertragserwartung erforderlich. Saldiert ergeben sich im Bereich Rettungsdienst Haushaltsverbesserungen von 93.000 € im Jahr 2023 bzw. von 83.700 € im Jahr 2024.										dauerhaft
			332110 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	- 1.263.100		- 1.263.100		- 1.263.100		- 1.263.100		- 1.263.100		
			445810 Erstattung an übrige Bereiche		- 910.800		- 931.700		- 931.700		- 931.700		- 931.700	
			AFKO	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				
30	370-1100	Berufsfeuerwehr Hauptwache und Südwache		Regelmäßige **Beschaffung von Aufsteckware -** Die Beschaffung erfolgt künftig nicht mehr zentral durch den FB 65, sondern durch die einzelnen Org.-Einheiten. Der Aufwandserhöhung steht ein entsprechender Minderaufwand beim FB 65 gegenüber.										dauerhaft
			424190 Sonstige Bewirtschaftungskosten		+ 18.500		+ 19.600		+ 19.600		+ 19.600		+ 19.600	
			AFKO	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				
31	370-1100	Berufsfeuerwehr Hauptwache und Südwache		Fortsetzung des **Pilotprojekts AiPP** (Ausnüchterung intoxinierter Personen in Polizeigewahrsam) Da der Projektverlauf sehr erfolgreich ist, wird davon ausgegangen, dass die Projektphase nicht wie vorgesehen bereits Mitte des Jahres 2023 beendet wird, sondern in eine Daueeinrichtung überführt wird. Die polititsche Entscheidung über die Fortführung des Projekts ist im 1./2. Quartal 2023 vorgesehen.										2 Jahre
			442910 Aufwand Rechte und Dienste, vermischte Ausgaben		+ 25.000		+ 75.000							
			AFKO	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Der FPDA hat über die Ansatzveränderungen mit den lfd. Nr. 85, 86 und 87 insgesamt abgestimmt: Gesamtergebnis 11 / 0 / 0 - Angenommen
Der FPDA hat über alle weiteren Ansatzveränderungen insgesamt abgestimmt: Gesamtergebnis 10 / 0 / 1 - Angenommen

Teilhaushalt				Veränderungen in €										
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto	2023		2024		2025		2026		2027		Dauer
			Art des Ertrags/Aufwands	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
32	370-2300	Bevölkerungsschutz		**Neuanmietung einer Lagerfläche für den Zivil- und Katastrophenschutz** - Im Rahmen des Aufgabenzuwachses vor allem im Bereich des Bevölkerungsschutzes (Katastrophenschutz-Leuchttürme als Anlaufstelle für die Bevölkerung in Krisensituationen, Auffangstützpunkte etc.) wird die Anmietung zusätzlicher Räumlichkeiten für die wetterfeste Unterbringung von Fahrzeugen sowie des benötigten Equipments zur Aufgabenerfüllung erforderlich. Die Neuanmietung führt zu Aufwandserhöhungen bei den Erstattungen an das Gebäudemanagement. Zudem wird für die Neuanmietung eine Maklercourtage von 50.000 € im Jahr 2023 erforderlich (s. lfd. Nr. 33).										dauerhaft
			445512 Erstattung an Gebäudemanagement Miete		+ 162.200		+ 170.300		+ 170.300		+ 170.300		+ 170.300	
			445517 Erstattung an Gebäudemanagement - Betriebskosten warm		+ 4.000		+ 4.200		+ 4.200		+ 4.200		+ 4.200	
			445518 Erstattung an Gebäudemanagement - Betriebskosten kalt		+ 25.000		+ 26.300		+ 26.300		+ 26.300		+ 26.300	
			445528 Erstattung an Gebäudemanagment Verwalterpauschale		+ 4.100		+ 4.300		+ 4.300		+ 4.300		+ 4.300	
			AFKO	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				
33	370-2300	Bevölkerungsschutz		**Neuanmietung einer Lagerfläche für den Zivil- und Katastrophenschutz** - Maklercourtage für die Anmietung										einmalig
			443140 Prüfungs- und Beratungskosten		+ 50.000									
			AFKO	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				
Fachbereich 40 - Schule				**0**	**+ 93.900**	**0**	**+ 96.200**	**0**	**+ 96.200**	**0**	**+ 96.200**	**0**	**+ 96.200**	
34	400-1099	Sammelkostenstelle Schulen		Regelmäßige **Beschaffung von Aufsteckware -** Die Beschaffung erfolgt künftig nicht mehr zentral durch den FB 65, sondern durch die einzelnen Org.-Einheiten. Der Aufwandserhöhung steht ein entsprechender Minderaufwand beim FB 65 gegenüber.										dauerhaft
			424190 Sonstige Bewirtschaftungskosten		+ 224.900		+ 238.000		+ 238.000		+ 238.000		+ 238.000	
			SchA	*Dafür:*	*16*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				
35	Diverse	Diverse		**Anpassung der Planwerte** an den voraussichtlichen Bedarf										dauerhaft
			445512 Erstatt. an Gebäudemanagement - Miete		- 127.800		- 138.300		- 138.300		- 138.300		- 138.300	
			445528 Erstatt. an Gebäudemanagement - Verwalterpauschale		- 3.200		- 3.500		- 3.500		- 3.500		- 3.500	
			SchA	*Dafür:*	*16*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Der FPDA hat über die Ansatzveränderungen mit den lfd. Nr. 85, 86 und 87 insgesamt abgestimmt: Gesamtergebnis 11 / 0 / 0 - Angenommen
Der FPDA hat über alle weiteren Ansatzveränderungen insgesamt abgestimmt: Gesamtergebnis 10 / 0 / 1 - Angenommen

Teilhaushalt				Veränderungen in €										
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto / Art des Ertrags/Aufwands	2023 Erträge	2023 Aufwendungen	2024 Erträge	2024 Aufwendungen	2025 Erträge	2025 Aufwendungen	2026 Erträge	2026 Aufwendungen	2027 Erträge	2027 Aufwendungen	Dauer
Kultur und Wissenschaft				**+ 15.000**	**+ 554.000**	**0**	**+ 90.700**	**0**	**+ 83.500**	**0**	**+ 40.700**	**0**	**+ 83.500**	
36	1.25.2511.01	Wissenschaftliche Angelegenheiten	427140 Veranstaltungen	Die **regulären Mittel für den Forschungspreis** wurden durch die corona-bedingte Aussetzung aus dem Haushalt genommen, um keine Mittel unnötig im Haushalt zu binden. Nunmehr ist beabsichtigt, die Vergabe des Forschungspreises im Zweijahresrhythmus wieder aufzunehmen.	+ 50.000				+ 50.000				+ 50.000	alle 2 Jahre
			AfKW	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung lfd. Nr. 36 - 44*			
37	1.25.2521.04	Präsentieren/Ausstellen	427140 Veranstaltungen	Für die geplante **Ausstellung „Galka Scheyer und die Blaue Vier - Lyonel Feininger, Alexej von Jawlensky, Wassily Kandinsky, Paul Klee“** vom 23.02.2024 bis 19.05.2024 werden Mittel für die Umsetzung benötigt. Im Entwurf des Doppelhaushalts 2023/2024 war dies nicht berücksichtigt, weil die Planungen hinsichtlich der Finanzierung noch nicht abgeschlossen waren. Ggf. über den Ansatz hinaus benötigte Mittel sollen durch Spenden refinanziert werden.	+ 20.000									einmalig
			AfKW	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung lfd. Nr. 36 - 44*			
38	1.25.2610.08	Staatstheater	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Gemäß dem Ratsbeschluss vom 15.02.2022 (Drucksache Nr. 21-17494) ist auch das **Festival Theaterformen**, das alle 2 Jahre in Braunschweig stattfindet, mit 2,16 % jährlich **zu dynamisieren**.			+ 7.200				+ 7.200			alle 2 Jahre
			AfKW	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung lfd. Nr. 36 - 44*			
39	1.25.2610.08	Staatstheater	431110 Zuweisung Land	Basierend auf dem **Staatstheatervertrag** zwischen dem Land Niedersachen und der Stadt Braunschweig beteiligt sich die Stadt mit einem Drittel an den Betriebskosten der Staatstheaters. Aufgrund der Tarifsteigerungen für die Beschäftigten des Staatstheaters ergibt sich eine **Betriebskostensteigung um 2,8%** zum Vorjahr.	+ 261.000									einmalig
			AfKW	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung lfd. Nr. 36 - 44*			
40	1.25.2811.04	Eigene kult. Veranst. sonst. Kulturpfl.	342110 Erträge aus Verkauf	Aufgrund von steigenden Kosten in den Bereichen der Energie sowie auch bei diversen Dienstleistern (Technik, Servicepersonal, Sicherheitsdienst, etc.) ist eine Erhöhung des Ansatzes erforderlich. Ohne eine Erhöhung des Grundkostensatzes kann eine Umsetzung der **"Kulturnacht"** nicht gewährleistet werden. Zur teilweisen Kompensation der Mehrkosten ist eine Erhöhung des Pin-Preises von 5,00 € auf 7,00 € sowie ein gezieltes Anwerben von Sponsoren vorgesehen.	+ 15.000									einmalig
			427140 Veranstaltungen		+ 40.000									
			AfKW	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung lfd. Nr. 36 - 44*			
41	1.25.2811.04	Eigene kult. Veranst. sonst. Kulturpfl.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Mit Beschluss des Rates (22-19637) wurde die Verwaltung beauftragt, einen **Sonderfonds "Unterstützung für Härtefälle aufgrund der Energiekostensteigerungen"** für Kulturschaffende einzurichten. Der Fonds soll in Höhe von 100.000 € in den Haushaltsplan 2023 eingesetzt werden. Es müssen bereits jetzt, im Zuge der Ansatzveränderungen, die entsprechenden Haushaltsmittel für das Jahr 2023 berücksichtigt werden.	+ 100.000									einmalig
			AfKW	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung lfd. Nr. 36 - 44*			
42	1.25.2811.04	Eigene kult. Veranst. sonst. Kulturpfl.	431810 Zuschuss an übrige Bereiche	Im Ratsbeschluss Drs. 18-08215 zur Übertragung der Trägerschaft für die **Gedenkstätte Schillstraße** ist eine Regelung zur Übernahme der laufenden Bauunterhaltungs- sowie weiterer Kosten aufgenommen. Bisher besteht kein Ansatz im Teilhaushalt Kultur und Wissenschaft für die im Ratsbeschluss benannten Kosten.	+ 20.000		+ 20.000		+ 20.000		+ 20.000		+ 20.000	dauerhaft
			AfKW	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung lfd. Nr. 36 - 44*			

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Der FPDA hat über die Ansatzveränderungen mit den lfd. Nr. 85, 86 und 87 insgesamt abgestimmt: Gesamtergebnis 11 / 0 / 0 - Angenommen
Der FPDA hat über alle weiteren Ansatzveränderungen insgesamt abgestimmt: Gesamtergebnis 10 / 0 / 1 - Angenommen

Teilhaushalt				Veränderungen in €										
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto / Art des Ertrags/Aufwands	2023		2024		2025		2026		2027		Dauer
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
43	1.25.2811.04	Eigene kult. Veranst. sonst. Kulturpfl.	Zum **Kolonialdenkmal** an der Jasperallee findet ein von den politischen Gremien begrüßter künstlerischer Wettbewerb mit Künstlerinnen und Künstlern mit Migrationshintergrund und Bezug zu den ehemaligen deutschen Kolonien statt, der eine zeitgemäße Kommentierung und Kontextualisierung des Denkmals zum Ziel hat. Die Projektentwürfe aus dem Wettbewerb werden nach Abschluss der Wettbewerbslaufzeit einer mehrwöchigen, für die Öffentlichkeit zugänglichen Ausstellung im Frühjahr 2023 präsentiert, zeitgleich sind flankierende Vermittlungsmaßnahmen (Workshops, thematische Stadtrundgänge, Podiumsgespräche, Vorträge etc.) vorgesehen. Sämtliche bisherigen mit dem künstlerischen Wettbewerb verbundenen Kosten im Umfang von rd. 300.000 € wurden aus Budget-Mitteln des FB 41 finanziert. Für die weiteren Kosten insbesondere für die Umsetzung des Gewinnerentwurfes und die für die wissenschaftliche Evaluation und konzeptionelle Fortschreibung innerhalb des kommunalen Erinnerungskonzeptes erforderliche Tagung in den Jahren 2023 und 2024 werden zusätzliche Mittel erforderlich. Diese werden teilweise als investive Mittel eingesetzt werden müssen, ohne dass derzeit bei laufendem Wettbewerb bereits eine Konkretion für diesen investiven Anteil erfolgen kann.											2 Jahre
			427140 Veranstaltungen		+ 50.000		+ 50.000							
			AfKW	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung lfd. Nr. 36 - 44*			
44	410-0100	Abteilung Kulturinstitut	Regelmäßige **Beschaffung von Aufsteckware -** Die Beschaffung erfolgt künftig nicht mehr zentral durch den FB 65, sondern durch die einzelnen Org.-Einheiten. Der Aufwandserhöhung steht ein entsprechender Minderaufwand beim FB 65 gegenüber.											dauerhaft
			424190 Sonstige Bewirtschaftungskosten		+ 13.000		+ 13.500		+ 13.500		+ 13.500		+ 13.500	
			AfKW	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung lfd. Nr. 36 - 44*			
Fachbereich 50 - Soziales und Gesundheit				**+ 34.829.000**	**+ 52.171.600**	**+ 34.739.000**	**+ 49.323.750**	**+ 34.739.000**	**+ 49.458.750**	**+ 34.739.000**	**+ 41.165.850**	**+ 34.739.000**	**+ 41.272.950**	
45	1.31.3114.20	Hilfe bei Krankheit	Es gibt **mehr Leistungsempfänger** durch die Flüchtlingsbewegung **aus der Ukraine** und auch generell steigt der Hilfebedarf.											dauerhaft
			433xxx Diverse		+ 125.000		+ 125.000		+ 125.000		+ 125.000		+ 125.000	
			AfSG	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung lfd. Nr. 45-58*			
46	1.31.3116.10	GruSi außerhalb von Einrichtungen	**Regelsatzerhöhung** ab 01.01.2023. Es werden **Fallzahlsteigerungen** erwartet. Durch die **Einführung des Bürgergeldes** können Personen in den Leistungsbezug der Grundsicherung fallen. Durch die derzeitige Energiekrise steigen die Kosten der Unterkunft. Die angemessenen Heizkosten werden in voller Höhe übernommen. Es gibt korrespondierende Erstattungen zu den Erhöhungen der Transferaufwendungen gem. 4. Kap. SGB XII.											dauerhaft
			3xxxxx Diverse Ertragskonten	+ 3.026.000		+ 3.026.000		+ 3.026.000		+ 3.026.000		+ 3.026.000		
			433120 Sozialleistungen an natürl. Pers. avE üöT		+ 3.026.000		+ 3.026.000		+ 3.026.000		+ 3.026.000		+ 3.026.000	
			AfSG	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung lfd. Nr. 45-58*			
47	1.31.3121.10	Leistungen für Unterkunft und Heizung	Aufgrund der **gestiegenen Anzahl von Bedarfsgemeinschaften** sowie steigender **Kosten pro Bedarfsgemeinschaft** und noch erwarteter **Energiepreiserhöhungen** ist mit deutlichen **Mehraufwendungen für Unterkunft und Heizung** zu rechnen. Aufgrund dieser erhöhten Kosten für die Stadt Braunschweig erhöht sich auch die Summe der Bundesbeteiligung an den Kosten.											dauerhaft
			319110 Leistungsbeteiligung Bund bei KdU	+ 8.624.000		+ 8.624.000		+ 8.624.000		+ 8.624.000		+ 8.624.000		
			446110 Kosten der Unterkunft und Heizung		+ 14.000.000		+ 14.000.000		+ 14.000.000		+ 14.000.000		+ 14.000.000	
			AfSG	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung lfd. Nr. 45-58*			
48	1.31.3126.10	Bildungs- und Teilhabepaket SGB II	Aufgrund der der gestiegenen Anzahl von Bedarfsgemeinschaften ist mit höheren Ausgaben aus dem **Bildungs- und Teilhabepaket** (BuT) zu rechnen. Die sog. BuT-Zweckausgaben werden vom Land ausgeglichen.											dauerhaft
			319110 BuT Zweckausgaben SGB II	+ 550.000		+ 550.000		+ 550.000		+ 550.000		+ 550.000		
			446130 BuT Zweckausgaben SGB II		+ 550.000		+ 550.000		+ 550.000		+ 550.000		+ 550.000	
			AfSG	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung lfd. Nr. 45-58*			

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Der FPDA hat über die Ansatzveränderungen mit den lfd. Nr. 85, 86 und 87 insgesamt abgestimmt: Gesamtergebnis 11 / 0 / 0 - Angenommen
Der FPDA hat über alle weiteren Ansatzveränderungen insgesamt abgestimmt: Gesamtergebnis 10 / 0 / 1 - Angenommen

Teilhaushalt				Veränderungen in €										
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto Art des Ertrags/Aufwands	2023		2024		2025		2026		2027		Dauer
				Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
49	1.31.3130.10	Leist. n. d. Asylbewerberleist.gesetz		Stand September 2022 waren 1.090 **Asylbewerber** im Leistungsbezug. Die per MI-Erlass festgesetzte **Kostenabgeltungspauchale** war regelmäßig höher als 10.000 €/Person (2018 11.351€, 2019 11.714€, 2020 11.811€, 2021 11.525€, 2022 11.871€), davon wird jetzt auch für 2023 und 2024 ausgegangen (angesetzt: 11.500 €).										dauerhaft
			348110 Erstattung v. Land	+ 1.575.000		+ 1.650.000		+ 1.650.000		+ 1.650.000		+ 1.650.000		
			433110 Sozialleistungen an natürl. Pers. avE öT		+ 1.200.000		+ 1.200.000		+ 1.200.000		+ 1.200.000		+ 1.200.000	
			AVI	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				
			AfSG	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung lfd. Nr. 45-58*			
50	1.31.3155.20	Soz. Einr. f. Flüchtlinge und Asylbew.		**Betrieb von Flüchtlingsunterkünften**, insbesondere Weiternutzung Vienna-Hotel bis Mitte 2023, Leichtbauhallen auf dem Harz- und Heidegelände										dauerhaft
			424190 Sonst. Bewirtschaftungskosten		+ 1.668.000									
			424190 Sonst. Bewirtschaftungskosten*)		+ 8.400.000		+ 8.400.000		+ 8.400.000					
			445512 Erst.a.GM-Miete		+ 1.327.600		+ 496.500		+ 496.500		+ 496.500		+ 496.500	
			445517 Erst.a.GM- BK warm		+ 418.800		+ 290.450		+ 290.450		+ 290.450		+ 290.450	
			445518 Erst.a.GM- BK kalt		+ 139.600		+ 146.500		+ 146.500		+ 146.500		+ 146.500	
			445528 Erst.vUBS-Verw.paus.		+ 33.300		+ 12.500		+ 12.500		+ 12.500		+ 12.500	
			AVI	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	**) Im AVI erfolgte die Abstimmung über eine Ansatzveränderung in anderer Höhe. (bisher 12,0 Mio. Jahr p.a. nun 8,4 Mio. €) Der Betrag wurde nachträglich aktualisiert.*			
51	1.31.3154.10	Unterbringung		Die Kosten für die **Notfallsignalgeräte** von SoloProtect **in den Wohnungslosenunterkünften** wurden in den vergangenen Jahren **falsch gebucht**. Zudem ist der geplante Ansatz zu gering, weshalb künftig 2.900 € auf dem Projekt 4S.500007.00.505; Sk 429113 veranschlagt werden.										dauerhaft
			429110 Sonstige Aufwendungen für Sachleistungen		- 2.200		- 2.200		- 2.200		- 2.200		- 2.200	
			AfSG	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung lfd. Nr. 45-58*			
52	1.31.3517.10	Förderung der freien Wohlfahrtspflege		Einrichtung von jährlich 2 weiteren **Nachbarschaftzentren** ab 2023 gemäß Ratsbeschluss vom September 2022										dauerhaft
			431810 Zuschuss an übrige Bereiche		+ 107.100		+ 214.200		+ 321.300		+ 428.400		+ 535.500	
			AfSG	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung lfd. Nr. 45-58*			
53	1.31.3460.10	Wohngeld		Aufgrund der **Ausweitung des Wohngeldanspruches** wird mit einer Verdreifachung der Zahl der Anspruchsberechtigten und einer Verdopplung der durchschnittlichen Wohngeldhöhe je Fall gerechnet. Die Berechnung basiert auf einer Schätzung des Bundes. Hinzu kommen noch die Aufwendungen für die Gewährung eines Heizkostenzuschusses (4,8 Mio. €).										dauerhaft
			3xxxxx Diverse Ertragskonten	+ 19.650.000		+ 19.650.000		+ 19.650.000		+ 19.650.000		+ 19.650.000		
			433920 Sonstige soziale Leistungen üöT		+ 19.650.000		+ 19.650.000		+ 19.650.000		+ 19.650.000		+ 19.650.000	
			AfSG	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung lfd. Nr. 45-58*			

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Der FPDA hat über die Ansatzveränderungen mit den lfd. Nr. 85, 86 und 87 insgesamt abgestimmt: Gesamtergebnis 11 / 0 / 0 - Angenommen
Der FPDA hat über alle weiteren Ansatzveränderungen insgesamt abgestimmt: Gesamtergebnis 10 / 0 / 1 - Angenommen

Teilhaushalt				Veränderungen in €										
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto / Art des Ertrags/Aufwands	2023 Erträge	2023 Aufwendungen	2024 Erträge	2024 Aufwendungen	2025 Erträge	2025 Aufwendungen	2026 Erträge	2026 Aufwendungen	2027 Erträge	2027 Aufwendungen	Dauer
54	1.31.3470.10	Bildungs- und Teilhabepaket §6b BKGG	Aufgrund der **Ausweitung des Wohngeldanspruches** wird mit einer Verdopplung der Zahl der Anspruchsberechtigten nach dem Bildungs- und Teilhabepaket gerechnet. Berechnungsgrundlage sind die derzeit zu erwartenden Aufwendungen 2022.											dauerhaft
			319110 Leistungsbet. für Unterk.+Heiz. Arb.su.	+ 1.239.000		+ 1.239.000		+ 1.239.000		+ 1.239.000		+ 1.239.000		
			433910 Sonstige soziale Leistungen öT		+ 1.239.000		+ 1.239.000		+ 1.239.000		+ 1.239.000		+ 1.239.000	
			AfSG	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung lfd. Nr. 45-58*			
55	1.41.4140.41	Infektionsschutz - Seuchenbekämpfung	Die **Covid 19-Teststation** beim Gesundheitsamt wird den Betrieb 2023 weiterhin fortführen. Bisher wurden die Kosten zu 100 % von der KVN erstattet.											einmalig
			348810 Erstattung von übrigen Bereichen	+ 165.000										
			443175 sonstige Geschäftsaufwendungen		+ 165.000									
			AfSG	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung lfd. Nr. 45-58*			
56	500-9826	Gebäude Am Denkmal 5 - Abt. 50.4	Vorraussichtliche **verspätete Kündigung** zum 31.03.2023											2 Jahre
			445512 Erst.a.GM-Miete		+ 9.400		0							
			445517 Erst.a.GM- BK warm		+ 9.200		- 4.800							
			445518 Erst.a.GM- BK kalt		+ 1.900		- 23.100							
			445528 Erst.vUBS-Verw.paus.		+ 300		0							
			AfSG	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung lfd. Nr. 45-58*			
57	Diverse	Diverse	Anpassung der Planbeträge aufgrund Abgleichs mit der **aktualisierten Planung des FB 65**											dauerhaft
			445512 Erst.a.GM-Miete		- 41.700		- 41.600		- 41.600		- 41.600		- 41.600	
			445528 Erst.vUBS-Verw.paus.		+ 300		+ 300		+ 300		+ 300		+ 300	
			AfSG	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung lfd. Nr. 45-58*			
58	Diverse	Diverse	Regelmäßige **Beschaffung von Aufsteckware -** Die Beschaffung erfolgt künftig nicht mehr zentral durch den FB 65, sondern durch die einzelnen Org.-Einheiten. Der Aufwandserhöhung steht ein entsprechender Minderaufwand beim FB 65 gegenüber.											dauerhaft
			424190 Sonstige Bewirtschaftungskosten		+ 45.000		+ 45.000		+ 45.000		+ 45.000		+ 45.000	
			AfSG	*Dafür:*	*10*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*	*gemeinsame Abstimmung lfd. Nr. 45-58*			
86	1.31.3517.90	Sonstige soziale Leistungen öT	Vorsorgliche Berücksichtigung eines zusätzlichen Haushaltsansatz für etwaige Aufwendungen im Zusammenhang mit dem **Härtefallfonds** für Strom- und Gaskunden o.ä.											einmalig
			433910 Sonstige soziale Leistungen öT		+ 100.000									

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Der FPDA hat über die Ansatzveränderungen mit den lfd. Nr. 85, 86 und 87 insgesamt abgestimmt: Gesamtergebnis 11 / 0 / 0 - Angenommen
Der FPDA hat über alle weiteren Ansatzveränderungen insgesamt abgestimmt: Gesamtergebnis 10 / 0 / 1 - Angenommen

Teilhaushalt				Veränderungen in €												Dauer
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto	2023		2024		2025		2026		2027				
			Art des Ertrags/Aufwands	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			
Fachbereich 51 - Kinder, Jugend und Familie				**+ 700.000**	**+ 1.449.810**	**+ 700.000**	**+ 1.452.790**	**+ 700.000**	**+ 1.452.790**	**+ 700.000**	**+ 1.452.790**	**+ 700.000**	**+ 1.452.790**			
59	1.36.3650.01.06	Kindertagespflege	433150 Jugendhilfeleistungen avE	**Tagespflege** - geplante Erhöhung des Betrages zur Anerkennung der Förderleistung gem. Ratsbeschluss vom 20.12.2022 (DS 22-19983)												dauerhaft
					+ 1.400.200		+ 1.400.200		+ 1.400.200		+ 1.400.200		+ 1.400.200			
			JHA	*Dafür:*	*14*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*						
60	1.36.3650.02.01	Kindergartenbetreuung städtisch	314110 Zuweisungen vom Land	**Neuberechnung der Zuweisungen** des Landes zur Sicherstellung der **Betreuungsangebote**												dauerhaft
				+ 700.000		+ 700.000		+ 700.000		+ 700.000		+ 700.000				
			JHA	*Dafür:*	*14*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*						
61	Diverse	Diverse	424190 Sonstige Bewirtschaftungskosten	Regelmäßige **Beschaffung von Aufsteckware -** Die Beschaffung erfolgt künftig nicht mehr zentral durch den FB 65, sondern durch die einzelnen Org.-Einheiten. Der Aufwandserhöhung steht ein entsprechender Minderaufwand beim FB 65 gegenüber.												dauerhaft
					+ 49.610		+ 52.590		+ 52.590		+ 52.590		+ 52.590			
			JHA	*Dafür:*	*14*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*						
Referat 0600 - Baureferat				**0**	**+ 140**	**0**	**+ 190**	**0**	**+ 190**	**0**	**+ 190**	**0**	**+ 190**			
62	060-0000	Baureferat	424190 Sonstige Bewirtschaftungskosten	Regelmäßige **Beschaffung von Aufsteckware -** Die Beschaffung erfolgt künftig nicht mehr zentral durch den FB 65, sondern durch die einzelnen Org.-Einheiten. Der Aufwandserhöhung steht ein entsprechender Minderaufwand beim FB 65 gegenüber.												dauerhaft
					+ 140		+ 190		+ 190		+ 190		+ 190			
			APH	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*						
Referat 0610 - Stadtbild und Denkmalpflege				**0**	**+ 30**	**0**	**+ 40**	**0**	**+ 40**	**0**	**+ 40**	**0**	**+ 40**			
63	061-0000	Stadtbild und Denkmalpflege	424190 Sonstige Bewirtschaftungskosten	Regelmäßige **Beschaffung von Aufsteckware -** Die Beschaffung erfolgt künftig nicht mehr zentral durch den FB 65, sondern durch die einzelnen Org.-Einheiten. Der Aufwandserhöhung steht ein entsprechender Minderaufwand beim FB 65 gegenüber.												dauerhaft
					+ 30		+ 40		+ 40		+ 40		+ 40			
			APH	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*						

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Der FPDA hat über die Ansatzveränderungen mit den lfd. Nr. 85, 86 und 87 insgesamt abgestimmt: Gesamtergebnis 11 / 0 / 0 - Angenommen
Der FPDA hat über alle weiteren Ansatzveränderungen insgesamt abgestimmt: Gesamtergebnis 10 / 0 / 1 - Angenommen

Teilhaushalt				Veränderungen in €										
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto	2023		2024		2025		2026		2027		Dauer
			Art des Ertrags/Aufwands	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
Fachbereich 60 - Bauordnung und Zentrale Vergabestelle				**0**	**+ 1.960**	**0**	**+ 60.650**	**0**	**+ 60.650**	**0**	**+ 60.650**	**0**	**+ 60.650**	
64	1.11.1175.01	Zentrale Vergaben	427190 Sonstige Sachaufwendungen	Für die Ermöglichung eines **zentralen Punktekaufs für die digitale Veröffentlichung von Vergabeverfahren** werden ab 2024 58.310 € pro Jahr erforderlich. Der Punktekauf in 2023 wird durch Minderaufwendungen in anderen Bereichen ermöglicht.			+ 58.310		+ 58.310		+ 58.310		+ 58.310	dauerhaft
			APH	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				
65	600-0000	Bauordnung und Zentrale Vergabe	424190 Sonstige Bewirtschaftungskosten	Regelmäßige **Beschaffung von Aufsteckware -** Die Beschaffung erfolgt künftig nicht mehr zentral durch den FB 65, sondern durch die einzelnen Org.-Einheiten. Der Aufwandserhöhung steht ein entsprechender Minderaufwand beim FB 65 gegenüber.	+ 1.960		+ 2.340		+ 2.340		+ 2.340		+ 2.340	dauerhaft
			APH	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				
Fachbereich 61 - Stadtplanung und Geoinformation				**0**	**+ 2.880**	**0**	**+ 2.470**	**0**	**+ 2.470**	**0**	**+ 2.470**	**0**	**+ 2.470**	
66	610-0000	Fachbereich 61 allgemein	424190 Sonstige Bewirtschaftungskosten	Regelmäßige **Beschaffung von Aufsteckware -** Die Beschaffung erfolgt künftig nicht mehr zentral durch den FB 65, sondern durch die einzelnen Org.-Einheiten. Der Aufwandserhöhung steht ein entsprechender Minderaufwand beim FB 65 gegenüber.	+ 2.880		+ 2.470		+ 2.470		+ 2.470		+ 2.470	dauerhaft
			APH	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				
Fachbereich 68 - Umwelt				**0**	**+ 120.000**	**0**	**+ 120.000**	**0**	**+ 120.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
67	680-9806	Nachhaltigkeitszentrum	445512 Erstattung an Gebäudemanagement - Miete	**Neuanmietung** in 2023; Werte entsprechend der Einplanung des FB 65 (Pilotprojket 3 Jahre)	+ 90.000		+ 90.000		+ 90.000		0		0	3 Jahre
			445517 Erstattung an Gebäudemanagement - Betriebskosten warm		+ 15.000		+ 15.000		+ 15.000		0		0	
			445518 Erstattung an Gebäudemanagement - Betriebskosten kalt		+ 15.000		+ 15.000		+ 15.000		0		0	
			UGA	*Dafür:*	*11*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Der FPDA hat über die Ansatzveränderungen mit den lfd. Nr. 85, 86 und 87 insgesamt abgestimmt: Gesamtergebnis 11 / 0 / 0 - Angenommen
Der FPDA hat über alle weiteren Ansatzveränderungen insgesamt abgestimmt: Gesamtergebnis 10 / 0 / 1 - Angenommen

Teilhaushalt				Veränderungen in €										
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto	2023		2024		2025		2026		2027		Dauer
			Art des Ertrags/Aufwands	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
Stabstelle 0800 - Wirtschaftsdezernat				**+ 3.787.200**	**+ 9.468.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
68	1.57.5711.01	Steuerungsunterst. Wifö. und Stadtmark.	Erhöhung des Aufwands beim Sachkonto 442930 von 15.000 € auf 25.000 € wegen der **Erhöhung des Mitgliedsbeitrags für den Geopark-Trägerverein Braunschweiger Land-Ostfalen e. V.** von 10.000 € auf 20.000 €. Zum Ausgleich wird der Aufwand für den Unteransatz Kofinanzierung im Sachkonto 431810 von 237.000 € auf 227.000 € reduziert.											dauerhaft
			431810 Zuschuss an übrige Bereiche		- 10.000		- 10.000		- 10.000		- 10.000		- 10.000	
			442930 Beitr. Wirtschaftsverb. - Mitgliedschaften		+ 10.000		+ 10.000		+ 10.000		+ 10.000		+ 10.000	
			WA	*Dafür:*	*9*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				
69	1.57.5711.01	Steuerungsunterst. Wifö. und Stadtmark.	Erhalt der Attraktivität der Braunschweiger Innenstadt durch Teilnahme am Förderprogramm **"Resiliente Innenstädte".** Die zunächst zentral veranschlagten Ansätze dienen zur Finanzierung der einzelnen Projekte. Ihre Finanzbedarfe sind derzeit noch nicht planbar. Eine Zuordnung der Mittel zu den einzelnen Projekten erfolgt im Rahmen der Bewirtschaftung.											einmalig
			314110 Zuweisung vom Land	+ 3.787.200										
			427110 Bes. Verwaltungs- und Betriebsaufwendg.		+ 9.468.000									
			WA	*Dafür:*	*9*	*Dagegen:*	-	*Enthaltung:*	-	*Angenommen*				
Allgemeine Finanzwirtschaft				**+ 61.723.000**	**+ 16.070.100**	**+ 19.470.000**	**+ 34.574.900**	**+ 33.235.000**	**+ 28.781.700**	**+ 44.905.000**	**+ 34.556.800**	**+ 66.630.000**	**+ 42.880.500**	
70	1.61.6110.01	Steuern, allg. Zuweisungen/Umlagen	Anpassungen insbesondere aufgrund der Ergebnisse der **Herbst-Steuerschätzung 2022**											dauerhaft
			301210 Grundsteuer B									+ 400.000		
			301310 Gewerbesteuer	+ 40.000.000		+ 10.000.000		+ 10.000.000		+ 15.000.000		+ 20.000.000		
			302110 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	- 1.800.000		+ 800.000		+ 3.400.000		+ 3.100.000		+ 12.200.000		
			302210 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	- 500.000		+ 500.000		+ 1.000.000		+ 1.100.000		+ 1.800.000		
			311110 Schlüsselzuweis.Land	+ 8.500.000		+ 8.500.000		+ 8.500.000		+ 8.500.000		+ 8.500.000		
			434110 Gewerbesteuerumlage		+ 3.000.000		+ 800.000		+ 800.000		+ 1.200.000		+ 1.600.000	
71	1.61.6110.01	Steuern, allg. Zuweisungen/Umlagen	Anpassung aufgrund der durch das Land **aktualisierten Berechnungsgrundlagen**											dauerhaft
			311110 Schlüsselzuweis.Land	- 4.573.000		- 3.200.000		+ 7.800.000		+ 14.800.000		+ 21.300.000		
			313110 Allgemeine Zuweisungen vom Land	+ 161.000		0		+ 270.000		+ 660.000		+ 850.000		
72	1.61.6110.01	Steuern, allg. Zuweisungen/Umlagen	Anpassung aufgrund einer erwarteten **Gewerbesteuernachzahlung** (in lfd. Nr.70 berücksichtigt)											einmalig
			369110 Verzins. Gewerbesteuernachford. § 233a AO	+ 18.000.000										

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Der FPDA hat über die Ansatzveränderungen mit den lfd. Nr. 85, 86 und 87 insgesamt abgestimmt: Gesamtergebnis 11 / 0 / 0 - Angenommen
Der FPDA hat über alle weiteren Ansatzveränderungen insgesamt abgestimmt: Gesamtergebnis 10 / 0 / 1 - Angenommen

Teilhaushalt				Veränderungen in €										Dauer
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto	2023		2024		2025		2026		2027		
			Art des Ertrags/Aufwands	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
73	1.61.6110.01	Steuern, allg. Zuweisungen/Umlagen	303210 Hundesteuer	**Hundesteuer** - Korrektur der Ertragserwartung für das Jahr 2024		- 50.000								einmalig
74	1.61.6110.01	Steuern, allg. Zuweisungen/Umlagen	303410 Zweitwohnungssteuer	**Zweitwohnungssteuer** - Ertragsanpassung aufgrund von **höheren Fallzahlen**										2 Jahre
				+ 50.000		+ 50.000								
75	1.61.6120.01	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	361710 Zinserträge von Kreditinstituten	**Zinserträge aus Geldanlagen** - Aktualisierung der Ertragserwartung										dauerhaft
				+ 1.105.000		+ 1.590.000		+ 1.125.000		+ 680.000		+ 300.000		
76	1.61.6120.01	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	361720 Zinserträge von Kreditinstituten /Cashpool	**Zinserträge Cashpool** - Aktualisierung der Ertragserwartung; Die Weiterleitung der Zinserträge an die Cashpool-Teilnehmer erfolgt über das Sachkonto 451520. Der Mehraufwand korrespondiert mit Mehrerträgen beim Sachkonto 361720 und ist somit haushaltsneutral.										dauerhaft
				+ 780.000		+ 1.280.000		+ 1.140.000		+ 1.065.000		+ 1.280.000		
			451520 Zinsaufwand an verb. Unt./ Cashpool		+ 780.000		+ 1.280.000		+ 1.140.000		+ 1.065.000		+ 1.280.000	dauerhaft
77	1.61.6120.01	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	451710 Zinsaufwand an Kreditinstitute	Die **Aktualisierungen bei der Aufnahme von Krediten** führen zu geänderten Zinsaufwendungen										dauerhaft
					- 28.900		+ 5.591.500		+ 7.649.700		+ 13.701.400		+ 22.652.900	
78	1.61.6120.01	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	459110 Kreditbeschaffungskosten	Für die **Kreditaufnahmen** der Kernverwaltung entstehen **Kreditbeschaffungskosten**; Anpassung an die geänderten Kreditermächtigungen										dauerhaft
					- 49.000		- 54.000		- 62.000		+ 219.000		- 141.000	
79	1.61.6120.01	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	451715 Zinsaufwand an Kreditinstitute/ Experimentierklausel	**Aufnahme von Darlehen und Ausleihe an städtische Gesellschaften (Experimentierklausel)** hier: Zinsaufwendungen durch die Stadt Die Aktualisierungen bei der Aufnahme von Krediten im Rahmen der Experimentierklausel führen zu entsprechend höheren Zinsaufwendungen.										dauerhaft
					+ 2.172.000		+ 9.353.400		+ 19.254.000		+ 18.371.400		+ 17.488.600	
80	1.61.6120.01	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	459115 Kreditbeschaffungskosten/ Experimentierklausel	**Experimentierklausel** - Für die im Rahmen der Experimentierklausel vorgesehenen Kreditaufnahmen sind Kreditbeschaffungskosten in den Jahren 2023 und 2024 (Gültigkeitsdauer Experimentierklausel) einzuplanen.										2 Jahre
					+ 196.000		+ 604.000							

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Der FPDA hat über die Ansatzveränderungen mit den lfd. Nr. 85, 86 und 87 insgesamt abgestimmt: Gesamtergebnis 11 / 0 / 0 - Angenommen
Der FPDA hat über alle weiteren Ansatzveränderungen insgesamt abgestimmt: Gesamtergebnis 10 / 0 / 1 - Angenommen

Teilhaushalt				Veränderungen in €										
Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Sachkonto	2023		2024		2025		2026		2027		Dauer
			Art des Ertrags/Aufwands	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
81	1.61.6120.01	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft		**Deckungsreserve für Gebäude-Energie**										2 Jahre
			462130 Deckungsreserve Sachaufw. EHH (ohne IM)		+ 5.000.000		+ 5.000.000							
82	1.61.6120.01	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft		**Deckungsreserve wegen übriger Inflation**										2 Jahre
			462130 Deckungsreserve Sachaufw. EHH (ohne IM)		+ 5.000.000		+ 5.000.000							
83	1.61.6120.01	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft		**Deckungsreserve zur Flexibilisierung im 2. Planjahr des Doppelhaushalts für Aufwendungen im Ergebnishaushalt**										einmalig
			462130 Deckungsreserve Sachaufw. EHH (ohne IM)				+ 2.000.000							
84	1.61.6120.01	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft		**Deckungsreserve zur Flexibilisierung im 2. Planjahr des Doppelhaushalts für Instandhaltungen und Aufwendungen in IM-Mischprojekten (zugleich für Inflation)**										2 Jahre
			462140 Deckungsreserve Sachaufwendungen IM				+ 5.000.000							
Diverse Teilhaushalte				**0**	**+ 9.029.584**	**0**	**+ 39.604.334**	**0**	**+ 20.007.819**	**0**	**+ 20.225.915**	**0**	**+ 20.549.420**	
85	Diverse	Diverse		**Personalkostenanmeldungen** (nachrichtlich, Abstimmung im Rahmen der Anlage 4.2 der Hauptvorlage)										dauerhaft
			Diverse Diverse Personal- und Versorgungsaufwendungen		+ 3.066.500		+ 16.848.985		+ 9.100.003		+ 9.117.233		+ 9.245.396	
			Davon Rückstellungen		- 401.400		+ 9.504.900		+ 717.500		+ 581.500		+ 554.100	
87	Diverse	Diverse		**Zusätzliche Anpassung Personalkosten (ergänzend zur lfd. Nr. 85)**										dauerhaft
			Diverse Diverse Personal- und Versorgungsaufwendungen		+ 5.963.084		+ 22.755.349		+ 10.907.816		+ 11.108.682		+ 11.304.024	
			Davon Rückstellungen		0		+ 12.378.975		+ 220.386		+ 224.898		+ 219.960	

Anlage 2.4.3

Ergebnishaushalt

Haushaltsneutrale Umsetzungen (EHH)

Stand: 13. März 2023

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt - Haushaltsneutrale Umsetzungen

Anlage 2.4.3

Der FPDA hat die haushaltsneutralen Ansatzveränderungen der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

Teilhaushalt			Sachkonto	Veränderungen in €											
Nr.				2023		2024		2025		2026		2027		Dauer
	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung	Art des Ertrages/Aufwands	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	
Fachbereich 40 - Schule				**0**	**- 180.000**	**0**	**- 180.000**	**0**	**- 180.000**	**0**	**- 180.000**	**0**	**- 180.000**	
1				Verlagerung der Zuständigkeit für diverse **Schulsporthallen** in den FB 40 (s. auch lfd. Nr. 3)										dauerhaft
	1.21.2430.14	Schulraumvergabe	917199 Kosten aus pausch. ILV FB 67 (Plan)		- 180.000		- 180.000		- 180.000		- 180.000		- 180.000	
2				Verschiebung der Mittel für den neuen **Nachhaltigkeitspreis** in die zuständige Fachabteilung (Abteilung 40.3).										dauerhaft
	400-3000	Planung und Bildung	427140 Veranstaltungen		+ 230.000		+ 230.000		+ 230.000		+ 230.000		+ 230.000	
	5S.400008.06.511 und 5S.400008.09.511	FB 40:GVG-FuG/Lehr Gy und FB 40:GVG-FuG/Lehr BBS	422900 Erwerb Vermögensgegenstände Festwert		- 115.000		- 115.000		- 115.000		- 115.000		- 115.000	
	400-1099	Sammelkostenstelle für alle Schulen	427160 Lehrmittelbedarf		- 115.000		- 115.000		- 115.000		- 115.000		- 115.000	
Fachbereich 67 - Stadtgrün und Sport				**- 180.000**	**0**	**- 180.000**	**0**	**- 180.000**	**0**	**- 180.000**	**0**	**- 180.000**	**0**	
3	1.42.4241.03.01	Sporthallen		Verlagerung der Zuständigkeit für diverse **Schulsporthallen** in den FB 40 (s. auch lfd. Nr. 1)										dauerhaft
			917198 Erlöse aus pausch. ILV FB 67 (Plan)	- 180.000		- 180.000		- 180.000		- 180.000		- 180.000		

Anlage 2.4.4

Ergebnishaushalt

Haushaltsvermerke

Der FPDA hat in seiner Sitzung am 02.03.2023 über den Haushaltsvermerk zu der Ziffer 4 abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 11 / 0 / 0 - Angenommen

Der FPDA hat in seiner Sitzung am 14.03.2023 über die Haushaltsvermerke zu den Ziffern 1 - 3 abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 10 / 0 / 0 - Angenommen

Stand: 14. März 2023

Haushaltsplan 2023/2024 **Teil-Ergebnishaushalt**

Stadt Braunschweig **FB 20 Finanzen**

Neuer Haushaltsvermerk:

Darüber hinaus gelten die Regelungen der unechten Deckungsfähigkeit aufgrund des direkten sachlichen Zusammenhangs (Experimentierklausel) zwischen Mehrerträgen bei der Ansatzzeile „Zinsen und ähnliche Finanzerträge“ des Teilhaushaltes FB 20 Finanzen und Mehraufwendungen bei der Ansatzzeile „Zinsen und ähnliche Aufwendungen“ im Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft.

Zu streichender Haushaltsvermerk:

Darüber hinaus gelten die Regelungen der unechten Deckungsfähigkeit aufgrund des direkten sachlichen Zusammenhangs (Experimentierklausel) zwischen Mehrerträge bei der Ansatzzeile „Zinsen und ähnliche Finanzerträge“ – des Teilhaushaltes Allgemeine Finanzwirtschaft und Mehraufwendungen bei der Ansatzzeile „Zinsen und ähnliche Aufwendungen“ – im Teilhaushalt FB 20 Finanzen.

Haushaltsplan 2023/2024 **Teil-Ergebnishaushalt**

Stadt Braunschweig **FB 50 Soziales und Gesundheit**

…

zu Zeile 18 (Transferaufwendungen): **2023** **2024**

davon

….

Durch Annahme des Fraktionsantrages FWE 196 wurde die Einstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 100.000 € für das Haushaltsjahr 2023 beschlossen für einen Härtefallfonds mit dem Zweck, diejenigen Einrichtungen, Vereine usw. in Braunschweig von den gestiegenen Energiekosten zu entlasten, die geltend machen können, dass sie erhebliche Mehrkosten durch den Preisanstieg in Folge des unrechtmäßigen Angriffs Russlands auf die Ukraine zu verzeichnen haben und Förderungen aus Bundes- oder Landesmitteln nicht in Anspruch nehmen können.

Es ist im Voraus nicht absehbar, ob und ggf. welche Einrichtungen, Vereine usw. hiervon profitieren könnten und zu welchen kommunalen Aufgaben ein Bezug herzustellen wäre. Daher ist auch nicht klar, bei welchen Teilhaushalten eine Veranschlagung von welchen Teilbeträgen erfolgen müsste. Rein formell ist die Veranschlagung daher im Teilhaushalt des FB 50 beim Produkt … erfolgt.

Die Mittel können bei Bedarf auch als Deckungsmittel für Bedarfe anderer Teilhaushalte im Wege der außerplanmäßigen Mittelbereitstellung verwendet werden.

Haushaltsplan 2023/2024 **Teil-Ergebnishaushalt**

Stadt Braunschweig **Stabsstelle 0800 - Wirtschaftsdezernat**

Haushaltsvermerk „Mittelbindung für das Förderprogramm „Resiliente Innenstädte“

Im Ergebnishaushalt sind für das Förderprogramm „Resiliente Innenstädte“ Ansätze für Aufwendungen in Höhe von rund 9,5 Mio. € sowie Erträge von rund 3,8 Mio. € im Jahr 2023 eingeplant. Diese werden zunächst zentral im Teil-Ergebnishaushalt der Stabsstelle 0800 veranschlagt, um eine Finanzierung der einzelnen Projekte sicherzustellen. Eine finale Zuordnung der Mittel zu den einzelnen Projekten erfolgt im Rahmen der Bewirtschaftung. (Ein weiterer Aufwandsanteil von 0,9 Mio. € ist nicht im Kernhaushalt, sondern in den Wirtschaftsplänen der Braunschweig Zukunft GmbH bzw. der Braunschweig Stadtmarketing-GmbH ausgewiesen.)

Nach der aktuellen Projektliste (Stand März 2023) stehen die verfügbaren Haushaltsmittel für folgende Projekte zur Verfügung:

Dez.	Verwendung
III	1. Sitzstufen an der Oker - Okerterrassen
	2. Fahrradparkhaus
	3. Stärkung des Magniviertels
	4. Hagenmarkt Realisierungsvariante I – Gesamte Umsetzung
IV	Kultur.Raum.Zentrale (Leitprojekt Innenstadtstrategie)
	1. Umsetzung Architekturpavillon
	2. Betrieb Kultur.Raum.Zentrale
V	Jugendparlament (Betrieb für vier Jahre)
	1. Betrieb
	2. Ausstattung Räumlichkeiten
VI	1. Digitalisierungsprojekt zur Kundenbindung (Strategie und Umsetzung)
	2. Gründerprogramm Innenstadt
VIII	1. Pocketpark Kannengießerstraße (Leitprojekt Innenstadtstrategie)

Haushaltsplan 2023/2024	**Teil-Ergebnishaushalt**
Stadt Braunschweig	**Stabsstelle 0800 - Wirtschaftsdezernat**

Diese Mittel unterliegen nicht der Budgetbildung gemäß § 4 Abs. 3 KomHKVO des Teil-Ergebnishaushalts der Stabsstelle 0800 und dürfen nur zur Deckung von über- und außerplanmäßigen Mittelumsetzungen für Projekte im Rahmen des Förderprogramms „Resiliente Innenstädte“ in Anspruch genommen werden.

Haushaltsplan 2023/2024 | **Teil-Ergebnishaushalt**

Stadt Braunschweig | **Allgemeine Finanzwirtschaft**

Haushaltsvermerk Deckungsreserven

Im Teil-Ergebnishaushalt „Allgemeine Finanzwirtschaft“ sind Deckungsreserven gemäß § 12 Abs. 2 KomHKVO zur Deckung über- und außerplanmäßiger Aufwendungen in Höhe von 10,0 Mio. € im Jahr 2023 bzw. von 17,0 Mio. € im Jahr 2024 eingeplant. Diese werden bereitgestellt für:

	Verwendung	2023	2024
		Mio. €	Mio. €
1.	Deckungsreserve / Gebäude-Energie	5,0	5,0
2.	Deckungsreserve / Inflation	5,0	5,0
3.	Deckungsreserve zur Flexibilisierung der Bewirtschaftung für Aufwendungen im Ergebnishaushalt	0,0	2,0
4.	Deckungsreserve zur Flexibilisierung der Bewirtschaftung für Instandhaltungen und Aufwendungen für IM-Mischprojekte (zugleich Inflation)		5,0
	Gesamt:	**10,0**	**17,0**

Diese Mittel unterliegen nicht der Budgetbildung gemäß § 4 Abs. 3 KomHKVO und dürfen zur Deckung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen für die o. g. Zwecke nur in Anspruch genommen werden, wenn andere Deckungsmöglichkeiten ausgeschlossen sind.

Anlage 2.5

Änderungslisten zum Haushaltsplanentwurf 2023/2024 – Finanzhaushalt (inkl. IP)

Stand: 14. März 2023

Anlage 2.5.1

Investitionsprogramm 2022-2027

Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Stand: 14. März 2023

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Projekte die durch den FB 65 umgesetzt werden **Teilhaushalt 20 - Finanzen** **Feuerwehrhaus Stöckheim - Antrag des SBR 211**										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E.210227	Feuerwehrhaus Stöckheim/Erweiterung - Umbau	**SBR 211**									
			bisher	226.000	30.000	10.000	186.000	0	0	0	0	Vorziehen der Finanzraten i. H. v. 1,86 Mio. EUR auf 2023.
			neu	226.000	30.000	196.000	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung**
			Veränderung	0		186.000	-186.000	0	0	0	0	**Sofern dieser Antrag angenommen wird, muss die Ansatzveränderung der Verwaltung, welche eine Verschiebung einer Teilfinanzrate von 2024 auf 2025 vorsieht, abgelehnt werden. Der Antrag Nr. 173 der CDU-Fraktion müsste ebenfalls abgelehnt werden.** Anstelle einer Erweiterung des Bestandsgebäudes ist nach Prüfung und Wirtschaftlichkeitsbetrachtung nunmehr ein Ersatzneubau vorgesehen. Der Verwaltungsausschuss hat der entsprechenden Raumprogrammvorlage 22-18604 in seiner Sitzung am 17.05.2022 zugestimmt. Nach den weitergehenden Planungsschritten und der Erteilung der Baugenehmigung kann mit dem Neubau 2024 begonnen werden; dies ist mit der Feuerwehr kommuniziert. Durch Vorziehen der Maßnahme ist die VE zu Lasten 2024 nicht mehr erforderlich.
			AFKO									**abgelehnt 3/8/0**
			APH									**abgelehnt 3/8/0**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E.210227	Feuerwehrhaus Stöckheim/Erweiterung - Umbau	**SBR 211**									
			bisher	2.034.000	270.000	90.000	1.674.000	0	0	0	0	Vorziehen der Finanzraten i. H. v. 1,86 Mio. EUR auf 2023.
			neu	2.034.000	270.000	1.764.000	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung**
			Veränderung	0		1.674.000	-1.674.000	0	0	0	0	**Sofern dieser Antrag angenommen wird, muss die Ansatzveränderung der Verwaltung, welche eine Verschiebung einer Teilfinanzrate von 2024 auf 2025 vorsieht, abgelehnt werden. Der Antrag Nr. 173 der CDU-Fraktion müsste ebenfalls abgelehnt werden.**
												Anstelle einer Erweiterung des Bestandsgebäudes ist nach Prüfung und Wirtschaftlichkeitsbetrachtung nunmehr ein Ersatzneubau vorgesehen. Der Verwaltungsausschuss hat der entsprechenden Raumprogrammvorlage 22-18604 in seiner Sitzung am 17.05.2022 zugestimmt. Nach den weitergehenden Planungsschritten und der Erteilung der Baugenehmigung kann mit dem Neubau 2024 begonnen werden; dies ist mit der Feuerwehr kommuniziert.
												Durch Vorziehen der Maßnahme ist die VE zu Lasten 2024 nicht mehr erforderlich.
				VE 2024:	1.674.000	VE 2024 neu:	0	**VE 2024 Veränderung:**			**-1.674.000**	
			AFKO									**abgelehnt 3/8/0**
			APH									**abgelehnt 3/8/0**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	Feuerwehrhaus Stöckheim - Antrag der CDU-Fraktion											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
173a	4E.210227	Feuerwehrhaus Stöckheim/Erweiterung - Umbau	**CDU-Fraktion**									
			bisher	226.000	30.000	10.000	186.000	0	0	0	0	Vorziehen einer Finanzrate i. H. v. 1.500.000 EUR von 2024 in 2023
			neu	226.000	30.000	160.000	36.000	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung**
			Veränderung	0		150.000	-150.000	0	0	0	0	**Sofern dieser Antrag angenommen wird, muss die Ansatzveränderung der Verwaltung, welche eine Verschiebung einer Teilfinanzrate von 2024 auf 2025 vorsieht, abgelehnt werden. Der Antrag des SBR 211 (s.o.) müsste ebenfalls abgelehnt bleiben.**
												Anstelle einer Erweiterung des Bestandsgebäudes ist nach Prüfung und Wirtschaftlichkeitsbetrachtung nunmehr ein Ersatzneubau vorgesehen. Der Verwaltungsausschuss hat der entsprechenden Raumprogrammvorlage 22-18604 in seiner Sitzung am 17.05.2022 zugestimmt. Nach den weitergehenden Planungsschritten und der Erteilung der Baugenehmigung kann mit dem Neubau 2024 begonnen werden; dies ist mit der Feuerwehr kommuniziert.
												Durch Vorziehen der Maßnahme verringert sich die VE zu Lasten 2024 in entsprechender Höhe.
			FPDA									**abgelehnt 3/8/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
173b	4E.210227	Feuerwehrhaus Stöckheim/Erweiterung - Umbau	**CDU-Fraktion**									
			bisher	2.034.000	270.000	90.000	1.674.000	0	0	0	0	Vorziehen einer Finanzrate i. H. v. 1.500.000 EUR von 2024 in 2023
			neu	0	270.000	1.440.000	324.000	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung**
			Veränderung	0		1.350.000	-1.350.000	0	0	0	0	**Sofern dieser Antrag angenommen wird, muss die Ansatzveränderung der Verwaltung, welche eine Verschiebung einer Teilfinanzrate von 2024 auf 2025 vorsieht, abgelehnt werden. Der Antrag des SBR 211 (s.o.) müsste ebenfalls abgelehnt bleiben.**
												Anstelle einer Erweiterung des Bestandsgebäudes ist nach Prüfung und Wirtschaftlichkeitsbetrachtung nunmehr ein Ersatzneubau vorgesehen. Der Verwaltungsausschuss hat der entsprechenden Raumprogrammvorlage 22-18604 in seiner Sitzung am 17.05.2022 zugestimmt. Nach den weitergehenden Planungsschritten und der Erteilung der Baugenehmigung kann mit dem Neubau 2024 begonnen werden; dies ist mit der Feuerwehr kommuniziert.
												Durch Vorziehen der Maßnahme verringert sich die VE zu Lasten 2024 in entsprechender Höhe.
				VE 2024:	1.674.000	VE 2024 neu:	324.000	**VE 2024 Veränderung:**			**-1.350.000**	
			FPDA									**abgelehnt 3/8/0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	Schulneubauten / -erweiterungen											
	Ersatzneubau Sporthalle GS Veltenhof											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E.210417	GS Veltenhof/Ersatzneubau Sporthalle	**SBR 322**									
	4E. 21 Neu		bisher	900.000	0	0	0	0	900.000	0		zusätzliche Haushaltsmittel für 2023 ff. für den Neubau einer Zwei-Fach-Sporthalle in Veltenhof; hierfür soll die Verwaltung die Kosten ermitteln
			neu	1.460.000	0	40.000	600.000	820.000	0	0		
			Veränderung	560.000		40.000	600.000	820.000	-900.000	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** Die Kostenschätzung für den Neubau einer Zwei-Fach-Sporthalle liegt bei 7,3 Mio. EUR. Die bei dem Projekt 4E.210417 eingeplanten Haushaltsmittel decken lediglich den Ersatzneubau einer Ein-Fach-Sporthalle ab (siehe Vorlage 22-19626). Verwaltungsseitig ist der Politik für den Standort in Veltenhof nachgewiesen worden, dass weder schulfachlich noch vereinssportlich der Bedarf einer 2-Fach-Sporthalle besteht. Es ist lediglich aus schulfachlicher Sicht der Bedarf einer 1-Fach-Sporthalle für die GS Veltenhof nachweisbar. Die Einplanung ist für 2026 erfolgt, da geprüft wird, ob das Bauvorhaben von einem Totalunternehmer umgesetzt wird. **In den Ansatzveränderungen der Verwaltung ist der Antrag enthalten, die Haushaltsansätze 2026 entsprechend der aktuellen Kostenschätzung anzupassen. Dieser Antrag müsste entfallen, wenn der Antrag des SBR 322 angenommen wird.**
			APH	560.000	0	40.000	600.000	820.000	-900.000	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0** (Aufgrund des VA-Beschlusses wird eine Ansatzveränderung gefordert)
			SchA	560.000	0	40.000	600.000	820.000	-900.000	0	0	**angenommen 16 / 0 / 0**
			FPDA									**Der Antrag wurde wegen der Ansatzveränderung der Verwaltung für erledigt erklärt: 11/0/0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E.210417	GS Veltenhof/Ersatzneubau Sporthalle	**SBR 322**									
	4E. 21 Neu		bisher	3.600.000	0	0	0	0	3.600.000	0		zusätzliche Haushaltsmittel für 2023 ff. für den Neubau einer Zwei-Fach-Sporthalle in Veltenhof; hierfür soll die Verwaltung die Kosten ermitteln
			neu	5.840.000	0	160.000	2.400.000	3.280.000	0	0		
			Veränderung	2.240.000		160.000	2.400.000	3.280.000	-3.600.000	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** Die Kostenschätzung für den Neubau einer Zwei-Fach-Sporthalle liegt bei 7,3 Mio. EUR. Die bei dem Projekt 4E.210417 eingeplanten Haushaltsmittel decken lediglich den Ersatzneubau einer Ein-Fach-Sporthalle ab (siehe Vorlage 22-19626). Verwaltungsseitig ist der Politik für den Standort in Veltenhof nachgewiesen worden, dass weder schulfachlich noch vereinssportlich der Bedarf einer 2-Fach-Sporthalle besteht. Es ist lediglich aus schulfachlicher Sicht der Bedarf einer 1-Fach-Sporthalle für die GS Veltenhof nachweisbar. Die Einplanung ist für 2026 erfolgt, da geprüft wird, ob das Bauvorhaben von einem Totalunternehmer umgesetzt wird.
				VE 2024:	0	VE 2024 neu:	2.400.000	**VE 2024 Veränderung:**			**2.400.000**	
				VE 2025:	0	VE 2025 neu:	3.280.000	**VE 2025 Veränderung:**			**3.280.000**	**In den Ansatzveränderungen der Verwaltung ist der Antrag enthalten, die Haushaltsansätze 2026 entsprechend der aktuellen Kostenschätzung anzupassen. Dieser Antrag müsste entfallen, wenn der Antrag des SBR 322 angenommen wird.**
				VE 2026:	3.600.000	VE 2026 neu:	0	**VE 2026 Veränderung:**			**-3.600.000**	
			APH	2.240.000	0	160.000	2.400.000	3.280.000	-3.600.000	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0** (Aufgrund des VA-Beschlusses wird eine Ansatzveränderung gefordert)
			SchA	2.240.000	0	160.000	2.400.000	3.280.000	-3.600.000	0	0	**angenommen 16 / 0 / 0**
			FPDA									**Der Antrag wurde wegen der Ansatzveränderung der Verwaltung für erledigt erklärt: 11/0/0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	Neubau Sporthalle GS Schunteraue											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E.21 Neu	GS Schunteraue / Neubau Sporthalle	**SBR 330**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2023 ff. für den Neubau einer Sporthalle für die GS Schunteraue in Kralenriede; bei der Einrichtung des Ganztagsbetriebes soll es neben der geplanten Mensa, der Aula auch einen Anbau einer Turnhalle geben
			neu	730.000	0	20.000	300.000	380.000	30.000	0	0	
			Veränderung	730.000		20.000	300.000	380.000	30.000	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** Die Größe der Sporthalle ist im Antrag nicht benannt worden. Basierend auf dem Antrag diverser Fraktionen (DS 22-18795) wird von einer 2-Fach-Sporthalle ausgegangen. Die Verwaltung schätzt die Kosten auf rd. 7,3 Mio. EUR. Es wird darauf hingewiesen, dass verwaltungsseitig der Politik bereits nachgewiesen worden ist, dass in Kralenriede weder schulfachlich noch vereinssportlich der Bedarf einer 2-Fach-Sporthalle besteht - vgl. 22-18555 zum Raumprogrammbeschluss GS Schunteraue
			APH									**abgelehnt 1 / 9 / 1**
			SchA									**abgelehnt 1 / 11 / 4**
			FPDA									**abgelehnt 1 / 10 / 0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E.21 Neu	GS Schunteraue / Neubau Sporthalle	**SBR 330**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2023 ff. für den Neubau einer Sporthalle für die GS Schunteraue in Kralenriede; bei der Einrichtung des Ganztagsbetriebes soll es neben der geplanten Mensa, der Aula auch einen Anbau einer Turnhalle geben
			neu	6.570.000	0	180.000	2.700.000	3.420.000	270.000	0	0	
			Veränderung	6.570.000		180.000	2.700.000	3.420.000	270.000	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** Die Größe der Sporthalle ist im Antrag nicht benannt worden. Basierend auf dem Antrag diverser Fraktionen (DS 22-18795) wird von einer 2-Fach-Sporthalle ausgegangen. Die Verwaltung schätzt die Kosten auf rd. 7,3 Mio. EUR. Es wird darauf hingewiesen, dass verwaltungsseitig der Politik bereits nachgewiesen worden ist, dass in Kralenriede weder schulfachlich noch vereinssportlich der Bedarf einer 2-Fach-Sporthalle besteht - vgl. 22-18555 zum Raumprogrammbeschluss GS Schunteraue
			APH									**abgelehnt 1 / 9 / 1**
			SchA									**abgelehnt 1 / 11 / 4**
			FPDA									**abgelehnt 1 / 10 / 0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Sanierung altes Vereinsgebäude FC Rautheim										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E. 21 Neu	Gebäude Braunschweiger Straße 9 / Sanierung altes Vereinsgebäude	**SBR 212**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 150.000 EUR für 2023 für die Sanierung des alten Vereinsgebäudes Braunschweiger Straße 9; der notwendige Sanierungsbedarf für das alte Gebäude soll schnellstmöglich verifiziert werden. Wenn der ermittelte Sanierungsbedarf höher sein sollte, ist dieser höhere Betrag in den Haushalt einzustellen. **Anmerkung der Verwaltung:** Es handelt sich um ein städtisches Gebäude. Das Ergebnis der Prüfung der genannten Kosten liegt seitens der Verwaltung noch nicht vor.
			neu	150.000	0	150.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	150.000		150.000	0	0	0	0	0	
			APH									**abgelehnt 0 / 10 / 1**
			FPDA									**abgelehnt **)**
		Sanierung neues Vereinsgebäude FC Rautheim										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E. 21 Neu	Gebäude Braunschweiger Straße 9 / Sanierung neues Vereinsgebäude	**SBR 212**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2024 ff. für die Sanierung des neuen Vereinsgebäudes Braunschweiger Straße 9
			neu	0	0	*)	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		*)	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Die Kostenschätzung liegt noch nicht vor. Es besteht Klärungsbedarf, wie sich die Eigentumsverhältnisse am Gebäude darstellen.
			APH									**abgelehnt 0 / 10 / 1**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	Einrichtung Ganztagsbetrieb GS Volkmarode											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E.210296	GS Volkmarode / Einr. GTB	**SBR 111**									
			bisher	800.000	0	0	0	0	80.000	200.000	520.000	Vorziehen der Finanzraten für die Einrichtung des Ganztagsbetriebes an der GS Volkmarode entsprechend des aktuellen Haushalts 2022
			neu	800.000	0	80.000	400.000	320.000	0	0	0	
			Veränderung	0		80.000	400.000	320.000	-80.000	-200.000	-520.000	
			APH									**abgelehnt 0 / 9 / 2**
			SchA									**abgelehnt 2 / 9 / 5**
			FPDA									**abgelehnt **)**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E.210296	GS Volkmarode / Einr. GTB	**SBR 111**									
			bisher	3.200.000	0	0	0	0	320.000	800.000	2.080.000	Vorziehen der Finanzraten für die Einrichtung des Ganztagsbetriebes an der GS Volkmarode entsprechend des aktuellen Haushalts 2022
			neu	3.200.000	0	320.000	1.600.000	1.280.000	0	0	0	
			Veränderung	0		320.000	1.600.000	1.280.000	-320.000	-800.000	-2.080.000	
			APH									**abgelehnt 0 / 9 / 2**
			SchA									**abgelehnt 2 / 9 / 5**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	Maßnahme Neubau Kinder-, und Jugendzentrum											
	JZ B 58 - Antrag des SBR 330											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E.210291	Jugendzentrum B 58 / Neubau	**SBR 330**									
			bisher	1.934.000	14.000	0	0	0	0	0	1.920.000	Vorziehen der Finanzraten 2028 ff. für den Neubau des Jugendzentrums B 58 entsprechend des aktuellen Haushalts 2022 (Baubeginn 2023)
			neu	1.994.000	14.000	26.000	400.000	600.000	954.000	0	0	
			Veränderung	60.000		26.000	400.000	600.000	954.000	0	-1.920.000	**Anmerkung der Verwaltung** **Die Fraktion " Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI" hat einen ähnlichen Antrag gestellt. Sofern diesem Antrag zugestimmt wird, ist der Antrag des Stadtbezirksrates abzulehnen.** **Weiterhin liegt ein vergleichbarer Antrag der Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen vor. Sofern dem Antrag des Stadtbezirksrates 330 oder der Fraktion " Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI" stattgegeben wird, so ist der Antrag der Verwaltung abzulehnen.**
			JHA									**abgelehnt 0 / 13 / 1**
			APH									**abgelehnt 0 / 9 / 1**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E.210291	Jugendzentrum B 58 / Neubau	**SBR 330**									
			bisher	7.736.000	56.000	0	0	0	0	0	7.680.000	Vorziehen der Finanzraten 2028 ff. für den Neubau des Jugendzentrums B 58 entsprechend des aktuellen Haushalts 2022 (Baubeginn 2023)
			neu	7.976.000	56.000	104.000	1.600.000	2.400.000	3.816.000	0	0	
			Veränderung	240.000		104.000	1.600.000	2.400.000	3.816.000	0	-7.680.000	**Anmerkung der Verwaltung** **Die Fraktion " Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI" hat einen ähnlichen Antrag gestellt. Sofern diesem Antrag zugestimmt wird, ist der Antrag des Stadtbezirksrates abzulehnen.** **Weiterhin liegt ein vergleichbarer Antrag der Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen vor. Sofern dem Antrag des Stadtbezirksrates 330 oder der Fraktion " Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI" stattgegeben wird, so ist der Antrag der Verwaltung abzulehnen.**
			JHA									**abgelehnt 0 / 13 / 1**
			APH									**abgelehnt 0 / 9 / 1**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		JZ B 58 - Antrag von "Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI"										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
115 a	4E.210291	Jugendzentrum B 58 / Neubau	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**									
			bisher	1.934.000	14.000	0	0	0	0	0	1.920.000	Vorziehen der Finanzraten 2028 ff. für den Neubau des Jugendzentrums B 58 entsprechend des aktuellen Haushalts 2022 (Baubeginn 2023)
			neu	1.994.000	14.000	26.000	400.000	600.000	954.000	0	0	
			Veränderung	60.000		26.000	400.000	600.000	954.000	0	-1.920.000	**Anmerkung der Verwaltung** **Der Stadtbezirksrat 330 hat einen ähnlichen Antrag gestellt. Sofern diesem Antrag zugestimmt wird, ist der Antrag von "Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI" abzulehnen.** **Weiterhin liegt ein vergleichbarer Antrag der Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen vor. Sofern dem Antrag des Stadtbezirksrates 330 oder der Fraktion " Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI" stattgegeben wird, so ist der Antrag der Verwaltung abzulehnen.**
			JHA									**Der Antrag wurde zurückgezogen.**
			APH									**abgelehnt 1 / 9 / 0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
115 b	4E.210291	Jugendzentrum B 58 / Neubau	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**									
			bisher	7.736.000	56.000	0	0	0	0	0	7.680.000	Vorziehen der Finanzraten 2028 ff. für den Neubau des Jugendzentrums B 58 entsprechend des aktuellen Haushalts 2022 (Baubeginn 2023)
			neu	7.976.000	56.000	104.000	1.600.000	2.400.000	3.816.000	0	0	
			Veränderung	240.000		104.000	1.600.000	2.400.000	3.816.000	0	-7.680.000	**Anmerkung der Verwaltung** **Der Stadtbezirksrat 330 hat einen ähnlichen Antrag gestellt. Sofern diesem Antrag zugestimmt wird, ist der Antrag von "Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI" abzulehnen.** **Weiterhin liegt ein vergleichbarer Antrag der Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen vor. Sofern dem Antrag des Stadtbezirksrates 330 oder der Fraktion " Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI" stattgegeben wird, so ist der Antrag der Verwaltung abzulehnen.**
			JHA									**Der Antrag wurde zurückgezogen.**
			APH									**abgelehnt 1 / 9 / 0**
		JZ Watenbüttel - Antrag des SBR 321										
	25	**Erwerb von Grundstücken und Gebäuden** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	5E.210156	Kinder- und JZ Watenbüttel/Neubau	**SBR 321**									
			bisher	82.000	82.000	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2023 für die Errichtung des Kinder- und Jugendzentrums Watenbüttel
			neu	82.000	82.000	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Die Finanzraten zur Umsetzung sind ab 2028 ff geplant worden und werden durch den Antrag vorgezogen. **Es liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion "Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI" vor. Sofern dem Antrag zugestimmt wird, müsste der Antrag des Stadtbezirksrates abgelehnt werden.**
			JHA									**abgelehnt 0 / 14 / 0**
			APH									**abgelehnt 1 / 9 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	5E.210156	Kinder- und JZ Watenbüttel/Neubau	**SBR 321**									
			bisher	950.000	0	0	0	0	0	0	950.000	zusätzliche Haushaltsmittel für 2023 für die Errichtung des Kinder- und Jugendzentrums Watenbüttel
			neu	950.000	0	95.000	855.000	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Die Finanzraten zur Umsetzung sind ab 2028 ff geplant worden und werden durch den Antrag vorgezogen.
			Veränderung	0		95.000	855.000	0	0	0	-950.000	**Es liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion "Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI" vor. Sofern dem Antrag zugestimmt wird, müsste der Antrag des Stadtbezirksrates abgelehnt werden.**
			JHA									**abgelehnt 0 / 14 / 0**
			APH									**abgelehnt 1 / 9 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		JZ Watenbüttel - Antrag von Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI										
	25	**Erwerb von Grundstücken und Gebäuden** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
116 a	5E.210156	Kinder- und JZ Watenbüttel/Neubau	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**									
			bisher	82.000	82.000	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2023 ff. für die Errichtung des Kinder- und Jugendzentrums Watenbüttel
			neu	82.000	82.000	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Die Finanzraten zur Umsetzung sind ab 2028 ff geplant worden und werden durch den Antrag vorgezogen. **Es liegt ein ähnlicher Antrag des Stadtbezirksrates 321 vor. Sofern dem Antrag zugestimmt wird, müsste der Antrag der Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI" abgelehnt werden.**
			JHA									**abgelehnt 0 / 14 / 0**
			APH									**abgelehnt 1 / 9 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
116 b	5E.210156	Kinder- und JZ Watenbüttel/Neubau	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**									
			bisher	950.000	0	0	0	0	0	0	950.000	zusätzliche Haushaltsmittel für 2023 ff. für die Errichtung des Kinder- und Jugendzentrums Watenbüttel
			neu	950.000	0	95.000	855.000	0	0	0	0	
			Veränderung	0		95.000	855.000	0	0	0	-950.000	**Anmerkung der Verwaltung:** Die Finanzraten zur Umsetzung sind ab 2028 ff geplant worden und werden durch den Antrag vorgezogen. **Es liegt ein ähnlicher Antrag des Stadtbezirksrates 321 vor. Sofern dem Antrag zugestimmt wird, müsste der Antrag der Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI" abgelehnt werden.**
			JHA									**abgelehnt 0 / 14 / 0**
			APH									**abgelehnt 1 / 9 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	Umbauten von Sportstätten											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
132	4S.21 NEU	Global-Instandhaltung / Sportfunktionsgebäude	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 125.000 EUR (2023: 50.000 EUR; 2024: 50.000 EUR; 2025: 25.000 EUR) für die Umrüstung der Sportstätten auf elektronische Schließsysteme
			neu	125.000	0	50.000	50.000	25.000	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Es wird davon ausgegangen, dass es sich um die Schließsysteme der Sporthallen handelt. Für allgemeine Umbauten / größere Instandhaltungen an Sporthallen sieht die Verwaltung in den Ansatzveränderungen bereits jährlich 300.000 EUR vor **(siehe Antrag Nr. 76).**
			Veränderung	125.000	0	50.000	50.000	25.000	0	0	0	
			APH									**abgelehnt 4 / 4 / 3** (Die Verwaltung finanziert die Schließsysteme aus den bereits bestehenden 300.000 EUR)
			FPDA									**abgelehnt **)**
	sonstige Instandhaltungsmaßnahmen											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
172	4S.210034	FB 20:Global Instand. Allgem. Grundverm.	**CDU-Fraktion**									
			bisher	8.124.700	5.764.700	740.000	370.000	370.000	370.000	510.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 30.000 EUR für 2023 für eine neue Heizungsanlage im DGH Thune.
			neu	8.154.700	5.764.700	770.000	370.000	370.000	370.000	510.000	0	
			Veränderung	30.000		30.000	0	0	0	0	0	
			FPDA									**abgelehnt 3 / 8 / 0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Teilhaushalt 37 - Feuerwehr										
		Tablets für Einsatzfahrzeuge der FF										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**45.000**		**45.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
117	5S.370004	FB 37: GVG-Sammelprojekt Feuerwehr	**CDU-Fraktion**									
			bisher	734.700	155.000	157.700	105.000	105.000	102.000	110.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 25.000 EUR für 2024 für die Anschaffung von Tablets für die Einsatzfahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehren
			neu	759.700	155.000	157.700	130.000	105.000	102.000	110.000	0	
			Veränderung	25.000		0	25.000	0	0	0	0	
												siehe auch Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 6)
			AFKO									**passieren lassen 11/0/0 (Änderungsantrag wird zum FPDA avisiert)**
117 NEU			bisher	734.700	155.000	157.700	105.000	105.000	102.000	110.000	0	**Der Antrag Nr. 117 wurde durch die CDU-Fraktion ersetzt. Es werden anstatt 25.000 EUR zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 45.000 EUR für 2024 beantragt.**
			neu	779.700	155.000	157.700	150.000	105.000	102.000	110.000	0	
			Veränderung	45.000		0	45.000	0	0	0	0	
												Der Antrag wurde durch die CDU-Fraktion geändert. Die Finanzmittel werden für 2023 statt 2024 beantragt. Es ist eine gemeinsame Abstimmung mit dem Antrag Nr. 184 der SPD-Fraktion und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN erfolgt (Ergebnis: siehe Antrag Nr. 184).
			FPDA									
184	5S.370004	FB 37: GVG-Sammelprojekt Feuerwehr	**SPD-Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN**									
			bisher	734.700	155.000	157.700	105.000	105.000	102.000	110.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 45.000 EUR für 2023 für die Anschaffung von Tablets für die Einsatzfahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehren.
			neu	779.700	155.000	202.700	105.000	105.000	102.000	110.000	0	
			Veränderung	45.000		45.000	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung Es liegt ein ähnlicher Antrag der CDU-Fraktion (FWI 117 NEU) vor, der jedoch eine Mittelaufstockung erst für 2024 anstatt für 2023 vorsieht. Eine der Anträge wäre abzulehnen.**
			FPDA	**45.000**		**45.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0 (gemeinsame Abstimmung mit Antrag Nr. 117 NEU)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Teilhaushalt 41 - Kultur und Wissenschaft										
		WLAN in städtischen Kultureinrichtungen										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**29.500**		**29.500**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
118	5S.410010	Ref. 0412: GVG-Bibliotheken (410-2200)	**CDU-Fraktion**									
			bisher	113.400	32.400	16.200	16.200	16.200	16.200	16.200	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 20.000 EUR für 2023 für die Einrichtung eines kostenloses W-LAN in städtischen Kultureinrichtungen (Stadtbibliothek, Städtisches Museum und Stadtarchiv). Die Installation der W-LAN Ausstattung und damit die Umsetzung dieses Antrages muss bis spätestens Ende des Jahres 2024 erfolgt sein. Das W-LAN soll dann nicht nur für die Besucher nutzbar sein, sondern auch für städtische Mitarbeiter und so das Arbeiten mit mobilen Endgeräten ermöglichen. Die Nutzung des kostenloses Internet soll zeitlich begrenzt werden. Die erforderlichen Haushaltsmittel für den späteren Betrieb sollen durch die Verwaltung ermittelt werden und von Abtl. 10.4 haushaltsneutral oder als überplanmäßige Aufwendungen bereitgestellt werden. **Anmerkung der Verwaltung** Sollte für die Einrichtung des WLANS der bestehende Rahmenvertrag genutzt werden, können nach den vorliegenden Schätzungen Kosten in Höhe von 29.500 EUR in der Stadtbibiliothek, dem Städischen Museum und dem Stadtarchiv entstehen. Die Kosten sind noch auf die Einrichtungen Stadtbibiliothek, Städtisches Museum und Stadtarchiv aufzuteilen. Für den Betrieb des WLANS werden jährliche Kosten in Höhe von 21.000 EUR geschätzt, die im Ergebnishaushalt **zusätzlich** zu veranschlagen sind. **siehe auch Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 6)**
			neu	133.400	32.400	36.200	16.200	16.200	16.200	16.200	0	
			Veränderung	20.000		20.000	0	0	0	0	0	
			AfKW									**passieren lassen 11/0/0**
118 NEU			bisher	113.400	32.400	16.200	16.200	16.200	16.200	16.200	0	**Der Antrag Nr. 118 wurde durch die CDU-Fraktion geändert. Es werden anstatt 20.000 EUR zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 29.500 EUR für 2023 beantragt. Weiterhin werden im Ergebnishaushalt jährlich 21.500 EUR für den dauerhaften Betrieb des WLANS vorgesehen (FWE 168).**
			neu	142.900	32.400	45.700	16.200	16.200	16.200	16.200	0	
			Veränderung	29.500		29.500	0	0	0	0	0	
			FPDA									**Es ist eine gemeinsame Abstimmung mit dem Antrag Nr. 184 der SPD-Fraktion und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN erfolgt (Ergebnis: siehe Antrag Nr. 185).**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
185	5S.410010	Ref. 0412: GVG-Bibliotheken (410-2200)	**SPD-Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	113.400	32.400	16.200	16.200	16.200	16.200	16.200	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 29.500 EUR für 2023 für die Einrichtung eines kostenloses W-LAN in städtischen Kultureinrichtungen (Stadtbibliothek, Städtisches Museum und Stadtarchiv).
			neu	142.900	32.400	45.700	16.200	16.200	16.200	16.200	0	
			Veränderung	29.500		29.500	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** Sollte für die Einrichtung des WLANS der bestehende Rahmenvertrag genutzt werden, können nach den vorliegenden Schätzungen Kosten in Höhe von 29.500 EUR in der Stadtbibiliothek, dem Städischen Museum und dem Stadtarchiv entstehen. Die Kosten sind noch auf die Einrichtungen Stadtbibiliothek, Städtisches Museum und Stadtarchiv aufzuteilen. Für den Betrieb des WLANS werden jährliche Kosten in Höhe von 21.000 EUR geschätzt, die im Ergebnishaushalt **zusätzlich** zu veranschlagen sind. **siehe auch Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 6)** **Es liegt ein gleichlautender Antrag der CDU-Fraktion (FWI 118 NEU) vor. Eine der Anträge wäre abzulehnen. Weiterhin haben die SPD-Fraktion und die BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -Fraktion einen Antrag auf Bereitstellung von Finanzmitteln für den dauerhaften Betrieb des WLANS in Hohe von jährlich 21.500 EUR gestellt (180). Auch hierzu liegt ein gleichlautender Antrag der CDU-Fraktion vor (FWE 168).**
			FPDA	**29.500**		**29.500**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0 (gemeinsame Abstimmung mit Antrag Nr. 118 NEU)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Teilhaushalt 0600 - Baureferat										
		Trinkwasserbrunnen Herzogin-Elisabeth-Straße										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4S.00 NEU	Ref. 0600 Trinkwasserbrunnen / lfd. Instandh.	**SBR 120**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2023 für die Installation einer Trinkwassersäule neben der öffentlichen Toilettenanlage in der Herzogin-Elisabeth-Straße in der Nachbarschaft des Spielplatzes und der Seniorenbank. **Anmerkung der Verwaltung:** Entsprechend der Stellungnahme zu FWI 153 a/b (Anlage 6) wird mit Errichtungskosten von einem Brunnen von 42.000 EUR und jährlichen Unterhaltungskosten von 9.000 EUR gerechnet.
			neu	0	0	4.500	9.000	9.000	9.000	9.000	0	
			Veränderung	0		4.500	9.000	9.000	9.000	9.000	0	
			APH									**abgelehnt 4 / 7 / 0**
			AMTA									**abgelehnt 4 / 7 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	5S. 00 NEU	Ref. 0600 Trinkwasserbrunnen / Neubau	**SBR 120**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2023 für die Installation einer Trinkwassersäule neben der öffentlichen Toilettenanlage in der Herzogin-Elisabeth-Straße in der Nachbarschaft des Spielplatzes und der Seniorenbank. **Anmerkung der Verwaltung:** Entsprechend der Stellungnahme zu FWI 153 a/b (Anlage 6) wird mit Errichtungskosten von einem Brunnen von 42.000 EUR und jährlichen Unterhaltungskosten von 9.000 EUR gerechnet.
			neu	0	0	42.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		42.000	0	0	0	0	0	
			APH									**abgelehnt 4 / 7 / 0**
			AMTA									**abgelehnt 4 / 7 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Trinwasserbrunnen in der Innenstadt										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
153 a	4S. 00 NEU	Ref. 0600 Trinkwasserbrunnen / lfd. Instandh.	**BIBS-Frakion / DIE Fraktion BS**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2023 für die Einrichtung ausreichender Trinkwasser-Entnahmestellen in Braunschweig; die Verwaltung soll prüfen, an welchen öffentlichen Orten in der Braunschweiger Innenstadt 10 weitere Trinkwasser-Entnahmestellen errichtet werden können, um eine gute Hitzevorsorge in den kommenden Jahren zu gewährleisten. Die Ergebnisse der Analyse und die Höhe der erforderlichen finanziellen Mittel sollen im Anschluss den entsprechenden Fachausschüssen vorgestellt werden. **Anmerkung der Verwaltung:** Für zehn Brunnen sind einmalig mindestens 420.000 EUR für die Errichtung und 90.000 EUR jährlich für die Unterhaltung vorzusehen. Es handelt sich hierbei um Kostenschätzungen unter Berücksichtigung der besonderen Situation am Baumarkt. **siehe auch Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 6)** **Es wird hierzu auf einen ähnlichen (aber finanzunwirksamen Antrag) der SPD-Fraktion (FU_024) verwiesen. Der Antrag wurde ebenfalls passieren gelassen.**
			neu	405.000	0	45.000	90.000	90.000	90.000	90.000	0	
			Veränderung	405.000	0	45.000	90.000	90.000	90.000	90.000	0	
			APH	405.000	0	45.000	90.000	90.000	90.000	90.000	0	**passieren lassen 8 / 3 / 0**
			FPDA									**Der Antrag wurde mit Hinweis auf den finanzunwirksamen Antrag FU 178 zurückgezogen.**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
153 b	5S. 00 NEU	Ref. 0600 Trinkwasserbrunnen / Neubau	**BIBS-Frakion / DIE Fraktion BS**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2023 für die Einrichtung ausreichender Trinwasser-Entnahmestellen in Braunschweig; die Verwaltung soll prüfen, an welchen öffentlichen Orten in der Braunschweiger Innenstadt 10 weitere Trinkwasser-Entnahmestellen errichtet werden können, um eine gute Hitzevorsorge in den kommenden Jahren zu gewährleisten. Die Ergebnisse der Analyse und die Höhe der erforderlichen finanziellen Mittel sollen im Anschluss den entsprechenden Fachausschüssen vorgestellt werden. **Anmerkung der Verwaltung:** Für zehn Brunnen sind einmalig mindestens 420.000 EUR für die Errichtung und 90.000 EUR jährlich für die Unterhaltung vorzusehen. Es handelt sich hierbei um Kostenschätzungen unter Berücksichtigung der besonderen Situation am Baumarkt. **siehe auch Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 6)** **Es wird hierzu auf einen ähnlichen (aber finanzunwirksamen Antrag) der SPD-Fraktion (FU_024) verwiesen. Der Antrag wurde ebenfalls passieren gelassen.**
			neu	420.000	0	420.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	420.000	0	420.000	0	0	0	0	0	
			APH	420.000	0	420.000	0	0	0	0	0	**passieren lassen 8 / 3 / 0**
			FPDA									**Der Antrag wurde mit Hinweis auf den finanzunwirksamen Antrag FU 178 zurückgezogen.**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Teilhaushalt 0610 - Stadtbild und Denkmalpflege										
	10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
120 a	4S.000016	Ref.0610:Global Zusch. private Denkmäler	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**									
			bisher	450.600	284.100	33.300	33.300	33.300	33.300	33.300	0	Wegfall der Erträge und Aufwendungen für 2023-2027 für die Bezuschussung privater Denkmäler
			neu	284.100	284.100	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-166.500		-33.300	-33.300	-33.300	-33.300	-33.300	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Bei Kürzung der Zuschüsse für private Denkmäler müssen auch die damit zusammenhängenden Erträge gekürzt werden.
												Siehe auch gesonderte Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 6)
			APH									**abgelehnt 1 / 10 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
120 b	4S.000016	Ref.0610:Global Zusch. private Denkmäler	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**									
			bisher	1.353.000	853.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	0	Wegfall der Erträge und Aufwendungen für 2023-2027 für die Bezuschussung privater Denkmäler
			neu	853.000	853.000	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-500.000		-100.000	-100.000	-100.000	-100.000	-100.000	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Bei Kürzung der Zuschüsse für private Denkmäler müssen auch die damit zusammenhängenden Erträge gekürzt werden.
												Siehe auch gesonderte Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 6)
			APH									**abgelehnt 1 / 10 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Teilhaushalt 0617- Grün- und Freiraumplanung										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E.00 NEU	Spielplatz Warnowstraße / Sanierung	**SBR 221**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2023 für die Sanierung des Spielplatzes Warnowstraße.
			neu	0	0	*)	0	0	0	0	0	
			Veränderung	**0**		***)**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**Anmerkung der Verwaltung:** Der Spielplatz Warnowstraße / Eiderstraße befindet sich im Emsviertel, für das derzeit ein Freiraumkonzept durch ein externes Planungsbüro erstellt wird. In diesem Rahmen sollen auch Sanierungsnotwendigkeiten und Maßnahmenempfehlungen erarbeitet werden. Nach Vorlage der Ergebnisse wird über die Art und den Umfang einer Sanierung entschieden. Erst danach können Planungen erfolgen und eine Kostenschätzung abgegeben werden.
			UGA									**abgelehnt 0 / 11 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**
		Teilhaushalt 66 - Tiefbau und Verkehr										
		Inklusive Umgestaltung Prinzenweg										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
126	4E.66 NEU	Prinzenweg / Inklusive Umgestaltung	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 300.000 EUR in 2023 für die inklusive Umgestaltung des Prinzenweges als Pilotprojekt "Inklusive Gestaltung öffentlicher Straßen und Plätze in Braunschweig: Barrierefreies Kopfsteinpflaster"
			neu	300.000	0	300.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	300.000	0	300.000	0	0	0	0	0	
			AMTA	300.000		300.000	0	0	0	0	0	**passieren lassen 11 / 0 / 0**
												Der Antrag wurde im Vorfeld des FPDA zurückgezogen.

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	Neubau Gehwege Alter Weg + Leiferdestraße											
	20	**Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	5E.660163	Alter Weg + Leiferdestr/Neubau Gehwege	**SBR 211**									
			bisher	300.000	300.000	0	0	0	0	0	0	Entfall der Finanzraten für den Neubau der Gehwege Alter Weg + Leiferdestr.
			neu	300.000	300.000	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** Die Finanzraten sind bereits im Haushaltsjahr 2022 eingeplant, ab 2023 sind keine Finanzraten mehr vorgesehen, so dass auch keine Finanzraten entfallen können. Der AMTA hat der Maßnahme am 06.12.2022 zugestimmt (DS 21-16752-03-01). Es müsste der Beschluss im AMTA aufgehoben werden. Der Antrag des SBR 211 sollte aus den genannten Gründen für erledigt erklärt werden.
			AMTA									**abgelehnt 0 / 11 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	5E.660163	Alter Weg + Leiferdestr/Neubau Gehwege	**SBR 211**									
			bisher	500.000	500.000	0	0	0	0	0	0	Entfall der Finanzraten für den Neubau der Gehwege Alter Weg + Leiferdestr.
			neu	500.000	500.000	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** Die Finanzraten sind bereits im Haushaltsjahr 2022 eingeplant, ab 2023 sind keine Finanzraten mehr vorgesehen, so dass auch keine Finanzraten entfallen können. Der AMTA hat der Maßnahme am 06.12.2022 zugestimmt (DS 21-16752-03-01). Es müsste der Beschluss im AMTA aufgehoben werden. Der Antrag des SBR 211 sollte aus den genannten Gründen für erledigt erklärt werden.
			AMTA									**abgelehnt 0 / 11 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	Straßenerneuerung Hamburger Str.-Bienroder Weg											
	20	**Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	5E.660101	Stadtstr. Hamb. Str-Bienroder W. /Neubau	**SBR 330**									
			bisher	2.400.047	600.047	0	0	0	600.000	0	1.200.000	Verschieben der Finanzraten 2023 ff. für den Neubau der Stadtstraße Hamburger Str. - Bienroder Weg in der Form, dass zunächst eine Aktualisierung der Verkehrsmengenprognosen auf Basis der Ist-Situation und aktueller sowie erwarteter Änderungen im Mobilitätsverhalten (Stichworte u. a. Telearbeit, 49-Euro-Ticket) vorgenommen wird; eine - unter Umständen modifizierte und gänzlich entfallende - Umsetzung wird somit erst beginnend mit dem Jahr 2027, mithin nach Ende des Planungszeitraumes, vorgesehen.
			neu	2.400.047	600.047	0	0	0	0	0	1.800.000	
			Veränderung	0		0	0	0	-600.000	0	600.000	
			AMTA	0		0	0	0	-600.000	0	600.000	**passieren lassen 11 / 0 / 0**
			FPDA									**abgelehnt 0 / 11 / 0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	5E.660101	Stadtstr. Hamb. Str-Bienroder W. /Neubau	**SBR 330**									
			bisher	8.617.770	2.367.770	100.000	0	0	2.000.000	0	4.150.000	Verschieben der Finanzraten 2023 ff. für den Neubau der Stadtstraße Hamburger Str. - Bienroder Weg in der Form, dass zunächst eine Aktualisierung der Verkehrsmengenprognosen auf Basis der Ist-Situation und aktueller sowie erwarteter Änderungen im Mobilitätsverhalten (Stichworte u. a. Telearbeit, 49-Euro-Ticket) vorgenommen wird; eine - unter Umständen modifizierte und gänzlich entfallende - Umsetzung wird somit erst beginnend mit dem Jahr 2027, mithin nach Ende des Planungszeitraumes, vorgesehen.
			neu	8.617.770	2.367.770	0	0	0	0	100.000	6.150.000	
			Veränderung	0		-100.000	0	0	-2.000.000	100.000	2.000.000	
			AMTA	0		-100.000	0	0	-2.000.000	100.000	2.000.000	**passieren lassen 11 / 0 / 0**
			FPDA									**abgelehnt 0 / 11 / 0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	Maßnahmen Radverkehr											
	Bau von Velorouten											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**200.000**		**100.000**	**100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
121	3E.66 NEU	2 neue Velorouten / Vorplanung	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 400.000 EUR (2023 und 2024 je 200.000 EUR) für die Planung von zwei weiteren Velorouten
			neu	400.000	0	200.000	200.000	0	0	0	0	
			Veränderung	400.000	0	200.000	200.000	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** **Es liegt ein ähnlicher Antrag der SPD Fraktion vor, der aber die Vorplanung von nur einer weiteren Veloroute beinhaltet. In der Folge sollte nur einem der Anträge stattgegeben werden.**
			AMTA	400.000		200.000	200.000	0	0	0	0	**passieren lassen 11 / 0 / 0** **Der Antrag wurde durch den gemeinsamen Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit der Nr. 186 ersetzt.**
122	3E.66 NEU	FB 66:Veloroute Nr.2 / Vorplanung	**SPD-Fraktion**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2023 ff. für die Vorplanung der nächsten Veloroute Nr. 2 unter Einbezug von Fördermöglichkeiten von Bund und Land.
			neu	0	0	*)	*)	*)	*)	*)	0	
			Veränderung	0	0	*)	*)	*)	*)	*)	*)	**Anmerkung der Verwaltung:** Eine Kostenschätzung der Verwaltung liegt noch nicht vor. **Es liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion "BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN" vor, der aber die Vorplanung von zwei weiteren Velorouten beinhaltet. In der Folge sollte nur einem der Anträge stattgegeben werden.**
			AMTA	***)**		***)**	***)**	***)**	***)**	***)**	***)**	**passieren lassen 11 / 0 / 0**
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:**
			neu	0	0	200.000	0	0	0	0	0	Eine Festlegung, welche Route die 2. Veloroute wird, liegt noch nicht vor. Angenommen die Wallringroute wird als zweite Veloroute beschlossen, würden 200.000 EUR an Planungsmittel in 2023 benötigt werden. Die Baukosten für diese Veloroute lägen nach einer ersten groben Kostenschätzung bei rund 5 Mio. EUR.
			Veränderung	**0**	0	200.000	0	0	0	0	0	**Der Antrag wurde durch den gemeinsamen Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit der Nr. 186 ersetzt.**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
186	3E.66 NEU	FB 66:Veloroute Nr.3 / Vorplanung	**SPD-Fraktion** **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 200.000 EUR (2023 und 2024 je 100.000 EUR) für die Planung von einer weiteren Velorouten; die zur Umsetzung der Planung erforderlichen weiteren Mittel sind rechtzeitig in das Investitionsprogramm aufzunehmen; dabei sind die Möglichkeiten, Fördermittel von Land und Bund in Anspruch zu nehmen, auszuloten und auszuschöpfen. **Die ähnlichen Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN (FWI 121 und FWI 123) sowie der SPD Fraktion (FWI 122) werden durch diesen Antrag ersetzt.**
			neu	200.000	0	100.000	100.000	0	0	0	0	
			Veränderung	200.000	0	100.000	100.000	0	0	0	0	
			FPDA	**200.000**		**100.000**	**100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 8/3/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
123	5E.66 NEU	Veloroute Nr. 2 / Bau	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 2.000.000 EUR ab 2024 für den Bau der zweiten Veloroute. **Anmerkung der Verwaltung:** Eine Aufteilung der Kosten auf die Jahre liegt noch nicht vor.
			neu	2.000.000	0	0	2.000.000	0	0	0	0	
			Veränderung	2.000.000	0	0	2.000.000	0	0	0	0	
			AMTA	2.000.000		0	2.000.000	0	0	0	0	**passieren lassen 11 / 0 / 0** **Anmerkung der Verwaltung:** Eine Festlegung, welche Route die 2. Veloroute wird, liegt noch nicht vor. Angenommen die Wallringroute wird als zweite Veloroute beschlossen, lägen die Baukosten nach einer ersten groben Kostenschätzung bei rund 5 Mio. EUR, die in 2025 und 2026 jeweils zur Hälfte benötigt würden. **Der Antrag wurde durch den gemeinsamen Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit der Nr. 186 ersetzt.**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	Umsetzung Mobilitätskonzept											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
125	4S.66 NEU	Mobilitätsentwicklungsplan / Umsetzung	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 1.200.000 EUR für 2024 für die Planung und Umsetzung erster Maßnahmen aus dem Mobilitätsentwicklungsplan.
			neu	1.200.000	0	0	1.200.000	0	0	0	0	
			Veränderung	1.200.000	0	0	1.200.000	0	0	0	0	Die Mittel sollen mit einem Sperrvermerk versehen werden. Die Freigabe erfolgt nach den Gremienbeschlüssen über die Umsetzung konkreter Einzelmaßnahmen aus dem Mobilitätsentwicklungsplan.
			AMTA	1.200.000		0	1.200.000	0	0	0	0	**passieren lassen 11 / 0 / 0**
												Der Antrag wurde im Vorfeld des FPDA zurückgezogen.
	provisorische Maßnahmen Radverkehr											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
124	4S.660020	FB 66: Globale Umbauten Straßen etc.	**Die FRAKTION. - DIE LINKE., Volt, Die PARTEI**									
			bisher	2.900.000	1.400.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2023 und 2024 in Höhe von jeweils 100.000 EUR für kurzfristige provisorische Maßnahmen im Bereich Radverkehr (wie z.B. die Abpollerung bestimmter Verkehrsbereiche).
			neu	3.100.000	1.400.000	400.000	400.000	300.000	300.000	300.000	0	
			Veränderung	200.000	0	100.000	100.000	0	0	0	0	.
			AMTA									**abgelehnt 1 / 10 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	Unterflurverlegung Wertstoffstation Herzogin-Elisabeth-Straße/Franzsches Feld											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4S.660020	FB 66: Globale Umbauten Straßen etc.	**SBR 120**									
			bisher	2.900.000	1.400.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2023 für die Unterflurverlegung von den Wertstoffcontainern der Wertstoffstation Herzogin-Elisabeth- Str. / Franzsches Feld. Die Verwaltung soll klären, welcher Fachbereich für diese Baumaßnahme zuständig ist und dem Stadtbezirksrat dies mitteilen.
			neu	3.100.000	1.400.000	500.000	300.000	300.000	300.000	300.000	0	.
			Veränderung	200.000	0	200.000	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Die Kosten liegen grob bei 200.000 €, davon rund 100.000 € für die Unterflurbehälter und 100.000 € für Tiefbau. Die tatsächlichen Tiefbaukosten können erst im Rahmen einer Planung und nach Vorliegen eines Bodengutachtens, das Aussagen zur Schadstoffbelastung und zum Grundwasserstandes gibt, ermittelt werden.
												Es liegt ein gleichlautender Antrag der Fraktion "BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN" vor, der bei Annahme dieses Antrages abgelehnt werden müsste.
			AMTA									**abgelehnt 1 / 10 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**
154	4S.660020	FB 66: Globale Umbauten Straßen etc.	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	2.900.000	1.400.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel, um die Wertstoffcontainer der Wertstoffstation Herzogin-Elisabeth-Straße/Franzsches Feld unterflur zu verlegen.
			neu	3.100.000	1.400.000	500.000	300.000	300.000	300.000	300.000	0	
			Veränderung	200.000	0	200.000	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Die Kosten liegen grob bei 200.000 €, davon rund 100.000 € für die Unterflurbehälter und 100.000 € für Tiefbau. Die tatsächlichen Tiefbaukosten können erst im Rahmen einer Planung und nach Vorliegen eines Bodengutachtens, das Aussagen zur Schadstoffbelastung und zum Grundwasserstandes gibt, ermittelt werden.
												siehe auch Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 6)
												Es liegt ein gleichlautender Antrag des SBR 120 vor, der bei Annahme dieses Antrages abgelehnt werden müsste.
			AMTA	200.000		200.000	0	0	0	0	0	**passieren lassen 11 / 0 / 0**
			FPDA									**abgelehnt 3 / 7 / 1**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Sonstige Tiefbaumaßnahmen										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
127	4S.660006	FB: 66 Instandhaltungen Gemeindestraßen	**CDU-Fraktion**									
			bisher	26.498.200	19.998.200	1.300.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel von 20.000 EUR in 2024 für die Anschaffung weiterer Sitzgelegenheiten mit Rücken- und Armlehne im Innenstadtbereich vorwiegend für Senioren und mobilitätseingeschränkte Personen.
			neu	26.518.200	19.998.200	1.300.000	1.320.000	1.300.000	1.300.000	1.300.000	0	
			Veränderung	20.000		0	20.000	0	0	0	0	
			AMTA									**abgelehnt 4 / 7 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**
	4S.660020	FB 66: Globale Umbauten Straßen etc.	**SBR 310**									
			bisher	2.900.000	1.400.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2023 für die Einrichtung einer Querrungshilfe in der Kreuzstraße in Höhe Bürgerstraße; vor der Installation der Querungshilfe soll die Verwaltung prüfen, ob auch ein kostengünstigeres Verfahren ohne Tiefbaumaßnahmen (zum Beispiel im Klebeverfahren wie in der Rudolfstraße) in Frage kommen würde und dies ggf. anwenden. . **Anmerkung der Verwaltung:** In der Antragserläuterung des SBR werden 20.000 EUR als Kosten genannt. Die Maßnahme ist aber bereits im dem vorhandenen Budget eingeplant. Eine Ausführungsplanung, auf Basis dessen eine verlässliche Kostenberechnung erstellt werden kann, liegt jedoch noch nicht vor. Sofern Borde im Klebeverfahren möglich sind, wird dies berücksichtigt. Eine deutliche Kostenreduzierung ist jedoch nicht zu erwarten.
			neu	2.900.000	1.400.000	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	0	
			Veränderung	0	0	0	0	0	0	0	0	
			AMTA									**abgelehnt 0 / 11 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
128	5S.660039	FB 66: Global Baumaßnahmen	**CDU-Fraktion**									
			bisher	1.255.200	855.200	50.000	200.000	50.000	50.000	50.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2023 i. H. v. 30.000 EUR zur weiteren Umrüstung der Müllbehälter in der Innenstadt vom Modell "Rostock" auf das Modell "Kendo"
			neu	1.285.200	855.200	80.000	200.000	50.000	50.000	50.000	0	
			Veränderung	30.000		30.000	0	0	0	0	0	
			AMTA									**abgelehnt 4 / 7 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Teilhaushalt 67 - Stadtgrün und Sport										
		Sportanlage Querum										
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**600.000**		**0**	**200.000**	**400.000**	**0**	**0**	**0**	
	5E.67 NEU	Sportanlage Querum / Umwandlung Ascheplatz in Kunstrasen	**SBR 112**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Mittel i.H.v. 750.000 EUR für 2023 für den Ersatz des Ascheplatzes durch Kunstrasen auf der städtischen Sportanlage Querum (Bohnenkamp) .
			neu	750.000	0	750.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	750.000		750.000	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Es handelt sich um eine städtische Liegenschaft. Die Verwaltung schätzt die Gesamtkosten auf 600.000 EUR einschließlich der notwendigen Erschließung (ohne Beleuchtungsanlage, die bereits vorhanden ist und weitergenutzt werden kann). **Es liegt ein ähnlich lautender Antrag der SPD-Fraktion vor. (siehe Antrag Nr. 134) Sofern dem Antrag der Fraktion zugestimmt wird, ist der Antrag des SBR abzulehnen.**
			SpA	750.000		750.000	0	0	0	0	0	**passieren lassen 11 / 0 / 0**
			FPDA									**Der Antrag wurde mit Hinweis auf den Antrag Nr. 134 für erledigt erklärt: 11 / 0 / 0**
134	5E.67 NEU	Sportanlage Querum / Umwandlung Tenneplatz in Kunstrasen	**SPD-Fraktion**									
			bisher	0	0		0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2024/2025 i. H. v. 600.000 EUR für die Umwandlung eines Tennenplatzes in einen Kunstrasenplatz (2024: 200.000 EUR, 2025: 400.000 EUR); zur Kompensation soll auf den Neubau der Kalthalle im Östlichen Ringgebiet verzichtet werden **(siehe Antrag Nr. 135)** **Anmerkung der Verwaltung:** Es handelt sich um eine städtische Liegenschaft. Der Haushaltsansatz des Deckungsprojektes "Neubau Kalthalle im Östlichen Ringgebiet" enthält Personalkosten in Höhe von 52.000 EUR (Gesamtkosten 452.000 EUR), so dass lediglich 400.000 EUR als Veranschlagung für Sachkosten für 2025 in Betracht kommen. **Es liegt ein ähnlich lautender Antrag des SBR 112 vor. Sofern dem Antrag des SBR zugestimmt wird, ist der Antrag der SPD-Frakton abzulehnen.**
			neu	600.000	0	0	200.000	400.000	0	0	0	
			Veränderung	600.000		0	200.000	400.000	0	0	0	
			SpA	600.000	0	0	200.000	400.000	0	0	0	**passieren lassen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**600.000**	**0**	**0**	**200.000**	**400.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	Bau einer Kalthalle Östliches Ringgebiet											
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**-600.000**		**0**	**-200.000**	**-400.000**	**0**	**0**	**0**	
135	5E.670083	Östliches Ringgebiet /Neubau Kalthalle	**SPD-Fraktion**									
			bisher	600.000	0	0	200.000	400.000	0	0	0	Wegfall der Mittel i. H. v. insgesamt 600.000 EUR (2024: 200.000 EUR; 2025: 400.000 EUR) für den Neubau einer Kalthalle im Östlichen Ringgebiet; stattdessen soll auf der Sportanlage in Querum ein vorhandener Tennenplatz (Ascheplatz) in ein Kunstrasenplatz umgewandelt werden **(siehe auch Antrag Nr. 134)**
			neu	0	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-600.000		0	-200.000	-400.000	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Der Haushaltsansatz in 2025 i. H. v. 452.000 EUR enthält Personalkosten in Höhe von 52.000 EUR, so dass nur 400.000 EUR an Sachkosten für 2025 wegfallen können.
			SpA	-600.000	0	0	-200.000	-400.000	0	0	0	**passieren lassen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**-600.000**	**0**	**0**	**-200.000**	**-400.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	Neubauten Bezirkssportanlage Bienroder Weg											
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**250.000**		**20.000**	**230.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
131	5E.67 NEU	BSA Bienroder Weg / Neubau 3x3 Courts	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 200.000 EUR (2023: 20.000 EUR; 2024: 180.000 EUR) für den Bau dreier 3x3 Courts auf der BSA Bienroder Weg.
			neu	200.000	0	20.000	180.000	0	0	0	0	
			Veränderung	200.000		20.000	180.000	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Die Kosten werden von der Verwaltung auf rd. 250.000 EUR geschätzt.
			SpA	200.000	0	20.000	180.000	0	0	0	0	**angenommen 8 / 3 / 0**
131 NEU			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	**Der Antrag wurde von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN geändert. Es werden Haushaltsmittel i. H. v. 250.000 EUR beantragt, die von der Verwaltung auf 2023 und 2024 aufgeteilt werden sollen.**
			neu	250.000	0	20.000	230.000	0	0	0	0	
			Veränderung	250.000		20.000	230.000	0	0	0	0	
			FPDA	**250.000**	**0**	**20.000**	**230.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 8 / 3 / 0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Zuschüsse an Sportvereine										
		Hockey-Kunstrasenplatz Guntherstraße										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
133 a	4S.670014	Zusch. an Sportvereine allgem.	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	4.105.400	2.689.400	283.200	283.200	283.200	283.200	283.200	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 125.000 EUR in 2023 für die Sanierung des Hockey-Kunstrasenplatzes Guntherstraße.
			neu	4.230.400	2.689.400	408.200	283.200	283.200	283.200	283.200	0	
			Veränderung	125.000	0	125.000	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Es wird empfohlen den Antrag abzulehnen, da es sich um ein Erbbaurechtsgrundstück der Eintracht BS Immobilenges. mbH handelt. Der BTSV Eintracht ist Pächter des Platzes. **Einen Zuschuss i.H.v. 250 TEUR hat die Verwaltung für das HH-Jahr 2023 vorgesehen. Es wird hierzu auf die Ansatzveränderungen der Verwaltung verwiesen (Nr. 166). Sofern der Ansatzveränderung der Verwaltung zugestimmt wird, ist der Antrag der Fraktion abzulehnen.**
			SpA									**Der Antrag wird für erledigt erklärt,** da die Ansatzveränderung der Verwaltung Nr. 166 angenommen wurde (8 / 3 / 0)
	29	**Aktivierbare Zuwendungen**		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
133 b	4S.670014	Zusch. an Sportvereine allgem.	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	1.102.000	802.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 125.000 EUR in 2023 für die Sanierung des Hockey-Kunstrasenplatzes Guntherstraße.
			neu	1.102.000	802.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	0	
			Veränderung	0	0	0	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Es wird empfohlen den Antrag abzulehnen, da es sich um ein Erbbaurechtsgrundstück der Eintracht BS Immobilenges. mbH handelt. Der BTSV Eintracht ist Pächter des Platzes. **Einen Zuschuss i.H.v. 250 TEUR hat die Verwaltung für das HH-Jahr 2023 vorgesehen. Es wird hierzu auf die Ansatzveränderungen der Verwaltung verwiesen (Nr. 166). Sofern der Ansatzveränderung der Verwaltung zugestimmt wird, ist der Antrag der Fraktion abzulehnen.**
			SpA									**Der Antrag wird für erledigt erklärt,** da die Ansatzveränderung der Verwaltung Nr. 166 angenommen wurde (8 / 3 / 0)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Projekt "Lebenschancen durch Sport"										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
137 a	4S.670014	Zusch. an Sportvereine allgem.	**SPD-Fraktion**									
			bisher	4.105.400	2.689.400	283.200	283.200	283.200	283.200	283.200	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 30.000 EUR jährlich als Zuschuss des Projekts "Lebenschancen durch Sport" für die Erweiterung des Projekts auf den Stadtteil Bebelhof/Viewegsgarten.
			neu	4.255.400	2.689.400	313.200	313.200	313.200	313.200	313.200	0	
			Veränderung	150.000		30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	0	**Anmerkung der Verwaltung:** **Es liegt ein ähnlicher Antrag der Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung vor (169). Sofern dem Antrag der SPD-Fraktion zugestimmt wird, ist der Antrag der Verwaltung abzulehnen.**
			SpA									**Der Antrag wird für erledigt erklärt,** da die Ansatzveränderung der Verwaltung Nr. 169 angenommen wurde (8 / 3 / 0)
	29	**Aktivierbare Zuwendungen**		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
137 b	4S.670014	Zusch. an Sportvereine allgem.	**SPD-Fraktion**									
			bisher	1.102.000	802.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 30.000 EUR jährlich als Zuschuss des Projekts "Lebenschancen durch Sport" für die Erweiterung des Projekts auf den Stadtteil Bebelhof/Viewegsgarten.
			neu	1.102.000	802.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:** **Es liegt ein ähnlicher Antrag der Verwaltung im Rahmen der Ansatzveränderungen der Verwaltung vor (169). Sofern dem Antrag der SPD-Fraktion zugestimmt wird, ist der Antrag der Verwaltung abzulehnen.**
			SpA									**Der Antrag wird für erledigt erklärt,** da die Ansatzveränderung der Verwaltung Nr. 169 angenommen wurde (8 / 3 / 0)

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	Tennisanlage vom SV Stöckheim											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**207.500**		**72.400**	**79.200**	**55.900**	**0**	**0**	**0**	
159a	4S.670014	Zusch. an Sportvereine allgem.	**SPD-Fraktion**									
			bisher	4.105.400	2.689.400	283.200	283.200	283.200	283.200	283.200	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. rund 207.500 EUR (2023: 72.309 EUR; 2024: 79.182 EUR; 2025: 55.900 EUR) für einen Zuschuss an den SV Stöckheim zum Ausbau der Tennisanlage. Die Gesamtkosten der geplanten Maßnahmen belaufen sich auf rd. 433.000 EUR für mindestens 3 Bauabschnitte 2023-2025. Vorgesehen sind im Einzelnen folgende Maßnahmen: -2023: Drei Ganzjahresplätze -2024: Neugründung und Ausrichtung Ganzjahresplatz 4, Fluchtlicht -2025: Padelplatz, WC Sanierung (barrierefrei) -2026/2027: Ganzjahresplatz 5, nachhaltiger Tennishallenbau **Anmerkung der Verwaltung:** Die Tennisanlage befindet sich auf einem Erbbaurechtsgrundstück. Pächter ist der SV Stöckheim.
			neu	4.312.900	2.689.400	355.600	362.400	339.100	283.200	283.200	0	
			Veränderung	207.500	0	72.400	79.200	55.900	0	0	0	
			SpA	207.500	0	72.400	79.200	55.900	0	0	0	**angenommen 8 / 3 / 0**
			FPDA	**207.500**	**0**	**72.400**	**79.200**	**55.900**	**0**	**0**	**0**	**angenommen **)**
	29	**Aktivierbare Zuwendungen**		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
159b	4S.670014	Zusch. an Sportvereine allgem.	**SPD-Fraktion**									
			bisher	1.102.000	802.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. rund 207.500 EUR (2023: 72.309 EUR; 2024: 79.182 EUR; 2025: 55.900 EUR) für einen Zuschuss an den SV Stöckheim zum Ausbau der Tennisanlage. Die Gesamtkosten der geplanten Maßnahmen belaufen sich auf rd. 433.000 EUR für mindestens 3 Bauabschnitte 2023-2025. Vorgesehen sind im Einzelnen folgende Maßnahmen: -2023: Drei Ganzjahresplätze -2024: Neugründung und Ausrichtung Ganzjahresplatz 4, Fluchtlicht -2025: Padelplatz, WC Sanierung (barrierefrei) -2026/2027: Ganzjahresplatz 5, nachhaltiger Tennishallenbau **Anmerkung der Verwaltung:** Die Tennisanlage befindet sich auf einem Erbbaurechtsgrundstück. Pächter ist der SV Stöckheim.
			neu	1.102.000	802.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	0	
			Veränderung	0	0	0	0	0	0	0	0	
			SpA	0	0	0	0	0	0	0	0	**angenommen 8 / 3 / 0**
			FPDA	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	Sanierung von Spielplätzen											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E.67 NEU	Wasserspielplatz am Muldeweg / Sanierung	**SBR 221**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2023 für die Sanierung des Wasserspielplatzes am Muldeweg
			neu	408.000	0	408.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	408.000		408.000	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Die grobe Kostenschätzung der Verwaltung beläuft sich auf 408.000 EUR.
			UGA									**abgelehnt 0 / 11 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**
	4E.67 NEU	FB 67: Rampe Aktivspielplatz Schwarzer Berg / Sanierung	**SBR 330**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2023 für die barrierefreie Sanierung der Zuwegungsrampe zum Aktivspielplatz Schwarzer Berg
			neu	150.000	0	150.000		0	0	0	0	
			Veränderung	150.000		150.000	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** Die barrierefreie Umgestaltung entsprechend DIN 18040-01 ist aufgrund der topographischen Gegebenheiten nicht ohne Weiteres zu realisieren, da große Höhenunterschiede überwunden werden müssten und der bei einem Gefälle von > 6 % und Zwischenpodesten über eine Länge verlaufen müsste, die das Areal eigentlich nicht hergibt bzw. bei einer Realisierung einen enormen finanziellen Aufwand bedeuten würde. Eine grobe Kostenschätzung geht von ca. 150.000 EUR aus. Aus diesen Gründen und aus fachlicher Sicht wird an dieser Stelle von einer normgerechten barriefreien Umgestaltung abgeraten.
			UGA									**abgelehnt 0 / 11 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Skaterpark Prinzenpark										
		Instandsetzung Brunnen-Kaskade - Antrag des SBR 120										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4S.67 NEU	Global-Instandhaltungen (Förderprojekte)	**SBR 120**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 80.000 EUR für 2023 für die Instandsetzung der Brunnen-Kaskaden an der Ostseite des Skaterparks im Prinz-Albrecht-Park. Die Arbeiten sollen im Zuge der Neugestaltung des Skaterparks im Prinz-Albrecht-Park erfolgen.
			neu	80.000	0	80.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	80.000		80.000	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Das Projekt ist im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung im Haushalt des FB 67 mit HH-Mitteln i.H.v. 115 TEUR für 2025 auf dem Projekt " Rekonstruktion historische Parkanlagen" geplant und soll durch einen Dritten gefördert werden. Ein Vorziehen des Projektes kann ggf. die erwartete Förderung i.H.v. 25 TEUR gefährden. **Es liegt eine inhaltliche Überschneidung mit dem Antrag der Fraktion "BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN" vor, nach dem Haushaltsmittel für die Instandsetzung der Brunnen-Kaskaden im Prinzenparkt beantragt werden. Es ist nur einer dieser Anträge anzunehmen.**
			UGA									**abgelehnt 0 / 8 / 3**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Instandsetzung Brunnen-Kaskade - alter Antrag der Fraktion "BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
155a	4S.67 NEU	Global-Instandhaltungen (Förderprojekte)	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 100.000 EUR für 2023, um im Zuge der laufenden Sanierung der Skateranlage im Prinz-Albrecht-Park auch die beiden Maßnahmen a) Reaktivierung der Brunnen-Kaskaden und b) Installation eines Trinkwasserbrunnens realisieren zu können. hier: Reaktivierung der Brunnen-Kaskaden **Anmerkung der Verwaltung:** Die Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 EUR sind noch auf die Reaktivierung der Brunnen-Kaskaden und die Installation des Trinwasserbrunnens aufzuteilen. **Es liegt eine inhaltliche Überschneidung mit dem Antrag des SBR 120 vor, nach dem 80.000 EUR für die Instandsetzung der Brunnen-Kaskaden im Prinzenpark beantragt werden. Es ist nur einer dieser Anträge anzunehmen.** **Dieser Antrag wurde von der Fraktion "BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN" zurückgezogen und durch den Antrag 161 ersetzt.**
			neu	0	0	*)	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		*)	0	0	0	0	0	

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	Instandsetzung Brunnen-Kaskade - neuer Antrag der Fraktion "BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN											
	19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
161a	5S.670012	Rekonstruktion hist. Park-u.Grünanlagen	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	1.238.914	1.113.914	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	0	Vorziehen einer Teilfinanzrate in Höhe von 115.000 EUR für 2025 auf 2023 für die Sanierung des Kaskadenbrunnens im Prinz-Albrecht-Park
			neu	1.238.914	1.113.914	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung: Es liegt eine inhaltliche Überschneidung mit dem Antrag des SBR 120 vor, nach dem 80.000 EUR für die Instandsetzung der Brunnen-Kaskaden im Prinzenpark beantragt werden. Es ist nur einer dieser Anträge anzunehmen.**
			UGA	0	0	0	0	0	0	0	0	**passsieren lassen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 7 / 4 / 0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**115.000**	**0**	**-115.000**	**0**	**0**	**0**	
161b	5S.670012	Rekonstruktion hist. Park-u.Grünanlagen	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	1.981.582	1.366.582	100.000	100.000	215.000	100.000	100.000	0	Vorziehen einer Teilfinanzrate in Höhe von 115.000 EUR für 2025 auf 2023 für die Sanierung des Kaskadenbrunnens im Prinz-Albrecht-Park
			neu	1.981.582	1.366.582	215.000	100.000	100.000	100.000	100.000	0	
			Veränderung	0		115.000	0	-115.000	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung: Es liegt eine inhaltliche Überschneidung mit dem Antrag des SBR 120 vor, nach dem 80.000 EUR für die Instandsetzung der Brunnen-Kaskaden im Prinzenpark beantragt werden. Es ist nur einer dieser Anträge anzunehmen.**
			UGA	0	0	115.000	0	-115.000	0	0	0	**passsieren lassen 11 / 0 / 0**
			FPDA	**0**	**0**	**115.000**	**0**	**-115.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 7 / 4 / 0**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	Installation Trinkwasserbrunnen											
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**45.000**		**45.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	5E.670064	FB 67: Prinzenpark / Sanierung	**SBR 120**									
			bisher	753.000	553.000	200.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Hausmittel i. H. v. 25.000 EUR für 2023 für die Realisierung eines Trinkwasserbrunnens. Die Arbeiten sollen im Zuge der Neugestaltung Skaterpark im Prinz-Albrecht-Park erfolgen.
			neu	778.000	553.000	225.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	25.000		25.000	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:** **Es liegt eine inhaltliche Überschneidung mit dem Antrag der Fraktion "BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN" vor, nach dem Haushaltsmittel für die für die Realisierung eines Trinkwasserbrunnens im Prinzenparkt beantragt werden. Der Antrag von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN wurde mittlerweile zurückgezogen.**
			UGA	25.000	0	25.000	0	0	0	0	0	**passieren lassen 11 / 0 / 0**
			FPDA									**Der Antrag wurde für erledigt erklärt: 11 / 0 / 0**
155b	5E.670064	FB 67: Prinzenpark / Sanierung	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	753.000	553.000	200.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 100.000 EUR für 2023, um im Zuge der laufenden Sanierung der Skateranlage im Prinz-Albrecht-Park auch die beiden Maßnahmen a) Reaktivierung der Brunnen-Kaskaden und b) Installation eines Trinkwasserbrunnens realisieren zu können.
			neu	553.000	553.000	*)	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-200.000		*)	0	0	0	0	0	hier: Installation eines Trinwasserbrunnens
												Anmerkung der Verwaltung: Die Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 EUR sind noch auf die Reaktivierung der Brunnen-Kaskaden und die Installation des Trinwasserbrunnens aufzuteilen.
												Es liegt eine inhaltliche Überschneidung mit dem Antrag des SBR 120 vor, nach dem 25.000 EUR für die Realisierung eines Trinkwasserbrunnens bereitgestellt werden sollen. Es ist nur einer dieser Anträge anzunehmen.
												Dieser Antrag wurde von der Fraktion "BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN" zurückgezogen und durch den Antrag 161 ersetzt. Der Antrag sieht keinen Trinkwasserbrunnen im Prinzenpark mehr vor.

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
187	5E.670064	FB 67: Prinzenpark / Sanierung	**SPD-Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	753.000	553.000	200.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Hausmittel i. H. v. 45.000 EUR für 2023 für die Realisierung eines Trinkwasserbrunnens im Prinz-Albrecht-Park; die Arbeiten sollen im Zuge der Neugestaltung Skaterpark im Prinz-Albrecht-Park erfolgen.
			neu	798.000	553.000	245.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	45.000		45.000	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:** **Es liegt eine inhaltliche Überschneidung mit dem Antrag des SBR 120 vor, nach dem Haushaltsmittel in Höhe von 25.000 EUR für die für die Realisierung eines Trinkwasserbrunnens im Prinzenparkt beantragt werden.**
			FPDA	**45.000**		**45.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 10/1/0**
		Maßnahmen Bestattungswesen										
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	5E.670071	FB 67: Westfriedhof / Neubau	**SBR 221**									
			bisher	1.750.000	1.750.000	0	0	0	0	0	0	zusätliche Haushaltsmittel in Höhe von 1,8 Mio. EUR für 2023 ff. für den Neubau des Weststadtfriedhofes
			neu	3.550.000	1.750.000	1.800.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	1.800.000		1.800.000	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** Es sind bereits Finanzmittel i. H. v. 1,75 Mio. EUR (ohne Personalkosten) in vergangenen Jahren eingeplant, welche als Haushaltsrest übertragen werden. Der Antrag ist daher nicht erforderlich.
			UGA									**abgelehnt 0 / 11 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Baumpflanzungen										
		Baumpflanzungen aufgrund der Stürme, etc. in den letzten Jahren										
	10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
129 a	5S.670036	FB 67: GVG- Ankäufe von Bäumen	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	432.000	252.000	36.000	36.000	36.000	36.000	36.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 200.000 EUR (2023 und 2024 je 100.000 EUR) für die Neupflanzung von Bäumen als Ersatz für die in den letzten Jahren verlorengegangen Bestände aufgrund von Stürmen etc.
			neu	432.000	252.000	36.000	36.000	36.000	36.000	36.000	0	
			Veränderung	0	0	0	0	0	0	0	0	
			UGA	0	0	0	0	0	0	0	0	**passieren lassen 11 / 0 / 0**
												Der Antrag wurde durch den gemeinsamen Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit der Nr. 188 ersetzt.
188 a	5S.670036	FB 67: GVG- Ankäufe von Bäumen	**SPD-Fraktion** **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	432.000	252.000	36.000	36.000	36.000	36.000	36.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 110.000 EUR (2023 und 2024 je 55.000 EUR) für die Neupflanzung von Bäumen als Ersatz für die in den letzten Jahren verlorengegangen Bestände aufgrund von Stürmen etc.
			neu	432.000	252.000	36.000	36.000	36.000	36.000	36.000	0	
			Veränderung	0	0	0	0	0	0	0	0	**Die Anträge Nr. 129 und 130 von der Fraktion "BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN" werden hiermit ersetzt.**
			FPDA	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 8/0/3**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**110.000**		**55.000**	**55.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
129 b	5S.670036	FB 67: GVG- Ankäufe von Bäumen	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	4.922.200	4.105.200	163.400	163.400	163.400	163.400	163.400	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 200.000 EUR (2023 und 2024 je 100.000 EUR) für die Neupflanzung von Bäumen als Ersatz für die in den letzten Jahren verlorengegangen Bestände aufgrund von Stürmen etc.
			neu	5.122.200	4.105.200	263.400	263.400	163.400	163.400	163.400	0	
			Veränderung	200.000	0	100.000	100.000	0	0	0	0	
			UGA	200.000	0	100.000	100.000	0	0	0	0	**passieren lassen 11 / 0 / 0**
												Der Antrag wurde durch den gemeinsamen Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit der Nr. 188 ersetzt.
188 b	5S.670036	FB 67: GVG- Ankäufe von Bäumen	**SPD-Fraktion** **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	4.922.200	4.105.200	163.400	163.400	163.400	163.400	163.400	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 110.000 EUR (2023 und 2024 je 55.000 EUR) für die Neupflanzung von Bäumen als Ersatz für die in den letzten Jahren verlorengegangen Bestände aufgrund von Stürmen etc.
			neu	5.032.200	4.105.200	218.400	218.400	163.400	163.400	163.400	0	
			Veränderung	110.000	0	55.000	55.000	0	0	0	0	
												Die Anträge Nr. 129 und 130 von der Fraktion "BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN" werden hiermit ersetzt.
			FPDA	**110.000**		**55.000**	**55.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 8/0/3**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Baumpflanzungen aufgrund der erwarteten Extremwetterereignisse										
	10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
130 a	5S.670036	FB 67: GVG- Ankäufe von Bäumen	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	432.000	252.000	36.000	36.000	36.000	36.000	36.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. jährlich 100.000 EUR für einen "Krisentopf", aus dem bei Bedarf durch Extremwetterereignisse schnell neue Bäume beschafft werden können.
			neu	432.000	252.000	36.000	36.000	36.000	36.000	36.000	0	
			Veränderung	**0**	0	0	0	0	0	0	0	Die Mittel sind mit einem Sperrvermerk zu versehen, damit sie ausschließlich für diesen Zweck genutzt werden.
			UGA	0	0	0	0	0	0	0	0	**passieren lassen 11 / 0 / 0**
												Der Antrag wurde durch den gemeinsamen Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit der Nr. 188 ersetzt.
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
130 b	5S.670036	FB 67: GVG- Ankäufe von Bäumen	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	4.922.200	4.105.200	163.400	163.400	163.400	163.400	163.400	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. jährlich 100.000 EUR für einen "Krisentopf", aus dem bei Bedarf durch Extremwetterereignisse schnell neue Bäume beschafft werden können.
			neu	5.422.200	4.105.200	263.400	263.400	263.400	263.400	263.400	0	
			Veränderung	500.000	0	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	0	Die Mittel sind mit einem Sperrvermerk zu versehen, damit sie ausschließlich für diesen Zweck genutzt werden.
			UGA	500.000	0	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	0	**passieren lassen 11 / 0 / 0**
												Der Antrag wurde durch den gemeinsamen Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit der Nr. 188 ersetzt.

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Sonstige Grünbaumaßnahmen										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**30.000**		**15.000**	**15.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
136	4S.670062	FB 67: Privatgrün/Zusch. För.u.Schutz	**CDU-Fraktion**									
			bisher	140.000	40.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2023 und 2024 i. H. v. jeweils 30.000 EUR für die Aufstockung des Förderprogrammes "Baumreich(es) Braunschweig"
			neu	200.000	40.000	50.000	50.000	20.000	20.000	20.000	0	
			Veränderung	60.000		30.000	30.000	0	0	0	0	
			UGA	60.000	0	30.000	30.000	0	0	0	0	**passieren lassen 11 / 0 / 0**
136 NEU			bisher	140.000	40.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000	0	**Die CDU-Fraktion hat den Antrag Nr. 136 geändert (Nr. 136 NEU). Es werden zusätzliche Haushaltsmittel für 2023 und 2024 i. H. v. jeweils 15.000 EUR beantragt.**
			neu	170.000	40.000	35.000	35.000	20.000	20.000	20.000	0	
			Veränderung	30.000	0	15.000	15.000	0	0	0	0	
			FPDA	**30.000**	**0**	**15.000**	**15.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	5E.67 NEU	Jugendplatz Biberweg / Sanierung	**SBR 321**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2023 für die Sanierung und Aufwertung des Jugendplatzes am Biberweg in Ölper
			neu	215.000	0	215.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	215.000		215.000	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** Die Kostenschätzung für die Sanierung des Jugendplatzes Biberweg beläuft sich auf ca. 215.000 EUR. Für das Projekt wurden Fördermittel vom Land Niedersachsen in Höhe von 35.000 EUR beantragt. Der städtische Anteil von 180.000 EUR kann aus dem TH 67 getragen werden. Es ist vorgesehen, die Haushaltsmittel für 2023 auf ein Einzelprojekt haushaltsneutral umzusetzen.
			UGA									**abgelehnt 0 / 11 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	5S.670048	FB 67: Global-Baum.Grünflächen-Abt.67.2	**SBR 111**									
			bisher	3.938.400	2.813.400	225.000	225.000	225.000	225.000	225.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel i.H.v. 15.000 EUR für 2023 für die Errichtung einer ausreichend großen Hundewiese auf städtischem Gelände für die Hundebesitzer im Stadtbezirk 111.
			neu	3.953.400	2.813.400	240.000	225.000	225.000	225.000	225.000	0	
			Veränderung	15.000		15.000	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Es wird empfohlen den Antrag abzulehnen, da ein Gesamtkonzept für die Stadt Braunschweig (vgl. VA-Beschluss 21-15375-01 vom 04.05.2021) erstellt worden ist, welches nach 2 Jahren im Jahr 2023 evaluiert werden wird. Erst nach erfolgter Evaluation sollten konkrete weitere Maßnahmen vorgeschlagen werden, wobei nicht in jedem Stadtbezirk eine entsprechende Hundewiese notwendig und/oder umsetzbar erscheint.
			UGA									**abgelehnt 0 / 11 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**
	5S.670048	FB 67: Global-Baum.Grünflächen-Abt.67.2	**SBR 321**									
			bisher	3.938.400	2.813.400	225.000	225.000	225.000	225.000	225.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2023 für die Errichtung einer Calisthenics Anlage im Stadbezirk Lehndorf-Watenbüttel; die dafür möglichen Plätze sind dem Bezirksrat zur Entscheidung vorzulegen.
			neu	3.983.400	2.813.400	270.000	225.000	225.000	225.000	225.000	0	
			Veränderung	45.000		45.000	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Die Kosten einer solchen Maßnahme werden auf bis zu rd. 45.000 EUR geschätzt. Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen, da derzeit eine Fortschreibung des "Masterplans Sport" erfolgt, auf dessen Basis entsprechende Maßnahmen für die Stadt Braunschweig zur Umsetzung vorgeschlagen werden.
			UGA									**abgelehnt 0 / 11 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Teilhaushalt 68 - Umwelt										
		Förderung von Photovoltaikanlagen										
	10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
138a	4S.680032	FB 68:Förderprogramm f.regener.Energien	**CDU-Fraktion**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Einnahmen und Ausgaben zur Förderung von Photovoltaik auf Flachdächern im Kanzlerfeld und im Heidberg über Bundesmittel für die energetische Quartiersentwicklung; in Zusamenarbeit mit der Energiegenossenschaft Braunschweiger Land eG und über Mitteln des Bundes für die energetische Quartiersentwicklung; es soll ein Förderprogramm für Photovoltaikanlagen auf Flachdächern im Kanzlerfeld und Heidberg erstellt werden
			neu	0	0	*)	*)	*)	*)	*)	*)	
			Veränderung	0	0	*)	*)	*)	*)	*)	*)	**Anmerkung der Verwaltung** Der Antrag ist als finanzunwirksam gestellt worden. Sofern Bundesmittel von der Stadt weitergereicht werden sollen, so müssen diese im Haushalt abgebildet werden, so dass der Antrag entsprechend als finanzwirksam eingestuft wurde. Eine Vereinnahmung von Fördermitteln im Rahmen des KfW-Programms 432 für den Zweck der Auflegung eines PV-Förderprogramms für Dritte ist jedoch nicht möglich. Da der Antrag der CDU-Fraktion eine Finanzierung aus diesen Mitteln vorsieht, wird der Antrag für nicht umsetzbar gehalten.
												siehe auch Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 6)
			UGA									**abgelehnt 3 / 8 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
138b	4S.680032	FB 68:Förderprogramm f.regener.Energien	**CDU-Fraktion**									
			bisher	3.100.000	900.000	500.000	500.000	400.000	400.000	400.000	0	zusätzliche Einnahmen und Ausgaben zur Förderung von Photovoltaik auf Flachdächern im Kanzlerfeld und im Heidberg über Bundesmittel für die energetische Quartiersentwicklung; in Zusamenarbeit mit der Energiegenossenschaft Braunschweiger Land eG und über Mitteln des Bundes für die energetische Quartiersentwicklung; es soll ein Förderprogramm für Photovoltaikanlagen auf Flachdächern im Kanzlerfeld und Heidberg erstellt werden **Anmerkung der Verwaltung** Der Antrag ist als finanzunwirksam gestellt worden. Sofern Bundesmittel von der Stadt weitergereicht werden sollen, so müssen diese im Haushalt abgebildet werden, so dass der Antrag entsprechend als finanzwirksam eingestuft wurde. Eine Vereinnahmung von Fördermitteln im Rahmen des KfW-Programms 432 für den Zweck der Auflegung eines PV-Förderprogramms für Dritte ist jedoch nicht möglich. Da der Antrag der CDU-Fraktion eine Finanzierung aus diesen Mitteln vorsieht, wird der Antrag für nicht umsetzbar gehalten. **siehe auch Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 6)**
			neu	900.000	900.000	*)	*)	*)	*)	*)	*)	
			Veränderung	-2.200.000		*)	*)	*)	*)	*)	*)	
			UGA									**abgelehnt 3 / 8 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	Thermografiebefliegung											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
139	4S.68 Neu	FB 68: Thermografiebefliegung	**CDU-Fraktion**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 240.000 EUR für 2023/2024 (2023: 80.000 EUR; 2024: 160.000 EUR) für eine Thermografiebefliegung von Braunschweig
			neu	240.000	0	80.000	160.000	0	0	0	0	
			Veränderung	240.000		80.000	160.000	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** Die Verwaltung hat hierzu bereits eine Stellungnahme veröffentlicht (21-17368-01), in der dargestellt wird, dass die Verwaltung die thermografische Befliegung zwar für grundsätzlich geeignet hält, um private Eigentümer*innen in Kombination mit Energieberatung zu einer Sanierung zu motivieren, aber eher die kostengünstigere und umfassendere Variante eines Wärmekatasters, wo auf vorhandene Daten zurückgegriffen wird, verfolgt. **siehe auch Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 6)**
			UGA									**abgelehnt 3 / 8 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor
**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	Teilhaushaltsübergreifend											
	Instandsetzung von Geh- und Radwegen											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E.66 NEU	Geh-/Radweg Arndtstraße/Alte Frankfurter Str. / Instandsetzung	**SBR 221**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2023 für die Instandsetzung der beiden Fahrradwege entsprechend des Antrages 22-18993 (Querung durch den Westpark zwischen Swinestraße und Pippelweg und der Verbindung Am Lehmanger - Arndstraße - Am Klostergang - Alte Frankfurter Straße) hier: Instandsetzung des Geh-/Radweges Arndtstraße/Alte Frankfurter Str. (Zuständigkeit FB 66) **Anmerkungen der Verwaltung:** Die Verwaltung schätzt die Kosten für die Instandsetzung des Geh-/Radweges Arndtstraße / Alte Frankfurter Str. auf 410.000 EUR. Darin ist eine Verbreiterung (3,20 m als Zweirichtungsradweg und 2,50 m Gehweg) enthalten. Für die Instandsetzung des Geh-/Radweges Arndtstraße/Alte Frankfurter Str. (FB 66) und des Freizeitweges Querung durch den Westpark zwischen Swinestr. und Pippelweg (FB 67; folgender Antrag) wurde ein gemeinsame Antrag gestellt.
			neu	410.000	0	410.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	410.000		410.000	0	0	0	0	0	
			AMTA									**abgelehnt 4 / 7 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**
	4S.670061	FB 67: Global Instandh. Grünflächen	**SBR 221**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2023 für die Instandsetzung der beiden Fahrradwege entsprechend des Antrages 22-18993 (Querung durch den Westpark zwischen Swinestraße und Pippelweg und der Verbindung Am Lehmanger - Arndstraße - Am Klostergang - Alte Frankfurter Straße) hier: Verbindungsweg Swinestr. - Pippelweg (Zuständigkeit FB 67) **Anmerkungen der Verwaltung:** Die Kostenschätzung der Verwaltung liegt noch nicht vor.
			neu	0	0	*)	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		*)	0	0	0	0	0	
			UGA									**abgelehnt 1 / 10 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Einrichtung von Nachbarschaftszentren - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN										
		Teilhaushalt 50 - Soziales und Gesundheit										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
119 a	4S.500025	FB 50 Global-Zuschüsse an Sozialeinr.	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	224.600	224.600	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für Zuschüsse für Ausstattung und bauliche Maßnahmen von jährlich 3 Nachbarschaftszentren in 2023 und 6 Nachbarschaftszentren in 2024.
			neu	224.600	224.600	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0	0	0	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Würde dem Antrag gefolgt werden, so würde nach der bisherigen Prioritätenliste des Rates für Nachbarschaftszentren das bisher für 2029 vorgesehene Nachbarschaftszentrum Bebelhof auf 2027 vorrücken. Der Neubau wäre von der Hochbauverwaltung umzusetzen (siehe Antrag 119b und c). Weitere Haushaltsmittel würden im Investitionsprogramm nicht erforderlich werden. **Zu den lfd. Kosten wird auf die Listen des Ergebnishaushaltes verwiesen.**
												Zusätzliche Information: Im Rahmen der Ansatzveränderungen beantragt die Verwaltung, 50.000 EUR in 2024 für einen Zuschuss an die Niwo bzw. Träger für Umbaumaßnahmen zum Nachbarschaftszentrum in Rüningen (Alte Schule) aufzunehmen.
												Weiterhin liegt ein Antrag des Stadtbezirksrates 111 vor, in dessen Bezirk ein Nachbarschaftszentrum zu errichten.
			AfSG	0		0	0	0	0	0	0	**passieren lassen 10 /0 /0**
			APH	0		0	0	0	0	0	0	**passieren lassen 11 / 0 / 0**
												Der Antrag wurde durch den gemeinsamen Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit der Nr. FWE 183 ersetzt.

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Teilhaushalt 20 - Finanzen (Umsetzung durch FB 65)										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
119 b	4E.21 Neu	Nachbarschaftszentrum Bebelhof / Neubau	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für Zuschüsse für Ausstattung und bauliche Maßnahmen von jährlich 3 Nachbarschaftszentren in 2023 und 6 Nachbarschaftszentren in 2024.
			neu	500.000	0	10.000	20.000	100.000	300.000	70.000	0	
			Veränderung	500.000	0	10.000	20.000	100.000	300.000	70.000	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Würde dem Antrag gefolgt werden, so würde nach der bisherigen Prioritätenliste des Rates für Nachbarschaftszentren das bisher für 2029 vorgesehene Nachbarschaftszentrum Bebelhof auf 2027 vorrücken. Grundlage für Planung und Errichtung aller städtischen Neubauten bildet grundsätzlich ein vom zuständigen Gremium beschlossenes Raumprogramm. Ein Standardraumprogramm für Nachbarschaftszentren ist bisher noch nicht erarbeitet und beschlossen worden. Insofern kann aktuell unter Bezugnahme auf diverse Drucksachen zu Nachbarschaftszentren aus den Jahren 2018 bis 2020 nur ein Nutzflächenbedarf von ca. 300 m² für ein derartiges, neu zu errichtendes Objekt prognostiziert werden. Dieser Raumbedarf würde unter Berücksichtigung der aktuellen Kennwerte zur Baupreisentwicklung sowie der Annahme von Standardrahmenbedingungen für Grundstückserschließung und Bau ein Investitionsvolumen für Planung und Errichtung von mindestens 2.5 Mio. € erfordern. Zusätzlich werden ggf. Grundstückserwerbskosten erforderlich. **Es wird darauf hingewiesen, dass sich durch den Neubau auch Folgekosten ergeben, die im Ergebnishaushalt aufzunehmen wären.** **Zusätzliche Information:** Im Rahmen der Ansatzveränderungen beantragt die Verwaltung, 50.000 EUR in 2024 für einen Zuschuss an die Niwo bzw. Träger für Umbaumaßnahmen zum Nachbarschaftszentrum in Rüningen (Alte Schule) aufzunehmen. **Weiterhin liegt ein Antrag des Stadtbezirksrates 111 vor, in dessen Bezirk ein Nachbarschaftszentrum zu errichten.**
			AfSG									**abgelehnt 0 / 10 / 0**
			APH	500.000		10.000	20.000	100.000	300.000	70.000	0	**passieren lassen 11 / 0 / 0** **Der Antrag wurde durch den gemeinsamen Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit der Nr. FWE 183 ersetzt.**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
119 c	4E.21 Neu	Nachbarschaftszentrum Bebelhof / Neubau	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für Zuschüsse für Ausstattung und bauliche Maßnahmen von jährlich 3 Nachbarschaftszentren in 2023 und 6 Nachbarschaftszentren in 2024.
			neu	2.000.000	0	40.000	80.000	400.000	1.200.000	280.000	0	
			Veränderung	2.000.000	0	40.000	80.000	400.000	1.200.000	280.000	0	**Anmerkung der Verwaltung:** Würde dem Antrag gefolgt werden, so würde nach der bisherigen Prioritätenliste des Rates für Nachbarschaftszentren das bisher für 2029 vorgesehene Nachbarschaftszentrum Bebelhof auf 2027 vorrücken. Grundlage für Planung und Errichtung aller städtischen Neubauten bildet grundsätzlich ein vom zuständigen Gremium beschlossenes Raumprogramm. Ein Standardraumprogramm für Nachbarschaftszentren ist bisher noch nicht erarbeitet und beschlossen worden. Insofern kann aktuell unter Bezugnahme auf diverse Drucksachen zu Nachbarschaftszentren aus den Jahren 2018 bis 2020 nur ein Nutzflächenbedarf von ca. 300 m² für ein derartiges, neu zu errichtendes Objekt prognostiziert werden. Dieser Raumbedarf würde unter Berücksichtigung der aktuellen Kennwerte zur Baupreisentwicklung sowie der Annahme von Standardrahmenbedingungen für Grundstückserschließung und Bau ein Investitionsvolumen für Planung und Errichtung von mindestens 2.5 Mio. € erfordern. Zusätzlich werden ggf. Grundstückserwerbskosten erforderlich. **Es wird darauf hingewiesen, dass sich durch den Neubau auch Folgekosten ergeben, die im Ergebnishaushalt aufzunehmen wären.** **Zusätzliche Information:** Im Rahmen der Ansatzveränderungen beantragt die Verwaltung, 50.000 EUR in 2024 für einen Zuschuss an die Niwo bzw. Träger für Umbaumaßnahmen zum Nachbarschaftszentrum in Rüningen (Alte Schule) aufzunehmen.
				VE 2025: 0	VE 2025 neu: 400.000	**VE 2025 Veränderung:**					**400.000**	
				VE 2026: 0	VE 2026 neu: 1.200.000	**VE 2026 Veränderung:**					**1.200.000**	**Weiterhin liegt ein Antrag des Stadtbezirksrates 111 vor, in dessen Bezirk ein Nachbarschaftszentrum zu errichten.**
				VE 2027: 0	VE 2027 neu: 280.000	**VE 2027 Veränderung:**					**280.000**	
			AfSG									**abgelehnt 0 / 10 / 0**
			APH	2.000.000		40.000	80.000	400.000	1.200.000	280.000	0	**passieren lassen 11 / 0 / 0** **Der Antrag wurde durch den gemeinsamen Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit der Nr. FWE 183 ersetzt.**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	Einrichtung von Nachbarschaftszentren - Antrag des Stadtbezirksrates 111											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E.21 NEU	Nachbarschaftszentrum SB 111 / Planung u. Errichtung	**SBR 111**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 500.000 EUR für die Planung und Errichtung eines Nachbarschaftszentrums als Jugendzentrum, Familientreff und Seniorenbegegnungstätte.
			neu	100.000	0	100.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	100.000		100.000	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** Mit Vorlage 22-19319 ist das Konzept zu den Nachbarschaftszentren beschlossen worden. Darauf basierend sind 50.000 EUR für das Nachbarschaftszentrum Rüningen eingeplant worden (siehe Ansatzveränderungen TH 50). Der Beschluss beinhaltet die Priorisierung auf vier Nachbarschaftszentren, die in der Vorlage auch genannt werden. Ein Nachbarschaftszentrum in Hondelage -Volkmarode ist nicht vorgesehen. **Zu der Errichtung von Nachbarschaftszentren liegt ebenfalls ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vor, der weitergehender ist, aber keinen Neubau im Stadtbezirk 111 beinhaltet.**
			AfSG									**abgelehnt 0 / 10 / 0**
			APH									**abgelehnt 0 / 11 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E.21 NEU	Nachbarschaftszentrum SB 111 / Planung u. Errichtung	**SBR 111**									
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 500.000 EUR für die Planung und Errichtung eines Nachbarschaftszentrums als Jugendzentrum, Familientreff und Seniorenbegegnungstätte.
			neu	400.000	0	400.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	400.000		400.000	0	0	0	0	0	**Anmerkung der Verwaltung** Mit Vorlage 22-19319 ist das Konzept zu den Nachbarschaftszentren beschlossen worden. Darauf basierend sind 50.000 EUR für das Nachbarschaftszentrum Rüningen eingeplant worden (siehe Ansatzveränderungen TH 50). Der Beschluss beinhaltet die Priorisierung auf vier Nachbarschaftszentren, die in der Vorlage auch genannt werden. Ein Nachbarschaftszentrum in Hondelage -Volkmarode ist nicht vorgesehen. **Zu der Errichtung von Nachbarschaftszentren liegt ebenfalls ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vor, der weitergehender ist, aber keinen Neubau im Stadtbezirk 111 beinhaltet.**
			AfSG									**abgelehnt 0 / 10 / 0**
			APH									**abgelehnt 0 / 11 / 0**
			FPDA									**abgelehnt **)**

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

**) Der Antrag wurde en bloc abgestimmt. Beschluss: Der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung schließt sich der Ausschussempfehlung an. Abstimmungsergebnis: 10/0/1

Anlage 2.5.2.1

Investitionsprogramm 2022-2027

Ansatzveränderungen der Verwaltung

Stand: 14. März 2023

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt Politische Gremien												
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**9.700**		**9.700**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
1	4S.000001	Politische Gremien: Instandhaltungen	bisher	58.600	46.100	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 8.000 EUR für 2023 für funktionale Umbauten (Bodenbelagsarbeiten in Fraktionsräumen)
			neu	66.600	46.100	10.500	2.500	2.500	2.500	2.500	0	
			Veränderung	8.000		8.000	0	0	0	0	0	
			APH	**8.000**		**8.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**
2	5S.000001	Polit. Gremien: GVG-Sammelprojekt	bisher	12.600	3.600	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.700 EUR für 2023 für die Ausstattung eines Fraktionsraumes mit Rollos
			neu	14.300	3.600	3.500	1.800	1.800	1.800	1.800	0	
			Veränderung	**1.700**		**1.700**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
Teilhaushalt 0100 - Büro des Oberbürgermeisters												
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**2.400**		**2.400**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
3	5S.000003	0100: GVG-Sammelprojekt	bisher	30.200	12.200	3.600	3.600	3.600	3.600	3.600	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2.400 EUR für 2023 für die Ausstattung mit Büromobliliar (Grund: zusätzliche Mitarbeiter)
			neu	32.600	12.200	6.000	3.600	3.600	3.600	3.600	0	
			Veränderung	**2.400**		**2.400**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 0150 - Gleichstellungsreferat												
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**2.000**		**1.000**	**1.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
4	5S.000010	Ref. 0150: GVG-Sammelprojekt	bisher	2.600	1.100	300	300	300	300	300	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jeweils 1.000 EUR für 2023 und 2024 für die Ausstattung von zusätzlichem Personal mit Mobiliar für das Ref. 0150
			neu	4.600	1.100	1.300	1.300	300	300	300	0	
			Veränderung	**2.000**		**1.000**	**1.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
Teilhaushalt 10 - Zentrale Dienste												
Bildungszentrum (NSI) - Umzug in die Taubenstraße												
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**109.500**		**82.100**	**27.400**	**0**	**0**	**0**	**0**	
5a	4S.100007	FB 10: Zuschüsse für Dritte	bisher	91.400	91.400	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 109.500 EUR (2023: 82.100 EUR; 2024: 27.400 EUR) für einen Zuschuss an das Niedersächsische Studieninstitut zur Einrichtung des Bildungszentrums in der Taubenstraße (Umbauten)
			neu	200.900	91.400	82.100	27.400	0	0	0	0	
			Veränderung	**109.500**		**82.100**	**27.400**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	29	**Aktivierbare Zuwendungen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
5b	4S.100007	FB 10: Zuschüsse für Dritte	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 109.500 EUR (2023: 82.100 EUR; 2024: 27.400 EUR) für einen Zuschuss an das Niedersächsische Studieninstitut zur Einrichtung des Bildungszentrums in der Taubenstraße (Umbauten)
			neu	0	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		sonstige Instandhaltungs- und Umbaubedarfe										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**40.000**		**0**	**40.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
6	4S.10 Neu	FB 10: Global-Instandhaltungen FB 10 intern	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 40.000 EUR für 2024 für Sicherungsmaßnahmen für das IT-Lager in der anzumietenden Liegenschaft "Bohlweg 52" (versicherungstechnische Vorgaben)
			neu	40.000	0	0	40.000	0	0	0	0	
			Veränderung	40.000		0	40.000	0	0	0	0	
			APH	**40.000**		**0**	**40.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**
		Teilhaushalt 20 - Finanzen										
		Vorplanungen										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**300.000**		**350.000**	**50.000**	**0**	**0**	**-100.000**	**0**	
7	3E.210013	GS Westl. Ringgebiet Neub. /Vorpl.	bisher	534.035	434.035	100.000	0	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 EUR für 2023 für die Vorplanung des Neubaus der GS Westliches Ringgebiet
			neu	484.035	434.035	50.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-50.000		-50.000	0	0	0	0	0	
			APH	**-50.000**		**-50.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	-50.000	0	-50.000	0	0	0	0	0	**angenommen 16 /0 /0**
8	3E.210028	IGS Querum/Vorpl. Umbau ehem. GS-Gebäude	bisher	100.000	0	0	0	0	0	100.000	0	Vorziehen der Finanzrate 2027 in Höhe von 100.000 EUR auf 2023/24 für die Vorplanung des ehemaligen GS-Querum-Gebäudes für die IGS (2023: + 50.000 EUR, 2024: + 50.000 EUR)
			neu	100.000	0	50.000	50.000	0	0	0	0	
			Veränderung	0		50.000	50.000	0	0	-100.000	0	
			APH	**0**		**50.000**	**50.000**	**0**	**0**	**-100.000**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	0	0	50.000	50.000	0	0	-100.000	0	**angenommen 16 /0 /0**

Haushaltslesung 2023ff - Investitionsprogramm 2022 - 2027 - Ansatzveränderungen der Verwaltung (ohne Experimentierklausel)

Anlage 2.5.2.1

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
9	3E.210031	Bürogebäude/Vorpl. neue Arbeitswelten	bisher	500.000	0	500.000	0	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 EUR für 2023 für die Vorplanung neuer Arbeitswelten in Bürogebäuden (Grund: Wegfall Pilotprojekt Rathaus)
			neu	0	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-500.000		-500.000	0	0	0	0	0	
			APH	**-500.000**		**-500.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**
10	3E.210019	Rathaus-Sanierung / Vorplanung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 EUR für 2023 für die Vorplanung der Sanierung des Rathauses
			neu	500.000	0	500.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	500.000		500.000	0	0	0	0	0	
			APH	**500.000**		**500.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**
11	3E.21 NEU	Kulturdenkmal Villa Haeckel / Vorplanung Sanierung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 350.000 EUR für 2023 für die Vorplanung der Sanierung des Kulturdenkmals Villa Haeckel
			neu	350.000	0	350.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	350.000		350.000	0	0	0	0	0	
			APH	**350.000**		**350.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Gewerbegebiet Waller See - 1. BA										
	10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**2.242.300**		**2.242.300**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
12a	4S.200002	Ausgleichszahlungen Waller See	bisher	238.850	238.850	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Erträge (Steuern) in Höhe von 2.242.300 EUR für 2023 entsprechend der vertraglichen Regelungen zum Gewerbegebiet Waller See
			neu	2.481.150	238.850	2.242.300	0	0	0	0	0	
			Veränderung	**2.242.300**		**2.242.300**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**400.000**		**400.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
12b	4S.200002	Ausgleichszahlungen Waller See	bisher	1.656.610	1.656.610	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Aufwendungen in Höhe von 400.000 EUR für 2023 für die Beteiligung an den Sanierungsmaßnahmen der gemeinsam erstellten Straßenabschnitte im Gewerbegebiet Waller See (1. BA)
			neu	2.056.610	1.656.610	400.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	**400.000**		**400.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
		PPP-Projekt IGS Heidberg										
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**3.000.000**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**3.000.000**	
13	5E.210115	PPP-Investitionsabtrag 5. IGS Heidberg	bisher	6.930.119	2.670.119	415.000	430.000	445.000	460.000	475.000	2.035.000	Anpassung des Restbedarfs ab 2028 für den Investitionsabtrag des PPP-Projektes "5. IGS Heidberg"
			neu	9.930.119	2.670.119	415.000	430.000	445.000	460.000	475.000	5.035.000	
			Veränderung	3.000.000		0	0	0	0	0	3.000.000	
			SchA	**3.000.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**3.000.000**	**angenommen 14 /0 /2**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		sonstige Maßnahmen des FB 20										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**290.000**		**130.000**	**40.000**	**40.000**	**40.000**	**40.000**	**0**	
14	4E.200005	FB 20: Maßn. i.Z.m. Krisenm./Gasmang.	bisher	50.000	50.000	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 EUR für 2023 für Maßnahmen des Krisenstabes "Gasmangellage"
			neu	150.000	50.000	100.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	**100.000**		**100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
15	4S.200038	FB 20: Software-Wartung IT Finanzwesen	bisher	21.037.800	13.182.800	1.060.000	1.110.000	1.165.000	2.230.000	2.290.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die SAP-Softwarewartung von jährlich 30.000 EUR bis 40.000 EUR (Grund: Einführung der elektronischen Verarbeitung von Eingangsrechnungen) 2023: + 30.000 EUR; 2024: + 40.000 EUR; 2025: + 40.000 EUR; 2026: + 40.000 EUR, 2027: + 40.000 EUR
			neu	21.227.800	13.182.800	1.090.000	1.150.000	1.205.000	2.270.000	2.330.000	0	
			Veränderung	**190.000**		**30.000**	**40.000**	**40.000**	**40.000**	**40.000**	**0**	
	25	**Erwerb von Grundstücken und Gebäuden** (Veränderungen)		**10.000.000**		**10.000.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
NEU	5S.210008	FB 20: Global - Ankauf von Grundst.	bisher	63.237.800	37.007.800	5.246.000	5.246.000	5.246.000	5.246.000	5.246.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe 10 Mio. EUR für den Erwerb von Unterkünften zur Aufnahme von Flüchtlingen
			neu	73.237.800	37.007.800	15.246.000	5.246.000	5.246.000	5.246.000	5.246.000	0	
			Veränderung	**10.000.000**		**10.000.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Projekte, die durch die Hochbaugesellschaft umgesetzt werden (IP FB 65) **Teilhaushalt 20 - Finanzen** **Stadthallensanierung**										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**12.600.000**		**2.200.000**	**2.800.000**	**7.600.000**	**0**	**0**	**0**	
NEU	4E. 21 Neu	Stadthallensanierung / Umsetzung SFB	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 63 Mio. EUR für die Planung und erste vorbereitende Maßnahmen zur Sanierung der Stadthalle durch die SFB (2023: + 11.000.000 EUR, 2024: + 14.000.000 EUR, 2025: + 38.000.000 EUR)
			neu	12.600.000	0	2.200.000	2.800.000	7.600.000	0	0	0	
			Veränderung	**12.600.000**		**2.200.000**	**2.800.000**	**7.600.000**	**0**	**0**	**0**	
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**50.400.000**		**8.800.000**	**11.200.000**	**30.400.000**	**0**	**0**	**0**	
NEU	4E. 21 Neu	Stadthallensanierung / Umsetzung SFB	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 63 Mio. EUR für die Planung und erste vorbereitende Maßnahmen zur Sanierung der Stadthalle durch die SFB (2023: + 11.000.000 EUR, 2024: + 14.000.000 EUR, 2025: + 38.000.000 EUR) zusätzliche VE zu Lasten 2025 von 30.400.000 EUR
			neu	50.400.000	0	8.800.000	11.200.000	30.400.000	0	0	0	
			Veränderung	**50.400.000**		**8.800.000**	**11.200.000**	**30.400.000**	**0**	**0**	**0**	
				VE 2025:	0	VE 2025 neu:	30.400.000	**VE 2025 Veränderung:**			**30.400.000**	

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Projekte, die durch den FB 65 umgesetzt werden **Teilhaushalt 20 - Finanzen** **Schulsanierungsprogramm** **IGS Franzsches Feld**										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**-2.300.000**	**-405.000**	**2.705.000**	**0**	**0**	**0**	
16a	4E.210144	IGS Franzsches Feld / Sanierung	bisher	10.048.483	7.152.483	2.396.000	500.000	0	0	0	0	Verschieben von Teilfinanzraten 2023 und 2024 auf 2025 in Höhe von 2,705 Mio. EUR für die Sanierung der IGS Franzsches Feld (2023: - 2.300.000 EUR, 2024: - 405.000 EUR, 2025: + 2.705.000 EUR)
			neu	10.048.483	7.152.483	96.000	95.000	2.705.000	0	0	0	
			Veränderung	0		-2.300.000	-405.000	2.705.000	0	0	0	
			APH	**0**		**-2.300.000**	**-405.000**	**2.705.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	0		-2.300.000	-405.000	2.705.000	0	0	0	**angenommen 16 /0 /0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
16b	4E.210144	IGS Franzsches Feld / Sanierung	bisher	16.259.817	16.259.817	0	0	0	0	0	0	Verschieben von Teilfinanzraten 2023 und 2024 auf 2025 in Höhe von 2,705 Mio. EUR für die Sanierung der IGS Franzsches Feld (2023: - 2.300.000 EUR, 2024: - 405.000 EUR, 2025: + 2.705.000 EUR)
			neu	16.259.817	16.259.817	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			APH	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	0		0	0	0	0	0	0	**angenommen 16 /0 /0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	GS Völkenrode											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**-110.000**	**110.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
17a	4E.210148	GS Völkenrode / Sanierung	bisher	200.000	80.000	120.000	0	0	0	0	0	Verschieben einer Teilfinanzrate 2023 in Höhe von 550.000 EUR auf 2024 für die Sanierung der GS Völkenrode
			neu	200.000	80.000	10.000	110.000	0	0	0	0	
			Veränderung	0		-110.000	110.000	0	0	0	0	
			APH	**0**		**-110.000**	**110.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	0		-110.000	110.000	0	0	0	0	**angenommen 16 /0 /0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**-440.000**	**440.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
17b	4E.210148	GS Völkenrode / Sanierung	bisher	800.000	320.000	480.000	0	0	0	0	0	Verschieben einer Teilfinanzrate 2023 in Höhe von 550.000 EUR auf 2024 für die Sanierung der GS Völkenrode
			neu	800.000	320.000	40.000	440.000	0	0	0	0	
			Veränderung	0		-440.000	440.000	0	0	0	0	
			APH	**0**		**-440.000**	**440.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	0		-440.000	440.000	0	0	0	0	**angenommen 16 /0 /0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		RS Georg-Eckert-Straße										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**1.270.600**		**470.600**	**800.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
NEU	4E.210404	RS Georg-E.-Str./Brand.+San.NTW-Räume	bisher	1.196.400	58.400	738.000	400.000	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.270.600 EUR für 2023 / 2024 für Brandschutzmaßnahmen und Sanierungsmaßnahmen "NTW-Räume" an der RS Georg-Eckert-Str. (2023: + 470.600 EUR, 2024: + 800.000 EUR) Gesamtkosten bisher: 1.196.400 EUR Gesamtkosten neu: 2.467.000 EUR
			neu	2.467.000	58.400	1.208.600	1.200.000	0	0	0	0	
			Veränderung	**1.270.600**		**470.600**	**800.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
		Einrichtung von Ganztagsbetrieben										
		Einrichtung GTB und Sanierung GS Melverode										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**-407.000**	**0**	**0**	**407.000**	**0**	**0**	
NEU	4E.210236	GS Melverode/Einr. GTB und Sanierung	bisher	14.357.700	2.740.000	3.500.000	3.500.000	3.500.000	1.117.700	0	0	Verschieben einer Teilfinanzrate 2023 für die Einrichtung des GTB und die Sanierung der GS Melverode auf 2026
			neu	14.357.700	2.740.000	3.093.000	3.500.000	3.500.000	1.524.700	0	0	
			Veränderung	**0**		**-407.000**	**0**	**0**	**407.000**	**0**	**0**	
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
NEU	4E.210236	GS Melverode/Einr. GTB und Sanierung	bisher	717.300	717.300	0	0	0	0	0	0	Verschieben einer Teilfinanzrate 2023 für die Einrichtung des GTB und die Sanierung der GS Melverode auf 2026
			neu	717.300	717.300	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Erweiterung und Einrichtung GTB GS Querum										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**-42.000**	**-360.000**	**42.000**	**0**	**100.000**	**260.000**	
18a	4E.210276	GS Querum / Erw. u. Einr. GTB	bisher	4.821.700	210.000	100.000	800.000	1.000.000	1.711.700	1.000.000	0	Verschieben einer Teilfinanzrate in Höhe von 500.000 EUR von 2024 auf 2027 für die Erweiterung und Einrichtung des GTB der GS Querum
			neu	4.821.700	210.000	100.000	700.000	1.000.000	1.711.700	1.100.000	0	
			Veränderung	0		0	-100.000	0	0	100.000	0	
			APH	0		0	-100.000	0	0	100.000	0	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	0		0	-100.000	0	0	100.000	0	**angenommen 16 /0 /0**
18 a NEU			bisher	4.821.700	210.000	100.000	800.000	1.000.000	1.711.700	1.000.000	0	Verschieben einer Teilfinanzrate 2023/2024 in Höhe von 2.010.000 EUR für die Erweiterung und Einrichtung eines GTB an der GS Querum auf 2025 und 2028 ff. (2023: -210.000 EUR, 2024: -1.800.000 EUR, 2025: + 210.000 EUR, 2027: + 500.000 EUR; 2028: + 1.300.000 EUR)
			neu	4.821.700	210.000	58.000	440.000	1.042.000	1.711.700	1.100.000	260.000	
			Veränderung	**0**		**-42.000**	**-360.000**	**42.000**	**0**	**100.000**	**260.000**	

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**-168.000**	**-1.440.000**	**168.000**	**0**	**400.000**	**1.040.000**	
18b	4E.210276	GS Querum / Erw. u. Einr. GTB										
			bisher	19.191.300	744.700	400.000	3.200.000	4.000.000	6.846.600	4.000.000	0	Verschieben einer Teilfinanzrate in Höhe von 500.000 EUR von 2024 auf 2027 für die Erweiterung und Einrichtung des GTB der GS Querum
			neu	19.191.300	744.700	400.000	2.800.000	4.000.000	6.846.600	4.400.000	0	
			Veränderung	0		0	-400.000	0	0	400.000	0	Reduzierung der VE zu Lasten 2024 um 400.000 EUR Erhöhung der VE zu Lasten 2027 um 400.000 EUR
				VE 2024:	3.200.000	VE 2024 neu:	2.800.000		**VE 2024 Veränderung:**		**-400.000**	
				VE 2025:	4.000.000	VE 2025 neu:	4.000.000		**VE 2025 Veränderung:**		**0**	
				VE 2026:	6.800.000	VE 2026 neu:	6.800.000		**VE 2026 Veränderung:**		**0**	
				VE 2027:	4.000.000	VE 2027 neu:	4.400.000		**VE 2027 Veränderung:**		**400.000**	
			APH	0	0	0	-400.000	0	0	400.000	0	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	0		0	-400.000	0	0	400.000	0	**angenommen 16 /0 /0**
18 b NEU												
			bisher	19.191.300	744.700	400.000	3.200.000	4.000.000	6.846.600	4.000.000	0	Verschieben einer Teilfinanzrate 2023/2024 in Höhe von 2.010.000 EUR für die Erweiterung und Einrichtung eines GTB an der GS Querum auf 2025 und 2028 ff. (2023: -210.000 EUR, 2024: -1.800.000 EUR, 2025: + 210.000 EUR, 2027: + 500.000 EUR; 2028: + 1.300.000 EUR)
			neu	19.191.300	744.700	232.000	1.760.000	4.168.000	6.846.600	4.400.000	1.040.000	
			Veränderung	**0**		**-168.000**	**-1.440.000**	**168.000**	**0**	**400.000**	**1.040.000**	Reduzierung der VE zu Lasten 2024 um 1.440.000 EUR Erhöhung der VE zu Lasten 2025 um 168.000 EUR Erhöhung der VE zu Lasten 2027 um 400.000 EUR
				VE 2024:	3.200.000	VE 2024 neu:	1.760.000		**VE 2024 Veränderung:**		**-1.440.000**	
				VE 2025:	4.000.000	VE 2025 neu:	4.168.000		**VE 2025 Veränderung:**		**168.000**	
				VE 2026:	6.800.000	VE 2026 neu:	6.800.000		**VE 2026 Veränderung:**		**0**	
				VE 2027:	4.000.000	VE 2027 neu:	4.400.000		**VE 2027 Veränderung:**		**400.000**	

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Einrichtung GTB GS St. Josef										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**-720.000**	**720.000**	
19a	4E.210302	GS St. Josef / Einr. GTB										
			bisher	800.000	0	0	0	0	0	800.000	0	Verschieben einer Teilfinanzrate in Höhe von 3.600.000 EUR von 2027 auf 2028 ff. für die Einrichtung des Ganztagsbetriebes an der GS St. Josef
			neu	800.000	0	0	0	0	0	80.000	720.000	
			Veränderung	0		0	0	0	0	-720.000	720.000	
			APH	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**-720.000**	**720.000**	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	0		0	0	0	0	-720.000	720.000	**angenommen 16 /0 /0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**-2.880.000**	**2.880.000**	
19b	4E.210302	GS St. Josef / Einr. GTB										
			bisher	3.200.000	0	0	0	0	0	3.200.000	0	Verschieben einer Teilfinanzrate in Höhe von 3.600.000 EUR von 2027 auf 2028 ff. für die Einrichtung des Ganztagsbetriebes an der GS St. Josef
			neu	3.200.000	0	0	0	0	0	320.000	2.880.000	
			Veränderung	0		0	0	0	0	-2.880.000	2.880.000	Reduzierung der VE zu Lasten 2027 um 3.200.000 EUR
				VE 2027:	3.200.000	VE 2027 neu:	0	**VE 2027 Veränderung:**			**-3.200.000**	
			APH	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-2.880.000**	**2.880.000**	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	0		0	0	0	0	-2.880.000	2.880.000	**angenommen 16 /0 /0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
Einrichtung GTB und Sanierung der GS Waggum												
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-185.200**		**-185.200**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
20a	4E.210239	GS Waggum/Erw./Einr. GTB u. Sanierung	bisher	2.855.112	2.455.112	400.000	0	0	0	0	0	Reduzierung der Finanzrate 2023 für die Einrichtung des Ganztagsbetriebes an der GS Waggum und deren Sanierung um 926.100 EUR (siehe APH-Vorlage 22-19068) Gesamtkosten bisher: 15.097.900 EUR Gesamtkosten neu: 14.172.000 EUR
			neu	2.669.912	2.455.112	214.800	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-185.200		-185.200	0	0	0	0	0	
			APH	**-185.200**		**-185.200**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	-185.200		-185.200	0	0	0	0	0	**angenommen 16 /0 /0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**-740.900**		**-740.900**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
20b	4E.210239	GS Waggum/Erw./Einr. GTB u. Sanierung	bisher	13.426.073	11.826.073	1.600.000	0	0	0	0	0	Reduzierung der Finanzrate 2023 für die Einrichtung des Ganztagsbetriebes an der GS Waggum und deren Sanierung um 926.100 EUR (siehe APH-Vorlage 22-19068) Gesamtkosten bisher: 15.097.900 EUR Gesamtkosten neu: 14.172.000 EUR
			neu	12.685.173	11.826.073	859.100	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-740.900		-740.900	0	0	0	0	0	
			APH	**-740.900**		**-740.900**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	-740.900		-740.900	0	0	0	0	0	**angenommen 16 /0 /0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	27	**Erwerb von beweglichem Sachvermögen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
20c	4E.210239	GS Waggum/Erw./Einr. GTB u. Sanierung	bisher	16.775	16.775	0	0	0	0	0	0	Reduzierung der Finanzrate 2023 für die Einrichtung des Ganztagsbetriebes an der GS Waggum und deren Sanierung um 926.100 EUR (siehe APH-Vorlage 22-19068) Gesamtkosten bisher: 15.097.900 EUR Gesamtkosten neu: 14.172.000 EUR
			neu	16.775	16.775	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			APH	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	0		0	0	0	0	0	0	**angenommen 16 /0 /0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Einrichtung GTB und Sanierung der GS Bültenweg										
	10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
21a	4E.210240	GS Bültenweg /Erw./Einr.GTB/Sanierung	bisher	202.300	0	0	202.300	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2.345.000 EUR für 2024 und 2025 für die Einrichtung des Ganztagsbetriebes an der GS Bültenweg und deren Sanierung sowie Verschieben einer Teilfinanzrate von 2023 auf 2024 in Höhe von 1.000.000 EUR (siehe APH-Vorlage 22-18915) Gesamtkosten bisher: 12.400.000 EUR Gesamtkosten neu: 14.745.000 EUR
			neu	202.300	0	0	202.300	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			APH	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	0		0	0	0	0	0	0	**angenommen 16 /0 /0**
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**469.100**		**-200.000**	**328.700**	**340.400**	**0**	**0**	**0**	
21b	4E.210240	GS Bültenweg /Erw./Einr.GTB/Sanierung	bisher	2.677.689	1.378.089	440.000	400.000	459.600	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2.345.000 EUR für 2024 und 2025 für die Einrichtung des Ganztagsbetriebes an der GS Bültenweg und deren Sanierung sowie Verschieben einer Teilfinanzrate von 2023 auf 2024 in Höhe von 1.000.000 EUR (siehe APH-Vorlage 22-18915) Gesamtkosten bisher: 12.400.000 EUR Gesamtkosten neu: 14.745.000 EUR
			neu	3.146.789	1.378.089	240.000	728.700	800.000	0	0	0	
			Veränderung	469.100		-200.000	328.700	340.400	0	0	0	
			APH	**469.100**		**-200.000**	**328.700**	**340.400**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	469.100		-200.000	328.700	340.400	0	0	0	**angenommen 16 /0 /0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
21c	4E.210240	GS Bültenweg /Erw./Einr.GTB/Sanierung	bisher	809.200	0	0	809.200	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2.345.000 EUR für 2024 und 2025 für die Einrichtung des Ganztagsbetriebes an der GS Bültenweg und deren Sanierung sowie Verschieben einer Teilfinanzrate von 2023 auf 2024 in Höhe von 1.000.000 EUR (siehe APH-Vorlage 22-18915)
			neu	809.200	0	0	809.200	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	Gesamtkosten bisher: 12.400.000 EUR Gesamtkosten neu: 14.745.000 EUR
			APH	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	0		0	0	0	0	0	0	**angenommen 16 /0 /0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**1.875.900**		**-800.000**	**1.314.400**	**1.361.500**	**0**	**0**	**0**	
21d	4E.210240	GS Bültenweg /Erw./Einr.GTB/Sanierung	bisher	9.722.324	4.523.824	1.760.000	1.600.000	1.838.500	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2.345.000 EUR für 2024 und 2025 für die Einrichtung des Ganztagsbetriebes an der GS Bültenweg und deren Sanierung sowie Verschieben einer Teilfinanzrate von 2023 auf 2024 in Höhe von 1.000.000 EUR (siehe APH-Vorlage 22-18915)
			neu	11.598.224	4.523.824	960.000	2.914.400	3.200.000	0	0	0	
			Veränderung	1.875.900		-800.000	1.314.400	1.361.500	0	0	0	
				VE 2024:	1.600.000	VE 2024 neu:	2.900.000	**VE 2024 Veränderung:**			**1.300.000**	Gesamtkosten bisher: 12.400.000 EUR
				VE 2025:	1.800.000	VE 2025 neu:	3.200.000	**VE 2025 Veränderung:**			**1.400.000**	Gesamtkosten neu: 14.745.000 EUR
			APH	**1.875.900**	**0**	**-800.000**	**1.314.400**	**1.361.500**	**0**	**0**	**0**	Erhöhung der VE zu Lasten 2024 um 1.300.000 EUR Erhöhung der VE zu Lasten 2025 um 1.400.000 EUR **angenommen 11 /0 /0**
			SchA	1.875.900		-800.000	1.314.400	1.361.500	0	0	0	**angenommen 16 /0 /0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Einrichtung GTB und Sanierung der GS Stöckheim										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**-390.000**	**500.000**	**-110.000**	**0**	**0**	**0**	
22a	4E.210241	GS Stöckheim/Erw.-Einr.GTB-Sanierung	bisher	2.453.830	1.633.930	408.000	200.000	211.900	0	0	0	Verschieben einer Teilfinanzrate in Höhe von 1.950.000 EUR von 2023 auf 2024 sowie Vorziehen einer Teilfinanzrate in Höhe von 550.000 EUR von 2025 auf 2024 für die Einrichtung des Ganztagsbetriebes an der GS Stöckheim und deren Sanierung
			neu	2.453.830	1.633.930	18.000	700.000	101.900	0	0	0	
			Veränderung	0		-390.000	500.000	-110.000	0	0	0	
			APH	**0**	**0**	**-390.000**	**500.000**	**-110.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	0		-390.000	500.000	-110.000	0	0	0	**angenommen 16 /0 /0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**-1.560.000**	**2.000.000**	**-440.000**	**0**	**0**	**0**	
22b	4E.210241	GS Stöckheim/Erw.-Einr.GTB-Sanierung	bisher	10.823.770	7.544.570	1.632.000	800.000	847.200	0	0	0	Verschieben einer Teilfinanzrate in Höhe von 1.950.000 EUR von 2023 auf 2024 sowie Vorziehen einer Teilfinanzrate in Höhe von 550.000 EUR von 2025 auf 2024 für die Einrichtung des Ganztagsbetriebes an der GS Stöckheim und deren Sanierung
			neu	10.823.770	7.544.570	72.000	2.800.000	407.200	0	0	0	
			Veränderung	0		-1.560.000	2.000.000	-440.000	0	0	0	
				VE 2024:	800.000	VE 2024 neu:	2.800.000	**VE 2024 Veränderung:**			**2.000.000**	Erhöhung der VE zu Lasten 2024 um 2.000.000 EUR
				VE 2025:	840.000	VE 2025 neu:	400.000	**VE 2025 Veränderung:**			**-440.000**	Reduzierung der VE zu Lasten 2025 um 440.000 EUR
			APH	**0**	**0**	**-1.560.000**	**2.000.000**	**-440.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	0		-1.560.000	2.000.000	-440.000	0	0	0	**angenommen 16 /0 /0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Schulneubauten / -erweiterungen										
		Herstellung der 4-Zügigkeit GS Pestalozzi-Straße										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**-20.000**	**0**	**20.000**	**0**	**0**	**0**	
23a	4E.210280	GS Pestalozzi-Str./Herst. 4-Zügigkeit										
			bisher	400.000	0	40.000	100.000	260.000	0	0	0	Verschieben einer Teilfinanzrate in Höhe von 100.000 EUR von 2023 auf 2025 für die Herstellung der 4-Zügigkeit an der GS Pestalozzi-Straße
			neu	400.000	0	20.000	100.000	280.000	0	0	0	
			Veränderung	0		-20.000	0	20.000	0	0	0	
			APH	**0**	**0**	**-20.000**	**0**	**20.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	0		-20.000	0	20.000	0	0	0	**angenommen 16 /0 /0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**-80.000**	**0**	**80.000**	**0**	**0**	**0**	
23b	4E.210280	GS Pestalozzi-Str./Herst. 4-Zügigkeit										
			bisher	1.600.000	0	160.000	400.000	1.040.000	0	0	0	Verschieben einer Teilfinanzrate in Höhe von 100.000 EUR von 2023 auf 2025 für die Herstellung der 4-Zügigkeit an der GS Pestalozzi-Straße
			neu	1.600.000	0	80.000	400.000	1.120.000	0	0	0	
			Veränderung	0		-80.000	0	80.000	0	0	0	Erhöhung der VE zu Lasten 2025 um 120.000 EUR
				VE 2024:	400.000	VE 2024 neu:	400.000	**VE 2024 Veränderung:**			**0**	
				VE 2025:	1.000.000	VE 2025 neu:	1.120.000	**VE 2025 Veränderung:**			**120.000**	
			APH	**0**	**0**	**-80.000**	**0**	**80.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	0		-80.000	0	80.000	0	0	0	**angenommen 16 /0 /0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Erweiterung der GS Isoldestraße										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**100.000**	**0**	**-100.000**	**0**	**0**	**0**	
24a	4E.210157	GS Isoldestraße / Erweiterung	bisher	2.979.634	2.314.634	323.200	241.800	100.000	0	0	0	Vorziehen der Finanzrate 2025 in Höhe von 500.000 EUR auf 2023 für die Erweiterung der GS Isoldestraße
			neu	2.979.634	2.314.634	423.200	241.800	0	0	0	0	
			Veränderung	0		100.000	0	-100.000	0	0	0	
			APH	**0**	**0**	**100.000**	**0**	**-100.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	0		100.000	0	-100.000	0	0	0	**angenommen 16 /0 /0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**400.000**	**0**	**-400.000**	**0**		**0**	
24b	4E.210157	GS Isoldestraße / Erweiterung	bisher	12.044.966	9.385.366	1.292.800	966.800	400.000	0	0	0	Vorziehen der Finanzrate 2025 in Höhe von 500.000 EUR auf 2023 für die Erweiterung der GS Isoldestraße
			neu	12.044.966	9.385.366	1.692.800	966.800	0	0	0	0	
			Veränderung	0		400.000	0	-400.000	0	0	0	Reduzierung der VE zu Lasten 2025 in Höhe von 400.000 EUR
				VE 2024:	960.000	VE 2025 neu:	960.000	**VE 2024 Veränderung:**			**0**	
				VE 2025:	400.000	VE 2025 neu:	0	**VE 2025 Veränderung:**			**-400.000**	
			APH	**0**	**0**	**400.000**	**0**	**-400.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	0		400.000	0	-400.000	0	0	0	**angenommen 16 /0 /0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Erweiterung der Ressourcen der Oswald-Berkhan Schule										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**750.000**		**-230.000**	**80.000**	**500.000**	**400.000**	**0**	**0**	
25a	4E.210292	Oswald-Berkhan-Schule/Erw. Ressourcen	bisher	400.000	60.000	240.000	100.000	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 3,75 Mio. EUR für 2023-2026 für die Erweiterung der Oswald-Berkhan-Schule sowie Verschieben einer Teilfinanzrate von 2023 in Höhe von 1,15 Mio. EUR auf die Folgejahre (2023: -1.150.000 EUR, 2024: + 400.000 EUR; 2025: + 2.500.000 EUR, 2026: + 2.000.000 EUR) Gesamtkosten bisher: 2.000.000 EUR Gesamtkosten neu: 5.750.000 EUR
			neu	1.150.000	60.000	10.000	180.000	500.000	400.000	0	0	
			Veränderung	750.000		-230.000	80.000	500.000	400.000	0	0	
			APH	**750.000**	**0**	**-230.000**	**80.000**	**500.000**	**400.000**	**0**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	750.000		-230.000	80.000	500.000	400.000	0	0	**angenommen 16 /0 /0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**3.000.000**		**-920.000**	**320.000**	**2.000.000**	**1.600.000**	**0**	**0**	
25b	4E.210292	Oswald-Berkhan-Schule/Erw. Ressourcen	bisher	1.600.000	240.000	960.000	400.000		0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 3,75 Mio. EUR für 2023-2026 für die Erweiterung der Oswald-Berkhan-Schule sowie Verschieben einer Teilfinanzrate von 2023 in Höhe von 1, 15 Mio. EUR auf die Folgejahre (2023: -1.150.000 EUR, 2024: + 400.000 EUR; 2025: + 2.500.000 EUR, 2026: + 2.000.000 EUR) Gesamtkosten bisher: 2.000.000 EUR Gesamtkosten neu: 5.750.000 EUR Erhöhung der VE zu Lasten 2024 um 320.000 EUR Erhöhung der VE zu Lasten 2025 um 2.000.000 EUR Erhöhung der VE zu Lasten 2026 um 1.600.000 EUR
			neu	4.600.000	240.000	40.000	720.000	2.000.000	1.600.000	0	0	
			Veränderung	3.000.000		-920.000	320.000	2.000.000	1.600.000	0	0	
				VE 2024:	400.000	VE 2024 neu:	720.000		**VE 2024 Veränderung:**		**320.000**	
				VE 2025:	0	VE 2025 neu:	2.000.000		**VE 2025 Veränderung:**		**2.000.000**	
				VE 2026:	0	VE 2026 neu:	1.600.000		**VE 2026 Veränderung:**		**1.600.000**	
			APH	**3.000.000**	**0**	**-920.000**	**320.000**	**2.000.000**	**1.600.000**	**0**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	3.000.000		-920.000	320.000	2.000.000	1.600.000	0	0	**angenommen 16 /0 /0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
Neubau Sporthalle IGS Sally-Perel												
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**131.300**		**131.300**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
26a	4E.210326	IGS Sally-Perel /Neub. Sporthalle	bisher	1.931.683	1.257.583	674.100	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhevon 657.000 EUR für 2023 für den Neubau der Sporthalle IGS Sally-Perel (Gesamtkosten bisher: rd. 11 Mio. EUR; Gesamtkosten neu: rd. 11,657 Mio EUR)
			neu	2.062.983	1.257.583	805.400	0	0	0	0	0	
			Veränderung	131.300		131.300	0	0	0	0	0	
			APH	**131.300**	**0**	**131.300**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	131.300		131.300	0	0	0	0	0	**angenommen 16 /0 /0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**525.700**		**525.700**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
26b	4E.210326	IGS Sally-Perel /Neub. Sporthalle	bisher	9.068.218	6.372.318	2.695.900	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhevon 657.000 EUR für 2023 für den Neubau der Sporthalle IGS Sally-Perel (Gesamtkosten bisher: rd. 11 Mio. EUR; Gesamtkosten neu: rd. 11,657 Mio EUR)
			neu	9.593.918	6.372.318	3.221.600	0	0	0	0	0	
			Veränderung	525.700		525.700	0	0	0	0	0	
			APH	**525.700**	**0**	**525.700**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	525.700		525.700	0	0	0	0	0	**angenommen 16 /0 /0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Erweiterung GY Gaußschule (G8/G9)										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**-120.000**	**-320.000**	**200.000**	**240.000**	**0**	**0**	
27a	4E.210347	GY Gaußschule / Erweiterung G8/G9										
			bisher	2.090.849	70.849	140.000	600.000	680.000	600.000	0	0	Verschieben von Teilfinanzraten in Höhe von 1,2 Mio. EUR von 2023/2024 auf 2026 für die Erweiterung des GY Gaußschule (2023: - 600.000 EUR, 2024: - 600.000 EUR; 2026: + 1.200.000 EUR)
			neu	2.090.849	70.849	20.000	480.000	680.000	840.000	0	0	
			Veränderung	0		-120.000	-120.000	0	240.000	0	0	
			APH	0	0	-120.000	-120.000	0	240.000	0	0	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	0		-120.000	-120.000	0	240.000	0	0	**angenommen 16 /0 /0**
27 a NEU			bisher	2.090.849	70.849	140.000	600.000	680.000	600.000	0	0	Verschieben einer Teilfinanzrate 2023/2024 in Höhe von 2.200.000 EUR auf 2025 bis 2026 für die Erweiterung des GY Gaußschule (2023: - 600.000 EUR, 2024: - 1.600.000 EUR; 2025: + 1.000.000 EUR; 2026: + 1.200.000)
			neu	2.090.849	70.849	20.000	280.000	880.000	840.000	0	0	
			Veränderung	**0**		**-120.000**	**-320.000**	**200.000**	**240.000**	**0**	**0**	

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**-480.000**	**-1.280.000**	**800.000**	**960.000**	**0**	**0**	
27b	4E.210347	GY Gaußschule / Erweiterung G8/G9										
			bisher	8.320.000	240.000	560.000	2.400.000	2.720.000	2.400.000	0	0	Verschieben von Teilfinanzraten in Höhe von 1,2 Mio. EUR von 2023/2024 auf 2026 für die Erweiterung des GY Gaußschule (2023: - 600.000 EUR, 2024: - 600.000 EUR; 2026: + 1.200.000 EUR)
			neu	8.320.000	240.000	80.000	1.920.000	2.720.000	3.360.000	0	0	
			Veränderung	0		-480.000	-480.000	0	960.000	0	0	
												Reduzierung der VE zu Lasten 2024 um 480.000 EUR Erhöhung der VE zu Lasten 2026 um 960.000 EUR
				VE 2024:	2.400.000	VE 2024 neu:	1.920.000		**VE 2024 Veränderung:**		**-480.000**	
				VE 2025:	2.700.000	VE 2025 neu:	2.700.000		**VE 2025 Veränderung:**		**0**	
				VE 2026:	2.400.000	VE 2026 neu:	3.360.000		**VE 2026 Veränderung:**		**960.000**	
			APH	0	0	-480.000	-480.000	0	960.000	0	0	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	0		-480.000	-480.000	0	960.000	0	0	**angenommen 16 /0 /0**
27 b NEU			bisher	8.320.000	240.000	560.000	2.400.000	2.720.000	2.400.000	0	0	Verschieben einer Teilfinanzrate 2023/2024 in Höhe von 2.200.000 EUR auf 2025 bis 2026 für die Erweiterung des GY Gaußschule (2023: - 600.000 EUR, 2024: - 1.600.000 EUR; 2025: + 1.000.000 EUR; 2026: + 1.200.000)
			neu	8.320.000	240.000	80.000	1.120.000	3.520.000	3.360.000	0	0	
			Veränderung	**0**		**-480.000**	**-1.280.000**	**800.000**	**960.000**	**0**	**0**	
				VE 2024:	2.400.000	VE 2024 neu:	1.120.000		**VE 2024 Veränderung:**		**-1.280.000**	Reduzierung der VE zu Lasten 2024 um 1.280.000 EUR
				VE 2025:	2.700.000	VE 2025 neu:	3.520.000		**VE 2025 Veränderung:**		**820.000**	Erhöhung der VE zu Lasten 2025 um 820.000 EUR
				VE 2026:	2.400.000	VE 2026 neu:	3.360.000		**VE 2026 Veränderung:**		**960.000**	Erhöhung der VE zu Lasten 2026 um 960.000 EUR

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Erweiterung Wilhelmgymnasium - Leonhardstr. (G8/G9)										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**-790.000**	**-800.000**	**146.700**	**790.000**	**653.300**	**0**	
28a	4E.210348	Wilhelmgymnasium/Erweiterung G8/G9	bisher	3.027.202	110.102	800.000	1.000.000	1.000.000	117.100	0	0	Verschieben von Teilfinanzraten 2023 bis 2024 in Höhe von 7.950.000 EUR für die Erweiterung des Wilhelmgymnasiums auf 2025 bis 2027 (2023: - 3.950.000 EUR, 2024: - 4.000.000 EUR, 2025: + 733.400; 2026: + 3.950.000 EUR, 2027: + 3.266.600 EUR)
			neu	3.027.202	110.102	10.000	300.000	1.300.000	907.100	400.000	0	
			Veränderung	0		-790.000	-700.000	300.000	790.000	400.000	0	
			APH	0	0	-790.000	-700.000	300.000	790.000	400.000	0	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	0		-790.000	-700.000	300.000	790.000	400.000	0	**angenommen 16 /0 /0**
28 a NEU			bisher	3.027.202	110.102	800.000	1.000.000	1.000.000	117.100	0	0	Verschieben von Teilfinanzraten 2023 bis 2024 in Höhe von 7.950.000 EUR für die Erweiterung des Wilhelmgymnasiums auf 2025 bis 2027 (2023: - 3.950.000 EUR, 2024: - 4.000.000 EUR, 2025: + 733.400; 2026: + 3.950.000 EUR, 2027: + 3.266.600 EUR)
			neu	3.027.202	110.102	10.000	200.000	1.146.700	907.100	653.300	0	
			Veränderung	**0**		**-790.000**	**-800.000**	**146.700**	**790.000**	**653.300**	**0**	

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**-3.160.000**	**-3.200.000**	**586.700**	**3.160.000**	**2.613.300**	**0**	
28b	4E.210348	Wilhelmgymnasium/Erweiterung G8/G9										
			bisher	11.988.200	320.000	3.200.000	4.000.000	4.000.000	468.200	0	0	Verschieben von Teilfinanzraten in Höhe von 7,45 Mio. EUR von 2023/2024 auf 2025 ff für die Erweiterung des Wilhelmgymnasiums (2023: - 3.950.000 EUR, 2024; - 3.500.000 EUR, 2025: + 1.500.000; 2026: + 3.950.000 EUR, 2027: + 2.000.000 EUR)
			neu	11.988.200	320.000	40.000	1.200.000	5.200.000	3.628.200	1.600.000	0	
			Veränderung	0		-3.160.000	-2.800.000	1.200.000	3.160.000	1.600.000	0	
				VE 2024:	4.000.000	VE 2024 neu:	1.200.000		**VE 2024 Veränderung:**		**-2.800.000**	Reduzierung der VE zu Lasten 2024 um 2.800.000 EUR
				VE 2025:	4.000.000	VE 2025 neu:	5.200.000		**VE 2025 Veränderung:**		**1.200.000**	Erhöhung der VE zu Lasten 2025 um 1.200.000 EUR
				VE 2026:	460.000	VE 2026 neu:	3.600.000		**VE 2026 Veränderung:**		**3.140.000**	Erhöhung der VE zu Lasten 2026 um 3.140.000 EUR
				VE 2027:	0	VE 2027 neu:	1.600.000		**VE 2027 Veränderung:**		**1.600.000**	Erhöhung der VE zu Lasten 2027 um 1.600.000 EUR
			APH	**0**	**0**	**-3.160.000**	**-2.800.000**	**1.200.000**	**3.160.000**	**1.600.000**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	0		-3.160.000	-2.800.000	1.200.000	3.160.000	1.600.000	0	**angenommen 16 /0 /0**
28 b NEU			bisher	11.988.200	320.000	3.200.000	4.000.000	4.000.000	468.200	0	0	Verschieben von Teilfinanzraten 2023 bis 2024 in Höhe von 7.950.000 EUR für die Erweiterung des Wilhelmgymnasiums auf 2025 bis 2027 (2023: - 3.950.000 EUR, 2024: - 4.000.000 EUR, 2025: + 733.400; 2026: + 3.950.000 EUR, 2027: + 3.266.600 EUR)
			neu	11.988.200	320.000	40.000	800.000	4.586.700	3.628.200	2.613.300	0	
			Veränderung	**0**		**-3.160.000**	**-3.200.000**	**586.700**	**3.160.000**	**2.613.300**	**0**	
				VE 2024:	4.000.000	VE 2024 neu:	800.000		**VE 2024 Veränderung:**		**-3.200.000**	Reduzierung der VE zu Lasten 2024 um 3.200.000 EUR
				VE 2025:	4.000.000	VE 2025 neu:	4.586.700		**VE 2025 Veränderung:**		**586.700**	Erhöhung der VE zu Lasten 2025 um 586.700 EUR
				VE 2026:	460.000	VE 2026 neu:	3.600.000		**VE 2026 Veränderung:**		**3.140.000**	Erhöhung der VE zu Lasten 2026 um 3.140.000 EUR
				VE 2027:	0	VE 2027 neu:	2.613.300		**VE 2027 Veränderung:**		**2.613.300**	Erhöhung der VE zu Lasten 2026 um 2.613.300 EUR

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	Neubau Sporthalle Ackerstraße											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**84.500**		**-139.600**	**0**	**224.100**	**0**	**0**	**0**	
29a	4E.210374	Ackerstr./Neubau 1,5 fach Sporthalle	bisher	510.000	20.000	200.000	210.000	80.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 845.000 EUR für 2025 für den Neubau einer 1,5 fach Sporthalle in der Ackerstraße sowie Verschiebung von Teilfinanzraten 2023 in Höhe von 800.000 EUR auf 2025 (2023: - 800.000 EUR; 2025: + 1.645.000 EUR) Gesamtkosten bisher: 5.100.000 EUR Gesamtkosten neu: 5.945.000 EUR
			neu	594.500	20.000	120.000	210.000	244.500	0	0	0	
			Veränderung	84.500		-80.000	0	164.500	0	0	0	
			APH	84.500	0	-80.000	0	164.500	0	0	0	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	84.500		-80.000	0	164.500	0	0	0	**angenommen 16 /0 /0**
29a NEU			bisher	510.000	20.000	200.000	210.000	80.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 845.000 EUR für 2025 für den Neubau einer 1,5 fach Sporthalle in der Ackerstraße sowie Verschieben einer Teilfinanzrate 2023 in Höhe von 1.396.600 EUR auf 2025 (2023: - 1.396.600 EUR; 2025: + 2.157.100 EUR) Gesamtkosten bisher: 5.100.000 EUR Gesamtkosten neu: 5.945.000 EUR
			neu	594.500	20.000	60.400	210.000	304.100	0	0	0	
			Veränderung	**84.500**		**-139.600**	**0**	**224.100**	**0**	**0**	**0**	

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**760.500**		**-1.257.000**	**0**	**2.017.500**	**0**	**0**	**0**	
29b	4E.210374	Ackerstr./Neubau 1,5 fach Sporthalle										
			bisher	4.590.000	180.000	1.800.000	1.890.000	720.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 845.000 EUR für 2025 für den Neubau einer 1,5 fach Sporthalle in der Ackerstraße sowie Verschiebung von Teilfinanzraten 2023 in Höhe von 800.000 EUR auf 2025 (2023: - 800.000 EUR; 2025: + 1.645.000 EUR)
			neu	5.350.500	180.000	1.080.000	1.890.000	2.200.500	0	0	0	
			Veränderung	**760.500**		**-720.000**	**0**	**1.480.500**	**0**	**0**	**0**	
												Gesamtkosten bisher: 5.100.000 EUR Gesamtkosten neu: 5.945.000 EUR
												Erhöhung der VE zu Lasten 2025 um 1.260.000 EUR
				VE 2024:	1.600.000	VE 2024 neu:	1.600.000		**VE 2024 Veränderung:**		**0**	
				VE 2025:	640.000	VE 2025 neu:	1.900.000		**VE 2025 Veränderung:**		**1.260.000**	
			APH	760.500	0	-720.000	0	1.480.500	0	0	0	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	760.500		-720.000	0	1.480.500	0	0	0	**angenommen 16 /0 /0**
29 b NEU												
			bisher	4.590.000	180.000	1.800.000	1.890.000	720.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 845.000 EUR für 2025 für den Neubau einer 1,5 fach Sporthalle in der Ackerstraße sowie Verschieben einer Teilfinanzrate 2023 in Höhe von 1.396.600 EUR auf 2025 (2023: - 1.396.600 EUR; 2025: + 2.157.100 EUR)
			neu	5.350.500	180.000	543.000	1.890.000	2.737.500	0	0	0	
			Veränderung	**760.500**		**-1.257.000**	**0**	**2.017.500**	**0**	**0**	**0**	
												Gesamtkosten bisher: 5.100.000 EUR Gesamtkosten neu: 5.945.000 EUR
												Erhöhung der VE zu Lasten 2025 um 1.877.000 EUR
				VE 2024:	1.600.000	VE 2024 neu:	1.600.000		**VE 2024 Veränderung:**		**0**	
				VE 2025:	640.000	VE 2025 neu:	2.517.000		**VE 2025 Veränderung:**		**1.877.000**	

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Erweiterung GY M.K. (G8/G9) sowie Sanierung										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**-1.625.000**	**0**	**375.000**	**0**	**1.250.000**	**0**	
30a	4E.210377	GY M.K. / Erweit. G8/G9+ San. 2. BA	bisher	11.113.200	1.156.000	1.650.000	3.400.000	2.700.000	2.050.000	157.200	0	Verschieben einer Teilfinanzrate in Höhe von 2 Mio. EUR von 2023 auf 2027 für die Erweiterung und Sanierung des GY M.K. (2. BA)
			neu	11.113.200	1.156.000	650.000	3.400.000	2.700.000	2.050.000	1.157.200	0	
			Veränderung	0		-1.000.000	0	0	0	1.000.000	0	
			APH	0	0	-1.000.000	0	0	0	1.000.000	0	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	0		-1.000.000	0	0	0	1.000.000	0	**angenommen 16 /0 /0**
30 a NEU			bisher	11.113.200	1.156.000	1.650.000	3.400.000	2.700.000	2.050.000	157.200	0	Verschieben einer Teilfinanzrate in Höhe von 3.250.000 EUR von 2023 auf 2025 -2027 für die Erweiterung des GY M..K.
			neu	11.113.200	1.156.000	25.000	3.400.000	3.075.000	2.050.000	1.407.200	0	
			Veränderung	**0**		**-1.625.000**	**0**	**375.000**	**0**	**1.250.000**	**0**	

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**-1.625.000**	**0**	**375.000**	**0**	**1.250.000**	**0**	
30b	4E.210377	GY M.K. / Erweit. G8/G9+ San. 2. BA										
			bisher	11.113.100	1.156.000	1.650.000	3.400.000	2.700.000	2.050.000	157.100	0	Verschieben einer Teilfinanzrate in Höhe von 2 Mio. EUR von 2023 auf 2027 für die Erweiterung und Sanierung des GY M.K. (2. BA)
			neu	11.113.100	1.156.000	650.000	3.400.000	2.700.000	2.050.000	1.157.100	0	
			Veränderung	0		-1.000.000	0	0	0	1.000.000	0	Erhöhung der VE zu Lasten 2027 um 1.000.000 EUR
				VE 2024:	3.400.000	VE 2024 neu:	3.400.000	**VE 2024 Veränderung:**			**0**	
				VE 2025:	2.700.000	VE 2025 neu:	2.700.000	**VE 2025 Veränderung:**			**0**	
				VE 2026:	2.000.000	VE 2026 neu:	2.000.000	**VE 2026 Veränderung:**			**0**	
				VE 2027:	150.000	VE 2027 neu:	1.150.000	**VE 2027 Veränderung:**			**1.000.000**	
			APH	0	0	-1.000.000	0	0	0	1.000.000	0	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	0		-1.000.000	0	0	0	1.000.000	0	**angenommen 16 /0 /0**
30 b NEU			bisher	11.113.100	1.156.000	1.650.000	3.400.000	2.700.000	2.050.000	157.100	0	Verschieben einer Teilfinanzrate in Höhe von 3.250.000 EUR von 2023 auf 2025 -2027 für die Erweiterung des GY M..K.
			neu	11.113.100	1.156.000	25.000	3.400.000	3.075.000	2.050.000	1.407.100	0	
			Veränderung	**0**		**-1.625.000**	**0**	**375.000**	**0**	**1.250.000**	**0**	Erhöhung der VE zu Lasten 2025 um 375.000 EUR
				VE 2024:	3.400.000	VE 2024 neu:	3.400.000	**VE 2024 Veränderung:**			**0**	Erhöhung der VE zu Lasten 2027 um 1.257.100 EUR
				VE 2025:	2.700.000	VE 2025 neu:	3.075.000	**VE 2025 Veränderung:**			**375.000**	
				VE 2026:	2.000.000	VE 2026 neu:	2.000.000	**VE 2026 Veränderung:**			**0**	
				VE 2027:	150.000	VE 2027 neu:	1.407.100	**VE 2027 Veränderung:**			**1.257.100**	

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Neubau 2-fach-Sporthalle GS Wenden										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**10.000**	**290.000**	**110.000**	**-410.000**	**0**	
31a	4E.210378	GS Wenden / Neubau 2 fach Sporthalle	bisher	730.000	10.000	0	0	10.000	300.000	410.000	0	Vorziehen der Finanzraten für den Neubau einer 2-fach Sporthalle um ein Jahr (2024: + 100.000 EUR, 2025: + 2.900.000 EUR, 2026: 1.100.000 EUR; 2027: - 4.100.000 EUR)
			neu	730.000	10.000	0	10.000	300.000	410.000	0	0	
			Veränderung	0		0	10.000	290.000	110.000	-410.000	0	
			APH	**0**	**0**	**0**	**10.000**	**290.000**	**110.000**	**-410.000**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	0		0	10.000	290.000	110.000	-410.000	0	**angenommen 16 /0 /0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**90.000**	**2.610.000**	**990.000**	**-3.690.000**	**0**	
31b	4E.210378	GS Wenden / Neubau 2 fach Sporthalle	bisher	6.570.000	90.000	0	0	90.000	2.700.000	3.690.000	0	Vorziehen der Finanzraten für den Neubau einer 2-fach Sporthalle um ein Jahr (2024: + 100.000 EUR, 2025: + 2.900.000 EUR, 2026: 1.100.000 EUR; 2027: - 4.100.000 EUR)
			neu	6.570.000	90.000	0	90.000	2.700.000	3.690.000	0	0	
			Veränderung	**0**		0	90.000	2.610.000	990.000	-3.690.000	0	
			VE 2024:	0	VE 2024 neu:	90.000	**VE 2024 Veränderung:**				**90.000**	Erhöhung der VE zu Lasten 2024 um 90.000 EUR
			VE 2025:	90.000	VE 2025 neu:	2.700.000	**VE 2025 Veränderung:**				**2.610.000**	Erhöhung der VE zu Lasten 2025 um 2.610.000 EUR
			VE 2026:	2.700.000	VE 2026 neu:	3.600.000	**VE 2026 Veränderung:**				**900.000**	Erhöhung der VE zu Lasten 2026 um 900.000 EUR
			VE 2027:	3.600.000	VE 2027 neu:	0	**VE 2027 Veränderung:**				**-3.600.000**	Reduzierung der VE zu Lasten 2027 um 3.600.000 EUR
			APH	**0**	**0**	**0**	**90.000**	**2.610.000**	**990.000**	**-3.690.000**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	0		0	90.000	2.610.000	990.000	-3.690.000	0	**angenommen 16 /0 /0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Umbau und Sanierung Johannes-Selenka-Schule										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**-1.000.000**	**0**	**500.000**	**500.000**	**0**	**0**	
32a	4E.210382	Joh.-Selenka-Schule/Umbau - San.	bisher	7.775.800	100.000	2.000.000	2.000.000	1.050.000	2.625.800	0	0	Verschieben einer Teilfinanzrate 2023 in Höhe von 2.000.000 EUR für den Umbau und die Sanierung der Johannes-Selenka-Schule auf 2025/2026 (2023: -2.000.000 EUR; 2025: + 1000.000 EUR, 2026: + 1.000.000 EUR)
			neu	7.775.800	100.000	1.000.000	2.000.000	1.550.000	3.125.800	0	0	
			Veränderung	0		-1.000.000	0	500.000	500.000	0	0	
			APH	**0**	**0**	**-1.000.000**	**0**	**500.000**	**500.000**	**0**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	0		-1.000.000	0	500.000	500.000	0	0	**angenommen 18 /0 /0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**-1.000.000**	**0**	**500.000**	**500.000**	**0**	**0**	
32b	4E.210382	Joh.-Selenka-Schule/Umbau - San.	bisher	7.775.700	100.000	2.000.000	2.000.000	1.050.000	2.625.700	0	0	Verschieben einer Teilfinanzrate 2023 in Höhe von 2.000.000 EUR für den Umbau und die Sanierung der Johannes-Selenka-Schule auf 2025/2026 (2023: -2.000.000 EUR; 2025: + 1000.000 EUR, 2026: + 1.000.000 EUR)
			neu	7.775.700	100.000	1.000.000	2.000.000	1.550.000	3.125.700	0	0	
			Veränderung	0		-1.000.000	0	500.000	500.000	0	0	
				VE 2024:	2.000.000	VE 2024 neu:	2.000.000		**VE 2024 Veränderung:**		**0**	
				VE 2025:	1.050.000	VE 2025 neu:	1.550.000		**VE 2025 Veränderung:**		**500.000**	Erhöhung der VE zu Lasten 2025 um 500.000 EUR
				VE 2026:	2.600.000	VE 2026 neu:	3.100.000		**VE 2026 Veränderung:**		**500.000**	Erhöhung der VE zu Lasten 2026 um 500.000 EUR
			APH	**0**	**0**	**-1.000.000**	**0**	**500.000**	**500.000**	**0**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	0		-1.000.000	0	500.000	500.000	0	0	**angenommen 18 /0 /0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Neubau GS Weststadt (inkl. 1fach-Sporthalle)										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**30.000**	**50.000**	**400.000**	**350.000**	**570.000**	**-1.400.000**	
33a	4E.210386	GS Weststadt/Neubau Schulgeb.+SpH	bisher	1.550.000	0	0	0	0	50.000	100.000	1.400.000	Vorziehen der Finanzate 2028 ff. in Höhe von 14.000.000 EUR für den Neubau der GS Weststadt (inkl. Sporthalle) auf 2023 ff. (2023: + 300.000 EUR, 2024: + 500.000 EUR, 2025: + 4.000.000 EUR, 2026: + 3.500.000 EUR, 2027: + 5.700.000 EUR)
			neu	1.550.000	0	30.000	50.000	400.000	400.000	670.000	0	
			Veränderung	0		30.000	50.000	400.000	350.000	570.000	-1.400.000	
			APH	**0**	**0**	**30.000**	**50.000**	**400.000**	**350.000**	**570.000**	**-1.400.000**	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	0		30.000	50.000	400.000	350.000	570.000	-1.400.000	**angenommen 16 /0 /0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**270.000**	**450.000**	**3.600.000**	**3.150.000**	**5.130.000**	**-12.600.000**	
33b	4E.210386	GS Weststadt/Neubau Schulgeb.+SpH	bisher	13.950.000	0	0	0	0	450.000	900.000	12.600.000	Vorziehen der Finanzate 2028 ff. in Höhe von 14.000.000 EUR für den Neubau der GS Weststadt (inkl. Sporthalle) auf 2023 ff. (2023: + 300.000 EUR, 2024: + 500.000 EUR, 2025: + 4.000.000 EUR, 2026: + 3.500.000 EUR, 2027: + 5.700.000 EUR)
			neu	13.950.000	0	270.000	450.000	3.600.000	3.600.000	6.030.000	0	
			Veränderung	0		270.000	450.000	3.600.000	3.150.000	5.130.000	-12.600.000	
				VE 2024:	0	VE 2024 neu:	450.000	**VE 2024 Veränderung:**			**450.000**	Erhöhung der VE zu Lasten 2024 um 450.000 EUR
				VE 2025:	0	VE 2025 neu:	3.600.000	**VE 2025 Veränderung:**			**3.600.000**	Erhöhung der VE zu Lasten 2025 um 3.600.000 EUR
				VE 2026:	0	VE 2026 neu:	3.600.000	**VE 2026 Veränderung:**			**3.600.000**	Erhöhung der VE zu Lasten 2026 um 3.600.000 EUR
				VE 2027:	0	VE 2027 neu:	6.000.000	**VE 2027 Veränderung:**			**6.000.000**	Erhöhung der VE zu Lasten 2027 um 6.000.000 EUR
			APH	**0**	**0**	**270.000**	**450.000**	**3.600.000**	**3.150.000**	**5.130.000**	**-12.600.000**	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	0		270.000	450.000	3.600.000	3.150.000	5.130.000	-12.600.000	**angenommen 16 /0 /0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Sanierung GS Klint (inkl. Ausbau Mensa)										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-1.835.000**		**0**	**-1.670.000**	**-750.000**	**585.000**	**0**	**0**	
34a	4E.210410	GS Klint / Brandschutz+Ausbau Mensa	bisher	5.890.000	0	1.720.000	2.170.000	1.500.000	500.000	0	0	Verschieben einer Teilfinanzrate in Höhe von 1,67 Mio. EUR für Sanierungs- und Ausbaumaßnahmen an der GS Klint auf das Jahr 2026; darüber hinaus können Teile der Finanzraten als investiv gewertet werden
			neu	4.055.000	0	1.720.000	500.000	750.000	1.085.000	0	0	
			Veränderung	-1.835.000		0	-1.670.000	-750.000	585.000	0	0	
			APH	**-1.835.000**	**0**	**0**	**-1.670.000**	**-750.000**	**585.000**	**0**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	-1.835.000		0	-1.670.000	-750.000	585.000	0	0	**angenommen 16 /0 /0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**1.835.000**		**0**	**0**	**750.000**	**1.085.000**	**0**	**0**	
34b	4E.210410	GS Klint / Brandschutz+Ausbau Mensa	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	Verschieben einer Teilfinanzrate in Höhe von 1,67 Mio. EUR für Sanierungs- und Ausbaumaßnahmen an der GS Klint auf das Jahr 2026; darüber hinaus können Teile der Finanzraten als investiv gewertet werden Erhöhung der VE zu Lasten 2025 um 750.000 EUR Erhöhung der VE zu Lasten 2026 um 1.085.000 EUR
			neu	1.835.000	0	0	0	750.000	1.085.000	0	0	
			Veränderung	1.835.000		0	0	750.000	1.085.000	0	0	
				VE 2024:	0	VE 2024 neu:	0	**VE 2024 Veränderung:**			**0**	
				VE 2025:	0	VE 2025 neu:	750.000	**VE 2025 Veränderung:**			**750.000**	
				VE 2026:	0	VE 2026 neu:	1.085.000	**VE 2026 Veränderung:**			**1.085.000**	
			APH	**1.835.000**	**0**	**0**	**0**	**750.000**	**1.085.000**	**0**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	1.835.000		0	0	750.000	1.085.000	0	0	**angenommen 16 /0 /0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Ersatzneubau Sporthalle GS Veltenhof										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**560.000**		**0**	**0**	**0**	**560.000**	**0**	**0**	
35a	4E.210417	GS Veltenhof/Ersatzneubau Sporthalle	bisher	900.000	0	0	0	0	900.000	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 369.000 EUR für 2026 für den Ersatzneubau der Sporthalle GS Veltenhof (DS-22-19626)
			neu	826.200	0	0	0	0	826.200	0	0	
			Veränderung	-73.800		0	0	0	-73.800	0	0	**Parallel liegt ein Antrag des SBR 322 vor, der den Neubau einer Zwei-Fach-Sporthalle beinhaltet. Wenn dem Antrag des SBR zugestimmt wird, müsste die Ansatzveränderung der Verwaltung entfallen.**
			APH									**abgelehnt 0 / 11 / 0**
			SchA									**abgelehnt 0 / 14 / 2**
35 a NEU			bisher	900.000	0	0	0	0	900.000	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2,8 Mio. EUR für 2026 für den Ersatzneubau der Sporthalle GS Veltenhof (DS-22-19626); entsprechend des VA-Beschlusses vom 13.12.2022 soll eine Zwei-Fach-Sporthalle gebaut werden (DS-22-19626-02)
			neu	1.460.000	0	0	0	0	1.460.000	0	0	
			Veränderung	**560.000**		**0**	**0**	**0**	**560.000**	**0**	**0**	Der bisherige Antrag der Verwaltung (Nr. 35 a/b) muss aufgrund der VA-Entscheidung zurückgezogen werden. **Parallel liegt ein Antrag des SBR 322 vor, der den Neubau einer Zwei-Fach-Sporthalle beinhaltet. Wenn dem Antrag des SBR zugestimmt wird, müsste die Ansatzveränderung der Verwaltung entfallen.**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**2.240.000**		**0**	**0**	**0**	**2.240.000**	**0**	**0**	
35b	4E.210417	GS Veltenhof/Ersatzneubau Sporthalle	bisher	3.600.000	0	0	0	0	3.600.000	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 369.000 EUR für 2026 für den Ersatzneubau der Sporthalle GS Veltenhof (DS-22-19626)
			neu	3.304.800	0	0	0	0	3.304.800	0	0	
			Veränderung	-295.200		0	0	0	-295.200	0	0	Reduzierung der VE zu Lasten 2026 um 295.200 EUR
				VE 2026:	3.600.000	VE 2026 neu:	3.304.800		**VE 2026 Veränderung:**		**-295.200**	**Parallel liegt ein Antrag des SBR 322 vor, der den Neubau einer Zwei-Fach-Sporthalle beinhaltet. Wenn dem Antrag des SBR zugestimmt wird, müsste die Ansatzveränderung der Verwaltung entfallen.**
			APH									**abgelehnt 0 / 11 / 0**
			SchA									**abgelehnt 0 / 14 / 2**
35 b NEU			bisher	3.600.000	0	0	0	0	3.600.000	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2,8 Mio. EUR für 2026 für den Ersatzneubau der Sporthalle GS Veltenhof (DS-22-19626); entsprechend des VA-Beschlusses vom 13.12.2022 soll eine Zwei-Fach-Sporthalle gebaut werden (DS-22-19626-02)
			neu	5.840.000	0	0	0	0	5.840.000	0	0	
			Veränderung	**2.240.000**		**0**	**0**	**0**	**2.240.000**	**0**	**0**	
				VE 2026:	3.600.000	VE 2026 neu:	5.840.000		**VE 2026 Veränderung:**		**2.240.000**	Der bisherige Antrag der Verwaltung (Nr. 35 a/b) muss aufgrund der VA-Entscheidung zurückgezogen werden.
												Erhöhung der VE zu Lasten 2026 um 2,24 Mio. EUR
												Parallel liegt ein Antrag des SBR 322 vor, der den Neubau einer Zwei-Fach-Sporthalle beinhaltet. Wenn dem Antrag des SBR zugestimmt wird, müsste die Ansatzveränderung der Verwaltung entfallen.

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Inklusionsmaßnahmen an Schulen										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-500.000**		**-100.000**	**-100.000**	**-100.000**	**-100.000**	**-100.000**	**0**	
36	4S.210095	Schulanlagen / Herst. Inklusionsbeding.	bisher	700.000	200.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 100.000 EUR für Inklusionsmaßnahmen an Schulen, da bereits im TH 40 Schule ein entsprechender Ansatz eingeplant ist (4S.400025)
			neu	200.000	200.000	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-500.000		-100.000	-100.000	-100.000	-100.000	-100.000	0	
			APH	**-500.000**	**0**	**-100.000**	**-100.000**	**-100.000**	**-100.000**	**-100.000**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Flüchtlingsunterkünfte										
		Flüchtlingsunterkunft Ölper										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**2.082.000**		**-178.000**	**1.000.000**	**1.080.000**	**180.000**	**0**	**0**	
37a	4E.210420	Flüchtlingsunterkunft Ölper II / Neubau	bisher	1.000.000	0	200.000	500.000	300.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 10,41 Mio. EUR für den Bau von drei Flüchtlingsunterkünften sowie Verschieben einer Teilfinanzrate von 2023 auf 2024
			neu	3.082.000	0	22.000	1.500.000	1.380.000	180.000	0	0	
			Veränderung	2.082.000		-178.000	1.000.000	1.080.000	180.000	0	0	Gesamtkosten: 10,5 Mio. EUR (inkl. Vorplanung von 90.000 EUR)
			AVI	2.082.000		-178.000	1.000.000	1.080.000	180.000	0	0	**passieren lassen 11 /0 /0**
			APH	**2.082.000**	**0**	**-178.000**	**1.000.000**	**1.080.000**	**180.000**	**0**	**0**	**angenommen 8 /0 /3**
												Di Aufteilung der Finanzraten auf die einzelnen umzusetzenden Unterkünfte steht noch aus, da die Standorte noch nicht endgültig festgelegt wurden.
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**8.328.000**		**-712.000**	**4.000.000**	**4.320.000**	**720.000**	**0**	**0**	
37b	4E.210420	Flüchtlingsunterkunft Ölper II / Neubau	bisher	4.000.000	0	800.000	2.000.000	1.200.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 10,41 Mio. EUR für den Bau von drei Flüchtlingsunterkünften sowie Verschieben einer Teilfinanzrate von 2023 auf 2024
			neu	12.328.000	0	88.000	6.000.000	5.520.000	720.000	0	0	
			Veränderung	8.328.000		-712.000	4.000.000	4.320.000	720.000	0	0	Gesamtkosten: 10,5 Mio. EUR (inkl. Vorplanung von 90.000 EUR)
				VE 2024:	2.000.000	VE 2024 neu:	6.000.000	**VE 2024 Veränderung:**			**4.000.000**	Erhöhung der VE zu Lasten 2024 um 4.000.000 EUR
				VE 2025:	1.200.000	VE 2025 neu:	5.500.000	**VE 2025 Veränderung:**			**4.300.000**	Erhöhung der VE zu Lasten 2025 um 4.300.000 EUR
				VE 2026:	0	VE 2026 neu:	700.000	**VE 2026 Veränderung:**			**700.000**	Erhöhung der VE zu Lasten 2026 um 700.000 EUR
			AVI	8.328.000		-712.000	4.000.000	4.320.000	720.000	0	0	**passieren lassen 11 /0 /0**
			APH	**8.328.000**	**0**	**-712.000**	**4.000.000**	**4.320.000**	**720.000**	**0**	**0**	**angenommen 8 /0 /3**
												Di Aufteilung der Finanzraten auf die einzelnen umzusetzenden Unterkünfte steht noch aus, da die Standorte noch nicht endgültig festgelegt wurden.

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	Neubau von Leichtbauhallen											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**900.000**		**900.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
38a	4E.21 NEU	Leichtbauhallen für Geflüchtete / Neubau	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 4,5 Mio. EUR für 2023 für den Neubau von Leichtbauhallen zur kurzfristigen Unterbringung von Geflüchteteten
			neu	900.000	0	900.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	900.000		900.000	0	0	0	0	0	
			AVI	**900.000**		**900.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**
			APH	900.000	0	900.000	0	0	0	0	0	**angenommen 11 /0 /0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**3.600.000**		**3.600.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
38b	4E.21 NEU	Leichtbauhallen für Geflüchtete / Neubau	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 4,5 Mio. EUR für 2023 für den Neubau von Leichtbauhallen zur kurzfristigen Unterbringung von Geflüchteteten
			neu	3.600.000	0	3.600.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	3.600.000		3.600.000	0	0	0	0	0	
			AVI	**3.600.000**		**3.600.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**
			APH	3.600.000	0	3.600.000	0	0	0	0	0	**angenommen 11 /0 /0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		PPP-Projekte										
		Sanierung und Ausbau Mensa GS Rühme										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**1.140.000**		**0**	**0**	**0**	**1.900.000**	**0**	**-760.000**	
39a	4E.210149	GS Rühme / Sanierung										
			bisher	780.000	20.000	0	0	0	0	0	760.000	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 3,8 Mio. EUR für 2028 ff. für die Sanierung der GS Rühme, da die Sanierung der Schule inckl. Mensaausbau bereits in 2026 umgesetzt werden soll (in alternativer Beschaffung); hierfür wird ein neues Projekt eingerichtet (siehe auch DS-21-16026 und 22-19547)
			neu	20.000	20.000	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-760.000		0	0	0	0	0	-760.000	
			APH	**-760.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-760.000**	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	-760.000		0	0	0	0	0	-760.000	**angenommen 14 /0 /2**
39b	4E. 21 NEU	GS Rühme / Sanierung (inckl. Mensaausbau)										
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 9,5 Mio. EUR für 2026 für die Sanierung der GS Rühme inckl. Mensaausbau in alternativer Beschaffung (siehe auch DS-21-16026 und 22-19547)
			neu	1.900.000	0	0	0	0	1.900.000	0	0	
			Veränderung	1.900.000		0	0	0	1.900.000	0	0	
			APH	**1.900.000** c	**0**	**0**	**0**	**0**	**1.900.000**	**0**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	1.900.000		0	0	0	1.900.000	0	0	**angenommen 14 /0 /2**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**4.560.000**		**0**	**0**	**0**	**7.600.000**	**0**	**-3.040.000**	
39c	4E.210149	GS Rühme / Sanierung										
			bisher	3.120.000	80.000	0	0	0	0	0	3.040.000	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 3,8 Mio. EUR für 2028 ff. für die Sanierung der GS Rühme, da die Sanierung der Schule inckl. Mensaausbau bereits in 2026 umgesetzt werden soll; hierfür wird ein neues Projekt eingerichtet (siehe auch DS-21-16026 und 22-19547)
			neu	80.000	80.000	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-3.040.000		0	0	0	0	0	-3.040.000	
			APH	**-3.040.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-3.040.000**	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	-3.040.000		0	0	0	0	0	-3.040.000	**angenommen 14 /0 /2**
39d	4E. 21 NEU	GS Rühme / Sanierung (inckl. Mensaausbau)										
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 9,5 Mio. EUR für 2026 für die Sanierung der GS Rühme inckl. Mensaausbau in alternativer Beschaffung (siehe auch DS-21-16026 und 22-19547)
			neu	7.600.000	0	0	0	0	7.600.000	0	0	
			Veränderung	7.600.000		0	0	0	7.600.000	0	0	
												Erhöhung der VE zu Lasten 20264 um 7.600.000 EUR
				VE 2026:	0	VE 2026 neu:	7.600.000		**VE 2026 Veränderung:**		**7.600.000**	
			APH	**7.600.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**7.600.000**	**0**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	7.600.000		0	0	0	7.600.000	0	0	**angenommen 14 /0 /2**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Erweiterung GY Neue Oberschule										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
40a	4E.210207	GY NO / Erweiterung	bisher	254.853	254.853	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 6,6 Mio. EUR für die Erweiterung des GY Neue Oberschule sowie Verschiebung von Teilfinanzraten von 2023/2024 auf die Folgejahre Gesamtkosten bisher (inkl. Vorplanungsprojekt): 16.820.916 EUR Gesamtkosten neu: 23.420.916 EUR
			neu	254.853	254.853	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			APH	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	0		0	0	0	0	0	0	**angenommen 14 /0 /2**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**6.600.000**		**-450.000**	**-950.000**	**2.000.000**	**2.500.000**	**3.500.000**	**0**	
40b	4E.210207	GY NO / Erweiterung	bisher	16.500.000	0	1.000.000	1.500.000	4.000.000	5.000.000	5.000.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 6,6 Mio. EUR für die Erweiterung des GY Neue Oberschule sowie Verschiebung von Teilfinanzraten von 2023/2024 auf die Folgejahre Gesamtkosten bisher (inkl. Vorplanungsprojekt): 16.820.916 EUR Gesamtkosten neu: 23.420.916 EUR Reduz. der VE zu Lasten 2024 um 950.000 EUR Erhöhung der VE zu Lasten 2025 um 2.000.000 EUR Erhöhung der VE zu Lasten 2026 um 2.500.000 EUR Erhöhung der VE zu Lasten 2027 um 3.500.000 EUR
			neu	23.100.000	0	550.000	550.000	6.000.000	7.500.000	8.500.000	0	
			Veränderung	6.600.000		-450.000	-950.000	2.000.000	2.500.000	3.500.000	0	
			VE 2024:	1.500.000	VE 2024 neu:	550.000		**VE 2024 Veränderung:**			**-950.000**	
			VE 2025:	4.000.000	VE 2025 neu:	6.000.000		**VE 2025 Veränderung:**			**2.000.000**	
			VE 2026:	5.000.000	VE 2026 neu:	7.500.000		**VE 2026 Veränderung:**			**2.500.000**	
			VE 2027:	5.000.000	VE 2027 neu:	8.500.000		**VE 2027 Veränderung:**			**3.500.000**	
			APH	**6.600.000**	**0**	**-450.000**	**-950.000**	**2.000.000**	**2.500.000**	**3.500.000**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**
			SchA	6.600.000		-450.000	-950.000	2.000.000	2.500.000	3.500.000	0	**angenommen 14 /0 /2**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Sanierung GS Broitzem (inkl. Einrichtung GTB und Zusammenlegung Außenstelle)										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**3.540.000**		**0**	**0**	**0**	**3.540.000**	**0**	**0**	
41a	4E.21 NEU	GS Broitzem / San.,-Einr. GTB										
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 17,7 Mio. EUR für 2026 für die Sanierung der GS Broitzem inckl. Einrichtung GTB und Zusammenlegung Außenstelle in alternativer Beschaffung (siehe auch DS-21-16026 und 22-19547)
			neu	3.540.000	0	0	0	0	3.540.000	0	0	
			Veränderung	3.540.000		0	0	0	3.540.000	0	0	
			APH	**3.540.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**3.540.000**	**0**	**0**	**angenommen 10 /0 /1**
			SchA	3.540.000		0	0	0	3.540.000	0	0	**angenommen 14 /0 /2**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**14.160.000**		**0**	**0**	**0**	**14.160.000**	**0**	**0**	
41b	4E.21 NEU	GS Broitzem / San.,-Einr. GTB										
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 17,7 Mio. EUR für 2026 für die Sanierung der GS Broitzem inckl. Einrichtung GTB und Zusammenlegung Außenstelle in alternativer Beschaffung (siehe auch DS-21-16026 und 22-19547) Erhöhung der VE zu Lasten 2026 um 14.160.000 EUR
			neu	14.160.000	0	0	0	0	14.160.000	0	0	
			Veränderung	14.160.000		0	0	0	14.160.000	0	0	
				VE 2026:	0	VE 2026 neu:	14.160.000		**VE 2026 Veränderung:**		**14.160.000**	
			APH	**14.160.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**14.160.000**	**0**	**0**	**angenommen 10 /0 /1**
			SchA	14.160.000		0	0	0	14.160.000	0	0	**angenommen 14 /0 /2**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
Neubau 6. IGS												
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-500.000**		**-500.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
42a	4E.210315	6. IGS / Neubau	bisher	1.208.603	508.603	700.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 11 Mio. EUR für 2025/2026 für den Neubau der 6. IGS sowie Vorziehen einer Teilfinanzrate aus 2027 (2025: + 10 Mio. EUR; 2026: + 15 Mio. EUR, 2027: - 14 Mio. EUR) Gesamtkosten bisher: 65.450.000 EUR Gesamtkosten neu: 76.450.000 EUR
			neu	708.603	508.603	200.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-500.000		-500.000	0	0	0	0	0	
			APH	-500.000	0	-500.000	0	0	0	0	0	**angenommen 10 /0 /1**
			SchA	-500.000		-500.000	0	0	0	0	0	**angenommen 14 /0 /2**
42 a NEU			bisher	1.208.603	508.603	700.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von rd. 11 Mio. EUR für 2023-2026 für den Neubau der 6. IGS sowie Vorziehen der Finanzrate aus 2027 (2023: - 500 TEUR, 2025: + 10 Mio. EUR; 2026: + 26 Mio. EUR, 2027: - 25 Mio. EUR) Gesamtkosten bisher: 65.450.000 EUR Gesamtkosten neu: 75.950.000 EUR
			neu	708.603	508.603	200.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	**-500.000**		**-500.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**11.000.000**		**0**	**0**	**10.000.000**	**26.000.000**	**-25.000.000**	**0**	
42b	4E.210315	6. IGS / Neubau	bisher	64.241.397	241.397	0	0	16.000.000	23.000.000	25.000.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 11 Mio. EUR für 2025/2026 für den Neubau der 6. IGS sowie Vorziehen einer Teilfinanzrate aus 2027 (2025: + 10 Mio. EUR; 2026: + 15 Mio. EUR, 2027: - 14 Mio. EUR)
			neu	75.241.397	241.397	0	0	26.000.000	38.000.000	11.000.000	0	
			Veränderung	11.000.000		0	0	10.000.000	15.000.000	-14.000.000	0	
												Gesamtkosten bisher: 65.450.000 EUR Gesamtkosten neu: 76.450.000 EUR
				VE 2025:	16.000.000	VE 2025 neu:	26.000.000	**VE 2025 Veränderung:**			**10.000.000**	Erhöh. der VE zu Lasten 2025 um 10.000.000 EUR
				VE 2026:	23.000.000	VE 2026 neu:	38.000.000	**VE 2026 Veränderung:**			**15.000.000**	Erhöh. der VE zu Lasten 2026 um 15.000.000 EUR
				VE 2027:	25.000.000	VE 2027 neu:	11.000.000	**VE 2027 Veränderung:**			**-14.000.000**	Reduz. der VE zu Lasten 2027 um 14.000.000 EUR
			APH	11.000.000	0	0	0	10.000.000	15.000.000	-14.000.000	0	**angenommen 10 /0 /1**
			SchA	11.000.000		0	0	10.000.000	15.000.000	-14.000.000	0	**angenommen 14 /0 /2**
42 b NEU			bisher	64.241.397	241.397	0	0	16.000.000	23.000.000	25.000.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von rd. 11 Mio. EUR für 2023-2026 für den Neubau der 6. IGS sowie Vorziehen der Finanzrate aus 2027 (2023: - 500 TEUR, 2025: + 10 Mio. EUR; 2026: + 26 Mio. EUR, 2027: - 25 Mio. EUR)
			neu	75.241.397	241.397	0	0	26.000.000	49.000.000	0	0	
			Veränderung	**11.000.000**		**0**	**0**	**10.000.000**	**26.000.000**	**-25.000.000**	**0**	
												Gesamtkosten bisher: 65.450.000 EUR Gesamtkosten neu: 75.950.000 EUR
				VE 2025:	16.000.000	VE 2025 neu:	26.000.000	**VE 2025 Veränderung:**			**10.000.000**	Erhöh. der VE zu Lasten 2025 um 10.000.000 EUR
				VE 2026:	23.000.000	VE 2026 neu:	49.000.000	**VE 2026 Veränderung:**			**26.000.000**	Erhöh. der VE zu Lasten 2026 um 26.000.000 EUR
				VE 2027:	25.000.000	VE 2027 neu:	0	**VE 2027 Veränderung:**			**-25.000.000**	Reduz. der VE zu Lasten 2027 um 25.000.000 EUR

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Neubau Helene-Engelbrecht Schule										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
43a	4E.210316	Helene-Engelbrecht-Schule / Neubau										
			bisher	466.814	466.814	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2 Mio. EUR für 2024 für den Neubau der Helene-Engelbrecht-Schule (Baupreissteigerung)
			neu	466.814	466.814	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	Gesamtkosten bisher: 30.900.000 EUR Gesamtkosten neu: 32.900.000 EUR
			APH	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 10 /0 /1**
			SchA	0		0	0	0	0	0	0	**angenommen 14 /0 /2**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**2.000.000**		**0**	**2.000.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
43b	4E.210316	Helene-Engelbrecht-Schule / Neubau										
			bisher	30.433.186	433.186	0	30.000.000	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2 Mio. EUR für 2024 für den Neubau der Helene-Engelbrecht-Schule (Baupreissteigerung)
			neu	32.433.186	433.186	0	32.000.000	0	0	0	0	
			Veränderung	2.000.000		0	2.000.000	0	0	0	0	Gesamtkosten bisher: 30.900.000 EUR Gesamtkosten neu: 32.900.000 EUR
				VE 2024:	30.000.000	VE 2024 neu:	2.000.000	**VE 2024 Veränderung:**			**-28.000.000**	Reduz. der VE zu Lasten 2024 um 28.000.000 EUR
			APH	**2.000.000**	**0**	**0**	**2.000.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 10 /0 /1**
			SchA	2.000.000		0	2.000.000	0	0	0	0	**angenommen 14 /0 /2**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Erweiterung GY Ricarda-Huch-Schule										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
44a	4E.210317	Ricarda-Huch-Schule / Erweiterung	bisher	9.475	9.475	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 6,5 Mio. EUR für die Erweiterung des GY Richarda Huch für 2024-2026 (2024: + 1,5 Mio. EUR; 2025: + 2 Mio. EUR, 2026: + 3 Mio. EUR) - Grund: Erhöhung des Energiestandards;
			neu	9.475	9.475	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	Für 2023 konnte der Ansatz um 912.000 € gekürzt werden, da eine Bereitstellung aus Haushaltsresten erfolgt ist Gesamtkosten bisher: 16.950.000 EUR Gesamtkosten neu: 23.450.000 EUR
			APH	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 10 /0 /1**
			SchA	0		0	0	0	0	0	0	**angenommen 14 /0 /2**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**5.588.000**		**-912.000**	**1.500.000**	**2.000.000**	**3.000.000**	**0**	**0**	
44b	4E.210317	Ricarda-Huch-Schule / Erweiterung	bisher	16.940.525	440.525	1.000.000	4.500.000	5.500.000	5.500.000	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 6,5 Mio. EUR für die Erweiterung des GY Richarda Huch für 2024-2026 (2024: + 1,5 Mio. EUR; 2025: + 2 Mio. EUR, 2026: + 3 Mio. EUR) - Grund: Erhöhung des Energiestandards;
			neu	22.528.525	440.525	88.000	6.000.000	7.500.000	8.500.000	0	0	
			Veränderung	5.588.000		-912.000	1.500.000	2.000.000	3.000.000	0	0	Für 2023 konnte der Ansatz um 912.000 € gekürzt werden, da eine Bereitstellung aus Haushaltsresten erfolgt ist Gesamtkosten bisher: 16.950.000 EUR Gesamtkosten neu: 23.450.000 EUR Erhöhung der VE zu Lasten 2024 um 1.500.000 EUR Erhöhung der VE zu Lasten 2025 um 2.000.000 EUR Erhöhung der VE zu Lasten 2026 um 3.000.000 EUR
				VE 2024:	4.500.000	VE 2024 neu:	6.000.000		**VE 2024 Veränderung:**		**1.500.000**	
				VE 2025:	5.500.000	VE 2025 neu:	7.500.000		**VE 2025 Veränderung:**		**2.000.000**	
				VE 2026:	5.500.000	VE 2026 neu:	8.500.000		**VE 2026 Veränderung:**		**3.000.000**	
			APH	**5.588.000**	**0**	**-912.000**	**1.500.000**	**2.000.000**	**3.000.000**	**0**	**0**	**angenommen 10 /0 /1**
			SchA	5.588.000		-912.000	1.500.000	2.000.000	3.000.000	0	0	**angenommen 14 /0 /2**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
Neubau GS Wedderkopsweg (inkl. Sporthalle)												
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**5.000.000**		**0**	**0**	**5.000.000**	**0**	**0**	**0**	
45	4E.210339	GS Wedderkopsweg (inkl Sph)/Neubau	bisher	16.000.000	0	0	0	16.000.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 5 Mio. EUR für den Neubau der GS Wedderkopsweg (inkl. Sporthalle)
			neu	21.000.000	0	0	0	21.000.000	0	0	0	
			Veränderung	5.000.000		0	0	5.000.000	0	0	0	Gesamtkosten bisher: 16.000.000 EUR Gesamtkosten neu: 21.000.000 EUR
				VE 2025:	16.000.000	VE 2025 neu:	21.000.000	**VE 2025 Veränderung:**			**5.000.000**	Erhöhung der VE zu Lasten 2025 um 5.000.000 EUR
			APH	**5.000.000**	**0**	**0**	**0**	**5.000.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 10 /0 /1**
			SchA	5.000.000		0	0	5.000.000	0	0	0	**angenommen 14 /0 /2**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Sanierung GS Altmühlstraße										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**3.320.000**		**0**	**0**	**0**	**3.320.000**	**0**	**0**	
46a	4E.21 NEU	GS Altmühlstraße / Sanierung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 16,6 Mio. EUR für 2026 für die Sanierung der GS Altmühlstraße in alternativer Beschaffung (siehe auch DS-21-16026 und 22-19547)
			neu	3.320.000	0	0	0	0	3.320.000	0	0	
			Veränderung	3.320.000		0	0	0	3.320.000	0	0	
			APH	**3.320.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**3.320.000**	**0**	**0**	**angenommen 10 /0 /1**
			SchA	3.320.000		0	0	0	3.320.000	0	0	**angenommen 14 /0 /2**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**13.280.000**		**0**	**0**	**0**	**13.280.000**	**0**	**0**	
46b	4E.21 NEU	GS Altmühlstraße / Sanierung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 16,6 Mio. EUR für 2026 für die Sanierung der GS Altmühlstraße in alternativer Beschaffung (siehe auch DS-21-16026 und 22-19547) Erhöhung der VE zu Lasten 2026 um 13.280.000 EUR
			neu	13.280.000	0	0	0	0	13.280.000	0	0	
			Veränderung	13.280.000		0	0	0	13.280.000	0	0	
				VE 2026:	0	VE 2026 neu:	13.280.000		**VE 2026 Veränderung:**		**13.280.000**	
			APH	**13.280.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**13.280.000**	**0**	**0**	**angenommen 10 /0 /1**
			SchA	13.280.000		0	0	0	13.280.000	0	0	**angenommen 14 /0 /2**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Sanierung RS Sidonienstraße (inkl. Einrichtung GTB)										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**4.580.000**		**0**	**0**	**0**	**4.580.000**	**0**	**0**	
47a	4E.21 NEU	RS Sidonienstraße / Sanierung, Erweiterung/Einrichtung GTB	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 22,9 Mio. EUR für 2026 für die Sanierung der RS Sidonienstraße (inkl. Einrichtung GTB) in alternativer Beschaffung (siehe auch DS-21-16026 und 22-19547)
			neu	4.580.000	0	0	0	0	4.580.000	0	0	
			Veränderung	4.580.000		0	0	0	4.580.000	0	0	
			APH	**4.580.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**4.580.000**	**0**	**0**	**angenommen 10 /0 /1**
			SchA	4.580.000		0	0	0	4.580.000	0	0	**angenommen 14 /0 /2**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**18.320.000**		**0**	**0**	**0**	**18.320.000**	**0**	**0**	
47b	4E.21 NEU	RS Sidonienstraße / Sanierung, Erweiterung/Einrichtung GTB	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 22,9 Mio. EUR für 2026 für die Sanierung der RS Sidonienstraße (inkl. Einrichtung GTB) in alternativer Beschaffung (siehe auch DS-21-16026 und 22-19547) Erhöhung der VE zu Lasten 2026 um 18.320.000 EUR
			neu	18.320.000	0	0	0	0	18.320.000	0	0	
			Veränderung	18.320.000		0	0	0	18.320.000	0	0	
				VE 2026:	0	VE 2026 neu:	18.320.000		**VE 2026 Veränderung:**		**18.320.000**	
			APH	**18.320.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**18.320.000**	**0**	**0**	**angenommen 10 /0 /1**
			SchA	18.320.000		0	0	0	18.320.000	0	0	**angenommen 14 /0 /2**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
Klimaschutzmaßnahmen												
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**17.200.000**		**-100.000**	**4.400.000**	**3.400.000**	**3.930.000**	**5.570.000**	**0**	
48	4E.210416	Wohngebäude Sophienstr. 1 /energet. San.	bisher	500.000	0	0	0	0	70.000	430.000	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 EUR für 2026/2027 für die energetische Sanierung des Wohngebäudes Sophienstraße 1, da die Finanzierung über das Sanierungsgebiet "Soziale Stadt" erfolgt (siehe DS 22-19176)
			neu	0	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-500.000		0	0	0	-70.000	-430.000	0	
			APH	**-500.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-70.000**	**-430.000**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
49	4E.21 NEU	GS Hondelage / energetische Sanierung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 4,7 Mio. EUR für die energetische Sanierung der GS Hondelage (2024:+ 1.000.000 EUR, 2025: + 1.000.000 EUR, 2026: + 1..200.000 EUR, 2027: + 1.500.000 EUR)
			neu	4.700.000	0	0	1.000.000	1.000.000	1.200.000	1.500.000	0	
			Veränderung	4.700.000		0	1.000.000	1.000.000	1.200.000	1.500.000	0	
			APH	**4.700.000**	**0**	**0**	**1.000.000**	**1.000.000**	**1.200.000**	**1.500.000**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
			SchA	4.700.000		0	1.000.000	1.000.000	1.200.000	1.500.000	0	**angenommen 16 /0 /0**
50	4E.21 NEU	GS Veltenhof / energetische Sanierung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 5,5 Mio. EUR für die energetische Sanierung der GS Veltenhof (2024:+ 1.000.000 EUR, 2025: + 1.200.000 EUR, 2026: + 1..300.000 EUR, 2027: + 2.000.000 EUR)
			neu	5.500.000	0	0	1.000.000	1.200.000	1.300.000	2.000.000	0	
			Veränderung	5.500.000		0	1.000.000	1.200.000	1.300.000	2.000.000	0	
			APH	**5.500.000**	**0**	**0**	**1.000.000**	**1.200.000**	**1.300.000**	**2.000.000**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
			SchA	5.500.000		0	1.000.000	1.200.000	1.300.000	2.000.000	0	**angenommen 16 /0 /0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
51	4E.21 NEU	Oswald-Berkhan-Schule / energetische Sanierung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 6,3 Mio. EUR für die energetische Sanierung der Oswald-Berkhan-Schule (2024:+ 1.000.000 EUR, 2025: + 1.300.000 EUR, 2026: + 1.500.000 EUR, 2027: + 2.500.000 EUR)
			neu	6.300.000	0	0	1.000.000	1.300.000	1.500.000	2.500.000	0	
			Veränderung	6.300.000		0	1.000.000	1.300.000	1.500.000	2.500.000	0	
			APH	**6.300.000**	**0**	**0**	**1.000.000**	**1.300.000**	**1.500.000**	**2.500.000**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
			SchA	6.300.000		0	1.000.000	1.300.000	1.500.000	2.500.000	0	**angenommen 16 /0 /0**
52	4S.210106	Städt. Maßnahmen / Klimaschutz	bisher	6.000.000	3.000.000	3.000.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1 Mio. EUR für 2024 für die energetische Sanierung von Gebäuden - z.B. Heizungsumstellungen
			neu	7.000.000	3.000.000	3.000.000	1.000.000	0	0	0	0	
			Veränderung	1.000.000		0	1.000.000	0	0	0	0	
			APH	1.000.000	0	0	1.000.000	0	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
52 Neu			bisher	6.000.000	3.000.000	3.000.000	0	0	0	0	0	Verschieben einer Teilfinanzrate 2023 in Höhe von 500.000 EUR für Klimaschutzmaßnahmen an städtischen Gebäuden auf 2024 sowie zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 EUR für 2024
			neu	6.500.000	3.000.000	2.500.000	1.000.000	0	0	0	0	
			Veränderung	**500.000**		**-500.000**	**1.000.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
53	4S.210107	städt. Gebäudemaßnahmen / Begrünung	bisher	300.000	0	100.000	100.000	100.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 0,8 Mio. EUR für 2023-2024 für die Begrünung städtischer Gebäude (2023: + 400.000 EUR, 2024: + 400.000 EUR)
			neu	1.000.000	0	500.000	500.000	0	0	0	0	
			Veränderung	700.000		400.000	400.000	-100.000	0	0	0	
			APH	**700.000**	**0**	**400.000**	**400.000**	**-100.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Kita-Maßnahmen										
		Ersatzbau Kita Bienrode										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**400.100**		**0**	**0**	**-29.900**	**-400.000**	**-350.000**	**1.180.000**	
54a	4E.210184	Kita Bienrode / Ersatzbau										
			bisher	839.900	50.000	0	10.000	29.900	400.000	350.000	0	Verschieben der Finanzraten 2025-2027 in Höhe von 5,9 Mio. EUR für den Ersatzbau der Kita Bienrode auf 2028 ff (2025: - 150.000 EUR, 2026: - 2.000.000 EUR, 2027: - 1.750.000 EUR; 2028: + 5.900.000 EUR)
			neu	1.240.000	50.000	0	10.000	0	0	0	1.180.000	
			Veränderung	400.100		0	0	-29.900	-400.000	-350.000	1.180.000	
			JHA	**400.100**		**0**	**0**	**-29.900**	**-400.000**	**-350.000**	**1.180.000**	**angenommen 14 /0 /0**
			APH	400.100	0	0	0	-29.900	-400.000	-350.000	1.180.000	**angenommen 11 / 0 / 0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**1.599.900**		**0**	**0**	**-120.100**	**-1.600.000**	**-1.400.000**	**4.720.000**	
54b	4E.210184	Kita Bienrode / Ersatzbau										
			bisher	3.210.100	50.000	0	40.000	120.100	1.600.000	1.400.000	0	Verschieben der Finanzraten 2025-2027 in Höhe von 5,9 Mio. EUR für den Ersatzbau der Kita Bienrode auf 2028 ff (2025: - 150.000 EUR, 2026: - 2.000.000 EUR, 2027: - 1.750.000 EUR; 2028: + 5.900.000 EUR)
			neu	4.810.000	50.000	0	40.000	0	0	0	4.720.000	
			Veränderung	1.599.900		0	0	-120.100	-1.600.000	-1.400.000	4.720.000	
			VE 2024:	40.000	VE 2024 neu:	40.000	**VE 2024 Veränderung:**				**0**	Reduz. der VE zu Lasten 2025 um 120.000 EUR
			VE 2025:	120.000	VE 2025 neu:	0	**VE 2025 Veränderung:**				**-120.000**	Reduz. der VE zu Lasten 2026 um 1.600.000 EUR
			VE 2026:	1.600.000	VE 2026 neu:	0	**VE 2026 Veränderung:**				**-1.600.000**	Reduz. der VE zu Lasten 2027 um 1.400.000 EUR
			VE 2027:	1.400.000	VE 2027 neu:	0	**VE 2027 Veränderung:**				**-1.400.000**	
			JHA	**1.599.900**	**0**	**0**	**0**	**-120.100**	**-1.600.000**	**-1.400.000**	**4.720.000**	**angenommen 14 /0 /0**
			APH	1.599.900	0	0	0	-120.100	-1.600.000	-1.400.000	4.720.000	**angenommen 11 / 0 / 0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	Ersatzbau Kita Rautheim											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**671.800**		**61.800**	**610.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
55a	4E.210209	Kita Rautheim / Ersatzbau	bisher	816.500	416.500	400.000	0	0	0	0	0	Verschieben einer Teilfinanzrate 2023 in Höhe von 1,7 Mio. EUR für den Ersatzbau Kita Rautheim auf 2024
			neu	816.500	416.500	60.000	340.000	0	0	0	0	
			Veränderung	0		-340.000	340.000	0	0	0	0	
			JHA	0		-340.000	340.000	0	0	0	0	**angenommen 14 /0 /0**
			APH	0	0	-340.000	340.000	0	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
55 a NEU			bisher	816.500	416.500	400.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 3,359 Mio. EUR für 2023 und 2024 für den Ersatzbau der Kita Rautheim (2023: +309.000 EUR, 2024: + 3.050.000 EUR)
			neu	1.488.300	416.500	461.800	610.000	0	0	0	0	
			Veränderung	**671.800**		**61.800**	**610.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	Gesamtkosten alt: 4.000.000 EUR Gesamtkosten neu: 7.359.000 EUR

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**2.687.200**		**247.200**	**2.440.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
55b	4E.210209	Kita Rautheim / Ersatzbau										
			bisher	3.183.500	1.583.500	1.600.000	0	0	0	0	0	Verschieben einer Teilfinanzrate 2023 in Höhe von 1,7 Mio. EUR für den Ersatzbau Kita Rautheim auf 2024
			neu	3.183.500	1.583.500	240.000	1.360.000	0	0	0	0	
			Veränderung	0		-1.360.000	1.360.000	0	0	0	0	Erhöhung der VE zu Lasten 2024 um 1.360.000 EUR
				VE 2024:	0	VE 2024 neu:	1.360.000	**VE 2024 Veränderung:**			**1.360.000**	
			JHA	0	0	-1.360.000	1.360.000	0	0	0	0	**angenommen 14 /0 /0**
			APH	0	0	-1.360.000	1.360.000	0	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
55b NEU			bisher	3.183.500	1.583.500	1.600.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 3,359 Mio. EUR für 2023 und 2024 für den Ersatzbau der Kita Rautheim (2023: +309.000 EUR, 2024: + 3.050.000 EUR)
			neu	5.870.700	1.583.500	1.847.200	2.440.000	0	0	0	0	
			Veränderung	**2.687.200**		**247.200**	**2.440.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	Gesamtkosten alt: 4.000.000 EUR
				VE 2024:	0	VE 2024 neu:	2.440.000	**VE 2024 Veränderung:**			**2.440.000**	Gesamtkosten neu: 7.359.000 EUR
												Erhöhung der VE zu Lasten 2024 um 2.440.000 EUR

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Neubau Kita Kornblumenstraße										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**83.300**		**118.300**	**-35.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
NEU	4E.210278	Kita Kornblumenstraße / Neubau	bisher	399.900	297.000	67.900	35.000	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 832.600 EUR für 2023/2024 für den Neubau der Kita Kornblumenstraße (2023: +1.182.600 EUR, 2024: - 350.000 EUR) Gesamtkosten bisher: 3.769.000 EUR Gesamtkosten neu: 4.601.600 EUR
			neu	483.200	297.000	186.200	0	0	0	0	0	
			Veränderung	**83.300**		**118.300**	**-35.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**749.300**		**1.064.300**	**-315.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
NEU	4E.210278	Kita Kornblumenstraße / Neubau	bisher	3.369.100	2.443.000	611.100	315.000	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 832.600 EUR für 2023/2024 für den Neubau der Kita Kornblumenstraße (2023: +1.182.600 EUR, 2024: - 350.000 EUR) Reduzierung der VE zu Lasten 2024 um 280.000 EUR Gesamtkosten bisher: 3.769.000 EUR Gesamtkosten neu: 4.601.600 EUR
			neu	4.118.400	2.443.000	1.675.400	0	0	0	0	0	
			Veränderung	**749.300**		**1.064.300**	**-315.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
				VE 2024:	280.000	VE 2024 neu:	0	**VE 2024 Veränderung:**			**-280.000**	

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	Neubau Kita Feldstraße / Kälberwiese											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**5.000**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**5.000**	
56a	4E.210282	Kita Feldstr./Kälberwiese / Neubau	bisher	550.000	5.000	0	0	0	0	45.000	500.000	Nachveranschlagung von 50.000 EUR für 2028 ff. für den Neubau der Kita Feldstraße / Kälberwiese
			neu	555.000	5.000	0	0	0	0	45.000	505.000	
			Veränderung	5.000		0	0	0	0	0	5.000	
			JHA	**5.000**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**5.000**	**angenommen 14 /0 /0**
			APH	5.000	0	0	0	0	0	0	5.000	**angenommen 11 / 0 / 0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**45.000**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**45.000**	
56b	4E.210282	Kita Feldstr./Kälberwiese / Neubau	bisher	4.950.000	45.000	0	0	0	0	405.000	4.500.000	Nachveranschlagung von 50.000 EUR für 2028 ff. für den Neubau der Kita Feldstraße / Kälberwiese
			neu	4.995.000	45.000	0	0	0	0	405.000	4.545.000	
			Veränderung	45.000		0	0	0	0	0	45.000	
			JHA	**45.000**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**45.000**	**angenommen 14 /0 /0**
			APH	45.000	0	0	0	0	0	0	45.000	**angenommen 11 / 0 / 0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	Ersatzbau Kita Stöckheim (AWO)											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**400.000**		**0**	**50.000**	**600.000**	**240.000**	**-50.000**	**-440.000**	
57a	4E.210284	Kita BT AWO Stöckheim / Ersatzbau	bisher	500.000	10.000	0	0	0	0	50.000	440.000	Vorziehen der Finanzraten 2027/2028 in Höhe von 2 Mio. EUR für den Ersatzbau der Kita Stöckheim auf 2024-2026 (2024: + 250.000 EUR, 2025: +3.000.000 EUR, 2026: + 1.200.000 EUR, 2027: -250.000 EUR, 2028: - 2.200.000 EUR)
			neu	900.000	10.000	0	50.000	600.000	240.000	0	0	
			Veränderung	400.000		0	50.000	600.000	240.000	-50.000	-440.000	
			JHA	**400.000**		**0**	**50.000**	**600.000**	**240.000**	**-50.000**	**-440.000**	**angenommen 14 /0 /0**
			APH	400.000	0	0	50.000	600.000	240.000	-50.000	-440.000	**angenommen 11 / 0 / 0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**1.600.000**		**0**	**200.000**	**2.400.000**	**960.000**	**-200.000**	**-1.760.000**	
57b	4E.210284	Kita BT AWO Stöckheim / Ersatzbau	bisher	2.000.000	40.000	0	0	0	0	200.000	1.760.000	Vorziehen der Finanzraten 2027/2028 in Höhe von 2 Mio. EUR für den Ersatzbau der Kita Stöckheim auf 2024-2026 (2024: + 250.000 EUR, 2025: +3.000.000 EUR, 2026: + 1.200.000 EUR, 2027: -250.000 EUR, 2028: - 2.200.000 EUR)
			neu	3.600.000	40.000	0	200.000	2.400.000	960.000	0	0	
			Veränderung	1.600.000		0	200.000	2.400.000	960.000	-200.000	-1.760.000	
				VE 2024:	0	VE 2024 neu:	200.000	**VE 2024 Veränderung:**			**200.000**	Erhöhung der VE zu Lasten 2024 um 200.000 EUR
				VE 2025:	0	VE 2025 neu:	2.400.000	**VE 2025 Veränderung:**			**2.400.000**	Erhöhung der VE zu Lasten 2025 um 2.400.000 EUR
				VE 2026:	0	VE 2026 neu:	960.000	**VE 2026 Veränderung:**			**960.000**	Erhöhung der VE zu Lasten 2026 um 960.000 EUR
			JHA	**1.600.000**	**0**	**0**	**200.000**	**2.400.000**	**960.000**	**-200.000**	**-1.760.000**	**angenommen 14 /0 /0**
			APH	1.600.000	0	0	200.000	2.400.000	960.000	-200.000	-1.760.000	**angenommen 11 / 0 / 0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	Ersatzbau Kita Querum											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**600.000**		**0**	**80.000**	**510.000**	**200.000**	**0**	**-190.000**	
58a	4E.210341	Kita Querum / Ersatzbau	bisher	2.120.000	40.000	0	10.000	90.000	600.000	800.000	580.000	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 3 Mio. EUR für 2024-2027 für den Ersatzbau der Kita Querum (neu: 7 Gruppen Kita) sowie Vorziehen einer Teilfinanzrate 2028 in Höhe von 950.000 EUR (2024: + 400.000 EUR, 2025: +2.550.000 EUR, 2026: 1.000.000 EUR, 2028: - 950.000 EUR)
			neu	2.720.000	40.000	0	90.000	600.000	800.000	800.000	390.000	
			Veränderung	600.000		0	80.000	510.000	200.000	0	-190.000	
			JHA	**600.000**		**0**	**80.000**	**510.000**	**200.000**	**0**	**-190.000**	**angenommen 14 /0 /0**
			APH	600.000	0	0	80.000	510.000	200.000	0	-190.000	**angenommen 11 / 0 / 0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**2.400.000**		**0**	**320.000**	**2.040.000**	**800.000**	**0**	**-760.000**	
58b	4E.210341	Kita Querum / Ersatzbau	bisher	8.480.000	160.000	0	40.000	360.000	2.400.000	3.200.000	2.320.000	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 3 Mio. EUR für 2024-2027 für den Ersatzbau der Kita Querum (neu: 7 Gruppen Kita) sowie Vorziehen einer Teilfinanzrate 2028 in Höhe von 950.000 EUR (2024: + 400.000 EUR, 2025: +2.550.000 EUR, 2026: 1.000.000 EUR, 2028: - 950.000 EUR)
			neu	10.880.000	160.000	0	360.000	2.400.000	3.200.000	3.200.000	1.560.000	
			Veränderung	2.400.000		0	320.000	2.040.000	800.000	0	-760.000	
				VE 2024:	40.000	VE 2024 neu:	360.000	**VE 2024 Veränderung:**			**320.000**	Erhöhung der VE zu Lasten 2024 um 320.000 EUR
				VE 2025:	360.000	VE 2025 neu:	2.400.000	**VE 2025 Veränderung:**			**2.040.000**	Erhöhung der VE zu Lasten 2025 um 2.040.000 EUR
				VE 2026:	2.400.000	VE 2026 neu:	3.200.000	**VE 2026 Veränderung:**			**800.000**	Erhöhung der VE zu Lasten 2026 um 800.000 EUR
				VE 2027:	3.200.000	VE 2027 neu:	3.200.000	**VE 2027 Veränderung:**			**0**	
			JHA	**2.400.000**	**0**	**0**	**320.000**	**2.040.000**	**800.000**	**0**	**-760.000**	**angenommen 14 /0 /0**
			APH	2.400.000	0	0	320.000	2.040.000	800.000	0	-760.000	**angenommen 11 / 0 / 0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	Neubau Interims Kita											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-200.000**		**-20.000**	**-100.000**	**-80.000**	**0**	**0**	**0**	
59a	4E.210408	Interims-Kita / Neubau										
			bisher	200.000	0	20.000	100.000	80.000	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 2 Mio. EUR für eine Interims-Kita wegen Wegfall der Maßnahme
			neu	0	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-200.000		-20.000	-100.000	-80.000	0	0	0	
			JHA	**-200.000**	**0**	**-20.000**	**-100.000**	**-80.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 14 /0 /0**
			APH	-200.000	0	-20.000	-100.000	-80.000	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**-1.800.000**		**-180.000**	**-900.000**	**-720.000**	**0**	**0**	**0**	
59b	4E.210408	Interims-Kita / Neubau										
			bisher	1.800.000	0	180.000	900.000	720.000	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 2 Mio. EUR für eine Interims-Kita wegen Wegfall der Maßnahme
			neu	0	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-1.800.000		-180.000	-900.000	-720.000	0	0	0	Reduz. der VE zu Lasten 2024 um 800.000 EUR Reduz. der VE zu Lasten 2025 um 640.000 EUR
				VE 2024:	800.000	VE 2024 neu:	0	**VE 2024 Veränderung:**			**-800.000**	
				VE 2025:	640.000	VE 2025 neu:	0	**VE 2025 Veränderung:**			**-640.000**	
			JHA	**-1.800.000**	**0**	**-180.000**	**-900.000**	**-720.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 14 /0 /0**
			APH	-1.800.000	0	-180.000	-900.000	-720.000	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	Instandhaltungen Kitas											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-300.000**		**-300.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
NEU	4S.210036	FB 20:Programm Instand. Städt.Kitas/San.	bisher	14.101.301	10.901.301	1.000.000	400.000	400.000	700.000	700.000	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 300.000 EUR für die Instandhaltung von Kitas für 2023
			neu	13.801.301	10.901.301	700.000	400.000	400.000	700.000	700.000	0	
			Veränderung	**-300.000**		**-300.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Jugendzentrum-Maßnahmen										
		Neubau B 58										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**10.000**	**100.000**	**1.000.000**	**810.000**	**0**	**-1.920.000**	
60a	4E.210291	Jugendzentrum B 58 / Neubau	bisher	1.934.000	14.000	0	0	0	0	0	1.920.000	Vorziehen der Finanzrate von 9,6 Mio. EUR von 2028 ff. auf 2023 - 2026 für den Neubau des Jugendzentrums B 58
			neu	1.934.000	14.000	10.000	100.000	1.000.000	810.000	0	0	
			Veränderung	0		10.000	100.000	1.000.000	810.000	0	-1.920.000	**Es liegt ein vergleichbarer Antrag des Stadtbezirksrates 330 vor, der ebenfalls ein Vorziehen der Finanzraten beantragt. Sofern der Ansatzveränderung der Verwaltung zugestimmt wird, so ist der Antrag des Stadtbezirksrates abzulehnen.**
			JHA	**0**	**0**	**10.000**	**100.000**	**1.000.000**	**810.000**	**0**	**-1.920.000**	**angenommen 10 /2 /2**
			APH	0	0	10.000	100.000	1.000.000	810.000	0	-1.920.000	**angenommen 8 / 3 / 0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**40.000**	**400.000**	**4.000.000**	**3.240.000**	**0**	**-7.680.000**	
60b	4E.210291	Jugendzentrum B 58 / Neubau	bisher	7.736.000	56.000	0	0	0	0	0	7.680.000	Vorziehen der Finanzrate von 9,6 Mio. EUR von 2028 ff. auf 2023 - 2026 für den Neubau des Jugendzentrums B 58
			neu	7.736.000	56.000	40.000	400.000	4.000.000	3.240.000	0	0	
			Veränderung	0		40.000	400.000	4.000.000	3.240.000	0	-7.680.000	Erhöhung der VE zu Lasten 2024 um 400.000 EUR Erhöhung der VE zu Lasten 2025 um 4.000.000 EUR Erhöhung der VE zu Lasten 2026 um 3.240.000 EUR
				VE 2024:	0	VE 2024 neu:	400.000	**VE 2024 Veränderung:**			**400.000**	
				VE 2025:	0	VE 2025 neu:	4.000.000	**VE 2025 Veränderung:**			**4.000.000**	
				VE 2026:	0	VE 2026 neu:	3.240.000	**VE 2026 Veränderung:**			**3.240.000**	**Es liegt ein vergleichbarer Antrag des Stadtbezirksrates 330 vor, der ebenfalls ein Vorziehen der Finanzraten beantragt. Sofern der Ansatzveränderung der Verwaltung zugestimmt wird, so ist der Antrag des Stadtbezirksrates abzulehnen.**
			JHA	**0**	**0**	**40.000**	**400.000**	**4.000.000**	**3.240.000**	**0**	**-7.680.000**	**angenommen 10 /2 /2**
			APH	0	0	40.000	400.000	4.000.000	3.240.000	0	-7.680.000	**angenommen 8 / 3 / 0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Brandschutzmaßnahmen										
		FO Astrid-Lindgren										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-150.000**		**-150.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
NEU	4E.210319	FÖ Astrid-Lindgren / Brandschutzmaßn.	bisher	1.861.562	1.711.562	150.000	0	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 150.000 EUR für 2023 für Brandschutzmaßnahmen an der FÖ Astrid-Lindgren Gesamtkosten bisher: 1.861.562 EUR Gesamtkosten neu: 1.711.562 EUR
			neu	1.711.562	1.711.562	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	**-150.000**		**-150.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
GY Kleine Burg												
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-100.000**		**-100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
NEU	4E.210321	GY Kl. Burg Abt. L / Brandschutzmaßn.	bisher	826.156	726.156	100.000	0	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 EUR für 2023 für Brandschutzmaßnahmen am GY Kleine Burg
			neu	726.156	726.156	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	**-100.000**		**-100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	Gesamtkosten bisher: 970.156 EUR Gesamtkosten neu: 870.156 EUR
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
NEU	4E.210321	GY Kl. Burg Abt. L / Brandschutzmaßn.	bisher	144.000	144.000	0	0	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 EUR für 2023 für Brandschutzmaßnahmen am GY Kleine Burg
			neu	144.000	144.000	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	Gesamtkosten bisher: 970.156 EUR Gesamtkosten neu: 870.156 EUR

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	GS Bebelhof / Hans-Würtz-Schule											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**2.333.400**		**-895.000**	**2.000.000**	**1.228.400**	**0**	**0**	**0**	
61	4E.210405	GS Bebelhof / Brandschutzmaßnahmen	bisher	3.160.000	0	2.120.000	1.040.000	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 395.000 EUR für 2023 für Brandschutzmaßnahmen an der GS Bebelhof sowie Verschieben einer Teilfinanzrate von 1 Mio. EUR von 2023 auf 2024 (2023: - 1.395.000 EUR, 2024: + 1.000.000 EUR) Gesamtkosten bisher: 3.261.600 EUR Gesamtkosten neu: 3.656.600 EUR
			neu	2.765.000	0	725.000	2.040.000	0	0	0	0	
			Veränderung	-395.000		-1.395.000	1.000.000	0	0	0	0	
			APH	-395.000	0	-1.395.000	1.000.000	0	0	0	0	**angenommen 11 / 0 / 0**
			SchA	-395.000		-1.395.000	1.000.000	0	0	0	0	**angenommen 16 /0 /0**
61 NEU			bisher	3.261.600	101.600	2.120.000	1.040.000	0	0	0	0	Verschieben einer Teilfinanzrate in Höhe von 895.000 EUR für die Brandschutzmaßnahmen an der GS Bebelhof und an der Hand-Würtz Schule von 2023 auf 2024 sowie zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2.333.400 EUR für 2024 und 2025 (2023: - 895.000 EUR, 2024: + 2.000.000 EUR; 2025: + 1.228.400 EUR) Gesamtkosten bisher: 3.261.600 EUR Gesamtkosten neu: 5.595.000 EUR
			neu	5.595.000	101.600	1.225.000	3.040.000	1.228.400	0	0	0	
			Veränderung	**2.333.400**		**-895.000**	**2.000.000**	**1.228.400**	**0**	**0**	**0**	
	Gebäude Magnitorwall 16											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-2.500.000**		**-500.000**	**-2.000.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
62	4E.210406	Geb. Magnitorwall 16 / Brandschutzm.	bisher	2.500.000	0	500.000	2.000.000	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel inHöhe von 2,5 Mio. EUR für Brandschutzmaßnahmen am Gebäude Magnitorwall 16 (Musikschule); es waren Maßnahmen in einem geringeren Umfang erforderlich
			neu	0	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-2.500.000		-500.000	-2.000.000	0	0	0	0	
			APH	**-2.500.000**	**0**	**-500.000**	**-2.000.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Maßnahmen der Feuerwehr										
		Erweiterung / Umbau Feuerwehr Stöckheim										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**10.000**	**-36.000**	**26.000**	**0**	**0**	**0**	
63a	4E.210227	Feuerwehrh. Stöckh./Erweit. -Umbau	bisher	226.000	30.000	10.000	186.000	0	0	0	0	Anpassung der Finanzraten für die Erweiterung / den Umbau der Feuerwehr Stöckheim an den tatsächlichen Bedarf (Verschiebung einer Teilfinanzrate auf 2025)
			neu	226.000	30.000	20.000	150.000	26.000	0	0	0	
			Veränderung	0		10.000	-36.000	26.000	0	0	0	**Parallel liegen Anträge der CDU-Fraktion (Nr. 173) und des Stadtbezirksrates 211 vor, die das Vorziehen von Finanzraten vorsehen. Entweder ist einer dieser beiden Anträge oder die Ansatzveränderung der Verwaltung anzunehmen.**
			AFKO	**0**		**10.000**	**-36.000**	**26.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 8/3/0**
			APH	0	0	10.000	-36.000	26.000	0	0	0	**angenommen 8/3/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**90.000**	**-324.000**	**234.000**	**0**	**0**	**0**	
63b	4E.210227	Feuerwehrh. Stöckh./Erweit. -Umbau	bisher	2.034.000	270.000	90.000	1.674.000	0	0	0	0	Anpassung der Finanzraten für die Erweiterung / den Umbau der Feuerwehr Stöckheim an den tatsächlichen Bedarf (Verschiebung einer Teilfinanzrate auf 2025)
			neu	2.034.000	270.000	180.000	1.350.000	234.000	0	0	0	
			Veränderung	0		90.000	-324.000	234.000	0	0	0	Reduz. der VE zu Lasten 2024 um 324.000 EUR Erhöhung der VE zu Lasten 2025 um 234.000 EUR
				VE 2024:	1.674.000	VE 2024 neu:	1.350.000	**VE 2024 Veränderung:**			**-324.000**	**Parallel liegen Anträge der CDU-Fraktion (Nr. 173) und des Stadtbezirksrates 211 vor, die das Vorziehen von Finanzraten vorsehen. Entweder ist einer dieser beiden Anträge oder die Ansatzveränderung der Verwaltung anzunehmen.**
				VE 2025:	0	VE 2025 neu:	234.000	**VE 2025 Veränderung:**			**234.000**	
			AFKO	**0**		**90.000**	**-324.000**	**234.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 8/3/0**
			APH	0	0	90.000	-324.000	234.000	0	0	0	**angenommen 8/3/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	Ersatzbau Feuerwehr Geitelde-Stiddien											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**-20.000**	**-44.000**	**64.000**	**0**	**0**	**0**	
64a	4E.210402	Feuerw. Geitelde-Stiddien / Ersatzbau	bisher	236.000	0	40.000	144.000	52.000	0	0	0	Verschieben einer Teilfinanzrate 2024 in Höhe von 440.000 EUR für den Ersatzbau der Feuerwehr in Geitelde-Stiddien von 2024 auf 2025
			neu	236.000	0	40.000	100.000	96.000	0	0	0	
			Veränderung	0		0	-44.000	44.000	0	0	0	
			AFKO	0		0	-44.000	44.000	0	0	0	**angenommen 11/0/0**
			APH	0	0	0	-44.000	44.000	0	0	0	**angenommen 11/0/0**
64 a NEU			bisher	236.000	0	40.000	144.000	52.000	0	0	0	Verschieben einer Teilfinanzrate 2023 / 2024 in Höhe von 640.000 EUR für den Ersatzbau Feuerwehr Geitelde-Stiddien auf 2025
			neu	236.000	0	20.000	100.000	116.000	0	0	0	
			Veränderung	**0**		**-20.000**	**-44.000**	**64.000**	**0**	**0**	**0**	

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**-180.000**	**-396.000**	**576.000**	**0**	**0**	**0**	
64b	4E.210402	Feuerw. Geitelde-Stiddien / Ersatzbau	bisher	2.124.000	0	360.000	1.296.000	468.000	0	0	0	Verschieben einer Teilfinanzrate 2024 in Höhe von 440.000 EUR für den Ersatzbau der Feuerwehr in Geitelde-Stiddien von 2024 auf 2025
			neu	2.124.000	0	360.000	900.000	864.000	0	0	0	
			Veränderung	0		0	-396.000	396.000	0	0	0	Reduz. der VE zu Lasten 2024 um 396.000 EUR Erhöhung der VE zu Lasten 2025 um 396.000 EUR
				VE 2024:	1.296.000	VE 2024 neu:	900.000	**VE 2024 Veränderung:**			**-396.000**	
				VE 2025:	468.000	VE 2025 neu:	864.000	**VE 2025 Veränderung:**			**396.000**	
			AFKO	0		0	-396.000	396.000	0	0	0	**angenommen 11/0/0**
			APH	0	0	0	-396.000	396.000	0	0	0	**angenommen 11/0/0**
64 b NEU			bisher	2.124.000	0	360.000	1.296.000	468.000	0	0	0	Verschieben einer Teilfinanzrate 2023 /2024 in Höhe von 640.000 EUR für den Ersatzbau Feuerwehr Geitelde-Stiddien auf 2025
			neu	2.124.000	0	180.000	900.000	1.044.000	0	0	0	
			Veränderung	**0**		**-180.000**	**-396.000**	**576.000**	**0**	**0**	**0**	Reduz. der VE zu Lasten 2024 um 396.000 EUR Erhöhung der VE zu Lasten 2025 um 576.000 EUR
				VE 2024:	1.296.000	VE 2024 neu:	900.000	**VE 2024 Veränderung:**			**-396.000**	
				VE 2025:	468.000	VE 2025 neu:	1.044.000	**VE 2025 Veränderung:**			**576.000**	
		Erweiterung Katastrophenschutzzentrum										
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**-1.032.400**		**0**	**0**	**-1.032.400**	**0**	**0**	**0**	
65	5E.210004	Katastrophenschutzzentrum/Erweiterung	bisher	1.032.400	0	0	0	1.032.400	0	0	0	geringere Haushaltsmittel für das Katastrophenschutzzentrum, da dies im Projekt der Neubauten der Berufsfeuerwehr aufgegangen ist
			neu	0	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-1.032.400		0	0	-1.032.400	0	0	0	
			AFKO	**-1.032.400**		**0**	**0**	**-1.032.400**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
			APH	-1.032.400	0	0	0	-1.032.400	0	0	0	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Sanierung / Umbauten von Dienstgebäuden										
		Gärtnerstützpunkt Dessaustraße										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**-250.000**	**250.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
66a	4E.210334	Gebäude Dessaustr./Anbau+ San.	bisher	950.000	475.000	350.000	125.000	0	0	0	0	Verschieben einer Teilfinanzrate in Höhe von 500.000 EUR für die Sanierung des Gebäudes Dessaustraße (inkl. Anbau) von 2023 auf 2024
			neu	950.000	475.000	100.000	375.000	0	0	0	0	
			Veränderung	0		-250.000	250.000	0	0	0	0	
			APH	**0**	**0**	**-250.000**	**250.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**-250.000**	**250.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
66b	4E.210334	Gebäude Dessaustr./Anbau+ San.	bisher	950.000	475.000	350.000	125.000	0	0	0	0	Verschieben einer Teilfinanzrate in Höhe von 500.000 EUR für die Sanierung des Gebäudes Dessaustraße (inkl. Anbau) von 2023 auf 2024
			neu	950.000	475.000	100.000	375.000	0	0	0	0	
			Veränderung	0		-250.000	250.000	0	0	0	0	Erhöhung der VE zu Lasten 2024 um 375.000 EUR
				VE 2024:	0	VE 2024 neu:	375.000		**VE 2024 Veränderung:**		**375.000**	
			APH	**0**	**0**	**-250.000**	**250.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Gärtnerstützpunkt Nord										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**690.000**		**40.000**	**200.000**	**240.000**	**210.000**	**0**	**0**	
67a	4E.210385	Gärtnerstützpunkt Nord / Ersatzbau	bisher	600.000	0	40.000	300.000	260.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 3,45 Mio. EUR für den Ersatzbau des Gärtnerstützpunktes Nord für 2023-2026 (2023: + 200.000 EUR, 2024: + 1.000.000 EUR, 2025: + 1.200.000 EUR, 2026: + 1.050.000 EUR) Gesamtkosten bisher: 3.000.000 EUR Gesamtkosten neu: 6.450.000 EUR
			neu	1.290.000	0	80.000	500.000	500.000	210.000	0	0	
			Veränderung	690.000		40.000	200.000	240.000	210.000	0	0	
			APH	**690.000**	**0**	**40.000**	**200.000**	**240.000**	**210.000**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**2.760.000**		**160.000**	**800.000**	**960.000**	**840.000**	**0**	**0**	
67b	4E.210385	Gärtnerstützpunkt Nord / Ersatzbau	bisher	2.400.000	0	160.000	1.200.000	1.040.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 3,45 Mio. EUR für den Ersatzbau des Gärtnerstützpunktes Nord für 2023-2026 (2023: + 200.000 EUR, 2024: + 1.000.000 EUR, 2025: + 1.200.000 EUR, 2026: + 1.050.000 EUR) Gesamtkosten bisher: 3.000.000 EUR Gesamtkosten neu: 6.450.000 EUR
			neu	5.160.000	0	320.000	2.000.000	2.000.000	840.000	0	0	
			Veränderung	2.760.000		160.000	800.000	960.000	840.000	0	0	
				VE 2024:	0	VE 2024 neu:	2.000.000	**VE 2024 Veränderung:**			**2.000.000**	Erhöhung der VE zu Lasten 2024 um 2.000.000 EUR
				VE 2025:	0	VE 2025 neu:	2.000.000	**VE 2025 Veränderung:**			**2.000.000**	Erhöhung der VE zu Lasten 2025 um 2.000.000 EUR
				VE 2026:	0	VE 2026 neu:	840.000	**VE 2026 Veränderung:**			**840.000**	Erhöhung der VE zu Lasten 2026 um 840.000 EUR
			APH	**2.760.000**	**0**	**160.000**	**800.000**	**960.000**	**840.000**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Rathaus-Altbau (Großer Sitzungssaal)										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**1.085.400**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**1.085.400**	
68	4E.210279	Rathaus-Altb./Sanier. gr. Sitzungs.	bisher	2.300.000	1.300.000	0	0	0	0	0	1.000.000	Nachveranschlagung in Höhe von 1.085.400 EUR für 2028 ff. für die Sanierung des Großen Sitzungssaales, da diese als Deckungsmittel in 2022 für andere Hochbaumaßnahmen verwandt wurden (DS 22-19924)
			neu	3.385.400	1.300.000	0	0	0	0	0	2.085.400	
			Veränderung	1.085.400		0	0	0	0	0	1.085.400	
			APH	**1.085.400**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**1.085.400**	**angenommen 11/0/0**
		Rathaus-Altbau (Barrierefreiheit)										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**49.500**		**49.500**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
NEU	4E.210344	Rathaus-Altbau/Einr. Barrierefreiheit	bisher	720.000	720.000	0	0	0	0	0	0	Nachveranschlagung von Haushaltsmitteln aus 2021 in Höhe von 49.500 EUR für 2023 für die Herstellung der Barrierefreiheit für den Rathaus-Altbau, die haushaltsrechtlich nicht mehr auf 2023 übertragbar sind
			neu	769.500	720.000	49.500	0	0	0	0	0	
			Veränderung	**49.500**		**49.500**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	Dienstgebäude Ägidienmarkt 6											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**2.433.000**		**2.433.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
69	4E.210403	Dienstgeb. Ägidienmarkt / WC-Sanierung	bisher	250.000	0	250.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.887.300 EUR für 2023 für die Sanierung des Dienstgebäudes Ägidienmarkt 6 (WC-Sanierung, Erneuerung Datenleitungen, Brandschutzmaßnahmen und Fenstersanierung) Gesamtkosten bisher: 250.000 EUR Gesamtkosten neu: 2.137.300 EUR
			neu	2.137.300	0	2.137.300	0	0	0	0	0	
			Veränderung	1.887.300		1.887.300	0	0	0	0	0	
			APH	1.887.300	0	1.887.300	0	0	0	0	0	**angenommen 11/0/0**
69 NEU			bisher	250.000	0	250.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2.433.000 EUR für 2023 für die Sanierung des Dienstgebäudes Ägidienmarkt 6 (WC-Sanierung, Erneuerung Datenleitungen, Brandschutzmaßnahmen und Fenstersanierung) Gesamtkosten bisher: 250.000 EUR Gesamtkosten neu: 2.683.000 EUR
			neu	2.683.000	0	2.683.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	**2.433.000**		**2.433.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Dienstgebäude Auguststraße 9-11										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**976.000**		**976.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
70	4E.21 NEU	Dienstgeb. Auguststraße 9-11 /San. Fenster+Räume	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 976.000 EUR für 2023 für die Sanierung des Dienstgebäudes Auguststraße 9-11 (Fenstersanierung und Herrichten Büroräume)
			neu	976.000	0	976.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	976.000		976.000	0	0	0	0	0	
			APH	**976.000**	**0**	**976.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
		Dienstgebäude Richard-Wagner -Str. 1										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**240.000**		**240.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
71	4E.21 NEU	Dienstgebäude Richard-Wagner-Str. 1 / Umbau Büroräume	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 240.000 EUR für 2023 für den Umbau des Gebäudes Richard-Wagner-Straße zu Büroräumen (ehemals Labor)
			neu	240.000	0	240.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	240.000		240.000	0	0	0	0	0	
			APH	**240.000**	**0**	**240.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
		Dienstgebäude Porschestraße 1 (Straßenverkehrsabteilung)										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**335.000**		**335.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
72	4E.21 NEU	Dienstgebäude Porschestraße 1 / Erricht. Bürocontainer	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 335.000 EUR für 2023 für die Errichtung eines Bürocontainers für die Straßenverkehrsabteilung
			neu	335.000	0	335.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	335.000		335.000	0	0	0	0	0	
			APH	**335.000**	**0**	**335.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Petzvalstraße 50 B (VHS, etc.)										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**835.000**		**835.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
73	4E.210395	Petzvalstraße 50 B/San.Trinkwasserleit.	bisher	1.070.000	1.070.000	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 835.000 EUR für 2023 für die Trinkwasserleitungssanierung des Gebäudes Petzvalstraße 50 B (siehe DS 22-19241)
			neu	1.905.000	1.070.000	835.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	835.000		835.000	0	0	0	0	0	Gesamtkosten bisher (inkl. Vorplanungsprojekt): 1.260.000 EUR Gesamtkosten neu: 2.095.000 EUR
			APH	**835.000**	**0**	**835.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
		Sanierung / Umbauten von Sportgebäuden										
		Sanierung Tennishalle Sportanlage Rote Wiese										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**600.000**		**50.000**	**550.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
74	4E.21 NEU	Sportanlage Rote Wiese / Sanierung Tennishalle	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 600.000 EUR für 2023 / 2024 für die Sanierung der Tennishalle Sportanlage Rote Wiese (Rote Wiese 9)
			neu	600.000	0	50.000	550.000	0	0	0	0	
			Veränderung	600.000		50.000	550.000	0	0	0	0	
			APH	**600.000**	**0**	**50.000**	**550.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	Anbau Sporthalle Watenbüttel											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**100.000**		**100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
75a	4E.210412	Sporthalle Watenbüttel / Anbau	bisher	120.000	0	120.000	0	0	0	0	0	Teil der Baumaßnahme ist auch der Abriss des alten Funktionsgebäudes, der inhaltlich mit 100.000 EUR als Aufwand zu behandeln ist; es erfolgt entsprechend eine Anpassung der Finanzraten
			neu	220.000	0	220.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	100.000		100.000	0	0	0	0	0	
			APH	**100.000**	**0**	**100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
			SchA	100.000		100.000	0	0	0	0	0	**angenommen 16 /0 /0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**-100.000**		**-100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
75b	4E.210412	Sporthalle Watenbüttel / Anbau	bisher	480.000	0	480.000	0	0	0	0	0	Teil der Baumaßnahme ist auch der Abriss des alten Funktionsgebäudes, der inhaltlich mit 100.000 EUR als Aufwand zu behandeln ist; es erfolgt entsprechend eine Anpassung der Finanzraten
			neu	380.000	0	380.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-100.000		-100.000	0	0	0	0	0	
			APH	**-100.000**	**0**	**-100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
			SchA	-100.000		-100.000	0	0	0	0	0	**angenommen 16 /0 /0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Sanierungsmaßnahmen Städtisches Stadion										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**1.055.000**		**0**	**1.055.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
76	4E.21 NEU	Städt. Stadion BgA / Sanierung Duschen + Umkleiden	bisher	0	0			0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.055.000 EUR für 2023 für die Sanierung der Duschen und Umkleiden des Städttischen Stadions (Betrieb gewerblicher Art)
			neu	1.055.000	0	1.055.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	1.055.000		1.055.000	0	0	0	0	0	
			APH	1.055.000	0	1.055.000	0	0	0	0	0	**angenommen 11/0/0**
76 NEU			bisher	0	0			0	0	0	0	Verschieben der Finanzrate für 2024 in Höhe von 1.055.000 EUR für die Sanierung der Duschen und Umkleiden des Städttischen Stadions (Betrieb gewerblicher Art) auf 2024
			neu	1.055.000	0	0	1.055.000	0	0	0	0	
			Veränderung	**1.055.000**		**0**	**1.055.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
		sonstige Instandhaltungen Sportfunktionsgebäude										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**1.500.000**		**300.000**	**300.000**	**300.000**	**300.000**	**300.000**	**0**	
77	4S.21 NEU	Global-Instandhaltung / Sportfunktionsgebäude	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 300.000 EUR jährlich für größere Instandhaltungen an städtischen Sportfunktionsgebäuden
			neu	1.500.000	0	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	0	
			Veränderung	1.500.000		300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	0	
			APH	**1.500.000**	**0**	**300.000**	**300.000**	**300.000**	**300.000**	**300.000**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Sanierungsmaßnahmen Tiefgaragen										
		Tiefgarage Packhof										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**6.704.300**		**5.021.300**	**1.683.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
78	4E.210171	Tiefgarage Packhof/ Sanierung	bisher	8.183.102	8.183.102	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 6.704.300 EUR für 2023 /2024 für die Sanierung der Tiefgarage Packhof - siehe auch DS 22-19122
			neu	14.887.402	8.183.102	5.021.300	1.683.000	0	0	0	0	
			Veränderung	6.704.300		5.021.300	1.683.000	0	0	0	0	Gesamtkosten netto bisher: 8.183.102 EUR Gesamtkosten neu: 13.035.210 EUR
			APH	**6.704.300**	**0**	**5.021.300**	**1.683.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
		Tiefgarage Magni										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**200.000**		**200.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
79	4E.21 NEU	Tiefgarage Magni BgA / Umsetzung Technikraum	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 200.000 EUR für 2023 für die Umsetzung von Elektroanlagen aufgrund eines Wasserschadens
			neu	200.000	0	200.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	200.000		200.000	0	0	0	0	0	
			APH	**200.000**	**0**	**200.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		sonstige Instandhaltungsmaßnahmen										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-385.000**		**-385.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
NEU	4S.210065	FB 20:Global Instandhaltung Schulen	bisher	15.413.000	9.988.000	1.085.000	1.085.000	1.085.000	1.085.000	1.085.000	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 385.000 EUR für 2023 für die Instandhaltung von Schulen
			neu	15.028.000	9.988.000	700.000	1.085.000	1.085.000	1.085.000	1.085.000	0	
			Veränderung	**-385.000**		**-385.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
		Teilhaushalt 32 - Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit										
		Instandhaltungen										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**5.000**		**3.200**	**1.800**	**0**	**0**	**0**	**0**	
80	4S.320001	FB 32: Instandhaltungen FB 32 intern	bisher	6.002.200	4.054.100	387.300	391.100	389.900	389.900	389.900	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2023 i. H. v. 1.400 EUR für die Instandhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung der Abtl. 32.2 (Bußgeld); Grund: Wartung von 7 zusätzlichen Erfassungsgeräte für die Parkraumüberwachung
			neu	6.003.600	4.054.100	388.700	391.100	389.900	389.900	389.900	0	
			Veränderung	1.400	0	1.400	0	0	0	0	0	
			AFKO	**1.400**		**1.400**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
81	4S.320001	FB 32: Instandhaltungen FB 32 intern	bisher	6.001.200	4.054.100	387.300	391.100	389.900	389.900	388.900	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 1.800 EUR für 2023 und 2024 für die Softwarewartung der Abt. 32.2 (Bußgeld; Grund: Softwarewartung für 7 zusätzliche Geräte für die Parkraumüberwachung sowie
			neu	6.004.800	4.054.100	389.100	392.900	389.900	389.900	388.900	0	
			Veränderung	3.600	0	1.800	1.800	0	0	0	0	
			AFKO	**3.600**		**1.800**	**1.800**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	Beschaffungen von geringwertigen Vermögensgegenständen TH 32											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**8.000**		**8.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
82	5S.320001	FB 32: GVG-Sammelprojekt FB 32	bisher	240.800	114.400	25.400	25.400	25.200	25.200	25.200	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2023 i. H. v. 500 EUR für Ausrüstungsgegenstände für den Dekontaminationsbereich bei Tierseuchenanlagen. (u.a. Flachsauger-Tauchpumpe) für Abtl. 32.5 Veterinärwesen
			neu	241.300	114.400	25.900	25.400	25.200	25.200	25.200	0	
			Veränderung	500	0	500	0	0	0	0	0	
			AFKO	**500**		**500**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
83	5S.320001	FB 32: GVG-Sammelprojekt FB 32	bisher	240.800	114.400	25.400	25.400	25.200	25.200	25.200	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2023 i. H. v. 7.500 EUR für die Anschaffung von Aktenschränken in der Abtl. 32.4 für die Aufbewahrung von Anträgen im Zusammenhang mit Flüchtlingen aus der Ukraine.
			neu	248.300	114.400	32.900	25.400	25.200	25.200	25.200	0	
			Veränderung	7.500	0	7.500	0	0	0	0	0	
			AFKO	**7.500**		**7.500**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	Beschaffung von Sachanlagen im TH 32											
	27	**Erwerb von beweglichem Sachvermögen** (Veränderungen)		**50.500**		**30.500**	**20.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
84	5S.320003	FB 32: Global-Sachanlagen FB 32	bisher	395.600	317.900	38.900	17.800	7.000	7.000	7.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 25.000 EUR für 2023 für die Beschaffung von Vermögensgegenständen über 1.000 EUR netto (Beschaffung von weiteren 7 Erfassungsgeräten zur Ausweitung der Parkraumüberwachung) - DS 22-19081
			neu	420.600	317.900	63.900	17.800	7.000	7.000	7.000	0	
			Veränderung	25.000	0	25.000	0	0	0	0	0	
			AFKO	**25.000**		**25.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
85	5S.320003	FB 32: Global-Sachanlagen FB 32	bisher	395.600	317.900	38.900	17.800	7.000	7.000	7.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 5.500 EUR für 2023 für die Beschaffung von Vermögensgegenständen über 1.000 EUR netto (u.a. eine mobile Lkw-Desinfektionsschleusen-Wanne)
			neu	401.100	317.900	44.400	17.800	7.000	7.000	7.000	0	
			Veränderung	5.500	0	5.500	0	0	0	0	0	
			AFKO	**5.500**		**5.500**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
86	5S.320003	FB 32: Global-Sachanlagen FB 32	bisher	395.600	317.900	38.900	17.800	7.000	7.000	7.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel für 2024 i. H. v. 20.000 EUR für die Beschaffung von Vermögensgegenständen über 1.000 EUR netto (u.a. Kadaverzelle inklusive Witterungsschutz und Flaschenzug für das Verladen größerer Tierkörper)
			neu	415.600	317.900	38.900	37.800	7.000	7.000	7.000	0	
			Veränderung	20.000	0	0	20.000	0	0	0	0	
			AFKO	**20.000**		**0**	**20.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Beschaffung Atemschutzmasken										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**200.000**		**200.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
88	5S.370008	FB 37: Global-Festwertvermögen BF	bisher	1.314.900	874.900	80.000	80.000	90.000	95.000	95.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 EUR für 2023 für die Beschaffung von Atemschutzmasken der Berufsfeuerwehr (Neukauf von 250 Masken)
			neu	1.414.900	874.900	180.000	80.000	90.000	95.000	95.000	0	
			Veränderung	100.000	0	100.000	0	0	0	0	0	
			AFKO	**100.000**		**100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
89	5S.370011	FB 37: Global-Festwertvermögen FF	bisher	428.600	198.600	40.000	40.000	45.000	50.000	55.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 EUR für 2023 für die Beschaffung von Atemschutzmasken der Freiwilligen Feuerwehr (Neukauf von 250 Masken)
			neu	528.600	198.600	140.000	40.000	45.000	50.000	55.000	0	
			Veränderung	100.000	0	100.000	0	0	0	0	0	
			AFKO	**100.000**		**100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
		Beschaffung von Defibrillatoren										
	27	**Erwerb von beweglichem Sachvermögen** (Veränderungen)		**85.100**		**0**	**85.100**	**0**	**0**	**0**	**0**	
90	5S.370015	FB 37: Global-sonst.Sachanl.Rettung.	bisher	1.220.314	770.314	110.000	70.000	90.000	90.000	90.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 85.100 EUR für 2024 für die Beschaffung von 13 Defibrillatoren für den Rettungsdienst (Anschluss an den Leasingvertrag)
			neu	1.305.414	770.314	110.000	155.100	90.000	90.000	90.000	0	
			Veränderung	85.100		0	85.100	0	0	0	0	
			AFKO	**85.100**		**0**	**85.100**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Beschaffung Fahrzeuge										
	27	**Erwerb von beweglichem Sachvermögen** (Veränderungen)		**855.000**		**365.000**	**490.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
91	5E.370033	Rettungstransportw.(S-RTW) / Beschaffung	bisher	280.000	0	0	280.000	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 20.000 EUR für 2024 für die Beschaffung eines Rettungstransportwagens für die Berufsfeuerwehr (Gesamtkosten bisher: 280.000 EUR; Gesamtkosten neu: 300.000 EUR)
			neu	300.000	0	0	300.000	0	0	0	0	
			Veränderung	20.000		0	20.000	0	0	0	0	
			AFKO	**20.000**		**0**	**20.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
92	5E.370037	TLF 3000 FF Mascherode / Beschaffung	bisher	360.000	0	360.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 60.000 EUR für 2023 für die Beschaffung eines Tanklöschfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr Mascherode (Gesamtkosten bisher: 360.000 EUR; Gesamtkosten neu: 420.000 EUR)
			neu	420.000	0	420.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	60.000		60.000	0	0	0	0	0	
			AFKO	**60.000**		**60.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
93	5E.370038	TLF 3000 FF Bienrode / Beschaffung	bisher	360.000	0	360.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 40.000 EUR für 2023 für die Beschaffung eines Tanklöschfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr Bienrode (Gesamtkosten bisher: 360.000 EUR; Gesamtkosten neu: 400.000 EUR)
			neu	400.000	0	400.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	40.000		40.000	0	0	0	0	0	
			AFKO	**40.000**		**40.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
94	5E.370039	FB 37: Drehleiterfahrz. m. Korb/Beschaff.	bisher	800.000	0	0	800.000	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 200.000 EUR für 2024 für die Beschaffung eines Drehleiterfahrzeuges mit Korb für die Berufsfeuerwehr (Gesamtkosten bisher: 800.000 EUR; Gesamtkosten neu: 1.000.000 EUR)
			neu	1.000.000	0	0	1.000.000	0	0	0	0	
			Veränderung	200.000		0	200.000	0	0	0	0	
			AFKO	**200.000**		**0**	**200.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
95	5S.370007	FB 37: Global-Spezialfahrzeuge BF	bisher	4.653.200	3.269.700	300.000	120.000	518.500	185.000	260.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 70.000 EUR für 2023/2024 für die Beschaffung von Spezialfahrzeugen der Berufsfeuerwehr (2023: + 50.000 EUR, 2024: + 20.000 EUR)
			neu	4.723.200	3.269.700	350.000	140.000	518.500	185.000	260.000	0	
			Veränderung	70.000		50.000	20.000	0	0	0	0	
			AFKO	**70.000**		**50.000**	**20.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
96	5S.370010	FB 37: Global-Spezialfahrzeuge FF	bisher	5.853.400	4.958.400	635.000	260.000	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 245.000 EUR für 2023/2024 für die Beschaffung von Spezialfahrzeugen der Freiwilligen Feuerwehr (2023: + 215.000 EUR, 2024: + 30.000 EUR)
			neu	6.098.400	4.958.400	850.000	290.000	0	0	0	0	
			Veränderung	245.000		215.000	30.000	0	0	0	0	
			AFKO	**245.000**		**215.000**	**30.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
97	5S.370021	FB 37: 5 HLF-Fahrzeug / Beschaffung	bisher	1.800.000	0	0	1.080.000	720.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 120.000 EUR für 2024 für die Beschaffung von 5 HLF-Fahrzeugen der Berufsfeuerwehr (Gesamtkosten bisher: 1.800.000 EUR; Gesamtkosten neu: 1.920.000 EUR)
			neu	1.920.000	0	0	1.200.000	720.000	0	0	0	
			Veränderung	120.000		0	120.000	0	0	0	0	
			AFKO	**120.000**		**0**	**120.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
98	5S.370023	Rettungswagen-RTW (4 Stück)/Beschaffung	bisher	800.000	0	0	400.000	400.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 EUR für 2024 für die Beschaffung von 4 RTW's des Rettungsdienstes (Gesamtkosten bisher: 800.000 EUR; Gesamtkosten neu: 900.000 EUR)
			neu	900.000	0	0	500.000	400.000	0	0	0	
			Veränderung	100.000		0	100.000	0	0	0	0	
			AFKO	**100.000**		**0**	**100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
sonstige Beschaffungen												
	27	**Erwerb von beweglichem Sachvermögen** (Veränderungen)		**52.000**		**52.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
99	5S.370009	FB 37: Global-sonst. Sachanl. BF	bisher	1.709.800	1.326.800	98.000	67.500	67.500	75.000	75.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 25.000 EUR für 2023 für die Neubeschaffung eines Abgasdiagnosegerätes mit Abgastester
			neu	1.734.800	1.326.800	123.000	67.500	67.500	75.000	75.000	0	
			Veränderung	25.000		25.000	0	0	0	0	0	
			AFKO	**25.000**		**25.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
100	5S.370009	FB 37: Global-sonst. Sachanl. BF	bisher	1.709.800	1.326.800	98.000	67.500	67.500	75.000	75.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 7.000 EUR für 2023 für die Neubeschaffung eines Klimagerätes
			neu	1.716.800	1.326.800	105.000	67.500	67.500	75.000	75.000	0	
			Veränderung	7.000		7.000	0	0	0	0	0	
			AFKO	**7.000**		**7.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
101	5S.370009	FB 37: Global-sonst. Sachanl. BF	bisher	1.709.800	1.326.800	98.000	67.500	67.500	75.000	75.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 20.000 EUR für 2023 für die Beschaffung von vier Zeitterminals
			neu	1.729.800	1.326.800	118.000	67.500	67.500	75.000	75.000	0	
			Veränderung	20.000		20.000	0	0	0	0	0	
			AFKO	**20.000**		**20.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
Instandhaltungen der Feuerwehr												
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**584.600**		**154.200**	**238.700**	**63.900**	**63.900**	**63.900**	**0**	
102	4S.370001	FB 37: Instandhaltungen Berufsfeuerwehr	bisher	7.603.600	3.911.700	721.100	742.700	742.700	742.700	742.700	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 140.000 EUR für 2024 für die Wartungen im Rahmen des 10 Jahres Services der Drehleiter sowie des Krans der Berufsfeuerwehr
			neu	7.743.600	3.911.700	721.100	882.700	742.700	742.700	742.700	0	
			Veränderung	140.000	0	0	140.000	0	0	0	0	
			AFKO	**140.000**		**0**	**140.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
103	4S.370001	FB 37: Instandhaltungen Berufsfeuerwehr	bisher	7.603.600	3.911.700	721.100	742.700	742.700	742.700	742.700	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 23.000 EUR für 2023 für die Bereifung des Krans der Berufsfeuerwehr
			neu	7.626.600	3.911.700	744.100	742.700	742.700	742.700	742.700	0	
			Veränderung	23.000	0	23.000	0	0	0	0	0	
			AFKO	**23.000**		**23.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
104	4S.370001	FB 37: Instandhaltungen Berufsfeuerwehr	bisher	7.603.600	3.911.700	721.100	742.700	742.700	742.700	742.700	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 20.600 EUR für 2023 und 43.000 EUR ab 2024 für die Instandhaltungen der Berufsfeuerwehr (Grund: Allgemeine Preissteigerungen) 2023: + 20.600 EUR ab 2024: + 43.000 EUR
			neu	7.796.200	3.911.700	741.700	785.700	785.700	785.700	785.700	0	
			Veränderung	192.600	0	20.600	43.000	43.000	43.000	43.000	0	
			AFKO	**192.600**		**20.600**	**43.000**	**43.000**	**43.000**	**43.000**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
105	4S.370002	FB 37: Instandhaltungen Freiw. Feuerwehr	bisher	2.030.400	1.022.800	196.800	202.700	202.700	202.700	202.700	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 34.800 EUR für 2023 und 2024 für die Beschaffung von digitalen Meldeempfängern
			neu	2.100.000	1.022.800	231.600	237.500	202.700	202.700	202.700	0	
			Veränderung	69.600	0	34.800	34.800	0	0	0	0	
			AFKO	**69.600**		**34.800**	**34.800**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
106	4S.370004	FB 37: Instandhaltungen Rettungsdienst	bisher	1.418.000	890.600	103.000	106.100	106.100	106.100	106.100		zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 20.900 EUR für die die Wartung der NIDA Pads für den Rettungsdienst (Mobilie Datenerfasung)
			neu	1.522.500	890.600	123.900	127.000	127.000	127.000	127.000		
			Veränderung	104.500	0	20.900	20.900	20.900	20.900	20.900	0	
			AFKO	**104.500**		**20.900**	**20.900**	**20.900**	**20.900**	**20.900**	**0**	**angenommen 11/0/0**
107	4S.370004	FB 37: Instandhaltungen Rettungsdienst	bisher	1.418.000	890.600	103.000	106.100	106.100	106.100	106.100		zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 7.500 EUR für 2023 für die Beschaffung von Schaufeltragen für den Rettungsdienst (6 Schaufeltragen)
			neu	1.425.500	890.600	110.500	106.100	106.100	106.100	106.100		
			Veränderung	7.500	0	7.500	0	0	0	0	0	
			AFKO	**7.500**		**7.500**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
108	4S.370004	FB 37: Instandhaltungen Rettungsdienst	bisher	1.418.000	890.600	103.000	106.100	106.100	106.100	106.100		zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 41.700 EUR für 2023 für die Beschaffung von Spritzenpumpen für den Rettungsdienst (14 Spritzenpumpen)
			neu	1.459.700	890.600	144.700	106.100	106.100	106.100	106.100		
			Veränderung	41.700	0	41.700	0	0	0	0	0	
			AFKO	**41.700**		**41.700**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
109	5S.370005	FB 37: GVG-Sammelprojekt Rettungs.										
			bisher	83.500	37.500	7.000	8.000	10.000	10.000	11.000		zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 5.700 EUR für 2023 für die Beschaffung von Notfallrucksäcken für den Rettungsdienst (4 Sätze mit jeweils 2 Rucksätzen)
			neu	89.200	37.500	12.700	8.000	10.000	10.000	11.000		
			Veränderung	5.700	0	5.700	0	0	0	0	0	
			AFKO	**5.700**		**5.700**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
		Teilhaushalt 41 - Kultur und Wissenschaft										
		Mehrkosten Einführung RFID-System										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**110.000**		**110.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
NEU	4E.410005	RFID-System/Einf. Städt. Bibliotheken										
			bisher	72.500	72.500	0	0	0	0	0	0	Nachveranschlagung von Haushaltsansätzen aus 2021 in Höhe von 72.000 EUR für 2023 für die Einführung des RFID-Systems sowie zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 38.000 EUR für Softwareschnittstellen Gesamtkosten bisher. 365.500 EUR Gesamtkosten neu: 403.500 EUR
			neu	182.500	72.500	110.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	**110.000**		**110.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	27	**Erwerb von beweglichem Sachvermögen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
NEU	4E.410005	RFID-System/Einf. Städt. Bibliotheken										
			bisher	293.000	293.000	0	0	0	0	0	0	Nachveranschlagung von Haushaltsansätzen aus 2021 in Höhe von 72.000 EUR für 2023 für die Einführung des RFID-Systems sowie zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 38.000 EUR für Softwareschnittstellen Gesamtkosten bisher. 365.500 EUR Gesamtkosten neu: 403.500 EUR
			neu	293.000	293.000	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		laufende Wartungskosten RFID-System										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**86.300**		**46.300**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**0**	
NEU	4S.410001	FB 41: Instandhaltungen	bisher	2.980.700	2.102.200	189.300	172.300	172.300	172.300	172.300	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Wartung des RFID-Systems und des Kassenautomaten für 2023 in Höhe von 36.300 EUR (Vorabzahlung für fünf Jahre)
			neu	3.017.000	2.102.200	225.600	172.300	172.300	172.300	172.300	0	
			Veränderung	**36.300**		**36.300**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
NEU	4S.410001	FB 41: Instandhaltungen	bisher	2.980.700	2.102.200	189.300	172.300	172.300	172.300	172.300	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Wartung der Schnittstellen in Zusammenhang mit dem RFID-Systems von jährlich 10.000 EUR ab 2023
			neu	3.030.700	2.102.200	199.300	182.300	182.300	182.300	182.300	0	
			Veränderung	**50.000**		**10.000**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**10.000**	**0**	
		sonstige Maßnahmen im Teilhaushalt 41										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**115.000**		**95.000**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**0**	
110	4S.410001	FB 41: Instandhaltungen	bisher	2.980.700	2.102.200	189.300	172.300	172.300	172.300	172.300	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 5.000 EUR jährlich für die Instandhaltung und Betreuung der Bücherschränke
			neu	3.005.700	2.102.200	194.300	177.300	177.300	177.300	177.300	0	
			Veränderung	25.000	0	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	0	
			AfKW	**25.000**		**5.000**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**5.000**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
111	4E.41 Neu	Kulturpunkt West / Beschaffung Ausstattung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 90.000EUR für 2023 für die Ausstattung des Veranstaltungszentrums Kulturpunkt West, mit den Geldern sollen die bisher vom KTK Weiße Rose genutzten Räumlichkeiten ausgestattet werden
			neu	90.000	0	90.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	90.000	0	90.000	0	0	0	0	0	
			AfKW	**90.000**		**90.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	Teilhaushalt 0500 - Sozialreferat											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**3.500**		**700**	**700**	**700**	**700**	**700**	**0**	
112	4S.000009	Ref. 0500: Instandhaltungen	bisher	9.200	7.700	300	300	300	300	300	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 700 EUR für die Softwarewartung des Ref. 0500 (SPSS Module)
			neu	12.700	7.700	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	0	
			Veränderung	3.500	0	700	700	700	700	700	0	
			AfSG	**3.500**		**700**	**700**	**700**	**700**	**700**	**0**	**angenommen 10/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 50 - Soziales und Gesundheit												
Einführung der Telematikinfrastruktur												
	10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**6.400**		**2.000**	**1.100**	**1.100**	**1.100**	**1.100**	**0**	
113a	4E.50 Neu	FB 50.4 Telematikinfrastr./Einführ.	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Erträge in Höhe von 1.300 EUR für 2023 und 1.100 EUR ab 2024 für Sachaufwendungen (Softwarewartung und sonstige Sachaufwendungen) im Rahmen der Einführung der Telematikinfrastruktur
			neu	5.700	0	1.300	1.100	1.100	1.100	1.100	0	
			Veränderung	5.700		1.300	1.100	1.100	1.100	1.100	0	
			AfSG	**5.700**		**1.300**	**1.100**	**1.100**	**1.100**	**1.100**	**0**	**angenommen 10/0/0**
113b	4E.50 Neu	FB 50.4 Telematikinfrastr./Einführ.	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Erträge in Höhe von 700 EUR für 2023 für die Beschaffung von Vermögensgegenständen bis 1.000 EUR netto im Rahmen der Einführung der Telematikinfrastruktur
			neu	700	0	700	0	0	0	0	0	
			Veränderung	700		700	0	0	0	0	0	
			AfSG	**700**		**700**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 10/0/0**
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**8.100**		**2.900**	**1.300**	**1.300**	**1.300**	**1.300**	**0**	
113c	4E.50 Neu	FB 50.4 Telematikinfrastr./Einführ.	bisher	555.900	381.900	34.800	34.800	34.800	34.800	34.800	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.500 EUR für 2023 und 1.300 EUR ab 2024 für Sachaufwendungen (Softwarewartung und sonstige Sachaufwendungen) im Rahmen der Einführung der Telematikinfrastruktur
			neu	562.600	381.900	36.300	36.100	36.100	36.100	36.100	0	
			Veränderung	6.700		1.500	1.300	1.300	1.300	1.300	0	
			AfSG	**6.700**		**1.500**	**1.300**	**1.300**	**1.300**	**1.300**	**0**	**angenommen 10/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
113d	4E.50 Neu	FB 50.4 Telematikinfrastr./Einführ.										
			bisher	63.000	28.000	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.400 EUR für 2023 für die Beschaffung von Vermögensgegenständen bis 1.000 EUR netto im Rahmen der Einführung der Telematikinfrastruktur
			neu	64.400	28.000	8.400	7.000	7.000	7.000	7.000	0	
			Veränderung	1.400		1.400	0	0	0	0	0	
			AfSG	**1.400**		**1.400**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 10/0/0**
	19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**900**		**900**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
113e	4E.50 Neu	FB 50.4 Telematikinfrastr./Einführ.										
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Einzahlungen (Zuwendungen) in Höhe von 900 EUR für 2023 für die Beschaffung von Vermögensgegenständen über 1.000 EUR netto im Rahmen der Einführung der Telematikinfrastruktur
			neu	900	0	900	0	0	0	0	0	
			Veränderung	900	0	900	0	0	0	0	0	
			AfSG	**900**		**900**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 10/0/0**
	27	**Erwerb von beweglichem Sachvermögen** (Veränderungen)		**2.800**		**2.800**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
113f	4E.50 Neu	FB 50.4 Telematikinfrastr./Einführ.										
			bisher	230.900	123.800	59.700	37.500	3.300	3.300	3.300	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2.800 EUR für 2023 für die Beschaffung von Vermögensgegenständen über 1.000 EUR netto im Rahmen der Einführung der Telematikinfrastruktur
			neu	233.700	123.800	62.500	37.500	3.300	3.300	3.300	0	
			Veränderung	2.800	0	2.800	0	0	0	0	0	
			AfSG	**2.800**		**2.800**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 10/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Einrichtung Nachbaschaftszentren										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**50.000**		**0**	**50.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
114	4S.500025	FB 50 Global-Zuschüsse an Sozialeinr.										
			bisher	224.600	224.600	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 EUR für 2024 für einen Zuschuss an die Niwo bzw. Träger für Umbaumaßnahmen zum Nachbarschaftszentrum in Rüningen (Alte Schule) - Siehe auch DS 22-19319
			neu	274.600	224.600	0	50.000	0	0	0	0	
			Veränderung	50.000	0	0	50.000	0	0	0	0	**Hinweis:** Der Stadtbezirk 111 hat den Antrag auf Errichtung eines neuen Nachbarschaftszentrum im Stadtbezirk 111 gestellt (500.000 EUR).
			AfSG	**50.000**		**0**	**50.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 10/0/0**
		sonstige Instandhaltungen im Teilhaushalt 50										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**335.200**		**69.200**	**66.500**	**66.500**	**66.500**	**66.500**	**0**	
115	4S.500004	FB 50:Gebäude-Instandh. Restber. FB 50										
			bisher	849.100	661.600	37.500	37.500	37.500	37.500	37.500	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2.700 EUR für 2023 für neue Schließzylinder etc. für Naumburgstraße 25
			neu	851.800	661.600	40.200	37.500	37.500	37.500	37.500	0	
			Veränderung	2.700	0	2.700	0	0	0	0	0	
			AfSG	**2.700**		**2.700**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 10/0/0**
			APH	2.700	0	2.700	0	0	0	0	0	**angenommen 11/0/0**
116	4S.500004	FB 50:Gebäude-Instandh. Restber. FB 50										
			bisher	849.100	661.600	37.500	37.500	37.500	37.500	37.500	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 500 EUR jährlich für die Instandhaltung der Betriebs-und Geschäftsausstattung durch FB 65 im Haus der Eingliederungshilfe (Friedrich-Seele-Str.)
			neu	851.600	661.600	38.000	38.000	38.000	38.000	38.000	0	
			Veränderung	2.500	0	500	500	500	500	500	0	
			AfSG	**2.500**		**500**	**500**	**500**	**500**	**500**	**0**	**angenommen 10/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
117	4S.500007	FB 50: sonst. Instandh. Abt. 50.1										
			bisher	838.100	564.100	54.800	54.800	54.800	54.800	54.800	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 26.500 EUR jährlich für die Softwarewartung der Abt. 50.1 (Grund: zusätzliche Lizenzen der Wohngeldsoftware aufgrund erhöhten Personalbedarfs sowie zwei neuer Lizenzen für die Software Butler)
			neu	970.600	564.100	81.300	81.300	81.300	81.300	81.300	0	
			Veränderung	132.500	0	26.500	26.500	26.500	26.500	26.500	0	
			AfSG	**132.500**		**26.500**	**26.500**	**26.500**	**26.500**	**26.500**	**0**	**angenommen 10/0/0**
118	4S.500007	FB 50: sonst. Instandh. Abt. 50.1										
			bisher	838.100	564.100	54.800	54.800	54.800	54.800	54.800	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2.900 EUR jährlich für sonstige Sachaufwendungen der Abt. 50.1 für die Bereitstellung der Notfallsignalegeräte von Solo Protect
			neu	852.600	564.100	57.700	57.700	57.700	57.700	57.700	0	
			Veränderung	14.500	0	2.900	2.900	2.900	2.900	2.900	0	
			AfSG	**14.500**		**2.900**	**2.900**	**2.900**	**2.900**	**2.900**	**0**	**angenommen 10/0/0**
119	4S.500007	FB 50: sonst. Instandh. Abt. 50.1										
			bisher	838.100	564.100	54.800	54.800	54.800	54.800	54.800	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2.200 EUR jährlich für sonstige Sachaufwendungen der Abt. 50.1 (Grund: weiterer Bedarf für digitale Gesetzestexte und -kommentare im Seniorenbüro sowie für einen Juris-Zugang der Betreuungsstelle)
			neu	849.100	564.100	57.000	57.000	57.000	57.000	57.000	0	
			Veränderung	11.000	0	2.200	2.200	2.200	2.200	2.200	0	
			AfSG	**11.000**		**2.200**	**2.200**	**2.200**	**2.200**	**2.200**	**0**	**angenommen 10/0/0**
120	4S.500016	FB 50:sonst. Instandh. 50.3										
			bisher	961.300	623.300	67.600	67.600	67.600	67.600	67.600	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 25.100 EUR jährlich für die Softwarewartung aufgrund zehn weiterer Lissa/Lämmkom-Lizenzen sowie einer Preiserhöhung der bisherigen Lizenzen und für Kosten der Wartung der DMS-Schnittstelle
			neu	1.086.800	623.300	92.700	92.700	92.700	92.700	92.700	0	
			Veränderung	125.500	0	25.100	25.100	25.100	25.100	25.100	0	
			AfSG	**125.500**		**25.100**	**25.100**	**25.100**	**25.100**	**25.100**	**0**	**angenommen 10/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
121	4S.500024	FB 50: Instandh. Verw. Flüchtlingsangel.	bisher	93.400	38.400	11.000	11.000	11.000	11.000	11.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 9.300 EUR jährlich für die Softwarewartung im Flüchtlingssektor aufgrund bis zu 30 weiterer benötiger So-Part Lizenzen
			neu	139.900	38.400	20.300	20.300	20.300	20.300	20.300	0	
			Veränderung	46.500	0	9.300	9.300	9.300	9.300	9.300	0	
			AVI	**0**		**9.300**	**9.300**	**9.300**	**9.300**	**9.300**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**

sonstige Beschaffungen im Teilhaushalt 50

	27	**Erwerb von beweglichem Sachvermögen** (Veränderungen)		**60.000**		**60.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
122	5S.500008	FB 50:Global-Sachanl.Seniorenbegeg.	bisher	137.600	106.100	6.300	6.300	6.300	6.300	6.300	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 10.000 EUR für 2023 für die Beschaffung von Vermögensgegenständen über 1.000 EUR netto für die Seniorenbegegnungsstätten (z.B. für Gewerbespülmaschine für Garten ohne Grenzen und für Monitore/Beamer / Leinwände in den Begegnungsstätten)
			neu	147.600	106.100	16.300	6.300	6.300	6.300	6.300	0	
			Veränderung	10.000	0	10.000	0	0	0	0	0	
			AfSG	**10.000**		**10.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 10/0/0**
123	5S.500033	FB 50: Global-Sachanlagen Abt. 50.2	bisher	25.000	25.000	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 EUR für 2023 für die Beschaffung eines E-Fahrzeuges im Bereich der Unterbringung Geflüchteter (Grund: 11 Wohnunterkünfte)
			neu	75.000	25.000	50.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	50.000	0	50.000	0	0	0	0	0	
			AVI	**0**		**50.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 51 - Kinder, Jugend und Familie												
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**18.900**		**9.700**	**9.200**	**0**	**0**	**0**	**0**	
124	4S.510007	FB 51: Instandh. Jugendzeltlager Lenste	bisher	398.000	298.500	19.900	19.900	19.900	19.900	19.900	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 9.700 EUR für 2023 und 9.200 EUR für 2024 für zu beauftragende Wartungen
			neu	416.900	298.500	29.600	29.100	19.900	19.900	19.900	0	
			Veränderung	18.900		9.700	9.200	0	0	0	0	
			JHA	**18.900**	**0**	**9.700**	**9.200**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 14 /0 /0**
	27	**Erwerb von beweglichem Sachvermögen** (Veränderungen)		**8.700**		**8.700**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
125	5S.510018	FB 51:Global-Sachanl.sonst.Jugenda.	bisher	28.500	28.500	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 6.500 EUR für die Beschaffung eines Geschirrspülers für FIBS Zweistromland
			neu	35.000	28.500	6.500	0	0	0	0	0	
			Veränderung	6.500		6.500	0	0	0	0	0	
			JHA	**6.500**	**0**	**6.500**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 14 /0 /0**
126	5S.510018	FB 51:Global-Sachanl.sonst.Jugenda.	bisher	28.500	28.500	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2.200 EUR für die Beschaffung eines stabilen Pavillons für Beteiligungsaktionen von Kindern und Jugendlichen
			neu	30.700	28.500	2.200	0	0	0	0	0	
			Veränderung	2.200		2.200	0	0	0	0	0	
			JHA	**2.200**	**0**	**2.200**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 14 /0 /0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 0600 - Baureferat												
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**60.000**		**0**	**6.000**	**12.000**	**18.000**	**24.000**	**0**	
127	4S.000011	Ref. 0600: Instandhalt. Brunnen/Denkmäl.	bisher	3.146.700	2.211.700	187.000	187.000	187.000	187.000	187.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel jährlich für die Instandhaltung der Brunnen und Denkmäler; es wird eine jährliche Kostensteigerung von 3 % angenommen (2024: + 6.000 EUR; 2025: + 12.000 EUR, 2026: + 18.000 EUR, 2027: + 24.000 EUR)
			neu	3.206.700	2.211.700	187.000	193.000	199.000	205.000	211.000	0	
			Veränderung	60.000		0	6.000	12.000	18.000	24.000	0	
			APH	**60.000**	**0**	**0**	**6.000**	**12.000**	**18.000**	**24.000**	**0**	**angenommen 11/0/0**
Teilhaushalt 0617- Grün- und Freiraumplanung												
Herstellung von Freizeitwegen, etc.												
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**-100.000**	**100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
128	5S.000035	Okerwanderweg Celler Str./Sidonienstr.	bisher	100.000	0	100.000	0	0	0	0	0	Verschieben von Haushaltsmitteln i. H. v. 100.000 EUR von 2023 auf 2024 für den Bau eines Okerwanderweges Celler Str. / Sidonienstraße
			neu	100.000	0	0	100.000	0	0	0	0	
			Veränderung	0		-100.000	100.000	0	0	0	0	
			UGA	**0**		**-100.000**	**100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
Erschließungsmaßnahmen												
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**-272.000**	**272.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
129	5E.000004	Ref. 0617: Gew-geb.Rautheim-Nord/Erschl.	bisher	728.000	220.000	272.000	136.000	100.000	0	0	0	Verschieben einer Finanzrate in Höhe von 272.000 EUR von 2023 auf 2024 für die Erschließung des Gewerbegebietes Rautheim-Nord
			neu	728.000	220.000	0	408.000	100.000	0	0	0	
			Veränderung	0		-272.000	272.000	0	0	0	0	
			UGA	**0**		**-272.000**	**272.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	sonstige Grünbaumaßnahmen											
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**-300.000**		**400.000**	**-700.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
130	5E.000003	Ref. 0617: Westpark 2. BA	bisher	730.000	30.000	100.000	400.000	100.000	100.000	0	0	geringere Haushaltsmittel für 2024 in Höhe von 300.000 EUR für den Westpark, da ein ursprünglich geplanter Aussichtsturm im Westpark entfällt.
			neu	430.000	30.000	100.000	100.000	100.000	100.000	0	0	
			Veränderung	-300.000		0	-300.000	0	0	0	0	
			UGA	**-300.000**		**0**	**-300.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
131	5E.000006	Ref. 0617 Gliesmaroder Str. 70/Allg. Grün	bisher	1.000.000	800.000	200.000	0	0	0	0	0	Verschieben einer Teilfinanzrate in Höhe von 100.000 EUR von 2023 auf 2024 für die Herstellung des Quartiersplatzes an der Gliesmaroder Str.
			neu	1.000.000	800.000	100.000	100.000	0	0	0	0	
			Veränderung	0		-100.000	100.000	0	0	0	0	
			UGA	**0**		**-100.000**	**100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
132	5E.000014	Ref. 0617 Innenstadt /Neub. Pocket-Park	bisher	4.200.000	700.000	1.000.000	1.000.000	500.000	500.000	500.000	0	Vorziehen einer Teilfinanzrate in Höhe von 500.000 EUR von 2024 auf 2023 für die Schaffung des Pocket-Parks "Kannengießerstraße" (2023: + 500.000 EUR; 2024: - 500.000 EUR).
			neu	4.200.000	700.000	1.500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	0	
			Veränderung	0		500.000	-500.000	0	0	0	0	
			UGA	**0**		**500.000**	**-500.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 60 - Bauordnung und Zentrale Vergabestelle												
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**191.000**		**94.200**	**24.200**	**24.200**	**24.200**	**24.200**	**0**	
133	4S.600001	FB 60: Instandhaltungen	bisher	1.179.800	478.300	100.300	150.300	150.300	150.300	150.300	0	zusätzliche Haushaltsmittel jährlich für die Softwarewartung des Fachbereiches 60 (z.B. für Umstellung auf XBau2, für neue Signatursoftware, für digitale Shoplösung Aufsteckware, für Kostensteigerungen)
			neu	1.370.800	478.300	194.500	174.500	174.500	174.500	174.500	0	
			Veränderung	191.000		94.200	24.200	24.200	24.200	24.200	0	
			APH	**191.000**	**0**	**94.200**	**24.200**	**24.200**	**24.200**	**24.200**	**0**	**angenommen 11/0/0**
Teilhaushalt 61 - Stadtplanung und Geoinformation												
Sanierungsgebiete - hier Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet												
	10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**400.000**	**-388.300**	**-11.700**	**0**	**0**	
134a	4S.610009	FB 61: Soziale Stadt-westl. Ringgeb.	bisher	14.771.364	9.085.964	1.283.300	1.266.700	1.029.800	361.700	350.000	1.393.900	Vorziehen von Erträgen aus 2025 /2026 auf 2024 in Höhe von 400.000 EUR für die Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen des Sanierungsgebietes "Westliches Ringgebiet - Soziale Stadt"
			neu	14.771.364	9.085.964	1.283.300	1.666.700	641.500	350.000	350.000	1.393.900	
			Veränderung	0		0	400.000	-388.300	-11.700	0	0	
			APH	**0**	**0**	**0**	**400.000**	**-388.300**	**-11.700**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**600.000**	**-582.500**	**-17.500**	**0**	**0**	
134b	4S.610009	FB 61: Soziale Stadt-westl. Ringgeb.	bisher	18.967.500	11.646.900	1.975.500	1.975.000	2.800.000	570.100	0	0	Vorziehen von Finanzraten aus 2025 /2026 auf 2024 in Höhe von 600.000 EUR für die Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen des Sanierungsgebietes "Westliches Ringgebiet - Soziale Stadt"
			neu	18.967.500	11.646.900	1.975.500	2.575.000	2.217.500	552.600	0	0	
			Veränderung	0		0	600.000	-582.500	-17.500	0	0	
			APH	**0**	**0**	**0**	**600.000**	**-582.500**	**-17.500**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
134c	4S.610009	FB 61: Soziale Stadt-westl. Ringgeb.	bisher	8.748.155	7.648.155	550.000	550.000	0	0	0	0	Vorziehen von Erträgen aus 2025 /2026 auf 2024 in Höhe von 400.000 EUR für die Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen des Sanierungsgebietes "Westliches Ringgebiet - Soziale Stadt"
			neu	8.748.155	7.648.155	550.000	550.000	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			APH	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
134d	4S.610009	FB 61: Soziale Stadt-westl. Ringgeb.	bisher	12.695.388	11.245.388	725.000	725.000	0	0	0	0	Vorziehen von Finanzraten aus 2025 /2026 auf 2024 in Höhe von 600.000 EUR für die Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen des Sanierungsgebietes "Westliches Ringgebiet - Soziale Stadt"
			neu	12.695.388	11.245.388	725.000	725.000	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
				VE 2024:	725.000	VE 2024 neu:	725.000	**VE 2024 Veränderung:**			**0**	
			APH	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	29	**Aktivierbare Zuwendungen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
134e	4S.610009	FB 61: Soziale Stadt-westl. Ringgeb.	bisher	1.952.465	1.752.465	100.000	100.000	0	0	0	0	Vorziehen von Finanzraten aus 2025 /2026 auf 2024 in Höhe von 600.000 EUR für die Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen des Sanierungsgebietes "Westliches Ringgebiet - Soziale Stadt"
			neu	1.952.465	1.752.465	100.000	100.000	0	0	0	0	
			Veränderung	0	0	0	0	0	0	0	0	
			APH	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Sanierungsgebiete - hier Investitionspakt Donauviertel										
	10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**284.400**	**-284.400**	**0**	**0**	**0**	
135a	4S.610043	FB 61: Inv.pakt Donauv. KTK u. KPW	bisher	2.643.393	1.701.993	657.000	0	284.400	0	0	0	Vorziehen der Erträge aus 2025 auf 2024 in Höhe von 284.400 EUR für das Außengelände beim KTK und dem KPW
			neu	2.643.393	1.701.993	657.000	284.400	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	284.400	-284.400	0	0	0	
			APH	**0**	**0**	**0**	**284.400**	**-284.400**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**500.000**	**-500.000**	**0**	**0**	**0**	
135b	4S.610043	FB 61: Inv.pakt Donauv. KTK u. KPW	bisher	4.535.723	1.581.723	2.260.000	194.000	500.000	0	0	0	Vorziehen der Finanzrate aus 2025 auf 2024 in Höhe von 500.000 EUR für das Außengelände beim KTK und dem KPW
			neu	4.535.723	1.581.723	2.260.000	694.000	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	500.000	-500.000	0	0	0	
			APH	**0**	**0**	**0**	**500.000**	**-500.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
135c	4S.610043	FB 61: Inv.pakt Donauv. KTK u. KPW	bisher	284.929	284.929	0	0	0	0	0	0	Vorziehen der Erträge aus 2025 auf 2024 in Höhe von 284.400 EUR für das Außengelände beim KTK und dem KPW
			neu	284.929	284.929	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			APH	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
135d	4S.610043	FB 61: Inv.pakt Donauv. KTK u. KPW	bisher	2.284.580	2.284.580	0	0	0	0	0	0	Vorziehen der Finanzrate aus 2025 auf 2024 in Höhe von 500.000 EUR für das Außengelände beim KTK und dem KPW
			neu	2.284.580	2.284.580	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			APH	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	Projekt "Digitaler Zwilling"											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**300.000**		**200.000**	**100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
136	3E.61 Neu	Digitaler Zwilling / Konzepterstellung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel für die Konzepterstellung für den digitalen Zwilling (2023: + 200.000 EUR; 2024: + 100.000 EUR); Einrichtung einer verwaltungsinternen gemeinsamen digitalen Plattform zur Nutzung und Vernetzung
			neu	300.000	0	200.000	100.000	0	0	0	0	
			Veränderung	300.000		200.000	100.000	0	0	0	0	
			APH	**300.000**	**0**	**200.000**	**100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	sonstige Maßnahmen des FB 61											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**18.800**		**18.800**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
137	5S.610008	FB 61:GVG-Sammelproj.61.2 (ohne H.)	bisher	22.400	6.400	3.200	3.200	3.200	3.200	3.200	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 18.800 EUR für 2023 für Ersatzmobiliar aufgrund des Umzugs der Abt. 61.2
			neu	41.200	6.400	22.000	3.200	3.200	3.200	3.200	0	
			Veränderung	18.800		18.800	0	0	0	0	0	
			APH	**18.800**	**0**	**18.800**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	27	**Erwerb von beweglichem Sachvermögen** (Veränderungen)		**15.000**		**15.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
138	5S.610009	FB 61:Global-Sachanl.61.2	bisher	864.600	615.600	37.800	37.800	97.800	37.800	37.800	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 15.000 EUR für 2023 für die Luftbildbefliegung Stadt Braunschweig (Kostensteigerung)
			neu	879.600	615.600	52.800	37.800	97.800	37.800	37.800	0	
			Veränderung	15.000		15.000	0	0	0	0	0	
				VE 2025:	97.800	VE 2025 neu:	97.800		**VE 2025 Veränderung:**		**0**	
			APH	**15.000**	**0**	**15.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Teilhaushalt 66 - Tiefbau und Verkehr										
		Stadtbahnausbau										
		Stadtbahnausbau Volkmarode										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
139a	4E.660026	Stadtbahnausbau TP 11 Volkmarode	bisher	300.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 7.833.000 EUR für 2023-2028 für den Stadtbahnausbau Volkmarode Nord (2023: -49.000 EUR; 2024: - 82.000 EUR; 2025: - 620.000 EUR, 2026: - 1.474.000 EUR, 2027: - 1.540.000 EUR, 2028 ff: - 4.068.000 EUR) Gesamtkosten bisher (inkl. Vorgängerprojekt): 12.593.347 EUR Gesamtkosten neu: 4.760.347 EUR
			neu	300.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			AMTA	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	20	**Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**400.000**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**400.000**	
139b	4E.660026	Stadtbahnausbau TP 11 Volkmarode	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	Einplanung von Straßenausbaubeiträgen i. H. v. 400.000 EUR für 2028 ff.
			neu	400.000	0	0	0	0	0	0	400.000	
			Veränderung	400.000		0	0	0	0	0	400.000	
			AMTA	**400.000**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**400.000**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**-7.833.000**		**-49.000**	**-82.000**	**-620.000**	**-1.474.000**	**-1.540.000**	**-4.068.000**	
139c	4E.660026	Stadtbahnausbau TP 11 Volkmarode	bisher	11.468.500	116.500	74.000	116.000	1.003.000	2.504.000	2.605.000	5.050.000	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 7.833.000 EUR für 2023-2028 für den Stadtbahnausbau Volkmarode Nord (2023: -49.000 EUR; 2024: - 82.000 EUR; 2025: - 620.000 EUR, 2026: - 1.474.000 EUR, 2027: - 1.540.000 EUR, 2028 ff: - 4.068.000 EUR)
			neu	3.635.500	116.500	25.000	34.000	383.000	1.030.000	1.065.000	982.000	
			Veränderung	-7.833.000		-49.000	-82.000	-620.000	-1.474.000	-1.540.000	-4.068.000	
				VE 2024:	116.000	VE 2024 neu:	34.000		**VE 2024 Veränderung:**		**-82.000**	Gesamtkosten bisher (inkl. Vorgängerprojekt): 12.593.347 EUR
				VE 2025:	1.003.000	VE 2025 neu:	383.000		**VE 2025 Veränderung:**		**-620.000**	Gesamtkosten neu: 4.760.347 EUR
				VE 2026:	2.504.000	VE 2026 neu:	1.030.000		**VE 2026 Veränderung:**		**-1.474.000**	
				VE 2027:	2.605.000	VE 2024 neu:	1.065.000		**VE 2027 Veränderung:**		**-1.540.000**	Reduz. der VE zu Lasten 2024 um 82.000 EUR Reduz. der VE zu Lasten 2025 um 620.000 EUR Reduz. der VE zu Lasten 2026 um 1.474.000 EUR Reduz. der VE zu Lasten 2027 um 1.540.000 EUR
			AMTA	**-7.833.000**		**-49.000**	**-82.000**	**-620.000**	**-1.474.000**	**-1.540.000**	**-4.068.000**	**angenommen 11/0/0**
	Stadtbahnausbau Rautheim											
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**5.855.000**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**5.855.000**	
140	4E.660028	Stadtbahnausbau TP 1 Rautheim	bisher	10.805.600	387.600	445.000	211.000	163.000	239.000	3.210.000	6.150.000	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 5.855.000 EUR für 2028 ff. für den Stadtbahnausbau Rautheim
			neu	16.660.600	387.600	445.000	211.000	163.000	239.000	3.210.000	12.005.000	
			Veränderung	5.855.000		0	0	0	0	0	5.855.000	Gesamtkosten bisher (inkl. Vorgängerprojekt): 12.018.977 EUR
				VE 2024:	211.000	VE 2024 neu:	211.000		**VE 2024 Veränderung:**		**0**	Gesamtkosten neu: 17.873.977 EUR
				VE 2025:	163.000	VE 2025 neu:	163.000		**VE 2025 Veränderung:**		**0**	
				VE 2026:	239.000	VE 2026 neu:	239.000		**VE 2026 Veränderung:**		**0**	
			AMTA	**5.855.000**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**5.855.000**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Stadtbahnausbau Salzdahlumer Str.										
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**1.004.000**		**-28.000**	**56.000**	**19.000**	**-11.000**	**26.000**	**942.000**	
141	4E.660029	Stadtbahnausbau TP 31 Salzdahlum	bisher	6.074.400	61.400	75.000	38.000	75.000	105.000	70.000	5.650.000	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.004.000 EUR für 2023-2028 ff. für den Stadtbahnausbau Salzdahlum
			neu	7.078.400	61.400	47.000	94.000	94.000	94.000	96.000	6.592.000	
			Veränderung	1.004.000		-28.000	56.000	19.000	-11.000	26.000	942.000	Gesamtkosten bisher: 6.074.400 EUR Gesamtkosten neu: 7.078.400 EUR
				VE 2024:	38.000	VE 2024 neu:	94.000	**VE 2024 Veränderung:**			**56.000**	Erhöhung der VE zu Lasten 2024 um 56.000 EUR
				VE 2025:	75.000	VE 2025 neu:	94.000	**VE 2025 Veränderung:**			**19.000**	Erhöhung der VE zu Lasten 2025 um 19.000 EUR
				VE 2026:	105.000	VE 2026 neu:	94.000	**VE 2026 Veränderung:**			**-11.000**	Reduz. der VE zu Lasten 2026 um 11.000 EUR
				VE 2027:	70.000	VE 2024 neu:	96.000	**VE 2027 Veränderung:**			**26.000**	Erhöhung der VE zu Lasten 2027 um 26.000 EUR
			AMTA	**1.004.000**		**-28.000**	**56.000**	**19.000**	**-11.000**	**26.000**	**942.000**	**angenommen 11/0/0**
		Stadtbahnausbau Campus										
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**943.000**		**-64.000**	**-10.000**	**20.000**	**20.000**	**0**	**977.000**	
142	4E.660030	Stadtbahnausbau TP 32 Campus	bisher	6.329.500	64.500	72.000	95.000	76.000	76.000	96.000	5.850.000	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 943.000 EUR für 2023-2028 ff. für den Stadtbahnausbau Campus
			neu	7.272.500	64.500	8.000	85.000	96.000	96.000	96.000	6.827.000	
			Veränderung	943.000		-64.000	-10.000	20.000	20.000	0	977.000	Gesamtkosten bisher: 6.329.500 EUR Gesamtkosten neu: 7.252.500 EUR
				VE 2024:	95.000	VE 2024 neu:	85.000	**VE 2024 Veränderung:**			**-10.000**	Reduz. der VE zu Lasten 2024 um 10.000 EUR
				VE 2025:	76.000	VE 2025 neu:	96.000	**VE 2025 Veränderung:**			**20.000**	Erhöhung der VE zu Lasten 2025 um 20.000 EUR
				VE 2026:	76.000	VE 2026 neu:	96.000	**VE 2026 Veränderung:**			**20.000**	Erhöhung der VE zu Lasten 2026 um 20.000 EUR
				VE 2027:	96.000	VE 2024 neu:	96.000	**VE 2027 Veränderung:**			**0**	
			AMTA	**943.000**		**-64.000**	**-10.000**	**20.000**	**20.000**	**0**	**977.000**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	Stadtbahnausbau Westliche Innenstadt											
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**510.000**		**-78.000**	**20.000**	**78.000**	**0**	**0**	**490.000**	
143	4E.660031	Stadtbahnausbau TP 41 Westl-Innen.	bisher	3.430.200	78.200	156.000	156.000	68.000	59.000	63.000	2.850.000	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 510.000 EUR für 2023-2028 ff. für den Stadtbahnausbau Westliche Innenstadt
			neu	3.940.200	78.200	78.000	176.000	146.000	59.000	63.000	3.340.000	
			Veränderung	510.000		-78.000	20.000	78.000	0	0	490.000	Gesamtkosten bisher (inkl. Vorgängerprojekt): 3.540.200 EUR
				VE 2024:	156.000	VE 2024 neu:	176.000	**VE 2024 Veränderung:**			**20.000**	Gesamtkosten neu: 4.050.200 EUR
				VE 2025:	68.000	VE 2025 neu:	146.000	**VE 2025 Veränderung:**			**78.000**	
				VE 2026:	59.000	VE 2026 neu:	59.000	**VE 2026 Veränderung:**			**0**	Erhöhung der VE zu Lasten 2024 um 20.000 EUR
				VE 2027:	63.000	VE 2024 neu:	63.000	**VE 2027 Veränderung:**			**0**	Erhöhung der VE zu Lasten 2025 um 78.000 EUR
			AMTA	**510.000**		**-78.000**	**20.000**	**78.000**	**0**	**0**	**490.000**	**angenommen 11/0/0**
	Stadtbahnausbau Lehndorf / Kanzlerfeld											
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**2.717.000**		**-53.000**	**18.000**	**53.000**	**0**	**0**	**2.699.000**	
144	4E.660032	Stadtbahnausbau TP 42 Lehndorf	bisher	15.004.000	0	107.000	125.000	154.000	186.000	232.000	14.200.000	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2.717.000 EUR für 2023-2028 ff. für den Stadtbahnausbau Lehndorf / Kanzlerfeld
			neu	17.721.000	0	54.000	143.000	207.000	186.000	232.000	16.899.000	
			Veränderung	2.717.000		-53.000	18.000	53.000	0	0	2.699.000	Gesamtkosten bisher (inkl. Vorgängerprojekt): 15.064.000 EUR
				VE 2024:	125.000	VE 2024 neu:	143.000	**VE 2024 Veränderung:**			**18.000**	Gesamtkosten neu: 17.781.000 EUR
				VE 2025:	154.000	VE 2025 neu:	207.000	**VE 2025 Veränderung:**			**53.000**	
				VE 2026:	186.000	VE 2026 neu:	186.000	**VE 2026 Veränderung:**			**0**	Erhöhung der VE zu Lasten 2024 um 18.000 EUR
				VE 2027:	232.000	VE 2024 neu:	232.000	**VE 2027 Veränderung:**			**0**	Erhöhung der VE zu Lasten 2025 um 53.000 EUR
			AMTA	**2.717.000**		**-53.000**	**18.000**	**53.000**	**0**	**0**	**2.699.000**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Umbau- / Ausbaumaßnahmen von Straßen										
		Umgestaltung Sonnenstraße / Am Hohen Tore										
	20	**Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
145a	5E.660153	Sonnenstr.-Am Hohen Tore/Umbau	bisher	900.000	675.000	225.000	0	0	0	0	0	Nachveranschlagung von Haushaltsmitteln für den Umbau der Sonnenstraße / Am Hohen Tore in Höhe von 610.000 EUR für 2024, da diese als Deckungsmittel in 2022 für andere Baumaßnahmen des FB 66 verwandt worden sind - siehe DS 22-19541 (unechte Deckungsmittel)
			neu	900.000	675.000	225.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			AMTA	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**610.000**		**0**	**610.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
145b	5E.660153	Sonnenstr.-Am Hohen Tore/Umbau	bisher	2.750.000	2.750.000	0	0	0	0	0	0	Nachveranschlagung von Haushaltsmitteln für den Umbau der Sonnenstraße / Am Hohen Tore in Höhe von 610.000 EUR für 2024, da diese als Deckungsmittel in 2022 für andere Baumaßnahmen des FB 66 verwandt worden sind - siehe DS 22-19541 (unechte Deckungsmittel)
			neu	3.360.000	2.750.000	0	610.000	0	0	0	0	
			Veränderung	610.000		0	610.000	0	0	0	0	
				VE 2024:	0	VE 2024 neu:	610.000	**VE 2024 Veränderung:**			**610.000**	Erhöhung der VE zu Lasten 2024 um 610.000 EUR
			AMTA	**610.000**		**0**	**610.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Ausbau Leonhardstraße. Gerstäcker bis Leonhardplatz										
	20	**Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
146a	5E.660144	FB 66: Leonhardstr.-Gerstäcker./Ausbau	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 580.000 EUR für 2024 für den Ausbau der Leonhardstr.aufgrund von Preisteigerungen, etc. sowie Nachveranschlagung von Haushaltsmitteln in Höhe von 200.000 EUR für 2024, da diese als Deckungsmittel in 2022 für andere Baumaßnahmen des FB 66 verwandt worden sind - siehe DS 22-19072 (unechte Deckungsmittel)
			neu	0	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			AMTA	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**780.000**		**0**	**780.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
146b	5E.660144	FB 66: Leonhardstr.-Gerstäcker./Ausbau	bisher	600.000	600.000	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 580.000 EUR für 2024 für den Ausbau der Leonhardstr.aufgrund von Preisteigerungen, etc. sowie Nachveranschlagung von Haushaltsmitteln in Höhe von 200.000 EUR für 2024, da diese als Deckungsmittel in 2022 für andere Baumaßnahmen des FB 66 verwandt worden sind - siehe DS 22-19072 (unechte Deckungsmittel)
			neu	1.380.000	600.000	0	780.000	0	0	0	0	
			Veränderung	780.000		0	780.000	0	0	0	0	
				VE 2024:	0	VE 2024 neu:	780.000	**VE 2024 Veränderung:**			**780.000**	Erhöhung der VE zu Lasten 2024 um 780.000 EUR
			AMTA	**780.000**		**0**	**780.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	Rampe / Treppe Vossenkamp											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**150.000**		**50.000**	**100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
147	4E.66 NEU	Vossenkamp / Herstellung Rampe / Treppe	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 150.000 EUR für 2023-2024 für den Bau einer Rampe / Treppe Vossenkamp (2023: + 50.000 EUR, 2024:+ 100.000 EUR)
			neu	150.000	0	50.000	100.000	0	0	0	0	
			Veränderung	150.000		50.000	100.000	0	0	0	0	
			AMTA	**150.000**		**50.000**	**100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	Umbau Innenstadtwehre											
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**1.600.000**		**700.000**	**900.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
148	5S.660044	Innenstadtwehre / Umbau	bisher	9.403.057	8.503.057	300.000	300.000	300.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1,6 Mio. EUR für 2023-2024 für den Umbau von Innenstadtwehren (2023: + 700.000 EUR, 2024: + 900.000 EUR)
			neu	11.003.057	8.503.057	1.000.000	1.200.000	300.000	0	0	0	
			Veränderung	1.600.000		700.000	900.000	0	0	0	0	
			AMTA	**1.600.000**		**700.000**	**900.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Brückenbaumaßnahmen										
		Sanierung Ferdinandbrücke										
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**230.000**		**30.000**	**0**	**200.000**	**0**	**0**	**0**	
149	5E.660118	Ferdinandbrücke / Sanierung	bisher	1.530.000	760.000	70.000	0	700.000	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 230.000 EUR für 2023 und 2025 für die Sanierung der Ferdinandbrücke (2023: + 30.000 EUR, 2025: + 200.000 EUR)
			neu	1.760.000	760.000	100.000	0	900.000	0	0	0	
			Veränderung	230.000		30.000	0	200.000	0	0	0	Gesamtkosten bisher: 1.530.000 EUR Gesamtkosten neu: 1.760.000 EUR
				VE 2025:	700.000	VE 2025 neu:	900.000	**VE 2025 Veränderung:**			**200.000**	Erhöhung der VE zu Lasten 2025 um 200.000 EUR
			AMTA	**230.000**		**30.000**	**0**	**200.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Ersatzneubau Okerbrücke Schrotweg										
	19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**-1.782.000**	**480.000**	**1.302.000**	**0**	**0**	**0**	
150a	5E.660119	Okerbrücke Hüttenwerke Schrotw./Ersatz	bisher	1.782.000	0	1.782.000	0	0	0	0	0	Verschieben der Einzahlungsraten (Investitionszuwendungen) in Höhe von 1.782.000 EUR von 2023 auf 2024 und 2025 für den Ersatzbau der Okerbrücke Hüttenwerke
			neu	1.782.000	0	0	480.000	1.302.000	0	0	0	
			Veränderung	**0**		-1.782.000	480.000	1.302.000	0	0	0	
			AMTA	**0**		**-1.782.000**	**480.000**	**1.302.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**-930.000**	**930.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
150b	5E.660119	Okerbrücke Hüttenwerke Schrotw./Ersatz	bisher	3.500.000	2.570.000	930.000	0	0	0	0	0	Verschieben der Finanzrate in Höhe von 930.000 EUR von 2023 auf 2024 für den Ersatzneubau der Okerbrücke Schrotweg
			neu	3.500.000	2.570.000	0	930.000	0	0	0	0	
			Veränderung	0		-930.000	930.000	0	0	0	0	
				VE 2024:	0	VE 2024 neu:	930.000		**VE 2024 Veränderung:**		**930.000**	Erhöhung der VE zu Lasten 2024 um 930.000 EUR
			AMTA	**0**		**-930.000**	**930.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Straßenerneuerungen mit Kanal										
		Straßenerneuerung Siegfriedviertel										
	19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
151a	5S.660011	Siegfriedviertel/Straßenerneuerung	bisher	91.783	91.783	0	0	0	0	0	0	Reduzierung der Einzahlungsraten (Beiträge) in Höhe von 175.000 EUR für 2023 /2024 für die Straßenerneuerung Siegfriedviertel (2023: - 25.000 EUR , 2024: - 150.000 EUR)
			neu	91.783	91.783	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			AMTA	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	20	**Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**-175.000**		**-25.000**	**-150.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
151b	5S.660011	Siegfriedviertel/Straßenerneuerung	bisher	1.629.924	1.329.924	150.000	150.000	0	0	0	0	Reduzierung der Einzahlungsraten (Beiträge) in Höhe von 175.000 EUR für 2023 /2024 für die Straßenerneuerung Siegfriedviertel (2023: - 25.000 EUR , 2024: - 150.000 EUR)
			neu	1.454.924	1.329.924	125.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-175.000		-25.000	-150.000	0	0	0	0	
			AMTA	**-175.000**		**-25.000**	**-150.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**-350.000**		**-50.000**	**-300.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
151c	5S.660011	Siegfriedviertel/Straßenerneuerung	bisher	5.248.690	4.648.690	300.000	300.000	0	0	0	0	Reduzierung der Haushaltsmittel in Höhe von 350.000 EUR für 2023 /2024 für die Straßenerneuerung Siegfriedviertel (2023: - 50.000 EUR , 2024: - 300.000 EUR)
			neu	4.898.690	4.648.690	250.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-350.000		-50.000	-300.000	0	0	0	0	
												Reduz. der VE zu Lasten 2024 um 300.000 EUR
				VE 2024:	300.000	VE 2024 neu:	0	**VE 2024 Veränderung:**			**-300.000**	
			AMTA	**-350.000**		**-50.000**	**-300.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	Straßenerneuerung Lehndorf											
	19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
152a	5S.660014	Lehndorf/Straßenerneuerung 2.BA	bisher	383.049	383.049	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Einzahlungsraten (Beiträge) in Höhe von 100.000 EUR für 2023 für die Straßenerneuerung Lehndorf 2. BA
			neu	383.049	383.049	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			AMTA	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	20	**Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**100.000**		**100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
152b	5S.660014	Lehndorf/Straßenerneuerung 2.BA	bisher	3.687.754	3.687.754	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Einzahlungsraten (Beiträge) in Höhe von 100.000 EUR für 2023 für die Straßenerneuerung Lehndorf 2. BA
			neu	3.787.754	3.687.754	100.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	100.000		100.000	0	0	0	0	0	
			AMTA	**100.000**		**100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**200.000**		**200.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
152c	5S.660014	Lehndorf/Straßenerneuerung 2.BA	bisher	7.713.047	7.713.047	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 200.000 EUR für 2023 für die Straßenerneuerung Lehndorf 2. BA
			neu	7.913.047	7.713.047	200.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	200.000		200.000	0	0	0	0	0	
			AMTA	**200.000**		**200.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Straßenerneuerung Östliches Ringgebiet										
	19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
153a	5S.660015	Östliches Ringgebiet/Straßenerneuerung	bisher	155.549	155.549	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Einzahlungsraten (Beiträge) in Höhe von 250.000 EUR für 2024 für die Straßenerneuerung Östliches Ringgebiet
			neu	155.549	155.549	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			AMTA	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	20	**Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**250.000**		**0**	**250.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
153b	5S.660015	Östliches Ringgebiet/Straßenerneuerung	bisher	7.184.550	6.284.550	575.000	325.000	0	0	0	0	zusätzliche Einzahlungsraten (Beiträge) in Höhe von 250.000 EUR für 2024 für die Straßenerneuerung Östliches Ringgebiet
			neu	7.434.550	6.284.550	575.000	575.000	0	0	0	0	
			Veränderung	250.000		0	250.000	0	0	0	0	
			AMTA	**250.000**		**0**	**250.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**500.000**		**0**	**500.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
153c	5S.660015	Östliches Ringgebiet/Straßenerneuerung	bisher	22.339.357	20.539.357	1.150.000	650.000	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 500.000 EUR für 2024 für die Straßenerneuerung Östliches Ringgebiet
			neu	22.839.357	20.539.357	1.150.000	1.150.000	0	0	0	0	
			Veränderung	500.000		0	500.000	0	0	0	0	Erhöhung der VE zu Lasten 2024 um 500.000 EUR
				VE 2024:	650.000	VE 2024 neu:	1.150.000	**VE 2024 Veränderung:**			**500.000**	
			AMTA	**500.000**		**0**	**500.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Straßenerneuerung Petritor										
	19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
154a	5S.660016	Petritor/Straßenerneuerung	bisher	39.538	39.538	0	0	0	0	0	0	geringere Einzahlungsraten (Beiträge) in Höhe von 125.000 EUR für 2023 für die Straßenerneuerung Petritor und Verschiebung einer Rate von 2023 auf 2024 in Höhe von 75.000 EUR
			neu	39.538	39.538	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			AMTA	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	20	**Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**-125.000**		**-200.000**	**75.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
154b	5S.660016	Petritor/Straßenerneuerung	bisher	2.449.504	2.224.504	225.000	0	0	0	0	0	geringere Einzahlungsraten (Beiträge) in Höhe von 125.000 EUR für 2023 für die Straßenerneuerung Petritor und Verschiebung einer Rate von 2023 auf 2024 in Höhe von 75.000 EUR
			neu	2.324.504	2.224.504	25.000	75.000	0	0	0	0	
			Veränderung	-125.000		-200.000	75.000	0	0	0	0	
			AMTA	**-125.000**		**-200.000**	**75.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**-250.000**		**-400.000**	**150.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
154c	5S.660016	Petritor/Straßenerneuerung	bisher	7.160.202	6.710.202	450.000	0	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel Höhe von 250.000 EUR für 2023 für die Straßenerneuerung Petritor und Verschiebung einer Rate von 2023 auf 2024 in Höhe von 150.000 EUR Erhöhung der VE zu Lasten 2024 um 150.000 EUR
			neu	6.910.202	6.710.202	50.000	150.000	0	0	0	0	
			Veränderung	-250.000		-400.000	150.000	0	0	0	0	
				VE 2024:	0	VE 2024 neu:	150.000	**VE 2024 Veränderung:**			**150.000**	
			AMTA	**-250.000**		**-400.000**	**150.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Straßenerneuerung Nordstadt										
	19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
155a	5S.660018	Nordstadt/Straßenerneuerung										
			bisher	124.379	124.379	0	0	0	0	0	0	geringere Einzahlungsraten (Beiträge) in Höhe von 375.000 EUR für 2024 für die Straßenerneuerung Nordstadt
			neu	124.379	124.379	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			AMTA	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	20	**Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**-375.000**		**0**	**-375.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
155b	5S.660018	Nordstadt/Straßenerneuerung										
			bisher	3.367.890	2.992.890	0	375.000	0	0	0	0	geringere Einzahlungsraten (Beiträge) in Höhe von 375.000 EUR für 2024 für die Straßenerneuerung Nordstadt
			neu	2.992.890	2.992.890	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-375.000		0	-375.000	0	0	0	0	
			AMTA	**-375.000**		**0**	**-375.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**-750.000**		**0**	**-750.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
155c	5S.660018	Nordstadt/Straßenerneuerung										
			bisher	9.766.531	9.016.531	0	750.000	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 750.000 EUR für 2024 für die Straßenerneuerung Nordstadt
			neu	9.016.531	9.016.531	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-750.000		0	-750.000	0	0	0	0	Reduz. der VE zu Lasten 2024 um 750.000 EUR
				VE 2024:	750.000	VE 2024 neu:	0	**VE 2024 Veränderung:**			**-750.000**	
			AMTA	**-750.000**		**0**	**-750.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Straßenerneuerung Gliesmarode										
	19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
156a	5S.660019	Gliesmarode/Straßenerneuerung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	geringere Einzahlungsraten (Beiträge) in Höhe von 175.000 EUR für 2024 für die Straßenerneuerung Gliesmarode
			neu	0	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			AMTA	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	20	**Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**-175.000**		**0**	**-175.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
156b	5S.660019	Gliesmarode/Straßenerneuerung	bisher	178.027	3.027	0	175.000	0	0	0	0	geringere Einzahlungsraten (Beiträge) in Höhe von 175.000 EUR für 2024 für die Straßenerneuerung Gliesmarode
			neu	3.027	3.027	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-175.000		0	-175.000	0	0	0	0	
			AMTA	**-175.000**		**0**	**-175.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**-350.000**		**0**	**-350.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
156c	5S.660019	Gliesmarode/Straßenerneuerung	bisher	2.083.941	1.733.941	0	350.000	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 350.000 EUR für 2024 für die Straßenerneuerung Gliesmarode
			neu	1.733.941	1.733.941	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-350.000		0	-350.000	0	0	0	0	Reduz. der VE zu Lasten 2024 um 350.000 EUR
				VE 2024:	350.000	VE 2024 neu:	0	**VE 2024 Veränderung:**			**-350.000**	
			AMTA	**-350.000**		**0**	**-350.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Straßenerneuerung Hauptbahnhof / Mastbruch										
	19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
157a	5S.660020	Hauptbahnhof/Mastbruch/Straßenerneuerung	bisher	24.944	24.944	0	0	0	0	0	0	geringere Einzahlungsraten (Beiträge) in Höhe von 50.000 EUR für 2023/2024 für die Straßenerneuerung Hauptbahnhof / Mastbruch (2023: + 25.000 EUR, 2024: - 75.000 EUR)
			neu	24.944	24.944	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			AMTA	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	20	**Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**-50.000**		**25.000**	**-75.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
157b	5S.660020	Hauptbahnhof/Mastbruch/Straßenerneuerung	bisher	1.440.650	1.140.650	25.000	275.000	0	0	0	0	geringere Einzahlungsraten (Beiträge) in Höhe von 50.000 EUR für 2023/2024 für die Straßenerneuerung Hauptbahnhof / Mastbruch (2023: + 25.000 EUR, 2024: - 75.000 EUR)
			neu	1.390.650	1.140.650	50.000	200.000	0	0	0	0	
			Veränderung	**-50.000**		**25.000**	**-75.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
			AMTA	**-50.000**		**25.000**	**-75.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**-100.000**		**50.000**	**-150.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
157c	5S.660020	Hauptbahnhof/Mastbruch/Straßenerneuerung	bisher	2.644.819	2.044.819	50.000	550.000	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 100.000 EUR für 2023/2024 für die Straßenerneuerung Hauptbahnhof / Mastbruch (2023: + 50.000 EUR, 2024: - 150.000 EUR)
			neu	2.544.819	2.044.819	100.000	400.000	0	0	0	0	
			Veränderung	-100.000		50.000	-150.000	0	0	0	0	Reduz. der VE zu Lasten 2024 um 150.000 EUR
				VE 2024:	550.000	VE 2024 neu:	400.000		**VE 2024 Veränderung:**		**-150.000**	
			AMTA	**-100.000**		**50.000**	**-150.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Straßenerneuerung Innenstadt										
	19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
158a	5S.660024	Innenstadt/Straßenerneuerung	bisher	56.444	56.444	0	0	0	0	0	0	geringere Einzahlungsraten (Beiträge) in Höhe von 325.000 EUR für 2023/2024 für die Straßenerneuerung Innenstadt (2023: - 300.000 EUR, 2024: - 25.000 EUR)
			neu	56.444	56.444	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			AMTA	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	20	**Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**-325.000**		**-300.000**	**-25.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
158b	5S.660024	Innenstadt/Straßenerneuerung	bisher	9.237.059	2.837.059	325.000	75.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	0	geringere Einzahlungsraten (Beiträge) in Höhe von 325.000 EUR für 2023/2024 für die Straßenerneuerung Innenstadt (2023: - 300.000 EUR, 2024: - 25.000 EUR)
			neu	8.912.059	2.837.059	25.000	50.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	0	
			Veränderung	-325.000		-300.000	-25.000	0	0	0	0	
			AMTA	**-325.000**		**-300.000**	**-25.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**-650.000**		**-600.000**	**-50.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
158c	5S.660024	Innenstadt/Straßenerneuerung	bisher	20.811.131	8.011.131	650.000	150.000	4.000.000	4.000.000	4.000.000	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 650.000 EUR für 2023/2024 für die Straßenerneuerung Innenstadt (2023: - 600.000 EUR, 2024: - 50.000 EUR)
			neu	20.161.131	8.011.131	50.000	100.000	4.000.000	4.000.000	4.000.000	0	
			Veränderung	-650.000		-600.000	-50.000	0	0	0	0	Reduz. der VE zu Lasten 2024 um 50.000 EUR
				VE 2024:	150.000	VE 2024 neu:	100.000		**VE 2024 Veränderung:**		**-50.000**	
			AMTA	**-650.000**		**-600.000**	**-50.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Straßenerneuerung Stöckheim										
	19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
159a	5S.660027	Stöckheim/Straßenerneuerung	bisher	86.101	86.101	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Einzahlungsraten (Beiträge) in Höhe von 25.000 EUR für 2024 für die Straßenerneuerung Stöckheim sowie Verschieben einer Rate von 2023 auf 2024 in Höhe von 25.000 EUR
			neu	86.101	86.101	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			AMTA	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	20	**Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**25.000**		**-25.000**	**50.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
159b	5S.660027	Stöckheim/Straßenerneuerung	bisher	1.577.237	1.402.237	175.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Einzahlungsraten (Beiträge) in Höhe von 25.000 EUR für 2024 für die Straßenerneuerung Stöckheim sowie Verschieben einer Rate von 2023 auf 2024 in Höhe von 25.000 EUR
			neu	1.602.237	1.402.237	150.000	50.000	0	0	0	0	
			Veränderung	25.000		-25.000	50.000	0	0	0	0	
			AMTA	**25.000**		**-25.000**	**50.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**50.000**		**-50.000**	**100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
159c	5S.660027	Stöckheim/Straßenerneuerung	bisher	3.376.437	3.026.437	350.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 EUR für 2024 für die Straßenerneuerung Stöckheim sowie Verschieben einer Rate von 2023 auf 2024 in Höhe von 50.000 EUR
			neu	3.426.437	3.026.437	300.000	100.000	0	0	0	0	
			Veränderung	50.000		-50.000	100.000	0	0	0	0	
				VE 2024:	0	VE 2024 neu:	100.000		**VE 2024 Veränderung:**		**100.000**	Erhöhung der VE zu Lasten 2024 um 100.000 EUR
			AMTA	**50.000**		**-50.000**	**100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Straßenerneuerung Wilhelmitor										
	19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
160a	5S.660062	Wilhelmitor/ Straßenerneuerung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Einzahlungsraten (Beiträge) in Höhe von 125.000 EUR für 2023 für die Straßenerneuerung Wilhelmitor
			neu	0	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			AMTA	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	20	**Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**125.000**		**125.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
160b	5S.660062	Wilhelmitor/ Straßenerneuerung	bisher	1.533.538	1.358.538	50.000	125.000	0	0	0	0	zusätzliche Einzahlungsraten (Beiträge) in Höhe von 125.000 EUR für 2023 für die Straßenerneuerung Wilhelmitor
			neu	1.658.538	1.358.538	175.000	125.000	0	0	0	0	
			Veränderung	125.000		125.000	0	0	0	0	0	
			AMTA	**125.000**		**125.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**250.000**		**250.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
160c	5S.660062	Wilhelmitor/ Straßenerneuerung	bisher	2.814.606	2.464.606	100.000	250.000	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 250.000 EUR für 2023 für die Straßenerneuerung Wilhelmitor
			neu	3.064.606	2.464.606	350.000	250.000	0	0	0	0	
			Veränderung	250.000		250.000	0	0	0	0	0	
				VE 2024:	250.000	VE 2024 neu:	250.000		**VE 2024 Veränderung:**		**0**	
			AMTA	**250.000**		**250.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Straßenerneuerung Wenden										
	19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
161a	5S.660064	Wenden/Straßenerneuerung										
			bisher	2.725	2.725	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Einzahlungsraten (Beiträge) in Höhe von 750.000 EUR für 2023/2024 für die Straßenerneuerung Wenden (2023: + 325.000 EUR, 2024: + 425.000 EUR)
			neu	2.725	2.725	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			AMTA	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	20	**Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**750.000**		**325.000**	**425.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
161b	5S.660064	Wenden/Straßenerneuerung										
			bisher	1.055.411	580.411	475.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Einzahlungsraten (Beiträge) in Höhe von 750.000 EUR für 2023/2024 für die Straßenerneuerung Wenden (2023: + 325.000 EUR, 2024: + 425.000 EUR)
			neu	1.805.411	580.411	800.000	425.000	0	0	0	0	
			Veränderung	750.000		325.000	425.000	0	0	0	0	
			AMTA	**750.000**		**325.000**	**425.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**1.500.000**		**650.000**	**850.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
161c	5S.660064	Wenden/Straßenerneuerung										
			bisher	2.248.339	1.298.339	950.000	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.500.000 EUR für 2023/2024 für die Straßenerneuerung Wenden (2023: + 650.000 EUR, 2024: + 850.000 EUR)
			neu	3.748.339	1.298.339	1.600.000	850.000	0	0	0	0	
			Veränderung	1.500.000		650.000	850.000	0	0	0	0	
				VE 2024:	0	VE 2024 neu:	850.000	**VE 2024 Veränderung:**			**850.000**	Erhöhung der VE zu Lasten 2024 um 850.000 EUR
			AMTA	**1.500.000**		**650.000**	**850.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Straßenerneuerung Veltenhof-Rühme										
	19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
162a	5S.660074	Veltenhof Rühme / Straßenerneuerung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Einzahlungsraten (Beiträge) in Höhe von 100.000 EUR für 2024 für die Straßenerneuerung Veltenhof-Rühme
			neu	0	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			AMTA	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	20	**Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**100.000**		**0**	**100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
162b	5S.660074	Veltenhof Rühme / Straßenerneuerung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Einzahlungsraten (Beiträge) in Höhe von 100.000 EUR für 2024 für die Straßenerneuerung Veltenhof-Rühme
			neu	100.000	0	0	100.000	0	0	0	0	
			Veränderung	100.000		0	100.000	0	0	0	0	
			AMTA	**100.000**		**0**	**100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**200.000**		**0**	**200.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
162c	5S.660074	Veltenhof Rühme / Straßenerneuerung	bisher	157.798	157.798	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 200.000 EUR für 2024 für die Straßenerneuerung Veltenhof-Rühme
			neu	357.798	157.798	0	200.000	0	0	0	0	
			Veränderung	200.000		0	200.000	0	0	0	0	Erhöhung der VE zu Lasten 2024 um 200.000 EUR
				VE 2024:	0	VE 2024 neu:	200.000		**VE 2024 Veränderung:**		**200.000**	
			AMTA	**200.000**		**0**	**200.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	Straßenerneuerung Leiferde											
	19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
163a	5S.660079	Leiferde/Straßenerneuerung										
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Einzahlungsraten (Beiträge) in Höhe von 25.000 EUR für 2024 für die Straßenerneuerung Leiferde
			neu	0	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			AMTA	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	20	**Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**25.000**		**0**	**25.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
163b	5S.660079	Leiferde/Straßenerneuerung										
			bisher	50.000	0	0	50.000	0	0	0	0	zusätzliche Einzahlungsraten (Beiträge) in Höhe von 25.000 EUR für 2024 für die Straßenerneuerung Leiferde
			neu	75.000	0	0	75.000	0	0	0	0	
			Veränderung	25.000		0	25.000	0	0	0	0	
			AMTA	**25.000**		**0**	**25.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**50.000**		**0**	**50.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
163c	5S.660079	Leiferde/Straßenerneuerung										
			bisher	257.798	157.798	0	100.000	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 EUR für 2024 für die Straßenerneuerung Leiferde
			neu	307.798	157.798	0	150.000	0	0	0	0	
			Veränderung	50.000		0	50.000	0	0	0	0	Erhöhung der VE zu Lasten 2024 um 50.000 EUR
				VE 2024:	100.000	VE 2024 neu:	150.000	**VE 2024 Veränderung:**			**50.000**	
			AMTA	**50.000**		**0**	**50.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Straßenerneuerung Bienrode / Waggum										
	19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
164a	5S.660080	Bienrode-Waggum/Straßenerneuerung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Einzahlungsraten (Beiträge) in Höhe von 25.000 EUR für 2024 für die Straßenerneuerung Bienrode / Waggum
			neu	0	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			AMTA	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	20	**Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**25.000**		**0**	**25.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
164b	5S.660080	Bienrode-Waggum/Straßenerneuerung	bisher	175.000	0	0	175.000	0	0	0	0	zusätzliche Einzahlungsraten (Beiträge) in Höhe von 25.000 EUR für 2024 für die Straßenerneuerung Bienrode / Waggum
			neu	200.000	0	0	200.000	0	0	0	0	
			Veränderung	25.000		0	25.000	0	0	0	0	
			AMTA	**25.000**		**0**	**25.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**50.000**		**0**	**50.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
164c	5S.660080	Bienrode-Waggum/Straßenerneuerung	bisher	507.798	157.798	0	350.000	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 50.000 EUR für 2024 für die Straßenerneuerung Bienrode / Waggum
			neu	557.798	157.798	0	400.000	0	0	0	0	
			Veränderung	50.000		0	50.000	0	0	0	0	Erhöhung der VE zu Lasten 2024 um 50.000 EUR
				VE 2024:	350.000	VE 2024 neu:	400.000		**VE 2024 Veränderung:**		**50.000**	
			AMTA	**50.000**		**0**	**50.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Teilhaushalt 67 - Stadtgrün und Sport										
		Fahrzeugbeschaffungen										
	27	**Erwerb von beweglichem Sachvermögen** (Veränderungen)		**100.000**		**0**	**100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
165	5E.670084	FB 67: LKW-Hubsteiger/Ersatzbeschaffung	bisher	270.000	0	0	270.000	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 100.000 EUR für 2024 für die Ersatzbeschaffung eines Lkw-Hubsteigers für die Baumpflege - Grund: Preissteigerungen (Gesamtkosten bisher: 270.000 EUR; Gesamtkosten neu: 370.000 EUR)
			neu	370.000	0	0	370.000	0	0	0	0	
			Veränderung	100.000	0	0	100.000	0	0	0	0	Erhöhung der VE zu Lasten 2024 um 100.000 EUR
				VE 2024:	270.000	VE 2024 neu:	370.000	**VE 2024 Veränderung:**			**100.000**	
			UGA	**100.000**	**0**	**0**	**100.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
Zuschüsse an Sportvereine, etc.												
Zuschuss Eintracht Braunschweig (Sanierung Hockeyplatz)												
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**250.000**		**0**	**250.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
166	4E.67 NEU	Eintracht Braunschweig/Zuschuss Sanierung Hockeyfeld	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in H. v. 250.000 EUR für 2023 für den Zuschuss für die Sanierung eines vorhandenen Hockey-Kunstrasenspielfeldes am Stadion - BTSV (Gesamtmaßnahme 500.000 EUR, davon 30 % Eigenanteil vom Verein und 20 % Fördermittel vom LSB) **Es liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion "BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN" vor. Sofern dem Antrag der Fraktion zugestimmt wird, ist die Ansatzveränderung der Verwaltung abzulehnen.**
			neu	250.000	0	250.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	250.000	0	250.000	0	0	0	0	0	
			SpA	250.000	0	250.000	0	0	0	0	0	**angenommen 8 / 3 / 0**
166 Neu			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in H. v. 250.000 EUR für 2024 für den Zuschuss für die Sanierung eines vorhandenen Hockey-Kunstrasenspielfeldes am Stadion - BTSV (Gesamtmaßnahme 500.000 EUR, davon 30 % Eigenanteil vom Verein und 20 % Fördermittel vom LSB) **Es liegt ein ähnlicher Antrag der Fraktion "BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN" vor. Sofern dem Antrag der Fraktion zugestimmt wird, ist die Ansatzveränderung der Verwaltung abzulehnen.**
			neu	250.000	0	0	250.000	0	0	0	0	
			Veränderung	**250.000**	**0**	**0**	**250.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Zuschuss PRC Volkmarode (Neubau Reitplatz)										
	29	**Aktivierbare Zuwendungen** (Veränderungen)		**175.000**		**175.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
167	4E.67 NEU	PRC Volkmarode/Zuschuss Neubau Reitplatz	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in H. v. 175.000 EUR für 2023 für den Zuschuss an den Reitverein PRC Volkmarode zum Neubau eines Reitplatzes. Der Verein möchte hiermit den Neubau eines Reitplatzes unterstützen / bezuschussen.
			neu	175.000	0	175.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	175.000	0	175.000	0	0	0	0	0	
			SpA	**175.000**	**0**	**175.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
		Zuschuss TSV Lehndorf (Containermiete)										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**170.000**	**0**	**136.000**	**34.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
168a	4S.670014	Zusch. an Sportvereine allg.	bisher	4.105.400	2.689.400	283.200	283.200	283.200	283.200	283.200	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 136.000 EUR für 2023 u. 34.000 EUR für 2024 für die Beschuzussung der Containermiete des TSV Lehndorf bis 31.03.2024
			neu	4.275.400	2.689.400	419.200	317.200	283.200	283.200	283.200	0	
			Veränderung	170.000	0	136.000	34.000	0	0	0	0	
			SpA	**170.000**	**0**	**136.000**	**34.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	29	**Aktivierbare Zuwendungen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
168b	4S.670014	Zusch. an Sportvereine allg.	bisher	1.102.000	802.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 136.000 EUR für 2023 u. 34.000 EUR für 2024 für die Beschuzussung der Containermiete des TSV Lehndorf bis 31.03.2024
			neu	1.102.000	802.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	0	
			Veränderung	0	0	0	0	0	0	0	0	
			SpA	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Zuschuss VFB Rot Weiß 04 (Projekt "Lebenschancen durch Sport")										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**150.000**		**30.000**	**30.000**	**30.000**	**30.000**	**30.000**	**0**	
169a	4S.670014	Zusch. an Sportvereine allg.	bisher	4.105.400	2.689.400	283.200	283.200	283.200	283.200	283.200	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 30.000 EUR jährlich als Zuschuss des Projekts "Lebenschancen durch Sport" VFB Rot Weiß 04 für zusätzliche Maßnahmen in anderen Stadtteilen. **Es liegt ein gleichlautender Antrag der SPD-Fraktion vor. Sofern dem Antrag der Fraktion zugestimmt wird, so ist der Antrag der Verwaltung abzulehnen.**
			neu	4.255.400	2.689.400	313.200	313.200	313.200	313.200	313.200	0	
			Veränderung	150.000	0	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	0	
			SpA	**150.000**	**0**	**30.000**	**30.000**	**30.000**	**30.000**	**30.000**	**0**	**angenommen 8 / 3 / 0**
	29	**Aktivierbare Zuwendungen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
169b	4S.670014	Zusch. an Sportvereine allg.	bisher	1.102.000	802.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 30.000 EUR jährlich als Zuschuss des Projekts "Lebenschancen durch Sport" VFB Rot Weiß 04 für zusätzliche Maßnahmen in anderen Stadtteilen. **Es liegt ein gleichlautender Antrag der SPD-Fraktion vor. Sofern dem Antrag der Fraktion zugestimmt wird, so ist der Antrag der Verwaltung abzulehnen.**
			neu	1.102.000	802.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	0	
			Veränderung	0	0	0	0	0	0	0	0	
			SpA	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 8 / 3 / 0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
Städtische Hockeyplätze												
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**550.000**		**550.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
170	5E.670078	BSA Westpark/Umwandl. Hockeyrasenpl.	bisher	1.000.000	550.000	450.000	0	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 450.000 EUR für 2023 für die Umwandlung eines Hockeyrasenplatzes in einen Kunstrasenplatz auf der BSA Westpark
			neu	550.000	550.000	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-450.000	0	-450.000	0	0	0	0	0	
			SpA	**-450.000**	**0**	**-450.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
171	5E.67 NEU	Jahnplatz /Schaffung Hockeykunstrasenplatz	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1 Mio. EUR für 2023 für die Schaffung eines Hockeykunstrasenplatzes auf dem Jahnplatz
			neu	1.000.000	0	1.000.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	1.000.000	0	1.000.000	0	0	0	0	0	
			SpA	**1.000.000**	**0**	**1.000.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Feuerwehrübungsplatz Wenden										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**25.800**		**25.800**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
87a	4E.67 NEU	FF Wenden / Herstellung Übungsplatz	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 175.000 EUR für die Herstellung einer Übungsfläche für die Freiwillige Feuerwehr Wenden (2023: + 25.800 EUR, 2024: 149.200 EUR)
			neu	25.800	0	25.800	0	0	0	0	0	
			Veränderung	25.800	0	25.800	0	0	0	0	0	
			AFKO	**25.800**		**25.800**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
			APH	25.800	0	25.800	0	0	0	0	0	**angenommen 11/0/0**
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**149.200**		**0**	**149.200**	**0**	**0**	**0**	**0**	
87b	4E.67 NEU	FF Wenden / Herstellung Übungsplatz	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 175.000 EUR für die Herstellung einer Übungsfläche für die Freiwillige Feuerwehr Wenden (2023: + 25.800 EUR, 2024: 149.200 EUR)
			neu	149.200	0	0	149.200	0	0	0	0	
			Veränderung	149.200		0	149.200	0	0	0	0	
			AFKO	**149.200**		**0**	**149.200**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11/0/0**
			APH	149.200	0	0	149.200	0	0	0	0	**angenommen 11/0/0**
		Teichentschlammung Südteich										
	10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**1.320.000**		**0**	**1.320.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
NEU	4E. 67 NEU	Südteich / Teichentschlammung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Erträge in Höhe von 1.320.000 EUR für die Entschlammung des Südteiches aufgrund eines neuen Förderprojektes (55 % Förderung); das bisherige Förderprojekt "Biodiversität (4E.670023)", wo diese Maßnahme ursprünglich enthalten war, kann zeitlich nicht rechtzeitig umgesetzt werden
			neu	1.320.000	0	0	1.320.000	0	0	0	0	
			Veränderung	**1.320.000**		**0**	**1.320.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**2.400.000**		**250.000**	**2.150.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
NEU	4E. 67 NEU	Südteich / Teichentschlammung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Aufwendungen in Höhe von 2.400.000 EUR für die Entschlammung des Südteiches aufgrund eines neuen Förderprojektes (55 % Förderung); das bisherige Förderprojekt "Biodiversität (4E.670023)", wo diese Maßnahme ursprünglich enthalten war, kann zeitlich nicht rechtzeitig umgesetzt werden
			neu	2.400.000	0	250.000	2.150.000	0	0	0	0	
			Veränderung	**2.400.000**		**250.000**	**2.150.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	sonstige Instandhaltungsmaßnahmen im Teilhaushalt 67											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**169.000**	**0**	**153.000**	**5.500**	**3.500**	**3.500**	**3.500**	**0**	
172	4E.670039	FB 67:SpA Lehndorf / Instands. Kunstr.	bisher	200.000	0	0	200.000	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel i. H. v. 200.000 EUR für 2024 für die Instandsetzung des Kunstrasens beim TSV Lehndorf. Die Haushaltsmittel wurden versehentlich doppelt angemeldet. (siehe 4E.670030)
			neu	0	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-200.000	0	0	-200.000	0	0	0	0	
			SpA	**-200.000**	**0**	**0**	**-200.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
173	4S.670001	FB 67:Instandh.FB 67 allgem. (ohne 67.3)	bisher	10.409.900	7.428.900	596.200	596.200	596.200	596.200	596.200	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 3.000 EUR für 2023 und jeweils 3.500 EUR für 2024-2027 für die Anspassung der jährlichen Softwarewartung für die Software ArcGIS.
			neu	10.426.900	7.428.900	599.200	599.700	599.700	599.700	599.700	0	
			Veränderung	17.000	0	3.000	3.500	3.500	3.500	3.500	0	
			UGA	**17.000**	**0**	**3.000**	**3.500**	**3.500**	**3.500**	**3.500**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
174	4S.670001	FB 67:Instandh.FB 67 allgem. (ohne 67.3)	bisher	10.409.900	7.428.900	596.200	596.200	596.200	596.200	596.200	0	zusätzliche Haushaltsmittel i.H. v. jährlich 150.000 EUR für 2023 und 2024 für Fahrzeuginstandhaltungen (Grund: Alterstruktur der Fahrzeuge und lange Lieferzeiten für Ersatzbeschaffungen von Fahrzeugen)
			neu	10.709.900	7.428.900	746.200	746.200	596.200	596.200	596.200	0	
			Veränderung	300.000	0	150.000	150.000	0	0	0	0	
			UGA	**300.000**	**0**	**150.000**	**150.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
175	4S.670058	FB 67: Instandh. Flächen Biodiv./Klima	bisher	1.148.000	233.000	183.000	183.000	183.000	183.000	183.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. insgesamt 52.000 EUR für 2024 für die Entwicklungspflege Neuanpflanzung Bäume
			neu	1.200.000	233.000	183.000	235.000	183.000	183.000	183.000	0	
			Veränderung	52.000	0	0	52.000	0	0	0	0	
			UGA	**52.000**	**0**	**0**	**52.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	Sonstige investive Baumaßnahmen Teilhaushalt 67											
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**-1.500.000**		**-300.000**	**0**	**-600.000**	**-300.000**	**-300.000**	**0**	
176	4S.670049	FB 67: Sportfunktionsgebäude / San.	bisher	2.444.400	944.400	300.000	300.000	300.000	300.000	300.000	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 300.000 EUR jährlich für die Sanierung von Sportfunktionsgebäuden, da die Aufgabe zukünftig von der Sonderrechnung Gebäudewirtschaft wahrgenommen wird
			neu	944.400	944.400	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-1.500.000	0	-300.000	-300.000	-300.000	-300.000	-300.000	0	
			SpA	**-1.500.000**	**0**	**-300.000**	**-300.000**	**-300.000**	**-300.000**	**-300.000**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
177	5E.670005	Hauptschulgarten / Sanierung										
			bisher	1.231.828	801.828	150.000	70.000	70.000	70.000	70.000	0	zusätzliche VE zu Lasten 2024 für die Plattform Dowesee in Höhe von 70.000 EUR
			neu	1.231.828	801.828	150.000	70.000	70.000	70.000	70.000	0	
			Veränderung	0	0	0	0	0	0	0	0	
				VE 2024:	0	VE 2024 neu:	70.000		**VE 2024 Veränderung:**		**70.000**	
			UGA	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
178	5S.670011	FB 67:Global-Grün- und Spielanlagen										
			bisher	9.333.100	4.989.000	924.100	830.000	830.000	830.000	930.000	0	Vorziehen einer Teilfinanzrate in Höhe von 300.000 EUR für die Beschaffung von Vermögensgegenständen über 1.000 EUR von 2025 auf 2024
			neu	9.333.100	4.989.000	924.100	1.130.000	530.000	830.000	930.000	0	
			Veränderung	0	0	0	300.000	-300.000	0	0	0	
				VE 2024:	830.000	VE 2024 neu:	1.130.000		**VE 2024 Veränderung:**		**300.000**	Erhöhung der VE zu Lasten 2024 um 300.000 EUR
				VE 2025:	830.000	VE 2025 neu:	530.000		**VE 2025 Veränderung:**		**-300.000**	Reduz. der VE zu Lasten 2025 um 300.000 EUR
			UGA	**0**	**0**	**0**	**300.000**	**-300.000**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 68 - Umwelt												
	10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-150.000**		**-30.000**	**-30.000**	**-30.000**	**-30.000**	**-30.000**	**0**	
179a	4E.680001	FB 68 - Natura 2000	bisher	420.000	120.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	0	geringere Erträge in Höhe von jährlich 30.000 EUR für Maßnahmen im Rahmen von "Natura 2000" aufgrund der rückläufigen Kostenübernahme durch den Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN)
			neu	270.000	120.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000	0	
			Veränderung	-150.000		-30.000	-30.000	-30.000	-30.000	-30.000	0	
			UGA	**-150.000**		**-30.000**	**-30.000**	**-30.000**	**-30.000**	**-30.000**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
179b	4E.680001	FB 68 - Natura 2000	bisher	420.000	120.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	0	geringere Erträge in Höhe von jährlich 30.000 EUR für Maßnahmen im Rahmen von "Natura 2000" aufgrund der rückläufigen Kostenübernahme durch den Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN); der Ansatz für die Ausgaben von 60.000 EUR soll jedoch trotzdem beibehalten werden
			neu	420.000	120.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	0	
			Veränderung	0		0	0	0	0	0	0	
			UGA	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt Stabsstelle 0800												
	10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**-2.125.000**		**-2.625.000**	**500.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
180a	4S.000024	Stabsst. 0800: Breitbandausbau	bisher	7.125.000	4.500.000	2.625.000	0	0	0	0	0	geringere Erträge in Höhe von 2.125.000 EUR für 2023 sowie geringere Aufwendungen in Höhe von 2.500.000 EUR für 2023 für den Breitbandausbau Gesamteinnahmen bisher: 7,125 Mio. EUR Gesamtausgaben bisher: 9,5 Mio. EUR; Gesamteinnahmen neu: 5,0 Mio. EUR Gesamtausgaben neu: 7,0 Mio. EUR
			neu	5.000.000	4.500.000	0	500.000	0	0	0	0	
			Veränderung	-2.125.000		-2.625.000	500.000	0	0	0	0	
			WA	**-2.125.000**		**-2.625.000**	**500.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 9 / 0 / 0**
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**3.470.000**		**3.470.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
180b	4S.000024	Stabsst. 0800: Breitbandausbau	bisher	9.500.000	6.000.000	3.500.000	0	0	0	0	0	geringere Erträge in Höhe von 2.125.000 EUR für 2023 sowie geringere Aufwendungen in Höhe von 2.500.000 EUR für 2023 für den Breitbandausbau. Weiterhin werden 5.970.000 EUR an Finanzmitteln für den Breitbandausbau nachveranschlagt, da die in 2021 veranschlagten Mittel nicht mehr nach 2023 übertragen werden können (nebenstehend als Vorjahreswert noch dargestellt). Gesamteinnahmen bisher: 7,125 Mio. EUR Gesamtausgaben bisher: 9,5 Mio. EUR; Gesamteinnahmen neu: 5,0 Mio. EUR Gesamtausgaben neu: 7,0 Mio. EUR
			neu	12.970.000	6.000.000	6.970.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	3.470.000		3.470.000	0	0	0	0	0	
			WA	**3.470.000**		**3.470.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 9 / 0 / 0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
Teilhaushaltsübergreifend												
Ausstattung der Ratsmitglieder mit Ipads - Zuständigkeitswechsel von FB 10 zu 0100												
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**34.500**		**11.300**	**5.800**	**5.800**	**5.800**	**5.800**	**0**	
181a	4S.00 Neu	0100: Mobiles Arbeiten Ratsgremien / Ausstattung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 32.000 EUR für die IT-Ausstattung der Ratsmitglieder (Leasing); die Aufgabe ist bisher von FB 10 wahrgenommen worden
			neu	160.000	0	32.000	32.000	32.000	32.000	32.000	0	
			Veränderung	**160.000**		**32.000**	**32.000**	**32.000**	**32.000**	**32.000**	**0**	
181b	4S.100005	FB 10: Programm IT FB 10	bisher	44.579.931	21.674.931	3.773.000	5.283.000	5.283.000	4.283.000	4.283.000	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 32.000 EUR für die IT-Ausstattung der Ratsmitglieder (Leasing); die Aufgabe wird zukünftig von 0100 wahrgenommen
			neu	44.419.931	21.674.931	3.741.000	5.251.000	5.251.000	4.251.000	4.251.000	0	
			Veränderung	**-160.000**		**-32.000**	**-32.000**	**-32.000**	**-32.000**	**-32.000**	**0**	
182	4S.00 Neu	0100: Mobiles Arbeiten Ratsgremien / Ausstattung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 4.300 EUR für die IT-Ausstattung der Ratsmitglieder aufgrund von Preissteigerung beim Leasing
			neu	21.500	0	4.300	4.300	4.300	4.300	4.300	0	
			Veränderung	**21.500**		**4.300**	**4.300**	**4.300**	**4.300**	**4.300**	**0**	
183	4S.00 Neu	0100: Mobiles Arbeiten Ratsgremien / Ausstattung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 5.500 EUR für 2023 für die Neukonfiguration der geleasten Ipads
			neu	5.500	0	5.500	0	0	0	0	0	
			Veränderung	**5.500**		**5.500**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
184	4S.00 Neu	0100: Mobiles Arbeiten Ratsgremien / Ausstattung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 1.500 EUR jährlich für die Reparatur der geleasten Ipads
			neu	7.500	0	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500	0	
			Veränderung	**7.500**		**1.500**	**1.500**	**1.500**	**1.500**	**1.500**	**0**	
Soziale Stadt - Westliches Ringgebiet - Sanierungsmaßnahmen der Wohnungslosenunterkunft Sophienstraße 1												
	10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
185a NEU	4S.610009	FB 61: Soziale Stadt-westl. Ringgeb.	bisher	14.771.364	9.085.964	1.283.300	1.266.700	1.029.800	361.700	350.000	1.393.900	zusätzliche Haushaltsmittel H. v. 163.500 EUR für 2023 für Sanierungsmaßnahmen an der Wohnungslosenunterkunft Sophienstraße 1 (Grund: weitere Baupreissteigerungen)
			neu	14.771.364	9.085.964	1.283.300	1.266.700	1.029.800	361.700	350.000	1.393.900	
			Veränderung	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
185b	4S.610009	FB 61: Soziale Stadt-westl. Ringgeb.	bisher	18.967.500	11.646.900	1.975.500	1.975.000	2.800.000	570.100	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel H. v. 687.000 EUR für 2023 für Sanierungsmaßnahmen an der Wohnungslosenunterkunft Sophienstraße 1
			neu	19.654.500	11.646.900	2.662.500	1.975.000	2.800.000	570.100	0	0	
			Veränderung	687.000		687.000	0	0	0	0	0	
			APH	687.000	0	687.000	0	0	0	0	0	**angenommen 11 /0 /0**
185b neu			bisher	18.967.500	11.646.900	1.975.500	1.975.000	2.800.000	570.100	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel H. v. 850.500 EUR für 2023 für Sanierungsmaßnahmen an der Wohnungslosenunterkunft Sophienstraße 1 (Grund: weitere Baupreissteigerungen)
			neu	19.818.000	11.646.900	2.826.000	1.975.000	2.800.000	570.100	0	0	
			Veränderung	**850.500**		**850.500**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
185c	4S.210051	FB 20: Brandschutzmaßnahmen										
			bisher	22.507.574	7.507.574	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	0	geringere Haushaltsmittel i. H. v. 150.000 EUR für 2023 für Brandschutzmaßnahmen; die Gelder sollen als Deckung für die Sanierungsmaßnahmen an der Wohnungsloseneinrichtung Sophienstraße dienen
			neu	22.357.574	7.507.574	2.850.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	0	
			Veränderung	-150.000		-150.000	0	0	0	0	0	
			APH	**-150.000**	**0**	**-150.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 /0 /0**
185d	4S.210106	Städt. Maßnahmen / Klimaschutz										
			bisher	6.000.000	3.000.000	3.000.000	0	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel i. H. v. 537.000 EUR für 2023 für Klimaschutzmaßnahmen; die Gelder sollen als Deckung für die Sanierungsmaßnahmen an der Wohnungsloseneinrichtung Sophienstraße dienen
			neu	5.463.000	3.000.000	2.463.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	-537.000		-537.000	0	0	0	0	0	
			APH	-537.000	0	-537.000	0	0	0	0	0	**angenommen 11 /0 /0**
185d NEU			bisher	6.000.000	3.000.000	3.000.000	0	0	0	0	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 700.500 EUR für 2023 für Klimaschutzmaßnahmen an städtischen Gebäuden
			neu	5.299.500	3.000.000	2.299.500	0	0	0	0	0	
			Veränderung	**-700.500**		**-700.500**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	19	**Zuwendungen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
185e NEU	4S.610009	FB 61: Soziale Stadt-westl. Ringgeb.										
			bisher	8.748.155	7.648.155	550.000	550.000	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel H. v. 163.500 EUR für 2023 für Sanierungsmaßnahmen an der Wohnungslosenunterkunft Sophienstraße 1 (Grund: weitere Baupreissteigerungen)
			neu	8.748.155	7.648.155	550.000	550.000	0	0	0	0	
			Veränderung	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
185f NEU	4S.610009	FB 61: Soziale Stadt-westl. Ringgeb.										
			bisher	12.695.388	11.245.388	725.000	725.000	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel H. v. 163.500 EUR für 2023 für Sanierungsmaßnahmen an der Wohnungslosenunterkunft Sophienstraße 1 (Grund: weitere Baupreissteigerungen)
			neu	12.695.388	11.245.388	725.000	725.000	0	0	0	0	
			Veränderung	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
				VE 2024:	725.000	VE 2024 neu:	725.000	**VE 2024 Veränderung:**			**0**	

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
Ausstattung BC III												
BC III Teilhaushalt Verwaltungsführung												
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**3.800**		**3.800**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
186a	5S.000002	Verwaltungsf.: GVG-Sammelprojekt	bisher	20.900	7.400	2.700	2.700	2.700	2.700	2.700	0	zusätzliche Haushaltsmittel i.H. v. 5.300 EUR für 2023 für die Beschaffung von geringwertigen Vermögensgegenständen bis 1.000 EUR netto für die Verwaltungsführung. (Grund: Ausstattung der Büros und Erwerb von Stehlampen für das BC III)
			neu	24.700	7.400	6.500	2.700	2.700	2.700	2.700	0	
			Veränderung	**3.800**	**0**	**3.800**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	27	**Erwerb von beweglichem Sachvermögen** (Veränderungen)		**1.700**		**1.700**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
186b	5S.000019	Verwaltungsführung: Global-Sachanlagen	bisher	60.400	46.900	2.700	2.700	2.700	2.700	2.700	0	zusätzliche Haushaltsmittel i.H. v. 1.700 EUR für 2023 für die Beschaffung von geringwertigen Vermögensgegenständen über 1.000 EUR netto für die Verwaltungsführung. (Grund: Erwerb von Doppelkopfleuchten für das BC III)
			neu	62.100	46.900	4.400	2.700	2.700	2.700	2.700	0	
			Veränderung	**1.700**	**0**	**1.700**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	BC III Teilhaushalt 40											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**23.800**		**23.800**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
187a	5S.40 Neu	FB 40: GVG-Sammelp. Geb. BC III	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 23.800 EUR für 2023 für die Beschaffung von Vermögensgegenständen bis 1.000 EUR netto (Beschaffung von Raumbeleuchtungen für das BC III)
			neu	23.800	0	23.800	0	0	0	0	0	
			Veränderung	23.800		23.800	0	0	0	0	0	
			SchA	**23.800**	**0**	**23.800**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 16 /0 /0**
	27	**Erwerb von beweglichem Sachvermögen** (Veränderungen)		**53.800**		**53.800**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
187b	5S.40 Neu	FB 40: Global-Sachanl. Geb. BC III	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 53.800 EUR für 2023 für die Beschaffung von Vermögensgegenständen über 1.000 EUR netto (Beschaffung von Raumbeleuchtungen für das BC III)
			neu	53.800	0	53.800	0	0	0	0	0	
			Veränderung	53.800		53.800	0	0	0	0	0	
			SchA	**53.800**	**0**	**53.800**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 16 /0 /0**
	BC III Referat 0617											
	27	**Erwerb von beweglichem Sachvermögen** (Veränderungen)		**9.000**		**9.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
188	5S.00 NEU	Ref. 0617: Global-Sachanlagen	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel i.H. v. 9.000 EUR für 2023 für die Beschaffung von geringwertigen Vermögensgegenständen über 1.000 EUR netto für das Ref. 0617. (Grund: Erwerb von Stehlampen für das BC III)
			neu	9.000	0	9.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	9.000		9.000	0	0	0	0	0	
			UGA	**9.000**		**9.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Der FPDA hat über die Anträge der Verwaltung abgestimmt (2. Ergänzungsvorlage und Hauptvorlage): Ergebnis 10 / 0 / 1

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	BC III Teilhaushalt 67											
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**38.000**		**38.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
189	5S.670025	FB 67:GVG- FB 67 allgemein	bisher	484.700	100.400	103.500	70.200	70.200	70.200	70.200	0	zusätzliche Haushaltsmittel i.H. v. 35.000 EUR für 2023 für die Beschaffung von geringwertigen Vermögensgegenständen bis 1.000 EUR netto für den FB 67 allgemein. (Grund: Ausstattung der Büros mit Doppelkopfleuchten im BC III)
			neu	519.700	100.400	138.500	70.200	70.200	70.200	70.200	0	
			Veränderung	35.000	0	35.000	0	0	0	0	0	
			UGA	**35.000**	**0**	**35.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
190	5S.670027	FB 67:GVG-Bestattungsw.(ohne Krema)	bisher	192.600	15.200	37.000	35.100	35.100	35.100	35.100	0	zusätzliche Haushaltsmittel i.H. v. 3.000 EUR für 2023 für die Beschaffung von geringwertigen Vermögensgegenständen bis 1.000 EUR netto für den FB 67 allgemein. (Grund: Ausstattung der Büros mit Doppelkopfleuchten im BC III)
			neu	195.600	15.200	40.000	35.100	35.100	35.100	35.100	0	
			Veränderung	3.000	0	3.000	0	0	0	0	0	
			UGA	**3.000**	**0**	**3.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**
	BC III Teilhaushalt 68											
	27	**Erwerb von beweglichem Sachvermögen** (Veränderungen)		**26.000**		**26.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
191	5S.680013	FB 68:Global-Sachanl Umweltschutz.	bisher	30.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel i.H. v. 26.000 EUR für 2023 für die Beschaffung von geringwertigen Vermögensgegenständen über 1.000 EUR netto für den FB 68. (Grund: Erwerb von Stehlampen für das BC III)
			neu	56.000	5.000	31.000	5.000	5.000	5.000	5.000	0	
			Veränderung	26.000	0	26.000	0	0	0	0	0	
			UGA	**26.000**		**26.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**angenommen 11 / 0 / 0**

Anlage 2.5.2.2

Finanzhaushalt

Ansatzveränderungen der Verwaltungen

(Finanzierungstätigkeit)

Stand: 13. März 2023

Haushaltslesung 2023/2024 - Finanzhaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung (ohne Investitionsmanagement)

Anlage 2.5.2.2

Der FPDA hat in seiner Sitzung am 02.03.2023 über die Ansatzveränderungen der Verwaltung zu den Ziffern 1 - 3 insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 11 / 0 / 0 - Angenommen

Nr.	Teilhaushalt / Finanzstelle	Haushaltsansatzbezeichnung	Sachkonto / Art der Ein- und Auszahlung	Veränderungen in €									
				2023		2024		2025		2026		2027	
				Einzahlungen	Auszahlungen	Einzahlungen	Auszahlungen	Einzahlungen	Auszahlungen	Einzahlungen	Auszahlungen	Einzahlungen	Auszahlungen
	Teilhaushalt Fachbereich Kinder, Jugend und Familie			**- 1.600.000**	**0**	**- 1.600.000**	**1.300**	**- 1.600.000**	**- 2.652.000**	**- 1.600.000**	**- 2.477.000**	**- 1.600.000**	**- 230.300**
1.	FS 3410	Unterhaltsvorschussleistungen	621150 Kostenersatz außerh. von Einr.	Erstmalig im Haushaltsentwurf 2023/2024 wurde berücksichtigt, dass die mangelnde Zahlungsmoral der Unterhaltspflichtigen zu einer erheblichen Abweichung zwischen den Erträgen im Ergebnishaushalt und den Einzahlungen im Finanzhaushalt führt. Dabei war die Abweichung zunächst noch nicht zutreffend bemessen.									
				- 1.600.000		- 1.600.000		- 1.600.000		- 1.600.000		- 1.600.000	
	Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft			**9.900.000**	**0**	**13.650.000**	**1.300**	**58.000.000**	**- 2.652.000**	**86.000.000**	**- 2.477.000**	**- 38.000.000**	**- 230.300**
2.	FS6120	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	692730 Einzahlungen für Investitionskredite von Kreditinstituten, Laufzeit ü. 5 Jahre (fester Zinssatz)	Anpassung der Kreditaufnahmen + 9.900.000		+ 13.650.000		+ 59.000.000		+ 76.000.000		- 27.000.000	
3.			792730 Auszahlungen für Investitionskredite von Kreditinstituten, Laufzeit ü. 5 Jahre (fester Zinssatz)		-		+ 1.300		- 2.652.000		- 2.477.000		- 230.300

Die Abstimmung zur Ansatzveränderung Nr. 4 erfolgt über den Beschlusspunkt 2 der Haushaltsvorlage (Drucks.-Nr. 23-20805)

4.	FS6120	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	692730 Einzahlungen für Investitionskredite von Kreditinstituten, Laufzeit ü. 5 Jahre (fester Zinssatz)	Anpassung der Kreditaufnahmen an die im FPDA am 02.03.2023 getroffenen Entscheidungen zur **Veränderung der Investitionstätigkeit** 0		0		- 1.000.000		+ 10.000.000		- 11.000.000	

Anlage 2.5.2.3

Finanzhaushalt

Ansatzveränderungen der Verwaltungen

(Experimentierklausel)

Stand: 13. März 2023

Haushaltslesung 2023/2024 - Ansatzveränderungen der Verwaltung (nur Experimentierklausel)

Anlage 2.5.2.3

Der FPDA hat über die Ansatzveränderungen der Verwaltung insgesamt abgestimmt. Gesamtergebnis: 11 / 0 / 0 - Angenommen

Nr.	Teilhaushalt / Finanzstelle oder Produkt	Haushaltsansatz-bezeichnung	Sachkonto / Art des Ertrages und Aufwands bzw. der Ein- und Auszahlung	Veränderungen in €										Anmerkungen
				2023		2024		2025		2026		2027		
				Einzahlungen	Auszahlungen	Einzahlungen	Auszahlungen	Einzahlungen	Auszahlungen	Einzahlungen	Auszahlungen	Einzahlungen	Auszahlungen	
	Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft			**63.100.000**	**4.915.200**	**190.350.000**	**18.115.800**	**0**	**35.026.300**	**0**	**34.143.700**	**0**	**33.261.000**	
1	FS6120	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	**Aufnahme von Darlehen und Ausleihe an städtische Gesellschaften (Experimentierklausel):** hier: Anpassung der Kreditaufnahmen durch die Stadt. Die Kreditaufnahmen im Rahmen der Experimentierklausel sind bis zum Jahr 2024 befristet. 692735 Einz. InvKred.Kred.Inst. Laufz>5J.E (f.Zins) Exp	+ 63.100.000		+ 190.350.000		0		0		0		
2	FS6120	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	**Aufnahme von Darlehen und Ausleihe an städtische Gesellschaften (Experimentierklausel)** hier: Tilgung der Darlehen durch die Stadt bei den Kreditgebern 792735 Tilgung, Rückzahlungen von Krediten Laufz >5J./ Experimentierklausel		+ 2.547.200		+ 8.158.400		+ 15.772.300		+ 15.772.300		+ 15.772.400	
3	1.61.6120.01	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	**Aufnahme von Darlehen und Ausleihe an städtische Gesellschaften (Experimentierklausel)** hier: Zinsaufwendungen durch die Stadt Die Aktualisierungen bei der Aufnahme von Krediten im Rahmen der Experimentierklausel führen zu entsprechend höheren Zinsaufwendungen. 451715 Zinsaufwand an Kreditinstitute/ Experimentierklausel		+ 2.172.000		+ 9.353.400		+ 19.254.000		+ 18.371.400		+ 17.488.600	Die aufgrund der Kreditaufnahme von der Stadt an die Kreditinstitute zu leistenden Zinsen sind in dieser Liste nachrichtlich aufgeführt. Zusätzlich sind diese auch in der Liste "Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung" dargestellt.
4	1.61.6120.01	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	**Experimentierklausel** - Für die im Rahmen der Experimentierklausel vorgesehenen Kreditaufnahmen sind Kreditbeschaffungskosten in den Jahren 2023 und 2024 (Gültigkeitsdauer Experimentierklausel) einzuplanen. 459115 Kreditbeschaffungskosten/ Experimentierklausel		+ 196.000		+ 604.000		0		0			Die aufgrund der Kreditaufnahme von der Stadt an die Kreditinstitute zu leistenden Kreditbeschaffungskosten sind in dieser Liste nachrichtlich aufgeführt. Zusätzlich sind diese auch in der Liste "Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung" dargestellt.
	Teilhaushalt FB 20 - Finanzen			**4.764.400**	**63.100.000**	**17.668.700**	**190.350.000**	**35.407.700**	**0**	**34.505.200**	**0**	**32.610.700**	**0**	
	5E.200011	Rückzahl. Ausleih. Städt.Gesell. /Exper.	**Aufnahme von Darlehen und Ausleihe an städtische Gesellschaften (Experimentierklausel)** hier: Erstattung der städtischen Tilgungsleistungen für Darlehen (Experimentierklausel) durch die städtischen Gesellschaften 688535 Rückflüsse Ausleih. a.verb.Unt. (> 5 Jahre) Exp.	+ 2.547.400		+ 8.158.500		+ 15.772.500		+ 15.772.500		+ 15.772.600		
	5E.200010	Ausleihungen Städtische Gesellschaften/ Experimentierklausel	**Weiterleitung der von der Stadt aufgenommen Darlehen an städtische Gesellschaften (Experimentierklausel)** Die von der Stadt im Rahmen der Experimentierklausel aufgenommenen Darlehen werden im Finanzhaushalt im Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft veranschlagt. Kreditaufnahmen im Rahmen der Experimentierklausel sind bis zum Jahr 2024 befristet. 788535 Ausleihungen an vU/B/S > 5 Jahre Experimentierkl.		+ 63.100.000		+ 190.350.000		0		0		0	
	Diverse	Diverse	Durch die Aktualisierungen bei der Aufnahme von **Krediten** im Rahmen der **Experimentierklausel** (s. Sachkonto 692735, Finanzhaushalt, TH Allgemeine Finanzwirtschaft) ergeben sich entsprechend höhere Erstattungleistungen von Seiten der Konzerngesellschaften, an die Kreditausleihungen erfolgt sind. Der Anstieg der Erträge ist durch die Ausweitung der durch die Stadt im Rahmen der Experimentierklausel aufgenommenen Kredite bedingt. 361515 Zinsertrag von verb. Unt., Beteilg., Sonderverm./ Experimentierklausel	+ 2.217.000		+ 9.510.200		+ 19.635.200		+ 18.732.700		+ 16.838.100		Die aufgrund der Kreditaufnahme von den städtischen Gesellschaften an die Stadt zu leistenden Zinsen sind in dieser Liste nachrichtlich aufgeführt. Zusätzlich sind diese auch in der Liste "Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung" dargestellt.

Anlage 2.5.3

Investitionsprogramm 2022-2027

Haushaltsneutrale Ansatzveränderungen

Stand: 14. März 2023

Der FPDA hat die haushaltsneutralen Ansatzveränderungen der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 20 - Finanzen												
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4S.210001	FB 20: Instandhaltungen FB 20 intern	bisher	668.560	398.760	52.500	53.100	53.700	54.700	55.800	0	geringere Haushaltsmittel in Höhe von 2.400 EUR jährlich für Softwarewartung für die Abt. 20.4
			neu	656.560	398.760	50.100	50.700	51.300	52.300	53.400	0	
			Veränderung	**-12.000**		**-2.400**	**-2.400**	**-2.400**	**-2.400**	**-2.400**	**0**	
	4S.210001	FB 20: Instandhaltungen FB 20 intern	bisher	668.560	398.760	52.500	53.100	53.700	54.700	55.800	0	zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2.400 EUR jährlich für Aufwendungen für sonst. Dienstleistungen für die Abt. 20.4
			neu	680.560	398.760	54.900	55.500	56.100	57.100	58.200	0	
			Veränderung	**12.000**		**2.400**	**2.400**	**2.400**	**2.400**	**2.400**	**0**	

Der FPDA hat die haushaltsneutralen Ansatzveränderungen der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
Teilhaushalt 40 - Schule												
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4S.400004	FB 40:Instandh.EDV-Systeme MEP	bisher	4.035.700	3.044.200	191.500	200.000	200.000	200.000	200.000	0	Umsetzung von Teil-Finanzraten ab 2023 in Höhe von 110.000 EUR jährlich vom Instandhaltungsprojekt "FB 40:Instandh.EDV-Systeme MEP (4S.400004)" auf das Projekt "FB 40: Medienentwicklungsplan - MEP (4E.400004)"; es handelt sich um die Benutzungsgebühren ISERV
			neu	3.485.700	3.044.200	81.500	90.000	90.000	90.000	90.000	0	
			Veränderung	**-550.000**		**-110.000**	**-110.000**	**-110.000**	**-110.000**	**-110.000**	**0**	
	4E.400004	FB 40: Medienentwicklungsplan (MEP)	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	Umsetzung von Teil-Finanzraten ab 2023 in Höhe von 110.000 EUR jährlich vom Instandhaltungsprojekt "FB 40:Instandh.EDV-Systeme MEP (4S.400004)" auf das Projekt "FB 40: Medienentwicklungsplan - MEP (4E.400004)"; es handelt sich um die Benutzungsgebühren ISERV
			neu	550.000	0	110.000	110.000	110.000	110.000	110.000	0	
			Veränderung	**550.000**		**110.000**	**110.000**	**110.000**	**110.000**	**110.000**	**0**	

Der FPDA hat die haushaltsneutralen Ansatzveränderungen der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Teilhaushalt 0617- Grün- und Freiraumplanung										
		Pocket Parks in der Innenstadt										
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	5E.000014	Ref. 0617 Innenstadt /Neub. Pocket-Park	bisher	4.200.000	700.000	1.500.000	500.000	500.000	500.000	500.000	0	Aufteilung der Finanzraten auf Einzelprojekte für die verschiedenen Pocket Parks. Das Projekt 5E.000014 verbleibt für den Pocket Park Kannengießerstraße (Gesamtkosten: 2.050.000 EUR).
			neu	2.000.000	700.000	1.300.000	0	0	0	0	0	
			Veränderung	**-2.200.000**		**-200.000**	**-500.000**	**-500.000**	**-500.000**	**-500.000**	**0**	
	5E.00 NEU	Ref. 0617: PP Bäckerklint / Neubau	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	Finanzmittel für den Pocket Park Bäckerklint i. H. v. 600.000 EUR (2023: 200.000 EUR; 2024: 400.000 EUR).
			neu	600.000	0	200.000	400.000	0	0	0	0	
			Veränderung	**600.000**		**200.000**	**400.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	5E.00 NEU	Ref. 0617: PP Wallstraße / Neubau	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	Finanzmittel für den Pocket Park Wallstraße i. H. v. 500.000 EUR (2024: 100.000 EUR; 2025: 400.000 EUR).
			neu	500.000	0	0	100.000	400.000	0	0	0	
			Veränderung	**500.000**		**0**	**100.000**	**400.000**	**0**	**0**	**0**	
	5E.00 NEU	Ref. 0617: PP Wollmarkt / Neubau	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	Finanzmittel für den Pocket Park Wollmarkt i. H. v. 900.000 EUR (2026: 400.000 EUR; 2027: 500.000 EUR).
			neu	900.000	0	0	0	0	400.000	500.000	0	
			Veränderung	**900.000**		**0**	**0**	**0**	**400.000**	**500.000**	**0**	

Der FPDA hat die haushaltsneutralen Ansatzveränderungen der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	5E.00 NEU	Ref. 0617: PP Südstraße / Neubau										
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	Finanzmittel für den Pocket Park Südstraße i. H. v. 200.000 EUR (2025: 100.000 EUR; 2026: 100.000 EUR).
			neu	200.000	0	0	0	100.000	100.000	0	0	
			Veränderung	**200.000**		**0**	**0**	**100.000**	**100.000**	**0**	**0**	
Teilhaushalt 67 - Stadtgrün und Sport												
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E.67NEU	FB 67: SP Biberweg/Sanierung										
			bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	Umsetzung von Finanzmitteln für die Sanierung vom Spielplatz Biberweg i. H. v. 230.000 EUR in 2023.
			neu	230.000	0	230.000		0	0	0	0	
			Veränderung	**230.000**		**230.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	5S.670077	FB 67: Spielpl./Qualifizierung-Entw.										
			bisher	2.950.000	1.250.000	340.000	340.000	340.000	340.000	340.000		Aufteilung einer Finanzrate i. H. v. 230.000 EUR in 2023 auf das Einzelprojekt 4E.67NEU Sanierung Spielplatz Biberweg.
			neu	2.720.000	1.250.000	110.000	340.000	340.000	340.000	340.000	0	
			Veränderung	**-230.000**		**-230.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	

Der FPDA hat die haushaltsneutralen Ansatzveränderungen der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
Teilhaushaltsübergreifend												
Bevölkerungsschutz - Aufbau Leuchttürme - Zuständigkeitswechsel von FB 20 zu FB 37												
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E.200004	FB 20: Maßnah. i.Z.m. Krisenm. / KatS	bisher	6.100.000	100.000	3.000.000	3.000.000	0	0	0	0	Verschieben eines Teilansatzes für Katastrophenschutz und Krisenmanagement in Höhe von 5,2 Mio. EUR von der Zuständigkeit des FB 20 zum FB 37 (2023: 3.000.000 EUR; 2024: 2.200.000 EUR)
			neu	900.000	100.000	0	800.000	0	0	0	0	
			Veränderung	**-5.200.000**		**-3.000.000**	**-2.200.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E.370002	FB 37: Bevölkerungsschutz-Leuchttürme/Aufbau	bisher	300.000	300.000	0	0	0	0	0	0	Verschieben eines Teilansatzes für Katastrophenschutz und Krisenmanagement in Höhe von 5,2 Mio. EUR von der Zuständigkeit des FB 20 zum FB 37 (2023: 3.000.000 EUR; 2024: 2.200.000 EUR)
			neu	5.500.000	300.000	3.000.000	2.200.000	0	0	0	0	
			Veränderung	**5.200.000**		**3.000.000**	**2.200.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	

Der FPDA hat die haushaltsneutralen Ansatzveränderungen der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
		Sirenenwarnsystem - Zuständigkeitswechsel von FB 37 zu FB 65										
	17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E.21 Neu	FB 20: Sirenensystem / Einrichtung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	Verschieben der Finanzraten 2023/2024 für die Errichtung des Sirenensystems vom Teilhaushalt 37 zum Teilhaushalt 20 (Bewirtschaftung FB 65) wegen Zuständigkeitswechsel
			neu	0	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E.370001	Sirenensystem / Einrichtung	bisher	200.000	200.000	0	0	0	0	0	0	Verschieben der Finanzraten 2023/2024 für die Errichtung des Sirenensystems vom Teilhaushalt 37 zum Teilhaushalt 20 (Bewirtschaftung FB 65) wegen Zuständigkeitswechsel
			neu	200.000	200.000	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**		**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E.21 Neu	FB 20: Sirenensystem / Einrichtung	bisher	0	0	0	0	0	0	0	0	Verschieben der Finanzraten 2023/2024 für die Errichtung des Sirenensystems vom Teilhaushalt 37 zum Teilhaushalt 20 (Bewirtschaftung FB 65) wegen Zuständigkeitswechsel
			neu	1.600.000	0	800.000	800.000	0	0	0	0	
			Veränderung	**1.600.000**		**800.000**	**800.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
	4E.370001	Sirenensystem / Einrichtung	bisher	1.600.000	0	800.000	800.000	0	0	0	0	Verschieben der Finanzraten 2023/2024 für die Errichtung des Sirenensystems vom Teilhaushalt 37 zum Teilhaushalt 20 (Bewirtschaftung FB 65) wegen Zuständigkeitswechsel
			neu	0	0	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	**-1.600.000**		**-800.000**	**-800.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	

Anlage 2.7

Stellungnahmen zu finanzwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Stand 23. Februar 2023

Dez./Ref./FB 41
41.1

Datum: 04.01.2023

Stellungnahme zum Antrag Nr. FWE 063 der
Gruppe Die Fraktion. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI **zum Haushalt 2023/2024**

Text:

Keine Kürzung der Stadtteilkulturarbeit.

Begründung:

Unter dem Produkt 1.25.2811.13 ist für die Stadtteilkulturarbeit in 2022 noch ein Betrag von 132.480 € vorgesehen. Für 2023 und 2024 soll jeweils eine massive Kürzung auf dann nur noch 21.800 € stattfinden. Das wird abgelehnt.

Stellungnahme:

Wie bereits in der Sitzung am 24.11.2022 dem Ausschuss für Kultur und Wissenschaft mitgeteilt worden ist, erfolgt keine Kürzung des Planungsansatzes für die Stadtteilkulturarbeit im Doppelhaushalt 2023/2024. Eine Abweichung ergibt sich aus der verwaltungsinternen Personalkostenverrechnung.

I. V.

Prof. Dr. Hesse

Unterschrift (Dez./FBL)

FB 50
50.02

Datum: 09.01.2023

Stellungnahme zum Antrag Nr. FWE 064 der
Gruppe Die Fraktion. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI **zum Haushalt 2023/2024**

Text:

Keine Absenkung Ansatz stationäre Pflege nach SGB XII

Begründung:

Durch das "Angehörigen-Entlastungsgesetz" und eine zusätzliche Übernahme der Kosten durch die Pflegekassen findet durchaus eine Entlastung der pflegebedürftigen Menschen und ihrer Angehörigen statt und somit benötigen auch weniger Pflegebedürftige Sozialhilfe. Dieser Trend ist seit Mitte 2022 umgekehrt, da viele Pflegeeinrichtungen ihre Kosten erhöhen mussten. Daher erscheint eine Absenkung des Ansatzes nicht realistisch und die Beibehaltung des Ansetzes 2022 wird beantragt.

Stellungnahme:

Neben den o. g. Veränderungen der Rahmenbedingungen im Bereich der Hilfe zur Pflege sind bei der Veranschlagung der Haushaltsmittel im betreffenden Teilhaushalt des Fachbereiches Soziales und Gesundheit im Rahmen der Haushaltsplanung 2023/2024 eine Vielzahl von kurzfristigen Veränderungen der tatsächlichen Verhältnisse (bspw. Im Bereich der Aufnahme von Geflüchteten) oder kurzfristigen gesetzlichen Änderungen (bspw. durch die Reformen von "Bürgergeld" und Wohngeld) zu berücksichtigen. Die aus Sicht der Verwaltung notwendigen -in den o. g. Bereichen auch erheblichen - Anpassungen zum Haushalt 2023/2024 wurden in die Liste der Ansatzveränderungen der Verwaltung zum Haushalt 2023/2024 aufgenommen.

Im Rahmen der Teilhaushaltsbudgets bestehen grundsätzlich die tatbestandlichen Voraussetzungen der unechten Deckungsfähigkeit nach § 18 und § 19 Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung - KomHKVO und der gegenseitigen Deckungsfähigkeit nach § 19 KomHKVO. Daher könnten etwaige Mehraufwendungen angesichts der günstigen Erstattungsquote von 90% voraussichtlich weitestgehend durch entsprechende Mehrerträge und im Rahmen des Budgets gedeckt werden. Der Ansatz 2022 betrug 11 Mio. €, das vorläufige Ergebnis 2022 7,55 Mio. €. Die Ansätze 2023 und 2024 von je 9 Mio. € scheinen nach aktuellem Ausgabenverlauf ausreichend.

Aus Sicht der Verwaltung ist die beantragte Ansatzerhöhung daher nicht erforderlich.

I. V.

Albinus

Unterschrift (Dez./FBL)

Ref. 0500 Datum: 02.01.2023
Abt./Stelle/Az.:

Stellungnahme zum Antrag Nr. 078 der
BIBS-Fraktion **zum Haushalt 2023/2024**

Text:

Ausweitung des Familienzentrums in Broitzem in ein Nachbarschaftszentrum

Begründung:

Das Paritätische Familienzentrum in Broitzem wird seit zwei Jahren durch den Paritätischen Braunschweig betrieben und ist bisher mit seinen Angeboten vorrangig für Familien konzipiert. Durch die Erweiterung zu einem Nachbarschaftszentrum soll das soziale und kulturelle Miteinander generationsübergreifend gefördert und die Quartiersarbeit gestärkt und mit Leben gefüllt. Die schon entstandenen Netzwerke sollen nun ausgeweitet und genutzt werden, um auch älteren Menschen oder z. B. Alleinerziehenden einen Raum für Austausch oder ein offenes Ohr für Probleme zu bieten. Geplant sind Spieleabende, Singen und Kaffeenachmittage.

Stellungnahme:

Im Auftrag des Rates hat die Verwaltung einen Bedarfsplan für zukünftige Nachbarschaftszentren erarbeitet. In diesem Rahmen wurde auf Grundlage verschiedener Vorgaben aus dem Ratsauftrag eine Prioritätenliste zur Implementierung von Nachbarschaftszentren erstellt, anhand derer die sukzessive Umsetzung erfolgen soll. Für die Jahre 2023 und 2024 liegt bereits ein Ratsbeschluss zur Einrichtung erster Nachbarschaftszentren vor (DS 22-19319-01).

Da das Familienzentrum Broitzem kein Bestandtteil der Prioritätenliste und somit nicht für eine Weiterentwicklung zum Nachbarschaftszentrum vorgesehen ist, sollte der Antrag abgelehnt werden.

Gez. Schubert

Unterschrift (Dez./FBL)

Ref. 0500 Datum: 02.01.2023
Abt./Stelle/Az.:

Stellungnahme zum Antrag Nr. 079 der
BIBS-Fraktion **zum Haushalt 2023/2024**

Text:

Nachbarschaftszentrum Achilles Hof in Watenbüttel/Völkenrode entstehen lassen!

Begründung:

Eine bestehende Seniorenbegegnungsstätte in Watenbüttel soll künftig ein Nachbarschaftszentrum für alle Menschen im Quartier werden. Ziel ist es, das nachbarschaftliche Zusammenleben und die Selbsthilfe zu stärken sowie einen Ort für die Partizipation der BürgerInnen zu schaffen. Bislang gibt es keinen generationsübergreifenden und interkulturellen Treffpunkt im Bezirk - das neue Nachbarschaftszentrum Achilles Hof soll hier Abhilfe schaffen. Eine Sozialpädagogik- und eine Verwaltungskraft sollen die nachbarschaftlichen Verknüpfungen organisieren. Neben den tagtäglichen Begegnungen sind auch Aktionen wie Quartiersspaziergänge und Bezirksfeste geplant. Darüber hinaus sollen die Räumlichkeiten des Zentrums von Initiativen und Vereinen aus dem Bezirk für ihre Zwecke genutzt werden dürfen. All dies sorgt dafür, dass der Achilles Hof eine große Bereicherung für den Bezirk sein wird.

Stellungnahme:

Im Auftrag des Rates hat die Verwaltung einen Bedarfsplan für zukünftige Nachbarschaftszentren erarbeitet. In diesem Rahmen wurde auf Grundlage verschiedener Vorgaben aus dem Ratsauftrag eine Prioritätenliste zur Implementierung von Nachbarschaftszentren erstellt, anhand derer die sukzessive Umsetzung erfolgen soll. Für die Jahre 2023 und 2024 liegt bereits ein Ratsbeschluss zur Einrichtung erster Nachbarschaftszentren vor (DS 22-19319-01).

Die Seniorenbegegnungsstätte Achilles Hof soll zu einem Nachbarschaftszentrum weiterentwickelt werden. Allerdings sieht die Priorisierung verschiedener Einrichtungen eine entsprechende Umsetzung aktuell erst für das Jahr 2027 vor.

Gez. Schubert

Unterschrift (Dez./FBL)

Ref. 0500 Datum: 02.01.2023
Abt./Stelle/Az.:

Stellungnahme zum Antrag Nr. 080 der
BIBS-Fraktion **zum Haushalt 2023/2024**

Text:

Nachbarschaftszentrum im Siegfriedviertel dringend benötigt

Begründung:

Die Diakonische Gesellschaft Wohnen und Beraten will mit ihrem Kooperationspartner Lebenshilfe Braunschweig Siegfrieds Bürgerzentrum zu einem Nachbarschaftszentrum im Siegfriedviertel weiterentwickeln. So soll ein Treffpunkt für alle BürgerInnen entstehen, der das diskriminierungs- und gewaltfreie Miteinander aller BewohnerInnen des Stadtteils fördert, Einsamkeit reduziert, Begegnung und Teilhabe schafft und Beratung und Hilfestellungen bietet. Geplant ist eine Ausweitung des Programmes, welches durch die neue Stelle begleitet und betreut werden soll. Dazu gehören z. B. die Wiedereinführung eines interkulturellen Frauenfrühstücks, Spiele- und Strickveranstaltungen, aber auch diverse Beratungsangebote. Der Bedarf in diesem Quartier für niedrigschwellige und kostengünstige Angebote ist sehr hoch und die BürgerInnenbeteiligung sowie bürgerschaftliches Engagement soll durch ein Nachbarschaftszentrum erhöht werden.

Stellungnahme:

Im Auftrag des Rates hat die Verwaltung einen Bedarfsplan für zukünftige Nachbarschaftszentren erarbeitet. In diesem Rahmen wurde auf Grundlage verschiedener Vorgaben aus dem Ratsauftrag eine Prioritätenliste zur Implementierung von Nachbarschaftszentren erstellt, anhand derer die sukzessive Umsetzung erfolgen soll. Für die Jahre 2023 und 2024 liegt bereits ein Ratsbeschluss zur Einrichtung erster Nachbarschaftszentren vor (DS 22-19319-01). Zu den Nachbarschaftszentren in 2023 zählt u. a. das Bürgerzentrum im Siegfriedviertel.

Die mit dem Ratsbeschluss verbundenen Zuwendungsmittel für die Nachbarschaftszentren sind nicht so umfangreich wie im Antrag dargestellt.

Gez. Schubert

Unterschrift (Dez./FBL)

FB 50
50.01

Datum: 20.12.2022

Stellungnahme zum Antrag Nr. FWE 083 der
SPD-Fraktion **zum Haushalt 2023/2024**

Text:

Frauen Bunt e.V.

Begründung:

Der Verein Frauen BUNT e. V. widmet sich der Gleichberechtigung von Frauen und Männern, der Förderung von kultureller Toleranz und der Unterstützung von Geflüchteten und politisch oder religiös Verfolgten. Für das Jahr 2024 beantragt der Verein zwei neue halbe Stellen, da die ehrenamtlichen Kapazitäten für die Erledigung der erforderlichen sozialpädagogischen und verwaltungsanteiligen Aufgaben nicht mehr ausreichen. Die Zuwanderung weiterer weiblicher Geflüchteter verstärkt die Notwendigkeit entsprechender Angebote, und es besteht ein Bedarf der verschiedenen Zielgruppen nach Kontakten, Einzelfallhilfe und sprachlicher Förderung. Insbesondere Neuzuwanderinnen benötigen den Treffpunkt frauenBUNT mit niedrigschwelligen Angeboten. Kontinuierliche Ansprechpartnerinnen sind erforderlich, um die Erreichbarkeit und die Angebote für Frauen zu verstetigen.

Stellungnahme:

Der vorgelegte Finanzplan scheint plausibel zu sein. Der Verein hat ab dem Jahr 2023 neben der Dynamisierung eine Erhöhung der Zuwendung zur Deckung der jährlichen Pacht- und Betriebskosten von zwei Kleingärten im KGV Hopfenkamp beantragt. Einer der beiden Kleingärten wird über das städtische Förderprojekt Biodiversität gefördert. Der daran angrenzende Kleingarten wird seit 2021 vom Verein selbst gemietet. Die Anmietung ist ohne Rücksprache mit der Stadt erfolgt. Sowohl 2021 als auch 2022 hat der Verein die Miete ohne zusätzliche städtische Mittel aufgebracht. Der Verein hat das Jahr 2021 mit einem Einnahmenüberschuss abgeschlossen. Das Jahresergebnis für das Jahr 2022 ist noch nicht bekannt.

I. V.

Albinus

Unterschrift (Dez./FBL)

FB 50
50.01

Datum: 20.12.2022

Stellungnahme zum Antrag Nr. FWE 084 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen **zum Haushalt 2023/2024**

Text:

Frauen BUNT e.V.

Begründung:

Frauen BUNT nimmt derzeit für Frauen und Familien mit Fluchterfahrung umfängliche Aufgaben ehrenamtlich wahr. Aufgrund des anhaltenden Zuzugs von Menschen mit Fluchterfahrung kann diese Arbeit mittelfristig nicht mehr ehrenamtlich geleistet werden. Zur Aufrechterhaltung der Leistungen ist hauptamtliche Unterstützung im sozialpädagogischen sowie verwaltungstechnischen Bereich notwendig. Die Mittel sollen zur Finanzierung entsprechender Teilzeitstellen genutzt werden.

Stellungnahme:

Der vorgelegte Finanzplan scheint plausibel zu sein. Der Verein hat ab dem Jahr 2023 neben der Dynamisierung eine Erhöhung der Zuwendung zur Deckung der jährlichen Pacht- und Betriebskosten von zwei Kleingärten im KGV Hopfenkamp beantragt. Einer der beiden Kleingärten wird über das städtische Förderprojekt Biodiversität gefördert. Der daran angrenzende Kleingarten wird seit 2021 vom Verein selbst gemietet. Die Anmietung ist ohne Rücksprache mit der Stadt erfolgt. Sowohl 2021 als auch 2022 hat der Verein die Miete ohne zusätzliche städtische Mittel aufgebracht. Der Verein hat das Jahr 2021 mit einem Einnahmenüberschuss abgeschlossen. Das Jahresergebnis für das Jahr 2022 ist noch nicht bekannt.

I. V.

Albinus

Unterschrift (Dez./FBL)

FB 50
50.01

Datum: 20.12.2022

Stellungnahme zum Antrag Nr. FWE 085 der
Gruppe Die Fraktion. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI **zum Haushalt 2023/2024**

Text:

Anhebung Zuschuss Frauen BUNT e.V.

Begründung:

Der Verein Frauen BUNT e.V. bietet einen für Braunschweig wichtigen interkulturellen Lern- und Begegnungsort für Frauen. Angebote zu Bildung und Sprache, zu Gesundheit und Bewegung, zu Erziehung, Information und Beratung oder auch zur Existenzabsicherung unterstützen die Besucherinnen und die Gewährleistung einer Kinderbetreuung rundet das Angebot ab.
Mit den beantragten Mitteln will der Verein hauptsächlich die Miet- und Betriebskosten für die Vereinsräume inkl. der Energiekosten decken. Da die Räumlichkeiten von Frauen BUNT über keine Außen- und Grünflächen verfügen, werden zusätzlich rund 1.000 Euro für die jährlichen Pacht- und Betriebskosten von zwei Kleingärten benötigt. Mit der Übernahme der beiden aneinander angrenzenden Kleingärten wurde ein Begegnungsort an der frischen Luft für die Frauen/Familien ermöglicht, was aufgrund oft beengter Wohnverhältnisse besondere Bedeutung hat.
Ab 2024 sollen zwei Halbtagsstellen eingerichtet werden. Damit soll die bereits vorhandene Integrationsarbeit für Frauen mit Migrationshintergrund weiter verbessert werden.

Stellungnahme:

Der vorgelegte Finanzplan scheint plausibel zu sein. Der Verein hat ab dem Jahr 2023 neben der Dynamisierung eine Erhöhung der Zuwendung zur Deckung der jährlichen Pacht- und Betriebskosten von zwei Kleingärten im KGV Hopfenkamp beantragt. Einer der beiden Kleingärten wird über das städtische Förderprojekt Biodiversität gefördert. Der daran angrenzende Kleingarten wird seit 2021 vom Verein selbst gemietet. Die Anmietung ist ohne Rücksprache mit der Stadt erfolgt. Sowohl 2021 als auch 2022 hat der Verein die Miete ohne zusätzliche städtische Mittel aufgebracht. Der Verein hat das Jahr 2021 mit einem Einnahmenüberschuss abgeschlossen. Das Jahresergebnis für das Jahr 2022 ist noch nicht bekannt.

I. V.

Albinus

Unterschrift (Dez./FBL)

FB 50
50.01

Datum: 20.12.2022

Stellungnahme zum Antrag Nr. FWE 086 der
BIBS-Fraktion **zum Haushalt 2023/2024**

Text:

Unterstützung und neue Orte der Begegnung für den Frauen BUNT e.V.

Begründung:

Für das Jahr 2023 werden zusätzliche Mittel benötigt, um weiterhin Miete und Pacht für Räumlichkeiten und zwei Kleingärten zahlen zu können, die als Ort der Begegnung und für Veranstaltungen genutzt werden sollen.
Ab 2024 steigt der Finanzbedarf des Vereins, da zwei Halbtagsstellen geschaffen werden sollen. Das große Aufgabenspektrum wird bislang vollständig ehrenamtlich betreut - dies ist bei der großen Nachfrage der Angebote künftig nicht mehr zu bewerkstelligen. Neben einer Verwaltungsstelle soll daher eine sozialpädagogische Stelle eingerichtet werden, die künftig als kontinuierliche Ansprechperson für die Frauen und Familien mit Fluchterfahrung, die sich an den Verein wenden, agieren soll. Darüber hinaus soll das Angebot des Vereins erweitert werden, um z.B. eine Einzelfallhilfe und Möglichkeiten zur sprachlichen Förderung.

Stellungnahme:

Der vorgelegte Finanzplan scheint plausibel zu sein. Der Verein hat ab dem Jahr 2023 neben der Dynamisierung eine Erhöhung der Zuwendung zur Deckung der jährlichen Pacht- und Betriebskosten von zwei Kleingärten im KGV Hopfenkamp beantragt. Einer der beiden Kleingärten wird über das städtische Förderprojekt Biodiversität gefördert. Der daran angrenzende Kleingarten wird seit 2021 vom Verein selbst gemietet. Die Anmietung ist ohne Rücksprache mit der Stadt erfolgt. Sowohl 2021 als auch 2022 hat der Verein die Miete ohne zusätzliche städtische Mittel aufgebracht. Der Verein hat das Jahr 2021 mit einem Einnahmenüberschuss abgeschlossen. Das Jahresergebnis für das Jahr 2022 ist noch nicht bekannt.

I. V.

Albinus

Unterschrift (Dez./FBL)

FB 50
50.01

Datum: 20.12.2022

Stellungnahme zum Antrag Nr. FWE 091 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen **zum Haushalt 2023/2024**

Text:

TRIVT Welcome House (Begegnungsstätte Welcome House ART-Kurve)

Begründung:

Das Welcome House erbringt verschiedene Beratungs- und Betreuungsangebote mit dem Fokus auf Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte. Ein großes Ziel ist es, die verschiedenen Gruppen näher zusammenzubringen. Die Nachfrage nach den Angeboten steigt zunehmend in letzter Zeit. Einen Großteil der Finanzierung übernimmt die LAB Braunschweig, die den Antrag des Welcome Houses befürwortet. Die zusätzlich beantragten Mittel werden benötigt, um die notwendigen Personalkapazitäten für die Arbeit sicherzustellen.

Stellungnahme:

Nach derzeitigem Kenntnisstand hat der Verein noch keine feste Zusage zur Förderung der erhöhten Personalkosten von der LAB erhalten. Die Verwaltung empfiehlt über die Erhöhung der Zuwendung unter Vorbehalt, ob die erhöhten Personalkosten von der LAB getragen werden, zu entscheiden.

I. V.

Albinus

Unterschrift (Dez./FBL)

FB 50
50.01

Datum: 20.12.2022

Stellungnahme zum Antrag Nr. FWE 092 der
Gruppe Die FRAKTION. – DIE LINKE., Volt, Die PARTEI **zum Haushalt 2023/2024**

Text:

Anhebung Zuschuss Welcome House TRIVT e.V.

Begründung:

Das WELCOME HOUSE ist eine zuverlässige und niedrigschwellige Anlaufstelle für Geflüchtetete, ermöglicht einen interkulturellen Austausch im Stadtteil Kralenriede und bietet vielseitige Freizeitangebote, Informationsvermittlung und Beratungsangebote für die Menschen in der LAB. Der Bedarf zeigt sich an den hohen Besuchszahlen und der durch den Krieg in der Ukraine weiterhin steigenden Inanspruchnahme der Angebote. Zusätzliche Ausgaben für das Personal, Umbau von notwendigen Räumlichkeiten und Anschaffungen für die Freizeitangebote erhöhen den Zuschussbedarf nachvollziehbar und sind wichtig für die Weiterentwicklung des Hauses zu einem professionellen Begegnungszentrum. Spendeneinnahmen und die Förderung durch die LAB Niedersachsen können den Betrieb der Anlaufstelle nicht abdecken. Diese wertvolle Arbeit für die Menschen in der LAB und den Stadtteil Kralenriede sollte verstärkt gefördert werden.

Stellungnahme:

Nach derzeitigem Kenntnisstand hat der Verein noch keine feste Zusage zur Förderung der erhöhten Personalkosten von der LAB erhalten. Die Verwaltung empfiehlt über die Erhöhung der Zuwendung unter Vorbehalt, ob die erhöhten Personalkosten von der LAB getragen werden, zu entscheiden.

Ausgaben für den Umbau von Räumlichkeiten wurden im zuletzt eingereichten Kosten- und Finanzierungsplan nicht mehr eingeplant. Bei den Ausgaben für den Umbau von notwendigen Räumlichkeiten handelt es sich nicht um Betriebskosten. Hierfür wäre ein Investitionskostenzuschuss zu gewähren und entsprechend im Investitionshaushalt zu veranschlagen.

I. V.

Albinus

Unterschrift (Dez./FBL)

FB 50
50.01

Datum: 20.12.2022

Stellungnahme zum Antrag Nr. FWE 093 der
BIBS-Fraktion **zum Haushalt 2023/2024**

Text:

Moderate Erhöhung der Fördermittel für das WELCOME House und die Fahrradwerkstatt des Vereins TRIVT e.V.

Begründung:

Das WELCOME House möchte sein Angebot ausweiten und benötigt deshalb eine geringe Aufstockung der Fördermittel. Das WELCOME House bietet viele wertvolle Angebote für Geflüchtete an und dient zudem als Begegnungsstätte für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund im Stadtteil Kralenriede. Dienstleistungen wie der stadtweit einmalige Überweisungsservice für Geflüchtete ohne Zugang zu einem eigenen Bankkonto, niedrigschwellige Sprachkurse in Zusammenarbeit mit den ansässigen Hochschulen und die Bereitstellung von qualifizierten Beratungs- und Betreuungsangeboten gehören zu den Leistungen, die das Welcome House für Geflüchtete anbietet. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt ist die sozialräumliche Arbeit im Stadtteil Kralenriede im Sinne einer Begegnungsstätte und eines Nachbarschaftszentrums für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Ein Großteil der Finanzierung der Personalkosten erfolgt durch die LAB Braunschweig.

Stellungnahme:

Nach derzeitigem Kenntnisstand hat der Verein noch keine feste Zusage zur Förderung der erhöhten Personalkosten von der LAB erhalten. Die Verwaltung empfiehlt über die Erhöhung der Zuwendung unter Vorbehalt, ob die erhöhten Personalkosten von der LAB getragen werden, zu entscheiden.

I. V.

Albinus

Unterschrift (Dez./FBL)

FB 37
37.0

Datum: 17.01.2023

Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI 117 der CDU-Fraktion zum Haushalt 2023/2024

Text:

Tablets für die Fahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehr

Begründung:

Das Einsatzgeschehen und auch das Einsatzgebiet – ausgelöst vor allem durch das neue Leitstellenprogramm – hat sich für unsere 30 Freiwilligen Ortsfeuerwehren in den vergangenen Jahren noch einmal stark verändert. Um diesem Rechnung zu tragen, wird die Anschaffung von Tablets für die Einsatzfahrzeuge beantragt. Ausgerüstet mit Datenkarten können diese schnellstmöglich zum Einsatzort navigieren, oder machen bei besonderen Einsatzlagen eine erste Recherche möglich.

Stellungnahme:

Zu dem Antrag der CDU-Fraktion FWI 117 „Tablets für die Fahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehr“ zum Doppelhaushalt 2023/2024 nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Grundsätzlich kann elektronische Unterstützung in Form von IT-Geräten auf Einsatzmitteln den Einsatzerfolg verbessern, wenn diese Geräte bzw. die darauf verfügbaren Anwendungen anwendergerecht gestaltet werden und die regelmäßige Pflege und Erweiterung der Geräte und der Software sichergestellt ist.

Der vorliegende Antrag stellt auf die einmalige Anschaffung solcher Geräte ab. Im Rahmen der bisher im Fachbereich Feuerwehr gemachten Erfahrungen mit IT-Geräten auf Einsatzmitteln der Feuerwehr muss festgestellt werden, dass der größte und regelmäßige Aufwand bei solchen Geräten in der Wartung und Pflege der darauf eingesetzten Software entsteht. Beides ist im vorliegenden Antrag unberücksichtigt. Die einmalige Beschaffung kann mit den personellen Kapazitäten im hauptamtlichen Bereich des Fachbereichs Feuerwehr gewährleistet werden. Dahingegen kann die softwaretechnische Ersteinrichtung, die Erarbeitung von Nutzerbedingungen zur Vermeidung von Missbrauch der Geräte und die regelmäßige Pflege nicht mit den bestehenden hauptamtlichen personellen Kapazitäten abgewickelt werden. Dies müsste zukünftig über ehrenamtliche Kapazitäten der Freiwilligen Feuerwehr gewährleistet werden. Ob hierfür die entsprechenden Kapazitäten vorhanden sind, ist unklar. Es kann daher kein Zeitplan zur Umsetzung der im Antrag genannten Maßnahmen erstellt werden.

Sollte zur Qualität der eingesetzten Hardware die Erwartung vorherrschend sein, dass die gleiche Qualität, wie die bei der Berufsfeuerwehr vorgehaltenen Geräte beschafft wird, so muss festgestellt werden, dass die beantragten Haushaltsmittel nicht ausreichen, um alle

Einsatzfahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehr mit Tablets auszustatten. Die Kosten bei der bei der Berufsfeuerwehr eingesetzten Geräte belaufen sich inkl. Schutzhülle, Fahrzeughalterung und Ladezubehör auf 1.000€ - 1.500€ (je nach Einbausituation im Fahrzeug). Mit den beantragten Mitteln ist somit maximal die Ausstattung eines Fahrzeuges pro Ortsfeuerwehr möglich.

Weiterhin sind im vorliegenden Antrag keine Finanzmittel für speziellere Software zur Einsatzunterstützung (außer der bisher bereits genutzten Software „DIVERA“) berücksichtigt. Ob der Bedarf danach besteht, ist auf Basis des vorliegenden Haushaltsantrags unklar, könnte aber mit den beantragten Mitteln ebenfalls nicht umgesetzt werden.

I. V.

gez. Geiger

Unterschrift (Dez./FBL)

FB 10 Datum: 16.02.2023
Abt./Stelle/Az.:

Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI 118 der CDU-Fraktion zum Haushalt 2023/2024

Text:

Bezeichnung des Projektes: kostenloses WLAN in städt. Kultureinrichtungen

Begründung:

Zur Erhöhung der Nutzerfreundlichkeit und zur Steigerung der Attraktivität wird beantragt, in den städtischen Kultureinrichtungen (Stadtbibliothek, Städtisches Museum und Stadtarchiv) ein kostenloses WLAN einzurichten und zu betreiben.
Kostenloses Internet ist in vielen Bereichen des täglichen Lebens eine Selbstverständlichkeit. Im öffentlichen Raum (so zum Beispiel auf zentralen Plätzen unserer Braunschweiger Innenstadt) hat sich die CDU-Fraktion in der Vergangenheit stets starkgemacht, die entsprechenden Forderungen wurden erfolgreich umgesetzt.

Die städtischen Kultureinrichtungen bilden hier quasi noch „weiße Flecken“. In der Stadtbibliothek wird sehr engagiert über die Möglichkeiten zur Online-Ausleihe informiert. Die praktische Übung muss jedoch über einen persönlichen Hotspot geschehen (oder unterbleiben). Auch im Stadtarchiv steht im Lesesaal lediglich ein PC für Recherchen zur Verfügung. Eigenes Nachschlagen ist so nicht möglich. Und wenn man im Städtischen Museum mehr über ein Exponat oder eine Person erfahren will, muss man auch auf das private Datenvolumen zurückgreifen.

Die Installation der WLAN-Ausstattung und damit die Umsetzung dieses Antrages muss bis spätestens Ende des Jahres 2024 erfolgt sein. Das WLAN soll dann nicht nur für die Besucher nutzbar sein, sondern auch für städtischen Mitarbeiter und so das Arbeiten mit mobilen Engeräten ermöglichen.

Eine zeitliche Begrenzung – wie beim kostenlosen WLAN auf öffentlichen Plätzen – scheint angeraten.

Die erforderlichen finanziellen Mittel für den späteren Betrieb sind durch die Verwaltung zu ermitteln und entweder in der Abteilung 10.4 haushaltsneutral oder als überplanmäßige Ausgabe bereitzustellen.

Stellungnahme:

Da der vorstehende Antrag für die Verwaltung in der beantragten Fassung nicht umsetzbar ist, ergeht folgende ergänzende Stellungnahme zur Anmerkung der Verwaltung in der Liste der Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Investitionsmanagement:

Der Antragsteller geht bei dem Vorhaben für ein kostenloses WLAN in städtischen Kultureinrichtungen von investiven Mitteln in Höhe von 20.000 € aus. Hierzu hatte die Verwaltung bereits mitgeteilt, dass nach ersten Schätzungen 29.500 € an investiven Mitteln bereitgestellt werden müssten. Hierbei handelt es sich jedoch um einmaligen Aufwand. Weiterhin müssten Betriebskosten (jährlicher Aufwand) in Höhe von ca. 21.000 € pro Jahr aus Sicht der Verwaltung zusätzlich bereit gestellt werden, die darüber hinaus dann – wie bei vergleichbaren Projekten auch – bei den bedarfstragenden Organisationseinheiten zu veranschlagen wären. Erst damit wäre das Vorhaben ausfinanziert. Eine Bereitstellung der finanziellen Mittel aus dem Haushalt des FB 10 in Konkurrenz zum Betrieb zentral zu betreibender Infrastrukturen ist nicht sachgerecht.

Abschließend weist die Verwaltung darauf hin, dass die Bereitstellung eines städtisch finanzierten Gäste-WLAN für die private Nutzung durch Mitarbeiter - wie durch den Antragsteller gewünscht - rechtlich nicht zulässig ist. Die Nutzung eines öffentliches Netzes für dienstliche Anwendungen ist nur mit Einschränkungen in Bezug auf den zulässigen Schutzbedarf zugelassen und nicht sachgerecht, wo städtisches LAN verfügbar ist. Wo WLAN für Mitarbeiter dienstlich erforderlich ist, wird nicht-öffentliches WLAN bereitgestellt, soweit die funktionelle Organisation dies festlegt.

I. V.

gez. Dr. Tobias Pollmann

Unterschrift (Dez./FBL)

Ref. 0610
0610

Datum: 27.12.2022

Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI_120 der
Gruppe Die Fraktion. – DIE LINKE., Volt und Die PARTEI **zum Haushalt 2023/2024**

Text:

Keine Zuschüsse für "private Denkmäler"

Begründung:

Aufgrund der wirtschaftlichen Situation der Stadt ist es nicht nachvollziehbar, dass der Wert von privatem Immobillienbesitz durch Steuergeld gesteigert werden soll. Hinzu kommt, dass die Borek Stiftung durch die Co-Finanzierung maßgeblich bestimmt, bei welchen privaten Immobilien der Wert mit Steuergeld gesteigert werden soll.

Stellungnahme:

Die im Haushalt bisher zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel verteilen sich in einem Jahr auf ca. 20 verschiedene private Denkmalsanierungen. Gefördert werden nur denkmalbedingte Mehrkosten. Den Fördersummen - Beträge von 500 € bis maximal 10.000 € - stehen in allen Fällen sehr viel größere private Investitionssummen gegenüber. Der Förderbetrag ist in der Regel nur ein Anreiz, der für die meisten Bauherren aber hohe Bedeutung hat, erfahren sie doch eine öffentliche Anerkennung für ihre Sanierungsleistung. Ein relativ kleiner Förderbetrag führt so zu erheblich höheren privaten Investitionskosten, die zumeist dem örtlichen Baugewerbe zu Gute kommt. Der Förderbedarf hat sich in den letzten Jahren aufgrund des gestiegenen Bauvolumens deutlich erhöht. Sollte die Fördersumme entfallen, hat die Verwaltung als untere Denkmalschutzbehörde keine Möglichkeiten mehr, Baumaßnahmen an Denkmalen eigenständig zu fördern und verlöre damit ein wichtiges Motivationsinstrument. Bei Kürzung der Zuschüsse für private Denkmäler müssen auch die damit zusammenhängenden Erträge gekürzt werden. Bereits zuden Haushaltsberatungen 2017, 2019, 2020, 2021 und 2022 gab es einen identischen Antrag der Fraktion „DIE LINKE“, der damals mit Mehrheit von PlUA und FPA abgelehnt wurde.

Hornung

Unterschrift (Dez./FBL)

FB 68
68.0

Datum: 16.01.2023

Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI 138 der CDU-Fraktion zum Haushalt 2023/2024

Text:

Förderung von Photovoltaik auf Flachdächern im Kanzlerfeld und im Heidberg über Bundesmittel für die energetische Quartiersentwicklung

Die Verwaltung wird gebeten, in Zusammenarbeit mit der Energiegenossenschaft Braunschweiger Land eG und aus Mitteln des Bundes für die energetische Quartiersentwicklung ein Förderprogramm für Photovoltaikanlagen auf Flachdächern im Kanzlerfeld und im Heidberg zu erstellen.

Begründung:

Es soll für die Stadtteile Heidberg und Kanzlerfeld der Ausbau von Photovoltaikanlagen auf privaten Immobilien mit Flachdach gefördert werden. Hintergrund der Maßnahme ist eine in ganz Braunschweig momentan sehr einzigartige Bebauung dieser beiden Stadtteile: Sowohl im Kanzlerfeld als auch im Heidberg besteht eine überwiegende Bebauung mit Bungalows oder Häusern mit Flachdächern.
Ein Blick auf aktuelle Satellitenaufnahmen zeigt, dass dort bisher jedoch die wenigsten Gebäude mit einer Photovoltaikanlage zur eigenen Stromerzeugung ausgestattet sind. Ziel des neuen Förderprogrammes soll es daher sein, Eigentümer der genannten Immobilien gezielt zu animieren, Photovoltaikanlagen zu installieren. So kann die Energie der Sonne für die eigene Stromerzeugung genutzt und in Zeiten von Energieunsicherheit eine größere Unabhängigkeit von der Stromerzeugung aus Gas erreicht werden.
Die finanziellen Mittel der Förderung sind aus Bundesmitteln für die energetische Quartiersentwicklung zu beantragen und dementsprechend bereitzustellen.

Stellungnahme:

Auch Flachdächer eignen sich generell (sofern Dachaufbauten und Statik dieses zulassen) für die solare Nutzung durch Photovoltaik. Zudem bieten sie vergleichsweise ideale Möglichkeiten der Kombinierbarkeit mit Dachbegrünungen. Die Stoßrichtung dieses Antrages, die Nutzung von Flachdächern noch zu intensivieren, wird aus Klimaschutzsicht also grundsätzlich befürwortet. Es darf aber bezweifelt werden, dass ein Förderprogramm für Flachdächer in nur einzelnen und überwiegend hochpreisigen Immobilienstandorten zielführend ist.

Mit Beschluss der jüngsten Novelle des Braunschweiger Förderprogramms für regenerative Energien wurde die Förderung von Dach-PV-Anlagen richtigerweise - auch mit Stimmen der CDU - beendet. Dies begründete sich durch eine bereits in fast allen Fällen gegebene Wirtschaftlichkeit d. h. für selbstnutzende Gebäudeeigentümer ist die Investition in der Regel auch ohne Förderung wirtschaftlich (Anmerkung: ab 2023 ist zusätzlich die MwSt. für PV-Anlagen auf 0% gesenkt worden).

Nach Kenntnis der Verwaltung ist ein finanzieller Zuschuss für Privatpersonen aus Bundesmitteln nicht möglich – weder aus der Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) noch aus dem Förderprogramm zur energetischen Stadtsanierung (KfW 432). Private Investoren können unter bestimmten Bedingungen durch steuerliche Vergünstigungen profitieren. Zudem betrachten, wie bereits richtig angesprochen, energetische Quartierskonzepte weit mehr Aspekte als nur die Eignung zur solaren

Nutzung.

Übersicht Bundesförderprogramme:

Bundesförderung für effiziente Gebäude | BEG:
- Wärmeschutz der Gebäudehülle
- Heizungs- und Lüftungstechnik
- Heizungsoptimierung
- Keine Förderung von Photovoltaik

Energetische Stadtsanierung | KfW 432:
- Sanierungskonzepte
- Sanierungsmanagement
- Keine Förderung der Gebäudesanierung
- Keine Förderung von Photovoltaik
- Wird ein Quartier als Sanierungsgebiet ausgewiesen, können Investitionskosten der Gebäudesanierung beim Finanzamt angeben werden

Gekeler

_____

Unterschrift (Dez./FBL)

FB 68
68.0

Datum: 16.01.2023

Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI 139 der CDU-Fraktion zum Haushalt 2023/2024

Text:

Durchführung einer Thermografiebefliegung

Begründung:

Es wird die Einstellung entsprechender Haushaltsmittel zur Durchführung einer Thermografiebefliegung von Braunschweig, Auswertung der Daten und Nutzbarmachung für die Eigenheimbesitzer beantragt.
In der Antwort der Verwaltung auf eine entsprechende Anfrage der CDU-Fraktion (vgl. 21-17368-01) heißt es, dass in Münster finanzielle Mittel in Höhe von 240.000 Euro benötigt wurden und diese nicht nur für die Befliegung sondern auch für die spätere Auswertung benötigt wurden.
Die so entstehenden anschaulichen Bilder eignen sich nach Ansicht der Verwaltung „sehr gut, um Aufmerksamkeit auf das Thema energetische Sanierung zu lenken." Weiter heißt es in der angesprochenen Stellungnahme, dass Thermografiebilder deutlich verständlicher seien und besser akzeptiert würden, als die berechneten Werte der Energiebedarfe, wie sie im Wärmekataster vorgesehen seien.
Da eine Thermografiebefliegung sinnvollerweise im Winter durchgeführt wird, teilen sich die angenommenen Gesamtkosten auf zwei Jahre.

Stellungnahme:

Das grundsätzliche Ansinnen der CDU, durch eine Thermografiebefliegung Sanierungsbedarf zu identifizieren und entsprechende Aktivitäten zu befördern, ist im Sinne der Klimaschutzziele der Stadt zu begrüßen. Nach kurzer Prüfung empfiehlt die Verwaltung, die anvisierten Ziele dieses Vorhabens mittels einer anderen deutlich günstigeren Methodik zu erreichen und Synergien zum bereits angestoßenen Prozess der kommunalen Wärmeplanung zu suchen.

Im ursprünglichen Antrag (Drs. 21-17368) geht es der CDU um die Beantwortung der Frage, welche Gebäude am Dringendsten saniert werden müssen. Die Methode der Thermografiebefliegung wird als eine mögliche Maßnahme mit hohem Visualisierungswert genannt. In der Stellungnahme der Verwaltung wurde deutlich gemacht (Drs. 21-17368-01), dass thermografische Aufnahmen sehr gut geeignet seien, um Aufmerksamkeit auf das Thema energetische Sanierung zu lenken und deutlich verständlicher seien und besser akzeptiert würden, als die berechneten Werte der Energiebedarfe, wie sie im Wärmekataster vorgesehen seien. Zudem gab die Verwaltung zu bedenken, dass der tatsächliche Erkenntnismehrgewinn einer Thermografiebefliegung sowohl gegenüber der einfachen Auswertung von den Eigentümer*innen vorliegenden Gebäude- und Verbrauchsdaten (d. h. Gebäudealter, Wärmeverbrauch aus den jährlichen Abrechnungen, ggf. vorliegender Energieausweis) als auch im Vergleich zu einem umfassenden Wärmekataster, insgesamt als eher gering einzustufen ist, wohingegen die Kosten einer

Thermografiebefliegung vergleichsweise hoch sind.

Zudem wären noch bestehende Einschränkungen durch den Datenschutz abschließend zu klären. Nach erster Einschätzung der Verwaltung und entsprechend des Vorgehens in der Stadt Münster, lassen sich die Thermografiebilder nicht datenschutzkonform in Gebäudeauflösung veröffentlichen. Daher ist neben der Auswertung und Aufbereitung der Daten auch hier ein besonderer Aufwand zu betreiben, so dass nur die jeweilige Eigentümer*innen das entsprechende Luftbild für das eigene Gebäude bereitgestellt bekommen dürften. Wenn die Veröffentlichung der Luftbilder mit einer Anschreibaktion etc. verbunden wird, ist zudem mit einer deutlich erhöhten Nachfrage nach Energieberatungen zu rechnen, weshalb in Münster zusätzliche Beratungskapazitäten über die Projektlaufzeit von dort 3 Jahren bereitgestellt werden.

Unabhängig davon dürfte der Ukrainekrieg und seine Folgeerscheinungen für unsere Energieversorgung für sich genommen ausreichend Motivation für Sanierungsaktivitäten sein. Zusätzliche Anreize sind inzwischen wohl weit weniger nötig.

Eine fundiert fachliche Grundlage u. a. für die Prioritätensetzung bei Sanierungsaktivitäten liefert die kommunale Wärmeplanung. Seit Sommer 2022 ist das Instrument der kommunalen Wärmeplanung verpflichtend in Niedersachsen eingeführt. Momentan stellt eine eingesetzte Projektgruppe in Kooperation mit dem Steinbeis-Innovationszentrum energieplus(siz+ Energie), eine deutlich geeignetere Datengrundlage zusammen, die auch die von der CDU ursprünglich avisierten Aussagen beinhalten. Nach Abschluss dieses Arbeitsprozesses stellt eine Thermografiebefliegung voraussichtlich keinen Ergebnismehrwert dar.

Gekeler

Unterschrift (Dez./FBL)

Dez./Ref./FB 0600
0600.3

Datum: 17.01.2023

Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI 153 der BIBS-Fraktion zum Haushalt 2023/2024

Text:

Die Verwaltung wird angehalten zu prüfen, an welchen öffentlichen Orten in der Braunschweiger Innenstadt 10 weitere Trinkwasser-Entnahmestellen errichtet werden können, um eine gute Hitzevorsorge in den kommenden Jahren zu gewährleisten.
Die Ergebnisse der Analyse und die Höhe der erforderlichen finanziellen Mittel sollen im Anschluss den entsprechenden Fachausschüssen vorgestellt werden, damit zeitnah mit dem Bau und der Einrichtung der Entnahmestellen begonnen werden kann.

Begründung:

In den kommenden Jahren sind aufgrund der Klimakrise weitere Extremwetterereignisse zu erwarten. Auch in Braunschweig nimmt die Zahl von Hitzewellen im Sommer weiter zu. Um sich dieser großen Herausforderung unserer Zeit anzunehmen, entwickelt die Verwaltung unter anderem gemeinsam mit der TU Braunschweig das Projekt "Co-adapted Braunschweig", um sich an die Folgen der Klimaveränderungen anzupassen. Zudem hat die Stadt planungsrelevante Analysen zum Stadtklima erarbeitet, aus denen sich Aktionspläne für verschiedene Handlungsfelder und Stadtteile ableiten lassen.
In der Umsetzungsplanung dieser Handlungsfelder sollte der Etablierung weiterer Trinkwasser-Entnahmemöglichkeiten eine hohe Priorität zukommen. Auch eine jüngst vom Bundestag verabschiedete Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes gibt vor, dass der Zugang zu hochwertigem Trinkwasser im öffentlichen Raum verbessert wird.
Konkrete Studien zum richtigen Verhältnis der Anzahl an Trinkwasser-Entnahmestellen zu der Größe einer Kommune gibt es bislang nicht. Jedoch ist gerade im europäischen Vergleich klar, dass deutsche Städte weit bei der öffentlichen Trinkwasserversorgung hinterherhinken. In Wien beispielsweise sind der Öffentlichkeit 1.300 Trinkbrunnen zugänglich, in Rom sind es gar über 2.500 Stück.
Ausreichend Zugang zu sauberem Trinkwasser im öffentlichen Raum ist ein Basisbaustein der Hitzevorsorge und ist besonders für den Schutz von vulnerablen Gruppen wie älteren oder wohnungslosen Menschen essenziell. Zudem unterstützt ein verbesserter öffentlicher Trinkwasserzugang in Form von Brunnen oder auch öffentlichen Wasserhähnen den Zero-Waste-Gedanken, da sich BürgerInnen verpackungsfrei und umweltfreundlich erfrischen können. Ein weiterer wichtiger Schritt zur klimaneutralen Stadt Braunschweig!

Stellungnahme:

Braunschweig verfügt zurzeit über drei Trinkbrunnen im Innenstadtbereich (Am Domplatz, Sack 5 und Hutfiltern 9).

Die vorliegenden Erkenntnisse zu den Anschaffungs- und Unterhaltungskosten werden im Folgenden dargestellt:
Die Anschaffungs- und Aufstellungskosten betragen unter Berücksichtigung der Preisentwicklung aktuell rd. 42.000 € für jeweils einen Trinkbrunnen, soweit die Brunnenanlage in unmittelbarer Nähe zu einer städtischen Liegenschaft der Stadt Braunschweig mit Medienzählern errichtet wird. Bei einer anderen Standortwahl würden sich die Kosten für Erdarbeiten zur Herstellung des Medienzählerschachtes, Anschlüsse an das Medienversorgungsnetz des Netzbetreibers sowie der Brunnenkammer erhöhen.

Die jährlichen Unterhaltungskosten für einen Trinkwasserbrunnen betragen durch die regelmäßige Reinigung sowie vandalismusbedingte erforderliche Sonderreinigungen, wöchentliche Inspektion bzw. Wartung sowie der jährlichen Trinkwasseruntersuchung ca. 9.000 €.
Für zehn Brunnen sind einmalig mindestens 420.000 € für die Errichtung und 90.000 € jährlich für die Unterhaltung vorzusehen. Es handelt sich hierbei um Kostenschätzungen unter Berücksichtigung der besonderen Situation am Baumarkt.

Winter

Unterschrift (Dez./FBL)

Ref. 0660
0660.20

Datum: 18.01.2023

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FWI 154 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Haushalt 2023/2024**

Text:

"Wertstoffcontainer Herzogin-Elisabeth-Straße/Franzsches Feld als Unterflurcontainer

Die Wertstoffcontainer der Wertstoffstation Herzogin-Elisabeth-Straße/Franzsches Feld sollen unterflur verlegt werden. Die dafür benötigten Mittel sollen bis spätenstens zur Sitzung des FPDA am 02. März 2023 zumindest schätzungsweise ermittelt und zum Beschluss vorgelegt werden."

Begründung:

"Mit diesem Antrag soll ein Beschluss des SBR 120 vom 04. Mai 2022 umgesetzt werden. Der Stadtbezirksrat verspricht sich von dieser Maßnahme einen größeren Komfort für die Anwohner*innen, eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Wertstoffstation durch ein größeres Fassungsvolumen der neuen Unterflurcontainer und eine Aufwertung des Eingangsbereichs zum Prinz-Albrecht-Park im Bereich der Herzogin-Elisabeth-Straße. Dieser Argumentation wird mit diesem Antrag gefolgt."

Stellungnahme:

Aufgrund des vom StBezRat 120 im Mai 2022 angeführten Handlungsbedarfs (die Altpapiercontainer waren regelmäßig übervoll und es gab große Mengen an Beistellungen) wurde Ende letzten Jahres die Kapazität der Altpapiercontainer am Franzschen Feld verdoppelt. Dies geschah durch die Erhöhung der Leerungsfrequenz von 3x wöchentlich auf 5x wöchentlich sowie die Erhöhung der Anzahl der Altpapiercontainer von 5 auf 6. Wenn Ende Januar ein siebter Papiercontainer hinzugestellt wird, stehen pro Woche 35 geleerte Papiercontainer zur Verfügung. Im Mai 2022 waren es 15.

Die Verwaltung steht der Errichtung von Unterflurstationen für Wertstoffcontainer, abgesehen von den Finanzierungskosten, positiv gegenüber. Im Fall der Station am Franzschen Feld gibt die Verwaltung aber zu bedenken, dass die Einwurfschächte bei Unterflurcontainern erheblich kleiner sind als die der aktuellen Altpapiercontainer (35-40 cm im Vergleich zu 90-120 cm).

Dies führt zu einer Verlagerung der Anlieferung großer Kartonagen zu den umliegenden Containerstationen mit größeren Aufnahmeklappen. Im Bereich des Franzschen Feldes ist dies jedoch zu vermeiden, weil diese Station die größte im Stadtgebiet ist und alle umliegenden Stationen erheblich kleiner und bereits ausgelastet sind und neue Standorte dort nicht geschaffen werden können.

Die Stadtverwaltung sucht das Gespräch mit den Herstellern von Unterflurcontainern, um größere Einwurföffnungen und Alternativen "entwickeln" zu lassen.

Die voraussichtlichen Kosten betragen nach erster Schätzung rd. 200.000 €, davon rund 100.000 € für die Unterflurbehälter und 100.000 € für Tiefbau. Die tatsächlichen

Tiefbaukosten können erst im Rahmen einer Planung und nach Vorliegen eines Bodengutachtens, welches Aussagen zur Schadstoffbelastung und zum Grundwasserstandes gibt, ermittelt werden.

Weichsler

_____

Unterschrift (Dez./FBL)

Dez. II
FB 40

Datum: 06.02.2023

Stellungnahme zum Antrag Nr. FWE 157 der SPD-Fraktion zum Haushalt 2023/2024

Text:

Fortführung der Alphabetisierungskurse

Für die Fortsetzung des Alphabetisierungsangebots wie unten beschrieben werden die erforderlichen Mittel für die 3 Jahre 2023 bis 2025 in den Haushalt eingestellt.

Begründung:

Die unzureichende Alphabetisierung in der lateinischen Schrift der aus dem Ausland neu zugewanderten schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen (Teilnehmende der Vorbereitungskurse, ehem. Vorbereitungsklassen) wurde bereits in den ersten Phasen der Schulbildungsberatung erkannt und machte die Notwendigkeit der Einrichtung reiner Alphabetisierungskurse sichtbar. Nicht alphabetisierte Kinder und Jugendliche haben Schwierigkeiten, mit ihren Altersgenossen mitzuhalten, können vom Leistungsstand her abgehängt werden und folglich in einer anschließenden Regelschule deutliche Probleme haben. Sie benötigen mehr Zeit und spezifischere Angebote, um die Sprache zu erwerben, als diejenigen, die bereits alphabetisiert sind. Dies stellt eine große Herausforderung für die Unterrichtsorganisation dar und betrifft sowohl den Unterricht eines Vorbereitungskurses, als auch den Unterricht an einer allgemeinbildenden Schule. Eine bedarfsgerechte Betreuung ist in diesem Rahmen nicht leistbar. Aufgrund dieser Problematik wurde 2021 im Rahmen der Schulbildungsberatung in Zusammenarbeit mit der Stelle 51.41 Kinder- und Jugendarbeit und der Volkshochschule ein reines Alphabetisierungsangebot eingerichtet. Die Mittel zur Durchführung werden von der Abteilung 50.2 Migrationsfragen und Integration und der Stelle 51.41 Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung gestellt. Nach unseren Informationen belaufen sich die Kosten auf ca. 93.000 € p. a. Eine langfristige Fortführung dieser Finanzierung ist nicht gesichert. Im Jahr 2025 ist über die Weiterführung des Angebots zu entscheiden.

Stellungnahme:

In der Sitzung des Schulausschusses am 27. Januar 2023 hat die SPD-Fraktion ihren o. g. Antrag dahingehend mündlich geändert, dass nicht nur Haushaltsmittel für die Fortsetzung des Alphabetisierungsangebots, sondern auch Mittel für die Einrichtung eines weiteren Vorbereitungskurses eingestellt werden sollen. Das Alphabetisierungsangebot soll künftig mit zwei Kursen fortgeführt werden und bei den Vorbereitungskursen soll ein zusätzlicher Kurs angeboten werden. Die Verwaltung wurde gebeten die entsprechenden Kosten zu ermitteln.

Alphabetisierungskurs
Die Maßnahme richtet sich an aus dem Ausland zugezogene Kinder und Jugendliche, die schulpflichtig und nicht in der lateinischen ggf. auch in keiner anderen Schrift alphabetisiert sind. Das Angebot umfasst zwei Tage pro Woche mit jeweils vier Unterrichtsstunden und findet zusätzlich zum Unterricht an der Stammschule statt. Dreimonatige Vollzeitkurse wie bei den Vorbereitungskursen eigenen sich hier nicht, da die Alphabetisierung über einen längeren Zeitraum stattfinden muss.

SchuBS-Vorbereitungskurs
Das Angebot der Schulbildungsberatung (SchuBS) umfasst neben der Beratung der Familien auch einen dreimonatigen Vorbereitungskurs für Kinder und Jugendliche im Sek-I-Alter, die die deutsche Sprache nicht ausreichend sprechen und schreiben. Für die Dauer des Vorbereitungskurses ist die Schulpflicht ausgesetzt. Nach Abschluss des Kurses erfolgt eine Schulempfehlung und Unterstützung bei der Schulplatzsuche durch SchuBS.

Die Kosten für die jeweiligen Angebote pro Jahr stellen sich wie folgt dar:

2 Alphabetisierungskurse (2 x 4 Unterrichtseinheiten pro Woche)	2 x 28.000 Euro =	56.000 Euro
1 SchuBS-Vorbereitungskurs (Vollzeit-Unterricht)		74.200 Euro
	Insgesamt	130.200 Euro

I. V.

Dr. Pollmann

Dezernent

Dez. VII
20.11

Datum: 22.02.2023

Stellungnahme zum Antrag Nr. FWE 171 der CDU-Fraktion zum Haushalt 2023/2024

Text:

Ausgleich für gestiegene Energiepreise

Die Verwaltung wird gebeten festzustellen, welche Empfänger städtischer Zuschüsse aufgrund gestiegener Energiekosten zusätzliche Belastungen zu erwarten haben, die nicht durch andere Anträge zum Doppelhaushalt 2023/24 oder Förderprogramme von Land und Bund ausgeglichen werden. Die entsprechend ermittelten finanziellen Bedarfe sind haushaltsneutral oder über- und außerplanmäßig für die Jahre 2023 und 2024 bereitzustellen.

Begründung:

Die – teilweise immensen – Steigerungen der Energiekosten in den vergangenen Monaten sind allgemein bekannt und müssen daher an dieser Stelle nicht gesondert ausgeführt werden. Und auch wenn zuletzt ein Sinken der Preise für Gas, Strom etc. zu beobachten war, wird es – selbst wenn dieser Trend anhalten sollte – noch Zeit brauchen, bis dieses bei den Endverbrauchern ankommt.
Nicht nur Privatleute, sondern auch Vereine, Verbände und Institutionen stehen somit vor massiv gestiegenen Abschlagszahlungen – nicht allen konnte bisher geholfen werden. Teilweise sind bereits Anträge zum Doppelhaushalt 2023/24 auf den Weg gebracht worden, um an einigen Stellen zu unterstützen. Ebenso gab es Initiativen, um in einzelnen Politikfeldern eine Unterstützung zu ermöglichen (vgl. dazu den Antrag 22-19637 zur Einrichtung eines „Sonderfonds Energiekosten“ für den Kulturbereich und den FWE 103 zur Anhebung der Zuschüsse an die Sportvereine). Des Weiteren können von einigen auch Förderprogramme von Land und Bund in Anspruch genommen werden.
Einen ganzheitlichen Ansatz und eine grundlegende Analyse sollen mit diesem Antrag erreicht werden.

Stellungnahme:

Für die Umsetzung des Antrages wäre erheblicher Recherche-Aufwand zu betreiben, um den Kreis der möglichen Empfänger und ihre jeweiligen Belastungen infolge der gestiegenen Energiepreise zu ermitteln. Für die dann ggf. verbleibenden, nicht bereits anderweitig unterstützten Zuschussempfänger müsste ein Modus gefunden werden, wie und zu welchem Grad eine Entlastung erfolgen soll. Dabei ist zu bedenken, dass die Energiepreise derzeit wieder deutlich unter dem Höchststand des vergangenen Jahres liegen.

Grundsätzlich wäre im Fall einer Vorauszahlung von Unterstützungsleistungen anschließend eine zweckentsprechende Verwendung nachzuhalten.

All dies würde einen sehr hohen Arbeitsaufwand in allen Organisationseinheiten, die Zuschüsse gewähren, auslösen.

Zudem ist ein Ausgleich der geopolitisch bedingten Energiepreissteigerungen keine kommunale Aufgabe. Seitens des Landes Niedersachsens ist eine Vielzahl an Unterstützungsleistungen u. a. auch für die städtischen Zuschussempfänger möglich bzw. in Aussicht gestellt (siehe hierzu:

https://www.niedersachsen.de/energiekrise/entlastungen/informationen-zu-den-entlastungen-217107.html).

Des Weiteren wurde am 26. Januar 2023 über die Medien bekannt, dass der Bund aktuell einen Bundeskulturfonds Energie mit einem Fördervolumen im Umfang von einer Milliarde Euro auflegt. Das Förderprogramm wird über die Länder abgewickelt. Gefördert wird der Mehrbedarf an Energiekosten von Kultureinrichtung und Kulturveranstaltenden. Öffentliche Kultureinrichtungen und öffentliche Einrichtungen der kulturellen Bildung können bis zu 50 Prozent der Mehrbedarfe beantragen, privatwirtschaftliche bis zu 80 Prozent. Für Kulturveranstaltende sind Pauschalen geplant.
Voraussichtlich ab Mitte Februar 2023 werden sich Kultureinrichtungen und Kulturveranstaltende zunächst auf einer Registrierungsplattform anmelden können. Dort werden dann voraussichtlich auch Informationen zur Berechnungsgrundlage und zur Antragstellung bekannt gegeben. Weitere Informationen zum Bundeskulturfonds Energie sind derzeit noch nicht bekannt. Entsprechend wird auf Mitteilung Drs. Nr. 23-20608 für den AfKW verwiesen.

Der Antrag ist als finanzunwirksam deklariert, obwohl er die Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel zum Inhalt hat. Er kann nicht dadurch finanzunwirksam werden, dass die Suche nach Deckungsmitteln der Verwaltung auferlegt wird. Im Übrigen müssten Einsparungen, wenn sie denn möglich wären, bei einem defizitären Haushalt zunächst zum Haushaltsausgleich und nicht zur Finanzierung zusätzlicher freiwilliger Aufgaben verwendet werden.

Die Verwaltung empfiehlt aus den vorgenannten vornehmlich finanziellen Gründen, den Antrag abzulehnen.

Gez. Geiger

Unterschrift (Dez./FBL)

Anlage 3

Gesamtergebnishaushalt 2023/2024

Stand: 14. März 2023

Haushaltsplan 2023/2024
Stadt Braunschweig

Gesamt-Ergebnishaushalt

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 3) 2021 - Euro -	Ansatz 2022 - Euro -	Ansatz 2023 - Euro -	Ansatz 2024 - Euro -	Planung 2025 - Euro -	Planung 2026 - Euro -	Planung 2027 - Euro -
Ordentliche Erträge								
1	Steuern und ähnliche Abgaben	405.799.353,12	428.643.233	**482.752.900**	**469.081.000**	485.881.000	500.781.000	515.981.000
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen 1)	217.588.225,63	246.921.351	**250.482.729**	**249.577.978**	260.493.981	266.460.943	273.360.985
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	14.540.541	**15.000.000**	**15.000.000**	15.000.000	14.000.000	14.000.000
4	Sonstige Transfererträge	10.881.109,75	8.352.440	**12.823.480**	**13.131.680**	13.223.880	13.317.924	13.413.849
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte 2)	34.382.212,58	41.130.128	**43.467.499**	**43.528.492**	43.390.385	43.603.338	43.817.355
6	Privatrechtliche Entgelte	5.436.145,27	6.702.757	**6.129.725**	**6.671.350**	7.005.844	7.040.511	7.075.350
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	179.449.487,11	175.896.140	**208.046.045**	**208.683.455**	209.117.880	209.051.841	209.496.896
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	5.472.936,18	3.148.700	**26.790.800**	**18.443.500**	27.864.400	26.342.300	25.174.300
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	728,25	2.084.247	**1.818.930**	**1.859.484**	1.383.800	1.109.400	884.400
10	Bestandsveränderungen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
11	Sonstige ordentliche Erträge	24.669.014,44	24.300.802	**24.132.002**	**24.032.002**	24.310.513	24.189.166	24.217.962
12	**Summe ordentliche Erträge**	**883.679.212,33**	**951.720.339**	**1.071.444.111**	**1.050.008.942**	**1.087.671.683**	**1.105.896.423**	**1.127.422.097**
Ordentliche Aufwendungen								
13	Personalaufwendungen	209.529.063,57	225.103.360	**220.669.856**	**267.166.249**	246.870.722	251.484.371	255.595.444
14	Versorgungsaufwendungen	25.916.521,34	26.425.368	**27.961.700**	**30.164.234**	31.238.218	32.312.455	33.389.113
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	65.771.964,91	117.578.151	**146.203.375**	**139.623.902**	135.076.517	126.555.679	104.552.694
16	Abschreibungen	3.012.990,50	44.296.872	**41.000.000**	**42.000.000**	43.000.000	44.000.000	45.000.000
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	10.289.816,86	8.586.200	**13.720.800**	**29.657.000**	42.307.622	47.268.462	54.947.821
18	Transferaufwendungen	347.758.624,44	368.586.021	**441.521.741**	**436.770.395**	413.842.683	420.152.740	425.234.775
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	209.412.455,53	221.034.237	**244.555.877**	**267.646.678**	265.671.840	267.309.282	268.852.877
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**871.691.437,15**	**1.011.610.208**	**1.135.633.349**	**1.213.028.458**	**1.178.007.602**	**1.189.082.989**	**1.187.572.724**
21	**Ordentliches Ergebnis (Zeilen 12 - 20)**	**11.987.775,18**	**-59.889.869**	**-64.189.237**	**-163.019.516**	**-90.335.919**	**-83.186.567**	**-60.150.627**

1) außer für Investitionstätigkeit 2) außer Beiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit 3) Buchungsstand

Haushaltsplan 2023/2024
Stadt Braunschweig

Gesamt-Ergebnishaushalt

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 3) 2021 - Euro -	Ansatz 2022 - Euro -	Ansatz 2023 - Euro -	Ansatz 2024 - Euro -	Planung 2025 - Euro -	Planung 2026 - Euro -	Planung 2027 - Euro -
22	Außerordentliche Erträge	15.131.786,43	544.450	**479.900**	**466.300**	466.300	466.300	466.300
23	Außerordentliche Aufwendungen	7.524.664,97	653.400	**595.400**	**595.400**	597.400	597.400	597.400
24	**Außerordentliches Ergebnis (Zeilen 22 - 23)**	**7.607.121,46**	**-108.950**	**-115.500**	**-129.100**	**-131.100**	**-131.100**	**-131.100**
25	**Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)**	**19.594.896,64**	**-59.998.819**	**-64.304.737**	**-163.148.616**	**-90.467.019**	**-83.317.667**	**-60.281.727**
26	Summe der Jahresfehlbeträge aus Vorjahr gem. § 2 Abs. 6 KomHKVO							
	Zusätzlich zu den lt. Muster vorgesehenen Zeilen folgt eine Darstellung der Überschussrücklagen.							
	Voraussichtlicher Bestand der Überschussrücklagen am Ende des Haushaltsjahres	**241.898.812,01**	**241.898.812**	**241.898.812**	**241.898.812**	**241.898.812**	**158.581.145**	**98.299.419**

Erläuterungen:

Für das Haushaltsjahr 2023 wird beim ordentlichen Ergebnis ein Fehlbetrag in Höhe von 64.189.237 Euro und beim außerordentlichen Ergebnis ein Fehlbetrag von 115.500 Euro ausgewiesen. Insgesamt ergibt sich damit ein Jahresfehlbetrag von 64.304.737 Euro.
Für das Haushaltsjahr 2024 wird beim ordentlichen Ergebnis ein Fehlbetrag in Höhe von 163.019.516 Euro und beim außerordentlichen Ergebnis ein Fehlbetrag von 129.100 Euro ausgewiesen. Insgesamt ergibt sich damit ein Jahresfehlbetrag von 163.148.616 Euro.

Der Haushalt ist gem. § 110 Abs. 4 NKomVG ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge mindestens dem Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen und der Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge mindestens dem Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen entspricht. Dies ist für die Haushaltsjahre 2023 bis 2027 nicht der Fall. Allerdings gilt diese Verpflichtung gem. § 110 Abs. 5 Nr. 1 NKomVG als erfüllt, wenn ein voraussichtlicher Fehlbetrag in der Ergebnisrechnung mit entsprechenden Überschussrücklagen verrechnet werden kann. Damit wird der Haushaltsausgleich durch einen Rückgriff auf die in vergangenen Jahresabschlüssen gebildeten Überschussrücklagen erreicht.

Bei den in der Spalte Ergebnis 2021 ausgewiesenen Werten handelt es sich um vorläufige Zahlen. Weitere Buchungen zum Jahresabschluss 2021 (Abschreibungen, Rückstellungen etc.) stehen noch aus.

3) Buchungsstand

Haushaltsplan 2023/2024
Stadt Braunschweig

Gesamt-Ergebnishaushalt

Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 3) 2021 - Euro -	Ansatz 2022 - Euro -	Ansatz 2023 **- Euro -**	Ansatz 2024 **- Euro -**	Planung 2025 - Euro -	Planung 2026 - Euro -	Planung 2027 - Euro -

Nach § 182 Abs. 4 Ziffer 1 NKomVG sind Fehlbeträge in Pandemiejahren und dem Folgejahr einem gesonderten Passivposten der Bilanz zuzuführen. Unter Berücksichtigung des für 2021 prognostizierten Überschusses gilt dies nicht für dieses Jahr, wohl aber für die Jahre 2022 bis 2023.
Nach § 182 Abs. 5 NKomVG sind die Regelungen des § 182 Abs. 4 NKomVG bis zum 30. Juni 2024 auch zur Bewältigung der Folgen des Krieges in der Ukraine entsprechend anzuwenden. Nach einem ergänzenden Erlass des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport vom 13.12.2022 müssen die entstandenen Fehlbeträge des ordentlichen und des außerordentlichen Ergebnisses der Haushaltsjahre 2022 - 2025 in der Bilanz gesondert auf der Passivseite ausgewiesen werden. Somit bleibt in Jahren 2022 bis 2025 der Bestand der Überschussrücklagen unverändert. Gleichzeitig wird im Umfang der jeweiligen Fehlbeträge ein gesonderter Passivposten aufgebaut.

In den folgenden Darstellungen wird die Entwicklung der Bestände der Überschussrücklagen und des gesonderten Passivpostens aufgezeigt unter Berücksichtigung der Prognosen für die Jahresergebnisse 2021 und 2022.

	Jahresergebnis (mit Prognose des Jahresergebnisse 2021 und 2022) Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)	**+200.000,00**	**-5.000.000**	**-64.304.737**	**-163.148.616**	**-90.467.019**	**-83.317.667**	**-60.281.727**
	Voraussichtlicher Bestand der Überschussrücklagen am Ende des Haushaltsjahres	**241.898.812,01**	**241.898.812**	**241.898.812**	**241.898.812**	**241.898.812**	**158.581.145**	**98.299.419**
	Voraussichtlicher Bestand des Passivpostens nach § 182 Abs. 4 NKomVG (mit Prognose des Jahresergeb. 2021)	**0,00**	**-5.000.000**	**-69.304.737**	**-232.453.353**	**-322.920.372**	**-322.920.372**	**-322.920.372**

3) Buchungsstand

Anlage 4

Gesamtfinanzhaushalt 2023/2024

Stand: 14. März 2023

Haushaltsplan 2023/2024

Stadt Braunschweig

Gesamt-Finanzhaushalt

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 3) 2021 - Euro -	Ansatz 2022 - Euro -	Ansatz 2023 **- Euro -**	Ansatz 2024 **- Euro -**	Planung 2025 - Euro -	Planung 2026 - Euro -	Planung 2027 - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit								
1	Steuern und ähnliche Abgaben	405.032.079,98	428.643.233	**482.752.900**	**469.081.000**	485.881.000	500.781.000	515.981.000
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen 1)	218.183.721,21	246.921.351	**250.482.729**	**249.577.978**	260.493.981	266.460.943	273.360.985
3	Sonstige Transfereinzahlungen	8.447.673,69	8.352.440	**10.023.480**	**10.131.680**	10.223.880	10.317.924	10.413.849
4	Öffentlich-rechtliche Entgelte 2)	33.533.080,07	41.130.128	**43.467.499**	**43.528.492**	43.390.385	43.603.338	43.817.355
5	Privatrechtliche Entgelte 1)	5.659.102,99	6.895.157	**6.271.125**	**6.812.750**	7.147.244	7.181.911	7.216.750
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen 1)	182.470.712,85	175.896.140	**208.046.045**	**208.683.455**	209.117.880	209.051.841	209.496.896
7	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	5.290.121,34	3.148.700	**26.790.800**	**18.443.500**	27.864.400	26.342.300	25.174.300
8	Einzahlungen aus der Veräußerung geringwertiger Vermögensgegenstände	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
9	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	28.139.774,17	24.897.652	**40.715.302**	**35.601.702**	25.380.213	25.258.866	26.287.662
10	**= Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**886.756.266,30**	**935.884.801**	**1.068.549.881**	**1.041.860.558**	**1.069.498.983**	**1.088.998.123**	**1.111.748.797**
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit								
11	Personalauszahlungen	191.853.631,33	198.086.715	**210.429.275**	**218.983.926**	222.911.702	227.333.282	231.843.077
12	Versorgungsauszahlungen	26.011.022,15	26.425.368	**27.961.700**	**30.164.234**	31.238.218	32.312.455	33.389.113
13	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für den Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände	67.401.066,64	118.778.151	**147.403.375**	**140.823.902**	136.276.517	127.755.679	104.552.694
14	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	7.656.998,48	8.586.200	**13.720.800**	**29.657.000**	42.307.622	47.268.462	54.947.821
15	Transferauszahlungen 1)	343.694.410,52	368.586.021	**441.521.741**	**436.770.395**	413.842.683	420.152.740	425.234.775
16	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	215.054.509,87	221.932.437	**261.396.077**	**279.486.878**	267.014.040	268.651.482	271.195.077
17	**= Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**851.671.638,99**	**942.394.892**	**1.102.432.968**	**1.135.886.335**	**1.113.590.781**	**1.123.474.101**	**1.121.162.557**
18	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeilen 10 - 17)**	**35.084.627,31**	**-6.510.091**	**-33.883.087**	**-94.025.777**	**-44.091.799**	**-34.475.978**	**-9.413.760**

1) außer für Investitionstätigkeit 2) außer Beiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit 3) Buchungsstand

Haushaltsplan 2023/2024

Stadt Braunschweig

Gesamt-Finanzhaushalt

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 3) 2021 - Euro -	Ansatz 2022 - Euro -	Ansatz 2023 **- Euro -**	Ansatz 2024 **- Euro -**	Planung 2025 - Euro -	Planung 2026 - Euro -	Planung 2027 - Euro -
Einzahlungen für Investitionstätigkeit								
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	4.302.486,33	8.701.200	**8.534.200**	**7.417.300**	3.643.700	8.835.000	7.035.000
20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	2.341.322,13	4.315.000	**4.205.000**	**4.920.000**	7.205.000	4.425.000	2.640.000
21	Veräußerung von Sachvermögen	7.040.326,51	1.847.400	**1.764.500**	**1.834.500**	1.909.400	2.119.700	2.100.200
22	Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	9.289.106,76	2.500.000	**2.500.000**	**2.500.000**	2.500.000	2.500.000	2.500.000
23	Sonstige Investitionstätigkeit	2.382.351,23	4.179.600	**8.562.800**	**15.938.700**	23.551.400	23.550.200	23.549.100
24	**= Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit**	**25.355.592,96**	**21.543.200**	**25.566.500**	**32.610.500**	**38.809.500**	**41.429.900**	**37.824.300**
Auszahlungen für Investitionstätigkeit								
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	1.326.685,20	3.246.000	**15.246.000**	**5.246.000**	5.246.000	5.246.000	5.246.000
26	Baumaßnahmen	44.725.796,29	56.222.700	**67.904.800**	**133.080.100**	194.188.100	246.432.700	104.438.100
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	7.705.243,60	6.293.100	**8.021.100**	**9.304.700**	10.461.300	8.672.800	5.181.100
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	4.025.340,63	2.655.400	**2.573.200**	**1.500.000**	1.500.000	1.500.000	1.500.000
29	Aktivierbare Zuwendungen	6.414.823,16	7.520.000	**5.785.000**	**5.830.000**	5.960.000	6.200.000	6.450.000
30	Sonstige Investitionstätigkeit	323.960,16	95.309.000	**152.924.000**	**190.674.000**	324.000	324.000	324.000
31	**= Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit**	**64.521.849,04**	**171.246.200**	**252.454.100**	**345.634.800**	**217.679.400**	**268.375.500**	**123.139.200**
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 24 - 31)**	**-39.166.256,08**	**-149.703.000**	**-226.887.600**	**-313.024.300**	**-178.869.900**	**-226.945.600**	**-85.314.900**
33	**Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (Zeilen 18 + 32)**	**-4.081.628,77**	**-156.213.091**	**-260.770.687**	**-407.050.077**	**-222.961.699**	**-261.421.578**	**-94.728.660**

3) Buchungsstand

Haushaltsplan 2023/2024

Stadt Braunschweig

Gesamt-Finanzhaushalt

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 3) 2021 - Euro -	Ansatz 2022 - Euro -	Ansatz 2023 - Euro -	Ansatz 2024 - Euro -	Planung 2025 - Euro -	Planung 2026 - Euro -	Planung 2027 - Euro -
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit								
34	Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	147.023.015	**226.000.000**	**312.000.000**	178.000.000	226.000.000	85.000.000
35	Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	8.757.106,55	10.836.400	**15.929.700**	**28.211.200**	38.345.000	41.570.600	47.980.000
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Zeilen 34 - 35)**	**-8.757.106,55**	**136.186.615**	**210.070.300**	**283.788.800**	**139.655.000**	**184.429.400**	**37.020.000**
37	**Finanzmittelveränderung (Summe der Zeilen 33 und 36)**	**-12.838.735,32**	**-20.026.476**	**-50.700.387**	**-123.261.277**	**-83.306.699**	**-76.992.178**	**-57.708.660**
38	**Voraussichtlicher Bestand an Zahlungsmitteln am Anfang des Haushaltsjahres**	**103.195.382,60**	**90.356.647**	**70.330.171**	**19.629.785**	**-103.631.492**	**-186.938.191**	**-263.930.369**
39	**Voraussichtlicher Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres (Zeile 37 und 38)**	**90.356.647,28**	**70.330.171**	**19.629.785**	**-103.631.492**	**-186.938.191**	**-263.930.369**	**-321.639.029**
	Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	**794.097,86**						
39/1	**Voraussichtlicher Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres einschl. haushaltsunwirksamer Vorgänge 4)**	**91.144.184,15**	**71.117.708**	**20.417.321**	**-102.843.956**	**-186.150.654**	**-263.142.832**	**-320.851.492**
39/2	**Voraussichtlicher Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres inkl. des Bestandes an Zahlungsmitteln zum 31.12.2022**	**91.144.184,15**	**152.603.381**	**101.902.995**	**-21.358.282**	**-104.664.981**	**-181.657.159**	**-239.365.819**

3) Buchungsstand

4) Der Bestand an Zahlungsmitteln zum 31.12.2021 in der Zeile 39/1 wurde anhand der Buchungen auf den betreffenden Bestandskonten festgestellt.

Anlage 5

Stellenplan 2023/2024

Stand: 14. März 2023

- Neue Stellen - - Vorlage Verwaltungsentwurf vom September 2022 zum Stellenplan 2023 -

Fachbereich/ Referat	befürwortete Stellen	Kurzbegründung
0100	**0,50**	0,50 Stellenschaffungen für das Ref. 0130 Kommunikation für den Bereich „Social Media/Onlinekommunikation“.
0414	**1,00**	1,00 Stellenschaffungen im Ref. 0414 Stadtarchiv zur dauerhaften wissenschaftlichen Bearbeitung von historischen Themen (u. a. Kolonialgeschichte, National-sozialismus).
0617	**1,00**	1,00 Stellenschaffungen im Ref. 0617 Stadtgrün-Planung und Bau für die Grün-ordnungsplanung zur Sicherstellung der Wohnraumversorgung in Folge des Baulandmodells (DS 22-19055).
0650	**2,00**	2,00 Stellenschaffungen im Ref. 0650 Hochbau aufgrund des Klimaschutzkonzepts 2.0 (IKSK 2.0) für die energetische Ertüchtigung der städtischen Liegenschaften (DS 22-18957).
0660	**1,00**	1,00 Stellenschaffungen für das Integrierte Klimaschutzkonzept 2.0 (IKSK 2.0) aufgrund des Bezuges von Klima- und Umweltschutz zu den Themen Abfallwirtschaft und Städtentwässerung (DS 22-18957).
10	**4,50**	1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 10.01.1 Poststelle zur Fortschreitung der Realisierung der DMS- und Digitalisierungsmaßnahmen und der damit verbundenen Aufgabe des zentralen Einscannens der eingehenden Post (mit Sperrvermerk). Eine weitere Stellenschaffung soll in 2024 erfolgen. 2,00 Stellenschaffungen in der Stelle 10.02 Ideen- und Beschwerdemanagement, Bürgertelefon aufgrund der deutlich gestiegenen Fallzahlen im Bürgertelefon (mit Sperrvermerk). 0,25 Stellenschaffungen in der Stelle 10.03.1 SG 1 Interner Service aufgrund des Aufwandes bei der Bearbeitung und Ausschreibung der Vergabe von Rahmenverträgen für Büromobiliar. 0,25 Stellenschaffungen in der Stelle 10.13 SG 2 Tarifentgelte aufgrund der Fallzahlentwicklung bei den Abrechnungsfällen. 1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 10.21 Personalwirtschaft aufgrund der Fallzahl-entwicklung bei den städtischen Stellenausschreibungen.
20	**1,00**	1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 20.21 Grundstücksverkehr für den Aufgaben-bereich Flächenvorsorge für städtische Vorhaben (Baulandmodell) (DS 22-19055).
32	**7,50**	0,50 Stellenschaffungen in der Stelle 32.11 Versammlungs-, Sprengstoff, Waffen- und Jagdrecht aufgrund der steigenden Fallzahlen und des gestiegenen Aufwandes bei Versammlungen. 2,00 Stellenschaffungen in der Stelle 32.31 Führerscheinstelle, gewerblicher Kraft-verkehr im Zusammenhang mit dem Zwangsumtausch der Führerscheine (mit kw 2025- und kw 2028-Vermerken). Den Personalkosten stehen saldierte Einnahmen von 21 €/Fall gegenüber. 5,00 Stellenschaffungen in der Stelle 32.41 SG 1 Bürgerangelegenheiten für die Qualifizierung von Schaltersachbearbeiter*innen aufgrund eines zusätzlichen Bedarfs (mit Sperrvermerk).

Fachbereich/ Referat	befürwortete Stellen	Kurzbegründung
37	**6,50**	1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 37.21 Vorbeugender Brandschutz für einen Mehrbedarf im Bereich „Brandverhütungsschau“ aufgrund gestiegener Fallzahlen auf der Grundlage der Stellenbedarfsberechnung im Organisationsgutachten. 1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 37.22 Einsatzvorbereitung für die Bearbeitung von Feuerwehrplänen aufgrund gestiegener Fallzahlen in der Fortschreibung des Organisationsgutachtens. 1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 37.31 Ausbildung für die Koordination der Praxisanleitungen für die Rettungsdienstausbildung aufgrund gestiegener Schüler*innenzahlen im Bereich der Rettungsdienstausbildung. 1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 37.32 Technik für die Beschaffung von Fahrzeugen und Ausrüstung u. a. für den Bevölkerungs- und Katastrophenschutz. 1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 37.41 Betrieb IRLS für die Aufgabe „Leitende Praxisanleitung“ für die Aus- und Fortbildung der Disponent*innen insbesondere aufgrund gestiegener Anforderungen im Bereich der Leitstellentechnik auf der Grundlage des Organisationsgutachtens. 1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 37.43 Informations- und Kommunikationstechnik. im Bereich der Leitstellentechnik, u. a. zur technischen Unterstützung der gestiegenen Aufgaben im Bereich des Bevölkerungsschutzes, z. B. Aufbau eines gesicherten Netzes für die Stelle 37.23, Programmierung von digitalen Meldeempfängern, Mitwirkung beim Aufbau und Betrieb von Sirenen auf Basis hybrider Technik, Aufbau und Nutzung von Satellitenkommunikation. 0,50 Stellenschaffungen in der Stelle 37.43 Informations- und Kommunikationstechnik für den Bereich Funkwerkstatt/Digitalfunk zur technischen Unterstützung bei den gestiegenen Aufgaben im Bereich des Bevölkerungsschutzes.
40	**3,00**	1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 40.11 Service im Zusammenhang mit der Betreuung weiterer Schulen im Bestell- und Abrechnungssystem Mensa-Max sowie für die Betreuung der aufwachsenden Zahl von Bestellenden in der Mittagessenversorgung. 1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 40.22 Medienentwicklungsplanung für die Aufgaben im Zusammenhang mit dem Mobile-Device-Managements (MDM) sowie zur Betreuung des WLAN insbesondere vor dem Hintergrund der beschleunigten Ausstattung mit mobilen Endgeräten für Lehrer*innen und Schüler*innen (mit Sperrvermerk). 1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 40.89 Berufsbildende Schulen und Sonstiges für Springerstellen in den Schulsekretariaten (1 T 9,75, 1 T 29,25). Durch die Überführung weiterer Grundschulen in Ganztagsschulen im Rahmen der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung wird die Zahl der Grundschulen mit einer entsprechenden Stundenausstattung steigen.
50	**13,75**	2,75 Stellenschaffungen in der Stelle 50.22 Koordination Unterbringung, zentrale Wohnstandorte für Flüchtlinge im Zusammenhang mit der Steigerung der zu betreuenden Geflüchteten insbes. aus der Ukraine für den neuen Wohnstandort Otto-von-Guericke-Straße (0,25 SGL, 1,50 Sozialarb./päd., 1,00 Unterkunftswart). 5,00 Stellenschaffungen in der Stelle 50.22 Koordination Unterbringung, zentrale Wohnstandorte für Flüchtlinge zur Betreuung der Sporthalle Naumburgstraße als Erstaufnahmeeinrichtung zur Unterbringung Geflüchteter mit kw 5)-Vermerk (2,00 Sozialarb./päd., 2,00 Unterkunftswarte, 1,00 SB Verw). 3,00 Stellenschaffungen in der Stelle 50.23 Leistungsgewährung AsylbLG/ dezentrale Wohnungen für Flüchtlinge aufgrund von erheblichen Fallzahlsteigerungen durch Flüchtlinge aus der Ukraine. Schaffung mit kw 5)-Vermerk, da zunächst nicht von einer Daueraufgabe ausgegangen wird. 3,00 Stellenschaffungen in der Stelle 50.23 Leistungsgewährung AsylbLG/ dezentrale Wohnungen für Flüchtlinge aufgrund von erheblichen Fallzahlsteigerungen durch Flüchtlinge mit Sperrvermerk

Fachbereich/ Referat	befürwortete Stellen	Kurzbegründung
51	**22,88**	1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 51.01 Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, Finanzen für die Sachbearbeitung IT-Anwendungen, u. a. für den Ausbau der IT in den Kitas (mit Sperrvermerk). 1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 51.01.4 Wirtschaftliche Erziehungshilfe aufgrund einer Zunahme des Aufgabenvolumens durch einen stetigen Zuwachs der Jugendhilfefälle. 1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 51.02 Wirtschaftliche Leistungen aufgrund einer stetigen Fallzahlerhöhung. 0,50 Stellenschaffungen in der Stelle 51.03 Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften, Beistandschaften aufgrund der gesetzlichen Neuregelungen zur Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts zum 01.01.2023. 3,00 Stellenschaffungen in der Abt. 51.1 Allgemeine Erziehungshilfe im Rahmen einer überarbeiteten Personalbedarfsbemessung nach INSO, auch unter Berücksichtigung der gesetzlichen Änderungen des KJSG (mit Sperrvermerk). 1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 51.16 Pflegekinderdienst im Rahmen einer überarbeiteten Personalbedarfsbemessung nach INSO, auch unter Berücksichtigung der gesetzlichen Änderungen des KJSG (mit Sperrvermerk). 1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 51.22.1 Eingliederungshilfe SGB VIII im Rahmen einer überarbeiteten Personalbedarfsbemessung nach INSO, auch unter Berücksichtigung der gesetzlichen Änderungen des KJSG (mit Sperrvermerk). 1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 51.22.2 Eingliederungshilfe SGB IX im Rahmen einer überarbeiteten Personalbedarfsbemessung nach INSO, auch unter Berücksichtigung der gesetzlichen Änderungen des KJSG. 1,64 Stellenschaffungen in der Stelle 51.30 Innendienst Kindertagesstätten für einen Mehrbedarf beim pädagogischen Personal im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 29.03.2022 (DS 22-17959). 0,12 Stellenschaffungen in der Stelle 51.30 Innendienst Kindertagesstätten für einen Mehrbedarf beim Personal im Hauswirtschaftsbereich im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 29.03.2022 (DS 22-17959). 2,07 Stellenschaffungen in der Stelle 51.30 Innendienst Kindertagesstätten zur Anpassung der Personalausfallreserve für die berufsbegleitende Ausbildung zur Erzieher*in (mit kw 2025 Vermerk). 0,27 Stellenschaffungen in der Stelle 51.30 Innendienst Kindertagesstätten zur Anpassung der Personalausfallreserve für das berufsbegleitende Studium zur Sozialarb./-pädagogin/zum Sozialarb./-pädagogen (mit kw 2027 Vermerk). 0,23 Stellenschaffungen in der Stelle 51.33 Kindertagesstätten im Zusammenhang mit dem Aufgabenzuwachs durch die Ausweitung der Betreuungsangebote in den städtischen Kindertagesstätten, dadurch Mehrbedarf bei der Stellenleitung. 0,27 Stellenschaffungen in der Stelle 51.40 Verwaltung, Kinder- und Jugendzeltplatz Lenste zur Anpassung der Personalausfallreserve für das berufsbegleitende Studium zur Sozialarb./-pädagogin/zum Sozialarb./-pädagogen (mit kw 2027 Vermerk). 0,50 Stellenschaffungen in der Stelle 51.42 Jugendfreizeiteinrichtungen, 51.4231 Rautheim, aufgrund stark angestiegener Besucherzahlen durch die Entstehung von Neubaugebieten im Einzugsgebiet des Kinder- und Jugendzentrums Rautheim. 0,50 Stellenschaffungen in der Stelle 51.42 Jugendfreizeiteinrichtungen, 51.4266 Waggum, aufgrund stark angestiegener Besucherzahlen durch die Entstehung von Neubaugebieten im Einzugsgebiet des Kinder- und Jugendzentrums Waggum. 2,63 Stellenschaffungen in der Stelle 51.43 Schulkindbetreuung für die Einrichtung weiterer Betreuungsgruppen aufgrund der Einführung des Ganztagsbetriebs an der Grundschule Ilmenaustraße gem. Ratsbeschluss vom 29.03.2022 (DS 22-17959). 1,15 Stellenschaffungen in der Stelle 51.43 Schulkindbetreuung für einen Mehrbedarf aufgrund der Erweiterung des Angebots in der Schulkindbetreuung gem. Ratsbeschluss vom 16.02.2021 (DS 20-14846). 4,00 Stellenschaffungen in der Stelle 51.44 Jugendsozialarbeit für den Mehrbedarf aus dem "Rahmenkonzept Kommunale Schulsozialarbeit" gem. Ratsbeschluss DS 21-15292 Nr. 1 (mit Sperrvermerk).
60	**4,00**	1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 60.01 Verwaltung und Rechtsverfahren zur Sicherstellung der erforderlichen Baukontrollen. 1,00 Stellenschaffungen in der Abt. 60.1 Zentrale Vergabestelle für juristische Beratungsleistungen bei VgV-Verfahren. Es werden dadurch Kosten für externe juristische Beratungen eingespart. 1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 60.11 VOL-Vergaben aufgrund eines Mehrbedarfs im Bereich der Liefer- und Dienstleistungen durch die Zentrale Vergabestelle (ZVS). 1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 60.12 VOB-Vergaben aufgrund eines Mehrbedarfs im Bereich Hochbaumaßnahmen.

Fachbereich/ Referat	befürwortete Stellen	Kurzbegründung
61	**7,50**	1,00 Stellenschaffungen im FB 61 Stadtplanung und Geoinformation für die Koordination einer neu zu gründenden Stabsstelle zur Steuerung des gesamten Prozesses der Baulandschaffung und -mobilisierung (Baulandmodell, DS 22-19055). 0,50 Stellenschaffungen im FB 61 Stadtplanung und Geoinformation für den Prozess der Baulandschaffung und -mobilisierung (Baulandmodell, DS 22-19055). 1,00 Stellenschaffungen in der Abt. 61.1 Stadtplanung zur Erarbeitung baugebiets-bezogener Vergabekonzepte (Baulandmodell, (DS 22-19055). 1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 61.14 Städtebauliche Verträge und Grundstücks-wertermittlung für städtebauliche Kalkulationen (Baulandmodell, DS 22-19055). 1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 61.31 Entwicklungs- und Standortplanung für die Strategie- und Programmentwicklung als Grundlagenarbeit für die weitere Baulandentwicklung (Baulandmodell, DS 22-19055). 1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 61.31 Entwicklungs- und Standortplanung für die Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes (FNP) gem. Ratsbeschluss (DS 19-11797). 2,00 Stellenschaffungen in der Stelle 61.32 Sonderprojekte der Stadtentwicklung für das Integrierte Klimaschutzkonzept 2.0 (IKSK 2.0, DS 22-18957), zur Umsetzung energetischer Quartierskonzepte sowie Anbringung eines kw 3)-Vermerkes im Hinblick auf die Fördermöglichkeiten durch das KfW-Programm 432 (Energetische Stadtsanierung).
65	**7,49**	1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 65.11 Flächen- und Portfoliomanagement aufgrund des Integrierten Klimaschutzkonzepts 2.0 (IKSK 2.0) für die technische bzw. energetische Konzeption für die Portfolioanalyse und die Wirtschaftlichkeits - betrachtung von energetischen Wirtschaftlichkeitsanalysen (DS 22-18957). 1,00 Stellenschaffungen in der Abt. 65.2 Objektmanagement und Instandsetzung aufgrund des Integrierten Klimaschutzkonzepts 2.0 (IKSK 2.0) für die Tätigkeit einer Klimaschutzmanagerin bzw. eines Klimaschutzmanagers (DS 22-18957). 1,00 Stellenschaffungen in der Abt. 65.2 Objektmanagement und Instandsetzung aufgrund des Integrierten Klimaschutzkonzepts 2.0 (IKSK 2.0) für den Bereich Heizung, Lüftung, Sanitär mit dem Schwerpunkt Wärmerückgewinnung (DS 22-18957). 4,00 Stellenschaffungen in der Stelle 65.31 Haus- und Reinigungsdienste für den Haus- und Pförtnerdienst im BC III. 0,49 Stellenschaffungen in der Stelle 65.33 Betriebshandwerklicher Dienst für Tischleraufgaben. Die Eigenerledigung bei „Kleinstaufträgen“ ist wirtschaftlicher und schneller gegenüber einer Fremdbeauftragung.
66	**6,40**	0,15 Stellenschaffungen in der Abt. 66.0 Verwaltung für einen Mehrbedarf im Bereich Personal/Organisation. Nach dem Personalaufwuchs ergibt sich rechnerisch ein Bedarf von rd. 6 Std./Woche. Beantragt wurde 1,00 Stelle, s. a. 0,85 Stellenanteile unter abgelehnte Stellenschaffungen. 1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 66.11 Gesamtverkehrsplanung zur Umsetzung des in Aufstellung befindlichen Mobilitätsentwicklungsplans (s. a. DS 22-18402). 1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 66.12 Verkehrsplanung Projekte im Zusammen-hang mit dem geplanten Baulandmodell (DS 22-19055). 0,25 Stellenschaffungen in der Stelle 66.13 Verkehrsmanagement, öffentliche Beleuchtung, Lichtsignalanlagen für den Radverkehr zur weiteren Umsetzung des Ziele- und Maßnahmenkatalogs "Radverkehr in Braunschweig“ (DS 20-13342-02), hier: Radwegbeleuchtung. 0,50 Stellenschaffungen in der Stelle 66.21 Straßenplanung für den Radverkehr zur weiteren Umsetzung des Ziele- und Maßnahmenkatalogs "Radverkehr in Braunschweig“ (DS 20-13342-02), hier: Planung von Radverkehrsanlagen. 1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 66.22 Straßenneubau für den Radverkehr zur weiteren Umsetzung des Ziele- und Maßnahmenkatalogs "Radverkehr in Braunschweig“ (DS 20-13342-02), hier: Bau von Radverkehrsanlagen. 1,00 Stellenschaffungen in der Abt. 66.3 Straßen und Brücken für den Radverkehr zur weiteren Umsetzung des Ziele- und Maßnahmenkatalogs "Radverkehr in Braunschweig“ (DS 20-13342-02), hier: Qualitätsoffensive, Abstellanlagen, andere Maßnahmen. 1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 66.31 Baubezirk Nord für die Umsetzung des Fahrbahn- und Radwegdeckenprogramms aufgrund gestiegener Unterhaltungs-mittel. 0,50 Stellenschaffungen in der Stelle 66.42 Baustellenmanagement, Schwertransporte für den Radverkehr zur weiteren Umsetzung des Ziele- und Maßnahmenkatalogs "Radverkehr in Braunschweig“ (DS 20-13342-02), hier: Verbesserung des Radverkehrs an Baustellen.

Fachbereich/ Referat	befürwortete Stellen	Kurzbegründung
67	**1,67**	**Befürwortete Stellenschaffungen:** 1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 0670.20 Sportstättenverwaltung für das Host-Town-Programm der Special Olympics 2023 (mit kw 2023 Vermerk). 0,67 Stellenschaffungen in der Stelle 67.21 SG 5 Reinigungs- und Wildkrautprojekt für eine/n Reinigungswart*in (T 26) zur Verstärkung der Reinigungswarte Saison im Reinigungsprojekt insbesondere aufgrund von Flächenzuwächsen, erhöhtem Müllaufkommen und einer erhöhten Anzahl von Abfallbehälterleerungen.
68	**4,38**	**Befürwortete Stellenschaffungen:** 0,13 Stellenschaffungen (T 5) in der Stelle 68.11 Naturschutz für die Funktion der Stadttaubenbeauftragten bzw. des Stadttaubenbeauftragten (Ratsentscheidung vom 24.04.2022 gem. DS 22-18277). 0,50 Stellenschaffungen in der Stelle 68.11 Naturschutz für die naturschutzfachliche Begleitung im Rahmen der Baulandentwicklung (DS 22-19055). 0,50 Stellenschaffungen in der Stelle 68.12 Abfallrecht, Immissionsschutz für die immissionsschutzfachliche Begleitung im Rahmen der Baulandentwicklung (DS 22-19055). 0,50 Stellenschaffungen in der Abt. 68.2 Gewässer- und Bodenschutz für die Altlast- und Kampfmittelbegleitung im Rahmen der Baulandentwicklung (DS 22-19055). 2,75 Stellenschaffungen in der Abt. 68.3 Umweltplanung und Umweltdaten aufgrund des Integrierten Klimaschutzkonzepts 2.0 (IKSK 2.0) für die Aufgaben: Suffizienz und Nachhaltigkeit, zur fachlichen Verbindung zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Klimaschutz und zur Stärkung der Klimaschutzbildung an Schulen und Kitas sowie zur Etablierung guter Beteiligungsformate und Kampagnen zum Klimaschutz (DS 22-18957).
Summe:	**96,07**	

- Neue Stellen - - Vorlage vom Februar 2023 zum Stellenplan 2023 -

Fachbereich/ Referat	befürwortete Stellen	Kurzbegründung
Übertrag:	**96,07**	
0100	**0,50**	0,50 Stellenschaffungen in der Stelle 0100.20 Repräsentationen/Internationale Beziehungen aufgrund eines Mehrbedarfs im Bereich der Städtepartnerschaften, insbesondere durch die Aufnahme einer Solidaritätspartnerschaft mit einer ukrainischen Stadt und eine Städtepartnerschaft mit einer südafrikanischen Stadt.
0617	**1,50**	0,50 Stellenschaffungen im Ref. 0617 Stadtgrün-Planung und Bau für die Grünordnungsplanung (Ausgleich und Ersatz) bei der Umsetzung des Baulandmodells Gewerbe. 1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 0617.10 Objektplanung und Baudurchführung zur Begleitung des Stadtbahnprojekts.
10	**4,72**	0,25 Stellenschaffungen in der Stelle 10.01 Haushalt, Controlling, Poststelle für einen befristeten Mehrbedarf aus personalwirtschaftlichen Gründen. 0,30 Stellenschaffungen in der Stelle 10.13 Personalkostenabrechnung für einen Mehraufwand im Bereich Arbeitsschutz und betrieblicher Gesundheitsschutz (T 12). 0,17 Stellenschaffungen in der Stelle 10.13 SG 1 Beamtenbezüge im Bereich „Zentrale Aufgaben, Registratur“ für einen Mehrbedarf aufgrund der deutlich gestiegenen Fallzahlen bei den Krank- und Gesundmeldungen. 0,75 Stellenschaffungen in der Stelle 10.13 SG 2 Tarifentgelte aufgrund eines Mehrbedarfs durch komplexere Änderungen im Sozialversicherungsrecht und durch neue Tarifverträge und neue Zulagen sowie die Einführung des gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrens zur elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (eAU) zum 01.01.2023. Stellenschaffung mit Sperrvermerk. 0,25 Stellenschaffungen in der Stelle 10.21 Personalwirtschaft aufgrund der Fallzahlentwicklung bei den städtischen Stellenausschreibungen. 1,00 Stellenschaffungen in der Abt. 10.4 Informations- und Kommunikationstechnologie für die Aufgabe „IT-Sicherheit“ wegen der gestiegenen Sicherheitsanforderungen. 1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 10.40 IuK-Konzeption und -Steuerung, Internet aufgrund der gesetzlichen Verpflichtung, die städtischen Internetseiten und die Onlinezugänge für Anträge barrierefrei umzusetzen. 1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 10.44 AG 3 Hardware für einen Mehrbedarf aufgrund gestiegener Fallzahlen durch die Zunahme von IT-Arbeitsplätzen als Folge der Stellenschaffungen sowie die im Rahmen der Ausweitung der Telearbeit und des mobilen Arbeitens zusätzlich zu beschaffende und zu betreuende IT-Ausstattung.
20	**2,21**	1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 20.32 Grundbesitzabgaben, Hundesteuer, Zweitwohnungssteuer aufgrund gestiegener Fallzahlen bei der Zweitwohnungssteuer (mit Sperrvermerk). 0,38 Stellenschaffungen in der Stelle 20.32 Grundbesitzabgaben, Hundesteuer, Zweitwohnungssteuer aufgrund gestiegener Fallzahlen im Bereich Hundesteuer und Grundsteuer. 0,83 Stellenschaffungen in der Stelle 20.43 Vollstreckung (T 33) für die Ausweitung des gebührenpflichtigen Parkens innerhalb der Okerumflut (Zone 1). Aufgrund der zu erwartenden Mehreinnahmen stellt sich das Vorhaben als wirtschaftlich dar und trägt somit zur Haushaltsoptimierung bei. Mit Beschluss der Haushaltssatzung 2021 (DS 21-15506) hatte der Rat den Haushaltsoptimierungsvorschlag 115 „Erweiterung der Fläche des gebührenpflichtigen Parkraums“ beschlossen.

Fachbereich/ Referat	befürwortete Stellen	Kurzbegründung
32	**14,50**	3,50 Stellenschaffungen in der Stelle 32.21 Verwarnungen, Bußgelder ruhender Verkehr für die Ausweitung des gebührenpflichtigen Parkens innerhalb der Okerumflut (Zone 1), 6,00 Halbtagsstellen für Parkraumüberwachende und 1,00 Halbtagsstelle im Innendienst. Aufgrund der zu erwartenden Mehreinnahmen stellt sich das Vorhaben als wirtschaftlich dar und trägt somit zur Haushaltsoptimierung bei. Mit Beschluss der Haushaltssatzung 2021 (DS 21-15506) hatte der Rat den Haushaltsoptimierungsvorschlag 115 „Erweiterung der Fläche des gebühren-pflichtigen Parkraums“ beschlossen. 1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 32.41/4 AG 4 IT-Anwendungen für die IT-Betreuung. 6,00 Stellenschaffungen in der Stelle 32.42 SG 1 Allgemeine Ausländerangelegen-heiten aufgrund gestiegener Fallzahlen. 2,50 Stellenschaffungen in der Stelle 32.42 SG 1 Allgemeine Ausländerangelegen-heiten aufgrund gestiegener Fallzahlen durch Ukraine Flüchtlinge mit kw 5)-Vermerk. 0,50 Stellenschaffungen in der Abt. 32.5 Veterinärwesen, Verbraucherschutz aufgrund von Fallzahlsteigerungen im Bereich der Verwaltungsaufgaben (Abrechnung Gebührenbescheide, Änderungen Verbraucherinformationsschutzgesetz). 1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 32.6.2 SG 2 Geburten- und Sterberegister, Personenstandsurkunden aufgrund der gesetzlich vorgeschriebenen Digitalisierung von Altdaten aufgrund des 3. Personenstandsrecht-Änderungs-gesetzes. 1,00 weitere Stellenschaffung wird zum Stellenplan 2024 befürwortet (mit Sperrvermerk).
37	**3,48**	0,50 Stellenschaffungen in der Stelle 37.02 Finanzen für die Rettungsdienstabrechnung aufgrund gestiegener Fallzahlen mit Sperrvermerk, da der Bedarf bisher durch Personal der Hilfsorganisationen abgedeckt wurde und noch nicht feststeht, ob die Aufgabenwahrnehmung dauerhaft auf die Stadt übergeht. Die Personalkosten werden von den Kostenträgern (Krankenkassen) refinanziert. 0,75 Stellenschaffungen in der Stelle 37.02 Finanzen für die Rettungsdienstabrechnung aufgrund gestiegener Fallzahlen. Die Personalkosten werden von den Kostenträgern (Krankenkassen) refinanziert. 0,23 Stellenschaffungen in der Stelle 37.23 Bevölkerungsschutz (T 9) für den Aufbau eines städtischen Zentrallagers für den Bevölkerungsschutz zur Sicherstellung der materiellen Einsatzbereitschaft im Katastrophen-/Krisenfall. 1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 37.31 Ausbildung für die Wachausbildung im Rettungsdienst aufgrund der zunehmenden Komplexität der Rettungsdienst-ausbildung und der vom TÜV im Rahmen der Auditierung des Rettungsdienstes festgestellten Bedarfs zur Verbesserung der Pflichtfortbildungen. 1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 37.32 Technik für die Aufgabe „Wartung der Atemschutzgeräte“ und „Lagerverwaltung“. Der Stellenbedarf ist vom Organisationsgutachten gedeckt.
40	**1,79**	0,23 Stellenschaffungen in der Stelle 40.22 Medienentwicklungsplanung entsprechend der Aufgabenentwicklung (DS 23-20358). 1,56 Stellenschaffungen in der Abt. 40.8 Schulen für Stundenaufstockungen bei den Schulsekretär*innen nach Neuberechnung aufgrund des Schülerschlüssels.
50	**35,00**	1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 50.12 Wohnhilfen zur Unterstützung von Menschen, die sich aufgrund von Energiepreissteigerungen in finanzieller Notlage befinden (Härtefallfonds). 2,00 Stellenschaffungen in der Stelle 50.13 Seniorenbüro aufgrund eines höheren Aufwands durch die Reform des Betreuungsrechts zum 01.01.2023 (mit Sperrvermerk). 27,00 Stellenschaffungen in der Stelle 50.14 Wohngeld, Bildungs- und Teilhabepaket für einen Mehrbedarf bei der Wohngeldbearbeitung aufgrund der Wohngeld-reform zum 1. Januar 2023 (3. Entlastungspaket), teilweise Schaffung mit Sperrvermerk. 1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 50.22 Koordination Unterbringung, zentrale Wohnstandorte für Flüchtlinge im Zusammenhang mit der Steigerung der zu betreuenden Geflüchteten insbes. aus der Ukraine an den derzeitigen und perspektivisch zu betreibenden zusätzlichen Wohnstandorten mit kw 5)-Vermerk (1,00 Koordination). 2,00 Stellenschaffungen in der Stelle 50.22 Koordination Unterbringung, zentrale Wohnstandorte für Flüchtlinge im Zusammenhang mit der Steigerung der zu betreuenden Geflüchteten insbes. aus der Ukraine an den derzeitigen und perspektivisch zu betreibenden zusätzlichen Wohnstandorten mit kw 5)-Vermerk (2,00 SB Verw.). 2,00 Stellenschaffungen in der Stelle 50.40 Verwaltung, Ordnungsbehördliche Aufgaben, Heimaufsicht im Zusammenhang mit dem Konzept für die 24-Stunden-Erreichbarkeit zur Wahrnehmung der Vollzugsaufgaben nach NPsychKG.

Fachbereich/ Referat	befürwortete Stellen	Kurzbegründung
51	**26,09**	6,00 Stellenschaffungen in der Abt. 51.1 Allgemeine Erziehungshilfe im Rahmen einer überarbeiteten Personalbedarfsbemessung nach INSO, auch unter Berücksichtigung der gesetzlichen Änderungen des KJSG (mit Sperrvermerk). 1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 51.22.1 Eingliederungshilfe SGB VIII für eine Sachgebietsleitung zur Entlastung der Stellenleitung und zur Sicherstellung der Kinderschutzverpflichtungen (INSO-Gutachten liegt vor). 8,21 Stellenschaffungen in der Stelle 51.30 Innendienst Kindertagesstätten zur Anpassung der Personalausfallreserve aufgrund gestiegener Fehlzeitenquote. 4,11 Stellenschaffungen in der Stelle 51.30 Innendienst Kindertagesstätten zur Anpassung der Ausfallreserve aufgrund der Neuregelungen im Tarifabschluss Sozial- und Erziehungsdienst (SuE). 1,81 Stellenschaffungen in der Stelle 51.30 Innendienst Kindertagesstätten für einen Mehrbedarf beim pädagogischen Personal im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. voraussichtlichem Ratsbeschluss am 21.03.2023 (DS 23-20577). 0,11 Stellenschaffungen in der Stelle 51.30 Innendienst Kindertagesstätten für einen Mehrbedarf beim Personal im Hauswirtschaftsbereich im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. voraussichtlichem Ratsbeschluss am 21.03.2023 (DS 23-20577). 1,38 Stellenschaffungen in der Stelle 51.43 Schulkindbetreuung aufgrund der aktualisierten Berechnung der Ausfallreserve durch den Ausbau der Schulkindbetreuung. 0,23 Stellenschaffungen in der Stelle 51.43 Schulkindbetreuung zur Anpassung der Ausfallreserve aufgrund der Neuregelungen im Tarifabschluss Sozial- und Erziehungsdienst (SuE). 0,50 Stellenschaffungen in der Stelle 51.43 Schulkindbetreuung für die Schulsozialarbeit in der Grundschule Altmühlstraße aufgrund des gestiegenen Bedarfs für sozialarbeiterische Betreuung. 2,74 Stellenschaffungen in der Stelle 51.43 Schulkindbetreuung für einen Mehrbedarf beim pädagogischen Personal im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Schulkindbereich gem. voraussichtlichem Ratsbeschluss am 21.03.2023 (DS 23-20577).
61	**4,50**	1,00 Stellenschaffungen im FB 61 Stadtplanung und Geoinformation für die Prozesssteuerung des Baulandmodells Gewerbe. 0,50 Stellenschaffungen in der Abt. 61.0 Verwaltung, AG 1 Haushalt, Controlling, IT für die Unterstützung der IT-Anwendungen. 1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 61.11 Städtebauliche Planung – Bezirk I zur Bearbeitung hochwertiger und komplexer Planvorhaben in hochverdichteten Stadtbereichen. 1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 61.12 Städtebauliche Planung – Bezirk II zur Schaffung von Wohnraum für die Bearbeitung von Bebauungsplanverfahren. 1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 61.31 Entwicklungs- und Standortplanung zur Erarbeitung eines Strategie- und Handlungsprogramms für das Baulandmodell Gewerbe.
67	**3,00**	0,50 Stellenschaffungen in der Abt. 67.0 Verwaltung und Kleingartenwesen für den Bereich „Arbeits- und Gesundheitsschutz“. 0,50 Stellenschaffungen in der Stelle 67.02 Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten für die Aufgabe „Personal“. Zur Kompensation fällt eine 0,50 Stelle weg. 1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 67.21 Grünflächenmanagement für eine/n Gärtnermeister*in für einen neuen Bezirk. 1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 67.21.2 SG 2 Bezirk II für eine/n Schlepperfahrer*in im Revier Gartenstadt aufgrund der geänderten Wetterverhältnisse und der dadurch erforderlichen ausgedehnten Bewässerungszeiten. Diese neue Stelle steht im Kontext „Baumbewässerung“ mit dem Fraktionsantrag SP 230 aus dem Stellenplan 2021.
Summe:	**193,36**	

- Neue Stellen -

Veränderungen aus der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung am 2. März 2023 zum Stellenplan 2023

Fachbereich/ Referat	befürwortete Stellen	Kurzbegründung
Übertrag:	**193,36**	
40	0,50	0,50 Stellenschaffungen in der Stelle 40.32 Bildungsbüro für ein Förderprojekt zur vielfältigen demokratischen politischen Bildung der Braunschweiger Schüler*innen (mit kw 2025)-Vermerk).
41	1,00	1,00 Stellenschaffungen im Fachbereich 41 Kultur und Wissenschaft für die Koordination des Kultur-entwicklungsprozesses (KultEP).
51	2,50	2,50 Stellenschaffungen in der Stelle 51.41 Kinder- und Jugendarbeit für die Einrichtung eines Jugendbüros und Gründung eines Jugendparlamentes (mit kw 4)-Vermerk und Sperrvermerk).
67	1,00	1,00 Stellenschaffungen im Fachbereich 67 Stadtgrün und Sport im Referat 0670 Sportreferat für eine sportpädagogische Fachkraft.
Summe:	**198,36**	

- Wegfallende Stellen - - Vorlage Verwaltungsentwurf vom September 2022 zum Stellenplan 2023 -

Fachbereich/ Referat	Anzahl der wegfallenden Stellen	Anzahl der von FB 10 vorgeschlagenen Stellenwegfälle	Kurzbegründung
VIII	1,00		1,00 Stellenwegfälle durch Realisierung des kw 5)-Vermerks nachdem die Bewerbung der Stadt Braunschweig für das EU-Förderprogramm „100 klimaneutrale Städte bis 2030“ nicht erfolgreich war.
01	2,00		1,00 Stellenwegfälle im Referat 0120 Stadtentwicklung, Statistik, Vorhabenplanung durch Realisierung eines kw 2022)-Vermerks. 1,00 Stellenwegfälle in der Stelle 0120.20 Wahlen durch Realisierung eines kw 1)-Vermerks.
37	0,26		0,26 Stellenwegfälle im Fachbereich 37 durch Realisierung eines kw 2022)-Vermerks nach Ende des Projektes „SIRENE“.
50	1,50		0,50 Stellenwegfälle in der Stelle 50.33 SG 1 Information und Erstberatung durch Realisierung des kw 1)-Vermerks. 1,00 Stellenwegfälle in der Stelle 50.35 Rechtsangelegenheiten durch Realisierung des kw 1)-Vermerks.
51	1,13		1,13 Stellenwegfälle in der Stelle 51.30 Innendienst Kindertagesstätten durch Realisierung des kw 2022)-Vermerkes bei der Personalausfallreserve für die berufsbegleitende Ausbildung (Kinderpfleger*in) nach Beendigung der Ausbildung.
Summe:	**5,89**		

Hinweis: Stellenbruchteile sind unter Nutzung des verbesserten Technikeinsatzes mit Dezimalwerten dargestellt. Dies ermöglicht eine genaue kostenmäßige Zuordnung.

- Wegfallende Stellen - - Vorlage vom Februar 2023 zum Stellenplan 2023 -

Fachbereich/ Referat	Anzahl der wegfallenden Stellen	Anzahl der von FB 10 vorgeschlagenen Stellenwegfälle	Kurzbegründung
Übertrag:	**5,89**		
0413	0,65		0,65 Stellenwegfälle im Ref. 0413 Städtisches Museum durch Realisierung des kw 4)-Vermerks nach Auslaufen der Förderung.
20	2,00		1,00 Stellenwegfälle im FB 20 Finanzen durch Realisierung eines kw 2022)-Vermerks. 1,00 Stellenwegfälle in der Stelle 20.41 SG 2 Kreditoren durch Realisierung eines kw 1)-Vermerks.
50	3,02		0,25 Stellenwegfälle in der Stelle 50.12 Wohnhilfen durch Realisierung des kw 1)-Vermerks. 0,77 Stellenwegfälle in der Stelle 50.12 Wohnhilfen durch Realisierung des kw 3)-Vermerks. 1,00 Stellenwegfälle in der Stelle 50.14 AG 1 Bildungs- und Teilhabepaket durch Realisierung des kw 1)-Vermerks. 1,00 Stellenwegfälle in der Stelle 50.33 SG 1 Information und Erstberatung durch Realisierung des kw 1)-Vermerks.
51	1,10		0,50 Stellenwegfälle in der Stelle 51.22.2 Eingliederungshilfe SGB IX aus personalwirtschaftlichen Gründen. 0,56 Stellenwegfälle in der Stelle 51.32 Kindertagesstätten beim pädagogischen Personal in der Kita Karlstraße im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. voraussichtlichem Ratsbeschluss am 21.03.2023 (DS 23-20577). 0,04 Stellenwegfälle in der Stelle 51.32 Kindertagesstätten beim Personal im Hauswirtschafts-bereich in der Kita Karlstraße im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. voraussichtlichem Ratsbeschluss am 21.03.2023 (DS 23-20577).
66	1,00		1,00 Stellenwegfälle in der Abt. 66.3 Straßen und Brücken nach Beendigung des Ausbaus der Dynamischen Fahrgastinformationen (DFI) zusammen mit der BSVG.
67	1,00		0,50 Stellenwegfälle in der Abt. 67.0 Verwaltung und Kleingartenwesen als Kompensation für eine 0,50 Stellenschaffung für die Aufgabe „Personal“. 0,50 Stellenwegfälle in der Stelle 67.22 SG 1 Konzeption und Planung durch Realisierung des kw 1)-Vermerks.
96	3,00		3,00 Stellenwegfälle im Jobcenter in Anpassung an die Aufgabenentwicklung.
Summe:	**17,66**		

Hinweis: Stellenbruchteile sind unter Nutzung des verbesserten Technikeinsatzes mit Dezimalwerten dargestellt. Dies ermöglicht eine genaue kostenmäßige Zuordnung.

Übersicht über die Stellenplanveränderungen in den einzelnen Verwaltungen

	Stellenplan 2022			Veränderungen			Stellenplan 2023		
	Beamte	Beschäftigte	Gesamt	Beamte	Beschäftigte	Gesamt	Beamte	Beschäftigte	Gesamt
1 - Allgemeine Verwaltung	159,38	127,86	287,24	3,55	4,67	8,22	162,93	132,52	295,45
2 - Finanzverwaltung *)	106,99	32,35	139,33	2,20	-1,00	1,20	109,19	31,35	140,53
3 - Rechts-, Sicherheits-, und Ordnungsverwaltung	580,17	139,13	719,30	19,50	11,23	30,73	599,67	150,36	750,03
4 - Schul- und Kulturverwaltung	72,38	239,10	311,48	-2,00	8,14	6,14	70,38	247,24	317,62
5 - Sozial- und Gesundheits-verwaltung	254,81	1013,23	1268,04	31,75	63,24	94,99	286,56	1076,46	1363,02
6 - Bauverwaltung **)	154,72	601,67	756,39	14,90	17,04	31,94	169,62	618,72	788,34
8 - Verwaltung für Wirtschaft und Verkehr	3,75	2,00	5,75				3,75	2,00	5,75
Personalvertretung	2,88	15,00	17,88	-1,00	1,00		1,88	16,00	17,88
Städtische Dienstkräfte des Jobcenters Braunschweig	37,50	53,75	91,25	-1,00	-2,00	-3,00	36,50	51,75	88,25
Summe 1	1.372,58	2.224,09	3.596,66	67,90	102,32	170,22	1.440,48	2.326,40	3.766,88
Nachrichtlich Stellenübersicht Referat 0650 Stellenübersicht Fachbereich 65 (Beamtenstellen s. EV 6 Bauverwaltung)		48,77 258,83	48,77 258,83		4,00 4,49	4,00 4,49		52,77 263,32	52,77 263,32
Summe 2		307,60	307,60		8,49	8,49		316,09	316,09
Nachrichtlich Stellenübersicht SR Abfallwirtschaft (Beamtenstellen s. EV 2 Finanzen und EV 6 Bauverwaltung)		3,50	3,50		0,50	0,50		4,00	4,00
Summe 3		3,50	3,50		0,50	0,50		4,00	4,00
Nachrichtlich: Stellenübersicht SR Stadtentwässerung (Beamtenstellen s. EV 2 Finanzen und EV 6 Bauverwaltung)		5,50	5,50		1,50	1,50		7,00	7,00
Summe 4		5,50	5,50		1,50	1,50		7,00	7,00
Summe 5 (Summe 1 bis 4, aktive Stellen)	**1.372,58**	**2.540,69**	**3.913,26**	**67,90**	**112,80**	**180,70**	**1.440,48**	**2.653,49**	**4.093,97**
Nachrichtlich: Stellenreserve		113,00	113,00		-1,00	-1,00		112,00	112,00
Leer- und Ausbildungsstellen	116,75	88,00	204,75	-8,00	-10,00	-18,00	108,75	78,00	186,75
Altersteilzeit		29,00	29,00		-4,00	-4,00		25,00	25,00
zugewiesene Dienstkräfte	4,00	7,23	11,23	-1,00	-3,50	-4,50	3,00	3,73	6,73
Summe 6	120,75	237,23	357,98	-9,00	-18,50	-27,50	111,75	218,73	330,48
Summe 5 und 6	1.493,33	2.777,92	4.271,24	58,90	94,30	153,20	1.552,23	2.872,22	4.424,45

*) einschließlich Beamte der Sonderrechnungen Abfallwirtschaft und Stadtentwässerung
**) einschließlich Beamte der Sonderrechnungen des Ref. 0650 Hochbau, FB 65 Gebäudemanagement, Abfallwirtschaft und Stadtentwässerung

Veränderungen innerhalb der einzelnen Organisationseinheiten mit Begründungen

Inhaltsverzeichnis

Organisationseinheit	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr (Seiten)
VIII Umwelt-, Stadtgrün-, Sport- und Hochbaudezernat	2 - 3
0100 Büro des Oberbürgermeisters	4 - 5
0110 Digitalisierung, Smart-City	6 - 7
0412 Stadtbibliothek	8 - 9
0413 Städtisches Museum	10 - 11
0414 Stadtarchiv	12 - 13
0500 Sozialreferat	14 - 15
0600 Baureferat	16 - 17
0610 Stadtbild und Denkmalpflege	18 - 19
0617 Grün- und Freiraumplanung	20 - 21
0650 Hochbau	22 - 23
0660 Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft	24 - 25
0800 Stabsstelle Wirtschaftsdezernat	26 - 27
01 Dezernatsplanung, Recht und Stadtbezirksräte	28 - 29
10 Zentrale Dienste	30 - 33
20 Finanzen	34 - 37
32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit	38 - 43
37 Feuerwehr	44 - 49
40 Schule	50 - 59
41 Kultur und Wissenschaft	60 - 61
50 Soziales und Gesundheit	62 - 71
51 Kinder, Jugend und Familie	72 - 85
60 Bauordnung und Zentrale Vergabestelle	86 - 87
61 Stadtplanung und Geoinformation	88 - 91
65 Gebäudemanagement	92 - 93
66 Tiefbau und Verkehr	94 - 97
67 Stadtgrün und Sport	98 - 101
68 Umwelt	102 - 103
91 Stellenreserve für die Gesamtverwaltung	104 - 105
92 Leerstellen	106 - 107
94 Freigestellte Mitglieder der Personalvertretung	108 - 109
95 Zuweisung von Dienstkräften	110 - 111
96 Städtische Dienstkräfte des Jobcenters Braunschweig	112 - 113
98 Stellen im Zusammenhang mit der Altersteilzeit	114 - 115

Fachbereich 10
1022 118 3

VIII Umwelt-, Stadtgrün-, Sport- und Hochbaudezernat

Stellenplan 2023

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		VIII Umwelt-, Stadtgrün-, Sport- und Hochbaudezernat						
06696	001-8000	Wiss. Sachbearbeiter/in Projekt „100 klimaneutrale Städte“		- 1 E 13 kw 5) Sp*)				

VIII Umwelt-, Stadtgrün-, Sport- und Hochbaudezernat

Nr. 06696	Stellenwegfall durch Realisierung des kw 5)-Vermerks nachdem die Bewerbung der Stadt Braunschweig für das EU-Förderprogramm „100 klimaneutrale Städte bis 2030“ nicht erfolgreich war.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		0100 Büro des Oberbürgermeisters						
		0101 Ratsangelegenheiten, Grundsatzangelegenheiten						
04967	010-0000	**bisher:** Sachbearbeiter/in **künftig:** Referatsleiter/in	1 A 12			1 A 15		
01354	010-0000	Pers. Referent/in	1 E 11			1 E 12		
		0101.10 Ratsangelegenheiten						
00108	010-1000	Sachbearbeiter/in IT	1 A 12	1 A 11				
		0100.20 Repräsentationen/ Internationale Beziehungen						
neu	010-2000	Sachbearbeiter/in Städtepartnerschaften				+ 1 A 11 T 20		
		0130 Kommunikation						
neu	013-0000	Sachbearbeiter/in Social Media/ Onlinekommunikation		+ 1 E 11 T 19,5				

0100 Büro des Oberbürgermeisters

0101 Ratsangelegenheiten, Grundsatzangelegenheiten

Nr. 04967	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.
Nr. 01354	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.

0101.10 Ratsangelegenheiten

Nr. 00108	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.

0100.20 Repräsentationen/ Internationale Beziehungen

Nr. neu	Stellenschaffung aufgrund eines Mehrbedarfs im Bereich der Städtepartnerschaften, insbesondere durch die Aufnahme einer Solidaritätspartnerschaft mit einer ukrainischen Stadt, die sowohl zeitnah konkrete Fördermaßnahmen und -projekte, aber auch langfristige Unterstützungsmaßnahmen erfordert und mit einem hohen personellen Einsatz zu betreuen ist. Darüber hinaus soll eine Städtepartnerschaft mit einer südafrikanischen Stadt eingegangen werden.

0130 Kommunikation

Nr. neu	Stellenschaffung aufgrund eines Mehrbedarfs im Bereich „Social Media/Onlinekommunikation“. Der Aufwand für die Betreuung der Social-Media-Kanäle hat sich in den vergangen Jahren insbesondere durch die Ergänzung des Auftritts und die stete Ausweitung der Followerschaft bei Instagram sowie einem erhöhten direkten Kommunikationsbedarf mit einem notwendigen Kommentar-Controlling erhöht.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		0110 Digitalisierung, Smart-City						
06583	110-0000	Sachbearbeiter/in Digitalisierung, Smart City, Fördermittel, stellv. Stabs-stellenleitung	1 A 12			1 E 12		

0110 Digitalisierung, Smart-City

Nr. 06583	Stellenausweisung entsprechend der tatsächlichen Besetzung.

Stellenplan 2023

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		0412 Stadtbibliothek						
04560	410-0012	Sachbearbeiter/in Haushalts.- und Mahnwesen, Verwaltung	1 A 7	1 A 7 T 20 1 A 7 T 20 kw 5)				
		0412.10 AG 1 Lektorat						
01391	410-2200	Sachbearbeiter/in Lektorate, aufsichts- und Infodienste	1 E 9a	1 E 9a kw 5)				
		0412.20 Infodienste						
01330	410-2212	Dipl.-Bibliothekar/in	1 A 11			1 A 10		
		0412.21 Ausleihe						
01339	410-2211	Sachbearbeiter/in Ausleihe	1 E 5 T 587,28	1 E 5 T 528,78 1 E 5 T 58,5 kw 5)				
		0412.30 AG 1 Werkstatt						
01372	410-2240	Buchbinderhelfer/in	1 E 5 ku1) E 3	1 E 3 T 19,5 1 E 3 T 19,5 kw 5)				

0412 Stadtbibliothek

Nr. 04560	Anbringen eines kw 5)-Vermerks im Zusammenhang mit der im Rahmen des Haushaltsoptimierungsprozesses beschlossenen Einführung der RFID-Technik. (IV 0412 Stadtbibliothek V009)

0412.10 AG 1 Lektorat

Nr. 01391	Anbringen eines kw 5)-Vermerks im Zusammenhang mit der im Rahmen des Haushaltsoptimierungsprozesses beschlossenen Einführung der RFID-Technik. (IV 0412 Stadtbibliothek V009)

0412.20 Infodienste

Nr. 01330	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.

0412.21 Ausleihe

Nr. 01339	Anbringen eines kw 5)-Vermerks im Umfang von 58,5 Stunden im Zusammenhang mit der im Rahmen des Haushaltsoptimierungsprozesses beschlossenen Einführung der RFID-Technik. (IV 0412 Stadtbibliothek V009)

0412.30 AG 1 Werkstatt

Nr. 01372	Realisierung des ku 1) -Vermerks sowie Anbringen eines kw 5)-Vermerkes im Umfang von 19,5 Stunden im Zusammenhang mit der im Rahmen des Haushaltsoptimierungsprozesses beschlossenen Einführung der RFID-Technik (IV 0412 Stadtbibliothek V009).

Fachbereich 10
1022 118 3

0413 Städtisches Museum

Stellenplan 2023

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		0413 Städtisches Museum						
		0413.20 Sammlungen/Wissenschaftliche Sachbearbeitung						
06700	410-3000	Wiss. Sachbearbeiter/in Provenienzforschung	1 E 13 T 19,5 kw 2023	1 E 13 T 19,5 kw 4)				
06342	410-3000	Wiss. Sachbearbeiter/in Provenienzforschung Kamerun-Sammlung Kurt Strümpell				- 1 E 13 T 25,35 kw 4)		

0413 Städtisches Museum
Stadtbibliothek

0413.20 Sammlungen/Wissenschaftliche Sachbearbeitung

Nr. 06700	Umwandlung des kw 2023)- Vermerks in einen kw 4)-Vermerk im Hinblick auf eine mögliche Verlängerung der Projektlaufzeit und der Drittmittelfinanzierung.
Nr. 06342	Realisierung des kw 4)-Vermerkes nach Auslaufen der Förderung.

Fachbereich 10
1022 118 3

0414 Stadtarchiv

Stellenplan 2023

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		0414 Stadtarchiv						
neu	410-4000	Wiss. Sachbearbeiter/in Historische Recherche/ Stadtgeschichte		+ 1 E 13				

0414 Stadtarchiv

Nr. neu	Stellenschaffung zur Umsetzung von Historischer Bildungsarbeit als Teil der gesetzlich bestimmten Aufgaben eines öffentlichen Archivs. Außerdem ist die dauerhafte wissenschaftliche Bearbeitung von historischen Themen (z. B. Koloniale Bezüge der Braunschweiger Geschichte, „Vernetztes Gedächtnis – Topographie der nationalsozialistischen Herrschaft in Braunschweig“, Tausendjähriges Stadtjubiläum Braunschweigs) sowie deren Präsentation vor dem Hintergrund der fortschreitenden Digitalisierung wahrzunehmen. Bewertung offen.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		0500 Sozialreferat						
03411	050-1000	Referatsleiter/in Sozial- und Jugendhilfeplanung	1 E 15			1 A 15		
06792	050-1000	Wiss. Sachbearbeiter/in Koordination der Altenhilfe- und Pflegeplanung	1 S 12	1 E 13				
05649	050-1000	Sachbearbeiter/in Verwaltungsangelegenheiten, Zuwendungen	1 A 11 T 20	1 E 9c T 19,5				

0500 Sozialreferat

Nr. 03411	Stellenausweisung für eine mögliche altersbedingte Nachbesetzung aufgrund der höheren Flexibilität im Rahmen des Doppelhaushalts.
Nr. 06792	Stellenhebung entsprechend der Bewertung. Siehe auch Mitteilung DS 22-18806 Stelle Koordination Altenhilfe- und Pflegeplanung an den AfSG vom 17.05.2022.
Nr. 05649	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.

Fachbereich 10
1022 118 3

0600 Baureferat

Stellenplan 2023

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		0600 Baureferat						
03021	060-0000	Referatsleiter/in	1 A 15			1 A 16		

0600 Baureferat

Nr. 03021	Stellenausweisung entsprechend der voraussichtlichen Bewertung.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		<u>0610 Stadtbild und Denkmal-pflege</u>						
03532	061-1000	Stellv. Referatsleiter/in	1 E 14			1 A 14		
03573	061-1000	Sachbearbeiter/in Aufgaben nach dem Denkmal-schutzgesetz (Verwaltungsan-gelegenheiten), Steuerbescheini-gungen	1 A 11 T 20			1 A 10 T 20		

0610 Stadtbild und Denkmalpflege

Nr. 03532	Stellenausweisung für eine mögliche altersbedingte Nachbesetzung aufgrund der höheren Flexibilität im Rahmen des Doppelhaushaltes.
Nr. 03573	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		0617 Grün- und Freiraum-planung						
neu	064-1000	Techn. Sachbearbeiter/in Grünordnungs- und Freiraum-entwicklungsplanung		+ 1 E 11				
neu	064-1000	Techn. Sachbearbeiter/in Ausgleich und Ersatz				+ 1 E 11 T 19,5		
05822	064-1000	Techn. Sachbearbeiter/in Grünordnungs- und Freiraum-entwicklungsplanung	1 E 11 kw 2023	1 E 11 kw 2027				
		0617.10 Objektplanung und Baudurchführung						
neu	064-2000	Techn. Sachbearbeiter/in Stadtbahnprojekt				+ 1 E 11		
01514	064-2000	Techn. Sachbearbeiter/in Neubauleitung	1 E 11			1 E 12		
06145	064-2000	Techn. Sachbearbeiter/in Neubauleitung	1 E 11			1 E 12		

0617 Grün- und Freiraumplanung

Nr. neu	Stellenschaffung für die erforderliche Bearbeitung qualitativ neuer Aufgaben in Folge des Baulandmodells (DS 22-19055).
Nr. neu	Stellenschaffung für die erforderliche Bearbeitung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (Baulandmodell Gewerbe).
Nr. 05822	Verlängerung des kw 2023)-Vermerks auf kw 2027) aufgrund der Aufgabenwahrnehmung; zum Stellenplan 2016 wurde die befristete Stelle aufgrund der gestiegenen Projektzahlen im Zusammenhang mit der Planung neuer Wohnbaulandflächen auf Grundlage des Wohnraumversorgungskonzeptes geschaffen. Der Bedarf besteht weiterhin. Über diese Stelle wird vor allem die Fortführung des Kleine-Dörfer-Weges sowie die Fortführung des Ringgleises auf originärer Trasse vorangetrieben.
0617.10 Objektplanung und Baudurchführung	
Nr. neu	Stellenschaffung zur Begleitung des Stadtbahnprojekts.
Nrn. 01514, 06145	Stellenausweisungen entsprechend der Bewertung.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		0650 Hochbau						
neu		Techn. Sachbearbeiter/in IKSK 2.0		+ 2 E 11				
		0650.30 Projektmanagement Kitas						
01800		**bisher:** Wiss. Sachbearbeiter/in **künftig:** Techn. Sachbearbeiter/in	1 A 13	1 E 11				

0650 Hochbau

Nrn. neu	Stellenschaffungen aufgrund des Integrierten Klimaschutzkonzepts 2.0 (IKSK 2.0, DS 22-18957) für die energetische Ertüchtigung der städtischen Liegenschaften.
0650.30 Projektmanagement Kitas	
Nr. 01800	Stellenumwandung entsprechend der Besetzung und der Bewertung.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		0660 Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft						
		0660.10 Stadtentwässerung						
06718	660-5100	**bisher:** Sachbearbeiter/in Grundstücksentwässerung	1 A 10					
		künftig: Techniker/in Grundstücksentwässerung				1 E 9b		
04451	660-5100	Sachbearbeiter/in Datenbanken, Allg. Verwaltungsaufgaben	1 A 8			1 A 7		
		0660.20 Abfallwirtschaft, Deponie						
neu	660-5100 (50%) 660-5200 (50%)	Techn. Sachbearbeiter/in IKSK 2.0		+ 1 E 11				
02035	660-5200	Sachbearbeiter/in Allgemeine Verwaltungsaufgaben, Abfallwirtschaft	1 A 11			1 A 10		

0660 Stadtentwässerung und Abfall-wirtschaft

0660.10 Stadtentwässerung

Nr. 06718	Stellenwertänderung entsprechend des Bedarfs und der geplanten Besetzung.
Nr. 04451	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.

0660.20 Abfallwirtschaft, Deponie

Nr. neu	Stellenschaffung für das Integrierte Klimaschutzkonzept 2.0 (IKSK 2.0) aufgrund des Bezuges von Klima- und Umweltschutz zu den Themen Abfallwirtschaft und Städtentwässerung.
Nr. 02035	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.

Fachbereich 10
1022 118 3

0800 Wirtschaftsdezernat

Stellenplan 2023

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		0800 Wirtschaftsdezernat						
06591	080-0000	Sachbearbeiter/in Koordination Breitbandausbau, Schwerpunkt Mobilfunk	1 E 12 kw 2023	1 E 12 kw 2024				

0800 Wirtschaftsdezernat

Nr. 06591	Verlängerung des kw-Vermerks, da die Stellenbesetzung erst mit einem Jahr Verzögerung realisiert werden konnte, die Aufgabenerledigung aber auf die Gesamtdauer ausgelegt ist.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		01 Dezernatsplanung, Recht und Stadtbezirksräte						
		0103 Bezirksgeschäftsstellen						
		0103.40 Bezirksgeschäftsstelle West, Broitzem						
01967	010-0103	Sachbearbeiter/in	1 A 8			1 E 8		
		0120 Stadtentwicklung, Statistik, Vorhabenplanung						
06724	012-0000	Referatsleiter/in		- 1 A 16 kw 2022				
		0120.12 Stadtentwicklung und EU-Angelegenheiten						
		0120.12 AG 1Statistik und Stadtforschung						
00129	012-1000	Sachbearbeiter/in Amtliche Statistik, Kommunal-statistik	1 A 8			1 E 8		
		0120.20 Wahlen						
06584	012-2000	Stellenleiter/in		- 1 A 12 kw 1)				

01 Dezernatsplanung, Recht und Stadtbezirksräte

0103 Bezirksgeschäftsstellen

0103.40 Bezirksgeschäftsstelle West, Broitzem

Nr. 01967	Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.

0120 Stadtentwicklung, Statistik, Vorhabenplanung

Nr. 06724	Stellenwegfall durch Realisierung des kw 2022)-Vermerks.

0120.12 Stadtentwicklung und EU-Angelegenheiten

0120.12 AG 1Statistik und Stadtforschung

Nr. 00129	Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.

0120.20 Wahlen

Nr. 06584	Stellenwegfall durch Realisierung des kw 1)-Vermerks.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		10 Zentrale Dienste						
		10.0 Verwaltung						
		10.01 Haushalt, Controlling, Poststelle						
neu	100-0010	Sachbearbeiter/in Zentrale Anzeigenvergabe				+ 1 A 8 T 10 kw 1)		
		10.01.1 Poststelle						
06727	100-0020	Sachbearbeiter/in Zentraler Postein- u. -ausgang	1 E 5 Sp*)			1 E 5		
neu	100-0020	Sachbearbeiter/in		+ 1 E 5 Sp*)				
		Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit von der Aufgabenentwicklung						
		10.02 Ideen- und Beschwerdemanagement, Bürgertelefon						
neu	100-0400	Sachbearbeiter/in		+ 2 A 7 Sp*)				
		Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit von der Aufgabenentwicklung						
		10.03 Interner Service, Schaden- und Versicherungsangelegenheiten,						
		10.03.1 SG 1 Interner Service						
neu	100-0103	Sachbearbeiter/in		+ 1 A 10 T 10				
		10.1 Personalabteilung und -kostenabrechnung						
		10.13 Personalkostenabrechnung						
neu	100-1300	Sachbearbeiter/in Arbeitsschutz, betrieblicher Gesundheitsschutz				+ 1 A 8 T 12		
		10.13 SG 1 Beamtenbezüge						
01576, 01577	100-1310	Sachbearbeiter/in Zentrale Aufgaben, Personalkosten, Zahlbarmachung, Kassenwesen	2 A 9 mD Z			2 A 9 mD		
01579	100-1310	Sachbearbeiter/in Zentrale Aufgaben, Registratur	1 E 3 T 19,5			1 E 3 T 26		

10 Zentrale Dienste

10.0 Verwaltung

10.01 Haushalt, Controlling, Poststelle

Nr. neu	Stellenschaffung für einen befristeten Mehrbedarf aus personalwirtschaftlichen Gründen. Kostenerstattung durch das Integrationsamt.

10.01.1 Poststelle

Nr. 06727	Wegfall des Sperrvermerks nach Freigabe der Stelle für die Realisierung der DMS- und Digitalisierungsmaßnahmen und der damit verbundenen Aufgabe des zentralen Einscannens der eingehenden Post.
Nr. neu	Stellenschaffung für die Zentrale Poststelle der Stadt, sukzessive zur Fortschreitung der Realisierung der DMS- und Digitalisierungsmaßnahmen und der damit verbundenen Aufgabe des zentralen Einscannens der eingehenden Post. Eine weitere Stellenschaffung erfolgt in 2024.

10.02 Ideen- und Beschwerdemanagement, Bürgertelefon

Nr. neu	Stellenschaffungen aufgrund der deutlich gestiegenen Fallzahlen im Bürgertelefon. Ob nach Pandemieende eine entsprechende Verringerung der Fallzahlen eintritt oder andere Themenbereiche hervortreten, ist nicht abzusehen. Die Schaffung erfolgt daher zunächst mit einem Sperrvermerk.

10.03 Interner Service, Schaden- und Versicherungsangelegenheiten,

10.03.1 SG 1 Interner Service

Nr. neu	Stellenschaffung (T 10) aufgrund des Aufwandes bei der Bearbeitung und Ausschreibung der Vergabe von Rahmenverträgen für Büromobiliar. Die Aufgabe ist bei der Abteilung 10.0 verblieben, als die Vergabestelle aus 10.04 zur zentralen Vergabestelle im FB 60 verlegt wurde; der Aufwand wurde aber nicht berücksichtigt, wie sich nachträglich herausgestellt hat.

10.1 Personalabteilung und -kostenabrechnung

10.13 Personalkostenabrechnung

Nr. neu	Stellenschaffung im Bereich Arbeitsschutz und betrieblicher Gesundheitsschutz. Durch den Wechsel von Angebots- zu Pflichtvorsorgeuntersuchungen im Kita-Bereich, die Vorsorgen „Holzstaub“ beim FB 65 und „Lärm“ für die Musikschule wurden die Pflichtvorsorgen in den letzten Jahren deutlich ausgeweitet. Darüber hinaus ist ein zusätzlicher Aufwand durch weitere neue Vorsorgen wie den UV-Schutz oder die Masernschutzimpfpflicht entstanden. Auch durch die Corona-Pandemie sind neue Aufgaben im Bereich Arbeitsschutz hinzugekommen, die insgesamt einen Mehrbedarf von T 12 begründen.

10.13 SG 1 Beamtenbezüge

Nrn. 01576, 01577	Stellenausweisungen entsprechend der Bewertung.
Nr. 01579	Stundenaufstockung (T 6,5) für einen Mehrbedarf aufgrund der gestiegenen Fallzahlen bei den Krank- und Gesundmeldungen.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		10.13.2 SG 2 Tarifentgelte						
01606	100-1320	Sachbearbeiter/in	1 A 8 T 20,5	1 A 8 T 30,5				
neu	100-1320	Sachbearbeiter/in Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit von der Aufgabenentwicklung				+ 1 A 8 T 30 Sp*)		
		10.2 Personalwirtschaft, -entwicklung, Organisation						
		10.21 Personalwirtschaft						
neu	100-2115	Sachbearbeiter/in Personalwirtschaft		+ 1 A 10		1 A 11		
04953	100-2115	Sachbearbeiter/in Personalwirtschaft	1 A 10 T 30			1 A 10		
		10.4 Informations- und Kommunikationstechnologie						
neu	100-4000	Sachbearbeiter/in IT-Sicherheit				+ 1 A 11		
		10.40 IuK-Konzeption- und Steuerung, Internet						
neu	100-4010	Sachbearbeiter/in				+ 1 A 11		
		10.44 IuK, Anwenderbetreuung, Bestandsverwaltung						
		10.44 AG 3 Hardware						
neu	100-4400	Sachbearbeiter/in Hardware, Bestandsverwaltung				+ 1 A 9 mD		
		10.45 Telekommunikations- und Netztechnik						
06193	100-4500	Techn. Sachbearbeiter/in Datennetz	1 E 8			1 E 9a		

10.13 SG 2 Tarifentgelte

Nr. 01606	Stundenaufstockung aufgrund der Fallzahlenentwicklung bei den Abrechnungsfällen.
Nr. neu	Stellenschaffung aufgrund der Fallzahlen- und Aufgabenentwicklung bei der Einführung der eAU (Elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung) sowie der Umsetzung von Tarifverträgen und von weiteren Sonderzahlungen und Zulagen. Da die genauen Auswirkungen auf den tatsächlichen Bedarf noch nicht ermittelbar sind, erfolgt die Schaffung zunächst mit einem Sperrvermerk.

10.2 Personalwirtschaft, -entwicklung, Organisation

10.21 Personalwirtschaft

Nr. neu	Stellenschaffung aufgrund der Fallzahlenentwicklung bei den städtischen Stellenausschreibungen. **Ergänzung:** Stellenhebung entsprechend der voraussichtlichen Bewertung.
Nr. 04953	Stellenschaffung aufgrund der Fallzahlenentwicklung bei den städtischen Stellenausschreibungen.

10.4 Informations- und Kommunikationstechnologie

Nr. neu	Stellenschaffung aufgrund der gestiegenen Anforderungen im Aufgabenbereich der IT-Sicherheit, vorbehaltlich abschließender Bewertung.

10.40 IuK-Konzeption- und Steuerung, Internet

Nr. neu	Stellenschaffung aufgrund der gesetzlichen Verpflichtung, die Barrierefreiheit der städtischen Internetseiten und der Onlinezugänge für Anträge zu gewährleisten, vorbehaltlich abschließender Bewertung.

10.44 IuK-Anwenderbetreuung, Bestandsverwaltung

10.44 AG 3 Hardware

Nr. neu	Stellenschaffung in der Stelle 10.44 AG 3 Hardware für einen Mehrbedarf aufgrund gestiegener Fallzahlen durch die Zunahme von IT-Arbeitsplätzen als Folge der Stellenschaffungen in der Gesamtverwaltung sowie die im Rahmen der Ausweitung der Telearbeit und des mobilen Arbeitens zusätzlich zu beschaffende und zu betreuende IT-Ausstattung.

10.45 Telekommunikations- und Netztechnik

Nr. 06193	Stellenwertänderung aufgrund der Bewertung.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		20 Finanzen						
06364	200-0000	Sachbearbeiter/in Projekte (E-Akte, Stadthalle)				- 1 A 13 gD kw 2022		
		20.2 Liegenschaften						
		20.21 Grundstücksverkehr						
neu	200-2100	Sachbearbeiter/in Flächenvorsorge für städtische Vorhaben		+ 1 A 11				
		20.22 Grundstücksverwaltung						
03826	200-2200	Stellenleiter/in	1 A 13 gD			1 A 13 gD ku 1) A 12		
		20.3 Steuern						
		20.32 Grundbesitzabgaben, Hundesteuer, Zweitwohnungs-steuer						
neu	200-3200	Sachbearbeiter/in Zweitwohnungssteuer				+ 1 A 8 Sp*)		
		Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit von der Aufgabenentwicklung						
01716	200-3200	Sachbearbeiter/in Grundbesitzabgaben, Hundesteuer	1 A 8 T 20			1 A 8 T 35		
		20.4 Stadtkasse, Vollstreckung, Treasury- und Kreditmanage-ment						
		20.41 Buchhaltung, Zahlungs-verkehr						
		20.41 SG 1 Debitoren						
03909	200-4110	Kontenführer/in Debitorenbuchhaltung	1 A 8			1 A 8 ku 1) A 7		
03911	200-4110	Kontenführer/in Debitorenbuchhaltung, Owi	1 A 8 T 25			1 A 8 T 25 ku 1) A 7 T 25		
03910	200-4110	Kontenführer/in Debitorenbuchhaltung	1 A 8 T 20			1 A 7 T 20		
03913	200-4110	Kontenführer/in Debitorenbuchhaltung	1 A 8			1 A 7		
03916	200-4110	Kontenführer/in Debitorenbuchhaltung	1 A 8 T 25			1 A 7 T 25		

20 Finanzen

Nr. 06364	Stellenwegfall durch Realisierung des kw-Vermerks nach Beendigung des Projektes.
20.2 Liegenschaften	
20.21 Grundstücksverkehr	
Nr. neu	Stellenschaffung für den Aufgabenbereich Flächenvorsorge für städtische Vorhaben für das Baulandmodell (DS 22-19055).
20.22 Grundstücksverwaltung	
Nr. 03826	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.
20.3 Steuern	
20.32 Grundbesitzabgaben, Hundesteuer, Zweitwohnungssteuer	
Nr. neu	Stellenschaffung für die Bearbeitung der Zweitwohnungssteuer aufgrund der Fallzahlenentwicklung. Die Stelle wird mit Sperrvermerk ausgewiesen, weil der konkrete Bedarf entsprechend der Aufgabenentwicklung noch zu ermitteln ist.
Nr. 01716	Stundenaufstockung aufgrund der gestiegenen Fallzahlen.
20.4 Stadtkasse, Vollstreckung, Treasury- und Kreditmanagement	
20.41 Buchhaltung, Zahlungsverkehr	
20.41 SG 1 Debitoren	
Nrn. 03909, 03911, 03910, 03913, 03916	Stellenausweisungen entsprechend der Bewertungen.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		<u>20.41 SG 2 Kreditoren</u>						
03903	200-4120	Sachbearbeiter/in Kreditorenbuchhaltung und Sonderaufgaben	1 A 8			1 A 8 ku 1) A 7		
04973	200-4120	Sachbearbeiter/in Kreditorenbuchhaltung und Verrechnung	1 A 8 T 20			1 A 8 T 20 ku 1) A 7 T 20		
03904	200-4120	Sachbearbeiter/in Kreditoren- und Debitorenbuch-haltung, GE FB 50	1 A 8			1 A 7		
03907	200-4120	Sachbearbeiter/in Kreditorenbuchhaltung				- 1 E 5 kw 1)		
		<u>20.43 Vollstreckung</u>						
03926	200-4300	**bisher:** Sachbearbeiter/in **künftig:** Sachgebietsleiter/in	1 E 9c	1 E 10				
neu	200-4300	Sachbearbeiter/in				+ 1 A 8 T 33		

20.41 SG 2 Kreditoren

Nrn. 03903, 04973, 03904	Stellenausweisungen entsprechend der Bewertungen.
Nr. 03907	Stellenwegfall durch Realisierung des kw 1)-Vermerks.

20.43 Vollstreckung

Nr. 03926	Stellenumwandlung für die Bildung eines Sachgebietes im Zusammenhang mit dem Aufgabenzuwachs aus der Ausweitung der Überwachung des ruhenden und fließenden Verkehrs beim FB 32. Bewertung offen.
Nr. neu	Stellenschaffung aufgrund des Ratsbeschlusses der Haushaltssatzung 2021 (DS 21-15506) (Haushaltsoptimierungsvorschlag 115 „Erweiterung der Fläche des gebührenpflichtigen Parkraums“) für die damit verbundene voraussichtliche Aufgabenausweitung bei der Vollstreckung.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit						
		32.0 Verwaltung						
02018	320-0000	Abteilungsleiter/in	1 E 10			1 E 11		
02021	320-0000	Sachbearbeiter/in Verwaltungsangelegenheiten, Unterstützung der IT-Anwendungen, Anlagenbuchhaltung	1 A 8			1 A 9 mD		
		32.1 Ordnungsamt						
		32.11 Versammlungs-, Sprengstoff, Waffen- und Jagdrecht						
neu	320-1011	Sachbearbeiter/in		+ 1 A 10 T 20				
		32.12 Gewerbeangelegenheiten						
		32.12 SG 1 Gewerbeangelegenheiten						
02049	320-1012	Sachbearbeiter/in Gewerberechtl. Angelegenheiten	1 A 8			1 E 8		
02077	320-1012	Sachbearbeiter/in Gewerberechtl. Angelegenheiten	1 A 8			1 E 8		
		32.2 Bußgeldabteilung						
		32.21 Verwarnungen, Bußgelder ruhender Verkehr						
neu	320-2100	Parkraumüberwachende Außendienst				+ 6 E 4 T 19,5		
neu	320-2100	Sachbearbeiter/in Überwachung des ruhenden Verkehrs				+ 1 A 7 T 20		
		32.2 Bußgeldabteilung						
		32.21 Verwarnungen, Bußgelder ruhender Verkehr						
		32.21 SG 1 Verwarnungen, Bußgelder ruhender Verkehr						
02186	320-2110	Sachbearbeiter/in Überwachung des ruhenden Verkehrs	1 A 8			1 A 7		
		32.22 Verwarnungen, Bußgelder fließender Verkehr						
		32.22.2 Verwarnungen, Bußgelder fließender Verkehr						
06090	320-2200	Sachgebietsleiter/in Überwachung des fließenden Verkehrs	1 A 8			1 A 9 mD		

32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit

32.0 Verwaltung

Nr. 02018	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.
Nr. 02021	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.

32.1 Ordnungsamt

32.11 Versammlungs-, Sprengstoff, Waffen- und Jagdrecht

Nr. neu	Stellenschaffung aufgrund der weiterhin steigenden Fallzahlen bei den Versammlungen und den durch Gegenversammlungen hervorgerufenen Mehraufwand (Corona, Pegida, Rechte/Linke Themen etc.).

32.12 Gewerbeangelegenheiten

32.12.1 Gewerbeangelegenheiten
32.2 Bußgeldabteilung

Nrn. 02049 u. 02077	Stellenausweisungen entsprechend der tatsächlichen Besetzung.

32.2 Bußgeldabteilung

32.21 Verwarnungen, Bußgelder ruhender Verkehr

Nrn. neu	Stellenschaffungen (6 Halbtagsstellen für Parkraumüberwachende und 0,50 Stellen im Innendienst) aufgrund des Ratsbeschlusses der Haushaltssatzung 2021 (DS 21-15506) (Haushaltsoptimierungsvorschlag 115 „Erweiterung der Fläche des gebührenpflichtigen Parkraums“) zur Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung innerhalb der Okerumflut. Der zusätzliche Personalaufwand wird durch die erwarteten Mehreinnahmen gedeckt.

32.21 SG 1 Verwarnungen, Bußgelder ruhender Verkehr

Nr. 02186	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.

32.22 Verwarnungen, Bußgelder fließender Verkehr

32.22.2 Verwarnungen, Bußgelder fließender Verkehr

Nr. 06090	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		32.22.3 Verwarnungen, Bußgelder fließender Verkehr						
06091	320-2200	Sachgebietsleiter/in Überwachung des fließenden Verkehrs	1 A 8			1 A 9 mD		
		32.23 Verwarnungen, Bußgelder sonstige Ordnungswidrigkeiten						
04333	320-2300	Sachbearbeiter/in					- 1 A 10 kw 1)	
		32.3 Straßenverkehrsabteilung						
		32.31 Führerscheinstelle, gewerblicher Kraftverkehr						
02318	320-3100	Sachbearbeiter/in Fahrerlaubnisse und IT-Betreuung	1 A 11			1 A 10		
neu	320-3100	Sachbearbeiter/in		+ 1 A 7 kw 2025				
neu	320-3100	Sachbearbeiter/in		+ 1 A 7 kw 2028				
		32.33 Händlerzulassungen, Abnahme						
02345	320-3300	Sachbearbeiter/in Zulassungen	1 E 5 T 29,65			1 E 6 T 29,65		
05523, 05691, 02344, 05742	320-3300	Sachbearbeiter/in Zulassungen	4 E 5			4 E 6		
		32.4 Abteilung Bürgerangelegenheiten						
		32.41 Allgemeine Bürgerangelegenheiten						
02353	320-4110	Stellenleiter/in	1 A 11			1 A 12		
		32.41 SG 1 Bürgerangelegenheiten						
neu	320-4110	Sachbearbeiter/in Schaltersachbearbeitung Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit von der Aufgabenentwicklung		+ 5 A 7 Sp*)				
		32.41/4 AG 4 IT-Anwendungen						
neu	320-4110	Sachbearbeiter/in Unterstützung der IT-Anwendungen				+ 1 A 10		

32.22.3 Verwarnungen, Bußgelder fließender Verkehr	
Nr. 06091	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.
32.23 Verwarnungen, Bußgelder sonstige Ordnungswidrigkeiten	
Nr. 04333	Stellenverlegung von 32.23 nach 50.23 aus personalwirtschaftlichen Gründen.
32.3 Straßenverkehrsabteilung	
32.31 Führerscheinstelle, gewerblicher Kraftverkehr	
Nr. 02318	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.
Nrn. neu	Stellenschaffungen mit kw-Vermerk im Zusammenhang mit dem Zwangsumtausch der Führerscheine. Den Personalkosten stehen saldierte Einnahmen von 21 €/Fall gegenüber.
32.33 Händlerzulassungen, Abnahme	
Nrn. 02345, 05523, 05691, 02344 und 05742	Stellenausweisungen entsprechend der Bewertung.
32.4 Abteilung Bürgerangelegenheiten	
32.41 Allgemeine Bürgerangelegenheiten	
Nr. 02353	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.
32.41 SG 1 Bürgerangelegenheiten	
Nr. neu	Stellenschaffungen in dem Sachgebiet 32.41SG 1 – Bürgerangelegenheiten, für die Qualifizierung von Schaltersachbearbeitern/-innen aufgrund eines zusätzlichen Bedarfs (mit Sperrvermerk in Abhängigkeit von der Aufgabenentwicklung).
32.41/4 AG 4 IT-Anwendungen	
Nr. neu	Stellenschaffung für die Unterstützung der IT-Anwendungen aufgrund des Aufgabenzuwachses bei der Administration der Fachverfahren, sowie bei der Umsetzung und Durchführung des OZG.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		32.42.1 Allgemeine Ausländerangelegenheiten						
neu	320-4210	Sachbearbeiter/in Ausländerangelegenheiten				+ 2 A 10		
neu	320-4210	Sachbearbeiter/in Ausländerangelegenheiten				+ 4 A 8		
neu	320-4210	Sachbearbeiter/in Ausländerangelegenheiten				+ 1 A 10 T 20		
neu	320-4210	Sachbearbeiter/in Ausländerangelegenheiten				+ 2 A 8		
02687, 02694	320-4210	Sachbearbeiter/in Ausländerangelegenheiten	2 A 8			2 A 9 mD		
		32.42.2 Einbürgerung, Servicestelle für Studierende und Wissenschaftler						
06094	320-4220	Sachbearbeiter/in Ausländerangelegenheiten	1 A 9 mD			1 A 8		
02695, 02696	320-4220	Sachbearbeiter/in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten	2 A 9 mD			2 A 8		
		32.5 Veterinärwesen, Verbraucherschutz						
05749	320-5000	Sachbearbeiter/in für Bürokommunikation	1 E 5 T 19,5			1 E 5		
		32.6 Standesamt						
		32.6.1 Anmeldungen Eheschließungen und Namensänderungen						
02718	320-6100	Sachgebietsleiter/in	1 A 12			1 A 11		
		32.6.2 SG 2 Geburten- und Sterberegister, Personenstandsurkunden						
neu	320-6000	Sachbearbeiter/in Geburten- u. Sterberegister, Standesbeamter/-beamtin				+ 1 A 8		
02728	320-6200	Sachbearbeiter/in Geburten- u. Sterberegister, Standesbeamter/-beamtin	1 A 11			1 A 10		
02729	320-6200	Sachbearbeiter/in Geburten- u. Sterberegister, Standesbeamter/-beamtin	1 A 11 T 25			1 A 10 T 25		
05653	320-6200	Sachbearbeiter/in Geburten- u. Sterberegister, Standesbeamter/-beamtin	1 A 11 T 20			1 A 10 T 20		
06206	320-6200	Sachbearbeiter/in Geburten- u. Sterberegister, Standesbeamter/-beamtin	1 A 11			1 A 10		

32.42.1 Allgemeine Ausländerangelegenheiten	
Nrn. neu	Stellenschaffungen aufgrund der allgemeinen Fallzahlensteigerung (6,00 Stellen).
Nrn. neu	Stellenschaffungen aufgrund der allgemeinen Fallzahlenentwicklung durch die Ukraine-Flüchtlinge (2,50 Stellen).
Nrn. 02687 und 02694	Stellenausweisungen entsprechend der voraussichtlichen Bewertung.
32.42.2 Einbürgerung, Servicestelle für Studierende und Wissenschaftler	
Nr. 06094	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.
Nrn. 02695, 02696	Stellenausweisungen entsprechend der Bewertungen.
32.5 Veterinärwesen, Verbraucherschutz	
Nr. 05749	Stellenaufstockung aufgrund von Fallzahlsteigerungen im Bereich der Verwaltungsaufgaben (Abrechnung Gebührenbescheide, Änderungen Verbraucherinformationsschutzgesetz).
32.6 Standesamt	
32.6.1 Anmeldungen Eheschließungen und Namensänderungen	
Nr. 02718	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.
32.6.2 SG 2 Geburten- und Sterberegister, Personenstandsurkunden	
Nr. neu	Stellenschaffung aufgrund der gesetzlich vorgeschriebenen Digitalisierung von Bestandsdaten aufgrund des 3. Personenstandsrecht-Änderungsgesetzes.
Nrn. 02728, 02729, 05653, 06206	Stellenausweisungen entsprechend der Bewertungen.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		37 Feuerwehr						
06102	370-0000	Techn. Sachbearbeiter/in Projekt „SIRENE“		- 1 E 10 T 10 kw 2022				
		37.0 Verwaltung und Trägeraufgaben Rettungsdienst						
00152	370-0000	Abteilungsleiter/in	1 A 13 gD			1 A 15		
		37.02 Finanzen						
neu	370-0200	Sachbearbeiter/in Rettungsdienstabrechnung Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit von der Aufgabenentwicklung				+ 1 E 5 T 19,5 Sp*) kw 4)		
neu	370-0200	Sachbearbeiter/in Rettungsdienstabrechnung				+ 1 E 5 T 29,25 kw 4)		
00161	370-0200	Sachbearbeiter/in Rettungsdienstabrechnung	1 A 8			1 A 8 kw 4)		
00162	370-0200	Sachbearbeiter/in Rettungsdienstabrechnung	1 E 5 T 19,5			1 E 5 T 19,5 kw 4)		
00159	370-0200	Sachbearbeiter/in Rettungsdienstabrechnung	1 E 5 T 30			1 E 5 T 30 kw 4)		
		37.03 Trägeraufgaben Rettungsdienst						
06380	370-0400	Sachbearbeiter/in **bisher:** Datenkoordination Projekt „Novelle“ **künftig:** Medizinische Daten, ZEK und IVENA 37.2 Planende Gefahrenabwehr	1 E 11 T 19,5 kw 4)	1 E 11 T 19,5		1 E 10 T 19,5		
		37.21 Vorbeugender Brandschutz						
neu	370-2100	C-Dienst Brandverhütungsschau		+ 1 A 11				
04540, 06105, 00486	370-2100	C-Dienst Vorbeugender Brandschutz, brandschutztechnische Stellungnahmen	3 A 12			3 A 11		

37 Feuerwehr

Nr. 06102	Stellenwegfall nach Ende des Projektes (Realisierung kw 2022)-Vermerk).
37.0 Verwaltung und Trägeraufgaben Rettungsdienst	
Nr. 00152	Stellenausweisung entsprechend der voraussichtlichen Bewertung.
37.02 Finanzen	
Nr. neu	Stellenschaffung für die Rettungsdienstabrechnung aufgrund gestiegener Fallzahlen. Eine Stellenschaffung mit Sperrvermerk, da der Bedarf bisher durch Personal der Hilfsorganisationen abgedeckt wurde und noch nicht feststeht, ob die Aufgabenerledigung dauerhaft auf die Stadt übergeht. Die Personalkosten werden von den Kostenträgern (Krankenkassen) refinanziert.
Nr. neu	Stellenschaffung für die Rettungsdienstabrechnung aufgrund gestiegener Fallzahlen. Die Personalkosten werden von den Kostenträgern (Krankenkassen) refinanziert.
Nrn. 00161, 00162, 00159	Anbringung eines kw 4)-Vermerks entsprechend der Refinanzierung der Personalkosten durch die Kostenträger (Krankenkassen).
37.03 Trägeraufgaben Rettungsdienst	
Nr. 06380	Für die Datenpflege und Administration des 2020 eingeführten Systems IVENA und neuen IVENA MANV (Zuweisungen zu den Krankenhäusern unter Berücksichtigung der Verfügbarkeiten und des Leistungsangebots) und des Systems NIDA (Schnittstellen u. a. zu IVENA) zur Steuerung der Medizinischen Datenerfassung und -verarbeitung im Rettungsdienst ist ein Stellenmehrbedarf vorhanden. Stellenplanneutrale Verwendung einer T 19,5 Stelle (bisher für das bis zum 31.07.2023 befristete Projekt „Novelle“) für die Aufgaben ZEK, IVENA und medizinische Daten nach Wegfall des kw 4)-Vermerks. **Ergänzung:** Stellenausweisung entsprechend der Aufgabenwahrnehmung.
37.2 Planende Gefahrenabwehr	
37.21 Vorbeugender Brandschutz	
Nr. neu	Stellenmehrbedarf bei der Durchführung von Brandverhütungsschauen aufgrund der gestiegenen Fallzahlen auf der Grundlage der Stellenbedarfsberechnung im Organisationsgutachten.
Nrn. 04540,06105, 00486	Stellenausweisungen entsprechend der Bewertungen.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
05753, 05754	370-2100	C-Dienst Vorbeugender Brandschutz, Brandverhütungsschau Indust-riebetriebe und Störfallbetriebe	2 A 12			2 A 11		
00295, 00485, 00341	370-2100	Gruppenführer/in Brandverhütungsschau	3 A 11			3 A 10		
		37.22 Einsatzvorbereitung						
neu	370-2200	Sachbearbeiter/in Feuerwehrpläne		+ 1 A 9 mD Z				
		37.23 Bevölkerungsschutz						
00508	370-2300	Sachbearbeiter/in **bisher:** Zivilschutz, Alarmplan **künftig:** Bevölkerungsschutz, Trinkwassernotversorgung	1 E 9a T 30			1 E 11		
		37.3 Ausbildung und Technik						
		37.31 Ausbildung						
neu	370-3100	Hauptbrandmeister/in Koordination Praxisanleiter/-in		+ 1 A 9mD Z				
neu	370-3100	Hauptbrandmeister/in Wachausbildung Rettungs-dienst				+ 1 A 9 mD		
00202	370-3100	Hauptbrandmeister/in Betreuung Laufbahnausbildung LGr. 1.2	1 A 9 mD Z ku 1) A 9 mD			1 A 9 mD Z		
00409, 00245	370-3100	Gruppenführer/in Dozent/in Rettungsdienst-ausbildung	2 A 9 mD Z			2 A 9 mD		
		37.32 Technik						
neu	370-3200	Sachbearbeiter/in Beschaffungen		+ 1 E 11				
00366	370-320	Gruppenführer/in Fahrzeug- und Geräte-überprüfung	1 A 9 mD			1 A 9 mD Z		
06222	370-3200	Melder/in B-Dienst Gerätewerkstatt	1 A 8 kw 1)			1 E 6		
06385	370-3200	Sachbearbeiter/in Alarmgerätewerkstatt	1 E 4			1 E 6		
06386	370-3200	Sachbearbeiter/in Feuerwehr-Service-Zentrum	1 E 4			1 E 6		
neu	370-3200	Sachbearbeiter/in Atemschutzgerätewart/in Lagerist/in				+ 1 E 6		

Nrn. 05753, 05754	Stellenausweisungen entsprechend der Bewertungen.
Nrn. 00295, 00485, 00341	Stellenausweisungen entsprechend der Bewertungen.
37.22 Einsatzvorbereitung	
Nr. neu	Stellenmehrbedarf aufgrund gestiegener Fallzahlen für die Überprüfung von Feuerwehrplänen in der Fortschreibung des Organisationsgutachtens.
37.23 Bevölkerungsschutz	
Nr. 00508	Stellenausweisung entsprechend der tatsächlichen Aufgabenwahrnehmung und Bewertung und Stundenaufstockung für einen Mehrbedarf im Bevölkerungsschutz zur Sicherstellung der materiellen Einsatzbereitschaft für den Katastrophen-/Krisenfall (Aufbau eines Bevölkerungsschutzlagers).
37.3 Ausbildung und Technik	
37.31 Ausbildung	
Nr. neu	Stellenmehrbedarf für die Koordination der Rettungsdienstausbildung aufgrund steigender Schüler*innenzahlen bei der Rettungsdienstausbildung.
Nr. neu	Stellenmehrbedarf für die rettungsmedizinischen Wachausbildung der Laufbahngruppe 1.2 der Fachrichtung Feuerwehr aufgrund der zunehmenden Komplexität der Rettungsdienstausbildung und der vom TÜV im Rahmen der Auditierung des Rettungsdienstes festgestellten Bedarfs zur Verbesserung der Pflichtfortbildungen.
Nr. 00202	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.
Nrn. 00409, 00245	Stellenausweisungen entsprechen der Bewertungen.
37.32 Technik	
Nr. neu	Stellenmehrbedarf für die Beschaffung von Fahrzeugen und Ausrüstung insbesondere für den Bevölkerungs- und Katastrophenschutz, der aufgrund der aktuellen Entwicklungen (Sicherheitslage in Osteuropa, Pandemie, Extremwetterlagen durch Klimawandel etc.) personell ausgeweitet und finanziell verstärkt wurde.
Nr. 00366	Stellenhebung entsprechend der Bewertung
Nr. 06222	Stellenumwandlung zur Deckung eines dauerhaften Stellenbedarfs in der Alarmgerätewerkstatt u. a. aufgrund des um rd. ¼ gestiegenen Fahrzeugbestandes und der dadurch gleichfalls gestiegenen Alarm-und Einsatzgeräte als Fahrzeugbeladung. Das Organisationsgutachten der Feuerwehr sieht für diese Aufgabe einen Bedarf von einer VZÄ-Stelle vor, der bisher mit einem einsatzuntauglichen Feuerwehrbeamten abgedeckt werden konnte, der jedoch im Jahr 2022 ausgeschieden ist. Weitere geeignete einsatzuntaugliche Feuerwehrbeamte stehen nicht zur Verfügung, daher entfällt der kw 1)-Vermerk für eine dauerhafte Besetzung. Stellenwert entsprechend Eckbewertung mit StVPl.-Nr. 06385.
Nrn. 06385, 06386	Stellenausweisungen entsprechend der Bewertungen.
Nr. neu	Stellenmehrbedarf für die Aufgabe „Wartung der Atemschutzgeräte“ und „Lagerverwaltung“. Das Organisationsgutachten der Feuerwehr hatte einen zusätzlichen Bedarf für die Aufgabe „Atemschutzgerätewart*in“ im Feuerwehr-Service-Zentrum festgestellt, der bisher noch nicht im Stellenplan umgesetzt wurde. Bewertung offen.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		<u>37.4 Integrierte Regionalleitstelle BS/PE/WF (IRLS)</u>						
		<u>37.41 Betrieb IRLS</u>						
neu	370-4100	C-Dienst Aus- und Fortbildung Leitstellendisponenten		+ 1 A 9 mD Z				
05004, 04994	370-4100	**bisher:** Hauptbrandmeister/in **künftig:** Oberbrandmeister/in Call-Taker/in, Telefonvermittlung, Pförtnerdienst und Poststelle	2 A 9 mD kw 4)			2 A 8 kw 4)		
04999, 05070	370-4100	**bisher:** Oberbrandmeister/in Call-Taker/in **künftig:** Hauptbrandmeister/in Disponent/in	2 A 8 kw 4)			2 A 9 mD kw 4)		
		<u>37.43 Informations- und Kommunikationstechnik</u>						
neu	370-4300	Techn. Sachbearbeiter/in		+ 1 E 11				
05693	370-4300	Techn. Sachbearbeiter/in Digitalfunk	1 E 7 T 19,5	1 E 7				

Abt. 37.4 Integrierte Regionalleitstelle BS/PE/WF (IRLS)

37.41 Betrieb IRLS

Nr. neu	Stellenmehrbedarf für die Erarbeitung und Durchführung von Ausbildungslehrgängen für Disponent*innen aufgrund gestiegener Anforderungen im Bereich der Leitstellentechnik auf der Grundlage des Organisationsgutachtens. Bewertung offen.
Nrn. 05004, 04993	Stellenausweisungen entsprechend der Bewertung.
Nrn. 04999, 05070	Stellenausweisungen entsprechend der Bewertung.

37.43 Informations- und Kommunikationstechnik

Nr. neu	Stellenmehrbedarf im Bereich der Leitstellentechnik, u. a. zur technischen Unterstützung der gestiegenen Aufgaben im Bereich des Bevölkerungsschutzes, z. B. Aufbau eines gesicherten Netzes für die Stelle 37.23 Bevölkerungsschutz, Programmierung von digitalen Meldeempfängern, Mitwirkung beim Aufbau und Betrieb von Sirenen auf Basis hybrider Technik sowie Aufbau und Nutzung von Satellitenkommunikation.
Nr. 05693	Stellenmehrbedarf (T 19,5) im Bereich „Funkwerkstatt/Digitalfunk“ zur technischen Unterstützung bei den gestiegenen Aufgaben im Bereich des Bevölkerungsschutzes.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		40 Schule						
		40.0 Verwaltung						
		40.01 Personal und Innerer Dienst						
00231	400-0010	Sachbearbeiter/in Personalangelegenheiten	1 A 7 T 30	1 A 7	+ 1 A 7 T 10			
05009	400-0010	Sachbearbeiter/in Verwaltung					- 1 E 6 T 19,5 kw 1)	
		40.02 Haushalt						
00380	400-0020	Sachbearbeiter/in Rechnungsbearbeitung; Inventarisierung	1 A 7 T 30	1 A 7	+ 1 A 7 T 10			
06115	400-0020	Sachbearbeiter/in Haushaltsangelegenheiten	1 A 7 T 20		- 1 A 7 T 20			
00387	400-0020	Sachbearbeiter/in Dezentrales Controlling	1 A 10			1 A 11		
		40.1 Kommunale Schulaufgaben						
		40.11 Service						
neu	400-1010	Sachbearbeiter/in Servicestelle Mittagessenversorgung		+ 1 A 7				
05695	400-1010	Sachbearbeiter/in Servicestelle Mittagessenversorgung	A 10 T 20			1 E 9c T 19,5		
		40.12 Schulanlagen und -einrichtungen						
06229	400-1020	Sachbearbeiter/in Beschaffung	1 A 10			1 E 9b		
		40.2 IT und Medien						
		40.22 Medienentwicklungsplanung						
neu	400-2010	Techn. Sachbearbeiter/in MDM/WLAN		+ 1 E 9a Sp*)		1 E 9a		
		Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit von der Aufgabenentwicklung						
00429	400-2010	Sachbearbeiter/in Medienentwicklungsplanung	1 A 11			1 A 10		

40 Schule

40.0 Verwaltung

40.01 Personal und Innerer Dienst

Nr. 00231	Stellenverlegung entsprechend der Aufgabenwahrnehmung (s. 40.02, StVPl.-Nr. 06115).
Nr. 05009	Stellenverlegung zu Stelle 51.43 aus personalwirtschaftlichen Gründen.

40.02 Haushalt

Nr. 00380	Stellenverlegung entsprechend der Aufgabenwahrnehmung (s. 40.02, StVPl.-Nr. 06115).
Nr. 06115	Stellenverlegung entsprechend der Aufgabenwahrnehmung (s. 40.01, StVPl.-Nr. 00231 und 40.02, StVPl.-Nr. 00380).
Nr. 00387	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.

40.1 Kommunale Schulaufgaben

40.11 Service

Nr. neu	Stellenschaffung im Zusammenhang mit der Betreuung weiterer Schulen im Bestell- und Abrechnungssystem Mensa-Max sowie für die Betreuung der aufwachsenden Zahl von Bestellenden in der Mittagessenversorgung. Bewertung offen.
Nr. 05695	Stellenausweisung entsprechend der Besetzung und Bewertung.

40.12 Schulanlagen und -einrichtungen

Nr. 06229	Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung. Bewertung offen.

40.2 IT und Medien

40.22 Medienentwicklungsplanung

Nr. neu	Stellenschaffung mit Sperrvermerk für die Aufgaben im Zusammenhang mit dem Mobile-Device-Managements (MDM) sowie zur Betreuung des WLAN insbesondere vor dem Hintergrund der beschleunigten Ausstattung mit mobilen Endgeräten für Lehrer*innen und Schüler*innen. Bewertung offen. **Ergänzung:** Streichung des Sperrvermerkes aufgrund der gestiegenen Zahl der zu betreuenden Endgeräte und der in das MDM einzubindenden Präsentationsflächen sowie der notwendigen Erhöhung der Verfügbarkeit digitaler Systeme in Schulen (DS 23-20358).
Nr. 00429	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
06779	400-2010	Techn. Sachbearbeiter/in DV Administration Heinrich-Büssing-Schule/Deutsche Müllerschule	1 E 8 T 30			1 E 8		
06780	400-2010	Techn. Sachbearbeiter/in DV Administration Berufsbildende Schulen	1 E 8 kw 2024			1 E 8		
06781	400-2010	Techn. Sachbearbeiter/in DV Administration Berufsbildende Schulen	1 E 8 kw 2024			1 E 8		
		40.3 Planung und Bildung						
		40.31 Schulplanung und Organisation						
05089	400-3000	Sachbearbeiter/in Vermietungsmanagement/ Abrechnung	1 E 7 T 19,5			1 A 7 T 20		
06394	400-3000	Sachbearbeiter/in Vermietungsmanagement	1 A 8			1 E 8		
		40.32 Bildungsbüro						
05757	400-3000	Sachbearbeiter/in Bildungsmanagement und -monitoring, Schulentwicklungsplanung	1 A 11 kw 2022	1 A 11 kw 5)		1 E 10 kw 5)		
neu	400-3200	Sachbearbeiter/in Modellprojekt						+ 1 E 11 T 19,5 kw 2025
		40.8 Schulen						
		40.81 Grundschulen						
00440	400-1101	Schulsekretär/in Altmühlstraße	1 E 6 T 31			1 E 6 T 31,5		
00442	400-1102	Schulsekretär/in Am Schwarzen Berg	1 E 6 T 19,5			1 E 6 T 20,5		
00447	400-1103	Schulsekretär/in Bebelhof	1 E 6 T 20			1 E 6 T 20,5		
00461	400-1107	Schulsekretär/in Bültenweg	1 E 6 T 16			1 E 6 T 16,5		
00466	400-1108	Schulsekretär/in Bürgerstraße	1 E 6 T 24,5			1 E 6 T 25,5		
00471	400-1109	Schulsekretär/in Comeniusstraße	1 E 6 T 31,5			1 E 6 T 32,5		
00487	400-1110	Schulsekretär/in Diesterwegstraße	1 E 6 T 27,5			1 E 6 T 28		

Nr. 06779	Stundenaufstockung entsprechend der Aufgabenentwicklung und des Bedarfs (DS 23-20358).
Nrn. 06780 und 06781	Wegfall der kw 2024-Vermerke entsprechend der Aufgabenentwicklung aufgrund des gestiegenen Bedarfes für eine dauerhafte Vor-Ort-Betreuung in den Berufsbildenden Schulen.
40.3 Planung und Bildung	
40.31 Schulplanung und Organisation	
Nrn. 05089, 06394	Stellenumwandlungen entsprechend der Besetzungen. Bewertungen offen.
40.32 Bildungsbüro	
Nr. 05757	Verlängerung des kw-Vermerkes und Umwandlung in einen kw 5-Vermerk) im Zusammenhang mit der verwaltungsmäßigen Abwicklung von abgeschlossenen Förderprogrammen des Bundes. **Ergänzung:** Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung. Bewertung offen.
Nr. neu	Änderung entsprechend der Empfehlungen aus der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung (FPDA) vom 2. März 2023.
40.8 Schulen	
40.81 Grundschulen	
Nrn. 00440, 00442, 00447, 00461, 00466,00471, 00487	Stellenausweisungen nach Neuberechnung aufgrund des Schülerschlüssels.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
00493	400-1111	Schulsekretär/in Edith Stein	1 E 6 T 15			1 E 6 T 15,5		
00556	400-1112	Schulsekretär/in Gartenstadt	1 E 6 T 18,5			1 E 6 T 19		
00560	400-1114	Schulsekretär/in Heidberg (mit Sprachheil-klassen)	1 E 6 T 30			1 E 6 T 32,5		
00562	400-1117	Schulsekretär/in Heinrichstraße	1 E 6 T 30			1 E 6 T 31		
00566	400-1120	Schulsekretär/in St. Josef (kath. GS)	1 E 6 T 15			1 E 6 T 14,5		
04634	400-1119	Schulsekretär/in Hohestieg	1 E 6 T 21			1 E 6 T 22,5		
00568	400-1121	Schulsekretär/in Hondelage	1 E 6 T 16			1 E 6 T 17		
00570	400-1122	Schulsekretär/in Ilmenaustraße	1 E 6 T 24,5			1 E 6 T 31		
00572	400-1123	Schulsekretär/in Isoldestraße	1 E 6 T 21			1 E 6 T 23		
04635	400-1126	Schulsekretär/in Lamme	1 E 6 T 26			1 E 6 T 26,5		
00578	400-1127	Schulsekretär/in Lehndorf	1 E 6 T 29			1 E 6 T 30		
00580	400-1128	Schulsekretär/in Lindenbergsiedlung	1 E 6 T 16			1 E 6 T 16,5		
00582	400-1129	Schulsekretär/in Mascheroder Holz	1 E 6 T 18,5			1 E 6 T 19		

40.81 Grundschulen

Nrn. 00493, 00556, 00560, 00562, 00566, 04634, 00568, 00570, 00572, 04635, 00578, 00580, 00582	Stellenausweisungen nach Neuberechnung aufgrund des Schülerschlüssels.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
00586	400-1132	Schulsekretär/in Querum	1 E 6 T 18,5			1 E 6 T 19,5		
00588	400-1133	Schulsekretär/in Rautheim	1 E 6 T 15			1 E 6 T 15,5		
00592	400-1134	Schulsekretär/in Rheinring	1 E 6 T 23			1 E 6 T 24		
00590	400-1135	Schulsekretär/in Rühme	1 E 6 T 18,5			1 E T 19		
00574	400-1158	Schulsekretär/in Schunteraue	1 E 6 T 15			1 E 6 T 16,5		
00596	400-1136	Schulsekretär/in Timmerlah	1 E 6 T 14			1 E 6 T 14,5		
00604	400-1146	Schulsekretär/in Waggum	1 E 6 T 26			1 E 6 T 27,5		
00608	400-1148	Schulsekretär/in Wenden	1 E 6 T 17			1 E 6 T 18		
		40.83 Grund- und Haupt-schulen						
00617	400-1201	Schulsekretär/in Pestalozzistraße	1 E 6 T 29			1 E 6 T 31		
00619	400-1202	Schulsekretär/in Rüningen	1 E 6 T 28,5			1 E 6 T 27,5		
		40.85 Förderschulen						
00646	400-1808	Schulsekretär/in Hans-Würtz-Schule (FöS K)	1 E 6 T 35			1 E 6 T 36		
		40.86 Realschulen						
00652	400-1502	Schulsekretär/in Georg-Eckert-Straße	1 E 6 T 19			1 E 6 T 20		
00656	400-1509	Schulsekretär/in Maschstraße	1 E 6 T 17			1 E 6 T 19		
00658	400-1511	Schulsekretär/in Nibelungenschule	1 E 6 T 30			1 E 6 T 32		
00663	400-1513	Schulsekretär/in Sidonienstraße	1 E 6 T 21			1 E 6 T 24		

noch 40.81 Grundschulen

Nrn. 00586, 00588, 00592, 00590, 00596, 00604, 00608	Stellenausweisungen nach Neuberechnung aufgrund des Schülerschlüssels.

40.83 Grund- und Hauptschulen

Nrn. 00617 und 00619	Stellenausweisungen nach Neuberechnung aufgrund des Schülerschlüssels.

40.85 Förderschulen

Nr. 00646	Stellenausweisung nach Neuberechnung aufgrund des Schülerschlüssels.

40.86 Realschulen

Nrn. 00652, 00656, 00658, 00663	Stellenausweisungen nach Neuberechnung aufgrund des Schülerschlüssels.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellen-2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		40.87 Gymnasien						
00666	400-1602	Schulsekretär/in Gaußschule, Gymnasium Am Löwenwall	1 E 6 T 31			1 E 6 T 32		
00675	400-1609	Schulsekretär/in Kleine Burg	1 E 6 T 31			1 E 6 T 35		
04632	400-1610	Schulsekretär/in Lessinggymnasium	1 E 6 T 26			1 E 6 T 28		
00678	400-1616	Schulsekretär/in Martino-Katharineum	1 E 6 T 31			1 E 6 T 34		
00681	400-1618	Schulsekretär/in Neue Oberschule	1 E 6 T 26			1 E 6 T 33		
04633	400-1629	Schulsekretär/in Wilhelmgymnasium	1 E6 T 34			1 E 6 T 36		
		40.88 Integrierte Gesamt-schulen						
00882	4001701	Schulsekretär/in IGS Franzsches Feld	1 E 6 T 36			1 E 6 T 35		
05388	400-1702	Schulsekretär/in IGS Querum	1 E 6 T 24			1 E 6 T 25		
00886	400-1703	Schulsekretär/in Wilhelm-Bracke-Gesamtschule	1 E 6 T 31			1 E 6 T 32		
00970	400-1703	Schulsekretär/in Wilhelm-Bracke-Gesamtschule	1 E 6 T 20			1 E 6 T 22		
05347	400-1704	Schulsekretär/in Sally-Perel-Gesamtschule	1 E 6			1 E 6 T 38		
		40.89 Berufsbildende Schulen und Sonstiges						
05348	400-1099	Schulsekretär/in Springerkraft	1 E 6 T 19,5	1 E 6 T 29,25				
neu	400-1099	Schulsekretär/in Springerkraft		+ 1 E 6 T 29,25				

40.87 Gymnasien

Nrn. 00666, 00675, 04632, 00678, 00681, 04633	Stellenausweisungen nach Neuberechnung aufgrund des Schülerschlüssels.

40.88 Integrierte Gesamtschulen

Nrn. 00882, 05388, 00886, 00970, 05347	Stellenausweisungen nach Neuberechnung aufgrund des Schülerschlüssels.

40.89 Berufsbildende Schulen und Sonstiges

Nrn. 05348 und neu	Stellenschaffungen zur Verbesserung der Vertretungssituation in den Schulsekretariaten.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		41 Kultur und Wissenschaft						
06786	410-0000	**bisher:** Wiss. Sachbearbeiter/in Projekte und Veranstaltungen **künftig:** Kurator/in halle 267	1 E 13 kw 2023			1 E 13		
neu	410-0000	Wiss. Sachbearbeiter/in Koordination des KultEP						+ 1 E 13
		41.01 Service, Steuerung, Großprojekte, Schlossangelegenheiten						
01291	410-0100	Sachbearbeiter/in Zuschüsse	1 A 10			1 E 9 c		
		41.1 Erinnerungskultur, Literatur und Musik						
01288	410-1010	Abteilungsleiter/in, stellv. Fachbereichsleiter/in	1 E 15			1 A 15		
		41.1 AG 2 Sozio- und Stadteilkulturarbeit, Erinnerungskultur						
01304	410-1010	**bisher:** Sachbearbeiter/in Stadtteilkulturarbeit **künftig:** Veranstaltungskauffrau/ -mann in der Stadtteilkulturarbeit	1 E 9 c			1 E 9 a		
01306	410-1010	Sozialarb./-päd. Leitung Kulturpunkt West	1 S 12			1 S 17		

41 Kultur und Wissenschaft

Nr. 06786	Wegfall des kw-Vermerks entsprechend des tatsächlichen Bedarfs für eine Kuratorenstelle zur Etablierung eines dauerhaften Betriebes der städtischen Galerie „halle 267“.
Nr. neu	Änderung entsprechend der Empfehlungen aus der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung (FPDA) vom 2. März 2023.
41.01 Service, Steuerung, Großprojekte, Schlossangelegenheiten	
Nr. 01291	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.
41.1 Erinnerungskultur, Literatur und Musik	
Nr. 01288	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der möglichen künftigen Besetzung.
Nr. 01304 und 01306	Stellenausweisungen entsprechend der Aufgabenentwicklung und der Bewertung.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		50 Soziales und Gesundheit						
		50.0 Verwaltung						
06242	500-0000	Sozialarb./-päd. Bundesteilhabegesetz	1 S 12 Sp*)		- 1 S 12			
06412	500-0000	Sozialarb./-päd. Bundesteilhabegesetz	1 S 12 Sp*)		- 1 S 12			
06413	500-0000	Sozialarb./-päd. Bundesteilhabegesetz	1 S 12 Sp*)		- 1 S 12			
06415	500-0000	Sozialarb./-päd. Bundesteilhabegesetz	1 S 12 Sp*)		- 1 S 12			
06418	500-0000	Sachbearbeiter/in Bundesteilhabegesetz	1 A 10 Sp*)		- 1 A 10			
06410	500-0000	Sachbearbeiter/in Bundesteilhabegesetz	1 A 10 Sp*)		- 1 A 10			
		Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit von der Aufgabenentwicklung						
		50.02 Finanzen, Controlling						
03503	500-0020	Sachbearbeiter/in Abrechnungen Bund und Land, Statistik, Haushaltsüberwachung	1 A 7			1 E 6		
		50.03 IT Angelegenheiten						
06622	500-0030	Sachbearbeiter/in Begleitung Digitalisierung				1 E 10 kw 4)	+ 1 E 9a kw 4)	
		50.1 Wohnen und Senioren						
		50.12 Wohnhilfen						
04050	500-1200	Sachbearbeiter/in Verhinderung von Wohnraumverlust	1 A 8 T 30			1 E 9a T 30		
05394	500-1200	Sachbearbeiter/in Verhinderung von Wohnraumverlust				- 1 A 8 T 10 kw 1)		
06530	500-1200	Sozialarb./-päd. Nachgehende Hilfe für Wohnungsnotfälle				- 1 S 11b T 30 kw 3)		
neu	500-1200	Sachbearbeiter/in Härtefallfonds				+ 1 E 9c T 19,5		
neu	500-1200	Sozialarb./-päd. Härtefallfonds				+ 1 S 11 b T 19,5		

50 Soziales und Gesundheit

50.0 Verwaltung

Nrn. 06242, 06412, 06413 u. 06415	Freigabe der Sp*)-Stellen bzw. der Wegfall der Sperrvermerke und Verlegungen zu 50.31.2 in Anpassung an die Aufgabenentwicklung in der Teilhabeplanung.
Nrn. 06418, 06410	Freigabe der Sp*)-Stellen bzw. der Wegfall der Sperrvermerke und Verlegungen zu 50.33.2 und 50.33.3 in Anpassung an die Aufgabenentwicklung in der Hilfe zum Lebensunterhalt/ Grundsicherung.

50.02 Finanzen, Controlling

Nr. 03503	Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung. Bewertung offen.

50.03 IT Angelegenheiten

Nr. 06622	Stellenverlegung von 50.41.3 und Wertänderung in Anpassung an die Aufgabenentwicklung. Im Rahmen des Paktes für den ÖGD werden für ein zweijähriges Modellprojekt zur Digitalisierung der Gesundheitsämter Fördergelder in Aussicht gestellt. Dies schließt auch Personalmittel für digitale Begleiter mit ein. Für die Stadt Braunschweig geht es um ein Fördervolumen in Höhe von ca. 800.000 €. Die Inanspruchnahme der Stelle steht unter Vorbehalt einer entsprechenden Kostenerstattung. Siehe auch 50.4.

50.1 Wohnen und Senioren

50.12 Wohnhilfen

Nr. 04050	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.
Nrn. 05394 und 06530	Realisierung der kw-Vermerke.
Nrn. neu	Stellenschaffungen zur Unterstützung von Menschen, die sich aufgrund von Energiepreissteigerungen in finanzieller Notlage befinden (Härtefallfonds).

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		50.13 Seniorenbüro						
neu	500-1302	Sachbearbeiter/in Betreuungen für Volljährige, Aufgaben der Betreuungsbehörde Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit der Aufgabenentwicklung				+ 2 A 11 Sp*)		
06790	500-1302	Sachbearbeiter/in Betreuungen für Volljährige, Aufgaben der Betreuungsbehörde; Sonderaufgaben	1 A 11 Sp*)			1 A 11		
06791	500-1302	Sachbearbeiter/in Betreuungen für Volljährige, Aufgaben der Betreuungsbehörde; Sonderaufgaben	1 A 11 Sp*)			1 A 11		
		50.14 Wohngeld, Bildungs- und Teilhabepaket						
05767	500-1501	Sachbearbeiter/in	1 E 9a	1 A 8				
neu	500-1501	Sachgebietsleiter/in				+ 1 A 11		
neu	500-1501	Sachgebietsleiter/in Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit der Aufgabenentwicklung				+ 1 A 11 Sp*)		
neu	500-1501	Sachbearbeiter/in				+ 1 A 10		
neu	500-1501	Sachbearbeiter/in Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit der Aufgabenentwicklung				+ 1 A 10 Sp*)		
neu	500-1501	Sachbearbeiter/in				+ 16 A 8		
neu	500-1501	Sachbearbeiter/in				+ 7 A 8 kw 5)		
		50.14/1 AG 1 Bildungs- und Teilhabepaket						
05540	500-1502	Sachbearbeiter/in	1 A 8	1 E 9a				
03599	500-1502	Sachbearbeiter/in				- 1 A 10 kw 1)		
		50.2 Migrationsfragen und Integration						
		50.21 Büro für Migrationsfragen						
05189	500-7010	Sozialarb./-päd. Koordinierungsstelle für Migration und Teilhabe (KMuT)	1 S 15 kw 3)	1 S 12 kw 3)				
05686	500-7010	Sozialarbeiter/in Umsetzung des Handlungskonzeptes Integrationsförderung, Integrationskonzept für Flüchtlinge	1 S 15 T 28	1 S 17 T 28				

50.13 Seniorenbüro

Nr. neu	Stellenschaffungen aufgrund des erwarteten Mehraufwandes durch das ab 01.01.2023 geltende Betreuungsorganisationsgesetztes (u. a. durch Registrierungsverfahren für Berufsbetreuer, Beratungstätigkeiten). Bewertung offen. Stellenfreigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit der Aufgabenentwicklung.
Nr. 06790 und 06791	Wegfall der Sperrvermerke in Anpassung an die Aufgabenentwicklung.
Nrn. neu	Stellenschaffungen aufgrund des erwarteten Mehrbedarfs durch die Wohngeldreform (3. Entlastungspaket). Die Inanspruchnahme erfolgt in Abhängigkeit der Aufgabenentwicklung. Bewertungen offen.

50.14 Wohngeld, Bildungs- und Teilhabepaket

Nr. 05767	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.
Nrn. neu	Stellenschaffungen aufgrund des erwarteten Mehrbedarfs durch die Wohngeldreform (3. Entlastungspaket). Die Inanspruchnahme erfolgt in Abhängigkeit der Aufgabenentwicklung. Bewertungen offen.

50.14/1 AG 1 Bildungs- und Teilhabepaket

Nr. 05540	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung, Bewertung offen.
Nr. 03599	Realisierung des kw 1)-Vermerkes.

50.2 Migrationsfragen und Integration

50.21 Büro für Migrationsfragen

Nrn. 05189 u. 05686	Stellenwertänderungen nach geänderter Dienstverteilung.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		50.22 Koordination Unterbringung, zentrale Wohnstandorte für Flüchtlinge						
05771	500-7110	Sachbearbeiter/in Unterbringungsmaßnahmen	1 A 7			1 E 6		
neu	500-7110	Sozialarb./-päd. Koordinations- und Sonderaufgaben				+ 1 S 15 kw 5)		
neu	500-7110	Sachbearbeiter/in Unterbringungsmaßnahmen				+ 2 E 6 kw 5)		
06796	500-7110	Sachgebietsleiter/in	1 A 11 T 20			1 S 15	+ 1 A 11 T 10 + 1 A 11 T 10	
neu	500-7110	Sachgebietsleiter/in Otto-von-Guericke-Straße		+ 1 A 11 T 10			- 1 A 11 T 10	
neu	500-7110	Sozialarb./-päd. Betreuung von Flüchtlingen Otto-von-Guericke-Straße		+ 1 S 12				
neu	500-7110	Sozialarb./-päd. Betreuung von Flüchtlingen Otto-von-Guericke-Straße		+ 1 S 12 T 19,5				
neu	500-7110	Unterkunftswart/in Otto-von-Guericke-Straße		+ 1 E 4				
neu	500-7110	Sozialarb./-päd. Betreuung von Flüchtlingen Naumburgstraße		+ 2 S 12 kw 5)				
neu	500-7110	Unterkunftswart/in Naumburgstraße		+ 2 E 4 kw 5)				
neu	500-7110	Sachbearbeiter/in Unterbringungsmaßnahmen Naumburgstraße		+ 1 A 7 kw 5)		1 E 6 kw 5)		
		50.22.1 SG 1 Zentrale Wohnstandorte für Flüchtlinge						
05769	500-7110	Sachgebietsleiter/in	1 A 11			1 A 11 T 30	- 1 A 11 T 10	
		50.23 Leistungsgewährung AsylbLG/dezentrale Wohnungen für Flüchtlinge						
neu	500-7900	Sachbearbeiter/in AsylbLG		+ 3 A 10 kw 5)				
neu	500-7900	Sachbearbeiter/in AsylbLG		+ 3 A 10 Sp*)				
		Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit der Aufgabenentwicklung						
06804	500-7900	Sachbearbeiter/in AsylbLG	1 A 10			1 E 9c		
04333	500-7900	Sachbearbeiter/in AsylbLG					+ 1 A 10 kw 1)	

50.22 Koordination Unterbringung, zentrale Wohnstandorte für Flüchtlinge

Nr. 05771	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.
Nr. neu	Stellenschaffung zur Wahrnehmung von Koordinations- und Sonderaufgaben im Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen aus der Ukraine.
Nr. neu	Stellenschaffungen zur Wahrnehmung von Verwaltungstätigkeiten im Zusammenhang mit der Unterbringung von Flüchtlingen aus der Ukraine.
Nr. 06796	Stellenverlegungen zur Einrichtung eines weiteren Sachgebietes. Stellenausweisung entsprechend der beabsichtigten Besetzung. Bewertung offen.
Nrn. neu	2,75 Stellenschaffungen zur Betreuung des 11. Standortes Otto-von-Guericke-Straße zur Unterbringung Geflüchteter und Asylbewerber*innen. **Ergänzung:** Verlegung von Stellenanteilen zu 06796 in Anpassung an die beabsichtigte Stellenbesetzung.
Nrn. neu	5,00 Stellenschaffungen zur Betreuung der Sporthalle Naumburgstraße als Erstaufnahmeeinrichtung zur Unterbringung Geflüchteter. Aufgrund der Größe und Besonderheit der Einrichtung ist gegenüber den Wohnstandorten eine stärkere Personalausstattung erforderlich. Anbringung von kw 5)-Vermerken im Hinblick auf die unbekannte Bedarfsentwicklung. **Ergänzung:** Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der beabsichtigten Besetzung.

50.22.1 SG 1 Zentrale Wohnstandorte für Flüchtlinge

Nr. 05769	Verlegung von Stellenanteilen zu 50.22 in Anpassung an die beabsichtigte Stellenbesetzung.

50.23 Leistungsgewährung AsylbLG/ dezentrale Wohnungen für Flüchtlinge

Nr. neu	Stellenschaffungen in Anpassung an die Aufgabenentwicklung durch Flüchtlinge aus der Ukraine. Anbringung von kw 5)-Vermerken, da nicht von einer Daueraufgabe ausgegangen wird.
Nr. neu	Stellenschaffungen im Hinblick auf mögliche steigende Flüchtlingszahlen.
Nr. 06804	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.
Nr. 04333	Stellenverlegung von 32.23 aus personalwirtschaftlichen Gründen.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		50.3 Soziale Sicherung, Behindertenhilfe, Rechtsangelegenheiten						
		50.31 Eingliederungshilfe						
		50.31.2 SG 2 Teilhabeplanung						
06242	500-3100	Sozialarb./-päd.			+ 1 S 12			
06412	500-3100	Sozialarb./-päd.			+ 1 S 12			
06413	500-3100	Sozialarb./-päd.			+ 1 S 12			
06415	500-3100	Sozialarb./-päd.			+ 1 S 12			
04264	500-7900	Sozialarb./-päd.		1 S 12 T 29,25	+ 1 S 14 T 29,25			
		50.32 Hilfe zur Pflege						
04857	500-3200	Sachbearbeiter/in Hilfe in Heimen	1 A 10	1 E 9c				
		50.33 Soziale Sicherung						
		50.33.1 SG 1 Information und Erstberatung						
03855	500-3300	Sachbearbeiter/in Infothek	1 A 9 mD Z T 20	1 A 8 T 20		1 E 9a T 19,5		
05098	500-3300	Sachbearbeiter/in Infothek		- 1 A 9 mD Z T 20 kw 1)				
05209	500-3300	Sachbearbeiter/in Erstanträge HLU/Grusi	1 E 9c T 19,5			1 A 10 T 20		
05015	500-3300	Sachbearbeiter/in Niederschlagungen				- 1 A 8 kw 1)		
		50.33.2 SG 2 Laufende Hilfen						
06418	500-3300	Sachbearbeiter/in			+ 1 A 10			
		50.33.3 SG 3 Laufende Hilfen bei Eingliederungshilfe						
06410	500-3300	Sachbearbeiter/in			+ 1 A 10			
		50.35 Rechtsangelegenheiten						
05210	500-3500	Sachbearbeiter/in Unterhalt		- 1 A 8 kw 1)				

50.3 Soziale Sicherung, Behindertenhilfe, Rechtsangelegenheiten

50.31 Eingliederungshilfe

50.31.2 SG 2 Teilhabeplanung

Nrn. 06242, 06412, 06413 u. 06415	Stellenverlegungen von 50.0 in Anpassung an die Aufgabenentwicklung in der Teilhabeplanung.
Nr. 04264	Verlegung von Stellenanteilen von 50.43 nach Zusammenführung der Teilhabeplanung bei 50.31 Eingliederungshilfe. Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.

50.32 Hilfe zur Pflege

Nr. 04857	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.

50.33 Soziale Sicherung

50.33.1 SG 1 Information und Erstberatung

Nr. 03855	Stellenwertänderung entsprechend der Bewertung. **Ergänzung:** Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.
Nr. 05098	Realisierung des kw 1)-Vermerks.
Nr. 05209	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der voraussichtlichen Besetzung.
Nr. 05015	Realisierung des kw 1)-Vermerks.

50.33.2 SG 2 Laufende Hilfen

Nr. 06418	Stellenverlegung von 50.0 Verwaltung in Anpassung an die Aufgabenentwicklung in der Hilfe zum Lebensunterhalt/Grundsicherung.

50.33.3 SG 3 Laufende Hilfen bei Eingliederungshilfe

Nr. 06410	Stellenverlegung von 50.0 Verwaltung in Anpassung an die Aufgabenentwicklung in der Hilfe zum Lebensunterhalt/Grundsicherung.

50.35 Rechtsangelegenheiten

Nr. 05210	Realisierung des kw 1)-Vermerks.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		50.4 Gesundheitsamt						
06621	500-4000	Wiss. Sachbearbeiter/in Begleitung Digitalisierung				1 E 13 kw 4)	+ 1 E 9a kw 4)	
		50.40 Verwaltung, Ordnungsbehördliche Aufgaben, Heimaufsicht						
neu	500-4000	Sachbearbeiter/in 24 Stunden Erreichbarkeit NPsychKG				+ 2 A 10		
06629	500-4000	Sachbearbeiter/in **bisher:** Umsetzung § 20a IfSG Immunitätsnachweis COVID-19 **künftig:** Ordnungsbehördliche Aufgaben	1 A 10 kw 4)			1 E 9c kw 4)		
		50.41 Gutachten- und Beratungsdienst						
04216	500-4100	Stellenleiter/in stellv. Amtsarzt/-ärztin in medizinischen Angelegenheiten	1 A 15	1 A 16				
		50.41.2 SG 2 Beratungsstelle für sexuelle Gesundheit/Aids						
04227	500-4110	Sozialarb./-päd. Beratung für sexuell übertragbare Krankheiten, AIDS	1 S 12			1 S 12 ku 1) S 11b		
04228	500-4110	Sozialarb./-päd. Beratung für sexuell übertragbare Krankheiten, AIDS	1 S 12 T 19,5			1 S 12 T 19,5 ku 1) S 11b T 19,5		
		50.41.3 SG 3 Infektionsschutz						
06621	500-4150	Hygienekontrolleur/in Gesundheitsschutz in Schulen, Kitas, Heimen und med. Einrichtungen					- 1 E 9a kw 4)	
06622	500-4150	Hygienekontrolleur/in Gesundheitsschutz in Schulen, Kitas, Heimen und med. Einrichtungen					- 1 E 9a kw 4)	
		50.43 Sozialpsychiatrischer Dienst						
04261	500-4400	Sozialarb./päd. Sozialpsychiatrischer Dienst, Psychosoziale Betreuung von ausländischen Familien	1 S 14 T 29,25	1 S 14	+ 1 S 14 T 9,75			
04264	500-4400	Sozialarb./päd. Sozialpsychiatrischer Dienst, Psychosoziale Betreuung von ausländischen Familien	1 S 14		- 1 S 14 T 29,25 - 1 S 14 T 9,75			

50.4 Gesundheitsamt

Nr. 06621	Stellenverlegung von 50.41.3 und Wertänderung in Anpassung an die Aufgabenentwicklung. Im Rahmen des Paktes für den ÖGD werden für ein zweijähriges Modellprojekt zur Digitalisierung der Gesundheitsämter Fördergelder in Aussicht gestellt. Dies schließt auch Personalmittel für zwei digitale Begleiter mit ein. Für die Stadt Braunschweig geht es um ein Fördervolumen in Höhe von ca. 800.000€. Die Inanspruchnahme der Stelle steht unter Vorbehalt einer entsprechenden Kostenerstattung. Siehe auch 50.03.

50.40 Verwaltung, Ordnungsbehördliche Aufgaben, Heimaufsicht

Nr. neu	Stellenschaffungen nach dem Konzept für die 24-Stunden-Erreichbarkeit zur Wahrnehmung der Vollzugsaufgaben nach dem NPsychKG.
Nr. 06629	Stellenausweisung entsprechend der Aufgabenentwicklung. Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.

50.41 Gutachten- und Beratungsdienst

Nr. 04216	Stellenhebung entsprechend der Bewertung.

50.41.2 SG 2 Beratungsstelle für sexuelle Gesundheit/Aids

Nrn. 04227 und 04228	Stellenausweisung in Umsetzung der Tarifeinigung im Sozial- und Erziehungsdienst vom 18. Mai 2022.

50.41.3 SG 3 Infektionsschutz

Nrn. 06621 und 06622	Stellenverlegungen zu 50.03 und 50.4 in Anpassung an die Aufgabenentwicklung.

50.43 Sozialpsychiatrischer Dienst

Nrn. 04261 und 04264	Verlegung von Stellenanteilen zu 50.31.2 Eingliederungshilfe/Teilhabeplanung. Zusammenführung von Stellenanteilen bei 50.43 aus redaktionellen Gründen.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		51 Kinder, Jugend und Familie						
		51.0 Verwaltung						
		51.01 Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, Finanzen						
neu	510-0030	Sachbearbeiter/in IT-Anwendungen		+ 1 A 10 Sp*)				
		Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit vom Ausbau der IT in den Kita´s						
02429	510-0100	Sachbearbeiter/in Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, Finanzen	1 A 12				- 1 A 12	
02516	510-0020	Sachbearbeiter/in Haushaltsangelegenheiten	1 E 9c			1 E 10		
		51.01.4 Wirtschaftliche Erziehungshilfe						
neu	510-0105	Sachbearbeiter/in Prüfung der örtlichen Zuständigkeit und Kostenerstattung		+ 1 A 10				
		51.02 Wirtschaftliche Leistungen						
neu	510-0203	Sachbearbeiter/in Leistungen nach dem Elterngeldgesetz		+ 1 A 8				
		51.03 Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften, Beistandschaften						
neu	510-0310	Sachbearbeiter/in Beistand und Urkundsperson		+ 1 A 10 T 20				
05804	510-0310	Sachbearbeiter/in Amtsvormundschaften/ Amtspflegschaften	1 A 11 ku 1) A 10			1 A 10		
		51.04 Planung						
06432	510-0420	Sachbearbeiter/in Beratung und Platzvermittlung	1 E 5 T 30 kw 2022	1 E 5 T 30				
05227	510-0420	Sachbearbeiter/in Kita-Planung	1 A 11 kw 2022	1 A 11 kw 2024				
06258	510-0420	Sozialarb./päd. Fachberatung Richtlinie Qualität	1 S 15 T 21 kw 3)	1 S 15 T 7 kw 2024 1 S 15 T 14 kw 4)				

51 Kinder, Jugend und Familie

51.0 Verwaltung

51.01 Allgemeine Verwaltungs-Angelegenheiten, Finanzen

Nr. neu	Stellenschaffung für die Sachbearbeitung IT-Anwendungen, u. a. für den Ausbau der IT in den Kitas, mit Sperrvermerk (in Abhängigkeit vom IT-Ausbau in den Kitas).
Nr. 02429	Verlegung der Stelle von 51.01 zu 51.2 für die IT-Betreuung der Fachsoftware LISSA und zur Unterstützung im Rahmen der Konzeption „Digitalisierung der Kitas“.
Nr. 02516	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.

51.01.4 Wirtschaftliche Erziehungshilfe

Nr. neu	Stellenschaffung aufgrund einer Zunahme des Aufgabenvolumens durch einen stetigen Zuwachs der Jugendhilfefälle.

51.02 Wirtschaftliche Leistungen

Nr. neu	Stellenschaffung aufgrund einer stetigen Fallzahlerhöhung.

51.03 Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften, Beistandschaften

Nr. neu	Stellenschaffung im SG 51.03.1 aufgrund der gesetzlichen Neuregelungen zur Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts zum 1. Januar 2023.
Nr. 05804	Realisierung des ku)-Vermerkes.

51.04 Planung

Nr. 06432	Wegfall des kw-Vermerkes, da der Beratungsaufwand gestiegen ist. Auch zukünftig ist durch die steigende Geburtenrate, Schaffung von Neubaugebieten etc. von einem dauerhaften Mehraufwand auszugehen.
Nr. 05227	Verlängerung des kw-Vermerkes bis 2024. Die aktuelle Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für den weiteren Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder unter 3 Jahren läuft zwar Ende 2022 aus, aber von weiteren Verlängerungen oder dem Wechsel in neue Richtlinien ist auszugehen.
Nr. 06258	Wegfall des kw 3)-Vermerkes für T 7, dafür Anbringung eines kw-Vermerkes bis 2024. Die Förderrichtlinie für die 7 Stunden ist momentan bis zum 31.07.2023 befristet. Im Anschluss sind die entsprechenden Abrechnungen mit dem Land vorzunehmen. Der Runderlass wird am 31.12.2024 außer Kraft gesetzt. Bei den verbleibenden T 14 ist ein kw 4)-Vermerk anzubringen (Finanzierung aus dem Maßnahmenkatalog zur Qualitätsentwicklung gem. Ratsbeschluss vom 19.12.2017 (DS 17-05824).

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022 Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022 Verlegung (+/-)	Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023 Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023 Verlegung (+/-)	Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		51.1 Allgemeine Erziehungshilfe						
neu	510-1000	Sozialarb./-päd. Bezirk Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit von der Aufgabenentwicklung		+ 3 S 14 Sp*)		+ 6 S 14 Sp*)		
		51.16 Pflegekinderdienst						
neu	510-1600	Sozialarb./-päd. Pflegekinderdienst Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit von der Aufgabenentwicklung		+ 1 S 14 Sp*)				
		51.2 Eingliederungshilfe/ Fachdienste						
02429	510-5200	Sachbearbeiter/in IT-Fachanwendung				1 A 12 ku 1) S 11b T 19,5	+ 1 A 12	
		51.21 Fachdienste und Jugendhilfe-Einrichtungen						
05972	510-5100	Stellenleiter/in	1 S 17			1 S 17 T 29,25	- 1 S 17 T 9,75	
02508	510-5100	**bisher:** Sozialarb./-päd. Fachdienst für minderjährige Geflüchtete	1 S 14 T 29,25					
		künftig: Sachgebietsleiter/in Fachdienst für minderjährige Geflüchtete				1 S 15	+ 1 S 17 T 9,75	
		51.21.2 Jugendhilfe im Strafverfahren (JuHiS)						
02522	510-5120	Sachgebietsleiter/in Jugendhilfe im Strafverfahren (JuHiS)	1 S 12			1 S 15		
02519	510-5120	Sozialarb./-päd. Jugendhilfe im Strafverfahren (JuHiS)	1 S 17			1 S 12		
		51.22 Eingliederungshilfe						
		51.22.1 Eingliederungshilfe SGB VIII						
neu	510-5210	Sozialarb./-päd. Eingliederungshilfe SGB VIII Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit von der Aufgabenentwicklung		+ 1 S 14 Sp*)				
neu	510-5210	Sachgebietsleiter/in Eingliederungshilfe SGB VIII				+ 1 S 15		

51.1 Allgemeine Erziehungshilfe

Nr. neu	Stellenschaffungen im Rahmen einer überarbeiteten Personalbedarfsbemessung, auch unter Berücksichtigung der gesetzlichen Änderungen des KJSG. Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit von der tatsächlichen Aufgabenentwicklung. **Ergänzung:** Aufgrund einer aktualisierten Personalbedarfsbemessung nach INSO ergibt sich ein zusätzlicher Personalbedarf.

51.16 Pflegekinderdienst

Nr. neu	Stellenschaffungen im Rahmen einer überarbeiteten Personalbedarfsbemessung, auch unter Berücksichtigung der gesetzlichen Änderungen des KJSG. Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit von der tatsächlichen Aufgabenentwicklung.

51.2 Eingliederungshilfe, Fachdienste

Nr. 02429	Verlegung der Stelle von 51.01 zu 51.2 für die IT-Betreuung der Fachsoftware LISSA und zur Unterstützung im Rahmen der Konzeption „Digitalisierung der Kitas“. Anbringung eines ku)-Vermerkes aus personalwirtschaftlichen Gründen. Die für diese Aufgabe zum Stellenplan 2022 geschaffene Stelle bei 51.22.2 (StVPl.Nr. 06732) kann daher wegfallen.

51.21 Fachdienste und Jugendhilfe-Einrichtungen

Nr. 05972	Stellenausweisung entsprechend der künftigen Aufgabenwahrnehmung, Verlegung von Stellenanteilen zur StVPl.-Nr. 02508 für die Einrichtung einer Sachgebietsleitung.
Nr. 02508	Stellenausweisung für die Bildung eines neuen Sachgebietes „Fachdienst für minderjährige Geflüchtete“, Stundenaufstockung durch Verlegung von Stellenanteilen der StVPl.-Nr. 05972.

51.21.2 Jugendhilfe im Strafverfahren (JuHiS)

Nrn. 02522 und 02519	Stellenumwandlung entsprechend der Aufgabenwahrnehmung.

51.22 Eingliederungshilfe

51.22.1 Eingliederungshilfe SGB VIII

Nr. neu	Stellenschaffung im Rahmen einer überarbeiteten Personalbedarfsbemessung, auch unter Berücksichtigung der gesetzlichen Änderungen des KJSG. Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit von der tatsächlichen Aufgabenentwicklung.
Nr. neu	Stellenschaffung zur Entlastung der Stellenleitung und zur Sicherstellung der Kinderschutzverpflichtungen.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		51.22.2 Eingliederungshilfe SGB IX						
06545	510-5220	Sozialarb./-päd. Eingliederungshilfe SGB IX	1 S 14 Sp*)	1 S 14				
06705	510-5220	Sozialarb./-päd. Eingliederungshilfe SGB IX	1 S 14 Sp*)	1 S 14				
06703	510-5220	Sachbearbeiter/in Eingliederungshilfe SGB IX	1 A 10 Sp*)	1 A 10				
06543	510-5220	Sozialarb./-päd. Eingliederungshilfe SGB IX	1 A 8 Sp*)	1 S 14				
neu	510-5220	Sozialarb./-päd. Eingliederungshilfe SGB IX		+ 1 S 14				
06732	510-5220	Sozialarb./-päd. IT-Fachanwendung				- 1 S 11 b T 19,5 Sp*)		
		51.23 Kinder- und Jugendschutz/Frühe Hilfen						
05630	510-5300	Sachbearbeiter/in	1 A 10 T 30			1 A 9mD T 30		
		51.3 Kindertagesstätten						
02572	510-3000	Abteilungsleiter/in	1 E 14			1 A 14		
		51.30 Innendienst Kindertagesstätten						
05226	510-3199	Sachbearbeiter/in Innendienst Kindertagesstätten	1 A 10 T 20 kw 2022	1 A 10 T 20 kw 2024				
06551	510-3195	Kinderpfleger/in Personalausfallreserve Berufsbegleitende Ausbildung		- 1 S 4 T 43,90 kw 2022				
neu	510-3000	Erzieher/in		+ 1 S 8b T 63,96				
neu	510-3000	Hauswirtschaftsdienst		+ 1 E 2Ü T 4,68				
neu	510-3000	Erzieher/in				+ 1 S 8b T 70,59		
neu	510-3000	Hauswirtschaftsdienst				+ 1 E 2Ü T 4,29		
neu	510-3195	Kinderpfleger/in Personalausfallreserve Berufsbegleitende Ausbildung		+ 1 S 4 T 80,82 kw 2025				
neu	510-3195	Erzieher/in Personalausfallreserve Berufsbegleitendes Studium		+ 1 S 8b T 10,38 kw 2027				
06444	510-3195	Kinderpfleger/in Personalausfallreserve	1 S 3 T 381,8			1 S 3 T 463,3		
06445	510-3195	Kinderpfleger/in Personalausfallreserve	1 S 4 T 184,5			1 S 4 T 229,6		

51.22.2 Eingliederungshilfe SGB IX

Nrn. 06545, 06705, 06703	Freigabe der Sperrvermerke für die Umsetzung der Aufgabenerledigung in der Eingliederungshilfe.
Nr. 06543	Freigabe des Sperrvermerkes für die Umsetzung der Aufgabenerledigung in der Eingliederungshilfe sowie Umwandlung in EGr. S 14 TVöD.
Nr. neu	Stellenschaffung im Rahmen einer überarbeiteten Personalbedarfsbemessung, auch unter Berücksichtigung der gesetzlichen Änderungen des KJSG.
Nr. 06732	Stellenwegfall aus personalwirtschaftlichen Gründen (siehe auch StVPl.-Nr. 02429, Stelle 51.2).

51.23 Kinder- und Jugendschutz/Frühe Hilfen

Nr. 05630	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.

51.3 Kindertagesstätten

Nr. 02572	Stellenausweisung für eine mögliche altersbedingte Nachbesetzung aufgrund der höheren Flexibilität im Rahmen des Doppelhaushalts.

51.30 Innendienst Kindertagesstätten

Nr. 05226	Verlängerung des kw-Vermerkes bis 2024. Bedingt durch Fristverlängerungen bei den Förderprogrammen zum Ausbau der Betreuungsplätze (RIT und RAT), können über den eigentlichen Zeitraum Gelder angefordert werden. Im Anschluss sind die jeweiligen Verwendungsnachweise zu erstellen. Daneben werden aktuell vom Bund und vom Land Niedersachsen zusätzliche Förderprogramme aufgelegt (u. a. Landesprogramm Richtlinie Ausstattung, Landesprogramm Richtlinie IKiGa, Landesprogramm Startklar in die Zukunft).
Nr. 06551	Stellenwegfall aufgrund der Beendigung der berufsbegleitenden Ausbildung.
Nr. neu	Stellenmehrbedarf beim pädagogischen Personal im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 29.03.2022 (DS 22-17959).
Nr. neu	Stellenmehrbedarf beim Personal im Hauswirtschaftsbereich im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. Ratsbeschluss vom 29.03.2022 (DS 22-17959).
Nr. neu	Stellenmehrbedarf beim pädagogischen Personal im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. voraussichtlichem Ratsbeschluss am 21.03.2023 (DS 23-20577).
Nr. neu	Stellenmehrbedarf beim Personal im Hauswirtschaftsbereich im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. voraussichtlichem Ratsbeschluss am 21.03.2023 (DS 23-20577).
Nr. neu	Stellenschaffungen zur Anpassung der Personalausfallreserve für die berufsbegleitende Ausbildung zur Erzieherin/zum Erzieher.
Nr. neu	Stellenschaffungen zur Anpassung der Personalausfallreserve für das berufsbegleitende Studium zur Sozialarbeiterin/-pädagogin/zum Sozialarbeiter/-pädagogen.
Nrn. 06444 und 06445	Stellenschaffungen zur Anpassung der Personalausfallreserve aufgrund gestiegener Fehlzeitenquote.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
05632	510-3195	Erzieher/in Personalausfallreserve	1 S 8a T 675			1 S 8a T 805,5		
06443	510-3195	Erzieher/in Personalausfallreserve	1 S 8b T 300,6			1 S 8b T 363,5		
neu	510-3195	Kinderpfleger/in Ausfallreserve aufgrund Tarifabschluss SuE				+ 1 S 3 T 40,8		
neu	510-3195	Kinderpfleger/in Ausfallreserve aufgrund Tarifabschluss SuE				+ 1 S 4 T 22,5		
neu	510-3195	Erzieher/in Ausfallreserve aufgrund Tarifabschluss SuE				+ 1 S 8a T 65,3		
neu	510-3195	Erzieher/in Ausfallreserve aufgrund Tarifabschluss SuE				+ 1 S 8b T 31,5		
		51.31 Kindertagesstätten						
		51.3167 Volkskindergarten						
03183	510-3134	Leiter/in	1 S 13			1 S 15		
03184	510-3134	Stellv. Leiter/in	1 S 9			1 S 13		
		51.32 Kindertagesstätten						
		51.3221 Karlstraße						
02774	510-3111	Erzieher/in	1 S 8a T 74			1 S 8a T 63,08		
02775	510-3111	Kinderpfleger/in	1 S 3 T 129,5			1 S 3 T 118,58		
02780	510-3111	Hauswirtschaftsdienst	1 E 2Ü T 38,76			1 E 2Ü T 37,2		
		51.33 Kindertagesstätten						
06137	510-3199	Stellenleiter/in	1 S 17 T 30	1 S 17				
		51.4 Jugendförderung						
		51.40 Verwaltung, Kinder- und Jugendzeltplatz Lenste						
neu	510-4000	Erzieher/in Personalausfallreserve Berufsbegleitendes Studium		+ 1 S 8b T 10,38 kw 2027				
06739	510-4000	Sachbearbeiter/in Verwaltungsunterstützung Schulsozialarbeit	1 A 8 T 20 Sp*)			1 A 8 T 20		

Nrn. 05632 und 06443	Stellenschaffungen zur Anpassung der Personalausfallreserve aufgrund gestiegener Fehlzeitenquote
Nrn. neu	Stellenschaffungen zur Anpassung der Ausfallreserve aufgrund der Neuregelungen im Tarifabschluss SuE (Regenerationstage, Umwandlungstage, Vorbereitungs- und Qualifizierungszeiten).
51.31 Kindertagesstätten	
51.3167 Volkskindergarten	
Nrn. 03183 und 03184	Stellenwertänderung aufgrund der Änderung der Belegungszahlen.
51.32 Kindertagesstätten	
51.3221 Karlstraße	
Nrn. 02774, 02775 und 02780	Stellenwegfälle beim pädagogischen Personal sowie beim Personal im Hauswirtschaftsbereich im Zuge der jährlich vorzunehmenden Anpassung der Angebote im Kita-Bereich gem. voraussichtlichem Ratsbeschluss am 21.03.2023 (DS 23-20577).
51.33 Kindertagesstätten	
Nr. 06137	Stundenaufstockung entsprechend des Aufgabenzuwachses durch die Ausweitung der Betreuungsangebote in den städtischen Kindertagesstätten seit 2018, dadurch Mehrbedarf bei der Stellenleitung.
51.4 Jugendförderung	
51.40 Verwaltung, Kinder- und Jugendzeltplatz Lenste	
Nr. neu	Stellenschaffungen zur Anpassung der Personalausfallreserve für das berufsbegleitende Studium zur Sozialarbeiterin/-pädagogin/zum Sozialarbeiter/-pädagogen.
Nr. 06739	Freigabe des Sperrvermerkes zur verwaltungsmäßigen Betreuung und Abwicklung finanztechnischer Vorgänge der Schulsozialarbeit gem. Ratsbeschluss DS 21-15292 Nr. 2.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		51.41 Kinder- und Jugendarbeit						
neu	510-4101	Sozialarb./-päd. Jugendbüro/Jugendparlament						+ 2 S 15 Sp*) kw 4)
neu	510-4101	Sachbearbeiter/in Jugendbüro/Jugendparlament						+ 1 E 11 T 19,5 Sp*) kw 4)
		Sp*) Freigabe durch die Verwaltung, wenn die Genehmigung des Fördermittelgebers vorliegt						
		51.42 Jugendfreizeit-einrichtungen						
		51.4231 Rautheim						
03285	510-4206	Sozialarb./-päd.	1 S 12	1 S 12 T 58,5				
		51.4266 Waggum						
03304	510-4211	Sozialarb./-päd.	1 S 12 T 19,5	1 S 12				
		51.43 Schulkindbetreuung						
neu	510-4301	Erzieher/in im Gruppendienst Schulkindbetreuung KTK Weiße Rose/ KoGS Ilmenaustraße		+ 1 S 8a T 84,5				
neu	510-4301	Zweitkraft im Gruppendienst Schulkindbetreuung KTK Weiße Rose/ KoGS Ilmenaustraße		+ 1 S 2 T 18				
neu	510-4301	Erzieher/in im Gruppendienst Schulkindbetreuung		+ 1 S 8a T 25				
neu	510-4301	Zweitkraft im Gruppendienst Schulkindbetreuung		+ 1 S 2 T 20				
neu	510-4301	Sozialarb./päd. Schulkindbetreuung KJZ Rautheim/KoGS Rautheim				+ 1 S 12 T 6		
neu	510-4301	Erzieher/in im Gruppendienst Schulkindbetreuung KJZ Rautheim/KoGS Rautheim				+ 1 S 8a T 40		
neu	510-4301	Zweitkraft im Gruppendienst Schulkindbetreuung KJZ Rautheim/KoGS Rautheim				+ 1 S 2 T 36		
neu	510-4301	Erzieher/in im Gruppendienst Schulkindbetreuung KJZ Veltenhof-Rühme/ KoGS Rühme				+ 1 S 8a T 25		
05009	510-4301	Sozialarb./-päd.				1 S 12 T 19,5 kw 1)	+ 1 E 6 T 19,5 kw 1)	
05113	510-4301	Sozialarb./-päd. Schulsozialarbeit an Grundschulen	1 S 11b			1 S 12		

51.41 Kinder- und Jugendarbeit

Nrn. neu	Änderungen entsprechend der Empfehlungen aus der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung (FPDA) vom 2. März 2023.

51.42 Jugendfreizeiteinrichtungen

51.4231 Rautheim

Nr. 03285	Stellenmehrbedarf aufgrund stark angestiegener Besucherzahlen durch die Entstehung von Neubaugebieten im Einzugsgebiet des Kinder- und Jugendzentrums Rautheim. Ein weiterer, fünfter Öffnungstag ist nötig, um den erhöhten Betreuungsaufwand inklusive Schulkindbetreuung sicherzustellen.

51.4266 Waggum

Nr. 03304	Stellenmehrbedarf aufgrund stark angestiegener Besucherzahlen durch die Entstehung von Neubaugebieten im Einzugsgebiet des Kinder- und JugendzentrumsWaggum. Ein weiterer, fünfter Öffnungstag ist nötig, um den erhöhten Betreuungsaufwand inklusive Schulkindbetreuung sicherzustellen.

51.43 Schulkindbetreuung

Nrn. neu	Stellenmehrbedarf durch die Einrichtung weiterer Betreuungsgruppen aufgrund der Einführung des Ganztagsbetriebs an der Grundschule Ilmenaustraße gem. Ratsbeschluss vom 29.03.2022 (DS 22-17959).
Nrn. neu	Stellenmehrbedarf aufgrund der Erweiterung des Angebots in der Schulkindbetreuung gem. Ratsbeschluss vom 16.02.2021 (DS 20-14846).
Nrn. neu	Stellenmehrbedarf durch die Einrichtung weiterer Betreuungsgruppen aufgrund der Einführung des Ganztagsbetriebs an der KoGS Rautheim gem. voraussichtlichem Ratsbeschluss am 21.03.2023 (DS 23-20577).
Nrn. neu	Stellenmehrbedarf aufgrund der Erweiterung des Angebots in der Schulkindbetreuung an der KoGS Rühme gem. voraussichtlichem Ratsbeschluss am 21.03.2023 (DS 23-20577).
Nr. 05009	Verlegung von Stelle 40.01 in die Stelle 51.43 sowie Umwandlung in EGr. S 12 TVöD aus personalwirtschaftlichen Gründen.
Nr. 05113	Anpassung der Tätigkeitsmerkmale im TVöD-SuE nach Tarifverhandlungen, die zu einer höheren Eingruppierung führen.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
neu	510-4301	Sozialarb./-päd. Schulsozialarbeit an der Grundschule Altmühlstraße				+ 1 S 12 T 19,5		
06451	510-4301	Zweitkraft Schulkindbetreuung Ausfallreserve	1 S 2 T 88			1 S 2 T 142		
05814	510-4301	Erzieher/in Schulkindbetreuung Ausfallreserve	1 S 8b T 147,9			1 S 8b T 74,4	- 1 S 8b T 73,5	
neu	510-4301	Erzieher/in Schulkindbetreuung Ausfallreserve				1 S 8a T 73,5	+ 1 S 8b T 73,5	
neu	510-4301	Zweitkraft Schulkindbetreuung Ausfallreserve aufgrund Tarifabschluss SuE				+ 1 S 2 T 4		
neu	510-4301	Erzieher/in Schulkindbetreuung Ausfallreserve aufgrund Tarifabschluss SuE				+ 1 S 8a T 3		
neu	510-4301	Erzieher/in Schulkindbetreuung Ausfallreserve aufgrund Tarifabschluss SuE				+ 1 S 8b T 2		
		51.43.1 SG 1 Schulkindbetreuung						
05563	510-4301	Sachgebietsleiter/in SG 1 Schulkindbetreuung	1 S 11b	1 S 15				
		51.43.2 SG 2 Schulkindbetreuung						
05712	510-4301	Sachgebietsleiter/in SG 2 Schulkindbetreuung	1 S 11b	1 S 15				
03240	510-4301	Sozialarb./-päd.	1 S 11b			1 S 12		
		51.43.3 SG 3 Schulkindbetreuung						
06271	510-4301	Sachgebietsleiter/in SG 3 Schulkindbetreuung	1 S 11b	1 S 15				
		51.44 Jugendsozialarbeit						
		51.44.1 SG 1 Kommunale Schulsozialarbeit						
neu	510-4403	Sozialarb./-päd. Schulsozialarbeit Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit von der Aufgabenentwicklung		+ 4 S 11b Sp*)		4 S 12 Sp*)		
06710 06711	510-4403	Sozialarb./-päd. Schulsozialarbeit	2 S 11b Sp*)	2 S 11b		2 S 12		

Nr. neu	Stellenschaffung für die Schulsozialarbeit in der Grundschule Altmühlstraße aufgrund des gestiegenen Bedarfs für sozialarbeiterische Betreuung. Die Grundschule Altmühlstraße ist aufgrund stark gestiegener Schülerzahlen und dem sehr hohen Anteil an Kindern mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf besonders belastet.
Nr. 06451	Stellenschaffung aufgrund der aktualisierten Berechnung der Ausfallreserve durch den Ausbau der Schulkindbetreuung.
Nr. 05814	Stellenverlegung (1 S 8b T 73,5) zur Anpassung der Ausfallreserve entsprechend des tatsächlichen Bedarfs an Erzieher/in-Stellen mit schwierigen Tätigkeiten und Einrichtung einer Ausfallreserve für Erzieher/in-Stellen mit entsprechenden Tätigkeiten (S 8a).
Nr. neu	Stellenverlegung von StVPl.-Nr. 05814 und Umwandlung in die EGr. S 8a TVöD zur Einrichtung der Ausfallreserve für Erzieher/in-Stellen mit entsprechenden Tätigkeiten. Bisher wurden diese gemeinsam mit den Erzieher/innen mit schwierigen Tätigkeiten (S 8b) auf einer Stelle zusammengefasst.
Nrn. neu	Stellenschaffungen zur Anpassung der Ausfallreserve aufgrund der Neuregelungen im Tarifabschluss SuE (Regenerationstage, Umwandlungstage, Vorbereitungs- und Qualifizierungszeiten).
51.43.1 SG 1 Schulkindbetreuung	
Nr. 05563	Stellenausweisung entsprechend der voraussichtlichen Bewertung.
51.43.2 SG 2 Schulkindbetreuung	
Nr. 05712	Stellenausweisung entsprechend der voraussichtlichen Bewertung.
Nr. 03240	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.
51.43.3 SG 3 Schulkindbetreuung	
Nr. 06271	Stellenausweisung entsprechend der voraussichtlichen Bewertung.
51.44 Jugendsozialarbeit	
51.44.1 SG 1 Kommunale Schulsozialarbeit	
Nr. neu	Gem. Ratsbeschluss DS 21-15292 Nr. 1 sind mindestens 4 Stellen zu schaffen. Sperrvermerk: in Abhängigkeit vom Bedarf und Berücksichtigung der im "Rahmenkonzept Kommunale Schulsozialarbeit" festgelegten Parameter. **Ergänzung:** Anpassung der Tätigkeitsmerkmale im TVöD-SuE nach Tarifverhandlungen, die zu einer höheren Eingruppierung führen.
Nrn. 06710, 06711	Freigabe der Sperrvermerke für die Umsetzung der Aufgabenerledigung in der Kommunalen Schulsozialarbeit. **Ergänzung:** Anpassung der Tätigkeitsmerkmale im TVöD-SuE nach Tarifverhandlungen, die zu einer höheren Eingruppierung führen.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 01.12.2022		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
06276 06277 06278 06454 06455 06456 06457 06458 06560 06561 06562 06563 06564 06642 06643 06708 06709	510-4403	Sozialarb./-päd. Schulsozialarbeit	17 S 11b			17 S 12		
03229 03232 03233 06565	510-4403	Sozialarb./-päd. Schulsozialarbeit	4 S 11b T 19,5			4 S 12 T 19,5		

Nrn. 06276, 06277, 06278, 06454, 06455, 06456, 06457, 06458, 06560, 06561, 06562, 06563, 06564, 06642, 06643, 06708, 06709, 03229, 03232, 03233, 06565	Anpassung der Tätigkeitsmerkmale im TVöD-SuE nach Tarifverhandlungen, die zu einer höheren Eingruppierung führen.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		60 Bauordnung und Zentrale Vergabestelle						
		60.0 Verwaltung, Brandschutz und Rechtsverfahren						
		60.01 Verwaltung und Rechts-verfahren						
neu	600-1000	Sachbearbeiter/in Baukontrollen		+ 1 A 8				
		60.1 Zentrale Vergabestelle						
neu	600-1000	**bisher:** jur. Sachbearbeiter/in VgV-Verfahren **künftig:** Sachbearbeiter/in Zentrale Vergabestelle		+ 1 A 13		+ 1 A 11		
		60.11 VOL-Vergaben						
neu	600-1100	Sachbearbeiter/in Zentrale Vergabestelle		+ 1 A 11				
		60.12 VOB-Vergaben						
06492	600-1200	Stellenleiter/in	1 E 13			1 A 13gD		
neu	600-1200	Sachbearbeiter/in Zentrale Vergabestelle		+ 1 A 11				
		60.3 Bauordnung						
		60.32 Beratungsstelle Planen, Bauen, Umwelt						
02830	600-3200	Sachbearbeiter/in Antragsannahme, -erfassung und Vorprüfung von Bauanträ-gen	1 E 6 T 29,25			1 A 8 T 30		

60 Bauordnung und Zentrale Vergabestelle

60.0 Verwaltung, Brandschutz und Rechtsverfahren

60.01 Verwaltung und Rechtsverfahren

Nr. neu	Stellenschaffung zur Sicherstellung der erforderlichen Kontrollen vor Ort – oft verbunden mit konkreter Gefahrenabwehr. Außerdem besteht von Seiten der Politik und der Öffentlichkeit die Forderung, Grundstücksversiegelungen und rechtswidrige Anlagen von Schottergärten stärker zu überwachen. Die derzeit vorhandenen 3 Baukontrolleure sind vollständig ausgelastet und werden weiter benötigt. Bisher wurde 1 Baukontrolleur durch eine kw 1)-Stelle (personalwirtschaftliche Gründe) abgedeckt. Nach dem Ausscheiden dieses Mitarbeiters muss der benötigte Personalstamm (3 MA) durch eine neue Stelle gehalten werden.

60.1 Zentrale Vergabestelle

Nr. neu	Stellenschaffung (künftig in der Stelle 60.12 VOB-Vergaben) zur Bearbeitung von Beschaffungsvorgängen auch im Bereich der VgV-Verfahren für Planungsleistungen mit einem Teilnahmewettbewerb. **Ergänzung:** Stellenausweisung entsprechend der tatsächlichen Aufgabenwahrnehmung. Siehe auch StVPl.-Nr. 60.12/06492.

60.11 VOL-Vergaben

Nr. neu	Stellenschaffung in der Stelle 60.11 VOL-Vergaben aufgrund eines Mehrbedarfs im Bereich der Liefer- und Dienstleistungen in der Zentralen Vergabestelle (ZVS) als „Serviceeinheit“ für die Beschaffungswünsche der gesamten Stadtverwaltung.

60.12 VOB-Vergaben

Nr. 06492	Stellenausweisung entsprechend der tatsächlichen Aufgabenwahrnehmung (auch VgV-Verfahren) und der künftigen Besetzung.
Nr. neu	Stellenschaffung in der Stelle VOB-Vergaben aufgrund der Ausweitung der Beschaffungsvorgänge im Bereich der Hochbauverwaltung (Neubau- oder Sanierungsvorhaben).

60.3 Bauordnung

60.32 Beratungsstelle Planen, Bauen, Umwelt

Nr. 02830	Stellenwertänderung aufgrund der Bewertung.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		61 Stadtplanung und Geo-information						
neu	610-0000	Koordinator/in Prozesssteuerung Bauland-schaffung und -mobilisierung		+ 1 E 14				
neu	610-0000	Koordinator/in Prozesssteuerung Bauland-modell Gewerbe				+ 1 E 14		
neu	610-0000	Techn. Sachbearbeiter/in Baulandschaffung und -mobili-sierung		+ 1 E 11 T 19,5				
		61.0 Verwaltung						
		61.0 AG 1 Haushalt, Control-ling, IT						
02820	610-0100	Sachbearbeiter/in Haushaltswesen	1 E 10			1 A 11		
03425	610-0100	Techn. Sachbearbeiter/in Unterstützung der IT-Anwen-dungen	1 E 12 T 19,5			1 E 11		
02821	610-0100	Sachbearbeiter/in Haushalts- und Rechnungs-wesen	1 A 8			1 A 8 ku 1) A 7		
		61.1 Stadtplanung						
neu	610-1200	Techn. Sachbearbeiter/in Konzeptvergaben		+ 1 E 11				
		61.11 Städtebauliche Planung – Bezirk I						
neu	610-1200	Wiss. Sachbearbeiter/in				+ 1 E 13		
		61.12 Städtebauliche Planung – Bezirk II						
neu	610-1200	Techn. Sachbearbeiter/in				+ 1 E 11		
		61.14 Städtebauliche Verträge und Grundstückswertermittlung						
neu	610-1200	Techn. Sachbearbeiter/in Städtebauliche Kalkulation		+ 1 E 11				
03102	610-1200	Techn. Sachbearbeiter/in Grundstückswertermittlung	1 E 12 ku 1) E 11	1 E 11				
		61.2 Geoinformation						
		61.21 Geodaten						
		61.21/1 AG 1 Stadtvermessung						
03383	610-2100	Koordinator/in	1 A 12			1 A 11		

61 Stadtplanung und Geoinformation

Nr. neu	Stellenschaffung einer Koordinatorin/eines Koordinators einer neu zu gründenden Stabsstelle zur Steuerung des gesamten Prozesses der Baulandschaffung und -mobilisierung (Baulandmodell DS 22-19055).
Nr. neu	Stellenschaffung einer Koordinatorin/eines Koordinators zur übergreifenden Prozesssteuerung (Information, Koordination, Prioritätensetzung und Steuerung sowie Monitoring der Abläufe und Rahmenbedingungen) für das Baulandmodell Gewerbe.
Nr. neu	Stellenschaffung Sachbearbeitung für den Prozess der Baulandschaffung und -mobilisierung (Baulandmodell DS 22-19055).

61.0 Verwaltung

61.0 AG 1 Haushalt, Controlling, IT

Nr. 02820	Stellenumwandlung entsprechend der voraussichtlichen Besetzung.
Nr. 03425	Stundenaufstockung zur Unterstützung der IT-Anwendungen im Fachbereich; Stellenwertänderung entsprechend der Besetzung.
Nr. 02821	Anbringung eines ku 1)-Vermerks aufgrund der Bewertung.

61.1 Stadtplanung

Nr. neu	Stellenschaffung zur Erarbeitung baugebietsbezogener Vergabekonzepte mit Festlegung relevanter Kriterien, nach denen Grundstücke vergeben werden, um die jeweiligen Zielsetzungen zu erreichen (Baulandmodell DS 22-19055).

61.11 Städtebauliche Planung – Bezirk I

Nr. neu	Stellenschaffung zur Bearbeitung hochwertiger und komplexer Planvorhaben in hochverdichteten Stadtbereichen sowie für Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung der Innenstadt.

61.12 Städtebauliche Planung – Bezirk II

Nr. neu	Stellenschaffung für die Schaffung von Baurecht für bezahlbaren Wohnraum (insbesondere für die Bebauungsplanverfahren „Wenden West – 2. BA“ (WE 63), „Jütenring“ (HA 137), „Rautheim West“; (RA 29).

61.14 Städtebauliche Verträge und Grundstückswertermittlung

Nr. neu	Stellenschaffung für städtebauliche Kalkulation zur Ermittlung tragfähiger Erwerbspreise für den geplanten Zwischenerwerb durch die Stadt bzw. die Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH (GGB) (Baulandmodell DS 22-19055).
Nr. 03102	Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung und Realisierung ku 1)-Vermerks.

61.2 Geoinformation

61.21 Geodaten

61.21/1 AG 1 Stadtvermessung

Nr. 03383	Stellenwertänderung aufgrund der Bewertung.

Fachbereich 10
1022 118 3

61 Stadtplanung und Geoinformation

Stellenplan 2023

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		61.3 Integrierte Entwicklungs-planung						
		61.31 Entwicklungs- und Standortplanung						
neu	610-3100	Wiss. Sachbearbeiter/in Flächennutzungsplan		+ 1 A 13				
neu	610-3100	Wiss. Sachbearbeiter/in Strategie- u. Programmentwick-lung		+ 1 E 13				
neu	610-3100	Wiss. Sachbearbeiter/in Strategie- und Erarbeitung Handlungsprogramm Baulandmodell Gewerbe				+ 1 E 13		
		61.32 Sonderprojekte der Stadtentwicklung						
neu	610-3100	Techn. Sachbearbeiter/in IKSK 2.0 Quartiersmanager/in		+ 2 E 11 kw 3)				
		61.4 Stadterneuerung						
		61.4/1 AG 1 Sanierungsrechtli-che Vorbereitung und Abwick-lung						
06468	610-4000	Koordinator/in	1 E 10			1 E 11		

61.3 Integrierte Entwicklungsplanung

61.31 Entwicklungs- und Standortplanung

Nr. neu	Stellenschaffung für die Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes (FNP); der Rat hat in seiner Sitzung am 12.11.2019 die Neuaufstellung des FNP beschlossen (DS 19-11797).
Nr. neu	Stellenschaffung für die Strategie- und Programmentwicklung; es ist ein für alle Beteiligten verbindliches Handlungsprogramm zu entwickeln, bei dem die Baulandpotenziale der Innen- und Außenentwicklung priorisiert sowie die erforderlichen städtebaulichen Instrumente und Verfahren zur Entwicklung und Mobilisierung des baureifen Landes dargelegt werden. Das Programm soll kontinuierlich fortgeschrieben werden (Baulandmodell DS 22-19055).
Nr. neu	Stellenschaffung zur Fortschreibung des strategischen Entwicklungskonzepts und die erstmalige Entwicklung eines Handlungsprogramms für die Gewerbeflächenentwicklung (Baulandmodell Gewerbe).

61.32 Sonderprojekte der Stadtentwicklung

Nrn. neu	Stellenschaffungen aufgrund des Integrierten Klimaschutzkonzeptes 2.0 (IKSK 2.0, DS 22-18957) zur Umsetzung energetischer Quartierskonzepte sowie Anbringung eines kw 3)-Vermerkes im Hinblick auf die Fördermöglichkeiten durch das KfW-Programm 432 (Energetische Stadtsanierung).

61.4 Stadterneuerung

61.4/1 AG 1 Sanierungsrechtliche Vorbereitung und Abwicklung

Nr. 06468	Stellenwertänderung entsprechend der voraussichtlichen Bewertung.

65 Gebäudemanagement

Stellenplan 2023

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		65 Gebäudemanagement						
01743		Fachbereichsleiter/in	1 aT			1 A 16		
		65.11 Flächen- und Portfolio-management						
neu		Techn. Sachbearbeiter/in IKSK 2.0		+ 1 E 11				
		65.2 Objektmanagement und Instandsetzung						
neu		Techn. Sachbearbeiter/in IKSK 2.0		+ 1 E 11				
neu		Techn. Sachbearbeiter/in IKSK 2.0		+ 1 E 11				
		65.3 Betrieb						
04646		Abteilungsleiter/in	1 E 15			1 A 15		
		65.31 Haus- und Reinigungs-dienste						
neu		Mitarbeiter/in im Hausdienst BC III		+ 4 E 4				
		65.33 Betriebshandwerklicher Dienst						
02978		Tischler/in Werkstatt	1 E 6 T 20	1 E 6				

65 Gebäudemanagement

Nr. 01743	Stellenausweisung für eine mögliche altersbedingte Nachbesetzung aufgrund der höheren Flexibilität im Rahmen des Doppelhaushalts.
65.1 Konzeption und Projektentwicklung	
65.11 Flächen- und Portfoliomanagement	
Nr. neu	Stellenschaffung aufgrund des Integrierten Klimaschutzkonzepts 2.0 (IKSK 2.0, DS 22-18957) für die technische bzw. energetische Konzeption für die Portfolioanalyse und die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung von energetischen Wirtschaftlichkeitsanalysen.
65.2 Objektmanagement und Instandsetzung	
Nr. neu	Stellenschaffung aufgrund des Integrierten Klimaschutzkonzepts 2.0 (IKSK 2.0, DS 22-18957) für die Tätigkeit einer Klimaschutzmanagerin bzw. eines Klimaschutzmanagers.
Nr. neu	Stellenschaffung aufgrund des Integrierten Klimaschutzkonzepts 2.0 (IKSK 2.0, DS 22-18957) für den Bereich Heizung, Lüftung, Sanitär mit dem Schwerpunkt Wärmerückgewinnung.
65.3 Betrieb	
Nr. 04646	Stellenausweisung für eine mögliche altersbedingte Nachbesetzung aufgrund der höheren Flexibilität im Rahmen des Doppelhaushalts.
65.31 Haus- und Reinigungsdienste	
Nrn. neu	Stellenschaffungen für den Haus- und Pförtnerdienst im BC III, das ab Mitte 2023 als zweiter großer Verwaltungsstandort für die Stadtverwaltung Braunschweig genutzt werden soll.
65.33 Betriebshandwerklicher Dienst	
Nr. 02978	Stundenaufstockung um die steigende Anzahl an Meldungen, die die Tischlerei betreffen, bearbeiten zu können. Zudem werden von der Tischlerei verstärkt kurzfristige Zuarbeiten bei Baumaßnahmen gefordert, die in kurzer Zeit über eine Fremdbeauftragung nicht erbracht werden können und die bei Eigenerledigung auch wirtschaftlicher sind.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		66 Tiefbau und Verkehr						
		66.0 Verwaltung						
01674	660-0000	Sachbearbeiter/in Steuerungsunterstützung	1 A 11			1 A 10		
02033	660-0100	Sachbearbeiter/in Personal, Organisation	1 A 11 T 23	1 A 11 T 29				
		66.1 Verkehrsplanung und Verkehrsmanagement						
		66.11 Gesamtverkehrsplanung						
06308	660-1100	Wiss. Sachbearbeiter/in Mobilitätsentwicklungsplanung	1 E 13 kw 2023	1 E 13				
neu	660-1100	Techn. Sachbearbeiter/in Mobilitätsentwicklungsplan		+ 1 E 11				
		66.12 Verkehrsplanung Projekte						
neu	660-1200	Techn. Sachbearbeiter/in Baulandmodell		+ 1 E 11				
		66.13 Verkehrsmanagement, öffentliche Beleuchtung, Licht-signalanlagen						
neu	660-1300	Techn. Sachbearbeiter/in Radverkehr		+ 1 E 11 T 9,75				
		66.2 Straßenplanung und -neubau						
		66.21 Straßenplanung						
neu	660-2100	Techn. Sachbearbeiter/in Radverkehr		+ 1 E 11 T 19,5				
		66.22 Straßenneubau						
neu	660-2200	Techn. Sachbearbeiter/in Radverkehr		+ 1 E 11				

66 Tiefbau und Verkehr

66.0 Verwaltung

Nr. 01674	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.
Nr. 02033	Stundenaufstockung für den Bereich Personal/Organisation, da die Anzahl der zu betreuenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fachbereichs 66 in den letzten Jahren deutlich gestiegen und dadurch der Arbeitsaufwand im Aufgabenbereich Personal und Organisation ebenfalls deutlich aufwendiger und umfangreicher geworden ist. Die Anzahl der Planstellen ist von rd. 124 (Stellenplan 2010) auf rd. 156 Planstellen (Stellenplan 2022) um ca. 25 % gestiegen. Im entsprechenden Umfang wird die Stundenzahl der Stelle aufgestockt.

66.1 Verkehrsplanung und Verkehrsmanagement

66.11 Gesamtverkehrsplanung

Nr. 06308	Wegfall des kw 2023 Vermerks. Die Stelle wird für die konzeptionelle Arbeit an dem in Aufstellung befindlichen Mobilitätsentwicklungsplan weiterhin benötigt.
Nr. neu	Stellenschaffung zur Umsetzung des in Aufstellung befindlichen Mobilitätsentwicklungsplans.

66.12 Verkehrsplanung Projekte

Nr. neu	Stellenschaffung im Zusammenhang mit dem geplanten Baulandmodell (DS 22-19055).

66.13 Verkehrsmanagement, öffentliche Beleuchtung, Lichtsignalanlagen

Nr. neu	Stellenschaffung für den Radverkehr zur weiteren Umsetzung des Ziele- und Maßnahmenkatalogs "Radverkehr in Braunschweig“ (Antrag 20-13342-02), hier: Radwegbeleuchtung.

66.2 Straßenplanung und -neubau

66.21 Straßenplanung

Nr. neu	Stellenschaffung für den Radverkehr zur weiteren Umsetzung des Ziele- und Maßnahmenkatalogs "Radverkehr in Braunschweig“ (Antrag 20-13342-02), hier: Planung von Radverkehrsanlagen.

66.22 Straßenneubau

Nr. neu	Stellenschaffung für den Radverkehr zur weiteren Umsetzung des Ziele- und Maßnahmenkatalogs "Radverkehr in Braunschweig“ (Antrag 20-13342-02), hier: Bau von Radverkehrsanlagen.

Fachbereich 10
1022 118 3

66 Tiefbau und Verkehr

Stellenplan 2023

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		66.3 Straßen und Brücken						
neu	660-3000	Techn. Sachbearbeiter/in Radverkehr		+ 1 E 11				
06496	660-3000	Techn. Sachbearbeiter/in Qualitätssicherung Verkehrs-wegeinfrastruktur				- 1 E 11		
		66.31 Fahrbahndecken						
neu	660-3100	Techn. Sachbearbeiter/in Fahrbahndecken		+ 1 E 11				
		66.33 Unterhaltungsbezirk Süd und Glasfaserausbau						
01786	660-3300	Stellenleiter/in	1 E 12 kw 2024			1 E 12		
01817	660-3300	**bisher:** Unterhaltungsarbeiter/in (Vorarbeiter/in)	1 E 3 Z8					
		künftig: Straßenbauer/in				1 E 6		
		66.4 Straßenverkehr						
01936	660-4000	Abteilungsleiter/in	1 A 12			1 A 12 kw 1)		
		66.42 Baustellenmanagement, Schwertransporte						
neu	660-4200	Sachbearbeiter/in Radverkehr		+ 1 A 10 T 20				
01938	660-4200	Sachbearbeiter/in Ausnahmegenehmigungen	1 A 10			1 A 9 mD		
		66.43 Geschwindigkeitsüber-wachung						
06158 06159 01948 06160	660-4300	Sachbearbeiter/in Überwachung des fließenden Verkehrs	4 A 8			4 A 7		
01949	660-4300	Sachbearbeiter/in Überwachung des fließenden Verkehrs	1 E 7			1 A 7		

66.3 Straßen und Brücken

Nr. neu	Stellenschaffung für den Radverkehr zur weiteren Umsetzung des Ziele- und Maßnahmenkatalogs "Radverkehr in Braunschweig“ (Antrag 20-13342-02), hier: Qualitätsoffensive, Abstellanlagen, andere Maßnahmen.
Nr. 06496	Stellenwegfall nach Abschluss des Ausbaus der Dynamischen Fahrgastinformationen (DFI) an den Straßenbahn- und Bushaltestellen, der gemeinsam mit der Braunschweiger Verkehrs GmbH erfolgte.

66.31 Fahrbahndecken

Nr. neu	Stellenschaffung für die Fahrbahndecken. Das Volumen für das Fahrbahn- und Radwegdeckenprogramm ist von 0,6 Mio. € in 2017 auf 3,4 Mio. € in 2023 gestiegen. Der sich hieraus ergebende Mehraufwand für Abstimmungen, die Ausarbeitung von Verkehrsführungen und Ausschreibungen sowie die Baubetreuung ist sehr hoch.

66.33 Unterhaltungsbezirk Süd und Glasfaserausbau

Nr. 01786	Streichung des kw 2024 Vermerks, der im Zusammenhang mit Stellenschaffungen für den Stadtbahnausbau angebracht wurde. Die für das Stadtbahnausbauprojekt geschaffenen Stellen werden jedoch weiterhin im vollen Umfang für die Realisierung des Projekts benötigt, daher kann keine Stelle entfallen. Als Kompensation wird an der Planstelle 66.4/01936 ein kw 1) Vermerk angebracht.
Nr. 01817	Stellenhebung entsprechend der Aufgabenentwicklung. Der Bedarf an ungelernten Kräften auf den Bauhöfen wird stetig geringer, während hingegen der Bedarf an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Fachkenntnissen im Straßenbau und einer abgeschlossenen Ausbildung als Straßenbauer/in steigt.

66.4 Straßenverkehr

Nr. 01936	Anbringung eines kw 1)-Vermerks als Kompensation der Streichung des kw 2024 Vermerks an der Planstelle 66.33/01786.

66.42 Baustellenmanagement, Schwertransporte

Nr. neu	Stellenschaffung für den Radverkehr zur weiteren Umsetzung des Ziele- und Maßnahmenkatalogs "Radverkehr in Braunschweig“ (Antrag 20-13342-02), hier: Verbesserung des Radverkehrs an Baustellen.
Nr. 01938	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.

66.43 Geschwindigkeitsüberwachung

Nrn. 06158, 06159, 01948 und 06160	Stellenausweisungen entsprechend der Bewertung.
Nr. 01949	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der geplanten Besetzung.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		67 Stadtgrün und Sport						
01490	670-0000	Fachbereichsleiter/in	1 aT			1 A 16		
		0670 Sportreferat						
06316	670-4000	Referatsleiter/in	1 E 14			1 A 14		
neu	670-4000	Sachbearbeiter/in						+ 1 E 10
		0670.10 Sportstätten – Entwicklung und Unterhaltung						
		0670.10.1 SG 1 Sportstätten-unterhaltung						
03753	670-4701	Gartenarbeiter/in Sportplatzpflege	1 E 3 T 28,25			1 E 3 T 25	- 1 E 3 T 3,25	
		0670.20 Sportstättenverwaltung						
neu	670-4801	Sachbearbeiter/in Special Olympics 2023, Host-Town-Programm		+ 1 A 11 kw 2023				
		67.0 Verwaltung und Kleingar-tenwesen						
neu	670-0010	Sicherheitstechniker/in				+ 1 E 9b T 19,5		
01495	670-0010	Sachbearbeiter/in Registratur, allgem. Verwal-tungsaufgaben	1 E 5 T 30,9			-1 E 5 T 19,5 1 E 5 T 11,4		
		67.01 Finanzen und Controlling						
04876	670-0020	Sachbearbeiter/in Controlling	1 E 10			1 A 11		
		67.02 Allgemeine Verwaltungs-angelegenheiten						
01563	670-0040	Stellenleiter/in	1 A 12	1 A 11				
neu	670-0041	Sachbearbeiter/in Personal				+ 1 A 7 T 20		
		67.2 Stadtgrün -Grünflächen-management und -entwicklung						
03212	670-2000	Abteilungsleiter/in, stellv. Fachbereichsleiter/in	1 E 14			1 A 14		

67 Stadtgrün und Sport

Nr. 01490	Stellenausweisung für eine mögliche altersbedingte Nachbesetzung aufgrund der höheren Flexibilität im Rahmen des Doppelhaushaltes.
0670 Sportreferat	
Nr. 06316	Stellenausweisung entsprechend der Besetzung.
Nr. neu	Änderung entsprechend der Empfehlungen aus der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung (FPDA) vom 2. März 2023.
0670.10 Sportstätten –Entwicklung und Unterhaltung	
0670.10.1 SG 1 Sportstättenunterhaltung	
Nr. 03753	Neufestsetzung der Stundenzahl entsprechend des Bedarfs und Verlegung zu StVPl-Nr. 67.21/06503.
0670.20 Sportstättenverwaltung	
Nr. neu	Befristete Stellenschaffung für das Host-Town-Programm der Special Olympics 2023.
67.0 Verwaltung und Kleingartenwesen	
Nr. neu	Stellenschaffung zur Koordination und Sicherstellung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes für den gesamten FB 67.
Nr. 01495	Teilweiser Wegfall zur Kompensation der Stellenschaffung Sachbearbeiter/in Personal (StVPl-Nr. 67.02/neu).
67.01 Finanzen und Controlling	
Nr. 04876	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.
67.02 Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	
Nr. 01563	Stellenausweisung entsprechend der Bewertung.
Nr. neu	Stellenschaffung für die Aufgabenwahrnehmung im Bereich Personal. Stellenschaffung erfolgt gegen Kompensation (StVPl-Nr. 67.0/01495).
67.2 Stadtgrün - Grünflächenmanagement und -entwicklung	
Nr. 03212	Stellenausweisung für eine mögliche altersbedingte Nachbesetzung aufgrund der höheren Flexibilität im Rahmen des Doppelhaushaltes.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		67.21 Grünflächenmanagement						
neu	670-2100	Gärtnermeister/in für einen neuen Bezirk				+ 1 E 9b		
neu	670-2125	Schlepperfahrer/in				+ 1 E 5		
03680	670-2100	Gartenarbeiter/in Saison	1 E 3 T 93,12			1 E 3 T 83,37	- 1 E 3 T 9,75	
06503	670-8067	Schlepperfahrer/in Umsetzung Förderprojekt Biodiversität	1 E 5 T 26			1 E 5	+ 1 E 3 T 9,75 + 1 E 3 T 3,25	
		67.21.5 SG 5 Reinigungs- und Wildkrautprojekt						
03632	670-2121	Reinigungswart/in Saison Reinigungsprojekt	1 E 2 T 182	1 E 2 T 208				
		67.22 Grünflächenentwicklung						
		67.22.1 SG 1 Konzeption und Planung						
06508	670-2200	Techn. Sachbearbeiter/in Sonderfond Großspielgeräte in Kitas				- 1 E 11 T 19,5 kw 1)		
		67.4 Stadtbäume und Landschaftspflege						
		67.41 Baumschutz und Landschaftspflege						
06840	670-2030	Techn. Sachbearbeiter/in Baumschutz beim Glasfaserausbau	1 E 11 kw 2023	1 E 11 kw 2025				

67.21 Grünflächenmanagement	
Nr. neu	Stellenschaffung für einen neuen Bezirk. Anpassung aufgrund von Flächenzuwächsen und zur besseren Aufgabenwahrnehmung. Künftig sollen jedem Bezirk jeweils zwei Reviere zugeordnet werden.
Nr. neu	Umsetzung des Fraktionsantrages SP 230 zum StPl 2021 zur Baumbewässerung. Anstelle der zunächst in der Stellenreserve 2021 geschaffenen Gartenarbeiter-Stelle E 3 wird lt. FB 67 für die Bewässerung eine Schlepperfahrer-Stelle E 5 zum Transport der Wassertanks benötigt. Eine entsprechende Mitteilung des FB 67 ist an den Umwelt- und Grünflächenausschuss und an den Ausschuss für Finanzen-, Personal und Digitalisierung erfolgt (DS 22-20187). Die dafür in der Stellenreserve geschaffene Stelle (StVPl.-Nr. 91/06656) fällt gleichzeitig weg.
Nr. 03680	Neufestsetzung der Stundenzahl entsprechend des Bedarfs und Verlegung zu StVPl-Nr. 67.21/ 06503.
Nr. 06503	Stundenaufstockung bzw. Zusammenführung von Arbeitszeitanteilen entsprechend des Bedarfs zur Umsetzung von Maßnahmen aus dem Förderprojekt Biodiversität. Die Rückschnittarbeiten an den im Rahmen des Projektes angelegten Blühflächen an über 50 Stellen im Stadtgebiet in den Spätherbst-/Wintermonaten sollen bei der Stelle zusammengeführt und verortet werden, die in der Vegetationsperiode im Zuge des Projektes die ökologische Wiesenpflege mit einem landwirtschaftlichen Schlepper durchführt und so für die Umwandlung von artenarmen Scherrasen zu ökologisch wertvollen Wiesenflächen sorgt. Eine dadurch möglich werdende ganzheitliche Bearbeitung und personelle Kontinuität in der Aufgabenwahrnehmung trägt zur Sicherstellung des Erhaltes der Blühflächen bei, zu dem die Stadt förderungsbedingt verpflichtet ist. Kompensation erfolgt über Stundenreduzierungen und -verlegungen von den StVPl-Nrn. 0670.10.1/03753 und 67.21/03608.
67.21.5 SG 5 Reinigungs- und Wildkrautprojekt	
Nr. 03632	Stellenschaffung zur Verstärkung der Reinigungswarte Saison im Reinigungsprojekt insbesondere aufgrund von Flächenzuwächsen, erhöhtem Müllaufkommen und erhöhter Anzahl von Abfallbehälterleerungen.
67.22 Grünflächenentwicklung	
67.22.1 SG 1 Konzeption und Planung	
Nr. 06508	Stellenwegfall durch Realisierung des kw 1)-Vermerks.
67.4 Stadtbäume und Landschaftspflege	
67.41 Baumschutz und Landschaftspflege	
Nr. 06840	Verlängerung des kw-Vermerkes bis 2025 entsprechend der voraussichtlichen Dauer der Ausbauaktivitäten der Telekommunikationsunternehmen.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		68 Umwelt						
03676	680-0000	Fachbereichsleiter/in	1 A 16			1 B 2		
		68.1 Abfallrecht, Immissionsschutz, Naturschutz						
		68.11 Naturschutz						
neu	680-1100	Techn. Sachbearbeiter/in Naturschutzfachliche Begleitung im Rahmen der Baulandentwicklung		+ 1 E 11 T 19,5				
04946	680-1100	Sachbearbeiter/in Öffentlichkeitsarbeit der Naturschutzbehörde, Stadttaubenbeauftragte/r	1 E 11 T 29,5	1 E 11 T 34,5				
03732	680-1100	Sachbearbeiter/in Naturschutzbehörde, Natur- und Landschaftsschutz, Arten- und Baumschutz, Bodenabbauvorhaben, Überwachung der Naturdenkmäler	1 A 11			1 A 10		
04866	680-1100	Sachbearbeiter/in Naturschutzbehörde	1 A 11			1 A 10		
		68.12 Abfallrecht, Immissionsschutz						
neu	680-1100	Techn. Sachbearbeiter/in Immissionsschutzfachliche Begleitung im Rahmen der Baulandentwicklung		+ 1 E 11 T 19,5				
03726	680-1100	Sachbearbeiter/in Lärm-/Immissionsschutz	1 A 12			1 A 11		
		68.2 Gewässer- und Bodenschutz						
neu	680-2200	Techn. Sachbearbeiter/in Altlast- und Kampfmittelbegleitung im Rahmen der Baulandentwicklung		+ 1 E 11 T 19,5				
		68.3 Umweltplanung und Umweltdaten						
neu	680-3300	Techn. Sachbearbeiter/in IKSK 2.0 Suffizienz und Nachhaltigkeit		+ 1 E 11				
neu	680-3300	Techn. Sachbearbeiter/in IKSK 2.0 Wirtschaft und Energie		+ 1 E 11				
neu	680-3300	Techn. Sachbearbeiter/in IKSK 2.0 Bildung und nachhaltige Entwicklung		+ 1 E 11 T 29,25				
06850	680-3300	Sachbearbeiter/in Förderprojekt Klimawandelanpassung „Co-Adapted Braunschweig“ (COABS)	1 E 11 kw 4) Sp*)			1 E 11 kw 4)		

68 Umwelt

Nr. 03676	Stellenhebung entsprechend der voraussichtlichen Bewertung aufgrund der Organisationsänderung.
68.1 Abfallrecht, Immissionsschutz, Naturschutz	
68.11 Naturschutz	
Nr. neu	Stellenschaffung für die naturschutzfachliche Begleitung im Rahmen der Baulandentwicklung (Baulandmodell DS 22-19055).
Nr. 04946	Stundenaufstockung für die Funktion der/des Stadttaubenbeauftragten (Ratsentscheidung vom 24.04.2022 gem. DS 22-18277)
Nr. 03732	Stellenwertänderung aufgrund der Bewertung
Nr. 04866	Stellenwertänderung aufgrund der Bewertung
68.12 Abfallrecht, Immissionsschutz	
Nr. neu	Stellenschaffung für die immissionsschutzfachliche Begleitung im Rahmen der Baulandentwicklung (Baulandmodell DS 22-19055).
Nr. 03726	Stellenwertänderung aufgrund der Bewertung
68.2 Gewässer- und Bodenschutz	
Nr. neu	Stellenschaffung für die Altlast- und Kampfmittelbegleitung im Rahmen der Baulandentwicklung (Baulandmodell DS 22-19055).
68.3 Umweltplanung und Umweltdaten	
Nr. neu	Stellenschaffung aufgrund des Integrierten Klimaschutzkonzeptes 2.0 (IKSK 2.0, DS 22-18957) insbesondere für die Themen „Suffizienz und Nachhaltigkeit“
Nr. neu	Stellenschaffung aufgrund des Integrierten Klimaschutzkonzeptes 2.0 (IKSK 2.0, DS 22- 18957) zur fachlichen Verbindung zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Klimaschutz.
Nr. neu	Stellenschaffung aufgrund des Integrierten Klimaschutzkonzeptes 2.0 (IKSK 2.0, DS 22-18957) zur Stärkung der Klimaschutzbildung an Schulen und Kitas sowie zur Etablierung guter Beteiligungsformate und Kampagnen zum Klimaschutz.
Nr. 06850	Wegfall des Sperrvermerks entsprechend der Aufgabenwahrnehmung

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		91 Stellenreserve für die Gesamtverwaltung						
06656		Sachbearbeiter/in Grünpflege				- 1 E 3		

91 Stellenreserve für die Gesamtverwaltung

Nr. 06656	Stellenwegfall entsprechend des Bedarfs. Die Stellenschaffung erfolgte aufgrund des Fraktionsantrags SP 230 zum Stellenplan 2021 für die Baumbewässerung in den Sommermonaten. Da für den Fachbereich 67 eine Stellenschaffung für diese Aufgabe im Stellenplan 2023 erfolgt, besteht der Bedarf für diese Stelle in der Stellenreserve nicht mehr.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		92 Leerstellen						
00717		Sachbearbeiter/in				- 1 A 10 kw 6)		
05579		Sozialarb./-päd.				- 1 S 17 kw 6)		
05574		Erzieher/in				- 1 S 13 kw 6)		
05575		Erzieher/in				- 1 S 13 kw 6)		
00855		Arbeiter/in				- 1 E 4 kw 6)		
04674		Arbeiter/in				- 1 E 2 kw 6)		
		92.01 Leerstellen für Fraktions-geschäftsführung						
00533		Sachbearbeiter/in				- 1 A 13 gD kw 6)		
00534		Sachbearbeiter/in				- 1 A 13 gD kw 6)		
00535		Sachbearbeiter/in				- 1 E 6 kw 6)		
00536		Sachbearbeiter/in				- 1 E 5 kw 6)		
		92.02 Leerstellen für Verein Braunschweigische Landschaft e. V.						
00532		Sachbearbeiter/in				- 1 E 5 kw 6)		
		92.04 Leerstellen für Zweckver-band Großraum Braunschweig						
05158		Sachbearbeiter/in				- 1 E 6 kw 6)		
		92.05 Leerstellen für Nds. Stu-dieninstitut für kommunale Ver-waltung Braunschweig e. V.						
00539		Sachbearbeiter/in				- 1 A 12 kw 6)		
00540		Sachbearbeiter/in				- 1 A 11 kw 6)		
05262		Sachbearbeiter/in				- 1 A 11 kw 6)		
00541		Sachbearbeiter/in				- 1 E 5 kw 6)		
		92.10 Leerstellen für Städti-sches Klinikum Braunschweig gGmbH						
01274		Sachbearbeiter/in				- 1 A 8 kw 6)		
01284		Sachbearbeiter/in				- 1 A 7 kw 6)		

92 Leerstellen

Nrn. 00717 bis 04674	Stellenwegfälle entsprechend des Bedarfs.
92.01 Leerstellen für Fraktionsgeschäftsführung	
Nr. 00533 bis 00536	Stellenwegfälle entsprechend des Bedarfs.
92.02 Leerstellen für Verein Braunschweigische Landschaft e. V.	
Nr. 00532	Stellenwegfall entsprechend des Bedarfs.
92.02 Leerstellen für Zweckverband Großraum Braunschweig	
Nr. 05158	Stellenwegfall entsprechend des Bedarfs.
92.05 Leerstellen für Nds. Studieninstitut für kommunale Verwaltung Braunschweig e. V.	
Nr. 00539 bis 00541	Stellenwegfälle entsprechend des Bedarfs.
92.10 Leerstellen für Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH	
Nr. 01274, 01284	Stellenwegfälle entsprechend des Bedarfs.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		94 Freigestellte Mitglieder der Personalvertretung						
		94.2 Örtl. Personalrat Bauverwaltung						
01031	002-0000	Stellvertreter/in	1 E 5 T 19,5 kw 2)			1 E 8 kw 2)	+1 E 6 T 19,5 kw 2)	
06657	002-0000	Stellvertreter/in	1 E 6 T 19,5 kw 2)				- 1 E 6 T 19,5 kw 2)	
		94.8 Gesamtvertrauensvertretung der Schwerbehinderten						
01044	002-0000	Vorsitzende/r	1 A 12 kw 2)			1 E 5 kw 2)		

94 Freigestellte Mitglieder der Personalvertretung

94.2 Örtl. Personalrat Bauverwaltung

Nrn. 01031, 06657	Stellenausweisungen entsprechend des Bedarfs.

94.7 Gesamtvertrauensvertretung der Schwerbehinderten

Nr. 01044	Stellenausweisung entsprechend des Bedarfs.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		95 Zuweisung von Dienst-kräften						
		95.03 Zuweisung zur Braun-schweig Zukunft GmbH						
05314		Sachbearbeiter/in				- 1 A 10		
		95.06 Zuweisung zur Stadtmar-keting Braunschweig GmbH						
00143		Sachbearbeiter/in für Bürokommunikation				- 1 E 5		
01314		Sachbearbeiter/in Sekretariat, Sondernutzungs-vergabe Innenstadt				- 1 E 9a üT		
01259		Sachbearbeiter/in Terminkoordination				- 1 E 5 T 19,5		
		95.11 Zuweisung zur VHS Arbeit und Beruf GmbH						
04166		Sozialarb./-päd. Projektleiter/in Jugendwerkstatt Holz, Metall, Textil				- 1 S 11 b		

95 Zuweisung von Dienstkräften

95.03 Zuweisung zur Braunschweig Zukunft GmbH

Nr. 05314	Stellenwegfall entsprechend des Bedarfs.

95.06 Zuweisung zur Stadtmarketing Braunschweig GmbH

Nrn. 00143, 01314, 01259	Stellenwegfälle entsprechend des Bedarfs.

95.11 Zuweisung zur VHS Arbeit und Beruf GmbH

Nr. 04166	Stellenwegfall entsprechend des Bedarfs.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		96 Städtische Dienstkräfte des Jobcenters Braun-schweig						
03493	500-6000	Sachbearbeiter/in Digitalisierungsbeauftragte/r	1 A 11			1 E 10		
		96.20 Markt und Integration						
03576	500-6000	Sachbearbeiter/in	1 A 9 mD Z ku 1) A 10	1 E 9c				
		96.30 Leistungsgewährung						
03579	500-6000	Sachbearbeiter/in				- 1 E 9a		
04039	500-6000	Sachbearbeiter/in				- 1 E 9c		
03581	500-6000	Sachbearbeiter/in				- 1 E 9c		
04169	500-6000	Sachbearbeiter/in	1 E 9a			1 A 10		
03577	500-6000	Sachbearbeiter/in	1 A9 mD Z ku 1) A 10			1 A 10		

96 Städtische Dienstkräfte des Jobcenters Braunschweig

Nr. 03493	Wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung. Bewertung offen.
96.20 Markt und Integration	
Nr. 03576	Realisierung des ku-Vermerks und wertgleiche Stellenumwandlung entsprechend der Besetzung.
96.30 Leistungsgewährung	
Nrn. 03579, 04039 u. 03581	Stellenwegfälle in Anpassung an die Aufgabenentwicklung.
Nr. 04169	Stellenhebung nach Organisationsänderung. Bisher erfolgt die Leistungsgewährung durch Kräfte des mittleren und gehobenen Dienstes. Künftig sollen nur noch Kräfte des gehobenen Dienstes eingesetzt werden. Die höheren Personalkosten werden durch Stellenwegfälle kompensiert.
Nr. 03577	Realisierung des ku-Vermerks.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		98 Stellen im Zusammenhang mit der Altersteilzeit						
05173		Sachbearbeiter/in				- 1 S 8b kw 2022		
06686		Zahnmedizinische/r Fachangestellte/r				- 1 S 4 kw 2022		
06694		Zahnprophylaxehelfer/in				- 1 E 5 kw 2022		
06853		Raumpfleger/in				- 1 S 4 kw 2022		
05172		Sachbearbeiter/in	1 E 8 kw 2022			1 E 8 kw 2023		
06660		Sachbearbeiter/in	1 S 12 kw 2022			1 S 12 kw 2026		
06665		Sachbearbeiter/in	1 S 4 kw 2022			1 S 4 kw 2026		
05460		Sachbearbeiter/in	1 S 11b kw 2022			1 S 11b kw 2026		
06691		Techn. Sachbearbeiter/in	1 E 12 kw 2022			1 E 12 kw 2026		
06856		Techn. Sachbearbeiter/in	1 E 11 kw 2022			1 E 11 kw 2026		

98 Stellen im Zusammenhang mit der Altersteilzeit

Nrn.05173 bis 06853	Stellenwegfälle entsprechend des tatsächlichen Bedarfs.
Nrn. 05172 bis 06856	Stellenveränderungen entsprechend der jeweiligen Altersteilzeit.

Abkürzungsverzeichnis

hD	höherer Dienst (neu: Laufbahngruppe 2, Einstiegsamt 2)
gD	gehobener Dienst (neu: Laufbahngruppe 2, Einstiegsamt 1)
mD	mittlerer Dienst (neu: Laufbahngruppe 1, Einstiegsamt 2)
B 6 - B 9	Stellen der Wahlbeamten
A 6 - A 16, B 2	Stellen der Laufbahnbeamten
E 1 - E 15	Entgeltgruppen der Beschäftigten
E 2 Ü	übertarifliches Entgelt gem. TVÜ
E 15 Ü	übertarifliches Entgelt gem. TVÜ
aT	außertarifliches Entgelt
S 2 - S 18	Entgeltgruppen der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst
H	Stellen der Halbtagskräfte
T	Stellen mit einer Abweichung von der tariflich vereinbarten Arbeitszeit
kw/ku [1) 2) 3) 4) 5) 6) 7) 8)]	künftig wegfallende/umzuwandelnde Stellen
	[1)] bei Organisationsänderung/Ausscheiden des derzeitigen Stelleninhabers
	[2)] bei Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen
	[3)] bei Fortfall von Zuschusszahlungen
	[4)] bei Fortfall der Kostenerstattung (Personalkosten zuzüglich Anteil an Sach- und Verwaltungskosten)
	[5)] bei Aufgabenminderung
	[6)] bei Ende der Beurlaubung des derzeitigen Stelleninhabers
	[7)] nach Abschluß der Ausbildungs- oder Einführungszeit längstens bis zur Verwendung auf einer freien Planstelle
	[8)] Haushaltskonsolidierung/bei anderweitigem Einsatz/Ausscheiden der Dienstkraft
kw (z. B.) 2023	künftig wegfallende Stelle zum Ende des angegebenen Jahres
Sp *)	Sperrung der Stelle mit besonderer Erläuterung
TVöD	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst
KomHKVO	Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung
KAV	Kommunaler Arbeitgeberverband Nds. e. V.
MI	Innenministerium
Z	mit Amtszulage (bei Beamtenstellen)
NBG	Niedersächsisches Beamtengesetz
NKBesVO	Niedersächsische Kommunalbesoldungsverordnung
NStOV-Kom	Nieders. Stellenobergrenzenverordnung für den kommunalen Bereich
VKA	Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände
Z 12/Z 8	Vorarbeiterzulage 12 vH/8 vH

Stellenplan 2023

Anlage 5.6

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Gesamtzusammenstellung zum Stellenplan und zu den Stellenübersichten 2023	2
Allgemeine Bestimmungen zum Stellenplan 2023	3 - 4
Stellenplan Teil A: Beamte	5 - 19
Stellenplan Teil B: Beschäftigte	20 - 23
Anhang: Dienstkräfte in der Ausbildungszeit	24 - 25
Stellenübersichten Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung	26 - 49
Stellenübersichten Teil B: Sonderübersicht über die Planstellen von Beamten, die mit Beschäftigten besetzt sind	50 - 52
Stellenübersichten Sonderrechnung	
- Gebäudemanagement	53 - 56
- Hochbau	57 - 60
- Abfallwirtschaft	61 - 64
- Stadtentwässerung	65 - 68

Abkürzungsverzeichnis

hD	höherer Dienst; Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG)
gD	gehobener Dienst; Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG)
mD	mittlerer Dienst; Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG)
B 6 - B 9	Stellen der Wahlbeamten
A 6 - A 16, B 2	Stellen der Laufbahnbeamten
E 1 - E 15	Entgeltgruppen der Beschäftigten
E 2 Ü	übertarifliches Entgelt gem. TVÜ
E 15 Ü	übertarifliches Entgelt gem. TVÜ
aT	außertarifliches Entgelt
S 2 - S 18	Entgeltgruppen für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst
H	Stellen der Halbtagskräfte
T	Stellen mit einer Abweichung von der tariflich vereinbarten Arbeitszeit
kw/ku [1) 2) 3) 4) 5) 6) 7) 8)]	künftig wegfallende/umzuwandelnde Stellen
	[1)] bei Organisationsänderung/Ausscheiden des derzeitigen Stelleninhabers
	[2)] bei Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen
	[3)] bei Fortfall von Zuschusszahlungen
	[4)] bei Fortfall der Kostenerstattung (Personalkosten zuzüglich Anteil an Sach- und Verwaltungskosten)
	[5)] bei Aufgabenminderung
	[6)] bei Ende der Beurlaubung des derzeitigen Stelleninhabers
	[7)] nach Abschluß der Ausbildungs- oder Einführungszeit längstens bis zur Verwendung auf einer freien Planstelle
	[8)] Haushaltskonsolidierung/bei anderweitigem Einsatz/Ausscheiden der Dienstkraft
kw (z. B.) 2023	künftig wegfallende Stelle zum Ende des angegebenen Jahres
Sp *)	Sperrung der Stelle mit besonderer Erläuterung
TVöD	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst
GemHKVO	Gemeindehaushalts- und Kassenverordnung
KAV	Kommunaler Arbeitgeberverband Nds. e. V.
MI	Innenministerium
mAZ	mit Amtszulage
NBG	Niedersächsisches Beamtengesetz
NKBesVO	Niedersächsische Kommunalbesoldungsverordnung
NStOV-Kom	Nieders. Stellenobergrenzenverordnung für den kommunalen Bereich
VKA	Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände
Z 12/Z 8	Vorarbeiterzulage 12 vH/8 vH

Gesamtzusammenstellung

zum Stellenplan und zur Stellenübersicht 2023

	Stand 2022			Veränderung			Stand 2023		
	ohne Leer- und Ausbildungstellen, Stellenreserve, Altersteilzeit, zugewiesene Dienstkräfte	Leer- und Ausbildungstellen, Stellenreserve, Altersteilzeit, zugewiesene Dienstkräfte	Insgesamt (Sp. 2 a + 2 b)	ohne Leer- und Ausbildungstellen, Stellenreserve, Altersteilzeit, zugewiesene Dienstkräfte	Leer- und Ausbildungstellen, Stellenreserve, Altersteilzeit, zugewiesene Dienstkräfte	Insgesamt (Sp. 3 a + 3 b)	ohne Leer- und Ausbildungstellen, Stellenreserve, Altersteilzeit, zugewiesene Dienstkräfte	Leer- und Ausbildungstellen, Stellenreserve, Altersteilzeit, zugewiesene Dienstkräfte	Insgesamt (Sp. 4 a + 4 b)
1	2 a	2 b	2 c	3 a	3 b	3 c	4 a	4 b	4 c
1 **Stellenplan** (einschließlich Beamte der Sondervermögen)									
1.1 Beamtinnen/Beamte	1.372,58	120,75	1.493,33	67,90	-9,00	58,90	1.440,48	111,75	1.552,23
1.2 Arbeitnehmerinnen/-nehmer	2.224,09	237,23	2.461,32	102,32	-18,50	83,82	2.326,40	218,73	2.545,13
Summe 1	3.596,66	357,98	3954,64	170,22	-27,50	142,72	3.766,88	330,48	4.097,36
2 **Stellenübersicht** (Hochbau)									
2.1 Beamtinnen/Beamte	1,00		1,00	-1,00		-1,00			
2.2 Arbeitnehmerinnen/-nehmer	48,77		48,77	4,00		4,00	52,77		52,77
(Gebäudemanagement)									
2.1 Beamtinnen/Beamte	31,00		31,00	2,00		2,00	33,00		33,00
2.2 Arbeitnehmerinnen/-nehmer	258,83		258,83	4,49		4,49	263,32		263,32
Summe 2 (ohne Beamte)	307,60		307,60	8,49		8,49	316,09		316,09
3 **Stellenübersicht** (Abfallwirtschaft)									
3.1 Beamtinnen/Beamte	3,98		3,98				3,98		3,98
3.2 Arbeitnehmerinnen/-nehmer	3,50		3,50	0,50		0,50	4,00		4,00
Summe 3 (ohne Beamte)	3,50		3,50	0,50		0,50	4,00		4,00
4 **Stellenübersicht** (Stadtentwässerung)									
4.1 Beamtinnen/Beamte	4,22		4,22	-1,00		-1,00	3,22		3,22
4.2 Arbeitnehmerinnen/-nehmer	5,50		5,50	1,50		1,50	7,00		7,00
Summe 4 (ohne Beamte)	5,50		5,50	1,50		1,50	7,00		7,00
Summe 1 bis 4	3.913,26	357,98	4.271,24	180,70	-27,50	153,20	4.093,97	330,48	4.424,45

Allgemeine Bestimmungen zum Stellenplan 2023

1 Der Stellenplan ist nach den Mustern der Verwaltungsvorschriften zur Ausführung der Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung aufgestellt worden.

2 Die Verwaltung wird ermächtigt, über die Inanspruchnahme von Stellen mit entsprechendem Sperrvermerk zu beschließen.

3 Die Verwaltung wird ermächtigt

3.1 über die Inanspruchnahme der Stellenreserve zu entscheiden. Der Rat wird über die konkrete Inanspruchnahme unterrichtet.

3.2 Stellen, aus denen vorübergehend Dienstbezüge oder Entgelte nicht bezahlt werden (z. B. wegen längerer Erkrankung), und Stellen, deren Inhaberinnen während der Mutterschutzfristen nicht beschäftigt werden dürfen, im Bedarfsfall für nichtbeamtete Ersatzkräfte zu verwenden. (Bei den Stellen für Erzieherinnen oder Erzieher sowie Kinderpflegerinnen oder Kinderpfleger des FB Kinder, Jugend und Familie ist bei der Bemessung des Personalbedarfs der Personalausfall wegen Mutterschutz und Erziehungsurlaub nicht berücksichtigt worden; in diesem Bereich ist der Bedarf zu unterstellen.)

3.3 vakante Praktikantinnen- oder Praktikanten-Stellen für den Beruf der Erzieherin oder des Erziehers mit Kinderpflegerinnen oder Kinderpflegern zu besetzen. Kinderpflegerinnen- oder Kinderpflegerstellen im Kindertagesstättenbereich dürfen zur Gewährleistung des Betriebs vorübergehend mit Erzieherinnen oder Erziehern mit entsprechender Eingruppierung besetzt werden.

3.4 über die vorhandenen Stellen hinaus nichtbeamtete Dienstkräfte vorübergehend bis zu 9 Monaten zu beschäftigen, wenn ein unabweisbarer Bedarf vorliegt und Haushaltsmittel hierfür verfügbar sind.

3.5 über die vorhandenen Stellen hinaus nichtbeamtete Dienstkräfte zu beschäftigen, wenn eine volle Kostenerstattung für den Rest des Haushaltsjahres durch Dritte erfolgt.

3.6 Beschäftigte in Maßnahmen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) außerhalb des Stellenplans im Rahmen der veranschlagten Haushaltsmittel befristet unter der Voraussetzung zu beschäftigten, dass im Einzelfall ein Zuschuss der Agentur für Arbeit bzw. eine Förderleistung nach dem SGB II oder SGB III gewährt wird.

4 Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen

4.1 Künftige Stellenwegfälle im Zusammenhang mit Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen sind mit dem Vermerk "kw 8)" gekennzeichnet, ggf. ergänzt um die Jahreszahl des angestrebten Wegfalls.

4.2 Eine Realisierung dieser Stellenwegfälle bei vergleichbaren anderen Stellen ist möglich bzw. erforderlich. Im Übrigen muss die Realisierung jeweils bei der frühestmöglichen Gelegenheit erfolgen. In die Prüfung der Realisierungsmöglichkeit ist nicht nur die mit dem kw 8)-Vermerk versehene Planstelle einzubeziehen. Zu berücksichtigen sind vielmehr alle Planstellen des Fachbereichs/Referates in dieser Laufbahngruppe mit gleichen bzw. vergleichbaren Stellenwerten.

Hinweis: Bei allen personalrechtlichen Maßnahmen sind die Zuständigkeiten gem. § 107 Abs. 4 NKomVG zu beachten.

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

I. Stadtverwaltung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2022 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2022 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2022 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
B e a m t e a u f Z e i t										
1	Oberbürgermeister	B 9	1,00		1,00		1,00			
		B 9		1,00		1,00				
2	Erster Stadtrat	B 7	1,00		1,00		1,00			
		B 7		1,00		1,00				
3	Stadtbaurat	B 6	1,00		1,00		1,00			
4	Stadtkämmerer	B 6								
5	Stadtrat	B 6	3,00		3,00		3,00			
		B 6		4,00		4,00				

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

I. Stadtverwaltung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2022 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2022 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2022 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 4 NBesG)										
6	Leitender Baudirektor	B 2	3,00 [1]		2,00		2,00			[1]
7	Städt. Leitender Direktor	B 2	6,00		6,00		6,00			
		B 2		9,00		8,00				
8	Leitender Baudirektor	A 16	7,00 [2]		7,00		6,00		1,00	[2] dav. 1 kw 6)
9	Leitender Branddirektor	A 16	1,00		1,00		1,00			
10	Leitender Medizinaldirektor	A 16	2,00		1,00		1,00			
11	Leitender Museumsdirektor	A 16								
12	Städt. Leitender Direktor	A 16	9,00 [3]		9,00		8,00		1,00	[3] dav. 1 kw 6)
13	Leitender Veterinärdirektor	A 16	1,00		1,00		1,00			
		A 16		20,00		19,00				
14	Archivdirektor	A 15	1,00		1,00		1,00			
15	Baudirektor	A 15	1,00		1,00				1,00	
16	Bibliotheksdirektor	A 15	1,00		1,00		1,00			
17	Branddirektor	A 15	4,00		4,00		4,00			
18	Medizinaldirektor	A 15			1,00		1,00			
19	Museumsdirektor	A 15								
20	Städtischer Direktor	A 15	14,00		11,00		11,00			

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

I. Stadtverwaltung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2022 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2022 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2022 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
21	Vermessungsdirektor	A 15	1,00		1,00		1,00			
22	Veterinärdirektor	A 15								
		A 15		22,00		20,00				
23	Bauoberrat	A 14	6,00 [1]		5,00		3,60		1,40	[1] dav. 1 kw 1)
24	Bibliotheksoberrat	A 14								
25	Brandoberrat	A 14	1,00 [2]		1,00		1,00			[2] dav. 1 kw 2023
26	Gewerbeoberrat	A 14								
27	Oberkustos	A 14								
28	Städtischer Oberrat	A 14	14,13 [3]		11,13		8,50	0,25	2,38	[3] dav. 1 kw 6), 1 T 25 kw 1), 1 T 20
29	Vermessungsoberrat	A 14	1,00		1,00				1,00	
30	Veterinäroberrat	A 14	1,00		1,00		1,00			
		A 14		23,13		19,13				
31	Baurat	A 13	4,00		3,00		2,23	0,35	0,42	
32	Kustos	A 13								
33	Städtischer Rat	A 13	3,00		2,00		1,68		0,32	
		A 13		7,00		5,00				

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

I. Stadtverwaltung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2022 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2022 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2022 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 3 NBesG)										
34	Brandoberamtsrat	A 13	3,00		3,00		3,00			
	mit Amtszulage	mAZ		3,00		3,00				
35	Bauoberamtsrat	A 13	[1]							[1]
36	Brandoberamtsrat	A 13	7,00		7,00		7,00			
37	Sozialoberamtsrat	A 13								
38	Stadtoberamtsrat	A 13	40,80 [2]		44,80		38,00		6,80	[2] dav. 1 kw 2024, 1 kw 1), 1 ku 1) A 12
39	Vermessungsoberamtsrat	A 13								
		A 13		47,80		51,80				
40	Archivamtsrat	A 12	2,00		2,00		2,00			
41	Bauamtsrat	A 12								
42	Brandamtsrat	A 12	10,50 [3]		15,50		14,50		1,00	[3] dav. 1 T 20 kw 2)
43	Bibliotheksamtsrat	A 12								
44	Stadtamtsrat	A 12	87,88 [4]		96,88		84,73	1,98	10,17	[4] dav. 4 kw 6), 1 T 30 kw 6), 2 T 10, 2 kw 1), 1 kw 7), 1 T 25, 2 T 30, 1 kw 2023, 1 ku 1) S 11b T 19,5
45	Vermessungsamtsrat	A 12			1,00		0,70	0,29	0,01	
46	Gewerbeamtsrat	A 12	1,00		1,00		1,00			
				101,38		116,38				

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

I. Stadtverwaltung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2022 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2022 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2022 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
47	Bauamtmann	A 11	4,00 [1]		4,00		4,00			[1] dav. 2 T 20
48	Brandamtmann	A 11	27,00 [2]		23,00		20,00		3,00	[2] dav. 1 kw 3)
49	Archivamtmann	A 11	1,00		1,00		1,00			[3] dav. 1 T 3, 2 T 10, 25 T 20, 1 T 25,1 T 22, 1 T 29, 2 T 24, 2 T 25, 1 T 25,46,1 T 28, 9 T 30, 1 T 31, 1 T 35 kw 2),1 kw 3), 1 T 20 kw 4), 6 kw 6), 1 kw 2024, 1 T 20 kw 2026, 2 kw 2023, 1 T 8 kw 2023, 2 kw 2026, 5 Sp*)
50	Vermessungsamtmann	A 11	1,00							
51	Stadtamtmann	A 11	217,26 [3]		213,48		163,21	18,88	31,39	
52	Bibliotheksamtmann	A 11			1,00		0,60	0,40		
52a	Lebensmittelkontroll-amtmann	A 11	1,00		1,00		1,00			
		A 11		251,26		243,48				
53	Archivoberinspektor	A 10	1,00		1,00				1,00	
54	Bauoberinspektor	A 10								[4] dav. 2 kw 7), 1 kw 1), 1 kw 4)
55	Bibliotheksoberinspektor	A 10	2,00		1,00				1,00	
56	Brandoberinspektor	A 10	20,00 [4]		17,00		14,00		3,00	
57	Lebensmittelkontroll-oberinspektor	A 10	4,00		4,00		3,25	0,39	0,36	[5] dav. 1 T 5, 1 T 10, 1 T 12, 23 T 20, 1 T 22, 2 T 24, 6 T 25, 7 T 30, 1 T 31, 1 T 33, 1 T 35,4 kw 1), 1 T 20 kw 1), 4 kw 4), 4 kw 5), 1 T 20 kw 6), 1 T 20 kw 2024, 1 T 30 kw 6), 11 kw 6), 7 Sp*), 1 T 20 Sp*), 1 T 20 kw 4)
58	Sozialoberinspektor	A 10								
59	Stadtoberinspektor	A 10	257,43 [5]		241,05		168,32	23,94	48,79	
60	Vermessungsoberinspektor	A 10								
		A 10		284,43		264,05				

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

I. Stadtverwaltung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2022 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2022 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2022 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
61	Archivinspektor	A 9								
62	Sozialinspektor	A 9								
63	Stadtinspektor	A 9	26,00 [1]		26,00				26,00	[1] 1 kw 6), 25 kw 7)
		A 9		26,00		26,00				
Laufbahngruppe 1 (i. S. von § 15 Abs. 2 NBesG)										
64	Hauptbrandmeister mit Amtszulage	A 9 mAZ	50,50 [2]		48,50		41,75		6,75	[2] dav. 1 T 20 kw 2)
65	Stadtamtsinspektor mit Amtszulage	A 9 mAZ	10,13 [3]		15,13		13,38	1,00	0,75	[3] dav. 2 T 30 ku 1) A 10 T 30, 8 ku 1) A 10 1 T 25 ku 1) A 10 T 25,
66	Lebensmittelkontroll-amtsinspektor mit Amtszulage	A 9 mAZ								
		A 9 mAZ		60,63		63,63				
67	Hauptbrandmeister	A 9	180,00 [4]		178,00		135,83	0,98	41,19	[4] dav. 5 kw 4), 3 kw 1)
68	Lebensmittelkontroll-amtsinspektor	A 9	4,00		4,00		2,73		1,27	
69	Stadtamtsinspektor	A 9	39,66 [5]		32,91		28,51	3,18	1,22	[5] dav. 2 T 20, 1 T 21,5, 1 T 30, 1 T 35, 5 kw 6)
		A 9		223,66		214,9125				

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

I. Stadtverwaltung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023 insgesamt	Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2022 tatsächlich besetzt mit Beamten	mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
70	Lebensmittelkontroll-hauptsekretär	A 8								
71	Oberbrandmeister	A 8	55,00 [1]		56,00		45,00		11,00	[1] dav. 15 kw 4), 5 kw 1), 1 kw 7)
72	Stadthauptsekretär	A 8	198,58 [2]		181,95		137,82	20,39	23,74	[2] dav. 1 T 12, 1 T 15, 21 T 20, 3 T 25, 1 T 29,25, 10 T 30, 1 T 30,5, 2 T 33, 2 T 35, 4 kw 7), 7 kw 6), 1 T 20 kw 6), 1 T 7 kw 1), 2 kw 1), 1 T 10 kw 1), 2 kw 4), 3,5 kw 5),8 kw 5), 2,5 Sp*), 1 T 30 Sp*), 3 ku 1) A 7,1 T 20 kw 2023, 1 T 20 ku 1) A 7 T 20, 1 T 25 ku 1) A 7 T 25
		A 8		253,58		237,95				
73	Brandmeister	A 7	36,00 [3]		36,00		25,00		11,00	
74	Landesplanungsober-sekretär	A 7								[3] dav. 3 kw 4), 8 kw 7), 3 kw 1)
65	Lebensmittelkontrollober-sekretär	A 7								
76	Stadtobersekretär	A 7	117,42 [4]		99,79		60,32	14,85	24,62	[4] dav. 1 T 10, 2 T 20 kw 3), 21 T 20, 2 T 25, 2 T 20 kw 1), 4 T 30, 3 kw 7), 1 kw 2026, 2 kw 2033,7 kw 6), 3 T 10 kw 5), 1 T 20 kw 5), 7 Sp*), 1 kw 2025, 1 kw 2028
		A 7		153,42		135,79				
77	Lebensmittelkontrollsekretär	A 6								
78	Stadtsekretär	A 6	20,00 [5]		20,00		4,00	1,00	15,00	[5] dav. 3 T 20, 1 T 30, 1 T 20 kw 6), 15 kw 7), 2 kw 6)
		A 6		20,00		20,00				
	insgesamt		1.512,27	1.512,27	1.454,12	1.454,12	1.087,66	87,88	277,58	

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

II. Sondervermögen mit Sonderrechnung: Hochbau

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2022 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2022 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2022 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 4 NBesG)										
1	Leitender Baudirektor	B 2								
		B 2								
2	Leitender Baudirektor	A 16								
		A 16								
3	Baudirektor	A 15								
4	Städtischer Direktor	A 15								
		A 15								
5	Bauoberrat	A 14								
6	Städt. Oberrat	A 14								
		A 14								
7	Baurat	A 13			1,00				1,00	
		A 13				1,00				
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 3 NBesG)										
8	Bauoberamtsrat	A 13								
9	Stadtoberamtsrat	A 13								
		A 13								
10	Bauamtsrat	A 12								
11	Stadtamtsrat	A 12								
		A 12								
12	Bauamtmann	A 11								
		A 11								
13	Stadtamtmann	A 11								
		A 11								

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

II. Sondervermögen mit Sonderrechnung: Hochbau

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2022 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2022 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2022 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
14	Bauoberinspektor	A 10								
15	Stadtoberinspektor	A 10								
		A 10								
16	Stadtinspektor	A 9								
		A 9								
Laufbahngruppe 1 (i. S. von § 15 Abs. 2 NBesG)										
17	Stadtamtsinspektor mit Amtszulage	A 9 mAZ								
		A 9 mAZ								
18	Stadtamtsinspektor	A 9								
		A 9								
19	Stadthauptsekretär	A 8								
		A 8								
20	Stadtobersekretär	A 7								
		A 7								
21	Stadtsekretär	A 6								
		A 6								
	Hochbau insgesamt				1,00	1,00			1,00	

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

II. Sondervermögen mit Sonderrechnung: Gebäudemanagement

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2022 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2022 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2022 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 4 NBesG)										
1	Leitender Baudirektor	B 2								
		B 2								
2	Leitender Baudirektor	A 16	1,00							
		A 16		1,00						
3	Baudirektor	A 15	3,00		2,00		1,00	0,98	0,02	
4	Städtischer Direktor	A 15	1,00		1,00		1,00			
		A 15		4,00		3,00				
5	Bauoberrat	A 14								
6	Städt. Oberrat	A 14	1,00		1,00		0,75	0,25		
		A 14		1,00		1,00				
7	Baurat	A 13								
		A 13								
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 3 NBesG)										
8	Bauoberamtsrat	A 13								
9	Stadtoberamtsrat	A 13								
		A 13								
10	Bauamtsrat	A 12								
11	Stadtamtsrat	A 12	2,00		2,00		2,00			
		A 12		2,00		2,00				
12	Bauamtmann	A 11								
		A 11								
13	Stadtamtmann	A 11	5,75 [3)]		5,75		5,75			[3)] dav. 1 T 30
		A 11		5,75		5,75				

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

II. Sondervermögen mit Sonderrechnung: Gebäudemanagement

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2022 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2022 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2022 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
14	Bauoberinspektor	A 10								
15	Stadtoberinspektor	A 10	4,00 [4]		4,00		3,00	0,98	0,02	[4]
		A 10		4,00		4,00				
16	Stadtinspektor	A 9	[5]							[5]
		A 9								
Laufbahngruppe 1 (i. S. von § 15 Abs. 2 NBesG)										
17	Stadtamtsinspektor mit Amtszulage	A 9 mAZ	[6]							[6]
		A 9 mAZ								
18	Stadtamtsinspektor	A 9	4,00 [7]		4,00		4,00			[7]
		A 9		4,00		4,00				
19	Stadthauptsekretär	A 8	4,00 [8]		4,00		4,00			[8]
		A 8		4,00		4,00				
20	Stadtobersekretär	A 7	7,25 [9]		7,25		7,23	0,02	0,00	[9] dav. 3 T 20, 1 T 30
		A 7		7,25		7,25				
21	Stadtsekretär	A 6	[10]							
		A 6								
	Gebäudemanagement insgesamt		33,00	33,00	31,00	31,00	28,73	2,23	0,04	

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

II. Sondervermögen mit Sonderrechnung: Stadtentwässerung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2022 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2022 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2022 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 4 NBesG)										
1	Leitender Baudirektor	A 16								
		A 16								
2	Bauoberrat	A 14								
		A 14								
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 3 NBesG)										
3	Bauoberamtsrat	A 13								
4	Stadtoberamtsrat	A 13	0,10 [1]		0,10		0,10			[1] 1 T 4
		A 13		0,10		0,10				
5	Bauamtsrat	A 12								
6	Stadtamtsrat	A 12								
		A 12								
7	Stadtamtmann	A 11	1,37 [2]		1,37		1,37			[2] dav. 1 T 15
		A 11		1,37		1,37				
8	Bauoberinspektor	A 10								
9	Stadtoberinspektor	A 10	0,75 [3]		1,75		0,75		1,00	[3] dav. 1 T 30
		A 10		0,75		1,75				
10	Stadtinspektor	A 9								
		A 9								

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

II. Sondervermögen mit Sonderrechnung: Stadtentwässerung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023		Zahl der Stellen im Vorjahr					Vermerke, Erläuterungen
			insgesamt	Summe je Bes.-Gruppe	insgesamt	Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2022 tatsächlich besetzt mit Beamten	mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	nicht besetzt	
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
Laufbahngruppe 1 (i. S. von § 15 Abs. 2 NBesG)										
11	Stadtamtsinspektor mit Amtszulage	A 9 mAZ								
		A 9 m AZ								
12	Stadtamtsinspektor	A 9								
		A 9								
13	Stadthauptsekretär	A 8			1,00		1,00			
		A 8				1,00				
14	Stadtobersekretär	A 7	1,00							
		A 7		1,00						
15	Stadtsekretär	A 6								
		A 6								
	Stadtentwässerung insgesamt		3,22	3,22	4,22	4,22	3,22		1,00	

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

II. Sondervermögen mit Sonderrechnung: Abfallwirtschaft

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2022 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2022 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2022 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 4 NBesG)										
1	Leitender Baudirektor	A 16								
		A 16								
2	Bauoberrat	A 14								
		A 14								
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 3 NBesG)										
3	Bauoberamtsrat	A 13								
4	Stadtoberamtsrat	A 13	0,10 [1]		0,10		0,10			[1] dav. 1 T 4
		A 13		0,10		0,10				
5	Bauamtsrat	A 12								
6	Stadtamtsrat	A 12								
		A 12								
7	Stadtamtmann	A 11	2,13 [2]		3,13		3,13			[2] dav. 1 T 25, 1 T 20
		A 11		2,13		3,13				
8	Bauoberinspektor	A 10								
9	Stadtoberinspektor	A 10	1,25 [3]		0,25		0,25			[3] dav. 1 T 10
		A 10		1,25		0,25				
10	Stadtinspektor	A 9								
		A 9								

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

II. Sondervermögen mit Sonderrechnung: Abfallwirtschaft

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2022 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2022 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2022 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
Laufbahngruppe 1 (i. S. von § 15 Abs. 2 NBesG)										
11	Stadtamtsinspektor mit Amtszulage	A 9 mAZ								
		A 9 m AZ								
12	Stadtamtsinspektor	A 9	0,50 [1]		0,50		0,50			[1] 1 T 20
		A 9		0,50		0,50				
13	Stadthauptsekretär	A 8								
		A 8								
14	Stadtobersekretär	A 7								
		A 7								
15	Stadtsekretär	A 6								
		A 6								
	Abfallwirtschaft insgesamt		3,98	3,98	3,98	3,98	3,98			
	Sondervermögen insgesamt		40,20	40,20	40,20	40,20	35,93	2,23	2,04	
	Beamte insgesamt		1.552,47	1.552,47	1.494,32	1.494,32	1.123,59	90,11	279,62	

S t e l l e n p l a n

Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe, Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2022	davon am 30.06.2022 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2022 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4	6	7	8
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							[1]
							[2] dav. 1 kw 2023
							[3] dav. 1 T 13,43 kw 4), 1 T 34,7 kw 4), 2 T 19,5 kw 4), 1 T 32 kw 4), 1 kw 4), 3 T 19,5, 2 T 29,25, 1 T 36,5, 2 Sp*)
1		aT	3,00 [1]	4,00	4,00	-	[4] dav. 1 kw 1), 1 Sp *)
2		15Ü	1,00 [2]	1,00	1,00	-	[5] dav. 5 T 19,5, 1 T 20, 1 T 19, 2 T 30, 1 T 29,5, 7 kw 4), 1 T 19,5 kw 4)
3		15	29,99 [3]	31,99	17,57	14,42	
4		14	35,00 [4]	37,00	23,55	13,45	[6] dav. 5 T 19,5, 1 kw 6), 1 T 4 kw 4), 1 kw 2023, 1 kw 2024, 1 kw 2025, 1 kw 2026, 1 üT
5		13	66,81 [5]	61,46	47,82	13,64	[7] dav. 1 T 9,75, 2 T 10, 19 T 19,5, 1 T 29,22, 1 T 29,25, 1 T 29,38, 1 T 30,39, 1 T 34,5, 1 kw 1), 1 kw 2), 2 kw 3), 2 kw 4), 2 kw 6), 1 kw 2023, 1 kw 2024, 2 kw 2025, 2 kw 2026, 1 kw 2027, 1 kw 2028, 1 Sp*), 1 T 19,5 kw 2025), 1 T 19,5 Sp*) kw 4),
6		12	82,60 [6]	80,10	57,17	22,93	[8] dav. 8 T 19,5, 1 T 29,25, 1 T 28,37, 1 kw 4) Sp*), 1 T 19,5 kw 4), 1 kw 1), 2 kw 6), 1 kw 4), 1 kw 5)
7		11	225,42 [7]	203,80	144,35	59,45	[9] dav. 2 T 19,5, 1 T 25, 1 T 29,5, 1 T 31, 1 T 34, 1 kw 4), 2 kw 6)
8		10	50,34 [8]	48,09	31,96	16,13	[10] dav. 1 T 9 Sp*), 1 T 13,5 Sp*), 1 T 30, 3 T 19,5, 1 T 18 kw 4)
9		9c	59,55 [9]	58,55	48,01	10,54	
10		9b	84,60 [10]	82,10	69,68	12,42	[11] dav. 1 T 10, 1 T 14, 10 T 19,5, 2 T 29,25, 1 T 29,38, 1 T 30, 1 kw 6), 2 üT, 1 T 19,5 kw 1), 1 kw 1), 1 ku 1) A 8, 2 T 19,5 kw 4), 5 kw 4), 1 kw 2023, 1 kw 5)
11		9a	92,14 [11]	93,64	81,14	12,50	

S t e l l e n p l a n

Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe, Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2022	davon am 30.06.2022 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2022 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4	6	7	8
12		8	72,95 [1]	68,47	59,05	9,42	[1] dav. 6 T 19,5, 1 T 28,5, 1 T 29,25, 1 T 32, 1 T 35, 6 üT, 7 kw 6), 1 ku 1) 6, 1 T 30, 2 kw 2023,
13		7	48,67 [2]	49,67	43,42	6,25	[2] dav. 3 Z 12, 4 T 19,5, 2 T 25, 1 T 29,38, 1 T 34,70, 1 T 9,75 kw 4), 1 kw 2), 1 kw 2023
14		6	272,34 [3]	258,01	236,45	21,56	[3] dav. 2 T 9,75, 8 T 19,5, 1 T 22, 1 T 22,04, 1 T 25,33, 1 T 28,5, 6 T 29,25, 1 T 29,65,2 T 30, 36 üT, 1 T 21,33 üT, 1 T 22 üT, 3 T 19,5 üT, 1 T 24,5 üT, 16 Z 12, 10 kw 6), 2 kw 2), 1 T 25 üT, 1 T 19,5 kw 1), 1 kw 4), 1 kw 2023, 1 T 10 kw 5), 1 kw 5), 2 kw 2024, 1 x 6 üT ku 1) 5 T 23,5, 1 T 19,5 kw 2)
15		5	192,38 [4]	199,56	171,47	28,09	
16		4	110,74 [5]	107,74	102,25	5,49	[4] dav. 1 T 8,11 kw 8), 1 T 10,5 kw 1), 1 T 10, 1 T 11,4, 25 T 19,5, 1 T 22,75, 1 T 25, 2 T 26, 1 T 28,5, 1 T 29,25, 1 T 29,25 kw 4), 1 T 30, 1 T 31, 1 T 32,42, 1 T 35,25, 1 T 35,46, 1 Z 12, 1 kw 1), 1 kw 2), 1 T 19,5 kw 2), 1 T 137,52 kw 4), 1 kw 4), 5 kw 6), 1 ku 1) E 3, 2 Sp*),
17		3	65,21 [6]	67,38	65,32	2,06	2 kw 2023, 1 kw 2024, 1 T 58,5 kw 5), 1 T 19,5 Sp*) kw 4), 1 T 19,5 kw 4), 1 T 30 kw 4)
18		2Ü	55,75 [7]	55,56	54,68	0,88	[5] dav. 39 T 19,5, 1 T 29 kw 1), 2 kw 4), 2 kw 5), 1 kw 6), 2 T 19,5 kw 2023, 1 Z 12
19		2	15,34 [8]	15,67	10,72	4,95	[6] dav. 4 T 19,5, 1 T 24,57, 1 T 25, 1 T 25,33, 1 T 26, 1 T 32 kw 1), 1 T 19,5 kw 5)
20		1	5,97 [9]	5,97	5,97	0,00	[7] dav. 1 T 4,68, 1 T 4,29
							[8] dav. 2 kw 6)
							[9]
	Zwischensumme Beschäftigte		1.569,80	1.529,76	1.275,58	254,18	

S t e l l e n p l a n

Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe, Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2022	davon am 30.06.2022 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2022 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4	6	7	8
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Sozial- und Erziehungsdienst							[1]
21		S 18	1,00 [1]	1,00	1,00	-	[2] dav. 1 T 19,5, 1 T 29,25, 1 T 28, 2 kw 4), 1 kw 6), 1 kw 2024
22		S 17	27,97 [2]	28,27	22,74	5,53	[3] dav. 1 kw 2)
23		S 16	9,00 [3]	9,00	9,00	-	[4] dav. 2 T 19,5, 2 T 29,25, 1 T 30, 1 T 50, 1 T 58,5, 1 kw 2), 1 T 21 kw 3), 2 kw 3), 1 kw 5), 1 kw 6), 1 T 7 kw 2024, 1 T 14 kw 4), 2 Sp*) kw 4)
24		S 15	59,73 [4]	50,45	42,71	7,74	[5] dav. 1 T 5,33, 1 T 10, 2 T 19,5, 8 T 29,25, 1 T 35,2, 1 kw 4), 2 kw 6), 12 Sp*)
25		S 14	93,55 [5]	82,05	67,25	14,80	[6] dav. 2 kw 6)
26		S 13	27,54 [6]	29,54	24,09	5,45	[7] dav. 1 T 10,5, 1 T 19,24, 16 T 19,5, 1 T 23,25, 1 T 23,3, 1 T 25, 1 T 27, 1 T 29,25, 1 T 6 1 T 30,39, 1 T 33,94, 1 T 39,75, 1 kw 2), 2 kw 5), 2 kw 6), 1 kw 2024,1 kw 2026, 1 ku 1) S 11 b, 1 T 19,5 ku 1) S 11 b T 19,5, 1 T 19,5 kw 1), 4 Sp*)
27		S 12	134,37 [7]	102,74	70,65	32,09	[8] dav. 1 T 6, 10 T 19,5, 1 T 25,33, 3 T 29,25, 2 T 30, 2 T 30,39, 1 T 35, 1 kw 2023, 1 kw 2024, 1 kw 2026, 1 T 19,5 kw 2024, 1 kw 1), 1 T 30 kw 4), 1 T 35, 2 kw 4), 4 kw 6)
28		S 11b	61,55 [8]	88,55	64,51	24,04	[9] dav. 1 T 50,66
29		S 11a				-	
28		S 11				-	
29		S 10				-	
30		S 9	15,84 [9]	16,84	14,94	1,90	

S t e l l e n p l a n

Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe, Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2022	davon am 30.06.2022 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2022 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4	6	7	8
31		S 8b	145,03 [1]	139,46	103,96	35,50	[1] dav. 1 T 6,5, 1 T 13,17, 8 T 19,5, 1 T 25, 2 T 29,25, 1 T 30,39, 1 T 32,37, 2 ku 1) S 8a, 1 T19,5 kw 4) üT, 1 T 19,5 kw 4), 2 kw 4) üT, 4 kw 6), 2 T 19,5 kw 3), 1 kw 2023
32		S 8a	180,56 [2]	169,38	147,38	22,00	2 T 10,38 kw 2027
33		S 8		2,00		2,00	[2] dav. 1 T 7,5, 1 T 16,5, 1 T 20, 1 T 24,57, 5 T 25, 1 T 27, 1 T 31,5, 1 T 47,5, 15 kw 6), 2 kw 2023,
34		S 7				-	
35		S 6				-	
36		S 5				-	
37		S 4	71,53 [3]	70,85	66,01	4,84	[3] dav. 1 T 19,5, 1 T 29,36 kw 2024, 1 T 36,09, 1 kw 2023, 1 kw 2026,
38		S 3	124,74 [4]	121,88	93,68	28,20	[4] dav. 11 kw 6), 1 kw 2), 1 T 19,5 kw 2, 1 kw 4), 1 kw 2023
39		S 2	22,93 [5]	19,55	16,37	3,18	[5] dav. 1 T 6, 1 T 15, 1 T 17, 3 T 20, 1 T 35,5, 1 T 36, 1 kw 2023, 2 kw 2024
	Zwischensumme Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Sozial- und Erziehungsdienst		975,34	931,56	744,29	187,27	
	Zwischensumme Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		1.569,80	1.529,76	1.275,58	254,18	
	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer insgesamt		2.545,13	2.461,32	2.019,87	441,45	

Anhang: Dienstkräfte in der Ausbildung und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte

II. Dienstkräfte in der Ausbildung und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Art der Vergütung	vorgesehen im Haushaltsjahr **2023**	beschäftigt im Vorjahr am 01.10.2022	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	5	6
1	Brandreferendare	Anwärterbezüge	-	-	
2	Baurefendare	Anwärterbezüge	1	1	
3	Stadtinspektor-Anwärter	Anwärterbezüge	89	75	
4	Stadtsekretär-Anwärter	Anwärterbezüge	40	39	
5	Lebensmittelkontrollsekretär-Anwärter	Anwärterbezüge	1	-	
6	Brandoberinspektor-Anwärter	Anwärterbezüge	1	1	
7	Brandmeister-Anwärter	Anwärterbezüge	35	32	
8	Fachoberschulpraktikanten einschließlich Vorpraktikanten	außertarifliche Entschädigung nach VKA-Richtlinien	-	-	
9	Dienstanfänger	Unterhaltsbeihilfe	20	20	
10	Bauinspektor-Anwärter	Anwärterbezüge	1	-	
11	Archivinspektor-Anwärter	Anwärterbezüge	-	-	
	<u>Auszubildende für den Beruf</u>				
12	Anlagenmechaniker/in für Heizung- Klima- und Sanitärtechnik	Ausbildungsvergütung	2	1	
13	Bauzeichner/in	Ausbildungsvergütung	-	-	
14	Buchbinder/in	Ausbildungsvergütung	-	-	
15	Elektroniker/in für Energie- und Gebäudetechnik	Ausbildungsvergütung	2	1	
16	Erzieher/in	Ausbildungsvergütung	-	-	
17	Fachangestellte/r für Medien- und Informationsdienste				
	a.) FR: Archiv	Ausbildungsvergütung	-	-	
	b.) FR: Bibliothek	Ausbildungsvergütung	-	-	
18	Fachinformatiker/-in	Ausbildungsvergütung	-	-	
19	Gärtner/in	Ausbildungsvergütung	-	-	
20	Hauswirtschafter/in	Ausbildungsvergütung	-	-	
21	Informatik dualer Studiengang	Ausbildungsvergütung	7	7	zwei Stellen Stipendium Verwaltungsinformatik für 2023
22	Geoinformatik dualer Studiengang	Ausbildungsvergütung	1	-	
23	Versorgungstechnik dualer Studiengang	Ausbildungsvergütung	2	1	
24	E-Technik dualer Studiengang	Ausbildungsvergütung	1	-	
25	IT-System-Elektroniker/-in	Ausbildungsvergütung	2	2	
26	Kaufleute für Büromanagement	Ausbildungsvergütung	27	25	
27	Kfz-Mechatroniker/in	Ausbildungsvergütung	2	2	
28	Maler/in und Lackierer/in	Ausbildungsvergütung	-	-	
29	Mechatroniker	Ausbildungsvergütung	2	2	
30	Notfallsanitäter/in	Ausbildungsvergütung	3	-	

Anhang: Dienstkräfte in der Ausbildung und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte

II. Dienstkräfte in der Ausbildung und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Art der Vergütung	vorgesehen im Haushaltsjahr **2023**	beschäftigt im Vorjahr am 01.10.2022	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	5	6
31	Techn. Systemplaner/in	Ausbildungsvergütung	-	-	
32	Tischler/in	Ausbildungsvergütung	6	5	
33	Veranstaltungskauffrau/-mann	Ausbildungsvergütung	-	-	
34	Vermessungstechniker/in	Ausbildungsvergütung	1	1	
	Praktikant/in für den Beruf				
35	Sozialarbeiter/in, Sozialpädagoge/-in	Entgelt gemäß TV	55	31	
36	Erzieher/in	Entgelt gemäß TV	-	-	
37	Arzt/Ärztin im Praktikum	außertarifl. Entschädigung	-	-	
38	Volontär/in	Vergütung gemäß Rd.Erl. d. MWK vom 02.04.1980	1	-	
39	Helfer/in im freiwilligen sozialen Jahr	Taschengeld gemäß Jugendfreiwilligendienstgesetz	30	21	
40	Helferin/Helfer im freiwilligen sozialen Jahr - Kultur	- " -	5	3	
41	Helfer im freiw. ökologischen Jahr	- " -	2	2	
42	Bundesfreiwilligendienst	Bundesfreiwilligendienstgesetz	22	12	
	Vorpraktikant/in für den Beruf				
43	Erzieher/in	außertarifl. Entschädigung	-	-	
44	Sozialarbeiter/in/Sozialpädagoge/-in	außertarifl. Entschädigung	2	2	
45	Vorpraktikant/in im Baubereich	außertarifl. Entschädigung	2	2	
46	Vorpraktikant/in im Kulturbereich	außertarifl. Entschädigung	1	1	
47	Ausländische Praktikanten/innen	außertarifl. Entschädigung	2	2	Mehrfachbesetzung infolge Einsatzes für unterschiedliche Zeiträume
48	Schülerpraktikant/in	-	63	63	Mehrfachbesetzung infolge Einsatzes für unterschiedliche Zeiträume
49	sonstige Praktikanten/-innen z. B. Umschüler/innen, Pk. aus anderen Betrieben, Reha-Maßnahmen, Integrationsmaßnahmen	-	30	30	Mehrfachbesetzung infolge Einsatzes für unterschiedliche Zeiträume
	insgesamt		**461**	**384**	

Bei gegebener Notwendigkeit können die in der Aufstellung genannten Zahlen vorübergehend bis zur nächsten Änderung des Stellenplanes geringfügig überschritten werden.

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	Beamte auf Zeit			Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG)					Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG)						Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG)					insgesamt	Erläuterungen
		B 9	B 7	B 6	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 mAZ	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 mAZ	A 9	A 8	A 7	A 6		
	Oberbürgermeister	1,00																			1,00	
01	Dezernatsplanung, Recht und Stadtbezirksräte				1,00	2,00	2,00	4,13			1,00	2,00	6,00	3,00				4,00	3,25		28,38	
0100	Büro des Oberbürgermeisters					1,00	1,00				3,00	1,00	5,00	1,00			1,00				13,00	
0110	Stabsstelle Digitalisierung, Smart-City						1,00					1,00									2,00	
0140	Ref. Rechnungsprüfungsamt								1,00		1,00	1,00	6,00								9,00	
0150	Gleichstellungsreferat												0,75								0,75	
	Personal-,Organisations-Digitalisierungs- u. Ordnungsdez.			1,00																	1,00	
10	Zentrale Dienste				1,00	1,00	2,00	3,00			6,00	17,00	32,50	17,93			8,87	11,50	7,00		107,80	
	Verwaltung 1 insgesamt	1,00		1,00	2,00	4,00	6,00	7,13	1,00		11,00	22,00	50,25	21,93			9,87	15,50	10,25		162,93	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	Beamte auf Zeit			Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG)					Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG)						Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG)					insgesamt	Erläuterungen
		B 9	B 7	B 6	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 mAZ	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 mAZ	A 9	A 8	A 7	A 6		
	Finanz- und Feuerwehrdez.		1,00																		1,00	
20	Finanzen				1,00	1,00	1,00	1,00	1,00		5,80	17,13	29,28	8,00			3,00	32,66	5,13		105,99	
	Verwaltung 2 insgesamt		1,0		1,00	1,00	1,00	1,00	1,00		5,80	17,13	29,28	8,00			3,00	32,66	5,13		106,99	

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	Beamte auf Zeit			Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG)					Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG)						Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG)					insgesamt	Erläuterungen
		B 9	B 7	B 6	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 mAZ	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 mAZ	A 9	A 8	A 7	A 6		
32	Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit				1,00	1,00	1,00	1,00			4,00	4,00	16,00	38,63		1,00	19,04	61,50	54,50	1,00	203,67	
37	Feuerwehr					1,00	5,00	1,00		3,00	6,00	11,00	32,00	22,00		50,00	180,00	55,00	30,00		396,00	
	Verwaltung 3 insgesamt				1,0	2,00	6,00	2,00		3,00	10,00	15,00	48,00	60,63		51,00	199,04	116,50	84,50	1,00	599,67	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	Beamte auf Zeit			Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG)					Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG)						Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG)					insgesamt	Erläuterungen
		B 9	B 7	B 6	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 mAZ	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 mAZ	A 9 mD	A 8	A 7	A 6		
	Kultur- und Wissenschaftsdez.				1,00																1,00	
0412	Ref. Stadtbibliothek						1,00							1,00					2,00		4,00	
0413	Ref. Städtisches Museum													1,00				0,63			1,63	
0414	Ref. Stadtarchiv						1,00					2,00	1,00								4,00	
40	Schule					1,00		1,00			4,00	4,00	14,00	10,00					11,00		45,00	
41	Kultur und Wissenschaft					1,00	1,00				1,00	1,00	3,00	4,75					3,00		14,75	
	Verwaltung 4 insgesamt				1,00	2,00	3,00	1,00			5,00	7,00	18,00	16,75				0,63	16,00		70,38	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	Beamte auf Zeit			Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG)					Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG)						Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG)					insgesamt	Erläuterungen
		B 9	B 7	B 6	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 mAZ	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 mAZ	A 9	A 8	A 7	A 6		
	Sozial-, Schul-, Gesundheits- und Jugenddez.			1,00																	1,00	
0500	Sozialreferat						1,00				2,00										3,00	
50	Soziales und Gesundheit				1,00	2,00		1,00			3,00	14,00	38,95	83,88		6,38	0,75	42,88	1,25		195,09	
51	Kinder, Jugend und Familie						1,00	1,00			1,00	5,00	12,79	40,81			3,50	15,38	6,00	1,00	87,47	
	Verwaltung 5 insgesamt			1,00	1,00	2,00	2,00	2,00			6,00	19,00	51,74	124,69		6,38	4,25	58,26	7,25	1,00	286,56	

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	Beamte auf Zeit			Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG)					Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG)						Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG)					insgesamt	Erläuterungen
		B 9	B 7	B 6	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 mAZ	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 mAZ	A 9	A 8	A 7	A 6		
	Stadtplanungs-, Verkehrs-, Tiefbau- und Baudez.			1,00																	1,00	
	Umwelt-, Stadtgrün- Sport- und Hochbaudez.			1,00																	1,00	
0600	Baureferat					1,00							6,00	4,00							11,00	
0610	Stadtbild und Denkmalpflege							1,00						0,50							1,50	
0617	Stadtgrün-Planung und Bau																					
60	Bauordnung und Zentrale Vergabestelle					1,00	2,00		1,00		1,00	3,00	18,00	3,75				6,25	1,00		37,00	
61	Stadtplanung und Geoinformation				1,00	2,00	1,00	4,00	3,00		1,00	1,00	3,64	0,50				1,00			18,14	
66	Tiefbau und Verkehr				1,00	1,00		1,00	1,00		1,00	1,00	3,23	9,50			2,00	1,00	6,75		28,48	
67	Stadtgrün und Sport					1,00		1,00			1,00	2,00	4,50	2,00				2,00	1,50	0,50	15,50	
68	Umwelt				1,00		1,00	1,00			1,00	1,00	5,00	3,00				2,00	2,00		17,00	
	Verwaltung 6 insgesamt			2,00	3,00	6,00	4,00	8,00	5,00		5,00	8,00	40,37	23,25			2,00	12,25	11,25	0,50	130,62	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	Beamte auf Zeit			Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG)					Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG)						Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG)					insgesamt	Erläuterungen
		B 9	B 7	B 6	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 mAZ	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 mAZ	A 9	A 8	A 7	A 6		
0800	Stabsstelle Wirtschaftsdez.										1,00	1,00	1,75								3,75	
	Verwaltung 8 insgesamt										1,00	1,00	1,75								3,75	
	Personalvertretung											0,50	0,88			0,50					1,88	
	Städt. Dienstkräfte des Jobcenters Braunschweig					1,00					1,00	4,00	5,75	15,00		3,75		6,00			36,50	
	Leerstellen					2,00		1,00				4,75	6,00	11,00	1,00		5,00	7,50	8,00	2,50	48,75	
	Ausbildungsstellen										1,00	1,00		2,00	25,00			5,00	11,00	15,00	60,00	
	Leer- und Ausbildungsstellen insgesamt					2,00		1,00			1,00	5,75	6,00	13,00	26,00		5,00	12,50	19,00	17,50	108,75	
	Altersteilzeit																					
	zugewiesene Dienstkräfte										1,00	2,00									3,00	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	Beamte auf Zeit			Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG)					Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG)						Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG)					insgesamt	Erläuterungen
		B 9	B 7	B 6	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 mAZ	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 mAZ	A 9	A 8	A 7	A 6		
0650	Hochbau																					
65	Gebäudemanagement					1,00	4,00	1,00				2,00	5,75	4,00			4,00	4,00	7,25		33,00	
	Stadtentwässerung										0,10		1,37	0,75					1,00		3,22	
	Abfallwirtschaft										0,10		2,13	1,25			0,50				3,98	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	Beamte auf Zeit			Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG)					Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG)						Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG)					insgesamt	Erläuterungen
		B 9	B 7	B 6	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 mAZ	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 mAZ	A 9	A 8	A 7	A 6		
	Zusammenstellung																					
	Verwaltung 1	1,00		1,00	2,00	4,00	6,00	7,13	1,00		11,00	22,00	50,25	21,93			9,87	15,50	10,25		162,93	
	Verwaltung 2		1,00		1,00	1,00	1,00	1,00	1,00		5,80	17,13	29,28	8,00			3,00	32,66	5,13		106,99	
	Verwaltung 3				1,00	2,00	6,00	2,00		3,00	10,00	15,00	48,00	60,63		51,00	199,04	116,50	84,50	1,00	599,67	
	Verwaltung 4				1,00	2,00	3,00	1,00			5,00	7,00	18,00	16,75				0,63	16,00		70,38	
	Verwaltung 5			1,00	1,00	2,00	2,00	2,00			6,00	19,00	51,74	124,69		6,38	4,25	58,26	7,25	1,00	286,56	
	Verwaltung 6			2,00	3,00	6,00	4,00	9,00	5,00		5,00	8,00	40,37	23,25			2,00	12,25	11,25	0,50	131,62	
	Verwaltung 8										1,00	1,00	1,75								3,75	
	Personalvertretung											0,50	0,88			0,50					1,88	
	Städt. Dienstkräfte des Jobcenters Braunschweig					1,00					1,00	4,00	5,75	15,00		3,75		6,00			36,50	
	Leer- und Ausbildungsstellen					2,00		1,00			1,00	5,75	6,00	13,00	26,00		5,00	12,50	19,00	17,50	108,75	
	Altersteilzeit																					
	zugew. Dienstkräfte										1,00	2,00									3,00	
	Verwaltung insgesamt	1,00	1,00	4,00	9,00	20,00	22,00	23,13	7,00	3,00	46,80	101,38	252,01	283,25	26,00	61,63	223,16	254,30	153,38	20,00	1.512,03	
	Hochbau																					
	Gebäudemanagement					1,00	4,00	1,00				2,00	5,75	4,00			4,00	4,00	7,25		33,00	
	Abfallwirtschaft										0,10		2,13	1,25			0,50				3,98	
	Stadtentwässerung										0,10		1,37	0,75					1,00		3,22	
	insgesamt	1,00	1,00	4,00	9,00	21,00	26,00	24,13	7,00	3,00	47,00	103,38	261,26	289,25	26,00	61,63	227,66	258,30	161,63	20,00	1.552,23	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	15Ü	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.			insgesamt	Bemerkungen
01	Dezernatsplanung, Recht und Stadtbezirksräte		1,00	2,00	4,00	2,00				1,00		2,90		4,76	1,27	0,50								19,43	
0100	Büro des Oberbürgermeisters			1,00	2,00	1,00	2,50	0,50			2,00	1,00			2,00	1,00								13,00	
0110	Stabsstelle Digitalisierung, Smart-City					1,00																		1,00	
0140	Ref. Rechnungsprüfungsamt		1,00	1,00	1,00	1,00	5,00							0,50										9,50	
0150	Gleichstellungsreferat				1,00	1,00			0,64					0,50										3,14	
10	Zentrale Dienste			1,00	5,50	9,00	18,00	4,00		7,41	10,36	2,00	10,00	5,52	4,00	6,00	0,67							83,46	
	Zwischensumme Verwaltung 1		2,00	5,00	13,50	15,00	25,50	4,50	0,64	8,41	12,36	5,90	10,00	11,28	7,27	7,50	0,67							129,52	
			S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2		
01	Dezernatsplanung, Recht und Stadtbezirksräte																								
0100	Büro des Oberbürgermeisters																								
0110	Stabsstelle Digitalisierung, Smart-City																								
0140	Ref. Rechnungsprüfungsamt																								
0150	Gleichstellungsrefrat									1,00														1,00	
10	Zentrale Dienste								2,00															2,00	
	Zwischensumme Verwaltung 1 Sozial- und Erziehungsdienst								2,00	1,00														3,00	
	Verwaltung 1 insgesamt		2,00	5,00	13,50	15,00	25,50	4,50	2,64	9,41	12,36	5,90	10,00	11,28	7,27	7,50	0,67							132,52	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	15Ü	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.			insgesamt	Bemerkungen
20	Finanzen		1,00		3,76	2,00	1,00	1,00	2,00			10,82	5,64	2,63	0,50	1,00								31,35	
	Zwischensumme Verwaltung 2		1,00		3,76	2,00	1,00	1,00	2,00			10,82	5,64	2,63	0,50	1,00								31,35	
			S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2		
20	Finanzen																								
	Zwischensumme Verwaltung 2 Sozial- und Erziehungsdienst																								
	Verwaltung 2 insgesamt		1,00		3,76	2,00	1,00	1,00	2,00			10,82	5,64	2,63	0,50	1,00								31,35	

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung
II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	15Ü	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.			insgesamt	Bemerkungen
32	Bürgerservice, Öffentl. Sicherheit			2,00			1,00		4,00	0,78	3,00	16,75	7,50	21,26	22,00	29,00	1,00							108,29	
37	Feuerwehr		0,82		1,00	1,00	10,00	4,00		1,00	3,00	1,00	6,00	7,73	4,52	2,00								42,07	
	Zwischensumme Verwaltung 3		0,82	2,00	1,00	1,00	11,00	4,00	4,00	1,78	6,00	17,75	13,50	28,99	26,52	31,00	1,00							150,36	
			S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2		
32	Bürgerservice, Öffentl. Sicherheit																								
37	Feuerwehr																								
	Zwischensumme Verwaltung 3 Sozial- und Erziehungsdienst																								
	Verwaltung 3 insgesamt		0,82	2,00	1,00	1,00	11,00	4,00	4,00	1,78	6,00	17,75	13,50	28,99	26,52	31,00	1,00							150,36	

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung
II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	15Ü	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.			insgesamt	Bemerkungen
0412	Ref. Stadtbibliothek					1,00		2,82	3,77	9,89	1,00	2,00		2,25	22,06	3,50	4,28							52,57	
0413	Ref. Städtisches Museum			1,00	4,00	1,00	1,00	1,50		1,50	1,00	1,00		1,57	5,29	1,00	2,00				1,00			22,86	
0414	Ref. Stadtarchiv				1,00		1,00	1,00			0,50			3,89	1,00		0,50							8,89	
40	Schule				4,54		2,50	1,00	0,50	2,00	9,00	11,00		73,09	3,16	1,00	0,82							108,61	
41	Kultur und Wissenschaft				6,00		3,00	4,29	1,00	28,02	3,00	1,00		2,00	2,00	3,00								53,31	
	Zwischensumme Verwaltung 4			1,00	15,54	2,00	7,50	10,61	5,27	41,41	14,50	15,00		82,80	33,51	8,50	7,60				1,00			246,24	
			S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2		
0412	Ref. Stadtbibliothek																								
0413	Ref. Städtisches Museum																								
0414	Ref. Stadtarchiv																								
40	Schule																								
41	Kultur und Wissenschaft			1,00																				1,00	
	Zwischensumme Verwaltung 4 Sozial- und Erziehungsdienst			1,00																				1,00	
	Verwaltung 4 insgesamt			2,00	15,54	2,00	7,50	10,61	5,27	41,41	14,50	15,00		82,80	33,51	8,50	7,60				1,00			247,24	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	15Ü	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.			insgesamt	Bemerkungen
0500	Sozialreferat				4,00				0,50			1,00		1,00										6,50	
50	Soziales und Gesundheit		17,17		3,01	1,60	3,00	2,00	10,37		13,53		3,00	14,26	27,59	25,74								121,27	
51	Kinder, Jugend und Familie			5,00			1,50	2,00	1,00	1,00	8,00	1,00	2,89	7,00	7,16	1,00		54,42		0,64	1,00			93,61	
	Zwischensumme Verwaltung 5		17,17	5,00	7,01	1,60	4,50	4,00	11,87	1,00	21,53	2,00	5,89	22,26	34,75	26,74		54,42		0,64	1,00			221,38	
						Kr. 12 a	Kr. 11 b	Kr. 11 a	Kr. 10 a			Kr. 9 d	Kr. 9 c	Kr. 9 b			Kr. 9 a	Kr. 8 a	Kr. 7 a	Kr. 4 a	Kr. 3 a				
50	Soziales und Gesundheit																								
			S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2		
0500	Sozialreferat					3,52																		3,52	
50	Soziales und Gesundheit		1,00	3,72		6,00	10,66		39,58	15,47														76,43	
51	Kinder, Jugend und Familie			20,25	8,00	46,71	75,89	25,54	69,79	24,83				15,84	121,03	163,56					68,53	112,24	22,93	775,14	
	Zwischensumme Verwaltung 5 Sozial- und Erziehungsdienst		1,00	23,97	8,00	56,23	86,55	25,54	109,37	40,30				15,84	121,03	163,56					68,53	112,24	22,93	855,09	
	Verwaltung 5 insgesamt		18,17	28,97	15,01	57,83	91,05	29,54	121,24	41,30	21,53	2,00	5,89	38,10	155,78	190,31		54,42		0,64	69,53	112,24	22,93	1076,46	

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung
II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	15Ü	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.			insgesamt	Bemerkungen
0600	Baureferat					2,00	1,00	2,00	1,77		1,00	1,00		0,56	0,50									9,83	
0610	Stadtbild und Denkmalpflege		1,00		1,00		1,00							0,50										3,50	
0617	Stadtgrün-Planung und Bau		1,00	1,00	1,00	2,00	13,00							2,10										20,10	
60	Bauordnung und Zentrale Vergabestelle				2,00	5,00	19,00		1,00			1,25		5,75	2,50									36,50	
61	Stadtplanung und Geoinformation			6,00	7,00	6,00	35,00	4,00	1,00	3,00	11,50	2,50	2,50	9,30	7,00									94,80	
66	Tiefbau und Verkehr		1,00	9,00	4,00	16,00	48,29	1,00		8,00	5,00	1,00	4,14	27,40	6,00	2,00								132,83	
67	Stadtgrün und Sport					7,00	19,00	2,00		14,50	9,50	2,73	4,00	53,27	56,83	33,00	55,95	1,33	13,34	5,33				277,78	
68	Umwelt			1,00	6,00	10,00	18,63	1,50	1,00	0,50	1,75	2,00		1,00										43,38	
	Zwischensumme Verwaltung 6		3,00	17,00	21,00	48,00	154,92	10,50	4,77	26,00	28,75	10,48	10,64	99,88	72,83	35,00	55,95	1,33	13,34	5,33				618,72	
			S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2		
0600	Baureferat																								
0610	Stadtbild und Denkmalpflege																								
0617	Stadtgrün-Planung und Bau																								
60	Bauordnung und Zentrale Vergabestelle																								
61	Stadtplanung und Geoinformation																								
66	Tiefbau und Verkehr																								
67	Stadtgrün und Sport																								
68	Umwelt																								
	Zwischensumme Verwaltung 6 Sozial- und Erziehungsdienst																								
	Verwaltung 6 insgesamt		3,00	17,00	21,00	48,00	154,92	10,50	4,77	26,00	28,75	10,48	10,64	99,88	72,83	35,00	55,95	1,33	13,34	5,33				618,72	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	15Ü	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.			insgesamt	Bemerkungen
Dez. VI	Wirtschaftsdezernat					1,00															1,00			2,00	
	Zwischensumme Verwaltung 8					1,00															1,00			2,00	
			S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2		
Dez. VI	Wirtschaftsdezernat																								
	Zwischensumme Verwaltung 8 Sozial-Erziehungsdienst																								
	Verwaltung 8 insgesamt																							2,00	
		15Ü	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.				
94	Personalvertretung						2,00					1,00	1,00	1,50	6,00									11,50	
96	Städtische Dienstkräfte des Jobcenter Braunschweig							2,00	29,00		8,00			2,00	2,00	1,00								44,00	
			S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2		
94	Personalvertretung				1,00	0,50			1,00	0,50												1,50		4,50	
96	Städtische Dienstkräfte des Jobcenter Braunschweig									7,75														7,75	
	Summe Personalvertretung				1,00	0,50	2,00		1,00	0,50		1,00	1,00	1,50	6,00							1,50		16,00	
	Summe Städtische Dienstkräfte des Jobcenter Braunschweig							2,00	29,00	7,75	8,00			2,00	2,00	1,00								51,75	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	15Ü	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.			insgesamt	Bemerkungen
91	Stellenreserve		5,00	5,00	5,00	10,00	15,00	11,00		2,00		1,00	1,00	6,00										61,00	
92	Leerstellen					1,00	2,00	2,00	2,00	4,00		7,00		10,00	6,00				2,00					36,00	
95	zugewiesene Dienstkräfte							0,73						2,00										2,73	
98	Altersteilzeit	1,00	1,00			1,00	2,00				1,00	2,00	1,00	3,00	3,00									15,00	
	Zwischensumme 92, 91 95 und 98	1,00	6,00	5,00	5,00	12,00	19,00	13,73	2,00	6,00	1,00	10,00	2,00	21,00	9,00				2,00					114,73	
						Kr. 12 a	Kr. 11 b	Kr. 11 a	Kr. 10 a	Kr. 9 d	Kr. 9 c	Kr. 9 b	Kr. 9 a	Kr. 8 a	Kr. 7 a	Kr. 4 a	Kr. 3 a								
92	Leerstellen																								
			S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2		
91	Stellenreserve					2,00	5,00		18,00	6,00					20,00									51,00	
92	Leerstellen			1,00		1,00	2,00	2,00	2,00	4,00					4,00	15,00						11,00		42,00	
95	zugewiesene Dienstkräfte			1,00																				1,00	
98	Altersteilzeit			1,00					2,00	2,00						2,00					3,00			10,00	
	Zwischensumme 92, 91, 95 und 98 Sozial- und Erziehungsdienst			3,00		3,00	7,00	2,00	22,00	12,00					24,00	17,00					3,00	11,00		104,00	
	Summe 92, 91, 95 und 98	1,00	6,00	8,00	5,00	15,00	26,00	15,73	24,00	18,00	1,00	10,00	2,00	21,00	33,00	17,00			2,00		3,00	11,00		218,73	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer außerhalb des Sozial- und Erziehungsdienstes

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	15Ü	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.	Kr. insg.	insgesamt
	Zusammenstellung																						
	Verwaltung 1		2,00	5,00	13,50	15,00	25,50	4,50	0,64	8,41	12,36	5,90	10,00	11,28	7,27	7,50	0,67						129,52
	Verwaltung 2		1,00		3,76	2,00	1,00	1,00	2,00			10,82	5,64	2,63	0,50	1,00							31,35
	Verwaltung 3		0,82	2,00	1,00	1,00	11,00	4,00	4,00	1,78	6,00	17,75	13,50	28,99	26,52	31,00	1,00						150,36
	Verwaltung 4			1,00	15,54	2,00	7,50	10,61	5,27	41,41	14,50	15,00		82,80	33,51	8,50	7,60				1,00		246,24
	Verwaltung 5		17,17	5,00	7,01	1,60	4,50	4,00	11,87	1,00	21,53	2,00	5,89	22,26	34,75	26,74		54,42		0,64	1,00		221,38
	Verwaltung 6		3,00	17,00	21,00	48,00	154,92	10,50	4,77	26,00	28,75	10,48	10,64	99,88	72,83	35,00	55,95	1,33	13,34	5,33			618,72
	Verwaltung 8					1,00															1,00		2,00
	Personalvertretung						2,00					1,00	1,00	1,50	6,00								11,50
	Städt. Dienstkräfte des Jobcenters							2,00	29,00		8,00			2,00	2,00	1,00							44,00
	Leerstellen/Stellenreserve		5,00	5,00	5,00	11,00	17,00	13,00	2,00	6,00		8,00	1,00	16,00	6,00				2,00				97,00
	Altersteilzeit	1,00	1,00			1,00	2,00				1,00	2,00	1,00	3,00	3,00								15,00
	zugewiesene Dienstkräfte							0,73						2,00									2,73
	Zwischensumme	1,00	29,99	35,00	66,81	82,60	225,42	50,34	59,55	84,60	92,14	72,95	48,67	272,34	192,38	110,74	65,21	55,75	15,34	5,97	3,00		1.569,80

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Sozial- und Erziehungsdienst

Gliederungsnummer	Organisationseinheit		S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2		insgesamt
	Zwischensumme																								1569,80
	Verwaltung 1								2,00	1,00															3,00
	Verwaltung 2																								
	Verwaltung 3																								
	Verwaltung 4			1,00																					1,00
	Verwaltung 5		1,00	23,97	8,00	56,23	86,55	25,54	109,37	40,30				15,84	121,03	163,56					68,53	112,24	22,93		855,09
	Verwaltung 6																								
	Verwaltung 8																								
	Personalvertretung				1,00	0,50			1,00	0,50												1,50			4,50
	Städt. Dienstkräfte des Jobcenters									7,75															7,75
	Leerstellen/Stellenreserve			1,00		3,00	7,00	2,00	20,00	10,00					24,00	15,00						11,00			93,00
	Altersteilzeit			1,00					2,00	2,00						2,00					3,00				10,00
	zugewiesene Dienstkräfte			1,00																					1,00
	Zwischensumme Sozial- und Erziehungsdienst		1,00	27,97	9,00	59,73	93,55	27,54	134,37	61,55				15,84	145,03	180,56					71,53	124,74	22,93		975,34
	Gesamtsumme aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1,0	31,0	63,0	75,8	142,3	319,0	77,9	193,9	146,2	92,1	73,0	48,7	288,2	337,4	291,3	65,2	55,7	15,3	6,0	74,5	124,7	1592,7		**2.545,13**

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Erläuterungen zu den Stellen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

FB/Ref.	ku	kw	H	T (außer H)	Sp / Sp *)	Sonstige Vermerke
1	2	3	4	5	6	7
0100			1 x 10 2 x 8 1 x 11			2 x 9a üT
0110						
0140						1 x 6 üT T 19,5
0150				1 x 9c T 25		1 x 6 üT T 19,5
01			3 x 5 1 x 6 1 x 4	1 x 8 T 35		3 x 6 üT 1 x 6 T 10 kw 5) 1 x 5 T 10,5 kw 1)
10	1 x 9a ku 1) A 8		1 x 13	1 x 6 T 29,25 1 x 6 T 30 1 x 9b T 25 1 x 9b T 30 1 x 9a T 14 1 x 7 T 25, 1 3 T 26	2 x 5 Sp*)	3 x 6 üT
20			1 x 5	1 x 13 T 29,5 1 x 8 T 30, 1 x 8 T 32		2 x 6 üT 1 x 6 T 24,5 üT
32			2 x 8 1 x 7 1 x 6 7 x 5 37 x 4	1 x 9b T 30,39 1 x 8 T 29,25 1 x 5 T 28,5 1 x 6 T 29,65 1 x 5 T 30		1 x 6 üT 2 x 4 T 19,5 kw 2023
37		1 x 13 kw 4) 4 x 9a kw 4) 2 x 4 kw 4)	3 x 10	1 x 6 T 28,5		1 x 15 T 32 kw 4) 1 x 10 T 19,5 kw 4) 1 x 5 T 29,25 kw 4), 1 x 5 T 19,5 kw 4) 1 x 5 T 19,5 Sp*) kw 4), 1 x 5 T 30 kw 4)

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Erläuterungen zu den Stellen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

FB/Ref.	ku	kw	H	T (außer H)	Sp / Sp *)	Sonstige Vermerke
1	2	3	4	5	6	7
0412		1 x 9a kw 5)	1 x 9b 1 x 4 2 x 3	1 x 10 T 31,92 1 x 9c T 30 1 x 9b T 24,62 1 x 9b T 33,57 1 x 9b T 35 1 x 6 T 9,75 1 x 3 T 25,33 1 x 3 T 24,57		1 x 12 üT 1 x 6 üT 1 x 5 T 58,5 kw 5) 1 x 3 T 19,5 kw 5) 1 x 5 T 19,5 Sp*)
0413			3 x 13 1 x 10 1 x 9b 1 x 5	1 x 6 T 22,04 1 x 5 T 31		1 x 6 üT 1 x 13 T 19,5 kw 2023
0414			1 x 9a 1 x 3	1 x 6 T 9,75		1 x 6 T 25 üT
40		1 x 10 kw 5)	2 x 11 1 x 9c	1 x 5 T 25 2 x E 13 T 30 1 x E 8 T 30		1 x 6 üT, 1 x 6 T 19,5 kw 1) 1 x 3 T 32 kw 1) 1 x S 11 b T 30 kw 3) 1 x 11 T 19,5 kw 2025)
	Die Ausweisung von Teilzeitstellen bei **Schulsekretären/Schulsekretärinnen** ist dem Stellenverteilungsplan des Fachbereiches 40 zu entnehmen.					
41		1 x kw 2023		1 x 10 T 29,25		2 x 6 üT 1 x 9 b T 13,5 Sp*) 1 x 9 b T 9 Sp*) 3 x 9b TZ kw 4)
	Die Ausweisung von Teilzeitstellen bei **Musikschullehren/Musikschullehrerinnen** ist dem Stellenverteilungsplan des Fachbereiches 41 zu entnehmen.					1 x 9b kw 4) Sp*)
0500		1 x kw 3)	1 x 9c	1 x S 15 T 30 1 x S 15 T 29,25		1 x 6 üT
50		1 x S 12 kw 3) 1 x S 11b kw 2024 1 x 9 a kw 4) 1 x 6 kw 4) 1 x 15 kw 4) 1 x 11 kw 4)	2 x 15 1 x S 14 1 x 13 1 x 12 6 x S 12 8 x S 11b	1 x S 12 T 29,25 1 x S 14 T 10 1 x S 12 T 23,3 1 x S 11b T 30,39 2 x S 11b T 29,25 1 x S 11b T 25,33	2 x E 15	3 x 6 üT 2 x 15 T 19,5 kw 4) 1 x 15 T 34,70 kw 4) 1 x 15 T 13,43 kw 4) 1 x 12 T 4 kw 4) 1 x 7 T 9,75 kw 4)

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Erläuterungen zu den Stellen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

FB/Ref.	ku	kw	H	T (außer H)	Sp / Sp *)	Sonstige Vermerke
1	2	3	4	5	6	7
noch 50		1 x S 14 kw 4) 1 x 5 kw 4) 1 x 10 kw 4) 1 x S 15 kw 5) 2 x 6 kw 5) 2 x S 12 kw 5) 2 x 4 kw 5) 1 x 6 kw 5) 1 x 13 kw 4) 1 x 9 c kw 4)	3 x 9a 14 x 5 1x 9c	1 x 15 T 36,5 2 x 15 T 29,25 1 x S 17 T 28 1 x 14 T 35,2 1 x 9c T 34 1 x 13 T 20 1 x 7 T 29,38 1 x 5 T 35,25 1 x 5 T 29,25 1 x 9a T 10 1 x 6 T 20 1 x 9a T 30		2 x 9 a T 19,5 kw 4) 1 x 9 a T 19,5 kw 1) 1 x 4 T 29 kw 1) 1 x S 11b kw 2024 1 x S 12 ku 1) S 11 b 1 x S 12 T 19,5 ku 1) S 11 b T 19,5
51	2 S 8b ku 1) S6	2 x S 17 kw 4) 2 x S 11b kw 4) 1 x S 11b kw 1) 1 x 5 kw 1) 1 x S 3 kw 2023 2 x S 2 kw 2024	1 x S 17 4 x S 15 11 x S 14 10 x S 12 2 x S 11b 1 x S 4 2 x 9a 2 x 9b 10 x S 8 b 2 x 5	3 x S 15 (T 21, T 29,5, T 58,5) 8 x S 14 T 29,25 1 x S 12 T 30,39 2 x S 13 T 30 1 x S 12 T 33,94, 2 x S 9 T 30 2 x S 8b T 29,25 1 x S 12 T 25, 1 x S 12 T 27 1 x S 12 T 23,25, 1 x S 12 T 6 1 x S 12 T 10,5, 1 x S 12 T 19,24 1 x S 11b T 30,39, 1 x S 8a T 27 1 x S 11b (T 6, T 35) 1 x S 8b T 25, 1 x S 8 a T 47,5 1 x S 14 T 5,33, 5 x S 8a T 25 1 x S 8b T 6,5, 1 x S 8a T 16,5 2 x S8b T 30,39, 1x S 8b T 32,37 1 x S 8a T 24,57, 1 x S 8a T 7,5 1 x S 8b T 13,17,1 x S 8a T 20 1 x 7 T 34,7 1 x 5 (T 22,75, T32,41) 1 x S 4 T 36,09, 1 x S 3 T 35 3 x S 2 (T6, T35,5,T37), 3 S 2 T20	12 x S 14 4 x S 12	1 x S 15 T 21 kw 3) 2 x S 8b T 19,5 kw 3) 1 x S 8a T 27 kw 2023 1 x S 2 T 20 kw 2023 2 x S 8b üT T 19,5 kw 4) 1 x 1 T 25 2 x S 8b üT kw 4) 6 x 6 üT 1 x S 4 T 29,36 kw 2024 1 x S 15 T 7 kw 2024 1 x S 15 T 14 kw 4) 1 x S 4 T 80,82 kw 2025 2 x S 8b T 10,38 kw 2027 2 x S 15 Sp*) kw 4) 1 x E 11 T 19,5 Sp*) kw 4)

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Erläuterungen zu den Stellen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

FB/Ref.	ku	kw	H	T (außer H)	Sp / Sp *)	Sonstige Vermerke
1	2	3	4	5	6	7
noch 51				4 x 2Ü (22,21/27,58/28,82/29,15) 4 x 2Ü (T 4,68, 4,29, 11,61, T13) 3 x 2Ü (T31,98, T33,12, T35,16) 3 x 2Ü (T36,37, T38,08, T37,2) 2 x S 2 (T 18, T 20), 1x S 8a T 25 1 x S 17 T 29,25, 1 S 2 T 36		
0600			2 x 12	1 x 9c T 30		1 x 6 T 22 üT
0610						1 x 6 T 19,5 üT
0617			2 x 11 1 x 6			1 x 6 üT ku 1) 5 T 23,5
60		1 x 11 kw 2023 1 x 11 kw 2025 1 x 11 kw 1)	2 x 11 1 x 5	1 x 6 T 29,25		2 x 6 üT
61		1 x 11 kw 2026 1 x 10 kw 1) 2 x 11 kw 3)	5 x 11 2 x 9a 1 x 8 1 x 7	2 x 9a T 29,25 1 x 6 T 29,25		3 x 6 üT 1 x 6 T 21,33 üT 1 x 7 Z 12
66	1 x 8 ku 1) 6	1 x 14 kw 1)	3 x 11 1 x 5	2 x 11 T 29,25/29,38 1 x 11 T 30,39 1 x 11 T 29,22 2 x 11 T 10 1 x 7 T 25 1 x 6 T 25,33 1 x 6 T 29,25 1 x 11 T 9,75	1 x 14 1 x 11	2 x 6 üT

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Erläuterungen zu den Stellen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

FB/Ref.	ku	kw	H	T (außer H)	Sp / Sp *)	Sonstige Vermerke
1	2	3	4	5	6	7
67		1 x 11 kw 2024 1 x 11 kw 2028 1 x 12 kw 2023 1 x 11 kw 2025	1 x 9a 1 x 6 1 x 3 1 x 9b	1 x 8 T 28,5 1 x 6 T 30 1 x 5 T 11,4 1 x 3 T 25		2 x 6 üT 1 x 4 Z 12, 1 x 5 Z 12 16 x 6 Z 12, 1,5 x 7 Z 12 1 x 5 T 8,11 kw 8) 1 x 11 kw 2023
68		1 x 9a kw 1) 1 x 12 kw 2025 1 x 11 kw 4)	2 x 13 2 x 12 4 x 11 1 x 10 1 x 9b	1 x 11 T 34,5 1 x 11 T 29,25 1 x 9a T 29,38		1 x 6 üT
0800		1 x kw 2024				
Per- sonal- vertret.		1 x S 16 kw 2) 1 x S 12 kw 2) 1 x S 3 kw 2) 1 x 6 kw 2) 2 x 11 kw 2) 1 x 7 kw 2) 2 x 5 kw 2) 1 x 8 kw 2)		1 x 5 T 10		1 x S 3 T 19,5 kw 2) 1 x 6 T 19,5 kw 2) 1 x S 11 b T 19,5 kw 2) 1 x S 15 T 19,5 kw 2) 1 x 5 T 19,5 kw 2) 1 x 7 T 19,5 kw 2)

Stellenübersichten

Teil B: Sonderübersichten über die Planstellen der Beamtinnen und Beamten, die mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besetzt sind

1. Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 4 NBesG)

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe	Bes.-Gruppe der Planstelle	Gliederungs-nummer nach Teil A Unterteil 1	FB/Ref./lfd. Nummer des Stellenverteilungs-planes des Vorjahres	auf der Stelle geführt seit	auf der Stelle geführt bis voraus-sichtlich	Bemerkungen
1	2	3	4	5	5a	6	7	8
1	Wiss. Sachbearbeiter/in	E 11	A 13	31	0650.30/01800	15.08.2022		Umwandlung StPl 2023

Stellenübersichten

Teil B: Sonderübersichten über die Planstellen der Beamtinnen und Beamten, die mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besetzt sind

2. Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 3 NBesG)

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe	Bes.-Gruppe der Planstelle	Gliederungs-nummer nach Teil A Unterteil 1	FB/Ref./lfd. Nummer des Stellenverteilungs-planes des Vorjahres	auf der Stelle geführt seit	auf der Stelle geführt bis voraus-sichtlich	Bemerkungen
1	2	3	4	5	5a	6	7	8
1	Sachbearbeiter/in	E 9c	A 10	59	50.32/04857	01.05.2022		Umwandlung StPl 2023
2	Sachbearbeiter/in	E 12	A 12	44	0110/06583	01.12.2022		Umwandlung StPl 2023
3	Sachbearbeiter/in	E 9c	A 11	51	0500/05649	16.03.2021		Umwandlung StPl 2023
4	Sachbearbeiter/in	E 9b	A 10	59	40.11/05695	01.01.2021		Umwandlung StPl 2023
5	Sachbearbeiter/in	E 9c	A 10	59	41.01/01291	01.09.2021		Umwandlung StPl 2023
6	Sachbearbeiter/in	E 9c	A 10	59	50.32/04857	01.05.2022		Umwandlung StPl 2023
7	Sachbearbeiter/in	E 9c	A 10	59	50.23/06804	01.07.2022		Umwandlung StPl 2023
8	Sachbearbeiter/in	E 9c	A 10	59	50.40/06629	01.08.2022		Umwandlung StPl 2023
9	Sachbearbeiter/in	E 9 b	A 10	59	40.12/06229	01.08.2021		Umwandlung StPl 2023
10	Sachbearbeiter/in	E 10	A 11	51	40.32/05757	01.04.2017		Umwandlung StPl 2023

Stellenübersichten

Teil B: Sonderübersichten über die Planstellen der Beamtinnen und Beamten, die mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besetzt sind

3. Laufbahngruppe 1 (i. S. von § 15 Abs. 2 NBesG)

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe	Bes.-Gruppe der Planstelle	Gliederungs-nummer nach Teil A Unterteil 1	FB/Ref./lfd. Nummer des Stellenverteilungs-planes des Vorjahres	auf der Stelle geführt seit	auf der Stelle geführt bis voraus-sichtlich	Bemerkungen
1	2	3	4	5	5a	6	7	8
1	Sachbearbeiter/in	E 8	A 8	72	0103.40/01967	03.08.2022		Umwandlung StPl 2023
2	Sachbearbeiter/in	E 8	A 8	72	0120.12/1/00129	01.05.2021		Umwandlung StPl 2023
3	Sachbearbeiter/in	E 9a	A 8	72	50.14/1/05540	01.01.2022		Umwandlung StPl 2023
4	Sachbearbeiter/in	E 6	A 7	76	50.22/05771	19.04.2022		Umwandlung StPl 2023
5	Sachbearbeiter/in	E 9a	A 9 mAZ	65	50.33.1/03855	09.08.2022		Umwandlung StPl 2023
6	Sachbearbeiter/in	S 14	A 8	72	51.22.2/06543	01.11.2022		Umwandlung StPl 2023
7	Sachbearbeiter/in	E 8	A 8	72	32.12.1/02049	01.02.2022		Umwandlung StPl 2023
8	Sachbearbeiter/in	E 8	A 8	72	32.12.1/02077	14.12.2022		Umwandlung StPl 2023
9	Sachbearbeiter/in	E 6	A 7	76	50.02/03503	01.01.2023		Umwandlung StPl 2023
10	Sachbearbeiter/in	E 9a	A 8	72	50.12/04050			Umwandlung StPl 2023, entspr. vorauss. Besetzung
11	Sachbearbeiter/in	E 8	A 8	72	40.31/06394	01.12.2022		Umwandlung StPl 2023
insgesamt 22								

Haushaltsplan 2023
für das Ref. 0650 Hochbau

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2022 tatsächlich besetzt	nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
1		aT	1,00	1,00	1,00		
2		15Ü					
3		15					
4		14					
5		13					[1] dav. 2 T 19,5, 1 T 30
6		12	10,00	10,00	8,00	2,00	
7		11	40,77 [1]	37,77	26,46	11,31	
8		10					
9		9c					
10		9b					
11		9a					

Haushaltsplan 2023
für das Ref. 0650 Hochbau

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2022 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2022 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
12		8					
13		7					
14		6	1,00 [1)]	1,00	1,00		[1)] 1 üT
15		5					
16		4					
17		3					
18		2Ü					
19		2					
20		1					
	insgesamt Beschäftigte		52,77	49,77	36,46	13,31	

Haushaltsplan 2023
für das Ref. 0650 Hochbau

C. Stellenübersicht

Nachrichtlich:

Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2022 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2022 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 4 NBesG)							
1	Leitender Baudirektor	B 2					
2	Leitender Baudirektor	A 16					
3	Baudirektor	A 15					
4	Städtischer Direktor	A 15					
5	Bauoberrat	A 14					
6	Städt. Oberrat	A 14					
7	Baurat	A 13		1,00		1,00	
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 3 NBesG)							
8	Bauoberamtsrat	A 13					
9	Stadtoberamtsrat	A 13					
10	Bauamtsrat	A 12					
11	Stadtamtsrat	A 12					
12	Bauamtmann	A 11					
13	Stadtamtmann	A 11					
14	Bauoberinspektor	A 10					
15	Stadtoberinspektor	A 10					

Haushaltsplan 2023
für das Ref. 0650 Hochbau

C. Stellenübersicht
Nachrichtlich:

Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2022 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2022 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Laufbahngruppe 1 (i. S. von § 15 Abs. 2 NBesG)							
16	Stadtinspektor	A 9					
		A 9					
17	Stadtamtsinspektor mit Amtszulage	A 9 m AZ					
18	Stadtamtsinspektor	A 9					
19	Stadthauptsekretär	A 8					
20	Stadtobersekretär	A 7					
21	Stadtsekretär	A 6					7)
	insgesamt:			1,00		1,00	

Haushaltsplan 2023
für den FB 65 Gebäudemanagement

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2022 tatsächlich besetzt	nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
1		aT		1,00	1,00		1)
2		15Ü					2)
3		15	1)	1,00	0,51	0,49	3)
4		14	1,00 2)	1,00	1,00		4) dav. 1 T 19,5
5		13	3,00 3)	3,00	2,00	1,00	5) dav. 4 T 19,5, 1 T 30, 1 ku 1) A 10
6		12	9,50 4)	9,50	7,19	2,31	6)
7		11	45,00 5)	42,00	37,38	4,62	7) ku 1) A 10
8		10	1,00 6)	1,00	1,00		8) dav. 1 T 19,5
9		9c	1,00 7)	1,00	1,00		
10		9b	7,50 8)	7,50	7,50		9) dav. 1 T 30,39, 1 ku 1) 8
11		9a	10,00 9)	10,00	8,90	1,10	

Haushaltsplan 2023
für den FB 65 Gebäudemanagement

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2022 tatsächlich besetzt	nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
							10)
12		8	6,00 10)	6,00	6,00		
13		7	17,75 11)	17,75	16,75	1,00	11) dav. 2 Z 12, 1 T 29,25, 1 Sp*)
14		6	20,00 12)	19,51	18,56	0,95	12) dav. 2 T 19,5, 1 üT, 1 ku 1) 4
15		5	64,75 13)	64,75	57,16	7,59	13) dav. 1 T 29,25
16		4	11,25 14)	7,25	4,51	2,74	14)
17		3	2,70 15)	2,70	2,00	0,70	15)
18		2Ü	16)				16)
19		2	17)				17)
20		1	62,87	62,87	31,61	31,26	
	Die Ausweisung von Teilzeitstellen bzw. ku- oder kw-Vermerken im Bereich Schulhausmeister/-innen, Hausmeister/-innen und Raumpflege ist aus dem StVPl des FB 65 ersichtlich.						
	insgesamt Beschäftigte		263,32	257,83	204,07	53,76	

C. Stellenübersicht

Nachrichtlich:

Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2022 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2022 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 4 NBesG)							
1	Leitender Baudirektor	B 2					
2	Leitender Baudirektor	A 16	1,00				
3	Baudirektor	A 15	3,00	2,00	1,98	0,02	
4	Städtischer Direktor	A 15	1,00	1,00	1,00		
5	Bauoberrat	A 14					
6	Städt. Oberrat	A 14	1,00	1,00	1,00		
7	Baurat	A 13					
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 3 NBesG)							
8	Bauoberamtsrat	A 13					
9	Stadtoberamtsrat	A 13					
10	Bauamtsrat	A 12					
11	Stadtamtsrat	A 12	2,00	2,00	2,00		
12	Bauamtmann	A 11					
13	Stadtamtmann	A 11	5,75 [3)]	5,75	5,75		[3)] dav. 1 T 30
14	Bauoberinspektor	A 10					
15	Stadtoberinspektor	A 10	4,00 [4)]	4,00	3,98	0,02	

C. Stellenübersicht

Nachrichtlich:

Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2022 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2022 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Laufbahngruppe 1 (i. S. von § 15 Abs. 2 NBesG)							
16	Stadtinspektor	A 9	[5]				[5]
		A 9					
17	Stadtamtsinspektor mit Amtszulage	A 9 m AZ	[6]				[6]
18	Stadtamtsinspektor	A 9	4,00 [7]	4,00	4,00		[7]
19	Stadthauptsekretär	A 8	4,00 [8]	4,00	4,00		[8]
20	Stadtobersekretär	A 7	7,25 [9]	7,25	7,25		[9] dav. 3 T 20, 1 T 30
21	Stadtsekretär	A 6	[10]				[7]
		insgesamt:	33,00	31,00	30,96	0,04	

Haushaltsplan 2023
für die Sonderrechnung Abfallwirtschaft

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2022 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2022 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
1		aT					
2		15Ü					
3		15	0,50 [1)]	0,50	0,50		[1)] 1 T 19,5
4		14					
5		13					
6		12	1,00	1,00	1,00		
7		11	2,50 [2)]	2,00	2,00		[2)] dav. 1 T 19,5
8		10					
9		9c					
10		9b					
11		9a					

Haushaltsplan 2023
für die Sonderrechnung Abfallwirtschaft

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2022 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2022 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
12		8					
13		7					
14		6					
15		5					
16		4					
17		3					
18		2Ü					
19		2					
20		1					
	insgesamt Beschäftigte		4,00	3,50	3,50		

Haushaltsplan 2023
für die Sonderrechnung Abfallwirtschaft

C. Stellenübersicht

Nachrichtlich:

Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2022 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2022 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 4 NBesG)							
1	Leitender Baudirektor	A 16					
2	Bauoberrat	A 14					
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 3 NBesG)							
3	Bauoberamtsrat	A 13					
4	Stadtoberamtsrat	A 13	0,10 [1]	0,10	0,10		[1] dav. 1 T 4
5	Bauamtsrat	A 12					
6	Stadtamtsrat	A 12					
		A 12					
7	Stadtamtmann	A 11	2,13 [2]	3,13	3,13		[2] dav. 1 T 25, 1 T 20
		A 11					
8	Bauoberinspektor	A 10					
9	Stadtoberinspektor	A 10	1,25 [3]	0,25	0,25		[3] dav. 1 T 10
		A 10					
10	Stadtinspektor	A 9					
		A 9					

Haushaltsplan 2023
für die Sonderrechnung Abfallwirtschaft

C. Stellenübersicht
Nachrichtlich:

Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2022 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2022 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Laufbahngruppe 1 (i. S. von § 15 Abs. 2 NBesG)							
11	Stadtamtsinspektor	A 9	0,50 [1)]	0,50	0,50		[1)] 1 T 20
12	Stadthauptsekretär	A 8					
13	Stadtobersekretär	A 7					
		insgesamt:	3,98	3,98	3,98		

Haushaltsplan 2023
für die Sonderrechnung Stadtentwässerung

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2022 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2022 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
1		aT					
2		15Ü					
3		15	0,50 [1)]	0,50	0,50		[1)] 1 T 19,5
4		14	1,00	1,00		1,00	
5		13					
6		12					
7		11	2,50 [2)]	2,00	1,00	1,00	[2)] dav. 1 T 19,5
8		10					
9		9c					
10		9b	3,00	2,00	2,00		
11		9a					

Haushaltsplan 2023
für die Sonderrechnung Stadtentwässerung

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2022 tatsächlich besetzt	nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
12		8					
13		7					
14		6					
15		5					
16		4					
17		3					
18		2Ü					
19		2					
20		1					
	insgesamt Beschäftigte		7,00	5,50	3,50	2,00	

C. Stellenübersicht

Nachrichtlich:

Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2022 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2022 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 4 NBesG)							
1	Leitender Baudirektor	A 16					
2	Bauoberrat	A 14					
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 3 NBesG)							
3	Bauoberamtsrat	A 13					
4	Stadtoberamtsrat	A 13	0,10 [1)]	0,10	0,10		[1)] 1 T 4
5	Bauamtsrat	A 12					
6	Stadtamtsrat	A 12					
		A 12					
7	Stadtamtmann	A 11	1,37 [2)]	1,37	1,37		[2)] dav. 1 T 15
		A 11					
8	Bauoberinspektor	A 10					
9	Stadtoberinspektor	A 10	0,75 [3)]	1,75	0,75	1,00	[3)] dav. 1 T 30
		A 10					
10	Stadtinspektor	A 9					
		A 9					

Haushaltsplan 2023
für die Sonderrechnung Stadtentwässerung

C. Stellenübersicht

Nachrichtlich:

Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2022 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2022 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Laufbahngruppe 1 (i. S. von § 15 Abs. 2 NBesG)							
11	Stadtamtsinspektor	A 9					
12	Stadthauptsekretär	A 8		1,00	1,00		
13	Stadtobersekretär	A 7	1,00				
		insgesamt:	3,22	4,22	3,22	1,00	

- Neue Stellen - **- Vorlage Verwaltungsentwurf vom September 2022 zum Stellenplan 2024 -**

Fachbereich/ Referat	befürwortete Stellen	Kurzbegründung
0650	**2,00**	2,00 Stellenschaffungen im Referat 0650 Hochbau aufgrund des Klimaschutzkonzepts 2.0 (IKSK 2.0, DS 22-18957), um die städtischen Immobilien bis zum Jahr 2030 klimaneutral herzurichten.
10	**1,00**	1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 10.01.1 Poststelle zur Fortschreitung der Realisierung der DMS- und Digitalisierungsmaßnahmen und der damit verbundenen Aufgabe des zentralen Einscannens der eingehenden Post (mit Sperrvermerk).
37	**1,00**	1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 37.21 Vorbeugender Brandschutz für die Aufgabe „Brandverhütungsschau“ aufgrund gestiegener Fallzahlen (mit Sperrvermerk). Für den Stellenplan 2023 wurde eine weitere Stellenschaffung befürwortet.
50	**13,00**	1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 50.22 Koordination Unterbringung, zentrale Wohnstandorte für Flüchtlinge für eine zusätzliche Sachgebietsleitung (mit Sperrvermerk). 6,00 Stellenschaffungen in der Stelle 50.22 Koordination Unterbringung, zentrale Wohnstandorte für Flüchtlinge für Sozialarb./päd. wegen der Steigerung der zu betreuenden Geflüchteten insbes. aus der Ukraine (mit Sperrvermerk). 4,00 Stellenschaffungen in der Stelle 50.22 Koordination Unterbringung, zentrale Wohnstandorte für Flüchtlinge für Unterkunftswarte wegen der Steigerung der zu betreuenden Geflüchteten insbes. aus der Ukraine (mit Sperrvermerk). 2,00 Stellenschaffungen in der Stelle 50.22 Koordination Unterbringung, zentrale Wohnstandorte für Flüchtlinge für Verwaltungsaufgaben wegen der Steigerung der zu betreuenden Geflüchteten insbes. aus der Ukraine (mit Sperrvermerk).
51	**8,24**	0,13 Stellenschaffungen in der Stelle 51.04 Planung aufgrund eines Mehrbedarfs für die Beratung und Platzvermittlung von Krippen- und Kindergartenplätzen. 2,07 Stellenschaffungen in der Stelle 51.30 Innendienst Kindertagesstätten zur Anpassung der Personalausfallreserve für die berufsbegleitende Ausbildung zur Erzieher*in (mit Sperrvermerk und kw 2026 Vermerk). (Prognose aufgrund der Zahlen für 2023, der konkrete Umfang wird voraussichtlich erst im Frühjahr 2023 feststehen). 0,27 Stellenschaffungen in der Stelle 51.30 Innendienst Kindertagesstätten zur Anpassung der Personalausfallreserve für das berufsbegleitende Studium zur Sozialarb./-pädagogin/zum Sozialarb./-pädagogen (mit Sperrvermerk und kw 2028 Vermerk). (Prognose aufgrund der Zahlen für 2023, der konkrete Umfang wird voraussichtlich erst im Frühjahr 2023 feststehen). 0,27 Stellenschaffungen in der Stelle 51.40 Verwaltung, Kinder- und Jugendzeltplatz Lenste zur Anpassung der Personalausfallreserve für das berufsbegleitende Studium zur Sozialarb./-pädagogin/zum Sozialarb./-pädagogen (mit Sperrvermerk und kw 2028 Vermerk). (Prognose aufgrund der Zahlen für 2023, der konkrete Umfang wird voraussichtlich erst im Frühjahr 2023 feststehen). 0,50 Stellenschaffungen in der Stelle 51.40 Verwaltung, Kinder- und Jugendzeltplatz Lenste für die Verwaltung und Abrechnung der Schulkindbetreuung aufgrund des weiteren Ausbaus sowie der Abwicklung zusätzlicher bzw. ausgeweiteter Förderprojekte gem. Ratsbeschlüssen vom 16.12.2020 (DS 20-14846) und vom 29.03.2022 (DS 22-17959) sowie gem. Drucksache (DS 22-18486). 1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 51.43 Schulkindbetreuung zur Einrichtung eines vierten Sachgebietes aufgrund des weiteren Ausbaus in der Schulkindbetreuung gem. Ratsbeschlüssen vom 16.12.2020 (DS 20-14846) und vom 29.03.2022 (DS 22-17959) sowie gem. DS 22-18486. 4,00 Stellenschaffungen in der Stelle 51.44 Jugendsozialarbeit für Sozialarb./päd. im Bereich „Schulsozialarbeit“ gem. Ratsbeschluss DS 21-15292 Nr. 1 (mit Sperrvermerk).
61	**2,00**	2,00 Stellenschaffungen aufgrund des Integrierten Klimaschutzkonzeptes 2.0 (IKSK 2.0, DS 22-18957) zur Umsetzung energetischer Quartierskonzepte sowie Anbringung eines Sperrvermerkes und kw 3)-Vermerkes im Hinblick auf die Fördermöglichkeiten durch das KfW-Programm 432 (Energetische Stadtsanierung).
65	**1,00**	1,00 Stellenschaffungen aufgrund des Klimaschutzkonzepts 2.0 (IKSK 2.0) für die Energieberatung und die Umsetzung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) (DS 22-18957).
Summe:	**28,24**	

- Neue Stellen - **- Vorlage vom Februar 2023 zum Stellenplan 2024 -**

Fachbereich/ Referat	befürwortete Stellen	Kurzbegründung
Übertrag:	**28,24**	
10	**2,00**	2,00 Stellenschaffungen in der Stelle 10.21 Personalwirtschaft aufgrund der Fallzahl-entwicklung bei den städtischen Stellenausschreibungen.
32	**1,00**	1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 32.6.2 SG 2 Geburten- und Sterberegister, Personenstandsurkunden aufgrund der gesetzlich vorgeschriebenen Digitalisierung von Altdaten aufgrund des 3. Personenstandsrecht-Änderungs-gesetzes (mit Sperrvermerk). 1,00 weitere Stellenschaffung wird zum Stellenplan 2023 befürwortet.
37	**25,00**	15,00 Stellenschaffungen in der Abt. 37.1 Einsatz für einen Mehrbedarf bei den Einsatzkräften der Laufbahngruppe 1.2. Es soll 2023 ein Gutachter beauftragt werden, der den Personalausfallfaktor zur Deckung der Alarmdienstfunktionen neu berechnen soll. Die Stellenschaffungen erfolgen mit Sperrvermerk. 10,00 Stellenschaffungen in der Stelle 37.41 Betrieb IRLS im Hinblick auf das in 2023 geplante Gutachten für die Leitstelle. Das Gutachten wird für die Ermittlung des Personalbedarfs sowie die Kostenermittlung als Grundlage für die anteilige Kostenerstattung der Landkreise Peine und Wolfenbüttel sowie der Kranken-kassen benötigt. Die Stellenschaffungen erfolgen mit Sperrvermerk.
40	**1,00**	1,00 Stellenschaffungen in der Stelle 40.22 Medienentwicklungsplanung für Aufgaben im Zusammenhang mit dem Mobile-Device-Management (MDM) sowie zur Betreuung des WLAN (DS 23-20358).
65	**1,00**	1,00 Stellenschaffungen für eine Wissensstafette im Zusammenhang mit dem Ausscheiden des Fachbereichsleiters (mit kw 1)-Vermerk).
Summe:	**58,24**	

- Wegfallende Stellen - - Vorlage Verwaltungsentwurf vom September 2022 zum Stellenplan 2024 -

Fachbereich/ Referat	Anzahl der wegfallenden Stellen	Anzahl der von FB 10 vorgeschlagenen Stellenwegfälle	Kurzbegründung
01	1,00		1,00 Stellenwegfälle in der Stelle 0120.20 AG 1 Wahl- und Abstimmungsorganisation durch Realisierung eines kw 2023)-Vermerks.
20	1,00		1,00 Stellenwegfälle in der Stelle 20.41 Buchhaltung, Zahlungsverkehr durch Realisierung des kw 2023)-Vermerks.
37	1,82		0,82 Stellenwegfälle in der Stelle 37.03 Trägeraufgaben Rettungsdienst nach Beendigung des Projektes „Novelle“. 1,00 Stellenwegfälle in der Abt. 37.2 Planende Gefahrenabwehr durch Realisierung des kw 2023)-Vermerks.
51	2,92		2,92 Stellenwegfälle in der Stelle 51.30 Innendienst Kindertagesstätten durch Realisierung des kw 2023)-Vermerks bei der Personalausfallreserve für die berufsbegleitende Ausbildung (Kinderpfleger*in) nach Beendigung der Ausbildung.
60	0,50		0,50 Stellenwegfälle in der Stelle 60.32 Beratungsstelle Planen, Bauen, Umwelt durch Realisierung des kw 2023)-Vermerks.
Summe:	**7,24**		

Hinweis: Stellenbruchteile sind unter Nutzung des verbesserten Technikeinsatzes mit Dezimalwerten dargestellt. Dies ermöglicht eine genaue kostenmäßige Zuordnung.

- Wegfallende Stellen - - Vorlage vom Februar 2023 zum Stellenplan 2024 -

Fachbereich/ Referat	Anzahl der wegfallenden Stellen	Anzahl der von FB 10 vorgeschlagenen Stellenwegfälle	Kurzbegründung
Übertrag:	**7,24**		
67	2,00		1,00 Stellenwegfälle in der Stelle 0670.20 Sportstättenverwaltung durch Realisierung des kw 2023)-Vermerks. 1,00 Stellenwegfälle in der Abt. 67.2 Stadtgrün -Grünflächenmanagement und -entwicklung durch Realisierung des kw 2023)-Vermerks.
Summe:	**9,24**		

Hinweis: Stellenbruchteile sind unter Nutzung des verbesserten Technikeinsatzes mit Dezimalwerten dargestellt. Dies ermöglicht eine genaue kostenmäßige Zuordnung.

Übersicht über die Stellenplanveränderungen in den einzelnen Verwaltungen

	Stellenplan 2023			Veränderungen			Stellenplan 2024		
	Beamte	Beschäftigte	Gesamt	Beamte	Beschäftigte	Gesamt	Beamte	Beschäftigte	Gesamt
1 - Allgemeine Verwaltung	162,93	132,52	295,45	1,00	1,00	2,00	163,93	133,52	297,45
2 - Finanzverwaltung *)	109,19	31,35	140,53	-1,00		-1,00	108,19	31,35	139,53
3 - Rechts-, Sicherheits-, und Ordnungsverwaltung	599,67	150,36	750,03	26,00	-0,82	25,18	625,67	149,54	775,21
4 - Schul- und Kulturverwaltung	70,38	247,24	317,62		1,00	1,00	70,38	248,24	318,62
5 - Sozial- und Gesundheits-verwaltung	286,56	1.076,46	1.363,02	3,50	14,82	18,32	290,06	1091,28	1381,34
6 - Bauverwaltung **)	169,62	618,72	788,34	-0,50	1,00	0,50	169,12	619,72	788,84
8 - Verwaltung für Wirtschaft und Verkehr	3,75	2,00	5,75				3,75	2,00	5,75
Personalvertretung	1,88	16,00	17,88				1,88	16,00	17,88
Städtische Dienstkräfte des Jobcenters Braunschweig	36,50	51,75	88,25				36,50	51,75	88,25
Summe 1	1.440,48	2.326,40	3.766,88	29,00	17,00	46,00	1.469,48	2.343,40	3.812,88
Nachrichtlich Stellenübersicht Referat 0650 Stellenübersicht Fachbereich 65 (Beamtenstellen s. EV 6 Bauverwaltung)		52,77 263,32	52,77 263,32		2,00 1,00	2,00 1,00		54,77 264,32	54,77 264,32
Summe 2		316,09	316,09		3,00	3,00		319,09	319,09
Nachrichtlich Stellenübersicht SR Abfallwirtschaft (Beamtenstellen s. EV 2 Finanzen und EV 6 Bauverwaltung)		4,00	4,00					4,00	4,00
Summe 3		4,00	4,00					4,00	4,00
Nachrichtlich: Stellenübersicht SR Stadtentwässerung (Beamtenstellen s. EV 2 Finanzen und EV 6 Bauverwaltung)		7,00	7,00					7,00	7,00
Summe 4		7,00	7,00					7,00	7,00
Summe 5 (Summe 1 bis 4, aktive Stellen)	**1.440,48**	**2.653,49**	**4.093,97**	**29,00**	**20,00**	**49,00**	**1.469,48**	**2.673,49**	**4.142,97**
Nachrichtlich: Stellenreserve		112,00	112,00					112,00	112,00
Leer- und Ausbildungsstellen	108,75	78,00	186,75				108,75	78,00	186,75
Altersteilzeit		25,00	25,00		-3,00	-3,00		22,00	22,00
zugewiesene Dienstkräfte	3,00	3,73	6,73				3,00	3,73	6,73
Summe 6	111,75	218,73	330,48		-3,00	-3,00	111,75	215,73	327,48
Summe 5 und 6	1.552,23	2.872,22	4.424,45	29,00	17,00	46,00	1.581,23	2.889,22	4.470,45

*) einschließlich Beamte der Sonderrechnungen Abfallwirtschaft und Stadtentwässerung
**) einschließlich Beamte der Sonderrechnungen des Ref. 0650 Hochbau, FB 65 Gebäudemanagement, Abfallwirtschaft und Stadtentwässerung

Veränderungen innerhalb der einzelnen Organisationseinheiten mit Begründungen

Inhaltsverzeichnis

Organisationseinheit	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr (Seiten)
0650 Hochbau	2 - 3
01 Dezernatsplanung, Recht und Stadtbezirksräte	4 - 5
10 Zentrale Dienste	6 - 7
20 Finanzen	8 - 9
32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit	10 - 11
37 Feuerwehr	12 - 15
40 Schule	16 - 17
50 Soziales und Gesundheit	18 - 19
51 Kinder, Jugend und Familie	20 - 23
60 Bauordnung und Zentrale Vergabestelle	24 - 25
61 Stadtplanung und Geoinformation	26 - 27
65 Gebäudemanagement	28 - 29
67 Stadtgrün und Sport	30 - 31
98 Stellen im Zusammenhang mit der Altersteilzeit	32 - 33

Fachbereich 10
1022 118 3

0650 Hochbau

Stellenplan 2024

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		0650 Hochbau						
neu		Techn. Sachbearbeiter/in IKSK 2.0		+ 2 E 11				

0650 Hochbau

Nrn. neu	Stellenschaffungen aufgrund des Integrierten Klimaschutzkonzepts 2.0 (IKSK 2.0, DS 22-18957) für die energetische Ertüchtigung der städtischen Liegenschaften.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		01 Dezernatsplanung, Recht und Stadtbezirksräte						
		0120 Stadtentwicklung, Statistik, Vorhabenplanung						
		0120.20 Wahlen						
		0120.20/1 AG 1 Wahl- und Abstimmungsorganisation						
06725	012-2000	Koordinator/in		- 1 A 11 kw 2023				

01 Dezernatsplanung, Recht und Stadtbezirksräte

0120 Stadtentwicklung, Statistik, Vorhabenplanung

0120.20 Wahlen

0120.20/1 AG 1 Wahl- und Abstimmungsorganisation

Nr. 06725	Stellenwegfall durch Realisierung des kw 2023)-Vermerks.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		10 Zentrale Dienste						
		10.0 Verwaltung						
		10.01 Haushalt, Controlling, Poststelle						
		10.01.1 Poststelle						
neu	100-0020	Sachbearbeiter/in		+ 1 E 5 Sp*)				
		Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit von der Aufgabenentwicklung						
		10.2 Personalwirtschaft, -entwicklung, Organisation						
		10.21 Personalwirtschaft						
neu	100-2115	Sachbearbeiter/in				+ 2 A 10		

10 Zentrale Dienste

10.0 Verwaltung

10.01 Haushalt, Controlling, Poststelle

10.01.1 Poststelle

Nr. neu	Stellenschaffung für die Zentrale Poststelle der Stadt, sukzessive zur Fortschreitung der Realisierung der DMS- und Digitalisierungsmaßnahmen und der damit verbundenen Aufgabe des zentralen Einscannens der eingehenden Post. Eine weitere Stellenschaffung erfolgt in 2023.

10.2 Personalwirtschaft, -entwicklung, Organisation

10.21 Personalwirtschaft

Nrn. neu	Stellenschaffungen aufgrund der Fallzahlenentwicklung bei den städtischen Stellenausschreibungen.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		20 Finanzen						
		20.4 Stadtkasse						
		20.41 Buchhaltung und Zahlungsverkehr						
06742	200-4100	Stellenleiter/in		- 1 A 12 kw 2023				

20 Finanzen

20.4 Stadtkasse

20.41 Buchhaltung und Zahlungsverkehr

Nr. 06742	Stellenwegfall durch Realisierung des kw 2023)-Vermerks.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit						
		32.2 Bußgeldabteilung						
		32.21.1 SG 1 Verwarnungen, Bußgelder ruhender Verkehr						
06203	320-2100	Parkraumüberwachende Außendienst	1 E 4 T 19,5 kw 2023	1 E 4 T 19,5				
06517	320-2100	Parkraumüberwachende Außendienst	1 E 4 T 19,5 kw 2023	1 E 4 T 19,5				
		32.6 Standesamt						
		32.6.2 SG 2 Geburten- und Sterberegister, Personen-standsurkunden						
neu	320-6200	Sachbearbeiter/in Geburten-, Sterberegister, Standesbeamter/-beamtin				+ 1 A 8 Sp*)		
		Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit von der Aufgabenentwicklung						

32 Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit

32.2 Bußgeldabteilung

32.21.1 SG 1 Verwarnungen, Bußgelder ruhender Verkehr

Nrn. 06203, 06517	Streichung der kw-Vermerke, da die Refinanzierung durch Mehreinnehmen gegeben ist.

32.6 Standesamt

32.6.2 SG 2 Geburten- und Sterberegister, Personenstandsurkunden

Nr. neu	Stellenschaffung aufgrund der gesetzlich vorgeschriebenen Digitalisierung von Bestandsdaten aufgrund des 3. Personenstandsrecht-Änderungsgesetzes (mit Sperrvermerk).

StPl.-Nr. 2022	Kostenstelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		37 Feuerwehr						
		37.0 Verwaltung und Trägeraufgaben Rettungsdienst						
		37.03 Trägeraufgaben Rettungsdienst						
06378	370-0300	Wiss. Sachbearbeiter/in Projekt „Novelle“		- 1 E 15 T 32 kw 4)				
		Abt. 37.1 Einsatz						
neu	370-1000	Hauptbrandmeister/in Personalausfallfaktor				+ 5 A 9 mD Sp*)		
neu	370-1000	Oberbrandmeister/in Personalausfallfaktor				+ 5 A 8 Sp*)		
neu	370-1000	Brandmeister/in Personalausfallfaktor				+ 5 A 7 Sp*)		
		Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit von einer Neuberechnung des Personalausfallfaktors						
		Abt. 37.2 Planende Gefahrenabwehr						
06604	370-2000	Abteilungsleiter/in		- 1 A 14 kw 2023				
		37.21 Vorbeugender Brandschutz						
04540	370-2100	**bisher:** C-Dienst **künftig:** Sachgebietsleiter/in 37.21 SG 1	1 A 11			1 A 12		
05754	370-2100	**bisher:** C-Dienst **künftig:** Sachgebietsleiter/in 37.21 SG 2	1 A 11			1 A 12		
neu	370-2100	C-Dienst Brandverhütungsschau		+ 1 A 11 Sp*)				
		Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit von der Aufgabenentwicklung						
		37.3 Ausbildung und Technik						
		37.32 Technik						
06225	370-3200	Gruppenführer/in Werkstattleiter/in Gerätebeschaffung	1 A 9 mD kw 1)			1 A 9 mD Z kw 1)		

37 Feuerwehr

37.0 Verwaltung und Trägeraufgaben Rettungsdienst

37.03 Trägeraufgaben Rettungsdienst

Nr. 06378	Stellenwegfall nach Beendigung des Projektes (Realisierung des kw 4)-Vermerks).

37.1 Einsatz

Nrn. neu	Stellenschaffungen für einen möglichen Personalmehrbedarf nach Neuberechnung des Personalausfallfaktors zur Deckung der Alarmdienstfunktionen durch ein Gutachten im Jahr 2023. Die Stellenschaffungen erfolgen mit Sperrvermerk, die Freigabe erfolgt erst nach Vorlage des Gutachtens und entsprechend der tatsächlichen Personalbedarfsberechnung.

37.2 Planende Gefahrenabwehr

Nr. 06604	Stellenwegfall durch Realisierung des kw 2023)-Vermerks nach Ausscheiden des Stelleninhabers.

37.21 Vorbeugender Brandschutz

Nr. neu	Stellenmehrbedarf bei der Durchführung von Brandverhütungsschauen aufgrund der gestiegenen Fallzahlen auf der Grundlage der Stellenbedarfsberechnung im Organisationsgutachten. Die weitere prognostizierte Fallzahlsteigerung muss vor der Freigabe der Stelle noch für das Jahr 2024 nachgewiesen werden, daher Stellenschaffung mit Sperrvermerk. Bewertung offen.
Nrn. 04540, 05754	Stellenausweisungen entsprechend der voraussichtlichen Bewertungen nach der Einrichtung von 2 Sachgebieten in der Stelle 37.21.

37.3 Ausbildung und Technik

37.32 Technik

Nr. 06225	Stellenumwandlung entsprechend der künftigen Besetzung. Es handelt sich um eine kw 1) Stelle für Dienstkräfte, die nicht mehr im Einsatzdienst eingesetzt werden können.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		37.4 Integrierte Regionalleitstelle BS/PE/WF (IRLS)						
		37.41 Betrieb IRLS						
neu	370-4100	Hauptbrandmeister/in Disponent/in Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit von der Personalbedarfsberechnung im Gutachten				+ 10 A 9 mD Sp*)		

37.4 Integrierte Regionalleitstelle BS/PE/WF (IRLS)

37.41 Betrieb IRLS

Nrn. neu	Stellenschaffungen in der Stelle 37.41 Betrieb IRLS im Hinblick auf das im Jahr 2023 geplante Gutachten für die Integrierte Regionalleitstelle (IRLS). Das Gutachten wird für die Ermittlung des Personalbedarfs und für die Kostenermittlung als Grundlage für die anteilige Kostenerstattung der Landkreise Peine und Wolfenbüttel sowie der Krankenkassen benötigt. Die Stellenschaffungen erfolgen mit Sperrvermerk, die Freigabe erfolgt erst nach Vorlage des Gutachtens und entsprechend der tatsächlichen Personalbedarfsberechnung.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		40 Schule						
		40.2 IT und Medien						
		40.22 Medienentwicklungsplanung						
neu	400-2010	Techn. Sachbearbeiter/in MDM/WLAN				+ 1 E 9a		

40 Schule

40.2 IT und Medien

40.22 Medienentwicklungsplanung

Nr. neu	Stellenschaffung für Aufgaben im Zusammenhang mit dem Mobile-Device-Management (MDM) sowie zur Betreuung des WLAN vor dem Hintergrund einer weiter steigenden Zahl von in das MDM einzubindenden Geräten (DS 23-20358). Bewertung offen.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		50 Soziales und Gesundheit						
		50.2 Migrationsfragen und Integration						
		50.22 Koordination Unterbringung, zentrale Wohnstandorte für Flüchtlinge						
neu	500-7110	Sachgebietsleiter/in Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit der Aufgabenentwicklung		+ 1 A 11 Sp*)				
neu	500-7110	Sozialarb./-päd. Betreuung Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit von der Aufgabenentwicklung		+ 6 S 12 Sp*)				
neu	500-7302	Unterkunftswart/in Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit von der Aufgabenentwicklung		+ 4 E 4 Sp*)				
neu	500-7110	Sachbearbeiter/in Verwaltung Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit von der Aufgabenentwicklung		+ 2 A 7 Sp*)				

50 Soziales und Gesundheit

50.2 Migrationsfragen und Integration

50.22 Koordination Unterbringung, zentrale Wohnstandorte für Flüchtlinge

Nrn. neu	Stellenschaffungen in Anpassung an die Aufgabenentwicklung. Aufgrund einer möglichen Steigerung der zu betreuenden Geflüchteten insbes. aus der Ukraine, an den derzeitigen und perspektivisch zu betreibenden zusätzlichen Wohnstandorten, sind Stellenschaffungen vorzusehen. Die Sperrvermerk-Stellen würden zur Betreuung von 4 weiteren Standorten ausreichen.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		51 Kinder, Jugend und Familie						
		51.0 Verwaltung						
		51.01 Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, Finanzen						
06252	510-0130	Sachbearbeiter/in Förderprojekt Quik	1 A 11 T 8 kw 2023	1 A 11 T 8 kw 2024				
		51.04 Planung						
06432	510-0420	Sachbearbeiter/in Beratung und Platzvermittlung	1 E 5 T 30	1 E 5 T 35				
		51.3 Kindertagesstätten						
		51.30 Innendienst Kindertagesstätten						
06638	510-3195	Kinderpfleger/in Personalausfallreserve Berufsbegleitende Ausbildung		- 1 S 4 T 113,88 kw 2023				
neu	510-3195	Kinderpfleger/in Personalausfallreserve Berufsbegleitende Ausbildung Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit der tatsächlichen Ausbildungszahlen		+ 1 S 4 T 80,82 Sp*) kw 2026				
neu	510-3195	Erzieher/in Personalausfallreserve Berufsbegleitendes Studium Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit der tatsächlichen Ausbildungszahlen		+ 1 S 8b T 10,38 Sp*) kw 2028				
		51.33 Kindertagesstätten						
		51.3305 Christian-Friedrich-Krull-Straße						
05813	510-3103	Erzieher/in Unterstützung Leitungspersonal	1 S 8b T 30 kw 2023	1 S 8b T 30				
		51.3325 Rautheim						
05708	510-3125	Kinderpfleger/in	1 S 3 kw 2023	1 S 3 kw 2025				

51 Kinder, Jugend und Familie

51.0 Verwaltung

51.01 Allgemeine Verwaltungs-Angelegenheiten, Finanzen

Nr. 06252	Verlängerung des kw-Vermerks zur verwaltungsmäßigen Abwicklung der Förderrichtlinie Qualität in Kitas (Quik) inklusive der Erstellung des abschließenden Verwendungsnachweises.

51.04 Planung

Nr. 06432	Stundenaufstockung, da der Beratungsaufwand gestiegen ist. Für die Krippen- und Kindergartenplätze wurde bereits für 2017 bis 2021 ein Ausbau um rd. 900 Plätze beschlossen und für 2022 ist ein weitergehender Ausbau auf rd. 1.140 Plätze vorgesehen. Auch zukünftig ist durch die steigende Geburtenrate, Schaffung von Neubaugebieten etc. von einem dauerhaften Mehraufwand auszugehen.

Abt. 51.3 Kindertagesstätten

51.30 Innendienst

Nr. 06638	Stellenwegfall aufgrund der Beendigung der berufsbegleitenden Ausbildung.
Nr. neu	Stellenschaffungen zur Anpassung der Personalausfallreserve für die berufsbegleitende Ausbildung zur Erzieherin/zum Erzieher mit Sperrvermerk in Abhängigkeit der tatsächlichen Ausbildungszahlen.
Nr. neu	Stellenschaffungen zur Anpassung der Personalausfallreserve für das berufsbegleitende Studium zur Sozialarbeiterin/-pädagogin/zum Sozialarbeiter/-pädagogen mit Sperrvermerk in Abhängigkeit der tatsächlichen Ausbildungszahlen.

51.33 Kindertagesstätten

51.3305 Christian-Friedrich-Krull-Straße

Nr. 05813	Wegfall des kw-Vermerks, da es sich hier um eine der größten Kitas der Stadt Braunschweig handelt, die darüber hinaus in einem sog. „sozialen Brennpunkt“ liegt. Durch die zum Stellenplan 2016 geschaffene Stelle einer Erzieherin/eines Erziehers mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 30 Std., kann eine Unterstützung des Leitungspersonals dauerhaft sichergestellt werden .

51.3325 Rautheim

Nr. 05708	Verlängerung des kw-Vermerks, weil eine Änderung der räumlichen Situation erst mit baulichen Veränderungen möglich ist, die frühestens 2025 realisiert werden können.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		51.4 Jugendförderung						
		51.40 Verwaltung, Kinder- und Jugendzeltplatz Lenste						
neu	510-4000	Erzieher/in Personalausfallreserve Berufsbegleitendes Studium Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit der tatsächlichen Ausbildungszahlen		+ 1 S 8b T 10,38 Sp*) kw 2028				
neu	510-4000	Sachbearbeiter/in Förderung Schulkindbetreuung		+ 1 A 10 T 20				
		51.43 Schulkindbetreuung						
06274	510-4301	Erzieher/in SchuKiPLUS Schulkindbetreuung GS Querum im KJZ Querum	1 S 8a T 69 kw 2023	1 S 8a T 69 kw 2026				
06275	510-4301	Zweitkraft im Gruppendienst SchuKiPLUS Schulkind-Betreuung GS Querum im KJZ Querum	1 S 2 T 20 kw 2023	1 S 2 T 20 kw 2026				
neu	510-4301	Sachgebietsleiter/in SG 4 Schulkindbetreuung		+ 1 S 15				
		51.44 Jugendsozialarbeit						
		51.44.1 SG 1 Kommunale Schulsozialarbeit						
neu	510-4403	Sozialarb./-päd. Schulsozialarbeit Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit der Aufgabenentwicklung		+ 4 S 11b Sp*)		4 S 12 Sp*)		

51.4 Jugendförderung

51.40 Verwaltung, Kinder- und Jugendzeltplatz Lenste

Nr. neu	Stellenschaffungen zur Anpassung der Personalausfallreserve für das berufsbegleitende Studium zur Sozialarbeiterin/-pädagogin/zum Sozialarbeiter/-pädagogen mit Sperrvermerk in Abhängigkeit der tatsächlichen Ausbildungszahlen.
Nr. neu	Stellenschaffung für die Verwaltung und Abrechnung der Schulkindbetreuung aufgrund des weiteren Ausbaus sowie der Abwicklung zusätzlicher bzw. ausgeweiteter Förderprojekte gem. Ratsbeschlüsse vom 16.12.2020 (DS 20-14846) und 29.03.2022 (DS 22-17959) sowie gem. Drucksache (DS 22-18486).

51.43 Schulkindbetreuung

Nrn. 06274 und 06275	Verlängerung der kw-Vermerke bis 2026 aufgrund der Umsetzung der Grundschule Querum als KoGS erst im Jahr 2025/2026.
Nr. neu	Stellenschaffung zur Einrichtung eines vierten Sachgebietes aufgrund des weiteren Ausbaus in der Schulkindbetreuung gem. Ratsbeschlüsse vom 16.12.2020 (DS 20-14846) und 29.03.2022 (DS 22-17959) sowie gem. (DS 22-18486).

51.44 Jugendsozialarbeit

51.44.1 SG 1 Kommunale Schulsozialarbeit

Nr. neu	Gem. Ratsbeschluss DS 21-15292 Nr. 1 sind mindestens 4 Stellen zu schaffen. Sperrvermerk: in Abhängigkeit vom Bedarf und Berücksichtigung der im "Rahmenkonzept Kommunale Schulsozialarbeit" festgelegten Parameter. **Ergänzung:** Anpassung der Tätigkeitsmerkmale im TVöD-SuE nach Tarifverhandlungen, die zu einer höheren Eingruppierung führen.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		60 Bauordnung und Zentrale Vergabestelle						
		60.3 Bauordnung						
		60.32 Beratungsstelle Planen, Bauen, Umwelt						
05332	600-3200	Sachbearbeiter/in Vorkaufsangelegenheiten		- 1 A 8 T 20 kw 2023				

60 Bauordnung und Zentrale Vergabe-stelle

60.3 Bauordnung

60.32 Beratungsstelle Planen, Bauen, Umwelt

Nr. 05332 Realisierung des kw 2023)-Vermerks.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		61 Stadtplanung und Geoinformation						
		61.3 Integrierte Entwicklungsplanung						
		61.32 Sonderprojekte der Stadtentwicklung						
neu	610-3100	Techn. Sachbearbeiter/in IKSK 2.0 Quartiersmanager/in		+ 2 E 11 kw 3) Sp*)				
		Sp*) Freigabe durch die Verwaltung in Abhängigkeit vom Förderantrag						

61 Stadtplanung und Geoinformation

61.3 Integrierte Entwicklungsplanung

61.32 Sonderprojekte der Stadtentwicklung

Nrn. neu	Stellenschaffungen aufgrund des Integrierten Klimaschutzkonzeptes 2.0 (IKSK 2.0, DS 22-18957) zur Umsetzung energetischer Quartierskonzepte sowie Anbringung eines Sperrvermerkes und kw 3)-Vermerkes im Hinblick auf die Fördermöglichkeiten durch das KfW-Programm 432 (Energetische Stadtsanierung).

Fachbereich 10
1022 118 3

65 Gebäudemanagement

Stellenplan 2024

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		65 Gebäudemanagement						
neu		Fachbereichsleiter/in				+ 1 A 16 kw 1)		
		65.2 Objektmanagement und Instandsetzung						
neu		Techn. Sachbearbeiter/in Energiemanagement IKSK 2.0		+ 1 E 11				

65 Gebäudemanagement

Nr. neu	Befristete Stellenschaffung für eine Wissensstafette im Zusammenhang mit dem Ausscheiden des Fachbereichsleiters.
65.2 Objektmanagement und Instandsetzung	
Nr. neu	Stellenschaffung aufgrund des Klimaschutzkonzepts 2.0 (IKSK 2.0, DS 22-18957) für die Energieberatung und die Umsetzung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG).

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		67 Stadtgrün und Sport						
		0670 Sportreferat						
		0670.20 Sportstättenverwaltung						
neu (2023)	670-4801	Sachbearbeiter/in Special Olympics 2023, Host-Town-Programm				- 1 A 11 kw 2023		
		67.2 Stadtgrün -Grünflächen-management und -entwicklung						
06320	670-2000	Techn. Sachbearbeiter/in Förderprojekt Biodiversität				- 1 E 12 kw 2023		
		67.22 Grünflächenentwicklung						
		67.22.1 Konzeption und Pla-nung						
06331	670-2200	Sachbearbeiter/in Förderprogramm Dach-, Fassaden-, Innenhof- und Vorgartenbegrünung	1 E 11 kw 2024	1 E 11 kw 5)				

67 Stadtgrün und Sport

0670 Sportreferat

0670.20 Sportstättenverwaltung

Nr. neu (2023)	Stellenwegfall durch Realisierung des kw 2023)-Vermerks.

67.2 Stadtgrün -Grünflächenmanagement und -entwicklung

Nr. 06320	Stellenwegfall durch Realisierung des kw 2023)-Vermerks.

67.22 Grünflächenentwicklung

67.22.1 SG 1 Konzeption und Planung

Nr. 06331	Stellenausweisung mit kw 5)-Vermerk zur Sicherstellung erforderlicher Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Abwicklung der Förderprogramme „Baumreich(es) Braunschweig“ und „Gartenreich(es) Braunschweig“ sowie des Baumspendenprogramms „Mein Baum für Braunschweig“.

StPl.-Nr. 2022	Kosten-stelle	Organisationseinheit Funktionsbezeichnung Sachgebiet	Stellenplan 2022 (bisheriger Wert)	Verw.-Vorschlag StPl-Entwurf Stand: 07.07.2022		Verw.-Vorschlag Ergänzung Stand: 15.02.2023		Vom FPDA am 02.03.2023 empfohlene Änderung
				Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	Wertänderung Neue St. (+) Wegfall (-)	Verlegung (+/-)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
		98 Stellen im Zusammenhang mit der Altersteilzeit						
05172		Sachbearbeiter/in				- 1 E 8 kw 2023		
06663		Techn. Sachbearbeiter/in				- 1 E 15 kw 2023		
05181		Sachbearbeiter/in				- 1 E 15Ü kw 2023		
04614		Erzieher/in	1 S 8a kw 2023			1 S 8a kw 2024		
05180		Erzieher/in	1 S 8a kw 2023			1 S 8a kw 2024		
05165		Sozialarb./-päd.	1 S 11b kw 2023			1 S 11b Kw 2024		
05171		Kinderpfleger/in	1 S 4 kw 2023			1 S 4 kw 2024		
06687		Sachbearbeiter/in	1 E 9a kw 2023			1 E 9 a kw 2024		
06661		Sachbearbeiter/in	1 E 5 kw 2023			1 E 5 kw 2024		
06664		Sachbearbeiter/in	1 E 6 kw 2023			1 E 6 kw 2024		
06689		Sachbearbeiter/in	1 E 5 kw 2023			1 E 5 kw 2024		
06695		Sachbearbeiter/in	1 E 8 kw 2023			1 E 8 kw 2024		
06855		Sachbearbeiter/in	1 E 7 kw 2023			1 E 7 kw 2024		
06662		Sachbearbeiter/in	1 E 5 kw 2023			1 E 5 kw 2024		
06666		Sachbearbeiter/in	1 E 11 kw 2023			1 E 11 kw 2024		

98 Stellen im Zusammenhang mit der Altersteilzeit

Nrn. 05172, 06663, 05181	Stellenwegfälle entsprechend des tatsächlichen Bedarfs.
Nrn. 04614 bis 06666	Stellenveränderungen entsprechend der jeweiligen Altersteilzeit.

Abkürzungsverzeichnis

hD	höherer Dienst (neu: Laufbahngruppe 2, Einstiegsamt 2)
gD	gehobener Dienst (neu: Laufbahngruppe 2, Einstiegsamt 1)
mD	mittlerer Dienst (neu: Laufbahngruppe 1, Einstiegsamt 2)
B 6 - B 9	Stellen der Wahlbeamten
A 6 - A 16, B 2	Stellen der Laufbahnbeamten
E 1 - E 15	Entgeltgruppen der Beschäftigten
E 2 Ü	übertarifliches Entgelt gem. TVÜ
E 15 Ü	übertarifliches Entgelt gem. TVÜ
aT	außertarifliches Entgelt
S 2 - S 18	Entgeltgruppen der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst
H	Stellen der Halbtagskräfte
T	Stellen mit einer Abweichung von der tariflich vereinbarten Arbeitszeit
kw/ku [1) 2) 3) 4) 5) 6) 7) 8)]	künftig wegfallende/umzuwandelnde Stellen
	[1)] bei Organisationsänderung/Ausscheiden des derzeitigen Stelleninhabers
	[2)] bei Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen
	[3)] bei Fortfall von Zuschusszahlungen
	[4)] bei Fortfall der Kostenerstattung (Personalkosten zuzüglich Anteil an Sach- und Verwaltungskosten)
	[5)] bei Aufgabenminderung
	[6)] bei Ende der Beurlaubung des derzeitigen Stelleninhabers
	[7)] nach Abschluß der Ausbildungs- oder Einführungszeit längstens bis zur Verwendung auf einer freien Planstelle
	[8)] Haushaltskonsolidierung/bei anderweitigem Einsatz/Ausscheiden der Dienstkraft
kw (z. B.) 2024	künftig wegfallende Stelle zum Ende des angegebenen Jahres
Sp *)	Sperrung der Stelle mit besonderer Erläuterung
TVöD	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst
KomHKVO	Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung
KAV	Kommunaler Arbeitgeberverband Nds. e. V.
MI	Innenministerium
Z	mit Amtszulage (bei Beamtenstellen)
NBG	Niedersächsisches Beamtengesetz
NKBesVO	Niedersächsische Kommunalbesoldungsverordnung
NStOV-Kom	Nieders. Stellenobergrenzenverordnung für den kommunalen Bereich
VKA	Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände
Z 12/Z 8	Vorarbeiterzulage 12 vH/8 vH

Stellenplan 2024

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Gesamtzusammenstellung zum Stellenplan und zu den Stellenübersichten 2024	2
Allgemeine Bestimmungen zum Stellenplan 2024	3 - 4
Stellenplan Teil A: Beamte	5 - 19
Stellenplan Teil B: Beschäftigte	20 - 23
Anhang: Dienstkräfte in der Ausbildungszeit	24 - 25
Stellenübersichten Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung	26 - 49
Stellenübersichten Teil B: Sonderübersicht über die Planstellen von Beamten, die mit Beschäftigten besetzt sind	50 - 52
Stellenübersichten Sonderrechnung	
- Gebäudemanagement	53 - 56
- Hochbau	57 - 60
- Abfallwirtschaft	61 - 64
- Stadtentwässerung	65 - 68

Abkürzungsverzeichnis

hD	höherer Dienst; Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG)
gD	gehobener Dienst; Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG)
mD	mittlerer Dienst; Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG)
B 6 - B 9	Stellen der Wahlbeamten
A 6 - A 16, B 2	Stellen der Laufbahnbeamten
E 1 - E 15	Entgeltgruppen der Beschäftigten
E 2 Ü	übertarifliches Entgelt gem. TVÜ
E 15 Ü	übertarifliches Entgelt gem. TVÜ
aT	außertarifliches Entgelt
S 2 - S 18	Entgeltgruppen für Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst
H	Stellen der Halbtagskräfte
T	Stellen mit einer Abweichung von der tariflich vereinbarten Arbeitszeit
kw/ku [1) 2) 3) 4) 5) 6) 7) 8)]	künftig wegfallende/umzuwandelnde Stellen
	[1)] bei Organisationsänderung/Ausscheiden des derzeitigen Stelleninhabers
	[2)] bei Fortfall der Freistellungsvoraussetzungen
	[3)] bei Fortfall von Zuschusszahlungen
	[4)] bei Fortfall der Kostenerstattung (Personalkosten zuzüglich Anteil an Sach- und Verwaltungskosten)
	[5)] bei Aufgabenminderung
	[6)] bei Ende der Beurlaubung des derzeitigen Stelleninhabers
	[7)] nach Abschluß der Ausbildungs- oder Einführungszeit längstens bis zur Verwendung auf einer freien Planstelle
	[8)] Haushaltskonsolidierung/bei anderweitigem Einsatz/Ausscheiden der Dienstkraft
kw (z. B.) 2024	künftig wegfallende Stelle zum Ende des angegebenen Jahres
Sp *)	Sperrung der Stelle mit besonderer Erläuterung
TVöD	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst
GemHKVO	Gemeindehaushalts- und Kassenverordnung
KAV	Kommunaler Arbeitgeberverband Nds. e. V.
MI	Innenministerium
mAZ	mit Amtszulage
NBG	Niedersächsisches Beamtengesetz
NKBesVO	Niedersächsische Kommunalbesoldungsverordnung
NStOV-Kom	Nieders. Stellenobergrenzenverordnung für den kommunalen Bereich
VKA	Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände
Z 12/Z 8	Vorarbeiterzulage 12 vH/8 vH

Gesamtzusammenstellung

zum Stellenplan und zur Stellenübersicht 2024

	Stand 2023			Veränderung			Stand 2024		
	ohne Leer- und Ausbildungstellen, Stellenreserve, Altersteilzeit, zugewiesene Dienstkräfte	Leer- und Ausbildungstellen, Stellenreserve, Altersteilzeit, zugewiesene Dienstkräfte	Insgesamt (Sp. 2 a + 2 b)	ohne Leer- und Ausbildungstellen, Stellenreserve, Altersteilzeit, zugewiesene Dienstkräfte	Leer- und Ausbildungstellen, Stellenreserve, Altersteilzeit, zugewiesene Dienstkräfte	Insgesamt (Sp. 3 a + 3 b)	ohne Leer- und Ausbildungstellen, Stellenreserve, Altersteilzeit, zugewiesene Dienstkräfte	Leer- und Ausbildungstellen, Stellenreserve, Altersteilzeit, zugewiesene Dienstkräfte	Insgesamt (Sp. 4 a + 4 b)
1	2 a	2 b	2 c	3 a	3 b	3 c	4 a	4 b	4 c
1 **Stellenplan** (einschließlich Beamte der Sondervermögen)									
1.1 Beamtinnen/Beamte	1440,48	111,75	1552,23	29,00		29,00	1.469,48	111,75	1.581,23
1.2 Arbeitnehmerinnen/-nehmer	2326,40	218,73	2545,13	17,00	-3,00	14,00	2.343,40	215,73	2.559,13
Summe 1	3.766,88	330,48	4.097,36	46,00	-3,00	43,00	3.812,88	327,48	4.140,36
2 **Stellenübersicht** (Hochbau)									
2.1 Beamtinnen/Beamte									
2.2 Arbeitnehmerinnen/-nehmer	52,77		52,77	2,00		2,00	54,77		54,77
(Gebäudemanagement)									
2.1 Beamtinnen/Beamte	33,00		33,00	1,00		1,00	34,00		34,00
2.2 Arbeitnehmerinnen/-nehmer	263,32		263,32	1,00		1,00	264,32		264,32
Summe 2 (ohne Beamte)	316,09		316,09	3,00		3,00	319,09		319,09
3 **Stellenübersicht** (Abfallwirtschaft)									
3.1 Beamtinnen/Beamte	3,98		3,98				3,98		3,98
3.2 Arbeitnehmerinnen/-nehmer	4,00		4,00				4,00		4,00
Summe 3 (ohne Beamte)	4,00		4,00				4,00		4,00
4 **Stellenübersicht** (Stadtentwässerung)									
4.1 Beamtinnen/Beamte	3,22		3,22				3,22		3,22
4.2 Arbeitnehmerinnen/-nehmer	7,00		7,00				7,00		7,00
Summe 4 (ohne Beamte)	5,50		5,50				7,00		7,00
Summe 1 bis 4	4.092,47	330,48	4.422,95	49,00	-3,00	46,00	4.142,97	327,48	4.470,45

Allgemeine Bestimmungen zum Stellenplan 2024

1 Der Stellenplan ist nach den Mustern der Verwaltungsvorschriften zur Ausführung der Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung aufgestellt worden.

2 Die Verwaltung wird ermächtigt, über die Inanspruchnahme von Stellen mit entsprechendem Sperrvermerk zu beschließen.

3 Die Verwaltung wird ermächtigt

3.1 über die Inanspruchnahme der Stellenreserve zu entscheiden. Der Rat wird über die konkrete Inanspruchnahme unterrichtet.

3.2 Stellen, aus denen vorübergehend Dienstbezüge oder Entgelte nicht bezahlt werden (z. B. wegen längerer Erkrankung), und Stellen, deren Inhaberinnen während der Mutterschutzfristen nicht beschäftigt werden dürfen, im Bedarfsfall für nichtbeamtete Ersatzkräfte zu verwenden. (Bei den Stellen für Erzieherinnen oder Erzieher sowie Kinderpflegerinnen oder Kinderpfleger des FB Kinder, Jugend und Familie ist bei der Bemessung des Personalbedarfs der Personalausfall wegen Mutterschutz und Erziehungsurlaub nicht berücksichtigt worden; in diesem Bereich ist der Bedarf zu unterstellen.)

3.3 vakante Praktikantinnen- oder Praktikanten-Stellen für den Beruf der Erzieherin oder des Erziehers mit Kinderpflegerinnen oder Kinderpflegern zu besetzen. Kinderpflegerinnen- oder Kinderpflegerstellen im Kindertagesstättenbereich dürfen zur Gewährleistung des Betriebs vorübergehend mit Erzieherinnen oder Erziehern mit entsprechender Eingruppierung besetzt werden.

3.4 über die vorhandenen Stellen hinaus nichtbeamtete Dienstkräfte vorübergehend bis zu 9 Monaten zu beschäftigen, wenn ein unabweisbarer Bedarf vorliegt und Haushaltsmittel hierfür verfügbar sind.

3.5 über die vorhandenen Stellen hinaus nichtbeamtete Dienstkräfte zu beschäftigen, wenn eine volle Kostenerstattung für den Rest des Haushaltsjahres durch Dritte erfolgt.

3.6 Beschäftigte in Maßnahmen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) außerhalb des Stellenplans im Rahmen der veranschlagten Haushaltsmittel befristet unter der Voraussetzung zu beschäftigten, dass im Einzelfall ein Zuschuss der Agentur für Arbeit bzw. eine Förderleistung nach dem SGB II oder SGB III gewährt wird.

4 Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen

4.1 Künftige Stellenwegfälle im Zusammenhang mit Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen sind mit dem Vermerk "kw 8)" gekennzeichnet, ggf. ergänzt um die Jahreszahl des angestrebten Wegfalls.

4.2 Eine Realisierung dieser Stellenwegfälle bei vergleichbaren anderen Stellen ist möglich bzw. erforderlich. Im Übrigen muss die Realisierung jeweils bei der frühestmöglichen Gelegenheit erfolgen. In die Prüfung der Realisierungsmöglichkeit ist nicht nur die mit dem kw 8)-Vermerk versehene Planstelle einzubeziehen. Zu berücksichtigen sind vielmehr alle Planstellen des Fachbereichs/Referates in dieser Laufbahngruppe mit gleichen bzw. vergleichbaren Stellenwerten.

Hinweis: Bei allen personalrechtlichen Maßnahmen sind die Zuständigkeiten gem. § 107 Abs. 4 NKomVG zu beachten.

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

I. Stadtverwaltung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2023 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2023 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2023 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
	B e a m t e a u f Z e i t									
1	Oberbürgermeister	B 9	1,00		1,00					
		B 9		1,00		1,00				
2	Erster Stadtrat	B 7	1,00		1,00					
		B 7		1,00		1,00				
3	Stadtbaurat	B 6	1,00		1,00					
4	Stadtkämmerer	B 6								
5	Stadtrat	B 6	3,00		3,00					
		B 6		4,00		4,00				

Doppelhaushalt 2023/2024
Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2023,
keine Prognose für den Stellenplan 2024

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

I. Stadtverwaltung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2023 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2023 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2023 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 4 NBesG)										
6	Leitender Baudirektor	B 2	3,00 [1]		3,00					[1]
7	Städt. Leitender Direktor	B 2	6,00		6,00					
		B 2		9,00		9,00				
8	Leitender Baudirektor	A 16	7,00 [2]		7,00					[2] dav. 1 kw 6)
9	Leitender Branddirektor	A 16	1,00		1,00					
10	Leitender Medizinaldirektor	A 16	2,00		2,00					
11	Leitender Museumsdirektor	A 16								
12	Städt. Leitender Direktor	A 16	9,00 [3]		9,00					[3] dav. 1 kw 6)
13	Leitender Veterinärdirektor	A 16	1,00		1,00					
		A 16		20,00		20,00				
14	Archivdirektor	A 15	1,00		1,00					
15	Baudirektor	A 15	1,00		1,00					
16	Bibliotheksdirektor	A 15	1,00		1,00					
17	Branddirektor	A 15	4,00		4,00					
18	Medizinaldirektor	A 15								
19	Museumsdirektor	A 15								
20	Städtischer Direktor	A 15	14,00		14,00					

Doppelhaushalt 2023/2024
Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2023,
keine Prognose für den Stellenplan 2024

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

I. Stadtverwaltung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2023 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2023 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2023 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
21	Vermessungsdirektor	A 15	1,00		1,00					
22	Veterinärdirektor	A 15								
		A 15		22,00		22,00				
23	Bauoberrat	A 14	6,00 [1]		6,00					[1] dav. 1 kw 1)
24	Bibliotheksoberrat	A 14								
25	Brandoberrat	A 14	[2]		1,00					[2]
26	Gewerbeoberrat	A 14								
27	Oberkustos	A 14								
28	Städtischer Oberrat	A 14	14,13 [3]		14,13					[3] dav. 1 kw 6), 1 T 25 kw 1), 1 T 20
29	Vermessungsoberrat	A 14	1,00		1,00					
30	Veterinäroberrat	A 14	1,00		1,00					
		A 14		22,13		23,13				
31	Baurat	A 13	4,00		4,00					
32	Kustos	A 13								
33	Städtischer Rat	A 13	3,00		3,00					
		A 13		7,00		7,00				

Doppelhaushalt 2023/2024
Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2023,
keine Prognose für den Stellenplan 2024

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

I. Stadtverwaltung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2023 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2023 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2023 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 3 NBesG)										
34	Brandoberamtsrat	A 13	3,00		3,00					
	mit Amtszulage	mAZ		3,00		3,00				
35	Bauoberamtsrat	A 13	[1]							[1]
36	Brandoberamtsrat	A 13	7,00		7,00					
37	Sozialoberamtsrat	A 13								
38	Stadtoberamtsrat	A 13	40,80 [2]		40,80					[2] dav. 1 kw 2024, 1 kw 1), 1 ku 1) A 12
39	Vermessungsoberamtsrat	A 13								
		A 13		47,80		47,80				
40	Archivamtsrat	A 12	2,00		2,00					
41	Bauamtsrat	A 12								
42	Brandamtsrat	A 12	12,50 [3]		10,50					[3] dav. 1 T 20 kw 2)
43	Sozialamtsrat	A 12								
44	Stadtamtsrat	A 12	86,88 [4]		87,88					[4] dav. 4 kw 6), 1 T 30 kw 6), 2 T 10, 2 kw 1), 1 kw 7), 1 T 25, 2 T 30
45	Vermessungsamtsrat	A 12								
46	Gewerbeamtsrat	A 12	1,00		1,00					
				102,38		101,38				

Doppelhaushalt 2023/2024
Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2023,
keine Prognose für den Stellenplan 2024

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

I. Stadtverwaltung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2023 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2023 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2023 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
47	Bauamtmann	A 11	4,00 [1]		4,00					[1] dav. 2 T 20
48	Brandamtmann	A 11	26,00 [2]		27,00					[2] dav. 1 kw 3), 1 Sp*)
49	Archivamtmann	A 11	1,00		1,00					[3] dav. 1 T 3, 2 T 10, 25 T 20, 1 T 25,1 T 22, 1 T 29, 2 T 24, 2 T 25, 1 T 25,46,1 T 28, 9 T 30,1 T 31, 1 T 35 kw 2),1 kw 3), 1 T 20 kw 4), 6 kw 6), 1 kw 2024, 1 T 20 kw 2026, 1 T 8 kw 2024, 2 kw 2026, 6 Sp*), 1 ku 1) A 10
50	Vermessungsamtmann	A 11	1,00		1,00					
51	Stadtamtmann	A 11	216,26 [3]		217,26					
52	Bibliotheksamtmann	A 11								
52a	Lebensmittelkontroll-amtmann	A 11	1,00		1,00					
		A 11		249,26		251,26				
53	Archivoberinspektor	A 10	1,00		1,00					
54	Bauoberinspektor	A 10								[4] dav. 2 kw 7), 1 kw 1), 1 kw 4)
55	Bibliotheksoberinspektor	A 10	2,00		2,00					
56	Brandoberinspektor	A 10	20,00 [4]		20,00					[5] dav. 1 T 5, 1 T 10, 1 T 12, 24 T 20, 1 T 22, 2 T 24, 6 T 25, 7 T 30, 1 T 31, 1 T 33, 1 T 35,4 kw 1), 1 T 20 kw 1), 4 kw 4), 4 kw 5), 1 T 20 kw 6), 1 T 20 kw 2024, 1 T 30 kw 6), 11 kw 6), 7 Sp*), 1 T 20 Sp*), 1 T 20 kw 4)
57	Lebensmittelkontroll-oberinspektor	A 10	4,00		4,00					
58	Sozialoberinspektor	A 10								
59	Stadtoberinspektor	A 10	259,93 [5]		257,43					
60	Vermessungsoberinspektor	A 10								
		A 10		286,93		284,43				

Doppelhaushalt 2023/2024
Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2023,
keine Prognose für den Stellenplan 2024

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

I. Stadtverwaltung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024 insgesamt	Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2023 tatsächlich besetzt mit Beamten	mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
61	Archivinspektor	A 9								
62	Sozialinspektor	A 9								
63	Stadtinspektor	A 9	26,00 [1]		26,00					[1] 1 kw 6), 25 kw 7)
		A 9		26,00		26,00				
Laufbahngruppe 1 (i. S. von § 15 Abs. 2 NBesG)										
64	Hauptbrandmeister mit Amtszulage	A 9 mAZ	51,50 [2]		50,50					[2] dav. 1 T 20 kw 2), 1 kw 1)
65	Stadtamtsinspektor mit Amtszulage	A 9 mAZ	10,13 [3]		10,13					[3] dav. 2 T 30 ku 1) A 10 T 30, 8 ku 1) A 10 1 T 25 ku 1) A 10 T 25,
66	Lebensmittelkontroll-amtsinspektor mit Amtszulage	A 9 mAZ								
		A 9 mAZ		61,63		60,63				
67	Hauptbrandmeister	A 9	194,00 [4]		180,00					[4] dav. 5 kw 4), 2 kw 1), 15 Sp*)
68	Lebensmittelkontroll-amtsinspektor	A 9	4,00		4,00					
69	Stadtamtsinspektor	A 9	39,66 [5]		39,66					[5] dav. 2 T 20, 1 T 21,5, 1 T 30, 1 T 35, 5 kw 6)
		A 9		237,66		223,6625				

Doppelhaushalt 2023/2024
Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2023,
keine Prognose für den Stellenplan 2024

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

I. Stadtverwaltung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024 insgesamt	Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2023 tatsächlich besetzt mit Beamten	mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
70	Lebensmittelkontroll-hauptsekretär	A 8								
71	Oberbrandmeister	A 8	60,00 [1]		55,00					[1] dav. 15 kw 4), 5 kw 1), 1 kw 7), 5 Sp*)
72	Stadthauptsekretär	A 8	199,08 [2]		198,58					[2] dav. 1 T 12, 1 T 15, 21 T 20, 3 T 25, 1 T 29,25, 11 T 30, 1 T 30,5, 2 T 33, 2 T 35, 4 kw 7), 7 kw 6), 1 T 20 kw 6), 1 T 7 kw 1), 2 kw 1), 1 T 10 kw 1), 2 kw 4), 3,5 kw 5),8 kw 5), 3,5 Sp*), 1 T 30 Sp*), 3 ku 1) A 7, 1 T 20 ku 1) A 7 T 20, 1 T 25 ku 1) A 7 T 25
		A 8		259,08		253,58				
73	Brandmeister	A 7	41,00 [3]		36,00					
74	Landesplanungsober-sekretär	A 7								[3] dav. 3 kw 4), 8 kw 7), 3 kw 1), 5 Sp*)
65	Lebensmittelkontrollober-sekretär	A 7								
76	Stadtobersekretär	A 7	119,42 [4]		117,42					[4] dav. 1 T 10, 2 T 20 kw 3), 21 T 20, 2 T 25, 2 T 20 kw 1), 4 T 30, 3 kw 7), 1 kw 2026, 2 kw 2033,7 kw 6), 3 T 10 kw 5), 1 T 20 kw 5), 9 Sp*), 1 kw 2025, 1 kw 2028
		A 7		160,42		153,42				
77	Lebensmittelkontrollsekretär	A 6								
78	Stadtsekretär	A 6	20,00 [5]		20,00					[5] dav. 3 T 20, 1 T 30, 1 T 20 kw 6), 15 kw 7), 2 kw 6)
		A 6		20,00		20,00				
	insgesamt		1.540,27	1.540,27	1.512,27	1.512,27				

Doppelhaushalt 2023/2024
Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2023,
keine Prognose für den Stellenplan 2024

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

II. Sondervermögen mit Sonderrechnung: Hochbau

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2023 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2023 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2023 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 4 NBesG)										
1	Leitender Baudirektor	B 2								
		B 2								
2	Leitender Baudirektor	A 16								
		A 16								
3	Baudirektor	A 15								
4	Städtischer Direktor	A 15								
		A 15								
5	Bauoberrat	A 14								
6	Städt. Oberrat	A 14								
		A 14								
7	Baurat	A 13								
		A 13								
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 3 NBesG)										
8	Bauoberamtsrat	A 13								
9	Stadtoberamtsrat	A 13								
		A 13								
10	Bauamtsrat	A 12								
11	Stadtamtsrat	A 12								
		A 12								
12	Bauamtmann	A 11								
		A 11								
13	Stadtamtmann	A 11								
		A 11								

Doppelhaushalt 2023/2024
Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2023,
keine Prognose für den Stellenplan 2024

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

II. Sondervermögen mit Sonderrechnung: Hochbau

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2023 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2023 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2023 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
14	Bauoberinspektor	A 10								
15	Stadtoberinspektor	A 10								
		A 10								
16	Stadtinspektor	A 9								
		A 9								
Laufbahngruppe 1 (i. S. von § 15 Abs. 2 NBesG)										
17	Stadtamtsinspektor mit Amtszulage	A 9 mAZ								
		A 9 mAZ								
18	Stadtamtsinspektor	A 9								
		A 9								
19	Stadthauptsekretär	A 8								
		A 8								
20	Stadtobersekretär	A 7								
		A 7								
21	Stadtsekretär	A 6								
		A 6								
	Hochbau insgesamt									

Doppelhaushalt 2023/2024
Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2023,
keine Prognose für den Stellenplan 2024

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

II. Sondervermögen mit Sonderrechnung: Gebäudemanagement

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2023 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2023 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2023 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 4 NBesG)										
1	Leitender Baudirektor	B 2 B 2								
2	Leitender Baudirektor	A 16	2,00 [1]		1,00					[1] dav. 1 kw 1)
		A 16		2,00		1,00				
3	Baudirektor	A 15	3,00		3,00					
4	Städtischer Direktor	A 15	1,00		1,00					
		A 15		4,00		4,00				
5	Bauoberrat	A 14								
6	Städt. Oberrat	A 14	1,00		1,00					
		A 14		1,00		1,00				
7	Baurat	A 13								
		A 13								
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 3 NBesG)										
8	Bauoberamtsrat	A 13								
9	Stadtoberamtsrat	A 13								
		A 13								
10	Bauamtsrat	A 12								
11	Stadtamtsrat	A 12	2,00		2,00					
		A 12		2,00		2,00				
12	Bauamtmann	A 11								
		A 11								
13	Stadtamtmann	A 11	5,75 [2]		5,75					[2] dav. 1 T 30
		A 11		5,75		5,75				

Doppelhaushalt 2023/2024
Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2023,
keine Prognose für den Stellenplan 2024

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

II. Sondervermögen mit Sonderrechnung: Gebäudemanagement

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024 insgesamt	Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2023 tatsächlich besetzt mit Beamten	mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
14	Bauoberinspektor	A 10								
15	Stadtoberinspektor	A 10	4,00 [4]		4,00					[4]
		A 10		4,00		4,00				
16	Stadtinspektor	A 9	[5]							[5]
		A 9								
Laufbahngruppe 1 (i. S. von § 15 Abs. 2 NBesG)										
17	Stadtamtsinspektor mit Amtszulage	A 9 mAZ	[6]							[6]
		A 9 mAZ								
18	Stadtamtsinspektor	A 9	4,00 [7]		4,00					[7]
		A 9		4,00		4,00				
19	Stadthauptsekretär	A 8	4,00 [8]		4,00					[8]
		A 8		4,00		4,00				
20	Stadtobersekretär	A 7	7,25 [9]		7,25					[9] dav. 1 T 30, 3 T 20
		A 7		7,25		7,25				
21	Stadtsekretär	A 6								
		A 6								
	Gebäudemanagement insgesamt		34,00	34,00	33,00	33,00				

Doppelhaushalt 2023/2024
Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2023,
keine Prognose für den Stellenplan 2024

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

II. Sondervermögen mit Sonderrechnung: Stadtentwässerung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2023 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2023 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2023 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 4 NBesG)										
1	Leitender Baudirektor	A 16								
		A 16								
2	Bauoberrat	A 14								
		A 14								
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 3 NBesG)										
3	Bauoberamtsrat	A 13								
4	Stadtoberamtsrat	A 13	0,10 [1]		0,10					[1] dav. 1 T 4
		A 13		0,10		0,10				
5	Bauamtsrat	A 12								
6	Stadtamtsrat	A 12								
		A 12								
7	Stadtamtmann	A 11	1,37 [2]		1,37					[2] dav. 1 T 15
		A 11		1,37		1,37				
8	Bauoberinspektor	A 10								
9	Stadtoberinspektor	A 10	0,75 [3]		0,75					[3] dav. 1 T 30
		A 10		0,75		0,75				
10	Stadtinspektor	A 9								
		A 9								

Doppelhaushalt 2023/2024
Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2023,
keine Prognose für den Stellenplan 2024

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

II. Sondervermögen mit Sonderrechnung: Stadtentwässerung

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2023 sächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2023 sächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2023 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
Laufbahngruppe 1 (i. S. von § 15 Abs. 2 NBesG)										
11	Stadtamtsinspektor mit Amtszulage	A 9 mAZ								
		A 9 m AZ								
12	Stadtamtsinspektor	A 9								
		A 9								
13	Stadthauptsekretär	A 8								
		A 8								
14	Stadtobersekretär	A 7	1,00		1,00					
		A 7		1,00		1,00				
15	Stadtsekretär	A 6								
		A 6								
							Doppelhaushalt 2023/2024 Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2023, keine Prognose für den Stellenplan 2024			
	Stadtentwässerung insgesamt		3,22	3,22	3,22	3,22				

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

II. Sondervermögen mit Sonderrechnung: Abfallwirtschaft

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2023 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2023 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2023 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 4 NBesG)										
1	Leitender Baudirektor	A 16								
		A 16								
2	Bauoberrat	A 14								
		A 14								
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 3 NBesG)										
3	Bauoberamtsrat	A 13								
4	Stadtoberamtsrat	A 13	0,10 [1]		0,10					[1] dav. 1 T 4
		A 13		0,10		0,10				
5	Bauamtsrat	A 12								
6	Stadtamtsrat	A 12								
		A 12								
7	Stadtamtmann	A 11	2,13 [2]		2,13					[2] dav. 1 T 25, 1 T 20
		A 11		2,13		2,13				
8	Bauoberinspektor	A 10								
9	Stadtoberinspektor	A 10	1,25 [3]		1,25					[3] dav. 1 T 10
		A 10		1,25		1,25				
10	Stadtinspektor	A 9								
		A 9								

Doppelhaushalt 2023/2024
Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2023,
keine Prognose für den Stellenplan 2024

S t e l l e n p l a n

Teil A: Beamtinnen und Beamte

II. Sondervermögen mit Sonderrechnung: Abfallwirtschaft

Lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024 insgesamt	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024 Summe je Bes.-Gruppe	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr Summe je Bes.-Gruppe	davon am 30.06. 2023 tatsächlich besetzt mit Beamten	davon am 30.06. 2023 tatsächlich besetzt mit Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmern	davon am 30.06. 2023 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4a	5	5a	6	7	8	9
Laufbahngruppe 1 (i. S. von § 15 Abs. 2 NBesG)										
11	Stadtamtsinspektor mit Amtszulage	A 9 mAZ								
		A 9 m AZ								
12	Stadtamtsinspektor	A 9	0,50 [1]		0,50					[1] 1 T 20
		A 9		0,50		0,50				
13	Stadthauptsekretär	A 8								
		A 8								
14	Stadtobersekretär	A 7								
		A 7								
15	Stadtsekretär	A 6								
		A 6								
	Abfallwirtschaft insgesamt		3,98	3,98	3,98	3,98				
	Sondervermögen insgesamt		41,20	41,20	40,20	40,20				
	Beamte insgesamt		1.581,47	1.581,47	1.552,47	1.552,47				

Doppelhaushalt 2023/2024
Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2023,
keine Prognose für den Stellenplan 2024

S t e l l e n p l a n

Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe, Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023	davon am 30.06.2023 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2023 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4	6	7	8
	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer						1)
							2)
							3) dav. 3 T 19,5, 2 T 29,25, 1 T 36,5, 1 T 13,43 kw 4), 1 T 34,7 kw 4), 2 T 19,5 kw 4), 1 kw 4), 2 Sp*)
1		aT	3,00 1)	3,00			4) dav. 1 kw 1), 1 Sp *)
2		15Ü	2)	1,00			5) dav. 5 T 19,5, 1 T 20, 1 T 19, 2 T 30, 1 T 29,5, 1 T 19,5 kw 4), 7 kw 4),
3		15	28,17 3)	29,99			
4		14	35,00 4)	35,00			6) dav. 5 T 19,5, 1 kw 6), 1 T 4 kw 4), 1 kw 2024, 1 kw 2025, 1 kw 2026, 1 üT
5		13	66,81 5)	66,81			7) dav. 1 T 9,75, 2 T 10, 19 T 19,5, 1 T 29,22, 1 T 29,25, 1 T 29,38, 1 T 30,39, 1 T 34,5, 1 kw 1), 1 kw 2), 2 kw 3), 2 kw 4), 2 kw 6), 1 kw 2024, 1 kw 5), 2 kw 2025, 2 kw 2026, 1 kw 2027, 1 kw 2028, 1 Sp*), 2 kw 3) Sp*), 1 T 19,5 kw 2025), 1 T 19,5 Sp*) kw 4),
6		12	79,60 6)	82,60			8) dav. 8 T 19,5, 1 T 29,25, 1 T 28,37, 1 kw 4) Sp*), 1 T 19,5 kw 4), 1 kw 1), 2 kw 6), 1 kw 4), 1 kw 5)
7		11	229,42 7)	225,42			9) dav. 2 T 19,5, 1 T 25, 1 T 29,5, 1 T 31, 1 T 34, 1 kw 4), 2 kw 6),
8		10	50,34 8)	50,34			10) dav. 1 T 9 Sp*), 1 T 13,5 Sp*), 1 T 30, 3 T 19,5, 1 T 18 kw 4)
9		9c	59,55 9)	59,55			
10		9b	84,60 10)	84,60			11) dav. 1 T 10, 10 T 19,5, 2 T 29,25, 1 T 29,38, 1 T 14, 1 kw 6), 2 üT, 1 Sp*), 1 T 19,5 kw 1), 1 kw 1), 1 ku 1) A 8, 2 T 19,5 kw 4), 5 kw 4), 1 kw 2024, 1 kw 5)
11		9a	93,14 11)	92,14			

Doppelhaushalt 2023/2024
Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2023,
keine Prognose für den Stellenplan 2024

S t e l l e n p l a n

Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe, Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023	davon am 30.06.2023 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2023 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4	6	7	8
12		8	71,95 [1]	72,95			[1] dav. 6 T 19,5, 1 T 28,5, 1 T 29,25, 1 T 32, 1 T 35, 6 üT, 7 kw 6), 1 ku 1) 6, 1 T 30, 1 kw 2024, 2 kw 2024
13		7	48,67 [2]	48,67			[2] dav. 3 Z 12, 4 T 19,5, 2 T 25, 1 T 29,38, 1 T 34,70, 1 T 9,75 kw 4), 1 kw 2), 1 kw 2024
14		6	272,34 [3]	272,34			[3] dav. 2 T 9,75, 8 T 19,5, 1 T 22, 1 T 22,04, 1 T 25,33, 1 T 28,5, 6 T 29,25, 1 T 29,65,2 T 30, 36 üT, 1 T 21,33 üT, 1 T 22 üT, 3 T 19,5 üT, 1 T 24,5 üT, 16 Z 12, 10 kw 6), 2 kw 2), 1 T 25 üT, 1 T 19,5 kw 1), 1 kw 4), 1 kw 2024, 1 T 10 kw 5), 1 kw 5), 2 kw 2024, 1 x 6 üT ku 1) 5 T 23,5, 1 T19,5 kw2),
15		5	193,51 [4]	192,38			
16		4	114,74 [5]	110,74			[4] dav. 1 T 8,11 kw 8), 1 T 10,5 kw 1), 1 T 10, 1 T 11,4, 25 T 19,5, , 1 T 22,75, 1 T 25, 2 T 26, 1 T 28,5, 1 T 29,25, 1 T 30 kw 4), 1 T 31, 1 T 32,42, 1 T 35, 1 T 35,25, 1 T 35,46, 1 Z 12, 1 kw 1), 1 kw 2), 1 T 19,5 kw 2), 1 T 137,52 kw 4), 1 kw 4), 5 kw 6), 1 ku 1) E 3, 3 Sp*), 3 kw 2024, 1 T 58,5 kw 5), 1 T 19,5 Sp*) kw 4), 1 T 19,5 kw 4), 1 T 29,25 kw 4)
17		3	65,21 [6]	65,21			
18		2Ü	55,75 [7]	55,75			[5] dav. 39 T 19,5, 1 T 29 kw 1), 2 kw 4), 2 kw 5), 1 kw 6), 1 Z 12, 4 Sp*)
19		2	15,34 [8]	15,34			[6] dav. 4 T 19,5, 1 T 24,57, 1 T 25,33, 1 T 26, 1 T 28,25, 1 T 32 kw 1), 1 T 19,5 kw 5)
20		1	5,97 [9]	5,97			[7] dav. 1 T 4,68, 1 T 4,29
							[8] dav. 2 kw 6)
							[9]
	Zwischensumme Beschäftigte		1.573,11	1.569,80			

Doppelhaushalt 2023/2024
Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2023,
keine Prognose für den Stellenplan 2024

S t e l l e n p l a n

Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe, Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023	davon am 30.06.2023 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2023 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4	6	7	8
							[1]
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Sozial- und Erziehungsdienst							[2] dav. 1 T 19,5, 1 T 29,25, 1 T 28, 2 kw 4), 1 kw 6), 1 kw 2024
							[3] dav. 1 kw 2)
21		S 18	1,00 [1]	1,00			[4] dav. 2 T 19,5, 2 T 29,25, 1 T 30, 1 T 50, 1 T 58,5, 1 kw 2), 1 T 21 kw 3), 2 kw 3), 1 kw 5), 1 kw 6), 1 T 7 kw 2024, 1 T 14 kw 4), 2 Sp*) kw 4),
22		S 17	27,97 [2]	27,97			[5] dav. 1 T 5,33, 1 T 10, 2 T 19,5, 8 T 29,25, 1 T 35,2, 1 kw 4), 2 kw 6), 12 Sp*)
23		S 16	9,00 [3]	9,00			[6] dav. 2 kw 6)
24		S 15	60,73 [4]	59,73			[7] dav. 1 T 10,5, 1 T 19,24, 16 T 19,5, 1 T 23,25, 1 T 23,3, 1 T 25, 1 T 27, 1 T 29,25, 1 T 6 1 T 30,39, 1 T 33,94, 1 T 39,75, 1 kw 2), 2 kw 5), 2 kw 6), 1 kw 2024,1 kw 2026, 1 ku 1) S 11 b, 1 T 19,5 ku 1) S 11 b T 19,5, 1 T 19,5 kw 1), 14 Sp*)
25		S 14	93,55 [5]	93,55			
26		S 13	27,54 [6]	27,54			[8] dav. 1 T 6, 10 T 19,5, 1 T 25,33, 3 T 29,25, 2 T 30, 2 T 30,39, 1 T 35, 1 kw 2024, 1 kw 2024, 1 kw 2026, 1 T 19,5 kw 2024, 1 kw 1), 1 T 30 kw 4), 1 T 35, 2 kw 4), 4 kw 6), 1 T 19,5 Sp *)
27		S 12	138,37 [7]	134,37			
28		S 11b	67,55 [8]	61,55			[9] dav. 1 T 50,66
29		S 11a					
28		S 11					
29		S 10					
30		S 9	15,84 [9]	15,84			

Doppelhaushalt 2023/2024
Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2023,
keine Prognose für den Stellenplan 2024

S t e l l e n p l a n

Teil B: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe, Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023	davon am 30.06.2023 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2023 nicht besetzt	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	4	6	7	8
31		S 8b	145,57 [1]	145,03	Doppelhaushalt 2023/2024 Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2023, keine Prognose für den Stellenplan 2024		[1] dav. 1 T 6,5, 1 T 13,17, 8 T 19,5, 1 T 25, 2 T 29,25, 1 T 30,39, 1 T 32,37, 2 ku 1) S 8a, 1 T 19,5 kw 4) üT, 1 T 19,5 kw 4), 2 kw 4) üT, 4 kw 6), 2 T 19,5 kw 3), 2 T 10,38 kw 2027, 2 T 10,38 Sp*) kw 2028
32		S 8a	180,56 [2]	180,56			[2] dav. 1 T 7,5, 1 T 16,5, 1 T 20, 1 T 24,57, 5 T 25, 1 T 27, 1 T 31,5, 1 T 47,5, 15 kw 6), 2 kw 2024, 1 T 69 kw 2026
33		S 8					
34		S 7					
35		S 6					
36		S 5					
37		S 4	70,68 [3]	71,53			[3] dav. 1 T 19,5, 1 T 29,36 kw 2024, 1 T 36,09, 1 kw 2024, 1 kw 2026, 1 T 80,82 Sp*) kw 2026
38		S 3	124,74 [4]	124,74			[4] dav. 11 kw 6), 1 kw 2), 1 T 19,5 kw 2, 1 kw 4), 1 kw 2025
39		S 2	22,93 [5]	22,93			[5] dav. 1 T 6, 1 T 15, 1 T 17, 3 T 20, 1 T 35,5, 1 T 36, 1 T 20 kw 2026, 2 kw 2024
	Zwischensumme Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Sozial- und Erziehungsdienst		986,03	975,34			
	Zwischensumme Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		1.573,11	1.569,80			
	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer insgesamt		2.559,13	2.545,13			

Anhang: Dienstkräfte in der Ausbildung und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte

II. Dienstkräfte in der Ausbildung und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Art der Vergütung	vorgesehen im Haushaltsjahr **2024**	beschäftigt im Vorjahr am 01.10.2023	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	5	6
1	Brandreferendare	Anwärterbezüge	-		
2	Baurefendare	Anwärterbezüge	2		
3	Stadtinspektor-Anwärter	Anwärterbezüge	97		
4	Stadtsekretär-Anwärter	Anwärterbezüge	40		
5	Lebensmittelkontrollsekretär-Anwärter	Anwärterbezüge	2		
6	Brandoberinspektor-Anwärter	Anwärterbezüge	1		
7	Brandmeister-Anwärter	Anwärterbezüge	34		
8	Fachoberschulpraktikanten einschließlich Vorpraktikanten	außertarifliche Entschädigung nach VKA-Richtlinien	-		
9	Dienstanfänger	Unterhaltsbeihilfe	20		
10	Bauinspektor-Anwärter	Anwärterbezüge	1		
11	Archivinspektor-Anwärter	Anwärterbezüge	-		
	<u>Auszubildende für den Beruf</u>				
12	Anlagenmechaniker/in für Heizung- Klima- und Sanitärtechnik	Ausbildungsvergütung	3		
13	Bauzeichner/in	Ausbildungsvergütung	-		
14	Buchbinder/in	Ausbildungsvergütung	-		
15	Elektroniker/in für Energie- und Gebäudetechnik	Ausbildungsvergütung	3		
16	Erzieher/in	Ausbildungsvergütung	-		
17	Fachangestellte/r für Medien- und Informationsdienste				
	a.) FR: Archiv	Ausbildungsvergütung	-		
	b.) FR: Bibliothek	Ausbildungsvergütung	-		
18	Fachinformatiker/-in	Ausbildungsvergütung	-		
19	Gärtner/in	Ausbildungsvergütung	-		
20	Hauswirtschafter/in	Ausbildungsvergütung	-		
21	Informatik dualer Studiengang	Ausbildungsvergütung	8		drei Stellen Stipendium Verwaltungsinformatik
22	Geoinformatik dualer Studiengang	Ausbildungsvergütung	2		
23	Versorgungstechnik dualer Studiengang	Ausbildungsvergütung	3		
24	E-Technik dualer Studiengang	Ausbildungsvergütung	2		
25	IT-System-Elektroniker/-in	Ausbildungsvergütung	2		
26	Kaufleute für Büromanagement	Ausbildungsvergütung	29		
27	Kfz-Mechatroniker/in	Ausbildungsvergütung	2		
28	Maler/in und Lackierer/in	Ausbildungsvergütung	-		
29	Mechatroniker	Ausbildungsvergütung	2		
30	Notfallsanitäter/in	Ausbildungsvergütung	6		

Doppelhaushalt 2023/2024
Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2023, keine Prognose für den Stellenplan 2024

Anhang: Dienstkräfte in der Ausbildung und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte

II. Dienstkräfte in der Ausbildung und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Art der Vergütung	vorgesehen im Haushaltsjahr **2024**	beschäftigt im Vorjahr am 01.10.2023	Vermerke, Erläuterungen
1	2	3	4	5	6
31	Techn. Systemplaner/in	Ausbildungsvergütung	-	Doppelhaushalt 2023/2024 Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2023, keine Prognose für den Stellenplan 2024	
32	Tischler/in	Ausbildungsvergütung	6		
33	Veranstaltungskauffrau/-mann	Ausbildungsvergütung	-		
34	Vermessungstechniker/in	Ausbildungsvergütung	2		
	Praktikant/in für den Beruf				
35	Sozialarbeiter/in, Sozialpädagoge/-in	Entgelt gemäß TV	55		
36	Erzieher/in	Entgelt gemäß TV	-		
37	Arzt/Ärztin im Praktikum	außertarifl. Entschädigung			
38	Volontär/in	Vergütung gemäß Rd.Erl. d. MWK vom 02.04.1980	1		
39	Helfer/in im freiwilligen sozialen Jahr	Taschengeld gemäß Jugendfreiwilligendienstgesetz	30		
40	Helferin/Helfer im freiwilligen sozialen Jahr - Kultur	- " -	5		
41	Helfer im freiw. ökologischen Jahr	- " -	2		
42	Bundesfreiwilligendienst	Bundesfreiwilligendienstgesetz	22		
	Vorpraktikant/in für den Beruf				
43	Erzieher/in	außertarifl. Entschädigung	-		
44	Sozialarbeiter/in/Sozialpädagoge/-in	außertarifl. Entschädigung	2		
45	Vorpraktikant/in im Baubereich	außertarifl. Entschädigung	2		
46	Vorpraktikant/in im Kulturbereich	außertarifl. Entschädigung	1		
47	Ausländische Praktikanten/innen	außertarifl. Entschädigung	2		Mehrfachbesetzung infolge Einsatzes für unterschiedliche Zeiträume
48	Schülerpraktikant/in	-	63		Mehrfachbesetzung infolge Einsatzes für unterschiedliche Zeiträume
49	sonstige Praktikanten/-innen z. B. Umschüler/innen, Pk. aus anderen Betrieben, Reha-Maßnahmen, Integrationsmaßnahmen	-	30		Mehrfachbesetzung infolge Einsatzes für unterschiedliche Zeiträume
	insgesamt		**482**		

Bei gegebener Notwendigkeit können die in der Aufstellung genannten Zahlen vorübergehend bis zur nächsten Änderung des Stellenplanes geringfügig überschritten werden.

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	Beamte auf Zeit			Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG)					Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG)						Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG)					insgesamt	Erläuterungen
		B 9	B 7	B 6	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 mAZ	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 mAZ	A 9	A 8	A 7	A 6		
	Oberbürgermeister	1,00																			1,00	
01	Dezernatsplanung, Recht und Stadtbezirksräte				1,00	2,00	2,00	4,13			1,00	2,00	5,00	3,00				4,00	3,25		27,38	
0100	Büro des Oberbürgermeisters					1,00	1,00				3,00	1,00	5,00	1,00			1,00				13,00	
0110	Stabsstelle Digitalisierung, Smart-City						1,00					1,00									2,00	
0140	Ref. Rechnungsprüfungsamt								1,00		1,00	1,00	6,00								9,00	
0150	Gleichstellungsreferat												0,75								0,75	
	Personal-,Organisations-Digitalisierungs- u. Ordnungsdez.			1,00																	1,00	
10	Zentrale Dienste				1,00	1,00	2,00	3,00			6,00	17,00	32,50	19,93			8,87	11,50	7,00		109,80	
	Verwaltung 1 insgesamt	1,00		1,00	2,00	4,00	6,00	7,13	1,00		11,00	22,00	49,25	23,93			9,87	15,50	10,25		163,93	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	Beamte auf Zeit			Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG)					Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG)						Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG)					insgesamt	Erläuterungen
		B 9	B 7	B 6	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 mAZ	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 mAZ	A 9	A 8	A 7	A 6		
	Finanz- und Feuerwehrdez.		1,00																		1,00	
20	Finanzen				1,00	1,00	1,00	1,00	1,00		5,80	16,13	29,28	8,00			3,00	32,66	5,13		104,99	
	Verwaltung 2 insgesamt		1,0		1,00	1,00	1,00	1,00	1,00		5,80	16,13	29,28	8,00			3,00	32,66	5,13		105,99	

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	Beamte auf Zeit			Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG)					Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG)						Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG)					insgesamt	Erläuterungen
		B 9	B 7	B 6	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 mAZ	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 mAZ	A 9	A 8	A 7	A 6		
32	Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit				1,0	1,00	1,00	1,00			4,00	4,00	16,00	38,63		1,00	19,04	62,50	54,50	1,00	204,67	
37	Feuerwehr					1,00	5,00			3,00	6,00	13,00	31,00	22,00		51,00	194,00	60,00	35,00		421,00	
	Verwaltung 3 insgesamt				1,0	2,00	6,00	1,00		3,00	10,00	17,00	47,00	60,63		52,00	213,04	122,50	89,50	1,00	625,67	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	Beamte auf Zeit			Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG)					Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG)						Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG)					insgesamt	Erläuterungen
		B 9	B 7	B 6	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 mAZ	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 mAZ	A 9 mD	A 8	A 7	A 6		
	Kultur- und Wissenschaftsdez.				1,00																1,00	
0412	Ref. Stadtbibliothek						1,00							1,00					2,00		4,00	
0413	Ref. Städtisches Museum													1,00				0,63			1,63	
0414	Ref. Stadtarchiv						1,00					2,00	1,00								4,00	
40	Schule					1,00		1,00			4,00	4,00	14,00	10,00					11,00		45,00	
41	Kultur und Wissenschaft					1,00	1,00				1,00	1,00	3,00	4,75					3,00		14,75	
	Verwaltung 4 insgesamt				1,00	2,00	3,00	1,00			5,00	7,00	18,00	16,75				0,63	16,00		70,38	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	Beamte auf Zeit			Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG)					Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG)						Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG)					insgesamt	Erläuterungen
		B 9	B 7	B 6	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 mAZ	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 mAZ	A 9	A 8	A 7	A 6		
	Sozial-, Schul-, Gesundheits- und Jugenddez.			1,00																	1,00	
0500	Sozialreferat						1,00				2,00										3,00	
50	Soziales und Gesundheit				1,00	2,00		1,00			3,00	14,00	39,95	83,88		6,38	0,75	42,88	3,25		198,09	
51	Kinder, Jugend und Familie						1,00	1,00			1,00	5,00	12,79	41,31			3,50	15,38	6,00	1,00	87,97	
	Verwaltung 5 insgesamt			1,00	1,00	2,00	2,00	2,00			6,00	19,00	52,74	125,19		6,38	4,25	58,26	9,25	1,00	290,06	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	Beamte auf Zeit			Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG)					Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG)						Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG)					insgesamt	Erläuterungen
		B 9	B 7	B 6	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 mAZ	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 mAZ	A 9	A 8	A 7	A 6		
	Stadtplanungs-, Verkehrs-, Tiefbau- und Baudez.			1,00																	1,00	
	Umwelt-, Stadtgrün-, Sport- und Hochbaudez.			1,00																	1,00	
0600	Baureferat					1,00							6,00	4,00							11,00	
0610	Stadtbild und Denkmalpflege							1,00						0,50							1,50	
0617	Stadtgrün-Planung und Bau																					
60	Bauordnung und Zentrale Vergabestelle					1,00	2,00		1,00		1,00	3,00	18,00	3,75				5,75	1,00		36,50	
61	Stadtplanung und Geoinformation				1,00	2,00	1,00	4,00	3,00		1,00	1,00	3,64	0,50				1,00			18,14	
66	Tiefbau und Verkehr				1,00	1,00		1,00	1,00		1,00	1,00	3,23	9,50			2,00	1,00	6,75		28,48	
67	Stadtgrün und Sport					1,00		1,00			1,00	2,00	3,50	2,00				2,00	1,50	0,50	14,50	
68	Umwelt				1,00		1,00	1,00			1,00	1,00	5,00	3,00				2,00	2,00		17,00	
	Verwaltung 6 insgesamt			2,00	3,00	6,00	4,00	8,00	5,00		5,00	8,00	39,37	23,25			2,00	11,75	11,25	0,50	129,12	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	Beamte auf Zeit			Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG)					Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG)						Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG)					insgesamt	Erläuterungen
		B 9	B 7	B 6	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 mAZ	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 mAZ	A 9	A 8	A 7	A 6		
0800	Stabsstelle Wirtschaftsdez.										1,00	1,00	1,75								3,75	
	Verwaltung 8 insgesamt										1,00	1,00	1,75								3,75	
	Personalvertretung											0,50	0,88			0,50					1,88	
	Städt. Dienstkräfte des Jobcenters Braunschweig					1,00					1,00	4,00	5,75	15,00		3,75		6,00			36,50	
	Leerstellen					2,00		1,00				4,75	6,00	11,00	1,00		5,00	7,50	8,00	2,50	48,75	
	Ausbildungsstellen										1,00	1,00		2,00	25,00			5,00	11,00	15,00	60,00	
	Leer- und Ausbildungsstellen insgesamt					2,00		1,00			1,00	5,75	6,00	13,00	26,00		5,00	12,50	19,00	17,50	108,75	
	Altersteilzeit																					
	zugewiesene Dienstkräfte										1,00	2,00									3,00	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	Beamte auf Zeit			Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG)					Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG)						Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG)					insgesamt	Erläuterungen
		B 9	B 7	B 6	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 mAZ	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 mAZ	A 9	A 8	A 7	A 6		
0650	Hochbau																					
65	Gebäudemanagement					2,00	4,00	1,00				2,00	5,75	4,00			4,00	4,00	7,25		34,00	
	Stadtentwässerung										0,10		1,37	0,75					1,00		3,22	
	Abfallwirtschaft										0,10		2,13	1,25			0,50				3,98	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamtinnen und Beamte

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	Beamte auf Zeit			Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 4 NBesG)					Laufbahngruppe 2 (§ 15 Abs. 3 NBesG)						Laufbahngruppe 1 (§ 15 Abs. 2 NBesG)					insgesamt	Erläuterungen
		B 9	B 7	B 6	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13 mAZ	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9 mAZ	A 9	A 8	A 7	A 6		
	Zusammenstellung																					
	Verwaltung 1	1,00		1,00	2,00	4,00	6,00	7,13	1,00		11,00	22,00	49,25	23,93			9,87	15,50	10,25		163,93	
	Verwaltung 2		1,00		1,00	1,00	1,00	1,00	1,00		5,80	16,13	29,28	8,00			3,00	32,66	5,13		105,99	
	Verwaltung 3				1,00	2,00	6,00	1,00		3,00	10,00	17,00	47,00	60,63		52,00	213,04	122,50	89,50	1,00	625,67	
	Verwaltung 4				1,00	2,00	3,00	1,00			5,00	7,00	18,00	16,75				0,63	16,00		70,38	
	Verwaltung 5			1,00	1,00	2,00	2,00	2,00			6,00	19,00	52,74	125,19		6,38	4,25	58,26	9,25	1,00	290,06	
	Verwaltung 6			2,00	3,00	6,00	4,00	9,00	5,00		5,00	8,00	39,37	23,25			2,00	11,75	11,25	0,50	130,12	
	Verwaltung 8										1,00	1,00	1,75								3,75	
	Personalvertretung											0,50	0,88			0,50					1,88	
	Städt. Dienstkräfte des Jobcenters Braunschweig					1,00					1,00	4,00	5,75	15,00		3,75		6,00			36,50	
	Leer- und Ausbildungsstellen					2,00		1,00			1,00	5,75	6,00	13,00	26,00		5,00	12,50	19,00	17,50	108,75	
	Altersteilzeit zugew. Dienstkräfte										1,00	2,00									3,00	
	Verwaltung insgesamt	1,00	1,00	4,00	9,00	20,00	22,00	22,13	7,00	3,00	46,80	102,38	250,01	285,75	26,00	62,63	237,16	259,80	160,38	20,00	1.540,03	
	Hochbau Gebäudemanagement					2,00	4,00	1,00				2,00	5,75	4,00			4,00	4,00	7,25		34,00	
	Abfallwirtschaft										0,10		2,13	1,25			0,50				3,98	
	Stadtentwässerung										0,10		1,37	0,75					1,00		3,22	
	insgesamt	1,00	1,00	4,00	9,00	22,00	26,00	23,13	7,00	3,00	47,00	104,38	259,26	291,75	26,00	62,63	241,66	263,80	168,63	20,00	1.581,23	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	15Ü	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.			insgesamt	Bemerkungen
01	Dezernatsplanung, Recht und Stadtbezirksräte		1,00	2,00	4,00	2,00				1,00		2,90		4,76	1,27	0,50								19,43	
0100	Büro des Oberbürgermeisters			1,00	2,00	1,00	2,50	0,50			2,00	1,00			2,00	1,00								13,00	
0110	Stabsstelle Digitalisierung, Smart-City					1,00																		1,00	
0140	Ref. Rechnungsprüfungsamt		1,00	1,00	1,00	1,00	5,00							0,50										9,50	
0150	Gleichstellungsreferat				1,00	1,00			0,64					0,50										3,14	
10	Zentrale Dienste			1,00	5,50	9,00	18,00	4,00		7,41	10,36	2,00	10,00	5,52	5,00	6,00	0,67							84,46	
	Zwischensumme Verwaltung 1		2,00	5,00	13,50	15,00	25,50	4,50	0,64	8,41	12,36	5,90	10,00	11,28	8,27	7,50	0,67							130,52	
			S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2		
01	Dezernatsplanung, Recht und Stadtbezirksräte																								
0100	Büro des Oberbürgermeisters																								
0110	Stabsstelle Digitalisierung, Smart-City																								
0140	Ref. Rechnungsprüfungsamt																								
0150	Gleichstellungsrefrat									1,00														1,00	
10	Zentrale Dienste								2,00															2,00	
	Zwischensumme Verwaltung 1 Sozial- und Erziehungsdienst								2,00	1,00														3,00	
	Verwaltung 1 insgesamt		2,00	5,00	13,50	15,00	25,50	4,50	2,64	9,41	12,36	5,90	10,00	11,28	8,27	7,50	0,67							133,52	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	15Ü	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.			insgesamt	Bemerkungen
20	Finanzen		1,00		3,76	2,00	1,00	1,00	2,00			10,82	5,64	2,63	0,50	1,00								31,35	
	Zwischensumme Verwaltung 2		1,00		3,76	2,00	1,00	1,00	2,00			10,82	5,64	2,63	0,50	1,00								31,35	
			S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2		
20	Finanzen																								
	Zwischensumme Verwaltung 2 Sozial- und Erziehungsdienst																								
	Verwaltung 2 insgesamt		1,00		3,76	2,00	1,00	1,00	2,00			10,82	5,64	2,63	0,50	1,00								31,35	

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung
II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	15Ü	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.			insgesamt	Bemerkungen
32	Bürgerservice, Öffentl. Sicherheit			2,00			1,00		4,00	0,78	3,00	16,75	7,50	21,26	22,00	29,00	1,00							108,29	
37	Feuerwehr				1,00	1,00	10,00	4,00		1,00	3,00	1,00	6,00	7,73	4,52	2,00								41,25	
	Zwischensumme Verwaltung 3			2,00	1,00	1,00	11,00	4,00	4,00	1,78	6,00	17,75	13,50	28,99	26,52	31,00	1,00							149,54	
			S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2		
32	Bürgerservice, Öffentl. Sicherheit																								
37	Feuerwehr																								
	Zwischensumme Verwaltung 3 Sozial- und Erziehungsdienst																								
	Verwaltung 3 insgesamt			2,00	1,00	1,00	11,00	4,00	4,00	1,78	6,00	17,75	13,50	28,99	26,52	31,00	1,00							149,54	

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung
II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	15Ü	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.			insgesamt	Bemerkungen
0412	Ref. Stadtbibliothek					1,00		2,82	3,77	9,89	1,00	2,00		2,25	22,06	3,50	4,28							52,57	
0413	Ref. Städtisches Museum			1,00	4,00	1,00	1,00	1,50		1,50	1,00	1,00		1,57	5,29	1,00	2,00				1,00			22,86	
0414	Ref. Stadtarchiv				1,00		1,00	1,00			0,50			3,89	1,00		0,50							8,89	
40	Schule				4,54		2,50	1,00	0,50	2,00	10,00	11,00		73,09	3,16	1,00	0,82							109,61	
41	Kultur und Wissenschaft				6,00		3,00	4,29	1,00	28,02	3,00	1,00		2,00	2,00	3,00								53,31	
	Zwischensumme Verwaltung 4			1,00	15,54	2,00	7,50	10,61	5,27	41,41	15,50	15,00		82,80	33,51	8,50	7,60				1,00			247,24	
			S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2		
0412	Ref. Stadtbibliothek																								
0413	Ref. Städtisches Museum																								
0414	Ref. Stadtarchiv																								
40	Schule																								
41	Kultur und Wissenschaft			1,00																				1,00	
	Zwischensumme Verwaltung 4 Sozial- und Erziehungsdienst			1,00																				1,00	
	Verwaltung 4 insgesamt			2,00	15,54	2,00	7,50	10,61	5,27	41,41	15,50	15,00		82,80	33,51	8,50	7,60				1,00			248,24	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	15Ü	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.			insgesamt	Bemerkungen
0500	Sozialreferat				4,00				0,50			1,00		1,00										6,50	
50	Soziales und Gesundheit		17,17		3,01	1,60	3,00	2,00	10,37		13,53		3,00	14,26	27,59	29,74								125,27	
51	Kinder, Jugend und Familie			5,00			1,50	2,00	1,00	1,00	8,00	1,00	2,89	7,00	7,29	1,00		54,42		0,64	1,00			93,74	
	Zwischensumme Verwaltung 5		17,17	5,00	7,01	1,60	4,50	4,00	11,87	1,00	21,53	2,00	5,89	22,26	34,88	30,74		54,42		0,64	1,00			225,51	
						Kr. 12 a	Kr. 11 b	Kr. 11 a	Kr. 10 a			Kr. 9 d	Kr. 9 c	Kr. 9 b			Kr. 9 a	Kr. 8 a	Kr. 7 a	Kr. 4 a	Kr. 3 a				
50	Soziales und Gesundheit																								
			S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2		
0500	Sozialreferat					3,52																		3,52	
50	Soziales und Gesundheit		1,00	3,72		6,00	10,66		39,58	21,47														82,43	
51	Kinder, Jugend und Familie			20,25	8,00	47,71	75,89	25,54	73,79	24,83				15,84	121,57	163,56					67,68	112,24	22,93	779,83	
	Zwischensumme Verwaltung 5 Sozial- und Erziehungsdienst		1,00	23,97	8,00	57,23	86,55	25,54	113,37	46,30				15,84	121,57	163,56					67,68	112,24	22,93	865,78	
	Verwaltung 5 insgesamt		18,17	28,97	15,01	58,83	91,05	29,54	125,24	47,30	21,53	2,00	5,89	38,10	156,45	194,31		54,42		0,64	68,68	112,24	22,93	1091,28	

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung
II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	15Ü	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.			insgesamt	Bemerkungen
0600	Baureferat					2,00	1,00	2,00	1,77		1,00	1,00		0,56	0,50									9,83	
0610	Stadtbild und Denkmalpflege		1,00		1,00		1,00							0,50										3,50	
0617	Stadtgrün-Planung und Bau		1,00	1,00	1,00		15,00							2,10										20,10	
60	Bauordnung und Zentrale Vergabestelle				2,00	5,00	19,00		1,00			1,25		5,75	2,50									36,50	
61	Stadtplanung und Geoinformation			6,00	7,00	6,00	37,00	4,00	1,00	3,00	11,50	2,50	2,50	9,30	7,00									96,80	
66	Tiefbau und Verkehr		1,00	9,00	4,00	16,00	48,29	1,00		8,00	5,00	1,00	4,14	27,40	6,00	2,00								132,83	
67	Stadtgrün und Sport					6,00	19,00	2,00		14,50	9,50	2,73	4,00	53,27	56,83	33,00	55,95	1,33	13,34	5,33				276,78	
68	Umwelt			1,00	6,00	10,00	18,63	1,50	1,00	0,50	1,75	2,00		1,00										43,38	
	Zwischensumme Verwaltung 6		3,00	17,00	21,00	45,00	158,92	10,50	4,77	26,00	28,75	10,48	10,64	99,88	72,83	35,00	55,95	1,33	13,34	5,33				619,72	

			S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2		
0600	Baureferat																								
0610	Stadtbild und Denkmalpflege																								
0617	Stadtgrün-Planung und Bau																								
60	Bauordnung und Zentrale Vergabestelle																								
61	Stadtplanung und Geoinformation																								
66	Tiefbau und Verkehr																								
67	Stadtgrün und Sport																								
68	Umwelt																								
	Zwischensumme Verwaltung 6 Sozial- und Erziehungsdienst																								
	Verwaltung 6 insgesamt		3,00	17,00	21,00	45,00	158,92	10,50	4,77	26,00	28,75	10,48	10,64	99,88	72,83	35,00	55,95	1,33	13,34	5,33				619,72	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	15Ü	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.			insgesamt	Bemerkungen
Dez. VI	Wirtschaftsdezernat					1,0															1,00			2,00	
	Zwischensumme Verwaltung 8					1,0															1,00			2,00	
Dez. VI	Wirtschaftsdezernat		S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2		
	Zwischensumme Verwaltung 8 Sozial-Erziehungsdienst																								
	Verwaltung 8 insgesamt																							2,00	
		15Ü	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.				
94	Personalvertretung						2,00					1,00	1,00	1,50	6,00									11,50	
96	Städtische Dienstkräfte des Jobcenter Braunschweig							2,00	29,00		8,00			2,00	2,00	1,00								44,00	
			S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2		
94	Personalvertretung				1,00	0,50			1,00	0,50												1,50		4,50	
96	Städtische Dienstkräfte des Jobcenter Braunschweig									7,75														7,75	
	Summe Personalvertretung				1,00	0,50	2,00		1,00	0,50		1,00	1,00	1,50	6,00							1,50		16,00	
	Summe Städtische Dienstkräfte des Jobcenter Braunschweig							2,00	29,00	7,75	8,00			2,00	2,00	1,00								51,75	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	15Ü	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.			insgesamt	Bemerkungen
91	Stellenreserve		5,00	5,00	5,00	10,00	15,00	11,00		2,00		1,00	1,00	6,00										61,00	
92	Leerstellen					1,00	2,00	2,00	2,00	4,00		7,00		10,00	6,00				2,00					36,00	
95	zugewiesene Dienstkräfte							0,73						2,00										2,73	
98	Altersteilzeit					1,00	2,00				1,00	1,00	1,00	3,00	3,00									12,00	
	Zwischensumme 92, 91 95 und 98		5,00	5,00	5,00	12,00	19,00	13,73	2,00	6,00	1,00	9,00	2,00	21,00	9,00				2,00					111,73	
						Kr. 12 a	Kr. 11 b	Kr. 11 a	Kr. 10 a	Kr. 9 d	Kr. 9 c	Kr. 9 b	Kr. 9 a	Kr. 8 a	Kr. 7 a	Kr. 4 a	Kr. 3 a								
92	Leerstellen																								
			S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2		
91	Stellenreserve					2,00	5,00		18,00	6,00					20,00									51,00	
92	Leerstellen			1,00		1,00	2,00	2,00	2,00	4,00					4,00	15,00						11,00		42,00	
95	zugewiesene Dienstkräfte			1,00																				1,00	
98	Altersteilzeit			1,00					2,00	2,00						2,00					3,00			10,00	
	Zwischensumme 92, 91, 95 und 98 Sozial- und Erziehungsdienst			3,00		3,00	7,00	2,00	22,00	12,00					24,00	17,00					3,00	11,00		104,00	
	Summe 92, 91, 95 und 98		5,00	8,00	5,00	15,00	26,00	15,73	24,00	18,00	1,00	9,00	2,00	21,00	33,00	17,00			2,00		3,00	11,00		215,73	

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer außerhalb des Sozial- und Erziehungsdienstes

Gliederungsnummer	Organisationseinheit	15Ü	15	14	13	12	11	10	9c	9b	9a	8	7	6	5	4	3	2Ü	2	1	a.T.	Kr. insg.	insgesamt
	Zusammenstellung																						
	Verwaltung 1		2,00	5,00	13,50	15,00	25,50	4,50	0,64	8,41	12,36	5,90	10,00	11,28	8,27	7,50	0,67						130,52
	Verwaltung 2		1,00		3,76	2,00	1,00	1,00	2,00			10,82	5,64	2,63	0,50	1,00							31,35
	Verwaltung 3			2,00	1,00	1,00	11,00	4,00	4,00	1,78	6,00	17,75	13,50	28,99	26,52	31,00	1,00						149,54
	Verwaltung 4			1,00	15,54	2,00	7,50	10,61	5,27	41,41	15,50	15,00		82,80	33,51	8,50	7,60				1,00		247,24
	Verwaltung 5		17,17	5,00	7,01	1,60	4,50	4,00	11,87	1,00	21,53	2,00	5,89	22,26	34,88	30,74		54,42		0,64	1,00		225,51
	Verwaltung 6		3,00	17,00	21,00	45,00	158,92	10,50	4,77	26,00	28,75	10,48	10,64	99,88	72,83	35,00	55,95	1,33	13,34	5,33			619,72
	Verwaltung 8					1,00															1,00		2,00
	Personalvertretung						2,00					1,00	1,00	1,50	6,00								11,50
	Städt. Dienstkräfte des Jobcenters							2,00	29,00		8,00			2,00	2,00	1,00							44,00
	Leerstellen/Stellenreserve		5,00	5,00	5,00	11,00	17,00	13,00	2,00	6,00		8,00	1,00	16,00	6,00				2,00				97,00
	Altersteilzeit					1,00	2,00				1,00	1,00	1,00	3,00	3,00								12,00
	zugewiesene Dienstkräfte							0,73						2,00									2,73
	Zwischensumme		28,17	35,00	66,81	79,60	229,42	50,34	59,55	84,60	93,14	71,95	48,67	272,34	193,51	114,74	65,21	55,75	15,34	5,97	3,00		1.573,11

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Sozial- und Erziehungsdienst

Gliederungsnummer	Organisationseinheit		S 18	S 17	S 16	S 15	S 14	S 13	S 12	S 11b	S 11a	S 11	S 10	S 9	S 8b	S 8a	S 8	S 7	S 6	S 5	S 4	S 3	S 2		insgesamt
	Zwischensumme																								1573,11
	Verwaltung 1								2,00	1,00															3,00
	Verwaltung 2																								
	Verwaltung 3																								
	Verwaltung 4			1,00																					1,00
	Verwaltung 5		1,00	23,97	8,00	57,23	86,55	25,54	113,37	46,30				15,84	121,57	163,56					67,68	112,24	22,93		865,78
	Verwaltung 6																								
	Verwaltung 8																								
	Personalvertretung				1,00	0,50			1,00	0,50												1,50			4,50
	Städt. Dienstkräfte des Jobcenters									7,75															7,75
	Leerstellen/Stellenreserve			1,00		3,00	7,00	2,00	20,00	10,00					24,00	15,00						11,00			93,00
	Altersteilzeit			1,00					2,00	2,00						2,00					3,00				10,00
	zugewiesene Dienstkräfte			1,00																					1,00
	Zwischensumme Sozial- und Erziehungsdienst		1,00	27,97	9,00	60,73	93,55	27,54	138,37	67,55				15,84	145,57	180,56					70,68	124,74	22,93		986,03
	Gesamtsumme aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer		29,17	62,97	75,81	140,33	322,97	77,88	197,92	152,15	93,14	71,95	48,67	288,18	339,08	295,31	65,21	55,75	15,3	5,97	73,68	124,74	1596,03		**2.559,13**

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Erläuterungen zu den Stellen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

FB/Ref.	ku	kw	H	T (außer H)	Sp / Sp *)	Sonstige Vermerke
1	2	3	4	5	6	7
0100			1 x 10 2 x 8 1 x 11			2 x 9a üT
0110						
0140						1 x 6 üT T 19,5
0150				1 x 9c T 25		1 x 6 üT T 19,5
01			3 x 5 1 x 6 1 x 4	1 x 8 T 35		3 x 6 üT 1 x 6 T 10 kw 5) 1 x 5 T 10,5 kw 1)
10	1 x 9a ku 1) A 8		1 x 13	1 x 6 T 29,25 1 x 6 T 30 1 x 9b T 25 1 x 9b T 30 1 x 9a T 14 1 x 7 T 25, 1 3 T 26	3 x 5 Sp*)	3 x 6 üT
20			1 x 5	1 x 13 T 29,5 1 x 8 T 30, 1 x 8 T 32		2 x 6 üT 1 x 6 T 24,5 üT
32			2 x 8 1 x 7 1 x 6 7 x 5 37 x 4	1 x 9b T 30,39 1 x 8 T 29,25 1 x 5 T 28,5 1 x 6 T 29,65 1 x 5 T 30		1 x 6 üT
37		1 x 13 kw 4) 4 x 9a kw 4) 2 x 4 kw 4)	3 x 10	1 x 6 T 28,5		1 x 10 T 19,5 kw 4) 1 x 5 T 19,5 Sp*) kw 4) 1 x 5 T 29,25 kw 4) 1 x 5 T 19,5 kw 4), 1 x 5 T 30 kw 4)

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Erläuterungen zu den Stellen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

FB/Ref.	ku	kw	H	T (außer H)	Sp / Sp *)	Sonstige Vermerke
1	2	3	4	5	6	7
0412		1 x 9a kw 5)	1 x 9b 1 x 4 2 x 3	1 x 10 T 31,92 1 x 9c T 30 1 x 9b T 24,62 1 x 9b T 33,57 1 x 9b T 35 1 x 6 T 9,75 1 x 3 T 25,33 1 x 3 T 24,57		1 x 12 üT 1 x 6 üT 1 x 5 T 58,5 kw 5) 1 x 3 T 19,5 kw 5) 1 x 5 T 19,5 Sp*)
0413			3 x 13 1 x 10 1 x 9b 1 x 5	1 x 6 T 22,04 1 x 5 T 31		1 x 6 üT 1 x 13 T 19,5 kw 4)
0414			1 x 9a 1 x 3	1 x 6 T 9,75		1 x 6 T 25 üT
40		1 x 10 kw 5)	2 x 11 1 x 9c	1 x 5 T 25 2 x E 13 T 30 1 x E 8 T 30	1 x 9a	1 x 6 üT, 1 x 6 T 19,5 kw 1) 1 x 3 T 32 kw 1) 1 x S 11 b T 30 kw 3) 1 x 11 T 19,5 kw 2025)
	Die Ausweisung von Teilzeitstellen bei **Schulsekretären/Schulsekretärinnen** ist dem Stellenverteilungsplan des Fachbereiches 40 zu entnehmen.					
41				1 x 10 T 29,25		2 x 6 üT 1 x 9 b T 13,5 Sp*) 1 x 9 b T 9 Sp*) 3 x 9b TZ kw 4)
	Die Ausweisung von Teilzeitstellen bei **Musikschullehren/Musikschullehrerinnen** ist dem Stellenverteilungsplan des Fachbereiches 41 zu entnehmen.					1 x 9b kw 4) Sp*)
0500		1 x kw 3)	1 x 9c	1 x S 15 T 30 1 x S 15 T 29,25		1 x 6 üT
50		1 x S 12 kw 3) 1 x S 11b kw 2024 1 x 9 a kw 4) 1 x 6 kw 4) 1 x 15 kw 4) 1 x 11 kw 4)	2 x 15 1 x S 14 1 x 13 1 x 12 6 x S 12 8 x S 11b	1 x S 12 T 29,25 1 x S 14 T 10 1 x S 12 T 23,3 1 x S 11b T 30,39 2 x S 11b T 29,25 1 x S 11b T 25,33	2 x E 15 6 x S 12 4 x 4	3 x 6 üT 2 x 15 T 19,5 kw 4) 1 x 15 T 34,70 kw 4) 1 x 15 T 13,43 kw 4) 1 x 12 T 4 kw 4) 1 x 7 T 9,75 kw 4)

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Erläuterungen zu den Stellen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

FB/Ref.	ku	kw	H	T (außer H)	Sp / Sp *)	Sonstige Vermerke
1	2	3	4	5	6	7
noch 50		1 x S 14 kw 4) 1 x 5 kw 4) 1 x 10 kw 4) 1 x S 15 kw 5) 2 x 6 kw 5) 2 x S 12 kw 5) 2 x 4 kw 5) 1 x 6 kw 5) 1 x 13 kw 4) 1 x 9 c kw 4)	3 x 9a 14 x 5 1 x 9c	1 x 15 T 36,5 2 x 15 T 29,25 1 x S 17 T 28 1 x 14 T 35,2 1 x 9c T 34 1 x 13 T 20 1 x 7 T 29,38 1 x 5 T 35,25 1 x 5 T 29,25 1 x 9a T 10 1 x 6 T 20		2 x 9 a T 19,5 kw 4) 1 x 9 a T 19,5 kw 1) 1 x 4 T 29 kw 1) 1 x S 11b kw 2024 1 x S 12 ku 1) S 11 b 1 x S 12 T 19,5 ku 1) S 11 b T 19,5 2 x 11 kw 3) Sp*)
51	2 S 8b ku 1) S6	2 x S 17 kw 4) 2 x S 11b kw 4) 1 x S 11b kw 1) 1 x 5 kw 1) 1 x S 3 kw 2025 2 x S 2 kw 2024	1 x S 17 4 x S 15 11 x S 14 10 x S 12 2 x S 11b 1 x S 4 2 x 9a 2 x 9b 10 x S 8 b 2 x 5	3 x S 15 (T 21, T 29,5, T 58,5) 8 x S 14 T 29,25 1 x S 12 T 30,39 2 x S 13 T 30 1 x S 12 T 33,94, 2 x S 9 T 30 2 x S 8b T 29,25 1 x S 12 T 25, 1 x S 12 T 27 1 x S 12 T 23,25, 1 x S 12 T 6 1 x S 12 T 10,5, 1 x S 12 T 19,24 1 x S 11b T 30,39, 1 x S 8a T 27 1 x S 11b (T 6, T 35) 1 x S 8b T 25, 1 x S 8 a T 47,5 1 x S 14 T 5,33, 5 x S 8a T 25 1 x S 8b T 6,5, 1 x S 8a T 16,5 2 x S8b T 30,39, 1x S 8b T 32,37 1 x S 8a T 24,57, 1 x S 8a T 7,5 1 x S 8b T 13,17,1 x S 8a T 20 1 x 7 T 34,7, 1 S 8b T 30 3 x 5 (T 22,75, T32,41, T 35) 1 x S 4 T 36,09, 1 x S 3 T 35 3 x S 2 (T6, T35,5,T37), 3 S 2 T20	12 x S 14 8 x S 12	1 x S 15 T 21 kw 3) 2 x S 8b T 19,5 kw 3) 1 x S 2 T 20 kw 2026 2 x S 8b üT T 19,5 kw 4) 1 x 1 T 25 2 x S 8b üT kw 4) 6 x 6 üT 1 x S 11 b T 19,5 Sp *) 1 x S 4 T 29,36 kw 2024 1 x S 15 T 7 kw 2024 1 x S 15 T 14 kw 4) 1 x S 4 T 80,82 kw 2025 2 x S 8b T 10,38 kw 2027 1 x S 4 T 80,82 Sp*) kw 2026 2 x S 8b T 10,38 Sp*) kw 2028 1 x S 8a T 69 kw 2026 1 x S 8a T 69 kw 2026 2 x S 15 Sp*) kw 4) 1 x E 11 T 19,5 Sp*) kw 4)

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Erläuterungen zu den Stellen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

FB/Ref.	ku	kw	H	T (außer H)	Sp / Sp *)	Sonstige Vermerke
1	2	3	4	5	6	7
noch 51				4 x 2Ü (22,21/27,58/28,82/29,15) 4 x 2Ü (T 4,68, 4,29, 11,61, T13) 3 x 2Ü (T31,98, T33,12, T35,16) 3 x 2Ü (T36,37, T38,08, T37,2) 2 x S 2 (T 18, T 20), 1x S 8a T 25 1 x S 17 T 29,25, 1 S 2 T 36		
0600			2 x 12	1 x 9c T 30		1 x 6 T 22 üT
0610						1 x 6 T 19,5 üT
0617		1x 11 kw 2027	2 x 11 1 x 6			1 x 6 üT ku 1) 5 T 23,5
60		1 x 11 kw 2025 1 x 11 kw 1)	2 x 11 1 x 5	1 x 6 T 29,25		2 x 6 üT
61		1 x 11 kw 2026 1 x 10 kw 1) 2 x 11 kw 3)	5 x 11 2 x 9a 1 x 8 1 x 7	2 x 9a T 29,25 1 x 6 T 29,25		3 x 6 üT 1 x 6 T 21,33 üT 1 x 7 Z 12
66	1 x 8 ku 1) 6	1 x 14 kw 1)	3 x 11 1 x 5	2 x 11 T 29,25/29,38 1 x 11 T 30,39 1 x 11 T 29,22 2 x 11 T 10 1 x 7 T 25 1 x 6 T 25,33 1 x 6 T 29,25 1 x 11 T 9,75	1 x 14 1 x 11	2 x 6 üT

Stellenübersichten

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

II. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Erläuterungen zu den Stellen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

FB/Ref.	ku	kw	H	T (außer H)	Sp / Sp *)	Sonstige Vermerke
1	2	3	4	5	6	7
67		1 x 11 kw 5) 1 x 11 kw 2028 1 x 11 kw 2025	1 x 9a 1 x 6 1 x 3 1 x 9b	1 x 8 T 28,5 1 x 6 T 30 1 x 5 T 11,4 1 x 3 T 28,25		2 x 6 üT 1 x 4 Z 12, 1 x 5 Z 12 16 x 6 Z 12, 1,5 x 7 Z 12 1 x 5 T 8,11 kw 8)
68		1 x 9a kw 1) 1 x 12 kw 2025 1 x 11 kw 4)	2 x 13 2 x 12 4 x 11 1 x 10 1 x 9b	1 x 11 T 34,5 1 x 11 T 29,25 1 x 9a T 29,38		1 x 6 üT
0800		1 x kw 2024				
Per- sonal- vertret.		1 x S 16 kw 2) 1 x S 12 kw 2) 1 x S 3 kw 2) 1 x 6 kw 2) 2 x 11 kw 2) 1 x 7 kw 2) 2 x 5 kw 2) 1 x 8 kw 2)		1 x 5 T 10		1 x S 3 T 19,5 kw 2) 1 x 6 T 19,5 kw 2) 1 x S 11 b T 19,5 kw 2) 1 x S 15 T 19,5 kw 2) 1 x 5 T 19,5 kw 2) 1 x 7 T 19,5 kw 2)

Stellenübersichten

Teil B: Sonderübersichten über die Planstellen der Beamtinnen und Beamten, die mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besetzt sind

1. Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 4 NBesG)

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe	Bes.-Gruppe der Planstelle	Gliederungs-nummer nach Teil A Unterteil 1	FB/Ref./lfd. Nummer des Stellenverteilungs-planes des Vorjahres	auf der Stelle geführt seit	auf der Stelle geführt bis voraus-sichtlich	Bemerkungen
1	2	3	4	5	5a	6	7	8
	Doppelhaushalt 2023/2024 Besetzung von Planstellen siehe Stellenplan 2023, keine Prognose für den Stellenplan 2024							

Stellenübersichten

Teil B: Sonderübersichten über die Planstellen der Beamtinnen und Beamten, die mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besetzt sind

2. Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 3 NBesG)

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe	Bes.-Gruppe der Planstelle	Gliederungs-nummer nach Teil A Unterteil 1	FB/Ref./lfd. Nummer des Stellenverteilungs-planes des Vorjahres	auf der Stelle geführt seit	auf der Stelle geführt bis voraus-sichtlich	Bemerkungen
1	2	3	4	5	5a	6	7	8
	Doppelhaushalt 2023/2024 Besetzung von Planstellen siehe Stellenplan 2023, keine Prognose für den Stellenplan 2024							

Stellenübersichten

Teil B: Sonderübersichten über die Planstellen der Beamtinnen und Beamten, die mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern besetzt sind

3. Laufbahngruppe 1 (i. S. von § 15 Abs. 2 NBesG)

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe	Bes.-Gruppe der Planstelle	Gliederungs-nummer nach Teil A Unterteil 1	FB/Ref./lfd. Nummer des Stellenverteilungs-planes des Vorjahres	auf der Stelle geführt seit	auf der Stelle geführt bis voraus-sichtlich	Bemerkungen
1	2	3	4	5	5a	6	7	8
	Doppelhaushalt 2023/2024 Besetzung von Planstellen siehe Stellenplan 2023, keine Prognose für den Stellenplan 2024							
insgesamt	0							

Haushaltsplan 2024
für das Ref. 0650 Hochbau

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2023 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2023 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer						
1		aT	1,00	1,00			
2		15Ü					
3		15					
4		14					
5		13					[1)] dav. 2 T 19,5, 1 T 30
6		12	10,00	10,00			
7		11	42,77 [1)]	40,77			
8		10					
9		9c					
10		9b					
11		9a					

Doppelhaushalt 2023/2024
Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2023, keine Prognose für den Stellenplan 2024

Haushaltsplan 2024
für das Ref. 0650 Hochbau

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2023 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2023 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
					Doppelhaushalt 2023/2024 Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2023, keine Prognose für den Stellenplan 2024		
12		8					
13		7					
14		6	1,00 [1)]	1,00			[1)] 1 üT
15		5					
16		4					
17		3					
18		2Ü					
19		2					
20		1					
	insgesamt Beschäftigte		54,77	52,77			

Haushaltsplan 2024
für das Ref. 0650 Hochbau

C. Stellenübersicht
Nachrichtlich:

Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2023 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2023 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 4 NBesG)							
1	Leitender Baudirektor	B 2					
2	Leitender Baudirektor	A 16	[1]				
3	Baudirektor	A 15					
4	Städtischer Direktor	A 15					
5	Bauoberrat	A 14					
6	Städt. Oberrat	A 14					
7	Baurat	A 13					
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 3 NBesG)							
8	Bauoberamtsrat	A 13					
9	Stadtoberamtsrat	A 13					
10	Bauamtsrat	A 12					
11	Stadtamtsrat	A 12					
12	Bauamtmann	A 11					
13	Stadtamtmann	A 11					
14	Bauoberinspektor	A 10					
15	Stadtoberinspektor	A 10					

Doppelhaushalt 2023/2024
Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2023, keine Prognose für den Stellenplan 2024

Haushaltsplan 2024
für das Ref. 0650 Hochbau

C. Stellenübersicht
Nachrichtlich:

Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2023 tatsächlich besetzt	nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Laufbahngruppe 1 (i. S. von § 15 Abs. 2 NBesG)							
16	Stadtinspektor	A 9					
		A 9					
17	Stadtamtsinspektor mit Amtszulage	A 9 m AZ					
18	Stadtamtsinspektor	A 9					
19	Stadthauptsekretär	A 8					
20	Stadtobersekretär	A 7					
21	Stadtsekretär	A 6					
	insgesamt:						

Doppelhaushalt 2023/2024
Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2023, keine Prognose für den Stellenplan 2024

Haushaltsplan 2024
für den FB 65 Gebäudemanagement

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2023 tatsächlich besetzt	nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer						
1		aT					1)
2		15Ü					2)
3		15	1)				3)
4		14	1,00 2)	1,00			4) dav. 1 T 19,5
5		13	3,00 3)	3,00			5) dav. 4 T 19,5, 1 T 30, 1 ku 1) A 10
6		12	9,50 4)	9,50			6)
7		11	46,00 5)	45,00			7) ku 1) A 10
8		10	1,00 6)	1,00			8) dav. 1 T 19,5
9		9c	1,00 7)	1,00			
10		9b	7,50 8)	7,50			9) dav. 1 T 30,39, 1 ku 1) 8
11		9a	10,00 9)	10,00			

Doppelhaushalt 2023/2024
Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2023, keine Prognose für den Stellenplan 2024

Haushaltsplan 2024
für den FB 65 Gebäudemanagement

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2023 tatsächlich besetzt	nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
					Doppelhaushalt 2023/2024 Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2023, keine Prognose für den Stellenplan 2024		[10]
12		8	6,00 [10]	6,00			[11] dav. 2 Z 12, 1 T 29,25, 1 Sp*)
13		7	17,75 [11]	17,75			[12] dav. 2 T 19,5, 1 üT, 1 ku 1) 4
14		6	20,00 [12]	20,00			[13] dav. 1 T 29,25
15		5	64,75 [13]	64,75			[14]
16		4	11,25 [14]	11,25			[15]
17		3	2,70 [15]	2,70			[16]
18		2Ü	[16]				[17]
19		2	[17]				
20		1	62,87	62,87			
	Die Ausweisung von Teilzeitstellen bzw. ku- oder kw-Vermerken im Bereich Schulhausmeister/-innen, Hausmeister/-innen und Raumpflege ist aus dem StVPl des FB 65 ersichtlich.						
	insgesamt Beschäftigte		264,32	263,32			

Haushaltsplan 2024
für den FB 65 Gebäudemanagement

C. Stellenübersicht
Nachrichtlich:

Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2023 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2023 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 4 NBesG)							
1	Leitender Baudirektor	B 2					
2	Leitender Baudirektor	A 16	2,00 [1)]	1,00			[1)] dav. 1 kw 1)
3	Baudirektor	A 15	3,00	3,00			
4	Städtischer Direktor	A 15	1,00	1,00			
5	Bauoberrat	A 14					
6	Städt. Oberrat	A 14	1,00	1,00			
7	Baurat	A 13					
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 3 NBesG)							
8	Bauoberamtsrat	A 13					
9	Stadtoberamtsrat	A 13					
10	Bauamtsrat	A 12					
11	Stadtamtsrat	A 12	2,00	2,00			
12	Bauamtmann	A 11					
13	Stadtamtmann	A 11	5,75 [2)]	5,75			[2)] dav. 1 T 30
14	Bauoberinspektor	A 10					
15	Stadtoberinspektor	A 10	4,00 [4)]	4,00			

Doppelhaushalt 2023/2024
Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2023, keine Prognose für den Stellenplan 2024

Haushaltsplan 2024
für den FB 65 Gebäudemanagement

C. Stellenübersicht
Nachrichtlich:

Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2023 tatsächlich besetzt	nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Laufbahngruppe 1 (i. S. von § 15 Abs. 2 NBesG)							
16	Stadtinspektor	A 9	[5]				[5]
		A 9					
17	Stadtamtsinspektor mit Amtszulage	A 9 m AZ	[6]				[6]
18	Stadtamtsinspektor	A 9	4,00 [7]	4,00			[7]
19	Stadthauptsekretär	A 8	4,00 [8]	4,00			[8]
20	Stadtobersekretär	A 7	7,25 [9]	7,25			[9] dav. 1 T 30, 3 T 20
21	Stadtsekretär	A 6					
		insgesamt:	34,00	33,00			

Doppelhaushalt 2023/2024
Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2023, keine Prognose für den Stellenplan 2024

Haushaltsplan 2024
für die Sonderrechnung Abfallwirtschaft

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2023 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2023 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer				Doppelhaushalt 2023/2024 Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2023, keine Prognose für den Stellenplan 2024		
1		aT					
2		15Ü					
3		15	0,50 [1)]	0,50			[1)] 1 T 19,5
4		14					
5		13					
6		12	1,00	1,00			
7		11	2,50 [2)]	2,50			[2)] dav. 1 T 19,5
8		10					
9		9c					
10		9b					
11		9a					

Haushaltsplan 2024
für die Sonderrechnung Abfallwirtschaft

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2023 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2023 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
					Doppelhaushalt 2023/2024 Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2023, keine Prognose für den Stellenplan 2024		
12		8					
13		7					
14		6					
15		5					
16		4					
17		3					
18		2Ü					
19		2					
20		1					
	insgesamt Beschäftigte		4,00	4,00			

Haushaltsplan 2024
für die Sonderrechnung Abfallwirtschaft

C. Stellenübersicht

Nachrichtlich:

Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2023 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2023 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 4 NBesG)							
1	Leitender Baudirektor	A 16					
2	Bauoberrat	A 14					
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 3 NBesG)							
3	Bauoberamtsrat	A 13					
4	Stadtoberamtsrat	A 13	0,10 [1]	0,10			[1] dav. 1 T 4
5	Bauamtsrat	A 12					
6	Stadtamtsrat	A 12					
		A 12					
7	Stadtamtmann	A 11	2,13 [2]	2,13			[2] dav. 1 T 25, 1 T 20
		A 11					
8	Bauoberinspektor	A 10					
9	Stadtoberinspektor	A 10	1,25 [3]	1,25			[3] dav. 1 T 10
		A 10					
10	Stadtinspektor	A 9					
		A 9					

Doppelhaushalt 2023/2024
Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2023, keine Prognose für den Stellenplan 2024

Haushaltsplan 2024
für die Sonderrechnung Abfallwirtschaft

C. Stellenübersicht

Nachrichtlich:

Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2023 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2023 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Laufbahngruppe 1 (i. S. von § 15 Abs. 2 NBesG)							
11	Stadtamtsinspektor	A 9	0,50 [1)]	0,50			[1)] 1 T 20
12	Stadthauptsekretär	A 8					
13	Stadtobersekretär	A 7					
		insgesamt:	3,98	3,98			

Doppelhaushalt 2023/2024
Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2023, keine Prognose für den Stellenplan 2024

Haushaltsplan 2024
für die Sonderrechnung Stadtentwässerung

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2023 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2023 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
1		aT					
2		15Ü					
3		15	0,50 [1)]	0,50			[1)] 1 T 19,5
4		14	1,00	1,00			
5		13					
6		12					
7		11	2,50 [2)]	2,50			[2)] dav. 1 T 19,5
8		10					
9		9c					
10		9b	3,00	3,00			
11		9a					

Doppelhaushalt 2023/2024
Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2023, keine Prognose für den Stellenplan 2024

Haushaltsplan 2024
für die Sonderrechnung Stadtentwässerung

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2023 tatsächlich besetzt	nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
12		8			Doppelhaushalt 2023/2024 Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2023, keine Prognose für den Stellenplan 2024		
13		7					
14		6					
15		5					
16		4					
17		3					
18		2Ü					
19		2					
20		1					
	insgesamt Beschäftigte		7,00	7,00			

C. Stellenübersicht

Nachrichtlich:

Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2023 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2023 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 4 NBesG)							
1	Leitender Baudirektor	A 16					
2	Bauoberrat	A 14					
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 3 NBesG)							
3	Bauoberamtsrat	A 13					
4	Stadtoberamtsrat	A 13	0,10 [1]	0,10			[1] dav. 1 T 4
5	Bauamtsrat	A 12					
6	Stadtamtsrat	A 12					
		A 12					
7	Stadtamtmann	A 11	1,37 [2]	1,37			[2] dav. 1 T 15
		A 11					
8	Bauoberinspektor	A 10					
9	Stadtoberinspektor	A 10	0,75 [3]	0,75			[3] dav. 1 T 30
		A 10					
10	Stadtinspektor	A 9					
		A 9					

Doppelhaushalt 2023/2024
Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2023, keine Prognose für den Stellenplan 2024

Haushaltsplan 2024
für die Sonderrechnung Stadtentwässerung

C. Stellenübersicht

Nachrichtlich:

Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2023 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2023 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Laufbahngruppe 1 (i. S. von § 15 Abs. 2 NBesG)							
11	Stadtamtsinspektor	A 9					
12	Stadthauptsekretär	A 8					
13	Stadtobersekretär	A 7	1,00	1,00			
		insgesamt:	3,22	3,22			

Doppelhaushalt 2023/2024
Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2023, keine Prognose für den Stellenplan 2024

Anlage 6

Sonderrechnung Abfallwirtschaft

Der AMTA hat in seiner Sitzung am 26.01.2023 über die Ansatzveränderungen der Sonderrechnung Abfallwirtschaft abgestimmt. Abstimmungsergebnis: 11 / 0 / 0 – Angenommen

Der FPDA hat in seiner Sitzung am 02.03.2023 über die Ansatzveränderungen (Ergebnishaushalt) der Sonderrechnung Abfallwirtschaft abgestimmt. Abstimmungsergebnis: 11 / 0 / 0 – Angenommen

Der FPDA hat in seiner Sitzung am 14.03.2023 über die Ansatzveränderungen (Finanzhaushalt) der Sonderrechnung Abfallwirtschaft abgestimmt. Abstimmungsergebnis: 10 / 0 / 0 – Angenommen

Stand: 14. März 2023

Anlage 6.1

Ansatzveränderungen der Verwaltung / Ergebnishaushalt

Stand: 13. März 2023

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt Abfallwirtschaft - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 6.1

Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)	Planansatz 2023 in € bisher	Planansatz 2023 in € neu	Planansatz 2024 in € bisher	Planansatz 2024 in € neu	Veränderungen in € 2023 Erträge	2023 Aufwendungen	2024 Erträge	2024 Aufwendungen	2025 Erträge	2025 Aufwendungen	2026 Erträge	2026 Aufwendungen	2027 Erträge	2027 Aufwendungen	Dauer	Anmerkungen
Haushaltsplan Abfallwirtschaft		**1.700**		**8.400**	**+ 77.200**	**+ 78.900**	**+ 765.100**	**+ 773.500**	**+ 1.015.700**	**+ 1.015.700**	**+ 1.089.100**	**+ 1.089.100**	**+ 1.025.300**	**+ 1.025.300**		
Öffentlich-rechtliche Entgelte	Anpassung **Gebühreneinnahmen und Auflösung Sopo Gebührenausgleich** an veränderte Aufwendungen und Erträge sowie endgültige Gebührenkalkulation 2023														dauerh.	
	41.702.000	41.659.200	43.552.300	44.207.400	- 42.800		+ 655.100		+ 895.700		+ 959.100		+ 865.300			
Zinserträge	Berücksichtigung von **Zinsen für Ausleihungen und Festgeldanlagen** aufgrund veränderter Zinssituation														dauerh.	
	-	120.000	-	120.000	+ 120.000		+ 110.000		+ 120.000		+ 130.000		+ 160.000			
Personalkosten	Berücksichtigung zusätzlicher **Personalaufwendungen** für Klimaschutzkonzept und Aufstockung einer weiteren Stelle														dauerh.	
	862.800	925.900	884.100	945.200		+ 63.100		+ 61.100		+ 62.300		+ 63.600		+ 64.900		
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	Berücksichtigung der **Zuführung der Zinserträge zu der Rückstellung Deponierekultivierung**														dauerh.	
	2.634.500	2.754.500	2.699.000	2.809.000		+ 120.000		+ 110.000		+ 120.000		+ 130.000		+ 160.000		
Sonstige ordentliche Aufwendungen	Berücksichtigung Einführung CO2-Steuer auf Abfallverbrennungsanlagen ab 2024 bei **Verbrennungsentgelt**, Anpassung **Mitgliedsbeiträge** an Wirtschaftsplanung Abwasserverband														dauerh.	
	38.137.400	38.033.200	39.881.100	40.483.500		- 104.200		+ 602.400		+ 833.400		+ 895.500		+ 800.400		

Anlage 6.2

Ansatzveränderungen der Verwaltung / Finanzhaushalt und Investitionsprogramm 2022 - 2027

Stand: 13. März 2023

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	Sonderrechnung Abfallwirtschaft											
	23	**Sonstige Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**	**0**	**-164.400**	**335.600**	**835.600**	**335.600**	**335.600**	**1.379.900**	
		Rückzahlung der Ausleihungen liquider Mittel innerhalb des Konzerns Stadt Braunschweig	bisher		15.000.000	19.500.000	12.500.000	10.500.000	0	0	0	Anpassung der Rückzahlung ausgeliehener Mittel, da ein Teil des Betrages 2021 und 2022 für einen längeren Zeitraum ausgeliehen wurde.
			neu		15.000.000	19.335.600	12.835.600	11.335.600	335.600	335.600	1.379.900	
			Veränderung	0	0	-164.400	335.600	835.600	335.600	335.600	1.379.900	

Anlage 7

Sonderrechnung Stadtentwässerung

Der AMTA hat in seiner Sitzung am 26.01.2023 über den Haushaltsplan der Sonderrechnung Stadtentwässerung abgestimmt. Abstimmungsergebnis: 11 / 0 / 0 – Angenommen

Der FPDA hat in seiner Sitzung am 02.03.2023 über den Haushaltsplan der Sonderrechnung Stadtentwässerung (ohne Ansatzveränderungen Finanzhaushalt) abgestimmt. Abstimmungsergebnis: 11 / 0 / 0 – Angenommen

Der FPDA hat in seiner Sitzung am 14.03.2023 über die Ansatzveränderungen (Finanzhaushalt) der Sonderrechnung Stadtentwässerung abgestimmt. Abstimmungsergebnis: 10 / 0 / 0 – Angenommen

Stand: 14. März 2023

Anlage 7.1

Ansatzveränderungen der Verwaltung / Ergebnishaushalt

Stand: 13. März 2023

Haushaltslesung 2023/2024 - Ergebnishaushalt Stadtentwässerung - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Anlage 7.1

Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)	Planansatz 2023 in €		Planansatz 2024 in €		Veränderungen in €													Dauer	Anmerkungen
					2023		2024		2025		2026		2027						
	bisher	neu	bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen					
Haushaltsplan Stadtentwässerung		**81.600**		**- 285.400**	**+ 212.800**	**+ 294.400**	**+ 261.100**	**- 24.300**	**+ 333.200**	**- 261.600**	**+ 677.700**	**+ 634.600**	**+ 377.600**	**+ 403.900**					
Öffentlich-rechtliche Entgelte	Anpassung **Gebühreneinnahmen und Auflösung Sopo Gebührenausgleich** an veränderte Aufwendungen und Erträge sowie endgültige Gebührenkalkulation 2023																	dauerh.	
	59.286.200	59.359.200	64.555.500	64.615.300	+ 73.000		+ 59.800		+ 109.900		+ 452.300		+ 150.000		x				
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	Anpassung **Erstattung von Verbänden** an aktuelle Erkenntnisse																	dauerh.	
	8.822.800	8.862.600	9.011.700	9.113.000	+ 39.800		+ 101.300		+ 103.300		+ 105.400		+ 107.600		x				
Zinserträge	Berücksichtigung von **Zinsen für Ausleihungen und Festgeldanlagen** aufgrund veränderter Zinssituation																	dauerh.	
	-	100.000	-	100.000	+ 100.000		+ 100.000		+ 120.000		+ 120.000		+ 120.000		x				
Personalkosten	Berücksichtigung zusätzlicher **Personalaufwendungen** für Klimaschutzkonzept																	dauerh.	
	758.300	777.000	780.300	799.900		+ 18.700		+ 19.600		+ 20.000		+ 20.400		+ 20.800	x				
Abschreibungen	Anpassung **Abschreibungen** veränderte Zuordnungen des Anlagevermögens und weitere aktuelle Erkenntnisse																	dauerh.	
	5.915.400	5.746.400	6.580.900	5.823.500		- 169.000		- 757.400		- 929.900		- 1.292.900		- 2.060.600	x				
Zinsen und Ähnliche Aufwendungen	Anpassung **Zinsaufwendungen** an Veränderte Zuordnung des Anlagevermögens																	dauerh.	
	186.600	83.600	1.409.300	82.500		- 103.000		- 1.326.800		- 2.362.800		- 3.108.200		- 3.773.100	x				
Sonstige ordentliche Aufwendungen	Berücksichtigung der aktuellen Zinsentwicklung und der veränderten Zuordnunge des Anlagevermögens bei an die SEBS zu zahlenden **Kapitalkostenentgelten** und Aktualisierung **Mitgliedsbeiträge**																	dauerh.	
	65.413.500	65.961.200	69.377.200	71.417.500		+ 547.700		+ 2.040.300		+ 3.011.100		+ 5.015.300		+ 6.216.800	x				

Anlage 7.2

Ansatzveränderungen der Verwaltung / Finanzhaushalt und Investitionsprogramm 2022 - 2027

Stand: 13. März 2023

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	2026 in €	2027 in €	Restbedarf ab 2028 in €	Bemerkungen
	Sonderrechnung Stadtentwässerung											
	23	**Sonstige Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**	**0**	**0**	**-1.000.000**	**-500.000**	**0**	**0**	**0**	
		Rückzahlung der Ausleihungen liquider Mittel innerhalb des Konzerns Stadt Braunschweig	bisher		10.087.200	17.000.000	23.500.000	19.000.000	0	0	0	Anpassung der Rückzahlung ausgeliehener Mittel an veränderte Mittel für Ausleihungen.
			neu		10.087.200	17.000.000	22.500.000	18.500.000	0	0	0	
			Veränderung	0	0	0	-1.000.000	-500.000	0	0	0	
	26	**Baumaßnahmen** (Veränderungen)		**0**	**-36.493.100**	**-41.026.900**	**-30.499.200**	**-22.090.600**	**-20.232.300**	**-16.930.600**	**0**	
		Kanalbaumaßnahmen, die von der SE|BS durchgeführt und bei der Stadt aktiviert werden	bisher		54.012.842	41.076.900	30.549.200	22.140.600	20.282.300	16.980.600	0	Die Investitionen in das Kanalvermögen werden weiterhin von der SE|BS finanziert und durch Kapitalkostenentgelte abgegolten. Damit entfällt die Darstellung im Haushaltsplan der Sonderrechnung.
			neu		17.519.742	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	0	
			Veränderung	0	-36.493.100	-41.026.900	-30.499.200	-22.090.600	-20.232.300	-16.930.600	0	
	30	**Sonstige Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**	**0**	**-1.000.000**	**-500.000**	**0**	**0**	**0**	**0**	
		Ausleihungen liquider Mittel innerhalb des Konzerns Stadt	bisher		17.000.000	23.500.000	19.000.000	0	0	0	0	Anpassung der Mittel für Ausleihungen an die nach den Ansatzveränderungen noch zur Verfügung stehenden Mittel
			neu		17.000.000	22.500.000	18.500.000	0	0	0	0	
			Veränderung	0	0	-1.000.000	-500.000	0	0	0	0	
	34	**Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**	**0**	**-41.232.900**	**-30.805.200**	**-22.396.600**	**-20.538.300**	**-17.236.600**	**0**	
		Kredite für Kanalbaumaßnahmen	bisher		36.699.100	41.232.900	30.805.200	22.396.600	20.538.300	17.236.600	0	Die Kreditaufnahme entfällt, da die Investitionen in das Kanalvermögen nicht durch die Sonderrechnung finanziert werden.
			neu		36.699.100	0	0	0	0	0	0	
			Veränderung	0	0	-41.232.900	-30.805.200	-22.396.600	-20.538.300	-17.236.600	0	
	35	**Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit** (Veränderungen)		**0**	**17.093.672**	**-11.200**	**-694.000**	**-1.134.100**	**-1.454.100**	**-1.747.500**	**0**	
		Tilgung von Krediten für Kanalbaumaßnahmen	bisher		426.070	217.100	899.900	1.340.000	1.660.000	1.953.400	0	Die Tilgung reduziert sich auf die Tilgung für einen bereits bestehenden Kredit.
			neu		17.519.742	205.900	205.900	205.900	205.900	205.900	0	
			Veränderung	0	17.093.672	-11.200	-694.000	-1.134.100	-1.454.100	-1.747.500	0	

Anlage 7.3

Sonderrechnung Stadtentwässerung

Haushaltsplan 2023/2024

Haushaltsplan

Sonderrechnung Stadtentwässerung

Vorbericht

Sonderrechnung Stadtentwässerung

Erläuterungen zum Haushaltsplan Stadtentwässerung

Einleitung

Der Haushaltsplan für die Sonderrechnung Stadtentwässerung wird für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 nach den Regelungen des NKR aufgestellt. Der Ausweis der Plandaten und des Jahresergebnisses erfolgt getrennt von den Daten des Kernhaushaltes. Gleichwohl sind der Haushaltsplan und das Jahresergebnis Bestandteil der jeweiligen Daten des Kernhaushaltes.

Der Aufbau des Haushaltsplanes orientiert sich am Aufbau des Haushaltsplanes der Kernverwaltung. Der Haushaltsplan enthält daher einen Ergebnishaushalt, einen Finanzhaushalt, ein Investitionsprogramm und ggf. eine Darstellung wesentlicher Einzelinvestitionen. Zudem gibt es den Vorbericht, der sich an dem Vorbericht zum Kernhaushalt orientiert und die für die Sonderrechnung relevanten Punkte enthält.

Der nachstehende Bericht ist wie folgt gegliedert:

1	Finanzlage der Sonderrechnung	1
1.1	Ergebnis- und Finanzhaushalt	1
1.2	Geldschulden	2
1.3	Kennzahlen	3
1.4	Analyse und Entwicklung	3
2	Entwicklung der wichtigsten Erträge und Aufwendungen	4
2.1	Erträge	4
2.2	Aufwendungen	5
3	Entwicklung der wichtigsten Einzahlungen und Auszahlungen	7
3.1	Ein- und Auszahlungen für Investitionstätigkeit	7
3.2	Ein- und Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	7
4	Vermögensentwicklung	8
5	Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Schulden	8
6	Liquiditätskredite	8
7	Budgetbildung/Bewirtschaftungsregeln	8

1. Finanzlage der Sonderrechnung

1.1 Ergebnis- und Finanzhaushalt

Der **Ergebnishaushalt** der Sonderrechnung 2023/2024 weist für das Jahr 2023 bei ordentlichen Erträgen in Höhe von rd. 76,5 Mio. €, ordentlichen Aufwendungen in Höhe von rd. 73,0 Mio. € und außerordentlichen Aufwendungen in Höhe von 0,2 Mio. € einen Überschuss in Höhe von rd. 3,3 Mio. € auf. Für das Jahr 2024 ergibt sich bei ordentlichen Erträgen in Höhe von rd. 82,0 Mio. €, ordentlichen Aufwendungen in Höhe von rd. 78,5 Mio. € und außerordentlichen Aufwendungen in Höhe von 0,2 Mio. € ein Überschuss in Höhe von rd. 3,3 Mio. €.

Diese Überschüsse werden den Rücklagen der Sonderrechnung zugeführt (Stand 31. Dezember 2021: 24,7 Mio. €)

Gegenüber der Planung aus dem Vorjahr ergeben sich aufgrund der allgemeinen Preissteigerungen höhere Aufwendungen für die an den AVB zu zahlenden Mitgliedsbeiträge und für die an die SE|BS zu zahlenden Betriebsentgelte. Zudem wird von etwas höheren Aufwendungen für die an die SE|BS zu zahlenden Kapitalkostenentgelte und etwas geringeren Aufwendungen für Abschreibungen und Zinsen ausgegangen, da die Investitionen in das Kanalnetz weiterhin vollständig über die SE|BS finanziert werden.

Aufgrund der Vorgabe des Landes, die Auflösung des Sonderpostens Gebührenausgleich nur bei der Planung zu berücksichtigen, wurde die Höhe der Auflösung des Sonderpostens sowie das Planergebnis ohne Berücksichtigung der Auflösung des Sonderpostens gesondert dargestellt, so dass man einen Vergleichswert für den Jahresabschluss hat. Zudem wird der Bestand des Sonderpostens Gebührenausgleich und der Überschussrücklagen unter Berücksichtigung des jeweiligen Jahresergebnisses dargestellt.

Im **Finanzhaushalt** 2023/2024 der Sonderrechnung ergibt sich für 2023 aus den Ein- und Auszahlungen ein Fehlbetrag in Höhe von rd. 9,1 Mio. € und für 2024 ein Überschuss von rd. 0,1 Mio. €. Dies beruht auf den in die Kalkulation einbezogenen Überdeckungen aus Vorjahren und auf der vorgesehenen Möglichkeit, Finanzmittel innerhalb des Konzerns auszuleihen, die später der Sonderrechnung wieder zur Verfügung stehen.

Das Ergebnis des Finanzhaushaltes ist davon geprägt, dass die Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens Gebührenausgleich nicht zu Einzahlungen führen.

Im Haushaltsplan wird abweichend von den Vorjahren davon ausgegangen, dass die Investitionen in das Kanalnetz weiterhin über die SE|BS finanziert werden (s. Punkt 3.1). Es ist daher unter Berücksichtigung der aktuellen Liquiditätssituation keine Kreditaufnahme für die verbleibenden Investitionen vorgesehen. In der Haushaltsplanung 2020 war für eine Finanzierung von Investitionen eine Kreditaufnahme in Höhe von 31.478.200 € vorgesehen, wovon rd. 16,5 Mio. € in Anspruch genommen wurden. In der Haushaltsplanung 2021 war eine Kreditaufnahme im Umfang von 18.850.900 € vorgesehen, die nicht benötigt wurde. In der Haushaltsplanung 2022 ist ein Betrag in Höhe von 36.699.100 € vorgesehen, der ebenfalls nicht benötigt wird. Zuvor waren keine Kredite in der Sonderrechnung mehr vorhanden.

Nach § 9 KomHKVO umfasst die **mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung** einen Zeitraum von 6 Jahren (bei einem Doppelhaushalt) mit den Ansätzen des Vorjahres, den Ansätzen der Haushaltsjahre und den Ansätzen der drei den Haushaltsjahren folgenden Jahre. Sie schließt das Investitionsprogramm mit ein.

Für die Planung 2025 bis 2027 des Ergebnishaushaltes wurden die Entwicklungen der relevanten Mengen, Aufwendungen und Erträge prognostiziert.

Die dargestellten Überschüsse werden den Rücklagen zugeführt.

Die mittelfristige Planung des Finanzhaushaltes weist, wenn man die konzerninternen Ausleihungen nicht berücksichtigt, für 2025 bis 2027 einen Fehlbetrag aus. Die Investitionen werden dabei aus der Sonderrechnung finanziert. Zusammen mit den im Rahmen der Privatisierung in der Sonderrechnung behaltenen Mitteln ist die Liquidität der Sonderrechnung im Planungszeitraum weiterhin gewährleistet.

1.2 Geldschulden

Die Verbindlichkeiten der Sonderrechnung aus in der Vergangenheit aufgenommenen Krediten für Investitionen beliefen sich zum 31. Dezember 2021 auf 16.263.700 €. Da im Jahr 2022 keine Kreditaufnahmen erfolgen, ist für den 31. Dezember 2022 ein Schuldenstand in Höhe von rd. 16,1 Mio. € zu erwarten. Der Schuldenstand wird sich in den folgenden Jahren jeweils um die planmäßige Tilgung in Höhe von rd. 0,2 Mio. € verringern.

1.3 Kennzahlen

Zur Beurteilung der Entwicklung der Sonderrechnung wurden einige für die Sonderrechnung relevante Kennzahlen gebildet, die auch im Jahresabschluss dargestellt sind.

Die Kennzahlen werden – wie im Kernhaushalt – in einem Zeitvergleich dargestellt, d.h. dass gleiche Kennzahlen zu verschiedenen Zeitpunkten gegenübergestellt werden.

Für Vergleiche mit anderen Kommunen sind die Kennzahlen allerdings nur bedingt geeignet. Für Betriebsvergleiche sind die unterschiedlichen gesetzlichen Regelungen der Bundesländer und die – möglicherweise – unterschiedlichen Betriebsformen zu berücksichtigen.

Kennzahlen Stadtentwässerung	2021	Ist 2021	2022	2023	2024
Geldschulden (Stand 31.12.)	50,10 Mio. €	16,26 Mio. €	78,50 Mio. €	15,85 Mio. €	15,65 Mio. €
Liquidität (Stand 31.12.)	0,86 Mio. €	17,04 Mio. €	0,12 Mio. €	0,08 Mio. €	0,22 Mio. €
Jahresergebnis	0,94 Mio. €	3,56 Mio. €	3,30 Mio. €	3,29 Mio. €	3,29 Mio. €

1.4 Analyse und Entwicklung

Ein Teil der im Rahmen der Privatisierung erzielten Erlöse wurde in der Sonderrechnung einbehalten, um den Finanzmittelbedarf in der Laufzeit des Abwasserentsorgungsvertrages abzudecken. Der hiervon noch vorhandene Anteil ist in der Sonstigen Rücklage der Sonderrechnung ausgewiesen. Die Rücklage wird aus derzeitiger Sicht dazu ausreichen, die möglicherweise noch zu erwartenden Verluste künftiger Jahre abzudecken. Dies gilt insbesondere, da aufgrund der günstigen Zinsvereinbarung für den Kanalnetznutzungsvertrag aus derzeitiger Sicht in den kommenden Jahren Überschüsse zu erwarten sind. Es kommt darüber hinaus zu einem Rückgang der Liquidität in der Sonderrechnung. Die Liquidität der Sonderrechnung ist jedoch im Planungszeitraum gewährleistet.

Ein Teil der vorhandenen Liquidität wird aufgrund der Marktsituation bei den Zinsen derzeit an Unternehmen des Konzerns Stadt ausgeliehen. Die Finanzmittel können dadurch zu günstigeren Konditionen als am Markt angelegt werden und stehen nach Ablauf des Ausleihungszeitraumes wieder vollständig zur Verfügung. Der für Ausleihungen zur Verfügung stehende Betrag wird im Finanzhaushalt in vollständiger Höhe berücksichtigt, um bei Bedarf in Anspruch genommen werden zu können. Die Verfahrensweise führt dazu, dass für Ende 2023 und 2024 nur ein sehr geringer Liquiditätsbestand ausgewiesen wird.

2 Entwicklung der wichtigsten Erträge und Aufwendungen

2.1 Erträge

Die **Benutzungsgebühren** sind Bestandteil der Position „Öffentlich-rechtliche Entgelte“ und resultieren aus der Inanspruchnahme der Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung sowie der Entsorgung von abflusslosen Sammelgruben, Kleinkläranlagen und Leichtflüssigkeitsabscheidern. Die dargestellten Daten beinhalten die ebenfalls in dieser Position des Ergebnishaushaltes enthaltenen Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens Gebührenausgleich (Gebührenvorträge aus Vorjahren; 2023: rd. 4,5 Mio. €; 2024: rd. 4,7 Mio, €), so dass der gesamte Bedarf zur Kostendeckung in den Gebührenbereichen dargestellt ist.

Benutzungsgebühren	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Planung 2025	Planung 2026	Planung 2027
Aufkommen in Mio. €	53,27	54,85	59,05	64,30	66,52	69,17	72,20
Veränderung zum Vorjahr							
in Mio. €		1,58	4,20	5,25	2,21	2,66	3,03
in %		3,0%	7,7%	8,9%	3,4%	4,0%	4,4%

Aufgrund der Gebührenkalkulation ergeben sich für die Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung Gebührensteigerungen von 5,7 % bzw. 4,8 % für 2023. Die Gebührensteigerungen beruhen insbesondere auf der Steigerung des an den AVB zu zahlenden Mitgliedsbeitrages für die Abwasserreinigung und der an die SE|BS zu zahlenden Betriebsentgelte. Die Entwicklung liegt dabei aufgrund der allgemeinen Preissteigerungen oberhalb der Prognose, die im Rahmen der Vertragsanpassung mit der SE|BS abgegeben wurde, obwohl für 2023 und 2024 noch umfassende Überdeckungen aus Vorjahren berücksichtigt werden können. Dabei wurde die Regelung des Nds. Kommunalabgabengesetzes berücksichtigt, nach der Gebührenüber- und -unterdeckungen drei Jahre nach ihrer Feststellung (also faktisch vier Jahre) vorgetragen werden können, um einen möglichst gleichmäßigen Gebührenverlauf zu erhalten. Die im Rahmen der Privatisierung prognostizierten Gebühren werden für Schmutzwasser ab 2023 und für Niederschlagswasser voraussichtlich ab 2024 überschritten. Die Gebührenkalkulation für 2024 wird erst im Jahr 2023 unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Jahres 2022 erstellt, so dass hierzu noch keine konkrete Einschätzung abgegeben werden kann. In den kommenden Jahren ist nach dem Abbau der Gebührenvorträge und unter Berücksichtigung der mit der SE|BS vereinbarten Erhöhung des Investitionsbudgets mit einem weiteren Anstieg zu rechnen.

Da für die Ermittlung der Gebührensätze auch die Mengen und der Anteil der Gebührenvorträge zu berücksichtigen sind (höhere Mengen und höhere Gebührenvorträge führen zu geringeren Gebühren, geringere Mengen und geringere Gebührenvorträge führen zu höheren Gebühren), ergeben sich hier andere Prozentsätze als bei der Betrachtung des Gesamtgebührenaufkommens.

Weitere wesentliche Erträge der Sonderrechnung sind

- Erträge aus der **buchhalterischen Auflösung des Rechnungsabgrenzungspostens** (vgl. Passivseite der Bilanz) zur Einmalzahlung „Pachtzinsentschädigung“ für das Kanalnetznutzungsrecht (durch den Abwasserverband Braunschweig (AVB)) in Höhe von 7.850.000 € (2023) bzw. 7.924.000 € (2024) (Pos. 6)
- **Kostenerstattung des AVB** für das an die Stadtentwässerung Braunschweig GmbH (SE|BS) zu zahlende Betriebskostenentgelt „Betriebsführungsvertrag AVB“ und die bei der Stadt im Zusammenhang mit der Betriebsführung AVB anfallenden Aufgaben in Höhe von 5.455,000 € (2023) und 5.527.800 € (2024) (Pos. 7)
- **Kostenerstattung des allgemeinen Haushalts** für an die SE|BS zu zahlende Betriebskostenentgelte für Sinkkastenreinigung und -reparatur, Tierkadaverannahme, Gewässerunterhaltung und Grundstücksentwässerung in Höhe von 2.399.700 € (2023) bzw. 2.521.300 (2024) (Pos. 7)

Weitere, vom Umfang her weniger bedeutsame Erträge sind

- Entgelt des Wasserverbandes Weddel-Lehre (WWL) für die Nutzung des städtischen Kanalnetzes (823.700 € für 2023 und 901.300 € für 2024; Pos. 7)
- Erträge aus der buchhalterischen Auflösung von Zuschüssen für Investitionsmaßnahmen (letztere auf der Passivseite der Bilanz dargestellt) in Höhe von jeweils 229.100 € für 2023 und 2024 (Pos. 3 (103.600 €) und 11 (125.500 €))

- sowie Erträge aus Verwaltungsgebühren (Pos. 5), Erstattungen für die Erneuerung von Hausanschlüssen (Pos. 5), Mieteinnahmen (Pos. 6) und sonstige Erträge

2.2 Aufwendungen

Der größte Anteil an den **Aufwendungen** (85,5 % in 2023 und 86,2 % in 2024) entfällt auf die **Entgelte**, die an die **SE|BS** für Leistungen aus dem Abwasserentsorgungsvertrag zu zahlen sind sowie auf **Mitgliedsbeiträge** für die Abwasserreinigung und das Kanalnetznutzungsrecht, die an den **AVB** zu zahlen sind (Bestandteile Position 19).

Betriebsentgelte SEBS	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Planung 2024	Planung 2025	Planung 2026	Planung 2027
Aufkommen in Mio. €	16,34	16,77	18,30	19,35	19,73	20,13	20,53
Veränderung zum Vorjahr							
in Mio. €		0,43	1,53	1,05	0,39	0,39	0,40
in %		2,6%	9,1%	5,7%	2,0%	2,0%	2,0%

Kapitalkostenentgelt „Investitionen“ SEBS	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Planung 2024	Planung 2025	Planung 2026	Planung 2027
Aufkommen in Mio. €	9,27	9,91	11,55	14,19	15.95	18,62	20,52
Veränderung zum Vorjahr							
in Mio. €		0,64	1,64	2,64	1,76	2,67	1,90
in %		6,9%	16,5%	22,9%	12,4%	16,7%	10,2%

Die Investitionen im Bereich des Kanalnetzes und für die notwendige Betriebs- und Geschäftsausstattung im Zusammenhang mit der Unterhaltung des Kanalnetzes erfolgen abgesehen von der 2020 von der Sonderrechnung übernommenen Kanalbaumaßnahme Autobahnkreuz Süd vollständig durch die SE|BS. Ein Ausweis des Vermögens und der damit zusammenhängenden Finanzierung erfolgte in der Sonderrechnung nicht. Aufgrund der vertraglichen Vereinbarungen zahlt die Stadt Kapitalkostenentgelte an die SE|BS, die sich aus den Abschreibungen und Zinsen für die von der SE|BS getätigten Investitionen zusammensetzen. Um kommunalkreditähnliche Konditionen zu erhalten führte und führt die SE|BS einen Forderungsverkauf (Forfaitierung) durch, was zur Folge hat, dass die Entgeltzahlungen unmittelbar an die Bank geleistet werden. Darüber hinaus hat sich die Stadt durch einen Einredeverzicht gegenüber den forfaitierenden Banken zur dauerhaften Zahlung verpflichtet, der auch die am Ende der Vertragslaufzeit noch verbleibenden Werte umfasst. Der Restbuch- bzw. Rückübertragungswert des bei der SE|BS aktivierten Anlagevermögens betrug zum 31. Dezember 2021 rd. 183,9 Mio. € netto (218,8 Mio. € inkl. 19% Mehrwertsteuer). Der Wert erhöht sich jährlich um die neu hinzukommenden Investitionen und reduziert sich um die Abschreibungen des jeweiligen Jahres. Für das Jahr 2022 hat die SE|BS eine Fertigstellung von Investitionen in Höhe von rd. 27,2 Mio. € netto, für 2023 in Höhe von rd. 54,6 Mio. € netto, für 2024 in Höhe von rd. 31,0 Mio. € netto und für 2025 bis 2027 in Höhe von zusammen rd. 122 Mio. € netto angekündigt, die bei der SE|BS aktiviert und über eine Forfaitierung finanziert werden sollen. Eine Übersicht über die 2023 und 2024 geplanten Investitionen, die Basis für das Kapitalkostenentgelt sind, ergibt sich aus Anlage 1.

Mitgliedsbeitrag AVB für Abwasserreinigung	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Planung 2024	Planung 2025	Planung 2026	Planung 2027
Aufkommen in Mio. €	20,92	23,19	24,52	26,18	26,70	27,23	27,78
Veränderung zum Vorjahr							
in Mio. €		2,26	1,34	1,66	0,52	0,53	0,54
in %		10,8%	5,8%	6,8%	2,0%	2,0%	2,0%

Mitgliedsbeitrag AVB Kanalnetznutzungsrecht	Ergebnis 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Planung 2024	Planung 2025	Planung 2026	Planung 2027
Aufkommen in Mio. €	7,76	7,81	7,87	7,94	7,89	7,94	7,96
Veränderung zum Vorjahr							
in Mio. €		0,05	0,06	0,07	-0,06	0,05	0,02
in %		0,7%	0,8%	0,9%	-0,7%	-0,6%	0,3%

Dem AVB wurde mit dem Kanalnetznutzungsvertrag für das am 31. Dezember 2005 bestehende Kanalnetz das Nutzungsrecht eingeräumt. Das Kanalnetz ist dabei im Eigentum der Stadt verblieben und wird im Anlagevermögen der Sonderrechnung ausgewiesen. Der Erlös aus dem Verkauf des Kanalnetznutzungsrechtes wird als passiver Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen und über den Vertragszeitraum aufgelöst. Der AVB erhält für die Kanalnetznutzung einen Mitgliedsbeitrag aus der Sonderrechnung. Zur Finanzierung des Nutzungsrechtes hat der AVB die Forderungen aus diesem Mitgliedsbeitrag verkauft (Forfaitierung), um kommunalkreditähnliche Konditionen zu erhalten. Die Stadt hat sich auch hier durch Einredeverzicht gegenüber den forfaitierenden Banken zur dauerhaften Zahlung der Mitgliedsbeiträge bis zum Ende der Vertragslaufzeit verpflichtet. Der Rückübertragungswert beträgt zum 31. Dezember 2022 rd. 103,0 Mio. €. Für die Zeit von 2023 bis zum Vertragsende ergibt unter Berücksichtigung des Zinsanteils eine Belastung in Höhe von rd. 103,2 Mio. €.

Ein wesentlicher Bestandteil der Aufwendungen sind zudem die **Abschreibungen** für das zum Zeitpunkt der Privatisierung bereits vorhandene Anlagevermögen und die 2020 von der Sonderrechnung übernommene Kanalbaumaßnahme Autobahnkreuz Süd in Höhe von 5.746.400 € für 2023 und 5.823.500 € für 2024 (Pos. 16). Für die anderen seit 2006 von der SE|BS durchgeführten Neuinvestitionen im Zusammenhang mit dem Kanalnetz werden im Haushaltsplan abgesehen von einigen Ausnahmefällen keine Abschreibungen mehr dargestellt. Die Finanzierungskosten für Investitionen ab 2006 sind in den an die SE|BS zu zahlenden Kapitalkostenentgelten enthalten. Bei den Abschreibungen ist berücksichtigt, dass in den Fällen, in denen ein vorzeitiger Anlagenabgang zu erwarten ist, der noch vorhandene Restwert auf die noch zu erwartende Restnutzungsdauer verteilt wird. Durch diese Verfahrensweise ergeben sich erhöhte Abschreibungen anstelle von Verlusten aus Anlagenabgängen.

Für den Kredit, der im Zusammenhang mit der Finanzierung der Maßnahme Autobahnkreuz Süd von der Sonderrechnung aufgenommen wurde, wird ein **Zinsaufwand** in Höhe von 83.600 € in 2023 und 82.500 € in 2024 berücksichtigt.

Weitere, vom Umfang her weniger bedeutsame Aufwendungen sind

- Die **Personalaufwendungen**, die aufgrund der Erledigung der Aufgaben durch Dritte nur in begrenztem Umfang anfallen (0,78 Mio. € (2023) bzw. 0,80 Mio. € (2024); Pos. 13). Hier sind die zu erwartenden Tariferhöhungen und Anpassungen beim Stellenumfang berücksichtigt.

- Der **Mitgliedsbeitrag**, den der **WWL** für seine Leistungen im Bereich der Schmutzwasserentsorgung erhält (rd.1,52 Mio. € für 2023 und rd. 1,60 Mio. € für 2024; Position 19).

- Die Aufwendungen für die **Leistungen anderer Bereiche der Stadt** (0,50 Mio. € (2023) bzw. 0,51 Mio. e (2024); z. B. Serviceleitungen der zentralen Bereiche; Position 19).

- Die Aufwendungen für den **Gebühreneinzug** (0,76 Mio. € (2023) bzw. 0,82 Mio. € (2024); Pos. 19)

- sowie weitere Aufwendungen (z.B. Sachverständigenkosten)

Bei der Position „außerordentliche Aufwendungen“ sind keine Aufwendungen für Verluste aus vorzeitigen Anlagenabgängen mehr eingeplant worden, da eine Abschreibung während der Restnutzungsdauer erfolgt (s.o.). Es wurden allerdings 0,2 Mio. € für Veränderungen, die durch Korrekturen am Kanalvermögen (z. B. Baujahrsänderungen) entstehen, berücksichtigt. Aufgrund der Regelungen in der KomHKVO können diese seit 2021 nicht mehr erfolgsneutral gebucht werden.

3 Entwicklung der wichtigsten Einzahlungen und Auszahlungen

Für die meisten wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung (Benutzungsgebühren, Aufwendungen für SE|BS, AVB, WWL, stadtinterne Leistungen) entsprechen die Einzahlungen und Auszahlungen den Erträgen und Aufwendungen. In der Finanzrechnung sind die Abschreibungen, die Verluste aus Anlagenabgängen sowie die Auflösung von Sonderposten und Rechnungsabgrenzungsposten nicht berücksichtigt, da hier keine Zahlungen fließen. Anstelle dessen werden die Auszahlungen für die geplanten Investitionen, die Tilgungsleistungen und die Ein- und Auszahlungen für die Finanzierung der Investitionen berücksichtigt.

3.1 Ein- und Auszahlungen für Investitionstätigkeit

Im Jahr 2020 wurde mit der SE|BS eine Vereinbarung abgeschlossen, nach der das Planbudget für die Investitionen um 13 Mio. € netto auf rd. 25,7 Mio. € netto erhöht wird. Für diese erhöhten Investitionen sowie die besonderen Investitionen war angedacht eine Abwicklung und Finanzierung über die Sonderrechnung vorzunehmen. Hiervon wurde inzwischen abgesehen, da diese Vorgehensweise wirtschaftlich nicht eindeutig vorteilhaft ist und zudem vergaberechtliche Risiken beinhaltet (s. Mitteilung 22-20224). Das Investitionsprogramm enthält daher nur noch die verbleibenden Investitionen der Sonderrechnung. Auf eine Darstellung der im Vorjahr geplanten Investitionen hinsichtlich des Kanalvermögens, die jetzt weiterhin über die SE|BS finanziert werden sollen, wird verzichtet. Es verbleibt lediglich die restliche Abwicklung der Kanalbaumaßnahme Autobahnkreuz Süd sowie ein Ansatz für die Nachaktivierung von Kanalvermögen (50.000 €). Zudem wird auf die Übersicht zu den Verpflichtungsermächtigungen verzichtet, da von den bisher geplanten Verpflichtungsermächtigungen keine in Anspruch genommen wurden und keine weiteren Verpflichtungsermächtigungen geplant sind.

Abgesehen davon sind in beiden Jahren Investitionsmittel in Höhe von 6.000 € für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen vorgesehen.

Zudem sind Mittel für die Sicherung von Leitungsrechten vorgesehen (150.000 € (2023) bzw. 250.000 € (2024)). Zur Ermöglichung von Investitionen in das Kanalnetz (Investor SE|BS) und zur Sicherung bestehender Kanäle müssen entsprechende Rechte gesichert werden.

Für die Jahre 2025 bis 2027 wurden die Werte fortgeschrieben.

3.2 Ein- und Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit

Diese Position beinhaltet die im Zusammenhang mit dem Kredit für die Kanalbaumaßnahme Autobahnkreuz Süd geplanten Tilgungen.

4 Vermögensentwicklung

Zur Ergebnis- und Finanzrechnung gibt es jeweils eine Planung. Zur Bilanz ist dagegen nur der Rechnungsabschluss vorgesehen. Die Bilanz weist das Vermögen, die Schulden sowie Rückstellungen und die Nettoposition aus.

Das Vermögen besteht insbesondere aus dem Anlagevermögen des vor 2006 angeschafften Kanalnetzes und den liquiden Mitteln.

In der Nettoposition sind das Basis-Reinvermögen, die Rücklagen zum Ausgleich zukünftiger Verluste, das Jahresergebnis sowie der Sonderposten Gebührenausgleich und der Sonderposten aus Investitionszuschüssen enthalten. Aufgrund der geplanten Ergebnisse für die Jahre 2023 bis 2027 wird sich die Nettoposition erhöhen.

5 Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Schulden

Der Stand der Schulden der Sonderrechnung nach dem Schuldenbegriff des NKomVG umfasst folgende Positionen:

	Art der Schulden	Stand 1.1.2022 Euro	Stand 1.1.2023 Euro
1.	Geldschulden aus		
1.1	Anleihen	0	0
1.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionstätigkeit	16.263.730	*
1.3	Liquiditätskrediten	0	0
1.4	Sonstigen Geldschulden	0	0
2.	Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0	0
3.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	828.221	*
4.	Transferverbindlichkeiten	0	0
5.	Sonstige Verbindlichkeiten	333.909	*
Schulden insgesamt		17.425.860	*

* Die Höhe dieser Schulden wird erst im Jahresabschluss 2022 ermittelt.

6 Liquiditätskredite

Infolge der guten Liquidität in der Sonderrechnung ist in den Haushaltsjahren 2023 und 2024 eine Aufnahme von Liquiditätskrediten grundsätzlich nicht erforderlich. Aufgrund der aktuellen Marktsituation hinsichtlich der Verzinsung von Guthaben und Geldanlagen ist jedoch eine hohe Flexibilität nötig, um eine mögliche Negativverzinsung zu vermeiden (s. a. Punkt 3). Es wird daher dennoch die Möglichkeit vorgesehen, Liquiditätskredite in Höhe von bis zu 5 Mio. € aufzunehmen, um bei Bedarf einen möglichst hohen Anteil der liquiden Mittel fest anlegen zu können und gleichzeitig die Liquidität der Sonderrechnung für die laufenden Zahlungen sicherzustellen.

7 Budgetbildung/Bewirtschaftungsregeln

Für die Sonderrechnung Stadtentwässerung wird aufgrund § 4 Abs. 3 KomHKVO ein Budget mit den tatbestandlichen Voraussetzungen der unechten Deckungsfähigkeit nach § 18 und § 19 KomHKVO, der gegenseitigen Deckungsfähigkeit nach § 19 KomHKVO und der Übertragbarkeit nach § 20 KomHKVO gebildet. Der Budgetvermerk umfasst im Ergebnishaushalt sämtliche Erträge und Aufwendungen.

Im Finanzhaushalt erstreckt sich die Budgetierung auf die Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit. Zudem erfolgt eine Budgetierung für die im Investitions-programm genannten Investitionsmaßnahmen.

Ergänzende Erläuterungen zu dem Kapitalkostenentgelt "Investitionen"

Dem Kapitalkostenentgelt "Investitionen" liegen die Investitionen der SE|BS für die Jahre 2006 bis 2020, 2021 (siehe I.) und 2022 (siehe II. und III.) zugrunde.

I. Kanalbaumaßnahmen, die vor und in 2022 begonnen wurden und voraussichtlich im Jahre 2022 fertig gestellt werden

Die Bautätigkeit unterliegt vielfältigen gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen den verschiedenen Bauträgern (neben der SE|BS insbesondere Straßenbau, BS|ENERGY, Telekom). Wegen des haushaltsbedingten späten Beginns der Bautätigkeit in 2022 konnten einige geplante Projekte in 2022 (noch) nicht begonnen werden, bzw. mussten aufgrund von Sachzwängen andere Investitionen durchgeführt werden. Die im Haushaltsplan vorgesehenen Kapitalkostenentgelte sind auf Grundlage von Investitionen in Höhe von rd. 27,2 Mio. € in 2022 kalkuliert.

II. Kanalbaumaßnahmen, die vor 2023 begonnen wurden und voraussichtlich im Jahre 2023 oder 2024 fertig gestellt werden

lfd. Nr.	Projektbezeichnung	Kostenschätzung	Bemerkungen
A. Investitionen gemäß Investitionskonzept (§ 4 Abs. 2 Buchstaben a - e) - Öffentliche Abwasseranlagen			
Aa. Erneuerungen			
1	Schöppenstedter Straße	1.854.020 €	
2	Rosenkamp	738.262 €	
3	PW 39 Helmstedter Str. (B-Technik)	293.896 €	
4	Tannenbergstraße	278.212 €	
5	Tilsitstraße	140.613 €	
6	Silingenweg	121.587 €	
7	Goslarsche Straße MW SW	3.505.752 €	
8	Saarstraße von Haus 9 bis Saarplatz	1.803.608 €	
9	Kurzekampstraße	1.174.042 €	
10	Reichsstraße	1.150.000 €	
11	Karlstraße	975.727 €	
12	Lindenstraße	221.076 €	
13	Bruchtorwall	186.390 €	
14	Fischerbrücke	191.434 €	
15	Mitgaustraße	857.109 €	
16	Bergfeldstraße	313.741 €	
17	Eichtalstraße	2.500.000 €	
18	Viewegstraße	253.390 €	
19	Alte Salzdahlumer Straße Süd	166.040 €	
	Summe Aa	**16.724.899 €**	
Ab: Renovierungen (Inliner)			
	kein Übertrag in 2023		
	Summe Ab	**- €**	
Ac: Druckleitungen + Pumpwerke			
20	DL Rüningenstraße	689.842 €	
21	DL PW 12 Ellernbruch bis Düker MLK	619.820 €	
22	Fridtjof-Nansen-Str.	321.675 €	
	Summe Ac	**1.631.337 €**	
	Summe A	**18.356.236 €**	
B. Besondere Investitionen (§ 4 Abs. 3)			
23	Im Steinkampe	3.500.000 €	
24	Wenden West 1.BA	5.400.983 €	
	Summe B	**8.900.983 €**	
	gesamt II.	**27.257.219 €**	

III. Von der SE|BS geplante Kanalbaumaßnahmen, die nach derzeitigem Stand im Jahre 2023 oder auch 2024 begonnen werden und voraussichtlich in 2023 oder in späteren Jahren fertig gestellt werden

lfd. Nr.	Projektbezeichnung		Bemerkungen

A. Investitionen gemäß Investitionskonzept (§ 4 Abs. 2 Buchstaben a - e) - Öffentliche Abwasseranlagen
- Öffentliche Abwasseranlagen
Aa. Erneuerungen

	Maßnahmen 2023		
25	Freytagstraße	395.010 €	
26	Fasanenstraße-Ost (Ring - Karl-Marx)	840.285 €	
27	Franz-Trinks-Straße	289.640 €	
28	Fontanestraße - Verschoben aus Investitionsplanung 2022	633.600 €	
29	Helmstedterstraße / Rautheimer Straße	566.314 €	
30	Berner Straße	281.040 €	
31	Böcklinstraße (Nord + Süd)	799.578 €	
32	Kruppstraße	410.922 €	
33	Jakobstraße	260.480 €	
34	An der Petrikirche	315.835 €	
35	Hinter der Magnikirche	396.615 €	
36	Masurenstraße	322.218 €	
37	An der Katharinenkirche	976.360 €	
38	Fallersleber-Tor-Wall	614.105 €	
39	Fliednerstraße	422.136 €	
40	Bodelschwinghstraße	391.616 €	
41	Bammelsburger Straße (Ost bis Düker)	660.000 €	
42	Hamburger Straße (Siegfrisdstraße bis Am Schwarzen Berge)	2.867.832 €	
43	Litolffweg	734.400 €	
44	Großer Hof	702.134 €	
45	Rosental	300.510 €	
46	Besselstraße	215.050 €	
47	Thomaestraße	1.070.300 €	
48	Keplerstraße	509.016 €	
49	Maschplatz	412.180 €	
50	Schüßlerstraße (Soziale Stadt)	269.984 €	
51	Hubertusweg	89.904 €	
52	Braunschweiger Straße	354.848 €	
53	Leiferdestraße (Abschnitt Nord-Süd-Achse)	302.040 €	
54	Leonhardplatz (Ostseite Schillstraße bis Leonhardstraße)	779.220 €	
55	Marthastraße	432.997 €	
	Zwischensumme 2023	**17.616.169 €**	
	Maßnahmen 2024		
56	Hainbuchenweg	189.882 €	
57	Industriestraße	535.185 €	
58	Eisenbüttler Straße zzgl. DL (siehe unten), MV aus 2022	615.600 €	
59	Kollwitzstraße	359.464 €	
60	Vossenkamp	315.620 €	
61	Mittelriede-West im Zusammenhang mit Projekt Vossenkamp	379.134 €	
62	Siekbruch/Am Sundern	451.836 €	
63	Am Meerberg	1.287.590 €	
64	Im Dorfe	851.304 €	
65	Hänselmannstraße	258.930 €	
66	Schlegelstraße	494.130 €	
67	Helmstedter Straße (Ring bis G.-W.-Allee)	479.250 €	
68	Herzogin-Elisabeth-Straße (Kastanienstraße-Comeniusstraße)	876.736 €	
69	Rosenstraße (Comeniusstraße-Husarenstraße)	397.719 €	
70	Grünewaldstraße	559.000 €	
71	Nimes-Straße	1.610.000 €	
72	Bäckerklint	116.718 €	
73	Stecherstraße	253.954 €	
74	Wilhelmstraße	3.988.404 €	
75	Wielandstraße	892.060 €	
76	Konstantin-Uhde-Straße	736.575 €	
77	Chemnitzstraße	570.500 €	
78	Bürgerstraße	590.364 €	
79	Gartenstraße	102.540 €	
80	Lüneburgstraße	584.474 €	
81	Lassallestraße	498.911 €	
82	Steubenstraße	529.329 €	
83	Auerstraße	446.420 €	
84	Gifhorner Straße	1.035.747 €	
85	Bechtsbütteler Weg / Im Lehmkamp	501.954 €	
86	Im Lehmkamp (Ost)	384.896 €	
87	Im Kirchkamp	1.050.027 €	
88	Amselsteg	209.916 €	
89	Zeisigweg	144.452 €	
90	Brentanostraße / Geibelstraße West	557.312 €	
91	Sophienstraße (Cyriaksring bis Virchowstraße)	207.828 €	
92	Kramerstraße (bis Beginn Mauerwerkskanal)	648.620 €	
93	Kalandstraße	529.536 €	
94	Döringstraße	495.712 €	
95	Camannstraße (Sophienstraße - Döringstraße) neue ELS für Düker	308.000 €	
	Zwischensumme 2024	**25.045.629 €**	

Summe Aa für 2023 und 2024	**42.661.798 €**	

Ab: Renovierungen (Inliner)

	Maßnahmen 2023		
96	Grünbergstraße	69.690 €	
97	Hubertusweg	10.080 €	
98	Braunschweiger Straße / Paxmannstraße / Zum Ackerberg	70.840 €	
99	Ellernbruch	8.640 €	
100	Helenenstraße	134.680 €	
101	Pfälzerstraße	200.025 €	
102	Timmerlahstraße	39.360 €	
103	Bienroder Weg (Höhe Wasserwerk) (+Zus. Haltung Richtung Nord)	91.350 €	
104	Europaplatz (Zwei - 43826- 2-13158) im Rahmen Deckenm. FB 66	23.450 €	
105	Gieselerwall im Rahmen Deckenmaßnahmen FB 66 + 2 Haltungen	72.750 €	
	Zwischensumme 2023	**720.865 €**	

	Maßnahmen 2024		
106	Albert-Spinn-Weg	35.916 €	
107	Ernst-Amme-Straße	5.265 €	
108	Im Heidekamp	10.710 €	
109	Am Grasplatz	10.920 €	
110	Konradstraße	29.232 €	
111	Mühlenstraße	15.330 €	
112	Peiner Straße	26.680 €	
113	Sanddornweg	24.150 €	
114	Salzdahlumer Straße	128.480 €	
115	Wolfenbütteler Straße	417.640 €	
116	Bruchbergweg	22.275 €	
117	Im Sieke	62.160 €	
118	Schapenholz I	44.325 €	
119	Schradersweg	12.375 €	
120	Helmstedter Straße zw. Mastbruch und Schöppenstedter Turm	181.600 €	
	Zwischensumme 2024	**1.027.058 €**	

	Summe Ab für 2023 und 2024	**1.747.923 €**

Ac: Druckleitungen + Pumpwerke

	Maßnahmen 2023		
121	PW 13 Rodedamm	1.271.000 €	
122	MLK Düker (bis B214)	725.000 €	
123	PW 09 Abschnitt Deckerstraße - Am Lehmanger	1.170.000 €	
124	Pumpwerke	1.000.000 €	
	Zwischensumme 2023	**4.166.000 €**	

	Maßnahmen 2024		
125	PW 40 - Herzbergstieg	160.000 €	
126	PW 25 - Forststraße	29.750 €	
127	Pumpwerke	1.000.000 €	
	Zwischensumme 2024	**1.189.750 €**	

	Summe Ac für 2023 und 2024	**5.355.750 €**

	Summe A für 2023 und 2024	**49.765.471 €**

Das Planbudget Stadt beträgt gemäß Anlage 4.4 zum Abwasserentsorgungsvertrag nach Indexanpassungen für das Jahr 2023 und 2024 jeweils rd. 27,8 Mio. €*, in Summe 55,6 Mio. € . Nach Abzug der Investitionskosten für die Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von 1,5 Mio. € verbleiben jeweils rd. 26,3 Mio. € für Maßnahmen der Erneuerung nach A. Die Stadt überprüft in diesem Zusammenhang die Einhaltung des Planbudgets und die technische Erforderlichkeit. Das kumulierte Budget wird mit der Planung der SE|BS für 2023 und 2024 eingehalten. In der konkreten Maßnahmenabstimmung mit der SE|BS wird dieser Betrag berücksichtigt. Ggf. müssen im Verlauf der Jahre 2023 und 2024 die Bewirtschaftungsregelungen in Anspruch genommen werden.

*** das ursprüngliche Budget wurden im Rahmen der Indexanpassung um 9,76 % erhöht.**

B. Besondere Investitionen (§ 4 Abs. 3)

		2023 + 2024	
128	Hochwasserschutzmaßnahmen	500.000 €	
129	Broitzemer Straße	650.000 €	
130	Hohestieg	550.000 €	
131	Rosenkamp	380.000 €	
132	Brodweg	120.000 €	
133	Baumschule Ost	750.000 €	
134	Wilhelmstraße Nord	450.000 €	
135	Feldstraße	2.356.570 €	
136	Alte Gärtnerei	1.700.000 €	
137	Druckrohrleitungen PW 13	1.178.000 €	
138	Einleitstellen (Filter)	500.000 €	
139	Stadtstraße Nord	1.500.000 €	
140	Lindenstraße	203.980 €	
141	Trakehnenstraße Ost	2.300.000 €	
142	Im Holzmoor (Erschließung)	3.200.000 €	
143	Amselsteg	233.000 €	
144	Am Hauptgüterbahnhof Erschließung AURELIS	2.160.000 €	
145	Berner Straße	210.720 €	
146	Jakobstraße Erweiterung RW	195.360 €	
147	Marthastraße Erweiterung RW	324.700 €	
148	An der Schölke (Erschließung)	1.000.000 €	
149	PW 1 Biberweg	28.630.000 €	
150	Transportkanäle vom Punpwerk Ölper zum Klärwerk *	2.000.000 €	
151	Zeisigweg (RW-Netzerweiterung mit 75% SW-Kosten)	108.388 €	
152	Brentanostraße (RW-Netzerweiterung mit 75% SW-Kosten)	417.792 €	
153	Geibelstraße (Anbindung Wenden-West-Bretanostraße)	97.920 €	

Summe B für 2023 und 2024	**51.716.430 €**

Dabei werden alle aktuellen Maßnahmen mit der aktuellen Kostenschätzung aufgeführt, auch wenn diese in den Vorjahren bereits einmal genannt wurden.

gesamt III.	**101.481.901 €**

Der Abwasserentsorgungsvertrag (AEV) sieht eine Unterverteilung der Kanalbaumaßnahmen vor in "planmäßige" (Investitionen gemäß Investitionskonzept - § 4 Abs. 2 AEV) und "Besondere" Investitionen (§ 4 Abs. 3 AEV). Im Abstimmungsverfahren mit der SE|BS werden die Maßnahmen jeweils unter A als "planmäßige" und die Maßnahmen jeweils unter B als "Besondere" Kanalbaumaßnahmen behandelt.

IV. Betriebs- und Geschäftsausstattung

Betriebs- und Geschäftsausstattung 2023	**1.500.000 €**
Betriebs- und Geschäftsausstattung 2024	**1.500.000 €**

Zu I. - IV.
Hinweise zu den Investitionen:

Die Planungen zum PW-Ölper wurden bereits in einer Vorplanung begonnen, eine abschließende Kostenschätzung liegt jedoch noch nicht vor. Derzeit werden Kosten von rd. 28,6 Mio. € angenommen, aufgrund der stark steigenden Preise ist davon auszugehen, dass im weiteren Plaungsprozess sich die Kosten noch erheblich verändern werden. Die endgültige Verteilung auf die betroffenen Planjahre kann erst mit fortlaufender Planung erfolgen.

* **Die Kosten für die Transportkanäle vom PW Ölper zum Klärwerk können aktuell noch nicht angegeben werden, da sich das Projekt in der Variantenprüfung befindet. Verlässliche Aussagen zu Kosten und Realisierungszeitpunkt können erst danach getroffen werden. Die aktuell angegebenen Kosten umfassen die Planungskosten und potenzielle Nebenkosten.**

Für die Bewirtschaftung gelten folgende Regelungen:

1. **Im Rahmen einer detaillierten Maßnahmeabstimmung mit der SE|BS sind die vorstehend aufgeführten und auf die Einzelmaßnahmen entfallenden Beträge (Kostenschätzungen) im jeweiligen Bereich A und B) gegenseitig deckungsfähig.**

2. **Die Verwaltung ist berechtigt, Maßnahmen aus den Anlagen 4.2a, 4.2b und 4.2c des AEV, die für andere Jahre vorgesehen sind, für die Jahre 2023 und 2024 zur Beauftragung abzustimmen, wenn die Summe aus III. A ("planmäßige" Investitionen) und aus IV. (Betriebs- und Geschäftsausstattung) kumuliert für beide Jahre jeweils 26,38 Mio. € nicht übersteigt. Ebenso können zusätzlich zwangsweise notwendige gewordene Maßnahmen abgestimmt werden. Insoweit ist die Verwaltung auch berechtigt, der Verschiebung von Maßnahmen, die unter III. A genannt oder der IV. zuzuordnen sind, auf die Folgejahre zuzustimmen.**

Ergebnishaushalt

Sonderrechnung Stadtentwässerung

Haushaltsplan 2023/2024
Stadt Braunschweig

Gesamt - Ergebnishaushalt Sonderrechnung Stadtentwässerung

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2021 - Euro -	Ansatz 2022 - Euro -	Ansatz 2023 - Euro -	Ansatz 2024 - Euro -	Ansatz 2025 - Euro -	Ansatz 2026 - Euro -	Ansatz 2027 - Euro -
Ordentliche Erträge								
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1)]	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	103.830,34	103.600	**103.600**	**103.600**	103.700	103.700	103.700
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2)]	51.045.550,16	55.152.300	**59.359.200**	**64.615.300**	66.818.900	69.474.300	72.502.000
6	Privatrechtliche Entgelte	7.791.768,49	7.831.400	**7.893.400**	**7.967.400**	7.893.400	7.967.400	7.911.400
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	8.200.357,22	8.269.500	**8.862.600**	**9.113.000**	9.295.300	9.481.200	9.670.900
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	2.616,71	0	**100.000**	**100.000**	120.000	120.000	120.000
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
10	Bestandsveränderungen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
11	Sonstige ordentliche Erträge	160.775,37	127.800	**131.100**	**131.100**	127.500	127.500	127.500
12	**Summe ordentliche Erträge**	67.304.898,29	71.484.600	**76.449.900**	**82.030.400**	84.358.800	87.274.100	90.435.500
Ordentliche Aufwendungen								
13	Personalaufwendungen	399.963,53	752.900	**777.000**	**799.900**	815.900	832.200	848.800
14	Versorgungsaufwendungen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	149.762,06	279.400	**392.200**	**412.200**	420.400	428.800	437.400
16	Abschreibungen	5.871.626,07	5.884.800	**5.746.400**	**5.823.500**	5.682.600	5.644.400	5.639.400
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	96.888,66	181.300	**83.600**	**82.500**	81.400	80.300	79.300
18	Transferaufwendungen	0,00	0	**0**	**0**	0	0	0
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	58.882.611,58	60.900.700	**65.961.200**	**71.417.500**	74.092.500	77.812.400	80.754.000
20	Summe ordentliche Aufwendungen	65.400.851,90	67.999.100	**72.960.400**	**78.535.600**	81.092.800	84.798.100	87.758.900
21	**Ordentliches Ergebnis (Zeilen 12 - 20)**	1.904.046,39	3.485.500	**3.489.500**	**3.494.800**	3.266.000	2.476.000	2.676.600
22	Außerordentliche Erträge	15.000,00	0	**0**	**0**	0	0	0
23	Außerordentliche Aufwendungen	3.881,53	200.000	**200.000**	**200.000**	200.000	200.000	200.000
24	**Außerordentliches Ergebnis (Zeilen 22 - 23)**	11.118,47	-200.000	**-200.000**	**-200.000**	-200.000	-200.000	-200.000
25	**Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24)** **Überschuss (+) Fehlbetrag (-)**	1.915.164,86	3.285.500	**3.289.500**	**3.294.800**	3.066.000	2.276.000	2.476.600
26	Summe der Jahresfehlbeträge aus Vorjahr gem. § 2 Abs. 6 KomHKVO							
	Auflösung Sonderposten Gebührenausgleich (Bestandteil Pos. Öffentlich-rechtliche Entgelte)		2.286.900	**4.537.300**	**4.708.600**	1.911.809		
	Jahresergebnis ohne Ertrag aus Auflösung des Sonderpostens Gebührenausgleich		998.600	**-1.247.800**	**-1.413.800**	1.154.191	2.276.000	2.476.600
	Voraussichtlicher Bestand des Sonderpostens Gebührenausgleich am Ende des Haushaltsjahres	13.444.608,66	11.157.709	**6.620.409**	**1.911.809**	0	0	0
	Voraussichtlicher Bestand an Rücklagen am Ende des Haushaltsjahres	24.722.435,66	28.007.936	**31.297.436**	**34.592.236**	37.658.236	39.934.236	42.410.836

1) außer für Investitionstätigkeit 2) außer Beiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit

Finanzhaushalt

Sonderrechnung Stadtentwässerung

Haushaltsplan 2023/2024
Stadt Braunschweig

Gesamt - Finanzhaushalt Sonderrechnung Stadtentwässerung

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2021 - Euro -	Ansatz 2022 - Euro -	Ansatz 2023 **- Euro -**	Verpflichtungs-ermächtigungen -Euro-	Ansatz 2024 **- Euro -**	Verpflichtungs-ermächtigungen -Euro-	Ansatz 2025 - Euro -	Ansatz 2026 - Euro -	Ansatz 2027 - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit										
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	**0**	0	**0**	0	0	0	0
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	0,00	0	**0**	0	**0**	0	0	0	0
3	Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0	**0**	0	**0**	0	0	0	0
4	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	52.224.632,31	52.865.400	**54.821.900**	0	**59.906.700**	0	64.907.100	69.474.300	72.502.000
5	Privatrechtliche Entgelte [1]	36.072,06	43.400	**43.400**	0	**43.400**	0	0	0	0
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen [1]	7.798.365,97	8.269.500	**8.860.300**	0	**9.110.700**	0	9.293.000	9.478.900	9.668.500
7	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	2.377,16	0	**100.000**	0	**100.000**	0	120.000	120.000	120.000
8	Einzahlungen aus der Veräußerung geringwertiger Vermögensgegenstände	0,00	0	**0**	0	**0**	0	0	0	0
9	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	3.218,93	3.000	**5.600**	0	**5.600**	0	3.000	3.000	3.000
10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	60.064.666,43	61.181.300	**63.831.200**	0	**69.166.400**	0	74.323.100	79.076.200	82.293.500
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit										
11	Personalauszahlungen	432.389,13	752.900	**777.000**	0	**799.900**	0	815.900	832.200	848.800
12	Versorgungsauszahlungen	0,00	0	**0**	0	**0**	0	0	0	0
13	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für den Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände	119.156,75	279.400	**392.200**	0	**412.200**	0	420.400	428.800	437.400
14	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	182.986,79	181.300	**83.600**	0	**82.500**	0	81.400	80.300	79.300
15	Transferauszahlungen [1]	0,00	0	**0**	0	**0**	0	0	0	0
16	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	56.826.762,36	60.700.700	**65.761.200**	0	**71.217.500**	0	73.892.500	77.612.400	80.554.000
17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	57.561.295,03	61.914.300	**67.014.000**	0	**72.512.100**	0	75.210.200	78.953.700	81.919.500
18	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeilen 10 - 17)**	2.503.371,40	-733.000	**-3.182.800**	0	**-3.345.700**	0	-887.100	122.500	374.000
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit										
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0	**0**	0	**0**	0	0	0	0
20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0	**0**	0	**0**	0	0	0	0
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0	**0**	0	**0**	0	0	0	0
22	Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0,00	0	**0**	0	**0**	0	0	0	0
23	Sonstige Investitionstätigkeit	87.226,40	10.087.200	**17.000.000**	0	**22.500.000**	0	18.500.000	0	0
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	87.226,40	10.087.200	**17.000.000**	0	**22.500.000**	0	18.500.000	0	0

1) außer für Investitionstätigkeit 2) außer Beiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit

Haushaltsplan 2023/2024
Stadt Braunschweig

Gesamt - Finanzhaushalt Sonderrechnung Stadtentwässerung

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2021 - Euro -	Ansatz 2022 - Euro -	Ansatz 2023 **- Euro -**	Verpflichtungs-ermächtigungen -Euro-	Ansatz 2024 **- Euro -**	Verpflichtungs-ermächtigungen -Euro-	Ansatz 2025 - Euro -	Ansatz 2026 - Euro -	Ansatz 2027 - Euro -
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit										
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0	**0**	0	**0**	0	0	0	0
26	Baumaßnahmen	221.647,36	36.543.100	**50.000**	0	**50.000**	0	50.000	50.000	50.000
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	54.987,87	156.000	**156.000**	0	**256.000**	0	256.000	256.000	256.000
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0	**0**	0	**0**	0	0	0	0
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0	**0**	0	**0**	0	0	0	0
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	17.000.000	**22.500.000**	0	**18.500.000**	0	0	0	0
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	276.635,23	53.699.100	**22.706.000**	0	**18.806.000**	0	306.000	306.000	306.000
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 24 - 31)**	-189.408,83	-43.611.900	**-5.706.000**	0	**3.694.000**	0	18.194.000	-306.000	-306.000
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeilen 18 + 32)**	2.313.962,57	-44.344.900	**-8.888.800**	0	**348.300**	0	17.306.900	-183.500	68.000
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit										
34	Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	36.699.100	**0**	0	**0**	0	0	0	0
35	Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	205.870,00	220.200	**205.900**	0	**205.900**	0	205.900	205.900	205.900
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Zeilen 34 - 35)**	-205.870,00	36.478.900	**-205.900**	0	**-205.900**	0	-205.900	-205.900	-205.900
37	**Finanzmittelveränderung (Zeilen 33 und 36)**	2.108.092,57	-7.866.000	**-9.094.700**	0	**142.400**	0	17.101.000	-389.400	-137.900
38	**Voraussichtlicher Bestand an Zahlungsmitteln am Anfang des Haushaltsjahres**	14.927.901,49	17.035.994	**9.169.994**		**75.294**		217.694	17.318.694	16.929.294
39	**Voraussichtlicher Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres (Zeile 37 und 38)**	17.035.994,06	9.169.994	**75.294**		**217.694**		17.318.694	16.929.294	16.791.394
	Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	0,00								
39/1	**Voraussichtlicher Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres einschl. haushaltsunwirksamer Vorgänge**	17.035.994,06	9.169.994	**75.294**		**217.694**		17.318.694	16.929.294	16.791.394

Investitionsprogramm 2022 - 2027

Sonderrechnung Stadtentwässerung

Haushaltsplan 2023/2024
Stadt Braunschweig

Investitionsprogramm 2022 - 2027 Sonderrechnung Stadtentwässerung

Projektdefinition	Gesamt	Ist Vorjahre	Ist / Plan 2021	Plan 2022	Plan 2023	Verpflichtungs-ermächtigungen 2023	Plan 2024	Verpflichtungs-ermächtigungen 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027	Rest ab 2028
Erwerb von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten			48.916,66	150.000	**150.000**		**250.000**		250.000	250.000	250.000	
IP2022:			*150.000,00*	*150.000*	*150.000*		*150.000*		*150.000*			
Kanalbaumaßnahme Autobahnkreuz Süd	17.469.742	16.469.742	221.647,36	778.353	**0**		**0**		0	0	0	0
IP2022:	*17.469.742*	*16.469.742*	*1.000.000,00*	*0*	*0*		*0*		*0*	*0*	*0*	*0*
Nachaktivierung von Kanalvermögen			0,00	50.000	**50.000**		**50.000**		50.000	50.000	50.000	
IP2022:			*50.000,00*	*50.000*	*50.000*		*50.000*		*50.000*	*0*	0	
bewegl. Sachen des Anlagevermögens												
Einrichtungsgegenstände			3.782,75	6.000	**6.000**		**6.000**		6.000	6.000	6.000	
IP2022:			*16.000,00*	*6.000*	*6.000*		*6.000*		*6.000*	*0*	0	
Ausleihungen												
Ausleihungen liquider Mittel innerhalb des Konzerns Stadt Braunschweig			0,00	17.000.000	**22.500.000**		**18.500.000**					
IP2022:			*10.000.000,00*	*17.000.000*	*0*		*0*		*0*	*0*		
Summe	17.469.742	16.469.742	274.346,77	17.984.353	**22.706.000**	0	**18.806.000**	0	306.000	306.000	306.000	0

Anmerkungen:
Die Spalte Plan 2022 beinhaltet bei der Zeile mit der aktuellen Planung den Plan 2022 und die im Jahresabschluss 2021 für die Maßnahme gebildeten Haushaltsreste.

Stellenübersicht

Sonderrechnung Stadtentwässerung

Haushaltsplan 2023
für die Sonderrechnung Stadtentwässerung

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2022 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2022 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
1		aT					
2		15Ü					
3		15	0,50 [1)]	0,50	0,50		[1)] 1 T 19,5
4		14	1,00	1,00		1,00	
5		13					
6		12					
7		11	2,50 [2)]	2,00	1,00	1,00	[2)] dav. 1 T 19,5
8		10					
9		9c					
10		9b	3,00	2,00	2,00		
11		9a					

Haushaltsplan 2023
für die Sonderrechnung Stadtentwässerung

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2022 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2022 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
12		8					
13		7					
14		6					
15		5					
16		4					
17		3					
18		2Ü					
19		2					
20		1					
	insgesamt Beschäftigte		7,00	5,50	3,50	2,00	

Haushaltsplan 2023
für die Sonderrechnung Stadtentwässerung

C. Stellenübersicht

Nachrichtlich:

Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2022 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2022 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 4 NBesG)							
1	Leitender Baudirektor	A 16					
2	Bauoberrat	A 14					
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 3 NBesG)							
3	Bauoberamtsrat	A 13					
4	Stadtoberamtsrat	A 13	0,10 [1)]	0,10	0,10		[1)] 1 T 4
5	Bauamtsrat	A 12					
6	Stadtamtsrat	A 12					
		A 12					
7	Stadtamtmann	A 11	1,37 [2)]	1,37	1,37		[2)] dav. 1 T 15
		A 11					
8	Bauoberinspektor	A 10					
9	Stadtoberinspektor	A 10	0,75 [3)]	1,75	0,75	1,00	[3)] dav. 1 T 30
		A 10					
10	Stadtinspektor	A 9					
		A 9					

Haushaltsplan 2023
für die Sonderrechnung Stadtentwässerung

C. Stellenübersicht

Nachrichtlich:

Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2023	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2022 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2022 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Laufbahngruppe 1 (i. S. von § 15 Abs. 2 NBesG)							
11	Stadtamtsinspektor	A 9					
12	Stadthauptsekretär	A 8		1,00	1,00		
13	Stadtobersekretär	A 7	1,00				
		insgesamt:	3,22	4,22	3,22	1,00	

Haushaltsplan 2024
für die Sonderrechnung Stadtentwässerung

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2023 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2023 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer							
1		aT					
2		15Ü					
3		15	0,50 [1]	0,50			[1] 1 T 19,5
4		14	1,00	1,00			
5		13					
6		12					
7		11	2,50 [2]	2,50			[2] dav. 1 T 19,5
8		10					
9		9c					
10		9b	3,00	3,00			
11		9a					

Doppelhaushalt 2023/2024
Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2023, keine Prognose für den Stellenplan 2024

Haushaltsplan 2024
für die Sonderrechnung Stadtentwässerung

C. Stellenübersicht

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt-gruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2023 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2023 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
					Doppelhaushalt 2023/2024 Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2023, keine Prognose für den Stellenplan 2024		
12		8					
13		7					
14		6					
15		5					
16		4					
17		3					
18		2Ü					
19		2					
20		1					
	insgesamt Beschäftigte		7,00	7,00			

Haushaltsplan 2024
für die Sonderrechnung Stadtentwässerung

C. Stellenübersicht

Nachrichtlich:

Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr davon am 30.06.2023 tatsächlich besetzt	Zahl der Stellen im Vorjahr davon am 30.06.2023 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 4 NBesG)							
1	Leitender Baudirektor	A 16					
2	Bauoberrat	A 14					
Laufbahngruppe 2 (i. S. von § 15 Abs. 3 NBesG)							
3	Bauoberamtsrat	A 13					
4	Stadtoberamtsrat	A 13	0,10 [1]	0,10			[1] dav. 1 T 4
5	Bauamtsrat	A 12					
6	Stadtamtsrat	A 12					
		A 12					
7	Stadtamtmann	A 11	1,37 [2]	1,37			[2] dav. 1 T 15
		A 11					
8	Bauoberinspektor	A 10					
9	Stadtoberinspektor	A 10	0,75 [3]	0,75			[3] dav. 1 T 30
		A 10					
10	Stadtinspektor	A 9					
		A 9					

Doppelhaushalt 2023/2024
Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2023, keine Prognose für den Stellenplan 2024

Haushaltsplan 2024
für die Sonderrechnung Stadtentwässerung

C. Stellenübersicht
Nachrichtlich:

Beamtinnen und Beamte

Lfd. Nr.	Laufbahngruppe und Amtsbezeichnung	BesGr.	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2024	Zahl der Stellen im Vorjahr insgesamt	davon am 30.06.2023 tatsächlich besetzt	davon am 30.06.2023 nicht besetzt	Erläuterungen
1	2	3	4	5	6	7	8
Laufbahngruppe 1 (i. S. von § 15 Abs. 2 NBesG)							
11	Stadtamtsinspektor	A 9					
12	Stadthauptsekretär	A 8					
13	Stadtobersekretär	A 7	1,00	1,00			
		insgesamt:	3,22	3,22			

Doppelhaushalt 2023/2024
Stellenbesetzung im Vorjahr siehe Stellenplan 2023, keine Prognose für den Stellenplan 2024

Anlage 8

Sonderrechnung FB 65 Gebäudemanagement

und Referat 0650 Hochbau

Der APH hat in seiner Sitzung am 24.01.2023 über die Ansatzveränderungen der Sonderrechnung abgestimmt. Abstimmungsergebnis: 11 / 0 / 0 – Angenommen

Der FPDA hat in seiner Sitzung am 14.03.2023 über die Ansatzveränderungen der Sonderrechnung abgestimmt. Abstimmungsergebnis: 10 / 0 / 0 – Angenommen

Stand: 14. März 2023

Anlage 8.1

Ansatzveränderungen der Verwaltung

Stand: 14. März 2023

Haushaltslesung 2023/2024 - Haushaltsplan FB 65 (Sonderrechnung) - Ansatzveränderungen

Ausschuss für Planung und Hochbau (APH)
Abstimmungsergebnis

Nr.	TeilhaushaltZeileProdukt-Nr.	Bezeichnung	Planansatz 2023 in €		Planansatz 2024 in €		2023		2024		2025		2026		2027		Bemerkung	dafür	dagegen	enthalten
			bisher	neu	bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen				
1	6	privatrechtliche Entgelte	47.318.230	49.061.330	48.720.285	49.676.285	+ 1.743.100		+ 956.000		+ 956.000		+ 956.000		+ 956.000		Erstattung Miete durch die Kernverwaltung	**11**	**0**	**0**
2	7	Kostenerstattungen und Umlagen	58.724.700	66.668.400	61.053.200	69.377.300	+ 7.943.700		+ 8.324.100				0		0		Erstattung Betriebkosten durch die Kernverwaltung.	**11**	**0**	**0**
3	15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	88.879.030	98.522.130	91.949.085	101.205.085		+ 9.643.100		+ 9.256.000		+ 956.000		+ 956.000		+ 956.000	Mehraufwand für Betriebskosten und IT	**11**	**0**	**0**

Nr.	Investitionsprogramm Zeile Produkt-Nr.	Bezeichnung	Planansatz 2023 in €		Planansatz 2024 in €		2023		2024		2025		2026		2027		Bemerkung	dafür	dagegen	enthalten
			bisher	neu	bisher	neu	Erhöhung	Minderung	Erhöhung	Minderung	Erhöhung	Minderung	Erhöhung	Minderung	Erhöhung	Minderung				
1	2	Neu- und Ersatzbeschaffung Mobiliar	-	190.000	0	-	+ 190.000		0		0		0		0		Mobilar/Lampen für Bezug BC III	**11**	**0**	**0**
2	3	Neu- und Ersatzbeschaffung Maschinen/Geräte	85.700	145.700	70.300		+ 60.000		0		0		0		0		Ankauf Toilettencontainer für Bau anstatt Miete	**11**	**0**	**0**

Anlage 8.2

Jahresabschluss 2020

Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement

Stand: 14. März 2023

Jahresabschluss

Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement

Stadt Braunschweig
Jahresabschluss 2020

Feststellung des Jahresabschlusses der Sonderrechnung
Hochbau und Gebäudemanagement
der Stadt Braunschweig für das Haushaltsjahr 2020 gem. § 129 NKomVG

Die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses 2020
der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement der Stadt Braunschweig
wird gem. § 129 NKomVG festgestellt.

Braunschweig, den 20. August 2021

Herlitschke
Stadtrat

I. Bilanz

Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement

1. Komprimierte Darstellung Bilanz

2. Bilanz

3. Vermerke unter der Bilanz

1. Komprimierte Darstellung Bilanz

Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement - Bilanz zum 31. Dezember 2020

Aktiva	31. Dezember 2019 - Euro -	31. Dezember 2020 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2019 - Euro -	31. Dezember 2020 - Euro -
1. Immaterielles Vermögen	139.572,82	144.925,34	1. Nettoposition		
			1.1 Basisreinvermögen	0,00	0,00
2. Sachvermögen	1.046.702,01	1.331.005,72	1.2 Rücklagen	0,00	2.275.096,90
			1.3 Jahresergebnis mit Angabe des Betrages der Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen *)	2.275.096,90	739.076,65
3. Finanzvermögen	18.742.549,67	21.751.100,68	1.4 Sonderposten	0,00	0,00
				2.275.096,90	3.014.173,55
4. Liquide Mittel	68,36	200,00			
			2. Schulden		
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	168.677,05	129.231,15	2.1 Geldschulden		
			2.1.1 Liquiditätskredite	0,00	0,00
			2.1.2 Geldschulden (ohne Liquiditätskredite)	0,00	0,00
			2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00
			2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.085.469,87	5.144.053,46
			2.4 Transferverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.5 Sonstige Verbindlichkeiten	146.272,63	170.563,00
				4.231.742,50	5.314.616,46
			3. Rückstellungen	13.590.730,51	15.027.672,88
			4. Passive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00
Bilanzsumme	**20.097.569,91**	**23.356.462,89**	**Bilanzsumme**	**20.097.569,91**	**23.356.462,89**

*) davon aus Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen 2019 = 374.000,00 €; 2020 = 247.400,00 €

Braunschweig, 20.08.2021

Eckermann (Fachbereichsleiter Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement)

876 von 1109 in Zusammenstellung

2. Bilanz

Jahresabschluss 2020
Stadt Braunschweig

Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement - Bilanz zum 31. Dezember 2020

Aktiva	31. Dezember 2019 - Euro -	31. Dezember 2020 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2019 - Euro -	31. Dezember 2020 - Euro -
1. Immaterielles Vermögen			1. Nettoposition		
1.1 Konzessionen	0,00	0,00	1.1 Basisreinvermögen		
1.2 Lizenzen	139.572,82	144.925,34	1.1.1 Reinvermögen	0,00	0,00
1.3 Ähnliche Rechte	0,00	0,00	1.1.2 Sollfehlbetrag aus kameralem Abschluss (Minusbetrag)	0,00	0,00
1.4 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	0,00	0,00		0,00	0,00
1.5 Aktivierter Umstellungsaufwand	0,00	0,00			
1.6 Sonstiges immaterielles Vermögen	0,00	0,00	1.2 Rücklagen		
	139.572,82	144.925,34	1.2.1 Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	0,00	1.810.676,09
			1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	0,00	464.420,81
			1.2.3 Rücklagen aus Investitionszuwendungen für nicht abnutzbare Vermögensgegenstände	0,00	0,00
2. Sachvermögen					
2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	0,00	0,00	1.2.4 Zweckgebundene Rücklagen	0,00	0,00
2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	0,00	0,00	1.2.5 Sonstige Rücklagen	0,00	0,00
2.3 Infrastrukturvermögen	0,00	0,00		0,00	2.275.096,90
2.4 Bauten auf fremden Grundstücken	0,00	0,00			
2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	0,00	0,00	1.3 Jahresergebnis		
2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	170.913,87	195.740,94	1.3.1 Fehlbeträge aus Vorjahren	0,00	0,00
2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung, Pflanzen und Tiere	161.605,01	166.685,20	1.3.2 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag mit Angabe des Betrages der Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen *)	2.275.096,90	739.076,65
2.8 Vorräte	714.183,13	968.579,58			
2.9 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	0,00	0,00		2.275.096,90	739.076,65
	1.046.702,01	1.331.005,72			
			1.4 Sonderposten		
3. Finanzvermögen			1.4.1 Investitionszuweisungen und -zuschüsse	0,00	0,00
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	1.4.2 Beiträge und ähnliche Entgelte	0,00	0,00
3.2 Beteiligungen	0,00	0,00	1.4.3 Gebührenausgleich	0,00	0,00
3.3 Sondervermögen mit Sonderrechnung	0,00	0,00	1.4.4 Bewertungsausgleich	0,00	0,00
3.4 Ausleihungen	0,00	0,00	1.4.5 Erhaltene Anzahlungen auf Sonderposten	0,00	0,00
3.5 Wertpapiere	0,00	0,00	1.4.6 Sonstige Sonderposten	0,00	0,00
3.6 Öffentlich-rechtliche Forderungen	0,00	0,00		0,00	0,00
3.7 Forderungen aus Transferleistungen	0,00	0,00			
3.8 Sonstige privatrechtliche Forderungen	18.740.063,38	21.747.526,36		2.275.096,90	3.014.173,55
3.9 Durchlaufende Posten und sonstige Vermögensgegenstände	2.486,29	3.574,32			
			2. Schulden		
	18.742.549,67	21.751.100,68	2.1 Geldschulden		
			2.1.1 Anleihen	0,00	0,00
4. Liquide Mittel	68,36	200,00	2.1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	0,00	0,00
			2.1.3 Liquiditätskredite	0,00	0,00
5. Aktive Rechnungsabgrenzung	168.677,05	129.231,15	2.1.4 Sonstige Geldschulden	0,00	0,00
				0,00	0,00

*) davon aus Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen 2019 = 374.000,00 €; 2020 = 247.400,00 €

Jahresabschluss 2020
Stadt Braunschweig

Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement - Bilanz zum 31. Dezember 2020

Aktiva	31. Dezember 2019 - Euro -	31. Dezember 2020 - Euro -	Passiva	31. Dezember 2019 - Euro -	31. Dezember 2020 - Euro -
			2.2 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00
			2.3 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.085.469,87	5.144.053,46
			2.4 Transferverbindlichkeiten		
			2.4.1 Finanzausgleichsverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.4.2 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke	0,00	0,00
			2.4.3 Verbindlichkeiten aus Schuldendiensthilfen	0,00	0,00
			2.4.4 Soziale Leistungsverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.4.5 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen/Zuschüssen für Investitionen	0,00	0,00
			2.4.6 Steuerverbindlichkeiten	0,00	0,00
			2.4.7 Andere Transferverbindlichkeiten	0,00	0,00
				0,00	0,00
			2.5 Sonstige Verbindlichkeiten		
			2.5.1 Durchlaufende Posten		
			2.5.1.1 Verrechnete Mehrwertsteuer	-119,89	-147,87
			2.5.1.2 Abzuführende Lohn- und Kirchensteuer	140.944,57	166.451,64
			2.5.1.3 Sonstige durchlaufende Posten	-891,53	1.040,67
				139.933,15	167.344,44
			2.5.2 Abzuführende Gewerbesteuer	0,00	0,00
			2.5.3 Empfangene Anzahlungen	0,00	0,00
			2.5.4 Andere sonstige Verbindlichkeiten	6.339,48	3.218,56
				6.339,48	3.218,56
			3. Rückstellungen		
			3.1 Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen		
			3.1.1 Pensionsrückstellungen	0,00	0,00
			3.1.2 Beihilferückstellungen	0,00	0,00
			3.2 Rückstellungen für Alterstellzeitarbeit und ähnliche Maßnahmen	0,00	0,00
			3.3 Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	2.711.040,56	2.932.358,87
			3.4 Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien	0,00	0,00
			3.5 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	0,00	0,00
			3.6 Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschuldverhältnissen	0,00	0,00
			3.7 Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	0,00	0,00
			3.8 Andere Rückstellungen	10.879.689,95	12.095.314,01
				13.590.730,51	15.027.672,88
			4. Passive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00
Bilanzsumme	**20.097.569,91**	**23.356.462,89**		20.097.569,91	23.356.462,89

*) davon aus Vorbelastung aus Haushaltsresten für Aufwendungen 2019 = 375.000,00 €; 2020 = 247.400,00 €

Braunschweig, 20.08.2021

Eckermann (Fachbereichsleiter Hochbaubau und Gebäudemanagement

879 von 1109 in Zusammenstellung

3. Vermerke unter der Bilanz

Vermerke unterhalb der Bilanz

Gem. § 55 Abs. 4 KomHKVO sind unter der Bilanz die Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre zu vermerken, sofern sie nicht auf der Passivseite auszuweisen sind. Bei der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement bestehen keine Vorbelastungen.

II. Gesamt-Ergebnisrechnung

Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement

Jahresabschluss 2020
Stadt Braunschweig

Gesamt - Ergebnisrechnung - Plan/Ist Vergleich Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2019 -Euro-	Ansätze 2020 -Euro-	Veränderung durch Nachtrag mehr (+) / weniger (-) -Euro-	Ergebnis 2020 -Euro-	mehr (+) weniger (-) (Sp. 5 - (Sp.3 +4)) -Euro-	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) -Euro-	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendugen (aus Sp. 5) -Euro-
1		2	3	4	5	6	7	8
Ordentliche Erträge								
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1)]	5.227.400,00	0,00	0,00	325.131,32	325.131,32	0,00	0,00
3	Auflösungserträge und Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2)]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	Privatrechtliche Entgelte	35.900.823,08	41.930.600,00	0,00	43.350.118,31	1.419.518,31	0,00	0,00
7	Kostenerstattungen und Umlagen	42.749.862,42	42.561.200,00	0,00	43.644.159,71	1.082.959,71	0,00	0,00
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen	-188.978,54	0,00	0,00	254.825,19	254.825,19	0,00	0,00
11	Sonstige ordentliche Erträge	821.345,25	15.000,00	0,00	536.871,75	521.871,75	0,00	0,00
12	**Summe ordentliche Erträge**	**84.510.452,21**	**84.506.800,00**	**0,00**	**88.111.106,28**	**3.604.306,28**	**0,00**	**0,00**
Ordentliche Aufwendungen								
13	Personalaufwendungen	15.303.483,98	17.017.400,00	0,00	15.751.187,12	-1.266.212,88	0,00	0,00
14	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistung	65.781.958,35	66.560.100,00	0,00	71.078.501,53	4.518.401,53	374.000,00	0,00
16	Abschreibungen	169.030,82	194.200,00	0,00	176.486,56	-17.713,44	0,00	0,00
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.445.302,97	1.462.500,00	0,00	1.270.885,52	-191.614,48	0,00	0,00
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**82.699.776,12**	**85.234.200,00**	**0,00**	**88.277.060,73**	**3.042.860,73**	**374.000,00**	**0,00**
21	**ordentliches Ergebnis** (Zeilen 12 - 20) **Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)**	**1.810.676,09**	**-727.400,00**	**0,00**	**-165.954,45**	**561.445,55**	**-374.000,00**	**0,00**

[1)] nicht für Investitionstätigkeit

[2)] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit

Jahresabschluss 2020
Stadt Braunschweig

Gesamt - Ergebnisrechnung - Plan/Ist Vergleich Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2019 -Euro-	Ansätze 2020 -Euro-	Veränderung durch Nachtrag mehr (+) / weniger (-) -Euro-	Ergebnis 2020 -Euro-	mehr (+) weniger (-) (Sp. 5 - (Sp.3 +4)) -Euro-	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) -Euro-	bisher nicht bewilligte üpl./apl. Aufwendugen (aus Sp. 5) -Euro-
1		2	3	4	5	6	7	8
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen								
22	Außerordentliche Erträge	483.759,09	0,00	0,00	917.689,61	917.689,61	0,00	0,00
23	Außerordentliche Aufwendungen	19.338,28	0,00	0,00	12.658,51	12.658,51	0,00	0,00
24	**Außerordentliches Ergebnis (Zeilen 23 - 24)**	**464.420,81**	**0,00**	**0,00**	**905.031,10**	**905.031,10**	**0,00**	**0,00**
25	**Jahresergebnis Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) Fehlbetrag (-)**	**2.275.096,90**	**-727.400,00**	**0,00**	**739.076,65**	**1.466.476,65**	**-374.000,00**	**0,00**
nachrichtlich:								
	1) davon Erträge aus der Verlustübernahme durch die Stadt Braunschweig	5.227.400,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**	**0,00**	0,00
	2) Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis) vor Verlust-übernahme durch die Stadt Braunschweig Stadt Braunschweig	**-2.952.303,10**	**-727.400,00**	**0,00**	**739.076,65**	**1.466.476,65**	**-374.000,00**	0,00

Jahresabschluss 2020
Stadt Braunschweig

Gesamt - Ergebniszrechung - Plan/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement

	Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2019 - Euro -	Ansätze 2020 - Euro -	Veränderung durch Nachtrag mehr (+) / weniger (-) - Euro -	Sonstige Ermächtigungen [3] - Euro -	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) - Euro -	Gesamt-ermächtigungen 2020 (Sp. 3 bis 6) - Euro -	Ergebnis 2020 - Euro -	mehr (+) weniger (-) (Sp. 8 - Sp. 7) - Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Ordentliche Erträge									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	5.227.400,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	325.131,32	325.131,32
3	Auflösungserträge aus Sonderposten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	Sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	Privatrechtliche Entgelte	35.900.823,08	41.930.600,00	0,00	0,00	0,00	41.930.600,00	43.350.118,31	1.419.518,31
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	42.749.862,42	42.561.200,00	0,00	0,00	0,00	42.561.200,00	43.644.159,71	1.082.959,71
8	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Aktivierungsfähige Eigenleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Bestandsveränderungen	-188.978,54	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	254.825,19	254.825,19
11	Sonstige ordentliche Erträge	821.345,25	15.000,00	0,00	0,00	0,00	15.000,00	536.871,75	521.871,75
12	**Summe ordentliche Erträge**	**84.510.452,21**	**84.506.800,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**84.506.800,00**	**88.111.106,28**	**3.604.306,28**
Ordentliche Aufwendungen									
13	Personalaufwendungen	15.303.483,98	17.017.400,00	0,00	0,00	0,00	17.017.400,00	15.751.187,12	-1.266.212,88
14	Versorgungsaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	65.781.958,35	66.560.100,00	0,00	0,00	374.000,00	66.934.100,00	71.078.501,53	4.144.401,53
16	Abschreibungen	169.030,82	194.200,00	0,00	0,00	0,00	194.200,00	176.486,56	-17.713,44
17	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.445.302,97	1.462.500,00	0,00	0,00	0,00	1.462.500,00	1.270.885,52	-191.614,48
20	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**82.699.776,12**	**85.234.200,00**	**0,00**	**0,00**	**374.000,00**	**85.608.200,00**	**88.277.060,73**	**2.668.860,73**
21	**Ordentliches Ergebnis (Zeilen 12 - 20) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)**	**1.810.676,09**	**-727.400,00**	**0,00**	**0,00**	**-374.000,00**	**-1.101.400,00**	**-165.954,45**	**935.445,55**
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen									
22	Außerordentliche Erträge	483.759,09	0,00	0,00	0,00		0,00	917.689,61	917.689,61
23	Außerordentliche Aufwendungen	19.338,28	0,00	0,00	0,00		0,00	12.658,51	12.658,51
24	**Außerordentliches Ergebnis (Zeilen 23 - 24)**	**464.420,81**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**905.031,10**	**905.031,10**
25	**Jahresergebnis (Zeilen 21 + 24) Überschuss (+) Fehlbetrag (-)**	**2.275.096,90**	**-727.400,00**	**0,00**	**0,00**	**-374.000,00**	**-1.101.400,00**	**739.076,65**	**1.840.476,65**
nachrichtlich:									
	1) davon Erträge aus der Verlustübernahme durch die Stadt Braunschweig	**5.227.400,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
	2) Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis) vor Verlust-übernahme durch die Stadt Braunschweig Stadt Braunschweig	**-2.952.303,10**	**-727.400,00**	**0,00**	**0,00**	**-374.000,00**	**-1.101.400,00**	**739.076,65**	**1.840.476,65**

[1] nicht für Investitionstätigkeit
[2] ohne Beiträge und Entgelte für Investitionstätigkeit
[3] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Aufwendungen, zweckgebundene Mehrerträge und Mehraufwendungen, Veränderungen durch Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

III. Gesamt-Finanzrechnung

Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement

Jahresabschluss 2020
Stadt Braunschweig

Gesamt - Finanzrechung - Plan/Ist-Vergleich Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2019 -Euro-	Ansätze 2020 -Euro-	Veränderung durch Nachtrag mehr (+) / weniger (-) -Euro-	Ergebnis 2020 -Euro-	mehr(+) weniger (-) (Sp. 5 - (Sp. 3 + Sp.4)) -Euro-	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) -Euro-	bisher nicht bewilligte üpl-/apl. Auszahlungen -Euro-
	1	2	3	4	5	6	7	8
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit								
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen[1)]	7.307.466,83	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2)]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Privatrechtliche Entgelte [3)]	35.824.218,45	41.930.600,00	0,00	42.210.801,43	280.201,43	0,00	0,00
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen[3)]	38.639.462,99	42.561.200,00	0,00	41.947.434,53	-613.765,47	0,00	0,00
7	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	Einzahlungen aus der Veräußerung geringwertiger Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	137.626,33	15.000,00	0,00	15.361,76	361,76	0,00	0,00
10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	81.908.774,60	84.506.800,00	0,00	84.173.597,72	-333.202,28	0,00	0,00
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit								
11	Personalauszahlungen	14.916.887,09	15.937.600,00	0,00	15.322.481,36	-615.118,64	0,00	0,00
12	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	63.890.844,05	68.018.600,00	0,00	68.399.486,07	380.886,07	374.000,00	0,00
14	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	78.807.731,14	83.956.200,00	0,00	83.721.967,43	-234.232,57	374.000,00	0,00
18	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeile 10 - 17)**	3.101.043,46	550.600,00	0,00	451.630,29	-98.969,71	-374.000,00	0,00
Einzahlungen für Investitionstätigkeit								
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22	Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

[1)] nicht für Investitionstätigkeit

[2)] ohne Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit

[3)] außer für Investitionstätigkeit

Jahresabschluss 2020

Stadt Braunschweig

Gesamt - Finanzrechung - Plan/Ist-Vergleich Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2019 -Euro-	Ansätze 2020 -Euro-	Veränderung durch Nachtrag -Euro-	Ergebnis 2020 -Euro-	mehr(+) weniger (-) (Sp. 5 - (Sp. 3 + Sp.4)) -Euro-	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) -Euro-	bisher nicht bewilligte üpl-/apl. Auszahlungen -Euro-
1		2	3	4	5	6	7	8
Auszahlungen für Investitionstätigkeit								
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	146.873,10	314.600,00	0,00	176.953,68	-137.646,32	227.378,40	0,00
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	146.873,10	314.600,00	0,00	176.953,68	-137.646,32	227.378,40	0,00
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 24 - 31)**	-146.873,10	-314.600,00	0,00	-176.953,68	137.646,32	-227.378,40	0,00
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeilen 18 + 32)**	2.954.170,36	236.000,00	0,00	274.676,61	38.676,61	-601.378,40	0,00
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit								
34	Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	Auszahlungent; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Zeilen 34 - 35)**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
37	**Finanzmittelveränderung (Zeilen 33 und 36)**	2.954.170,36	236.000,00	0,00	274.676,61	38.676,61	-601.378,40	0,00
Haushaltsunwirksame Ein- und Auszahlungen (u. a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)								
38	Haushaltsunwirksame Einzahlungen	31.303.706,47	0,00	0,00	38.862.286,29	38.862.286,29	0,00	0,00
39	Haushaltsunwirksame Auszahlungen	34.257.947,83	236.000,00	0,00	39.136.831,26	38.900.831,26	0,00	0,00
40	**Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen** (Zeile 38 und Zeile 39)	-2.954.241,36	-236.000,00	0,00	-274.544,97	-38.544,97	0,00	0,00
Finanzmittelbestand (Liquide Mittel)								
41	**Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Jahres**	139,36	200,00	0,00	68,36	-131,64	0,00	0,00
42	**Zahlungsmittelbestand am Ende des Jahres** (Summe Zeilen 37, 40 und 41)	68,36	200,00	0,00	200,00	0,00	0,00	0,00

Jahresabschluss 2020
Stadt Braunschweig

Gesamt - Finanzrechung - Plan/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2019 -Euro-	Ansätze 2020 -Euro-	Veränderung durch Nachtrag mehr (+) / weniger (-) -Euro-	Sonstige Ermächtigungen [4] -Euro-	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) -Euro-	Gesamter-mächtigungen 2020 (Sp. 3 bis 6) -Euro-	Ergebnis 2020 -Euro-	mehr(+) weniger (-) (Sp. 8 - Sp.7) -Euro-
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen [1]	7.307.466,83	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	Sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	Öffentlich-rechtliche Entgelte [2]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	Privatrechtliche Entgelte [3]	35.824.218,45	41.930.600,00	0,00	0,00	0,00	41.930.600,00	42.210.801,43	280.201,43
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen [3]	38.639.462,99	42.561.200,00	0,00	0,00	0,00	42.561.200,00	41.947.434,53	-613.765,47
7	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8	Einzahlungen aus der Veräußerung geringwertiger Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	137.626,33	15.000,00	0,00	0,00	0,00	15.000,00	15.361,76	361,76
10	**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	81.908.774,60	84.506.800,00	0,00	0,00	0,00	84.506.800,00	84.173.597,72	-333.202,28
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit									
11	Personalauszahlungen	14.916.887,09	15.937.600,00	0,00	0,00	0,00	15.937.600,00	15.322.481,36	-615.118,64
12	Versorgungsauszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	63.890.844,05	68.018.600,00	0,00	0,00	374.000,00	68.392.600,00	68.399.486,07	6.886,07
14	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	Transferaufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
17	**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	78.807.731,14	83.956.200,00	0,00	0,00	374.000,00	84.330.200,00	83.721.967,43	-234.232,57
18	**Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeile 10 - 17)**	3.101.043,46	550.600,00	0,00	0,00	-374.000,00	176.600,00	451.630,29	-98.969,71
Einzahlungen für Investitionstätigkeit									
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	Veräußerung von Sachvermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22	Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

[1] nicht für Investitionstätigkeit [2] ohne Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit [3] außer für Investitionstätigkeit

[4] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Auszahlungen, zweckgebundene Mehreinzahlungen und Mehrauszahlungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Jahresabschluss 2020
Stadt Braunschweig

Gesamt - Finanzrechung - Plan/Ist-Vergleich einschließlich Plananpassungen Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement

	Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis 2019 -Euro-	Ansätze 2020 -Euro-	Veränderung durch Nachtrag mehr (+) / weniger (-) -Euro-	Sonstige Ermächtigungen [4] -Euro-	Ermächtigungen aus HH-Vorjahren (Reste) -Euro-	Gesamter-mächtigungen 2020 (Sp. 3 bis 6) -Euro-	Ergebnis 2020 -Euro-	mehr(+) weniger (-) (Sp. 8 - Sp.7) -Euro-
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Auszahlungen für Investitionstätigkeit									
25	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26	Baumaßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
27	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	146.873,10	314.600,00	0,00	0,00	227.378,40	541.978,40	176.953,68	-365.024,72
28	Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
30	Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	146.873,10	314.600,00	0,00	0,00	227.378,40	541.978,40	176.953,68	-365.024,72
32	**Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 24 - 31)**	-146.873,10	-314.600,00	0,00	0,00	-227.378,40	-541.978,40	-176.953,68	365.024,72
33	**Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Zeilen 18 + 32)**	2.954.170,36	236.000,00	0,00	0,00	-601.378,40	-365.378,40	274.676,61	266.055,01
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit									
34	Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	Auszahlungent; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	**Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Zeilen 34 - 35)**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
37	**Finanzmittelveränderung (Zeilen 33 und 36)**	2.954.170,36	236.000,00	0,00	0,00	-601.378,40	-365.378,40	274.676,61	266.055,01
Haushaltsunwirksame Ein- und Auszahlungen (u. a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)									
38	Haushaltsunwirksame Einzahlungen	31.303.706,47	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	38.862.286,29	38.862.286,29
39	Haushaltsunwirksame Auszahlungen	34.257.947,83	236.000,00	0,00	0,00	0,00	236.000,00	39.136.831,26	38.900.831,26
40	**Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen** (Zeile 38 und Zeile 39)	-2.954.241,36	-236.000,00	0,00	0,00	0,00	-236.000,00	-274.544,97	-38.544,97
Finanzmittelbestand (Liquide Mittel)									
41	**Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Jahres**	139,36	200,00	0,00	0,00	0,00	200,00	68,36	-131,64
42	**Zahlungsmittelbestand am Ende des Jahres** (Summe Zeilen 37, 40 und 41)	68,36	200,00	0,00	0,00	0,00	200,00	200,00	0,00

[4] zu den sonstigen Ermächtigungen zählen über- oder außerplanmäßige Auszahlungen, zweckgebundene Mehreinzahlungen und Mehrauszahlungen, Veränderungen durch die Inanspruchnahme der einseitigen oder gegenseitigen Deckungsfähigkeit

IV. Anhang

Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement

Anhang

Erläuterungen des Jahresabschlusses 2020 der Sonderrechnung des Fachbereichs 65 Hochbau und Gebäudemanagement der Stadt Braunschweig zum 31. Dezember 2020

1. Allgemeine Erläuterungen

1.1 Rechtsform und Aufgabe des Fachbereichs 65 Hochbau und Gebäudemanagement

Der Fachbereich (FB 65) Hochbau und Gebäudemanagement – im folgenden Sonderrechnung - ist ein optimierter Regiebetrieb mit Sonderrechnung (§ 139 Abs. 1 i. V. m. § 136 Abs. 3 des Niedersächsischen Kommunal Verfassungsgesetzes – NKomVG).

Gegenstand der Sonderrechnung ist seit dem 1. Januar 2005 die gesamte Gebäudebewirtschaftung der Immobilien der Stadt Braunschweig. Ausgenommen sind die Immobilien, die aufgrund des PPP-Vertrages vom 27. November 2011 von Hochtief bewirtschaftet werden. Die Gebäudebewirtschaftung umfasst neben der Verpachtung/Vermietung alle gebäudewirtschaftlichen Leistungen, die für die Einrichtung des Betriebszwecks der Gebäude notwendig sind. Hierzu zählen insbesondere Bauinstandhaltungsmaßnahmen sowie Hausmeister- und Reinigungsleistungen.

Neben der Bewirtschaftung gehört die Sanierung, der Neu- und Umbau von öffentlichen Gebäuden der Stadt Braunschweig zu den Aufgaben der Sonderrechnung.

1.2 Leitungs- und Kontrollfunktion des Rates

Die Aufgaben der Sonderrechnung werden seit dem 1. Januar 2005 von dem Fachbereich „Hochbau und Gebäudemanagement" (FB 65) wahrgenommen. Der Rat, der Verwaltungsausschuss und die sonstigen Ratsausschüsse sind für die in den §§ 58, 71, 76 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) genannten Aufgaben zuständig, soweit sie das Hochbau und Gebäudemanagement betreffen.

Im Jahr 2020 waren für die Sonderrechnung im Durchschnitt 30 Beamte und 258 Beschäftigte tätig. Darüber hinaus wurden 10 Auszubildende im Jahresdurchschnitt beschäftigt.

1.3 Serviceaufgaben

Nach Einführung der dezentralen Ressourcenverantwortung entscheidet die Sonderrechnung weitreichend in eigener Zuständigkeit. Hiervon ausgenommen sind folgende Servicedienste:

Fachbereich „Zentrale Dienste":	Stellenbewertung, Stellenplan, Personalwirtschaft, Arbeitssicherheit und Lohn- / Gehaltsabrechnung
Referat Pressestelle:	Zusammenarbeit mit der Presse

Fachbereich "Finanzen":	Abwicklung des Zahlungsverkehrs, Grundstücksangelegenheiten bei An- und Verkauf,
Rechtsreferat:	Rechtsbeistand, gerichtliche Vertretung
Fachbereich „Soziales und Gesundheit":	Einstellungsuntersuchungen

Daneben erfüllt das Referat Rechnungsprüfungsamt die ihm gesetzlich übertragenen Aufgaben.

1.4 Rechtliche Grundlagen für den Jahresabschluss

Der Jahresabschluss der Sonderrechnung wird seit 1. Januar 2012 nach der Verordnung über die selbständige Wirtschaftsführung kommunaler Einrichtungen (KomEinrVO) aufgestellt. Die Einrichtungsverordnung sieht vor, dass für die Sonderrechnung ein Jahresabschluss entsprechend § 128 Abs. 1 bis 3 NKomVG aufzustellen ist. Der Jahresabschluss besteht aus einer Ergebnisrechnung, einer Finanzrechnung, einer Bilanz und einem Anhang. Dem Anhang sind ein Rechenschaftsbericht, eine Anlagenübersicht, eine Schuldenübersicht, eine Rückstellungsübersicht, eine Forderungsübersicht und eine Übersicht über die in das folgende Jahr übertragenen Haushaltsermächtigungen beizufügen. Die Gliederung richtet sich nach den Regelungen der §§ 50 ff. der Kommunalhaushalts- und – kassenverordnung (KomHKVO).

2. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Das Vermögen ist in der Bilanz getrennt nach dem immateriellen Vermögen, dem Sachvermögen, dem Finanzvermögen und den liquiden Mitteln ausgewiesen. Die Bewertung der Schulden und Rückstellungen erfolgte gem. §§ 124 NKomVG i. V. m. §§ 45f. KomHKVO.

Die Zugänge des Jahres 2020 sind mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten einschließlich der Mehrwertsteuer zuzüglich Nebenkosten und abzüglich von Rabatten oder Skonti angesetzt.

Das immaterielle Vermögen und das Sachvermögen (ohne Vorräte) werden linear abgeschrieben. Für die Ermittlung der Abschreibungen wurde für die in 2020 angeschafften Anlagegüter grundsätzlich die Abschreibungstabelle mit Abschreibungssätzen in der Kommunalverwaltung für Niedersachsen angewandt.

Gem. § 47 Abs. 5 KomHKVO sind Anlagegüter, die einen Anschaffungswert unter 1.000 € netto haben, als Aufwand zu buchen. Aufgrund der Übergangsregelung in § 63 Abs. 1 KomHKVO wird jedoch für die Sonderrechnung noch die alte Regelung des § 47 Abs. 2 der GemHKVO angewandt, wonach Anlagegüter, die einen Anschaffungswert zwischen 150 € und 1.000 € netto haben, einem Sammelposten zuzuordnen sind, der fünf Jahre lang mit je 20 % des Wertes aufgelöst werden soll. Aufgrund der geringen Anzahl und der Notwendigkeit, die Anlagegüter verschiedenen Kostenstellen zuzuordnen, wurde in der Sonderrechnung kein Sammelposten gebildet. Die einzeln erfassten Anlagegüter werden hinsichtlich der Abschreibung jedoch wie ein Sammelposten behandelt.

Fremdkapitalzinsen könnten in die Herstellungskosten einbezogen werden, sind aber nicht vorhanden. Die Bewertung der teilfertigen Leistungen erfolgte ausschließlich zu Herstellungskosten und wurde dementsprechend im Sachvermögen angesetzt. Bei der Bewertung wurden geleistete Anzahlungen auf abgerechnete Teilleistungen bereits abgesetzt bzw. berücksichtigt.

3. Erläuterungen der wesentlichen Bilanzpositionen und der darauf angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

3.1 Immaterielles Vermögen

Das immaterielle Vermögen umfasst 0,6 % (Vorjahr 0,7 %) der Bilanzsumme.

Bilanzwerte	31.12.2019		31.12.2020		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Summe Immaterielles Vermögen	**139.573**	**100,0**	**144.925**	**100,0**	**+5.352**	**+ 3,8**

Bei dem immateriellen Vermögen handelt es sich um EDV-Lizenzen in Höhe von 144.925 Euro. Die Bewertung erfolgte zum Anschaffungswert. Die Veränderung beruht auf Abschreibungen und Neuanschaffungen.

3.2 Sachvermögen

Das Sachvermögen umfasst 5,7 % (Vorjahr 5,2 %) der Bilanzsumme. Im Einzelnen gliedert sich das Sachvermögen in folgende Positionen:

Bilanzwerte	31.12.2019		31.12.2020		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Maschinen und techn. Anlagen, Fahrzeuge	170.914	16,3	195.741	14,7	24.827	14,5
Betriebs- und Geschäftsausstattung	161.605	15,4	166.685	12,5	5.080	3,1
Vorräte	714.183	68,3	968.580	72,8	254.397	35,6
Summe Sachvermögen	**1.046.702**	**100,0**	**1.331.006**	**100,0**	**284.304**	**27,2**

Die Veränderungen beruhen in erster Linie auf Abschreibungen und Anlagenzugängen, welche im Anlagenspiegel nachvollzogen werden können.

Die teilfertigen Leistungen sind Leistungen, die von anderen Organisationseinheiten der Stadt Braunschweig bei der Sonderrechnung beauftragt wurden, jedoch noch nicht von der Sonderrechnung an die Fachbereiche weiter berechnet wurden, weil die Leistungen noch nicht abgeschlossen sind. Die teilfertigen Leistungen werden unter der Position „Vorräte“ abgebildet.

Sofern Teilrechnungen möglich waren, wurden diese den anderen Organisationseinheiten in Rechnung gestellt und sind hier berücksichtigt. Die Bewertung der teilfertigen Leistungen erfolgte ausschließlich zu Herstellungskosten.

3.3 Finanzvermögen

Das Finanzvermögen umfasst 93,1 % (Vorjahr 93,3 %) der Bilanzsumme. Im Einzelnen gliedert sich das Finanzvermögen in folgende Positionen:

Bilanzwerte	31.12.2019		31.12.2020		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Privatrechtliche Forderungen	18.740.063	99,9	21.747.527	99,9	3.007.464	16,0
sonstige Vermögensgegenstände	2.486	<0,1	3.574	<0,1	1.088	43,8
Summe Finanzvermögen	**18.742.549**	**100,0**	**21.751.101**	**100,0**	**3.008.552**	**16,1**

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden grundsätzlich mit ihrem Nominalwert eingestellt. Bei den privatrechtlichen Forderungen handelt es sich hauptsächlich um Forderungen aus Vermietung und Verpachtung gegenüber der Stadt Braunschweig sowie Forderungen aus Lieferungen und Leistungen für Bauprojekte, die im Auftrag der Stadt Braunschweig von der Sonderrechnung ausgeführt wurden (siehe dazu auch Pkt. 3.7 Schulden).

Insgesamt wurden 34.916,66 Euro (Vorjahr 32.059,85 Euro) gegenüber Dritten aufgrund von Niederschlagungen der berechneten Forderung wertberichtigt. Es handelt sich hier um Forderungen aus Sachbeschädigungen Dritter, deren Ausgleich als zweifelhaft angesehen wird.

3.4 Liquide Mittel

Die liquiden Mittel umfassen 0,0 % (Vorjahr 0,0 %) der Bilanzsumme.

Bilanzwerte	31.12.2019		31.12.2020		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Liquide Mittel	68	100,0	200	100,0	132	>100,0

Die liquiden Mittel werden grundsätzlich zu ihrem Nominalwert in die Bilanz eingestellt.

Da die Sonderrechnung rechtsformbedingt über kein eigenes Bankkonto verfügt, werden die Finanzmittel von der Stadt Braunschweig verwaltet. Die Bestände auf diesem Konto teilen sich in Mittel, die im Rahmen einer Nebenkasse von der Sonderrechnung verwaltet werden und in Mittel, die über ein Verrechnungskonto der Stadt verwaltet werden, auf. Dieses Verrechnungskonto wird täglich dem Cashpool der Stadt zugeführt. Das Verrechnungskonto wird in den privatrechtlichen Forderungen abgebildet und hatte zum 31. Dezember 2020 einen Saldo von -1.498.152,69 Euro (Vorjahr –468.083,93 Euro). Dem Saldo stehen Forderungen aus Betriebskostenabrechnungen aus 2018/2019 in Höhe von rd. 4.532.538,92 Euro und aus der noch zu erstellenden Betriebskostenabrechnung 2019/2020 in Höhe von rd. 3.200.000,00 Euro gegenüber.

Der Bargeldbestand betrug am 31.Dezember 2020 200,00 Euro (Vorjahr 68,36 Euro).

3.5 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Hier werden die Posten nach § 51 Abs. 1 und 2 KomHKVO ausgewiesen. In der Sonderrechnung sind dies die Beamtenbesoldungen für Januar 2021 die bereits im Dezember des Vorjahres ausgezahlt wird, sowie Wartungskosten für IT-Programme.

3.6 Nettoposition

Die Nettoposition umfasst 12,9 % (Vorjahr 11,3 %) der Bilanzsumme. Im Einzelnen gliedert sich die Nettoposition in folgende Positionen:

Bilanzwerte	31.12.2019		31.12.2020		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	0	0	1.810.676	60,1	1.810.676	>100
Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	0	0	464.421	15,4	464.421	>100
Jahresergebnis	2.275.097	100	739.077	24,5	-1.536.020	-67,5
Nettoposition	2.275.097	100	3.014.174	100,0	739.077	32,5

Das Haushaltsjahr 2020 schließt unter Berücksichtigung des Zuschusses durch die Stadt Braunschweig in Höhe von 325.131,32 Euro mit einem Ergebnis von 739.076,95 Euro ab.

Die Verwendung des Ergebnisses des Jahres 2019 wurde entsprechend den jeweiligen Ratsbeschlüssen vom 13. Juli 2021 wie folgt vorgenommen:

	Ergebnisverwendung 2019	Bestand 31.12.2020
	Euro	Euro
ordentliches Ergebnis	1.810.676,09	0,00
außerordentliches Ergebnis	464.420,81	0,00
Gesamtergebnis	2.275.096.90	0,00
Zuführung (+)/Entnahme (-) Rücklage ordentliches Ergebnis	0,00	+1.810.676,09
Zuführung (+)/Entnahme (-) Rücklage außerordentliches Ergebnis	0,00	+464.420,81

3.7 Schulden

Der Begriff der Schulden nach der KomHKVO umfasst neben den Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen und Liquiditätskrediten auch die Verbindlichkeiten gegenüber Dritten

und die sonstigen Verbindlichkeiten. Die Schulden (siehe nachfolgendes Schaubild) umfassen 22,8 % (Vorjahr 21,1 %) der Bilanzsumme. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind um rd. 26 % im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Dies spiegelt sich auch in dem von der Sonderrechnung bearbeiteten Investitionsvolumen wieder, welches im Vergleich zum Vorjahr von rd. 64,5 Mio. Euro (2019) auf rd. 74,7 Mio. Euro (2020) gestiegen ist.

Für die noch nicht berechneten, aber ausgeführten Leistungen bei den städtischen Bauprojekten wurden Rückstellungen (siehe Pkt. 3.8) gebildet, da zum 31. Dezember 2020 noch keine Rechnungen vorlagen. Im Einzelnen gliedern sich die Schulden in folgende Positionen:

Bilanzwerte	31.12.2019		31.12.2020		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.085.470	96,5	5.144.053	96,8	1.058.583	25,9
Sonstige Verbindlichkeiten	146.273	3,5	170.563	3,2	24.290	16,6
Schulden	**4.231.743**	**100,0**	**5.314.616**	**100,0**	**1.082.873**	**25,6**

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen beinhalten hauptsächlich Leistungen aus Bauprojekten, die im Auftrag der Stadt Braunschweig ausgeführt werden und von der Stadt Braunschweig erstattet werden (siehe dazu Pkt. 3.3 Finanzvermögen).

Die Schulden sind gem. § 124 Abs. 4 NKomVG i. V. m. § 47 Abs. 7 KomHKVO zum Rückzahlungsbetrag bewertet.

3.8 Rückstellungen

Die Rückstellungen umfassen 64,3 % (Vorjahr 67,6 %) der Bilanzsumme. Im Einzelnen gliedern sich die Rückstellungen in folgende Positionen:

Bilanzwerte	31.12.2019		31.12.2020		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Rückstellung für unterlassene Instandhaltung	2.711.041	19,9	2.932.359	19,5	221.318	8,2
Andere Rückstellungen	10.879.690	80,1	12.095.314	80,5	1.215.624	11,2
Rückstellungen	**13.590.731**	**100,0**	**15.027.673**	**100,0**	**1.436.942**	**10,6**

Die Rückstellung für Pensionen, Altersteilzeit und ähnliche Rückstellungen werden von der Stadt Braunschweig gebildet. Die Sonderrechnung beteiligt sich an diesen Rückstellungen.

Dieser Betrag wird abhängig von den jährlich gezahlten Beamtenbezügen und Gehältern an den Versorgungsbezügen ermittelt.

Die Rückstellung für unterlassene Instandhaltung beinhaltet Maßnahmen der Instandhaltung, die in den nächsten drei Jahren umgesetzt werden sollen. Grundlage für die Bildung dieser

Rückstellung sind vorliegende Mängelmeldungen und die Kostenschätzungen zur Beseitigung dieser Mängel.

In den anderen Rückstellungen sind überwiegend Rückstellungen für ausstehende Rechnungen aus Lieferungen und Leistungen für Baumaßnahmen der Stadt Braunschweig enthalten. Weiterhin sind hier auch die Rückstellungen für Urlaubsverpflichtungen, Überstunden und leistungsorientierte Bezahlung enthalten. Grundlage für die Berechnung der Urlaubstage und Überstunden ist eine Aufstellung über Urlaubsansprüche und Überstunden, die mit durchschnittlichen Stundensätzen bewertet sind. Die Höhe der Rückstellung für leistungsorientierte Bezahlung wird aufgrund der Höhe der Lohnkosten ermittelt. Die Sozialabgaben wurden entsprechend bei den Rückstellungen berücksichtigt.

3.9 Passive Rechnungsabgrenzung

Hier werden die Posten nach § 51 Abs. 3 und 4 KomHKVO ausgewiesen. In der Sonderrechnung gibt es keine hier auszuweisenden Positionen.

4. Weitere Erläuterungen zur Bilanz

Weitere Erläuterungen sind gem. § 55 Abs. 4 KomHKVO zu geben, wenn sich Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre ergeben, sofern sie nicht auf der Passivseite auszuweisen sind. In der Sonderrechnung werden Haushaltsreste für Aufwendungen und damit verbundene Auszahlungen in Höhe von 247.400 Euro übertragen. Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Einführung von neuen EDV-Programmen stehen, deren Einführung nicht in 2020 fortgeführt werden konnten.

5. Erläuterungen der wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung

In der Ergebnisrechnung werden gem. § 52 KomHKVO die dem Haushaltsjahr zuzurechnenden Erträge und Aufwendungen gegenübergestellt. Die Ergebnisrechnung wird in Staffelform aufgestellt. Für die Gliederung gilt § 2 KomHKVO entsprechend.

5.1 Jahresergebnis

Das Jahresergebnis setzt sich aus dem ordentlichen Ergebnis (Punkt 5.2) und dem außerordentlichen Ergebnis (Punkt 5.3) zusammen. Für das Haushaltsjahr 2020 ergibt sich nach einem Zuschuss in Höhe von 325.131,32 Euro durch die Stadt Braunschweig (Vorjahr: Zuschuss 5.227.400,00 Euro) ein Überschuss in Höhe von 739.076,65 Euro (Vorjahr: Überschuss in Höhe von 2.275.096,90 Euro).

5.2. Ordentliches Ergebnis

Aus den ordentlichen Erträgen und den ordentlichen Aufwendungen ergibt sich unter Berücksichtigung des Ausgleichs des Mehraufwandes aufgrund des Aufgabenüberganges von der Abteilung 20.2 auf den FB 65 in Höhe von 325.131,32 Euro durch die Stadt Braunschweig für das ordentliche Ergebnis, ein Fehlbetrag in Höhe von 165.954,45 Euro (Vorjahr: Überschuss 1.810.676,09 Euro), der mit dem Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses verrechnet wird (siehe Pkt. 5.3).

5.3 Außerordentliches Ergebnis

Aus den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen ergibt sich für das außerordentliche Ergebnis ein Überschuss in Höhe von 905.031,10 Euro (Vorjahr: Überschuss 464.420,81 Euro, s. auch Punkt 5.6), der im Wesentlichen aus der Auflösung von Rückstellungsbeträgen resultiert, da die Rückstellungsbeträge vor 3 Jahren gebildet wurden und nicht mehr vorgetragen werden dürfen oder der Grund für die Rückstellung entfallen ist. Im Rahmen des Vorsichtsprinzips wurden auf der Basis von Kostenschätzungen maßnahmenbezogen Einzelrückstellungen gebildet. Es handelt sich um eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen bei denen insgesamt Rückstellungen in Höhe von rund 867 T€ in 2020 (Vorjahr rd. 471 TEuro) aufgelöst wurden.

5.4 Ordentliche Erträge

Die ordentlichen Erträge gliedern sich in folgende Positionen:

Ergebnisrechnung	Ansatz 2020		Ist 2020		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	325.131	0,4	325.131	>100,0
privatrechtliche Entgelte	41.930.600	49,6	43.350.118	49,2	1.419.518	3,4
Kostenerstattungen und Umlagen	42.561.200	50,4	43.644.160	49,5	1.082.960	2,5
Bestandsveränderungen	0	0,0	254.825	0,3	254.825	>100
sonstige ordentliche Erträge	15.000	0,0	536.872	0,6	521.872	>100
Ordentliche Erträge	**84.506.800**	**100,0**	**88.111.106**	**100,0**	**3.604.306**	**4,3**

Unter den Zuwendungen und allgemeine Umlagen wird der Zuschuss der Stadt Braunschweig in Höhe von 325.131,32 Euro für den Ausgleich des Mehraufwandes aufgrund des Aufgabenüberganges von der Abt. 20.2 auf den FB 65 ausgewiesen. Die privatrechtlichen Entgelte sind im Wesentlichen Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung der Gebäude (rd. 43.327.198 Euro). Im Rahmen der Gründung der Sonderrechnung wurde festgelegt, dass die nutzenden Organisationseinheiten der Stadt Braunschweig eine marktübliche Miete an die Sonderrechnung zu zahlen haben. Die Miete wurde bei der Gründung der Sonderrechnung von FB 61 ermittelt und bei jedem neuen, zusätzlichen Objekt wird vom FB 61 eine entsprechend durch die nutzende städtische Organisationseinheit zu zahlende Miete festgelegt. Die Sonderrechnung ist berechtigt die Miete anzupassen, wenn bei dem aktuellen Verbraucherindex eine Abweichung von mehr als 10 % gegenüber dem Basiswert von 2004 vorliegt. Diese Anpassung erfolgt im Rahmen der Haushaltsplanungen in Abstimmung mit FB 20 und erfolgte das letzte Mal in 2008 mit einer durch FB 20 mitgezeichneten Erhöhung um 2,8%. Für das Jahr 2020 ist eine Erhöhung der Mieten um durchschnittlich 20% im Vergleich zu 2019 umgesetzt worden.

Die Kostenerstattungen und Umlagen beinhalten größtenteils die Betriebskosten (rd. 35.463.928 Euro) der durch die nutzenden Organisationseinheiten gemieteten Gebäude und Flächen. Ebenso sind die Erstattungen für Einzelaufträge der verschiedenen Organisationseinheiten der Stadt Braunschweig in Höhe von rd. 3.444.813 Euro und die Verwaltergebühr in Höhe von rd. 1.053.947 Euro in den Kostenerstattungen und Umlagen enthalten. Weiterhin sind die von der Sonderrechnung berechneten Architektenhonorare (rd. 3.078.554 Euro) für die im Auftrag der Stadt Braunschweig durchgeführten Neu- und Umbauten sowie Sanierungen in den Kostenerstattungen und Umlagen abgebildet. Die Restlichen Kostenerstattungen in Höhe von rd. 602.918 Euro erfolgten u.a. für Leistungen des Betriebshandwerklicher Dienst (rd. 576.121 Euro) und sonstige Kostenerstattungen (rd. 26.797 Euro). Die Abweichung gegenüber der Planung resultiert im Wesentlichen aus der höheren Erstattung für Betriebskosten (rd. 2.368.028 Euro), der geringeren Abrechnung von Architektenhonoraren (rd. -684.246 Euro), sowie der geringeren Erstattung für Einzelaufträge für andere Organisationseinheiten (rd. -359.187 Euro) und dem Wegfall der Abrechnung der Serviceleistungen für FB 20.2.

Die Bestandsveränderungen sind die Veränderung der teilfertigen Leistungen für Aufträge anderer Organisationseinheiten, die von der Sonderrechnung ausgeführt werden. Eine Abrechnung zur Kostenerstattung an den Auftraggeber ist noch nicht erfolgt. Die nicht abgerechneten teilfertigen Leistungen (rd. 925.525 Euro) haben sich im Vergleich zum Vorjahr (rd. 670.700 Euro) um 254.825 Euro erhöht.

Im Rahmen des Vorsichtsprinzips wurden in den Vorjahren auf der Basis von Kostenschätzungen maßnahmenbezogen Einzelrückstellungen gebildet. Nach Abschluss der Maßnahmen sind bei geringeren tatsächlichen Kosten die verbleibenden Beträge im Abschluss gemäß § 45 Abs. 5 KomHKVO herabzusetzen und sind seit 2019 im ordentlichen Ergebnis auszuweisen. Es handelt sich um eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen bei denen insgesamt Rückstellungen in Höhe von rund 522 T€ in 2020 herabgesetzt wurden.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich folgende Entwicklung ergeben:

Ergebnisrechnung	Ist 2019		Ist 2020		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	5.227.400	6,2	325.131	0,4	-4.902.269	-93,8
privatrechtliche Entgelte	35.900.823	42,5	43.350.118	49,2	7.449.295	20,7
Kostenerstattungen und Umlagen	42.749.862	50,6	43.644.160	49,5	894.298	2,1
Bestandsveränderungen	-188.979	-0,2	254.825	0,3	443.804	>100,0
sonstige ordentliche Erträge	821.345	0,9	536.872	0,6	284.473	-34.6
Ordentliche Erträge	**84.510.452**	**100,0**	**88.111.106**	**100,0**	**3.600.654**	**4,3**

Unter den Zuwendungen und allgemeine Umlagen wird der Zuschuss der Stadt Braunschweig in Höhe von 325.131 Euro als Ertrag für den Ausgleich des Mehraufwandes aufgrund des Aufgabenüberganges von der Abt. 20.2 auf den FB 65 ausgewiesen. Die ordentlichen Erträge sind gegenüber dem Vorjahr um 3.600.654 Euro gestiegen. Die Steigerung der privatrechtlichen Entgelte ist im Wesentlichen auf die in 2020 umgesetzte Mieterhöhung und die zusätzlichen Mieterträge durch den Aufgabenübergang von der Abt. 20.2 auf den FB 65 zurückzuführen. Die gestiegenen Kostenerstattungen sind im Wesentlichen auf höhere Betriebskostenerstattungen (rd. 730.937 Euro), höherer Verwalterpauschale der Sonderrechnung (rd. 158.141 Euro) und höheren Erlösen für Aufträge anderer Organisationseinheiten der Stadt Braunschweig (rd. 546.215 Euro) zurückzuführen. Dem entgegen stehen geringere
Erlöse für die Abrechnung von Architektenhonoraren gegenüber der Stadt Braunschweig (rd. 224.724 Euro) und dem Wegfall der Serviceleistungen für die Abt. 20.2 (296.000 Euro).

5.5 Ordentliche Aufwendungen

Die ordentlichen Aufwendungen gliedern sich in folgende Positionen:

Ergebnisrechnung	Ansatz 2020		Ist 2020		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Aufwendungen für aktives Personal	17.017.400	20,0	15.751.187	17,9	-1.266.213	-7,4
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	66.560.100	78,1	71.078.502	80,5	4.518.402	6,8
Abschreibungen	194.200	0,2	176.487	0,2	-17.713	-9,1
sonstige ordentliche Aufwendungen	1.462.500	1,7	1.270.885	1,4	-191.615	-13,1
Ordentliche Aufwendungen	**85.234.200**	**100,0**	**88.277.061**	**100,0**	**3.042.861**	**3,6**

Die ordentlichen Aufwendungen lagen insgesamt um 3.042.861 Euro über dem Planansatz. In den einzelnen Positionen gab es sowohl Abweichungen nach oben wie nach unten. In der 2018 abgeschlossenen Organisationsuntersuchung wurde festgestellt, dass zusätzliches Personal zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich ist. Seit 2019 unternimmt der FB 65 große Anstrengungen bei den Stellenausschreibungen, jedoch konnten noch nicht alle der freien Stellen besetzt werden (siehe vorstehende Tabelle, in der Pos. Aufwendungen für aktives Personal enthalten).

Erläuterungen zu Mehr-/Minderaufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

- Mehraufwendungen für Betriebskosten rd. 2.683.700 Euro,
- Mehraufwendungen für die Instandhaltungsaufwendungen für eigene Gebäude rd. 1.295.900 Euro,
- Mehraufwendungen Fremdanmietungen für andere Organisationseinheiten rd. 225.400 Euro,
- Mehraufwendungen für die Pacht für städtische Gebäude rd. 998.200 Euro,
- Mehraufwendungen für Stellenanzeigen rd. 112.700 Euro,
- Minderaufwendungen für Fremddienstleistungen rd. 488.300 Euro,
- Minderaufwendungen für EDV-Lizenzen rd. 63.200 Euro,
- Minderaufwendungen in den restlichen Aufwandspositionen rd. 246.000 Euro.

Aufgrund der erneuten Verschiebung des Einsatzes des neuen CAFM-Programmes Verzögerungen bei der Einführung des Digitalisierungsprogamms Enaio und der Vergabemaßnahme für ein CAD-Verfahren werden Haushaltsreste für Fremddienstleistungen in Höhe von 210.000 Euro gebildet. Weiterhin werden Haushaltsreste in Höhe von 37.400 Euro für verschobene Fortbildungsmaßnahmen, Umzugsmaßnahmen und Reparaturmaßnahmen gebildet (siehe dazu auch Pkt. 4 und Pkt. 3.4 des Rechenschaftsberichtes).

Gegenüber dem Vorjahr hat sich folgende Entwicklung ergeben (Ist-Vergleich)

Ergebnisrechnung	Ist 2019		Ist 2020		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Aufwendungen für aktives Personal	15.303.484	18,5	15.751.187	17,9	447.703	2,9
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	65.781.958	79,5	71.078.502	80,5	5.296.544	8,1
Abschreibungen	169.031	0,2	176.487	0,2	7.456	4,4
sonstige ordentliche Aufwendungen	1.445.303	1,8	1.270.885	1,4	-174.418	-12,1
Ordentliche Aufwendungen	**82.699.776**	**100,0**	**88.277.061**	**100,0**	**5.577.285**	**6,7**

Die Aufwendungen lagen insgesamt um 5.577.285 Euro über dem Vorjahr. In den einzelnen Positionen gab es sowohl Abweichungen nach oben wie nach unten. Die größeren Abweichungen bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zwischen „Ist 2019" und „Ist 2020" sind dabei:

Erläuterungen zu Mehr-/Minderaufwendungen für Sach- und Dienstleistungen,

- Mehraufwendungen für Betriebskosten rd. 671.200 Euro,
- Mehraufwendungen für Fremdanmietungen für andere Organisationseinheiten rd. 403.200 Euro,
- Mehraufwendungen für die Instandhaltung rd. 1.712.900 Euro,
- Mehraufwendungen für Pacht rd. 1.334.200 Euro,
- Mehraufwendungen für Material und Fremddienstleistungen rd. 256.600 Euro,
- Mehraufwendungen für die Aufträge anderer Organisationseinheiten rd. 876.400 Euro,
- Mehraufwendungen in den restlichen Aufwandpositionen rd. 42.000 Euro.

5.6 Außerordentliche Erträge

Die außerordentlichen Erträge resultieren im Wesentlichen aus der Auflösung nicht benötigter Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung (siehe dazu auch Pkt. 5.3).

5.7 Außerordentliche Aufwendungen

Im Jahr 2020 sind Aufwendungen in Höhe von 12.658,51 Euro für vor 2020 durchgeführte Dienstleistungen angefallen.

Im Ergebnishaushalt der Sonderrechnung sollen die Aufwendungen grundsätzlich durch entsprechende Erträge abgedeckt sein. Für den Fall, dass dennoch Fehlbeträge entstehen, sind diese durch Entnahmen aus der Nettoposition auszugleichen.

6. Erläuterungen der wesentlichen Positionen der Finanzrechnung

In der Finanzrechnung werden gem. § 53 KomHKVO die im Haushaltsjahr eingegangenen Einzahlungen und die geleisteten Auszahlungen gegenübergestellt.

6.1 Finanzmittelbestand

Der Finanzmittelbestand zu Beginn des Jahres wird durch den Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Punkt 6.2), den Saldo aus Investitionstätigkeit (Punkt 6.3), den Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Punkt 6.4) und den Saldo aus haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen (Punkt 6.5) verändert. Für das Haushaltsjahr 2020 erhöhte sich der Finanzmittelbestand um 131,64 Euro auf 200,00 Euro. Die Sonderrechnung führt eine Nebenzahlstelle, deren Finanzmittelbestand auf 200 Euro begrenzt ist.

6.2 Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit

Den Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 84.173.597,72 Euro stehen Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von 83.721.967,43 Euro gegenüber. Daraus ergibt sich ein Saldo von 451.630,29 Euro.

6.2.1 Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Im Einzelnen gliedern sich die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in folgende Positionen:

Finanzrechnung	Ansatz 2020		Ist 2020		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0,0	0,0	0,0	0	0,0
privatrechtliche Entgelte	41.930.600	49,6	42.210.801	50,2	280.201	0,7
Kostenerstattungen und Umlagen	42.561.200	50,4	41.947.435	49,8	-613.765	-1,4
sonstige haushaltswirk-samen Einzahlungen	15.000	0,0	15.362	0,0	362	2,4
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	**84.506.800**	**100,0**	**84.173.598**	**100,0**	**-333.202**	**-0,4**

Die Differenz zu den Erträgen des Ergebnishaushaltes ist darauf zurückzuführen, dass nicht alle Erträge des Ergebnishaushaltes zahlungswirksam sind (z. B. Bestandsveränderungen sowie die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen). Zudem ergeben sich Differenzen dadurch, dass für einen Teil der Erträge die Einzahlungen erst im Folgejahr erfolgen. Die Veränderungen bei den Kostenerstattungen und Umlagen beruhen im Wesentlichen darauf, dass Forderungen aus Betriebskostenabrechnungen aus 2018 und 2019 nicht gezahlt wurden.

6.2.2 Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Im Einzelnen gliedern sich die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in folgende Positionen:

Finanzrechnung	Ansatz 2020		Ist 2020		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Auszahlungen für aktives Personal	15.937.600	19,0	15.322.481	18,3	-615.119	-3,9
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	68.018.600	81,0	68.399.486	81,7	380.886	0,6
sonstige ordentliche Auszahlungen	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	**83.956.200**	**100,0**	**83.721.967**	**100,0**	**-234.233**	**-0,3**

Die Differenz zu den Aufwendungen des Ergebnishaushaltes (Ziffer 5.5) ist darauf zurückzuführen, dass nicht alle Aufwendungen des Ergebnishaushaltes zahlungswirksam sind (z. B. Abschreibungen und Zuführungen zu Rückstellungen). Zudem ergeben sich Differenzen dadurch, dass für einen Teil der Aufwendungen die Auszahlungen erst im Folgejahr erfolgen.

Der Differenzbetrag bei der Position „Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen" ist darauf zurückzuführen, dass im Rahmen des Jahresabschlusses 2019 gebildete Rückstellungen erst in 2020 oder später zahlungswirksam werden. Diese zeitliche Verschiebung stand zum Zeitpunkt der Aufstellung der Planung noch nicht fest.

6.3 Investitionstätigkeit

Im Einzelnen gliedern sich die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit in folgende Positionen:

Finanzrechnung	Ansatz 2020		Ist 2020		Veränderung	
	Euro	%	Euro	%	Euro	%
Erwerb von immateriellen und beweglichem Sachvermögen	314.600	100,0	176.954	100,0	-137.646	-43,8
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	**314.600**	**100,0**	**176.954**	**100,0**	**-137.646**	**-43,8**

Bei dem Erwerb von beweglichem Sachvermögen handelt es sich im Wesentlichen um Softwarelizenzen, eine Kantenleimmaschine sowie um geringwertige Wirtschaftsgüter, Maschinen und Werkzeuge für den Betriebshandwerklichen Dienst. Eine geplante Softwareanschaffung konnten aus zeitlichen Gründen nicht umgesetzt werden. Entsprechende Haushaltsreste werden gebildet (siehe dazu Pkt. 3.4 des Rechenschaftsberichts).

6.4 Saldo aus Finanzierungstätigkeit

Im Jahr 2020 sind keine Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit erfolgt.

6.5 Saldo aus haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen

In der Finanzrechnung werden gem. § 53 KomHKVO neben den Ein- und Auszahlungen für die Sonderrechnung auch die haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen, die nicht im Haushaltsplan veranschlagt wurden, abgebildet, da sie den Bestand an Zahlungsmitteln verändern. Bei dem sich ergebenden Betrag in Höhe von 274.544,97 Euro handelt es sich um einen Betrag, der dem Cashpool der Stadt Braunschweig zugeführt wurde.

7. Saldo aus Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Für 2020 wurde ein Haushaltsplan gem. NKomVG aufgestellt, bei dem sämtliche Ertrags- und Aufwandspositionen gegenseitig deckungsfähig sind. Somit war die Beantragung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen nicht erforderlich.

8. Verpflichtungsermächtigungen

Die Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen im Rahmen der Durchführung der Bauprojekte wird im Rahmen des Jahresabschlusses der Stadt Braunschweig dargestellt. Die Sonderrechnung hat keine eigenen Verpflichtungsermächtigungen.

Braunschweig, den 20. August 2021

- Eckermann
Fachbereichsleiter Fachbereich 65
Hochbau und Gebäudemanagement

V. Anlagen zum Anhang

Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement

1. Anlagenübersicht
2. Forderungsübersicht
3. Schuldenübersicht
4. Rückstellungsübersicht

1. Anlagenübersicht

Anlagenübersicht

gem. § 57 Abs. 2 KomHKVO

zum 31. Dezember 2020

Vermögen	Entwicklung der Anschaffungs- und Herstellungswerte					Entwicklung der Abschreibungen					Buchwerte	
	Stand 31.12.2019 - Euro-	Zugänge - Euro- +	Abgänge - Euro- -	Umbuchungen - Euro- +/-	Stand 31.12.2020 - Euro-	Stand 31.12.2019 - Euro-	Abschreibungen - Euro - +	Auflösungen [1] - Euro - -	Zuschreibungen - Euro -	Stand 31.12.2020 - Euro-	Stand 31.12.2020 - Euro-	Stand 31.12.2019 - Euro-
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	296.512,00	36.853,70	0,00	0,00	333.365,70	156.939,18	31.501,18	0,00	0,00	188.440,36	144.925,34	139.572,82
2. Sachvermögen (ohne Vorräte und geringwertige Vermögensgegenstände)	981.572,67	140.099,98	198.539,35	0,00	923.133,30	649.053,79	110.068,72	198.415,35	0,00	560.707,16	362.426,14	332.518,88
3. Finanzvermögen (ohne Forderungen)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Insgesamt	1.278.084,67	176.953,68	198.539,35	0,00	1.256.499,00	805.992,97	141.569,90	198.415,35	0,00	749.147,52	507.351,48	472.091,70

908 von 1109 in Zusammenstellung

TOP 12

2. Forderungsübersicht

Forderungsübersicht

gem. § 57 Abs. 5 KomHKVO

zum 31. Dezember 2020

Art der Forderungen	Gesamtbetrag 31.12.2020	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag 31.12.2019	Mehr (+)/ weniger (-)
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre		
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Forderungen aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Sonstige Privatrechtliche Forderungen	21.751.100,68	21.751.100,68	0,00	0,00	18.742.549,67	3.008.551,01
Summe aller Forderungen	21.751.100,68	21.751.100,68	0,00	0,00	18.742.549,67	3.008.551,01

3. Schuldenübersicht

Schuldenübersicht

gem. § 57 Abs. 3 KomHKVO

zum 31. Dezember 2020

Art der Schulden	Gesamtbetrag 31.12.2020	mit einer Restlaufzeit von bis zu 1 Jahr	mit einer Restlaufzeit von über 1 bis 5 Jahre	mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahre	Gesamtbetrag 31.12.2019	Mehr (+)/ weniger (-)
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
1. Geldschulden						0,00
1.1 Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.3 Liquiditätskredite	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.4 sonstige Geldschulden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.144.053,46	5.144.053,46	0,00	0,00	4.085.469,87	1.058.583,59
4. Transferverbindlichkeiten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5. Sonstige Verbindlichkeiten	170.563,00	170.563,00	0,00	0,00	146.272,63	24.290,37
Schulden insgesamt	5.314.616,46	5.314.616,46	0,00	0,00	4.231.742,50	1.082.873,96

4. Rückstellungsübersicht

Rückstellungsübersicht

gem. § 57 Abs. 4 KomHKVO

zum 31. Dezember 2020

Art der Rückstellungen	Gesamtbetrag 31.12.2020 - Euro -	Zuführung - Euro -	Inanspruchnahme - Euro -	Auflösungen - Euro -	Herabsetzung - Euro -	Gesamtbetrag 31.12.2019 - Euro -	mehr (+)/ weniger (-) - Euro -
1	2	3	4	5	6	7	8
1. Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Rückstellungen für Altersteilzeit und ähnliche Maßnahmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	2.932.358,87	2.352.087,61	809.351,83	808.892,00	512.525,47	2.711.040,56	221.318,31
4. Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge geschlossener Abfalldeponien	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5. Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6. Rückstellungen im Rahmen des Finanzausgleichs und von Steuerschulden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7. Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8. Andere Rückstellungen	12.095.314,00	11.899.723,00	10.616.769,46	58.002,58	9.326,91	10.879.689,95	1.215.624,05
Rückstellungen insgesamt	15.027.672,87	14.251.810,61	11.426.121,29	866.894,58	521.852,38	13.590.730,51	1.436.942,36

VI. Rechenschaftsbericht

Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement

Rechenschaftsbericht

1. Vorbemerkungen

Nach § 128 NKomVG ist der Anhang Teil des Jahresabschlusses. Dem Anhang ist ein Rechenschaftsbericht beizufügen. Gem. § 57 KomHKVO werden im Rechenschaftsbericht, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend, der Verlauf der Haushaltswirtschaft (siehe Ziffer 3.) und die finanzwirtschaftliche Lage der Sonderrechnung (siehe Ziffer 2.) dargestellt. Dabei wird eine Bewertung der Jahresabschlussrechnungen vorgenommen.

Der Rechenschaftsbericht soll auch Vorgänge von besonderer Bedeutung enthalten, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind (siehe Ziffer 3.), sowie zu erwartende mögliche finanzwirtschaftliche Risiken, die für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung sind. Des Weiteren sind gem. § 20 Abs. 5 KomHKVO die Gründe für die Übertragung von Ermächtigungen im Rechenschaftsbericht darzulegen.

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses 2020 wurde im Wesentlichen das Finanzwesenverfahren SAP angewandt.

2. Finanzwirtschaftliche Lage der Sonderrechnung

Bei einer Bilanzsumme der Sonderrechnung in Höhe von 23.356.462,89 Euro im Jahresabschluss 2020 beträgt die unter den Passiva ausgewiesene Nettoposition 3.014.173,55 Euro. Dies führt im Verhältnis zur Bilanzsumme zu einer Nettopositionsquote von 12,9 % gegenüber 11,3 % vom Vorjahr.

Als Jahresergebnis wird ein Ergebnis in Höhe von 739.076,65 Euro ausgewiesen. Bei diesem Ergebnis ist bereits ein Zuschuss durch die Stadt Braunschweig in Höhe von 325.131,32 Euro berücksichtigt. Gegenüber dem für 2020 geplanten Haushaltsfehlbetrag in Höhe von 727.400,00 Euro wurde eine Verbesserung von 1.466.476,65 Euro erreicht.

Das Ergebnis der Finanzrechnung wird insbesondere durch das Zahlungsverhalten der Stadt Braunschweig für die Erstattung der von der Sonderrechnung verauslagten Betriebskosten und Bauprojektrechnungen beeinflusst. Die Sonderrechnung hat in 2020 und dem davorliegenden Zeitraum keine Liquiditätskredite benötigt.

Die Aufgaben der Sonderrechnung werden weitestgehend durch die Vergütung der Leistung der Sonderrechnung für andere Organisationseinheiten der Stadt Braunschweig und die Mieteinnahmen finanziert.

2.1 Ergebnisrechnung

Die Ergebnisrechnung 2020 weist bei ordentlichen Erträgen in Höhe von rd. 88.111 TEuro und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von rd. 88.277 TEuro einen Fehlbetrag bei dem ordentlichen Ergebnis in Höhe von 165.954,45 Euro aus.

Im außerordentlichen Ergebnis wurde ein Überschuss in Höhe von 905.031,10 Euro erzielt. Dieser Betrag ist im Wesentlichen auf die Auflösung von gebildeten Rückstellungen für Instandhaltungsmaßnahmen zurückzuführen. Die Rückstellungsbildung erfolgt auf Basis des Vorsichtsprinzips.

Die Ergebnisrechnung weist insgesamt ein Ergebnis in Höhe von 739.076,65 Euro aus. Weiterhin sind hier auf 2021 zu übertragene Reste in Höhe von 247.400 Euro zu berücksichtigen.

2.2 Finanzrechnung

In der Finanzrechnung ergibt sich aus den Ein- und Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit ein Überschuss in Höhe von 451.630,29 Euro (Vorjahr: Überschuss in Höhe von 3.101.043,46 Euro). Die Differenz zur Ergebnisrechnung ist darauf zurückzuführen, dass bestimmte Erträge der Ergebnisrechnung (z. B. Erträge aus Bestandsveränderungen und Rückstellungen) und bestimmte Aufwendungen (z. B. Abschreibungen und Zuführungen zu Rückstellungen) nicht zahlungswirksam sind. Zudem kommt es teilweise zu einer Verschiebung von Aus- und Einzahlungen in das Folgejahr.

Aus der Investitionstätigkeit ergibt sich ein Saldo in Höhe von -176.953,68 Euro (Vorjahr: -146.873,10 Euro).

Aus den haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen ergab sich ein Überhang der Einzahlungen in Höhe von 274.544,97 Euro (Vorjahr: Überhang der Einzahlungen 2.954.170,36 Euro). In den haushaltsunwirksamen Ein- und Auszahlungen werden die Ein- und Auszahlungen für die im Auftrage der Stadt Braunschweig umgesetzten Neu-, Umbauten und Erweiterungsbaumaßnahmen abgebildet.

Insgesamt ergibt sich in der Finanzrechnung ein Endbestand an Zahlungsmitteln in Höhe von 200,00 Euro (Vorjahr: 68,36 Euro).

2.3 Geldschulden und Bestand an Zahlungsmitteln

Die Sonderrechnung hat keine Geldschulden und Kredite aufgenommen.

Der Bestand an Zahlungsmitteln hat sich von 68,36 Euro auf 200,00 Euro erhöht. Der Zahlungsverkehr wird über die Stadtkasse der Stadt Braunschweig abgewickelt. Die Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement verfügt lediglich über eine Geldannahmestelle.

2.4 Kennzahlen des Jahresabschlusses zum 31.12.2020

Zur Beurteilung des Jahresabschlusses zum 31.12.2020 wurden entsprechend des städtischen Haushaltes einige Kennzahlen gebildet und soweit vorhanden mit den Kennzahlen des Vorjahres verglichen. Basis für die Auswahl sind die Vorgaben des Landes (RdErl. D. MI v. 13.12.2017 – 33.1-10300/3-) hinsichtlich der zu berichtenden Kennzahlen. Für die Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement erfolgt dabei nur eine Darstellung der für die Sonderrechnung relevanten Kennzahlen. Die Kennzahlen zur Abschreibungsintensität und Reinvestitionsquote spielen aufgrund des geringen Anlagevermögens nur eine untergeordnete Rolle. Da das Kassengeschäft komplett über die Stadt Braunschweig abgewickelt wird, haben die Kennzahlen zur Zinslastquote (0 %), Liquiditätsquote (0 %) und Verschuldungsgrad (0 %) keine Aussagekraft, und es wurde deshalb auf eine Darstellung verzichtet.

In der folgenden Übersicht sind die Kennzahlen zusammengestellt:

Kennzahlen der Bilanz

A. Kapitalstruktur – Nettopositionsquote

Berechnung: $\frac{\text{Nettoposition} * 100}{\text{Bilanzsumme}}$
Datenbasis: Die Nettoposition wurde in vollem Umfang berücksichtigt.
Ziel: Wert möglichst hoch

Bilanzposition	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020
Nettoposition	0,0 Mio. €	2,3 Mio. €	3,0 Mio. €
Bilanzsumme	12,6 Mio. €	20,1 Mio. €	23,3 Mio. €
Nettopositionsquote	0,0%	11,3%	12,9 %

Die Nettopositionsquote zeigt an, in welchem Umfang die Sonderrechnung eigenfinanziert ist. Hier ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Sonderrechnung zur Durchführung der Hochbaumaßnahmen der Stadt Braunschweig gegründet wurde und die Betreuung der stadteigenen Gebäude übernimmt. Aus diesem Grunde ist auch das Anlagevermögen sehr gering. Die Höhe der Bilanzsumme ist abhängig von der Entwicklung des umzusetzenden Bauvolumens. Im Rahmen des Jahresabschlusses werden u.a. die nicht berechneten Leistungen bei den Hochbaumaßnahmen bewertet. Der ermittelte Betrag wird sowohl bei den Forderungen gegenüber der Stadt Braunschweig sowie bei den Rückstellungen ausgewiesen. In 2020 betrug dieser Wert rd. 12,9 Mio. Euro (Vorjahr rd. 9,6 Mio. Euro). Dies wirkt sich über die Höhe der Forderungen und der Rückstellungen unmittelbar auf die Bilanzsumme aus.

B. Finanzstruktur

Da die Sonderrechnung kein eigenes Bankkonto führt und die liquiden Mittel täglich im Rahmen des Cashpools der Stadt Braunschweig verwaltet werden, können hier keine aussagekräftigen Angaben gemacht werden. Die Sonderrechnung hat keine Kredite.

C. Kennzahlen der Ergebnisrechnung

Ergebnisrechnung	31.12.2018	31.12.2019	31.12.2020
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0,00 €	2.275.096,90 €	739.076,65 €

Nähere Erläuterungen zum Vorjahresvergleich sind ausführlich im Anhang dargestellt.

3. Verlauf der Haushaltswirtschaft

3.1 Gesamt-Ergebnisrechnung

Das Haushaltsjahr 2020 schloss mit folgenden Ergebnissen ab:

	Saldo		Abweichung
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr / - weniger
	EUR		EUR
Ordentliches Ergebnis	-727.400,00	-165.954,45	+561.445,55
Außerordentliches Ergebnis	0,00	+905.031,10	+905.031,10
Gesamtergebnis	-727.400,00	+739.076,65	+1.466.476,65

Bei dem Ergebnis ist bereits der Zuschuss in Höhe von 325.131 Euro durch die Stadt Braunschweig berücksichtigt. Ohne diesen Zuschuss würde das ordentliche Ergebnis einen Fehlbetrag in Höhe von 491.085,77 Euro ausweisen. Der erhebliche Instandhaltungsbedarf für die Gebäude der Stadt ist maßgeblich an dem negativen ordentlichen Ergebnis beteiligt. Die Stadt hat dem hohen Instandhaltungsbedarf bereits mit zusätzlichen Mitteln Rechnung getragen. Das außerordentliche Ergebnis beruht im Wesentlichen darauf, dass gebildete Rückstellungen für Instandhaltung aufzulösen waren. Entweder war der Abarbeitungszeitraum von 3 Jahren überschritten oder gebildete Rückstellungen wurden nicht in dem gebildeten Umfang benötigt. Aufgelöste Rückstellungsbeträge sind gem. KomHKVO im außerordentlichen Ergebnis darzustellen und dürfen nicht mit den entstandenen Aufwendungen saldiert werden.

Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich folgende Entwicklung:

2019/2020	Saldo		Abweichung
	2019	2020	+ mehr / - weniger
	EUR		EUR
Ordentliches Ergebnis	+1.810.676,09	-165.954,45	-1.976.630,54
Außerordentliches Ergebnis	+464.420,81	+905.031,10	+440.610,29
Gesamtergebnis	+2.275.096,90	+739.076,65	-1.536.020,25

Bei der Ergebnisbetrachtung ist die Entwicklung ohne die Berücksichtigung des Zuschussbedarfes sinnvoll. Bereinigt um den Zuschuss der Stadt Braunschweig ist der Fehlbedarf von rd. 2.952.303 TEuro in 2019 (Zuschuss VJ 5.227.400) auf 491.086 TEuro in 2020 gesunken. Dies liegt u.a. an den gestiegenen Mieterträgen aus der zum 01.01.2020 umgesetzten Mieterhöhung.

3.2 Gesamt-Finanzrechnung

Das Haushaltsjahr 2020 schloss mit folgenden Ergebnissen ab:

2020	Saldo		Abweichung
	Ansatz	Ergebnis	+ mehr / - weniger
	EUR		EUR
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	+550.600,00	+451.630,29	-98.969,71
Saldo aus Investitionstätigkeit	-314.600,00	-176.953,68	+137.646,32
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	-236.000,00	-274.544,97	-38.544,97
Endbestand an Zahlungsmitteln	+200,00	+200,00	0,00

Da die Sonderrechnung kein eigenes Bankkonto besitzt und der Zahlungsverkehr über die Stadtkasse abgewickelt wird, ergibt sich ein Bestand an liquiden Mitteln zum 31.12.2020 in Höhe von 200,00 Euro in der von der Sonderrechnung verwalteten Nebenzahlstelle.

Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich folgende Entwicklung:

2019/2020	Saldo		Abweichung
	2019	2020	+ mehr / - weniger
	EUR		EUR
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	+3.101.043,46	+451.630,29	-2.649.413,17
Saldo aus Investitionstätigkeit	-146.873,10	-176.953,68	+30.080,58
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	-2.954.241,36	-274.544,97	-2.679.696,39
Endbestand an Zahlungsmitteln	+68,36	+200,00	+131,64

Das Ergebnis der Entwicklung der Finanzrechnung ist stark geprägt durch das Zahlungsverhalten der Kernverwaltung der Stadt Braunschweig. Die Sonderrechnung stellt der Stadt Braunschweig für separat beauftragte Leistungen und die Betriebskostenabrechnungen separate Rechnungen. Die Zahlungen der Rechnungen erfolgen in Abhängigkeit der Prüfungsdauer und Zahlungsfreigabe durch die beauftragenden Organisationseinheiten.

3.3 Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Entwicklung / Planung

Im Jahr 2020 stand der Sonderrechnung für die Umsetzung von Projekten des Haushalts der Stadt ein Investitionsvolumen von rd. 55.890 TEuro zur Verfügung. Darüber hinaus standen Haushaltsreste der Stadt Braunschweig im Umfang von 51.444 TEuro aus dem Vorjahr zur Verfügung. Von den zur Verfügung stehenden Mitteln konnte ein Betrag von rd. 74.725 TEuro bearbeitet werden (kassenwirksame Mittel: 44.345 TEuro; Rückstellungen: 12.909 TEuro; Obligo: 17.469 TEuro). Für einen Betrag von 54.613 TEuro (Obligo: 17.469 TEuro; ungebundene, aber benötigte Mittel: 37.144 TEuro) wurde bei der Stadt Braunschweig die Übertragung auf das Jahr 2021 beantragt. Darüber hinaus hat die Sonderrechnung Einzelaufträge anderer Organisationseinheiten mit einem Volumen von ca. 3.445 TEuro abgewickelt.

Als besondere Ereignisse sind für das Jahr 2020 folgende Punkte zu nennen:

- Fortführung der Umsetzung der Organisationsuntersuchung der Grundstücks- und Gebäudewirtschaft in Braunschweig. Zuordnung der Sonderrechnung zum neu gebildeten Dezernat VIII Umwelt-, Stadtgrün- Sport- und Hochbaudezernat
- Weiterhin Umsetzung des Schulsanierungsprogrammes (z.B. GS/HS Rüningen, Gymnasium GS Altmühlstraße, IGS Franzsches Feld)
- Fortführung von Schulerweiterungsbauten für die Umstellung auf den Ganztagsbetrieb (GS Waggum, GS Lamme, GS Isoldestraße, GS Edith Stein, GS Comeniusstraße)
- Fertigstellung der Schulerweiterungsbauten für das Lessinggymnasium und die Neue Oberschule. Die Stadt Braunschweig hat für beide Bauvorhaben den 1. Platz bei der Verleihung des Niedersächsischen Holzbaupreises erhalten. Weiterhin konnten die Sanierungen der J.-F. Kennedy Schule und der Helene-Engelbrecht abgeschlossen werden.
- Fortführung der Brandschutzmaßnahmen in Schulen und Kitas
- Fortführung der Arbeiten für den Neubau der Integrierten Regionalleitstelle
- Beginn folgender Planungen: Neubau der Berufsschule (H-E-S), Sanierung des Rathaus-Neubau und Ausbau der Schulkindbetreuung

Weitere kleinere Maßnahmen wurden vorwiegend in den Schulen und Kindergärten umgesetzt.

Ein wesentlicher Bestandteil des PPP-Vertrages sind die von HOCHTIEF garantierten Verbräuche der Medien Wasser / Abwasser, Strom und Wärme. Nach den vertraglichen Regelungen wäre ein Mehrverbrauch zu 100 % von HOCHTIEF zu tragen, bei einem Minderverbrauch verblieben 50 % der Einsparung aus der Unterschreitung der Medienverbräuche bei der Stadt Braunschweig, die anderen 50 % der Unterschreitung wären an Hochtief als Bonus auszuzahlen. Da die Aufrechnung der Medienverbräuche für das Jahr 2020, aufgrund der Abhängigkeit von Dritten noch nicht erfolgt ist, wird auf der Basis der Abrechnungsdaten Jahr 2018 u. Jahr 2019 angenommen, dass es zu einem Minderverbrauch gegenüber der Mediengarantie kommt und somit 7 T€ am Hochtief zu erstatten sind.

Weiterhin ist der Aufragnehmer nach der Musterkalkulation des PPP-Projektvertrages (Anlage 57.4 ii) berechtigt, auf eigene Rechnung und nach vorheriger Abstimmung mit der Stadt und dem jeweiligen Energieversorgungsunternehmen, in Verbindung mit dem durchgeführten Auftragnehmer eigenen energetischen Sanierungsmaßnahmen, die Anschlusswerte für fernwärmeversorgte Objekte anzupassen. Ergibt sich aus der Verringerung der Anschlusswerte ein niedriger Grundpreis für die Fernwärmeversorgung, ohne dass dies gleichzeitig zu einer Erhöhung des Abnahme- bzw. Arbeitspreises für die Fernwärmeversorgung führt, so stehen die sich daraus nachweislich ergebenden Minderkosten dem Auftragnehmer zu. Aufgrund von im Rahmen der laufenden Sanierung durchgeführten energetischen Sanierungsmaßnahmen, die über das vereinbarte Vertragssoll (Zielhorizonte) hinausgingen, konnten als Ergebnis dieser energetischen Sanierungen die Fernwärmeanschlussleistungen reduziert werden. Da auch hier, aufgrund der Abhängigkeit von Dritten eine Aufrechnung noch nicht erfolgt ist, wird auf der Basis der Abrechnungsdaten Jahr 2018 u. 2019 ebenfalls angenommen, dass es zu einer Erstattung von 114 T€ an Hochtief kommt. Unter Berücksichtigung des angenommenen Bonus aus den Medienverbräuchen in Höhe von 7 T€ und der angenommenen Erstattung von 114 T€ wären auf der Basis der angenommenen Zahlen 121 T€ aus dem Haushalt der Kernverwaltung zu erstatten.

Die wesentlichen Anteile der Aufwendungen entfallen auf die Betriebskosten, die an die Stadt zu leistenden Pachtzahlungen und die Personalkosten. Die in 2017 durchgeführte Organisationsuntersuchung hat den Bedarf von 44,7 zusätzlichen Stellen zur Aufgabenerledigung der Sonderrechnung ermittelt. Mit der Besetzung dieser Stellen wurde in 2018 begonnen. Allerdings konnten trotz wiederholter Stellenausschreibungen nicht alle Stellenbesetzungsverfahren erfolgreich abgeschlossen werden. Auch aufgrund der zusätzlichen Personalfluktuation sind weiterhin noch nicht alle Stellen besetzt.
Im Aufwandsbereich ist die Höhe der gemäß Pachtvertrag durchzuführenden Instandhaltungsaufwendungen maßgebend. In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass der Instandhaltungsbedarf für die vom FB 65 im Auftrag der Stadt verwalteten Flächen stark angestiegen ist. Dies zeigt sich auch an den in den letzten drei Jahren stark gestiegenen Instandhaltungsaufwendungen und den damit z.T. verbundenen hohen Rückstellungsbetrag für unterlassene Instandhaltung. Dieser ist in den letzten drei Jahren auf insgesamt rd. 2,9 Mio. Euro angestiegen. Rückstellungen für im Haushaltsjahr unterlassene Instandhaltung sind zum Abschlusstag wertmäßig zu beziffern und innerhalb von drei folgenden Haushaltsjahren umzusetzen.

3.4 Haushaltsreste

Gem. § 20 KomHKVO können sowohl Ermächtigungen für Aufwendungen und für Investitionen auf das nächste Haushaltsjahr übertragen werden. In der Sonderrechnung werden Haushaltsreste für Aufwendungen und damit verbundene Auszahlungen in Höhe von 247.400 Euro übertragen. Weiterhin werden Haushaltsreste für Auszahlungen für noch nicht abgeschlossene Investitionsmaßnahmen in Höhe von 200.000 Euro übertragen. Gem. § 55 Abs. 4 KomHKVO sind unter der Bilanz die Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre zu vermerken, sofern sie nicht auf der Passivseite auszuweisen sind.

4. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

In 2020 betrugen die Vorräte 969 TEuro (Vorjahr: 714 TEuro) Die teilfertigen Leistungen werden in der Bilanz unter den Vorräten als Teil des Anlagevermögens abgebildet und betrugen 926 TEuro (Vorjahr: 671 TEuro). Die teilfertigen Leistungen betreffen Einzelaufträge anderer Organisationseinheiten, die zum Jahresabschluss ausgeführt, aber noch nicht berechnet wurden. Die Buchwerte zum 31.12.2020 für das übrige Anlagevermögen betragen rund 507 TEuro und teilen sich auf Dienstfahrzeuge, Lagerbestände, Software-Lizenzen sowie Büro- und Geschäftsausstattung auf.

Zum 31.12.2020 ist der Ausweis der Forderungen gegen die Stadt Braunschweig im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Die ausstehenden Eingangsrechnungen aus dem Baubereich wurden als Rückstellungen bei der Sonderrechnung erfasst und gegenüber der Stadt Braunschweig in gleicher Höhe als Forderung ausgewiesen. Insgesamt sind die Forderungen im Vergleich zum Vorjahr um rund 3,0 Mio. Euro gestiegen.

Die Forderungen aus den Betriebskosten sind gegenüber dem Vorjahr um rd. 1,0 Mio. Euro auf rd. 4,5 Mio. Euro gestiegen. Bestehende Rückstellungen für die Gebäudeinstandhaltung wurden abgebaut, herabgesetzt bzw. aufgelöst. Insgesamt wurden rd. 2,1 Mio. Euro an vorhandenen Rückstellungen abgearbeitet und es wurden für rd. 2,4 Mio. Euro neue Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung gebildet. Grundlage für die Bildung dieser Rückstellung sind vorliegende Mängelmeldungen und die Kostenschätzungen zur Beseitigung dieser Mängel.

5. Wesentliche finanzwirtschaftliche Risiken für die Aufgabenerfüllung

Die Sonderrechnung ist im Auftrage der Kernverwaltung für die Umsetzung von Hochbaumaßnahmen zuständig. Die Erstattung der tatsächlichen Kosten erfolgt durch den städtischen Haushalt.

Darüber hinaus ist die Sonderrechnung mit der Bewirtschaftung der Gebäude der Stadt beauftragt. Die in diesem Zusammenhang anfallenden Betriebskosten werden von den nutzenden Organisationseinheiten erstattet. Die daneben anfallenden Instandhaltungsaufwendungen zur Aufrechterhaltung der Betriebs- und Verkehrssicherheit der Gebäude sind jedoch aus Mitteln der Sonderrechnung zu bestreiten, insbesondere aus der Differenz zwischen Pachtaufwand und Mieterlösen.

Der Ausgleich von Fehlbeträgen aus dem ordentlichen Ergebnis kann gem. § 24 Abs. 1 KomHKVO mit Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses erfolgen. Ein verbleibender Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses kann mit einem Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses oder durch eine Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses gedeckt werden. In 2020 wurde vor Berücksichtigung des Zuschusses durch die Stadt Braunschweig ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 491 TEuro im ordentlichen Ergebnis realisiert. Im außerordentlichen Ergebnisse wurde ein positives Ergebnis in Höhe von 905 TEuro erreicht. Nach Berücksichtigung des von der Stadt Braunschweig gezahlten Zuschusses in Höhe von 325 TEuro, wird ein Jahresergebnis in Höhe von rd. 739 TEuro ausgewiesen.

Rechtliche, steuerliche und wirtschaftliche Verhältnisse

1. Rechtliche Grundlagen

Vorjahresabschlüsse

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 wurde vom Rat der Stadt Braunschweig am 13. Juli 2021 beschlossen.

Grundlagen der Sonderrechnung

Grundlage für die Sonderrechnung ist neben den Vorschriften des NKomVG die KomEinrVO sowie die KomHKVO.

Firma, Sitz

Stadt Braunschweig, Sonderrechnung Fachbereich 65, Hochbau und Gebäudemanagement, Braunschweig.

Organisatorische Eingliederung

Die Sonderrechnung wird als optimierter Regiebetrieb mit Sonderrechnung geführt und ist vollständig in die Organisation der allgemeinen Verwaltung der Stadt Braunschweig integriert. Sie ist formalrechtlich kein Sondervermögen im Sinne des § 130 NKomVG der Stadt, wird aber auf Grund der wirtschaftlichen Verselbstständigung i.S.d. § 139 Abs. 1 i.V.m. § 136 Abs. 3 NKomVG als solches behandelt.

Satzung

Haushaltssatzung der Stadt Braunschweig für das Haushaltsjahr 2020 vom 18. Februar 2020.

Gegenstand der Sonderrechnung

Gegenstand der Sonderrechnung ist die Bewirtschaftung von Gebäuden und Liegenschaften der Stadt Braunschweig und der Neu-, Um- und Ausbau sowie die Unterhaltung von Gebäuden.

Die Sonderrechnung verfolgt keine Gewinnerzielungsabsicht.

Leitung der Sonderrechnung

Die fachliche Leitung der Sonderrechnung erfolgt durch Herrn Wilhelm Eckermann, Braunschweig.

2. Steuerliche Verhältnisse

Die Sonderrechnung gehört nicht zu den Betrieben gewerblicher Art von juristischen Personen des öffentlichen Rechts im Sinne des Körperschaftssteuergesetzes (§ 4 Abs. 1 bis 3 i. V. m. Abs. 5 KStG), zu den Gewerbebetrieben im Sinne des Gewerbesteuergesetzes (§ 2 Abs. 1 Satz 1 GewStG i. V. m. § 2 Abs. 2 GewStDV und § 15 Abs. 2 EStG) und ist auch nicht gewerblich oder beruflich tätig im Sinne des Umsatzsteuergesetzes (§ 2 Abs. 3 Satz 1 UStG). Es besteht daher keine Körperschaft-, Gewerbe- und Umsatzsteuerpflicht.

3. Wirtschaftliche Grundlagen

Wichtige Verträge

Pachtvertrag zwischen der Stadt Braunschweig (Verpächterin) und dem Fachbereich 65 vom 04. August 2006. Nach diesem Vertrag pachtet der Fachbereich 65 den gesamten Gebäude- und Liegenschaftsbestand der Stadt Braunschweig. Der Vertrag beginnt mit dem 01. Januar 2005 und hat eine Laufzeit von 20 Jahren. Der Pachtzins beträgt zum Zeitpunkt der Übertragung Mio. € 18 p.a. und ändert sich gemäß § 6 Abs. 3 durch Veränderungen der Pachtobjekte. Die Pächterin vermietet ihrerseits die Gebäude an die jeweilig nutzenden Organisationseinheiten der Stadt Braunschweig.

Die Auftraggeber beauftragen die Stadt Braunschweig mit der Verwaltung und der Organisation der Bauunterhaltung von Gebäuden und den dazugehörigen Grundstücken. Die Wahrnehmung der nach Maßgabe dieses Vertrages übertragenen Aufgaben erfolgt durch den Fachbereich 65 der Stadt Braunschweig.

Die Gebäude und die dazugehörigen Grundstücke, mit deren Verwaltung die Stadt beauftragt wird (Verwaltungsobjekte), ergeben sich aus einer **Anlage zum Vertrag**, die Bestandteil des Vertrages ist.

Die Stadt verpflichtet sich, die Verwaltungsobjekte mit der Sorgfalt eines ordentlichen Verwalters zu verwalten und im Interesse des Auftraggebers die kaufmännische und technische Verwaltung, Instandhaltungs-, Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen sowie darüber hinausgehende Verwaltungsaufgaben und Baumaßnahmen nach Maßgabe dieses Vertrags wahrzunehmen.

Anlage 9

Beteiligungsbericht

Stadt Braunschweig

26. Beteiligungsbericht

Anlage zum Haushaltsplan 2023/2024

Impressum

26. Beteiligungsbericht der Stadt Braunschweig

Beteiligungsbericht der Stadt Braunschweig gemäß § 151 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG). Dieser Beteiligungsbericht ist Anlage zum Haushaltsplan 2023/2024 der Stadt Braunschweig gemäß § 1 Abs. 2 S. 1 Nr. 10 der Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans sowie die Abwicklung der Kassengeschäfte der Kommunen (KomHKVO).

Hinweis zur gendergerechten Sprache

Zur Förderung einer besseren Lesbarkeit wird nachfolgend für Personen und Personenbezeichnungen vorwiegend das generische Maskulinum verwendet, ohne damit eine Wertung implizieren zu wollen. Es sind stets alle Menschen – unabhängig von Geschlecht oder Geschlechtsidentität – angesprochen.

Hinweis zum Umgang mit Rundungsdifferenzen

Aufgrund der gewählten Darstellungsweise kann es vorkommen, dass die dargestellten Zahlenangaben von den tatsächlichen Werten marginal abweichen.

Datenstand

Berichtsjahr ist das Geschäftsjahr 2021 (Bilanzstichtag: 31. Dezember 2021).

Redaktionsschluss

17. Februar 2023

Redaktion

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister
Fachbereich Finanzen
Abteilung Haushalt, Beteiligungen
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

☎ +49 531 470-25 84 (Tel.)
☎ +49 531 470-25 82 (Fax)
✉ fbfinanzen@braunschweig.de

Internet

www.braunschweig.de

© Stadt Braunschweig 2023

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Vervielfältigungen – auch auszugsweise – sind nur auf Grundlage einer vorherigen Genehmigung durch die Stadt Braunschweig unter Angabe der Quelle zulässig.

Vorwort

„Die Stadt Braunschweig nimmt einen wesentlichen Teil ihrer Aufgaben außerhalb der Kernverwaltung durch Unternehmen des privaten Rechts wahr. Mit dem Beteiligungsbericht 2023 informiert die Stadt Braunschweig nunmehr zum 26. Mal in Folge über ihr Beteiligungsportfolio und stellt das umfangreiche Leistungsspektrum der dazugehörigen Unternehmen des privaten Rechts dar. Der Beteiligungsbericht richtet sich als Informationsinstrument sowohl an die städtischen Entscheidungsträger als auch an die interessierte Öffentlichkeit. Zum Stichtag des Berichtsjahres (31. Dezember 2021) ist die Stadt Braunschweig Eigentümerin von 6 Eigengesellschaften und an 29 weiteren Unternehmen direkt oder indirekt zu mindestens 25 % beteiligt. Mit ihrem Beteiligungsportfolio leistet die Stadt Braunschweig einen wesentlichen Beitrag für die öffentliche Daseinsvorsorge.

Mit der diesjährigen Fortschreibung des Beteiligungsberichtes wurden zahlreiche Optimierungen gegenüber der Vorjahresversion vorgenommen:

Lesezeichen und ein mit Verlinkungen versehenes und optisch überarbeitetes Inhaltsverzeichnis ermöglichen so beispielsweise eine noch schnellere digitale Navigation; im selben Zuge ist der Beteiligungsbericht um ein Abkürzungs- und Abbildungsverzeichnis erweitert worden. Darüber hinaus haben die zahlreichen Diagramme und Grafiken eine Modernisierung erfahren. Zum besseren Verständnis sind stellenweise Ergänzungen um erläuternde Fußnoten erfolgt. Da die Inhalte des Beteiligungsberichtes teilweise untereinander auf sich selbst verweisen, wurden digital auswählbare Verlinkungen erstellt, die an der gepunkteten Unterstreichung zu erkennen sind. Gleichzeitig wurde darauf geachtet, an der bewährten Struktur des Beteiligungsberichtes festzuhalten, um erfahrenen Leserinnen und Lesern den gewohnten Lesekomfort zu bieten. Neuen Leserinnen und Lesern wird folgende Vorgehensweise empfohlen, um den Beteiligungsbericht in seiner Tiefe zu durchdringen:

Um sich mit den rechtlichen Rahmenbedingungen des Beteiligungsberichtes vertraut zu machen, sollte zunächst die Einleitung gelesen werden (S. 1). Anschließend empfiehlt es sich, durch einen Blick in das zweite Kapitel einen Überblick über das Beteiligungsportfolio der Stadt Braunschweig „aus der Vogelperspektive“ zu erlangen (s. „Beteiligungsportfolio im Überblick“, S. 2 f.). Im Beteiligungsbericht werden darüber hinaus Fachbegriffe und betriebswirtschaftliche Kennzahlen aufgegriffen; abhängig von den individuellen Voraussetzungen, kann daher das Lesen der Erläuterungen geboten sein (S. 5). Das vierte Kapitel – „Einzelübersichten zu den Gesellschaften“ (S. 6 ff.) – stellt den Schwerpunkt des Beteiligungsberichtes dar, indem hierin pflichtige – und darüber hinausgehende – Informationen zu den einzelnen Gesellschaften dargestellt werden. Für die Beschäftigung mit dem vierten Kapitel ist es empfehlenswert, zunächst mit der ersten Seite zu beginnen (s. „Einzelübersichten zu den Gesellschaften“, S. 6): In der auf dieser Seite befindlichen Darstellung wird beschrieben, welchem allgemeinen Aufbau die Einzelübersichten folgen. Das darauffolgende Lesen der Einzelübersichten kann entweder fortlaufend oder auszugsweise geschehen. Bei der Erstellung des Beteiligungsberichtes wurde darauf geachtet, dass einzelne Inhalte auch bei isolierter Betrachtung aussagekräftig bleiben.

Ich freue mich, wenn diese Optimierungen dazu beitragen, eine immer komplexer werdende Konzernstruktur allgemeinverständlich zu erklären und Ihr Interesse an einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit unserem Beteiligungsportfolio verstärken.“

Braunschweig, Februar 2023

Christian A. Geiger

Erster Stadtrat und Finanz- und Feuerwehrdezernent

Inhaltsverzeichnis

Vorwort III
Abkürzungsverzeichnis V
Abbildungsverzeichnis VI

1. Einleitung 1
2. Beteiligungsportfolio im Überblick 2
3. Erläuterungen 5
4. Einzelübersichten zu den Gesellschaften (siehe nachfolgende Aufstellung) 6

Eigengesellschaften

Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH 7
- Braunschweiger Verkehrs-GmbH 16
- Braunschweiger Bus- und Bahnbetriebsgesellschaft mbH 23
- Kraftverkehr Mundstock GmbH 24
- Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH 28
- Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH 37
- BS|ENERGY 42
- Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH 50

Struktur-Förderung Braunschweig GmbH 57
Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH 62
Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH 67
Braunschweig Stadtmarketing GmbH 76
Volkshochschule Braunschweig GmbH 82

Mehrheitsbeteiligungen

Braunschweig Zukunft GmbH 90
Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig 96
Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH 102

Minderheitsbeteiligungen und sonstige Aufgabenträger

ITEBO Informationstechnologie Emsland Bentheim Osnabrück GmbH 107
Energiegenossenschaft Braunschweiger Land eG 112
Allianz für die Region GmbH 115
Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH 119
PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH 122
Nordzucker Holding AG 123
Nordzucker AG 123
Regionalverband Großraum Braunschweig 124

Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft
AGVO	Allgemeine Gruppen-freistellungsverordnung
BauGB	Baugesetzbuch
BBBG	Braunschweiger Bus- und Bahnbetriebsgesellschaft mbH
BSP	Braunschweiger Parken GmbH
BSVG	Braunschweiger Verkehrs-GmbH
BSZ	Braunschweig Zukunft GmbH
BuGAV	Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag
BVAG	Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG
BVVAG	Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG
CWG	Cremlinger Wohnungsbau GmbH
DAWI	Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse
ders.	derselbe Autor
DRG (aG-DRG)	diagnosebezogene Fallgruppe (engl. *Diagnosis Related Group*)
DS	Drucksache
DSM/Ströer	Ströer Deutsche Städte Medien GmbH
e. V.	eingetragener Verein
EAV	Einnahme-Aufteilungs-Verfahren
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EG	Europäische Gemeinschaft
eG (e. G.)	eingetragene Genossenschaft
E-Government	Electronic Government
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz
EU	Europäische Union
Eurostat	Statistisches Amt der Europäischen Region
f. (ff.)	und die (fort-)folgende(n) Seite(n)
FBWG	Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GenG	Genossenschaftsgesetz (Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften)
GGB	Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH
GmbH (gGmbH)	(gemeinnützige) Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GrBraunZw VerbBildG ND	Gesetz über den Regionalverband „Großraum Braunschweig" (nichtamtliche Abkürzung)
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
GVFG	Gemeindeverkehrs-finanzierungsgesetz
GWB	Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen
GWh	Gigawattstunde
HBG	Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH
HGB	Handelsgesetzbuch
i. e.	lat. *id est* (das ist, das heißt)
IT	Informationstechnik
ITEBO	ITEBO Informationstechnologie Emsland Bentheim Osnabrück GmbH
ITEBS	ITEBS Informationstechnologie Braunschweig GmbH
KG	Kommanditgesellschaft
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KHBV	Krankenhaus-buchführungsverordnung
KHG	Krankenhausfinanzierungsgesetz
KMU	kleine und mittlere Unternehmen
KomHKVO	Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung
KVM	Kraftverkehr Mundstock GmbH
kWh	Kilowattstunde
LG	Landgericht
lit.	Buchstabe (lat. *littera*)
LNVG	Landesnahverkehrs-gesellschaft GmbH
LuftVG	Luftverkehrsgesetz
MNS	Magdeburg Nutzfahrzeug-Service GmbH
MNS	Magdeburg Nutzfahrzeug-Service GmbH
MR	Mundstock Reisen GmbH
MWh	Megawattstunde
NiWo	Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig
NKHG	Niedersächsisches Krankenhausgesetz
NKomVG	Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz
NNVG	Niedersächsisches Nahverkehrsgesetz
Nr. (Nrn.)	Nummer(n)
NROG	Niedersächsisches Raumordnungsgesetz
öDA	öffentlicher Dienstleistungsauftrag
ÖPNV	öffentlicher Personennahverkehr
p. a.	pro Jahr (lat. *per annum*)
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
PD	Partnerschaft Deutschland
PVG	Peiner Verkehrsgesellschaft GmbH
RegG	Regionalisierungsgesetz
Regionalverband	Regionalverband Großraum Braunschweig
ReTraSON	Regionales Transformationsnetzwerk Südostniedersachsen
S.	Seite
s. (s. o.)	siehe (oben)
s.p.A.	ital. *Società per azioni* (Rechtsform für Aktiengesellschaften in Italien)
SBBG	Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH
SFB	Struktur-Förderung Braunschweig GmbH
SKBS	Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH (Eigenschreibweise: skbs)
SPNV	Schienenpersonennahverkehr (öffentlichen Personennahverkehr auf Schiene)
Stadtbad-GmbH	Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH
Stadthallen-GmbH	Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH
stellv.	stellvertretend
T€	1.000 € („Tausend-Euro")
TU Braunschweig	Technische Universität Braunschweig
VBL	Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder
VO	Verordnung
VOBA (Volksbank BraWo)	Volksbank eG Braunschweig Wolfsburg
VRB(-GmbH)	Verkehrsverbund Region Braunschweig (GmbH)
Wohnstätten-GmbH	Wohnstätten-Gesellschaft mit beschränkter Haftung
ZGB	Zweckverbande Großraum Braunschweig (jetzt *Regionalverband Großraum Braunschweig*)

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Konzern *Stadt Braunschweig (eigene Darstellung)*. 4
Abb. 2: Konzernstruktur SBBG *(eigene Darstellung)*. 9
Abb. 3: Struktur der Unternehmensgruppe Mundstock *(eigene Darstellung)*..... 25
Abb. 4: Konzernstruktur BS|ENERGY *(eigene Darstellung)*. 42
Abb. 5: Konzernstruktur Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH *(eigene Darstellung)*. 68
Abb. 6: Struktur der VHS-Gruppe *(eigene Darstellung)*. 83
Abb. 7: Beteiligungen Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig *(eigene Darstellung)*..... 97

* * *

1. Einleitung

Zum besseren Verständnis der Funktion des Beteiligungsberichtes werden nachfolgend dessen maßgebliche rechtliche Rahmenbedingungen im Frage-Antwort-Stil erläutert.

Warum darf die Stadt Braunschweig sich wirtschaftlich betätigen?

Die Stadt Braunschweig erbringt ihre Leistungen nicht länger ausschließlich durch städtische Fachbereiche und Referate (sog. Kernverwaltung), sondern ist – den Reformbestrebungen des **New Public Management** folgend – dazu übergegangen, privatrechtliche Gesellschaften zu gründen oder sich an ihnen zu beteiligen. Diese Gesellschaften leisten in für das Gemeinwohl essentiellen Bereichen wie Bildung, Gesundheit, Kultur, Stadtmarketing, Verkehr, Versorgung, Wirtschaftsförderung und Wohnungsbau einen unverzichtbaren Beitrag zur kommunalen Daseinsvorsorge.

Die gesetzliche Legitimation zur Gründung und/oder Beteiligung der Stadt Braunschweig an privatrechtlichen Unternehmen ergibt sich aus der **kommunalen Selbstverwaltungsgarantie** des Grundgesetzes (GG), die hinsichtlich der wirtschaftlichen Betätigung durch den dritten Abschnitt des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) konkretisiert wird (s. Art. 28 Abs. 2 GG; § 136–152 NKomVG). Die Führung und/oder Beteiligung an privatrechtlichen Unternehmen setzt dabei jedoch insbesondere voraus, dass (1) der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt, (2) das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Kommune und zum voraussichtlichen Bedarf steht und (3) der öffentliche Zweck nicht besser und wirtschaftlicher durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann (sog. **Schrankentrias**, s. §§ 137 Abs. 1 Nr. 1, 136 Abs. 1 NKomVG).

Welche Funktion erfüllt der Beteiligungsbericht?

Das niedersächsische Kommunalrecht schreibt den Kommunen seit dem 1. November 1996 vor, zur Verbesserung der Transparenz einen Bericht über ihre privatrechtlichen Unternehmen und Einrichtungen und ihrer Beteiligungen daran sowie über ihre kommunalen Anstalten zu erstellen und jährlich fortzuschreiben. Seit dem 1. November 2011 regelt § 151 NKomVG die Anforderungen an den Beteiligungsbericht. Mit dem 26. Beteiligungsbericht stellt die Stadt Braunschweig ein entsprechendes Informationsinstrument zur Verfügung. Der Beteiligungsbericht ist Anlage zum Haushaltsplan 2023/2024; die Einsichtnahme ist jedermann gestattet. Die Stadt Braunschweig macht nicht von der Möglichkeit Gebrauch, den Beteiligungsbericht durch den konsolidierten Gesamtabschluss zu ersetzen, da sich dieses Instrument seit mehr als zwei Jahrzehnten bewährt hat (s. § 128 Abs. 6 S. 4 NKomVG). Neben dem konsolidierten Gesamtabschluss wird somit weiterhin der Beteiligungsbericht veröffentlicht.

Welche Aufgaben übernimmt das Beteiligungsmanagement?

Die Stadt Braunschweig nimmt das Beteiligungsmanagement nach Maßgabe des § 150 NKomVG im Hinblick auf die Einhaltung des zu erfüllenden öffentlichen Zwecks zentral durch den Fachbereich Finanzen wahr; das Beteiligungsmanagement umfasst mit der **Beteiligungsverwaltung**, dem **Beteiligungscontrolling** und der **Mandatsträgerbetreuung** drei wesentliche Aspekte. So sind beispielsweise die Pflege der gesellschaftsrechtlichen Stammdaten, die Erstellung von Beschlussvorlagen und die Sicherstellung der Gesetzeskonformität des Handels (z. B. im Rahmen des EU-Beihilferechts) der Beteiligungsverwaltung zugeordnet. Im Beteiligungscontrolling wurde u. a. ein Berichtswesen implementiert, das auf Basis quartalsweiser Berichterstattung durch die Gesellschaften deren wirtschaftlicher Sicherung dient. Darüber hinaus nimmt das Beteiligungsmanagement mit der Mandatsträgerbetreuung eine Schnittstellenfunktion zwischen den städtischen Akteuren und den Gesellschaften wahr und bearbeitet beispielsweise die Entsendung von städtischen Vertretern in Gesellschaftsorgane (z. B. Gesellschafterversammlungen und Aufsichtsräte) und führt entsprechende Schulungen durch. Zur Sicherstellung der Einhaltung des jeweiligen öffentlichen Zwecks führt das Beteiligungsmanagement sowohl regelmäßig als auch anlassbezogene Gespräche mit den Gesellschaften durch und wertet vorhandene Informationen aus oder fordert diese an, um hieraus einen eventuellen Steuerungsbedarf abzuleiten.

2. Beteiligungsportfolio im Überblick

Dieses Kapitel gibt einen Überblick über das Beteiligungsportfolio der Stadt Braunschweig. Auf der nachfolgenden Seite befindet sich eine **tabellarische Übersicht**, der die städtischen Eigen- und Beteiligungsgesellschaften zu entnehmen sind. Es werden alle Beteiligungsgesellschaften einschließlich des zweiten Grades abgebildet, an denen die Stadt Braunschweig unmittelbar oder mittelbar zu mindestens 25 % beteiligt ist (s. „Geschäftsanteile der Stadt Braunschweig“, S. 3). Es wird darauf hingewiesen, dass es sich bei der zum Konzern Stadt Braunschweig zugehörigen *Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH* (SBBG) um eine Holdinggesellschaft handelt, an der die Stadt Braunschweig direkt und zu 100 % beteiligt ist.

Die auf die tabellarische Übersicht folgende Grafik stellt das Beteiligungsportfolio in Form eines **Organigramms** dar. Dabei fließen auch Unternehmen und Einrichtungen in die Darstellungen ein, die nicht in der tabellarischen Übersicht bzw. im Beteiligungsbericht zu finden sind (s. „Konzern Stadt Braunschweig“, S. 4 f.). Im Organigramm sind die Gesellschaften verschiedenen Gruppen zugeordnet:

Gruppe	Anteil der Stadt Braunschweig
Eigengesellschaften	100 %
Beteiligungsgesellschaften	weniger als 100 %
• Mehrheitsbeteiligungen (> 50 %)	mehr als 50 % bei weniger als 100 %
• Minderheitsbeteiligungen (> 25 %)	mehr als 25 % bei bis zu 50 %
• Minderheitsbeteiligungen (< 25 %)	weniger als oder genau 25 %

Eigengesellschaften sind diejenigen Gesellschaften, an denen die Stadt Braunschweig als alleinige Gesellschafterin – und somit direkt und zu 100 % – beteiligt ist. Charakteristisch für die **Beteiligungsgesellschaften** ist hingegen, dass an ihnen – neben der Stadt Braunschweig – weitere Gesellschafter beteiligt sind. An einigen Gesellschaften ist die Stadt Braunschweig auf zweifache Weise beteiligt: Zum einen beteiligt sie sich an einigen Gesellschaften direkt, während sie an diesen Gesellschaften gleichzeitig indirekt über die SBBG – an der die Stadt Braunschweig wiederum 100 % der Anteile hält (s. o.) – beteiligt ist. Die betroffenen Gesellschaften sind im Organigramm entsprechend gekennzeichnet.

Datenstand

Februar 2023

(Fortsetzung ab nächster Seite)

Geschäftsanteile der Stadt Braunschweig

Gesellschaft	Stamm-/Grund-Kapital	Geschäftsanteil	
Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH	32.724.000,00 €	100,00 %	32.724.000,00 €
—Braunschweiger Verkehrs-GmbH	17.938.432,00 €	100,00 %	17.938.432,00 €
—Kraftverkehr Mundstock GmbH	312.000,00 €	100,00 %	312.000,00 €
—Braunschweiger Bus- und Bahnbetriebsgesellschaft mbH	26.000,00 €	100,00 %	26.000,00 €
—Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH (s. u.)[1, 2]	1.481.212,58 €	94,90 %	1.405.670,74 €
—Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH (s. u.)[2]	1.022.600,00 €	94,90 %	970.400,00 €
—Stadthalle Braunschweig Betriebs-GmbH (s. u.)[2]	26.000,00 €	94,81 %	24.650,00 €
—Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig (s. u.)[3]	7.670.000,00 €	44,10 %	3.382.500,00 €
—Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG	61.440.000,00 €	25,10 %	15.421.440,00 €
—Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG	1.600.000,00 €	25,10 %	401.600,00 €
Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH (SKBS)	18.450.000,00 €	100,00 %	18.450.000,00 €
—Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH	25.650,00 €	100,00 %	25.650,00 €
—Klinikum Braunschweig Textilservice GmbH	26.000,00 €	100,00 %	26.000,00 €
—Medizinische Versorgungszentren am SKBS GmbH	300.000,00 €	100,00 %	300.000,00 €
—Bistro Klinikum Braunschweig GmbH	25.000,00 €	100,00 %	25.000,00 €
—skbs.digital GmbH	25.000,00 €	100,00 %	25.000,00 €
Struktur-Förderung Braunschweig GmbH	500.000,00 €	100,00 %	500.000,00 €
—Braunschweiger Parken GmbH	25.000,00 €	25,00 %	6.250,00 €
Braunschweig Stadtmarketing GmbH	25.000,00 €	100,00 %	25.000,00 €
—Haus der Wissenschaft GmbH	25.000,00 €	25,20 %	6.300,00 €
Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH	25.000,00 €	100,00 %	25.000,00 €
Volkshochschule Braunschweig GmbH	25.000,00 €	100,00 %	25.000,00 €
—VHS Arbeit und Beruf GmbH	25.000,00 €	100,00 %	25.000,00 €
—Haus der Familie GmbH	25.000,00 €	100,00 %	25.000,00 €
Braunschweig Zukunft GmbH	26.000,00 €	51,15 %	13.300,00 €
Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig[3]	7.670.000,00 €	45,90 %	3.520.500,00 €
—Wohnstätten-GmbH	520.000,00 €	100,00 %	520.000,00 €
Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH[4]	608.400,00 €	42,64 %	259.400,00 €
ITEBO Informationstechnologie Emsland Bentheim Osnabrück GmbH	300.000,00 €	25,83 %	77.500,00 €
Energiegenossenschaft Braunschweiger Land eG[5]	501.000,00 €	19,96 %	100.000,00 €
Allianz für die Region GmbH	27.600,00 €	13,41 %	3.700,00 €
Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH	25.000,00 €	5,20 %	1.300,00 €
Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH[2]	26.000,00 €	5,19 %	1.350,00 €
Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH[2]	1.022.600,00 €	5,10 %	52.200,00 €
Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH[1, 2]	1.481.212,58 €	5,10 %	75.541,84 €
PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH	2.004.000,00 €	0,15 %	3.000,00 €
Nordzucker Holding AG	99.993.942,83 €	0,03 %	28.152,40 €
Nordzucker AG	123.651.328,00 €	0,0003 %	378,88 €

1 Im Gesellschaftsvertrag erfolgt die Darstellung des Stammkapitals in DM; eine Anpassung ist vorgesehen.

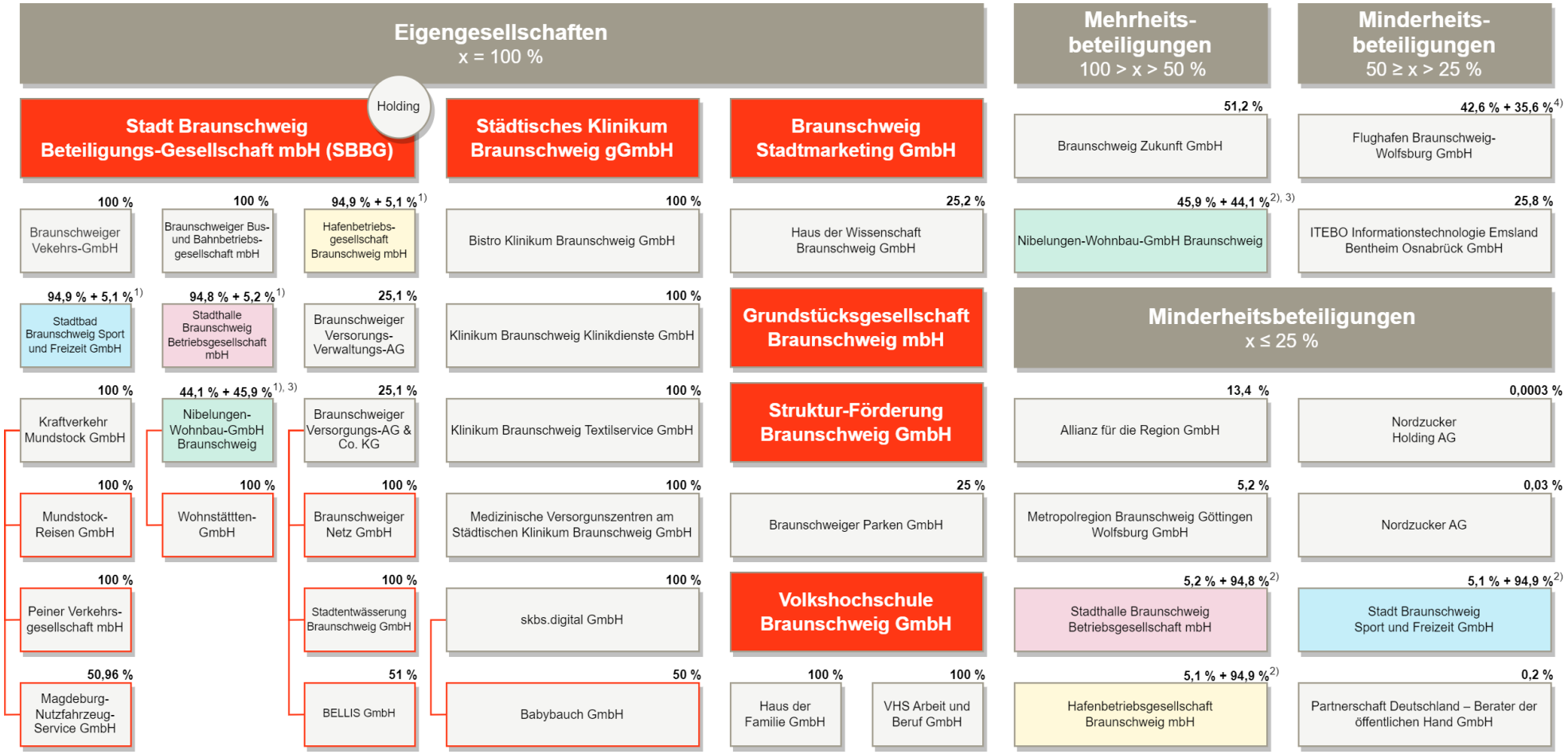
2 An der *Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH*, der *Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH* und der *Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH* halten die Stadt Braunschweig und die *Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH* insgesamt jeweils 100 %.

3 Die Anteile der Stadt Braunschweig und der *Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH* betragen zusammen 90 %. Die restlichen 10 % werden von der *Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig* selbst gehalten („eigene Anteile“).

4 Abzüglich der eigenen Anteile der *Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH* hält die Stadt Braunschweig rechnerisch 66,18 %.

5 Bei den dargestellten Geschäftsanteilen handelt es sich um Genossenschaftsanteile.

Konzern „Stadt Braunschweig“[6]



Legende: [1)] Direktanteile der Stadt Braunschweig [2)] Anteile der SBBG [3)] zzgl. Anteile der Gesellschaft (10 %) [4)] eigene Anteile: 35,6 % → rechnerische Beteiligung Stadt Braunschweig: 66,2 %; x = Geschäftsanteil der Stadt Braunschweig

Abb. 1: Konzern *Stadt Braunschweig (eigene Darstellung)*.

6 *Anmerkung:* Die Stadt Braunschweig ist an einigen Gesellschaften sowohl direkt als auch indirekt beteiligt. Diese sind an den zueinander passenden Farben zu erkennen.

3. Erläuterungen

Nachfolgend werden die im vierten Kapitel genutzten **betriebswirtschaftlichen Kennzahlen** und deren eventuelle Abweichungen von der Regeldarstellung sowie die **EU-beihilferechtskonforme Finanzierung** erläutert.

EU-beihilferechtskonforme Finanzierung

Das EU-Beihilferecht als Teil des EU-Wettbewerbsrechts hat zum Ziel, die Begünstigung bestimmter Unternehmen durch staatliche oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen zu verhindern, wenn diese den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen. Sofern die nachfolgenden fünf **Kriterien** bei einer städtischen Gesellschaft erfüllt sind, ist das Beihilferecht anwendbar: 1. Staatliche Mittel betroffen, 2. wirtschaftliche Betätigung, 3. Vorliegen einer Begünstigung, 4. Wettbewerbsverfälschung durch Begünstigung, 5. Beeinträchtigung des innergemeinschaftlichen Handels. Von der daraus folgenden Pflicht zur Notifizierung bei der EU-Kommission gibt es allerdings **Ausnahmen**:

So stellt der sog. Freistellungsbeschluss der EU-Kommission vom 20. Dezember 2011 bestimmte staatliche Beihilfen an Unternehmen von der Notifizierungspflicht frei, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) erbringen. Hierfür ist eine öffentlich-rechtliche **Betrauung** des jeweiligen Unternehmens – in den vorliegenden Fällen durch die Stadt Braunschweig – erforderlich. Die Laufzeit beträgt jeweils 10 Jahre entsprechend der EU-beihilferechtlich vorgegebenen Maximaldauer. Weitere Freistellungsmöglichkeiten für bestimmte Branchen wurden durch die **Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung** (AGVO) der EU-Kommission geschaffen. Für den ÖPNV gelten weiterhin die gesonderten Regelungen auf Grundlage der **VO (EG) 1370/2007**.

Grundsätzlich wird die EU-beihilferechtskonforme Finanzierung der Gesellschaften kontinuierlich überprüft. Darüber hinaus werden notwendige Anpassungen bei Änderungen des sich ständig fortentwickelnden EU-Beihilferechts oder aber bei Veränderungen im Geschäftsbetriebs von Gesellschaften vorgenommen.

Bilanzkennzahlen

- **Forderungen (Aktiva)**: Beinhalten auch den *aktiven Rechnungsabgrenzungsposten*.
- **Kurzfristige Verbindlichkeiten (Passiva)**: Umfassen alle innerhalb eines Jahres zu tilgenden Schuldbeträge und zusätzlich den *passiven Rechnungsabgrenzungsposten*.
- **Liquide Mittel (Aktiva)**: Umfassen den Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten.
- **Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten (Passiva)**: Haben eine Laufzeit von über einem Jahr.

Kennzahlen zur Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

- **Betriebsaufwand**: Beinhaltet den *Material*- sowie den *Personalaufwand*, die *Abschreibungen* und die *sonstigen betrieblichen Aufwendungen* (s. § 275 Abs. 2 Nrn. 5, 6, 7 und 8 Handelsgesetzbuch [HGB]).
- **Betriebsergebnis**: Saldo aus den *Betriebserträgen* und dem *Betriebsaufwand*.
- **Betriebserträge**: Beinhalten *Umsatzerlöse* (s. § 275 Abs. 2 Nr. 1 HGB) und *sonstige betriebliche Erträge* (s. § 275 Abs. 2 Nrn. 2, 3 und 4 HGB).
- **Ergebnis nach Steuern**: Gebildet durch das *Betriebsergebnis*, das *Finanzergebnis* und durch *Steuern vom Einkommen und vom Ertrag* (s. § 275 Abs. 2 Nr. 15 HGB).
- **Finanzergebnis**: Summe der Positionen *Erträge aus Beteiligungen*, *Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens*, *sonstige Zinsen und ähnliche Erträge*, *Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens* sowie *Zinsen und ähnliche Aufwendungen* (s. § 275 Abs. 2 Nrn. 9, 10, 11, 12 und 13 HGB).
- **Jahresergebnis**: *Ergebnis nach Steuern* abzüglich der *sonstigen Steuern*.
- **Sonstige betriebliche Erträge**: Beinhalten grundsätzlich *sonstige betriebliche Erträge* gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 4 HGB). Im Einzelfall sind hierin auch die Positionen *Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen* (s. § 275 Abs. 2 Nr. 2 HGB) und *andere aktivierte Eigenleistungen* (s. § 275 Abs. 2 Nr. 3 HGB) enthalten.
- **Umsatzerlöse**: Enthalten Erlöse aus dem Verkauf und der Vermietung oder Verpachtung von Produkten sowie aus der Erbringung von Dienstleistungen nach Abzug von Erlösschmälerungen Umsatzsteuer sowie sonstiger direkt mit dem Umsatz verbundener Steuern (s. § 277 Abs. 1 HGB).

4. Einzelübersichten zu den Gesellschaften

Dieses Kapitel bildet den Schwerpunkt des Beteiligungsberichtes, indem es alle **Eigen-** und die wesentlichen **Beteiligungsgesellschaften** der Stadt Braunschweig in Einzelübersichten darstellt, die jeweils die Daten des letzten festgestellten und offengelegten Jahresabschluss zugrunde legen (s. Impressum, S. 2). Darüber beinhaltet jede Einzelübersicht einen Ausblick auf die Wirtschaftsplanungen des Folgejahres.

Jede Einzelübersicht verfolgt dabei einen grundsätzlich identischen Aufbau, der sich aus der nachfolgenden Aufstellung ergibt; im Einzelfall können darstellungsbedingte Abweichungen auftreten.

Unterabschnitt(e)	Inhalt
• **Gegenstand des Unternehmens** • **Öffentlicher Zweck des Unternehmens** • **Stammkapital** • **Gesellschafter** • **Organe der Gesellschaft** • **Wichtige Verträge** • **EU-Beihilferechtskonforme Finanzierung** • **Anzahl der Arbeitnehmer**	Diese Unterabschnitte thematisieren schwerpunktmäßig die Stammdaten der jeweiligen Gesellschaft.
• **Geschäftsverlauf**	Dieser Unterabschnitt stellt den Verlauf des Berichtsjahres auf Grundlage des Jahresabschlusses schriftlich dar; hierbei wird ein besonderer Blick auf die jeweilige Ertragssituation gerichtet.
• **Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft**	Dieser Unterabschnitt gibt einen Ausblick auf die Wirtschaftsplanung für das auf das Berichtsjahr folgende Geschäftsjahr. Gleichermaßen wird die tatsächliche Entwicklung der Gesellschaft dargestellt, da die Erstellung des Beteiligungsberichtes um ein Jahr zeitverzögert stattfindet.
• **Bilanzdaten** • **GuV-Daten**	Die Bilanzdaten stellen die stichtagsbezogene Vermögenssituation der Gesellschaft dar; die Daten der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) geben Aufschluss über den Verlauf des Geschäftsjahres und den damit verbundenen Unternehmenserfolg. Die Darstellungen beziehen sich jeweils auf das Berichtsjahr und auf die vorherigen zwei Geschäftsjahre. Im Zusammenspiel mit dem Unterabschnitt „Geschäftsverlauf“ ergibt sich damit ein umfassendes Bild des Berichtsjahres.

(Fortsetzung ab nächster Seite)

Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH

Gegenstand des Unternehmens

Der gesellschaftsvertragliche Gegenstand und zentrale Aufgabenschwerpunkt des Unternehmens ist das Halten, Verwalten und die Steuerung von Beteiligungsunternehmen, die insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorge tätig sind sowie die Wahrnehmung von allen in diesem Zusammenhang relevanten Aufgaben (Beteiligungsmanagement). Unternehmensgegenstand ist außerdem die Steuerung von Bauvorhaben sowohl der Beteiligungsunternehmen als auch der Gesellschafterin Stadt Braunschweig. Weiterhin erbringt die Gesellschaft kaufmännische Dienstleistungen für die *Braunschweiger Verkehrs-GmbH* (BSVG) und nimmt immobilienwirtschaftliche Aufgaben durch die Vermietung eigener Gewerbeimmobilien wahr.

Die Gesellschaft kann sich außerdem durch Beschluss der Gesellschafterversammlung weitere, auf ihren bisherigen Aktivitäten aufbauende, Geschäftsfelder erschließen. Daneben ist die Gesellschaft zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem Gesellschaftszweck zusammenhängen und ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen oder solche Unternehmen erwerben, errichten oder pachten und Unternehmensverträge mit ihnen abschließen.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Die Gesellschaft verwaltet und hält entsprechend dem Gegenstand des Unternehmens Anteile an verschiedenen Beteiligungsunternehmen (s. „Konzernstruktur“, S. 9) im Bereich der Daseinsvorsorge und unterstützt die Gesellschafterin Stadt Braunschweig in ihren Zielen im Bereich der Daseinsvorsorge durch Bereitstellung und Betrieb von sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen öffentlichen Einrichtungen im Rahmen der Holding. Die Gesellschaft handelt grundsätzlich im Interesse der Förderung des gemeinsamen Wohls der Einwohner der Stadt Braunschweig. Durch das Beteiligungsmanagement der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr tatsächlich erfüllt wird (s. Einleitung, S. 1).

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 32.724.000 €.

Gesellschafter

Die Stadt Braunschweig ist alleinige Gesellschafterin.

Organe der Gesellschaft (Stand: Februar 2023)

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus 9 Mitgliedern. Neben den 6 vom Rat der Stadt Braunschweig entsandten bzw. benannten Mitgliedern, sind nach den Bestimmungen des Drittelbeteiligungsgesetzes 3 Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat vertreten.

Name	Funktion
Kornblum, Dr. Thorsten	**Vorsitzender**/Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig
Tanger, Volker	**stellv. Vorsitzender**/Arbeitnehmervertreter
Böttcher, Helge	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Graffstedt, Frank	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Ihbe, Annegret	Bürgermeisterin der Stadt Braunschweig
Jacksch, Ingo	Arbeitnehmervertreter
Köhler, Leonore	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Mundlos, Heidemarie	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Wacht-Muszarski, Monika	Arbeitnehmervertreterin

Geschäftsführung

Andreas Ruhe

Wichtige Verträge

Es bestehen **Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge** mit der *Braunschweiger Verkehrs-GmbH* (BSVG), der *Braunschweiger Bus- und Bahnbetriebsgesellschaft mbH* (BBBG) und der *Kraftverkehr Mundstock GmbH* (KVM) sowie ein Gewinnabführungsvertrag mit der *Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH* (HBG), die die Organgesellschaften verpflichten, ihren Gewinn in voller Höhe an die SBBG abzuführen. Im Gegenzug besteht für die *Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH* (SBBG) die Verpflichtung, Verluste auszugleichen.

Am 7. März 2016 wurde zwischen der *Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig* (NiWo) und ihren Gesellschafterinnen, der Stadt Braunschweig und der SBBG, eine **Dividendenvereinbarung** abgeschlossen. Mit dieser Vereinbarung soll ein angemessener Ausgleich zwischen den Zielsetzungen der NiWo (Sicherstellung der für ihre Aufgabenerledigung „Verwaltung des Wohnungsbestandes und Schaffung von Wohnraum“ erforderlichen Eigenkapitalausstattung) und der Gesellschafterinnen (Werthaltigkeit ihrer Anteile, angemessene Rendite zur Finanzierung des Anteilserwerbes und zum Haushaltsausgleich) erreicht sowie Planungssicherheit für alle Beteiligten geschaffen werden.

Ferner **partizipiert** die Gesellschaft an den Ergebnissen der *Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG* (BVAG).

Mit der BSVG besteht ein **Geschäftsbesorgungsvertrag**, nach dem die SBBG kaufmännische Dienstleistungen und Verwaltungsleistungen für die BSVG übernimmt. Die BSVG übernimmt ihrerseits für die SBBG das Personalmanagement.

Seit 2004 bestehen mit der *Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH* (Stadthallen-GmbH) und der *Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH* (Stadtbad-GmbH) **Vereinbarungen über die Ergebnisübernahme und die Liquiditätssicherung** im Rahmen der Beteiligungsanteile der SBBG i. H. v. 94,8 % bzw. 94,9 %.

Zwischen der SBBG, der BVAG, der *Veolia Stadtwerke Braunschweig Beteiligungs-GmbH* und der *Veolia Water Deutschland GmbH* wurde ein **Konsortialvertrag** zur Regelung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit der Anteilseigner der BVAG geschlossen. Mit der Aufnahme der Thüga-AG als weitere Gesellschafterin wurde der Konsortialvertrag erweitert. Die Thüga-AG war zunächst mittelbar an der *Braunschweiger Versorgungs-Aktiengesellschaft & Co. KG* (BS|ENERGY) und der *Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-Aktiengesellschaft* (BVVAG) beteiligt. In diesem Zusammenhang wurde eine **Beitritts- und Ergänzungsvereinbarung** zum Konsortialvertrag unterzeichnet. Die Zustimmung des Rates erfolgte in der Sitzung vom 12. Juni 2018. Weil die Komplexität der mittelbaren Transaktionsstruktur allerdings zu hohen Abstimmungsbedarfen auf allen Seiten führt, sind zwischenzeitlich unterschiedliche gesellschaftsrechtliche Maßnahmen von Veolia und Thüga umgesetzt worden, so dass nunmehr eine unmittelbare Beteiligung von Thüga an BS|ENERGY besteht. Es ist vorgesehen eine Neu- bzw. Lesefassung des Konsortialvertrages, die alle seither erfolgten Änderungen berücksichtigt, zu erstellen.

EU-beihilferechtskonforme Finanzierung

Innerhalb des SBBG-Teilkonzerns wird EU-beihilferechtlich jedes Unternehmen für sich betrachtet. Hierbei beschränken sich die Tätigkeiten der **SBBG** – soweit sie eigenständig als Unternehmen auftritt – insbesondere auf die Verwaltung des Immobilienbestandes. Sie sind somit lediglich von lokaler Bedeutung (Kriterium 5 „Beeinträchtigung des innergemeinschaftlichen Handels“ nicht erfüllt; s. „Erläuterungen“, S. 5) und fallen somit nicht unter die Regelungen des EU-Beihilferechts. Die Finanzierung durch die Gesellschafterin kann somit ohne weitere Voraussetzungen sowohl durch Verlustausgleiche als auch durch sonstige Begünstigungen erfolgen.

Anzahl der Arbeitnehmer

Im Jahresdurchschnitt 2021 beschäftigte der **SBBG-Konzern** 1.103 Arbeitnehmer (Vorjahr: 1.089). Hiervon entfielen 702 Arbeitnehmer auf die **BSVG** (Vorjahr: 685) bzw. 206 Arbeitnehmer auf den **KVM-Konzern** (Vorjahr: 208). In der **SBBG-GmbH** lag die Zahl im Jahresdurchschnitt bei 11 Arbeitnehmern (Vorjahr: 10).

Konzernstruktur (Stand: Februar 2023)[7]

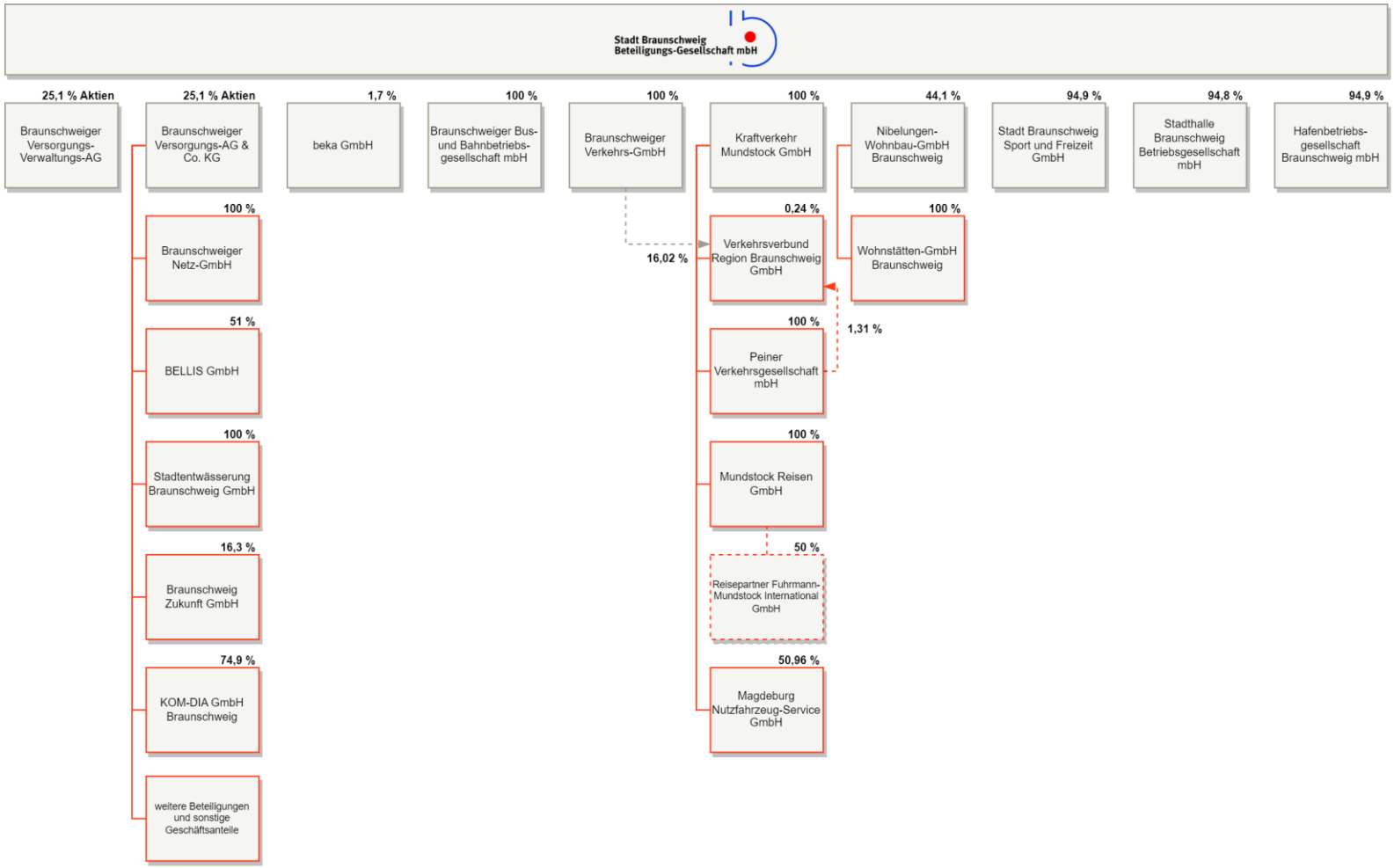


Abb. 2: Konzernstruktur SBBG *(eigene Darstellung)*.

[7] Die Prozentangaben beziehen sich auf die jeweiligen Geschäftsanteile, sofern nicht anders angegeben.

Geschäftsverlauf

Die SBBG hatte für das Geschäftsjahr 2021 ursprünglich einen Fehlbetrag i. H. v. 34,4 Mio. € geplant. Tatsächlich erwirtschaftete die SBBG im Geschäftsjahr 2021 einen Fehlbetrag in Höhe von 30,0 Mio. €, der in voller Höhe durch die Stadt Braunschweig ausgeglichen wurde. Damit ergibt sich gegenüber dem Planansatz für das Geschäftsjahr 2021 ein um 4,4 Mio. € reduzierter Verlustausgleichsbedarf.

Die COVID-19-Pandemie prägte bei dem Großteil der Beteiligungsgesellschaften auch den Verlauf im Geschäftsjahr 2021 teilweise erheblich. Keine bzw. nur unwesentliche Auswirkungen der Pandemie auf den operativen Geschäftsbetrieb sind lediglich bei der SBBG als Konzernmutter, der NiWo und der HBG zu verzeichnen. Insofern ist das Beteiligungsergebnis, das gegenüber der Wirtschaftsplanung besser ausfällt, dennoch beeinflusst worden (s. „Beteiligungsergebnis“, S. 11).

Das Beteiligungsergebnis 2021 (-29.205 T€) verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr (-31.008 T€) um 1.803 T€. Ursächlich hierfür sind insbesondere die höhere Gewinnausschüttung der BVAG (+1.753 T€), die statt der üblichen Gewinnabführung erforderlich gewordene geringere Verlustübernahme der KVM (-204 T€) sowie die um 1.084 T€ geringere Verlustausgleichszahlung an die Stadthallen-GmbH. Demgegenüber stehen eine höhere Gewinnausschüttung bzw. -abführung der NiWo (+156 T€) sowie um höhere Verlustausgleichszahlungen an die BSVG und die Stadtbad-GmbH (Delta: -1.588 T€ bzw. -178 T€). Die Gewinnausschüttung der HBG fiel um 145 T€ geringer aus.

Die Verluste der Stadtbad- und der Stadthallen-GmbH wurden zu 94,9 % bzw. 94,8 % im selben Geschäftsjahr übernommen. Am Ergebnis der BVAG ist die SBBG mit 25,1 % beteiligt. Zur Ergebnisentwicklung der einzelnen Beteiligungsgesellschaften wird auf die jeweiligen Abschnitte im Beteiligungsbericht verwiesen.

Neben dem Jahresabschluss der SBBG ist jährlich auch ein Konzernabschluss aufzustellen. Hierbei werden in einer Konzernbilanz, einer Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung und einem Konzern-Anlagespiegel alle entsprechenden Daten der vollkonsolidierten Konzerngesellschaften zusammengefasst. Dabei werden die Leistungsbeziehungen zwischen den Konzerngesellschaften eliminiert. Im Geschäftsjahr 2021 wurden neben der SBBG die BSVG, die KVM mit ihren Tochtergesellschaften *Mundstock Reisen GmbH* und *Peiner Verkehrsgesellschaft mbH*, die BBBG, die Stadthallen-GmbH, die Stadtbad-GmbH und die HBG als vollkonsolidierte Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen. Als assoziierte Unternehmen wurden die BVAG und die NiWo im Konzernabschluss 2021 berücksichtigt. Wegen ihrer untergeordneten Bedeutung wurden die *Magdeburg Nutzfahrzeug-Service GmbH* und die *Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG* (BVVAG) nicht in den Konzernabschluss 2021 einbezogen.

Für das Geschäftsjahr 2021 ergibt sich unter Berücksichtigung der von der Stadt Braunschweig erhaltenen Erträge aus Verlustübernahme (30,0 Mio. €) ein Konzernjahresfehlbetrag in Höhe von 170 T€. Aufgrund des bestehenden Gewinnvortrages (4.287 T€) und des auf die Stadt Braunschweig für die von ihr gehaltenen Gesellschaftsanteile an der Stadthallen- und der Stadtbad-GmbH entfallenden Verlustanteils i. H. v. 608 T€, ergibt sich ein Konzernbilanzgewinn von 4.725 T€.

(Fortsetzung ab nächster Seite)

Beteiligungsergebnis[8]

Das Beteiligungsergebnis der SBBG umfasst Gewinnabführungen der BVAG, der NiWo, der HBG und in der Regel auch der KVM sowie Verlustübernahmen für die BSVG, die Stadthallen-GmbH, die Stadtbad-GmbH und die BBBG.

SBBG GuV-Rechnung der GmbH	Ergebnis 2021	Delta 2021-2020	Ergebnis 2020
Betriebsergebnis SBBG	-68	+10	-78
Erträge aus Beteiligungen	**8.419**	+2.485	**5.934**
Brg. Versorgungs-AG & Co. KG	6.411	+1.753	4.658
Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig	1.816	+156	1.660
Hafenbetriebsgesellschaft Brg. mbH	396	-145	541
Kraftverkehr Mundstock GmbH	-204	+721	-925
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	**-37.624**	-682,0	**-36.942**
Brg. Bus- und Bahnbetriebsgesellschaft mbH	0	0	0
Braunschweiger Verkehrs-GmbH	-26.304	-1.588	-24.716
Stadthalle Brg. Betriebsgesellschaft mbH	-3.970	+1.084	-5.054
Stadtbad Brg. Sport und Freizeit GmbH	-7.350	-178	-7.172
Beteiligungsergebnis	**-29.205**	+1.803	**-31.008**
Zins-/Finanzergebnis	-621	+103	-724
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-155	+45	-200
Ergebnis nach Steuern	**-30.002**	+2.008	**-32.010**
Sonstige Steuern	-47	-2	-45
Jahresergebnis vor Verlustübernahme	**-30.049**	+2.006	**-32.055**
Erträge aus Verlustübernahme	30.049	-2.006	32.055
Jahresergebnis	**0**	0	**0**

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Auch in Zukunft wird das Ergebnis der SBBG hauptsächlich durch die Entwicklung ihrer Beteiligungsgesellschaften geprägt sein. Seit dem Aufbrauchen des Gewinnvortrages im Jahr 2014 ist ein dauerhafter Verlustausgleich des Konzernverlustes durch die Stadt Braunschweig erforderlich.

Der von der Gesellschafterversammlung für das Geschäftsjahr 2022 beschlossene Wirtschaftsplan sieht unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Beteiligungsgesellschaften ein Jahresergebnis von -37.796 T€ vor.

Auch im Geschäftsjahr 2022 wird die COVID-19-Pandemie Auswirkungen auf die Ergebnisse der Tochtergesellschaften der SBBG haben. Hinsichtlich des operativen Geschäfts der SBBG als Muttergesellschaft werden hierdurch – wie bereits im Geschäftsjahr 2021 – keine negativen Auswirkungen erwartet. Für nähere Erläuterungen wird auf die jeweiligen Abschnitte der Beteiligungsgesellschaften im Beteiligungsbericht verwiesen.

(Fortsetzung ab nächster Seite)

[8] Alle Angaben in T€. Die Ausschüttungen der *Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig* erfolgen um ein Jahr zeitversetzt, da kein Ergebnisabführungsvertrag besteht.

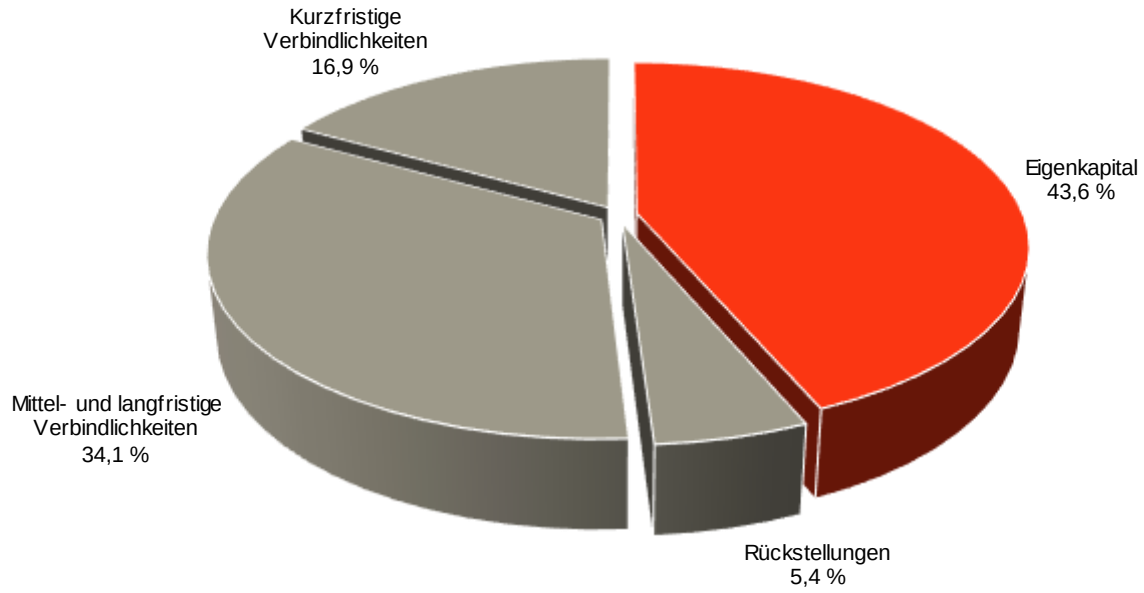
Bilanzdaten der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH

Bilanz

Aktiva	2021		2020		2019	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Sachanlagen	585	0,5	628	0,5	653	0,6
Finanzanlagen	78.894	73,0	78.395	64,3	77.931	77,1
Langfristig gebundenes Vermögen	**79.479**	**73,5**	**79.022**	**64,9**	**78.584**	**77,8**
Vorräte	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Forderungen	27.690	25,6	38.794	31,8	21.877	21,7
Liquide Mittel	972	0,9	4.021	3,3	563	0,6
Kurzfristig gebundenes Vermögen	**28.662**	**26,5**	**42.816**	**35,1**	**22.441**	**22,2**
Bilanzsumme	**108.141**	**100,0**	**121.838**	**100,0**	**101.025**	**100,0**

Passiva	2021		2020		2019	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	47.212	43,6	44.961	36,9	43.031	42,6
Rückstellungen	5.794	5,4	5.556	4,6	5.175	5,1
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	36.879	34,1	15.895	13,0	42.434	42,0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	18.256	16,9	55.427	45,5	10.385	10,3
Bilanzsumme	**108.141**	**100,0**	**121.838**	**100,0**	**101.025**	**100,0**

Kapitalstruktur 2021

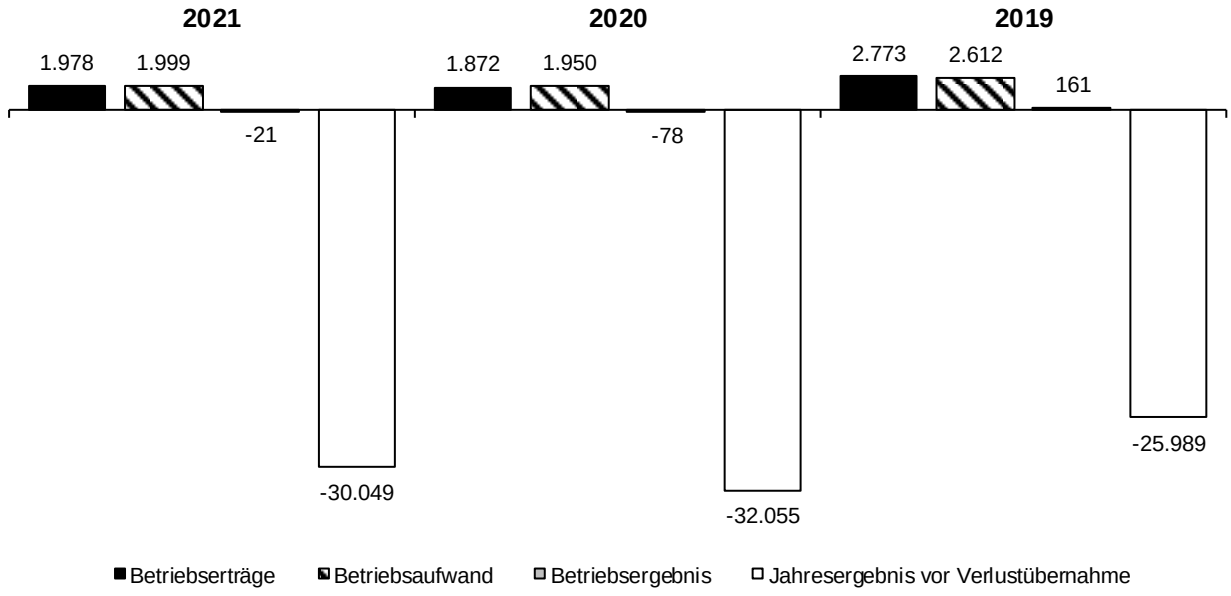


GuV-Daten der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH

Gewinn- und Verlustrechnung [T€]

Position	2021	Delta	2020	2019
Umsatzerlöse	1.904	+109	1.795	2.713
Sonstige betriebliche Erträge	74	-4	78	61
Betriebserträge	**1.978**	+106	**1.872**	**2.773**
Materialaufwand	321	+22	299	447
Personalaufwand	1.082	+39	1.043	952
Abschreibungen	44	0	44	139
Sonstige betriebliche Aufwendungen	552	-12	564	1.075
Betriebsaufwand	**1.999**	+49	**1.950**	**2.612**
Betriebsergebnis	**-21**	+57	**-78**	**161**
Beteiligungsergebnis	-29.194	+1.814	-31.008	-25.155
Finanzergebnis	-632	+92	-724	-847
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	155	-45	200	81
Ergebnis nach Steuern	**-30.002**	+2.008	**-32.010**	**-25.922**
Sonstige Steuern	47	+2	46	67
Jahresergebnis vor Verlustübernahme	**-30.049**	+2.006	**-32.055**	**-25.989**
Erträge aus Verlustübernahme	30.049	-2.006	32.055	25.989
Jahresergebnis	**0**	0	**0**	**0**

Entwicklung Gewinn- und Verlustrechnung [T€]



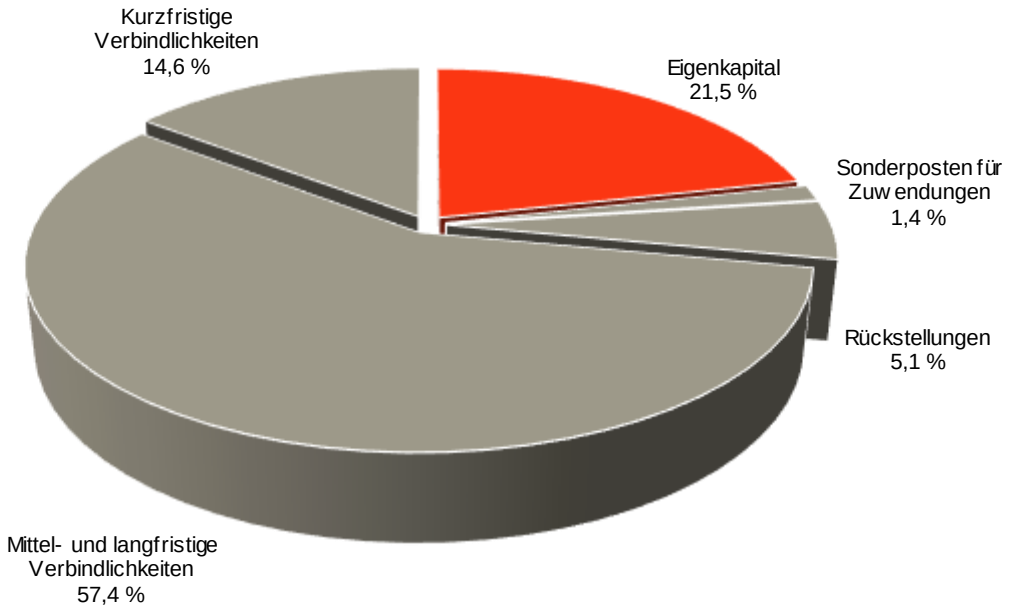
Bilanzdaten des Konzerns Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH

Bilanz (Konzern)

Aktiva	2021		2020		2019	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	224	0,1	372	0,1	301	0,1
Sachanlagen	208.239	64,9	206.428	62,6	196.185	65,2
Finanzanlagen	63.723	19,9	63.792	19,3	63.211	21,0
Langfristig gebundenes Vermögen	**272.186**	**84,9**	**270.593**	**82,0**	**259.697**	**86,3**
Vorräte	2.843	0,9	2.737	0,8	2.783	0,9
Forderungen	35.810	11,1	46.606	14,1	29.944	10,0
Liquide Mittel	9.982	3,1	10.039	3,0	8.274	2,8
Kurzfristig gebundenes Vermögen	**48.635**	**15,1**	**59.382**	**18,0**	**41.001**	**13,7**
Bilanzsumme	**320.821**	**100,0**	**329.975**	**100,0**	**300.698**	**100,0**

Passiva	2021		2020		2019	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	69.024	21,5	66.183	20,0	63.181	21,0
Sonderposten für Zuwendungen	4.377	1,4	4.862	1,5	5.436	1,8
Rückstellungen	16.500	5,1	14.730	4,5	13.485	4,5
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	183.993	57,4	175.160	53,1	179.969	59,9
Kurzfristige Verbindlichkeiten	46.927	14,6	69.040	20,9	38.627	12,8
Bilanzsumme	**320.821**	**100,0**	**329.975**	**100,0**	**300.698**	**100,0**

Kapitalstruktur 2021 (Konzern)

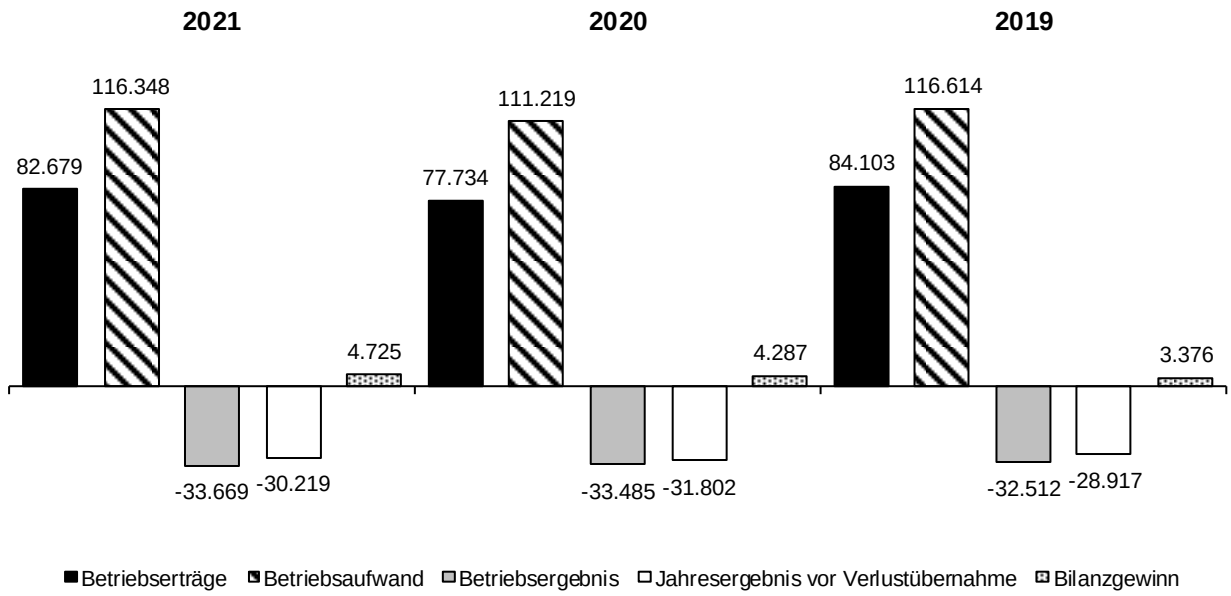


GuV-Daten des Konzerns Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH

Gewinn- und Verlustrechnung (Konzern) [T€]

Position	2021	Delta	2020	2019
Umsatzerlöse	68.673	+2.020	66.653	80.072
Sonstige betriebliche Erträge	14.006	+2.925	11.081	4.030
Betriebserträge	**82.679**	+4.945	**77.734**	**84.103**
Materialaufwand	33.248	+3.426	29.822	33.669
Personalaufwand	56.325	+2.262	54.063	55.345
Abschreibungen	15.674	-199	15.873	15.677
Sonstige betriebliche Aufwendungen	11.101	-360	11.461	11.924
Betriebsaufwand	**116.348**	+5.129	**111.219**	**116.614**
Betriebsergebnis	**-33.669**	-184	**-33.485**	**-32.512**
Finanzergebnis	4.029	+1.557	2.472	4.258
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	164	-191	355	183
Ergebnis nach Steuern	**-29.804**	+1.565	**-31.369**	**-28.437**
Sonstige Steuern	415	-19	434	480
Jahresergebnis vor Verlustübernahme	**-30.219**	+1.583	**-31.802**	**-28.917**
Erträge aus Verlustübernahme	30.049	-2.006	32.055	34.013
Jahresergebnis	**-170**	-423	**253**	**5.096**
Konzernvortrag	4.287	+911	3.376	-2.381
Entnahmen aus der Kapitalrücklage	0	0	0	0
Auf andere Gesellschafter entfallender Verlust	608	-50	658	661
Bilanzgewinn	**4.725**	+438	**4.287**	**3.376**

Entwicklung Gewinn- und Verlustrechnung (Konzern) [T€]



Braunschweiger Verkehrs-GmbH

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der öffentliche Personennahverkehr im Stadtgebiet Braunschweig mit Straßenbahnen und Omnibussen. Das Unternehmen ist Mitgesellschafterin der *Verkehrsverbund Region Braunschweig GmbH* (VRB-GmbH). Zudem werden von der Gesellschaft im untergeordneten Maße auch Busverkehrsleistungen über die Stadtgrenzen Braunschweigs hinaus erbracht. Dies erfolgt vornehmlich im Rahmen von RegioBus-Verkehren des *Regionalverbandes Großraum Braunschweig* (Regionalverband) zur ÖPNV-Anbindung der Landkreise Gifhorn, Helmstedt, Peine und Wolfenbüttel mit dem Oberzentrum Braunschweig.

Zu diesem Zweck unterhält die *Braunschweiger Verkehrs-GmbH* (BSVG) insgesamt 39 Bus- sowie 5 Straßenbahnkonzessionen, wovon eine Konzession in die Straßenbahnlinien 1 und 10 aufgeteilt ist. Die Beförderungsleistungen werden durch die Gesellschaft im Wesentlichen selbst übernommen. Darüber hinaus beauftragt sie zwei Busunternehmen als Subunternehmer. Zur Wartung und Reparatur von Fahrzeugen und Infrastruktur unterhält die Gesellschaft zwei eigene Betriebshöfe im Stadtgebiet.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten und Unternehmensverträge mit ihnen abschließen.

Die **Beförderungsentgelte** beruhen auf dem Tarifsystem des *Verkehrsverbundes Region Braunschweig* (VRB). Darüber hinaus hat die Gesellschaft im Jahr 2009 einen vom Verbundtarif unabhängigen Braunschweiger Stadttarif eingeführt, der inzwischen für das gesamte Ticketsortiment angeboten wird. Die Feststellung der Beförderungsentgelte und die Änderung der Tarifbestimmungen unterliegen einem behördlichen Zustimmungserfordernis. Zudem existiert in Braunschweig seit 2016 ein rabattierter Vorverkaufstarif.

Die Gesellschaft erhält **Ausgleichszahlungen** von der Stadt Braunschweig für die Ausgabe von kostenlosen Sammelzeitkarten im Rahmen der Schülerbeförderung gemäß Satzung der Stadt Braunschweig sowie Zahlungen für die rabattierte Beförderung im Ausbildungsverkehr. Der bisher vertragsbasierte Ausgleich des Landes für den Ausbildungsverkehr nach § 45a Personenbeförderungsgesetz (PBefG) wurde in § 7a des Niedersächsischen Nahverkehrsgesetzes (NNVG) aus beihilferechtlichen Erwägungen mit Wirkung vom 1. Januar 2017 neu geregelt. In diesem Zuge erfolgte auch eine Verlagerung der Zuständigkeit verbunden mit dem Erfordernis zur Ausgestaltung der Rabattierungsverpflichtung unter Berücksichtigung der rechtlichen Vorgaben auf die Ebene des Regionalverbandes. Zudem fließen der BSVG Erstattungen des Landes nach § 148 SGB IX[9] für die unentgeltliche Beförderung von Menschen mit Schwerbehinderung zu.

Durch den bestehenden **Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag** mit der *Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH* (SBBG) als Muttergesellschaft ist der Ausgleich des strukturell bedingten jährlichen Fehlbetrages der BSVG gesichert.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Im Rahmen der Daseinsvorsorge obliegt der BSVG die Erbringung von Personenverkehrsdiensten im Linienverkehr des Teilnetzes 40 („Braunschweig Stadtbus und Stadtbahn“) gemäß dem jeweils geltenden Nahverkehrsplan nach Maßgabe der hierzu erteilten Liniengenehmigungen. Auf dieser Basis ist sie zur Erbringung der Beförderungsleistungen einschließlich der Fahrzeugvorhaltung und des Netzmanagements (Fahrplanung, Marketing und Vertrieb) sowie zur Vorhaltung der ortsfesten Infrastruktur, wie z. B. Schienennetz, Signal- und Sicherungsanlagen und zentralen Umsteigeeinrichtungen, verpflichtet. Durch das Beteiligungsmanagement der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr tatsächlich eingehalten wird (s. Einleitung, S. 1).

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 17.938.432 €.

[9] Sozialgesetzbuch Neuntes Buch – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen.

Gesellschafter

Alleinige Gesellschafterin der BSVG ist die SBBG.

Organe der Gesellschaft (Stand: Februar 2023)

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus 12 Mitgliedern. Neben dem Oberbürgermeister oder einem von ihm vorgeschlagenen und vom Rat der Stadt Braunschweig benannten Beschäftigten der Stadt und den 7 weiteren vom Rat der Stadt Braunschweig zu benennenden Mitgliedern (davon eine erfahrene Persönlichkeit aus Wirtschaft, Bankwesen oder freien Berufen, die nicht dem Rat der Stadt Braunschweig angehört), sind nach den Bestimmungen des Drittelbeteiligungsgesetzes auch 4 Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat vertreten.

Name	Funktion
Merfort, Claas	**Vorsitzender**/Ratsherr der Stadt Braunschweig
Tanger, Volker	**erster stellv. Vorsitzender**/Arbeitnehmervertreter
Jalyschko, Lisa-Marie	**zweite stellv. Vorsitzende**/Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Disterheft, Matthias	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Hahn, Susanne	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Knipping, Bernd	Arbeitnehmervertreter
Leuer, Heinz-Georg	Stadtbaurat der Stadt Braunschweig
Reinhold, Norbert	Arbeitnehmervertreter
Siefer, Prof. Dr. Thomas B.	Geschäftsführender Leiter der TU Braunschweig
Viergutz, Kathrin Karola	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Wacht-Muszarski, Monika	Arbeitnehmervertreterin
Wendt, Thorsten	Ratsherr der Stadt Braunschweig

Geschäftsführung

Jörg Reincke

Wichtige Verträge

Zur SBBG als Muttergesellschaft bestehen ein gewerbe- und körperschaftsteuerliches **Organschaftsverhältnis** und ein **Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag**. Ferner wurde ein **Geschäftsbesorgungsvertrag** zwischen der SBBG und der BSVG geschlossen. Die SBBG übernimmt für die BSVG die Finanzbuchhaltung und die Fremdmittelbewirtschaftung; die BSVG nimmt ihrerseits das Personalmanagement für die SBBG wahr.

Die BSVG gehört dem **Verkehrsverbund Region Braunschweig** (VRB) an, an dem sie 16,02 % der Geschäftsanteile hält. Das Verbundgebiet umfasst die Landkreise Gifhorn, Goslar, Helmstedt, Peine und Wolfenbüttel sowie die kreisfreien Städte Braunschweig, Salzgitter und Wolfsburg. Der VRB ist für die Weiterentwicklung sowie Vermarktung des Verbundtarifes, den Ausbau des digitalen Vertriebes und die Fahrgastinformation verantwortlich; dem VRB gehören 19 Verkehrsunternehmen an. Grundlage für die aktuelle Zusammenarbeit ist ein im Dezember 2016 zwischen den Verkehrsunternehmen geschlossener Kooperationsvertrag zum Aufbau und Betrieb eines leistungsfähigen Verkehrsverbundes im ÖPNV. Bis Dezember 2016 trug der VRB die Firmenbezeichnung *Verbundgesellschaft Region Braunschweig*.

Mit Wirkung vom 1. Januar 2015 wurde ein **Einnahmenaufteilungs- und Ausgleichsvertrag** abgeschlossen. Der Vertrag regelt die Einzelheiten der Einnahmenaufteilung und des Ausgleichs der verbundbedingten Mindereinnahmen im Zusammenhang mit dem VRB. Das damit im Zusammenhang stehende Einnahme-Aufteilungs-Verfahren (EAV) wurde im Geschäftsjahr 2021 umgesetzt und befindet sich in einer frühen Anwendungsphase, da noch keine endgültigen Abstimmungen zwischen den Verkehrsunternehmen und dem Verkehrsverbund erfolgt sind. Für die BSVG ergaben sich durch das EAV im Geschäftsjahr 2021 aufgrund der Einnahmeverluste im Bereich der Semestertickets und Einnahmezuwächse in anderen Bereichen.

Darüber hinaus wurde auf Grundlage eines Beschlusses des Rates der Stadt Braunschweig zum 1. September 2019 eine kostengünstige **Schüler-Monatskarte** eingeführt. Die Monatskarte ist in der Tarifzone 40 im Stadttarif Braunschweig für alle Braunschweiger Schüler (bis zum einschließlich 13. Schuljahr), Auszubildende, Studenten, Berufsschüler und Teilnehmer an Freiwilligendiensten für 15 € pro Monat erhältlich. Voraussetzung ist jedoch, dass kein Anspruch auf eine unentgeltliche Sammel-Schüler-Zeitkarte (SSZK) besteht. Der Ausgleich an die BSVG im Wege der Auffüllung auf den vollen Preis einer Schüler-Monatskarte im Vor- oder Fahrerverkauf des Stadttarifs Braunschweig erfolgt durch die Stadt Braunschweig an die BSVG. Mit Einführung eines verbundweiten kostengünstigen Schülertickets zum Preis von 30 € pro Monat zum 1. August 2020 beteiligt sich auch der *Regionalverband Großraum Braunschweig* an der Finanzierung der Schülertickets. Für Bestandskunden ist von der Stadt Braunschweig damit nur noch eine Preisauffüllung in Höhe der Differenz zwischen dem Stadttarif und dem Verbundpreis zu leisten, während für Neukunden weiterhin eine vollständige Preisauffüllung auf den Normalpreis erfolgt.

EU-beihilferechtskonforme Finanzierung/öffentlicher Dienstleistungsauftrag (öDA)

Für den ÖPNV gelten die gesonderten Regelungen auf Grundlage der VO (EG) 1370/2007. Die Linien-Verkehrsgenehmigungen sind befristet. Die für die Stadtbahn bestehenden Linienkonzessionen laufen bis 2028. Bei der zum 1. Oktober 2015 erforderlich gewordenen Neuerteilung und Finanzierung der Verkehrsleistungen waren die Anforderungen der VO (EG) 1370/2007 sowie das zum 1. Januar 2013 novellierte Personenbeförderungsgesetz zu beachten.

Ab 1. Oktober 2015 haben der *Zweckverband Großraum Braunschweig* (jetzt Regionalverband Großraum Braunschweig) als hier zuständiger Aufgabenträger für den ÖPNV und die Stadt Braunschweig als mittelbare Gesellschafterin die BSVG zusammen als Gruppe von Behörden nach Art. 5 Abs. 2 der VO (EG) 1370/2007 im Wege der Direktvergabe auf Basis eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages (öDA) mit der Erbringung von Personenverkehrsdiensten im Linienverkehr (Stadtbahn und Stadtbus in Braunschweig) als interner Betreiber beauftragt. Der öDA ersetzte die bisherige Betrauung der BSVG und hat eine Laufzeit bis zum 31. Mai 2028. Er umgreift auch die bis zum identischen Zeitpunkt befristet verlängerten Buskonzessionen.

Anzahl der Arbeitnehmer

Im Geschäftsjahr 2021 waren bei der BSVG durchschnittlich 702 Arbeitnehmer tätig (Vorjahr: 685). Ferner beschäftigte die BSVG zum Ende des Geschäftsjahres 2021 insgesamt 17 Auszubildende.

Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft hatte für das Geschäftsjahr 2021 einen Fehlbetrag i. H. v. 26,6 Mio. € eingeplant; tatsächlich wurde das Geschäftsjahr mit einem Jahresfehlbetrag i. H. v. 26,3 Mio. € abgeschlossen, der gemäß dem bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag von der SBBG als Muttergesellschaft ausgeglichen wurde.

Auch das Geschäftsjahr 2021 wurde weiterhin von der COVID-19-Pandemie beeinflusst; dies machte sich insbesondere in einem erneuten Rückgang der Fahrgastzahlen bemerkbar. So sank die Fahrgastzahl erneut pandemiebedingt von 33,8 Mio. im Geschäftsjahr 2020 auf nunmehr 30,1 Mio. Fahrgäste im Geschäftsjahr 2021. Die Umsatzerlöse aus der Fahrgastbeförderung i. H. v. rd. 31,4 Mio. € konnten den Planwert dadurch nicht erreichen (38,5 Mio. €). Insgesamt wurde damit im Geschäftsjahr 2021 ein Gesamtumsatz von 34,9 Mio. € erwirtschaftet; dies stellt einen Rückgang im Vergleich zum Vorjahr um 0,8 Mio. € dar. Zur Kompensation der Mindereinnahmen aus Fahrgastrückgängen und den weiterhin spürbaren Auswirkungen der COVID-19-Pandemie hatte die BSVG Zahlungen i. H. v. 8,7 Mio. € aus dem sog. ÖPNV-Rettungsschirm erhalten, die den Schaden zum vergleichbaren Vorjahreszustand bestmöglich ausgleichen sollten. Der Geschäftsverlauf ist insgesamt auf eine allgemeine Entwicklung innerhalb der Verkehrswirtschaft zurückzuführen und daher nicht als atypisch zu bewerten.

Die **Investitionen in Sachanlagen** fielen mit 25,2 Mio. € um rd. 4,5 % geringer als im Vorjahr aus (Geschäftsjahr 2020: rd. 26,4 Mio. €). Die Investitionsschwerpunkte lagen erneut bei Rekonstruktionsprojekten und Fahrzeugförderungen im Bereich des Omnibusverkehrs; ebenfalls wurden Investitionen zur Umsetzung des Stadtbahnausbaukonzeptes **Stadt.Bahn.Plus.** (s. u.) vorgenommen. Zur Investitionsfinanzierung wurden Fördermittel i. H. v. 12 Mio. € zur Verfügung gestellt.

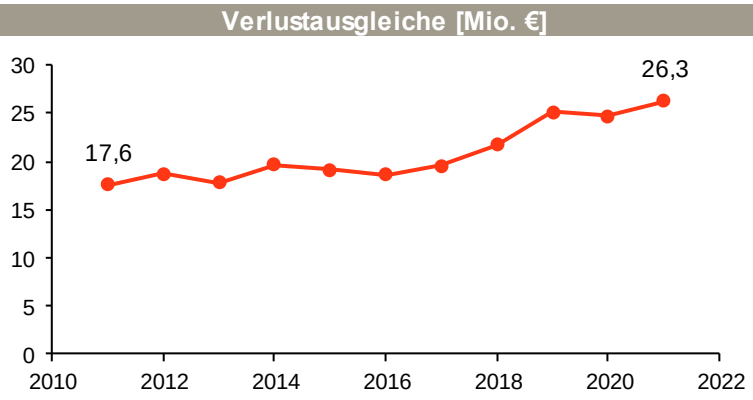
Auch im Geschäftsjahr 2021 wurden die Planungen des vom Rat der Stadt Braunschweig in seiner Sitzung am 21. Februar 2017 beschlossenen Stadtbahnausbaukonzepts für Braunschweig (**Stadt.Bahn.Plus.**) fortgesetzt.

Die in einer betriebswirtschaftlich orientierten Voruntersuchung ermittelten Trassenkorridore wurden weiter geplant. Die Trassen wurden in unterschiedlichen Varianten, auf Basis der durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur vorgegebenen standardisierten Bewertungsverfahren, optimiert und verkehrlich sowie baufachlich in den verschiedensten Kombinationen bewertet und verifiziert. Weiter vorangetrieben wurden die Planungen bezüglich des Teilprojektes Volkmarode-Nord und der Campusbahn. Das Teilprojekt Südstadt-Mascherode/Rautheim konnte u. a. aufgrund der COVID-19-Pandemie und mangelnder Ressourcen nur bedingt fortgeführt werden.

Besondere Kennzahlen

Erhaltene Verlustausgleichszahlungen

Jahr	Betrag [€]
2011	17.586.026
2012	18.729.719
2013	17.799.102
2014	19.684.041
2015	19.148.356
2016	18.646.815
2017	19.558.816
2018	21.747.311
2019	25.139.005
2020	24.716.005
2021	**26.303.933**



Fahrzeuge und Liniennetz[10]

	2021		2020	
	Stadtbahn	Bus	Stadtbahn	Bus
Anzahl der Linien	5	37	6	37
Länge des Liniennetzes [km]	68,19	510,75	58,66	510,36
Angebotene Leistung [Nutz-km]	2.662.851	8.324.500	2.540.914	7.652.800
Anzahl der Betriebsmittel (gesamt)	57	164	64	164
Triebwagen/Busse	53	164	51	163
Beiwagen	4	0	12	0
Sonderfahrzeuge	1	1	1	1
Erlöse aus Personenbeförderung [T€]	31.356		33.084	

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Bei der BSVG handelt es sich um ein umfassend restrukturiertes Verkehrsunternehmen. Mithilfe eines konsequenten Rationalisierungskurses konnte das Defizit der Gesellschaft nachhaltig verringert werden. Interne Restrukturierungspotentiale sind nach jahrelanger Konsolidierung und Reduzierung des Unternehmensverlusts ohne Leistungsreduzierung im Fahrbetrieb oder in Projekten nicht mehr vorhanden. Die Gesellschaft ist gleichzeitig weiterhin bemüht, aufwandssteigernde Effekte zumindest teilweise zu kompensieren. Neue, qualitätssteigernde Vorhaben, wie z. B. die Umsetzung des Echtzeitprojektes, erweiterte Verkehrsangebote sowie neue Vertriebsstrukturen wirken sich aufwandssteigernd aus, erhöhen aber auch die Attraktivität des ÖPNV in Braunschweig und bieten somit Chancen für die Gewinnung von Neukunden.

[10] **Erlöse aus Personenbeförderung** beinhalten Tarifeinnahmen aus dem Linien- und Gelegenheitsverkehr (Fahrgastbeförderung) nach Verbundausgleich sowie übrige Einnahmen inkl. Ausgleichszahlungen und Erstattungen (z. B. für Menschen mit Schwerbehinderungen und Schüler).

Die Gesellschaft geht in dem für das Geschäftsjahr 2022 aufgestellten **Wirtschaftsplan** von einem Jahresfehlbetrag i. H. v. 31,8 Mio. € aus, der aufgrund des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages von der SBBG ausgeglichen werden wird. Im Mehrjahresvergleich ergibt sich dadurch ein deutlicher Anstieg des Verlustausgleiches. Das Plan-Jahresergebnis berücksichtigt die infolge der COVID-19-Pandemie veränderte Wirtschaftslage. Die Erlöse im Bereich der Fahrgelderträge wurden so unterhalb des Vorjahresplanwertes einkalkuliert. Auf mittelfristige Sicht wird jedoch von einer Annäherung an das vorpandemische Niveau bis Ende 2025 ausgegangen. In diesem Zusammenhang wurde bei der Wirtschaftsplanung unterstellt, dass keine Bundes- oder Landeshilfen aus dem ÖPNV-Rettungsschirm zufließen werden. Aufwandsseitig werden Steigerungen im Bereich der Material- und Personalaufwendungen angenommen. Aufgrund der Ausweitung des ÖPNV-Leistungsangebotes, des allgemeinen Energiepreisanstieges und aufgrund der zunehmenden CO_2-Steuer, geht die Gesellschaft von einem erhöhten Materialaufwand aus. Der Anstieg im Bereich des Personalaufwandes ist auf Tarifsteigerungen und auf einen infolge der Leistungsausweitung höheren Personalbedarf zurückzuführen.

Das für die Weiterentwicklung des ÖPNV innerhalb Braunschweigs wegweisende Stadtbahnausbauprojekt **Stadt.Bahn.Plus.** wird auf Basis des Ratsbeschlusses aus dem Frühjahr 2017 kontinuierlich fortgeführt. Die Umsetzbarkeit dieses Projektes hängt wesentlich von den Fördermöglichkeiten der Trassen durch Bund und Land, der Sicherstellung der investiven Eigenmittelanteile und den langfristigen wirtschaftlichen Folgen für die Gesellschaft ab. Hierzu hat sich das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) zugunsten dieses Projektes entwickelt. Der für eine Förderung erforderliche Rahmenantrag wurde beim Bund bereits eingereicht.

Als weitere **Investitionsschwerpunkte** für das Geschäftsjahr 2022 ist neben den Planungskosten für das Stadtbahnausbauprojekt vor allem die Beschaffung von Omnibussen zu nennen. Darüber hinaus beinhaltet die Investitionssumme die Sanierung und Erweiterung des Betriebshofes Lindenberg, Investitionen in den Bereichen Stromversorgung und Gleichrichterunterwerke sowie Beträge für das A-39-Brückenbauwerk und die Dynamische Fahrgastinformation (DFI); ebenfalls enthalten sind Gleissanierungen und Ersatzbeschaffungen. Für das Geschäftsjahr 2022 sind insgesamt Investitionen i. H. v. 47,2 Mio. € geplant, denen Fördermittel i. H. v. 18,8 Mio. € gegenüberstehen.

(Fortsetzung ab nächster Seite)

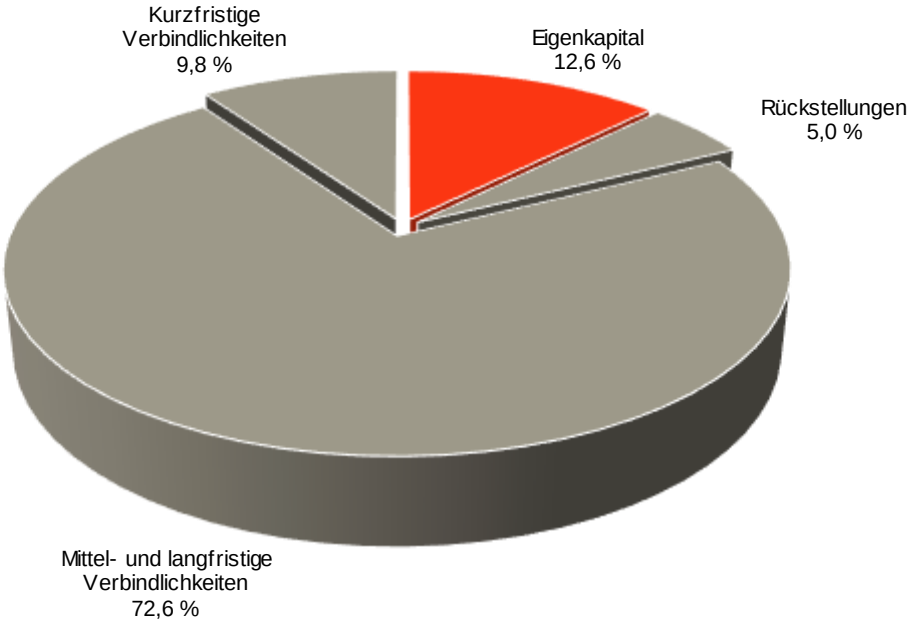
Bilanzdaten der Braunschweiger Verkehrs-GmbH

Bilanz

Aktiva	2021		2020		2019	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	170	0,1	136	0,1	117	0,1
Sachanlagen	133.339	85,7	130.017	76,5	124.443	87,4
Finanzanlagen	12	0,0	17	0,0	17	0,0
Langfristig gebundenes Vermögen	**133.521**	**85,8**	**130.171**	**76,6**	**124.578**	**87,5**
Vorräte	2.422	1,6	2.335	1,4	2.355	1,7
Forderungen	14.707	9,4	34.311	20,2	9.920	7,0
Liquide Mittel	4.848	3,2	3.176	1,8	5.566	3,8
Kurzfristig gebundenes Vermögen	**21.977**	**14,2**	**39.822**	**23,4**	**17.841**	**12,5**
Bilanzsumme	**155.498**	**100,0**	**169.993**	**100,0**	**142.419**	**100,0**

Passiva	2021		2020		2019	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	19.578	12,6	19.578	11,5	19.578	13,7
Rückstellungen	7.848	5,0	6.338	3,7	5.729	4,0
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	112.901	72,6	121.153	71,3	98.305	69,1
Kurzfristige Verbindlichkeiten	15.171	9,8	22.924	13,5	18.807	13,2
Bilanzsumme	**155.498**	**100,0**	**169.993**	**100,0**	**142.419**	**100,0**

Kapitalstruktur 2021

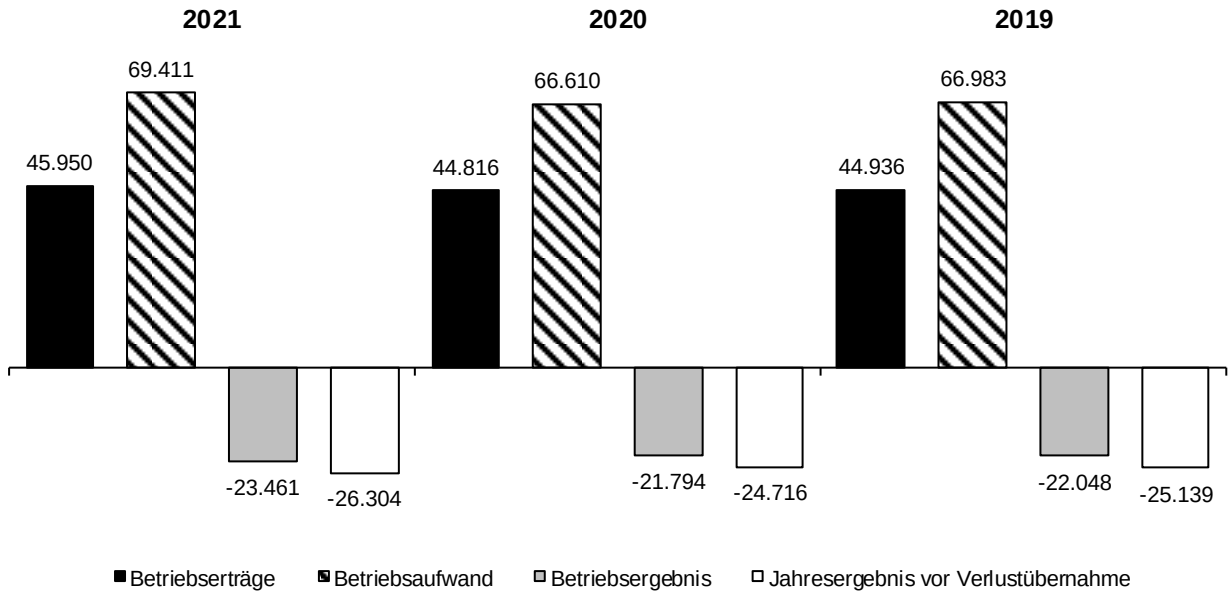


GuV-Daten der Braunschweiger Verkehrs-GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung [T€]

Position	2021	Delta	2020	2019
Umsatzerlöse	34.913	-816	35.729	42.484
Sonstige betriebliche Erträge	11.037	+1.950	9.087	2.452
Betriebserträge	**45.950**	+1.134	**44.816**	**44.936**
Materialaufwand	17.868	+1.123	16.745	18.608
Personalaufwand	38.280	+1.915	36.365	34.222
Abschreibungen	9.886	-101	9.987	9.416
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.377	-136	3.513	4.737
Betriebsaufwand	**69.411**	+2.801	**66.610**	**66.983**
Betriebsergebnis	**-23.461**	-1.667	**-21.794**	**-22.048**
Finanzergebnis	-2.751	+78	-2.829	-2.999
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	**-26.212**	-1.589	**-24.623**	**-25.047**
Sonstige Steuern	92	0	92	92
Jahresergebnis vor Verlustübernahme	**-26.304**	-1.588	**-24.716**	**-25.139**
Erträge aus Verlustübernahme	26.304	+1.588	24.716	25.139
Jahresergebnis	**0**	0	**0**	**0**

Entwicklung Gewinn- und Verlustrechnung [T€]



Braunschweiger Bus- und Bahnbetriebsgesellschaft mbH

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Verkehrsleistungen mit Bussen und Bahnen, Planung und Bau von Bahn- und Betriebsanlagen sowie die Erbringung von Werkstattleistungen.

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 26.000 €.

Gesellschafter

Alleinige Gesellschafterin ist die *Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH* (SBBG).

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Ein Aufsichtsrat ist nicht konstituiert.

Geschäftsführung

Andreas Ruhe

Wichtige Verträge

Es besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der SBBG als Muttergesellschaft.

Anzahl der Arbeitnehmer

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal (s. u.).

Geschäftsverlauf

Die *Braunschweiger Bus- und Bahnbetriebsgesellschaft mbH* (BBBG) wies für das Jahr 2021 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 344,67 € aus, der entsprechend dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag in voller Höhe durch die SBBG ausgeglichen wurde.

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Auch in Zukunft wird mit einem ausgeglichenen Ergebnis gerechnet. Die Gesellschaft hat zurzeit ihre aktive Geschäftstätigkeit eingestellt.

(Fortsetzung ab nächster Seite)

Kraftverkehr Mundstock GmbH

Gegenstand des Unternehmens

Die wesentliche Geschäftstätigkeit des Unternehmens besteht in der Durchführung von Auftragsverkehren auf dem Gebiet des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) mit Omnibussen. Dazu stellt die Gesellschaft auf vertraglicher Grundlage insbesondere für die *Braunschweiger Verkehrs-GmbH* (BSVG) Fahrer und Fahrzeuge, die im Linienverkehr eingesetzt werden, sowie Werkstattleistungen zur Verfügung.

Neben diesen Auftragsverkehren betreibt die Gesellschaft eigene Linien im Braunschweiger Umland.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck des Unternehmens ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr erfüllt. Der Betrieb und die Bereitstellung von Ressourcen für den öffentlichen Personennahverkehr fördern diesen und dienen damit dem gemeinsamen Wohl der Einwohner der Stadt Braunschweig und des Landkreises Peine. Durch das Beteiligungsmanagement der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr tatsächlich eingehalten wird (s. Einleitung, S. 1).

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 312.000 €.

Gesellschafter

Alleinige Gesellschafterin ist die *Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH* (SBBG).

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat (Stand: Februar 2023)

Der Aufsichtsrat besteht aus 6 stimmberechtigten Mitgliedern.

Name	Funktion
Merfort, Claas	**Vorsitzender**/Ratsherr der Stadt Braunschweig (seit Dezember 2021)
(Flake, Frank)	**Vorsitzender**/Ratsherr der Stadt Braunschweig (bis November 2021)
Jalyschko, Lisa-Marie	**stellv. Vorsitzende**/Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Disterheft, Matthias	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Hahn, Susanne	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Leuer, Heinz-Georg	Stadtbaurat der Stadt Braunschweig
Wendt, Thorsten	Ratsherr der Stadt Braunschweig

Geschäftsführung

Frank Brandt

Wichtige Verträge

Es besteht ein gewerbe- und körperschaftsteuerliches **Organschaftsverhältnis** zur SBBG als Muttergesellschaft; darüber hinaus wurde mit der SBBG ein **Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag** (BuGAV) geschlossen. Ein weiterer BuGAV existiert zwischen der *Kraftverkehr Mundstock GmbH* (KVM) und deren Tochtergesellschaft *Mundstock Reisen GmbH* (MR). Für eine Gewinnausschüttung der *Magdeburg Nutzfahrzeug-Service GmbH* (MNS) ist die Feststellung des jeweiligen Jahresabschlusses und ein entsprechender Beschluss über die Ergebnisverwendung erforderlich. Die Ausschüttung erfolgt daher um ein Jahr zeitversetzt.

Die KVM ist Inhaberin von zwei selbst betriebenen **Linienkonzessionen** im Braunschweiger Umland. Darüber hinaus hält sie Konzessionen für die Teilnetze 50 und 52, für die die Betriebsführerschaft an die Tochtergesellschaft *Peiner Verkehrsgesellschaft mbH* (PVG) übertragen worden ist.

Zudem hat die Gesellschaft mit der BSVG einen Vertrag abgeschlossen, auf dessen Grundlage die KVM **Subunternehmerleistungen** für die BSVG im Linienverkehr erbringt (s. o.).

Struktur der Unternehmensgruppe Mundstock (Stand: Februar 2023)

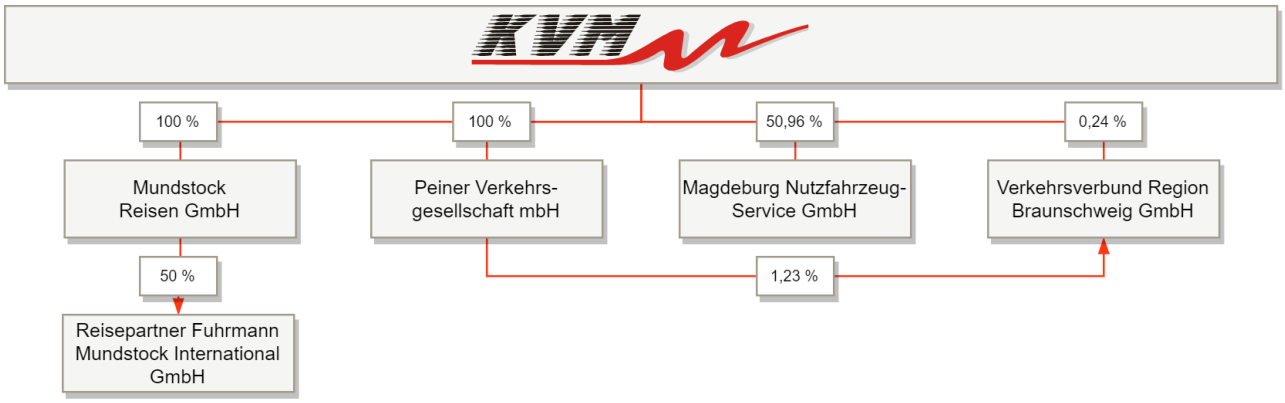


Abb. 3: Struktur der Unternehmensgruppe Mundstock *(eigene Darstellung)*.

Anzahl der Arbeitnehmer

Die Gesellschaft beschäftigte zum Ende des Geschäftsjahres 2021 109 Arbeitnehmer (Vorjahr: 105). In der Unternehmensgruppe Mundstock (s. o.) belief sich die Anzahl der im Jahresdurchschnitt Beschäftigten – wie auch im Vorjahr – auf 219 Arbeitnehmer.

Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2021 erzielte die KVM einen **Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme** i. H. v. 204 T€, der gemäß dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag von der SBBG ausgeglichen wurde; hierin ist ein Ertrag aus der Beteiligung an der *Magdeburg Nutzfahrzeug-Service GmbH* (MNS) i. H. v. 101 T€ sowie eine Verlustübernahme der Tochtergesellschaft *Mundstock Reisen GmbH* (MR) i. H. v. 245 T€ enthalten. Ohne die Ergebnisabführungen der Tochtergesellschaften weist die KVM im eigenen Ergebnis damit einen Jahresverlust i. H. v. 60 T€ aus. Gegenüber dem für das Jahr 2021 ursprünglich geplanten Ergebnis (104 T€) ergibt sich eine Verschlechterung um 308 T€.

Diese Entwicklung ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die COVID-19-Pandemie im Geschäftsjahr 2021 weiterhin einen Effekt auf die Gesellschaft mit besonderer Auswirkung auf die touristischen Geschäftsfelder der *Mundstock Reisen GmbH* (MR) entfaltete. Gleichwohl sind die ÖPNV-Sparten jedoch u. a. über Bundes- und Landesrettungsschirme ausgewogen finanziert worden. Die KVM erwartete gemäß Wirtschaftsplan 2021 unter der Berücksichtigung von Erträgen aus dem Gewinnabführungsvertrag mit der MR (15 T€) und Erträgen aus der Beteiligung an der MNS (47 T€) einen Jahresüberschuss i. H. v. 104 T€. Die KVM ist von der Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses befreit, da sie selbst inklusive ihrer Töchter in den Konzernabschluss der SBBG als Muttergesellschaft einbezogen ist (s. § 291 HGB).

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Die wirtschaftliche Situation und Entwicklung der Gesellschaft wird überwiegend durch den Umfang der Leistungen für die BSVG sowie die bei der Abrechnung der Leistungen vereinbarten Modalitäten bestimmt. Weiterhin wird das Gesamtergebnis der KVM von der wirtschaftlichen Entwicklung der MR und der MNS im Hinblick auf die Ergebnisabführung bzw. Gewinnausschüttung dieser Tochtergesellschaften bestimmt. Die im Dezember 2021 erstellte Wirtschaftsplanung weist für das Geschäftsjahr 2022 einen geplanten Überschuss (ohne Tochtergesellschaften) i. H. v. 98 T€ aus. Unter Berücksichtigung einer erwarteten Ergebnisabführung der MR ergibt sich damit ein Überschuss von rd. 120 T€ und somit eine leicht positive Entwicklung. Gleichwohl bestehen Risiken durch den weiteren Verlauf der COVID-19-Pandemie und den unsicheren Auswirkungen des andauernden Ukraine-Konfliktes.

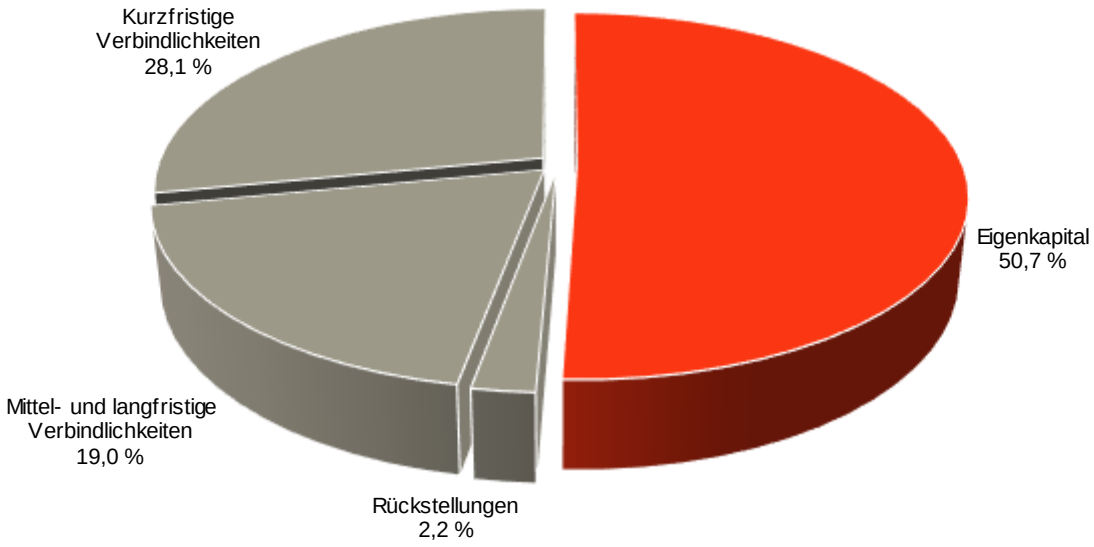
Bilanzdaten der Kraftverkehr Mundstock GmbH[11]

Bilanz

Aktiva	2021		2020		2019	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	3	0,0	5	0,1	12	0,2
Sachanlagen	3.374	44,1	3.123	42,8	2.410	35,7
Finanzanlagen	2.594	33,9	2.894	39,7	2.894	43,0
Langfristig gebundenes Vermögen	**5.971**	**78,0**	**6.022**	**82,6**	**5.316**	**78,9**
Vorräte	70	0,9	60	0,9	69	1,1
Forderungen	972	12,8	849	11,6	1.255	18,6
Liquide Mittel	630	8,3	359	4,9	96	1,4
Kurzfristig gebundenes Vermögen	**1.672**	**22,0**	**1.268**	**17,4**	**1.420**	**21,1**
Bilanzsumme	**7.643**	**100,0**	**7.290**	**100,0**	**6.736**	**100,0**

Passiva	2021		2020		2019	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	3.872	50,7	3.872	53,1	3.872	57,5
Rückstellungen	169	2,2	138	1,9	214	3,2
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	1.455	19,0	1.879	25,8	862	12,8
Kurzfristige Verbindlichkeiten	2.147	28,1	1.401	19,2	1.788	26,5
Bilanzsumme	**7.643**	**100,0**	**7.290**	**100,0**	**6.736**	**100,0**

Kapitalstruktur 2021



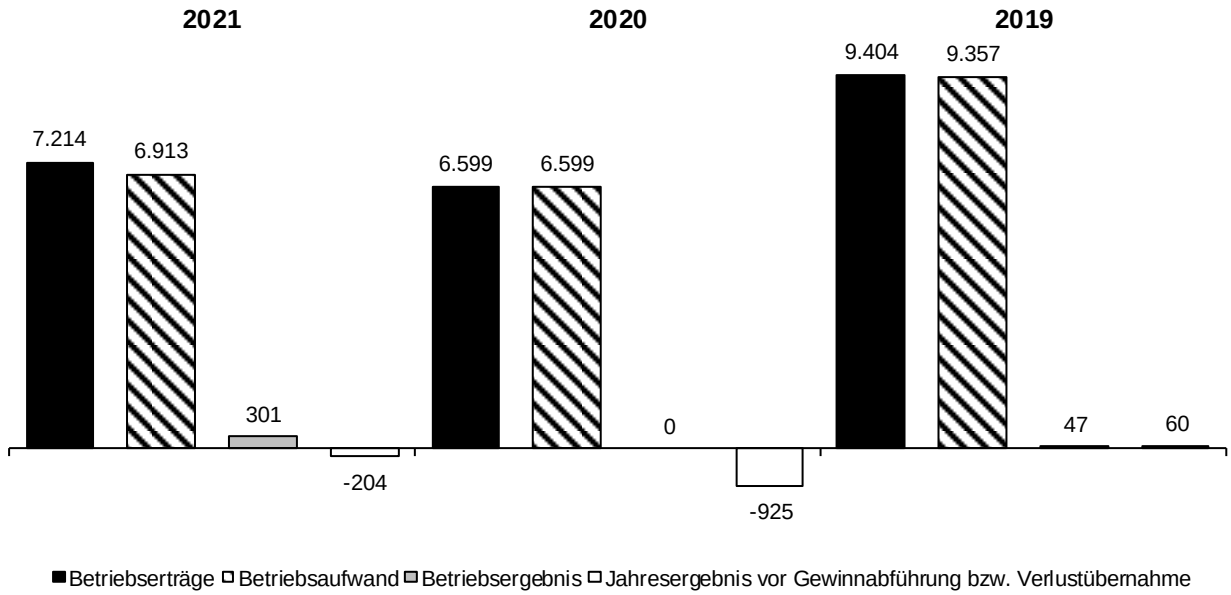
[11] Die Bilanzdaten und die Daten der Gewinn- und Verlustrechnung beziehen sich auf den Jahresabschluss der *Kraftverkehr Mundstock GmbH*. Ein Konzernabschluss wird nicht aufgestellt (s. o.).

GuV-Daten der Kraftverkehr Mundstock GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung [T€]

Position	2021 T€	Delta T€	2020 T€	2019 T€
Umsatzerlöse	7.063	+674	6.389	9.310
Sonstige betriebliche Erträge	151	-60	211	94
Betriebserträge	**7.214**	+615	**6.599**	**9.404**
Materialaufwand	1.720	+207	1.513	1.940
Personalaufwand	4.209	+2	4.207	6.601
Abschreibungen	392	+43	349	306
Sonstige betriebliche Aufwendungen	592	+62	530	510
Betriebsaufwand	**6.913**	+314	**6.599**	**9.357**
Betriebsergebnis	**301**	+301	**0**	**47**
Finanzergebnis	-488	+420	-908	30
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	**-187**	+721	**-908**	**77**
Sonstige Steuern	17	0	17	17
Jahresergebnis vor Gewinnabführung bzw. Verlustübernahme	**-204**	+721	**-925**	**60**
Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages abgeführter Gewinn bzw. Ertrag aus Verlustübernahme	204	-721	925	-60
Jahresergebnis	**0**	0	**0**	**0**

Entwicklung Gewinn- und Verlustrechnung [T€]



Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Betriebsführung der Stadthalle Braunschweig und der im September 2000 eröffneten Volkswagen Halle sowie seit dem Jahr 2006 auch des Eintracht-Stadions.

Die Hallen werden von der Gesellschaft an Dritte für Veranstaltungen, Kongresse und Ähnliches vermietet. Der Abschluss von Mietverträgen kommt durch Initiative der Gesellschaft und durch Veranstaltungsagenturen zustande. Zudem erfolgt eine Kooperation mit der *Braunschweig Stadtmarketing GmbH*.

Auch das Eintracht-Stadion wird seitens der Gesellschaft an Dritte für Veranstaltungen, vor allem Sportveranstaltungen, vermietet.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens und wird durch die Erfüllung des öffentlichen Versorgungsauftrages im Rahmen der Daseinsvorsorge durch Vorhaltung und Betrieb von insbesondere der Kultur, dem Sport und der Fortbildung dienender öffentlicher Veranstaltungsorte innerhalb des Stadtgebietes Braunschweig im Geschäftsjahr erfüllt. Durch das Beteiligungsmanagement der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft tatsächlich eingehalten wird (s. Einleitung, S. 1).

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 26.000 €.

Gesellschafter

Gesellschafter	€	%
Stadt Braunschweig	1.350	5,2
Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH	24.650	94,8
Gesamt	**26.000**	**100,0**

Organe der Gesellschaft (Stand: Februar 2023)

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus 12 vom Rat der Stadt Braunschweig entsandten Mitgliedern, darunter der Oberbürgermeister oder ein vom ihm vorgeschlagener Beschäftigter der Stadt Braunschweig.

Name	Funktion
Böttcher, Helge	**Vorsitzender**/Ratsherr der Stadt Braunschweig
Kaphammel, Anke	**stellv. Vorsitzende**/Bürgermeisterin der Stadt Braunschweig
Bach, Felix	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Bratschke, Kai-Uwe	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Flake, Frank	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Geiger, Christian A.	Erster Stadtrat der Stadt Braunschweig
Graffstedt, Frank	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Ihbe, Annegret	Bürgermeisterin der Stadt Braunschweig
Jaschinski-Gaus, Christiane	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Köhler, Leonore	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Köster, Thorsten	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Saxel, Michaline	Ratsfrau der Stadt Braunschweig

Geschäftsführung

Stephan Lemke

Wichtige Verträge

Nach dem Gesellschaftsvertrag verpflichten sich die Gesellschafter, entsprechend ihrem Beteiligungsverhältnis Jahresfehlbeträge der Gesellschaft bis zur Höhe der in den von der Gesellschafterversammlung festgestellten Wirtschaftsplänen ausgewiesenen Jahresfehlbeträge zu übernehmen. Sofern Kapitalrücklagen aufgelöst werden, vermindert sich der Verlustausgleich um den Auflösungsbetrag.

Ergänzend dazu übernimmt die *Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH* gemäß der Vereinbarung über die „Ergebnisübernahme und Liquiditätssicherung“ vom 22. Dezember 2004 entsprechend ihres Beteiligungsanteils von 94,8 % den insgesamt anfallenden Jahresverlust, auch soweit er den im Wirtschaftsplan ausgewiesenen Verlustanteil übersteigt.

Betriebsteil Stadthalle

Zum 1. Januar 2008 wurde zwischen der Stadt Braunschweig und der Gesellschaft ein Pachtvertrag über Grundstück und Gebäude der Stadthalle abgeschlossen. Hiernach hat die Gesellschaft einen jährlichen Pachtzins zuzüglich Umsatzsteuer an die Stadt Braunschweig zu entrichten.

Daneben besteht ein Pachtvertrag für die Stadthallen-Gastronomie.

Zum 1. Januar 2013 wurde zwischen der Stadt Braunschweig und der Gesellschaft ein Pachtvertrag über die Straße *An der Stadthalle* und das Parkdeck an der Stadthalle im Hinblick auf die Umsetzung des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes abgeschlossen.

Betriebsteil Volkswagen Halle

Auf Basis des Ratsbeschlusses vom 17. Dezember 2013 wurde das Erbbaurecht der Volkswagen Halle von der bisherigen Eigentümerin, der *Stiftung Sport und Kultur für Braunschweig*, mit Wirkung vom 30. Juni 2014 auf die Gesellschaft übertragen. Der Erbbaurechtsvertrag hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2112.

Mit einer Gastronomiegesellschaft besteht ein Pachtvertrag bezüglich der Gastronomie in der Volkswagen Halle.

Mit der *Volkswagen AG* wurde ein Sponsoring-Vertrag über die Benennung der Betriebsstätte als *Volkswagen Halle Braunschweig* für die Laufzeit vom 1. Oktober 2020 bis 30. September 2025 geschlossen.

Betriebsteil Eintracht-Stadion

Zwischen der Gesellschaft und der Stadt Braunschweig als Eigentümerin des Stadions besteht ein Vertrag zur Regelung der Nutzung und Bewirtschaftung des Stadions. Daneben bestehen Nutzungsverträge, vor allem mit dem Hauptnutzer, der *Eintracht Braunschweig GmbH & Co. KGaA*. Der aktuelle Vertrag endet am 30. Juni 2023. Für den Zeitraum ab 1. Juli 2023 soll ein neuer Nutzungsvertrag verhandelt und abgeschlossen werden.

Die Stadt Braunschweig hat das Namensrecht für das *Städtische Stadion an der Hamburger Straße* auf die *Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH* übertragen, zuletzt für den Zeitraum vom 1. Juli 2022 bis 30. Juni 2025. Nach dem Ausstieg des bisherigen Sponsors ist für die Saison 2021/2022 keine Vermarktung erfolgt und die Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH hat den Namen *Eintracht-Stadion* beibehalten. Für die Saison 2022/2023 wurde das Namensrecht unentgeltlich auf die *Eintracht Braunschweig GmbH & Co. KGaA* übertragen, die ebenfalls den Namen *Eintracht-Stadion* beibehalten hat.

EU-beihilferechtskonforme Finanzierung

EU-beihilferechtlich werden die drei Sparten der Stadthallen-GmbH, nämlich Betrieb der Stadthalle, Betrieb der Volkswagen Halle sowie Betrieb des Eintracht-Stadions einzeln beurteilt. Hierbei werden der Betrieb sowohl der **Stadthalle** als auch der **Volkswagen Halle** als rein lokal betrachtet (Kriterium 5 „Beeinträchtigung des innergemeinschaftlichen Handels“ nicht erfüllt; s. „Erläuterungen“, S. 5) und fallen nicht unter die Regelungen des EU-Beihilferechts. Die Finanzierung durch die Gesellschafterin kann somit ohne weitere Voraussetzungen sowohl durch Verlustausgleiche als auch durch sonstige Begünstigungen erfolgen.

Der Betrieb des **Eintracht-Stadions** ist EU-beihilferechtlich relevant. Maßgeblich sind die Regelungen nach der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung der EU-Kommission (AGVO) in der jeweils geltenden Fassung – aktuell Art. 55 der AGVO 2014 einschließlich Änderungsverordnung vom 17. Mai 2017 (Beihilfen für Sportinfrastrukturen und multifunktionale Freizeitinfrastrukturen). Die Höhen möglicher Betriebsbeihilfen bzw. Investitionsbeihilfen werden durch Art. 55 i. V. m. Art. 4 Nr. 1 lit. bb AGVO geregelt.

Anzahl der Arbeitnehmer

Zum Ende des Geschäftsjahres 2021 waren bei der Gesellschaft 44 Arbeitnehmer (davon 7 Teilzeitbeschäftigte und 5 Auszubildende) beschäftigt (Vorjahr: 45 Arbeitnehmer, davon 8 Teilzeitbeschäftigte und 4 Auszubildende).

Geschäftsverlauf

Wie bereits im Vorjahr war auch der Geschäftsverlauf im Jahr 2021 wesentlich von der COVID-19-Pandemie beeinflusst. Aufgrund der Niedersächsischen Verordnung über Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus SARS-CoV-2 sind die Betriebsstätten der Gesellschaft seit Mitte März 2020 in ihrer Nutzung eingeschränkt. Aufgrund von Ausnahmen im Rahmen der Berufsausübung und zur Wahrnehmung von Aufgaben politischer Mandate konnten seither im Wesentlichen nur Sitzungen und Tagungen sowie der Ligaspielbetrieb im Fuß- und Basketball teils gänzlich ohne Zuschauer, teils mit deutlich reduzierter Zuschauerzahl durchgeführt werden. Lediglich in den Monaten Oktober bis November 2021 war die Durchführung von größeren Show-Events möglich. Ein wesentlicher Teil der Aufgaben des letzten Jahres bestand in der Planung, Optimierung, Umsetzung und Betreuung des städtischen Impfzentrums, welches im Zeitraum von Januar bis September in den Räumlichkeiten der Stadthalle untergebracht war. Seit Ende November 2021 wird erneut ein reduziertes Impfzentrum in der Stadthalle betrieben.

Vor diesem Hintergrund ist sowohl die Anzahl der Veranstaltungen als auch die Besucherzahl im Jahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr zwar gestiegen, aber im Vergleich zu Zeiten vor der Pandemie immer noch auf sehr niedrigem Niveau. Es wurden 381 Veranstaltungen (Vorjahr: 355) mit insgesamt 136.250 Besuchern (Vorjahr: 232.771) durchgeführt.

Die *Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH* hatte für das Geschäftsjahr 2021 einen Fehlbetrag i. H. v. 5.610 T€ geplant. Der Jahresabschluss 2021 der Gesellschaft weist einen Fehlbetrag i. H. v. 4.187 T€ aus. Es ergibt sich eine positive Abweichung in Höhe von 1.423 T€ gegenüber dem Planansatz. Die Ergebnisverbesserung ist im Wesentlichen auf den Erhalt der sogenannten November- und Dezemberhilfen 2020 i. H. v. 655 T€, den Erhalt von Kurzarbeitergeld sowie auf den Betrieb des Impfzentrums zurückzuführen.

Betriebsteil Stadthalle

Die Zahl der Veranstaltungen in der Stadthalle liegt mit 191 unter dem Ergebnis des Vorjahres (240). Die Besucherzahlen sinken auf 7.520 (Vorjahr: 76.079).

Bis auf wenige Ausnahmen aus dem kulturellen und gesellschaftlichen Bereich fanden 2021 ausschließlich Tagungen, Schulungen/Prüfungen bzw. Sitzungen im Wesentlichen der Stadt Braunschweig, des *Regionalverbandes Großraum Braunschweig* und anderer Verbände statt, ergänzt durch Gerichtsverhandlungen des Oberlandes- und Landgerichts Braunschweig. Darüber hinaus wurde die Stadthalle im Zeitraum von Januar bis September 2021 sowie ab Ende November 2021 als Impfzentrum der Stadt Braunschweig genutzt. Die fast 250.000 Impflinge und Onlineteilnehmer wurden in der Besucherstatistik nicht erfasst.

Der Betriebsteil Stadthalle weist für das Geschäftsjahr 2021 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.198 T€ aus.

(Fortsetzung ab nächster Seite)

Betriebsteil Volkswagen Halle

Insgesamt wurden im Jahr 2021 136 (Vorjahr: 59) Veranstaltungen mit 39.981 (Vorjahr: 86.202) Besuchern durchgeführt. Dies bedeutet zwar eine Steigerung von 230 % bei der Veranstaltungsanzahl, jedoch eine nochmalige Reduzierung der Besucherzahl um 54 %.

Auch in der Volkswagen Halle machte der Sitzungsbetrieb einen wesentlichen Teil der Belegung aus. Daneben konnten 26 Sportveranstaltungen mit nur insgesamt wenigen Zuschauern sowie in der kurzen Phase der Öffnung (Oktober/November) immerhin 5 Show-Events realisiert werden.

Im Betriebsteil Volkswagen Halle ergab sich im Geschäftsjahr 2021 insgesamt ein Verlust von 1.825 T€.

Betriebsteil Eintracht-Stadion

Im Jahr 2021 wurden im Eintracht-Stadion 54 Veranstaltungen (Vorjahr: 56) mit 88.749 Besuchern (Vorjahr: 70.490) durchgeführt.

Neben den Ligaspielen von Eintracht Braunschweig und den New Yorker Lions – teils ohne Zuschauer, teils mit reduzierter Zuschauerzahl – fand Anfang Juni 2021 die Deutsche Leichtathletik Meisterschaft zum zweiten Mal innerhalb von elf Monaten in Braunschweig statt.

Für den Betriebsteil Eintracht-Stadion wird im Wirtschaftsjahr 2021 ein Fehlbetrag von 1.163 T€ ausgewiesen.

Gesamtergebnis

Der Jahresfehlbetrag 2021 der *Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH* für die drei Betriebsteile beträgt 4.187 T€ (Vorjahr: 5.331 T€). Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 4.187 T€ wurde in voller Höhe (Vorjahr: 5.331 T€) von den Gesellschaftern ausgeglichen.

(Fortsetzung ab nächster Seite)

Besondere Kennzahlen

Betriebsteil Stadthalle – Großer Saal und Congress Saal

Veranstaltungs- und Besuchsstatistik	2021				2020			
	Veranstaltungen		Besucher		Veranstaltungen		Besucher	
	Vortrags-saal	Konferenz-räume	Vortrags-saal	Konferenz-räume	Vortrags-saal	Konferenz-räume	Vortrags-saal	Konferenz-räume
Kulturelle Veranstaltungen	19	0	1.204	0	38	5	42.128	1.940
Gesellschaftliche Veranstaltungen	2	0	432	0	6	3	8.515	306
Tagungen, Kongresse	60	37	3.351	1.774	76	56	7.018	3.983
Sportliche Veranstaltungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausstellungen	0	0	0	0	1	5	6.943	3.941
Sonstige Veranstaltungen	0	0	0	0	0	2	0	10
Summe	**81**	**37**	**4.987**	**1.774**	**121**	**71**	**64.604**	**10.180**
Gesamt	**118**		**6.761**		**192**		**74.784**	

Betriebsteil Stadthalle – Vortragssaal und Konferenzräume

Veranstaltungs- und Besuchsstatistik	2021				2020			
	Veranstaltungen		Besucher		Veranstaltungen		Besucher	
	Vortrags-saal	Konferenz-räume	Vortrags-saal	Konferenz-räume	Vortrags-saal	Konferenz-räume	Vortrags-saal	Konferenz-räume
Kulturelle Veranstaltungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesellschaftliche Veranstaltungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Tagungen, Kongresse	72	1	750	9	40	7	1.170	120
Sportliche Veranstaltungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausstellungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Veranstaltungen	0	0	0	0	1	0	5	0
Summe	**72**	**1**	**750**	**9**	**41**	**7**	**1.175**	**120**
Gesamt	**73**		**759**		**48**		**1.295**	

Betriebsteil Stadthalle – Gesamt

Veranstaltungs- und Besuchsstatistik	2021				2020			
	Veranstaltungen		Besucher		Veranstaltungen		Besucher	
	Vortrags-saal	Konferenz-räume	Vortrags-saal	Konferenz-räume	Vortrags-saal	Konferenz-räume	Vortrags-saal	Konferenz-räume
Kulturelle Veranstaltungen	19	0	1.204	0	38	5	42.128	1.940
Gesellschaftliche Veranstaltungen	2	0	432	0	6	3	8.515	306
Tagungen, Kongresse	132	38	4.101	1.783	116	63	8.188	4.103
Sportliche Veranstaltungen	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausstellungen	0	0	0	0	1	5	6.943	3.941
Sonstige Veranstaltungen	0	0	0	0	1	2	5	10
Summe	**153**	**38**	**5.737**	**1.783**	**162**	**78**	**65.779**	**10.300**
Gesamt	**191**		**7.520**		**240**		**76.079**	

Betriebsteil Volkswagen Halle – „Arena“

Veranstaltungs- und Besuchsstatistik	2021 Veranstaltungen	2021 Besucher	2020 Veranstaltungen	2020 Besucher
Kulturelle Veranstaltungen	5	13.773	15	54.428
Gesellschaftliche Veranstaltungen	1	557	0	0
Tagungen, Kongresse	3	773	9	849
Sportliche Veranstaltungen	26	16.539	14	26.429
Ausstellungen	3	2.501	3	3.133
Sonstige Veranstaltungen	1	6	1	5
Gesamt	**39**	**34.149**	**42**	**84.844**

Betriebsteil Volkswagen Halle – Foyer/Restaurant

Veranstaltungs- und Besuchsstatistik	2021 Veranstaltungen	2021 Besucher	2020 Veranstaltungen	2020 Besucher
Kulturelle Veranstaltungen	0	0	0	0
Gesellschaftliche Veranstaltungen	2	95	2	503
Tagungen, Kongresse	92	2.774	15	855
Sportliche Veranstaltungen	0	0	0	0
Ausstellungen	2	2.948	0	0
Sonstige Veranstaltungen	1	15	0	0
Gesamt	**97**	**5.832**	**17**	**1.358**

Betriebsteil Volkswagen Halle – Gesamt

Veranstaltungs- und Besuchsstatistik	2021 Veranstaltungen	2021 Besucher	2020 Veranstaltungen	2020 Besucher
Kulturelle Veranstaltungen	5	13.773	15	54.428
Gesellschaftliche Veranstaltungen	3	652	2	503
Tagungen, Kongresse	95	3.547	24	1.704
Sportliche Veranstaltungen	26	16.539	14	26.429
Ausstellungen	5	5.449	3	3.133
Sonstige Veranstaltungen	2	21	1	5
Gesamt	**136**	**39.981**	**59**	**86.202**

Betriebsteil Eintracht-Stadion

Veranstaltungs- und Besuchsstatistik	2021 Veranstaltungen	2021 Besucher	2020 Veranstaltungen	2020 Besucher
Kulturelle Veranstaltungen	0	0	0	0
Gesellschaftliche Veranstaltungen	2	87	10	1.293
Tagungen, Kongresse	17	2.811	22	2.975
Sportliche Veranstaltungen	29	85.466	22	65.917
Ausstellungen	0	0	0	0
Sonstige Veranstaltungen	6	385	2	305
Gesamt	**54**	**88.749**	**56**	**70.490**

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Die *Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH* hat im Herbst 2021 den Wirtschaftsplan für das Jahr 2022 aufgestellt. Der Plan sieht einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 5.384 T€ vor.

Bei Aufstellung des Wirtschaftsplanes wurde davon ausgegangen, dass aufgrund der geplanten Sanierung der Stadthalle ab dem 1. Januar 2022 kein Veranstaltungsbetrieb mehr stattfinden wird. Zudem wurden keine Beschränkungen mehr durch die COVID-19-Pandemie geplant und die aufgrund der Verschiebungen aus Vorjahren gute Buchungslage insbesondere in der Volkswagen Halle zugrunde gelegt.

Die Ausschreibung zur Sanierung der Stadthalle musste jedoch Ende des Jahres 2021 aufgrund des vorzeitigen Verfahrensausstiegs des einzigen Bieters ohne Beauftragung aufgehoben werden. Die Stadt Braunschweig wird als Eigentümerin nunmehr neue Wege zur Lösung der Sanierungsaufgabe finden. Durch die Bauordnung ist zunächst der Weiterbetrieb für Veranstaltungen bis 200 Teilnehmern sowie der Betrieb des Impfzentrums schriftlich zugesichert worden. Aktuell werden alle sicherheitstechnischen Einrichtungen durch Sachverständige auf die mittelfristige Betriebssicherheit überprüft. Ziel ist es bis zum Sanierungsbeginn wieder Veranstaltungen mit bis zu 1.000 Teilnehmern zu ermöglichen. Zwischenzeitlich wurde die Stadthalle auch als Notunterkunft zur Aufnahme und Unterbringung ukrainischer Kriegsvertriebener genutzt.

Die Buchungslage in der Volkswagen Halle ist grundsätzlich sehr gut. Mit Aufhebung der pandemiebedingten Einschränkungen können die Veranstaltungen grundsätzlich realisiert werden. Die Beschränkungen zu Beginn des Jahres werden Auswirkungen auf die gesteckten Umsatz- und Ergebnisziele haben. Die Terminierungen Ligabetrieb Basketball, Ersatztermine Corona, Regeltermine wiederkehrender Veranstaltungen, Neuanfragen usw. stellen das Projektmanagement weiterhin vor komplexe Herausforderungen.

Das Ergebnis der Betriebsstätte Eintracht-Stadion ist wesentlich abhängig von der Ligazugehörigkeit der Eintracht. Eintracht Braunschweig konnte die Saison 2021/2022 als Aufsteiger beenden, so dass sich dies auch positiv auf die Höhe der Stadionpacht für das zweite Halbjahr 2022 auswirken wird. Ein Ligaaufstieg wurde in der Planung nicht vorgesehen. Der Nutzungsvertrag für das Stadion mit der *Eintracht Braunschweig GmbH & Co. KGaA* wurde mit Ablauf des 30. Juni 2023 gekündigt. Ziel ist es, für den Zeitraum ab 1. Juli 2023 einen neuen Nutzungsvertrag zu verhandeln und abzuschließen.

Hinsicht des Veranstaltungsbetriebes ist die Entwicklung der Veranstaltungsbranche aufgrund der Auswirkungen der Pandemie insgesamt weiterhin differenziert zu betrachten. Im Bereich der Show- und Konzertveranstaltungen scheinen die staatlichen Überbrückungshilfen die meisten Veranstalter gerettet zu haben; hier wird das Verhalten der Besucher nach der Pandemie einen entscheidenden Einfluss auf die weitere Entwicklung haben. Beim Tagungs- und Kongressmarkt sind zunächst die vielen ausgefallenen Pflichtveranstaltungen (Betriebs-, Mitglieder- oder Eigentümerversammlungen) nachzuholen. Im Bereich der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Kongresse besteht aktuell große Unsicherheit, da viele Versuche Veranstaltungen durchzuführen an zu wenig Teilnehmern gescheitert sind, so dass zunächst abgewartet wird.

Insgesamt ist davon auszugehen, dass die Auswirkungen der Pandemie die Veranstaltungsbranche noch lange begleiten und zu Veränderungen führen werden. Die Gesellschaft ist mit ihren drei Betriebsstätten jedoch gut aufgestellt, so dass Einbrüche in einzelnen Segmenten kompensiert werden können.

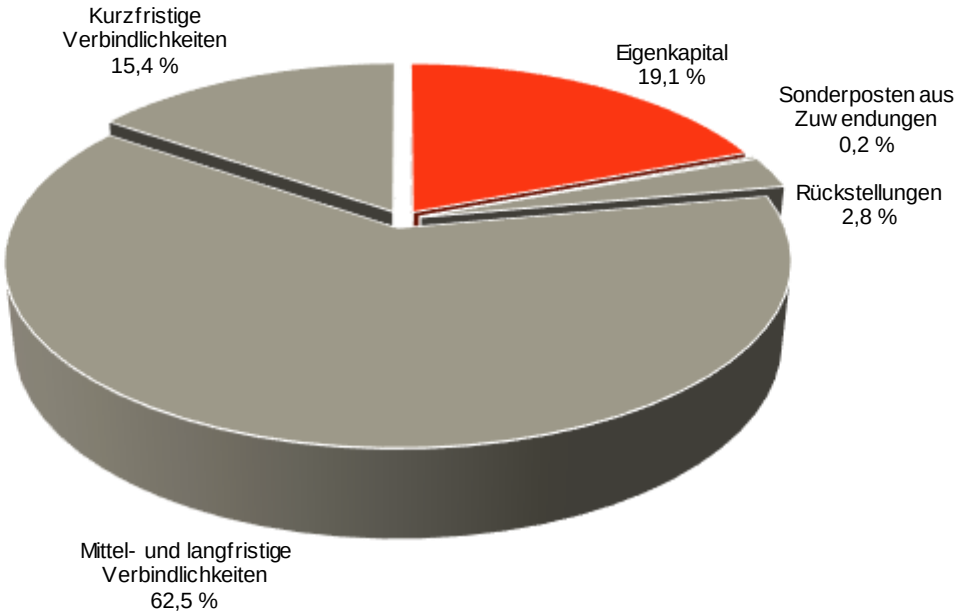
Bilanzdaten der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH

Bilanz

Aktiva	2021		2020		2019	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	10	0,1	18	0,1	30	0,1
Sach- und Finanzanlagen	16.075	93,5	16.128	93,5	16.607	75,9
Langfristig gebundenes Vermögen	**16.085**	**93,6**	**16.146**	**93,6**	**16.637**	**76,0**
Forderungen	884	5,1	1.061	6,1	1.517	6,9
Liquide Mittel	216	1,3	46	0,3	121	0,6
Kurzfristig gebundenes Vermögen	**1.100**	**6,4**	**1.107**	**6,4**	**1.637**	**7,5**
Bilanzsumme	**17.185**	**100,0**	**17.253**	**100,0**	**18.274**	**83,5**

Passiva	2021		2020		2019	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	3.278	19,1	3.167	18,4	3.056	16,7
Sonderposten aus Zuwendungen	26	0,2	26	0,2	55	0,3
Rückstellungen	486	2,8	364	2,1	406	2,2
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	10.755	62,5	11.749	68,0	12.593	69,0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	2.640	15,4	1.947	11,3	2.164	11,8
Bilanzsumme	**17.185**	**100,0**	**17.253**	**100,0**	**18.274**	**100,0**

Kapitalstruktur 2021

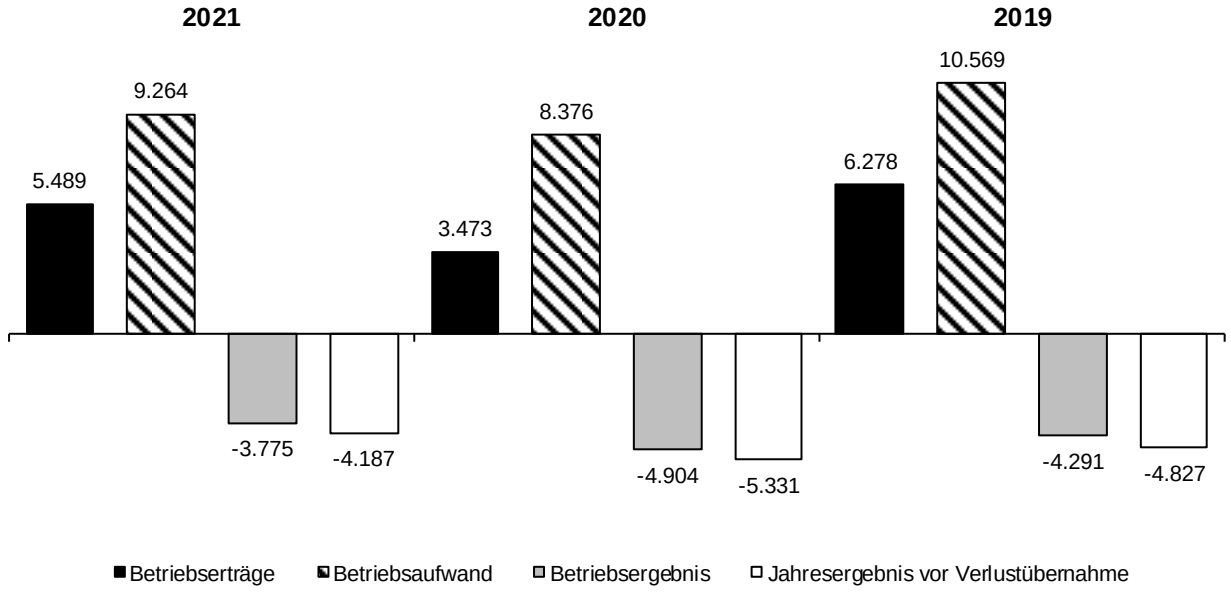


GuV-Daten der Stadthalle Braunschweig Betriebsgesellschaft mbH

Gewinn- und Verlustrechnung [T€]

Position	2021	Delta	2020	2019
Umsatzerlöse	4.711	+1.476	3.235	6.176
Sonstige betriebliche Erträge	778	+540	238	102
Betriebserträge	**5.489**	+2.016	**3.473**	**6.278**
Materialaufwand	1.400	+750	650	1.704
Personalaufwand	2.474	+119	2.355	2.711
Abschreibungen	1.412	-359	1.771	1.992
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.978	+378	3.600	4.161
Betriebsaufwand	**9.264**	+888	**8.376**	**10.569**
Betriebsergebnis	**-3.775**	+1.129	**-4.904**	**-4.291**
Finanzergebnis	-212	+15	-227	-250
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	**-3.987**	+1.144	**-5.131**	**-4.541**
Sonstige Steuern	200	0	200	286
Jahresergebnis vor Verlustübernahme	**-4.187**	+1.144	**-5.331**	**-4.827**
Erträge aus Verlustübernahme	4.187	-1.144	5.331	4.693
Jahresfehlbetrag	**0**	0	**0**	**-134**
Verlustvortrag	0	0	0	-11
Entnahmen aus der Kapitalrücklage	0	0	0	145
Bilanzgewinn	**0**	0	**0**	**0**

Entwicklung Gewinn- und Verlustrechnung [T€]



Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind die Erstellung und der Betrieb von öffentlichen Schwimmbädern und medizinischen Bädern und anderer dem Sport, der Erholung oder der Volksgesundheit dienender Anlagen sowie der damit verbundenen Einrichtungen. In dieser Eigenschaft betreibt die Gesellschaft Hallen- und Freibäder in Braunschweig.

Die Gesellschaft dient ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken i. S. d. Abschnitts *Steuerbegünstigte Zwecke* der Abgabenordnung. Sie ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr erfüllt. Der Betrieb und die Bereitstellung von Hallen- und Freibädern dienen dem öffentlichen Gesundheitswesen und fördern den Sport. Hierdurch wird das gemeinsame Wohl der Einwohner der Stadt Braunschweig gefördert. Durch das Beteiligungsmanagement der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft tatsächlich erfüllt wird (s. Einleitung, S. 1).

Stammkapital

Das Stammkapital beträgt 1.022.600 €.

Gesellschafter

Gesellschafter	€	%
Stadt Braunschweig	52.200	5,1
Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH	970.400	94,9
Gesamt	**1.022.600**	**100,0**

Organe der Gesellschaft (Stand: Februar 2023)

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus 12 stimmberechtigten Mitgliedern.

Name	Funktion
Graffstedt, Frank	**Vorsitzender**/Ratsherr der Stadt Braunschweig
Bach, Felix	**stellv. Vorsitzender**/Ratsherr der Stadt Braunschweig
Geiger, Christian A.	Erster Stadtrat der Stadt Braunschweig
Hahn, Susanne	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Lerche, Sonja	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Maul, Antje	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Mundlos, Heidemarie	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Plinke, Dr. Burkhard	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Schnepel, Gordon	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Täubert, Frank	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Tegethoff, Kai	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Volkmann, Ulrich	Ratsherr der Stadt Braunschweig

Geschäftsführung

Tobias Groß

Wichtige Verträge

Gemäß dem Gesellschaftsvertrag verpflichten sich die Gesellschafter, Jahresverluste der *Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH* (Stadtbad-GmbH) bis zur Höhe von 4 Mio. € abzudecken. Ferner besteht mit der *Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH* eine Vereinbarung über die Ergebnisübernahme und die Liquiditätssicherung im Rahmen ihres Beteiligungsanteils.

Für die Schwimmbadgrundstücke, die nicht im Eigentum der Gesellschaft stehen, bestehen verschiedene Überlassungsverträge mit der Stadt Braunschweig als Grundstückseigentümerin.

Im Jahr 1999 wurde die *Unterstützungskasse der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH e. V.* gegründet. Die Gesellschaft zahlt für ihre Arbeitnehmer in entsprechende Rückdeckungsversicherungsverträge ein, aus denen zukünftig im Falle der Erwerbs- oder Berufsunfähigkeit, bei Sterbefällen und im Altersruhestand die laut Leistungsplan zugesagte finanzielle Unterstützung geleistet wird. Zudem besteht zur Absicherung betrieblicher Ruhelohnansprüche eine Mitgliedschaft der Gesellschaft beim *Pensions-Sicherungs-Verein*[12]. Seit dem 1. Juli 2020 sind Arbeitnehmer, für die bislang keine betriebliche Altersvorsorge bestand und die rechnerisch die Mindest-Einzahlungsdauer erreichen können, in der VBL[13] versichert.

Die in den einzelnen Bädern vorhandenen Kioske, Cafés und Gaststätten hat die *Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH* verpachtet. Ferner hat sie im Hallenbad *BürgerBadePark* Räumlichkeiten an einen Friseursalon und ein ambulantes Rehabilitationszentrum vermietet. Zudem besteht mit der *Fitnesswelt Braunschweig GmbH* ein Vertrag über die Nutzung der Bäder sowie ein Pachtvertrag über die im Obergeschoss gelegenen Flächen der Wasserwelt zum Betrieb eines Fitness-Studios. Die Wellnessabteilung der Wasserwelt ist seit dem 1. Januar 2021 verpachtet.

Ferner besteht ein Pachtvertrag mit der *Volkshochschule Braunschweig GmbH* (VHS) über Räumlichkeiten im *BürgerBadePark* in der Nîmes-Straße. Die VHS bietet hier seit dem 1. September 2020 Kurse zur Gesundheitsvorsorge und -bildung an. Hierdurch wird der Bäderstandort Bürgerpark mit dem Schwerpunkt Gesundheit nachhaltig gestärkt.

EU-beihilferechtskonforme Finanzierung

Der Betrieb der städtischen Bäder durch die Stadtbad-GmbH wird EU-beihilferechtlich als rein lokal betrachtet (Kriterium 5 „Beeinträchtigung des innergemeinschaftlichen Handels“ nicht erfüllt; s. „Erläuterungen“, S. 5) und fällt somit nicht unter die Regelungen des EU-Beihilferechts. Die Finanzierung durch die Gesellschafterin kann somit ohne weitere Voraussetzungen sowohl durch Verlustausgleiche als auch durch sonstige Begünstigungen erfolgen.

Anzahl der Arbeitnehmer

Im Jahr 2021 waren bei der *Stadtbad Sport und Freizeit GmbH* durchschnittlich 101 Arbeitnehmer (Vorjahr: 103) beschäftigt. Zusätzlich beschäftigte die Gesellschaft im Jahr 2021 durchschnittlich 10 Auszubildende (Vorjahr: 9).

(Fortsetzung ab nächster Seite)

[12] Pensions-Sicherungs-Verein aG (Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit).

[13] Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (Anstalt des öffentlichen Rechts).

Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft betreibt die Hallenbäder *BürgerBadePark*, *Sportbad Heidberg* und *Wasserwelt* sowie die Sommerbäder *Bürgerpark*, *Raffteich* und *Waggum*. In zwei Hallenbädern werden als Nebenleistungen auch Dampf- und Saunabäder vorgehalten. Weitere Räumlichkeiten werden vermietet und verpachtet. Die Gesellschaft bietet zudem ein umfangreiches Kursprogramm an.

Wie bereits im Vorjahr, war auch der Geschäftsverlauf im Jahr 2021 wesentlich von der COVID-19-Pandemie beeinflusst. Aufgrund der behördlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie ergaben sich für die drei Hallenbäder der Gesellschaft im Jahr 2021 insgesamt 612 Schließtage. Für die Saunen in der *Wasserwelt* und im *Sportbad Heidberg* sind 466 Schließtage zu verzeichnen. Die Sommerbadsaison startete verspätet ab 1. Juni 2021, wodurch sich für die Sommerbäder insgesamt 70 Schließtage ergaben. Während der Öffnungszeiten mussten Beschränkungen hinsichtlich der Besucherzahlen sowie erhöhte Hygieneanforderungen berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang wurde das bereits im Jahr 2020 von der Gesellschaft eingeführte Online-Buchungssystem weitergeführt, das den Ticketerwerb für bestimmte Zeitfenster durch die Kunden ermöglichte. Es wurde weiterhin eine an diese Gegebenheiten angepasste Entgeltordnung erlassen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung 2021 der Stadtbad-GmbH wies vor Verlustübernahme durch die Gesellschafterinnen einen Jahresfehlbetrag von rd. 7.745 T€ aus. Gegenüber dem in der Wirtschaftsplanung 2021 vorgesehenen Fehlbetrag in Höhe von 9.126 T€ ergibt sich eine deutliche Ergebnisverbesserung. Diese konnte trotz geringerer Erträge aufgrund erheblicher Aufwandsminderungen insbesondere durch die Inanspruchnahme von Kurzarbeitergeld und Einsparungen bei den Energieaufwendungen durch das Herunterfahren der technischen Anlagen auf das notwendige Minimum während der Schließzeiten erreicht werden.

Im gesamten Geschäftsjahr 2021 verzeichnete die Gesellschaft 295.342 Besucher; die Besucherzahl verschlechterte sich somit gegenüber dem Vorjahr um 23.778 (-7,45 %). Dieser Effekt resultiert hauptsächlich aus den pandemiebedingten Bäderschließungen sowie den Beschränkungen der Besucherzahlen nach Wiedereröffnung. Der im Mai 2018 eröffnete Wohnmobilstellplatz auf dem Parkplatz der Wasserwelt war auch zu Pandemiezeiten gut besucht, sofern die behördlichen Vorgaben die Öffnung zuließen.

Besondere Kennzahlen[14]

Umsatzerlöse und Besucherstatistik	2021		2020	
	T€	Besucher	T€	Besucher
Hallenbäder	685	176.292	796	182.191
Sommerbäder	198	48.793	207	58.017
Sauna und Wellness	159	44.783	202	56.372
Sonstige Umsätze	1.360	25.474	1.204	22.540
Gastronomie und Shop	22	–	23	–
Umsatzerlöse, Gesamtfrequentierung	**2.424**	**295.342**	**2.432**	**319.120**

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

In der Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2022 geht die Gesellschaft von einem Jahresfehlbetrag in Höhe von rd. 9.075 T€ aus; für das erste Halbjahr wurden eine Fortführung des pandemiebedingt eingeschränkten Betriebes sowie für das zweite Halbjahr ein normales Wirtschaftsjahr unterstellt. Von erneuten Schließungen wird nicht ausgegangen. Tatsächlich wurden im Frühjahr 2022 die gesetzlichen Beschränkungen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie für den Schwimmbadbetrieb aufgehoben. Der Geschäftsverlauf wird wesentlich vom Verhalten der Besucher abhängen. Zudem wird die aktuelle Energiepreisentwicklung aufgrund des Ukraine-Krieges Auswirkungen auf die Ergebnisentwicklung haben. Für das Jahr 2022 ist zur Energiekostensenkung die Errichtung einer PV-Anlage in der Wasserwelt – unter möglicher Einbeziehung der Energiegenossenschaft Braunschweiger Land eG geplant. Weiterhin soll in eine Dampfsauna in der Wasserwelt, in einen Wohnmobilstellplatz im Sommerbad *Raffteich* sowie in verschiedene strategische Maßnahmen investiert werden.

[14] **Sauna und Wellness**: medizinische Abteilung, Dampf- und Saunabäder. **Sonstige Umsätze**: u. a. Schwimmunterricht und Fitnesskurse, Mieterträge Bäder, Parkplatzgebühren inkl. Wohnmobilstellplatz, Veranstaltungen und Werbung.

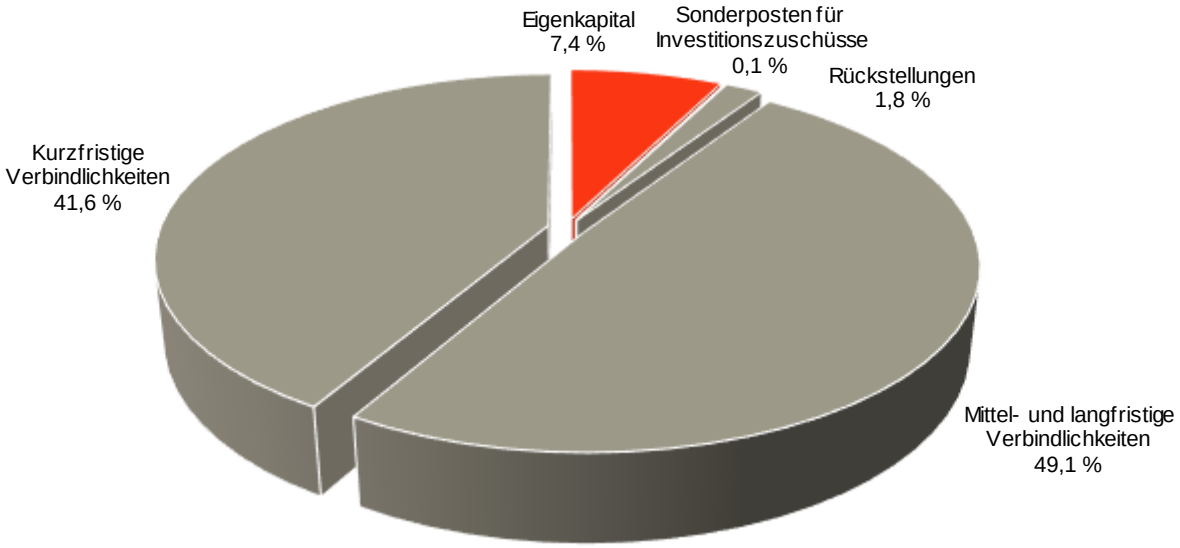
Bilanzdaten der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH

Bilanz

Aktiva	2021		2020		2019	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	14	0,0	53	0,1	118	0,3
Sachanlagen	42.401	95,7	43.809	97,2	38.946	96,9
Langfristig gebundenes Vermögen	**42.415**	**95,8**	**43.862**	**97,3**	**39.064**	**97,2**
Vorräte	81	0,2	94	0,2	89	0,2
Forderungen	488	1,1	975	2,2	468	1,2
Liquide Mittel	1.309	3,0	203	0,3	550	1,4
Kurzfristig gebundenes Vermögen	**1.878**	**4,2**	**1.272**	**2,8**	**1.107**	**2,8**
Bilanzsumme	**44.293**	**100,0**	**45.134**	**100,0**	**40.171**	**100,0**

Passiva	2021		2020		2019	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	3.296	7,4	2.504	5,5	1.524	3,8
Sonderposten für Investitionszuschüsse	32	0,1	36	0,1	40	0,1
Rückstellungen	809	1,8	576	1,3	977	2,4
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	21.745	49,1	24.000	53,2	26.031	64,8
Kurzfristige Verbindlichkeiten	18.411	41,6	18.018	39,9	11.599	28,9
Bilanzsumme	**44.293**	**100,0**	**45.134**	**100,0**	**40.171**	**100,0**

Kapitalstruktur 2021

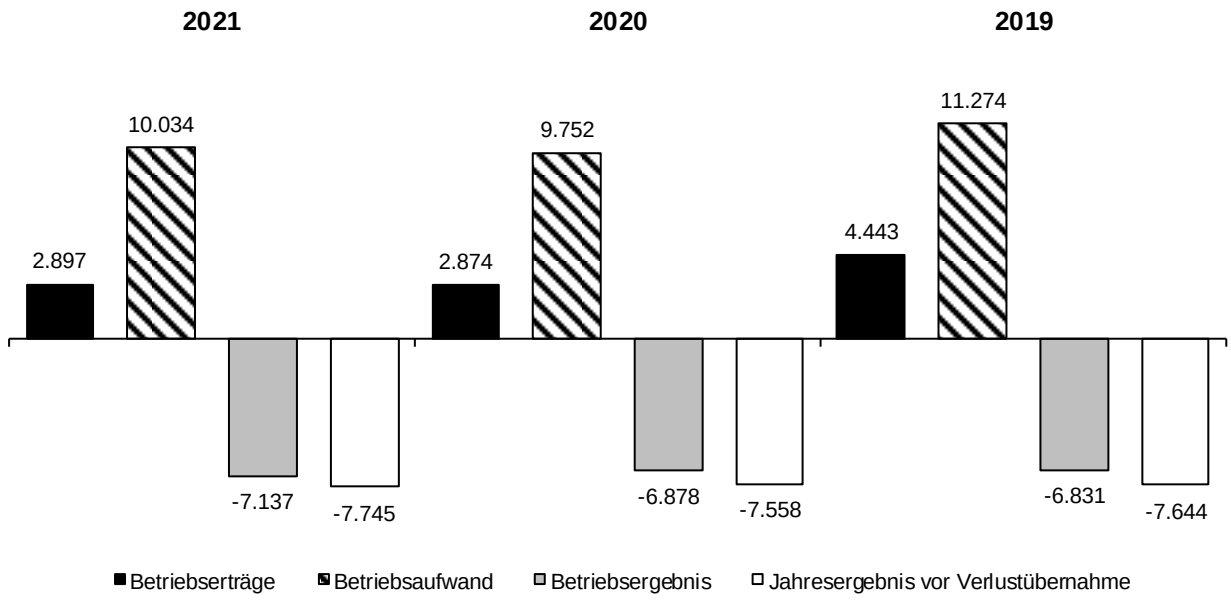


GuV-Daten der Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung [T€]

Position	2021	Delta	2020	2019
Umsatzerlöse	2.424	-8	2.432	4.258
Sonstige betriebliche Erträge	473	+31	442	185
Betriebserträge	**2.897**	+23	**2.874**	**4.443**
Materialaufwand	2.333	+184	2.149	2.768
Personalaufwand	4.512	+19	4.493	5.213
Abschreibungen	2.479	+225	2.254	2.480
Sonstige betriebliche Aufwendungen	710	-146	856	813
Betriebsaufwand	**10.034**	+282	**9.752**	**11.274**
Betriebsergebnis	**-7.137**	-259	**-6.878**	**-6.831**
Finanzergebnis	-587	+44	-631	-801
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	**-7.724**	-215	**-7.509**	**-7.632**
Sonstige Steuern	21	-28	49	12
Jahresergebnis vor Verlustübernahme	**-7.745**	-187	**-7.558**	**-7.644**
Erträge aus Verlustübernahme	7.745	+187	7.558	7.644
Jahresüberschuss	**0**	0	**0**	**0**

Entwicklung Gewinn- und Verlustrechnung [T€]



BS|ENERGY

Konzernstruktur (Stand: Februar 2023)

Hinter der nach außen kommunizierten Dachmarke **BS|ENERGY** verbirgt sich eine vielschichtige Konzernstruktur (BS|ENERGY-Gruppe). Während die eigentliche Leistungserbringung durch die *Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG* (BVAG) – und deren Tochtergesellschaften – erfolgt, stellt die *Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG* (BVVAG) deren geschäftsführende und persönlich haftende Gesellschafterin bzw. Komplementärin dar. Die unten angegebenen Aktionäre der BVVAG sind mit den dargestellten Verhältnissen an der BVVAG beteiligt und fungieren gleichzeitig als Kommanditisten der BVAG. Die Stadt Braunschweig ist über die *Stadt Braunschweig Beteiligungsgesellschaft mbH* (SBBG) mit 25,1 % an der BVAG und der BVVAG mittelbar beteiligt. Die BVAG verfügt über mehrere Tochtergesellschaften; die bis dato 100%ige Tochtergesellschaft *Stadtwerke Pulheim Dienste GmbH* wurde mit rechtlicher Wirkung vom 1. Januar 2021 mit der BVAG verschmolzen, um die Konsolidierung der Stadtwerke Pulheim final abzuschließen.

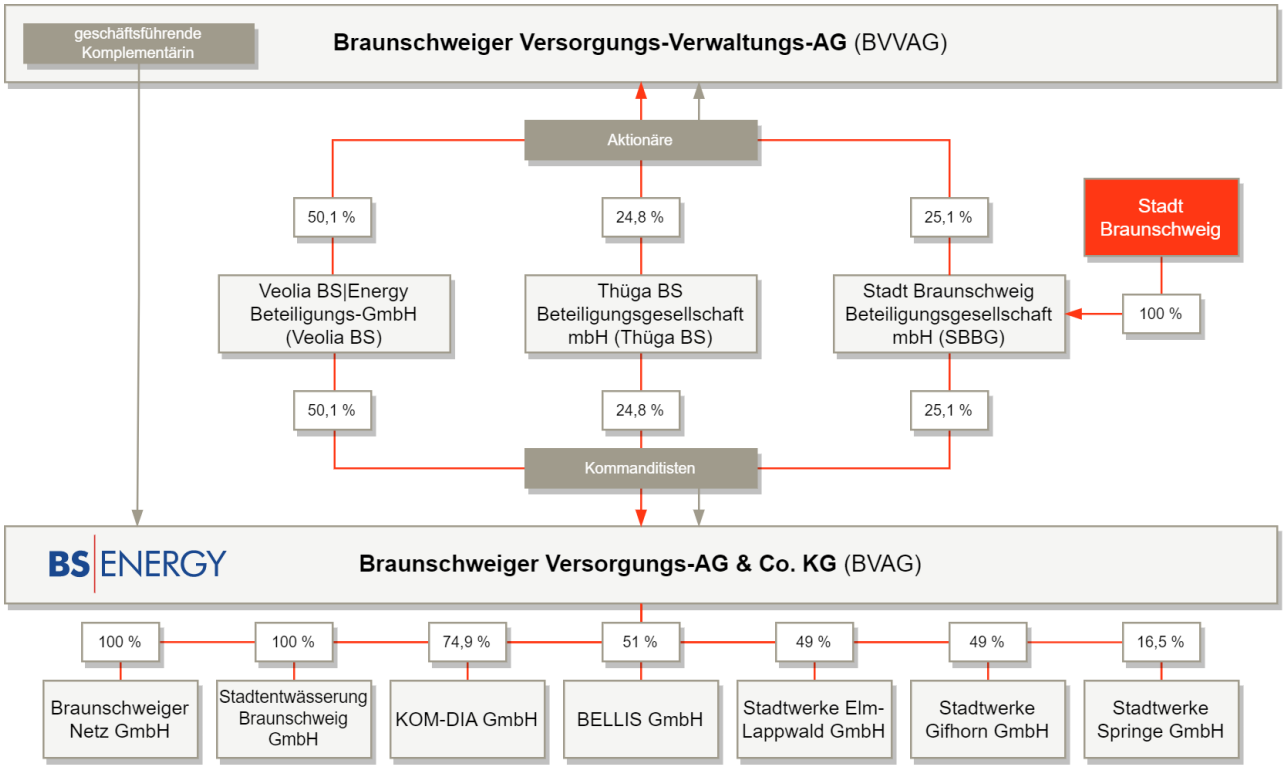


Abb. 4: Konzernstruktur BS|ENERGY *(eigene Darstellung)*.

Gegenstand der Unternehmen

Gegenstand der **Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG** ist die Erzeugung, der Vertrieb und die Verteilung von sowie der Handel mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme sowie Tätigkeiten im Bereich der Telekommunikation, der öffentlichen Beleuchtung, des Verkehrsmanagements, Verkehrszeichen sowie Verkehrseinrichtungen und des Parkraummanagements und Handelsaktivitäten für Dritte. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Unternehmensgegenstand zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten und Unternehmensverträge als herrschendes Unternehmen schließen.

(Fortsetzung ab nächster Seite)

Gegenstand der **Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG** ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei Handelsgesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der Braunschweiger Versorgungs-Aktiengesellschaft & Co. KG, die die Erzeugung, den Vertrieb und die Verteilung von sowie den Handel mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme sowie Tätigkeiten im Bereich der Telekommunikation der öffentlichen Beleuchtung, des Verkehrsmanagements, Verkehrszeichen sowie Verkehrseinrichtungen und des Parkraummanagements und Handelsaktivitäten für Dritte zum Gegenstand hat.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr erfüllt. Die Sicherung der Versorgung der Bevölkerung – vornehmlich der Stadt Braunschweig – mit Energie und Wasser dient der Daseinsvorsorge und dem gemeinsamen Wohl Einwohner der Stadt Braunschweig. Durch das Beteiligungsmanagement der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft tatsächlich erfüllt wird (s. Einleitung, S. 1). Darüber hinaus kommt der Gesellschaft als Arbeit- und Auftraggeberin im Bereich der Stadt Braunschweig eine wesentliche wirtschaftliche Bedeutung zu.

Grundkapital

Das Grundkapital der **BVAG** beträgt 61.440.000 €, das der **BVVAG** 1.600.000 €.

Gesellschafter

Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG[15]

Gesellschafter	€	%
Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG	–	–
Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH	15.421.440	25,1
Veolia BS|ENERGY Beteiligungs-GmbH	30.780.894	50,1
Thüga BS Beteiligungsgesellschaft mbH	15.237.666	24,8
Gesamt	**61.440.000**	**100,0**

Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG

Gesellschafter	€	%
Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH	401.600	25,1
Veolia BS|ENERGY Beteiligungs-GmbH	801.586	50,1
Thüga BS Beteiligungsgesellschaft mbH	396.814	24,8
Gesamt	**1.600.000**	**100,0**

Organe der Gesellschaften

Organe der **Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG** sind die Gesellschafterversammlung und die Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG als Geschäftsführung (s. Konzernstruktur, S. 42).

Organe der **Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-AG** sind die Hauptversammlung, der Aufsichtsrat und der Vorstand.

Aufsichtsrat der BVVAG (Stand: Februar 2023)

Der Aufsichtsrat besteht aus 15 Mitgliedern. Die Satzung verpflichtet die Stadt Braunschweig Beteiligungsgesellschaft mbH (SBBG) dazu, den Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig in den Aufsichtsrat zu entsenden; die übrigen Mitglieder werden von der Hauptversammlung gewählt.

(Fortsetzung ab nächster Seite)

[15] Die *Braunschweig Versorgungs-Verwaltungs-AG* (BVVAG) ist einzige Komplementärin der *Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG* (BVAG). Die BVVAG erbringt keine Einlage und hält keinen Festkapitalanteil.

Name	Funktion
Kornblum, Dr. Thorsten	**Vorsitzender**/Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig
Harms, Matthias	**erster stellv. Vorsitzender**/Veolia
Eckert, Sabine	**zweite stellv. Vorsitzende**/Arbeitnehmervertreterin der BVAG
Ayan, Abdulkadir	Arbeitnehmervertreter der BVAG
Bratmann, Christoph	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Cunnac, Michel	Veolia
Eckhardt, Hildegard	Veolia
Günther, Milko	Arbeitnehmervertreter der BVAG
Hofmann, Axel	Veolia
Köster, Thorsten	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Kubitza, Karl-Heinz	Arbeitnehmervertreter der BVAG
(Menning, Emmanuelle)	Veolia (bis März 2022)
Riechel, Michael	Vorstandsvorsitzender der Thüga-AG
Schnelle, Sascha	Arbeitnehmervertreter der BVAG
Utermöhlen, Dr. Ralf	Mandat der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vogel, Matthias	Veolia (seit August 2022)

Vorstand der BVVAG (Stand: Februar 2023)

Der zwischen den Gesellschaftern geschlossene Konsortialvertrag sieht vor, dass der Vorstand aus 4 Vorstandsmitgliedern bestehen soll. Aktuell wird der Vorstand aus 3 Mitgliedern gebildet.

Name	Funktion
Freitag, Jens-Uwe	**Vorstandsvorsitzender** (seit 1. April 2021)
(Anfang, Paul)	stellv. Vorstandsvorsitzender (bis 30. April 2021)
Henze, Matthias	Vorstandsmitglied
Lang, Dr. Volker	Vorstandsmitglied

Wichtige Verträge

Zwischen der Stadt Braunschweig und der Gesellschaft bestand ein **Konzessionsvertrag** vom 29. März bzw. 17. April 2001 (einschließlich einer Ergänzung vom 17. Juni 2002). Der Vertrag trat am 1. Januar 2001 in Kraft und hatte eine Laufzeit von 20 Jahren, mithin bis Ende 2020. Danach war für Strom, Wasser und Gas eine Konzessionsabgabe zu zahlen, die sich auf Cent-Beträge je Kilowattstunde bzw. beim Wasser auf Prozentbeträge der Roheinnahmen beläuft. Der Konzessionsvertrag räumte als Gegenleistung der Gesellschaft das Recht ein, im Gebiet der Stadt die öffentlichen Grundstücke zur Verlegung und zum Betrieb von Leitungen zu benutzen.

Vor dem Hintergrund der Neuvergabe der Energienetzkonzessionen ab dem 1. Januar 2021 hatte der Rat der Stadt Braunschweig in seiner Sitzung am 7. November 2017 einen Grundsatzbeschluss gefasst. Auf Basis dieses Beschlusses wurden zwischen der Gesellschaft und der Stadt Braunschweig die **Konzessionsverträge für die Medien Wasser und Fernwärme** neu verhandelt und nach dem zustimmenden Beschluss des Rates der Stadt Braunschweig am 12. Juni 2018 mit Wirkung vom 1. Januar 2021 abgeschlossen. Die neuen Verträge haben eine Laufzeit von 20 Jahren, mit einem einseitigen Kündigungsrecht der Stadt Braunschweig nach 10 Jahren für das Medium Wasser. Im Rahmen des Anzeigeverfahrens zum Konzessionsvertrag für das Medium Wasser hat die Landeskartellbehörde im September 2021 einige Anpassungsbedarfe am bestehenden Konzessionsvertrag mitgeteilt, insbesondere eine Begrenzung der Laufzeit auf 10 Jahre anstelle des bisher vorgesehenen Sonderkündigungsrechtes nach 10 Jahren. Eine entsprechende Änderungsvereinbarung wurde zwischen der Stadt Braunschweig und BS|ENERGY mit Wirkung vom 1. Januar 2021 abgeschlossen.

Nach Durchführung eines den Rechtsgrundsätzen des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) entsprechenden Verfahrens zur Vergabe der qualifizierten Wegerechte Strom und Gas für das Gebiet der Stadt Braunschweig hatte der Rat der Stadt Braunschweig in seiner Sitzung am 17. September 2019 beschlossen, dass BS|ENERGY den **Zuschlag für die Energienetzkonzessionen** und damit das Recht zum langfristigen Betrieb des örtlichen Strom- und Gasverteilnetzes in Braunschweig ab dem Jahr 2021 erhält. Die neuen Verträge sehen die gesetzlich zulässige Laufzeit von 20 Jahren vor, mit einem einseitigen Kündigungsrecht der Stadt Braunschweig nach 10 Jahren.

Auch gemäß den neuen Konzessionsverträgen ist für die Medien Strom, Gas, Wasser (und gemäß neuem, ab 1. Januar 2021 geltenden, Konzessionsvertrag auch für Fernwärme) ein **Konzessions- bzw. Gestattungsentgelt** zu zahlen, das sich auf Cent-Beträge je Kilowattstunde bzw. – beim Medium Wasser – auf einen Prozentbetrag der Roheinnahmen beläuft.

Insbesondere im Bereich der **Wärmeproduktion** besteht ein sehr hoher Investitionsbedarf. Im Zuge der konsortialvertraglichen Verhandlungen wurde festgelegt, dass in den Jahren 2018 bis 2022 im Rahmen eines Investitionskonzeptes u. a. auch für die Umsetzung der neuen Erzeugungsstrategie insgesamt bis zu 335 Mio. € investiert werden sollen.

Daneben bestehen diverse **Liefer- und Bezugsverträge für Steinkohle, Gas, Strom und Wasser**.

Im Herbst 2005 erhielt das Konsortium aus *Braunschweiger Versorgungs-AG* und *Siemens AG* den Zuschlag für den Betrieb der öffentlichen Straßenbeleuchtung und Ampelanlagen in der Stadt Braunschweig. Hierfür gründete das Konsortium eine gemeinsame Gesellschaft – die **BELLIS GmbH** –, an der die BVAG mit 51 % beteiligt ist (s. Konzernstruktur, S. 42). Der Vertrag wurde zunächst für eine Laufzeit von 20 Jahren geschlossen. Die hoheitlichen Befugnisse verbleiben bei der Stadt Braunschweig. Die *BELLIS GmbH* verantwortet seit 2006 den Betrieb der öffentlichen Beleuchtung, des Verkehrsmanagements sowie der Verkehrszeichen und -einrichtungen für die Stadt Braunschweig. Die der verbleibende Anteil von 49 % wurde bisher von Siemens gehalten, zuletzt von einer Tochtergesellschaft, der *Yunex GmbH*. Im Jahr 2022 wurden die Gesellschaftsanteile an Yunex von Siemens an das italienische Unternehmen *Atlantia S.p.A.* verkauft. Yunex bleibt aber weiterhin direkter Minderheitsgesellschafter der BELLIS GmbH. Im Zuge der Vertragsgespräche konnte die Zusammenarbeit in der Gesellschaft zwischen der BVAG und Yunex strategisch neu ausgerichtet werden für die Umsetzung eines wichtige Zukunftsfelder umfassenden Konzepts (z. B. E-Mobilität, netzbezogene Dienstleistungen, Smart City).

Am 1. Januar 2006 trat der zwischen der *Veolia Wasser GmbH* und der Stadt Braunschweig geschlossene Vertrag über die Stadtentwässerung Braunschweig in Kraft. Auf Wunsch der Stadt Braunschweig hat die BVAG in diesem Zuge von der *Veolia Wasser GmbH* die Verantwortung für die Abwasserentsorgung übernommen. Die BVAG ist somit 100%ige Gesellschafterin der **Stadtentwässerung Braunschweig GmbH**, die im Bereich der Stadt Braunschweig für die umweltgerechte Entsorgung der Abwässer verantwortlich ist (s. Konzernstruktur, S. 42). Der Vertrag wurde über eine Laufzeit von 30 Jahren geschlossen.

Mit Wirkung vom 1. Januar 2009 ist es der BVAG per Lizenzvertrag gestattet, die Bezeichnung „**Stadtwerke Braunschweig**“ zu nutzen.

Das Strom- und Gasnetz wurde bis zum Jahr 2006 durch die BVAG selbst bewirtschaftet; die BVAG fungierte hierbei auch als Netzbetreiberin. Im Jahr 2007 wurde vor dem Hintergrund der Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) zum sog. *Unbundling*[16] die *BS|ENERGY NETZ GmbH* gegründet. Die *BS|ENERGY NETZ GmbH* – ab 2010 *Braunschweiger Netz GmbH* (BS|Netz) – war nun als Netzbetreiberin tätig. **BS|Netz** – eine 100%ige Tochtergesellschaft der BVAG – betreibt und bewirtschaftet u. a. die örtlichen Strom- und Gasnetze sowie die zugehörigen Anlagen. Sowohl das regulierte Strom- und Gasnetz als auch die nicht-regulierten Netze (insb. Wasser und Fernwärme) standen bislang im Eigentum von BS|ENERGY. Das Strom- und Gasnetz wurde bisher jeweils an BS|Netz verpachtet.

Im Rahmen des Anteilserwerbs der Thüga-AG war die Ausarbeitung weiterer werthaltiger Projekte Gegenstand des seitens der Thüga-AG erstellten Angebotes. Ein Projekt war die Optimierung des Netzgeschäftes, der eigentumsrechtlichen Zuordnung des Anlagevermögens nebst der dazugehörigen Organisationsstruktur. Ergebnis der detaillierten Prüfung ist, dass eine konsequente Weiterentwicklung der Netzgesellschaft zur Netzgesellschaft mit Netzeigentum und eigenem Netzpersonal im Sinne der Zielvorstellung der Bundesnetzagentur (BNetzA) einen wichtigen Beitrag zur Ergebnissicherung der Netzgesellschaft und damit für den BS|ENERGY-Konzern liefern kann. Grundlage ist ein **Ausgliederungs- und Übernahmevertrag** zwischen BS|ENERGY und BS|Netz. Die übrigen Netzsparten (Wasserversorgung, Entwässerung, Telekommunikation, Fernwärme) verbleiben bei BS|ENERGY. BS|Netz wird in diesen Netzbereichen auch zukünftig dienstleistend tätig sein. Die Stadt Braunschweig hat der Bildung einer *großen Netzgesellschaft*[17] durch Übertragung des Eigentums an den Verteilungsanlagen für Strom und Gas von der *Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG* auf die *Braunschweiger Netz GmbH* mit rechtlicher Wirkung vom 1. Januar 2020 durch Ratsbeschluss vom 17. November 2020 zugestimmt.

---

[16] Bezogen auf Energieversorgungsunternehmen wie BS|ENERGY, beschreibt **Unbundling** die Entflechtung der Geschäftsfelder *Vertrieb* und *Netz* aufgrund gesetzlicher Vorgaben (hier: EnWG), so dass diese nunmehr als eigenständige Rechtssubjekte auftreten müssen.

[17] Gesetzlich zum Unbundling (s. o.) verpflichteten Energieversorgungsunternehmen steht die Wahl des Netzbetreibermodells – d. h. die Organisation der Geschäftsfelder *Vertrieb* und *Netz* – offen. In der Praxis haben sich die *schlanke* und die *große Netzgesellschaft* etabliert. Für die *großen Netzgesellschaften* ist maßgeblich, dass das Netzeigentum und ein Großteil des Personals bei der Netzgesellschaft (hier: BS|Netz) verbleiben und nicht durch die Konzernmutter (hier: BVAG) verpachtet werden.

Anzahl der Arbeitnehmer

Im Jahresdurchschnitt 2021 wurden – mit Ausnahme der Geschäftsführung – bei der **BVAG** 521 Arbeitnehmer (Vorjahr: 498) und darüber hinaus keine Auszubildenden beschäftigt (Vorjahr: 43). Diese Diskrepanz ergibt sich im Wesentlichen aus Personalübergängen im Bereich der Auszubildenden. In der **BVVAG** wird kein weiteres Personal eingesetzt.

Geschäftsverlauf

Die BVAG erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2021 einen **Jahresüberschuss** von rd. 25,5 Mio. €; damit liegt eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr (+6,9 Mio. €) und dem Wirtschaftsplan (+1,8 Mio. €) vor. Die Steigerung gegenüber dem Wirtschaftsplan ist im Wesentlichen die Auflösung von Drohverlustrückstellungen im Zusammenhang mit dem langjährigen **Uniper**[18]**-Klageverfahren**[19] zurückzuführen, das im Jahr 2021 beendet werden konnte. Die auf dieser Grundlage zwischen BS|ENERGY und Uniper stattgefundenen Verhandlungsgespräche begannen im Geschäftsjahr 2021 und führten im Januar 2022 zu einer Einigung.

Im Vorjahresvergleich konnten u. a. die **Gas-** (+36,5 Mio. €), **Wärme-** (+3,0 Mio. €) und **Stromerlöse** (+26,8 Mio. €) gesteigert werden. Während die Steigerung der Stromerlöse auf einen Anstieg der Absatzmengen außerhalb Braunschweigs und auf Verkäufe am Markt zurückzuführen sind, sind die Erlöse der Gas- und Wärmesparte witterungsbedingt angestiegen. **Aufwandsseitig** wurde das Jahresergebnis durch einen erheblich gestiegenen Materialaufwand beeinflusst (+72,4 Mio. €), der auf eine inflationsbedingte Preisentwicklung für Gas und Brennstoffe zurückzuführen ist.

Prägend für den **Geschäftsjahresverlauf 2021** war der kontinuierliche Preisanstieg, der auf angebots- und nachfrageseitige Einflussfaktoren zurückzuführen ist und seinen Höhepunkt zum Jahresende erreichte: Verantwortlich hierfür waren u. a. der zu diesem Zeitpunkt noch drohende Ukraine-Konflikt und eine erhöhte Nachfrage infolge der Konjunktur-Erholung. Als Reaktion hierauf mussten Preisanpassungen und Einschränkungen in der Neukundenakquise vorgenommen werden; zusätzlich wurde die Überwachung der Risiko- und Liquiditätssituation intensiviert. Durch diese Maßnahmen konnten die negativen Auswirkungen der gesamtwirtschaftlichen Krise auf den BS|ENERGY-Konzern begrenzt werden.

Trotz der wirtschaftlichen Gesamtsituation konnte BS|ENERGY auch im Geschäftsjahr 2021 **seine investive bzw. strategische Geschäftstätigkeit** fortsetzen: Zur Fortführung des Projektes **Erzeugung 2030**[20] wurden für die neuen Erzeugungseinheiten erforderlichen Gebäude größtenteils fertiggestellt; darüber hinaus wurde mit der Installation der zur Projektumsetzung notwendigen Maschinen und technischen Anlagen begonnen. Zur weiteren Förderung der erneuerbaren Energien wurde im Dezember 2021 die Gründung einer gemeinsamen **Genossenschaft** (Energiegenossenschaft Braunschweiger Land eG[21]) beschlossen. Darüber hinaus erfolgte die Inbetriebnahme von **Energie-Effizienz-Quartieren**[22] im Stadtteil *Lamme* und im Wohnbaugebiet *Stöckheim-Süd*. Im Bereich der **Elektromobilität** wurde mit der Erneuerung der Ladeinfrastruktur im gesamten Stadtgebiet begonnen. Im Bereich der Tochtergesellschaften stattete BS|Netz rd. 6.500 Haushalte mit neuen Geräten zur Umstellung auf das energieeffizientere **H-Gas**[23] aus; darüber hinaus wurde damit begonnen, Kundenhaushalte mit **intelligenten Messsystemen** auszustatten. Ebenfalls im Bereich der Digitalisierung ist die erstmalig im April 2021 zur Verfügung gestellte **Löwenbündel**-App anzusiedeln, die Service-Funktionen für BS|ENERGY-Kunden bietet und sich darüber als Braunschweiger „Stadt-App“ versteht.

---

18 Uniper Energy Sales GmbH: Vertragspartner Stromliefervertrages (s. u.) und Rechtsnachfolgerin von E.ON.

19 Im Oktober 2005 wurde zwischen BS|ENERGY als Abnehmerin und dem Energieversorgungsunternehmen E.ON (jetzt: Uniper) ein Stromliefervertrag über eine Laufzeit von 20 Jahren geschlossen. Infolge erfolgloser Gespräche zwischen den Vertragsparteien bezüglich einer möglichen Vertragsanpassung, reichte BS|ENERGY im Oktober 2013 beim Landgericht (LG) München I aufgrund einer möglichen Benachteiligung durch die Vertragsgestaltung Klage ein. Das Urteil des LG München I erlangte am 7. Juni 2021 Rechtskraft, wodurch die vertragliche Preisklausel – nicht jedoch der Vertrag als solcher – seitdem unwirksam ist.

20 Das Projekt **Erzeugung 2030** (E2030) zielt darauf ab, langfristig auf Kohle als fossilen Brennstoff zur Wärme- und Stromerzeugung – durch Modernisierung der Erzeugungsanlagen – verzichten zu können. Siehe *BS|ENERGY*, Kohleausstieg; https://www.bs-energy.de/engagement/umwelt/kohleausstieg (abgerufen im Februar 2023).

21 Die Gesellschaft wurde im Juni 2022 gegründet; BS|ENERGY ist aktuell mit 19,96 % beteiligt. Weitere Angaben sind im entsprechenden Abschnitt dieses Beteiligungsberichts zu finden (s. „Energiegenossenschaft Braunschweiger Land eG“, S. 117).

22 Als **Energie-Effizienz-Quartiere** (EEQ) gelten Baugebiete, die zur Versorgung von Wohn- und/oder Gewerbeeinheiten – i. d. R. mit Fernwärme, Strom, Glasfasernetz und E-Ladestationen (sog. Wallboxen) – über dezentrale Erzeugungsanlagen verfügen.

23 Im Rahmen der *Marktraumumstellung* (MRU) werden Haushalte im Nordwesten und Westen Deutschlands bis 2030 auf von L- auf **H-Gas** umgestellt. H-Gas (engl. *high-calorific gas*) verfügt über einen höheren Methangehalt und setzt durch den höheren Brennwert mehr Energie als L-Gas (engl. *low-calorific gas*) frei; damit gilt H-Gas als energieeffizientere Alternative.

Die **BVVAG**, die lediglich als geschäftsführende Komplementärin der BVAG auftritt (s. Konzernstruktur, S. 42), wies für das Geschäftsjahr 2021 einen Jahresüberschuss von 3,3 T€ (Vorjahr: +5,4 T€) und einen Bilanzgewinn von 322,3 T€ (Vorjahr: +319,2 T€) aus. Investitionen wurden durch die Gesellschaft nicht getätigt.

Konzessionsabgabe an die Stadt Braunschweig[24]

Die an die Stadt Braunschweig zu zahlende Konzessionsabgabe der BVAG richtet sich nach den Umsatzerlösen bzw. nach den abgesetzten Mengen an Gas, Fernwärme, Strom und Wasser. Die Konzessionsabgabe stellt einen finanziellen Ausgleich für die „Erlaubnis" der Stadt Braunschweig dar, Durchleitungen für die Energieträger im Stadtgebiet errichten zu dürfen (z. B. Gas-, Fernwärme-, Strom- und Wasserleitungen).

	2021	Delta	2020
An Stadt Braunschweig abgeführte Konzessionsabgabe [T€]	**14.166**	+1.432	**12.734**

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Der Wirtschaftsplan 2022 geht von einem **Jahresüberschuss** i. H. v. 30,6 Mio. € aus, wovon 25,1 % an die *Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH* (SBBG) aufgrund ihres Beteiligungsanteiles abgeführt werden. Trotz der volatilen Preisentwicklung infolge des Ukraine-Konflikts und der allgemein hohen gesamtwirtschaftlichen Unsicherheit, befindet sich BS|ENERGY – nicht zuletzt aufgrund des Risikomanagements – in einer guten Wirtschaftslage.

Im Vergleich zum Wirtschaftsplan 2021 wird mit einer **Gesamtleistung** von 733,2 Mio. € von einem erheblichen Anstieg ausgegangen (+181,7 Mio. €), der jedoch mit einem gestiegenen Materialaufwand (+167,9 Mio. €) korrespondiert und auf ein allgemein hohes – inflationsbedingtes – Preisniveau zurückzuführen ist. Für die gesteigerte Gesamtleistung sind insbesondere die Bereiche Strom (+118,9 Mio. €), Gas (+35,6 Mio. €) und Fernwärme (+18,6 Mio. €) verantwortlich.

Im Wirtschaftsplan 2022 wurden die **Absatzmengen** im Strom- und Gasbereich neu bewertet und an die aktuell kontrahierten Vertriebsmengen angepasst. Im Strombereich wird innerhalb Braunschweigs aufgrund von Preiserhöhungen von einem geringeren Absatz ausgegangen, der jedoch mit einem erhöhten Absatz außerhalb Braunschweigs und mit höheren Absätzen aus der Vermarktung kompensiert werden wird; im Vergleich zum Wirtschaftsplan 2021 ergibt sich damit eine Veränderung von +28 GWh[25]. Die Veränderung im Bereich Gas (-205 GWh) basiert im Wesentlich auf Mengenrückgängen in der Vermarktung und somit auf einer konservativen Planung. Im Bereich der **Margenentwicklung** ist der positive Trend gegenüber dem Wirtschaftsplan 2021 nahezu ausschließlich auf die Bereiche Fernwärme und Strom aufgrund der Inbetriebnahme neuer Kraftwerksanlagen und des gestiegenen Preisniveaus zurückzuführen (+22,3 Mio. €). Aufgrund des Abschlusses im **Uniper-Klageverfahren** und der neu zu vereinbarenden Preisklausel werden für die Jahre 2024 und 2025 positive Effekte hieraus angenommen; für 2022 und 2023 werden hingegen – aufgrund der Marktlage und bereits vorgenommenen Absicherungsgeschäften[26] – keine positiven Effekte erwartet.

Für das Geschäftsjahr 2022 sind **Investitionen** i. H. v. 131,7 Mio. €[27] geplant. Dieses Volumen ist insbesondere durch die Wärmeversorgung geprägt (95,7 Mio. €), zu dem auch das Projekt *Erzeugung 2023* (E2030) zählt. Weiterhin sind u. a. Mittel für den Ausbau der städtischen Infrastruktur – z. B. für Energie-Effizienz-Quartiere (EEQ) oder den Bereich Elektromobilität – geplant (10,2 Mio. €); zum Vorantreiben der Digitalisierung sind Mittel i. H. v. 4,3 Mio. € eingeplant, um u. a. den Glasfasernetzausbau fortführen zu können.

[24] Die Konzessionsabgabe enthält keine Vorjahreskorrekturen.
[25] Eine Gigawattstunde (GWh) entspricht 1.000 Megawatt- (MWh) bzw. 1.000.000 Kilowattstunden (kWh).
[26] Ein Absicherungsgeschäft ist ein Finanzgeschäft zur Absicherung von z. B. Preisrisiken.
[27] Abzüglich Baukostenzuschüsse (5,2 Mio. €): 126,5 Mio. €.

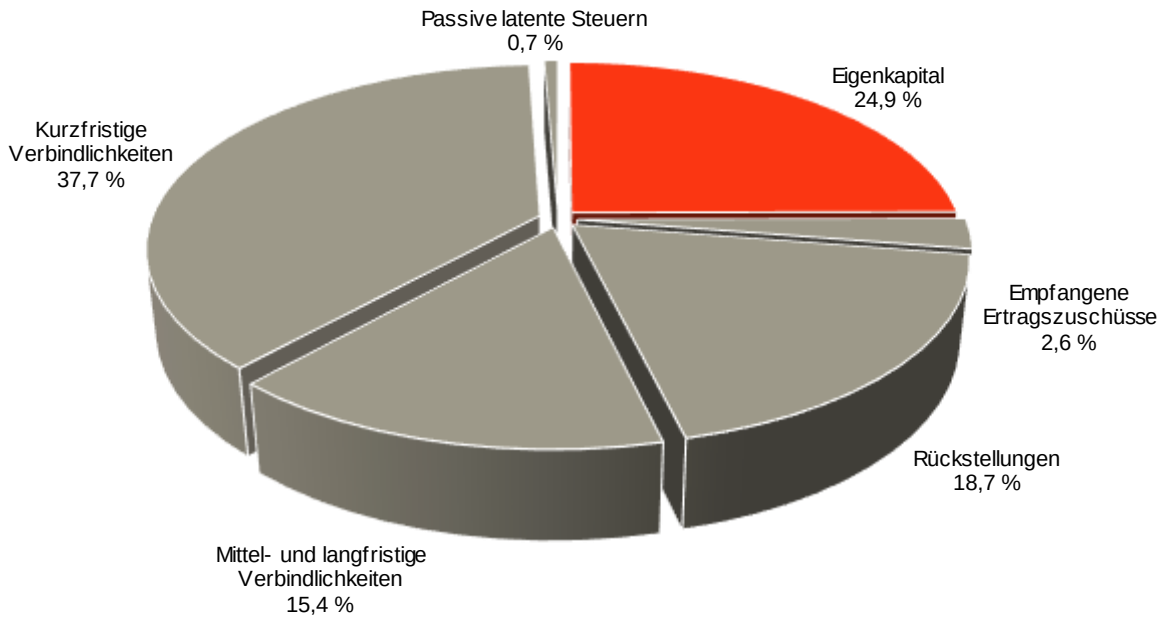
Bilanzdaten der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG

Bilanz

Aktiva	2021		2020		2019	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	3.299	0,5	2.946	0,6	5.807	1,4
Sachanlagen	345.266	55,1	286.008	57,0	331.660	77,7
Finanzanlagen	156.582	25,0	137.387	27,4	38.054	8,9
Langfristig gebundenes Vermögen	**505.147**	**80,7**	**426.341**	**85,0**	**375.522**	**87,9**
Vorräte	24.926	4,0	13.706	2,7	12.617	3,0
Forderungen	95.037	15,3	60.142	12,0	37.686	8,8
Liquide Mittel	41	0,0	517	0,1	1.006	0,2
Kurzfristig gebundenes Vermögen	**120.004**	**19,3**	**74.365**	**15,0**	**51.309**	**12,1**
Bilanzsumme	**625.151**	**100,0**	**500.706**	**100,0**	**426.831**	**100,0**

Passiva	2021		2020		2019	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	155.833	24,9	155.832	31,1	155.833	36,4
Empfangene Ertragszuschüsse	16.377	2,6	15.784	3,2	8.293	1,9
Rückstellungen	116.884	18,7	108.840	21,7	102.238	24,0
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	96.179	15,4	106.272	21,2	2.077	0,5
Kurzfristige Verbindlichkeiten	235.765	37,7	113.514	22,7	158.174	37,1
Passive latente Steuern	4.113	0,7	463	0,1	216	0,1
Bilanzsumme	**625.151**	**100,0**	**500.706**	**100,0**	**426.831**	**100,0**

Kapitalstruktur 2021

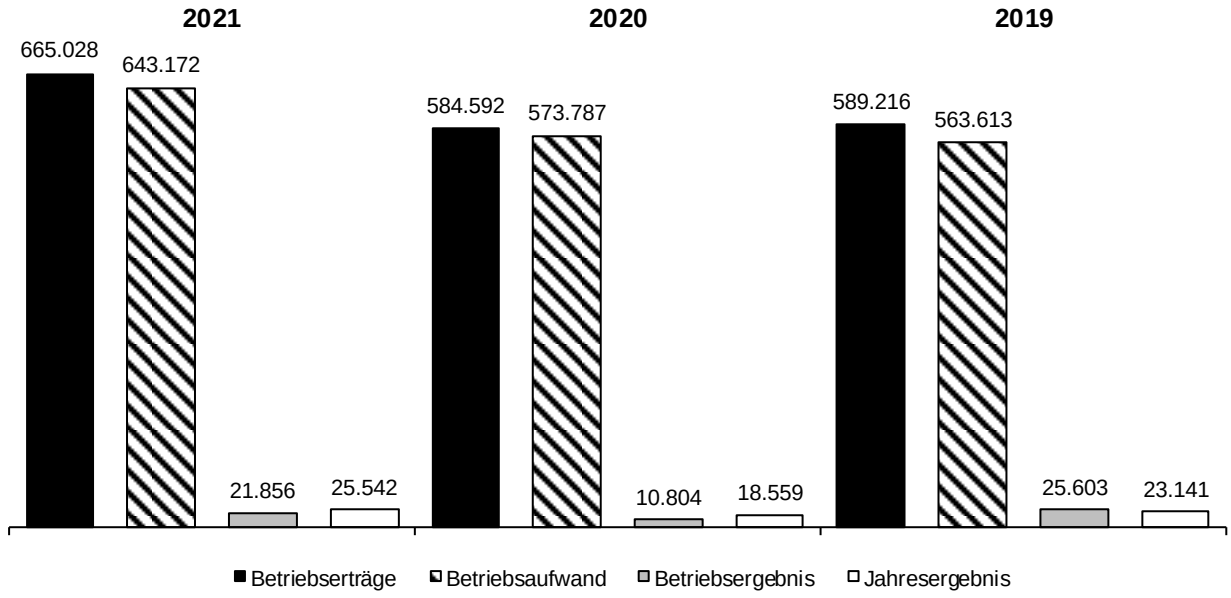


GuV-Daten der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG[28]

Gewinn- und Verlustrechnung [T€]

Position	2021	Delta	2020	2019
Umsatzerlöse	639.624	+71.009	568.615	575.205
Sonstige betriebliche Erträge	25.404	+9.428	15.976	14.011
Betriebserträge	**665.028**	+80.436	**584.592**	**589.216**
Materialaufwand	544.548	+72.410	472.138	454.671
Personalaufwand	43.503	-1.044	44.547	49.438
Abschreibungen	12.342	-370	12.712	18.632
Sonstige betriebliche Aufwendungen	42.780	-1.611	44.391	40.873
Betriebsaufwand	**643.172**	+69.385	**573.787**	**563.613**
Betriebsergebnis	**21.856**	+11.052	**10.804**	**25.603**
Finanzergebnis	9.474	-3.153	12.627	1.550
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	5.009	+879	4.130	3.176
Ergebnis nach Steuern	**26.321**	+7.020	**19.301**	**23.978**
Sonstige Steuern	779	+37	742	837
Jahresergebnis	**25.542**	+6.983	**18.559**	**23.141**
Gutschrift auf Gesellschafterkonten	25.542	+6.983	18.559	23.141
Bilanzgewinn	**0**	0	**0**	**0**

Entwicklung Gewinn- und Verlustrechnung [T€]



[28] **Gewinn- und Verlustrechnung**: Die Umsatzerlöse werden abzgl. Strom- und Gassteuer dargestellt. Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten Erhöhungen bzw. Verminderungen des Bestandes an unfertigen Leistungen und andere aktivierte Eigenleistungen.

Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind der Betrieb des Hafens und der Hafenbahn der Stadt Braunschweig, der Erwerb und die Verwaltung von Grundstücken, die Errichtung von Lagerhäusern und sonstigen für den Hafenbetrieb erforderlichen Gebäuden und Anlagen, die Erbringung von logistischen Dienstleistungen für Dritte, sowie alle mit vorstehenden Geschäftszweigen zusammenhängende Geschäfte jeder Art.

Die *Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH* betreibt und verwaltet den öffentlichen Binnenhafen und die Hafen- und Industriebahn der Stadt Braunschweig. Die Hafenanlagen bestehen aus einem Hafenbecken von 550 m x 70 m (3,5 m tief), zwei Parallelhäfen von 500 m x 20 m und 100 m x 20 m mit zusammen 1.700 m senkrechtem Ufer (4 m tief), sieben Krananlagen (bis 35 t), einer Bandanlage (bis 100 t/Std.), einer Mineralölumschlagstelle, einer 60-Tonnen-Straßenfahrzeugwaage und einer trimodalen[29] Containerumschlaganlage.

Die Hafen- und Industriebahn mit einer Gleislänge von 15 km hat einen Anschluss an die *Deutsche Bahn AG* und wird mit zwei Diesellokomotiven betrieben. Zusätzlich betreibt die Gesellschaft die Anschlussbahn zum Heizkraftwerk Mitte mit einer Gleislänge von 2,5 km. Dem LKW-Verkehr stehen 2.000 m hafeneigene öffentliche Straßen und 1.000 m Ladestraßen zur Verfügung. Das der Gesellschaft gehörende Hafengelände von 651.000 m^2 ist, soweit es nicht dem eigenen Betrieb oder als Vorratsgelände dient, an Umschlaggesellschaften oder an hafengebundene Industriebetriebe verpachtet.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr erfüllt. Die Gesellschaft bietet den Unternehmen insbesondere im Bereich der Stadt Braunschweig eine gute Infrastruktur in Form des Betriebs und der Bereitstellung von Hafenkapazitäten und der dazugehörigen Transportleistungen. Hierdurch wird als öffentlicher Zweck die wirtschaftliche Attraktivität der Stadt Braunschweig gefördert. Neben der Wirtschaftsförderung, die dem Gemeinwohl dient, ergibt sich ein umweltschützender Aspekt, da der Transport von Gütern auf dem umweltfreundlichen Schiffs- und Bahnweg als Alternative zum LKW-Güterverkehr ermöglicht wird. Durch das Beteiligungsmanagement der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft tatsächlich erfüllt wird (s. Einleitung, S. 1).

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 1.481.212,58 € (2.897.000,00 DM).

Gesellschafter

Gesellschafter	€	%
Stadt Braunschweig	75.542	5,1
Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH	1.405.671	94,9
Gesamt	**1.481.213**	**100,0**

Organe der Gesellschaft (Stand: Februar 2023)

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

[29] **Multimodaler Verkehr** bezeichnet die Nutzung verschiedener Verkehrswege. **Trimodaler Verkehr** umfasst in Bezug auf die *Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH* die Inanspruchnahme von Wasserstraßen, Straßen und Schienennetzen.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus 7 stimmberechtigten Mitgliedern.

Name	Funktion
Geiger, Christian A.	**Vorsitzender**, Erster Stadtrat der Stadt Braunschweig
Kühn, Detlef	**stellv. Vorsitzender**, Ratsherr der Stadt Braunschweig
Ihbe, Annegret	Bürgermeisterin der Stadt Braunschweig
Jalyschko, Lisa-Marie	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Jonas, Rochus	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Pohler, Maximilian	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Schatta, Oliver	Ratsherr der Stadt Braunschweig

Geschäftsführung

Jens Hohls

Wichtige Verträge

Mit den im Hafengebiet ansässigen Firmen bestehen **Miet- oder Pachtverträge** über die Nutzung der Geländeflächen. Über den Anschluss des Hafens an den Mittellandkanal und die Nutzung über die am Kanal liegenden Umschlag- und Liegestellen wurden Verträge mit der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung vereinbart. Außerdem ist ein Vertrag über den Anschluss an die Gleisanlage mit der *Deutschen Bahn AG* abgeschlossen.

Mit der *Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH* besteht ferner ein **Gewinnabführungsvertrag**.

Am 13. Juli 2020 unterschrieben die *Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH* und die *Hamburger Hafen und Logistik AG* einen **Vertrag über die strategische Partnerschaft und Zusammenarbeit**. Ziel der Vereinbarung ist die Weiterentwicklung und Förderung ökologischer Binnenschifffahrt.

EU-beihilferechtskonforme Finanzierung

Die Geschäftstätigkeit der *Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH* ist EU-beihilferechtlich relevant. Maßgeblich sind die Regelungen nach der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung der EU-Kommission (AGVO) in der jeweils geltenden Fassung – aktuell Art. 56c der AGVO 2014 einschließlich Änderungsverordnung vom 17. Mai 2017 (Beihilfen für Binnenhäfen). Die Höhen möglicher Beihilfen (hier: Bürgschaften) werden durch Art. 56c i. V. m. Art. 4 Nr. 1 lit. ff. AGVO geregelt.

Anzahl der Arbeitnehmer

Im Berichtsjahr 2021 waren inkl. Geschäftsführer und Auszubildende durchschnittlich 47 Arbeitnehmer (Vorjahr: 45) bei der Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH beschäftigt.

Anzahl der Arbeitnehmer im Jahresdurchschnitt	2021	2020	Delta
Gewerbliche Arbeitnehmer	24	22	+2
Angestellte	21	21	–
Auszubildende	1	1	–
Geschäftsführer	1	1	–
Gesamt	**47**	**45**	**+2**

Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2021 erzielte die Gesellschaft ein **Ergebnis nach Ertragssteuern** von rd. 576 T€; die sonstigen Steuern betrugen 26 T€. Es wurden 150 T€ in andere Gewinnrücklagen eingestellt und ein Gewinn i. H. v. 400 T€ an die Gesellschafterin *Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH* abgeführt. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Ergebnis nach Ertragssteuern um rd. 146 T€ verschlechtert.

(Fortsetzung ab nächster Seite)

Die **Umschlagszahlen** sind im Geschäftsjahr 2021 in allen Geschäftsbereichen rückläufig gewesen: Der Schiffsgüterumschlag ist im Vergleich zum Vorjahr um 58.219 t zurückgegangen. Der Bahngüterumschlag hat sich gegenüber dem Vorjahr um 22.002 t reduziert. Beim Containerumschlag war ein geringer Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 145 TEU[30] zu verzeichnen. Wesentlich für die Umschlagsreduktionen waren geringere Volumina im Bereich Baustoffe und Rundholz. Diese sind insbesondere auf knappe Kapazitäten und Preisanstiege zurückzuführen. In den Bereichen Brennstoffe und Düngemittel konnten Umschlagssteigerungen erreicht werden. Diese konnten die vorgenannten Rückgänge jedoch nicht kompensieren. Im Vorjahresvergleich ist die Gesamtumschlagsleistung um 7,6 % gesunken. 91,86 % der umgeschlagenen Güter wurden per Schiff transportiert. Die restlichen 8,14 % des Güterumschlags entfielen auf die Hafenbahn.

Auch logistische Dienstleistungen tragen zu dem guten Ergebnis bei. **Value-Added-Services**[31], wie Containerbeladung/-entladung, Lagerung sowie damit verbundene Tätigkeiten haben zusätzliche Verkehrsströme über den Hafen Braunschweig gezogen.

Gemeinsam mit der *Braunschweig Zukunft GmbH* hat die Hafenbetriebsgesellschaft Braunschweig mbH die *Wagener & Herbst Management Consultants GmbH* mit der Erstellung eines **Hafenentwicklungskonzepts** beauftragt. Ziel war es, ein ganzheitliches und zukunftsorientiertes Konzept zu erarbeiten, das Maßnahmen zur Sicherung des Status quo und zur nachhaltigen Entwicklung des Hafens mit einer längerfristigen Kapazitäts- und Investitionsplanung aufzeigt. Dieses Konzept wurde im Jahr 2018 erstellt und enthält entsprechende Handlungsempfehlungen zur weiteren Entwicklung, die sich teilweise in der Umsetzung befinden.

(Fortsetzung ab nächster Seite)

[30] **TEU**: Zwanzig-Fuß-Standardcontainer (engl. *Twenty-foot Equivalent Unit*): Maßeinheit für Containerumschlag: 1 TEU entspricht einem 20-Fuß-ISO-Container (ca. 6 m Länge).

[31] Mehrwertleistungen (engl. *Value-Added-Services – VAS*)**:** **VAS** beschreiben (Dienstl-)Leistungen, die über das Kerngeschäft eines Unternehmens hinausgehen.

Besondere Kennzahlen

Der Gesamtgüterumschlag (Massengut) ist im Vergleich zum Vorjahr um 7,6 % gesunken und hat sich in den letzten 10 Jahren wie folgt entwickelt:

Jahr	Hafenbahn [t]	Schiff [t]	Gesamt [t]	Delta gegenüber Vorjahr [t]	
2012	164.236	647.938	812.174	+32.843	+4,2 %
2013	127.864	695.635	823.499	+11.325	+1,4 %
2014	99.925	730.040	829.965	+6.466	+0,8 %
2015	82.997	766.023	849.020	+19.055	+2,3 %
2016	38.073	778.445	816.518	-32.502	-3,8 %
2017	49.844	856.635	906.479	+89.961	+11,0 %
2018	173.601	943.553	1.117.154	+210.675	+23,2 %
2019	41.185	927.478	968.663	-148.491	-13,3 %
2020	101.247	952.375	1.053.622	+84.959	+8,8 %
2021	**79.245**	**894.205**	**973.450**	**-80.172**	-7,6 %

Dabei stellen sich der Empfang und der Versand der umgeschlagenen Güter wie folgt dar:

		2021	Delta	2020
Schiffsgüter [t]	Empfang	**379.782**	+4.545	**375.237**
	Versand	**514.423**	-62.715	**577.138**
	Gesamt	**894.205**	-58.170	**952.375**
Bahngüter [t]	Empfang	**44.062**	+4.217	**39.845**
	Versand	**35.183**	-26.219	**61.402**
	Gesamt	**79.245**	-22.002	**101.247**

Beim **Containerumschlag** ist in den letzten 10 Jahren folgende Entwicklung zu verzeichnen:

Jahr	Containerumschlag [TEU]	Delta gegenüber Vorjahr [TEU]	
2012	+58.954	-3.482	-5,6 %
2013	+60.543	+1.589	+2,7 %
2014	+60.278	-265	-0,4 %
2015	+59.728	-550	-0,9 %
2016	+62.633	+2.905	+4,9 %
2017	+67.314	+4.681	+7,5 %
2018	+71.097	+3.783	+5,6 %
2019	+77.346	+6.249	+8,8 %
2020	+74.047	-3.299	-4,3 %
2021	**+73.902**	**-145**	-0,2 %

Für den Umschlag der Güter und für die Lagerplatzbedienung finden sich am Hafen Braunschweig neben der Containerbrücke Krananlagen (auch Schwergutkrane), eine Pumpanlage, Verladerohre sowie eine Flüssigdüngeranlage.

(Fortsetzung ab nächster Seite)

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Das Umschlagsgeschäft der Gesellschaft unterliegt den üblichen saisonalen Schwankungen und Einflüssen. Durch eine Ausweitung des Dienstleistungsangebots über den reinen Umschlag und Transport von Containern hinaus versucht die Gesellschaft, die Ladungsmengen über den Hafen Braunschweig zu binden und weiter zu steigern.

Auf Basis von Kundenabfragen zu Beginn des Jahres wurde für das Jahr 2022 ein gleichbleibendes Umschlagsvolumen erwartet. Der Wirtschaftsplan 2022 weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 400,6 T€ vor Gewinnabführung aus.

Der Hafen Braunschweig kann von seiner strategischen Lage im Ost-West-Korridor als Standort für logistische Aufgaben (Konsolidierungs-, Bündelungs- und Distributionsfunktionen) profitieren. Dabei wird auch durch die Modal-Split-Ziele[32] des Seehafens Hamburg und die Steigerung im Seegüterumschlag eine Erhöhung der Umschlagsvolumina im Hafen Braunschweig erwartet.

Durch witterungsbedingte Sperrungen der Verkehrswege und Behinderungen aufgrund von Baumaßnahmen sind Risiken für die Gesellschaft erkennbar. Insbesondere die laufende Grundinstandsetzung des Osttroges des Schiffshebewerks *Scharnebeck* wird die Binnenschifffahrt von und nach Hamburg weiterhin bis Mitte 2022 behindern. Dabei könnten sich sowohl der Wegfall von Umschlagsvolumina, als auch Aufwendungen zur Erfüllung von Transportverpflichtungen im Containerverkehr negativ auswirken. Darüber hinaus bestehen Risiken im Hinblick auf die weiterhin bestehenden Störungen im Seeverkehr durch die COVID-19-Pandemie sowie im Hinblick auf die derzeitigen Energiepreisentwicklungen, die ganze Logistik- und Güterströme verändern könnten.

Die erfolgreiche Entwicklung des Hafens Braunschweig in den vergangenen Jahren möchte die Gesellschaft weiter festigen und auch zukünftig vorantreiben. Kurz- und mittelfristig sind zudem Investitionen in die Erweiterung und Ertüchtigung der Umschlagsanlagen geplant, aus denen eine weitere Steigerung der Umschlagsvolumina erwartet wird.

(Fortsetzung ab nächster Seite)

[32] **Modal Split** bezeichnet in der Verkehrsstatistik die Verteilung des Transportaufkommens auf verschiedene Verkehrsträger und -mittel.

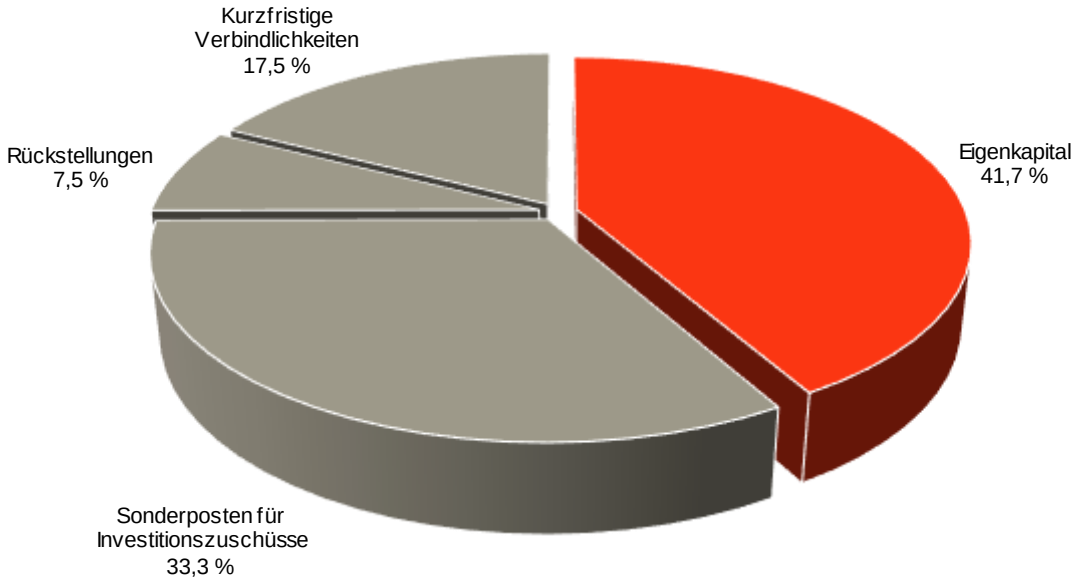
Bilanzdaten der Hafenbetriebsgesellschaft mbH

Bilanz

Aktiva	2021		2020		2019	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	7	0,1	3	0,0	7	0,1
Sach- und Finanzanlagen	8.124	62,6	8.646	64,6	9.267	70,3
Langfristig gebundenes Vermögen	**8.131**	**62,7**	**8.649**	**64,6**	**9.274**	**70,3**
Vorräte	180	1,4	192	1,4	189	1,4
Forderungen	3.247	24,9	2.702	20,2	3.049	23,1
Liquide Mittel	1.425	11,0	1.851	13,8	675	5,1
Kurzfristig gebundenes Vermögen	**4.852**	**37,3**	**4.745**	**35,4**	**3.913**	**29,7**
Bilanzsumme	**12.983**	**99,9**	**13.394**	**100,0**	**13.187**	**100,0**

Passiva	2021		2020		2019	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	5.410	41,7	5.260	39,3	5.111	38,8
Sonderposten für Investitionszuschüsse	4.320	33,3	4.800	35,8	5.342	40,5
Rückstellungen	976	7,5	1.389	10,4	703	5,3
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	0	0,0	0	0,0	35	0,3
Kurzfristige Verbindlichkeiten	2.277	17,5	1.945	14,5	1.996	15,1
Bilanzsumme	**12.983**	**100,0**	**13.394**	**100,0**	**13.187**	**100,0**

Kapitalstruktur 2021

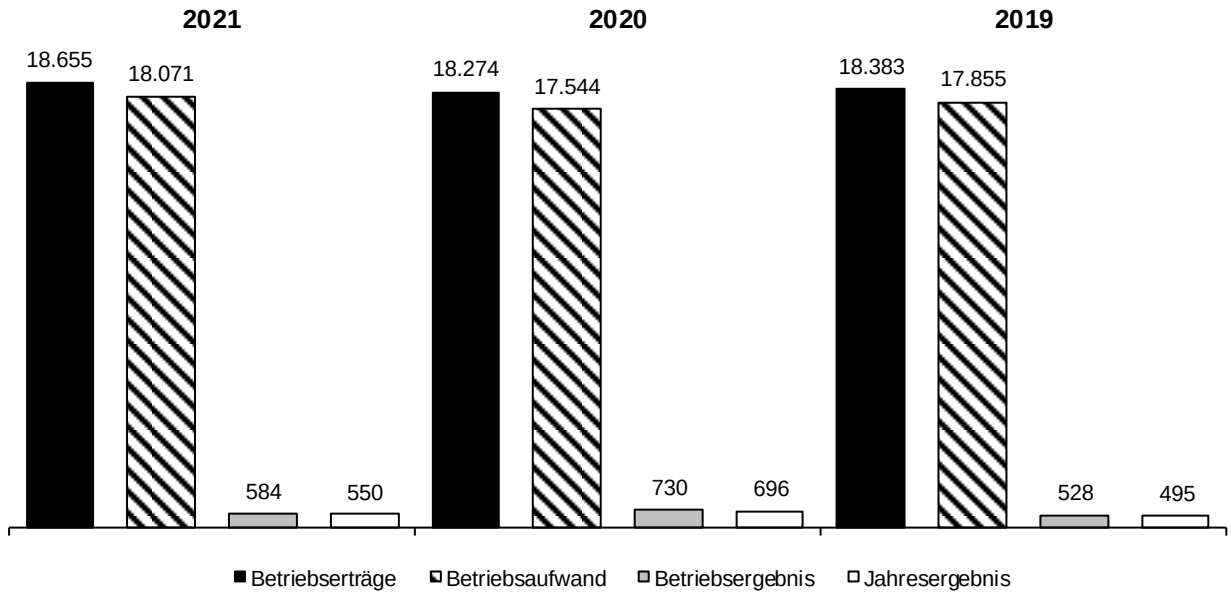


GuV-Daten der Hafenbetriebsgesellschaft mbH

Gewinn- und Verlustrechnung [T€]

Position	2021	Delta	2020	2019
Umsatzerlöse	17.920	+225	17.695	17.665
Sonstige betriebliche Erträge	735	+156	579	718
Betriebserträge	**18.655**	+381	**18.274**	**18.383**
Materialaufwand	13.251	+1.146	12.105	12.967
Personalaufwand	2.387	+77	2.310	2.127
Abschreibungen	706	-44	750	730
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.727	-652	2.379	2.031
Betriebsaufwand	**18.071**	+527	**17.544**	**17.855**
Betriebsergebnis	**584**	-146	**730**	**528**
Finanzergebnis	-7	0	-7	-7
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1	0	1	0
Ergebnis nach Steuern	**576**	-146	**722**	**521**
Sonstige Steuern	26	0	26	26
Jahresergebnis	**550**	-146	**696**	**495**

Entwicklung Gewinn- und Verlustrechnung [T€]



Struktur-Förderung Braunschweig GmbH

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der *Struktur-Förderung Braunschweig GmbH* (SFB) ist die Initiierung, Durchführung und Abwicklung von Projekten der Forschung, Entwicklung und Produktion und die Schaffung von angemessenen Rahmenbedingungen hierfür. Gegenstand des Unternehmens sind auch Vorhaben zur Sicherung, zur Entwicklung und zum Ausbau der regionalen Forschungs- und Wirtschaftsinfrastruktur sowie damit im Zusammenhang stehende Geschäfte.

Zweck der Gesellschaft ist auch die Förderung von Unternehmensgründungen zur gewerblichen Nutzung technologisch anspruchsvoller Neuentwicklungen auf dem Sektor der Biotechnologie sowie die Errichtung von Laborgebäuden, die für Existenzgründer geeignet sind biotechnologierelevante Tätigkeiten aufzunehmen.

Aufgabenschwerpunkt der SFB war bisher insbesondere die städtebauliche Entwicklung des Umfeldes am Forschungsflughafen Braunschweig-Wolfsburg. Durch Beschluss des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung der Stadt Braunschweig vom 23. Juni 2022[33] wurde der **Gesellschaftsvertrag** der SFB modifiziert: Der Unternehmensgegenstand der SFB wurde zum einen um die Entwicklung und Reaktivierung von Bestandsflächen der Stadt Braunschweig, insbesondere Gewerbeflächen, sowie der weitere Ausbau von Raumangeboten für Technologie- und Gründungsunternehmen erweitert. Zum anderen wurde die Errichtung, Sanierung und Erweiterung städtischer Hochbauten im Auftrag der Stadt Braunschweig sowie der Erwerb von Grundstücken für diesen Zweck als weiterer Unternehmensgegenstand implementiert entsprechend des o. g. Aufbaus und der Entwicklung einer Hochbau-Projekt-Sparte als weiterer Unternehmensparte. Die Arbeitsschwerpunkte und Projekte für die Hochbau-Projekt-Sparte der SFB sind von der Verwaltung klar zu definieren und stehen nicht in Konkurrenz zu anderen Aufgaben der Verwaltung. Die Hochbau-Sparte der SFB soll vorrangig Sonderprojekte wahrnehmen, die außerhalb des Standardportfolios der städtischen Bauverwaltung liegen.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr erfüllt. Durch die Sicherung und Entwicklung der regionalen Forschung und Wirtschaft wird die Leistungsfähigkeit der Stadt Braunschweig gefördert. Die Wirtschafts- und Wissenschaftsentwicklung dient dem Gemeinwohl, da insbesondere neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden. Der positive Einfluss auf die Stadt Braunschweig wird speziell durch die Wissens- und Wertschöpfung des Avionik-Clusters[34] am Forschungsflughafen deutlich. Durch das Beteiligungsmanagement der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft tatsächlich erfüllt wird (s. Einleitung, S. 1).

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 500.000 €.

Gesellschafter

Alleinige Gesellschafterin ist die Stadt Braunschweig.

Organe der Gesellschaft (Stand: Februar 2023)

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

---

[33] Siehe hierzu *Stadt Braunschweig*, Struktur-Förderung Braunschweig GmbH – Änderung des Gesellschaftsvertrages (DS 22-18860-01); https://ratsinfo.braunschweig.de/bi/yw020.asp.

[34] Das **Avionik-Cluster** – zusammengesetzt aus *Aviatik* (Luftfahrt) und *Elektronik* – umfasst das Gelände des Forschungsflughafens Braunschweig, inklusive der dort ansässigen avionik- und verkehrstechnikbezogenen Unternehmen und Einrichtungen sowie umliegende Flächen, die für eine gewerbliche Erschließung vorgesehen sind.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus 5 Mitgliedern. Der Rat der Stadt Braunschweig entsendet den Oberbürgermeister oder einen von ihm vorgeschlagenen Beschäftigten der Stadt sowie vier weitere Personen in den Aufsichtsrat.

Name	Funktion
Leppa, Gerold	**Vorsitzender**/Wirtschaftsdezernent der Stadt Braunschweig
Disterheft, Matthias	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Glogowski, Robert	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Täubert, Frank	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Winckler, Michel	Ratsherr der Stadt Braunschweig

Geschäftsführung

Kai Florysiak (seit 1. Oktober 2021)
Natascha Wessling (seit 1. Januar 2023)
(Stefanie Albrecht) (1. April 2021–24. Dezember 2021)
(Dr. Bernhard Niehoff) (bis 31. März 2021)

Wichtige Verträge

Mit Wirkung zum 15. Mai 2017 wurde die **Braunschweiger Parken GmbH** (BSP) gegründet, an der die SFB 25 % der Anteile hält; die übrigen 75 % werden von der *Volksbank eG Braunschweig Wolfsburg* (VOBA) gehalten. Gegenstand des Unternehmens ist der Bau, der Umbau und die Bewirtschaftung von Pkw-Stellplätzen am Flughafen Braunschweig-Wolfsburg sowie der dortige Bau und die Bewirtschaftung eines Parkhauses und notwendiger Nebenanlagen.

Zum 1. April 2021 wurde ein **Geschäftsbesorgungsvertrag** mit der *Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig* (NiWo) geschlossen. Auf dieser Grundlage übernimmt die NiWo für die SFB entgeltlich Aufgaben der kaufmännischen, technischen und immobilienwirtschaftlichen Betriebsführung.

EU-beihilferechtskonforme Finanzierung

Auf Grundlage des sog. Freistellungsbeschlusses der EU-Kommission vom 20. Dezember 2011 ist die Gesellschaft durch die Gesellschafterin Stadt Braunschweig mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) zwecks Umsetzung lokaler Infrastrukturvorhaben und Maßnahmen zur allgemeinen Wirtschaftsförderung öffentlich-rechtlich betraut worden. Die Finanzierung durch die Gesellschafterin kann somit auf Grundlage der **Betrauung** sowohl durch Verlustausgleiche als auch durch sonstige Begünstigungen erfolgen.

Anzahl der Arbeitnehmer

Für die SFB waren – neben der Geschäftsführung – im Geschäftsjahr 2021 keine eigenen Arbeitnehmer tätig. Die bisher nebenamtliche Geschäftsführung nimmt ihre Tätigkeit seit dem 1. Juli 2022 hauptamtlich wahr. Der Nachtragswirtschaftsplan 2022 berücksichtigt darüber hinaus drei weitere Planstellen (i. e. kaufmännische Verwaltung und Sachbearbeitung, Assistenz der Sachbearbeitung, Projektleitung), wovon in einem ersten Schritt zwei Stellen besetzt werden sollen.

In seiner Sitzung am 24. Mai 2022 hat der Rat der Stadt Braunschweig beschlossen, die SFB durch Aufbau und Entwicklung einer **Hochbau-Projekt-Sparte** als weitere Unternehmensparte wesentlich zu erweitern (s. o.).[35] In diesem Zusammenhang wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2023 Frau Diplom-Ingenieurin Natascha Wessling als weitere Geschäftsführerin der SFB bestellt. Hier sollen ergänzend zur städtischen Hochbauverwaltung spezielle Hochbauprojekte verwirklicht werden (z. B. die Sanierung der Stadthalle).

Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr wurde mit einem **Jahresfehlbetrag** i. H. v. 290 T€ (Vorjahr: -201 T€) und einem Bilanzverlust i. H. v. 290 T€ (Vorjahr: -102 T€) abgeschlossen. Zum Ausgleich des Bilanzverlustes wurde im Folgejahr ein Betrag in entsprechender Höhe der Kapitalrücklage entnommen. Die Steigerung der Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr um 796 T€ ist auf die Abrechnung von Umbaumaßnahmen am *Lilienthalplatz* zurückzuführen;

[35] Siehe hierzu *Stadt Braunschweig*, Errichtung einer Hochbau-Projektgesellschaft der Stadt Braunschweig (DS 22-18499); https://ratsinfo.braunschweig.de/bi/yw020.asp; *ders.*, Natascha Wessling wird Geschäftsführerin der neuen Hochbau-Projektgesellschaft; http://www.presse-service.de/data.aspx/static/1114544.html (abgerufen im Februar 2023).

die dadurch bedingte Verminderung des Bestands an unfertigen Erzeugnissen hat jedoch einen gegenläufigen Effekt, wodurch die Betriebserträge gegenüber dem Vorjahr „lediglich“ um 34 T€ gesteigert werden konnten. Der im Vorjahresvergleich höher ausfallende Fehlbetrag ist damit **aufwandsseitig** zu begründen: Aufgrund erheblicher – pandemiebedingter – Umsatzrückgänge der BSP musste der entsprechende Beteiligungsbuchwert um 125 T€ abgeschrieben werden (s. u.).

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Die Gesellschaft erwarb im Jahr 2016 ein Flächenareal am Forschungsflughafen Braunschweig, um dort zukünftig städtebauliche und infrastrukturelle Entwicklungen voranzutreiben. Das dahinterstehende Projekt, das als **Lilienthalquartier**[36] bezeichnet wird und eine partnerschaftliche Maßnahme der SFB und der VOBA darstellt, zielt auf die Entwicklung des Forschungsflughafens Braunschweig zu Europas führendem Kompetenzzentrum für Mobilitätsfragen ab.

Zur Stärkung des Braunschweiger Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes sieht das Konzept die Schaffung verschiedener (Büro-)Gebäude und die Umsetzung dazugehöriger Infrastrukturmaßnahmen vor: Bereits fertiggestellt wurden das *Lilienthalhaus I* in 2017, das *Forschungsparkhaus* in 2018 und der *Lilienthalplatz* in 2019. Bis Ende 2028 sollen auf einer Erbpachtfläche der SFB von der VOBA drei weitere Bürokomplexe errichtet werden (*Lilienthalhäuser II–IV*).

In diesem Zusammenhang ist die SFB mit 25 % an der **BSP** beteiligt (s. „Wichtige Verträge“, S. 58), die zu einer Verbesserung und Neustrukturierung der Parkraumbewirtschaftung am Forschungsflughafen beiträgt und eine wesentliche Beteiligte an der städtebaulichen Infrastrukturentwicklung am Forschungsflughafen Braunschweig-Wolfsburg darstellt. Trotz dieser zukunftsorientierten Investitionsentscheidung fielen insbesondere aufgrund der COVID-19-Pandemie die durch das Parkhaus und den Kurzeitparkplatz generierten Erträge geringer als geplant aus. Aus diesem Grund haben die Gesellschafterinnen einvernehmlich wirtschaftliche Hilfestellungen vereinbart; der Unterstützungsbeitrag der SFB erfolgt durch eine auf 10 Jahre befristete Absenkung der Erbbauzinsen. Gleichwohl kann perspektivisch von einer Stabilisierung der Erlössituation der BSP ausgegangen werden: Die – pandemiebedingt verzögerte – Fertigstellung des *Lilienthalhauses II* könnte zu weiteren Erlöszuwächsen für die BSP führen. Für den Ende 2023 auslaufenden Betreibervertrag eröffnet sich ergänzend die Möglichkeit, Einsparungen im Geschäftsbetrieb des Parkhauses und des Kurzzeitparkplatzes zu realisieren. Darüber hinaus zeigt die fortgeschriebene Geschäftsplanung für Ende 2030 mit dem Betrieb des *Lilienthalhauses III* ein nahezu ausgeglichenes Ergebnis auf.

Der Wirtschaftsplan 2022 ging für das Geschäftsjahr 2022 ursprünglich von einem Jahresfehlbetrag i. H. v. 165 T€ aus. Unter anderem aufgrund des Grundsatzbeschlusses des Rates der Stadt Braunschweig, die SFB durch Aufbau und Entwicklung einer **Hochbau-Projekt-Sparte** als weitere Unternehmenssparte wesentlich zu erweitern (s. „Geschäftsführung“, S. 58), wurde daher ein Nachtragswirtschaftsplan beschlossen, der nunmehr von einem Jahresfehlbetrag i. H. v. 546 T€ ausgeht und dabei die neugeschaffenen Sparten zugrunde legt: In der Sparte „Kern und Gewerbe“ wird die bisherige Geschäftstätigkeit fortgeführt werden (ergänzt um den ebenfalls neuen Bereich des Ausbaus und der Entwicklung von Bestandsflächen für die gewerbliche Nutzung); die Hochbau-Sparte wird sich hingegen auf die Verwirklichung spezieller Hochbauprojekte konzentrieren (z. B. die Sanierung der Stadthalle; s. o.).

Der Erfolg der Gesellschaft spiegelt sich in der Sicherung und Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Braunschweig wider; daher ist eine Beurteilung des Unternehmenserfolges unter ausschließlicher Zuhilfenahme betriebswirtschaftlicher Kriterien nicht möglich. Neben der voranschreitenden Umsetzung des Lilienthalquartieres und der neu etablierten Hochbau-Projekt-Sparte ergeben sich für die SFB zukünftig weitere Chancen: So sieht die SFB beispielsweise vor, Schnittstellen zu der Bauverwaltung der Stadt Braunschweig und zu anderen städtischen Gesellschaften zur Intensivierung bzw. Ausweitung der **Zusammenarbeit** zu definieren (i. e. Braunschweig Zukunft GmbH, Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH). Darüber hinaus ist ein **Geschäftsbesorgungsvertrag** mit der BSP geplant, der zusätzliche Erlöse generieren könnte. Ergänzend soll der weitere Ausbau von Raumangeboten in Technologie- und Gründerzentren geprüft werden. In Anbetracht der vielfältigen Zukunftsthemen und Kooperationsmöglichkeiten kann für die Gesellschaft insgesamt eine positive Prognose gestellt werden.

[36] Siehe hierzu Volksbank *BraWo Projekt GmbH*, Lilienthalquartier; https://www.lilienthalquartier.de (abgerufen im Februar 2023).

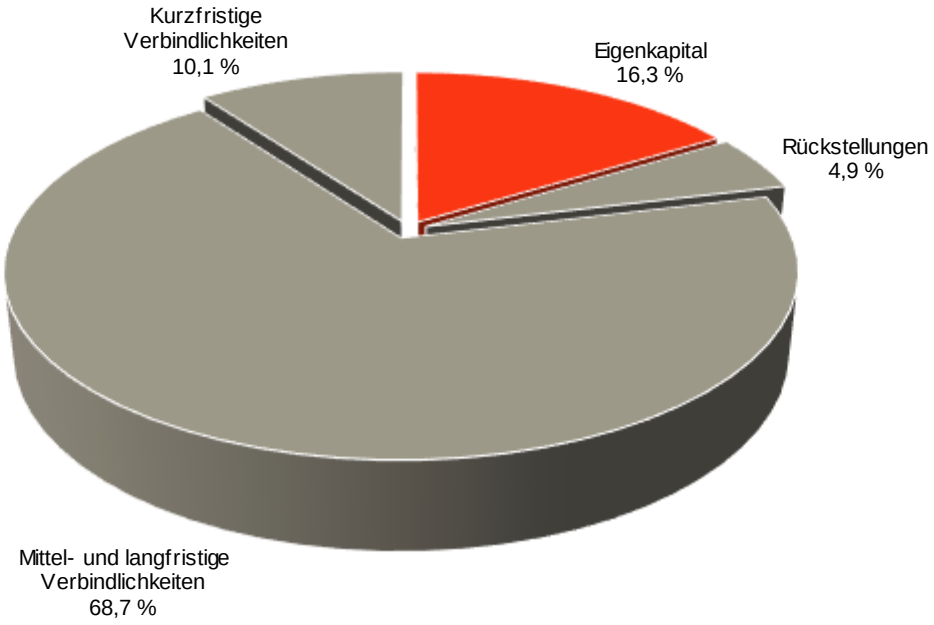
Bilanzdaten der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH

Bilanz

Aktiva	2021		2020		2019	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	13	0,2	18	0,3	22	0,3
Sachanlagen	4.296	70,7	4.329	61,2	4.244	59,3
Langfristig gebundenes Vermögen	**4.309**	**70,9**	**4.347**	**61,4**	**4.266**	**59,6**
Vorräte	556	9,1	1.926	27,2	2.472	34,5
Forderungen	1.159	19,1	650	9,1	106	1,4
Liquide Mittel	51	0,8	155	2,2	315	4,4
Kurzfristig gebundenes Vermögen	**1.766**	**29,1**	**2.731**	**38,6**	**2.893**	**40,4**
Bilanzsumme	**6.077**	**100,0**	**7.078**	**100,0**	**7.159**	**100,0**

Passiva	2021		2020		2019	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	990	16,3	1.126	15,9	1.327	18,5
Rückstellungen	299	4,9	340	4,8	292	4,1
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	4.176	68,7	2.156	30,5	2.178	30,4
Kurzfristige Verbindlichkeiten	612	10,1	3.456	48,8	3.362	47,0
Bilanzsumme	**6.077**	**100,0**	**7.078**	**100,0**	**7.159**	**100,0**

Kapitalstruktur 2021

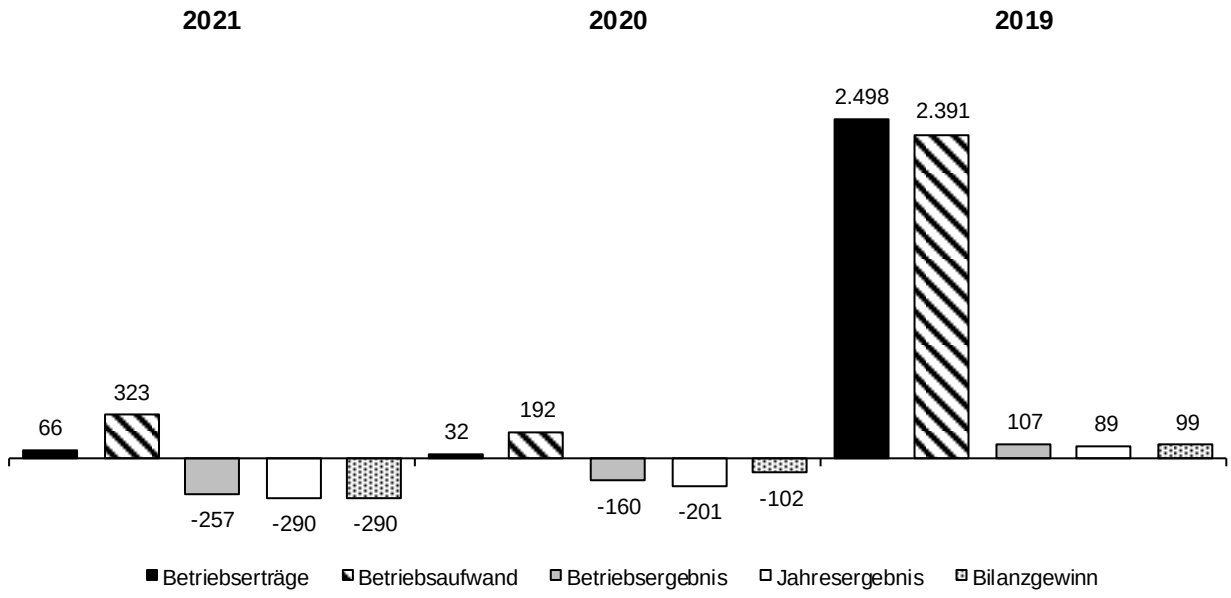


GuV-Daten der Struktur-Förderung Braunschweig GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung [T€]

Position	2021	Delta	2020	2019
Umsatzerlöse	1.422	+796	626	75
Sonstige betriebliche Erträge	-1.356	-763	-594	2.423
Betriebserträge	**66**	+34	**32**	**2.498**
Materialaufwand	21	-57	77	2.116
Personalaufwand	25	-33	58	56
Abschreibungen	202	+179	23	5
Sonstige betriebliche Aufwendungen	75	+40	35	214
Betriebsaufwand	**323**	+130	**192**	**2.391**
Betriebsergebnis	**-257**	-97	**-160**	**107**
Finanzergebnis	-26	-4	-22	-10
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	**-283**	-100	**-183**	**97**
Sonstige Steuern	8	-11	19	8
Jahresergebnis	**-290**	-89	**-201**	**89**
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	102	+201	-99	33
Entnahmen aus der Kapitalrücklage	102	+102	0	43
Bilanzgewinn	**-290**	-188	**-102**	**99**

Entwicklung Gewinn- und Verlustrechnung [T€]



Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, der Tausch und der Verkauf sowie die Verwaltung und die Bewirtschaftung von unbebauten und bebauten Grundstücken innerhalb und außerhalb des Stadtgebietes Braunschweig mit dem Ziel der Deckung eines konkreten Flächenbedarfs oder der vorausschauenden Flächenvorsorge für Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen, Kultur, Forschung/Lehre und Gewerbe/Industrie im Stadtgebiet Braunschweig. Außerdem gehört zum Gegenstand des Unternehmens die Erschließung der im Stadtgebiet Braunschweig und in interkommunalen Baugebieten gelegenen Unternehmensgrundstücke, die für eine Bebauung vorgesehen sind, sowie das Anbieten der Baugrundstücke mit geeigneten Werbemaßnahmen auf dem Grundstücksmarkt und deren Verkauf.

Um den Verkauf von Baugrundstücken und die Verwirklichung der damit verknüpften Zielsetzungen zu fördern, ist das Unternehmen berechtigt, materielle Anreize zu setzen. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die unmittelbar oder mittelbar dem Gegenstand des Unternehmens dienen, die ihn fördern oder wirtschaftlich berühren. Dazu gehört auch die Aufnahme von Darlehen.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem vorstehend beschriebenen Gegenstand des Unternehmens und den folgenden, ebenfalls im Gesellschaftsvertrag verankerten Zielsetzungen der Gesellschaft:

Beim Verkauf von Grundstücken zum Zwecke der Wohnbebauung steht die Bereitstellung von erschwinglichem Bauland zur Deckung des Wohnbedarfs der ortsansässigen Bevölkerung und zur Förderung des kinder- und familienfreundlichen Wohnstandortes Braunschweig im Vordergrund. Daneben sollen durch ein vielseitiges Angebot hinsichtlich räumlicher Verteilung, Standortqualität und Eignung für unterschiedliche Bauweisen möglichst viele Nachfragewünsche erfüllt und so Abwanderungsabsichten ins Umland entgegengewirkt werden.

Der Verkauf von Baugrundstücken zum Zwecke der Bebauung für gewerbliche, industrielle, wissenschaftliche oder kulturelle Nutzungen soll der Stärkung und Weiterentwicklung des Wirtschafts-, Wissenschafts-, Forschungs-, Technologie- und Kulturstandortes Braunschweig dienen. Im Vordergrund stehen dabei grundsätzlich die nachhaltige Sicherung von vorhandenen Arbeitsplätzen und die Schaffung neuer dauerhafter Arbeitsplätze in Unternehmen, in Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen und in der Kreativwirtschaft. Hierzu bedarf es nicht nur eines ausreichenden und differenzierten Flächenangebotes für Neuansiedlungen, sondern gerade auch der Bereitstellung von Ansiedlungsflächen für Expansion und ggf. Verlagerung ansässiger Unternehmen.

Zusammengefasst hat die Gesellschaft die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen zur Bereitstellung von Bauland zu erfüllen. Durch das Beteiligungsmanagement der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft tatsächlich erfüllt wird (s. Einleitung, S. 1).

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €.

Gesellschafter

Die Stadt Braunschweig ist alleinige Gesellschafterin.

Organe der Gesellschaft (Stand: Februar 2023)

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus 5 Mitgliedern.

Name	Funktion
Kluth, Sabine	**Vorsitzende**/Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Kühn, Detlef	**stellv. Vorsitzender**/Ratsherr der Stadt Braunschweig
Leuer, Heinz-Georg	Stadtbaurat der Stadt Braunschweig
Mehmeti, Burim	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Mundlos, Heidemarie	Ratsfrau der Stadt Braunschweig

Geschäftsführung

Matthias Heilmann
Rainer Mollerus (seit 1. Oktober 2022)
Donia Sta

Wichtige Verträge

In einem **Geschäftsbesorgungsvertrag** mit der Stadt Braunschweig sind die entgeltliche Bereitstellung des Personals, der Büroräume und deren Ausstattung sowie verschiedener Dienstleistungen (z. B. Postversand, Telefon oder EDV) geregelt.

Daneben hat die Stadt Braunschweig mit der Gesellschaft einen **Vertrag über die Zusammenarbeit bei der Erschließung von Baugebieten** und einen **Vertrag über die Übernahme der Kosten für die Entwicklung von Bauleitplänen** geschlossen.

Das Bundesverwaltungsgericht hat mit Urteil vom 1. Dezember 2010 entschieden, dass der Abschluss von Erschließungsverträgen gemäß § 124 Baugesetzbuch (BauGB) zwischen einer Kommune und ihrer Eigengesellschaft nicht zulässig ist. Aus diesem Grund hat die Stadt Braunschweig zwischenzeitlich Baugebiete der Gesellschaft selbst erschlossen und hierfür Erschließungsbeiträge sowie Kostenerstattungsbeträge von der Gesellschaft erhoben. Seit der Mitte 2013 wirksam gewordenen Änderung des BauGB kann die Gesellschaft wieder bei der Realisierung von Baugebieten als Erschließungsträgerin auftreten.

EU-beihilferechtskonforme Finanzierung

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft ist EU-beihilferechtlich relevant, ohne dass aktuell die Ausnahmeregelungen aufgrund des sog. Freistellungsbeschlusses für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) oder aber die Ausnahmeregelungen der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) anwendbar wären. Somit hat die Gesellschaft bei jeder bestehenden und geplanten Geschäfts- bzw. Leistungsbeziehung darauf zu achten, dass die Beihilfevorschriften der Europäischen Union eingehalten werden.

Anzahl der Arbeitnehmer

Seit Gründung – und so auch im Geschäftsjahr 2021 – waren 2 (seit 1. Oktober 2022: 3) Mitarbeitende als alleinvertretungsberechtigte Geschäftsführer nebenamtlich tätig.

Ferner waren im Geschäftsjahr 2021 2 Personen, die im Beamtenverhältnis der Stadt Braunschweig stehen, zum Zweck der Tätigkeit bei der Gesellschaft beurlaubt worden.

(Fortsetzung ab nächster Seite)

Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft wies in ihrer Gewinn- und Verlustrechnung 2021 einen **Jahresfehlbetrag** i. H. v. rd. 1.064,6 T€ aus. Das negative Jahresergebnis 2021 resultiert im Wesentlichen aus einem höheren Materialaufwand und niedrigeren sonstigen betrieblichen Erträgen gegenüber der Planung; Letztere fielen geringer aus, da aufgrund von Kostensteigerungen im Bausektor Teile der Rückstellungen für Erschließungskosten nicht in der im Wirtschaftsplan 2021 avisierten Höhe aufgelöst werden konnten.

Die **Umsatzerlöse** resultieren im Wesentlichen aus dem Verkauf einer Baufläche im Gewerbegebiet *Forschungsflughafen-West* bzw. *Forschungsflughafen-Nordwest* sowie aus dem Verkauf von zwei Waldflächen an die Stadt Braunschweig. Wohnbauflächen wurden im Jahr 2021 nicht veräußert. Die im Vergleich zum Vorjahr geringer ausfallenden Umsatzerlöse sind auf die im Vorjahr veräußerten Wohnbauflächen für Reihen- bzw. Mehrfamilienhäuser im Wohnbaugebiet *Stöckheim-Süd* mit einem Volumen von 2.224 T€ zurückzuführen.

Im Geschäftsjahr 2021 hat die Gesellschaft **Gewerbebau- und sonstige Flächen** von insgesamt 58.962 m² (Vorjahr: 3.390 m²) veräußert und dadurch Umsatzerlöse i. H. v. rd. 234 T€ erzielt.

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Für das Geschäftsjahr 2022 hat die Gesellschaft einen **Wirtschaftsplan** mit einem Jahresfehlbetrag von 732,5 T€ vorgelegt.

Für das Geschäftsjahr 2022 plant die Gesellschaft die Fortsetzung des Erwerbs von Wohnbau- und Gewerbegrundstücken im Gebiet Wenden-West, die von August 2022 bis zum Frühjahr 2024 erschlossen werden sollen. Mit der Vermarktung dieser Grundstücke soll im Geschäftsjahr 2023 begonnen werden, so dass ab dem Geschäftsjahr 2024 mit Erträgen aus dem Verkauf dieser Bauflächen gerechnet werden kann.

Weitere Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit im Geschäftsfeld Wohnbauflächen werden in den Geschäftsjahren 2022 und 2023 der Verkauf eines Baufeldes im Wohnbaugebiet *Stöckheim-Süd* für ein Projekt des gemeinschaftlichen Wohnens, die Flächenvorsorge für neue potenzielle Wohngebietsstandorte, die fachliche Begleitung diverser Maßnahmen zur endgültigen Herstellung der öffentlichen Verkehrs-, Grün- und Ausgleichsflächen in verschiedenen früher bereits vermarkteten Baugebieten der *Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH* sowie der Bauleitplanung der Stadt Braunschweig für neue Wohngebietsstandorte sein.

Daneben stehen die Vermarktung der verfügbaren Gewerbebauflächen sowie weitere Maßnahmen im Mittelpunkt der Geschäftstätigkeit, die die künftige, möglichst kontinuierliche Bereitstellung von neuen Wohn- und Gewerbebauflächen durch die Gesellschaften an verschiedenen Standorten im Stadtgebiet Braunschweig zum Ziel haben. Auswirkung durch die COVID-19-Pandemie auf die bisherige Vermarktung gab es bisher nicht; es könnten sich jedoch durch die Kostensteigerungen im Bausektor Beeinflussungen ergeben, die die Kostendeckung dementsprechend erschweren.

Der Rat der Stadt Braunschweig hat in seiner Sitzung am 5. Juli 2022 das *Braunschweiger Baulandmodell Wohnen* beschlossen. Hier wurde u. a. festgelegt, dass die *Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH* künftig alle operativen Aufgaben zur Entwicklung von Flächen für städtebauliche Zwecke im Stadtgebiet von Braunschweig übernehmen soll. Dazu soll u. a. eine hauptamtliche Geschäftsführung als auch das mit dem für die Erfüllung des erweiterten Aufgabenspektrums erforderliche Fachpersonal bereitgestellt werden.

(Fortsetzung ab nächster Seite)

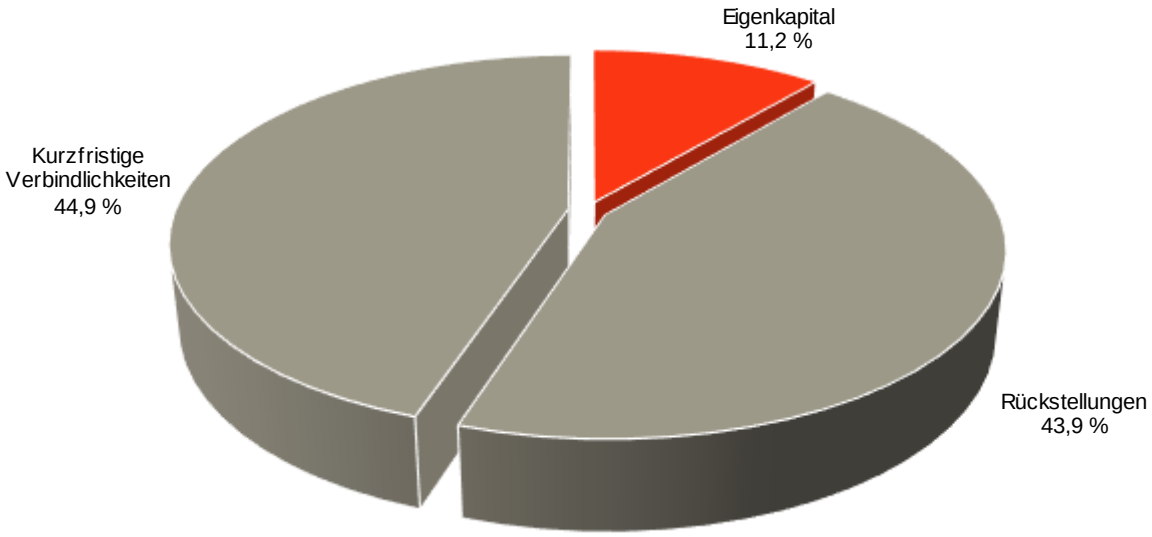
Bilanzdaten der Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH

Bilanz

Aktiva	2021		2020		2019	
	T€	%	T€	%	T€	%
Sachanlagen	0	0,0	0	0,0	1	0,0
Langfristig gebundenes Vermögen	**0**	**0,0**	**0**	**0,0**	**1**	**0,0**
Vorräte	15.992	40,2	11.331	27,8	11.602	28,6
Forderungen	23.716	59,6	27.110	66,4	28.682	70,6
Liquide Mittel	77	0,2	2.362	5,8	340	0,8
Kurzfristig gebundenes Vermögen	**39.785**	**100,0**	**40.803**	**100,0**	**40.624**	**100,0**
Bilanzsumme	**39.785**	**100,0**	**40.803**	**100,0**	**40.625**	**100,0**

Passiva	2021		2020		2019	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	4.452	11,2	5.516	13,5	6.175	15,2
Rückstellungen	17.476	43,9	17.723	43,5	18.121	44,6
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	17.857	44,9	17.564	43,0	16.329	40,2
Bilanzsumme	**39.785**	**100,0**	**40.803**	**100,0**	**40.625**	**100,0**

Kapitalstruktur 2021

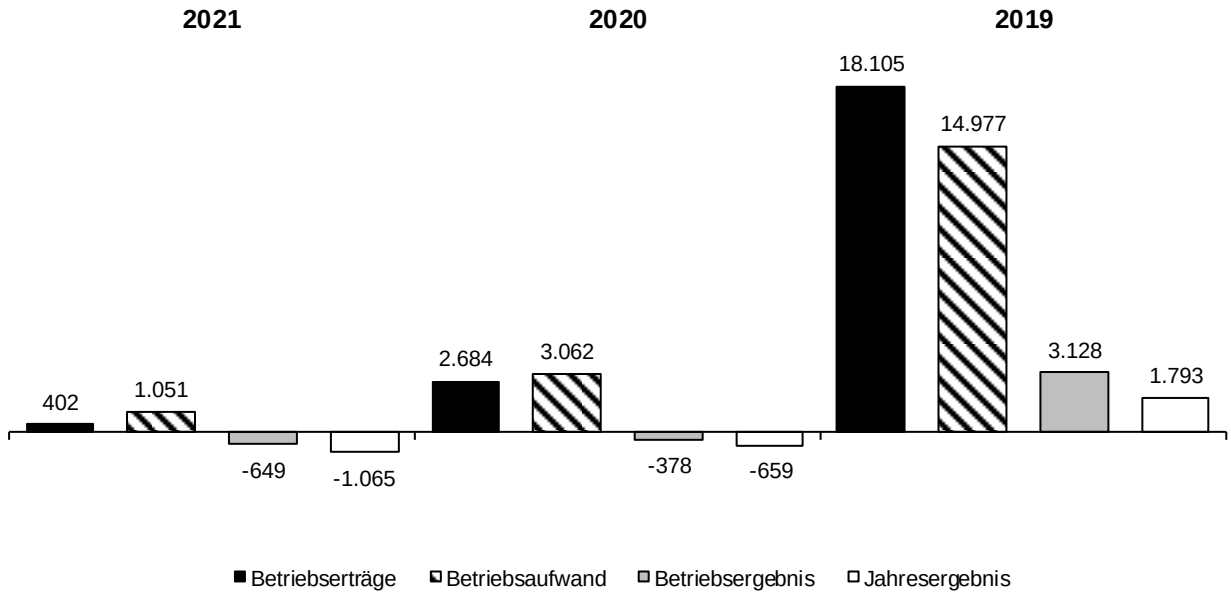


GuV-Daten der Grundstücksgesellschaft Braunschweig mbH

Gewinn- und Verlustrechnung [T€]

Position	2021	Delta	2020	2019
Umsatzerlöse	287	-2.062	2.349	17.090
Sonstige betriebliche Erträge	115	-220	335	1.015
Betriebserträge	**402**	-2.282	**2.684**	**18.105**
Materialaufwand	615	-1.336	1.951	14.612
Personalaufwand	174	+1	173	172
Abschreibungen	0	-3	3	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	262	-673	935	193
Betriebsaufwand	**1.051**	-2.011	**3.062**	**14.977**
Betriebsergebnis	**-649**	-271	**-378**	**3.128**
Finanzergebnis	-359	+99	-458	-58
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	14	+242	-228	1205
Ergebnis nach Steuern	**-1.022**	-414	**-608**	**1.865**
Sonstige Steuern	43	-8	51	72
Jahresergebnis	**-1.065**	-406	**-659**	**1.793**

Entwicklung Gewinn- und Verlustrechnung [T€]



Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist der gemeinnützige Betrieb des Städtischen Klinikums Braunschweig als Krankenhaus der Maximalversorgung sowie aller damit zusammenhängenden Einrichtungen, Nebeneinrichtungen und Hilfsbetriebe. Zweck der Gesellschaft ist der ärztliche, pflegerische, technische und kaufmännische Betrieb dieser Einrichtungen mit dem Ziel einer bestmöglichen und zugleich wirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung sowie die Ausbildung in eigenen Ausbildungsstätten sowie im Rahmen eines akademischen Lehrkrankenhauses der Medizinischen Hochschule Hannover. Zweck der Gesellschaft ist weiter die Förderung der Jugendhilfe. Dieser Zweck wird insbesondere durch den Betrieb einer Kindertagesstätte verwirklicht.

Die Gesellschaft darf im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages alle Geschäfte und sonstigen Maßnahmen vornehmen, die dieser Zweckbestimmung unmittelbar und mittelbar dienlich sind. Sie ist insbesondere berechtigt, Betriebe oder Einrichtungen zu gründen, zu übernehmen und sich an solchen zu beteiligen, wenn es dem Zweck des Unternehmens dient.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr erfüllt. Die Gesellschaft stellt mit ihren Kliniken medizinische Infrastruktur der Maximalversorgung zur Verfügung. Damit wird dem Gemeinwohl im Rahmen der Daseinsvorsorge durch eine ausgeprägte Gesundheitsversorgung gedient. Durch das Beteiligungsmanagement der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft tatsächlich erfüllt wird (s. Einleitung, S. 1). Darüber hinaus kommt dem Städtischen Klinikum Braunschweig mit 4.735 aktiven Mitarbeitern auf Konzernebene als Arbeitgeber im Bereich der Stadt Braunschweig eine wesentliche wirtschaftliche Bedeutung zu.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Vorschriften des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung und ist ein Tendenzbetrieb im Sinne von § 1 Abs. 4 Nr. 1 Mitbestimmungsgesetz. Sofern Gewinne erzielt werden, verbleiben diese zur Optimierung der Patientenversorgung in der Gesellschaft und werden nicht ausgeschüttet.

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 18.450.000 €.

Gesellschafter

Die Stadt Braunschweig ist alleinige Gesellschafterin.

Organe der Gesellschaft (Stand: Februar 2023)

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus 9 Mitgliedern. Der Rat der Stadt Braunschweig entsendet den Oberbürgermeister oder einen von ihm vorgeschlagenen Beschäftigten der Stadt als Vorsitzenden sowie 4 weitere Personen in den Aufsichtsrat. Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters entsendet der Rat der Stadt 2 im Krankenhausbereich erfahrene Persönlichkeiten (*), die nicht dem Rat der Stadt Braunschweig angehören. Der Betriebsrat der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH entsendet darüber hinaus 2 Vertreter in den Aufsichtsrat (**).

(Fortsetzung ab nächster Seite)

Name	Funktion
Geiger, Christian A.	**Vorsitzender**/Erster Stadtrat der Stadt Braunschweig
Schütze, Annette	**stellv. Vorsitzende**/Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Bader, Nils	Ratsherr der Stadt Braunschweig
(Derwein, Ursula)	Mandat der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (bis 31. Dezember 2022)
Heinen-Kljajić, Dr. Gabriele	Mandat der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (seit 15. Februar 2023)
Heinz, Prof. Dr. Dirk*	Wissenschaftlicher Geschäftsführer des HZI (Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung)
Kopitzke-Roß, Bernd**	Arbeitnehmervertreter
Lüer, Martina**	Arbeitnehmervertreterin
Neumann, Dr. Hans-Joachim*	Ökonom
Stegemann, Ulrich	Mandat der CDU-Fraktion

Geschäftsführung

Dr. med. Andreas Goepfert

Konzernstruktur (Stand: Februar 2023)

Die *Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH* verfügt über fünf Töchter und eine Enkelgesellschaft:

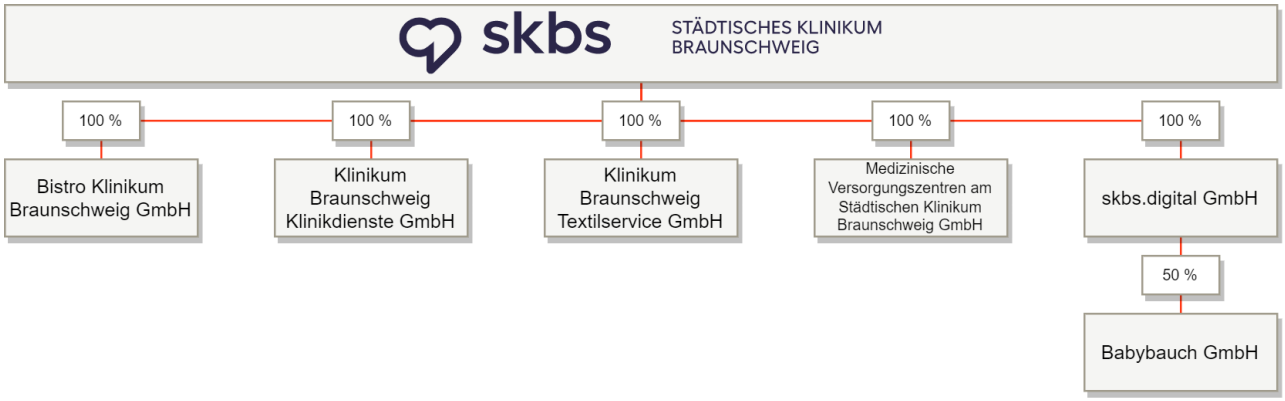


Abb. 5: Konzernstruktur Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH *(eigene Darstellung)*.

Unternehmensgegenstand der **Klinikum Braunschweig Textilservice GmbH** ist die Erbringung von Wäscherei- und Berufsbekleidungsdiensten, insbesondere die Reinigung von Berufsbekleidung und Wäsche für Krankenhäuser.

Gegenstand der **Bistro Klinikum Braunschweig GmbH** ist der Betrieb von Gastronomie-Einheiten (Bistros) und Kiosken an den Klinik-Standorten des Städtischen Klinikums Braunschweig und in anderen kommunalen Einrichtungen in Braunschweig, Speisenbelieferung sowie Catering-Service insgesamt und alle damit verbundenen Dienstleistungen.

Aufgabe der **Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH** ist die Reinigung von Kliniken und Gebäuden jeder Art und Gebäudeservice sowie Transportleistungen und Dienstleistungen ähnlicher Art. Hiervon umfasst ist auch der Handel mit Strom und Erdgas.

Die **Medizinische Versorgungszentren am Städtischen Klinikum Braunschweig GmbH** betreibt medizinische Versorgungszentren im Sinne des § 95 SGB V[37] zur Erbringung ambulanter ärztlicher Leistungen.

Gegenstand der **skbs.digital GmbH** ist die Entwicklung digitaler Geschäftsmodelle für das Städtische Klinikum Braunschweig, die Entwicklung und Implementierung von neuen digitalen Lösungen zur Verbesserung von Prozessen und zur Einführung innovativer medizinisch-pflegerischer Anwendungen im Städtischen Klinikum Braunschweig, sowie die Gestaltung und Umsetzung von Partnerschaften für neue, digital unterstützte Angebote und Versorgungsmodelle unter Einbeziehung der Kompetenzen und Leistungen des Städtischen Klinikums Braunschweig.

[37] Sozialgesetzbuch Fünftes Buch – Gesetzliche Krankenversicherung.

Daneben hält die *skbs.digital GmbH* 50 % der Anteile des Stammkapitals i. H. v. 25.000,00 € an der **Babybauch GmbH**. Die *Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH* und das *Krankenhaus Marienstift* haben in diesem Zusammenhang das Netzwerk *Geburt für die Region* gegründet, um Schwangeren und werdenden Eltern über die Babybauch-App insbesondere regionale Angebote zu den Themen Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett zur Verfügung zu stellen. Hebammen, Beratungsstellen, Vereine sowie Kurs- und sonstige Anbieter haben mit der Babybauch-App die Möglichkeit, regionale Veranstaltungen anzubieten.

EU-beihilferechtskonforme Finanzierung

Auf Grundlage des sog. Freistellungsbeschlusses der EU-Kommission vom 20. Dezember 2011 ist die Gesellschaft durch die Gesellschafterin Stadt Braunschweig mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) zwecks Bereitstellung einer öffentlichen Krankenhausinfrastruktur im Gebiet der Stadt Braunschweig und deren Einzugsgebiet öffentlich-rechtlich betraut worden. Die Finanzierung durch die Gesellschafterin kann somit auf Grundlage der **Betrauung** sowohl durch Verlustausgleiche als auch durch sonstige Begünstigungen erfolgen.

Anzahl der Arbeitnehmer[38]

Bei der *Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH* wurden 2021 im Jahresdurchschnitt 4.363 Arbeitnehmer beschäftigt (Vorjahr: 4.316). Dies entspricht 3.972 aktiven Mitarbeitern (Vorjahr: 3.922) bzw. 3.365 Vollkräften (Vorjahr: 3.108). Ein direkter Jahresvergleich der Anzahl der Vollkräfte ist nicht möglich, da mit der nunmehr erfolgten Einbeziehung der passiven Arbeitnehmer eine geänderte Berechnungsbasis zugrunde liegt.

Klinikum gGmbH: Kopfzahl	2021	2020
Aktive Arbeitnehmer	**3.972**	**3.922**

Klinikum gGmbH: Anzahl der Vollkräfte	2021	2020
Ärztlicher Dienst	519	528
Funktionsdienst, medizinisch-technischer Dienst	862	867
Pflegedienst und klinisches Hauspersonal	1.414	1.176
Wirtschafts-, Versorgungs-, Verwaltungsdienst und techn. Dienst	342	328
Sonderdienst, Personal der Ausbildungsstätten	116	109
Sonstiges Personal	112	100
Gesamt (aktive und passive Arbeitnehmer)	**3.365**	**3.108**

Im Konzern (s. „Konzernstruktur der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH“, S. 68) wurden im Jahr 2021 im Jahresdurchschnitt 5.198 Arbeitnehmer beschäftigt (Vorjahr: 5.205). Dies entspricht 4.735 aktiven Mitarbeitern (Vorjahr: 4.765) bzw. 4.045 Vollkräften (Vorjahr: 4.083).

Klinikum gGmbH (Konzern): Kopfzahl	2021	2020
Aktive Arbeitnehmer	**4.735**	**4.765**

Klinikum gGmbH (Konzern): Anzahl der Vollkräfte	2021	2020
Gesamt (aktive und passive Arbeitnehmer)	**4.045**	**4.083**

Geschäftsverlauf

Im Wirtschaftsplan 2021 der **Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH** war ursprünglich ein Jahresfehlbetrag i. H. v. rd. 8.975 T€ prognostiziert worden. Dieses Ergebnis konnte mit einem Jahresfehlbetrag von rd. 8.976 T€ nahezu vollständig erreicht werden. Zur Erzielung dieses Ergebnisses trug auch eine seitens der Stadt Braunschweig gezahlte Verlustkompensation für das Geschäftsjahr 2020 i. H. v. rd. 11,9 Mio. € bei, der ein entsprechender Ansatz im Haushaltsplan 2021 der Stadt Braunschweig zugrunde lag.

[38] **Anzahl der Vollkräfte**: Der Jahreswert 2020 enthält nur aktive Mitarbeiter und ist daher nicht mit dem Jahreswert 2021 vergleichbar. Sowohl bei der *Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH* als auch im Konzern liegen die Kopfzahlen aufgrund einer hohen Teilzeitbeschäftigungsquote weit über der Anzahl der Vollkräfte.

Die Bilanzsumme der *Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH* ist im Geschäftsjahr 2021 um rd. 54.256 T€ auf 458.329.370,88 € gestiegen. Im Wesentlichen ist dieser Zuwachs auf die Investitionen im Rahmen des Zwei-Standorte-Konzepts und dem daraus resultierenden Anstieg der Bilanzposition *Anlagen im Bau* zurückzuführen.

In den Konzernabschluss der *Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH* wurden im Geschäftsjahr 2021 die fünf Tochtergesellschaften einbezogen:

Die **Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH** erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2021 einen Jahresüberschuss von rd. 33,3 T€, der auf neue Rechnung vorgetragen wurde.

Die **Klinikum Braunschweig Textilservice GmbH** schloss das Geschäftsjahr 2021 mit einem Jahresüberschuss von rd. 13,9 T€ ab, der ebenfalls auf neue Rechnung vorgetragen wurde.

Die **Medizinische Versorgungszentren am Städtischen Klinikum Braunschweig GmbH** erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2021 einen Jahresüberschuss von rd. 2.360,2 T€, der auf neue Rechnung vorgetragen wurde.

Die **Bistro Klinikum Braunschweig GmbH** verzeichnete im Geschäftsjahr 2021 einen Jahresfehlbetrag von rd. 135,4 T€, der auf neue Rechnung vorgetragen wurde.

Die **skbs.digital GmbH** schloss das Geschäftsjahr 2021 mit einem Jahresüberschuss von rd. 16,0 T€ ab, der auf neue Rechnung vorgetragen wurde.

Der Konzernabschluss ist aufgrund der Größenverhältnisse der Tochtergesellschaften entscheidend von der Muttergesellschaft geprägt. Die Gesellschaft hat einen **Konzernabschluss** vorgelegt, der den Jahresabschluss der *Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH* mit denen ihrer Tochtergesellschaften konsolidiert. Hier wird ein Konzernjahresfehlbetrag von rd. 6.688,5 T€ (Vorjahr: -10.511,3 T€) ausgewiesen. Die Konzernbilanzsumme ist im Geschäftsjahr 2021 um rd. 56.317 T€ auf 453.836.276,18 € gestiegen.

Besondere Kennzahlen[39]

Die Gesamtbettenzahl des Klinikums beläuft sich nach dem Niedersächsischen Krankenhausplan im Jahr 2021 auf 1.475 voll- und 24 teilstationäre Planbetten und ist somit im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

Bettenkapazität	2021	2020
Vollstationär	1.475	1.475
Teilstationär	24	24
Gesamt	**1.499**	**1.499**

Leistungskennzahlen stationär	2021	2020
DRG-Fallzahl (vollstationär E1)	48.561	51.260
Voll- und teilstationäre Belegungstage (aus E1)	314.493	329.422
Durchschnittliche Verweildauer (vollstationär, E1)	6,20	6,18
Nutzungsgrad in % (vollstationär, aufgestellte Betten gesamt)	80,69	79,31

Das Städtische Klinikum Braunschweig verteilt sich derzeit auf drei Standorte (Holwedestraße, Salzdahlumer Straße, Celler Straße) und setzt sich zusammen aus 19 hauptamtlichen Abteilungen (Augenheilkunde, Allgemeine Chirurgie, Frauenheilkunde und Geburtshilfe, Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde, Herzchirurgie, Innere Medizin, Kinderchirurgie, Kinderheilkunde, Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie, Neurochirurgie, Neurologie, Nephrologie, Nuklearmedizin, Plastische Chirurgie, Orthopädie, Strahlentherapie, Urologie, Pneumologie, Allgemeine Psychiatrie) und zwei teilstationären Abteilungen (Kinderheilkunde sowie Tages- und Nachtklinik Psychiatrie).

(Fortsetzung ab nächster Seite)

[39] **Leistungskennzahlen stationär**: *E1* bezeichnet mit DRG-Fallpauschalen zusammenhängende Kennzahlen.

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Die Gesellschaft konnte bis einschließlich 2017 durchweg Jahresabschlüsse mit positiven Ergebnissen vorlegen. Seit dem Geschäftsjahr 2018 fallen die Jahresergebnisse der *Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH* negativ aus. Gleichwohl hat sich das Jahresergebnis im Vergleich der Geschäftsjahre 2020 und 2021 um rd. 2,9 Mio. € verbessert (s. „GuV-Daten der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH“, S. 73). Allerdings sind in beiden Jahresergebnissen seitens der Stadt Braunschweig gezahlte Verlustkompensationen für das Geschäftsjahr 2020 in Höhe von insgesamt 47,8 Mio. € enthalten (35,9 Mio. € gezahlt in 2020, 11,9 Mio. € in 2021), die zum Ausgleich der finanziellen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie bereitgestellt worden.

Für das Geschäftsjahr 2022 ist ein Jahresfehlbetrag von 2,8 Mio. € eingeplant worden. Da dieses Ergebnis aufgrund der andauernden Pandemie und den Auswirkungen des Ukraine-Krieges voraussichtlich nicht erreicht wird, hat der Rat der Stadt Braunschweig in seiner Sitzung am 20. Dezember 2022 einen außerplanmäßigen Aufwand i. H. v. 14,9 Mio. € zur Kompensation des prognostizierten Jahresergebnisses beschlossen.[40]

In diesem Zusammenhang ist der allgemeine Leistungsrückgang in der Krankenhausbranche zu erwähnen: Der von dem Wissenschaftlichen Institut der AOK (WIdO) veröffentliche Krankenhausreport 2022 spricht bei einer Gegenüberstellung der Jahre 2021 und 2019 von einem allgemeinen Fallzahlenrückgang von 14 %. Auf gesetzgeberischer Ebene sind zur Stabilisierung der Situation innerhalb der Krankenhausbranche verschiedene Lösungen angedacht: Auf Bundesebene soll die im Koalitionsvertrag verankerte Weiterentwicklung des aG-DRG-Fallpauschalensystems für eine auskömmliche Finanzierung der laufenden Betriebskosten sorgen. Darüber hinaus soll die im Juni 2022 auf Landesebene beschlossene Änderung des Niedersächsischen Krankenhausgesetzes (NKHG) ab dem Jahr 2023 zur Optimierung der hiesigen Krankenhausversorgungsstrukturen beitragen.

Investitionen sind im Wesentlichen für das Zwei-Standorte-Konzept bzw. für die Zentralklinik am Standort Salzdahlumer Straße geplant. Mit dem Zwei-Standorte-Konzept wird bereits seit 2006 das Ziel verfolgt, die Standorte des Klinikums von ehemals vier auf zwei – in der Celler Straße und der Salzdahlumer Straße – bis zum Jahr 2023 zu reduzieren. Zwischenzeitlich wurde das Konzept dahingehend angepasst, dass in der Salzdahlumer Straße bis zum Jahr 2036 die Errichtung einer Zentralklinik geplant ist, während der Standort Celler Straße für andere medizinische Geschäftsfelder genutzt werden soll. Der Standort Gliesmaroder Straße ist bereits seit dem Jahr 2012 geschlossen, der Standort Holwedestraße soll im Jahr 2023 freigezogen werden. Im Vergleich zu den ursprünglichen Planungen aus dem Jahr 2014 haben sich bis heute wesentliche Änderungen ergeben. In enger Abstimmung mit dem Land Niedersachsen ist das Konzept grundlegend modifiziert worden, insbesondere um den aktuellen Bauvorschriften und Förderbedingungen Genüge zu tun. Die Investitionssumme einschließlich Indexsteigerungen und Risikoreserve wird im Wirtschaftsplan 2022 mit rd. 799,2 Mio. € beziffert. Der Gesamtinvestition stehen gemäß dem Wirtschaftsplan 2022 bisher zugesagte Fördermittel i. H. v. 178 Mio. € und Kreditaufnahmen – weitestgehend im Rahmen der Experimentierklausel – von rd. 277,4 Mio. € gegenüber, so dass von benötigten Eigenmitteln bzw. von einem weiteren Fremdfinanzierungsbedarf i. H. v. rd. 343,9 Mio. € ausgegangen werden muss.

(Fortsetzung ab nächster Seite)

[40] Siehe hierzu *Stadt Braunschweig*, Haushaltsvollzug 2022 (hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG) (DS 22-20095); https://ratsinfo.braunschweig.de/bi/yw020.asp.

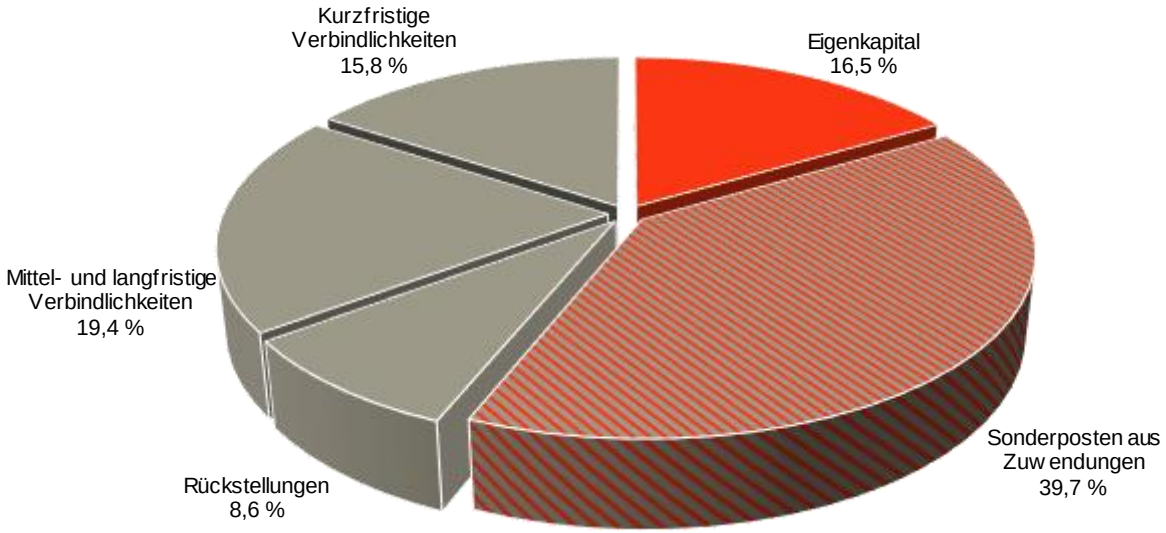
Bilanzdaten der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH[41]

Bilanz

Aktiva	2021		2020		2019	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	6.578	1,4	5.898	1,5	6.161	1,7
Sachanlagen	316.437	69,0	269.238	66,6	234.059	62,6
Finanzanlagen	742	0,2	742	0,2	742	0,2
Langfristig gebundenes Vermögen	**323.757**	**70,6**	**275.878**	**68,3**	**240.962**	**64,5**
Vorräte	11.037	2,4	16.592	4,1	12.128	3,2
Forderungen	84.591	18,5	88.839	22,0	79.719	21,4
Liquide Mittel	27.115	5,9	10.935	2,7	28.643	7,7
Ausgleichsposten nach KHG	11.829	2,6	11.829	2,9	11.829	3,2
Kurzfristig gebundenes Vermögen	**134.572**	**29,4**	**128.195**	**31,7**	**132.319**	**35,5**
Bilanzsumme	**458.329**	**100,0**	**404.073**	**100,0**	**373.281**	**100,0**

Passiva	2021		2020		2019	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	75.755	16,5	84.732	21,0	96.608	25,9
Sonderposten aus Zuwendungen	181.950	39,7	154.535	38,2	141.524	37,9
Rückstellungen	39.572	8,6	38.519	9,5	21.704	5,8
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	89.026	19,4	101.439	25,2	17.944	4,8
Kurzfristige Verbindlichkeiten	71.996	15,8	24.802	6,1	95.430	25,6
Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	30	0,0	46	0,0	71	0,0
Bilanzsumme	**458.329**	**100,0**	**404.073**	**100,0**	**373.281**	**100,0**

Kapitalstruktur 2021



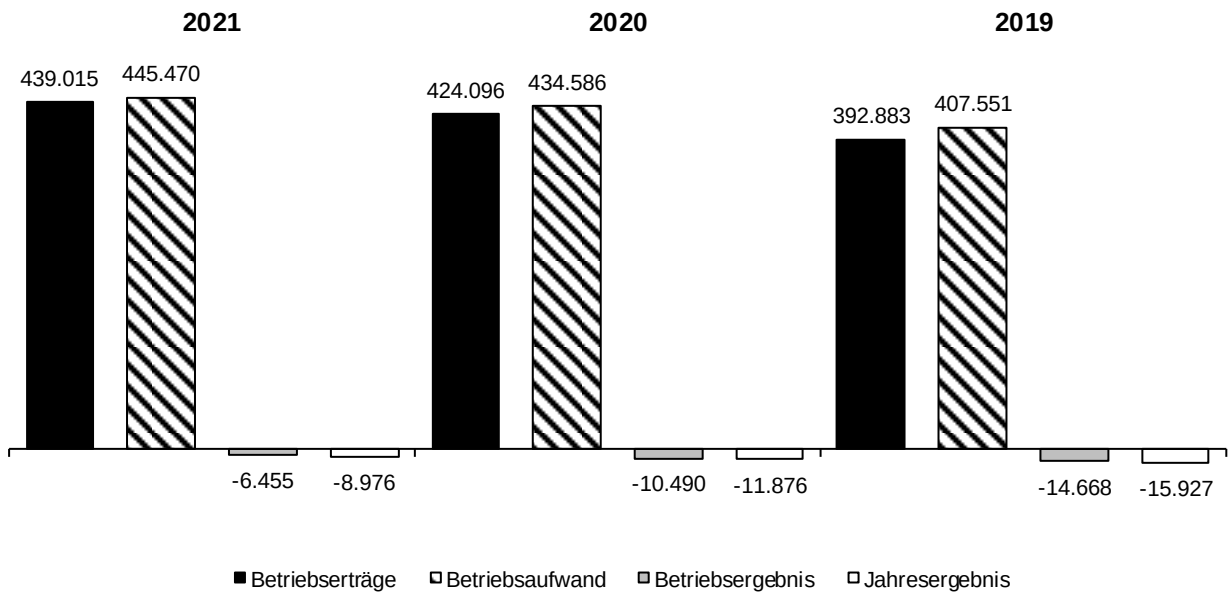
[41] **Bilanz-/GuV-Daten**: Die nachfolgenden Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen weisen eine gesonderte Struktur nach Krankenhausbuchführungsverordnung (KHBV) auf. **KHG**: Krankenhausfinanzierungsgesetz. **Kapitalstruktur**: Das wirtschaftliche Eigenkapital umfasst im Krankenhausbereich auch die Sonderposten aus Zuwendungen.

GuV-Daten der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH

Gewinn- und Verlustrechnung [T€]

Position	2021	Delta	2020	2019
Umsatzerlöse	372.143	+9.002	363.141	351.160
Sonstige betriebliche Erträge	22.491	-19.945	42.436	7.181
Erträge nach KHG und KHBV	44.381	+25.862	18.519	34.542
Betriebserträge	**439.015**	+14.919	**424.096**	**392.883**
Materialaufwand	101.731	-4.239	105.970	97.709
Personalaufwand	241.270	+1.538	239.732	228.304
Abschreibungen	16.125	+708	15.417	13.659
Sonstige betriebliche Aufwendungen	50.641	-13.100	63.741	41.623
Aufwendungen nach KHG und KHBV	35.703	+25.977	9.726	26.256
Betriebsaufwand	**445.470**	+10.884	**434.586**	**407.551**
Betriebsergebnis	**-6.455**	+4.035	**-10.490**	**-14.668**
Finanzergebnis	-776	-310	-466	-333
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.719	+824	895	904
Ergebnis nach Steuern	**-8.950**	+2.901	**-11.851**	**-15.905**
Sonstige Steuern	26	+1	25	22
Jahresergebnis	**-8.976**	+2.900	**-11.876**	**-15.927**

Entwicklung Gewinn- und Verlustrechnung [T€]



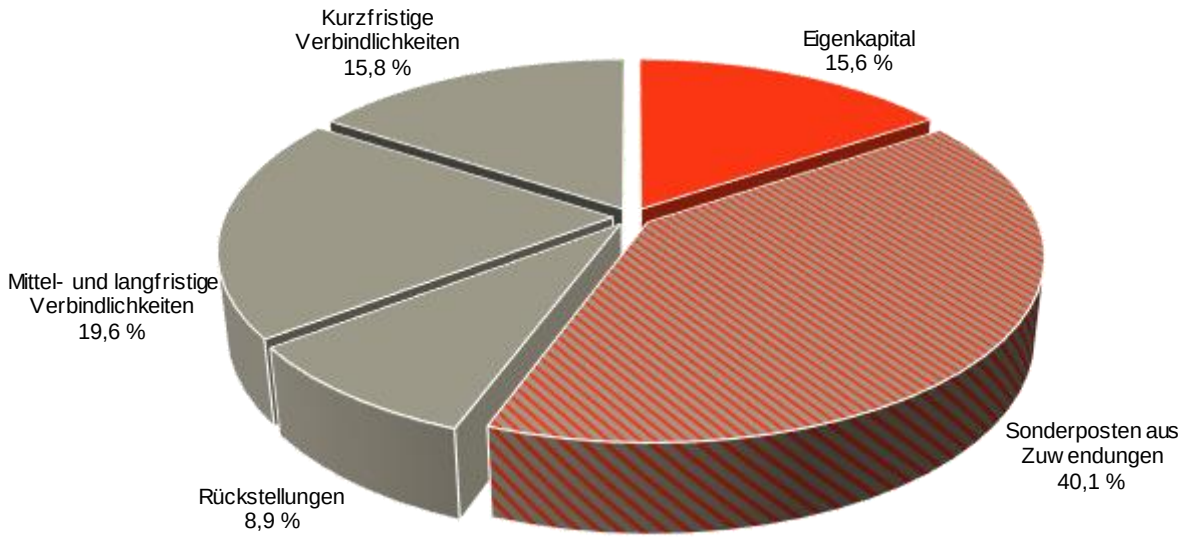
Bilanzdaten des Konzerns Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH

Bilanz (Konzern)

Aktiva	2021		2020		2019	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	7.110	1,6	6.484	1,6	6.317	1,7
Sachanlagen	317.095	69,9	270.214	68,1	235.437	64,4
Finanzanlagen	183	0,0	183	0,0	170	0,0
Langfristig gebundenes Vermögen	**324.388**	**71,5**	**276.881**	**69,7**	**241.924**	**66,1**
Vorräte	11.092	2,4	16.655	4,2	12.191	3,3
Forderungen	84.827	18,7	89.448	22,5	79.766	21,8
Liquide Mittel	33.529	7,4	14.535	3,6	32.038	8,8
Kurzfristig gebundenes Vermögen	**129.448**	**28,5**	**120.638**	**30,3**	**123.995**	**33,9**
Bilanzsumme	**453.836**	**100,0**	**397.519**	**100,0**	**365.919**	**100,0**

Passiva	2021		2020		2019	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	70.575	15,6	77.263	19,4	87.774	24,0
Sonderposten aus Zuwendungen	181.950	40,1	154.535	38,9	141.524	38,6
Rückstellungen	40.591	8,9	39.370	9,9	22.505	6,2
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	89.026	19,6	93.590	23,6	17.944	4,9
Kurzfristige Verbindlichkeiten	71.664	15,8	32.714	8,2	96.101	26,3
Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	30	0,0	47	0,0	71	0,0
Bilanzsumme	**453.836**	**100,0**	**397.519**	**100,0**	**365.919**	**100,0**

Kapitalstruktur 2021 (Konzern)

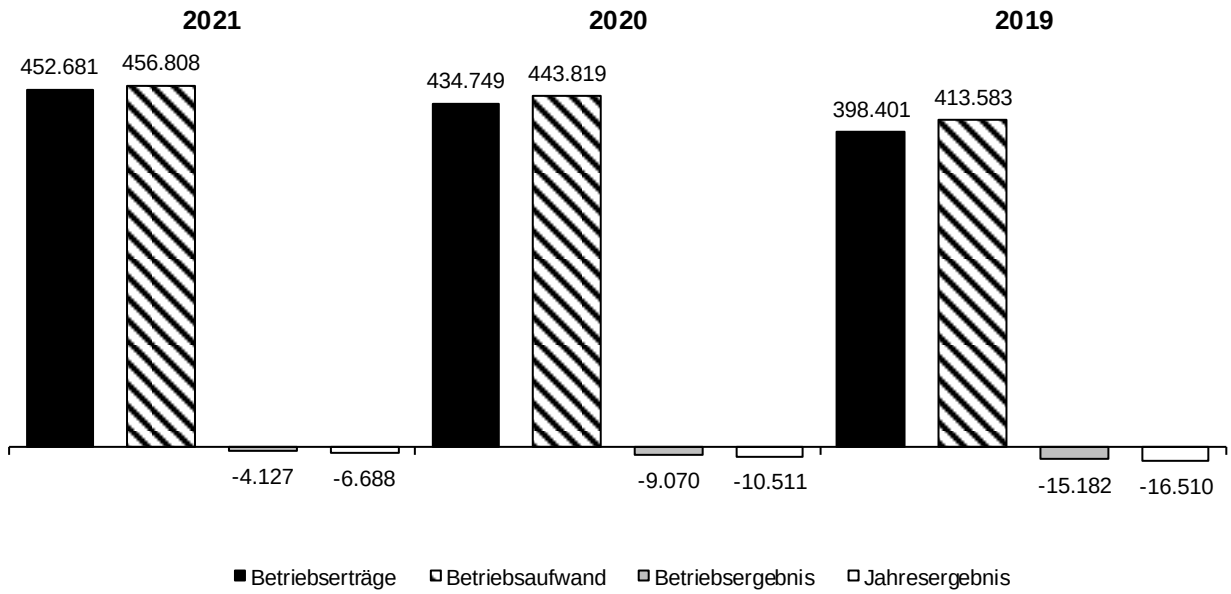


GuV-Daten des Konzerns Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH

Gewinn- und Verlustrechnung (Konzern) [T€]

Position	2021	Delta	2020	2019
Umsatzerlöse	385.331	+12.505	372.826	360.183
Sonstige betriebliche Erträge	22.969	-20.435	43.404	3.676
Erträge nach KHG und KHBV	44.381	+25.862	18.519	34.542
Betriebserträge	**452.681**	+17.932	**434.749**	**398.401**
Materialaufwand	88.875	-2.995	91.870	86.044
Personalaufwand	263.694	+2.364	261.330	249.522
Abschreibungen	16.671	+789	15.882	14.120
Sonstige betriebliche Aufwendungen	51.865	-13.146	65.011	37.641
Aufwendungen nach KHG und KHBV	35.703	+25.977	9.726	26.256
Betriebsaufwand	**456.808**	+12.989	**443.819**	**413.583**
Betriebsergebnis	**-4.127**	+4.943	**-9.070**	**-15.182**
Finanzergebnis	-784	-318	-466	-328
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.747	+800	947	975
Ergebnis nach Steuern	**-6.658**	+3.825	**-10.483**	**-16.485**
Sonstige Steuern	30	+2	28	25
Jahresergebnis	**-6.688**	+3.823	**-10.511**	**-16.510**

Entwicklung Gewinn- und Verlustrechnung (Konzern) [T€]



Braunschweig Stadtmarketing GmbH

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Vorbereitung und Durchführung von Konzepten und Maßnahmen zur Förderung der Attraktivität und des Images der Stadt Braunschweig u. a. als Teilraum der *Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg*. Die Aktivitäten umfassen sowohl alle städtisch relevanten Funktionen, insbesondere wirtschaftlicher, kultureller und stadtmarketingbezogener Art, als auch die inhaltliche und personelle Unterstützung der Ziele der Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH.

Daneben ist die Gesellschaft berechtigt, die ihr zur Förderung des Unternehmenszweckes zufließenden Mittel bzw. Zuschüsse zu verwalten und diese auf der Grundlage gesellschaftseigener und nicht gesellschaftseigener Mittel- und Zuschussvergaberichtlinien an Drittempfänger weiterzuleiten.

Die Gesellschaft kann außerdem sonstige von der Gesellschafterin bzw. von Dritten erteilte Aufträge im Rahmen ihres Gesellschaftszweckes ausführen. Dieses Geschäftsfeld umfasst insbesondere die Durchführung von eigenen Veranstaltungen und die Mitwirkung bei Veranstaltungen Dritter.

Gegenstand des Unternehmens ist ferner die Förderung, die Betreuung und das Betreiben von Einrichtungen und Veranstaltungen im Bereich des Fremdenverkehrs und der damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte. Dazu gehören insbesondere die Verbesserung des touristischen Angebots, die Besucher- und Gästebetreuung, Zimmervermittlungen sowie die Durchführung von Stadtführungen, der Betrieb eines Informationsbüros sowie der Vertrieb von touristischen Produkten und Dienstleistungen.

Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die unmittelbar oder mittelbar dem Gegenstand des Unternehmens dienen, die ihn fördern oder wirtschaftlich berühren. Sie kann sich unter dieser Einschränkung auch an anderen Unternehmen mit dem gleichen oder einem ähnlichen Gegenstand beteiligen, solche erwerben oder veräußern.

Darüber hinaus hat die Gesellschaft die Aufgaben und das Personal sowie Aktiva und Passiva des *Städtischen Verkehrsverein Braunschweig e. V.* (SVV) übernommen.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr erfüllt. Sämtliche Aufgaben der Gesellschaft im Rahmen der Wirtschaftsförderung, insbesondere Marketingmaßnahmen, touristische Produkte und Veranstaltungen liegen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse. Darüber hinaus nimmt die Gesellschaft Aufgaben der Daseinsvorsorge, wie z. B. die Durchführung des Braunschweiger Weihnachtsmarktes und die Beteiligung am *Haus der Wissenschaft* (s. „Wichtige Verträge“, S. 77) wahr. Durch das Beteiligungsmanagement der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft tatsächlich erfüllt wird (s. Einleitung, S. 1).

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €.

Gesellschafter

Die Stadt Braunschweig ist alleinige Gesellschafterin.

Organe der Gesellschaft (Stand: Februar 2023)

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus 5 Mitgliedern.

Name	Funktion
Glogowski, Robert	**Vorsitzender**/Ratsherr der Stadt Braunschweig
Geiger, Christian A.	**stellv. Vorsitzender**/Erster Stadtrat der Stadt Braunschweig
Gronefeld, Antoinette von	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Mehmeti, Burim	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Winckler Michel	Ratsherr der Stadt Braunschweig

Geschäftsführung

Gerold Leppa

Wichtige Verträge

Haus der Wissenschaft Braunschweig GmbH

Aufgrund des Beschlusses des Verwaltungsausschusses der Stadt Braunschweig vom 16. Oktober 2007 hat sich die *Braunschweig Stadtmarketing GmbH* mit 25,2 % nominalem Stammkapitalanteil an der am 24. Oktober 2007 gegründeten *Haus der Wissenschaft Braunschweig GmbH* beteiligt.

Das Stammkapital der Gesellschaft i. H. v. 25.000 € teilt sich wie folgt auf die Gesellschafter auf:

Gesellschafter	€	%
Braunschweig Stadtmarketing GmbH	6.300	25,2
Innovationsgesellschaft Technische Universität Braunschweig mbH	6.300	25,2
Arbeitgeberverband Region Braunschweig e. V.	6.300	25,2
ForschungRegion Braunschweig e. V.	4.900	19,6
UNION Kaufmännischer Verein von 1818 e. V.	1.200	4,8
Gesamt	**25.000**	**100,0**

Gegenstand des Unternehmens ist die Schaffung einer Plattform für den Dialog zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft, welche die Idee *Stadt der Wissenschaft 2007* weiterträgt. Neben der Kommunikation wissenschaftlicher Inhalte soll vor allem die Vernetzung der Wissenschaft mit den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen gefördert werden. Zu den wichtigsten Zielen gehören weiterhin die Nachwuchsförderung und -werbung, die Imagebildung für Stadt und Region sowie der Wissens- und Technologietransfer.

Im Haus der Wissenschaft finden vielfältige Veranstaltungen wissenschaftlicher, künstlerischer und sonstiger kultureller Art statt, die sich sowohl einem breiten Publikum zuwenden, als auch den wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Dialog fördern. Insbesondere werden dort auch erfolgreiche Veranstaltungen der *Stadt der Wissenschaft 2007* fortgeführt.

Gemäß den Beschlüssen des Rates der Stadt Braunschweig vom 25. September 2007 und 21. Juni 2016 ist die *Braunschweig Stadtmarketing GmbH* ermächtigt, zur Unterstützung der H*aus der Wissenschaft Braunschweig GmbH* jährlich 150.000 € zur Verfügung zu stellen. Zum 1. Januar 2020 wurde dieser Betrag auf 165.500 € p. a. angehoben.

Bis Ende 2021 war Herr Thorsten Witt Geschäftsführer der *Haus der Wissenschaft Braunschweig GmbH*. Ab dem 1. Januar 2022 hat Herr Dr. Jeremias Othman die Geschäftsführung übernommen.

Ströer Deutsche Städte Medien GmbH

Zur Vermarktung der Nutzungsrechte städtischer Flächen für Außenwerbung wurde am 29./30. Januar 2012 mit der Stadt Braunschweig ein entsprechender Vertrag unterzeichnet. Am 19. Juli 2012 schloss die Gesellschaft mit der *Ströer Deutsche Städte Medien GmbH* (DSM/Ströer) auf dieser Grundlage einen Vertrag über die Überlassung der Nutzung dieser Werbeflächen. Der Vertrag begann am 1. Juli 2012 und wurde für die Dauer von 12 Jahren geschlossen. Hierüber erzielt die *Braunschweig Stadtmarketing GmbH* Erträge, die etwa einem Drittel des jährlichen Gesamtetats entsprechen; diese Erträge werden zur Deckung von nicht über Erlöse refinanzierbare Aufgaben eingesetzt.

EU-beihilferechtskonforme Finanzierung

Bis zum 31. Dezember 2022 war die Gesellschaft auf Grundlage des sog. Freistellungsbeschlusses der EU-Kommission vom 20. Dezember 2011 durch die Gesellschafterin Stadt Braunschweig mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) in Form der Wirtschaftsförderung sowie in Form der Erledigung bestimmter Aufgaben der Daseinsvorsorge öffentlich-rechtlich betraut.

Die aufgrund der Beendigung der Laufzeit notwendige Überprüfung ergab, dass nach Auslaufen der Betrauung, also ab 1. Januar 2023, die Tätigkeitsfelder der Gesellschaft als lokale Sachverhalte zu qualifizieren sind (Kriterium 5 „Beeinträchtigung des innergemeinschaftlichen Handels“ nicht erfüllt; s. „Erläuterungen“, S. 5) und somit nicht unter die Regelungen des EU-Beihilferechts fallen. Die Finanzierung durch die Gesellschafterin kann somit ohne weitere Voraussetzungen sowohl durch Verlustausgleiche als auch durch sonstige Begünstigungen erfolgen.

Anzahl der Arbeitnehmer

Im Geschäftsjahr 2021 waren in der *Braunschweig Stadtmarketing GmbH* (ohne Auszubildende) durchschnittlich 39 Arbeitnehmer (Vorjahr: 42) beschäftigt.

Die *Haus der Wissenschaft Braunschweig GmbH* beschäftigte (ohne Auszubildende, FSJ- und studentische (Hilfs-)Kräfte) im Jahr 2021 durchschnittlich 9 Arbeitnehmer (Vorjahr: 8).

Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2021 der *Braunschweig Stadtmarketing GmbH* wurde mit einem Jahresfehlbetrag von rd. 1.792,7 T€ (Vorjahr: rd. -1.851,2 T€) abgeschlossen; damit liegt das Ergebnis deutlich unter dem im Wirtschaftsplan 2021 avisierten Jahresfehlbetrages i. H. v. rd. 2.278,8 T€.

Trotz anhaltender Einschränkungen durch die COVID-19-Pandemie konnten einerseits die Pachtzahlungen durch DSM/Ströer (s. „Ströer Deutsche Städte Medien GmbH“, S. 78) in voller Höhe geleistet werden. Andererseits wurden im Bereich des Personalaufwandes durch Kurzarbeitergeld und eine zeitverzögerte Stellennachbesetzung mit rd. 360 T€ deutliche Einsparungen gegenüber der Planung erreicht.

Bei der *Haus der Wissenschaft Braunschweig GmbH* wurde für das Geschäftsjahr 2021 ein Jahresfehlbetrag von rd. 134,4 T€ ausgewiesen, der rd. 49,9 T€ unter dem Vorjahreswert von rd. 184,3 T€ liegt. Der Fehlbetrag wurde durch die Kapitalrücklage, in die die Braunschweig Stadtmarketing GmbH und andere Gesellschaften jährlich einzahlen, ausgeglichen.

Die *Braunschweig Stadtmarketing GmbH* versteht Stadtmarketing als Gemeinschaftsaufgabe, die nur unter Einbeziehung möglichst vieler Akteure in Braunschweig ausreichende Wirkung entfalten kann. Die Gesellschaft dient in diesem Prozess als Initiatorin und Konzeptlieferantin, als gemeinsame Plattform zum Austausch der Akteure sowie schließlich als Dienstleisterin und Trägerin der Umsetzung gemeinsamer Maßnahmen. Aufgrund dieser Aufgabenstellung sind die Indikatoren für die Wirtschaftlichkeit und den Unternehmenserfolg nicht allein in einer positiven Entwicklung von Absatzzahlen, Umsätzen und dem Jahresergebnis zu finden. Vielmehr sind die Schaffung, Stabilisierung und der Ausbau ausgeprägter Kooperationsnetzwerke und die darauf aufbauende Umsetzung schlagkräftiger Stadtmarketingmaßnahmen maßgebliche Tragsäulen des mittel- und langfristigen Erfolgs der Gesellschaft.

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Die Aufgabenstellung der *Braunschweig Stadtmarketing GmbH* erfordert die laufende Zuführung von Finanzmitteln für den operativen Geschäftsbetrieb durch die Gesellschafterin Stadt Braunschweig. Hierzu stehen der Gesellschaft gemäß Regelung des Gesellschaftsvertrages Einlagen der Stadt Braunschweig in monatlichen Teilbeträgen sowie eine variable Einlage bei Bedarf auf Anforderung zur Verfügung. Die Rahmenbedingungen der Geschäftstätigkeit des Unternehmens schränken die Erzielung von Erlösen zur vollständigen Deckung der anstehenden Aufwendungen ein.

Die Gesellschaft finanziert ihre Aktivitäten im Wesentlichen über Einlagen der Stadt Braunschweig, Sponsorenleistungen und über Erträge aus sonstigen Dienstleistungen im Bereich des Marketings sowie aus der Vermarktung von touristischen Produkten, Sondernutzungsflächen und Überlassung der Werbeflächen.

Ziel ist weiterhin die Stärkung der zukünftigen Position Braunschweigs als Kongress- und Tagungsort. Die im Kongresskonzept entwickelten Maßnahmen zur Stärkung der Kongressmarketingaktivitäten wurden konzeptionell gefasst, konnten jedoch aufgrund der andauernden COVID-19-Pandemie nicht intensiv weiterverfolgt werden. Obgleich größere Netzwerktreffen pandemiebedingt noch nicht durgeführt wurden, wurde der Aufbau des Kongressnetzwerkes weiter vorangetrieben.

Die Zusammenarbeit mit dem Handel in der Innenstadt, der Hotellerie, der Gastronomie und anderen touristischen Leistungsträgern hat sich im Jahr 2021 – im zweiten Jahr der COVID-19-Pandemie – auch weiterhin bewährt. Die enge Zusammenarbeit sowie die Einbindung in den Arbeitsausschüssen Tourismus und Innenstadt schaffen ein stabiles Vertrauensverhältnis. Die Vertiefung der Partnerschaften mit Unternehmen und Institutionen als Projektsponsoren, die damit verbundene Konzeption und Finanzierung der Stadtmarketingmaßnahmen sowie die Erschließung weiterer Umsatzpotentiale und die Steigerung der Deckungsbeiträge sind weiterhin zentrale Ziele der Gesellschaft.

Die Bemühungen, Sponsorenverträge mit einer mehrjährigen Laufzeit zu schließen, konnten nur eingeschränkt fortgeführt werden. Eine Stärkung der Partnerschaften erreichte die Gesellschaft zudem durch die Möglichkeiten des Freiplakatierungskontingentes aus dem Werbevertrag mit DSM/Ströer.

Es zeigt sich, dass die Innenstadt-Veranstaltungen an den Wochenenden mit verkaufsoffenen Sonntagen durch die noch andauernde COVID-19-Pandemie nach wie vor gefährdet sind. Neben den Auswirkungen der Pandemie bringt auch die kritische Begleitung der verkaufsoffenen Sonntage durch die Gewerkschaft *ver.di* Unsicherheiten mit sich.

Die Kommunikations- und Vernetzungsplattform der Braunschweiger Wissenschafts- und Forschungslandschaft *Besser Smart* wurde fortgeführt. Auf ihr werden neben den großen Firmen auch weiterhin viele kleine und mittelständische Unternehmen sowie Forschungseinrichtungen und weitere Akteure zur Stärkung des Standortmarketings eingebunden.

Der vorgelegte Wirtschaftsplan 2022 der *Braunschweig Stadtmarketing GmbH* weist einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.132,6 T€ aus und legt somit erneut höhere Erlöse als im Vorjahr zugrunde.

Die Erlöse bei den Marketingmaßnahmen werden mit einer Steigerung geplant, da sich die Zusammenarbeit mit den städtischen Fachbereichen und den damit verbundenen Auftragsarbeiten auf Rechnung weiter positiv entwickelt hat. Zudem werden höhere Erlöse aus touristischen Geschäften insbesondere durch die Auflage des neuen *Braunschweig-Tonies* (Hörspielfigur) als Merchandisingartikel erwartet. Von einem Erlösausfall wird im Bereich *Convention* ausgegangen, da die Partner aufgrund des geringeren Kongress- und Tagungsgeschäfts nicht in der Lage sein werden, sich an entsprechenden Maßnahmen zu beteiligen. Die Pachterlöse aus dem Vertrag mit dem Partner Ströer/DSM wurden pandemiebedingt noch nicht in voller Höhe eingeplant.

Insgesamt wird von einer weitgehenden Normalisierung der Geschäftsverläufe ausgegangen.

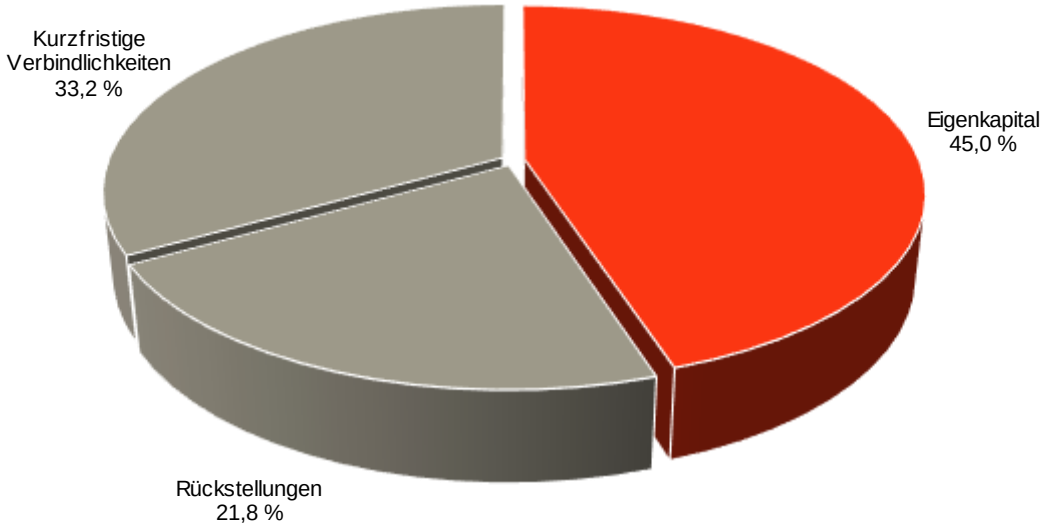
Bilanzdaten der Braunschweig Stadtmarketing GmbH

Bilanz

Aktiva	2021		2020		2019	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	3	0,2	3	0,2	5	0,4
Sachanlagen	45	2,4	71	5,3	118	10,4
Finanzanlagen	6	0,3	6	0,5	6	0,5
Langfristig gebundenes Vermögen	**54**	**2,9**	**80**	**6,0**	**129**	**11,3**
Vorräte	159	8,5	153	11,5	79	6,9
Forderungen	1.123	60,3	750	56,2	806	70,2
Liquide Mittel	528	28,3	350	26,3	132	11,5
Kurzfristig gebundenes Vermögen	**1.810**	**97,1**	**1.253**	**94,0**	**1.017**	**88,7**
Bilanzsumme	**1.864**	**100,0**	**1.333**	**100,0**	**1.146**	**100,0**

Passiva	2021		2020		2019	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	838	45,0	352	26,4	236	20,6
Rückstellungen	406	21,8	356	26,7	552	48,2
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	620	33,2	625	46,9	358	31,2
Bilanzsumme	**1.864**	**100,0**	**1.333**	**100,0**	**1.146**	**100,0**

Kapitalstruktur 2021

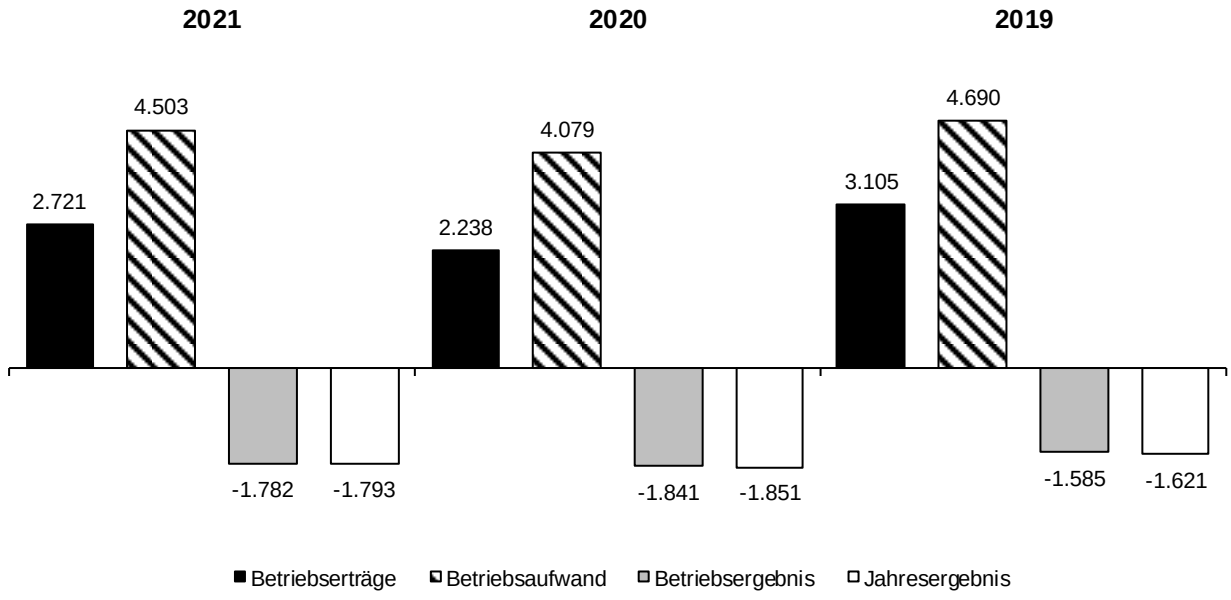


GuV-Daten der Braunschweig Stadtmarketing GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung [T€]

Position	2021	Delta	2020	2019
Umsatzerlöse	2.637	+496	2.141	3.017
Sonstige betriebliche Erträge	84	-13	97	88
Betriebserträge	**2.721**	+483	**2.238**	**3.105**
Materialaufwand	1.785	+365	1.420	1.963
Personalaufwand	2.040	+8	2.032	2.110
Abschreibungen	26	-10	36	48
Sonstige betriebliche Aufwendungen	652	+61	591	569
Betriebsaufwand	**4.503**	+424	**4.079**	**4.690**
Betriebsergebnis	**-1.782**	+59	**-1.841**	**-1.585**
Finanzergebnis	0	0	0	-11
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	**-1.782**	+59	**-1.841**	**-1.596**
Sonstige Steuern	11	+1	10	25
Jahresergebnis	**-1.793**	+58	**-1.851**	**-1.621**

Entwicklung Gewinn- und Verlustrechnung [T€]



Volkshochschule Braunschweig GmbH

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb der Braunschweiger Volkshochschule. Sie dient der Allgemeinbildung, Ausbildung, Fortbildung, Weiterbildung und Berufsvorbereitung von Erwachsenen und Jugendlichen und bietet zusätzlich Bildungsberatung und andere bildungsnahe Dienstleistungen an. Sie ist konfessionell und parteipolitisch unabhängig.

Die Gesellschaft ist zur Durchführung aller den Gesellschaftszwecken dienenden Tätigkeiten befugt, insbesondere zur Durchführung von Arbeitsgemeinschaften, Kursen, Vorlesungen, Einzelvorträgen und Studienfahrten, Auftragsmaßnahmen und Projekten mit dem Ziel, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur Selbstbildung und zur Mitarbeit am demokratischen Staatsleben anzuregen und ihnen Kenntnisse für Leben und Beruf zu vermitteln.

Der Zugang zu den Veranstaltungen der Gesellschaft ist jedermann ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, gesellschaftliche oder berufliche Stellung sowie politische und weltanschauliche Zugehörigkeit offen.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr erfüllt. Die Bereitstellung von unabhängiger Bildung aus den Bereichen Allgemeinbildung, Politik, Kultur, Gesundheit und Beruf gibt den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, erforderliche Kenntnisse zu erwerben und zu erweitern. Hierdurch wird eine freie Persönlichkeitsentwicklung gefördert und dem Allgemeinwohl gedient. Durch das Beteiligungsmanagement der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft tatsächlich erfüllt wird (s. Einleitung, S. 1).

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Vorschriften des Abschnitts *Steuerbegünstigte Zwecke* der Abgabenordnung. Sie ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €.

Gesellschafter

Die Stadt Braunschweig ist alleinige Gesellschafterin.

Organe der Gesellschaft (Stand: Februar 2023)

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat, die Geschäftsführung und der Bildungsbeirat.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus 4 Mitgliedern. Daneben nehmen der Vorsitzende des Bildungsbeirates und ein vom Betriebsrat der Gesellschaft zu benennender Belegschaftsvertreter an dessen Sitzungen ohne Stimmrecht teil.

Name	Funktion
Pollmann, Dr. Tobias	**Vorsitzender**/Personal-, Organisations-, Digitalisierungs- und Ordnungsdezernat (seit November 2022)
(Arbogast, Dr. Christine)	**Vorsitzende**/Dezernentin für Soziales, Schule, Gesundheit und Jugend (bis November 2022)
Bastian Swalve	**stellv. Vorsitzender**/Ratsherr der Stadt Braunschweig
Göring, Rabea	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Maul, Antje	Ratsfrau der Stadt Braunschweig

Geschäftsführung

Hans-Peter Lorenzen

Bildungsbeirat

Der Bildungsbeirat der Gesellschaft besteht aus 9 stimmberechtigten Personen:

1 Vertreter der Kursleiter,
1 Vertreter der Teilnehmer,
2 Vertreter aus dem für die Erwachsenenbildung zuständigen Ausschuss des Rates der Stadt Braunschweig,
1 Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes Kreis Braunschweig,
1 Vertreter des Arbeitgeberverbandes Region Braunschweig,
1 Vertreter der Industrie- und Handelskammer Braunschweig,
1 Vertreter der Kreishandwerkerschaft Braunschweig,
1 Vertreter der Technischen Universität Braunschweig.

Weitere Personen können vom Bildungsbeirat beratend hinzugezogen werden.

Dem Bildungsbeirat obliegt die Beschlussfassung über das Semesterprogramm; er schlägt dem Aufsichtsrat Gebühren und Honorare vor. Der Vorsitzende des Bildungsbeirates sorgt für die Kommunikation zwischen Gesellschafterin, Teilnehmerschaft und Kursleiterschaft.

Struktur der VHS-Gruppe (Stand: Februar 2023)

Die *Volkshochschule Braunschweig GmbH* verfügt mit der *VHS Arbeit und Beruf GmbH* und der *Haus der Familie GmbH* über zwei 100%ige Tochtergesellschaften; das Stammkapital beträgt jeweils 25.000,00 €. Die sich hieraus ergebende Struktur wird als *VHS-Gruppe* bezeichnet.

Abb. 6: Struktur der VHS-Gruppe *(eigene Darstellung)*.

Wichtige Verträge

Mit der Stadt Braunschweig bestehen **Mietverträge** für zwei städtische Objekte (*Heydenstr. 2* und *Alte Waage 15*). Zudem existiert ein **Pachtvertrag** mit der *Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH* über Räumlichkeiten im *BürgerBadePark* in der Nîmes-Straße. Die *Volkshochschule Braunschweig GmbH* bietet hier seit dem 1. September 2020 Kurse zur Gesundheitsvorsorge und -bildung an. Hierdurch wird der Bäderstandort *BürgerBadePark* mit dem Schwerpunkt Gesundheit nachhaltig gestärkt.

EU-beihilferechtskonforme Finanzierung

Auf Grundlage des sog. Freistellungsbeschlusses der EU-Kommission vom 20. Dezember 2011 ist die *VHS Arbeit und Beruf GmbH* mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) – in Form kommunaler Beschäftigungsförderung gemäß den derzeit in § 16 SGB II[42] genannten Bereichen sowie in Form der Förderung der Bildung und Erziehung von Schülern und Jugendlichen einschließlich der Schulessensversorgung in der Stadt Braunschweig – öffentlich-rechtlich betraut worden. Die aktuelle Betrauung trat am 1. Dezember 2022 in Kraft und löste somit – bei unveränderter Rechtslage – die regulär ausgelaufene bisherige Betrauung ab. Die Finanzierung kann somit auf Grundlage der **Betrauung** sowohl durch Verlustausgleiche als auch durch sonstige Begünstigungen erfolgen. Für die *Volkshochschule Braunschweig GmbH* und die *Haus der Familie GmbH* ergeben sich nach erfolgter EU-beihilferechtlicher Überprüfung keine Notwendigkeiten zur Ergreifung von Maßnahmen.

[42] Sozialgesetzbuch Zweites Buch – Bürgergeld, Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Anzahl der Arbeitnehmer

Im Jahr 2021 waren durchschnittlich 285 (Vorjahr: 284) Arbeitnehmer im Unterricht, in der pädagogischen Organisation und im Kundenservice (inkl. Hausorganisation und Reinigung) beschäftigt.

Darüber hinaus waren mehr als 500 (Vorjahr: 693) freie Kursleiter auf Honorarbasis tätig.

Diese Kennzahlen erstrecken sich auf die gesamte VHS-Gruppe und somit sowohl auf die Arbeitnehmer der *Volkshochschule Braunschweig GmbH* als auch auf die der beiden Tochtergesellschaften.

Geschäftsverlauf

Im Jahr 2021 führte die *Volkshochschule Braunschweig GmbH* (inkl. der Tochtergesellschaften) 1.106 Veranstaltungen mit insgesamt 59.955 Unterrichtsstunden, die 12.578 Teilnehmer besuchten, durch. Daneben fanden 94 Sonderveranstaltungen statt.

Die aufgrund der COVID-19-Pandemie gebotenen Einschränkungen haben die Geschäftsentwicklung der drei Gesellschaften der VHS-Gruppe auch im Geschäftsjahr 2021 negativ beeinflusst. Die *Volkshochschule Braunschweig GmbH* schloss das Geschäftsjahr 2021 dennoch mit einem Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme von rd. 1.704,8 T€ ab (Vorjahr: rd. -1.188,2 T€) und liegt damit um rd. 4 T€ über dem im Wirtschaftsplan kalkuliert Ergebnis. Dieser Fehlbetrag wurde entsprechend der gesellschaftsvertraglichen Verpflichtung durch die Stadt Braunschweig ausgeglichen. Die Umsatzerlöse fallen gegenüber der Planung um rd. 316,1 T€ höher aus, was im Wesentlichen auf die Verbuchung der Mittel nach dem Sozialdienstleistereinsatzgesetz als Umsatzerlöse zurückzuführen ist. Für die Mittel wurden jedoch in selbiger Höhe Rückstellungen gebildet. Auch aufgrund jährlich anzupassender Verrechnungen zwischen den drei Gesellschaften sind auch die sonstigen betrieblichen Erträge um rd. 295,8 T€ höher als geplant. Den Erlössteigerungen stehen u. a. Anstiege der Materialaufwendungen um rd. 119,8 T€ und Anstiege der Personalaufwendungen um rd. 144,6 T€ insbesondere durch Kursverkleinerungen und geänderte Stufenzuordnungen der Arbeitnehmer gegenüber. Umfangreiche Rückstellungsbildungen wegen bestehender Unsicherheiten hinsichtlich der Endabrechnung von Mitteln nach dem Sozialdienstleistereinsatzgesetz gegenüber dem *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* (BAMF) führen zu um 406,1 T€ erhöhten sonstigen betrieblichen Aufwendungen.

Das Land Niedersachsen überwies im Jahr 2021 Zuschüsse in Höhe von rd. 709 T€ (Vorjahr: rd. 702 T€). Diese Leistungen sind im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten als Ertrag gebucht worden.

Die *VHS Arbeit und Beruf GmbH* erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2021 einen Jahresüberschuss in Höhe von rd. 141,4 T€ (Vorjahr: rd. 29,6 T€) und übertraf damit die Vorgaben aus dem ausgeglichenen Wirtschaftsplan. Der Jahresüberschuss wurde auf neue Rechnung vorgetragen. Das Ergebnis für den Bereich K*ommunale Beschäftigungsförderung* fällt um 127,3 T€ höher als geplant aus. Der beabsichtigte Verlustausgleich wird entsprechend in dieser Höhe nicht benötigt (Vorjahr: rd. 2.441,5 T€).

Die *Haus der Familie GmbH* schloss das Geschäftsjahr 2021 mit einem Jahresüberschuss i. H. v. rd. 0,1 T€ ab (Vorjahr: rd. 5,2 T€), der ebenfalls auf neue Rechnung vorgetragen wurde. Das Ergebnis konnte gegenüber der Wirtschaftsplanung 2021 deutlich verbessert werden. Dies ist insbesondere auf verminderte Materialaufwendungen und verminderte sonstige betriebliche Aufwendungen zurückzuführen.

(Fortsetzung ab nächster Seite)

Besondere Kennzahlen (Volkshochschule Braunschweig GmbH inkl. Tochtergesellschaften)

Jahr	Anzahl Veranstaltungen	Unterrichts-stunden	Belegungen Teilnehmer	Sonderveranst./ Ausstellungen
2011	2.158	75.414	24.601	33
2012	1.956	67.663	21.859	37
2013	1.966	76.391	21.979	49
2014	1.904	66.470	20.846	76
2015	1.878	69.052	21.263	84
2016	1.854	74.312	22.157	64
2017	1.923	75.865	23.053	53
2018	1.464	61.718	17.508	58
2019	1.501	77.253	18.056	118
2020	1.447	61.107	13.900	112
2021	**1.106**	**59.955**	**12.578**	**94**

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Selbst die von der COVID-19-Pandemie geprägten Geschäftsjahre 2020 und 2021 belegen, dass die *Volkshochschule Braunschweig GmbH* entscheidende Dienstleistungen in den Themenfeldern *Migration* und *Integration* anbietet. Unter der Voraussetzung der Normalisierung der pandemischen Situation, ist im Bereich *Deutsch als Fremdsprache* und bei der Anerkennungs- und Qualifizierungsberatung mit einer Verbesserung der Auftragslage zu rechnen. Darüber hinaus sind mittelfristig erhebliche Steigerungen des Umsatzvolumens im Programmbereich *Gesundheit* durch das in Kooperation mit der *Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH* im Herbst 2020 eröffnete Gesundheitszentrum unter vorpandemischen Bedingungen möglich. Hierdurch kann der Stagnation und den Rückgängen anderer klassischer Bereiche entgegengewirkt werden.

Gleichzeitig wird es in den nächsten Jahren die Aufgabe sein, die Anmeldequoten in allen anderen klassischen Programmbereichen wieder auf den Stand von 2019 zu bringen und damit die Zuschüsse des Landes Niedersachsen auf dem bisherigen Niveau zu erhalten. Dies soll u. a. durch die Weiterentwicklung und Neuausrichtung des Marketingkonzepts, insbesondere im digitalen Bereich und in einigen sozialen Medien, geschehen; die durch die COVID-19-Pandemie vermehrt bereitgestellten Hybrid- und Onlineangebote werden auch zukünftig eine entscheidende Rolle für die positive Entwicklung der VHS-Gruppe spielen. Zur Anpassung an diese Entwicklung werden Investitionen in die IT-Infrastruktur in Zukunft notwendig sein.

Die sich aus der Erwachsenen-, Familien und beruflichen Bildung ergebenden steuerlichen Grundsatzfragenmachen die Implementierung eines Tax-Compliance-Management-Systems (TCMS) erforderlich; die Einrichtung begann im Dezember 2020 und wird voraussichtlich zum Jahresende 2022 abgeschlossen werden.

Der Wirtschaftsplan 2022 der *Volkshochschule Braunschweig GmbH* sieht einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.511,3 T€ vor, der von der Stadt Braunschweig ausgeglichen werden wird. Für die *VHS Arbeit und Beruf GmbH* ist bei einem Zuschuss der Stadt Braunschweig in Höhe von 3.376,2 T€ ein ausgeglichenes Ergebnis geplant.

Die *Haus der Familie GmbH* geht bei einem Zuschuss der Stadt Braunschweig i. H. v. 230,7 T€ ebenfalls von einem ausgeglichenen Jahresergebnis aus. Die Gesellschaft übernimmt seit März 2022 im Auftrag der Stadt Braunschweig die Trägerschaft der bisher bei *pro familia Niedersachsen* angesiedelten *Hebammenzentrale*. Sie bündelt und vermittelt Hebammenhilfen und ist Ansprechpartnerin für werdende Mütter und junge Familien rund um die Suche nach einer Hebamme.

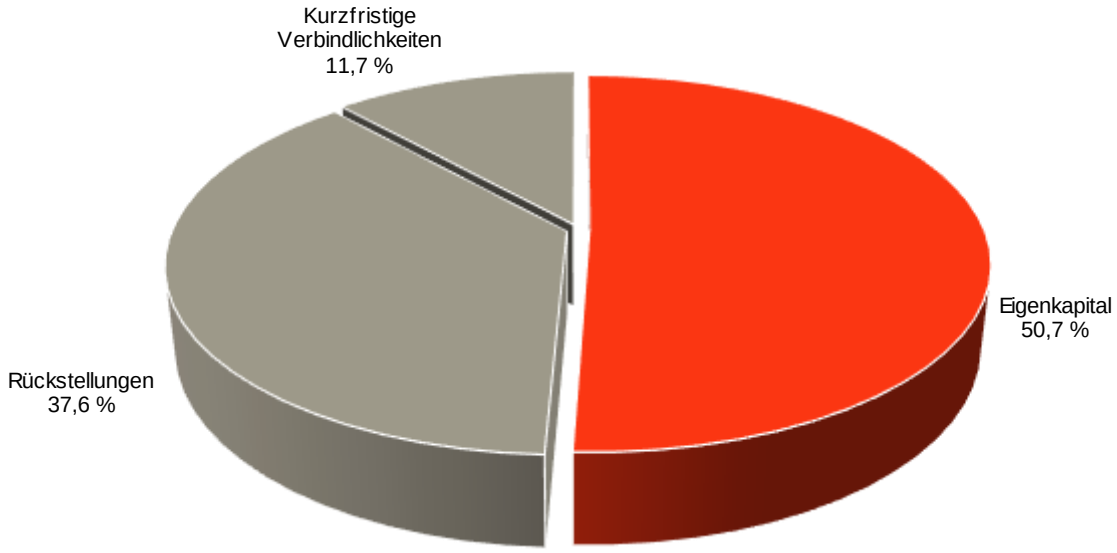
Bilanzdaten der Volkshochschule Braunschweig GmbH

Bilanz

Aktiva	2021		2020		2019	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	10	0,5	14	0,8	12	0,7
Sachanlagen	92	4,8	76	4,5	74	4,6
Finanzanlagen	50	2,6	50	2,9	50	3,1
Langfristig gebundenes Vermögen	**152**	**7,9**	**140**	**8,2**	**136**	**8,4**
Vorräte	1	0,0	1	0,1	1	0,1
Forderungen	873	45,6	708	41,5	764	47,4
Liquide Mittel	887	46,5	855	50,2	710	44,1
Kurzfristig gebundenes Vermögen	**1.761**	**92,1**	**1.564**	**91,8**	**1.475**	**91,6**
Bilanzsumme	**1.913**	**100,0**	**1.704**	**100,0**	**1.611**	**100,0**

Passiva	2021		2020		2019	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	969	50,7	969	56,9	962	59,7
Rückstellungen	720	37,6	476	27,9	321	19,9
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	224	11,7	259	15,2	328	20,4
Bilanzsumme	**1.913**	**100,0**	**1.704**	**100,0**	**1.611**	**100,0**

Kapitalstruktur 2021

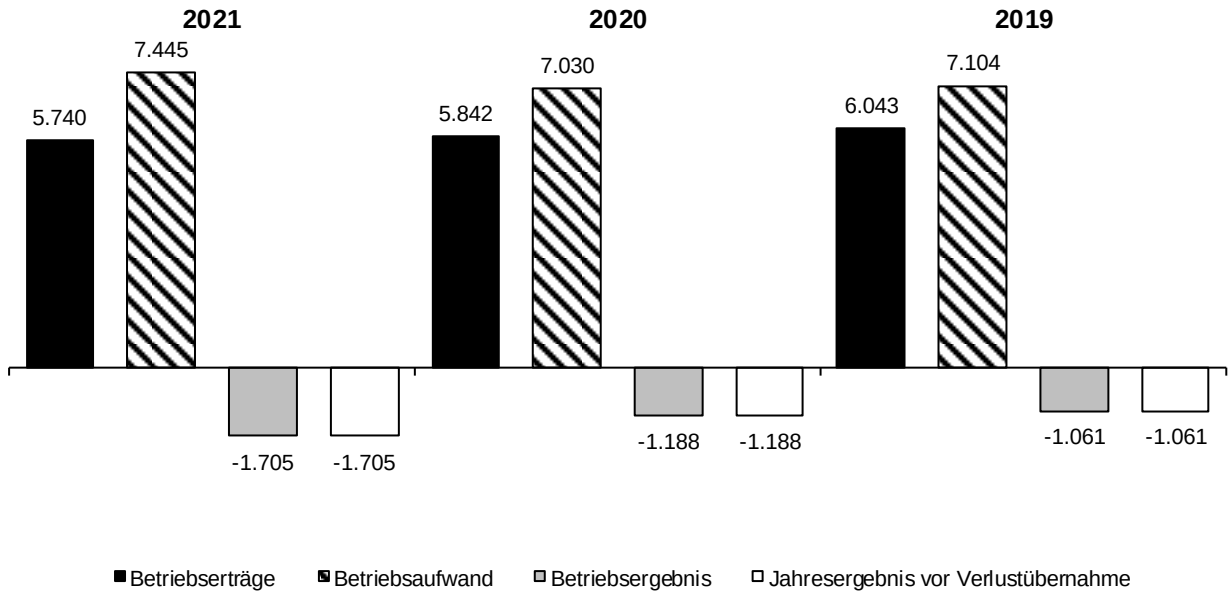


GuV-Daten der Volkshochschule Braunschweig GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung [T€]

Position	2021	Delta	2020	2019
Umsatzerlöse	4.332	-204	4.536	4.823
Sonstige betriebliche Erträge	1.408	+102	1.306	1.220
Betriebserträge	**5.740**	-102	**5.842**	**6.043**
Materialaufwand	1.226	-126	1.352	1.472
Personalaufwand	4.444	+570	3.874	4.140
Abschreibungen	77	-101	178	115
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.698	+72	1.626	1.377
Betriebsaufwand	**7.445**	+415	**7.030**	**7.104**
Betriebsergebnis	**-1.705**	-517	**-1.188**	**-1.061**
Finanzergebnis	0	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	**-1.705**	-517	**-1.188**	**-1.061**
Sonstige Steuern	0	0	0	0
Jahresergebnis vor Verlustübernahme	**-1.705**	-517	**-1.188**	**-1.061**
Erträge aus Verlustübernahme	1.705	+517	1.188	1.061
Jahresergebnis	**0**	0	**0**	**0**

Entwicklung Gewinn- und Verlustrechnung [T€]



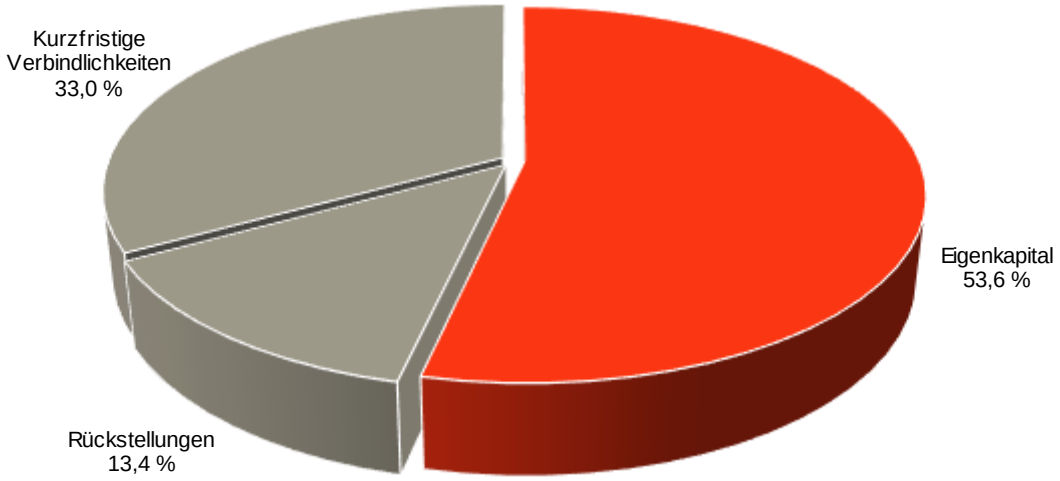
Bilanzdaten der VHS Arbeit und Beruf GmbH

Bilanz

Aktiva	2021		2020		2019	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Sachanlagen	106	5,8	106	6,3	76	5,4
Finanzanlagen	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Langfristig gebundenes Vermögen	**106**	**5,8**	**106**	**6,3**	**76**	**5,4**
Vorräte	15	0,8	17	1,0	12	0,9
Forderungen	765	41,8	653	39,1	366	26,0
Liquide Mittel	945	51,6	898	53,6	953	67,7
Kurzfristig gebundenes Vermögen	**1.725**	**94,2**	**1.568**	**93,7**	**1.331**	**94,6**
Bilanzsumme	**1.831**	**100,0**	**1.674**	**100,0**	**1.407**	**100,0**

Passiva	2021		2020		2019	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	980	53,6	838	50,1	808	57,4
Rückstellungen	246	13,4	355	21,2	246	17,5
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	605	33,0	481	28,7	353	25,1
Bilanzsumme	**1.831**	**100,0**	**1.674**	**100,0**	**1.407**	**100,0**

Kapitalstruktur 2021

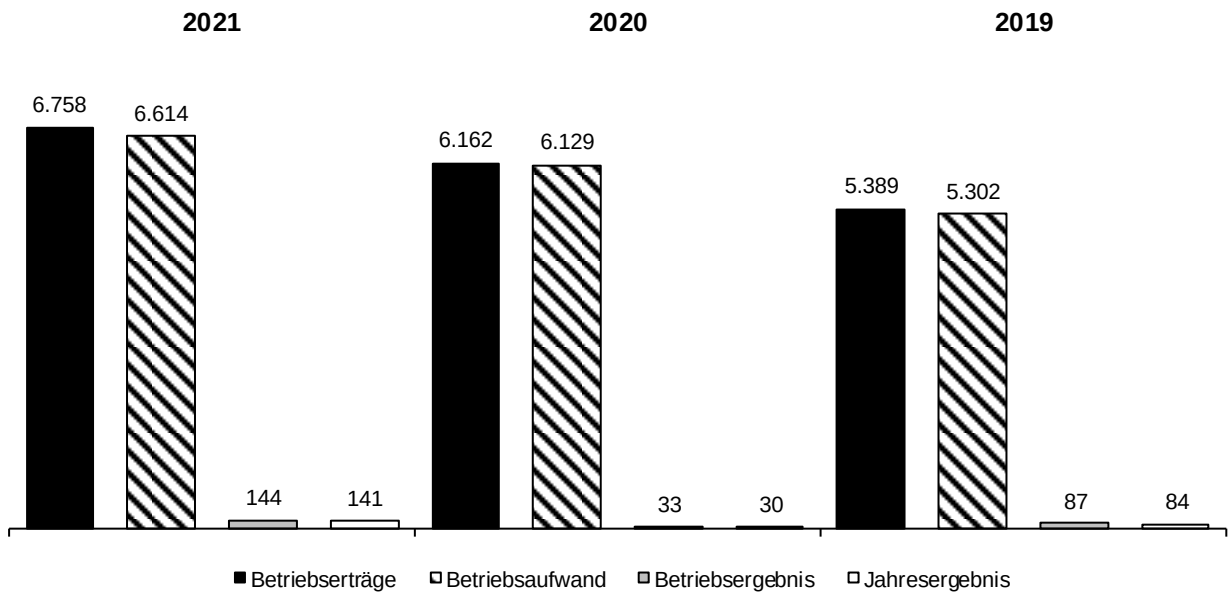


GuV-Daten der VHS Arbeit und Beruf GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung [T€]

Position	2021	Delta	2020	2019
Umsatzerlöse	3.691	+59	3.632	2.986
Zuschuss der Stadt Braunschweig „Kommunale Beschäftigungsförderung“	3.067	+625	2.442	2.401
Sonstige betriebliche Erträge	0	-88	88	2
Betriebserträge	**6.758**	+596	**6.162**	**5.389**
Materialaufwand	1.556	+202	1.354	1.584
Personalaufwand	4.134	+358	3.776	2.951
Abschreibungen	48	+6	42	43
Sonstige betriebliche Aufwendungen	876	-81	957	724
Betriebsaufwand	**6.614**	+485	**6.129**	**5.302**
Betriebsergebnis	**144**	+111	**33**	**87**
Finanzergebnis	0	0	0	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	**144**	+111	**33**	**87**
Sonstige Steuern	3	0	3	3
Jahresergebnis	**141**	+111	**30**	**84**

Entwicklung Gewinn- und Verlustrechnung [T€]



Braunschweig Zukunft GmbH

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Weiterentwicklung und die Sicherung des Wirtschafts-, Forschungs- und Technologiestandortes Braunschweig, insbesondere durch die Betriebsführung entsprechender Einrichtungen, wie beispielsweise des Technologieparks, sowie durch Erwerb und Veräußerung von Grundstücken.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr erfüllt. Durch die Sicherung und Weiterentwicklung des regionalen Wirtschafts-, Forschungs- und Technologiestandortes Braunschweig wird die Leistungsfähigkeit der Stadt Braunschweig gefördert. Die Wirtschafts- und Wissenschaftsentwicklung dient dem Gemeinwohl, da insbesondere auch neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen und gehalten werden. Der positive Einfluss auf die Stadt Braunschweig wird durch die Werbung für den Wirtschaftsstandort Braunschweig und der damit verbundenen Haltung und Anwerbung von Unternehmen im Stadtgebiet deutlich. Durch das Beteiligungsmanagement der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft tatsächlich erfüllt wird (s. Einleitung, S. 1).

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 26.000 €.

Gesellschafter

Gesellschafter	€	%
Stadt Braunschweig	13.300	51,15
Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG (BVAG)	4.234	16,29
NLB Braunschweig Holding GmbH & Co. KG	4.233	16,28
Volksbank eG Braunschweig Wolfsburg (VOBA)	4.233	16,28
Gesamt	**26.000**	**100,00**

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat (Stand: Februar 2023)

Der Aufsichtsrat besteht aus 10 Mitgliedern. Der Rat der Stadt Braunschweig entsendet den Oberbürgermeister oder einen von ihm vorgeschlagenen Beschäftigten der Stadt sowie 4 weitere Personen in den Aufsichtsrat. Daneben entsenden die *NLB Braunschweig Holding GmbH & Co. KG*, die *Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG* (BVAG) sowie die *Volksbank eG Braunschweig Wolfsburg* (VOBA) jeweils eine Person in den Aufsichtsrat. Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters entsendet der Rat der Stadt Braunschweig 2 weitere Personen in den Aufsichtsrat, die im Bereich von Wirtschaft, Industrie und Handel erfahren sind und nicht dem Rat der Stadt Braunschweig angehören (*).

(Fortsetzung ab nächster Seite)

Name	Funktion/Gesellschafter
	Aufsichtsratsvorsitz
Kornblum, Dr. Thorsten	Vorsitzender/Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig
Lang, Dr. Volker	stellv. Vorsitzender/Vorstandsmitglied der BVAG (seit Mai 2021)
	Stadt Braunschweig
Bratmann, Christoph	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Disterheft, Matthias	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Glogowski, Robert	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Pedersen, Freddy*	stellv. Bezirksgeschäftsführer ver.di Bezirk Region Süd-Ost-Niedersachsen
Schatta, Oliver	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Streiff, Helmut*	ehemaliger Geschäftsführer der Streiff & Helmold GmbH
	NLB Braunschweig Holding GmbH & Co. KG
Lippmann, Ingo	Vorstandsmitglied der Braunschweigischen Landessparkasse (seit Januar 2022)
(Knackstedt, Marc)	Vorstandsmitglied der Braunschweigische Landessparkasse (bis Dezember 2021)
	Volksbank eG Braunschweig Wolfsburg (VOBA)
Uhde, Mark	Vorstand der Volksbank eG Braunschweig Wolfsburg

Geschäftsführung

Gerold Leppa

Wichtige Verträge

Nach dem Betriebsführungsvertrag, den die Gesellschaft (damals noch als *Technologiepark Braunschweig GmbH*) mit der Stadt Braunschweig abgeschlossen hat, überlässt die Stadt als Eigentümerin des **Technologieparks** diesen mit Gebäuden und Nebenanlagen sowie dem vorhandenen Inventar der Gesellschaft zur Betriebsführung. Ziel des Technologieparks ist es, einen Beitrag zur Wirtschaftsförderung zu leisten, in dem die Gründung technologieorientierter Unternehmen erleichtert werden soll. Hierzu werden preisgünstige Räume zur Existenzgründung im Technologiepark vermietet. Aufgrund der soliden Infrastruktur bieten sich darüber hinaus zahlreiche Möglichkeiten der Vernetzung und die Inanspruchnahme weiterer Serviceleistungen.[43]

Ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag besteht nicht; gleichwohl verpflichtet sich die Stadt Braunschweig per Gesellschaftsvertrag, **Jahresverluste der Gesellschaft** bis zur Höhe er in den von der Gesellschafterversammlung festgestellten Wirtschaftsplänen ausgewiesenen Jahresfehlbeträgen abzudecken.

Anzahl der Arbeitnehmer

Die Gesellschaft beschäftigte im Jahresdurchschnitt 2021 – ohne Geschäftsführer – 17 Arbeitnehmer (Vorjahr: 16). Die Geschäftsführung wird durch Herrn Leppa wahrgenommen, der gleichzeitig in Personalunion das Amt des Wirtschaftsdezernenten der Stadt Braunschweig innehat.

Wirtschaftsförderung Braunschweig

Die *Braunschweig Zukunft GmbH* (BSZ) versteht sich als **Schnittstelle** zwischen Wirtschaft und Stadt. Sie agiert als „Clearing-Stelle" für unternehmerische Anfragen und Probleme. Dazu bietet sie allgemeine einzelbetriebliche Beratungen und Beratungen bei Finanzierungfragen an. Wichtige Instrumente der Wirtschaftsförderung sind der Gründerfonds und die kommunale Richtlinie zur Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU). Mit ihrer Arbeit trägt sie dazu bei, in Braunschweig ein wirtschaftsfreundliches Klima zu schaffen und initiiert diesem Ziel dienende Projekte und Veranstaltungen. Dabei kommt dem Standortmarketing durch Öffentlichkeitsarbeit und Werbemaßnahmen große Bedeutung zu.

Wichtigste **Zielgruppe** der Wirtschaftsförderung sind die Braunschweiger Unternehmen; die Bestandspflege hat dabei vorrangige Bedeutung. Anwerbung neuer Unternehmen und Existenzgründungsförderung sind darüber hinaus weitere Aufgabenschwerpunkte. Der umfassende Service der BSZ als zentraler Ansprechpartner für die Wirtschaft reicht vom Genehmigungsmanagement bis zur Projektleitung bei großen Einzelvorhaben.

[43] S. hierzu *Stadt Braunschweig*, Technologiepark Braunschweig; https://www.braunschweig.de/wirtschaft_wissenschaft/gruenderzentren/technologiepark.php (abgerufen im Februar 2023).

In einem **ganzheitlichen Ansatz** werden Anliegen und Probleme der Wirtschaft gemeinsam mit den Fachbereichen der Stadt Braunschweig – und bei Bedarf mit anderen Behörden, Verbänden und Institutionen – thematisiert und nach Lösungen für Verbesserungen gesucht, die sich häufig auf stadtplanerische Aspekte beziehen, aber auch globale Themen wie den Fachkräftemangel oder die Digitalisierung betreffen können.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten steht die Positionierung Braunschweigs als **eine der führenden europäischen Forschungsregionen**. Durch ihre in Europa herausragende Position und eine Vielzahl renommierter, international ausgerichteter Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen hat Braunschweig viele Kompetenzfelder, etwa auf den Gebieten der Mobilitäts-, der Gesundheits- oder der Finanzwirtschaft. In einem sich verschärfenden europäischen Wettbewerb misst die BSZ daher der Vernetzung von Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft in der gesamten Region große Bedeutung bei. Sie nutzt ihre Förderinstrumente, um bestehende und sich bildende Netzwerke gezielt zu unterstützen und vermittelt geeignete Netzwerkpartner. Dabei spielt der *Forschungsflughafen Braunschweig* eine wichtige Rolle, der sich zum herausragenden Kompetenzzentrum für Mobilitätsfragen in den Bereichen Aviation, Automotive und Schiene entwickelt. Die Stadt Braunschweig hat durch die Ausweisung neuer Gewerbegebiete im Umfang von 29 Hektar die Standortentwicklung weiter unterstützt. Wie Wirtschaftsunternehmen insgesamt, steht sie den Anrainern des Forschungsflughafens als Schnittstelle zur Stadtverwaltung zur Seite und berät in Standortfragen bis zur Vermittlung von Gewerbeflächen. Der **Technologierpark Braunschweig** trägt seit 2017 weitere fünf Jahre den Titel *Anerkanntes Innovationszentrum* und erhielt das Zertifikat damit zum dritten Mal nach 2005 und 2011.

Geschäftsverlauf

Die BSZ schloss das Geschäftsjahr 2021 mit einem **Jahresfehlbetrag** vor Verlustübernahme i. H. v. 1.556 T€ – und somit gegenüber der Wirtschaftsplanung 2021 – geringfügig besser ab (Planergebnis 2021: -1.646 T€); der Jahresfehlbetrag wurde entsprechend Gesellschaftsvertrag von der Stadt Braunschweig als Gesellschafterin ausgeglichen. Da – im Gegensatz zum Vorjahr – im Geschäftsjahr 2021 die BSZ erneut an der *23. EXPO REAL*[44] teilnahm, sind gestiegene Umsatzerlöse (aufgrund von Kostenerstattungen der Messestands-Kooperationspartner) und ein höherer Materialaufwand zu verzeichnen. Die gegenüber dem Planwert um 46 T€ „gestiegenen" sonstigen betrieblichen Aufwendungen resultieren zum Teil aus Kontenumstellungen. Die Erhöhung des Personalaufwands ist mit einer nunmehr durchgängigen Besetzung der Stellen zu begründen; darüber hinaus sind Versorgungsbezüge der bei der BSZ beschäftigten Beamten erstmalig in dieser Position enthalten. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die COVID-19-Pandemie auch auf den Verlauf des Geschäftsjahres 2021 einen Einfluss hatte. Die spiegelte sich auch in der Beratung und Betreuung der von den branchenübergreifenden Auswirkungen der Pandemie betroffenen Braunschweiger Unternehmen wider.

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Eine Beurteilung des **Unternehmenserfolges** unter ausschließlicher Zuhilfenahme betriebswirtschaftlicher Kriterien ist nicht möglich; vielmehr zeigt dieser sich in erfolgreichen Bemühungen, bestehende Unternehmen am Standort Braunschweig zu halten und neue anzusiedeln sowie Gründungsunternehmen am Standort zu einem erfolgreichen und auf Nachhaltigkeit ausgelegten Start zu verhelfen. Aufgrund ihrer geschäftlichen Rahmenbedingungen stehen der Gesellschaft nur eingeschränkt Erlöse zur Deckung der Aufwendungen zur Verfügung. Wesentliche Ertragskomponenten sind Umsatzerlöse aus der Vermietung von Gründerflächen sowie Erträge aus öffentlichen Zuschussmitteln für beantragte Fördermaßnahmen zur regionalen wirtschaftlichen Entwicklung und Mittel aus Sponsoring. Die Stärken auf den Feldern *Forschung*, *Wissenschaft* und *Kreativität* machen Braunschweigs Vorsprung vor Mitbewerbern ähnlicher Größe aus und erfordern ein besonderes Engagement der städtischen Wirtschaftsförderung.

Die Vorreiterrolle der Region Braunschweig in puncto Forschungsintensität geht aus der Statistik des **Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat)** hervor: 7,79 % des Bruttoinlandsprodukts wurden in der Region im Jahr 2021 für Forschung und Entwicklung ausgegeben; damit liegt die Region vor der belgischen Provinz Wallonisch-Brabant (7,73 %) und Stuttgart (7,33%). Darüber hinaus wies die Region Braunschweig die europaweit zweithöchsten Forschungs- und Entwicklungsausgaben pro Einwohner aus (3.902 € p. a.).[45]

[44] Die **EXPO REAL** ist eine seit 1998 stattfindende Fachmesse für Immobilien und Investitionen und gilt als größte ihrer Art. Siehe hierzu *EXPO REAL*, Die Messe im Überblick; https://exporeal.net/de/messe/informieren (abgerufen im Februar 2023).

[45] S. *Eurostat*, Eurostat regional yearbook – 2022 edition, S. 153, 156; https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-flagship-publications/-/ks-ha-22-001 (abgerufen im Februar 2023).

Am 25. August 2017 wurde das *Lilienthalhaus* am Forschungsflughafen Braunschweig-Wolfsburg eröffnet. Entstanden ist auf rd. 5.100 m² ein attraktiver Bürokomplex. Auch das Gebiet rund um das Lilienthalhaus wird in den kommenden Jahren zum **Lilienthalquartier** weiterentwickelt (s. *Struktur-Förderung-Braunschweig GmbH*: „Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft“, S. 59). Am 2. August 2018 wurde zunächst das Parkhaus südlich der Hermann-Blenk-Straße eröffnet. Das Parkhaus kann durch einen speziellen Anbau auch zu Forschungszwecken genutzt werden. Der Lilienthalplatz am Forschungsflughafen wurde nach etwa zehnmonatiger Umbauphase am 13. September 2019 offiziell seiner Bestimmung übergeben. Der bis zum Vorjahr als Parkplatz genutzte Lilienthalplatz zeigt nun ein völlig neues Gesicht und soll Flugreisenden sowie Beschäftigten der umliegenden Unternehmen künftig mehr Aufenthaltsqualität bieten.

Auf Initiative des Oberbürgermeisters organisieren die Stadtverwaltung und die Wirtschaftsförderung einen Dialog zur Zukunft der Innenstadt. Den offiziellen Start dieses **Innenstadtdialogs** bildete eine Auftaktveranstaltung im Oktober 2020. Vertreterinnen und Vertreter unmittelbar betroffener Akteursgruppen (i. e. Wirtschaft, Kammern, Verbände, Verwaltung, Wissenschaft etc.) kamen dabei ins Gespräch, um gemeinsam Handlungsbedarfe und Ansätze für eine wirtschaftliche Stärkung der Innenstadt zusammenzutragen.

Passend zur Initiative des Innenstadtdialogs hat die BSZ zum Ende des Jahres 2020 die Leitung für das Rahmenprojekt „**Das Herz Braunschweigs – die Innenstadt als Identitäts- und Impulsgeber**“ aus dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept übernommen. Ziel ist es nun, die umfangreichen Bemühungen aus dem Innenstadtdialog und der kommenden Zusammenarbeit aus dem *Netzwerk Zukunft Innenstadt* mit den übrigen innenstadtrelevanten Projekten der Stadt Braunschweig inhaltlich zusammenzuführen und abzustimmen.

Mit einer großen Auswahl an Dienstleistungen für Existenzgründer wurden durch die BSZ erneut umfangreiche Starthilfen für junge Unternehmen in **kostenlosen Einzelberatungs- und Orientierungsgesprächen** angeboten. Diese Unterstützungsleistung wurde auch während der COVID-19-Pandemie durch die Vergabe von Online- oder Telefonterminen aufrechterhalten. Im Geschäftsjahr 2021 wurden bei der BSZ 115 (Vorjahr: 131) persönliche, intensive Beratungsgespräche mit 125 (Vorjahr: 154) Personen geführt.

Der ursprüngliche **Wirtschaftsplan** für das Geschäftsjahr 2022 ging von einem Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme i. H. v. 1.708 T€ aus. Der Rat der Stadt Braunschweig hatte – nach Aufstellung des Wirtschaftsplanes – in seiner Sitzung am 5. Oktober 2021 einen umfassenden Richtungsbeschluss zum Integrierten Klimaschutzkonzept 2.0 (IKSK 2.0)[46] gefasst aufgrund dessen die BSZ folgende Maßnahmen in ihre Planung aufnahm:

- Planung und Entwicklung von klimafreundlichen und nachhaltigen Gewerbegebieten,
- Gründung eines Energieeffizienz-Netzwerkes,
- Förderung von klimafreundlicher Logistik,
- Klimaschutz-Bekenntnis der Unternehmen fordern und fördern.

Aufgrund des daraus resultierenden höheren Material- und Personalaufwandes (+107 T€) wurde ein **Nachtragswirtschaftsplan 2022** beschlossen, der einen von der Stadt Braunschweig als Gesellschafterin auszugleichenden Jahresfehlbetrag von nunmehr 1.815 T€ vorsieht.

(Fortsetzung ab nächster Seite)

[46] Siehe hierzu *Stadt Braunschweig*, Richtungsbeschluss – Klimaschutzkonzept 2.0 (DS 21-16510); https://ratsinfo.braunschweig.de/bi/yw010.asp.

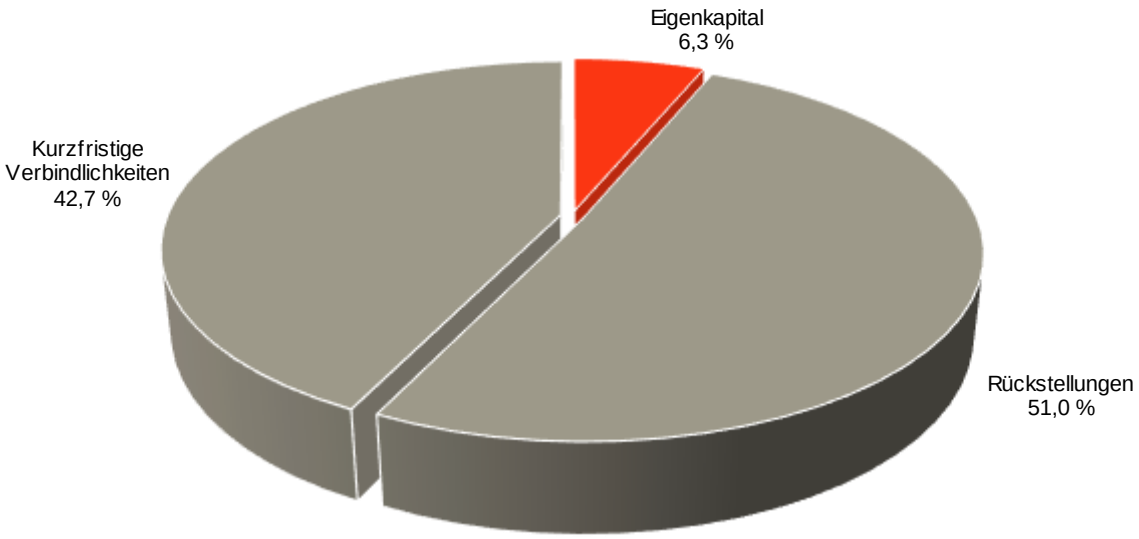
Bilanzdaten der Braunschweig Zukunft GmbH

Bilanz

Aktiva	2021		2020		2019	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,0	0	0,0	3	0,7
Sachanlagen	10	2,5	14	2,9	23	5,7
Langfristig gebundenes Vermögen	**10**	**2,5**	**14**	**2,9**	**26**	**6,4**
Forderungen	364	88,7	416	86,3	354	87,4
Liquide Mittel	36	8,8	52	10,8	25	6,2
Kurzfristig gebundenes Vermögen	**401**	**97,5**	**468**	**97,1**	**379**	**93,6**
Bilanzsumme	**411**	**100,0**	**482**	**100,0**	**405**	**100,0**

Passiva	2021		2020		2019	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	26	6,3	26	5,4	26	6,5
Rückstellungen	209	51,0	244	50,6	230	56,7
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	0	0,0	0	0,0	0	0,0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	176	42,7	212	44,0	149	36,8
Bilanzsumme	**411**	**100,0**	**482**	**100,0**	**405**	**100,0**

Kapitalstruktur 2021

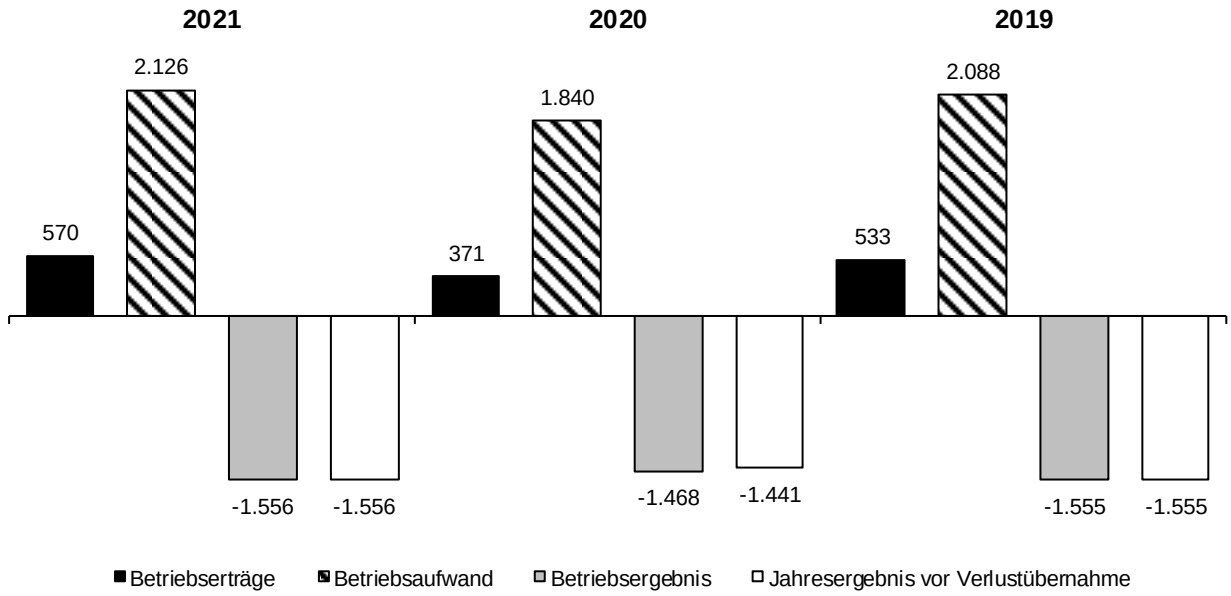


GuV-Daten der Braunschweig Zukunft GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung [T€]

Position	2021	Delta	2020	2019
Umsatzerlöse	532	+195	337	516
Sonstige betriebliche Erträge	38	+4	34	17
Betriebserträge	**570**	+199	**371**	**533**
Materialaufwand	653	+200	453	714
Personalaufwand	1.108	+128	980	865
Abschreibungen	6	-13	19	22
Sonstige betriebliche Aufwendungen	359	-29	388	488
Betriebsaufwand	**2.126**	+286	**1.840**	**2.088**
Betriebsergebnis	**-1.556**	-88	**-1.468**	**-1.555**
Finanzergebnis	0	+4	-4	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	**-1.556**	-84	**-1.472**	**-1.555**
Sonstige Steuern	0	+31	-31	0
Jahresergebnis vor Verlustübernahme	**-1.556**	-115	**-1.441**	**-1.555**
Erträge aus Verlustübernahme	1.556	+115	1.441	1.555
Jahresergebnis	**0**	0	**0**	**0**

Entwicklung Gewinn- und Verlustrechnung [T€]



Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Unternehmensgegenstand ist zudem die Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen (darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen). Die Gesellschaft kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören auch Bau, Sanierung, Bereitstellung, Bewirtschaftung und Unterhaltung öffentlicher Gebäude – insbesondere Schulgebäude – nebst den erforderlichen Grundstücksgeschäften. Die Gesellschaft kann insbesondere Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben und erwerben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleitungen bereitstellen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Unternehmensgegenstand zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann Zweigniederlassungen errichten, sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an solchen Unternehmen beteiligen, erwerben, errichten oder pachten und Unternehmensverträge mit ihnen abschließen. Die Gesellschaft führt ihre Geschäfte nach Grundsätzen der Wohnungsgemeinnützigkeit im Sinne ihres Gesellschaftsvertrages.

Das Unternehmen ist grundsätzlich marktorientiert. Es ist mit dem Ziel zu führen, die Aufgaben der Daseinsvorsorge zu erfüllen. Die Preisbildung für die Überlassung von Mietwohnungen und die Veräußerung von Wohnungsbauten soll angemessen sein – das heißt, eine Kostendeckung einschließlich angemessener Verzinsung des Eigenkapitals sowie die Bildung ausreichender Rücklagen unter Berücksichtigung einer Gesamtrentabilität des Unternehmens ermöglichen.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr erfüllt. Die Gesellschaft stellt durch die sozial verantwortbare Versorgung der Bevölkerung der Stadt Braunschweig ein wesentliches Element der kommunalen Wohnungspolitik dar. Weiterhin errichtet, verpachtet und/oder vermietet die Gesellschaft Gebäude zur Förderung des öffentlichen Zwecks (z. B. Schul- und Feuerwehrgebäude). Durch das Beteiligungsmanagement der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft tatsächlich erfüllt wird (s. Einleitung, S. 1).

Stammkapital

Das Stammkapital beläuft sich auf 7.670.000 €.

Gesellschafter

Gesellschafter	€	%
Stadt Braunschweig	3.520.500	45,9
Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH	3.382.500	44,1
Eigene Anteile	767.000	10,0
Gesamt	**7.670.000**	**100,0**

Die sich aus den von der *Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig* (NiWo) selbst gehaltenen Anteilen („Eigene Anteile“) ergebenden Rechte und Pflichten – insbesondere das Stimm- und Bezugsrecht sowie der Gewinnanteil – ruhen derzeit. Unter Herausrechnung dieser Anteile besitzt die Stadt Braunschweig einen Anteil von 45,9 % und die *Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH* (SBBG) einen Anteil von 44,1 %.

Organe der Gesellschaft (Stand: Februar 2023)

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus 12 Mitgliedern. Der Rat der Stadt Braunschweig entsendet den Oberbürgermeister oder einen von ihm vorgeschlagenen Beschäftigten der Stadt sowie 11 weitere Personen.

Name	Funktion
Schütze, Annette	**Vorsitzende**/Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Bratschke, Kai-Uwe	**stellv. Vorsitzender**/Ratsherr der Stadt Braunschweig
Bratmann, Christoph	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Jalyschko, Lisa-Marie	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Johannes, Annette	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Jonas, Rochus	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Köster, Thorsten	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Leuer, Heinz-Georg	Stadtbaurat der Stadt Braunschweig
Mundlos, Heidemarie	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Ohnesorge, Gisela	Ratsfrau der Stadt Braunschweig
Palm, Nicole	Ratsfrau der der Stadt Braunschweig
Schnepel, Gordon	Ratsherr der Stadt Braunschweig

Geschäftsführung

Torsten Voß

Wichtige Verträge

Die NiWo besitzt mit der **Wohnstätten-Gesellschaft mit beschränkter Haftung** (Wohnstätten-GmbH) eine 100%ige Tochtergesellschaft. Die Wohnstätten-GmbH verfolgt mit der vorrangig sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung einen gemeinnützigen Zweck. Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen (darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen). Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Wohnstätten-GmbH hält 25 % der Anteile an der am 1. Oktober 2017 gegründeten **Cremlinger Wohnungsbau GmbH** (CWG), deren Unternehmensgegenstand mit dem der Wohnstätten-GmbH vergleichbar ist.

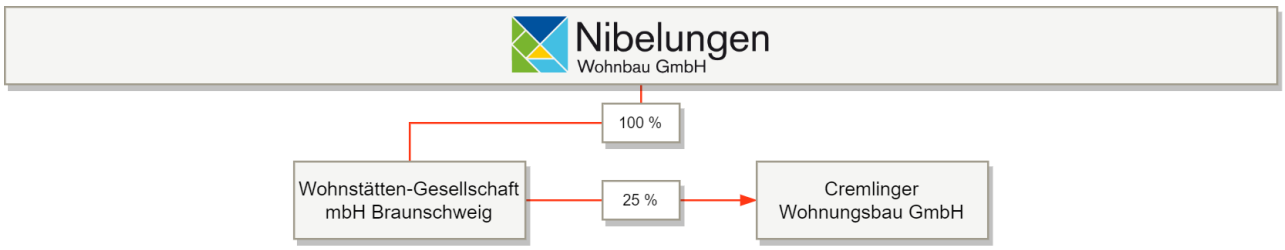


Abb. 7: Beteiligungen Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig *(eigene Darstellung)*.

Durch den mit der Wohnstätten-GmbH abgeschlossenen **Betreuungsvertrag** übernimmt die NiWo sämtliche der Wohnstätten-GmbH nach Gesetz und Gesellschaftsvertrag obliegenden Aufgaben der Verwaltung und Bewirtschaftung der im Bestand befindlichen Objekte. Über eigene Mitarbeiter verfügt die Wohnstätten-GmbH somit nicht. Darüber hinaus besteht seit dem 20. September 2017 zwischen der NiWo und der CWG ein **Geschäftsbesorgungsvertrag**; auf dieser Grundlage nimmt die NiWo für die CWG das kaufmännische und technische Management wahr, das sich zunächst auf 130 zu errichtende und anschließend zu bewirtschaftende Wohnungen – zuzüglich 3 Carport- und 16 Pkw-Stellplätzen – erstreckt. Der Vertrag hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2022.

Am 29. Februar 2012 hat die Stadt Braunschweig mit der NiWo einen Rahmenvertrag – genannt **Baubetreuungsvertrag** – geschlossen. Nach Maßgaben dieses Vertrags ist die Gesellschaft mit der Realisierung ausgewählter Investitionsprojekte – einschließlich Projektsteuerung und -leitung sowie Wahrnehmung delegierbarer Bauherrenaufgaben – beauftragt.

Am 16. Oktober 2012 wurde mit der Stadt Braunschweig ferner ein **Projektvertrag** zur Errichtung und Bewirtschaftung eines Neubaus für die **Wilhelm-Bracke-Gesamtschule** sowie des Umbaus der Sporthalle geschlossen. Dieser wurde mit notarieller Beurkundung vom 13. Dezember 2017 um aktuelle Themen – u. a. Errichtung einer Photovoltaikanlage und Modernisierung der raumlufttechnischen Anlagen der Sporthalle – ergänzt. Der Vertrag hat eine Laufzeit vom 1. Januar 2013 bis zum 31. Dezember 2039. Die NiWo errichtete vertragsgemäß für rd. 39 Mio. € die Wilhelm-Bracke-Gesamtschule, als dreigeschossigen Schulneubau für ca. 1.400 Schüler und sanierte die bestehende Sporthalle. Beide Objekte werden bis mindestens 2039 bewirtschaftet und unterhalten. Grundlage des Projekts ist neben dem Projektvertrag ein **Erbbaurechtsvertrag**, mit dem die Stadt Braunschweig der NiWo das Grundstück zum Neubau der Schule überlässt. Am Ende der Vertragslaufzeit im Jahr 2039 erhält die Stadt Braunschweig das Grundstück einschließlich der neuen Schule und der Sporthalle zurück und betreibt diese anschließend selbst weiter.

Am 7. März 2016 wurde zwischen der NiWo und ihren Gesellschafterinnen – der Stadt Braunschweig der SBBG – eine **Dividendenvereinbarung** abgeschlossen. Mit dieser Vereinbarung soll ein angemessener Ausgleich zwischen den Zielsetzungen der NiWo (Sicherstellung der für ihre Aufgabenerledigung *Verwaltung des Wohnungsbestandes und Schaffung von Wohnraum* erforderlichen Eigenkapitalausstattung) und der Gesellschafterinnen (Werthaltigkeit ihrer Anteile, angemessene Rendite zur Finanzierung des Anteilserwerbes und zum Haushaltsausgleich) erreicht sowie Planungssicherheit für alle Beteiligten geschaffen werden.

EU-beihilferechtskonforme Finanzierung

Auf Grundlage des sog. Freistellungsbeschlusses der EU-Kommission vom 20. Dezember 2011 sind die NiWo und ihre Tochtergesellschaft Wohnstätten-GmbH gemeinsam durch die Gesellschafterin Stadt Braunschweig mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) in Form einer sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung betraut. Die aktuelle Betrauung trat am 1. März 2022 in Kraft und löste somit – bei unveränderter Rechtslage – die regulär ausgelaufene bisherige Betrauung ab. Die Finanzierung kann somit auf Grundlage der Betrauung sowohl durch Bürgschaften als auch durch sonstige Begünstigungen erfolgen.

Anzahl der Arbeitnehmer

Im Geschäftsjahr 2021 beschäftigte die NiWo durchschnittlich 96 Arbeitnehmer (Vorjahr: 99). Daneben waren durchschnittlich 6 Auszubildende und durchschnittlich ein Mitarbeiter in geringfügigem Umfang tätig.

Bereich	2021	2020	Delta
Kaufmännische Arbeitnehmer	59	61	-2
Technische Arbeitnehmer	28	29	-1
Arbeitnehmer im Regiebetrieb, Hauswarte	9	9	–
Gesamt	**96**	**99**	-3

Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2021 erwirtschaftete die NiWo einen **Jahresüberschuss** von 3.582 T€. Abzüglich der Einstellung in die Bauerneuerungsrücklage i. H. v.2.291 T€ ergab sich ein **Bilanzgewinn** von 1.291 T€, der aufgrund der o. g. Dividendenvereinbarung in voller Höhe an die SBBG als Gesellschafterin ausgeschüttet wurde.

Der Jahresüberschuss generiert sich aus dem Saldo – teilweise gegenläufiger – Entwicklungen aus den acht Geschäftsbereichen, unter denen das Bestandsgeschäft sowie die Neubauvorhaben *Alsterplatz* und *Nördliches Ringgebiet* die größte Gewichtung haben (s. „Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft“, S. 99). Aufgrund des Bewirtschaftungsbeginns in den Neubaugebieten erhöhten sich die *Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung*.

(Fortsetzung ab nächster Seite)

Die marktbedingte Leerstandsquote lag zum 31. Dezember 2021 (Stichtagsbetrachtung) bei 1,3 % (Vorjahr: 3,5 %). Ergebniswirksam sind sonstige Erträge von rd. 1.845 T€ Erträge zu verzeichnen, die durch Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen sowie sonstige Aufwendungen (insbesondere durch notwendige Rückstellungsbildungen im Bereich der Neubaugebiete) konterkariert wurden. Das Gesamtinstandhaltungs- und Modernisierungsbudget[47] lag im Geschäftsjahr 2021 bei 14,0 Mio. € (Vorjahr: 13,5 Mio. €); davon fielen Aufwendungen für mietwirksame Modernisierungsmaßnahmen i. H. v. 6,0 Mio. € an (Vorjahr: 6,4 Mio. €).

Die **Wohnstätten-GmbH** erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2021 einen Jahresüberschuss von rd. 302 T€ (Vorjahr: +339 T€). Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrages aus den Vorjahren ergibt sich damit ein Bilanzgewinn von rd. 3.303 T€.

Besondere Kennzahlen: Überblick über die bewirtschafteten Einheiten

Eigene Objekte	2021	2020	Delta
Wohnungen	7.441	7.442	-1
Garagen und Einstellplätze	1.680	1.505	+175
Sonst. Mieteinheiten/gewerbliche Objekte	109	112	-3
Gesamt	**9.230**	**9.059**	+171

Wohn- und Nutzfläche eigener Grundstücke	2021	2020	Delta
m²	**506.688**	**506.791**	-103

Betreute Objekte	2021	2020	Delta
Verwaltete Wohnungen und Garagen für Dritte	338	147	+191
Objekte der Wohnstätten-GmbH	237	238	-1
Gesamt	**575**	**385**	+190

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Der Wirtschaftsplan 2022 geht von einem **Jahresüberschuss** für das Geschäftsjahr 2022 i. H. v. 3.585 T€ aus. Geplant ist die konsequente Fortsetzung von Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen der Bestandsobjekte der NiWo auf der Basis einer präzisen Portfolioanalyse; für das Geschäftsjahr 2022 sind Investitionen von rd. 13,1 Mio. € für den vorhandenen Immobilienbestand vorgesehen. Darüber hinaus treibt die NiWo vornehmlich die nachfolgenden Bauprojekte voran.

Auf dem ehemaligen Gelände der *Wilhelm-Bracke-Gesamtschule* erfolgt die Realisierung des Baugebietes **Alsterplatz**: Insgesamt entstehen 185 Wohn- und 9 Gewerbeeinheiten sowie 36 Eigentumswohnungen in vier- bis achtgeschossiger Bebauung. Das Konzept wird durch Läden, Arztpraxen, Gastronomieeinheiten und durch eine Begegnungs- sowie eine Kindertagesstätte abgerundet. Das Neubauvorhaben ist im Wesentlichen fertiggestellt; mit einer regulären Bewirtschaftung wird ab dem zweiten Quartal 2023 gerechnet.

Auch das Neubauvorhaben im Baugebiet **Nördliches Ringgebiet** schreitet voran. Das gesamte Areal wird derzeit in drei Bauabschnitten entwickelt. Die Gesellschaft hat die Erschließungsaufgaben für den ersten und zweiten Bauabschnitt übernommen. Im **ersten Bauabschnitt** wurden 175 Mietwohnungen, 5 Gewerbeeinheiten, 28 Eigentumswohnungen sowie eine Kindertagesstätte errichtet. Nach Fertigstellung der letzten beiden Gewerbeeinheiten im Jahr 2023, soll der erste Bauabschnitt in die vollständige Bewirtschaftung übergehen. Im **zweiten Bauabschnitt** werden durch die Gesellschaft Projektentwicklungen und Erschließungen realisiert. Dazu zählen die Veräußerung selbst erschlossener Grundstücke, die Entwicklung von fremdem Grund und Boden, der Mietwohnungsbau sowie die Entstehung einer Kindertagesstätte. Seitens der NiWo ist der Bau von weiteren 72 Miet- und Gewerbeeinheiten sowie einer Kindertagesstätte geplant. Die Bewirtschaftung beginnt anteilig voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2023. Im **dritten Bauabschnitt** wurden mit der Realisierung von zwei Grundstücksankäufen und einem – voraussichtlich ab 2024 rechtswirksamen – Grundstückstauschvertrag die Voraussetzung für die Entwicklung dieses Bauabschnitts geschaffen. Im nächsten Schritt ist Erschließung der Flächen im Rahmen eines städtebaulichen Vertrages geplant.

[47] Ohne Erstattungen und Zuschüsse.

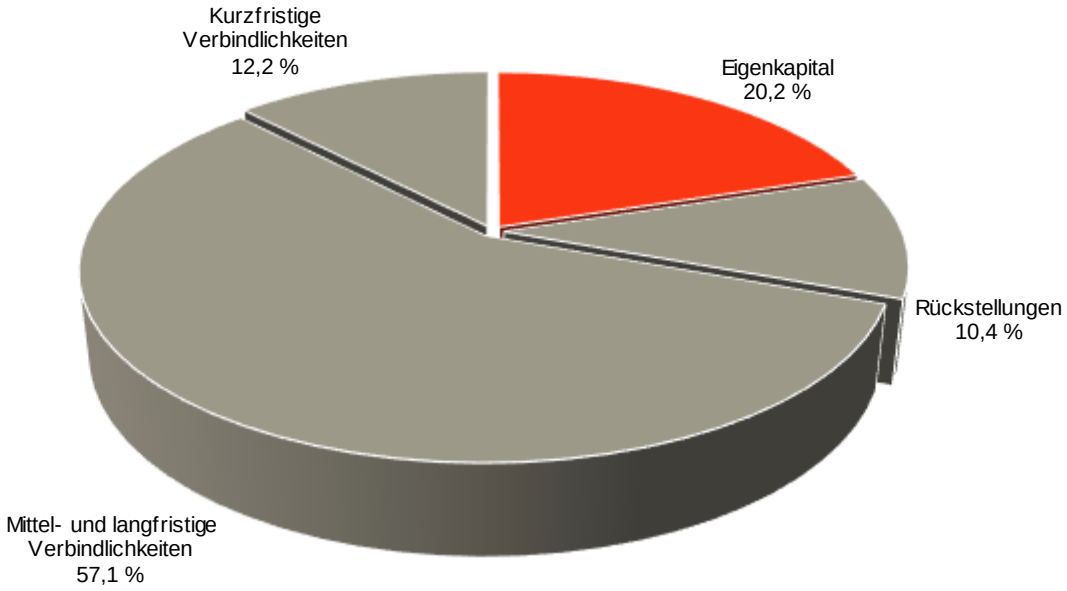
Bilanzdaten der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig

Bilanz

Aktiva	2021		2020		2019	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	407	0,1	283	0,1	159	0,1
Sachanlagen	277.054	92,1	273.308	91,7	260.406	86,6
Finanzanlagen	2.120	0,7	2.184	0,7	2.246	0,7
Langfristig gebundenes Vermögen	**279.581**	**92,9**	**275.775**	**92,5**	**262.811**	**87,4**
Vorräte	13.466	4,5	14.318	4,8	17.554	5,7
Forderungen	6.735	2,2	2.821	0,9	11.937	4,0
Liquide Mittel	1.192	0,4	5.233	1,8	8.400	2,8
Kurzfristig gebundenes Vermögen	**21.393**	**7,1**	**22.372**	**7,5**	**37.891**	**12,6**
Bilanzsumme	**300.974**	**100,0**	**298.147**	**100,0**	**300.702**	**100,0**

Passiva	2021		2020		2019	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	60.692	20,2	58.926	19,8	55.955	18,6
– davon Gewinnrücklagen	45.063	15,0	42.772	14,3	39.957	13,3
Rückstellungen	31.441	10,4	30.848	10,3	29.917	9,9
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	172.006	57,1	184.095	61,7	188.173	62,6
Kurzfristige Verbindlichkeiten	36.835	12,2	24.278	8,1	26.657	8,9
Bilanzsumme	**300.974**	**100,0**	**298.147**	**100,0**	**300.702**	**100,0**

Kapitalstruktur 2021

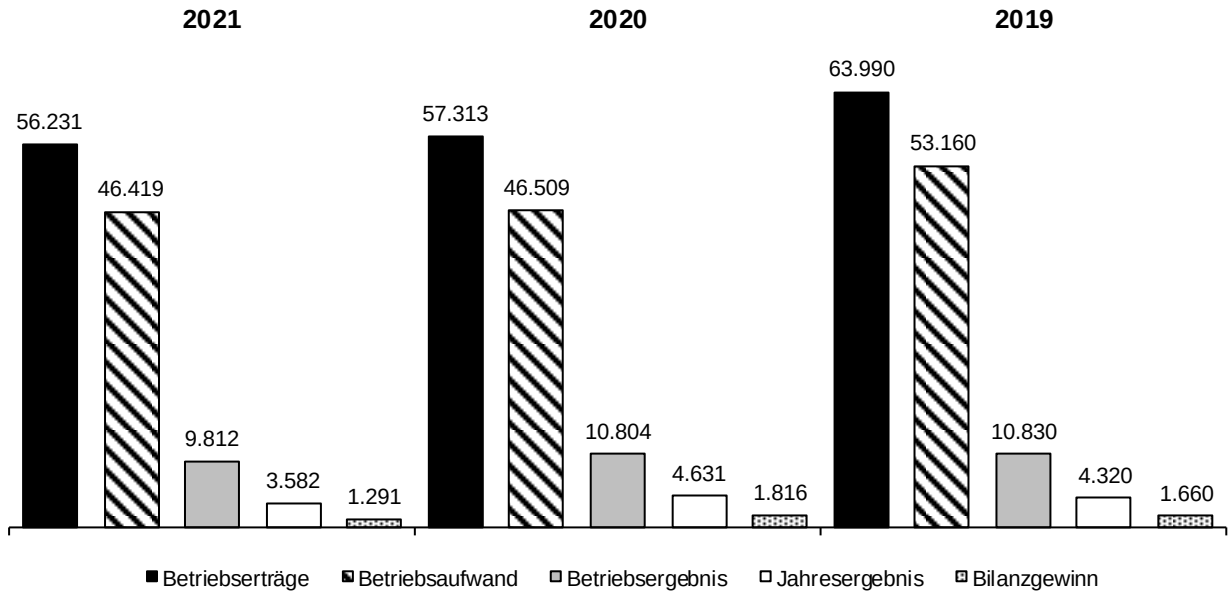


GuV-Daten der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig[48]

Gewinn- und Verlustrechnung [T€]

Position	2021	Delta	2020	2019
Umsatzerlöse	53.958	-3.716	57.674	63.813
Sonstige betriebliche Erträge	2.273	+2.634	-361	177
Betriebserträge	**56.231**	-1.082	**57.313**	**63.990**
Materialaufwand	25.487	-2.388	27.875	33.104
Personalaufwand	8.485	+729	7.756	7.739
Abschreibungen	8.782	+396	8.386	8.189
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.665	+1.172	2.493	4.128
Betriebsaufwand	**46.419**	-90	**46.509**	**53.160**
Betriebsergebnis	**9.812**	-992	**10.804**	**10.830**
Finanzergebnis	-4.436	+216	-4.652	-4.660
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	331	+74	257	567
Ergebnis nach Steuern	**5.045**	-850	**5.895**	**5.603**
Sonstige Steuern	1.463	+199	1.264	1.282
Jahresergebnis	**3.582**	-1.049	**4.631**	**4.320**
Einstellung in die Bauerneuerungsrücklage	2.291	-525	2.816	2.660
Bilanzgewinn	**1.291**	-525	**1.816**	**1.660**

Entwicklung Gewinn- und Verlustrechnung [T€]



[48] **Sonstige betriebliche Erträge** enthalten auch *Bestandsveränderungen/unfertige Leistungen* und *andere aktivierte Eigenleistungen*.

Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens mit Sitz in Braunschweig ist der Betrieb des *Verkehrsflughafens Braunschweig-Wolfsburg*.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr erfüllt. Der Betrieb und die Bereitstellung von Flughafenkapazitäten stellen eine Infrastruktur für Unternehmen und Forschungseinrichtungen zur Verfügung. Hierdurch wird als öffentlicher Zweck die wirtschaftliche Attraktivität der Stadt Braunschweig gefördert und ein maßgeblicher Wirtschafts- und Standortfaktor für die Stadt Braunschweig geschaffen. Durch das Beteiligungsmanagement der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft tatsächlich erfüllt wird (s. Einleitung, S. 1).

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 608.400 €.

Gesellschafter

Die Stadt Braunschweig ist als Gesellschafterin mit 42,6 % am *Stammkapital* beteiligt. Unter Herausrechnung der eigenen Anteile der Gesellschaft, die nicht stimmberechtigt sind, besitzt die Stadt Braunschweig einen rechnerischen Anteil von rd. 66,17 % am *stimmberechtigten Stammkapital*.

Gesellschafter	€	%
Stadt Braunschweig	259.400	42,6
Stadt Wolfsburg	108.200	17,8
Landkreis Gifhorn	12.200	2,0
Landkreis Helmstedt	12.200	2,0
Eigene Anteile (nicht stimmberechtigt)	216.400	35,6
Gesamt	**608.400**	**100,0**

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat (Stand: Februar 2023)

Der Aufsichtsrat besteht aus bis zu 11 Mitgliedern. Die Anzahl der Mitglieder ist abhängig davon, inwiefern die Gesellschafter jeweils ihre folgenden Entsenderechte ausüben: 4 Mitglieder werden von der Stadt Braunschweig, 2 Mitglieder von der Stadt Wolfsburg entsandt; 1 weiteres Mitglied wird von den Gesellschaftern Landkreis Gifhorn und Landkreis Helmstedt einvernehmlich entsandt. Daneben können dem Aufsichtsrat bis zu 4 Persönlichkeiten aus der regionalen Wirtschaft angehören; dies ist im Moment nicht der Fall.

Name	Funktion
Disterheft, Matthias	**Vorsitzender**/Ratsherr der Stadt Braunschweig
Enversen, Sabah	**stellv. Vorsitzender**/Ratsherr der Stadt Wolfsburg
Bauer, Andreas	Stadtrat der Stadt Wolfsburg
Jonas, Rochus	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Leppa, Gerold	Wirtschaftsdezernent der Stadt Braunschweig
Stühmeier, Gerrit	Ratsherr der Stadt Braunschweig
Wegmeyer, Dirk	Abgeordneter des Landkreises Gifhorn

Geschäftsführung

Michael Schwarz

Wichtige Verträge

Für den Zeitraum ab dem 1. Januar 2022 hat die *Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH* (FBWG) einen **Betriebsführungs- und Nutzungsvertrag** mit der *Volkswagen-AG* geschlossen. Gegenstand dieses Vertrages sind die über die allgemeinen Leistungen der FBWG hinausgehende Vorhaltung und der Betrieb besonderer Ressourcen für die speziellen Belange des Volkswagen-Konzerns. Hierfür erhält die FBWG ein entsprechendes Nutzungsentgelt.

Mit der *Deutsche Flugsicherung GmbH* (DFS) und dem *Deutschen Wetterdienst* (DWD) bestehen Verträge über die Nutzung von **Radardaten** und die Bereitstellung **meteorologischer Daten**. Darüber hinaus existieren diverse **Erbbaurechts- und Grundstücksverträge**.

EU-beihilferechtskonforme Finanzierung

Der Betrieb des Flughafens ist EU-beihilferechtlich relevant. Maßgeblich sind die Regelungen nach der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung der EU-Kommission (AGVO) in der jeweils geltenden Fassung – aktuell Art. 56a der AGVO 2014 einschließlich Änderungsverordnung vom 17. Mai 2017 (Beihilfen für Regionalflughäfen). Die Höhen möglicher Betriebsbeihilfen bzw. Investitionsbeihilfen werden durch Art. 56a i. V. m. Art. 4 Nr. 1 lit. dd AGVO geregelt.

Anzahl der Arbeitnehmer

Im Geschäftsjahr 2021 wurden – wie auch im Vorjahr – im Jahresdurchschnitt 58 Arbeitnehmer beschäftigt; daneben waren 8 Aushilfskräfte tätig (Vorjahr: 10).

Anzahl der Arbeitnehmer (Jahresdurchschnitt)	2021	2020	Delta
Vollzeit	54	54	–
Teilzeit	4	4	–
Gesamt	**58**	**58**	–

Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2021 – unter Einbeziehung der Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter i. H. v. 3.729 T€ – mit einem **Jahresüberschuss** i. H. v. 416 T€ ab, der auf neue Rechnung vorgetragen wurde. Gegenüber dem Wirtschaftsplan ergibt sich damit eine Steigerung um 516 T€; gegenüber dem Vorjahr ist das Jahresergebnis um 208 T€ rückläufig. Seit Beginn der COVID-19-Pandemie wurden verschiedene Maßnahmen zur Abmilderung pandemiebedingter Effekte ergriffen; hierzu zählen u. a. die Einführung von Kurzarbeit, die Reduzierung von Betriebszeiten, die Verschiebung von Investitions- und Sanierungsmaßnahmen und der Abschluss eines Notlagentarifvertrages zur Reduzierung des Personalaufwandes. Zudem hat eine Änderung des Luftverkehrsgesetzes (LuftVG) dazu geführt, dass ein bisher nicht gegenfinanzierter Teil der Flugsicherungskosten seit dem 1. September 2021 aus Bundesmitteln finanziert wird.

Der Anstieg der **Umsatzerlöse** um 842 T€ im Vergleich zum Vorjahr resultiert im Wesentlich aus der erfolgten Übernahme der Flugsicherungskosten (1.088 T€); pandemiebedingt haben sich die Umsatzerlöse aus dem Flugbetrieb jedoch reduziert. Aufgrund des insgesamt positiven Ergebnisses konnte ein Teil der **Betriebskostenzuschüsse** i. H. v. 882 T€ als passiver Rechnungsabgrenzungsposten gebucht werden und steht damit als Ausgleich für Zuschussreduzierungen in Folgejahren zur Verfügung (in 2022: 449 T€). Die **sonstigen betrieblichen Erträge** fallen insbesondere aufgrund einer im Vorjahr aus Landesmitteln vereinnahmten Kompensationsleistung für pandemiebedingte Einnahmeausfälle i. H. v. 800 T€ geringer aus.

Der gegenüber dem Vorjahr um 356 T€ rückläufige **Betriebsaufwand** ist – neben geringeren Abschreibungen – durch einen insbesondere aufgrund des Notlagentarifvertrages geringeren Personalaufwand und geringere sonstige betriebliche Erträge begründet; aufgrund im Rahmen eines Planänderungsverfahrens gebildeten Rückstellungen fielen die sonstigen betrieblichen Erträge im Vorjahr einmalig höher aus. Der Materialaufwand ist hingegen um 186 T€ – u. a. aufgrund der Wetterlage – gestiegen. **Investitionen** wurden im Geschäftsjahr 2021 i. H. v. 2.072 T€ vorgenommen; davon wurden 2.053 T€ in das Sachanlagevermögen investiert, insbesondere wegen begonnenen Umbaumaßnahmen.

Besondere Kennzahlen

Im Geschäftsjahr 2021 hat das *Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt* (DLR) 235 Flüge (Vorjahr: 346) durchgeführt. Am Braunschweiger Flughafen sind 111 Luftfahrzeuge beheimatet (Vorjahr: 131).

Aufkommen/Flugbewegungen	2021	2020	Delta
Ein- und mehrmotorige Flächenflugzeuge	18.152	19.311	-1.159
Hubschrauber	432	558	-126
UL-Luftfahrzeuge	880	1.016	-136
Segelflugzeuge	3.232	2.798	+434
Fallschirmsportsprünge	0	53	-53
Fluggäste (kommerziell und nichtkommerziell)	26.480	66.259	-39.779

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Bei dem **Forschungsflughafen Braunschweig** handelt es sich um einen Verkehrsflughafen mit einer besonderen Ausrichtung auf Forschungszwecke und der Ansiedlung flughafenbezogener Betriebe und Forschungseinrichtungen. Durch den gezielten Ausbau hat er sich zu einem Zentrum der Mobilitätsforschung entwickelt. Auch die Infrastruktur am Forschungsflughafen hat international einen hohen Stellenwert.

Die kommunalen Gesellschafter profitieren insofern vom Steueraufkommen der am Flughafen sowie in der Region ansässigen Unternehmen und Forschungseinrichtungen. Vom Forschungsflughafen – im Sinne des Avionik-Clusters Braunschweig[49] – sind der *Forschungsflughafen Braunschweig e. V.* und die *Forschungsflughafen Braunschweig GmbH* zu unterscheiden,[50] die Leistungen zur Sicherstellung einer Zusammenarbeit am Forschungsflughafen Braunschweig erbringen (z. B. Standortentwicklung). Inzwischen ist am Forschungsflughafen Braunschweig ein einzigartiges Netzwerk namhafter Forschungsinstitutionen angesiedelt, die als Campus zusammenarbeiten und gemeinsam mit hochspezialisierten kleineren Unternehmen ein außergewöhnliches Avionik-Cluster bilden. Der Forschungsflughafen Braunschweig ist mit rund 40 Instituten, Unternehmen und Behörden für die Region unverzichtbar. Die von seinen rd. 3.460 Arbeitsplätzen (Stichtagsbetrachtung zum Endes des Jahres 2021) ausgehenden wirtschaftlichen Effekte sind beachtlich.

Mit Inbetriebnahme der auf 2.300 m verlängerten Start- und Landebahn und der Verbreiterung von 30 m auf 45 m auf ganzer Länge am 18. Oktober 2012, kann die FBWG zum einen zukünftig eine angemessene Flughafeninfrastruktur zur Verfügung stellen und so die Weiterentwicklung des Forschungsflughafens sichern. Zum anderen konnten und können dadurch auch Potenziale für die wirtschaftliche Entwicklung der bereits vorhandenen und künftig ansässigen Unternehmen vollumfänglich genutzt werden. Der Forschungsflughafen Braunschweig gilt als eines der innovativsten Wirtschafts- und Wissenschaftscluster Europas. Mit seinem verkehrsträgerübergreifenden Portfolio entwickelt sich hier Europas führendes Kompetenzzentrum für Mobilitätsfragen sowohl bei der Forschung und Entwicklung in den Bereichen Luft- und Raumfahrt und (Elektro-)Mobilität. Daher wurde der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg im neuen Luftverkehrskonzept des *Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur* (BMVI) vom 3. Mai 2017 in die Liste der Flughäfen *im Interesse des Bundes* aufgenommen.

Für das **Geschäftsjahr 2022** sieht der entsprechende Wirtschaftsplan Erträge aus Betriebskostenzuschüssen i. H. v. 2.508 T€ vor (Vorjahresplanwert: 4.611 T€); hiervon können jedoch 494 T€ aus den im Jahr 2021 ersparten Zuschussmitteln gedeckt werden (s. o.). Unter deren Einbeziehung plant die FBWG einen Jahresfehlbetrag i. H. v. 100 T€, der ggf. mit dem vorhandenen Gewinnvortrag verrechnet werden kann (1.751 T€ bzw. 2.166 T€ nach Einrechnung des Überschusses 2021).

---

[49] Das **Avionik-Cluster** – zusammengesetzt aus *Aviatik* (Luftfahrt) und *Elektronik* – umfasst das Gelände des Forschungsflughafens Braunschweig, inklusive der dort ansässigen avionik- und verkehrstechnikbezogenen Unternehmen und Einrichtungen sowie umliegende Flächen, die für eine gewerbliche Erschließung vorgesehen sind.

[50] Der *Forschungsflughafen Braunschweig e. V.* ist alleiniger Gesellschafter der *Forschungsflughafen Braunschweig GmbH*; siehe hierzu Forschungsflughafen Braunschweig, Über uns; https://www.forschungsflughafen.de/de/ueber-uns (abgerufen im Februar 2023).

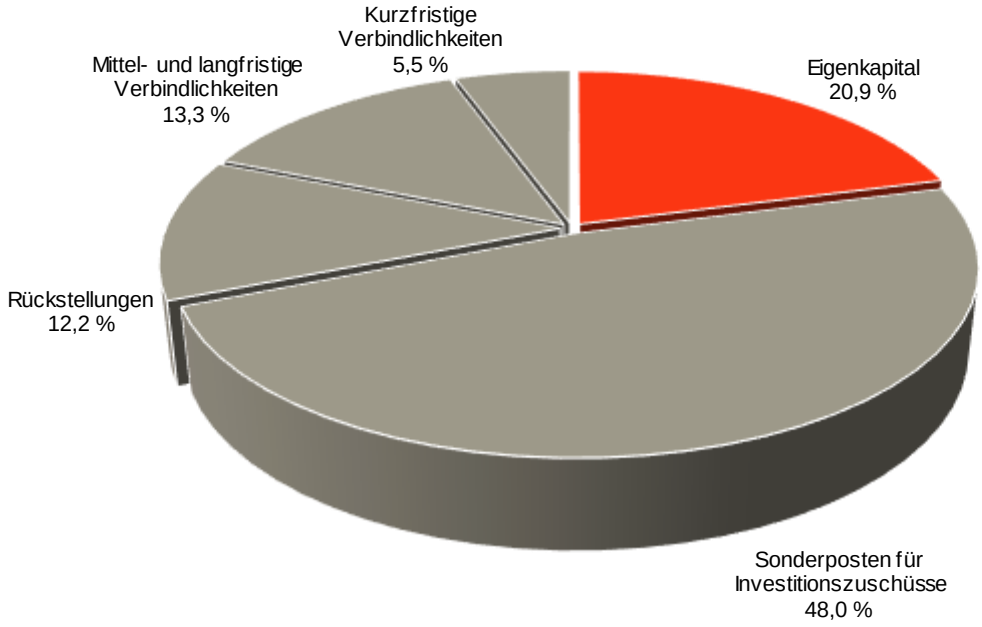
Bilanzdaten der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH

Bilanz

Aktiva	2021		2020		2019	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	76	0,2	81	0,2	32	0,1
Sachanlagen	25.855	71,0	26.863	70,9	29.730	85,1
Langfristig gebundenes Vermögen	**25.931**	**71,2**	**26.943**	**71,1**	**29.762**	**85,2**
Vorräte	119	0,3	128	0,3	132	0,4
Forderungen	2.872	7,9	440	1,2	1.095	3,1
Liquide Mittel	7.507	20,6	10.375	27,4	3.937	11,2
Kurzfristig gebundenes Vermögen	**10.497**	**28,8**	**10.942**	**28,9**	**5.164**	**14,8**
Bilanzsumme	**36.428**	**100,0**	**37.886**	**100,0**	**34.926**	**100,0**

Passiva	2021		2020		2019	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	7.618	20,9	7.202	19,0	6.578	18,8
Sonderposten für Investitionszuschüsse	17.491	48,0	19.636	51,8	21.923	62,7
Rückstellungen	4.445	12,2	4.581	12,1	5.331	15,3
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	4.853	13,3	5.026	13,3	148	0,4
Kurzfristige Verbindlichkeiten	2.021	5,5	1.442	3,8	946	2,7
Bilanzsumme	**36.428**	**100,0**	**37.886**	**100,0**	**34.926**	**100,0**

Kapitalstruktur 2021

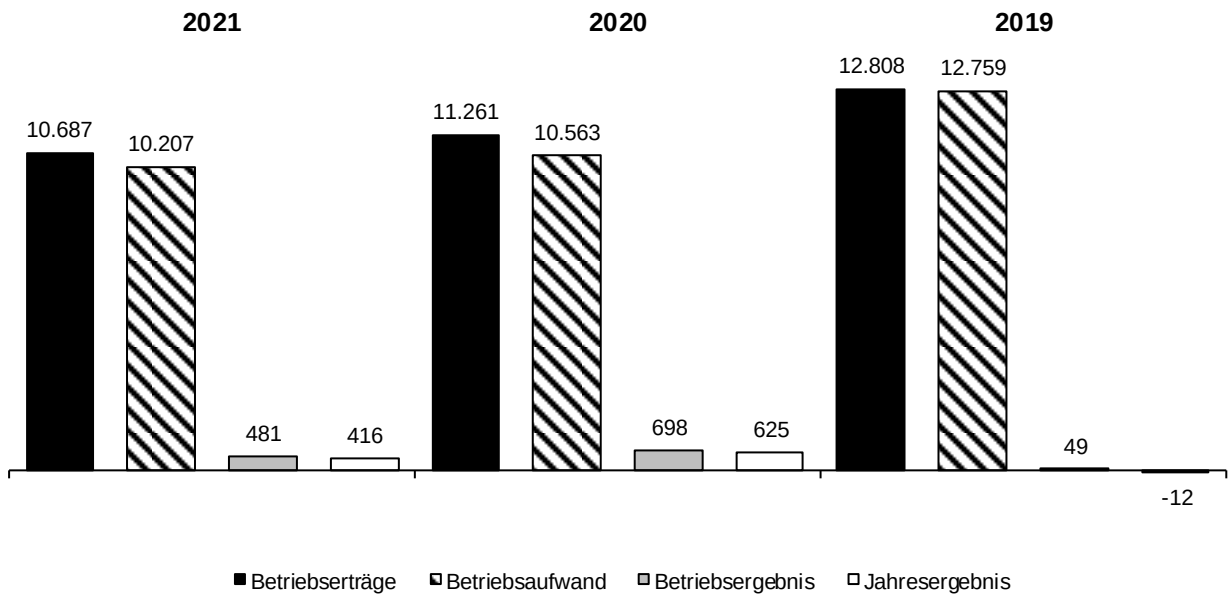


GuV-Daten der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH[51]

Gewinn- und Verlustrechnung [T€]

Position	2021	Delta	2020	2019
Umsatzerlöse	4.500	+842	3.658	5.629
Betriebskostenzuschüsse	3.729	-351	4.080	4.750
Sonstige betriebliche Erträge	2.458	-1.065	3.524	2429,5
Betriebserträge	**10.687**	-574	**11.261**	**12.808**
Materialaufwand	2.149	+187	1.963	3.251
Personalaufwand	3.994	-96	4.090	4.966
Abschreibungen	3.078	-172	3.250	3.304
Sonstige betriebliche Aufwendungen	986	-275	1.261	1.239
Betriebsaufwand	**10.207**	-356	**10.563**	**12.759**
Betriebsergebnis	**481**	-217	**698**	**49**
Finanzergebnis	-53	+12	-64	-44,6
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0
Ergebnis nach Steuern	**428**	-206	**634**	**4**
Sonstige Steuern	12	+3	9	16,3
Jahresergebnis	**416**	-208	**625**	**-12**

Entwicklung Gewinn- und Verlustrechnung [T€]



[51] **Gewinn- und Verlustrechnung**: Die notwendigen Betriebskostenzuschüsse werden vorab als Erträge gebucht.

ITEBO Informationstechnologie Emsland Bentheim Osnabrück GmbH

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von informationstechnischen Dienstleistungen gegenüber den Gesellschaftern, deren Mitgliedern sowie deren Betrieben und Einrichtungen, insbesondere

- Organisations- und IT-Strategieberatung,
- umfassende Beratung in der Realisierung von IT-Projekten, Verfahrenseinführung und Betreuung,
- Entwicklung und/oder Bereitstellung sowie Pflege und Wartung von Datenverarbeitungs-Anwendungssystemen, soweit dies den Unternehmenszielen entspricht,
- Betrieb von Anwendungssystemen,
- Erbringung von Rechenzentrums-Dienstleistungen,
- Entwicklung und Anpassung eines Technologiekonzeptes, das die Anforderungen und Bedürfnisse der Gesellschafter berücksichtigt,
- Aufbau und Unterhaltung eines flächendeckenden Kommunikationsnetzes zwischen den Gesellschaftern und den zukünftigen Kunden,
- Durchführung von Schulungs- und Seminarmaßnahmen im gesamten Bereich der Informationstechnologie.

Arbeitsergebnisse der Gesellschaft für die Gesellschafter können auch an Dritte, kirchliche sowie kommunale Körperschaften, deren Mitglieder, Betriebe und Einrichtungen abgegeben werden. Die Gesellschaft ist ferner zu allen Maßnahmen berechtigt, die dem Geschäftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Hierzu gehören auch die Einrichtung von und die Beteiligung an anderen Unternehmen und ggf. die Übernahme von deren Geschäftsführung sowie die Errichtung von Zweigstellen und Niederlassungen.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr erfüllt. Die Stadt Braunschweig nutzt als Gesellschafterin die bestehenden Dienstleistungsangebote der Gesellschaft, um damit ihre Leistungsfähigkeit und ihr Serviceangebot im IT-Bereich zu sichern und auszubauen. Durch das Beteiligungsmanagement der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft tatsächlich erfüllt wird (s. Einleitung, S. 1).

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 300.000 €.

Gesellschafter[52]

Gesellschafter	€	%
Stadt Braunschweig	77.500	25,8
GbR der Kommunen	77.500	25,8
Stadt Osnabrück	50.000	16,7
Landkreis Emsland, Meppen	21.000	7,0
Landkreis Grafschaft Bentheim, Nordhorn	21.000	7,0
Landkreis Osnabrück	21.000	7,0
Bistum Osnabrück	17.000	5,7
ITEBO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft e.G.	15.000	5,0
Gesamt	**300.000**	**100,0**

[52] Vollständige Bezeichnung der **GbR der Kommunen**: *GbR der Kommunen der Landkreise Osnabrück, Emsland und Grafschaft Bentheim*.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Aufsichtsrat[53] **(Stand: Februar 2023)**

Jeder Gesellschafter entsendet ein Mitglied in den Aufsichtsrat; daher besteht der Aufsichtsrat aus mindestens 8 Mitgliedern. Zusätzlich kann jeder Gesellschafter einen Stellvertreter (*) bestellen, der zur Teilnahme an den Sitzungen des Aufsichtsrates ohne grundsätzliches Stimmrecht befugt ist. Wird eine Stammeinlage an der Gesellschaft durch eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) gehalten, so ist die GbR abweichend von der vorstehenden Regelung berechtigt, 1 Aufsichtsratsmitglied sowie 2 Stellvertreter ohne Stimmrecht in den Aufsichtsrat zu entsenden.

Der Aufsichtsrat besteht demnach aus maximal 17 Mitgliedern (darunter in jedem Falle 8 Stimmberechtigte und – bei Bedarf – 9 nicht-stimmberechtigte Stellvertreter). Aktuell wird der der Aufsichtsrat aus 16 Mitgliedern gebildet, da die GbR der Kommunen von ihrem Optionsrecht Gebrauch gemacht und das Bistum Osnabrück nur ein pflichtiges Aufsichtsratsmitglied entsandt hat.

Name	Funktion/Gesellschafter
	Aufsichtsratsvorsitz
Raming-Freesen, Aloys	**Vorsitzender/Bistum Osnabrück**
Oldekamp, Günter*	**stellv. Vorsitzender/**Samtgemeinde Neuenhaus (**GbR**)
	Stadt Braunschweig
Pollmann, Dr. Tobias	Dezernent (seit 31. Mai 2022)
(Kornblum, Dr. Thorsten)	Oberbürgermeister (bis November 2021)
Sack, Henning*	Fachbereichsleiter (seit 16. November 2021/bis 24. Mai 2022 stimmberechtigt)
(Hollenach, Dirk*)	Abteilungsleiter Informations- und Kommunikationstechnologie (16. November 2021–24. Mai 2022)
	GbR der Kommunen
Lühn, Matthias	Samtgemeindebürgermeister der Samtgemeinde Lengerich
Avermann, Tobias*	Bürgermeister Bad Laer
	Stadt Osnabrück
Fänger, Thomas	Fachbereichsleiter
(Griesert, Wolfgang)	Oberbürgermeister (bis November 2021)
Pötter, Katharina*	Oberbürgermeisterin (seit November 2021)
	Landkreis Emsland, Meppen
Steffens, Michael	Dezernent
Trossen, Holger*	Leiter Digitalisierung
	Landkreis Grafschaft Bentheim, Nordhorn
Gülker-Alsmeier, Gunda	Kreisrätin
Geers, Jens*	Leiter Digitalisierung
	Landkreis Osnabrück
Rosensträter, Bärbel	Vorstand/Erste Kreisrätin
Albers, Stefan*	Fachdienstleiter
	ITBEO Einkaufs- und Dienstleistungsgenossenschaft e. G.
Halfter, Guido	Bürgermeister der Gemeinde Bissendorf
Schwertmann-Nicolay, Hildegard*	Bürgermeisterin der Samtgemeinde Neuenkirchen

(Fortsetzung ab nächster Seite)

[53] **Aufsichtsrat**: Die zur Teilnahme an den Sitzungen des Aufsichtsrates ohne grundsätzliches Stimmrecht befugten Stellvertreter sind in der nachstehenden Tabelle mit einem Sternchen (*) gekennzeichnet.

Geschäftsführung

Bernd Landgraf

Anzahl der Arbeitnehmer

Im Geschäftsjahr 2021 waren durchschnittlich 246 Arbeitnehmer beschäftigt (Vorjahr: 223). Davon waren 234 direkt angestellte Arbeitnehmer (Vorjahr: 209) und 12 gestellte Arbeitnehmer (Vorjahr: 14).

Wichtige Verträge

Die ITEBO GmbH ist alleinige Gesellschafterin der **ITEBS Informationstechnologie Braunschweig GmbH**[54], die informationstechnische Dienstleitungen erbringt. Ferner entwickelt, pflegt, wartet, beschafft, vermarktet, vermittelt, betreibt, installiert und administriert das Unternehmen Komponenten der Informations- und Kommunikationstechnologie sowie der Büroorganisation und -automation. Das Betätigungsfeld der Gesellschaft erstreckt sich auch auf zukünftige dem jeweiligen Stand der Technik entsprechende Komponenten der Informations- und Kommunikationstechnologie und alle hiermit zusammenhängenden Aufgaben.

Darüber hinaus hält die Gesellschaft 25 % der Anteile an der **GovConnect GmbH**[55], die die Entwicklung, den Aufbau und den Betrieb von Produkten des E-Government[56] sowie die Beratung in diesem Bereich wahrnimmt.

Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2021 wurde mit einem Jahresüberschuss i. H. v. 421 T€ abgeschlossen (Plan: -262 T€). Diese positive Entwicklung ist insbesondere auf einen Anstieg der Umsatzerlöse gegenüber der Planung zurückzuführen (+10 T€). Die positive Erlösentwicklung ist dabei im Ausbau des Bestandsgeschäftes und in der Akquisition neuer Kunden begründet; deutliche Erlösanstiege konnten insbesondere im Hardwarehandel und bei Lizenzverkäufen verzeichnet werden. Der gegenüber dem Vorjahr um 8 T€ höhere Materialaufwand resultiert im Wesentlichen aus höheren Kosten für die Bereitstellung der IT-Infrastruktur und einem gestiegenen Wareneinsatz, der mit der Erlössteigerung korrespondiert.

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Für das Geschäftsjahr 2022 geht die Gesellschaft von einem Ergebnis vor Steuern i. H. v. 157 T€ – und damit von einem leicht rückläufigen Trend gegenüber dem Geschäftsjahr 2021 – aus. Grund hierfür ist, dass der Umsatzentwicklung im Geschäftsjahr 2021 durch die COVID-19-Pandemie bedingte Sondereffekte zugrunde liegen. Gleichwohl ist das operative Geschäft im Mehrjahresvergleich weiterhin zunehmend profitabel.

Der branchenübergreifende Markt für IT-Dienstleistungen wächst stetig; dies ist u. a. auf die zunehmende Nutzung von mobilen Softwarelösungen und Cloud-Dienstleistungen zurückzuführen. Der öffentliche Sektor hat im branchenübergreifenden Vergleich, aufgrund der voranschreitenden bzw. in der Vergangenheit nur allmählich vorangetriebenen Digitalisierung, einen weiterhin hohen IT-Dienstleistungsbedarf. Aus der anhaltend hohen Nachfrage und der sich fortentwickelnden Branche ergeben sich für die Gesellschaft Chancen, zukünftig neue Produkte und Dienstleistungen anbieten zu können (z. B. in den Bereichen *Datenschutz* und *IT-Sicherheit*). Risiken ergeben sich insbesondere aus der ausgeprägten Wettbewerbssituation innerhalb der IT-Branche und dem Fachkräftemangel. Um die Gesellschaft auch zukünftig mit qualifizierten Fachkräften versorgen zu können, wurde bereits Maßnahmen ergriffen (u. a. ausgeweitete Personalgewinnung, gezielte Personalentwicklung). Die genannten Risiken stellen sich insgesamt jedoch transparent und steuerbar dar. Zusammenfassend kann daher für die Entwicklung der Gesellschaft eine positive Prognose gestellt werden.

---

54 Ursprünglich gegründet als *KOSYNUS GmbH Kommunale Informationstechnologie*. Siehe hierzu *ITEBO-Unternehmensgruppe*, Porträt ITEBS GmbH; https://www.itebo.de/unternehmen/itebs-ansprechpartner (abgerufen im Februar 2023).

55 S. hierzu *GovConnect*, Unternehmen; https://www.govconnect.de/Unternehmen (abgerufen im Februar 2023).

56 **E-Government** beschreibt u. a. die IT-gestützte Vereinfachung von Verwaltungsprozessen. In diesem Bereich bietet die Stadt Braunschweig u. a. das „Bürgerportal Stadt Braunschweig“ an. Siehe *Stadt Braunschweig*, E-Government; https://www.braunschweig.de/digitalisierung-online-services/smart-city-braunschweig/E-Government.php (abgerufen im Februar 2023).

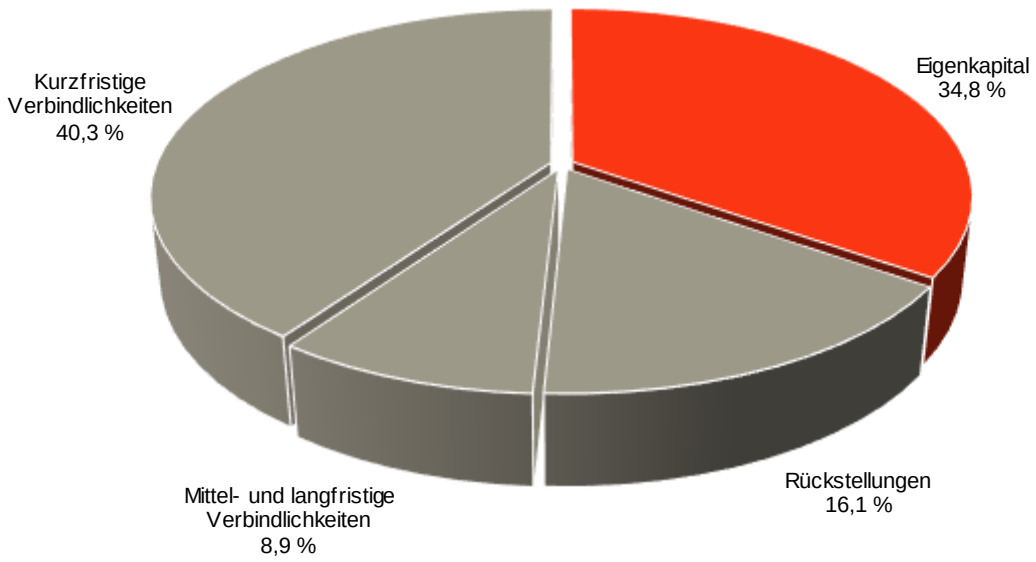
Bilanzdaten der ITEBO Informationstechnologie Emsland Bentheim Osnabrück GmbH

Bilanz

Aktiva	2021		2020		2019	
	T€	%	T€	%	T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	507	5,0	612	6,5	282	4,3
Sachanlagen	2.293	22,7	1.923	20,3	1.933	29,7
Finanzanlagen	411	4,1	361	3,8	255	3,9
Langfristig gebundenes Vermögen	**3.211**	**31,8**	**2.895**	**30,7**	**2.470**	**37,8**
Vorräte	217	2,2	401	4,3	651	10,0
Forderungen	4.944	49,2	3.913	41,7	2.440	37,6
Liquide Mittel	1.695	16,8	2.202	23,4	949	14,6
Kurzfristig gebundenes Vermögen	**6.856**	**68,2**	**6.516**	**69,3**	**4.040**	**62,2**
Bilanzsumme	**10.067**	**100,0**	**9.412**	**100,0**	**6.510**	**100,0**

Passiva	2021		2020		2019	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	3.499	34,8	3.077	32,7	2.786	42,8
Rückstellungen	1.616	16,1	1.267	13,5	775	11,9
Mittel- und langfristige Verbindlichkeiten	900	8,9	960	10,3	960	14,7
Kurzfristige Verbindlichkeiten	4.052	40,3	4.107	43,6	1.988	30,5
Bilanzsumme	**10.067**	**100,0**	**9.412**	**100,0**	**6.510**	**100,0**

Kapitalstruktur 2021

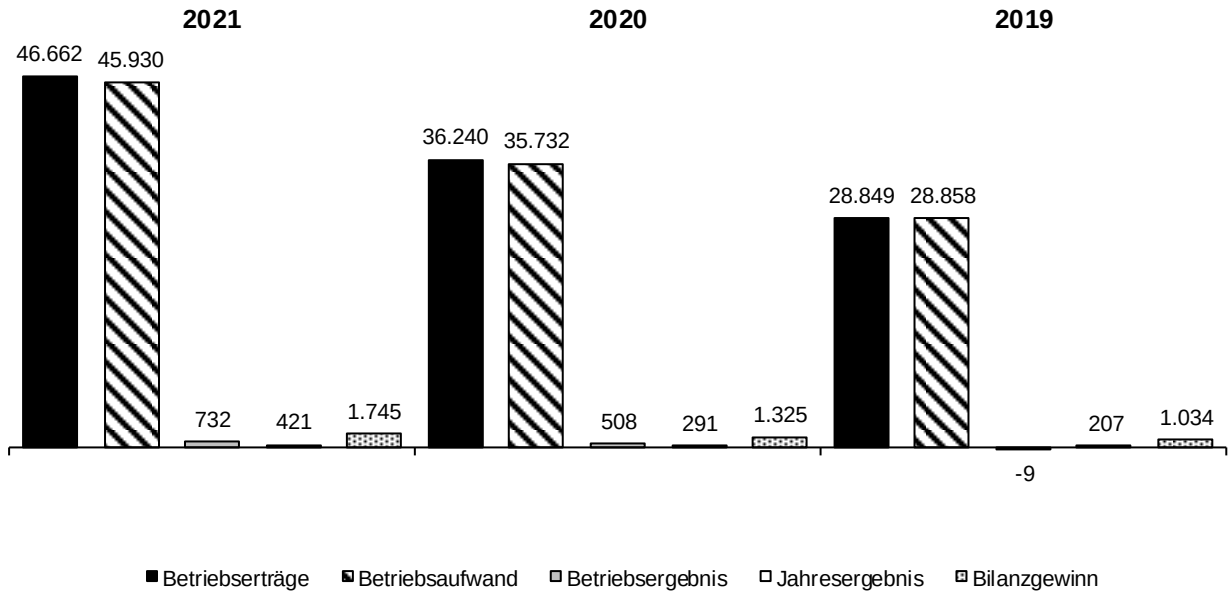


GuV-Daten der ITEBO Informationstechnologie Emsland Bentheim Osnabrück GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung [T€]

Position	2021	Delta	2020	2019
Umsatzerlöse	46.510	+10.519	35.991	28.650
Sonstige betriebliche Erträge	152	-96	248,341	198,6
Betriebserträge	**46.662**	+10.422	**36.240**	**28.849**
Materialaufwand	29.160	+7.787	21.373	15.771
Personalaufwand	12.996	+2.064	10.932	9.548
Abschreibungen	463	-43	506	511
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.311	+391	2.920	3.028
Betriebsaufwand	**45.930**	+10.198	**35.732**	**28.858**
Betriebsergebnis	**732**	+224	**508**	**-9**
Finanzergebnis	-40	+5	-45	222
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	257	+99	158	-7,7
Ergebnis nach Steuern	**435**	+130	**305**	**220**
sonstige Steuern	14	-0	14	13,6
Jahresergebnis	**421**	+130	**291**	**207**
Gewinnvortrag	**1.324**	+290	**1.034**	827
Bilanzgewinn	**1.745**	+420	**1.325**	**1.034**

Entwicklung Gewinn- und Verlustrechnung [T€]



Energiegenossenschaft Braunschweiger Land eG

Der Rat der Stadt Braunschweig hatte in seiner Sitzung am 17. Dezember 2019 erstmals den Beschluss gefasst, dass die Verwaltung die Möglichkeit prüfen soll, eine eigene Gesellschaft zum Betrieb von Photovoltaikanlagen auf städtischen Dächern zu gründen. Dabei sollten ebenfalls geprüft werden verschiedene Varianten geprüft werden: u. a. auch die Form der Genossenschaft, an der sich auch Vereine und Verbände aus der Region beteiligen können.

Nach Prüfung und Bewertung der Möglichkeiten hatte der Rat der Stadt Braunschweig in seinen Sitzungen am 21. Dezember 2021 und 15. Februar 2022 die Beschlüsse zur Beteiligung der Stadt Braunschweig an einer zu gründenden Genossenschaft für die Projektierung und Umsetzung von Photovoltaikanlagen gefasst. Auf dieser Grundlage, wurde die **Energiegenossenschaft Braunschweiger Land eG** mit Eintragung in das Genossenschaftsregister am 14. Juni 2022 gegründet. Da die Gesellschaft somit im Berichtsjahr 2021 noch nicht existierte, wird nachfolgend ausschließlich über gesellschaftsrechtliche Stammdaten berichtet. Über den Geschäftsverlauf, die Wirtschaftslage und weitere Details wird voraussichtlich im Beteiligungsbericht 2024 informiert werden.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist

- die Initiierung von Projekten zur Erzeugung erneuerbarer Energien auf lokaler, regionaler und überregionaler Ebene;
- die Beteiligung an Projekten zur Erzeugung erneuerbarer Energien und die Initiierung von Maßnahmen zur Förderung erneuerbarer Energien und des Klimaschutzes;
- die Planung, Finanzierung, die Errichtung, der Betrieb und die Unterhaltung von Anlagen zur Erzeugung und Verteilung von Energie, insbesondere Photovoltaik-, Solar-, und Windkraftanlagen, Einrichtungen zur Stromspeicherung;
- Vermietung und Verpachtung von Anlagen, Immobilien oder Grundstücken, sofern es den Zielen unter zuvor genannten Gegenständen dienlich ist;
- der Absatz der gewonnenen Energie in Form von Strom und/oder Wärme;
- die Unterstützung und Beratung in Fragen der regenerativen Energiegewinnung einschließlich der Information von Mitgliedern und Dritten, sowie einer Öffentlichkeitsarbeit;
- gemeinsamer Einkauf zur Förderung des Eigenausbaus von regenerativen Erzeugungsanlagen der Genossenschaftsmitglieder sowie fachliche Unterstützung bei der Umsetzung.

Die Genossenschaft kann Zweigniederlassungen errichten und sich an Unternehmen beteiligen. Die Ausdehnung des Geschäftsbetriebs auf Nichtmitglieder ist zugelassen.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Ziel und Zweck des Unternehmens ist der umfassende Klimaschutz durch weitreichenden Umbau der Energieversorgung auf erneuerbare Energien unter Einbeziehung Bürger der Stadt Braunschweig. Der Zivilgesellschaft kann durch Beteiligung an einer Genossenschaft unbürokratisch die Möglichkeit zur Partizipation gegeben werden.

Genossenschaftsanteile

Das Genossenschaftsgesetz[57] (GenG) sieht keine Mindestkapitaleinlage vor. Die Summe der Genossenschaftsanteile beläuft sich auf aktuell 501.000 €[58] (s. u.).

Genossenschaftsmitglieder (Stand: Februar 2023)

Die Gesellschaft zählt derzeit sieben Genossenschaftsmitglieder. Die Gesellschaft befindet sich aktuell in der Aufbauphase; die Aufnahme weiterer Mitglieder wird voraussichtlich ab 2024 erfolgen.

(Fortsetzung ab nächster Seite)

[57] Kurztitel (vollständiger Titel: *Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften*).

[58] Ein Anteilsschein hat einen Wert von 500 €.

Mitglied	Vertreter	€	%
Stadt Braunschweig	Wilhelm Eckermann	100.000	19,96
BS|ENERGY	Dr. Volker Lang	100.000	19,96
Braunschweigische Landesparkasse	Lutz Arndt	100.000	19,96
Volksbank BraWo	Carsten Ueberschär	100.000	19,96
Baugenossenschaft Wiederaufbau eG	Torsten Böttcher	50.000	9,98
Nibelungen-Wohnbau-GmbH	Torsten Voß	50.000	9,98
André Voermanek	–	1.000	0,20
Gesamt		**501.000**	**100,00**

Organe der Gesellschaft

Die Organe der Gesellschaft sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Generalversammlung. Zusätzlich existiert ein Beirat, der jedoch kein Organ der Gesellschaft ist.

Vorstand

Die Genossenschaft wird durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Der Vorstand leitet die Genossenschaft in eigener Verantwortung und führt deren Geschäfte.

Name	Funktion
Maximilian Bohr	Vorstandsmitglied
Carsten van de Loo	Vorstandsmitglied
Franziska Fricke	Prokuristin (kein Vorstandsmitglied)

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht derzeit aus 8 Mitgliedern. Grundsätzlich wird die Zahl der Mitglieder durch die Generalversammlung bestimmt. Der Aufsichtsrat muss gemäß Satzung aus mindestens 6 Mitgliedern bestehen, von denen mindestens zwei Drittel von der Generalversammlung gewählt werden. Der BS|ENERGY und der Stadt Braunschweig steht je ein Entsenderecht in den Aufsichtsrat zu.

Name	Funktion
Herlitschke, Holger	**Vorsitzender**/Vertreter der Stadt Braunschweig
Lang, Dr. Volker	**stellv. Vorsitzender**/Vertreter der BS|ENERGY
Arndt, Lutz	Vertreter der Braunschweigischen Landesparkasse
Böttcher, Torsten	Vertreter der Baugenossenschaft Wiederaufbau eG
Hilmer, Heiko	Vertreter des Regionale Energie- und KlimaschutzAgentur e. V.
Kühn, Detlef	Ratsherr der Stadt Braunschweig (als Beiratsvorsitzender, s. u.)
Ueberschär, Carsten	Vertreter der Volksbank BraWo
Voß, Torsten	Vertreter der Nibelungen Wohnbau GmbH

Generalversammlung

Die Generalversammlung besteht aus den Genossenschaftsmitgliedern (s. o.), die hierüber ihre Rechte in den Angelegenheiten der Gesellschaft ausüben. Die Stimmenanzahl pro Mitglied richtet sich – vorbehaltlich gesetzlicher Regelungen – grundsätzlich nach der Anzahl der übernommenen Geschäftsanteile. Gemäß Satzung verfügen investive Genossenschaftsmitglieder[59] über kein Stimmrecht.

[59] **Investierende Genossenschaftsmitglieder** i. S. v. § 8 Abs. 2 S. 1 GenG sind Personen, die durch ihre Mitgliedschaft nicht die Inanspruchnahme der durch die Genossenschaft bereitgestellten Leistungen, sondern das Erlangen finanzieller Vorteile (z. B. durch Dividendenausschüttung) verfolgen.

Beirat

Der Beirat ist kein Organ der Genossenschaft und unterstützt den Aufsichtsrat und den Vorstand, ohne dabei weisungsbefugt zu sein.

Die ehrenamtlich tätigen Mitglieder des Beirates werden von der Generalversammlung für einen Zeitraum von drei Jahren gewählt; eine Wiederwahl ist zulässig. Die Stadt Braunschweig hat das Recht, für die Dauer der jeweiligen Wahlperiode des Rates der Stadt drei Personen in den Beirat zu entsenden. Der Beirat hat einen Vorsitzenden, der gleichzeitig als Sprecher fungiert und als Beiratsvorsitzender in den Aufsichtsrat gewählt wird, sowie einen stellvertretenden Vorsitzenden.

Name	Funktion
Kühn, Detlef	**Vorsitzender und Sprecher**/Ratsherr der Stadt Braunschweig
Schnepel, Gordon	**stellv. Vorsitzender**/Ratsherr der Stadt Braunschweig
Gronefeld, Antoinette von	Ratsfrau der Stadt Braunschweig

(Fortsetzung ab nächster Seite)

Allianz für die Region GmbH

Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft wurde am 9. Februar 2005 als *projekt REGION BRAUNSCHWEIG GmbH* gegründet; seit der Umfirmierung zum 1. Januar 2013 ist sie als *Allianz für die Region GmbH* tätig.

Gegenstand des Unternehmens sind Projektmanagement und -umsetzung, Marketing sowie Forschung und Wissensmanagement für die Region Braunschweig, die aus den Städten Braunschweig, Salzgitter und Wolfsburg und den Landkreisen Gifhorn, Goslar, Helmstedt, Peine und Wolfenbüttel gebildet wird. Die Gesellschaft soll über Aktivitäten in den Bereichen Fachkräftesicherung und -gewinnung, Regionalmarketing, Wirtschaftsförderung und Ansiedlung sowie Mobilität auf eine Stärkung der regionalen Wirtschaft und die Förderung nachhaltigen Wirtschaftswachstums hinwirken, um hierdurch bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet sind, den Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben Dritter bedienen und sich an anderen Unternehmen, die den Gesellschaftszweck fördern, beteiligen.

Von der Allianz für die Region GmbH ist das **Netzwerk Allianz für die Region e. V.**[60] zu unterscheiden: Der Verein setzt sich aus rd. 50 Mitgliedern als Ansprechpartner für Interessierte und Unternehmen zusammen, die regionale Projekte begleiten oder fördern möchten. Durch eine inner- und außerhalb des Vereins stattfindende Kommunikation fördert er einen produktiven Austausch innerhalb der Region Braunschweig.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr erfüllt. Die Gesellschaft ist ein regionaler Zusammenschluss von Partnern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Verwaltung, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften. Sie verfolgt das Ziel, die Region Braunschweig zu einem wirtschaftsstarken und lebenswerten Zuhause der Zukunft für über 1,1 Millionen Menschen zu entwickeln und dient damit dem Gemeinwohl. Die Vernetzung von Fachkompetenzen ist Fundament deren Arbeit. Mit ihren Kooperationspartnern entwickelt und realisiert sie Projekte in klar definierten Aktionsfeldern. Darin macht sie sich beispielsweise für die Gewinnung, Entwicklung und Bindung von Fachkräften in der Region stark. Damit die Region Braunschweig als wirtschaftsstarker Standort mit hoher Lebensqualität wahrgenommen wird, setzt sich die Gesellschaft für ein kooperatives Regionalmarketing ein und stellt sich damit den Herausforderungen im überregionalen Wettbewerb. Durch das Beteiligungsmanagement der Stadt Braunschweig wird überprüft, dass der öffentliche Zweck durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft tatsächlich erfüllt wird (s. Einleitung, S. 1).

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 27.600 €.

Gesellschafter (Stand: Februar 2023)

Im Jahr 2018 konnten mit der *Madsack Medien Ostniedersachsen GmbH & Co. KG* und der *FUNKE Medien Niedersachsen GmbH* zwei neue Gesellschafter gewonnen werden, die dem Gesellschafterkreis seit dem 1. Januar 2019 angehören. Daraus ergibt sich folgende Gesellschafterstruktur:

(Fortsetzung ab nächster Seite)

[60] S. hierzu *Allianz für die Region*, Ein Netzwerk. Eine Region.; https://www.allianz-fuer-die-region.de/en/ueber-uns/netzwerk-allianz-fuer-die-region-e-v (abgerufen im Februar 2023).

Gesellschafter	€	%
Stadt Braunschweig	3.700	13,4
Wolfsburg AG	2.600	9,4
Volksbank eG Braunschweig Wolfsburg	2.400	8,7
Volkswagen Financial Services AG	2.400	8,7
Arbeitgeberverband Region Braunschweig e. V.	1.100	4,0
IG Metall SüdOstNiedersachsen	1.100	4,0
Landkreis Gifhorn	1.100	4,0
Landkreis Goslar	1.100	4,0
Landkreis Helmstedt	1.100	4,0
Landkreis Peine	1.100	4,0
Landkreis Wolfenbüttel	1.100	4,0
Öffentliche Versicherung Braunschweig	1.100	4,0
Regionalverband Großraum Braunschweig	1.100	4,0
Salzgitter AG	1.100	4,0
Sparkasse Celle-Gifhorn-Wolfsburg	1.100	4,0
Stadt Salzgitter	1.100	4,0
Stadt Wolfsburg	1.100	4,0
FUNKE Medien Niedersachsen GmbH	750	2,7
Industrie- und Handelskammer Braunschweig	550	2,0
Industrie- und Handelskammer Lüneburg-Wolfsburg	550	2,0
Madsack Mediengruppe Ostniedersachsen	350	1,3
Gesamt	**27.600**	**100,0**

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung.

Aufsichtsrat (Stand: Februar 2023)

Der Aufsichtsrat besteht per Gesellschaftsvertrag aus mindestens 10 von den Gesellschaftern vorgeschlagenen Mitgliedern. Aktuell wird der Aufsichtsrat – bei 21 Gesellschaftern – aus 20 Mitgliedern gebildet:

Name	Funktion/Gesellschafter
Kornblum, Dr. Thorsten	**Vorsitzender**/Stadt Braunschweig
Baum-Cesig, Dr. Alexandra	Volkswagen Financial Services AG
Brinkmann, Jürgen	Volksbank eG Braunschweig Wolfsburg
Cavallo, Daniela	IG Metall SüdOstNiedersachsen
Firl, Gordon	Madsack Mediengruppe Ostniedersachsen
Gratzfeld, Stefan	Sparkasse Celle-Gifhorn-Wolfsburg
Heilmann, Tobias	Landkreis Gifhorn
Heiß, Henning	Landkreis Peine
Kieckbusch, Michael	Salzgitter AG
Kilian, Gunnar	Volkswagen AG
Kirschenmann, Andreas	Industrie- und Handelskammer Lüneburg-Wolfsburg
Klingebiel, Frank	Stadt Salzgitter
Maywald, Knud	Öffentliche Versicherung Braunschweig
Niemsch, Wolfgang	Arbeitgeberverband Region Braunschweig e. V.
Radeck, Gerhard	Landkreis Helmstedt
Saipa, Dr. Alexander	Landkreis Goslar
Stassek, Eva	Netzwerk Allianz für die Region
Steinbrügge, Christiana	Landkreis Wolfenbüttel
Tanke, Detlef	Regionalverband Großraum Braunschweig
Weilmann, Dennis	Stadt Wolfsburg

Geschäftsführung

Wendelin Göbel
Manfred Günterberg

Wichtige Verträge

Da die Gesellschaft zur Finanzierung vollständig auf externe Quellen angewiesen ist, wurden mit Gesellschaftern und Sponsoren **Finanzierungsvereinbarungen** getroffen; die Stadt Braunschweig bezuschusst die Gesellschaft jährlich mit 180 T€. Darüber hinaus besteht seit dem Geschäftsjahr 2014 ein unbefristeter **Dienstleistungsrahmenvertrag** mit der *Wolfsburg AG*. In diesem Rahmen erbringt die Wolfsburg AG Dienstleistungen im administrativen Bereich, die durch monatliche Pauschalen abgegolten werden. Für den Dienstleistungsvertrag bestehen Untervereinbarungen für die Bereiche *Personal*, *Bildung*, *Informationstechnik* und *Koordination regionaler Handlungsfelder*. Die Gesellschaft ist an zwei weiteren Gesellschaften beteiligt: Die **PROSPER X GmbH** bahnt Projekte an, setzt diese um und stellt Beratungs- und Servicedienstleistungen in den Bereichen Fahrzeugentwicklung, Verkehr und Mobilität und im Energiewesen bereit. Die **DLAC Dienstleistungsagentur Chemie GmbH** erbringt Dienstleistungen im Bereich der Chemikaliensicherheit.

Anzahl der Arbeitnehmer

Im Jahresdurchschnitt 2021 – so auch im Vorjahr – wurden 57 Arbeitnehmer beschäftigt.

Geschäftsverlauf

Das weiterhin durch die COVID-19-Pandemie geprägte Geschäftsjahr wurde mit einem **Jahresüberschuss** i. H. v. 61 T€ (Vorjahr -32 T€) abgeschlossen, was insbesondere durch Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen begründet ist (226 T€). Die Umsatzerlöse konnten um 904 T€ durch die Initiierung neuer Fördermittelprojekte gesteigert werden (s. u.). Der gegenüber dem Vorjahr um 473 T€ gestiegene Personalaufwand wirkt sich auf die positive Umsatzentwicklung gegenläufig aus.

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Mit dem Geschäftsjahr 2019 wurde eine strategische Neuausrichtung auf **vier Handlungsfelder** vorgenommen. In jedem Handlungsfeld werden vielfältige Projekte und Programme realisiert:

- Fachkräfte sichern und gewinnen
- Wirtschaft fördern und Ansiedlung unterstützen
- Region vermarkten
- Mobilität gestalten

Im Geschäftsjahr 2021 wurden u. a. folgende Projekte initiiert: Mit *ko:nect – Netz für Weiterbildung* soll kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) mit dem Aufbau eines Netzwerkes und einer Weiterbildungsplattform eine Möglichkeit zur Deckung qualifikatorischer Bedarfe – infolge der Digitalisierung – geboten werden. Das Projekt *Mitarbeiterqualifizierung für H2-Fahrzeuge im Logistikbereich* möchte die regionale Entwicklung der Wasserstoffnutzung vorantreiben. Zur Entwicklung und Begleitung von Leuchtturmprojekten mit regionaler Bedeutung und überregionaler Strahlkraft wurde die *Zukunftsregion SüdOstNiedersachsen* eingerichtet. Mit dem Relaunch des Online-Portals www.die-region.de im Geschäftsjahr 2021 werden die Serviceleistungen und Inhalte im Bereich des Regionalmarketings nun noch zielgruppengerechter präsentiert.

(Fortsetzung ab nächster Seite)

Für das **Geschäftsjahr 2022** wird von einem Jahresüberschuss i. H. v. 1 T€ bei einem geplanten Umsatz – inklusive Projekteinnahmen – i. H. v. 8.649 T€ ausgegangen (Vorjahr: 5.862 T€). Die deutliche Umsatzsteigerung ist insbesondere auf die überdurchschnittliche Förderquote des Projektes *ReTraSON*[61] zurückzuführen. Was die weitere Perspektive und Entwicklung der Allianz für die Region GmbH angeht, kann insgesamt eine positive Prognose gestellt werden, obgleich u. a. die Auswirkungen des Ukraine-Konflikts Unsicherheiten für die Gesellschaft mit sich bringen. Die Umsetzung von Projekten sowie die Entwicklung von nachhaltigen Wirtschaftsstrukturen bleiben weiterhin abhängig davon, dass die Gesellschafter den vereinbarten Grundkonsens und die vereinbarte Finanzierung auch in möglicherweise wirtschaftlich angespannter Situation tragen.

(Fortsetzung ab nächster Seite)

[61] **ReTraSON**: Regionales Transformationsnetzwerk Südostniedersachsen (Handlungsfeld *Mobilität gestalten*): „Durch das Projekt [..] wird ein zukunftsorientiertes industriepolitisches Profil erarbeitet, das eine nachhaltige Perspektive für die Wertschöpfung und Beschäftigungssicherung eröffnet." Siehe hierzu *Allianz für die Region*, ReTraSON; https://www.allianz-fuer-die-region.de/mobilitaet/regionales-transformationsnetzwerk-suedostniedersachsen-retrason, abgerufen im Februar 2023).

Metropolregion Hannover Braunschweig Göttingen Wolfsburg GmbH

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der Entwicklung der Teilräume Hannover, Braunschweig, Göttingen und Wolfsburg zu einer Metropolregion von europäischer Bedeutung. Die Etablierung dieser Metropolregion soll einen Beitrag leisten, um die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit im nationalen und internationalen Kontext langfristig zu sichern.

Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Hannover.

Öffentlicher Zweck des Unternehmens

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens und wird durch die entsprechende Aufgabenerledigung der Gesellschaft im Geschäftsjahr erfüllt. Die Gesellschaft zielt mit ihrer Tätigkeit auf eine Aufwertung der Metropolregion und ihrer Teilbereiche sowie der Herausbildung einer gemeinsamen regionalen Identität ab. Hierdurch soll die Einbindung in europäische Entwicklungsstrategien erleichtert und die Kooperation von Kommunen, Hochschulen, Unternehmen in der Metropolregion sowie dem Land ausgebaut werden. Damit wird insgesamt dem Gemeinwohl an einer wirtschaftlich wettbewerbsfähigen Metropolregion gedient.

Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €.

Gesellschafter[62]

Gesellschafter	€	%
Stadt Braunschweig	1.300	5,2
Verein „Kommunen in der Metropolregion e. V.“	6.400	25,6
Verein „Wissenschaft in der Metropolregion e. V.“	5.750	23,0
Verein „Wirtschaft in der Metropolregion e. V.“	5.750	23,0
Land Niedersachsen	1.900	7,6
Landeshauptstadt Hannover	1.300	5,2
Stadt Göttingen	1.300	5,2
Stadt Wolfsburg	1.300	5,2
Gesamt	**25.000**	**100,0**

Organe der Gesellschaft (Stand: Februar 2023)

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat, die Geschäftsführung sowie der beratend agierende Gesellschafterausschuss (s. u.).

[62] Dem Verein „**Kommunen in der Metropolregion e. V.**“ gehören derzeit 31 Städte, 14 Landkreise, 3 Gemeinden, die Landeshauptstadt Hannover, die Region Hannover, der Regionalverband Großraum Braunschweig und das Netzwerk Erweiterter Wirtschaftsraum Hannover an. Mitglieder des Vereins **Wissenschaft in der Metropolregion e. V.** sind 17 Universitäten und ca. 430 wissenschaftsrelevante Institute, Fakultäten und Dachbereiche der Region. Der Verein **Wirtschaft in der Metropolregion e. V.** ist ein Zusammenschluss von Unternehmen, wirtschaftsnahen Verbänden und Stiftungen der Region; er verfolgt das Ziel, als Gesellschafter die wirtschaftliche Entwicklung der Metropolregion zu fördern.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus 18 Mitgliedern. Im Vorsitz wechseln sich die Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover und der Stadt Braunschweig alle zwei Jahre ab; der Stellvertretende wird aus dem Kreis der Mitglieder für denselben Zeitraum gewählt. Derzeit ist turnusgemäß der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover, Herr Belit Onay, Aufsichtsratsvorsitzender. Die Stellvertretung übernimmt gegenwärtig Herr Dr. Thorsten Kornblum als Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig.

Name	Funktion
Onay, Belit	**Aufsichtsratsvorsitzender**/Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover
Kornblum, Dr. Thorsten	**stellv. Aufsichtsratsvorsitzender**/Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig
Bielfeldt, Meike	Hauptgeschäftsführerin der IHK Hannover
Blume, Prof. Dr.-Ing. Holger	Vizepräsident für Forschung und Transfer der Leibniz Universität Hannover
Broistedt, Petra	Oberbürgermeisterin der Stadt Göttingen
Griese, Claudio	Oberbürgermeister der Stadt Hameln
Gröger, Thorsten	Bezirksleiter der IG Metall Niedersachsen/Sachsen-Anhalt
Heiß, Henning	Kreisabgeordneter im Landkreis Peine
Kallenrode, Prof. Dr. May-Britt	Präsidentin der Universität Hildesheim
Krach, Steffen	Regionspräsident der Region Hannover
Krause, Thomas	Vorstand der Wolfsburg AG
Manns, Prof. Dr. Michael	Präsident der Medizinischen Hochschule Hannover
Michalek, Dr. Sabine	Bürgermeisterin der Stadt Einbeck
Müller, Dr. Volker	Hauptgeschäftsführer des Unternehmerverbände Niedersachsen e. V.
Schachtner, Prof. Dr. Joachim	Präsident der TU Clausthal
Schulz, Christoph	Vorstandsmitglied der Norddeutschen Landesbank
Schulz, Petra	Abteilungsleiterin im MB[63]
Weilmann, Dennis	Oberbürgermeister der Stadt Wolfsburg

Geschäftsführung

Silvia Neber (seit 1. August 2022)
(Kai Florysiak) (bis 31. Juli 2022)
(Michael Rose) (bis 31. Juli 2022)

Gesellschafterausschuss

Der Gesellschafterausschuss besteht aus

- je einem Vertreter der Städte Hannover, Braunschweig, Göttingen, Wolfsburg,
- je zwei Vertretern der Vereine *Wirtschaft in der Metropolregion e. V.*, *Kommunen in der Metropolregion e. V.*, *Wissenschaft in der Metropolregion e. V.* und
- einem Vertreter des *Niedersächsischen Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung* (MB).

Der Gesellschafterausschuss berät die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat der Gesellschaft zur strategischen Ausrichtung und operativen Umsetzung; er tritt in der Regel dreimal jährlich zu Sitzungen zusammen.

Wichtige Verträge

Als Folge der gesellschaftsvertraglich verankerten Neuaufstellung der Gesellschaft (s. „Geschäftsverlauf“, S. 121) wurde die bisherige Kooperationsvereinbarung durch eine neue, ab 1. Januar 2022 geltende, Finanzierungsvereinbarung der Gesellschafter ersetzt.

Anzahl der Arbeitnehmer

Die Gesellschaft beschäftigte inklusive der Geschäftsführung Ende des Jahres 2021 insgesamt 9 Mitarbeiter (Vorjahr: 6 Mitarbeiter).

[63] Niedersächsisches Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung.

Geschäftsverlauf

Auch im Geschäftsjahr 2021 prägte die COVID-19-Pandemie die Arbeit der Metropolregion GmbH – insbesondere im Handlungsfeld *Gesundheit* – maßgeblich; dies führte zu einer neuen inhaltlichen und operativen Schwerpunktsetzung. Die Arbeit der Gesellschaft erfolgt auf Grundlage des im Jahr 2015 beschlossenen Arbeitsprogramms *Zusammenwachsen*, das sich seit 2020 auf die Handlungsfelder *Mobilität*, *Gesundheitswirtschaft* sowie *Standortmarketing* konzentriert. Für das Geschäftsjahr 2022 wurden durch die Gremien weitreichende Veränderungen hinsichtlich Struktur, Organisation und Finanzierung der Gesellschaft beschlossen. Hierzu zählen insbesondere der Abschluss der o. g. Finanzierungsvereinbarung zwischen den Gesellschaftern zur Intensivierung der Netzwerk- und Projektarbeit und die gesellschaftsvertragliche Normierung einer Alleingeschäftsführung.

Die Gesellschaft hat das Geschäftsjahr 2021 mit einem Jahresüberschuss i. H. v. 9.885,91 € abgeschlossen (Vorjahr: 18.378,02 €).

Handlungsfeld *Mobilität*

Die Metropolregion wurde bereits in der Vergangenheit als eine von 50 Zielregionen im Programm *Mobilitätswerkstatt 2025* des *Bundesministeriums für Bildung und Forschung* (BMBF) ausgewählt. Daher bestehen für die Gesellschaft große Chancen auf die Qualifizierung in den Bereichen Mobilität und Verkehrswende im Rahmen der Förderprogramme des Bundes und der EU.

Durch die im Geschäftsjahr 2021 beantragten und umgesetzten Förderprojekte im Handlungsfeld Mobilität, in die u. a. zahlreiche Unternehmen und wissenschaftliche Einrichtungen eingebunden sind, konnten deutliche Synergien innerhalb der Gesellschaft identifiziert werden. Ebenso beteiligte sich die Gesellschaft an Ausschreibungen auf diesem Gebiet mit dem Ziel, durch innovative Lösungen die individuelle Mobilität sicherzustellen und gleichzeitig nachhaltiger zu gestalten.

Handlungsfeld *Gesundheit*

Im Handlungsfeld *Gesundheit* wurden im Geschäftsjahr 2021 zahlreiche Projekte vorangetrieben: Aufbauend auf der Initiative *eHealth.Metropolregion* und der Entwicklungsplattform *Gesundheitswirtschaft* wurde die Initiative *smart.mobile.health* ins Leben gerufen, die auf die Digitalisierung von Medizin und Pflege innerhalb der Metropolregion abzielt. Ebenso wurde mit *InCa4D – Entwicklungsplattform Innovative Pflege* ein vom Land Niedersachsen gefördertes Projekt initiiert, das sich der Erarbeitung von digitale Lösungen für die Pflegebranche verschrieben hat. Darüber ist durch eine intensive Zusammenarbeit die Entwicklung des Programmes *PaPräKa – Pandemiepräventionskampagnen* gelungen, das einen Beitrag zur Verhinderung zukünftiger Pandemien leisten möchte.

Handlungsfeld *Standortmarketing*

Nach der pandemiebedingten Absage der *EXPO REAL 2020* wurde der Messeauftritt überarbeitet und auf der EXPO REAL im November 2021 erstmalig präsentiert.

Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Der Wirkungskreis der Metropolregion umfasst mit rund 3,8 Millionen Einwohnern eine Fläche von 19.000 km². Es sind in erster Linie die wirtschaftliche Stärke, die exzellente Wissenschaftslandschaft und die Lage an bedeutenden europäischen Verkehrsachsen, die die Region um die Städte Hannover, Braunschweig, Göttingen und Wolfsburg zu einer Metropolregion von europäischer Bedeutung machen. Die Arbeit der Gesellschaft erfolgt auf Grundlage des im Jahr 2015 beschlossenen Arbeitsprogrammes „Zusammenwachsen“, das sich seit 2020 in den Handlungsfeldern *Mobilität*, *Gesundheit* und *Standortmarketing* ausdrückt. Im Fokus steht die Profilierung der Metropolregion durch Kooperationen zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Kommunen.

Für das Geschäftsjahr 2022 plant die Gesellschaft ein ausgeglichenes Ergebnis. Im Haushaltsplan der Stadt Braunschweig sind, auf Grundlage der Finanzierungsvereinbarung (s. o.) für das Jahr 2022 allgemeine Betriebsmittelzuschüsse in Höhe von 210 T€ vorgesehen.

PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH

Das für die öffentliche Hand tätige Beratungsunternehmen *ÖPP Partnerschaften Deutschland AG* hatte sich zum Jahresende 2016 neu aufgestellt. Es wurde in eine rein öffentlich getragene GmbH umgewandelt und führt nunmehr den Namen *PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH* (PD). Damit wurden die Voraussetzungen geschaffen, um der öffentlichen Hand als In-House-Beratungsunternehmen zur Verfügung zu stehen. Ziel ist es, insbesondere Kommunen dabei zu unterstützen, ihre Investitionsprojekte schneller, kosteneffizienter und termintreuer zu realisieren. Damit würden Verwaltungskapazitäten entlastet und sinnvoll mit externem Know-how ergänzt.

Mit der Neustrukturierung der PD wird gleichzeitig ein Vorschlag der Kommission zur *Stärkung von Investitionen in Deutschland* des Bundeswirtschaftsministeriums aufgegriffen. Ziel soll es sein, künftig noch breiter als bisher eine kompetente und erschwingliche Beratung gezielt für Kommunen zur Verfügung zu stellen. Das Beratungsangebot umfasst grundsätzlich alle Beschaffungsvarianten (Eigenrealisierung, Miete, Kauf, ÖPP etc.). Die PD unterstützt die Kommunen insbesondere bei folgenden Schritten:

- Bedarfsermittlungen und Projektstrategiekonzepte,
- Machbarkeitsuntersuchungen und Variantenvergleiche,
- Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen,
- Vergabeverfahren und Verhandlungen mit Auftragnehmern,
- Projektmanagement und Projektcontrolling,
- Supervision und Analyse von Projekten und Vergabeverfahren (z. B. in Krisensituationen).

Gegenstand des Unternehmens ist die Investitions- und Modernisierungsberatung der öffentlichen Hand, ausländischer Staaten und internationaler Organisationen, die die Voraussetzung eines öffentlichen Auftraggebers i. S. d. § 99 Nrn. 1 bis 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in seiner jeweils gültigen Fassung erfüllen sowie alle damit zusammenhängenden Geschäfte und Dienstleistungen.

Mit Anteilskaufvertrag vom 10. Mai 2017 hat die Stadt Braunschweig 15 Geschäftsanteile mit einem Nennbetrag in Höhe von je 100,00 € an der PD erworben.

Mit Wirkung vom 12. Juli 2019 wurden die bisher von der PD gehaltenen eigenen Anteile ersatzlos eingezogen und das Stammkapital um 234.000 € erhöht. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt nunmehr 2.004.000 € und ist in 10.020 Geschäftsanteile aufgeteilt. In diesem Zuge hat sich der Nennbetrag von 100 € auf 200 € erhöht. Der Stimmrechtsanteil der Stadt Braunschweig beträgt weiterhin rd. 0,15 %.

Sollte die Stadt Braunschweig zu einem späteren Zeitpunkt eine Rückübertragung ihrer Anteile vornehmen wollen, wird ihr auch nur der von ihr gezahlte Kaufpreis in Höhe von 100 € je Anteil zurückerstattet.

Die Gesellschaft liegt zu 100 % in öffentlicher Hand.

(Fortsetzung ab nächster Seite)

Nordzucker Holding AG

Die Beteiligung an der Nordzucker Holding AG, respektive der früheren *Zucker-AG Uelzen-Braunschweig*, entspringt historisch gewachsenen Strukturen.

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an anderen Unternehmen, die

- Zucker, zuckerhaltige Erzeugnisse, Lebens- und Genussmittel, Erzeugnisse für die Lebensmittelindustrie, Futtermittel, Bioethanol (Agraralkohol), sonstige Biokraftstoffe und ähnliche Produkte, die aus agrarischen Rohstoffen erzeugt werden, herstellen und vertreiben,
- landwirtschaftliche Erzeugnisse verwerten oder
- mit allen vorgenannten Erzeugnissen handeln,

insbesondere die Beteiligung von mehr als 50 % an der Nordzucker AG, sowie die Vornahme aller sonstigen hiermit zusammenhängenden Geschäfte und Maßnahmen.

Die Gesellschaft gibt an ihre Aktionäre ferner Rübenlieferansprüche nach Maßgabe dieser Satzung aus, die von ihr oder einem Dritten verwaltet werden. Die Gesellschaft kann im Zusammenhang mit der Erfüllung dieser satzungsmäßigen Aufgabe auch Dienstleistungen für Unternehmen in obigem Sinne erbringen.

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft beträgt **99.993.942,83 €**. Die Stadt Braunschweig hält einen nominellen Anteil in Höhe von **28.152,40 €** (ca. **0,0282 %**).

Die Stadt Braunschweig erhält auf die von ihr gehaltenen Aktienanteile geringe Dividendenausschüttungen, die dem Haushalt der Stadt Braunschweig zugutekommen.

Nordzucker AG

Gegenstand des Unternehmens ist

- die Herstellung, der Vertrieb und der Handel mit Zucker und zuckerhaltigen Erzeugnissen, Lebens- und Genussmitteln, Erzeugnissen für die Lebensmittelindustrie, Futtermitteln, Bioethanol (Agraralkohol), sonstigen Biokraftstoffen und ähnlichen Produkten, die aus agrarischen Rohstoffen erzeugt werden sowie
- die sonstige Verwertung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, insbesondere Zuckerrüben
- sowie die Erbringung von Dienstleistungen im Rahmen des vorbezeichneten Unternehmensgegenstandes.

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft beträgt **123.651.328,00 €**. Die Stadt Braunschweig hat hieran einen geringen Anteil in Höhe von **378,88 €** (ca. **0,0003 %**).

Die Stadt Braunschweig erhält auf die von ihr gehaltenen Aktienanteile geringe Dividendenausschüttungen, die dem Haushalt der Stadt Braunschweig zugutekommen.

(Fortsetzung ab nächster Seite)

Regionalverband Großraum Braunschweig[64]

Gegenstand des Verbandes

Der Niedersächsische Landtag hat in seiner Sitzung am 1. März 2017 das *Gesetz zur institutionellen Stärkung und Weiterentwicklung des Zweckverbandes Großraum Braunschweig* (ZGB) beschlossen. Mit Inkrafttreten am 22. März 2017 ist aus dem ZGB der *Regionalverband Großraum Braunschweig* (Regionalverband) hervorgegangen, der im Verbandsbereich weiterhin zwei wesentliche Aufgaben erfüllt:

- Nach dem *Niedersächsischen Raumordnungsgesetz* (NROG) ist er der Träger der **Regionalplanung** und untere Landesplanungsbehörde.
- Nach dem Niedersächsischen Nahverkehrsgesetz (NNVG) ist er ferner Aufgabenträger für den **öffentlichen Personennahverkehr auf Schiene** (SPNV) **und Straße** (ÖPNV).

Aufgabe der **Regionalplanung** ist es, übergeordnete, überörtliche und zusammenfassende Pläne oder Programme aufzustellen und fortzuschreiben sowie alle raumbedeutsamen Planungen aufeinander abzustimmen. Eine der wesentlichen Aufgaben im Bereich des **Nahverkehrs** ist die Erstellung und Umsetzung des Nahverkehrsplans (NVP), der den Rahmen für die Entwicklung des ÖPNV und das ausreichende Bedienungsangebot in der Region definiert.

Mit der Weiterentwicklung zum Regionalverband wurden dem Regionalverband zur Förderung der Entwicklung im Verbandsgebiet weitere Pflichtaufgaben übertragen:

- verkehrsträgerübergreifende Verkehrsentwicklungsplanung,
- Beratung der Kommunen bei der Planung, Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen und Entwicklung von Konzepten zur Verbesserung des Gewerbeflächenangebotes,
- Bereitstellung, Analyse und Bewertung von Daten zur Strukturentwicklung,
- Erarbeitung von Konzepten zur Koordinierung von Berufsschulstandorten,
- Erstellung regionaler Tourismuskonzepte,
- Entwicklung von Konzepten zum regionalen Hochwasserschutz.

Mit Zustimmung aller Verbandsglieder können dem Regionalverband weitere Aufgaben übertragen werden.

Öffentlicher Zweck des Verbandes

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem *Gesetz über den Regionalverband „Großraum Braunschweig“*[65] vom 27. November 1991.

Verbandsglieder

Verbandsglieder
Stadt Braunschweig
Stadt Salzgitter
Stadt Wolfsburg
Landkreis Gifhorn
Landkreis Goslar
Landkreis Helmstedt
Landkreis Peine
Landkreis Wolfenbüttel

[64] Der *Regionalverband Großraum Braunschweig* ist ein Zweckverband und somit keine berichtspflichtige Beteiligung der Stadt Braunschweig; die Darstellung erfolgt aufgrund des thematischen Zusammenhangs mit der *Braunschweiger Verkehrs-GmbH*.

[65] Nichtamtliche Abkürzung: *GrBraunZwVerbBildG ND*. Ehemals *Gesetz über die Bildung des Zweckverbandes „Großraum Braunschweig”*.

Organe des Verbandes (Stand: Februar 2023)

Organe des Verbandes sind die Verbandsversammlung, der Verbandsvorsitzende, der Verbandsausschuss, der Verbandsdirektor und der Verbandsrat.

Verbandsversammlung

Die **Verbandsversammlung** besteht aus 59 ehrenamtlich tätigen Mitgliedern aus allen Teilen des Verbandsgebietes. Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte den **Verbandsvorsitzenden**. Dem Vorsitzenden obliegen die repräsentative Vertretung des Regionalverbandes und der Vorsitz der Verbandsversammlung.

Vertreter der Stadt Braunschweig in der Verbandsversammlung (16)
Bratmann, Christoph
Disterheft, Matthias
Fricke, Martin
Gronefeld, Antoinette von
Hahn, Maximilian
Köster, Thorsten
Kurz, Jana
Müller, Carsten
Ramdor, Sophie
Retzlaff, Julia
Rosenbaum, Peter
Scherf, Gunnar
Schneider, Anke
Schramm, Ingo
Schröter, Dr. Frank
Viergutz, Kathrin Karola

Verbandsvorsitzender

Name	Funktion
Tanke, Detlef	**Verbandsvorsitzender** (Landkreis Gifhorn)
Kramer, Michael	erster stellv. Vorsitzender (Landkreis Peine)
Viergutz, Kathrin Karola	zweite stellv. Vorsitzende (Stadt Braunschweig)

Verbandsausschuss

Der Verbandsausschuss gibt Empfehlungen zu anstehenden Beschlüssen der Verbandsversammlung und kann auch eigenständig Beschlüsse fassen. Neben dem Vorsitzenden und weiteren 12 Mitgliedern der Verbandsversammlung gehört ihm der Verbandsdirektor mit beratender Stimme an.

Zur fachlichen Vorbereitung der Beschlüsse der Verbandsversammlung sind zwei Fachausschüsse für Regionalentwicklung und für Regionalverkehr eingerichtet worden.

Verbandsdirektor

Ralf Sygusch
Anna Weyde (stellv. Verbandsdirektorin)

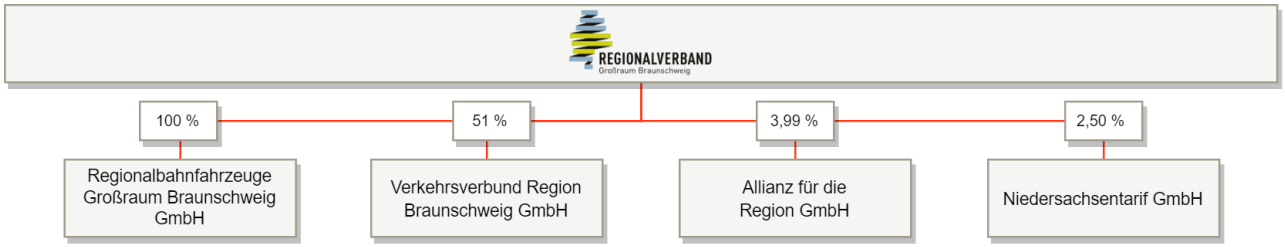
Verbandsrat

Dem Verbandsrat gehören die Hauptverwaltungsbeamten der Verbandsglieder mit Stimmrecht sowie der Verbandsvorsitzende und der Verbandsdirektor mit beratender Stimme an. Vorsitzender des Verbandsrates ist seit Januar 2023 Herr Oberbürgermeister Dr. Kornblum.

Der Verbandsrat hat beratende Funktion und kann verlangen, dass sich die Verbandsversammlung oder der Verbandsausschuss mit einer bestimmten Angelegenheit des Regionalverbandes befasst oder in bestimmten Angelegenheiten Empfehlungen zu Entscheidungen an die Verbandsversammlung abgeben, von denen die Verbandsversammlung nur mit einem Mehrheitsbeschluss abweichen darf.

Beteiligungen des Verbandes

Der Regionalverband verfügt mit der *Regionalbahnfahrzeuge Großraum Braunschweig GmbH* über eine 100%ige Tochtergesellschaft. Ferner ist er mehrheitlich an der *Verkehrsverbund Region Braunschweig GmbH* (VRB-GmbH) und geringfügig an zwei weiteren Gesellschaften beteiligt.



Anzahl der Arbeitnehmer (Stand: Februar 2023)

Aktuell sind in der Verwaltung des Regionalverbandes rd. 70 Arbeitnehmer beschäftigt.

Geschäftsverlauf und voraussichtliche Entwicklung des Verbandes

Im Haushaltsplan 2021 der Stadt Braunschweig waren Transferaufwendungen als Verbundumlage i. H. v. 2.365 T€ veranschlagt, die auf gesetzlicher Grundlage durch den Regionalverband erhoben wird[66].

Mit Übertragung weiterer Aufgaben durch das *Gesetz zur institutionellen Stärkung und Weiterentwicklung des Zweckverbands „Großraum Braunschweig“* stieg der Personalbedarf des Regionalverbandes ab dem Jahr 2017 an. Zudem ergab sich ein weiterer erhöhter Personalbedarf aufgrund anderer gesetzlicher Regelungen und auf den Verband entfallender neuer Aufgaben als ÖPNV-Aufgabenträger.

Zum 1. Januar 2017 wurde das Niedersächsische Nahverkehrsgesetz (NNVG) umfassend geändert. Diese Änderungen hatten auf den Regionalverband folgende Auswirkungen:

1. **Zusätzliche Regionalisierungsmittel für den Regionalverband als Aufgabenträger für den Schienen- und Öffentlichen Personennahverkehr** (§ 7 NNVG)

Durch die Änderung des § 7 Abs. 1 NNVG fließen dem Regionalverband als Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) in erheblichem Umfang neue Finanzmittel aus dem Betrag zu, der dem Land Niedersachsen nach dem Regionalisierungsgesetz (RegG) aus Bundesmitteln zusteht, die bis 2031 bereits festgelegt worden sind und sich stufenweise erhöhen. Für das Land Niedersachsen ergibt sich hieraus eine jährliche Steigerung der Mittel um etwa 2 %. In dem Haushaltsplan 2021 des Regionalverbandes waren Zuweisungen nach § 7 NNVG i. H. v. 111.795 T€ eingeplant.

Die Zuweisungen des Landes Niedersachsen nach § 7 NNVG bilden die größte Ertragsposition des Regionalverbandes, die zur Finanzierung der Aufgaben im Bereich Regionalverkehr zu verwenden ist. Mit diesen Mitteln werden Ausgaben für unterschiedliche konsumtive und investive Maßnahmen vorgenommen. In begrenztem Umfang werden hiermit ebenfalls Personalkosten der Verbandsverwaltung gedeckt, die mit der Umsetzung dieser Maßnahmen im Zusammenhang stehen.

[66] § 9 GrBraunZwVerbBildG ND.

2. Rabattierter Ausbildungsverkehr im straßengebundenen ÖPNV (§ 7a NNVG)

Das Land Niedersachsen hat die Ausgleichszahlungen nach § 45a Personenbeförderungsgesetz (PBefG) aus beihilferechtlichen Erwägungen durch eine landesrechtliche Regelung in § 7a NNVG ersetzt. Ein Kernpunkt der Gesetzesänderung ist die Kommunalisierung der Ausgleichsmittel an die Verkehrsunternehmen für die Rabattierung der Preise für die Zeitfahrausweise des Ausbildungsverkehrs. In diesem Zuge erfolgte auch eine Verlagerung der Zuständigkeit unter entsprechender Mittelzuweisung (rd. 14 Mio. €) auf die Ebene des Regionalverbands. Der Ausgleichsanspruch der Verkehrsunternehmen richtet sich somit nicht mehr gegen das Land Niedersachsen, sondern an den Regionalverband. Die entsprechenden Verträge der *Landesnahverkehrsgesellschaft GmbH* (LNVG) mit den Verkehrsunternehmen wurden zum 31. Dezember 2016 gekündigt. Der Regionalverband hat somit seither in eigener Verantwortung unter Berücksichtigung der rechtlichen Vorgaben – insbesondere der EU-Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 – eine Regelung zur Umsetzung zu treffen.

3. Weiterentwicklung des straßengebundenen ÖPNV („Zweite Säule“) (§ 7b NNVG)

Bei der sog. „Zweiten Säule“ handelt es sich um zusätzliche Mittel, die das Land Niedersachsen den ÖPNV-Aufgabenträgern seit dem Jahr 2017 zur Verfügung stellt. Dem Regionalverband als ÖPNV-Aufgabenträger stehen seit dem Jahr 2017 Mittel i. H. v. rd. 3 Mio. € pro Jahr zur Verfügung, die zur finanziellen Unterstützung im Hinblick auf die Weiterentwicklung des straßengebundenen ÖPNV dienen. Diese Mittel sind insbesondere für die Entwicklung von zusätzlichen über die bereits bestehenden ÖPNV-Angebote hinausgehenden Maßnahmen zu verwenden, die den Linienverkehr in Räumen und Zeiten schwacher Nachfrage ergänzen und besonders auf wechselnde Nachfrage zugeschnitten sind (flexible Bedienformen).[67]

* * *

[67] S. § 7b Abs. 2 NNVG.

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

23-20787
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Doppelhaushalt 2023/2024 Konzept zur Erstellung eines Zwischenberichtes

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	01.03.2023

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)	02.03.2023	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	14.03.2023	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	21.03.2023	Ö

Beschluss:

„Dem vorgelegten Konzept zur Erstellung eines Zwischenberichtes zum Doppelhaushalt 2023/2024 wird zugestimmt."

Sachverhalt:

Mit dem Ratsbeschluss 22-18055 aus der Sitzung vom 29.03.2022 wurde die Verwaltung gebeten, einen standardisierten, kompakten Zwischenbericht zum Doppelhaushalt 2023/2024 zu erarbeiten und dem Rat zur Entscheidung vorzulegen. Mit dem Zwischenbericht soll Transparenz der laufenden Haushaltsaktivitäten des zweijährigen Beschlusszeitraumes geschaffen werden.

Als Anlage ist ein Muster des zukünftigen Zwischenberichtes beigefügt. Der Zwischenbericht zum Doppelhaushalt 2023/2024 wird dem Beschluss entsprechend dem Rat im 1. Quartal 2024 vorgelegt. Aufgrund des Berichtszeitpunktes wird über die Ergebnisse zum Ende des 1. Planjahres berichtet. Zum Ende eines 1. Quartals können die Prozesse des Jahresabschlusses noch nicht so weit vorangeschritten sein, dass für den Ergebnishaushalt verbindliche Ergebnisse vorliegen. Aufgrund seiner dann bereits größeren Verbindlichkeit stehen deshalb insbesondere Angaben aus dem Finanzhaushalt im Fokus des Berichtes.

In dem Zwischenbericht wird jeweils ein Plan-/Ist-Vergleich zum 1. Planjahr angestellt. Daneben erfolgt eine Darstellung der beschlossenen Ansätze für das 2. Planjahr des Doppelhaushaltes. Es erfolgt eine Betrachtung von Angaben aus dem Gesamtfinanzhaushalt: Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit, Saldo aus Investitionstätigkeit, Saldo aus Finanzierungstätigkeit und der Finanzmittelveränderung. Außerdem werden einzelne, besonders bedeutsame Teilfinanzhaushalte, insbesondere der Teilfinanzhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft, betrachtet und so u. a. die Entwicklung der Steuern und der Schlüsselzuweisungen vom Land aus dem 1. Planjahr abgebildet. Darüber hinaus wird im Zwischenbericht hinsichtlich der Verschuldung über die geplante und tatsächliche Kreditaufnahme aus dem 1. Planjahr berichtet. Aus dem Ergebnishaushalt wird über die Kennzahlen zum vorläufigen Jahresüberschuss bzw. -fehlbetrag und der Zinslastquote berichtet.

Der Entwurf stellt einen Vorschlag zum generellen Vorgehen dar. Aussagen zu unerwarteten Entwicklungen könnten flexibel ergänzt werden

Geiger

Anlage/n:

Muster – Zwischenbericht zum Doppelhaushalt 2023/2024

Zwischenbericht zum Doppelhaushalt 2023/2024

Gesamtfinanzhaushalt	**Ansatz 2023**	**Buchungs-stand 2023**	**Ansatz 2024**
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.084.307		-3.067.978
Saldo aus Investitionstätigkeit	-153.561.100		-108.275.100
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	139.617.500		87.948.500
Finanzmittelveränderungen	-12.859.293		-23.394.518
Erläuterung…			

Teilfinanzhaushalte	**Ansatz 2023**	**Buchungs-stand 2023**	**Ansatz 2024**
TH Allg. Finanzwirtschaft			
Finanzmittelveränderungen	734.291.836		688.323.994
davon			
Einzahlungen Gewerbesteuer	190.000.000		195.000.000
Einzahlungen Gemeindeant. Einkommensteuer	157.600.000		166.200.000
Einzahlungen Schlüsselzuweiseungen v. Land	149.700.000		150.700.000
Erläuterung…			
TH FB 20 Finanzen			
Saldo aus Investitionstätigkeit	-127.748.000		-79.676.800
Finanzmittelveränderungen	-198.663.360		-139.303.400
davon			
Auszahlungen Grundst.+baul.Anlagen - Instandhaltungen	35.178.200		34.871.700
Auszahlungen Baumaßnahmen	33.303.100		76.961.000

Teilfinanzhaushalte	Ansatz 2023	Buchungs-stand 2023	Ansatz 2024
Erläuterung…			
TH FB 50 Soziales und Gesundheit			
Finanzmittelveränderungen	-70.531.125		73.352.765
davon			
Transferauszahlungen ohne Invest.	139.610.415		141.961.715
Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	73.899.800		74.065.700
Erläuterung…			
TH FB 51 Kinder, Jugend und Familie			
Finanzmittelveränderungen	-164.244.001		170.539.051
davon			
Transferauszahlungen ohne Invest.	138.036.852		143.197.173
Erläuterung…			

Kennzahlen	Ansatz 2023	Prognose 2023	Ansatz 2024
Ergebnishaushalt Jahresüberschuss / -fehlbetrag (vorläufiger Stand)	-31.338.744		-51.906.882
Kredite - Stand am 31.12. (ohne Experimentierklausel)	369.700.000		479.100.000
Zinslastquote	1%		1%
Erläuterung…			

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

23-20554
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	16.02.2023

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)	02.03.2023	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	14.03.2023	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	21.03.2023	Ö

Beschluss:

„Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt."

Sachverhalt:

Gemäß § 111 Abs. 8 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz in Verbindung mit § 26 Kommunalhaushalts- und -kassenverordnung entscheidet seit dem 20. Mai 2009 der Rat über die Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 100 €. Mit Beschluss vom 16. Februar 2010 hat der Rat für Zuwendungen von über 100 € bis höchstens 2.000 € von der in der Verordnung geregelten Delegationsmöglichkeit an den Verwaltungsausschuss Gebrauch gemacht, so dass hiermit lediglich ein Beschlussvorschlag bezüglich der Zuwendungen über 2.000 € vorgelegt wird.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass bei der Festlegung der Wertgrenzen eine Sonderregelung zu sogenannten Kettenzuwendungen zu beachten ist. Nach den Regelungen der o. g. Verordnung werden als Kettenzuwendungen mehrere Einzelzuwendungen eines Gebers innerhalb eines Haushaltsjahres bezeichnet, deren Werte erst in der Summierung die für die Zuständigkeiten maßgeblichen Wertgrenzen überschreiten. Ein entsprechender Hinweis ist der Spalte Zuwendungszweck/Erläuterungen zu entnehmen.

Eine weitere Besonderheit sind Zuwendungen von Ratsmitgliedern, sonstigen Mitgliedern von Ausschüssen, Stadtbezirksräten oder von der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister. Nach § 58 Abs. 1 Nr. 20 NKomVG ist ausschließlich der Rat zuständig für die Beschlussfassung über Verträge mit dem vorgenannten Personenkreis. Bei Zuwendungen handelt es sich formell um Schenkungsverträge. Demnach müssen alle Spenden und Zuwendungen des vorgenannten Personenkreises dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Die Zuwendungen werden erst nach der entsprechenden Entscheidung angenommen bzw. vermittelt. Ausnahmen bilden die Zuwendungen, für die eine nachträgliche Zustimmung erforderlich ist, weil sie zweckgebunden vor der Gremienentscheidung verwendet werden sollen oder von dem zuständigen Fachbereich versehentlich nicht fristgerecht gemeldet wurden. Zuwendungsbestätigungen werden erst nach dem erforderlichen Gremienbeschluss zur Annahme oder Vermittlung ausgestellt.

Nach einem Jahreswechsel wird regelmäßig eine hohe Zahl an Zuwendungen zur nachträglichen Zustimmung gemeldet, da einheitlich alle noch im Vorjahr bekanntgewordenen Zuwendungen diesem Haushalts-/Kalenderjahr zugeordnet werden.

Nähere Informationen zu den einzelnen Zuwendungen sind den Anlagen zu entnehmen.

Geiger

Anlage/n:
Anlage 1 (Rat) Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig - nachträgliche Zustimmung (2022)
Anlage 2 (Rat) Vermittlung von Zuwendungen an Dritte - nachträgliche Zustimmung (2022)
Anlage 3 (Rat) Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig (2023)
Anlage 4 (Rat) Vermittlung von Zuwendungen an Dritte (2023)

Fachbereich 20
20.51

Anlage 1
(Rat)

Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig - nachträgliche Zustimmung (2022)

Fachbereich 37

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Öffentliche Sachversicherung Braunschweig	11.140,00 €	Förderung des Brandschutzes Zuschuss zur Anschaffung von einer Feuerwehrhaus-Grundausstattung, vier Löschgruppenfahrzeugen 10, einem Einsatzleitwagen und einem Wassersauger

Fachbereich 41

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Konzert- und Förderverein e.V.	Sachspende 1.000,00 €	Honorar für Auftragskomposition "Concertino" für Recording Artists Musikschule **Kettenzuwendung**
2	Konzert- und Förderverein e.V.	Sachspende 301,50 €	Eine Stagebox für die Blockflötenklasse Musikschule **Kettenzuwendung**
3	Konzert- und Förderverein e.V.	Sachspende 285,00 €	Fünf Clipmikrofone, fünf Flöten-Mikrofon-Halter und ein Basic Router für die Blockflötenklasse Musikschule **Kettenzuwendung**
4	Konzert- und Förderverein e.V.	Sachspende 792,00 €	Acht Mundstücke für Trompete Musikschule **Kettenzuwendung**
5	Konzert- und Förderverein e.V.	Sachspende 90,00 €	Etuitasche für Altflöte Musikschule **Kettenzuwendung**
6	Konzert- und Förderverein e.V.	Sachspende 90,00 €	Etuitasche für Bassflöte Musikschule **Kettenzuwendung**
7	Konzert- und Förderverein e.V.	Sachspende 29,70 €	Zwei Saiten für eine Bassgambe Musikschule **Kettenzuwendung**
8	Konzert- und Förderverein e.V.	Sachspende 88,00 €	Noten für die Juniorbläser Musikschule **Kettenzuwendung**

Fachbereich 41

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
9	Konzert- und Förderverein e.V.	Sachspende 19,80 €	Ein Saitenhalter für eine Viola Musikschule **Kettenzuwendung**
10	Konzert- und Förderverein e.V.	Sachspende 491,97 €	Kabel für verstärkte Instrumente (E-Pianos, Keyboards, E-Gitarre/Bass) und Schlaginstrumente für das Jugendblasorchester, die Elementare Musikpädagogik und Schlagwerkklassen sowie Ensembles Musikschule **Kettenzuwendung**

Fachbereich 20
20.51

Anlage 2
(Rat)

Vermittlung von Zuwendungen an Dritte - nachträgliche Zustimmung (2022)

Referat 0500

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungsempfänger	Zuwendungszweck/Erläuterungen
1	Jochen Staake Stiftung	65.857,21 €	diverse Braunschweiger Grundschulen	Aktion "Gesundes Schulfrühstück" 2022

Fachbereich 20
20.51

Anlage 3
(Rat)

Annahme von Zuwendungen an die Stadt Braunschweig (2023)

Fachbereich 37

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Karin Bliesener	1.000,00 €	Spende an die Ortsfeuerwehr Mascherode **Kettenzuwendung**
2	Karin Bliesener	500,00 €	Spende an die Ortsfeuerwehr Melverode **Kettenzuwendung**
3	Karin Bliesener	1.000,00 €	Spende an die Ortsfeuerwehr Rautheim **Kettenzuwendung**

Fachbereich 40

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Richard Borek Stiftung	28.000,00 €	Förderung der Alphabetisierungskurse insbesondere für aus dem Ausland zugezogene schulpflichtige Kinder und Jugendliche

Fachbereich 67

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungszweck / Erläuterungen
1	Michael Grisko	3.600,00 €	Stadtbaum 2324-240 Am Triangel

Fachbereich 20
20.51

Anlage 4
(Rat)

Vermittlung von Zuwendungen an Dritte (2023)

Referat 0500

lfd. Nr.	Zuwendungsgeber	Zuwendung Art / Wert	Zuwendungsempfänger	Zuwendungszweck/Erläuterungen
1	Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche	2.330,00 €	Braunschweiger Fonds für Kinder und Jugendliche, Schulen und Kindertagesstätten	Defizitausgleich Mittagessen, Einzelfallhilfe, Projektförderung

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

23-20577
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Anpassung der Angebote im Kindertagesstätten- und Schulkindbetreuungsbereich zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2023/2024

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat V 51 Fachbereich Kinder, Jugend und Familie	28.02.2023

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Jugendhilfeausschuss (Vorberatung)	01.03.2023	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	14.03.2023	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	21.03.2023	Ö

Beschluss:

1. Den in den Anlagen A und B dargestellten Angebotsanpassungen zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2023/2024 wird zugestimmt.

2. Die Verwaltung wird ermächtigt diese Angebotsanpassungen umzusetzen. Die erforderlichen Haushaltsmittel für den Kindertagesstättenbereich werden ergebnisbelastend im Haushalt eingeplant. In der Schulkindbetreuung wird der Mittelbedarf 2023 und Folgejahre aus dem Gesamthaushalt zur Verfügung gestellt.

3. Stellen sich zu Beginn des neuen Kindergarten- bzw. Schuljahres derzeit noch nicht erkennbare Änderungen in der Belegungssituation dar, so sollen Angebotsanpassungen kostenneutral im lfd. Kindergarten - bzw. Schuljahr 2023/2024 im Einvernehmen mit dem Träger realisiert werden. Der Jugendhilfeausschuss wird im 4. Quartal 2023 über die ggf. vorgenommenen Änderungen unterrichtet.

4. Angebotsanpassungen in städtischen Kindertagesstätten und Schulkindbetreuungseinrichtungen haben Auswirkungen auf den jeweiligen Personal- und Stellenbedarf. Die Stellenanpassungen werden im Rahmen des Stellenplanverfahrens berücksichtigt. Die Finanzierung erfolgt aus den im Budget zur Verfügung stehenden jeweiligen Sachmitteln.

Sachverhalt:

Im Rahmen der Planungskonferenz am 2. Februar 2023 wurden gemeinsam mit den freien Trägern die beantragten Veränderungen bzw. Angebotsanpassungen im Kindertagesstättenbereich sowie im Schulkindbetreuungsbereich für das Kindergarten- bzw. Schuljahr 2023/2024 abgestimmt.

Eine detaillierte Auflistung der Anträge zur Planungskonferenz 2023 ist in den Anlagen

A) Angebotsveränderungen im Kindertagesstättenbereich
B) Angebotsveränderungen in der Schulkindbetreuung

zusammengefasst.

Die grau hinterlegten Maßnahmen werden zur Umsetzung vorgeschlagen.

Umsetzungsvorschlag

Grundsätzlich besteht das Ziel Angebotsanpassungen im Kindertagesstättenbereich möglichst kostenneutral umzusetzen. Dies bedeutet, dass Ausweitungen von Betreuungszeiten oder die Einrichtung integrativer Gruppen nur möglich sind, wenn auf der anderen Seite Einsparungen, d.h. Gruppenreduzierungen oder Schließungen stehen.

Die Kostenneutralität ließ sich aufgrund der erforderlichen Angebotsanpassungen zur Sicherstellung des Rechtsanspruchs auf Kindertagesbetreuung bereits in den zurückliegenden Jahren nicht einhalten. Diese Entwicklung setzt sich fort und auch für das Kindergartenjahr 2023

Im Kindertagesstättenbereich wurden aktuell zwei Anträge auf Reduzierung der Betreuungszeiten gestellt. Die hierdurch generierten Einsparungen werden zur Realisierung der Ausweitung von Betreuungszeiten und integrativen Gruppen eingesetzt. Dies ist zur Gesamtfinanzierung der bedarfsgerechten Umsetzung der beantragten Angebotsanpassungen nicht ausreichend.

Die freien Träger von Kindertagesstätten haben im Rahmen der Planungskonferenz darauf hingewiesen, dass die Umsetzung der Angebotsanpassungen zum 1. August 2023 letztendlich auch von der Personalsituation abhängt und angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels Verzögerungen nicht ausgeschlossen werden können.

Bei den Berechnungen werden die Nettobeträge, bezogen auf ein gesamtes Kindergarten- bzw. Schuljahr (12 Monate) zu Grunde gelegt. Für das Haushaltsjahr 2023 fallen somit 5/12 der ermittelten Kosten an.

Zur Erreichung des Rechtsanspruches auf Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich ab dem Jahr 2026 soll die Versorgungsquote an Grundschulen durch die Fortführung des Ausbauprogramms auf stadtweit 80% bis zum Schuljahr 2025/2026 gesteigert werden. Mittel für die Schaffung von 200 Plätzen zusätzlich pro Schuljahr stehen zur Verfügung. Mit diesen Mitteln werden auch Bedarfe an kooperativen Ganztagsgrundschulen gedeckt. Prioritär werden hier KoGSn berücksichtigt, deren Versorgungsquote noch nicht 60% erreicht hat bzw. bei denen eine hohe sozialräumliche Handlungsnotwendigkeit besteht. Notwendige Erweiterungsbedarfe, die die Vorgabe von 200 neuen Betreuungsplätzen überschreiten, können gegebenenfalls aus Mitteln, die im Vorjahr nicht wie vorgesehen zur Umsetzung von zusätzlichen Betreuungskapazitäten verwandt wurden, realisiert werden.

Weiterhin gilt die Zielvorgabe der flächendeckenden Einführung der kooperativen Ganztagsgrundschule, der in diesem Jahr mit dem Start des Ganztagsbetriebs an der Grundschule Rautheim mit 50 zusätzlichen Betreuungsplätzen Rechnung getragen wird.

An 5 weiteren KoGSn sind 111 Plätze zur Umwandlung vorgesehen. Darüber hinaus sollen an 3 Standorten der Schulkindbetreuung in und an Schulen insgesamt 52 Betreuungsplätze realisiert werden.

Den gemeldeten Betreuungsbedarfen der Freien Schule und der Grundschule Lindenberg kann mit den zur Verfügung stehenden Mitteln nicht entsprochen werden.

A) Angebotsveränderungen im Kindertagesstättenbereich

Alle Anträge für den Bereich der Kindertagesstätten sind in der Anlage A aufgeführt. Die grau hinterlegten Anträge werden zur Einbeziehung in die städtische Förderung vorgeschlagen.

- Anträge zu Angebotsreduzierungen

Im Kindertagesstättenbereich wurden **zwei Anträge** auf Gruppenreduzierungen gestellt.

Die Reduzierung in der städt. Kita Karlstraße erfolgt aufgrund geänderter Bedarfslage und bedarfsorientierter Steuerung der Belegung.

Die Reduzierung in der ev. Kindertagesstätte Ahrplatz beruht laut Angaben des Trägers (ev. Kirchengemeinde Weststadt) auf dem bereits seit längerem bestehenden und nicht zu behebenden Personalmangel am betreffenden Standort. Die Reduzierung erfolgt daher, um mit dem vorhandenen Personal eine ein zuverlässiges Betreuungsangebot vorzuhalten. Die Kirchengemeinde sieht keine Handlungsalternative. Da Personalangelegenheiten der Trägerhoheit unterliegen, hat die Stadt auf die geplante Reduzierung keinen unmittelbaren Einfluss.

Daraus resultieren Einsparungen in Höhe von insgesamt 35.377 €, die für die Finanzierung der Ausweitungen und Umwandlungen der Betreuungsangebote zur Verfügung stehen.

Die Planungskonferenz hat der vorgeschlagenen Umsetzung einvernehmlich zugestimmt.

- Anträge zu Angebotsausweitungen

Im Bereich der Angebotsausweitungen liegen insgesamt **drei Anträge** vor.

Die Anträge für die städtische Kindertagesstätte Riddagshausen und das Heinrich-Jasper-Haus beziehen sich auf die Ausweitung der Betreuungszeit von fünf (M1) auf sechs Stunden (M2) bzw. von 6 Stunden auf eine Ganztagsbetreuung (> 7 Stunden). Dies erfolgt bedarfsgerecht.

Als Träger der öffentlichen Jugendhilfe hat die Stadt Braunschweig gemäß § 24 SGB VIII darauf hinzuwirken, dass für Kindergartenkinder ein bedarfsgerechtes Angebot an Ganztagsplätzen zur Verfügung steht. Unter Berücksichtigung dieser gesetzlichen Vorgabe, wird seitens der Fachverwaltung daher vorgeschlagen, die entsprechenden Angebotsausweitungen zum Kindergartenjahr 2023/2024 umzusetzen.

Der Antrag des Ev.-luth. Propsteiverbandes zur Ausweitung bzw. Umwandlung des Angebotes in der Kindertagesstätte Christuskirche wird nicht priorisiert. Bereits im Vorjahr wurde ein ähnlicher Antrag gestellt, der letztendlich aufgrund des bestehenden Bestandsschutzes und Vorgaben zum Erhalt der Betriebserlaubnis durch das Regionale Landesamt für Schule und Bildung nicht umgesetzt werden konnte. Selbiges trifft auf die nun beantragten Angebotsanpassungen zu. Eine erneute Priorisierung des Antrages ist daher unter den gegebenen Umständen nicht zielführend.

Für die Umsetzung der priorisierten Maßnahmen sind Mittel in Höhe von insgesamt 35.780 € erforderlich. Davon entfallen anteilig 14.908 € (5/12) auf das Jahr 2023.

Die Planungskonferenz hat der vorgeschlagenen Umsetzung einvernehmlich zugestimmt.

- Anträge zu Integrationsangeboten

Es liegen insgesamt **acht Anträge** auf Umwandlung bestehender Regelgruppen in integrative Gruppen für jeweils zwei bis vier Kinder mit heilpädagogischem Förderbedarf vor.

Aktuell warten stadtweit knapp 50 Kinder mit einem anerkannten Förderbedarf auf einen Betreuungsplatz und werden vorübergehend im Rahmen der Regelbetreuung und/oder Frühförderung versorgt. Es ist zu erwarten, dass die Zahl bis zum Beginn des Kindergartenjahres weiter steigt. Da alle aktuell vorhandenen Integrationsplätze belegt sind und die steigende Nachfrage nicht kompensiert werden kann, wird seitens der Verwaltung die Umsetzung aller Anträge vorgeschlagen.

Die Kommune ist verpflichtet den Rechtsanspruch für alle Kinder sicherzustellen – mit und ohne Behinderung. Die geplante Umstrukturierung von Regelgruppen in integrative Gruppe stellt insofern keine (freiwillige) Standardausweitung dar, sondern folgt einer rechtlichen Verpflichtung nach § 20 NKiTaG i.V.m. dem SGB. Gemäß § 4 Abs. 7 NKiTaG gilt das Ziel der wohnortnahen Betreuung sowohl für Kinder mit als auch ohne Behinderung. Entsprechend ist es besonders begrüßenswert, dass sich die Anträge so gut über die Trägerlandschaft und das Stadtgebiet verteilen.

Der Ausbau und die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der integrativen Betreuung in Krippen und Kindergärten ist zudem auch Bestandteil des Kommunalen Aktionsplans Integration (KAP, hier: Maßnahme 6.1.1., DS 22-18342).

Die mit der Umwandlung einhergehende Reduzierung von Kindergartenplätzen wird durch Maßnahmen zum Kita-Ausbau und die geplanten Inbetriebnahmen im Kita-Jahr 2023/2024 kompensiert.

Für die Einrichtung der Integrationsgruppen sind zusätzliche Mittel in Höhe von 123.625 € erforderlich. Davon entfallen anteilig 51.510 € (5/12) auf das Jahr 2023.

Die Planungskonferenz hat der vorgeschlagenen Umsetzung einvernehmlich zugestimmt.

- Maßnahmen zum Kita Ausbau

Die lediglich nachrichtlich aufgeführten Maßnahmen zum Kita-Ausbau werden perspektivisch im Kindergartenjahr 2023/2024 umgesetzt.

Weitere Maßnahmen befinden sich in der Vorabstimmung mit freien Trägern und werden aufgrund der noch nicht ausreichenden Planungsreife oder späteren Inbetriebnahme nicht aufgeführt.

B) Angebotsveränderungen im Schulkindbetreuungsbereich

Auf Grund der im Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel kann die Umsetzung der grau hinterlegten Anträge zum Schuljahr 2023/2024 erfolgen.

<u>Auswirkungen auf den Stellenplan</u>

Die Angebotsausweitungen in den städtischen Kitas Karlstraße, Riddagshausen und Pfälzerstraße wirken sich wie nachfolgend dargestellt auf den Stellenplan aus:

a) Pädagogisches Personal

Kita Karlstraße	- 0,56 Stellen
Kita Riddagshausen	+ 0,32 Stellen
Kita Pfälzerstraße	+ 1,49 Stellen

b) Personal im Hauswirtschaftsbereich

Kita Karlstraße	- 0,04 Stellen
Kita Riddagshausen	+ 0,11 Stellen
Kita Pfälzerstraße	keine Auswirkungen

Die im Rahmen der Umwandlung der Grundschule Rautheim in eine KoGS vorgesehene Einrichtung von zwei Betreuungsgruppen in städtischer Trägerschaft (durch den Jugendtreff Rautheim) wirkt sich wie nachfolgend dargestellt auf den Stellenplan aus:

Jugendtreff Rautheim / Außengruppe an der KoGS Rautheim	+ 2,1 Stellen

Die im Rahmen der Erweiterung der KoGS Rühme vorgesehen Einrichtung ein kleiner Betreuungsgruppe bis 16:00 Uhr in städtischer Trägerschaft (durch das Kinder- und Jugendzentrum Veltenhof-Rühme) wirkt sich wie nachfolgend auf den Stellenplan aus:

KJZ Veltenhof-Rühme / Außengruppe an der KoGS Rühme	+ 0,64 Stellen

Finanzielle Auswirkungen

Für die Umsetzung der beantragten Maßnahmen zu den Angebotsausweitungen und der Einrichtung der Integrationsgruppen sind Mittel in Höhe von insg. 159.406 € jährlich erforderlich. Davon entfallen anteilig rd. 66.419 € (5/12) auf das Jahr 2023.

Zur Deckung des Mittelbedarfs stehen auf Grund von Angebotsreduzierungen 35.377 € für die Maßnahmen zu den Angebotsausweitungen zur Verfügung sowie weitere 66.693 € aus Restmitteln von geplanten Angebotsveränderungen, die im Kiga-Jahres 2022/2023 nicht umgesetzt werden konnten, d.h. insg. 102.070 €.

Die somit zusätzlich benötigten Mittel in Höhe von 57.336 € jährlich (anteilig 5/12, d.h. 23.890 € für das Jahr 2023) werden ergebnisbelastend im Haushalt eingeplant.

Freiwerdende Mittel im Schulkindbetreuungsbereich können für die Finanzierung der Angebotsausweitung in bestehenden kooperativen Ganztagsgrundschulen sowie für die Realisierung noch weiterer eingehender Anträge zum Ausbau der Schulkindbetreuung in und an Schulen genutzt werden.

Mit Ratsbeschluss vom 05.07.2022 wurde der Ausbau der Schulkindbetreuung um mindestens 200 Plätze pro Jahr bis 2026 beschlossen. Priorität hat vor dem Hintergrund der Einführung des Rechtsanspruches auf Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich ab 2026 die Schaffung dieser Plätze in vollem Umfang. Für Angebote, die in der Anlage B mit Priorität belegt sind, jedoch möglicherweise nicht zur Umsetzung kommen können, werden im ersten Schritt solche Angebote nachgerückt, die angemeldet, jedoch nicht mit Priorität behandelt waren.

Eine Weitergabe freiwerdender Mittel zur Deckung von Angebotsumstrukturierungen im Kindertagesstättenbereich ist vor dem Hintergrund des Rechtsanspruches somit nicht möglich.

Zuständigkeit

Durch die Veränderungen bzw. Angebotsanpassungen im Kindertagesstättenbereich sowie im Schulkindbetreuungsbereich zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2023/2024 wird die Etathoheit des Rates einschließlich der sich hieraus ergebender Auswirkungen auf den Stellenplan tangiert. Des Weiteren entscheidet der Rat nach § 5 Abs. 3 der Satzung für das Jugendamt in Angelegenheiten der Jugendhilfe von grundsätzlicher Bedeutung.

Albinus

Anlage/n:

Anlage A_ Angebotsveränderungen im Kindertagesstättenbereich
Anlage B_ Angebotsveränderungen in der Schulkindbetreuung

A) Angebotsveränderungen im Krippen- und Kindergartenbereich

Anträge zu Angebotsreduzierungen (Einsparungen)

Stadtbezirk	Träger/Einrichtung	Veränderung	
		bisher	neu
120 Östliches Ringgebiet	Stadt Braunschweig; Kita Karlstraße	GG (20)	M2 (20)
221 Weststadt	Ev.-luth. PV; Kita Ahrplatz	M2 (14) / G (10)	M2 (24)

Anträge zu Angebotsausweitungen

Stadtbezirk	Träger/Einrichtung	Veränderung	
		bisher	neu
112 Wabe-Schunter-Beberbach	Stadt Braunschweig, Kita Riddagshausen	M1 (16)	M2 (16)
330 Nordstadt - Schunteraue	Ev.-luth. PV Kita Christuskirche	kl. M1 (10)	KG (15) oder GG (15)
330 Nordstadt - Schunteraue	Falkenheim; Heinrich-Jasper-Haus	M2 (20)	GG (20)

Anträge zu Integrationsangeboten

Stadtbezirk	Träger/Einrichtung	Veränderung	
		bisher	neu
111 Hondelage - Volkmarode	AWO; Kita Volkmarode	GG (25)	IG (18)
112 Wabe-Schunter-Beberbach	Caritas-Verband; Kita St. Marien	GG (25)	IG (18)
221 Weststadt	Waldorf; Rudolf-Steiner-Straße	M2 (25)	IM2 (18)
310 Westliches Ringgebiet	AWO; Kita Kinderwerk	GG (18)	IG (18)
321 Lehndorf-Watenbüttel	Ev.-luth. PV; Kita St. Marien Lamme	GG (25)	IG (17)
322 Nördliche Schunter-/ Okeraue	Stadt Braunschweig; Kita Pfälzerstraße	GG (25)	IG (18)
323 Nördliche Schunter-/ Okeraue	Ev.-luth. PV; Kita Wenden	GG (20)	IG (15)
330 Nordstadt - Schunteraue	Sterntaler; Kita Morgenstern	GG (25)	IG (18)

nachrichtlich (Kita-Ausbau):

Stadtbezirk	Träger/Einrichtung	Veränderung	
		bisher	neu
112 Wabe-Schunter-Beberbach	Klitzeklein, Kornblumenstraße		2 KG (30); 1 IG (18)
321 Lehndorf-Watenbüttel	PTB, Die kleinen Murmeltiere		1 KG (15); 1 IG (18)
322 Nördliche Schunter-/ Okeraue	VW (Betriebskita); Kita Ohefeld		3 KG (15); 2 G (16)
330 Nordstadt - Schunteraue	Johanniter, Warnekamp		3 KG (45); 1 G (25), 1 IG (18)

Erläuterungen der Abkürzungen der Angebotsformen:
V= Vormittags (4 Stunden)
M1= Mittel 1 (5 Stunden)
M2= Mittel 2 (6 Stunden)
G= Ganztags (ab 7 Stunden)
KG= Krippengruppe
kl.= kleine Gruppe
aü = altersübergreifend
Misch M1/G= Mischgruppe 5 und ab 7 Stunden
Misch M2/G= Mischgruppe 6 und ab 7 Stunden
IM2= Integrationsgruppe Mittel 2 (6 Stunden)
IG= Integrationsgruppe ganztags (ab 7 Stunden)

Anlage B

B) Angebotsveränderungen in der Schulkindbetreuung

Stadtbezirk	Schule Träger/Einrichtung	Veränderung	Neue Plätze
112 Wabe-Schunter-Beberbach	GS Gliesmarode Träger ungeklärt	Einrichtung einer Regelgruppe bis 15.00 Uhr	**20**
112 Wabe-Schunter-Beberbach	GS Querum Träger ungeklärt	Einrichtung einer Regelgruppe bis 15.00 Uhr	**20**
120 Östliches Ringgebiet	Freie Schule e.V.	Aufstockung einer kleinen Gruppe bis 15.00 Uhr auf Regelgruppengröße	**8**
130 Mitte	GS Edith Stein Till Eulenspiegel	Einrichtung einer Kleinen Gruppe bis 15.00 Uhr	**12**
212 Südstadt-Rautheim-Mascherode	GS Lindenberg DRK/Die Johanniter	Einrichtung einer Regelgruppe bis 15.00 Uhr	**20**
212 Südstadt-Rautheim-Mascherode	GS Rautheim Umwandlung KoGS KJZ Rautheim/DRK	Umwandlung von 4 Schulkindbetreuungsgruppen bis 16.00 Uhr in KoGS Gruppen	**0**
212 Südstadt-Rautheim-Mascherode	GS Rautheim Umwandlung KoGS KJZ Rautheim/DRK	Einrichtung zweier Regelgruppen bis 15.00 Uhr	**50**
221 Weststadt	KoGS Ilmenaustraße DKSB	Einrichtung zweier Regelgruppen bis 15.00 Uhr	**50**
310 Westliches Ringgebiet	KoGS Hohestieg DRK/Naturfreunde	Einrichtung einer Regelgruppe bis 15.00 Uhr	**12**
310 Westliches Ringgebiet	KoGS Diesterwegstraße DKSB	Einrichtung einer Regelgruppe bis 15.00 Uhr	**12**
321 Lehndorf-Watenbüttel	KoGS Lehndorf KJZ Turm	Einrichtung einer Regelgruppe bis 15.00 Uhr	**25**
322 nördl. Schunter-/Okeraue	KoGS Rühme KJZ Rühme	Einrichtung einer Regelgruppe bis 16h	**12**
Gesamt			241
Summe zur Umsetzung vorgesehene Plätze:			**213**

KoGS: Kooperative Ganztagsgrundschule			
Kleine Gruppe KG: 12 Betreuungsplätze			
Regelgruppe RG: 20 Betreuungsplätze			
Regelgruppe 15.00 Uhr KoGS: 25 Betreuungsplätze			
zur Umsetzung vorgesehen	nicht zur Umsetzung vorgesehen		

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

23-20585
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Festsetzung von Teilnahmeentgelten für die geplanten Ferienfreizeiten des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie in den Oster-, Sommer- und Herbstferien 2023, in den Weihnachtsferien 2023/2024 sowie für die Familienfreizeit 2023

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat V 51 Fachbereich Kinder, Jugend und Familie	28.02.2023

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Jugendhilfeausschuss (Vorberatung)	01.03.2023	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	14.03.2023	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	21.03.2023	Ö

Beschluss:

Die Teilnehmerentgelte für die geplanten Ferienfreizeiten des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie in den Oster-, Sommer- und Herbstferien 2023, in den Weihnachtsferien 2023/2024, sowie für die Familienfreizeit 2023 werden wie folgt festgesetzt:

1. Osterferienfreizeit im Schullandheim des Märkischen Kreises auf Norderney vom 1. bis 8. April 2023

   - 386 € pro Teilnehmerin/Teilnehmer wohnhaft in Braunschweig
   - 426 € pro Teilnehmerin/Teilnehmer wohnhaft außerhalb Braunschweig und/oder wohnhaft in einer Einrichtung der Stationären Jugendhilfe

2. Familienfreizeit auf dem Kinder- und Jugendzeltplatz Lenste vom 6. bis 13. Mai 2023

   - 220 € pro Teilnehmerin/Teilnehmer wohnhaft in Braunschweig

     - Kinder unter 3 Jahren 52 €
     - Kinder von 3 bis 6 Jahren 136 €

   - 260 € pro Teilnehmerin/Teilnehmer wohnhaft außerhalb Braunschweigs und/oder wohnhaft in einer Einrichtung der Stationären Jugendhilfe

     - Kinder unter 3 Jahren 92 €
     - Kinder von 3 bis 6 Jahren 176 €

3. Sommerfreizeit auf dem Kinder- und Jugendzeltplatz Lenste vom 21. Juli bis 6. August 2023

   - 335 € pro Teilnehmerin/Teilnehmer wohnhaft in Braunschweig
   - 505 € pro Teilnehmerin/Teilnehmer wohnhaft außerhalb Braunschweigs und/oder wohnhaft in einer Einrichtung der Stationären Jugendhilfe

4. Herbstfreizeit im Schulland- und Jugendheim Berlin in Braunlage/Hohegeiß vom 14. bis 21. Oktober 2023

   - 283 € pro Teilnehmerin/Teilnehmer wohnhaft in Braunschweig
   - 323 € pro Teilnehmerin/Teilnehmer wohnhaft außerhalb Braunschweigs und/oder wohnhaft in einer Einrichtung der Stationären Jugendhilfe

5. Winterfreizeit im Schulland- und Jugendheim Berlin in Braunlage/Hohegeiß vom 28. Dezember 2023 bis 4. Januar 2024

   - 295 € pro Teilnehmerin/Teilnehmer wohnhaft in Braunschweig
   - 335 € pro Teilnehmerin/Teilnehmer wohnhaft außerhalb Braunschweigs und/oder wohnhaft in einer Einrichtung der Stationären Jugendhilfe

6. Bei der Kalkulation der Entgelte für die Freizeiten von Ferien außerhalb Braunschweigs (FaBS) finden folgende Berechnungsdetails weiterhin Anwendung:

   - Die Gewährung eines Zuschusses von 5,00 € pro Person pro Tag für Teilnehmende aus Braunschweig sowie dem Betreuungspersonal für alle FaBS-Ferienfreizeiten (Oster-, Familien-, Sommer-, Herbst- und Winterfreizeit).

     Dieser Zuschuss wird allen nicht städtischen Trägern der Jugendhilfe bei Ferienmaßnahmen gewährt. Analog wird er auch bei der Ermittlung der Teilnehmerbeiträge für FaBS-Ferienfreizeiten weiterhin gewährt.

   - Für Teilnehmende aus Braunschweig wird für die Sommerfreizeit in Lenste weiterhin exklusiv eine zusätzliche FaBS-Unterstützung von 5,00 € pro Teilnehmenden pro Tag gewährt, um für die Freizeit im Hinblick auf den besonders hohen Anteil von Kindern aus sozial benachteiligten Familien ein bezahlbares Niveau zu etablieren.

   - Die Ermäßigung für Inhaber des Braunschweig-Passes wird wie folgt weiterhin geregelt:

     - Für das erstgeborene Teilnehmerkind wird ein Preisnachlass pro Tag von 10,00 € vom vollen Teilnehmerentgelt gewährt.
     - Für das zweitgeborene Kind (1. Geschwisterkind) gilt ein Preisnachlass von 50 % des Teilnehmerentgeltes des erstgeborenen Teilnehmerkindes.
     - Alle weiteren Geschwisterkinder erhalten einen Nachlass von 100 % des Teilnehmerentgeltes

- Teilnehmende, welche außerhalb Braunschweigs wohnhaft sind oder in stationären Einrichtungen der Jugendhilfe untergebracht sind, bekommen weiterhin keine Zuschüsse/Ermäßigungen wie Geschwisterermäßigung oder die FaBS-Unterstützung.

- Die Geschwisterermäßigung für die Ferienfreizeiten wird weiterhin wie folgt gehandhabt:

  - Für das erstgeborene Teilnehmerkind müssen 100 % des Teilnehmerentgeltes gezahlt werden.
  - Für das zweitgeborene Teilnehmerkind (1. Geschwisterkind) wird ein Preisnachlass von 50 % des Teilnehmerentgeltes gewährt.
  - Alle weiteren Geschwisterkinder erhalten einen Nachlass von 100 % des Teilnehmerentgeltes.

Es werden kostenlos Kinder von Betreuerinnen und Betreuern mitgenommen.

Die Aufwandsentschädigungen für die ehrenamtlichen Betreuungskräfte bleiben jeweils pro Tag bei 13,00 € für die Sommerferienfreizeit bzw. 8,50 € für die Oster-, Familien-, Herbst- und Winterfreizeit.

Sachverhalt:

Auch im Jahr 2023 ist beabsichtigt, von Seiten des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie während der Schulferien Ferienfreizeiten durchzuführen.

Die Osterfreizeit 2023 findet aufgrund der guten Nachfrage weiterhin auf der ostfriesischen Insel Norderney statt. Gesundes Klima und neue Freizeitperspektiven stehen im Vordergrund der Braunschweiger Nordsee-Freizeit. Jedoch hat sich Ferienmaßnahme, durch Inflation und Heraufsetzung des Tagessatzes der Unterkunft um 6,00 €, um 70,00 € verteuert.

Die Familienfreizeit 2023 findet im Mai in den Festgebäuden des Kinder- und Jugendzeltplatzes Lenste statt. 30 Personen (Familien mit noch nicht schulpflichtigen Kindern) können hier gemeinsam einen Kurzerholungsurlaub verbringen. Auch bei der Familienfreizeit ist durch die Inflation ein Anstieg der Teilnehmerentgelte zu verzeichnen.

Die Sommerfreizeit I wird wie in jedem Jahr von der Sportjugend Braunschweig vom 7. Juli bis 21. Juli 2022 auf dem Kinder- und Jugendzeltplatz Lenste durchgeführt.

Bei der Sommerfreizeit II der Stadt Braunschweig vom 21. Juli bis 6. August 2023 werden erneut bis zu 300 Kinder die Möglichkeit nutzen, ihre Sommerferien 2023 bei Sport, Spiel und Spaß an der Ostsee zu verbringen. Hier bietet der städtische Kinder- und Jugendzeltplatz in Lenste den Kindern und Jugendlichen alle erdenklichen Möglichkeiten einer sinnvollen Freizeitgestaltung.

Die Herbstfreizeit 2023 sowie die Winterfreizeit 2022/2023 (mit je 43 Kindern) wird im Oktober bzw. Dezember/Januar im Schulland- und Jugendheim Haus Berlin in Braunlage/Hohegeiß stattfinden.

Um die Kosten für Eltern auf einem angemessenen Niveau zu halten, bleibt weiterhin für das Jahr 2023 die Sommerfreizeit in Lenste auf 17 Tage gekürzt.

Einzelheiten zur Berechnung der Teilnahmeentgelte sind aus der Anlage ersichtlich.

Die Geschwisterermäßigung erweist sich immer wieder als voller Erfolg. Kinderreiche Familien aus Braunschweig kommen so in den Genuss preiswerter Ferien für ihre Kinder. Die weiteren Ermäßigungsmöglichkeiten für Braunschweig-Pass-Besitzer erleichtern Kindern aus einkommensschwachen Familien ebenfalls die Teilnahme an diesen Ferienmaßnahmen.

Um weiterhin Betreuungspersonal zu gewinnen und zu binden, ist eine Regelung für sogenannte „Betreuerkinder“ wichtig. Diese können jeweils von einem Betreuer bzw. einer Betreuerin kostenlos mitgenommen werden. Die Kosten werden aus dem Haushaltsansatz getragen. Für die Sommerferienfreizeit wird diese Möglichkeit für bis zu 10 Betreuerkinder und für die Oster-, Herbst- und Winterfreizeit jeweils für ein Betreuerkind weiterhin vorgehalten.

Die entsprechenden Ausgaben und Einnahmen sind im Haushaltsplanentwurf 2023 unter dem PSP: 1.36.3620.01.05 veranschlagt und stehen unter dem Vorbehalt der Rechtskraft des Haushaltsplanes 2023 zur Verfügung.

Gemäß § 5 Abs. 3 der Satzung für den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie der Stadt

Braunschweig beschließt der Rat insbesondere über die Festlegung und Anpassung von Entgelten oder Gebühren für Leistungen der Jugendhilfe. Die Durchführung von Ferienfreizeiten gehört gemäß §§ 2 und 11 des Sozialgesetzbuches VIII zu den Leistungen der Jugendhilfe.

Albinus

Anlage/n:

FaBS Entgelte 2023

Anlage

	2023	2022
Teilnehmendenanzahl	43	43
Betreuerinnen-/Betreueranzahl	6	6
Freizeitleitung	1	1
Tagessatz Unterkunft	39 €	33 €

Ermittlung des Teilnehmendenentgeltes je Teilnehmerin/Teilnehmer	Osterfreizeit	
	2023	**2022**
Übernachtungen	7	7
Freizeittage	8	8
Unterkunft	273,00 €	231,00 €
Fahrt	90,00 €	68,28 €
Kostenbeitrag Ferienfreizeitbedarf (1,30 €/Tag)	10,40 €	10,40 €
Betreuungskosten (siehe B)	53,01 €	46,17 €
abzüglich Zuschuss Freizeithilfe (5,00 €/Tag)	-40,00 €	-40,00 €
abzüglich FaBS-Zuschuss pro Tag f. Teilnehmenden	0,00 €	0,00 €
Teilnehmerentgelte aus Braunschweig gerundet	386,00 €	316,00 €
Teilnehmerentgelte außerhalb Braunschweig gerundet	426,00 €	356,00 €
Teilnehmerentgelte Träger/Heim gerundet	426,00 €	356,00 €

B Kostenermittlung der Betreuerinnen und Betreuer für die Berechnung der Teilnehmendenentgelte

Unterkunft, Verpflegung	2023	2022
a) Kosten für Freizeitleitung (Unterkunft, Verpflegung)	273,00 €	231,00 €
abzüglich Zuschuss Freizeithilfe (5,00 €/Tag)	-40,00 €	-40,00 €
Kosten Freizeitleitung Summe	233,00 €	191,00 €
b) Kosten für Betreuerinnen/Betreuer (Unterkunft, Verpflegung)	1.638,00 €	1.386,00 €
Aufwandsentschädigung (8,50 €/Tag)	408,00 €	408,00 €
abzüglich Zuschuss Freizeithilfe (5,00 €/Tag x Betreueranzahl)	-240,00 €	-240,00 €
Kosten Betreuungspersonal Summe	1.806,00 €	1.554,00 €
a) Kosten für Freizeitleitung	233,00 €	191,00 €
b) Kosten für Betreuerinnen/Betreuer	1.806,00 €	1.554,00 €
c) Kostenbetrag f. Freizeitgestaltung (0,30 €/Tag/TN)	90,30 €	90,30 €
d) Kosten für Telefon, Benzin, etc.	150,00 €	150,00 €
Endsumme	2.279,30 €	1.985,30 €

Ermittlung des Umlagebetrages für die Freizeiten		
	2.279,30 €	1.985,30 €
Geteilt durch Teilnehmendenanzahl	43	43
Umlagebetrag auf Teilnehmer	53,01 €	46,17 €

	2023	2022
Teilnehmer-/Teilnehmerinnenanzahl	30	30
Betreuerinnen-/Betreueranzahl	1	1
Freizeitleitung	0	0
Tagessatz Unterkunft	26,00 €	26,00 €

Ermittlung des Teilnehmerentgeltes je Teilnehmerin/Teilnehmer	**Familienfreizeit**	
	2023	**2022**
Übernachtungen	7	7
Freizeittage	8	8
Unterkunft Kind 0-6 Jahre	0,00 €	0,00 €
Unterkunft Kind 3-6 Jahre	84,00 €	84,00 €
Unterkunft Erwachsene	168,00 €	168,00 €
Fahrt	73,02 €	59,91 €
Kostenbeitrag Ferienfreizeitbedarf (1,30 €/Tag)	10,40 €	10,40 €
Betreuungskosten (siehe B)	8,63 €	8,63 €
abzüglich Zuschuss Freizeithilfe (5,00 €/Tag)	-40,00 €	-40,00 €
abzüglich FaBS-Zuschuss pro Tag f. Teilnehmer	0,00 €	0,00 €
Erwachsene Begleitperson Teilnehmerentgelte aus Braunschweig gerundet	220,00 €	207,00 €
Teilnehmerentgelte aus Braunschweig gerundet 0 - 3 Jahre	52,00 €	39,00 €
Teilnehmerentgelte aus Braunschweig gerundet 3 - 6 Jahre	136,00 €	123,00 €
Teilnehmerentgelte außerhalb Braunschweig gerundet Erwachsene Begleitperson	260,00 €	247,00 €
Teilnehmerentgelte außerhalb Braunschweig gerundet 0 - 3 Jahre	92,00 €	79,00 €
Teilnehmerentgelte außerhalb Braunschweig gerundet 3 - 6 Jahre	176,00 €	163,00 €

B Kostenermittlung der Betreuerinnen und Betreuer für die Berechnung der Teilnehmerentgelte

	2023	**2022**
a) Kosten für Freizeitleitung (Unterkunft, Verpflegung)	0,00 €	0,00 €
abzüglich Zuschuss Freizeithilfe (5,00 €/Tag)	0,00 €	0,00 €
Kosten Freizeitleitung Summe	0,00 €	0,00 €
b) Kosten für Betreuerinnen/Betreuer (Unterkunft, Verpflegung)	168,00 €	168,00 €
Aufwandsentschädigung (8,50 €/Tag)	68,00 €	68,00 €
abzüglich Zuschuss Freizeithilfe (5,00 €/Tag)	-40,00 €	-40,00 €
Kosten Betreuungspersonal Summe	196,00 €	196,00 €
a) Kosten für Freizeitleitung	0,00 €	0,00 €
b) Kosten für Betreuerinnen/Betreuer	196,00 €	196,00 €
c) Kostenbetrag f. Freizeitgestaltung (0,30 €/Tag/TN)	63,00 €	63,00 €
d) Kosten für Telefon, Benzin, etc.	0,00 €	0,00 €
Endsumme	259,00 €	259,00 €

Ermittlung des Umlagebetrages für die Freizeiten		
	259,00 €	259,00 €
Geteilt durch Teilnehmeranzahl	30	30
Umlagebetrag auf Teilnehmer	8,63 €	8,63 €

	2023	2022
Teilnehmer-/Teilnehmerinnenanzahl	300	300
Betreuerinnen-/Betreueranzahl	66	66
Freizeitleitung	4	4
Tagessatz Unterkunft	17,10 €/21,60 €	17,10€ / 21,60€

Ermittlung des Teilnehmerentgeltes je Teilnehmerin/Teilnehmer	Sommerfreizeit	
	2023	**2022**
Übernachtungen	16	16
Freizeittage	17	17
Unterkunft	273,60 €	273,60 €
Fahrt	80,60 €	80,60 €
Kostenbeitrag Ferienfreizeitbedarf (1,30 €/Tag)	22,10 €	22,10 €
Betreuungskosten (siehe B)	129,02 €	129,02 €
10 Betreuerinnen-/Betreuerkinder anteilig	/	/
abzüglich Zuschuss Freizeithilfe (5,00 €/Tag)	-85,00 €	-85,00 €
abzüglich FaBS-Zuschuss pro Tag f. Teilnehmer	-85,00 €	-85,00 €
Teilnehmerentgelte aus Braunschweig gerundet	335 €	335 €
Teilnehmerentgelte außerhalb Braunschweig gerundet	505 €	505 €
Teilnehmerentgelte Träger/Heim gerundet	505 €	505 €

B Kostenermittlung der Betreuerinnen und Betreuer für die Berechnung der Teilnehmerendgelte

	2023	2022
a) Kosten für Freizeitleitung (Unterkunft, Verpflegung)	1.382,40 €	1.382,40 €
Aufwandsentschädigung 28,00 €	952,00 €	952,00 €
abzüglich Zuschuss Freizeithilfe (5,00 €/Tag x Betreueranzahl)	-340,00 €	-340,00 €
Kosten Freizeitleitung Summe	1.994,40 €	1.994,40 €
b) Kosten für Betreuerinnen/Betreuer (Unterkunft, Verpflegung)	18.057,60 €	18.057,60 €
Aufwandsentschädigung (13 €/Tag)	14.586,00 €	14.586,00 €
Betreuereintrittskosten	2.340,00 €	2.340,00 €
abzüglich Zuschuss Freizeithilfe (5,00 €/Tag x Betreueranzahl)	-5.610,00 €	-5.610,00 €
Kosten Betreuungspersonal Summe	29.373,60 €	29.373,60 €
c) Kosten für "Spülis" (8 Pers.) (Unterkunft, Verpflegung)	2.325,60 €	2.325,60 €
Aufwandsentschädigung (7,00 €/Tag)	952,00 €	952,00 €
abzüglich Zuschuss Freizeithilfe (5,00 €/Tag x "Spülianzahl")	-680,00 €	-680,00 €
Kosten Spülis Summe	2.597,60 €	2.597,60 €
a) Kosten für Freizeitleitung	1.994,40 €	1.994,40 €
b) Kosten für Betreuerinnen/Betreuer	29.373,60 €	29.373,60 €
c) Kosten für "Spülis"	2.597,60 €	2.597,60 €
c) Kostenbetrag f. Freizeitgestaltung (0,30 €/Tag/TN)	1.440,00 €	1.440,00 €
Kosten für Seminare	2.500,00 €	2.500,00 €
d) Kosten für Telefon, Benzin, etc.	800,00 €	800,00 €
Endsumme	38.705,60 €	38.705,60 €
Ermittlung des Umlagebetrages für die Freizeiten		
	38.705,60 €	38.705,60 €
Geteilt durch Teilnehmeranzahl	300	300
Umlagebetrag auf Teilnehmer	129,02 €	129,02 €

	2023	2022
Teilnehmer-/Teilnehmerinnenanzahl	43	43
Betreuerinnen-/Betreueranzahl	6	6
Freizeitleitung	1	1
Tagessatz Unterkunft	35 €	30 €

Ermittlung des Teilnehmerentgeltes je Teilnehmerin/Teilnehmer	Herbstfreizeit	
	2023	**2022**
Übernachtungen	7	7
Freizeittage	8	8
Unterkunft	245,00 €	210,00 €
Fahrt	19,57 €	19,51 €
Kostenbeitrag Ferienfreizeitbedarf (1,30 €/Tag)	10,40 €	10,40 €
Betreuungskosten (siehe B)	48,45 €	42,75 €
10 Betreuerinnen-/Betreuerkinder frei (anteilig)	0,00 €	0,00 €
abzüglich Zuschuss Freizeithilfe (5,00 €/Tag)	-40,00 €	-40,00 €
abzüglich FaBS-Zuschuss pro Tag f. Teilnehmer	0,00 €	0,00 €
Teilnehmerentgelte aus Braunschweig gerundet	283 €	243 €
Teilnehmerentgelte außerhalb Braunschweig gerundet	323 €	283 €
Teilnehmerentgelte Träger/Heim gerundet	323 €	283 €

B Kostenermittlung der Betreuerinnen und Betreuer für die Berechnung der Teilnehmerentgelte

	2023	2022
a) Kosten für Freizeitleitung (Unterkunft, Verpflegung)	245,00 €	210,00 €
abzüglich Zuschuss (5,00 €/Tag)	-40,00 €	-40,00 €
Kosten Freizeitleitung Summe	205,00 €	170,00 €
b) Kosten für Betreuerinnen/Betreuer (Unterkunft, Verpflegung)	1.470,00 €	1.260,00 €
Aufwandsentschädigung (8,50 €/Tag)	408,00 €	408,00 €
abzüglich Zuschuss Freizeithilfe (5,00 €/Tag x Betreueranzahl)	-240,00 €	-240,00 €
Kosten Betreuungspersonal Summe	1.638,00 €	1.428,00 €

a) Kosten für Freizeitleitung	205,00 €	170,00 €
b) Kosten für Betreuerinnen/Betreuer	1.638,00 €	1.428,00 €
c) Kostenbetrag f. Freizeitgestaltung (0,30 €/Tag/TN)	90,30 €	90,30 €
d) Kosten für Telefon, Benzin, etc.	150,00 €	150,00 €
Endsumme	2.083,30 €	1.838,30 €

Ermittlung des Umlagebetrages für die Freizeiten		
	2.083,30 €	1.838,30 €
Geteilt durch Teilnehmeranzahl	43	43
Umlagebetrag auf Teilnehmer	48,45 €	42,75 €

	2023/24	2022/23
Teilnehmer-/Teilnehmerinnenanzahl	43	43
Betreuerinnen-/Betreueranzahl	6	6
Freizeitleitung	1	1
Tagessatz Unterkunft	35 €	30 €

Ermittlung des Teilnehmerentgeltes je Teilnehmerin/Teilnehmer	Winterfreizeit	
	2023/24	2022/23
Übernachtungen	7	7
Freizeittage	8	8
Unterkunft	245,00 €	210,00 €
Fahrt	19,57 €	19,51 €
Kostenbeitrag Ferienfreizeitbedarf (1,30 €/Tag)	10,40 €	10,40 €
Silvesterzuschlag	10,00 €	10,00 €
Betreuungskosten (siehe B)	50,08 €	44,38 €
10 Betreuerinnen-/Betreuerkinder frei (anteilig)	0,00 €	0,00 €
abzüglich Zuschuss Freizeithilfe (5,00 €/Tag)	-40,00 €	-40,00 €
abzüglich FaBS-Zuschuss pro Tag f. Teilnehmer	0,00 €	0,00 €
Teilnehmerentgelte aus Braunschweig gerundet	295,00 €	254,00 €
Teilnehmerentgelte außerhalb Braunschweig gerundet	335,00 €	294,00 €
Teilnehmerentgelte Träger/Heim gerundet	335,00 €	294,00 €

B Kostenermittlung der Betreuerinnen und Betreuer für die Berechnung der Teilnehmerentgelte

	2023/24	2022/23
a) Kosten für Freizeitleitung (Unterkunft, Verpflegung)	245,00 €	210,00 €
Silvesterzuschlag	10,00 €	10,00 €
abzüglich Zuschuss Freizeithilfe (5,00 €/Tag)	-40,00 €	-40,00 €
Kosten Freizeitleitung Summe	215,00 €	180,00 €
b) Kosten für Betreuerinnen/Betreuer (Unterkunft, Verpflegung)	1.470,00 €	1.260,00 €
Silvesterzuschlag	60,00 €	60,00 €
Aufwandsentschädigung (8,50 €/Tag)	408,00 €	408,00 €
abzüglich Zuschuss Freizeithilfe (5,00 €/Tag x Betreueranzahl)	-240,00 €	-240,00 €
Kosten Betreuungspersonal Summe	1.698,00 €	1.488,00 €
a) Kosten für Freizeitleitung	215,00 €	180,00 €
b) Kosten für Betreuerinnen/Betreuer	1.698,00 €	1.488,00 €
c) Kostenbetrag f. Freizeitgestaltung (0,30 €/Tag/TN)	90,30 €	90,30 €
d) Kosten für Telefon, Benzin, etc.	150,00 €	150,00 €
Endsumme	2.153,30 €	1.908,30 €

Ermittlung des Umlagebetrages für die Freizeiten		
	2.153,30 €	1.908,30 €
Geteilt durch Teilnehmeranzahl	43	43
Umlagebetrag auf Teilnehmer	50,08 €	44,38 €

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

23-20566
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Grundsatzentscheidung "Öffentliche Beleuchtung und Verkehrsmanagement": Nachfolgeregelung ab 2026

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat III 66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr	27.02.2023

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Vorberatung)	02.03.2023	Ö
Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben (Vorberatung)	03.03.2023	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	14.03.2023	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	21.03.2023	Ö

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Geschäftsbereiche der Öffentlichen Beleuchtung sowie Lichtsignalanlagen, Verkehrsmanagement, Verkehrszeichen und Parkraumbewirtschaftung neu auszuschreiben.
2. Mit der Vorbereitung und Durchführung der Vergabe wird ein auf die Begleitung derartiger Projekte spezialisiertes und erfahrenes Beratungsunternehmen beauftragt.

Sachverhalt:

Beschlusskompetenz
Die Beschlusskompetenz ergibt sich aus § 58 Abs. 1 Nr. 13 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes. Danach ist der Rat zuständig für Beschlüsse über Übertragungen von Betriebsführungen.

Zum 31.12.2025 laufen die Dienstleistungsverträge zwischen der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG (Öffentliche Beleuchtung) einerseits und der BELLIS GmbH (Verkehr) und der Stadt Brauschweig andererseits aus.

Es steht daher eine Entscheidung an, wie mit den beiden Geschäftsbereichen der Öffentlichen Beleuchtung (ÖB) sowie Lichtsignalanlagen, Verkehrsmanagement, Verkehrszeichen und Parkraumbewirtschaftung (Verkehr) weiter verfahren werden soll. Dadurch, dass sich die vergebenen Dienstleistungen auf unterschiedliche Bereiche beziehen, sind in einer ersten Phase mehrere Modelle als Nachfolgeregelung geprüft worden:

A. Vollständige Neuvergabe der Leistungen (Gesamtpaket) an einen Privaten, Überleitung auf einen Dienstleister („Vollständige Neuvergabe“)
B. Getrennte Ausschreibung der einzelnen Geschäftsbereiche ohne Rekommunalisierung („Vollständige losweise Vergabe“)
C. Vollständige Rekommunalisierung der Leistungen (ÖB und Verkehr) in der Regie der Verwaltung („Rekommunalisierung in Eigenregie“)
D. Vollständige Rekommunalisierung der Leistungen (ÖB und Verkehr) in der Form einer städtischen Gesellschaft („Rekommunalisierung in städtischer Gesellschaft“)
E. Teilweise Neuvergabe von Leistungen an einen oder mehrere Private und Rekommunalisierung der sonstigen Leistungsbestandteile („Mischmodell“)

Zur Vorbereitung der Grundsatzentscheidung zur Nachfolgeregelung wurde die Firma PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (PwC) mit der Erstellung eines entsprechenden Gutachtens beauftragt. Das Gutachten umfasst

- die Analyse der Ist-Situation mit den Arbeitsabläufen in den Leistungsbildern und deren Schnittstellen und Synergieeffekten,
- die Darstellung möglicher Varianten zur Nachfolgeregelung und deren Bedeutung für die Stadt,
- das Aufstellen einer Wertungsmatrix und
- eine Empfehlung zur Nachfolgelösung, die zur Grundsatzentscheidung vorgelegt werden soll.

Ergebnis PwC-Gutachten

Das Gutachten beschreibt im ersten Schritt die Ausgangslage und analysiert und bewertet in einem zweiten Schritt die möglichen Nachfolgeregelungen. In der Analyse wird die aktuelle Situation mit dem Fokus auf den Koordinationsaufwand und Managementleistungen durch die Stadt dargestellt. In diesem Zusammenhang erfolgt eine Darstellung der Leistungsfunktionen der städtischen Schnittstellen sowie eine Analyse der Synergieeffekte unter den Leistungsbildern bzw. Abhängigkeiten untereinander. Die möglichen Nachfolgeregelungen werden in ihren einzelnen Varianten erläutert und auf die organisatorischen, rechtlichen, wirtschaftlichen und sonstigen Aspekte einer Einführung für die Stadt Braunschweig untersucht. In der Bewertung lag ein besonderer Fokus insbesondere auf den Themen der Qualität der Leistungserbringung, der Wirtschaftlichkeit, der Wahrung der Arbeitnehmerinteressen sowie der Möglichkeit zur Einflussnahme der Stadt.

Nach Abwägen der Vor- und Nachteile erfolgte die Beurteilung der unterschiedlichen Nachfolgealternativen:
Hinsichtlich der wirtschaftlichen Betrachtung wurden einmalige sowie laufende Auswirkungen auf den städtischen Haushalt betrachtet. Bei der gesamtlos- und losweisen Vergabe sind keine einmaligen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt zu erwarten. Bei der teilweisen und vollständigen Rekommunalisierung ist im Gegensatz dazu mit umfangreichen Anfangsinvestitionen durch die Stadt zu rechnen. Es ist notwendig, Räumlichkeiten, Materialien, Werkzeug und Fahrzeuge zu beschaffen. Insgesamt werden in allen Konstellationen die Situation beim Fachkräftemangel und der Inflationsentwicklung nicht unberücksichtigt bleiben.

Bei der vollständigen Neuvergabe, der losweisen Vergabe sowie der Rekommunalisierung durch eine städtische Gesellschaft ist im Vergleich zur aktuellen Situation keine abweichende laufende Auswirkung auf den Haushalt der Stadt zu erwarten. Es ist jedoch vorstellbar, dass durch die wettbewerbliche Öffnung in der losweisen Vergabe Preisdruck entsteht und die verlangten laufenden Kosten im Vergleich leicht absinken. Vor dem Hintergrund von Größeneffekten (z. B. Mengenrabatte bei Einkaufspreisen) werden bei den laufenden Kosten Vorteile bei der Vergabe an einen Dienstleister gesehen. Ein weiterer Vorteil der Vergabe sind die Lernkurveneffekte (z. B. Marktrecherche, Marktwissen, technisches Know-how), die externe Dienstleister zu einem wertvollen strategischen Partner machen.

In rechtlicher Hinsicht sind alle Modelle gestaltbar. Arbeitsrechtlich ist unter anderem das Rückkehrrecht der noch verbliebenen zwölf ehemaligen städtischen Beschäftigten zu berücksichtigen. Insoweit ergeben sich aber im Hinblick auf die Grundsatzentscheidung keine besonderen Herausforderungen. Die Auswirkungen werden von den Gutachtern in den unterschiedlichen Modellen als neutral gewertet. Aus vergaberechtlicher Sicht ergibt sich für das Modell A (vollständige Neuvergabe) ein erhöhter Begründungsaufwand im Vergleich zur losweisen Vergabe. Dies ist im nächsten Schritt im Rahmen der Vorbereitung der Vergabe genauer zu untersuchen.

Sollte es nach Modell B zur Vergabe an zwei Unternehmen kommen, ist die Einrichtung einer Steuerungsgruppe mitzudenken, die aus Vertretern beider Auftragnehmer besteht und

an deren Spitze ein Leiter als einheitlicher Ansprechpartner für die Stadt steht. Dies ermöglicht eine aufeinander abgestimmte Steuerung aller Leistungsbereiche.

In organisatorischer Hinsicht sind die vollständige Neuvergabe sowie die losweise Vergabe den Modellen mit Rekommunalisierung überlegen. Bei Letzteren nimmt der Koordinierungs- und Steuerungsaufwand substanziell zu. Zudem ist ein umfangreicher Aufbau der Strukturen notwendig. Insbesondere die Personalbeschaffung stellt ein beträchtliches Umsetzungsrisiko dar.

Bei den sonstigen Aspekten werden qualitative Vorteile bei der losweisen Vergabe durch einen höheren Wettbewerb in einem losweisen Vergabeverfahren erwartet.

Vor dem Hintergrund der dargestellten Nachteile einer vollständigen oder teilweisen Rekommunalisierung in organisatorischer und wirtschaftlicher Hinsicht, insbesondere unter dem Aspekt des höheren Koordinierungs- und Steuerungsaufwandes sowie des beträchtlichen Umsetzungsrisikos bei der Personalbeschaffung, wird laut Gutachten eine Vergabe der Leistungsbilder empfohlen.

Fachliche Einordnung des Gutachtens
Keines der Leistungsbilder, außer der Ausführung hoheitlicher Aufgaben, die sich aus der Verkehrssicherungspflicht als Straßenbaulastträger ergeben, muss durch die Stadt als Eigentümerin geleistet werden. Weiterhin ist die Steuerung der strategischen Ausrichtung der Verkehrsanlagen eine Aufgabe, die bei der Stadt verbleiben sollte. Unter Berücksichtigung dieser Aspekte ist eine Vergabe an einen oder mehrere Dienstleister möglich.

Zwischen den einzelnen Leistungsbereichen gibt es Schnittstellen, so dass sich hierdurch Synergien ergeben, die eine Zusammenfassung begründen könnten. Beispielhaft wäre hier die Signalsteuerung mit dem Verkehrsrechner, der Datenhaltung, das Steuerkabelnetz zusammen mit dem Verkehrsmanagement inkl. dem Monitoringsystem und Parkleitsystem zu nennen. Der Bereich der Lichtsignalanlagen teilt sich aber auch im Leitungsnetz Kabelkanäle und Schachtanlagen sowie Maste und Versorgungsstationen mit der Öffentlichen Beleuchtung, so dass auch hier eine Zusammenfassung sinnvoll wäre. Dieses heißt aber nicht, dass alle Leistungsbereiche wie bisher in einer Hand zusammengeführt bleiben müssen. Leistungsbereiche wie die Markierung und Beschilderung oder der Betrieb von Parkscheinautomaten sind z. B. Bereiche, die eigenständig behandelt werden könnten. Aus rein fachlicher Sicht, die sich rückblickend auf das derzeitige Modell in den vergangenen Jahren bezieht, ist es im Rahmen der Koordinierung der unterschiedlichen Leistungen sowie der gemeinsamen Nutzung der Infrastruktur sinnvoll, Leistungsbilder in Teilbereichen zusammenzufassen und an einen Dienstleister zu geben.

Der Empfehlung, aufgrund der organisatorischen, personalwirtschaftlichen und finanziellen Aufwände von einer (Teil-)Rekommunalisierung abzusehen, wird mitgetragen. Punktuelle Optimierungen gegenüber dem Status Quo können bei der Gestaltung der Ausschreibungsunterlagen berücksichtigt werden.

Die Entscheidung über eine vollständige Neuvergabe oder einer losweisen Vergabe der Leistungen sollte jedoch erst in der 2. Phase festgelegt werden. Grund hierfür ist die Detailbetrachtung der Leistungsbeschreibungen und Vertragsausarbeitung, welche zur Art der Vergabe neue Kenntnisse geben könnte.

Begleitung der Vergabe (2. Phase) und Haushaltsmittel
Die Begleitung der Vergabe wird in zwei Stufen vorbereitet. Die erste Stufe umfasst die Erstellung der Vergabeunterlagen (Leistungsverzeichnis und Schaffung der vertraglichen Grundlagen), die zweite Stufe beinhaltet insbesondere die Durchführung der Vergabe (EU-weites Vergabeverfahren). Mit einer Übergabezeit von 1-1,5 Jahren ist ein Nachfolgeunternehmen zu Mitte 2024 zu beauftragen. Vertragsstart ist zum 01.01.2026.

Mit der Vorbereitung und Durchführung der 2. Phase ist ein auf die Begleitung derartiger Projekte spezialisiertes und erfahrenes Beratungsunternehmen zu beauftragen. Für die Erstellung der Vergabeunterlagen und den Vergabeprozess sind jeweils ca. 6 Monate anzurechnen. Für die Beauftragung werden in das Haushaltsjahr 2023 rund 189 T€ übertragen.

Für die Nachfolgeregelung wird eine Vertragslaufzeit von 15 - 20 Jahren angestrebt.

Das Gutachten wird den Fraktionen in der Zentralen Ablage zur Verfügung gestellt.

Leuer

Anlage/n:
keine

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

23-20495
Beschlussvorlage
öffentlich

Betreff:
Erneute Satzungsbeschlüsse für die Bebauungspläne IN 235 "Wallring-Ost", IN 234 "Wallring-Nord"und IN 232 "Steinweg" im ergänzenden Verfahren gemäß § 214 Abs. 4 BauGB und rückwirkende Inkraftsetzung Satzungsbeschluss

Organisationseinheit:	*Datum:*
Dezernat III 61 Fachbereich Stadtplanung und Geoinformation	07.03.2023

Beratungsfolge	*Sitzungstermin*	*Status*
Ausschuss für Planung und Hochbau (Vorberatung)	08.03.2023	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	14.03.2023	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	21.03.2023	Ö

Beschluss:

„Der Bebauungsplan „Wallring Ost“, IN 235 mit seinen in der Anlage beigefügten örtlichen Bauvorschriften, wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) erneut als Satzung beschlossen und gemäß § 214 Abs. 4 BauGB rückwirkend zum 19.10.2015 in Kraft gesetzt.“

„Der Bebauungsplan „Wallring Ost“, IN 234 mit seinen in der Anlage beigefügten örtlichen Bauvorschriften, wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) erneut als Satzung beschlossen und gemäß § 214 Abs. 4 BauGB rückwirkend zum 24.07.2014 in Kraft gesetzt.“

„Der Bebauungsplan „Steinweg“, IN 232 mit seinen in der Anlage beigefügten örtlichen Bauvorschriften, wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) erneut als Satzung beschlossen und gemäß § 214 Abs. 4 BauGB rückwirkend zum 11.04.2014 in Kraft gesetzt.“

Sachverhalt:

Beschlusskompetenz

Die Zuständigkeit des Rates für den Satzungsbeschluss ergibt sich aus § 58 (2) Nr. 2 NKomVG.

Anlass und Ziel der Änderungssatzung

Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Lüneburg hat mit Urteil vom 18. Juni 2019 zu einem Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift einer anderen Kommune festgestellt, dass bei dem Erlass einer örtlichen Bauvorschrift (ÖBV) auf Grundlage von § 84 Niedersächsische Bauordnung (NBauO) zu differenzieren ist, ob es sich dabei um Festsetzungen im eigenen Wirkungskreis (§ 84 Abs. 1 und 2 NBauO) oder um Festsetzungen im übertragenen Wirkungskreis (§ 84 Abs. 3 NBauO) handelt. Sofern nur pauschal § 84 NBauO als Rechtsgrundlage zitiert wird, handelt es sich um einen Verstoß gegen das Zitiergebot gemäß Art. 43 Abs. 2 Satz 1 Niedersächsische Verfassung (NV). Damit ist eine solche örtliche Bauvorschrift unwirksam.

Von diesem Urteil sind im Innenstadtbereich die Bebauungspläne mit örtlicher Bauvorschrift „Steinweg“, IN 232, „Wallring Nord“, IN 234 und „Wallring Ost“, IN 235 betroffen, da sie ebenfalls nur § 84 NBauO als Rechtsgrundlage ohne weitere Differenzierung nennen.

Die örtlichen Bauvorschriften der Bebauungspläne IN 232, IN 235 und IN 234 haben ihre Rechtsgrundlage in § 84 Abs. 3 NBauO. Eine entsprechend genaue Zitierung ist zu ergänzen.

Den Gemeinden ist es möglich, erkannte Fehler oder Tatbestände, die Zweifel an der Rechtmäßigkeit einer Planung begründen, im Rahmen eines ergänzenden Verfahrens zu beheben. Dazu ist das Planverfahren ab dem Zeitpunkt zu wiederholen, ab dem der vermeintliche Fehler eingetreten ist.

Da es sich bei der Zitierung der Rechtsgrundlage nicht um eine inhaltliche Änderung der Planung handelt, ist eine erneute Durchführung von Verfahrensschritten nicht erforderlich. Zu wiederholen ist daher der Satzungsbeschluss zu den Bebauungsplänen und die anschließende erneute Bekanntmachung.

Um nicht den Schein einer zwischenzeitlichen Unwirksamkeit der Bebauungspläne zu geben, wird von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Bebauungspläne gemäß § 214 Abs. 4 BauGB rückwirkend zu ihrem jeweils ursprünglichen Datum des Inkrafttretens erneut in Kraft zu setzen.

Der Vorlage sind aus Übersichtsgründen neben den Geltungsbereichen nur die örtlichen Bauvorschriften beigefügt. Auf eine vollständige Darstellung und Anfügung aller verfahrensrelevanten Unterlagen, die unverändert geblieben sind, wird verzichtet. Hierzu wird auf die Anlagen der ursprünglichen Beschlussvorlagen 15-00476 (IN 235), 16868/14 (IN 234) sowie 16520/13 (IN 232) verwiesen. Die im Rahmen dieser genannten Drucksachen erfolgten Beschlussfassungen über die Abwägung bleiben durch den erneuten Satzungsbeschluss unberührt. Die Planzeichnung sowie nicht am Satzungscharakter teilnehmende Dokumente (Begründung, Zusammenfassende Erklärung) werden mit Beschluss des Rates redaktionell angepasst.

Empfehlung

Es wird empfohlen, die Bebauungspläne mit örtlicher Bauvorschrift „Wallring Ost“, IN 235, „Wallring Nord“, IN 234 und „Steinweg“, IN 232 erneut als Satzung zu beschließen und rückwirkend in Kraft zu setzen.

Leuer

Anlage/n:

Anlage 1.1: Örtliche Bauvorschrift Bebauungsplan „Wallring Ost“, IN 235
Anlage 1.2: Geltungsbereich Bebauungsplan „Wallring Ost“, IN 235
Anlage 2.1: Örtliche Bauvorschrift Bebauungsplan „Wallring Nord“, IN 234
Anlage 2.2. Geltungsbereich Bebauungsplan „Wallring Nord“, IN 234
Anlage 3.1: Textliche Festsetzungen Bebauungsplan „Steinweg“, IN 232
Anlage 3.2: Geltungsbereich Bebauungsplan „Steinweg“, IN 232

B Örtliche Bauvorschrift

gemäß §§ 80 und 84 Abs. 3 NBauO
in Verbindung mit § 9 Abs. 4 BauGB

I Geltungsbereich

Die örtlichen Bauvorschriften gelten mit Ausnahme des Mischgebietes MI 1.3 in sämtlichen Baugebieten.

In den Sondergebieten, auf den Flächen für den Gemeinbedarf sowie im Allgemeinen Wohngebiet WA 1.2. gelten nur die Festsetzungen der Punkte IX – XIV.

Für den in der Planzeichnung gekennzeichneten Erweiterungsbereich des Krankenhauses in der Bismarckstraße (Gemeinbedarfsfläche für gesundheitliche Zwecke) gelten alle Punkte der Örtlichen Bauvorschrift.

II Gebäudestellung

Die Hauptgebäude sind traufständig zu den öffentlichen Verkehrsflächen zu errichten.

III Fassaden und Fassadengliederung

1. Im gesamten Geltungsbereich sind für die Außenwände der Gebäude nur geglättete Putze und/oder Sichtmauerwerk zulässig. Glänzende Materialien sind mit Ausnahme von Glas ausgeschlossen.

2. Für die Außenwände der Gebäude sind nur Farben aus den Bereichen der Grundfarbtöne weiß, gelb, ocker und grau zulässig. In den Baugebieten WA 2, WA 2.1, WA 3, MI 1, MI 3, MI 3.1, MI 3.2, MI 3.3 und MI 4 ist für Sichtmauerwerk auch eine naturrote/ ziegelrote Farbe zulässig.

3. Die Außenwände der Gebäude können mit hellen Verkleidungen kombiniert werden, sofern die Flächen der Verkleidungen nicht mehr als 40 % je geschlossener Fassadenseite aufweisen. Imitatmaterialien sind unzulässig.

4. Zu den öffentlichen Straßenverkehrsflächen orientierte Wandflächen sind durch mindestens vier der folgenden Gestaltungselemente zu gliedern:

   - Gesims-, Schmuckbänder, Lisenen,
   - Brüstungselemente unter Fenstern,
   - Fensterrahmungen,
   - Fensterteilungen,
   - Eckbetonungen,
   - Risalite,
   - Erker.

IV Fenster

1. Fenster sind nur in stehenden Formaten (geringere Breite als Höhe) zulässig. Ausgenommen sind Kellerfenster und Fenster in Mezzaningeschossen (Mezzanin = niedriges Zwischen- oder Halbgeschoss).

2. Fensterteilungen sind glasteilend auszuführen. Aufgesetzte Sprossen und Imitate sind unzulässig.

3. Zu den öffentlichen Straßenverkehrsflächen angeordnete Dachflächenfenster sind ab einer Dachneigung von 30° unzulässig. Übereinanderliegende und versetzt übereinanderliegende Dachflächenfenster sind unzulässig.

V Balkone und Terrassen

1. Zu den öffentlichen Straßenverkehrsflächen angeordnete Balkone und Terrassen sind unzulässig.

2. Zu den öffentlichen Straßenverkehrsflächen sind nur Austritte bis max. 60 cm Tiefe in Verbindung mit bodentiefen Fenstern (Französische Fenster) zulässig.

3. Schließt auf der straßenabgewandten Seite der Gebäude direkt an die überbaubare Grundstücksfläche private oder öffentliche Grünfläche an, dürfen Balkone nur maximal die Hälfte der Gebäudebreite einnehmen.

VI Dächer und Dachaufbauten

1. Mit Ausnahme des Mischgebietes MI 3.2 sind für sämtliche Hauptgebäude nur symmetrische Dächer mit einer Dachneigung von mindestens 18° und maximal 40° zulässig.
   Die Mischgebiete MI 1 (gilt nur für die Gebäude an der Museumstraße), MI 3, MI 3.1,MI 3.3 sowie MI 4 sind von der Beschränkung der maximalen Dachneigung ausgenommen.

2. Dacheindeckungen geneigter Dächer sind mit gebrannten, nicht engobierten, naturroten Tonziegeln oder Blecheindeckungen auszuführen. Ausnahmsweise sind auch Schiefer oder nicht engobierte Tonziegel in grauen Farbtönen zulässig. Zwerchhäuser oder Gauben sind mit derselben Dacheindeckung zu versehen wie das Hauptdach.

   Im Mischgebiet MI 3.2 ist als Dacheindeckungsmaterial geneigter Dächer ausnahmsweise auch Glas zulässig.

3. Zu den öffentlichen Straßenverkehrsflächen ist die Anordnung von Dachterrassen unzulässig.

4. Zu den öffentlichen Straßenverkehrsflächen angeordnete Dacheinschnitte sind unzulässig. Dacheinschnitte dürfen maximal ein Viertel der Gebäudebreite in Anspruch nehmen. Der Abstand zu den Giebelwänden muss mindestens 2 m, der zum First mindestens 1 m betragen. Der Abstand zwischen zwei Dacheinschnitten muss mindestens 4 m betragen.

5. Dachaufbauten sind als Zwerchhäuser oder Gauben zulässig. Sie dürfen insgesamt nicht mehr als die Hälfte der Gebäudebreite in Anspruch nehmen.

6. Dachgauben müssen einen Mindestabstand von 2 m untereinander einhalten. Dachgauben, die nicht als Eckgauben ausgeformt sind, müssen zudem mit einem Mindestabstand von 1 m zum First, zu Graten und Kehlen sowie zu den Giebelwänden errichtet werden.

7. Übereinander und versetzt übereinander angeordnete Dachgauben sind unzulässig.

VII Hauseingänge

Zu den öffentlichen Straßenverkehrsflächen angeordnete Hauseingänge sind unzulässig.
Von dieser Festsetzung ausgenommen sind die Baugebiete WA 1.1, WA 2.1, MI 1.2, MI 2, MI 3.1 sowie MI 4.

VIII Markisen

Zu den öffentlichen Straßenverkehrsflächen angeordnete Markisen sind nur zulässig, soweit sie nicht mehrere Fenster überdecken. Feststehender Sonnenschutz ist unzulässig.

IX Garagen und Nebenanlagen

1. Zu den öffentlichen Straßenverkehrsflächen angeordnete Garagen und Nebenanlagen wie Abstellräume, Gartenhäuschen etc. dürfen nur in dem Material und in der Farbe der von außen sichtbaren Flächen der Außenwände des Hauptgebäudes ausgeführt werden. Zu öffentlichen Grün-, Wege- und Wasserflächen angeordnete Nebenanlagen können auch in Holz ausgeführt werden.

2. Bootsstege und Bootshäuser sind nur in Holz zulässig.

X Einfriedungen, Sicht- und Windschutzanlagen

1. Zu den öffentlichen Straßenverkehrsflächen angeordnete Einfriedungen sind transparent aus Metall mit senkrechten Stäben und / oder als Hecken aus Laubgehölzen herzustellen. Die Einfriedungen sind mit Steinsockeln in einer Höhe von maximal 50 cm über der Geländeoberfläche zu kombinieren.

   Die Hecken müssen eine Mindesthöhe von 60 cm, Metalleinfriedungen eine Mindesthöhe von 90 cm über der Geländeoberfläche erreichen. Hecken dürfen eine Höhe von 1 m, in den Zu- und Abfahrtsbereichen von 0,80 m nicht überschreiten.

   Die Einfriedungen dürfen eine Gesamthöhe von 1,60 m über der Geländeoberfläche nicht überschreiten, wobei der Sockel auf die Gesamthöhe anzurechnen ist.

   Von den Höhenfestsetzungen sind Einfriedungen auf den Flächen für Gemeinbedarf ausgenommen. Dies gilt nicht für die Erweiterungsfläche des Krankenhauses.

2. Einfriedungen privater Grundstücke entlang öffentlicher Grünflächen sowie entlang sonstiger öffentlicher Wege sind ausschließlich als Hecken aus Laubgehölzen bis zu einer Höhe von 1,60 m zulässig. Die Kombination mit einem Drahtzaun ist zulässig, wenn der Zaun in der Hecke oder auf der dem privaten Grundstück zugewandten Seite der Hecke errichtet wird.

3. Einfriedungen entlang öffentlicher Wasserflächen sind ausschließlich als Hecken aus Laubgehölzen oder als Drahtzäune zulässig. Sie dürfen eine Höhe von 1,80 m über der Geländeoberfläche nicht überschreiten. Übersteigen die Einfriedungen eine Höhe von 1,20 m über der Geländeoberfläche, ist zu den öffentlichen Wasserflächen ein Mindestabstand von 3 m einzuhalten. Die Flächen zwischen den Einfriedungen und den öffentlichen Flächen sind zu begrünen.

4. Sicht- und Windschutzanlagen müssen zu öffentlichen Grünflächen sowie zu sonstigen öffentlichen Wegen einen Mindestabstand von 3 m einhalten. Zu den öffentlichen Wasserflächen der Okerumflut ist ein Mindestabstand von 10 m einzuhalten. Die Flächen zwischen den Sicht- und Windschutzanlagen und den öffentlichen Flächen sind zu begrünen.

5. Einfriedungen unter Verwendung von Stacheldraht sind im gesamten Planungsgebiet unzulässig.

XI Werbeanlagen

1. Im gesamten Planungsgebiet sind Werbeanlagen nur an der Stätte der Leistung zulässig.

2. Im gesamten Planungsgebiet ist je Nutzungseinheit nur eine Werbeanlage zulässig.

3. In den Allgemeinen Wohngebieten, den Sondergebieten sowie an den zulässigen baulichen Anlagen innerhalb der festgesetzten öffentlichen Grünflächen (Torhäuser; Haeckelsches Gartenhaus) sind Werbeanlagen ausschließlich als Werbetafeln im Eingangsbereich der Gebäude mit einer maximalen Ansichtsfläche von insgesamt 0,5 m² zulässig.

   Auf dem Grundstück Campestraße 7 (Gemarkung Altewiek, Flur 4, Flst.Nr.: 11/1) sind zusätzlich zu dieser Festsetzung auch Sammeltafeln mit einer maximalen Ansichtsfläche von insgesamt 3 m² zulässig.

4. Ist der Eingangsbereich straßenseitig nicht einsehbar, ist die Werbetafel abweichend auch am Gartentor oder an der Gebäudeecke zulässig, die an der Grundstückszufahrt liegt. Eine Werbetafel im Vorgarten außerhalb der Grundstückszufahrt ist jedoch generell unzulässig.

5. In den Allgemeinen Wohngebieten dürfen Werbeanlagen mit ihrer Oberkante maximal 3 m über dem Niveau der nächstgelegenen öffentlichen Verkehrsfläche liegen.

   Steigt oder fällt das Gelände vom Bezugspunkt zur Mitte der straßenseitigen Gebäudeseite, so ist die festgesetzte Maximalhöhe um das Maß der natürlichen Steigung oder des Gefälles zu verändern.

6. In den Mischgebieten sind Werbetafeln sowohl im Eingangsbereich als auch über der jeweiligen Nutzungseinheit im Erdgeschoss zulässig.

   Im Eingangsbereich dürfen sie eine Ansichtsfläche von 0,5 m² nicht übersteigen. Über der jeweiligen Nutzungseinheit im Erdgeschoss dürfen sie eine Höhe von 60 cm nicht übersteigen.

   Werbeanlagen an der Fassade über der jeweiligen Nutzungseinheit im Erdgeschoss können in Form von Einzelbuchstaben, als Schriftzug auf einem Trägermedium oder als Front des Trägermediums gefertigt werden. Für das Trägermedium sind als Hintergrund für Schriftzüge nur Farben aus den Bereichen der Grundfarbtöne weiß, gelb, ocker und grau zulässig. Einzelbuchstaben dürfen eine Höhe von 40 cm nicht übersteigen.

7. In den Mischgebieten sind über der jeweiligen Nutzungseinheit im Erdgeschoss Werbeanlagen auch in Form von Auslegern zulässig. Ausleger dürfen eine Fläche von 0,7 m² und eine Tiefe von 20 cm nicht überschreiten.

8. Selbstleuchtende Werbeanlagen sind nur in Mischgebieten zulässig. Akustische Werbeanlagen, Werbefahnen sowie Werbeanlagen mit wechselndem (flackerndem), sich bewegendem Licht sind im gesamten Planungsgebiet unzulässig.

XII Technische An- und Aufbauten

Zu den öffentlichen Verkehrsflächen angeordnete Solarzellen, Sonnenkollektoren, Windräder sowie Sende- und Empfangsanlagen sind unzulässig.

XIII Abweichungen

Von der Örtlichen Bauvorschrift können Abweichungen zugelassen werden, wenn die Ziele der Satzung nicht gefährdet und sonstige öffentliche Belange nicht beeinträchtigt werden. Abweichungen sind auch dann zulässig, wenn bauliche und gestalterische Gegebenheiten, denkmalpflegerische Vorgaben oder brandschutztechnische Notwendigkeiten dagegen sprechen, die Satzung umzusetzen.

XIV Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig handelt, wer eine Baumaßnahme durchführt oder durchführen lässt, die der örtlichen Bauvorschrift widerspricht.

C Hinweise

1. Ordnungswidrig handelt nach § 213 Abs. 1 Nr. 3 BauGB, wer der festgesetzten Bindung für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen dadurch zuwiderhandelt, dass diese beseitigt, wesentlich beeinträchtigt oder zerstört werden.

2. Im gesamten Geltungsbereich ist mit Kampfmitteln zu rechnen. Aus Sicherheitsgründen sind vor Beginn von Baumaßnahmen Gefahrenerforschungsmaßnahmen auf Kampfmittel durchzuführen.

3. Das Einleiten von Niederschlagswasser in die Oker bedarf der Erlaubnis der Unteren Wasserbehörde der Stadt Braunschweig.

4. Die Entnahme von Wasser aus der Oker ist bei der Unteren Wasserbehörde anzuzeigen.

5. Im gesamten Geltungsbereich muss mit archäologisch bedeutsamen Bodenfunden gerechnet werden, die nach § 14 NDSchG unverzüglich und vor Entfernung den zuständigen Stellen anzuzeigen sind. Wer Erdarbeiten an einer Stelle vornehmen will, von der er weiß oder vermutet oder den Umständen nach annehmen muss, dass sich dort Kulturdenkmale befinden, bedarf nach § 13 NDSchG einer Genehmigung der Denkmalschutzbehörde.

6. Zum Bauantrag ist ein qualifizierter Freiflächenplan einzureichen. Verläuft auf dem Grundstück eine Versorgungsleitung ist das „Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver-und Entsorgungsanlagen“ der Forschungsgesellschaft für Straßen-und Verkehrswesen, Ausgabe 1989 zu beachten.

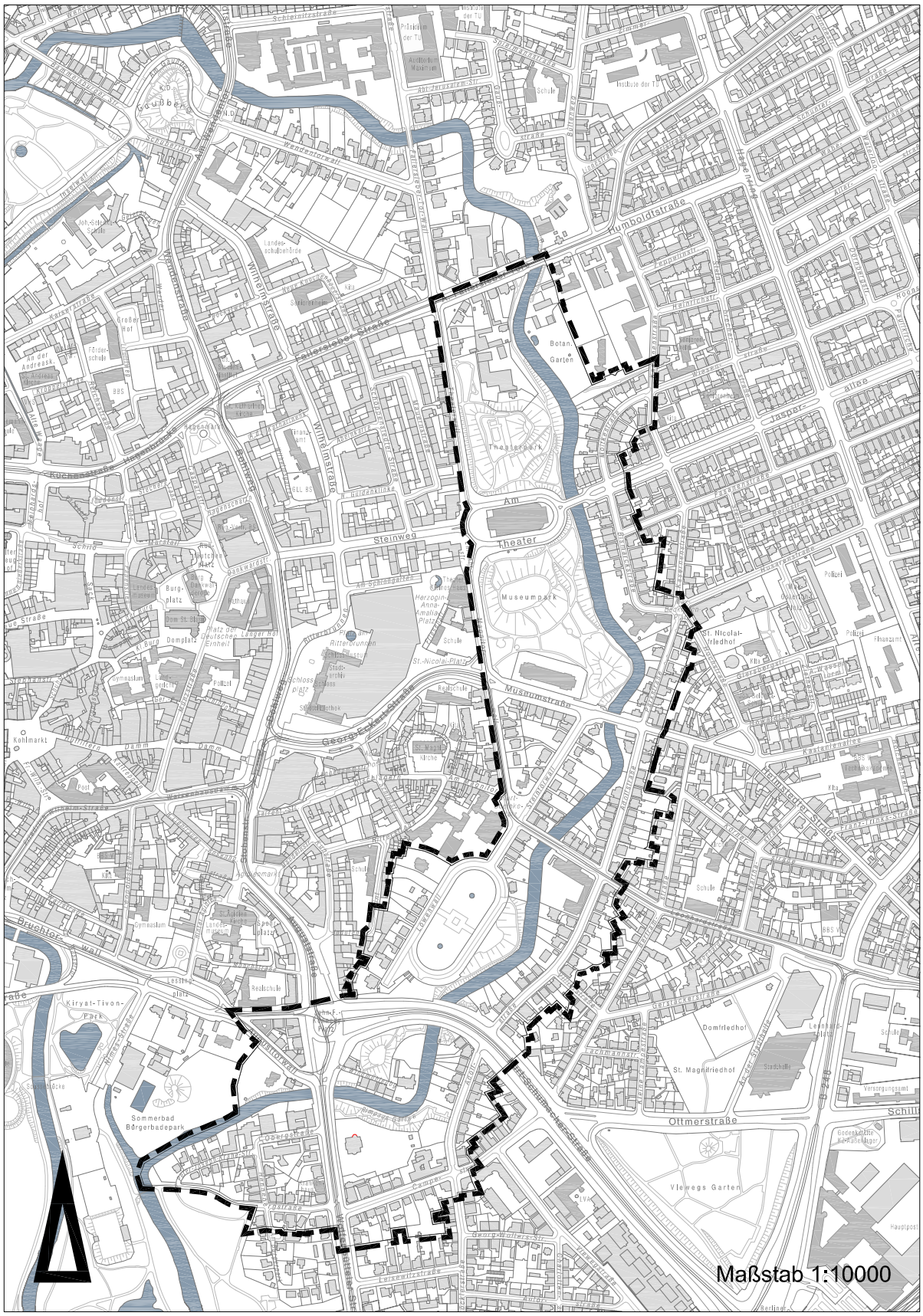
D Nachrichtliche Übernahmen

1. Das Überschwemmungsgebiet der Oker wird durch die HQ 100 Linie (Ermittlung durch den NLWKN) angegeben.

2. Der östliche Okerumflutgraben ist Bau- und Bodendenkmal gemäß § 3 Nds. Denkmalschutzgesetz.

Stadt Braunschweig

Bebauungsplan
Wallring - Ost **IN 235**
Geltungsbereich



B Örtliche Bauvorschrift

gemäß § 84 Abs. 3 NBauO
in Verbindung mit § 9 Abs. 4 BauGB

I Geltungsbereich

Die örtlichen Bauvorschriften gelten in sämtlichen Baugebieten. In den Sondergebieten SO 1, SO 2, im Mischgebiet MI 4 sowie auf den Flächen für Gemeinbedarf gelten nur die Festsetzungen der Punkte VIII – XIII.

II Gebäudestellung

Die Hauptgebäude sind traufständig zu den öffentlichen Verkehrsflächen zu errichten. Von dieser Festsetzung ausgenommen sind Gebäude in den Allgemeinen Wohngebieten WA 2.1 und WA 2.4.

III Fassaden und Fassadengliederung

1. Im gesamten Geltungsbereich sind für die Außenwände der Gebäude nur geglättete Putze sowie Sichtmauerwerk zulässig. Glänzende Materialien sind mit Ausnahme von Glas ausgeschlossen.

2. Für die Außenwände der Gebäude sind nur Farben aus den Bereichen der Grundfarbtöne weiß, gelb, ocker und grau zulässig. Dies gilt nicht für Gebäude im Allgemeinen Wohngebiet WA 2.4.

3. Die Außenwände der Gebäude können mit hellen Verkleidungen kombiniert werden, sofern die Flächen der Verkleidungen nicht mehr als 40 % je geschlossener Fassadenseite aufweisen. Imitatmaterialien sind unzulässig.

4. Zu den öffentlichen Straßenverkehrsflächen orientierte Wandflächen sind durch mindestens vier der folgenden Gestaltungselemente zu gliedern:

   - Gesims-, Schmuckbänder, Lisenen,
   - Brüstungselemente unter Fenstern,
   - Fensterrahmungen,
   - Fensterteilungen,
   - Eckbetonungen,
   - Risalite,
   - Erker.

IV Fenster

1. Fenster sind nur in stehenden Formaten (geringere Breite als Höhe) zulässig. Ausgenommen sind Kellerfenster und Fenster in Mezzaningeschossen (Mezzanin = niedriges Zwischen- oder Halbgeschoss).

2. Fensterteilungen sind glasteilend auszuführen. Aufgesetzte Sprossen und Imitate sind unzulässig.

3. Zu den öffentlichen Straßenverkehrsflächen angeordnete Dachflächenfenster sind ab einer Dachneigung von 30° unzulässig. Übereinanderliegende und versetzt übereinanderliegende Dachflächenfenster sind unzulässig.

V Balkone und Terrassen

1. Zu den öffentlichen Straßenverkehrsflächen angeordnete Balkone und Terrassen sind unzulässig.

2. Zu den öffentlichen Straßenverkehrsflächen sind nur Austritte bis max. 60 cm Tiefe in Verbindung mit bodentiefen Fenstern (Französische Fenster) zulässig.

3. Auf der straßenabgewandten Seite der Gebäude dürfen Balkone nur maximal die Hälfte der Gebäudebreite einnehmen, wenn direkt an die überbaubare Grundstücksfläche private Grünfläche anschließt.

VI Dächer und Dachaufbauten

1. Es sind nur symmetrische Dächer mit einer Dachneigung von mindestens 18° und maximal 40° zulässig. Ausgenommen hiervon sind die Baugebiete MI 1.1 und WA 2.4.

2. Dacheindeckungen geneigter Dächer sind mit gebrannten, nicht engobierten, naturroten Tonziegeln und Blecheindeckungen auszuführen. Ausnahmsweise sind auch nicht engobierte Tonziegel in grauen Farbtönen zulässig. Zwerchhäuser oder Gauben sind mit derselben Dacheindeckung zu versehen wie das Hauptdach.

3. Zu den öffentlichen Straßenverkehrsflächen ist die Anordnung von Dachterrassen unzulässig.

4. Zu den öffentlichen Straßenverkehrsflächen angeordnete Dacheinschnitte sind unzulässig. Dacheinschnitte dürfen maximal ein Viertel der Gebäudebreite in Anspruch nehmen. Der Abstand zu den Giebelwänden muss mindestens 2 m, der zum First mindestens 1 m betragen. Der Abstand zwischen zwei Dacheinschnitten muss mindestens 4 m betragen.

5. Dachaufbauten sind als Zwerchhäuser oder Gauben zulässig. Sie dürfen insgesamt nicht mehr als die Hälfte der Gebäudebreite in Anspruch nehmen.

6. Dachgauben müssen einen Mindestabstand von 2 m untereinander einhalten. Dachgauben, die nicht als Eckgauben ausgeformt sind, müssen zudem mit einem Mindestabstand von 1 m zum First, zu Graten und Kehlen sowie zu den Giebelwänden errichtet werden.

7. Übereinander und versetzt übereinander angeordnete Dachgauben sind unzulässig.

VII Hauseingänge

Zu den öffentlichen Straßenverkehrsflächen angeordnete Hauseingänge sind unzulässig. Von dieser Festsetzung ausgenommen sind die Baugebiete WA 2.4, WA 2.5, WA 3.1, MI 1.1, MI 3.

VIII Markisen

Zu den öffentlichen Straßenverkehrsflächen angeordnete Markisen sind nur zulässig, soweit sie nicht mehrere Fenster überdecken. Feststehender Sonnenschutz ist unzulässig.

IX Garagen und Nebenanlagen

1. Zu den öffentlichen Straßenverkehrsflächen angeordnete Garagen und Nebenanlagen wie Abstellräume, Gartenhäuschen etc. dürfen nur in dem Material und in der Farbe der von außen sichtbaren Flächen der Außenwände des Hauptgebäudes ausgeführt werden. Zu öffentlichen Grün-, Wege- und Wasserflächen angeordnete Nebenanlagen können auch in Holz ausgeführt werden.

2. Bootsstege und Bootshäuser sind nur in Holz zulässig.

X Einfriedungen, Sicht- und Windschutzanlagen

1. Zu den öffentlichen Straßenverkehrsflächen angeordnete Einfriedungen sind transparent aus Metall mit senkrechten Stäben und / oder als Hecken aus Laubgehölzen herzustellen. Dabei müssen Hecken eine Mindesthöhe von 60 cm, Metalleinfriedungen eine Mindesthöhe von 90 cm über der Geländeoberfläche erreichen. Hecken dürfen eine Höhe von 1 m nicht überschreiten. Die Einfriedungen sind mit Steinsockeln in einer Höhe von maximal 50 cm über der Geländeoberfläche zu kombinieren. Die Einfriedungen dürfen eine Gesamthöhe von 1,60 m über der Geländeoberfläche nicht überschreiten, wobei der Sockel auf die Gesamthöhe anzurechnen ist.

   Von den Höhenfestsetzungen sind Einfriedungen in den Baugebieten SO 1, SO 2, MI 4 sowie auf den Flächen für Gemeinbedarf ausgenommen.
   Auf den Flächen für Gemeinbedarf können Ausnahmen von den Festsetzungen zur Materialität zugelassen werden.

2. Einfriedungen entlang öffentlicher Grünflächen sowie entlang sonstiger öffentlicher Wege sind ausschließlich als Hecken aus Laubgehölzen bis zu einer Höhe von 1,60 m zulässig. Die Kombination mit einem Drahtzaun ist zulässig, wenn der Zaun in der Hecke oder auf der dem privaten Grundstück zugewandten Seite der Hecke errichtet wird.

3. Im Sondergebiet SO 1 sind die denkmalgeschützten Einfriedungen von den Festsetzungen der Punkte X 1. und X 2. ausgenommen.

4. Einfriedungen entlang öffentlicher Wasserflächen sind ausschließlich als Hecken aus Laubgehölzen oder als Drahtzäune zulässig. Sie dürfen eine Höhe von 1,80 m über der Geländeoberfläche nicht überschreiten. Zu den öffentlichen Wasserflächen ist ein Mindestabstand von 3 m einzuhalten, sofern die Einfriedungen eine Höhe von 1,20 m über der Geländeoberfläche übersteigen. Die Flächen zwischen den Einfriedungen und den öffentlichen Flächen sind zu begrünen.

5. Sicht- und Windschutzanlagen müssen zu den öffentlichen Grün- und Wasserflächen sowie zu sonstigen öffentlichen Wegen einen Mindestabstand von 3 m einhalten. Die Flächen zwischen den Sicht- und Windschutzanlagen und den öffentlichen Flächen sind zu begrünen.

6. Abweichend von Pkt. X 5. müssen Sicht- und Windschutzanlagen zu den öffentlichen Wasserflächen der Okerumflut einen Mindestabstand von 10 m einhalten. Die Flächen zwischen den Sicht-und Windschutzanlagen und den öffentlichen Flächen sind zu begrünen.

7. Einfriedungen unter Verwendung von Stacheldraht sind im gesamten Planungsgebiet unzulässig.

XI Werbeanlagen

1. Im gesamten Planungsgebiet sind Werbeanlagen nur an der Stätte der Leistung zulässig.

2. Im gesamten Planungsgebiet ist je Nutzungseinheit nur eine Werbeanlage zulässig.

3. In den Allgemeinen Wohngebieten, im Sondergebiet SO 1 sowie an den zulässigen baulichen Anlagen innerhalb der festgesetzten öffentlichen Grünflächen und Verkehrsflächen (Torhäuser) sind Werbeanlagen ausschließlich als Werbetafeln im Eingangsbereich der Gebäude mit einer maximalen Ansichtsfläche von insgesamt 0,5 m² zulässig.

4. Ist der Eingangsbereich straßenseitig nicht einsehbar ist die Werbetafel ausnahmsweise auch am Gartentor oder an der Gebäudeecke zulässig, die an der Grundstückszufahrt liegt. Eine Werbetafel im Vorgarten außerhalb der Grundstückszufahrt ist jedoch generell unzulässig.

5. In den Allgemeinen Wohngebieten dürfen Werbeanlagen mit Ihrer Oberkante maximal 3 m über dem Niveau der nächstgelegenen öffentlichen Verkehrsfläche liegen. Ausgenommen hiervon sind die Baugebiete WA 2.4 sowie WA 2.5, sofern Werbetafeln dort im Gebäudeeingangsbereich angebracht werden; Werbetafeln dürfen dann maximal 2 m

über dem Niveau des Gebäudeeingangs liegen.

6. In den Mischgebieten sind Werbetafeln sowohl im Eingangsbereich als auch über der jeweiligen Nutzungseinheit zulässig.
Im Eingangsbereich dürfen sie eine Ansichtsfläche von 0,5 m² nicht übersteigen. Über der jeweiligen Nutzungseinheit dürfen sie eine Höhe von 60 cm nicht übersteigen.
Werbeanlagen an der Fassade über der jeweiligen Nutzungseinheit können in Form von Einzelbuchstaben, als Schriftzug auf ein Trägermedium oder als Front des Trägermediums gefertigt werden. Für das Trägermedium sind als Hintergrund für Schriftzüge nur Farben aus den Bereichen der Grundfarbtöne weiß, gelb, ocker und grau zulässig.
Einzelbuchstaben dürfen eine Höhe von 40 cm nicht übersteigen.

7. In den Mischgebieten sind Werbeanlagen auch in Form von Auslegern zulässig. Ausleger dürfen eine Fläche von 0,7 m² und eine Tiefe von 20 cm nicht überschreiten.

8. Selbstleuchtende Werbeanlagen sind in Mischgebieten zulässig. Akustische Werbeanlagen, Werbefahnen sowie Werbeanlagen mit wechselndem (flackerndem), sich bewegendem Licht sind im gesamten Planungsgebiet unzulässig.

XII Technische An- und Aufbauten

Zu den öffentlichen Verkehrsflächen angeordnete Solarzellen, Sonnenkollektoren, Windräder sowie Sende- und Empfangsanlagen sind unzulässig.

XIII Abweichungen

Von der Örtlichen Bauvorschrift können Abweichungen zugelassen werden, wenn die Ziele der Satzung nicht gefährdet und sonstige öffentliche Belange nicht beeinträchtigt werden. Abweichungen sind auch dann zulässig, wenn bauliche und gestalterische Gegebenheiten dagegen sprechen, die Satzung umzusetzen.

XIV Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig handelt, wer eine Baumaßnahme durchführt oder durchführen lässt, die der örtlichen Bauvorschrift widerspricht.

C Hinweise

1. Im gesamten Geltungsbereich ist mit Kampfmitteln zu rechnen. Aus Sicherheitsgründen sind vor Beginn von Baumaßnahmen Gefahrenerforschungsmaßnahmen auf Kampfmittel durchzuführen.

2. Im Geltungsbereich ist entlang der Oker mit Hochwasser zu rechnen. In den Baugebieten, die teilweise innerhalb der Überschwemmungslinie (HQ 100 Linie) liegen, sind die betroffenen bauliche Anlagen gegen Hochwasser zu schützen. Dies gilt insbesondere in den folgenden Baugebieten: Am Gaußberg (WA 1), Bammelsburger Straße (WA 2), Wendenmaschstraße (WA 3) sowie Pestalozzistraße (WA 4).

3. Das Einleiten von Niederschlagswasser in die Oker bedarf der Erlaubnis der Unteren Wasserbehörde der Stadt Braunschweig.

4. Die Entnahme von Wasser aus der Oker ist bei der Unteren Wasserbehörde anzuzeigen.

5. Zum Bauantrag ist ein qualifizierter Freiflächenplan einzureichen. Verläuft auf dem Grundstück eine Versorgungsleitung ist das „Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen“ zu beachten.

D Nachrichtliche Übernahmen

1. Das Überschwemmungsgebiet der Oker wird durch die HQ 100 Linie (Ermittlung durch den NLWKN) angegeben.

2. Der westliche und der östliche Okerumflutgraben, der Neustadtmühlen-, Bossel-, Burgmühlen- sowie Wendenmühlengraben sind Bau- und Bodendenkmale gemäß § 3 Nds. Denkmalschutzgesetz.

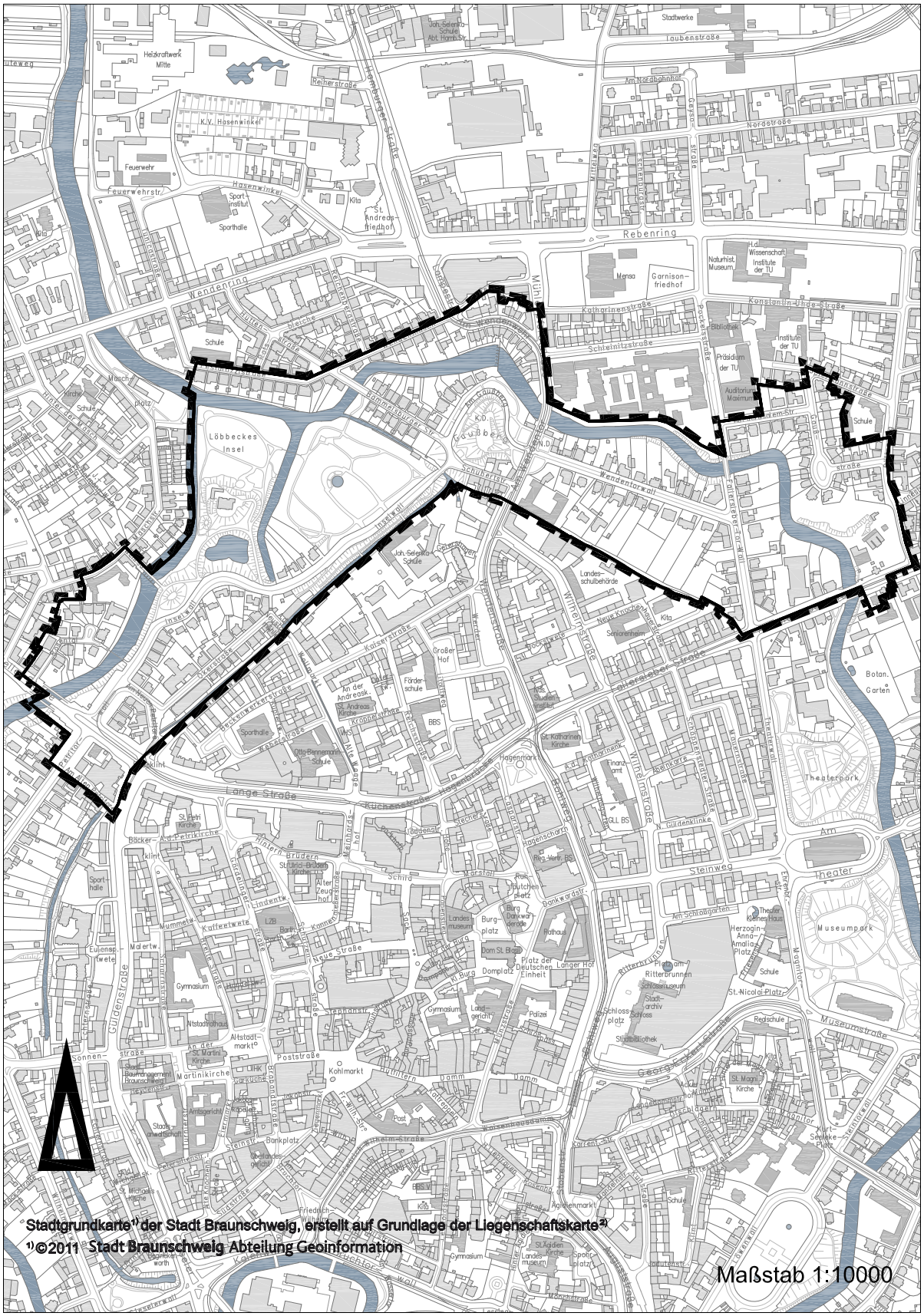
Anlage 2.2

Stadt Braunschweig

Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift

Wallring - Nord **IN 234**

Geltungsbereich



Stadt Braunschweig

Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift
Steinweg **IN 232**
Textliche Festsetzungen und Hinweise

A Städtebau

gemäß § 9 BauGB

I Art der baulichen Nutzung

Kerngebiet (MK)

1. In den Kerngebieten sind folgende Nutzungen nach § 7 Abs. 2 BauNVO in Verbindung mit § 1 Abs. 6 BauNVO allgemein zulässig:
   - Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude,
   - Einzelhandelbetriebe, soweit sie nicht unter Festsetzung Nr. I 2 fallen,
   - Schank- und Speisewirtschaften und Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
   - sonstige nicht wesentlich störende Gewerbebetriebe, soweit sie nicht unter Festsetzung Nr. I 2 fallen,
   - Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke,
   - Wohnungen.
2. In den Kerngebieten sind insbesondere folgende Nutzungen nicht zulässig:
   - Einzelhandelsbetriebe und Verkaufsstellen mit einem überwiegenden Erotiksortiment (Sex-Shop),
   - Gewerbebetriebe in Form von Bordellen, bordellartigen Betrieben, Einrichtungen der Wohnungsprostitution sowie Wettbüros und Call-Shops,
   - Tankstellen,
   - Vergnügungsstätten.

Allgemeines Wohngebiet (WA)

1. Im Allgemeinen Wohngebiet sind folgende Nutzungen nach § 4 Abs. 2 BauNVO in Verbindung mit § 1 Abs. 6 BauNVO allgemein zulässig:
   - Wohngebäude,
   - die der Versorgung des Gebiets dienende Läden, Schank- und Speisewirtschaften sowie nicht störenden Handwerksbetriebe,
   - Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke,
   - Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
   - Anlagen für Verwaltungen,
   - sonstige nicht störende Gewerbebetriebe.
2. Im Allgemeinen Wohngebiet sind insbesondere folgende Nutzungen nicht zulässig:
   - Gartenbaubetriebe
   - Tankstellen.

B Örtliche Bauvorschriften

gemäß §§ 80, 84 Abs. 3 NBauO i. V. m. § 9 Abs. 4 BauGB

I Geltungsbereich

Die örtlichen Bauvorschriften gelten für den Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes.

II Dachform

Im gesamten Geltungsbereich sind ausschließlich Flachdächer mit einer Dachneigung bis max. 6 Grad zulässig.

III Fassadengestaltung

1. Für die Wandflächen sind nur Farben aus den Bereich der Grundfarbtöne weiß, gelb, ocker und grau zulässig. Untergeordnete Bauteile (z.B. Balkonbrüstungen, Fensterfaschen, Fassadenpaneele) sind ausnahmsweise in anderer Farbe zulässig.
2. Verspiegelte Glasflächen oder verspiegelte Fassadenelemente sind nicht zulässig.
3. Vordächer sind transparent, Markisen einfarbig auszuführen.
4. Eine blickdichte Verklebung der Schaufenster ist nur für maximal 10% der Gesamtfläche der Schaufenster zulässig.

IV Werbeanlagen

Außerhalb der zeichnerisch festgesetzten Teilbereiche sind Werbeanlagen unzulässig, soweit nicht nachfolgend etwas anderes bestimmt ist.
Der Geltungsbereich wird in drei Teilbereiche (vgl. zeichnerische Festsetzungen) unterteilt:

- Teilbereich A, straßenbegleitende Bebauung entlang des Steinwegs und Bereich der einmündenden Straßen am Steinweg,
- Teilbereich B, Bebauung entlang des Bohlwegs, des Theaterumfeldes und des Einmündungsbereichs Schöppenstedter Straße,
- Teilbereich C, Bebauung im Umfeld der Schloss-Arkaden.

Ausnahmsweise ist entlang der Straße Am Schlossgarten je gewerblicher Nutzungseinheit eine Werbeanlage als Wegweiser für Gewerbetreibende am Steinweg und als Werbeanlage für Gewerbetreibende Am Schlossgarten zulässig. Mehrere Werbeanlagen je Innenhof sind als Sammelanlage zu gestalten. Die Sammelanlage darf max. 1,20 m x 2,00 m groß sein und darf max. 2,00 m von der Grundstücksgrenze zur Straße Am Schlossgarten entfernt aufgestellt werden.

1. Allgemeine Anforderungen

1.1. Als Werbeanlagen im Sinne dieser Satzung gelten alle örtlich gebundenen Einrichtungen, die der Ankündigung oder Anpreisung oder als Hinweis auf Gewerbe und Beruf dienen. Hierzu zählen insbesondere Schilder, Beschriftungen, Bemalungen, Lichtwerbung, Schaukästen, Beklebungen und im Schaufenster angebrachte Werbeanlagen mit Außenwirkung.

1.2. Werbeanlagen müssen sich in der Gestaltung, insbesondere nach Maßstab, Anordnung, Farbgebung und Wirkung in die Fassadenarchitektur und in das Straßenbild einfügen. Sie sollen sich aus den liegenden und stehenden Elementen und den Öffnungsmaßen der Fassade herleiten, in die Gliederung der Fassade einfügen und insbesondere die waagerecht und senkrecht gliedernden Fassadenelemente nicht verdecken.

1.3. Werbung ist nur an der Stätte der Leistung zulässig. Werbeanlagen sind am Unterstand zu Haltestellen auch als Fremdwerbung zulässig.

1.4. Akustische Werbeanlagen sind unzulässig.

1.5. Werbefahnen sind unzulässig.

1.6. Werbeanlagen mit wechselndem (flackerndem), sich bewegendem Licht (wie z. B. Lichtlaufanlagen, senkrechte Kletterschriften, Blink-, Wechsel- und Reflexbeleuchtung, Himmelstrahler) und mit sich turnusmäßig verändernden Werbedarstellungen (wie z. B. Prismenwendeanlagen, CityLightBoards, Rollbänder, Filmwände, Wandprojektionen, LED-Boards) und Bildschirmwerbung sind unzulässig.

2. Anzahl und Ort der Werbeanlagen

Vorbehaltlich der besonderen Gestaltungsanforderungen in 4. gilt Folgendes:

Auf jeder Gebäudeseite sind pro Ladenlokal im Erdgeschoss eine Werbeanlage an der Fassade und eine Werbeanlage in Form eines Auslegers zulässig. Ausnahmsweise sind bei Gebäuden ab einer Fassadenlänge von 18,00 m mit nur einer Nutzung im Erdgeschoss eine weitere Werbeanlage an der Fassade und eine Werbeanlage in Form eines Auslegers zulässig. Werbeanlagen an der Fassade sind nur parallel und Werbeanlagen in Form eines Auslegers sind nur senkrecht zur Fassade zulässig. Ergänzend zum Namen des Ladenlokals ist ein Firmenlogo zulässig. Ausnahmsweise ist Produktwerbung (z.B. Brauereilogo) zulässig, soweit sie in Verbindung mit dem Namen des Ladenlokals am Anfang und/oder Ende des Eigennamens verwendet wird.

Werbeanlagen an Vordächern, Vordachblenden und Markisen sowie oberhalb der Dachtraufen sind unzulässig.

Je gewerblicher Nutzungseinheit in den Obergeschossen sind Werbeanlagen als Beschriftung der Fenster nur in Form von Einzelbuchstaben bis zu einer Höhe von max. 1/3 der Fensterhöhe, beginnend an der Fensterunterkante, zulässig.

Für die gewerblichen Nutzungseinheiten in den Obergeschossen ist eine Sammelanlage im Eingangsbereich des Gebäudes zulässig. Die maximale Größe der Sammelanlage darf eine Höhe von 3,00 m und eine Breite von 1,50 m nicht überschreiten.

3. Größe und Ausführung der Werbeanlagen

Werbeanlagen und Trägermedien an der Fassade dürfen max. 0,60 m hoch sein und max. 0,25 m (inkl. Befestigungselementen) vor die Bauflucht auskragen. Werbeanlagen in Form von Auslegern dürfen nur max. 1,00 m (inkl. Befestigungselementen) vor die Fassade auskragen und eine Tiefe von max. 0,25 m nicht überschreiten.
Angestrahlte Werbeanlagen sind unzulässig.

Kabel sind verdeckt anzubringen.

Zusätzlich zu den zuvor genannten Werbeanlagen ist eine blickdichte Verklebung der Schaufenster für maximal 10% der Gesamtfläche der Schaufenster zulässig.

4. Besondere Gestaltungsanforderungen

4.0 Straßenfassaden sind in eine untere Abschlusszone (Erd- bzw. Sockelgeschoss, in der Regel Schaufenster), eine Normalzone Obergeschoss und eine obere Abschlusszone

(Traufe und Dach) zu gliedern (vgl. Begründung Nebenzeichnung 1).

4.1 Teilbereich A

4.1.1 Die Werbeanlage an der Fassade in Teilbereich A wird in Form von Einzelbuchstaben oder als Schriftzug auf ein Trägermedium aufgebracht oder als Front des Trägermediums gefertigt. Das Trägermedium ist als Hintergrund für Schriftzüge, Logos etc. in weiß (z. B. als Schild, Milchglasscheibe oder Leuchtkasten mit einem gelblich-weißen bis warm-weißen Licht) vorzusehen. Es soll sich über die gesamte Gebäudebreite erstrecken, ausnahmsweise ist eine abschnittsweise Realisierung zulässig. Gliederungselemente der Fassade dürfen das Trägermedium unterbrechen.

4.1.2 Im Teilbereich A ist für den Anbringungsort des Trägermediums (vgl. Begründung Nebenzeichnung 2 bzw.3) folgendes zu beachten:

Anbringungsort 1: Die Unterkante des Trägermediums ist bündig mit der Oberkante des Schaufensters anzubringen.

Anbringungsort 2: Die Oberkante des Trägermediums ist bündig mit der Oberkante der unteren Abschlusszone. Das Trägermedium ist in die Fassade (z. B. Milchglasscheibe) zu integrieren.

4.1.3 Werbeanlagen in Form von Auslegern sind je gewerblicher Nutzungseinheit nur im Bereich der Kolonnaden (0,60 m breit und 0,50 m hoch und 0,25m tief) zulässig.

4.2 Teilbereich B

4.2.1 Werbeanlagen an der Fassade sind nur als Einzelbuchstaben und als Schriftzug sowie als Logos zulässig.

4.2.2 Je Nutzungseinheit im Erdgeschoss sind Werbeanlagen nur in der Erdgeschosszone und im Brüstungsbereich des 1. Obergeschosses zulässig.

4.2.3 Werbeanlagen müssen einen Abstand von 0,25 m zum Nachbargebäude einhalten.

4.3 Teilbereich C

4.3.1 Werbeanlagen sind nur als Einzelbuchstaben, Schriftzüge und als Logos zulässig. Einzelbuchstaben oder Schriftzüge sind in weißer bis gelblicher Farbe auszuführen. Logos sind nur in Kombination mit einem Schriftzug und Einzelbuchstaben zulässig und müssen sich dem Schriftzug oder den Einzelbuchstaben unterordnen. Logos sind auch in Farbe zulässig.

4.3.2 Je Nutzungseinheit im Erdgeschoss sind Werbeanlagen nur in der Erdgeschosszone und im Brüstungsbereich des 1. Obergeschosses zulässig.

5. Gebäudekomplex

5.1 Ein Gebäudekomplex im Sinne dieser Festsetzungen ist ein Gebäude, das als Einheit geplant und errichtet wurde und mehrere Nutzungen im Erdgeschoss und in den Obergeschossen beinhaltet, die auf eine überwiegend gemeinsame, in das Innere des Gebäudes gerichtete Erschließung angewiesen sind.

5.2 Für Nutzungen innerhalb eines Gebäudekomplexes ist an der Ostfassade des Gebäudes Steinweg 38/39 eine gemeinsame Sammelanlage von maximal 5,50 m Höhe und 2,50 m Breite und an der Südfassade des Gebäudes Ritterbrunnen 5 eine gemeinsame Sammelanlage von maximal 7,00 m Höhe und 2,50 m Breite zulässig. Die Sammelanlage setzt sich aus Einzelsegmenten mit einer maximalen Höhe von 1,00 m zusammen. Die Sammelanlage ist als weißes Trägermedium mit Einzelbuchstaben oder Schriftzügen im Farbspektrum blau, gelb, grün und schwarz zulässig. Es gelten die Festsetzungen zu Werbeanlagen zu den einzelnen Teilbereichen.

5.3 Ausnahmsweise ist der Name eines Gebäudekomplexes einmal pro Gebäudeseite in Form einer Werbeanlage an der Fassade oder einem Vordach zulässig. Diese ist aus weißen bis gelblichen Einzelbuchstaben oder als Schriftzug zulässig. Das Vordach darf hierfür ausnahmsweise in massiver Bauweise ausgeführt werden. Die Gesamthöhe der Werbeanlage darf 2,00 m nicht überschreiten.

6. Ausnahmen

Von den Gestaltungsfestsetzungen können Abweichungen zugelassen werden, wenn die Ziele der Satzung nicht gefährdet und sonstige öffentliche Belange nicht beeinträchtigt werden. Abweichungen sind auch dann zulässig, wenn bauliche und gestalterische Gegebenheiten dagegen sprechen, die Satzung umzusetzen, oder eine gewerbliche Nutzungseinheit außerhalb der zeichnerisch festgesetzten Bereiche liegt und andernfalls keine Möglichkeit zum Anbringen einer Werbeanlage besteht.

Für eine Gesamtdauer von vier Wochen im Jahr können Ausnahmen von den Vorschriften dieser Satzung für Werbeanlagen erteilt werden, soweit es sich um Sonderveranstaltungen wie z. B. Schluss- und Räumungsverkäufe, Festveranstaltungen oder Stadtfeste handelt.

V Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig handelt nach § 80 Abs. 3 NBauO, wer eine Baumaßnahme durchführt oder durchführen lässt, die den örtlichen Bauvorschriften widerspricht.

C Hinweise

gemäß § 9 Abs. 6 BauGB

Im Kerngebiet MK sind Werbeanlagen so auszuführen, dass schädliche Umwelteinwirkungen (gem. den Hinweisen zur Messung und Beurteilung von Lichtimmissionen des LAI) durch Licht nicht hervorgerufen werden können.

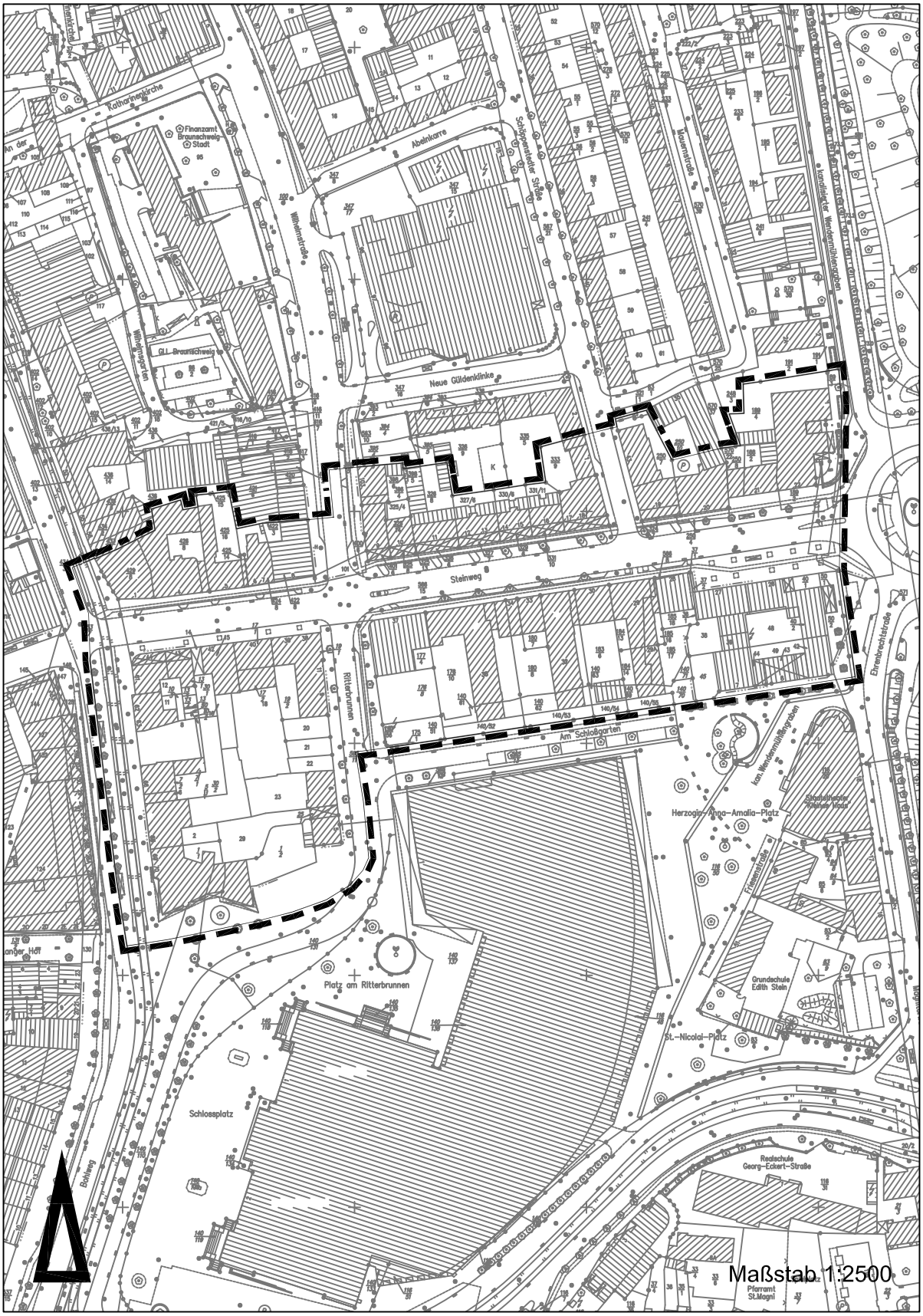
Anlage 3.2

Stadt Braunschweig

Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift

Steinweg **IN 232**

Geltungsbereich



Maßstab 1:2500

Absender:
Fraktion Bündnis 90 - DIE GRÜNEN im Rat der Stadt

23-20851
Anfrage (öffentlich)

Betreff:
Nachhaltige Beschaffung und Vergabe

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	07.03.2023

Beratungsfolge:		*Status*
Rat der Stadt Braunschweig (zur Beantwortung)	21.03.2023	Ö

Sachverhalt:
Als gesamtstädtisches Ziel wurde durch das IKSK 2.0 auch das Ziel 1.5 "Klimafreundliche Beschaffung und Vergabe" formuliert. Darin heißt es, dass bereits 2022 quantifizierbare Kriterien und Standards für Beschaffung und Vergabe erarbeitet werden sollen, damit dann 2025 alle Beschaffungs- und Vergabevorgänge mittels einer Quantifizierung nach Kriterien des Klimaschutzes erfasst werden können. Ebenfalls ist es das Ziel, bis 2025 mindestens 40 % der Beschaffungs- und Vergabevorgänge nach Kriterien des Klimaschutzes zu gestalten. Als nächste Ziele sind geplant:

- Leitlinie „Nachhaltige Beschaffung und Vergabe“ entwickeln

- Einkäufer*innen innerhalb Verwaltung schulen und qualifizieren

- Klimafreundliche Verpflegung in allen städtischen Einrichtungen umsetzen: Regionale (Bio)-Ernährung, Schwerpunkt pflanzliche Ernährung

- Öffentlichkeitsarbeit für klimafreundliche Verpflegung in städtischen Einrichtungen intensivieren

- Zero-Waste-Konzept erarbeiten.

Dazu fragen wir die Verwaltung:

1. Inwiefern liegen mittlerweile quantifizierbare Kriterien vor, mit denen angegeben werden kann, welcher prozentuale Anteil der aktuellen Beschaffungs- und Vergabevorgänge nach Kriterien des Klimaschutzes erfolgt?

2. Welche Fort- und Planungsschritte liegen hinsichtlich
der klimafreundlichen Nahrungsversorgung städtischer Einrichtungen, speziell Schulen, Kitas, städtische Gesellschaften sowie bei der Bewirtung von städtischen Veranstaltungen vor?

3. Welche Detailschritte sind bis 2025 geplant, um die Zielquote von 40 % Beschaffungs- und Vergabevorgänge nach Kriterien des Klimaschutzes zu erreichen?

Anlagen:
keine

Absender:
AfD-Fraktion im Rat der Stadt

23-20854
Anfrage (öffentlich)

Betreff:
Wie geht es weiter am Nibelungenplatz?

Empfänger:	*Datum:*
Stadt Braunschweig Der Oberbürgermeister	08.03.2023

Beratungsfolge:		*Status*
Rat der Stadt Braunschweig (zur Beantwortung)	21.03.2023	Ö

Sachverhalt:
Die überraschende Schließung des NP-Marktes an der Siegfriedstraße / Ecke Nibelungenplatz im Sommer 2022 beendete die für diesen Bereich wichtige Nahversorgung der Anwohner im Siegfriedviertel, das Objekt steht seitdem leer. Laut einer Antwort der Verwaltung vom 8. September letzten Jahres zu einer Anfrage aus dem dortigen Stadtbezirksrat war dieser Einzelhandelsbetrieb ein wichtiger Frequenzbringer und dessen Wegfall hätte auch den Erhalt anderer Betriebe im Nachbereich gefährden können. Der Standort des ehemaligen Marktes und der angrenzende Nibelungenplatz sind in der Beschlussvorlage zum Zentrenkonzept als wichtiges Quartierselemente enthalten. Nach Beschluss des Zentrenkonzepts ist dieser Bereich auch Angelegenheit des Rates.

Wir fragen daher:

Ist in naher Zukunft mit der Neuansiedlung eines Einzelhandelsbetriebes für die Versorgung mit kurzfristigen Bedarfsartikeln zu rechnen bzw. wann hatte die Verwaltung zuletzt einen entsprechenden Kontakt zu Interessenten?

Gibt es Überlegungen, angesichts der zu kleinen Verkaufsfläche dieser Immobilie einen Teil des möglichen Sortiments in die Räumlichkeiten des inzwischen ebenfalls leerstehenden Cafes auszulagern, um zusätzliche Verkaufsfläche zu gewinnen (z.B. durch Einrichtung eines kleinformatigen Getränkemarkts)?

Falls keine positiven Veränderungen zu erwarten sind: muss das Zentrenkonzept im Hinblick auf den Nibelungenplatz grundsätzlich überarbeitet werden?

Anlagen:
keine